

THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY

335.05
NZ
v.10'
cop.2

REMOTE STORAGE

Return this book on or before the
Latest Date stamped below.

Theft, mutilation, and underlining of books are reasons for disciplinary action and may result in dismissal from the University.

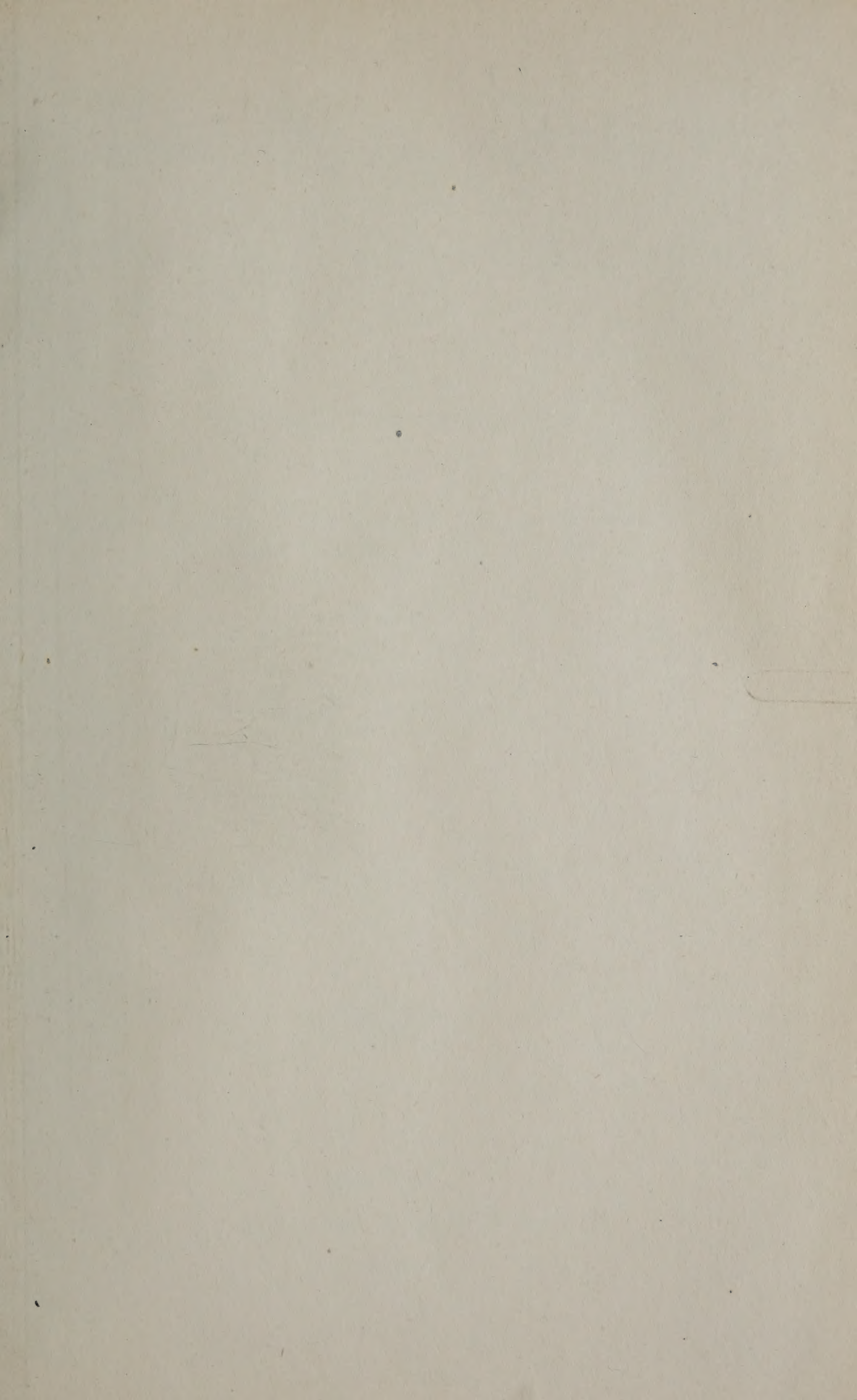
University of Illinois Library

OCT 1 1967

FEB 17 1974

L161—O-1096







Die Neue Zeit.

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens.

Unter ständiger Mitarbeiterschaft

von

A. Bebel, E. Bernstein, Fr. Engels, P. Lafargue, W. Liebknecht,
Fr. Mehring, M. Schippel, F. A. Sorge u. A.

redigirt

von

Karl Kautsky.

Zehnter Jahrgang. Erster Band.

Bernhard Ziehm.

Stuttgart.
Verlag von J. H. W. Dietz.
1892.

Druck von J. H. W. Dietz in Stuttgart.

335.05
NZ
V.10
cop 2
REMOTE STORAGE
LIBRARY UNIVERSITY OF ILLINOIS URBANA

Inhalts-Verzeichniß.

Abhandlungen.

474901

Literarische Rundschau.

Notizen.

Feuilleton.



Nr. 1. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Full Dreß Jacket und Proletarierblouse.

Berlin, den 21. September.

„Full Dreß Jacket“ ist seit einigen Tagen eine Art geflügelten Wortes geworden, obgleich die Wenigsten wissen, welches Ding hinter dem Worte steckt. Auch Ihr Korrespondent weiß nicht mehr davon, als was er in irgend einer Zeitung gelesen hat, daß es nämlich ein „kokettes Röcklein“ sein soll. Seine augenblickliche Berühmtheit verdankt das Wort aber dem Schriftstellertage, der in der vergangenen Woche hier getagt hat. Den Mitgliedern desselben war nämlich vorgeschrieben worden, im „Full Dreß Jacket“ zu erscheinen. Daß die ärmsten aller deutschen Proletarier mit aller Gewalt die „Feudalen“ und „Patenten“ spielen wollen, hat — just nicht mit Unrecht — die Spottlust der Berliner erweckt.

Die ärmsten aller deutschen Proletarier! Das heißt mit anderen Worten: die Proletarier, welche die Proletarierblouse verschmähen, weil sie entweder nicht wissen wollen oder auch wirklich nicht wissen, daß sie Proletarier sind. Alle anderen Schichten des Proletariats haben sich nach und nach organisirt, um den Kampf gegen das Kapital aufzunehmen, selbst die Dienstmädchen und Kellnerinnen sind in diese Bewegung getreten: nur die Schriftsteller nicht, obgleich ihr Beruf von Jahr zu Jahr hoffnungsloser der kapitalistischen Unterjochung verfällt. Man wende nicht ein, „Organisationen“ der Schriftsteller gäbe es ja die Hülle und Fülle. Freilich, aber das ist es ja eben. Seit einem Menschenalter drängen sich die Journalistentage und die Schriftstellertage und die Preßvereine; sie haben auf Regimentsunkosten unmenschlich viel gegessen und getrunken; sie haben jubilirt und toastirt und die Hand geküßt, welche eben das freie Wort erwürgte; aber sie haben nicht einmal verstanden, geschweige denn ausgeführt, was das A und O aller proletarischen Organisationen ist: sie haben niemals gearbeitet und sie haben noch viel weniger gekämpft.

Der eben verflossene Schriftstellertag hat keine Ausnahme von der Regel gemacht. Er begann mit einem Hoch auf den Kaiser, obgleich ihm noch die Ohren klingen mußten von dem mißfälligen Urtheile, welches der Kaiser über die „Hungerkandidaten“ — in Wirklichkeit lautete der Ausdruck noch viel schärfer — vor einigen Monaten gefällt hat. Wir bewundern gewiß eine Königstreue, welche sich durch solche kleine Unannehmlichkeiten nicht erschüttern läßt, aber in der Form

ihrer Kundgebung hätte der Schriftstellertag von der Art und Weise etwas lernen können, in welcher beispielsweise die „Kreuzzeitung“ ihrer Zeit ihre Meinungsverschiedenheit mit dem Kaiser austrug. Irren wir nicht, so lehrt die Bibel, daß man mit seinem Gotte in seinem Kämmerlein verkehren soll, wenn er Einen so recht gestraft hat, und was dem lieben Gotte recht ist, das muß am Ende auch dem Kaiser billig sein. Der Loyalitätsfrack oder — Verzeihung! — das Loyalitäts-Full Dreß Jacket ist gewiß ein hübsches Ding, aber die Selbstachtung hat am Ende auch ihre gute Seite.

Was der Schriftstellertag sonst trieb, hat die „Neue Zeit“ schon vor acht Jahren in ihrem ersten Jahrgange S. 323 prophetischen Gemüths also geschildert: „Die Journalistentage selbst bieten wenig Interesse: die Freuden der Tafel, gemüthliche Kneipereien, Toaste auf schöne Damen und interessante Ausflüge scheinen die Hauptsache bei dem ganzen Journalistentage zu sein. Niemand wird den Journalisten die erwähnten Vergnügungen mißgönnen, allein man fragt doch auch nach den praktischen und nicht etwa nur nach den gastronomischen Leistungen einer solchen Vereinigung. Dieselben bestehen alljährlich in einigen unbedeutenden Debatten und Resolutionen; man spricht über die „rechtliche Stellung“ der Tagespresse u. dergl. m. und ist von der geringsten Besserung der Situation der Berufsgenossen genau so weit entfernt, wie die Gesellschaft für Kodifikation des Völkerrechts von der Abschaffung der Kriege.... Vor einigen Jahren erhob man sich zu dem Gedanken, eine Kasse für Krankheit und Altersversorgung zu gründen. Die Ausführung dieses Beschlusses scheint aber nicht mit dem nöthigen Eifer in die Hand genommen worden zu sein. Wir erinnern uns, einen Bericht des Journalistentages über diese Organisation gelesen zu haben, der wie eine Verspottung des ganzen Unternehmens erschien. Nicht einmal für Preßfreiheit energisch einzutreten hat sich der Journalistentag entschließen können.“ Das ist doch noch eine, wenn auch ungewollte Prophezeiung, die sich gewaschen hat. Ist es nicht eine „Verspottung des ganzen Unternehmens,“ wenn der neueste Schriftstellertag den Beschluß faßte, die erwähnten Unterstützungskassen durch den Ertrag einer zu veranstaltenden — Lotterie zu gründen? Beiläufig ist auch dieser neu aufgetauchte Plan schon in jenem prophetischen Artikel der „Neuen Zeit“ abgethan worden, indem derselbe die winzigen Leistungen der Schillerstiftung den großartigen Leistungen der Buchdrucker-Unterstützungskassen gegenüberstellte. Wozu dann noch ergänzend zu bemerken wäre, daß die Lotterie, aus welcher die Schillerstiftung hervorging, immerhin einen ganz anderen Resonanzboden hatte, als die geplante Lotterie des Schriftstellertages haben wird.

Nach alledem ist es verständlich, daß die Tropfen allmälig den Eimer füllen, und daß dieser Tag die allgemeine Geringschätzung empfindlicher erfuhr, als seine zahlreichen Vorgänger. Es wäre auch schwerlich bei den schließlich doch harmlosen Spöttereien über das Full Dreß Jacket geblieben, wenn sich die heilsame Angst vor der Sozialdemokratie nicht als schützender Engel für den literarischen Kongreß erwiesen hätte. Der edle Magistrat von Berlin, der bekanntlich selbst mit den staatsmännischen scharfen Augen seines edlen Herrn von Forckenbeck keinen Nothstand entdecken kann, hatte nämlich die edle Absicht, fünfzehntausend Mark aus dem städtischen Säckel für ein Schlemmermahl auszuwerfen, das dem Schriftstellertage in den Festräumen des hiesigen Rathhauses gegeben werden sollte. Aber aus Sorge vor der Kritik, welche dieser Vorschlag durch die sozialdemokratischen Stadtverordneten finden würde, warf sich der Vorstand des Schriftstellerverbandes gerade noch rechtzeitig in das Full Dreß Jacket stolz-wehmüthiger Resignation, und das war sicherlich sein gescheidtester Streich.

Es ist wohl nicht nöthig, zu sagen, daß mit diesen kritischen Glossen irgend welchen Personen nicht zu nahe getreten werden soll. Im Gegentheil! Wir erkennen gern an, daß manche wohlmeinende Ideologen in dem Schriftstellerverbande thätig sind, und es ist ein durchaus aufrichtiges Bedauern, wenn wir die Arbeitskraft und die Arbeitslust, die der bisherige erste Vorsitzende des Verbandes der Sache gewidmet hat, nicht von einem, an sich auch von uns gewünschten Erfolge gekrönt sehen. Allein das Fiasko des Schriftstellertages ist doch nun einmal unbestreitbar, und die Frage, weshalb es die Klasse der Schriftsteller zu keiner ernsthaften Organisation bringen kann, berührt so wichtige Interessen der Nation, daß sie eine sachliche Untersuchung verlangt. Unseres Erachtens wurzelt diese Unmöglichkeit in zwei Gründen. Den einen derselben hat schon der „Vorwärts“ in einer Kritik des Schriftstellertages entwickelt; er besteht in dem unabsehbaren Umfange der „literarischen Reservearmee,“ jenem wimmelnden Schwarm von pensionirten Offizieren, Zivilbeamten, alten Jungfern u. s. w., welche, sonst wohl versorgt, die Verleger für einen geringen Preis, oder auch nur um die „Ehre,“ sich gedruckt zu sehen, mit literarischen Arbeiten überschwemmen, die für einen literarischen Fabrikbetrieb gerade noch hinreichen mögen, und jedenfalls dazu hinreichen, die Ansprüche begabter, aber armer Schriftsteller niederzuhalten. Der andere, und noch wichtigere Grund aber liegt darin, daß der Stand der wirklichen Schriftsteller, die auch darum die ärmsten aller Proletarier sind, bis in Mark und Bein vom Gifte des Kapitalismus zerfressen ist. Herr Eugen Richter hatte gar nicht so Unrecht, wenn er dem „Vorwärts“ erwiderte, trotz der literarischen Reservearmee fänden fähige Schriftsteller heutzutage immer reichliches Auskommen; man muß nur nicht vergessen, daß er unter „fähigen“ kapitalistisch gesinnte Schriftsteller versteht. Das Kapital ist klug genug, seine Sophisten und Sykophanten gut zu besolden; wer sein hohes Lied geschickt zu singen versteht, vermag sich schon ein Eckchen an der Tafel der oberen Zehntausend zu erobern. Dies ist ebenso wahr, wie es wahr ist, daß auch der fähigste Schriftsteller, der nicht nach der kapitalistischen Pfeife tanzt, bei lebendigem Leibe verhungern kann.

Wenn im Schriftstellerverbande die literarische Reservearmee überwiegt, so herrscht die kapitalistische Garde im Verein „Berliner Presse“ vor. Die Börsen- und Theaterjournalisten führen in ihm das große Wort. Loyal sind auch sie bis auf die Knochen, aber wie es beim ausgewachsenen Kapitalismus üblich ist: ihre Loyalität ist voll verborgener Spitzen. Gleich nachdem der Kaiser seine mißfällige Aeußerung über die Presse gethan hatte, steigerten sie den Ertrag eines von ihnen veranstalteten Ballfestes durch die unwahre Reklame, der Kaiser habe sein Ausbleiben durch einen Generaladjutanten entschuldigen lassen; sie bewiesen ihm dadurch in ebenso loyaler wie verschmitzter Weise, daß sie keine „Hungerkandidaten,“ sondern höchst findige Geschäftsleute sind. Auch speisen sie ihre Kassen nicht durch den ganz unberechenbaren Ausfall von Lotterien, sondern durch eine sehr geregelte und ganz grandios angelegte Ausbeutung der Theater. Natürlich in allen Ehren! Sie haben sich sogar ein eigenes „Ehrengericht“ eingerichtet, welches durch klassische Sprüche etwa bockbeinigen Theaterleuten, Männlein wie Fräulein, die Nothwendigkeit der Hingabe beweist, und neuerdings beispielsweise kein Arg daran zu entdecken wußte, daß ein einziges Mitglied des Vereins allein von zwei Theatern in zwei Jahren 1106 Freibillets entnommen hat. Doch genug von diesen praktischen Erläuterungen!

Es wird nunmehr wohl klar sein, weshalb der Stand der Schriftsteller zu keiner Klassen- und Kampfesorganisation gedeihen kann. Wollten sich seine proletarisch denkenden und fühlenden Elemente zu einem Verbande zusammen-

schließen, der dem Kapitalismus wirklich die Zähne wiese, so würden sie von rechts und von links, von vorne und von hinten überrannt werden, theils durch die literarische Reserve-Armee, theils durch das kapitalistische Korps der Rache. Es wäre keine Schlacht, sondern nur ein Schlachten zu nennen, und billiger Weise darf man dem Schriftstellerstande als solchem weder die Kourage, noch das proletarische Klassenbewußtsein absprechen, weil er vor einem Kampfe zurückscheut, in dem ihm auch nicht die entfernteste Aussicht auf Erfolg winkt. Es ist nur um so höher anzuerkennen, wenn einzelne Mitglieder der bürgerlichen Presse den Finger in die Wunde zu legen wagen, wenn Leopold Schönhoff in der „Frankfurter Zeitung“ mit bajuvarischem Humor feiner Auslese den Schriftstellerverband auf das Eine hinweist, was noththut, oder wenn Maximilian Harden in der „Gegenwart“ einen noch viel dankenswertheren Vorstoß gegen die Ausbeutelung der Theater durch den Verein „Berliner Presse“ unternimmt. Aber ein durchgreifender Erfolg ist von diesen Anläufen nicht zu erwarten, schon deshalb nicht, weil sie durchaus auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft bleiben, wie denn Herr Harden ehrlicher, aber auch naiver Weise erklärt, einen Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus und der von ihm bekämpften Verderbniß nicht entdecken zu können. Wie wenig sich der Kapitalismus selbst bei einem verhältnißmäßig untergeordneten Anlasse prinzipiell am Barte zupfen läßt, hat gerade vor Jahr und Tag der Krach in der „Volks-Zeitung“ bewiesen. Und dieser Fall lag für die proletarische Seite insofern noch verhältnißmäßig günstig, als die „Volks-Zeitung“ damals ein radikales Blatt war und über einen politisch geschulten Leserkreis gebot, der zu den Redakteuren hielt und ihnen wenigstens ermöglichte, Schlag mit Schlag zu erwidern. In der großen Mehrheit der deutschen Zeitungen würde eine Redaktion, die grundsätzlich dem Kapitalismus an den Wagen führe, noch viel klang- und widerstandsloser geliefert sein. Auf literarischem Gebiete versteht der Kapitalismus ganz und gar keinen Spaß.

Und das ist auch gut so. Je gründlicher er hier seine Unterjochungs- und Unterdrückungsarbeit macht, um so schneller wirft er alle selbständig und unabhängig denkenden Geister aus dem Full Dreß Jacket in die Proletarierblouse. Als Herr Bamberger vor zehn oder selbst schon zwanzig Jahren wehmüthige Klagelieder darüber erhob, daß die, wie er es nannte, „kapitallose Bildung,“ unaufhaltsam in den Sozialismus treibe, lächelte das landläufige Protzenthum über den Gespensterseher; heute bedarf es kaum noch eines Nachweises, daß er sich auch in diesem Punkte als eine allerfeinste Spürnase des Kapitalismus erwiesen hat.

„Das Geld“ von Zola.

Von **Paul Lafargue.**

I. Was der Roman Zola zu verdanken hat.

Eine gar anmuthige, harmlose Manie grassirt in dem Klan der Pariser Schriftsteller: ein Jeder von ihnen hält sich für den Schöpfer eines neuen literarischen Genres, der eine auf dem Gebiete der Lyrik, der andere auf dem des Romans; ein jeder von ihnen betitelt sich Haupt einer Schule; jeder einzelne gilt in seinen eigenen Augen für so absolut original, daß er sich für den Antipoden aller seiner übrigen werthen Herren Kollegen erachtet. Nichtsdestoweniger sind die Herren miteinander eng und innig verbrüdert: die Verachtung, mit der

sie gegenseitig ihre genialen Werke beehren, die Furcht, ihren Anspruch auf Originalität bestritten zu sehen, schlingt ein festes Band um Alle; wenn sie miteinander zu thun haben, so verfehlen sie nie, sich gegenseitig höchst höflich und ernsthaft „Meister“ zu tituliren. Die Gebrüder Goncourt, welche es in der Kunst, langweilig zu schreiben, zu einer ganz bedeutenden Meisterschaft gebracht haben, sind der Ansicht, daß die offizielle Akademie zu eng ist, um alle die Genies aufzunehmen, die sich vergeblich bemühen, den Witz zu erhaschen, der auf der Straße aufzulesen ist, und so gründeten sie neben der „Freien Bühne“ des Herrn Antoine und in Nachäffung derselben eine freie Fabrik „Unsterblicher,“ *) die sie mit einer Summe ausstatteten, welche freilich erst nach ihrem Tode ausgezahlt werden soll.

Um die Lorbeeren zu verdienen, die sie sich selbst aufs Haupt drücken — diejenige Schmeichelei ist am besten angebracht, die man sich selbst zollt — haben sich die Lyriker und Romanschriftsteller nicht etwa mit einem unbequemen Gepäck an originalen Gedanken und Reflexionen beschwert, sie haben sich auch keineswegs angelegen sein lassen, eine neue literarische Form einzuführen. Das große Publikum, nach dessen Beifall und klingender Münze es den Herren gelüstete, durfte nicht durch Originalität verblüfft und außer Fassung gebracht werden: man begnügte sich also damit, die von den Vorgängern benutzten und abgenutzten Formen zu kultiviren. Die Geschichte wird als die hervorragendste Eigenthümlichkeit der „Häupter“ der verschiedenen „Schulen“ unserer Zeit absoluten Mangel an Erfindungsgeist zu bezeichnen haben. All' ihre Bemühungen und Bestrebungen haben sich darauf beschränkt, den Vers und den Roman — auf dem Gebiete des Dramas konnten sie sich nicht „bahnbrechend“ betheiligen, weil sie vom Publikum aus den Theatern hinausgepfiffen wurden — des jugendlichen Schwungs, der ausschweifenden Phantasie zu entkleiden, welche den Reiz der aus der Periode der Romantik von 1830 stammenden Werke ausmachten, an deren Stelle sie mit Ach und Krach zu Stande gebrachte Geduldsproben boten. Sie haben uns eine Literatur langweiliger, zotenreißender Schulmeister gegeben.

Die oberflächlichste Beobachtung, die nie von der Wirkung zur Ursache zurückgeht, nie von der augenblicklichen Wirkung zum Endergebniß fortschreitet, ist der Triumph der „Realisten;“ ihre Psychologie gipfelt in der unsäglich banalen Analyse ihres albernen, uninteressanten „Ich.“ Für Alles was ihnen abgeht, suchen sie sich an der Sprache schadlos zu halten: die ganze Meisterschaft dieser Meister offenbart sich in einer höchst manierirten, abgequälten und den Leser abquälenden Sprache. Einer von ihnen, ohne Zweifel ein hervorragender Meister, hat unter dem Titel „Contes sans qui ni que“ (Erzählungen ohne welcher, welche, welches) einen Band Erzählungen von sich gegeben, aus dem die unschuldigen Fürwörter qui und que streng verbannt sind.**) Beim Schreiben beachten die

---

*) Die Mitglieder der Academie française werden bekanntlich als Unsterbliche bezeichnet.

**) Die Verzopftheit des Stils ist so weit getrieben worden, daß sich selbst Goncourt gezwungen sah, dagegen zu protestiren. „Es wird behauptet,“ sagt er, „daß man schlecht schreibt, wenn in einem Satz zwei einander regierende de (von, mit) vorkommen, wie dies z. B. in dem berühmten Satze der Fall ist, der Flaubert zur Verzweiflung brachte: „une couronne de fleurs d'orangers.“ Man schreibt schlecht, wenn man in einem Satz, ziemlich nahe beieinander zwei Worte gebraucht, welche mit derselben Silbe beginnen. Man ist noch weiter gegangen und hat erklärt, daß man einen Satz nicht mit einem einsilbigen Worte anfangen dürfe, da die beiden armen Buchstaben nicht der würdige Ausgangspunkt eines großen Satzes, einer ganzen Periode wären.“ Journal des Goncourt. Tome V, 1891.

modernen Dichter und Schriftsteller mehr die Worte als die Dinge, welche sie darstellen, sie sind beständig auf der Jagd nach neuen stilistischen Wendungen; es liegt ihnen weniger daran, richtig zu sehen und richtig darzustellen, als vielmehr daran, eine unerhörte Wendung herauszuspintisiren oder ein pikantes „Licht aufzusetzen.“ Für sie haben die Worte an und für sich einen ihnen eigenthümlichen inneren Werth, der mit den Ideen, die sie ausdrücken sollen, nichts zu thun hat. Dieser Auffassung entsprechend, kommt es ihnen wenig darauf an, ob die Worte einen richtigen oder falschen Gedanken einkleiden oder auch jeder Idee bar sind, vorausgesetzt nur, daß ihre Stellung und Zusammenstellung im Satze neu, unerwartet, verblüffend und packend sei. Dagegen martern die Meister auf dem Gebiete der Poesie und des Romans ihr armes Hirn ab, um Titel auszuklügeln, welche in passender und würdiger Weise ihren Mangel an Erfindungsgabe verzieren. So veröffentlichte z. B. vor etlichen Monaten ein Neuling auf dem literarischen Markte eine sentimentale, im Genre der George Sand gehaltene Erzählung und hatte natürlich nichts Eiligeres zu thun, als sich mit dem Titel Haupt der Schule des „romanhaften Romans“ (roman romanesque) zu schmücken. Viele Titel und keine Leistungen, das ist die Schlußbilanz der „Meister“ der modernen Literatur.

* * *

Auch Zola ist früher in den eben gekennzeichneten Fehler verfallen: er gab sich für den Schöpfer des experimentalen Romans, des naturalistischen Romans aus, und dies nach Sorel, dem Abbé Prevost und Balzac*) in Frankreich, Fielding und Smollet in England, Quevedo, Cervantes und Mendoza, dem Verfasser des Lazarillo de Tormes, in Spanien. Zola selbst maß übrigens dem Titel, den er sich beilegte, keine Bedeutung bei, es war eine Kokarde, die er auf seinen Hut steckte, um die Blicke auf sich zu ziehen, nicht mehr. Heute, wo er die ihm anfangs entgegentretenden Schwierigkeiten siegreich überwunden hat, wo

*) Balzac, welcher ein Schüler des großen Naturforschers Geoffroy de St. Hilaire war, und sich selbst „Doktor der Sozialwissenschaften“ betitelte, spricht in der Vorrede zur „Comédie humaine“ (menschlichen Komödie) von seinem Plan, „eine Naturgeschichte des Menschen“ zu schreiben. — Am Ende des vorigen Jahrhunderts wollte der fruchtbare Romanschriftsteller Restif de la Bretonne „Buffon's Werk fortführen und eine Naturgeschichte schreiben.“ Er sprach nicht blos vom experimentalen Roman, sondern stellte auch wirklich Experimente an. „Ich bin,“ schrieb er, „manchmal dem Vergnügen nachgegangen, aber ich darf wohl behaupten, daß alle meine Ausgaben dafür als nützliche bezeichnet werden können. Um über gewisse Gegenstände schreiben zu können, war ich gezwungen, mich zu belehren, und man kann sich nur durch die eigene Erfahrung vollständig belehren.“ Restif trieb den Realismus so weit, daß er seinen Romanen ganze Liebesbriefe einfügte, Antworten auf zarte Episteln, die er eigens zu dem Zwecke geschrieben hatte, derartige „menschliche Dokumente,“ wie sich die neue Schule ausdrückt, zu provoziren.

Bereits im achtzehnten Jahrhundert formulirte Crébillon die Theorie des experimentalen und naturalistischen Romans, welche Zola erfunden zu haben wähnt. Er sagt in „les Egarements du Coeur et de l'Esprit“ (Die Verirrungen des Herzens und des Geistes): „Der von verständigen Personen — und zwar oft mit Recht — so verachtete Roman wäre vielleicht von allen literarischen Arten diejenige, die am nützlichsten werden könnte ... wenn man, anstatt ihn mit unheimlichen, überspannten Situationen und mit Helden vollzupfropfen, deren Charaktere und Abenteuer stets unwahrscheinlich sind, wenn man ihn statt dessen zum Bild des menschlichen Lebens machte. ... Der Mensch würde dann den Menschen so sehen, wie er wirklich ist, man würde ihn weniger blenden, aber dafür mehr belehren.“

die Verbreitung seines Rufs über den ganzen Erdball ihm eine geradezu einzige Stellung unter den Schriftstellern der Gegenwart anweist, begnügt er sich damit, solche Romane zu schreiben, denen ein möglichst großer Erfolg — auch in klingender Münze — sicher ist; er denkt nur noch an seine Schule, wenn es sich darum handelt, den Schriftstellern, die sich an seine Rockschöße klammern, die Hand zu reichen.

Zola hat ebenso wenig wie die anderen „Meister“ Schule gemacht — keine Schüler zu haben ist das charakteristische Merkmal der modernen Meister — indessen unterscheidet er sich von dem großen Haufen unserer Häupter literarischer Schulen, denn er hat in den Roman ein neues Moment eingeführt.

Die Romanschriftsteller möchten uns die Realität der von ihnen gezeichneten Personen glaubwürdig erscheinen lassen, und so taufen sie dieselben mit Namen, welche dem „Botin“ *) entlehnt sind, sie legen ihnen Worte in den Mund, schreiben ihnen Handlungen zu, welche sie rechts und links aus ihrer Umgebung, ganz besonders aber aus Zeitungen zusammengetragen haben, die sie sorgfältig sammeln, zusammenstellen, vergleichen und gewissenhaft katalogiren. Trotz alledem rufen ihre Männlein und Fräulein nicht die Illusion hervor, daß sie gelebt haben, daß sie lebenswahr, Menschen von Fleisch und Blut sind. Sie leben nicht unser Leben, sie sprechen nicht von den Interessen, welche uns bewegen, sie huldigen nicht den Illusionen, welche wir nähren, sie leiden nicht durch die Begierden, die uns quälen. Sie machen den Eindruck von Hampelmännern, deren Inneres mit Kleie ausgestopft ist, und deren Drähte der Verfasser in der Hand hält, um sie mit Rücksicht auf die Handlung und den gewünschten Effekt manövriren zu lassen.

Die Viktors und die Julien, die in den Romanen geboren werden, leben, lieben und sterben, sie alle folgen nur ihrem Kopfe, ohne die zwingende Macht der Bedürfnisse ihres eigenen Organismus und den Einfluß des sie umgebenden sozialen Milieu zu erfahren; es sind außergewöhnliche Geschöpfe, die erhaben sind über die gewöhnliche Menschennatur und die den sozialen Ereignissen befehlen.

Die römischen Komödiendichter bedienten sich des „Deus ex machina,“ des plötzlich von oben herabsteigenden Gottes, um die Lösung verwickelter Situationen herbeizuführen. Ihr so naiver, genugsam belächelter und bespöttelter Kunstgriff ist von den Romanschriftstellern benutzt und vervollkommnet worden: diese lassen nämlich ihre Helden und Heldinnen den ganzen Roman hindurch die Rolle solcher Götter spielen. Zola hat sich in lobenswerther Weise bestrebt, diese Art Hexenmeister aus dem Roman zu verbannen; zum mindesten hat er den Versuch gemacht, die im Roman vorkommenden Gestalten eines Theils ihrer Allmacht zu entkleiden und ihre Handlungen mit bestimmten Ursachen in Verbindung und Zusammenhang zu bringen, ja er geht in diesem seinem Bestreben oft so weit, die gezeichneten Personen ihres freien Willens zu berauben, sie unter die zwingende Gewalt eines doppelten Verhängnisses, eines inneren physiologischen und eines äußeren sozialen zu beugen.

Die Gestalten, welche uns Zola im Rahmen seiner Romane vorführt, werden von ihm in physiologischer Beziehung als erblich belastet dargestellt und dies in der Absicht, dadurch eine Erklärung für ihr gesammtes Thun und Lassen zu liefern. Manche seiner Helden sind Alkoholiker,**) andere mit erblichem Wahn-

*) Der „Botin“ ist das Pariser Adreßbuch.

**) „L'Assommoir“ (Der Todtschläger) dreht sich um die Erblichkeit des Alkoholismus. Der Held des Romans, seines Zeichens Dachdecker, ist ein ausgezeichneter Arbeiter, ein ordentlicher Mensch, guter Gatte und Vater, aber der Hang zur Trunksucht schlummert in ihm. Er weiß dies und vermeidet mit äußerster Vorsicht jede Gelegenheit, welche die verhängnißvolle Neigung entwickeln könnte; er besucht nie die

sinn Behaftete, in einigen Fällen werden sie durch einen Unfall aus dem Geleise gebracht, mehrere seiner Heldinnen werden für ihr ganzes Leben abnorme Geschöpfe, weil sie in brutaler Weise deflorirt worden sind. Die Ereignisse eines jeden seiner Romane sind nur zu dem Zwecke gruppirt und klassifizirt, um die Entwicklung des krankhaften Phänomens zu ermöglichen.*)

Schenke, sein Leben ist mustergiltig. Da widerfährt ihm einer jener Unfälle, wie sie in seinem Gewerbe so häufig vorkommen: als er nach seinem Töchterchen schauen will, stürzt er vom Gerüst herab und renkt sich die Schulter aus. Während der unfreiwilligen Muße, die eine Folge seines Sturzes ist, fängt er an, um die Zeit todtzuschlagen, die Weinstube zu besuchen, und die in ihm schlummernde Leidenschaft entwickelt sich nun plötzlich mit rasender, unwiderstehlicher Gewalt: er wird zu einem Trunkenbold niedrigsten Schlages. Das ist etwas bei den Haaren herbeigezogen, allein es ist nicht unmöglich.

Wenn man sich aber auf den Beobachter hinausspielt, so hätte man eine andere Beobachtung machen müssen. Der Genuß des Alkohols ist für die moderne Arbeiterklasse zur Nothwendigkeit geworden; in den Industriezentren steigt sein Verbrauch Schritt für Schritt mit der industriellen Entwicklung. Die kapitalistische Produktion zwingt den Arbeiter geradezu, im Alkohol eine momentane künstliche Belebung und Stärkung seiner Kräfte zu suchen. Die Natur mancher Beschäftigungsarten bringt es mit sich, daß sich die Nothwendigkeit des Alkoholgenusses für die in ihnen thätigen Arbeiter ganz besonders stark fühlbar macht. Ein anderer Umstand treibt andere Kategorien von Arbeitern der Trunksucht in die Arme. Die Dachdecker, Buchdrucker, Zimmermaler z. B. werden bei uns nicht für die Woche, sondern für den Tag, den halben Tag oder sogar stundenweise eingestellt. Meist ist es ein glücklicher Zufall, der ihnen Beschäftigung bringt, und diesen glücklichen Zufall warten sie nothgedrungenerweise in gewissen Schänkwirthschaften ab, welche „pumpen," d. h. welche ihnen Speisen und Getränke auf Kredit verabfolgen, ihnen wohl auch Geld vorschießen. Die unfreiwilligen Besuche, welche die Arbeiter der genannten Kategorien dem Kneipwirth abstatten müssen, liefern eine so triftige Erklärung dafür, wie sich bei einem von ihnen die Trunksucht entwickeln kann, daß man wahrhaftig nicht nöthig hat, hierbei einen Unfall eine entscheidende Rolle spielen zu lassen. Hätte Zola die Umstände, unter denen Dachdecker und andere Arbeiter Beschäftigung suchen müssen, unter denen sie angeworben werden, als äußeren, gelegentlichen Anlaß zur Trunksucht seines Helden hingestellt, so hätte er damit dem „Assommoir" eine soziale Tragweite verliehen, der das Werk jetzt ermangelt.

Doch mehr noch, „Assommoir" muß geradezu als eine schlechte That bezeichnet werden. Einige Jahre nach der Kommune, zur Zeit der schlimmsten Reaktion veröffentlicht, als der Bestand der republikanischen Staatsform noch in Frage gestellt war, wurde der Roman von den Reaktionären höchst beifällig aufgenommen. Sie ließen sich angelegen sein, seinen Erfolg zu sichern, denn sie waren überglücklich, die Arbeiterklasse, vor der sie gezittert hatten, durch die Gestalten widerlicher Säufer repräsentirt zu sehen. — Als Zola in seinem „Pot-bouille" (Am häuslichen Herde) den Schmutz der Bourgeoisiekreise auskramte, geriethen dieselben Elemente, welche „Assommoir" mit Jubel begrüßt hatten, in sittlich-ästhetische Entrüstung und zeterten in allen Tonarten, daß dieser Roman eine Entweihung der Kunst bedeute. Sie hatten sich mit innigem Wohlbehagen daran ergötzt, daß die Arbeiterklasse mit Schmutz beworfen worden, wollten aber natürlich nichts von einer wahrheitsgetreuen Schilderung der Sitten der Bourgeoisie wissen.

*) Im „Assommoir" kann man die Art und Weise, wie Zola seine Romane komponirt, deutlich beobachten. Der Verfasser hat aus Zeitungen und verschiedenen Werken Redensarten zusammengetragen, die in den niederen Volksschichten im Schwange sind; und um sie verwerthen zu können, arrangirt er ganze Szenen. „Assommoir" ist nicht die Frucht unmittelbarer Beobachtungen; der Roman ist vielmehr komponirt, um die Sprache der Pariser Arbeiter ausgiebig anbringen zu können.

Die pathologische Nothwendigkeit, der Zola's Gestalten unterworfen sind, bestimmt nicht nur deren Charakter und Handlungen, sondern beeinflußt den Verfasser selbst. Sie macht ihn blind und hindert ihn zu sehen, wie sich die Dinge im wirklichen Leben zutragen und wie selbst die am tiefsten eingewurzelten erblichen Eigenschaften beständig durch das Milieu Veränderungen erfahren, in welchem sich das Individuum entwickelt. An Beispielen derartiger Veränderungen ist durchaus kein Mangel. Die geordnete Lebensführung und die Sparsamkeit, welche seit Generationen den Philister charakterisiren, solange er in den engen, kleinbürgerlichen Verhältnissen lebt, verwandeln sich binnen einer einzigen Generation und schlagen in Zügellosigkeit und wahnwitzige Verschwendung um, sobald sich derselbe Philister in den Kreisen des Großhandels und der hohen Finanz einen Platz erobert hat.

Da heutigen Tags die Naturwissenschaft in die Mode gekommen, so suchte Zola den Neuerungen, welche er in den Roman einführte, einen naturwissenschaftlichen Anstrich zu geben. Er erklärte sich für einen Schüler Claude Bernard's und machte den großen Physiologen für seine pathologisch-literarischen Phantasien verantwortlich. Der Entschuldigungsgrund, den Zola hierfür anrufen kann, ist seine absolute Unkenntniß der Theorien Claude Bernard's, welcher dem organischen Milieu einen entscheidenden Einfluß auf das Leben der physiologischen Elemente beimaß. Die Theorie, an welche sich Zola unbewußt hält, ist nicht die Claude Bernard's, sondern die Lombroso's, eine Theorie, die der letztere übrigens nicht selbst erfunden hat, die er aber ausbeutet, um sich, Dank der Unwissenheit der sogenannten gebildeten Leute, einen europäischen Ruf zu schaffen.

Die Verbrechertheorie Lombroso's ist vulgär-fatalistisch. Wie der Held des „Assommoir“ in Folge seiner erblichen Belastung unrettbar dem Alkoholismus verfallen mußte, so sind alle Verbrecher durch ihren Organismus für das Verbrechen prädestinirt. Mögen sie zehnmal in den verschiedensten Verhältnissen und Umständen leben, sie müssen mit Naturnothwendigkeit, ob sie es wollen oder nicht, Verbrechen begehen; die Gesellschaft muß sich folglich ihrer wie giftiger Schlangen oder reißender Thiere zu entledigen suchen. Offenbar führt diese fatalistische Theorie zu demselben Schlusse, wie die Theorie der Deisten vom freien Willen; die eine wie die andere macht das Individuum allein für seine Handlungen verantworlich: beide sprechen der Gesellschaft das Recht zu, es bei Seite zu schaffen, ohne Gewissensbisse und ohne Untersuchung, ob ihr nicht selbst ein Theil der Verantwortlichkeit für jede verbrecherische That zufällt. Wie bekannt legte der große Statistiker Quetelet der Gesellschaft die Verbrechen zur Last, welche jahraus, jahrein mit fast mathematischer Regelmäßigkeit begangen werden. Lombroso's Verbrechertheorie ist aus der Lehre Darwin's abgeleitet, wie sie fälschlich von Häckel, Spencer, Galton und Genossen ausgelegt wird, die es fertig bringen, mit Berufung auf sie die hohe soziale Stellung der Kapitalisten durch deren erblich übertragenen, ausgezeichneten individuellen Eigenschaften zu erklären.

Zola hat die Verbrechertheorie trefflich auszunutzen verstanden, sie vereinfacht seine Aufgabe als Sittenschilderer bedeutend; sie verhilft ihm zu neuen Effekten, und enthebt ihn der Nothwendigkeit, die Aktion und Reaktion des sozialen Milieu, in dem seine Helden leben, zu studieren, denn diese unterliegen ja einer organischen Fatalität, welche zu einer neuen Art von „Deus ex machina“ wird; und sie ermöglicht es ihm, von der psychologischen Analyse abzusehen, für welche er eine unverhohlene Verachtung an den Tag legt. „Psychologie treiben,“ sagt er irgendwo, „das heißt Experimente mit dem Kopfe des Menschen anstellen,“

und er selbst erhebt ja Anspruch darauf, „Experimente mit dem ganzen Menschen anzustellen.“ Die Ideen Zola's darüber, was er unter einem Experiment und unter der Rolle des Kopfes im menschlichen Organismus versteht, sind äußerst verworren und unklar.*) (Fortsetzung folgt.)

Von Liverpool nach Newcastle.

Von **Ed. Bernstein.**

London, Mitte September.

In der Eröffnungsnummer des Jahrganges 1890/91 der „Neuen Zeit“ hatte ich über den Liverpooler Kongreß der englischen Gewerkschaften zu berichten, und konnte, gegenüber den vorhergegangenen Kongressen, einen erheblichen Fortschritt in der Richtung zum Sozialismus konstatiren. Auch diesmal fällt mir die Aufgabe zu, über einen Trade Unions-Kongreß zu schreiben, und auch der soeben stattgehabte 24. Jahreskongreß der englischen Gewerkschaften verdient, als eine Etappe auf der Vorwärtsbewegung derselben zum Sozialismus bezeichnet zu werden.

Bei einer Bewegung, wie es die englische Gewerkschaftsbewegung ist, mit der den Gewerkschaftlern seit Jahrzehnten anerzogenen Tendenz, nur auf das Nächstliegende den Blick zu richten, liegen zeitweilige Rückfälle so in der Natur der Sache, daß man eigentlich stets auf solche gefaßt ist. Ein theoretisches Glaubensbekenntniß, das ihn vor solchen bewahren könnte, hatte der englische Gewerk-

---

*) Zola sagt in dem Buch, das er über den „experimentalen Roman“ geschrieben: „Die Romanschriftsteller haben zu beobachten und Experimente anzustellen, und ihre ganze Aufgabe erwächst aus dem Zweifel, in welchem sie sich angesichts wenig gekannter Wahrheiten so lange befinden, bis eine experimentale Idee plötzlich ihr Genie weckt und sie antreibt, ein Experiment zur Analysirung und Bemeisterung der Thatsachen vorzunehmen.“ Dieser Satz enthält einen dreifachen Galimatias. Wie kann man sich im Angesichte einer Wahrheit befinden, die doch weder Kopf noch Schwanz, weder Vorn noch Hinten hat? Was mag wohl eine experimentale Idee sein? Vielleicht die Idee, ein Experiment anzustellen? Und welcher Romanschriftsteller hat je mit einem menschlichen Wesen ein Experiment vorgenommen? Höchstens Restif de la Bretonne, welcher mit sich selbst experimentirte, wovor sich Zola wohl gehütet hat, der das ruhigste und platteste Leben eines Spießbürgers führt, das man sich denken kann.

In seinem Roman „Das Geld“ (l'argent) kritisirt einmal Zola mit Recht „die psychologischen Spielereien, welche das Piano und die Stickereien zu ersetzen drohen,“ und die der schönfärbende Bourget, der Lieblingspsycholog der Damen der Bourgeoisie, in die Mode gebracht hat. „Frau Karoline,“ heißt es an derselben Stelle des Romans, „war eine Frau von klarem, gesunden Menschenverstand, sie fand sich mit den Thatsachen des Lebens ab, ohne sich in dem Bemühen zu erschöpfen, sich ihre tausendfachen komplizirten Ursachen zu erklären. In ihren Augen war das endlose Durchhecheln der Gefühle und Gedanken, die bis zur Haarspalterei gesteigerte raffinirte Analyse von Herz und Hirn weiter nichts, als ein Zeitvertreib für müßige Salondamen, welche weder einen Haushalt zu führen, noch ein Kind zu lieben haben; ein Zeitvertreib für Damen, die ihren Geist Mätzchen und Kapriolen machen lassen, Entschuldigungsgründe für ihren Fall suchen und hinter ihrem Studium der Seele die Begierden des Fleisches maskiren, welche Herzoginnen ebenso empfinden, wie Kellnerinnen.“ Zola legt hier Frau Karoline seine eigene Philosophie in den Mund. Wie er selbst, so verwechselt auch sie das sich für Psychologie ausgebende sentimentale Geschwätz der Salondamen über ihre angenehmen Schwächen mit der Erforschung der komplizirten Ursachen der Phänomene.

schaftler bislang noch nicht. Er sucht seine Interessen und die seiner Klassengenossen im Allgemeinen zu fördern, so gut es geht und mit den Mitteln, die der Augenblick als die geeignetsten erscheinen läßt, und da die wirthschaftlichen und politischen Konstellationen wechseln, so müssen die verschiedenen Mittel und Wege dem nur auf das „Praktische“ gerichteten Sinn bei jeder veränderten Konstellation in anderem Lichte erscheinen und den Gewerkschaftler auch seinerseits zu einer veränderten Stellungnahme veranlassen.

Das ist für den mit vorgefaßten Erwartungen an die Gewerkschaftsbewegung Herantretenden oft die Quelle arger Enttäuschung; dem objektiven Beobachter wird auf diese Weise Gelegenheit geboten, durch das Medium der Gewerkschaftsbewegung den jedesmaligen Stand der sozialpolitischen Entwickelung im Allgemeinen kennen zu lernen. Das Entgegengesetzte ist bekanntlich mit der Sektirerbewegung der Fall, die die äußeren Verhältnisse vornehm ignorirt und daher lediglich als Gesammterscheinung für ihre Zeit charakteristisch ist.

Wenn somit die englischen Gewerkschaften seit einer Reihe von Jahren in stetigem Fortschritt sich nach einer bestimmten neuen Richtung hin fortentwickeln, wenn ihre geistige Physiognomie immer deutlicher einen bestimmten neuen Charakter ausprägt, so ist dies eine Erscheinung von größter sozialpolitischer Bedeutung. Sie zeigt, welcher Natur und von welcher Stärke die thatsächliche Entwicklung ist, die die Gewerkschaftler in diese Richtung treibt.

Die äußeren Umstände, unter denen der Kongreß von Newcastle stattfand, waren der neuen Richtung keineswegs besonders günstig. Newcastle on Tyne, die bedeutendste Stadt des nordöstlichen England, liegt grade in der Mitte zwischen Northumberland und Durham, diesen beiden Grafschaften, in denen die konservative „Nationale Union der Bergarbeiter“ und andere konservative Gewerkschaften dominiren. In Newcastle selbst giebt es zwar bereits eine sozialistische Bewegung, und außerdem besitzt Newcastle in dem, von dem alten Joseph Cowen herausgegebenen „Newcastle Daily Chronicle“ ein fast ausgesprochen sozialistisches Organ, aber wie stark in den Gewerkschaften in und um Newcastle noch die konservative Strömung ist, geht daraus hervor, daß der lokale Gewerkschaftsverband, aus dessen Mitte nach alter Tradition der Vorsitzende des Kongresses zu wählen war, für dieses einflußreiche Amt keinen andern vorschlug, als grade den Führer der Nationalen Bergarbeiterunion, Thomas Burt. Burt, ein langjähriger Parlamentarier, und in allen Künsten des Parlamentarismus wohl erfahren, kühl und bewußt und mit der unschätzbaren Gabe sarkastischen Witzes begabt, hat denn auch seinen Vortheil, so gut es nur ging, wahrgenommen. Schon seine Eröffnungsrede war ein kleines rhetorisches Meisterwerk. Seit Jahren waren die Präsidialreden von Vertretern der vorgeschrittenen Richtung gehalten worden, es kam also darauf an, den Standpunkt der alten Gewerkschaften zu vertreten und doch den Eindruck der Abschwächung zu vermeiden. Das ist ihm bis zu einem solchen Grade gelungen, daß ihm die Linke des Kongresses fast noch lebhafter applaudirte als die Anhänger der Rechten. Sehr geschickt hob er die gemeinsamen Gesichtspunkte hervor und berührte nur obenhin die Differenzen. „Ja wohl,“ sagte er, „wir haben unter uns Meinungsverschiedenheiten. Aber Alles in Allem sind es nicht so sehr Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Ziele und die Prinzipien, als in Bezug auf die Mittel und die Einzelheiten; sie sind deshalb vielleicht nicht weniger wichtig. Ich will jedoch hier nicht näher auf sie eingehen. Sie müssen gründlich diskutirt werden, aber es ist nicht Sache Ihres Vorsitzenden, sie zu diskutiren.“ Die hauptsächlichste Meinungsverschiedenheit, führte er weiter aus, sei wohl die in Bezug auf die

Aufgaben des Staates. Die Einen wollten so wenig wie möglich vom Staat wissen, Andere ihn zum einzigen oder fast einzigen Eigenthümer und Produzenten machen. Er, Burt, selbst neige mehr zur organisirten Selbsthilfe, als zum Zwang durch den Staat, aber er unterschätze auch nicht den Werth der Maschinerie des Staats, und erkenne an, daß dieselbe Vieles für die Arbeiter thun könne und solle. Mit diesem Zugeständniß, mit der Betonung der Wichtigkeit der Landfrage und mit dem Hinweis auf das Gebet des Dichters Browning:

„Mach' keine Riesen fürder, Gott,
Doch mach' recht bald uns alle groß!"

hatte er die den radikalen Elementen sympathische Saite berührt, und durfte nun wieder in sarkastischer Weise hinzusetzen, es liege in dem Browning'schen Vers ein Anflug von Ungeduld, die Vorsehung scheine auf so kurze Anweisungen auf das tausendjährige Reich nicht freundlich zu blicken. Man müsse mit den Verhältnissen rechnen. „Aber," fuhr er schnell wieder einlenkend fort, „der Millionär und der Arme sind beide Ungeheuerlichkeiten, und wenn wir je eine christliche und zivilisirte Nation werden, so werden beide verschwinden."

Vor der sozialistischen Kritik sind das nichtssagende Gemeinplätze, indeß den Anhängern des sogenannten neuen Unionismus, die ja meist selbst erst auf dem Wege zum Sozialismus sind, genügten sie als Konzession von Seite eines der „Alten," und sie klatschten Burt begeisterten Beifall.

Weniger zufrieden waren sie mit seiner Präsidialführung. Und sie hatten auch oft genug Grund zur Unzufriedenheit. Aber schließlich verziehen sie ihm doch die verschiedenen Streiche, die er ihnen gespielt, weil sie ihm dankbar waren, daß er überhaupt es fertig bekommen, die stürmischen Debatten des von nicht weniger als 552 Delegirten beschickten Kongresses zu leiten, und er bedankte sich bei ihnen am Schluß mit der Erklärung, sie würden wohl jetzt gemerkt haben, daß er dem Sozialismus viel näher stehe, als Viele geglaubt; aber er habe einige Erfahrungen in Bezug auf das, was praktisch sei und was nicht, und wenn er ihnen auch rathe, sich ein so hohes Ideal wie nur möglich zu bilden und immer vor Augen zu halten, so lege er ihnen doch gleichzeitig ans Herz, in der Zwischenzeit zu nehmen, was sie irgend bekommen könnten.

Diese Verbeugung des konservativsten der konservativen Gewerkschaftler vor dem Sozialismus als Schlußnote des Kongresses ist vielleicht noch ein bedeutsameres Zeichen der Zeit, als die sozialistisch angehauchten Eröffnungsreden auf den früheren Kongressen. Diese waren nur Beweise für das Vorhandensein der Strömung, jene aber ist ein Beweis dafür, welche Macht dieselbe bereits erlangt hat. Auf dem kurzen Wege von Liverpool nach Newcastle — denn was heißt ein Jahr in der Geschichte sozialer Bewegungen? — hat sie in unverhältnißmäßiger Steigerung an Umfang und Kraft zugenommen.

* *
*

Es war der stärkstbesuchte Gewerkschaftskongreß, den England noch gesehen. Ich habe die Zahl der Delegirten bereits genannt: 552. Dieselben vertraten 177 verschiedene Gewerkvereine und 44 lokale Verbände mit zusammen 1,302,855 Mitgliedern. Die letzteren Zahlen sind kleiner als die des Kongresses von Liverpool, thatsächlich aber werden in Newcastle mindestens ebensoviel Arbeiter vertreten gewesen sein, als in Liverpool, denn wenn sich auch verschiedene der alten Unionen diesmal durch bedeutend mehr Delegirte vertreten ließen, als auf früheren Kongressen, so hatten dafür die größeren der neuen Unionen, im Vertrauen auf den beabsichtigten neuen Abstimmungsmodus, weniger Delegirte als

vor einem Jahre gesandt, obwohl sie in der Zwischenzeit an Mitgliedern noch bedeutend zugenommen. Die Differenz der obigen Gesammtziffer gegen die von Liverpool ist vielmehr im Wesentlichen der strengeren Kontrole gegenüber jeder Art von Doppelvertretung zuzuschreiben.

Nach dem Beschluß des Liverpooler Kongresses sollte diesmal nicht nach der Kopfzahl der Anwesenden, sondern nach den Zahlen der vertretenen Arbeiter abgestimmt werden, auf je 1000 Mitglieder einer Organisation immer eine Stimme kommen. Das erwies sich aber angesichts der großen Anzahl der Delegirten als so umständlich und zeitraubend, daß nach einer langen und heftigen Geschäftsordnungsdebatte beschlossen wurde, es beim alten Abstimmungsmodus verbleiben zu lassen. Die „neuen" Unionen, die auf die Innehaltung des Liverpooler Beschlusses gerechnet, kamen dadurch gegenüber den alten Unionen erheblich in Nachtheil. Die Docker-Union, die Gasarbeiter-Union und die Bergarbeiter-Federation, die zusammen gegen 300000 Mitglieder zählen, waren durch im Ganzen 41 Delegirte vertreten, die Nationale Bergarbeiter-Union dagegen hatte nicht weniger als 39 Delegirte auf dem Kongreß, hinter denen etwa nur ebensoviel Tausend Arbeiter stehen. Da die erstgenannten Organisationen für den gesetzlichen Achtstundentag sind, die letztere ihn aber heftig bekämpft, so fiel bei den Abstimmungen über denselben diese unverhältnißmäßige Vertretung ganz erheblich ins Gewicht.

Und trotzdem siegte auch auf diesem Kongreß die Forderung des gesetzlichen Achtstundentages, die nun einmal das Schiboleth des Kampfes zwischen dem alten und dem neuen Unionismus geworden ist, und als solches vielleicht noch größere Bedeutung hat, als ihr sonst innewohnt — trotzdem siegte sie auch hier, und mit größerer Mehrheit als je zuvor. Zwar gelang es in einem unbewachten Moment, durch Ueberrumpelung das Optionalprinzip in die Resolution hineinzupaschen, aber die darauf folgende Debatte und die Schlußabstimmung bewiesen nur, daß wo der Kampf mit offenem Visir gekämpft wird, der neue Unionismus in der entschiedenen Majorität ist. Das Optionalprinzip selbst konnte nach den Satzungen der Geschäftsordnung der Gewerkschaftskongresse auf diesem Kongreß nicht mehr aus der Resolution herausgestrichen werden, aber der Fehler wurde doch so gut es ging reparirt: während der eingeschmuggelte Antrag die Einführung des Achtstundentages in jedem Gewerbe von der Zustimmung von zwei Dritteln der organisirten Angehörigen des betreffenden Gewerbszweiges abhängig machen wollte, besagt die zum Schluß gefaßte Resolution, daß der Achtstundentag in jedem Gewerbe obligatorisch sein soll, außer da, wo die Mehrheit der organisirten Arbeiter gegen seine Einführung Protest einlegt. Als Amendement gegen den obigen Antrag eingebracht, siegte diese Resolution mit 275 gegen 182 Stimmen, und, nachdem sie damit zum Hauptantrag geworden war, in der Schlußabstimmung mit 341 gegen 73 Stimmen. Nur die Textilarbeiter von Lancashire stimmten noch geschlossen dagegen. Die „nationalen" Bergarbeiter aber hatten die Schlacht schon aufgegeben und sich erboten — für den Preis eines Sitzes im parlamentarischen Komite auf die Fortführung der Opposition zu verzichten. Beiläufig erwähnt, wurde überhaupt sehr fleißig hinter den Koulissen „gearbeitet." Und die Presse berichtete darüber mit einer erstaunlichen Offenheit. Im Heimathlande des modernen Parlamentarismus scheint man solche kleine Geschäfte unter der Hand, solange sie sich innerhalb gewisser Grenzen halten, nach dem Grundsatz peccatur intra et extra muros sehr tolerant zu beurtheilen. Nur müssen überall die vorgeschriebenen Formen hübsch beobachtet werden. Was hinter die Koulissen gehört, darf nicht ins Plenum getragen werden. Als am

vorletzten Tage hinter den Koulissen zusammengebraute Listen für das neue parlamentarische Gewerkschaftskomite etwas gar zu öffentlich im Saale kolportirt wurden, entgingen die Verfasser der einen dieser Listen mit knapper Noth einem Ausstoßungsantrage.

Mit der Debatte über die allgemeine Achtstundenresolution war indeß der Kampf zwischen der Mehrheit und der „Opposition“ noch nicht beendet. Er entflammte sofort wieder, als die Frage der weiteren Ausdehnung des Fabrikgesetzes zur Verhandlung kam, und mit derselben die der Erhöhung der Altersgrenze für die Zulassung von Kindern zur Fabrikarbeit. Aber ach, welche klägliche Rolle spielte gerade in dieser Frage die Opposition.

Es gab eine Zeit, wo das Halbzeitsystem in den Fabriken von Lancashire sicherlich ein Fortschritt war. Heute ist es, nach dem Urtheil von unintereſſirten Fachleuten, unbedingt ein großes Uebel. Auf der einen Seite ist die Arbeit bedeutend intensiver geworden, auf der andern Seite der Lehrstoff in den Schulen ein wesentlich umfangreicherer. Da ist es einfach unmöglich, daß zehnjährige Kinder 5½ Stunden in der Fabrik arbeiten und daneben in der Schule dem Unterricht sollen folgen können, namentlich wenn sie, wie es oft der Fall, obendrein weite Wege bis zur Fabrik zurückzulegen haben. Genug, die Forderung ist durchaus gerechtfertigt, hier Wandel eintreten zu lassen, zumal selbst auf dem Festland die Altersgrenze meist eine erheblich höhere und England von der Berliner Konferenz her zu erhöhtem Kinderschutz verpflichtet ist.

In der von Uttley aus Sheffield beantragten Resolution — die u. A. die Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung auf Waschanstalten, Hauswerkstätten 2c. fordert — wurde also verlangt, die Altersgrenze solle vom zehnten auf das zwölfte Jahr heraufgesetzt werden. Das war wenig genug, aber es war den Textilarbeitern von Lancashire noch zu viel. Sie beantragten, den Passus zu streichen, da er Tausende von Familien in Noth und Elend stürzen würde. Aber der Kongreß hatte kein Erbarmen. So gut wie andere Arbeiter, die es nicht besser wie sie hätten, wurde den guten Leuten entgegengehalten, könnten auch die Textilarbeiter Lancashires darauf verzichten, von der Arbeit ihrer Kinder zu leben. Mit 301 gegen 79 Stimmen wurde ihr Amendement abgelehnt. Aber mehr noch. Der Kongreß drehte den Spieß um, und es fehlte nur an 15 Stimmen, so hätte er einem Antrag zugestimmt, der die Altersgrenze auf das vierzehnte Jahr erhöht wissen wollte. Blieb indeß den merkwürdigen Kinderfreunden dieser Schmerz erspart, so mußten sie es doch erleben, daß mit 265 gegen 163 Stimmen beschlossen wurde, statt zwölf, wie es im ursprünglichen Antrage hieß, dreizehn Jahre zu sagen. Sie hatten das Gegentheil von dem erzielt, was sie beabsichtigt.

Als die so amendirte Hauptresolution zur Abstimmung kam, wagten sich, Alles in Allem, nur noch 19 Hände dagegen zu erheben. „Der Sieg der Kinder,“ wie sich der Korrespondent des „Daily Chronicle“ ausdrückt, war komplet. „Er war,“ setzt derselbe Korrespondent hinzu, „eine durchaus selbstlose Leistung*) und stellte vielleicht den schönsten Triumph der humanitären Linken dar im Gegensatz zu der vorsichtigen Engherzigkeit, die die ältere Trades Unions-Politik kennzeichnet.“

In der That haben die Verehrer der alten Gewerkvereinspolitik — oder richtiger der verknöcherten Gewerkvereinspolitik, denn die alten Gewerkvereinler

---

*) Man vergesse nicht, daß die Mehrheit zum großen Theil aus Vertretern der „unqualifizirten“ Arbeiter besteht, die vielfach weit niedrigere Löhne erhalten als heute die Textilarbeiter von Lancashire.

waren z. B. keineswegs Gegner der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit — keinen Grund, auf die Repräsentanten derselben in Newcastle besonders stolz zu sein. Wie die Vertreter der Textilarbeiter von Lancashire, so mußten sich auch die Vertreter der Bergarbeiter von Durham und Northumberland den Vorwurf gefallen lassen, daß sie die Interessen der Kinder und der jugendlichen Arbeiter leichten Herzens preisgeben — die Einen der Habgier gewissenloser Eltern, die Andern der Selbstsucht einer privilegirten Arbeiterschicht zu Liebe. In den Gruben von Durham und Northumberland müssen Knaben zehn, elf Stunden und darüber arbeiten, damit für die Häuer, die nur etwas über sechs Stunden arbeiten, zwei Schichten pro Tag gemacht werden können, und da eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit möglicherweise zunächst die privilegirte Position der Häuer schädigen könnte, widersetzen sich ihr dieselben mit allen Kräften. Als der Antrag berathen wurde, das parlamentarische Komite zu beauftragen, die Annahme des Achtstundengesetzes für Bergarbeiter im Parlament energisch zu betreiben, fand sich daher auch sofort die Opposition aus den genannten Grafschaften wieder zusammen. Aber alle die wohlklingenden Redensarten, mit denen sie ihren Widerstand zu beschönigen suchten, weder das Lied von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, das der eine der Delegirten anstimmte, noch der von einem andern vorgetragene Lobgesang auf die Selbständigkeit, die keinen Schutz verlangt, den sie sich selbst erkämpfen kann, alle Proteste und Verwahrungen halfen nichts. Mit 290 gegen die verschwindende Minderheit von 50 Stimmen erklärte sich der Kongreß für das Achtstundengesetz im Bergbau.*)

Eine Anzahl von Beschlüssen, die sich auf Vervollkommnung der Fabrikgesetzgebung, des Haftpflichtgesetzes 2c. beziehen, übergehe ich, da sie, so interessant und wichtig sie an sich sind, ein Eingehen in Details nöthig machten, das den Rahmen dieses Briefes über Gebühr ausdehnen würde. Es handelt sich da meist um Spezialvorschriften in Ergänzung der bestehenden Gesetze, um Anpassung derselben an veränderte Produktionsbedingungen (z. B. in der Fischerei, wo das Dampfboot das Segelboot immer mehr verdrängt) 2c. Fast alle diese Anträge wurden mit Stimmeneinheit gefaßt. Einstimmig wurde auch dem Minister des Innern, Herrn Mathews, ein Tadelsvotum ausgesprochen wegen seines Verhaltens in der Frage der Unterstellung der Waschhäuser unter das Fabrikgesetz. Während derselbe seinerzeit, wie sich die Leser der „Neuen Zeit" vielleicht noch erinnern, die von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen geführte Deputation der Besitzer der Waschanstalten auf das Zuvorkommendste empfing, hatte er die Deputation der Arbeiterinnen, die den Schutz durch das Gesetz verlangen, mit allerhand leeren Ausflüchten abgewiesen, und der Kongreß ertheilte ihm darauf die gebührende Antwort.

Mit der stärkeren Betonung des gesetzlichen Arbeiterschutzes Hand in Hand geht die Forderung einer stärkeren Vertretung der Arbeiter in der Gesetzgebung

---

*) Uebrigens sei zur Ehre des Arbeiternamens konstatirt, daß sich auch aus den Reihen der oben kritisirten Sektion der Arbeiterschaft bereits Stimmen im Sinne einer würdigeren Politik erheben. Ein Mitglied der Nationalen Bergarbeiter-Union stellte sich entschieden auf die Seite der Kongreßmehrheit. Der Delegirte Paques von Walker on Tyne bestritt, daß die Bergarbeiter von Durham und Northumberland in übergroßer Mehrheit gegen den gesetzlichen Achtstundentag seien. Bei einer Urabstimmung mit richtiger Fragestellung würde sich das Gegentheil zeigen. In den Gruben von Northumberland, rief er aus, arbeiteten 11 840 Personen unter acht Stunden, aber 4648 über neun und 9395 über zehn Stunden, und dies seien meistens Knaben. Er stimme daher für den gesetzlichen Achtstundentag.

selbst, sowie in den verschiedenen Organen der Selbstverwaltung. Die Erweiterung der sozialen und politischen Machtsphäre der Arbeiterklasse ist die Vorbedingung ihrer ökonomischen Befreiung; ohne sie wäre der Arbeiterschutz nicht viel mehr als ein Gesetz gegen übermäßiges Schinden von Sklaven, das die Sklaverei blos erträglich gestalten, aber keineswegs ihre Beseitigung vorbereiten soll. Es ist daher eines der hoffnungsvollsten Zeichen, daß auch die eigentlichen politischen Arbeiterforderungen immer energischer und in immer radikalerem Sinne auf den Gewerkschaftskongressen betont werden. Auch in dieser Beziehung ging der Kongreß von Newcastle weiter als seine Vorgänger. Allerdings that er noch nicht den letzten entscheidenden Schritt. Die Bildung einer großen Arbeiterpartei selbst in die Hand zu nehmen, ist auch in Newcastle noch nicht beschlossen worden, aber die einzelnen Beschlüsse des Kongresses, die sich auf die Arbeitervertretung beziehen, steuern allenthalben auf dieses Ziel los.

Unter Hinweis auf die erfreuliche Thatsache der Wahl von 34 Arbeitervertretern in das Parlament von Neu-Südwales (Australien) beschloß der Kongreß einstimmig eine Resolution, welche die Bezahlung von Diäten an die Vertreter im Parlament, in den Grafschaftsräthen und allen Lokalvertretungen verlangt, und beauftragte das parlamentarische Komite, bereits in der nächsten Session einen Antrag auf Zahlung von Diäten im Unterhaus einzubringen. Ein Antrag, die Frage bei den nächsten Wahlen zu einer „Testfrage," d. h. von der Stellungnahme der Kandidaten zu ihr die Unterstützung derselben abhängig zu machen, wurde ebenfalls angenommen, doch bemerkte der Delegirte Threlfall, obwohl er den Antrag unterstützte, Testfragen hätten im Grunde wenig Werth, die Kandidaten verpflichteten sich zu allem Möglichen und drückten sich hinterher doch. Das ist sehr richtig, das System der Testfragen ist überhaupt ein Nothbehelf von sehr zweifelhafter Güte. Man beeinflußt fast immer nur Einzelne, nur einen Theil der Kandidaten der großen Parteien, dagegen nur in Ausnahmefällen diese selbst, worauf es doch bei diesem System ankommt.

Threlfall war es auch, der am letzten Tage des Kongresses folgende Resolution beantragte:

> „Der Kongreß verurtheilt die fortgesetzte Vernachlässigung der Arbeiterfragen von Seiten des Parlaments und hält eine gründliche soziale Reform für unmöglich, ehe nicht durch bewußte Aktion eine starke und energische Arbeiterpartei ins Parlament gewählt ist; ferner fordert der Kongreß, angesichts der Wahrscheinlichkeit baldiger Wahlen, die organisirten Arbeiter des Landes dringend auf, jede Gelegenheit zu ergreifen, Arbeiterkandidaten für das Haus der Gemeinen auszuwählen, für ihre Nominirung*) zu sorgen und ihre Wahl zu betreiben. Weiter räth der Kongreß an, energisch dahin zu wirken, daß Arbeiter in alle Lokalvertretungen gewählt werden."

Zu dieser Resolution stellten Tait von Glasgow und Keir Hardie von Cumnock (Ayrshire) Amendements, in denen die Gründung eines Wahlfonds und die Verwaltung desselben unter der Kontrole des Kongresses, bezw. des Parlamentarischen Komites, empfohlen wurde. Aber das schien der Mehrheit doch etwas zu schnell vorwärts gegangen; sie lehnte die thatsächliche Konstituirung einer politischen Arbeiterpartei — denn darauf liefen die Amendements praktisch hinaus — für diesmal noch ab. Dagegen wurde ein Amendement, dem Wort „Arbeiter-

---

*) In England müssen die Kandidaten, um wählbar zu sein, vorher „nominirt", d. h. amtlich eingetragen werden, was nur gegen Hinterlegung einer Kaution für die Kosten der Wahl geschieht.

kandidaten“ den Zusatz „von aller Parteipolitik unabhängige“*) zu geben, mit 256 gegen 26 Stimmen und die so modifizirte Resolution mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen.

Von anderen, auf die Erweiterung der Machtsphäre der Arbeiter bezüglichen Resolutionen verdient noch der Antrag Wilson Erwähnung, im Parlament einen Gesetzentwurf einzubringen dahingehend, daß die Qualifikation zum Geschworenen auf alle Arbeiter, die Parlamentswähler sind, ausgedehnt und für die Ausübung der Funktion des Geschworenen eine Bezahlung von 10 Schilling pro Tag festgesetzt werde. Wilson, der Führer der Matrosenunion, motivirte seinen Antrag offen damit, daß die Geschworenengerichte heute Klassengerichte seien, die in Fällen, wo es sich um Anklagen gegen Arbeiter handle, die im Konflikt mit den Unternehmern angeblich sich Vergehen haben zu Schulden kommen lassen, fast immer gegen die Arbeiter entschieden. Mit dem Amendement, statt „Arbeiter, die Parlamentswähler sind,“ zu sagen „alle über 21 Jahre alten Arbeiter,“ d. h. in noch radikalerer Fassung, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Eine relative Enttäuschung brachten die Wahlen zum parlamentarischen Komite. Während bei den Abstimmungen, wo „alt“ und „neu“ sich prinzipiell gegenüberstanden, die Linke die überwiegende Mehrheit hatte, siegte hier die Rechte — man kann sagen, im umgekehrten Verhältniß zu ihrer Stärke auf dem Kongreß. Mit dem Sekretär, der besonders gewählt wird, zählt das parlamentarische Komite 11 Mitglieder — davon sind nur vier der Neugewählten Vertreter der radikalen Richtung: der eben genannte Wilson, Threlfall, Herford und Matkin. Die andern sieben, darunter der Sekretär Fenwick, sind mehr oder weniger entschiedene Vertreter der alten Gewerkvereinspolitik.

Ursachen verschiedener Art haben zu diesem Resultat zusammengewirkt. Bei den „Neuen,“ die sich selbst wieder in eine Rechte und Linke unterscheiden oder besser, einer Entwicklungsreihe von bloßen „Achtstundenmännern“ bis zu einer Anzahl bewußter revolutionärer Sozialisten darstellen, führten persönliche Rivalitäten und sonstige Gegensätze zu einer Zersplitterung ihrer Listen, während die in die Minderheit gedrängten „Alten“ naturgemäß um so fester zusammenhielten. So machten sie bei den — sagen wir „Transaktionen“ um die Wahl die besten Geschäfte. Ueberdies ist der „neue Unionismus,“ als Ganzes betrachtet, wie schon oben entwickelt, vorläufig noch mehr der Ausdruck einer um sich greifenden Strömung in der Arbeiterklasse, als eine geschlossene, nach einem grundsätzlichen Programm agirende Fraktion der Arbeiterbewegung. Er muß sich erst noch zu einer solchen krystalisiren. Bis das geschehen ist, kann noch immer etliche Zeit vergehen. Und das ist vielleicht kein Nachtheil. Die Bewegung wird inzwischen nicht nur an Breite, sondern auch an Tiefe zugenommen haben. Auch dafür hat der Kongreß manche erfreuliche Beweise geliefert.

Als nächster Kongreßort wurde Glasgow gewählt. Der Norden scheint jetzt das Prä zu haben. Seit 1888 haben alle Kongresse im Norden stattgefunden. Aber der Norden ist industriell auch von ganz andrer Bedeutung als der Süden, und wenn sich die geistigen Turniere unter der Elite der englischen Arbeiterschaft immer wieder im Norden abspielen, so kann man das vom sozia-

---

*) Das heißt an dem Interessenkonflikt der bürgerlichen Parteien unbetheiligte Kandidaten. In den Ländern des eingewurzelten Parlamentarismus wird das Wort „Politik“ überhaupt oft in dem Sinne der Betheiligung an dem Intriguenspiel der um die Regierung und die damit verbundenen Posten rivalisirenden Bourgeoisparteien verstanden.

listischen Standpunkt nur begrüßen. Ungleich der Chartistenbewegung ist die jetzige sozialistische Bewegung längere Zeit fast vollständig auf London beschränkt gewesen. Greift sie erst im Norden stärker um sich, und sie hat bereits dort Wurzel gefaßt, so hat sie im wahren Sinne des Wortes Bürgerrecht in England erworben. Ein gutes Omen in Bezug auf den Glasgower Kongreß liegt bereits vor: Tait, der Vertreter der schottischen Eisenbahnarbeiter, der dort den Vorsitz führen wird, ist einer der energischsten und fähigsten Vertreter der Linken.

* * *

Wie kaum anders zu erwarten, haben die bürgerlichen Organe und die Leiter der bürgerlichen Parteien den Berathungen des Kongresses von Newcastle die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Daß in der Achtstundenfrage ein unzweideutiges Votum vereitelt wurde, hat namentlich unter den Gladstonianern große Freude erregt, während die Resolutionen über die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei Wasser auf die Mühle der Konservativen waren. In weit höherem Maße als die Konservativen sind heute die Liberalen auf die Arbeiterstimmen angewiesen, und sie suchen auch dem Rechnung zu tragen, indem sie möglichst viel Arbeiterforderungen in ihr Programm aufnehmen. Aber bei dem Tempo, das die Arbeiterbewegung neuerdings angenommen, können sie ihr nicht folgen, ohne immer mehr bürgerliche Whig-Elemente, die bisher aus Tradition zur alten Partei hielten, aus ihren Reihen an die Konservativen abzugeben, die heute ohnehin nichts auf dem Programm haben als die Bestrebungen der einstigen Whig-Partei. Die Tories von heute stehen in ihrer großen Mehrheit etwa da, wo die liberale Partei vor einem Menschenalter stand, während die heutige liberale Partei in politischer Beziehung demokratisch, in ökonomischer gemäßigt staatssozialistisch genannt werden kann. Noch weiter in der Richtung des Sozialismus gehen, heißt der Partei den bürgerlichen Charakter allmälig ganz abstreifen, was die heutigen Führer derselben nicht wollen und nicht können, und der sozialistischen Strömung sich entgegenstellen, heißt die Arbeiterstimmen verlieren, von denen die Existenz der Partei abhängt. In dieser Situation hat die scheinbar schwankende Haltung des Gewerkschaftskongresses in der Achtstundenfrage der liberalen Partei die höchst erwünschte Möglichkeit gewährt, auch ihrerseits die Frage als eine „offene“ zu behandeln, d. h. ihren Kandidaten freie Hand zu lassen, sich je nachdem für oder gegen den gesetzlichen Achtstundentag zu erklären. Um so unangenehmer sind ihr dagegen die Resolutionen, die sich auf die Bildung einer besondern Arbeiterpartei beziehen. Der alte Gladstone schrieb eine Postkarte in die Welt und meinte, eine Vermehrung der Zahl der Arbeitervertreter im Parlament, zu der er stets die Hand geboten habe und auch jetzt die Hand biete, sei doch eigentlich alles, was man verlangen könne, es müßte ein seltsames Parlament werden, wenn jede Gesellschaftsklasse eine eigne Partei bilden wollte. Nun, jeder spricht, wie er es versteht. Die Arbeiterklasse ist eben nicht die erste beste Klasse, die man jeder Zeit mit ein paar Sitzen im Parlament abspeist. Bezeichnend ist, daß der „Speaker,“ die Wochenrevue der Liberalen, in seiner neuesten Nummer in höchst geärgertem Ton gegen den Versuch „gewisser Vertreter des neuen Unionismus und des neuen Radikalismus“ zu Felde zieht, John Morley aus dem öffentlichen Leben zu treiben. John Morley, Vertreter für Newcastle, war bis jetzt der populärste Parlamentarier der Liberalen nach Gladstone und galt als der Thronerbe Gladstone's in der Führerschaft der Partei. Wenn er, der „ehrliche John,“ wie ihn seine Verehrer nennen, wirklich bedroht ist — wer steht dann noch sicher?

Im Begriff, diesen Brief abzusenden, erhalte ich die dieswöchentliche „Workmans Times“ mit einem Artikel Cunninghame Graham's über den Kongreß. Graham, der den Verhandlungen in Newcastle von Anfang bis zu Ende beigewohnt, bezeichnet dieselbe als den „Sieg der Bergpartei“ in der Arbeiterbewegung. Des Weitern schreibt er — und mit diesem Wort des einzigen Sozialdemokraten im englischen Parlament will ich schließen:

„Seit Liverpool ist in Bezug auf ökonomische Erkenntniß ein enormer Fortschritt gemacht worden, der Fortschritt aber, der seit Swansea gemacht worden ist, wo Keir Hardie die Schlacht noch ganz allein zu kämpfen hatte“ — der Kongreß von Swansea fand 1887 statt — „ist einfach verblüffend.“

Der Bauer und das Wild in Preußen.

Von **Max Schippel.**

In dem Kampfe gegen die Feudalordnung haben die Jagdvorrechte des Grundadels eine gewaltige Rolle gespielt.

Was das Wild zertrat und zerfraß, ohne daß der Bauer sich rühren durfte, was der gnädige Herr mit seinem Troß von Freunden und Knechten zusammenritt und verwüstete, was dem Bauern an Plackereien aller Art bei Treib- und Hetzjagden zugemuthet wurde, das stand im Durchschnitt am Ende weit zurück hinter dem, was ihm sonst an Arbeit und Ertrag an seine Ausbeuter verloren ging. Aber der Gegensatz zwischen Privilegirten und Unterdrückten nahm hier Formen an, wie sie empörender nicht gedacht werden konnten; kaum irgendwo erschien der Luxus und die Schrankenlosigkeit des Einen so brutal handgreiflich als das Elend und die Entwürdigung der Anderen.

Einst hatte jeder Grundeigenthümer das Recht gehabt, die Schädlinge auf seinem Felde zu vernichten. Jetzt lud er die Rache des Fürsten und Junkers auf sich, wenn er auch nur seinen Hund auf das Wild losließ. Zuweilen durfte er es noch nicht einmal mit Peitschenknallen von seinen Aeckern vertreiben, ja man verbot ihm, sein Besitzthum zu umzäumen, oder gestattete ihm solche Umzäumung nur, wenn er eigens Hafer um dieselbe zur Aetzung des Wildes säte. In der feudalen Werthschätzung stand der „Edelhirsch“ über dem „Bauernvieh,“ und es entsprach nur den herrschenden Verhältnissen, wenn ein Fürst im vorigen Jahrhunderte seine Schweine immer als „gestorben,“ seine Bauern aber als „krepirt“ bezeichnete. Raffte sich der Landmann dennoch zur Nothwehr gegen die vierbeinigen Feinde auf, so strafte die bestehende Gesellschaftsordnung diese Auflehnung mit allen barbarischen Grausamkeiten, die sie nur kannte; mit Handabschlagen und Augenausstechen, mit Hängen und zu Tode hetzen, mit langer Hungerkur im Loche und mit reichlich zubemessenen Prügeln. Dagegen erwies der gnädige Herr, wenn er seiner noblen Passion folgte, dem armen Bäuerlein regelmäßig die Ehre, ihn als Treiber und Schlepper mitzunehmen, oft wochenlang und gerade in der Zeit, wo die dringendsten Feldarbeiten ihrer Erledigung harrten.

Die Zustände, wie sie theilweise noch in den vierziger Jahren in Deutschland vorkamen, hat uns Wilhelm Wolff in seiner prächtigen „Schlesischen Milliarde“ geschildert: „Den Kohl auf dem Felde des Bauern suchte sich der gottbegnadete eximirte Hase — und andere gab's nicht — zu seiner Aetzung

aus; und seine Bäume pflanzte der Landmann, damit der Hase im Winter seinen Hunger stillen konnte. Für den Landmann war's angeblich Ehre wie Pflicht, solches zu dulden. War er anderer Meinung und schoß den zwar eximirten, aber doch ungebetenen Gast zusammen, so spazierte der Bauer unwiderruflich ins Loch. Dafür war er Bauer! . . . . Wildschweine, Hirsche und Rehe durchwühlten, fraßen, zertraten oft in Einer Nacht, was dem Bauer oder dem „kleinen Manne" fürs ganze Jahr zum eigenen Unterhalt und zur Bezahlung der Steuern und Abgaben dienen sollte . . . . Knirschend vor Wuth hat es der Landmann ansehen müssen, wie die ritterlichen Herren mit oder ohne ihre Jäger, oder wie diese allein über sein mit Noth und Mühe angebautes Feld zertretend und verwüstend einherjagten, wie sie keine Feldfrucht schonten, ob hoch oder niedrig, ob dick oder dünn. Mitten durch oder drüber hinweg ging's mit Jägern und Hunden. Wagte der Bauer Einsprache, so war im mildesten Fall Hohnlachen die Antwort; den schlimmeren hat so Mancher an seinem mißhandelten Körper empfunden . . . . Dagegen hatten die geliebten Dorfunterthanen bei den großherrschaftlichen Treibjagden die Freude, als Treiber roboten zu müssen. Jeder Wirth, d. h. jeder Ackerbesitzer und jeder Häusler ohne Acker wurde den Abend zuvor durch den Dominialvogt angewiesen, morgen in aller Frühe einen Treiber zu stellen: es sei große herrschaftliche Jagd und werde so und so viele Tage dauern. Es mußte freilich den Herren Rittern das Herz vor Wonne klopfen, wenn an kalten, nassen Oktober- und Novembertagen eine Hetze schlecht gekleideter, oft barfüßiger, hungernder Dorfinsassen neben ihnen einhertrabten. Die Karbatsche — ein knutenähnliches Prügelinstrument — hing an der Jagdtasche zu Nutz und Frommen für Hund und Treiber. Die beste Portion pflegte letzterer davonzutragen. Die schlechte Laune oder der Fehlschuß des Raubritters entlud sich mittelst Karbatschenhieben auf den Rücken des Treibers. War andererseits die Jagd ergiebig und konnte der Treiber das ihm aufgepackte Wild nicht schnell genug mit fortschleppen, so war die Karbatsche abermals da, um ihm „Beine zu machen." So kehrte der Treiber sehr oft nicht blos von den ihm aufgepackten Hasen, sondern von den Karbatschenhieben blutig zur herrschaftlichen Försterei oder zum Schlosse zurück, um sich dann mit dem Bewußtsein nach seiner Hütte zu begeben, daß er einem vortrefflichen Amüsement der Gottbegnadeten — parole d'honneur — beigewohnt. . . . . Die Heiligsprechung des Wildes brachte es mit sich, daß man lieber eine Kanaille von Bauer erschoß, als einen Hasen, ein Rebhuhn oder ähnliche eximirte Geschöpfe. Beim Jagen mit Treibern, aus den lieben Dorfunterthanen genommen, genirte man sich nicht sehr; wurde auch einer der Treiber angeschossen oder todt niedergestreckt, so gab's höchstens eine Untersuchung und damit basta. Außerdem sind uns aus jener dominialen Glanzperiode mehrere Fälle bekannt, wo der noble Ritter dem oder jenem Treiber eine Ladung Schrot in die Beine oder in den Hintern schoß — zum reinen ritterlichen Privatvergnügen. Auch außerhalb der eigentlichen Jagd trieben die Herren Ritter solche Kurzweil mit Passion."

Die französische Revolution hatte auch hier aufzuräumen begonnen. Noch 1749 hatte ein schweifwedelnder deutscher Jurist in einer grundgelehrten Abhandlung die Jagdprivilegien aus „denen allgemeinen natürlichen und besonderen Staatsrechten erweisen lassen" — 1789 erklärte man in Frankreich die allgemeine Jagdberechtigung der Bauern innerhalb ihres Besitzes für du droit naturel; das Recht der privilegirten Stände, auf dem Bauernlande zu jagen, fiel.

In Preußen kam das Volk endlich 1848 soweit, der Ritterschaft das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden zu nehmen, ohne Entschädigung. Die

Junker schworen Vergeltung, aber auch nachdem der Vereinbarungslandtag auseinandergejagt war, wagten sie das verhaßteste aller Vorrechte nicht wieder aufzurichten.

Doch wußte man die Jagdausübung in anderer Weise wieder zu einem Monopol des größeren Besitzes zu machen und der kleine Landwirth stand bald wieder wehrlos als der Geprellte da, dem die Hirsche und Sauen der großen Waldeigenthümer nach wie vor ungestraft die Saaten vernichten und beschädigen durften. Es kam Alles wie von selbst, und scheinbar ohne daß die Junker etwas dazu thaten.

Die Flinte ist — im Besitz des armen Mannes natürlich — ein gefährliches Instrument. Die Entwaffnung der städtischen und ländlichen Plebs ist daher von väterlichen Regierungen meistens gefördert worden, um die Unterthanen vor sich selber zu schützen. Auch in Preußen erwies sich das bald als nöthig. Kaum hatten die Bauern das Jagdrecht erhalten, so wußte die „Kreuzzeitung," das Organ der Junkerpartei, Tag für Tag eine Masse schrecklicher Erschießungen vom Lande zu melden; den Hirsch oder das Schwein hatte der jagdberechtigte Bauer beim Anlegen stets gemeint und seinen eigenen Freund und Nachbar hatte er beim Losdrücken regelmäßig getroffen. „Bald wurde der eine Bauer von seinem Nachbar, bald der Bauer von seinem Knecht, auf dem nächsten Felde von seinem Sohn erschossen. Dann erschoß der Vater den Sohn, der Bruder die Schwester, der Knecht die Magd, und schließlich die Magd sich selbst, sodaß, nach diesem Blättchen „mit Gott für König und Junkerschaft" zu schließen, jetzt wohl nur wenig Landvolk übrig geblieben sein dürfte." (Wolff.) Noch heute versichert Herr von Meyer-Arnswalde im preußischen Landtage, 1848 hätten sich die neugebackenen Jäger gegenseitig die Augen aus dem Kopfe geschossen.

Den Leuten mußte geholfen werden und darum entzog man schon im Jahre 1850 den ländlichen Kleinbesitzern das Recht der Jagdausübung wieder. Nur wer über 300 Morgen Landes besitzt, darf seitdem in Preußen selber jagen, die kleineren Landwirthe dürfen sich nur zusammenthun und ihre Jagd verpachten oder durch einen angestellten Jäger beschießen lassen. Jeder Wildschadensersatz ist durch das Gesetz vom Jahre 1850 ausgeschlossen. Die Aera der Hochverrathsprozesse und Demagogenverfolgungen hinterließ auch auf diesem Gebiete ihre Spuren.

Mancher Leser wird vielleicht Zweifel äußern, ob dieser Umgestaltung des 1848er Jagdrechtes eine solche Bedeutung zukommt. Die Bauern dürfen danach zwar nicht selber das Wild tödten, das ihnen Schaden zufügt, aber die Gemeinde hat doch ihren Jagdpächter und sie kann diesem den Abschuß auferlegen oder im Pachtvertrag Schadensersatz vom Pächter verlangen, wenn dieser nicht für genügenden Abschuß sorgt.

Aber einmal erfreuen sich alle Wildarten einer sehr langen Schonzeit, während welcher die Bauern weiter nichts thun können als auf den Schlaf zu verzichten und Nachts auf den Feldern umher zu klappern. Zum Schlaf würden sie dann freilich während des ganzen Jahres kaum kommen. Denn Rehkälber erfreuen sich z. B. einer ununterbrochenen Schonzeit, Ricken dürfen während zehn Monaten nicht geschossen, sondern nur in der geschilderten Weise verwarnt werden; sie Alle sowie der pater familias haben gerade während der Saatzeit nichts zu befürchten. Wenn die Ernte vorbei ist und kein Schaden mehr geschieht, dann erst mag der Bauer sehen, wie er für die erlittene Unbill gerächt wird. An seinen Schutz durch vorsichtige Abfassung des Jagdpachtvertrages ist somit gar nicht zu denken.

Nun könnte man diesen Schutz darin suchen, daß er von den großen Waldbesitzern, welche das übertretende Wild hegen, vollen Ersatz für den entstandenen Schaden beanspruchen darf. Auf dem Papier sieht das ganz annehmbar aus, in Wirklichkeit bleibt jedoch auch bei der denkbar weitestgehenden Schadenersatzpflicht der Bauer immer der arme betrogene Teufel.

Wie oft wird er schon vor dem Zeitverlust zurückscheuen, den ihm ein Prozeß verursacht. Aber wenn dieser Umstand auch nicht ins Gewicht fiele, wie kann der Schlucker es wagen wollen, gegen den allmächtigen gnädigen Herrn oder gegen den Staat und seine Beamten zu streiten? Seine Söhne und Töchter arbeiten beim Herrn Rittergutsbesitzer, er selbst fährt für den Herrn Förster im Winter Holz oder hilft mit fällen, die Besitzthümer der Wildheger umklammern von allen Seiten die Felder der abhängigen Gemeinde und der Zorn der großen Nachbarn kann allen Einwohnern das Leben verbittern und unerträglich machen. Der Förster oder Großgrundbesitzer ist dazu als Amtsvorsteher vielleicht auch noch der Polizeipascha, an den man sich mit der Klage zunächst zu wenden hat; Brotgeber, Beklagter und Richter vereinigen sich in seiner Person und man kann es dem Bauer wahrhaftig nicht verdenken, wenn er sich, trotz seiner Waffenlosigkeit, lieber mit dem Wildschwein in irgend einer Weise auseinandersetzt. Wenn nun eine Untersuchung begänne, welche Scherereien hätte er, den Werth des Schadens und den Standort des schädigenden Wildes nachzuweisen? Wenn schon im erleuchteten preußischen Landtage ein Herr von Wackerbarth eine Rehfährte von der Fährte der Schafe nicht unterscheiden will, auf welches Unterscheidungsvermögen wird der kleine Landwirth erst draußen in der Provinz stoßen! Und nun erst gar der Nachweis, aus welchem Waldbesitz das Wild in die Felder eingebrochen ist! Die Wildschweine und Hirsche wechseln auf weite Strecken; am Ende muß der Bauer noch seine Beine unter die Arme nehmen, hinterherlaufen und das herrschaftliche Schwein um Abgabe der Visitenkarte ersuchen — wobei er freilich immer noch so klug wie vorher bleibt, wenn das Wild ihm in seiner Abwesenheit die Ehre des Besuchs erweist.

Man sieht, es giebt hier nur einen wirklichen Schutz des Bauern: die Verpflichtung der großen Grundbesitzer, alles Hochwild und Schwarzwild einzugattern, und die Berechtigung des Landmannes, alles auf seine Felder ausgebrochene Wild wie Raubzeug wegzuschießen.

Aehnliche Bestrebungen machten sich in Preußen auch seit langen Jahren geltend und es muß für den konservativ wählenden Bruder Bauer überaus lehrreich gewesen sein, unter welchen nichtigen Vorwänden er um sein unbestreitbares Recht betrogen worden ist von den Großgrundbesitzern des Herrenhauses, der konservativen Parteien und des Zentrums in der zweiten Kammer.

Schon der Antrag des Zentrumsabgeordneten Conrad war aus einem Kompromiß hervorgegangen, dem in der vorhergehenden Session eigentlich alle Parteien der Mitte und der Rechten zugestimmt hatten und der nur wegen der Geschäftslage nicht zu einer endgiltigen Beschlußfassung führte. Herr von Rauchhaupt selber hatte im Namen der Konservativen versprochen, den Kompromißentwurf wieder einzubringen, that es aber nicht nur nicht, sondern stimmte mit seinen Freunden für alle Verschlechterungen des Inhalts.

Der Antrag Conrad verlangte — wenig genug! — Eingatterung alles Schwarzwildes und Ersatz für allen Feldschaden, den Schwarz-, Roth-, Elch-, Dam- oder Rehwild und Fasanen anrichten. Der Jagdausübende — bei Kleinwirthschaften also der Pächter, bei Großbetrieben der Besitzer — war ersatzpflichtig, er konnte aber Entschädigung von den großen Waldeigenthümern verlangen, aus

deren Bezirk das Wild ausgetreten war. So wären die Waldmagnaten doch nicht ganz ungerupft davongekommen.

Es bedeutete für ihre Interessen schon einen großen Sieg, daß in dem Antrag selber bereits die Eingatterungspflicht für Hirsche und Rehe gestrichen war, die selbst Nationalliberale früher gefordert hatten.

Die Großgrundbesitzer strichen nun fleißig weiter. Wo die Eingatterungspflicht gefallen war, war wenigstens der Entschädigungszwang stehen geblieben. Die Kommission des Abgeordnetenhauses — der Kommission des Herrenhauses gehörten außer zwei armen verlassenen Rechtsprofessoren lauter Herzöge, Fürsten, Prinzen, Grafen, Rittergutsbesitzer und Oberforstmeister an — strich die Ersatzpflicht für Reh- und Fasanenschaden. Auch im Plenum des Abgeordnetenhauses regten sich ähnliche Gelüste. So bemerkte der freikonservative Landrath von Strutz (zu Cunau bei Hansdorf), daß Rehe überhaupt keinen Schaden anrichten, da sie, wie der Täufer Johannes von Heuschrecken und wildem Honig, von den Moosen im Walde lebten. Daß sie sich sprungweise in den Getreidefeldern lagern, Gras und Kraut ihrem Magen einverleiben, junge Holzpflanzen massenhaft verbeißen und Oelsaaten besonders gern abweiden, daß die Rehböcke mit ihrem Gehörn alljährlich eine Menge junger Stämmchen zum Absterben und zur Verkrüppelung bringen, das kümmert den Bauernfreund natürlich nicht. Im Herrenhause bestimmte erst das Eingreifen des Reichskanzlers und seine bekannte Drohung mit der Sozialdemokratie, der gegenüber man die angreifbarsten Punkte des Schlachtfeldes fortschaffen oder befestigen müsse, die Mitglieder, sich in ihrer Anmaßung etwas zu mäßigen. Nur der edle Graf von Brühl erklärte rund heraus, solche Gründe wären für ihn nicht maßgebend, denn gegen die Sozialdemokratie werde doch „die ultima ratio, der eherne Mund, das letzte Wort zu sprechen“ haben. Herr von Strutz im Abgeordnetenhause hätte am liebsten auch den Hirschschaden bei der Ersatzpflicht noch gestrichen, denn „der Hirsch läßt sich nicht hüten und auf die Weide treiben, sondern er geht, wo er hingehen will, und daran werden Sie ihn nicht hindern.“

Der Antragsteller sah ein Fell nach dem andern fortschwimmen und meinte zuletzt mit betrübter Miene, es sei gut, daß der Landtag wegen des nahen Schlusses rasch fertig werden müsse, denn in der Kommission habe man, nachdem er selber schon die niedere Jagd unberücksichtigt ließ, die mittlere Jagd gestrichen und nur die Ersatzpflicht für die Hochwildjagd stehen gelassen; „wenn das Gesetz noch einmal in die Kommission kommt, dann kommt vielleicht auch noch die Hochwildjagd heraus. Man macht vielleicht auch noch den Bauer für den Schaden haftbar.“ Das Letztere trat in der That ein, wenn der Umkreis der Ersatzpflicht schließlich auch nicht enger gezogen wurde als der Conrad'sche Kompromißantrag es verlangt hatte. Das Plenum des Herrenhauses hatte zudem noch beschlossen, daß nur ein Schaden von mehr wie sechs Prozent der Ernte Berücksichtigung finden sollte! Doch mißglückte dieser schofle Streich.

Nachdem nunmehr der Eingatterungszwang sogut wie ganz beseitigt und durch die, wie wir zeigten, unter allen Umständen ganz ungenügende Entschädigungspflicht ersetzt war, erhob sich die Frage: wer soll ersatzpflichtig sein? Ein naiver Mensch wird meinen: auf jeden Fall doch der Jagdliebhaber, der das Abschießen unterläßt, und ganz besonders der benachbarte Waldmagnat, der in seinen Forsten die Schädlinge beherbergt und großzieht. So wollte es auch der ursprüngliche Antrag, aber der um kein Mittel verlegene Widerstand der Großgrundbesitzer, besonders im Herrenhause, warf Alles über den Haufen. Ersatzpflichtig sind nach dem schließlich angenommenen Gesetz die jagdverpachtenden Gemeinden

und die selbst die Jagd ausübenden Großgrundbesitzer; Regreßansprüche gegen benachbarte, das Wild hegende Forstinhaber giebt es nicht.

Das schlägt natürlich aller Vernunft und Gerechtigkeit ins Gesicht: wenn die Hirsche eines großen Herrn allnächtlich und alltäglich während der Schonzeit in der benachbarten Gemeindeflur sich amüsiren, so besteht für die arme Bauerngemeinde ihr Schadenersatz darin, daß sie ihren eigenen Beutel zieht und dem betroffenen Mitglied eine Vergütung gewährt!

Das war selbst dem nationalliberalen Abgeordneten Francke (Tondern) zu viel. „Denken Sie sich — äußerte er nach dem stenographischen Bericht — es kommen zwei Bauern A und B zu einem großen Herrn, und der eine klagt: „Ihr Hund hat meine Kuh todtgebissen," und der zweite klagt: „Ihr Hund hat auch meine Kuh todtgebissen," und beide bitten um Schadenersatz. Der betreffende hohe Herr erwidert: „Schadenersatz sollt Ihr haben: der Bauer A bezahlt dem B dessen todtgebissene Kuh und der Bauer B bezahlt dem A dessen todtgebissene Kuh." Ja, das ist der Schadenersatz, den Sie geschaffen haben! Die Sache ist einfach die: die umliegenden Waldbesitzer dürfen niemals zu einem Pfennig Schadenersatz herangezogen werden, wenn sie nicht zugleich vielleicht Jagdpächter sind. Es wird, wenn wir uns mal ein oberschlesisches Dorf denken, das umgeben ist von großen Wäldern, die anderen Leuten gehören, vielleicht ein großer Schaden eintreten in dem Jagdbezirk, und nun wird also die Umlage ausgeschrieben, wonach die Gemeindegrundbesitzer diesen gesammten Schaden — ich will ihn mal auf 1000 Mark beziffern, das kann vorkommen — durch Repartition (Vertheilung) auf sämmtliche Ackerflächen aufbringen müssen; sie müssen also zu dem Schaden, den der Einzelne erlitten hat, nun noch 1000 Mark zulegen." Die preußische innere Politik ist immer reich gewesen an Beispielen, wie der Junker mit dem Bauer Kümmelblättchen spielt; hier dürfte der Bauer endlich einmal merken, was das für Freunde waren, die ihm bei den Wahlen so bieder die Hände schüttelten.

Sollte aber doch ein Großgrundbesitzer — in seinem Jagdbezirk als Jagdpächter oder sonst als Jagdausübender — einmal in die Gefahr kommen, zahlen zu müssen, so bietet das Streitverfahren alle Bürgschaften, daß dem Bauer nicht zu wohl wird. Der gerichtliche Weg ist verschlossen; des Sühneamtes waltet in erster Linie die Ortspolizei, das ist ein Großgrundbesitzer oder der Herr Oberförster selber. Dann bleibt als letzte Zufluchtsstätte des bäuerlichen Rechtes noch der Kreisausschuß, ebenfalls eine Großbesitzervertretung und da hackt sicherlich ein Nimrod dem anderen nicht die Augen aus. Der Bauer wird schließlich froh sein, wenn er zu allem Zeitverlust nicht noch einen groben Anschnauzer mit heimbringt, von allen Chikanen, die nachfolgen können, ganz abgesehen. Der Streitsüchtige, meint der Kommissionsbericht des Herrenhauses, werde dabei nach kurzer Zeit klug geworden sein, nachdem er ein paar Mal die Kosten bezahlt habe!

Mag sein, aber über andere Dinge wird er wohl nie recht klug werden. Treibt sich z. B. sein Hund oder seine Katze „ohne Aufsicht" auf dem Feld herum, ohne irgendwem zu schaden, so pafft sie der Jagdberechtigte kraft des Gesetzes weg; vergnügt sich ein Hirsch mit seinen Kebsinnen auf dem Bauernacker durch Zerstampfen der Saaten, so darf der Bauer nur zur vierzehnstündigen Tagesarbeit noch eine zehnstündige Nachtarbeit fügen und sich die Zeit mit Klappern und Schreien vertreiben. Läuft die Kuh oder das Schwein des Bauern in den Wald, so mag er nur seine paar ersparten Groschen unter dem Bettkissen hervorholen, denn dann heißt es unweigerlich Strafe zahlen, und

wenn er sich den Kopf noch so sehr kratzt; kommt aber die Hirschkuh oder die Wildsau aus dem Wald zu ihm, so soll er sich nur geehrt fühlen und ja nichts verlangen.

Wenn der Bauer im Walde des gnädigen Herrn sich ein paar Beeren oder Pilze sucht oder ein Sträußchen sich auf den Hut steckt, so kann es ihm übel bekommen — was Rehe und Hirsche und Fasanen zerfressen, zerscharren und zerstampfen, das kümmert den Waldbesitzer nicht.

Aber seine konservativen Freunde werden ihm schon das Alles noch begreiflich machen. Aergert ihn das Benehmen des Wildes, so wird ihn Graf Mirbach versichern: „Auch das Wild will leben; die Thiere können nicht allein von Luft, Licht und Sonne bestehen; wir (!) müssen ihnen ein gewisses Maß von Feldfrüchten opfern." Kommen die Klagen auch von anderen Seiten, so belehrt ihn der Prinz Hohenlohe, daß sie nur „von bankerotten Gutsbesitzern, zahlungsunfähigen Pächtern und von unfähigen Oekonomen" stammen. Und wenn der Bauer dann noch den leisesten Zweifel an der Vortrefflichkeit alles Bestehenden haben sollte, so hat sie Graf Udo zu Stolberg schon im Voraus widerlegt. „Unser ganzes politisches Leben," versicherte er im Herrenhause, „beruht auf der Solidarität des großen und kleinen Grundbesitzes."

Notizen.

Die Lage Italiens beleuchtet eine Abhandlung des bekannten italienischen Statistikers L. Bodio, welcher der „Temps" folgende Angaben entnimmt:

Die Bevölkerung von Italien betrug am 31. Dezember 1881 28 459 628 Einwohner. Fügt man dieser Ziffer die Zahl der vom 31. Dezember 1881 bis 31. Dezember 1889 erfolgten Geburten hinzu und zieht man von ihr die Zahl der im gleichen Zeitraum stattgehabten Todesfälle ab, so hätte sich die Einwohnerschaft des Königreichs am letztgenannten Datum auf 30 947 306 Köpfe belaufen müssen. Nach Bodio würde jedoch die allgemeine Volkszählung, welche 1890 stattfinden sollte, die jedoch aus „Sparsamkeitsrücksichten" unterblieben ist — das Budget aller unserer Großmächte charakterisirt sich durch krasseste Verschwendung dem Militärmoloch gegenüber, durch ängstlichste Pfennigfuchserei, wo es sich direkt oder indirekt um Bildungszwecke handelt — nur eine Bevölkerungszahl von rund 30 Millionen ergeben haben. Und dies obgleich 1887 der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle für je 1000 Einwohner 12,50 betrug, während er z. B. in Frankreich im gleichen Jahre nur 2,30 ausmachte. Das Minus an Bevölkerung erklärt sich durch die Auswanderung, diesen Barometer für die sozialpolitische Lage oder richtiger das sozialpolitische Elend eines Landes. Italien verliert jährlich Tausende und Abertausende fleißiger Arbeiter, und der Strom der Auswanderung schwillt um so gewaltiger an, je leidenschaftlicher die Regierung nach einer Großmachtsstellung strebt, je mehr sich der Kapitalismus entwickelt. 1889 wanderten 113 000 Italiener zeitweilig aus, 161 937 vertauschten ihr Vaterland für immer mit Amerika, 88 647 davon wendeten sich Argentinien zu.

Der Prozentsatz der Sterblichkeit ist in Italien ein sehr hoher; unter den Gründen dieser Thatsache nehmen die überaus ungenügenden hygieinischen Einrichtungen der Kommunen und Häuser, die aus Unwissenheit und Elend entspringende ungesunde, schmutzige Lebensweise der Bevölkerung, die schlechte Ernährung der Volksmassen hervorragende Stellen ein.

Für England, das annähernd die gleiche Bevölkerungszahl wie Italien aufweist, wurden 1889 511 000 Todesfälle konstatirt, für das letztgenannte Land waren dagegen 820 000 zu verzeichnen. Auf je 1000 Einwohner entfielen in England 17,8, in Italien 27,6 Todesfälle. Eine 1885 in Italien vorgenommene Enquête stellte fest, daß 6404 Kommunen keinerlei Kanalsysteme, nicht einmal für den Abzug des Regenwassers hatten; in 3636 Kommunen, welche zusammen von 10 734 145 Personen, also mehr als einem Drittel der Gesammtbevölkerung des Königreiches bewohnt waren, ermangelten die meisten Häuser

der Abtrittsgruben. Die Enquête konstatirte auch traurige Verhältnisse bezüglich des Trinkwassers. 1881 Kommunen, welche zusammen eine Einwohnerschaft von 9 521 841 Köpfen aufwiesen, hatten ganz schlechtes oder mittelmäßiges Trinkwasser, 1495 Gemeinden mit zusammen 6 824 375 Bewohnern hatten nicht die nöthige Menge von Trinkwasser.

Im Allgemeinen leben die Industriearbeiter, so dürftig, so erbärmlich ihr standard of life auch ist, noch besser als die Landarbeiter, Kleinpächter ꝛc., kurz als die Masse der ländlichen Bevölkerung Italiens. Die Lebenshaltung ist im Norden etwas besser als wie im Süden.

In Oberitalien konsumirt der Arbeiter pro Woche im Durchschnitt 750 Gramm frisches Fleisch, 4700 Gramm Brot, 900 Gramm Pasten und Teigwaaren aus Weizenmehl, wie Maccaroni ꝛc., 1400 Gramm Maismehl, 350 Gramm Käse, 2000 Gramm Gemüse und 4—5 Liter Wein, sowie eine gewisse Menge Branntwein. Der süditalienische Arbeiter nährt sich im Durchschnitt pro Woche von 405 Gramm frischem Fleisch (also von $57^6/_7$ Gramm pro Tag!), von 6300 Gramm Brot, 3000 Gramm Weizenmehl, 4000 Gramm Gemüsen und ca. 5 Liter Wein.

Die Masse der ländlichen Bevölkerung genießt höchstens an besonderen Fest- und Feiertagen Fleisch, selten nur vergönnt sie sich den Genuß von Wein. Ihre Nahrung besteht fast ausschließlich aus Mehlspeisen (Weizen, Mais und Reis) und aus Gemüsen, die im günstigsten Falle mit Speck abgeschmalzen werden.

Der schlechten Lage entsprechend greift der Alkoholismus in Italien rasch um sich, trotz alledem macht er jedoch geringere Fortschritte als in den nördlichen Ländern Europas. Während z. B. in Belgien 1888 auf eine Million Einwohner 50 an Alkoholismus starben, kamen in Italien auf die gleiche Zahl von Einwohnern nur 14 Todesfälle aus der gleichen Ursache.

Ein düsteres Bild zeichnen die Zahlen über die italienischen Schul- und Bildungsverhältnisse. 1887—88 wurden die öffentlichen Elementarschulen von 2 125 207 Schülern, private Elementarschulen von 182 775 Zöglingen besucht. Die Zahl der Brautleute, welche 1888 des Schreibens und Lesens unkundig waren, betrug für die Männer auf 100 42,27, für die Frauen 61,90. Von den Rekruten des Landheeres konnten 42,98 Prozent, von denjenigen der Seemacht sogar 51,46 Prozent weder lesen noch schreiben. In Deutschland beträgt die Zahl der des Lesens und Schreibens unkundigen Rekruten 1 Prozent. Die relativ größte Volksbildung ist in den Provinzen Turin, Sondrio und Novara anzutreffen. In Turin konnten z. B. 1888 nur 10 Prozent der Brautleute nicht lesen und schreiben, in Catanzaro dagegen 86 Prozent. Italien hat nach Bodio 1889 61 768 939 Franken für den Volksschulunterricht verausgabt, also ungefähr 2 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Nehmen wir an, daß die Zahl der Zöglinge der öffentlichen Volksschulen 1889 die gleiche wie 1888 war (2 125 207), so kommt Italien jeder Zögling der Volksschulen auf rund 29 Franken zu stehen. Für den sogenannten Mittelschulunterricht (Gymnasien, Realschulen, technische Schulen und Institute, Handelsschulen ꝛc.) verausgabte das Land in der gleichen Zeit 22 306 534 Franken. Die verschiedenen Schul- und Lehranstalten dieser Art wurden 1887—88 von 100 191 Zöglingen besucht, sodaß also, vorausgesetzt ihre Zahl sei 1889 stationär geblieben, Italien für jeden Besucher der Mittelschulen rund 222 Franken aufwendete. Allerdings stellt sich die Staatsausgabe für jeden einzelnen Volks- und für jeden Mittelschüler in Folge der 1889 veränderten Schülerzahl jeder Kategorie als etwas anders heraus, wie nebenstehend berechnet (29 bezw. 222 Franken). Der aus dem angedeuteten Umstande entstehende Unterschied ist jedenfalls gering und vermag keineswegs die Thatsache zu verwischen, daß ein unverhältnißmäßig hoher Prozentsatz des Schul- und Bildungsbudgets für die Anstalten verausgabt wird, in denen die Söhne der Bourgeoisie ihren Unterricht empfangen. Die Unterrichtskosten eines italienischen Mittelschülers stellen sich um fast acht Mal höher, als die eines Volksschülers, die breiten Schichten der Bevölkerung kommen der Hauptsache nach durch ihre Steuern für das Budget des Staatshaushalts, also auch für die zu Unterrichtszwecken verausgabten Summen auf, und wie viele Kinder der Armen und Enterbten können Gymnasien, Handelsschulen, technische Lehranstalten ꝛc. besuchen? Die Bourgeoisie hat es in Italien, wie in allen Ländern wo sie herrscht, verstanden, bei allen den Konzessionen, welche sie der allgemeinen Volksbildung machen mußte, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Im Namen der allgemeinen Volksbildung, der Aufklärung und Wissenschaft halste sie der steuerzahlenden Masse die Kosten des Unterrichts ihrer Söhne, die Kosten der Ausbildung des Trosses der „öffentlichen Sklaven," der ihr dienenden, lobhudelnden, ihren Launen und Gelüsten schmeichelnden Künstler, Gelehrten rc. auf.

Das Budget der siebzehn königlichen Universitäten betrug für 1888—89 8 715 584 Franken, im Durchschnitt verausgabte der Staat also für jede einzelne Universität 512 581 Franken.

Nach Bodio verausgabte Italien 1889 für Schulanstalten zusammen 92 791 057 Franken, also pro Kopf der Bevölkerung rund 3 Franken. Das Budget für Militär und Kriegsmarine für 1887—88 belief sich dagegen nach Dering, Attaché der englischen Gesandtschaft in Rom, auf 428 554 825 Franken, also pro Kopf 19 Franken.

In Italien existiren ungefähr 22 000 fromme Wohlthätigkeitsstiftungen, welche zusammen ein Vermögen von rund 2 Milliarden besitzen (die 695 Leihhäuser, 1965 Leihanstalten für Getreide und 78 Kreditanstalten für Landwirthe mit ihren Vermögen sind dabei nicht eingerechnet). 1880 betrugen die Einkünfte dieser Stiftungen rund 90 Millionen, von denen fast die Hälfte, nämlich zirka 40 Millionen für Steuern, Verwaltungsausgaben ($16\frac{1}{2}$ Millionen) und andere Lasten aufgingen. Für den eigentlichen Zweck, die Armenunterstützung, blieben 50 Millionen disponibel, zu denen die Provinzen und Gemeinden einen Zuschuß von 46 Millionen lieferten.

1889 gelangten in Italien 276 160 Verbrechen und Vergehen zur Anzeige, von denen 231 740 gerichtlich verfolgt wurden. In Italien überwiegen die Verbrechen gegen Personen über die Verbrechen gegen das Eigenthum. Italien hat von allen europäischen Ländern die meisten Morde und Todtschläge zu verzeichnen: 1889 kamen deren 2611 vor, also 8,44 auf je 100 000 Einwohner, während Spanien auf je 100 000 Bewohner 5,21, Frankreich 1,46, Deutschland 0,80 und England gar nur 0,38 Morde resp. Todtschläge zählt. Die gleichen Verhältnisse zeigen sich bezüglich von Schlägen und Verwundungen: in Italien entfielen auf je 100 000 Einwohner 226, in Deutschland 160, in Frankreich nur 70. Bodio fügt diesen Angaben hinzu, daß mehr als ein Drittel der Mordthaten aus Rache oder Haß verübt werden.

Seinen Zahlen nach wäre Italien das Land, in welchen die wenigsten Diebstähle verübt werden. 1888 entfielen auf 100 000 Einwohner 77,28 Diebstähle, in Frankreich 114,79, in England 133,38, in Deutschland 177,36. Bemerkt muß hierzu werden, daß in Italien viele, besonders kleinere Diebstähle nicht zur Anzeige gelangen. Einmal will man die unendlichen Scherereien und Unannehmlichkeiten vermeiden, welche in Italien mit einer Untersuchung verbunden sind, dann aber fürchtet man die Rache der Schuldigen und ihrer Verwandten. C. Z.

Feuilleton.

Ruben Sachs.

(Nachdruck verboten.)

Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von **Amy Levy**.

Aus dem Englischen.

I. Kapitel.

Ruben Sachs war der Stolz seiner Familie.

Nachdem er mit großem Erfolg eine Londoner Schule durchgemacht hatte, war er mit einem Stipendium versehen auf die Universität gegangen, wo er nach verschiedenen Richtungen hin seine Zeit gut verwerthet hatte.

Die Thatsache, daß er ein Jude war, hatte sich ihm dabei nicht hinderlich erwiesen. Er fand viele nützliche Freunde, und es gelang ihm, bis zu einem gewissen Grade jene Eigenthümlichkeiten los zu werden, die einem jeden innerhalb der jüdischen Gemeinde geborenen und erzogenen Menschen anzuhaften pflegen.

In seiner juristischen Laufbahn, die er dann eingeschlagen, war ihm sein gutes Glück treu geblieben.

Bevor er noch das fünfundzwanzigste Lebensjahr erreicht hatte, sprach man von ihm als von Jemand, der eine Zukunft hat, und ein Jahr später zog er die Aufmerksamkeit auf sich, indem er, wenn auch ohne Erfolg, bei einer Wahl kandidirte, wo auf beiden Seiten mit großer Erbitterung gekämpft wurde. Er hatte zwar gemeint, es läge ihm nicht sehr viel an einem Sitz im Parlament, indeß ohne daß er selbst es recht wußte, wurde der Gedanke einer politischen Karrière langsam aber sicher das leitende Ziel seines Strebens.

„Er wird nie verhungern," pflegte seine Mutter zu sagen, wobei sie mit dem behaglichen Bewußtsein, das eine sichere Kapitalsanlage verleiht, die Achseln zuckte. „Er muß Geld heirathen; aber auf Ruben kann man sich verlassen, er handelt nicht unüberlegt."

Inmitten all dieser vielversprechenden Aussichten war seine Gesundheit plötzlich zusammengebrochen und er hatte, wenn auch widerwillig, eine Reise zu den Antipoden antreten müssen.

Es sei ein Fall von Ueberarbeitung, von nervöser Erschöpfung, erklärten die Aerzte; eine Seereise werde ihn ohne Zweifel wieder herstellen, doch habe er in Zukunft vorsichtiger zu sein.

„Mehr als die Hälfte meiner nervösen Patienten rekrutiren sich aus den Reihen der Juden," sagte der berühmte Arzt, den Ruben konsultirte. „Sie zahlen die Strafe für eine zu hohe Zivilisation."

„Andererseits jedoch," erwiderte Ruben, „haben wir ein zähes Leben, und so kann man von uns sagen, wir werden dafür entschädigt."

Rubens Vater lieferte keinen Beweis für die Theorie seines Sohnes; er war viele Jahre vor Beginn unserer Erzählung gestorben, sehr zur Ueberraschung einer Familie, die sich mehr als eines Neunzigjährigen in einer Generation rühmen konnte.

Er hatte seine Frau und Kinder wohl versorgt zurückgelassen, und sein in Lancaster Gate gelegenes Haus war mit gediegenem Komfort ausgestattet.

In dem Salon dieses Hauses saßen an dem Tage, als Ruben nach sechsmonatlicher Abwesenheit heimkehrte, Frau Sachs und ihre Tochter.

Ruben war früh am Morgen angekommen und verschlief jetzt die Folgen einer auf der Reise zugebrachten Nacht und eines zu reichlichen Zuspruchs zum saftigen Kalbsbraten, mit dem seine Heimkehr gefeiert worden war, indeß seine ihn anbetenden weiblichen Familienangehörigen im Dämmerlicht eines Septembernachmittags ihren Thee schlürften und das Ereigniß des Tages in der ihnen eigenthümlichen raschen und nervösen Art besprachen.

Frau Sachs war eine ältliche Dame, stark und klein, und mit einem breiten, gelben, regungslosen Gesicht, das nur gelegentlich durch ein kluges Aufleuchten ihrer halbgeschlossenen Augen belebt wurde.

Ein unbeschreiblicher Ausdruck intensiver, jedoch unterdrückter Lebenskraft charakterisirte ihr ganzes Wesen; sie schien nicht sehr gesund zu sein, doch sah man auf den ersten Blick, daß sie eine jener alten Frauen sei, die nicht umzubringen sind.

„Er sieht gut aus, Addie, sehr gut sogar," sagte sie, während lediglich ein dunkelrother Fleck auf jeder ihrer gelben Wangen ihre Erregung bekundete.

„Ich habe es ja immer gesagt," erwiderte ihre Tochter, „daß, wenn Ruben ein armer Mann gewesen wäre, die Aerzte überhaupt nicht gefunden hätten, er müsse eine Seereise machen. Wir wollen nur hoffen, daß es ihm in seiner Karrière keinen Schaden gethan hat." Sie leerte ihre Theetasse während sie



Nr. 2. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Zum Erfurter Parteitag.

Zum zweiten Male seit dem Falle des Sozialistengesetzes versammeln sich die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie wieder zu einem Parteitag in Deutschland. Dem Tage von Halle folgt der von Erfurt.

War es die Hauptaufgabe des Haller Parteitags, die alte, unter dem Sozialistengesetz nothwendige Ordnung zu liquidiren und der Partei eine neue Organisation zu geben, die den veränderten Verhältnissen entsprach, so ist es die Hauptaufgabe des Erfurter Parteitages, für die Partei an Stelle des alten, allseitig als unzulänglich erkannten und zum Theil theoretisch falschen Programmes ein neues zu schaffen. Ein Programm, das den vorgeschrittensten wissenschaftlichen Anschauungen innerhalb der Partei entspricht und zugleich ihrer politischen Thätigkeit im politischen Tageskampfe einen erweiterten Boden schafft.

Die Diskussion, die in den letzten zwei Monaten über den seitens der Parteileitung veröffentlichten Programmentwurf in der Presse und in Vereinen und Versammlungen stattfand, hat gezeigt, daß prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nicht vorhanden sind, daß man auf allen Seiten — wenn wir von vereinzelten Elementen absehen, deren Kampfesweise Bedenken an ihrem guten Willen, der Partei zu nützen, aufkommen lassen — das eifrigste Bestreben hat, das Programm zu einem möglichst vollkommenen, den gereiftesten Anschauungen entsprechenden zu machen.

Obgleich in den letzten dreiundzwanzig Jahren drei verschiedene sozialdemokratische Programme, wenn wir von dem des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins absehen, berathen wurden — in Nürnberg 1868, in Eisenach 1869 und in Gotha 1875 — so ist doch keines derselben in solchem Maße Gegenstand der allseitigen Erörterung gewesen, wie der jetzt vorliegende Entwurf. Das zeugt einmal für die geistige Regsamkeit und Selbständigkeit der Parteigenossen, die heute größer ist als je zuvor, und die in dem letzten Jahre von hinlänglich bekannter Seite erhobene Anklage von der „Versumpfung" der Partei als elende Phrase erkennen läßt, andererseits giebt diese Erscheinung die Gewißheit, daß das neue Programm mehr als je ein früheres das Resultat einer Kollektivarbeit Aller sein wird. Wir haben die Ueberzeugung, daß auf dem Erfurter Parteitag Niemand mit dem Anspruch auftreten wird, daß der und der Wortlaut an=

genommen werden müsse und keine besseren Vorschläge als die gemachten gemacht werden könnten. Der Grundsatz: „Prüfet Alles und behaltet das Beste,“ wird in umfassendster Weise zur Geltung kommen und damit wird sich der demokratische und vorwärtsstrebende Charakter der Partei im schönsten Lichte zeigen.

Neben der Programmberathung wird die Frage der Taktik der Partei die Geister in besonderem Maße beschäftigen. Ja es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß mehr als bei der Programmberathung bei dieser Frage die Geister aufeinander platzen werden.

Wir halten dies für kein Unglück, sondern wünschen es vielmehr. Unter Umständen kann durch eine falsche oder fehlerhafte Taktik mehr verdorben werden, als durch eine falsche Formulirung dieses oder jenes Programmsatzes. Das Programm handelt in der Hauptsache von der Zukunft der Partei, die Taktik bezieht sich auf die unmittelbare Gegenwart; sie schreibt die Art und Weise des täglichen Kampfes vor, sie repräsentirt die aktive Thätigkeit der Partei, und jeder Fehler, der in ihr gemacht wird, führt zu einer unmittelbaren Schädigung oder Niederlage der Partei.

Eine richtige Taktik ist also unter Umständen fast wichtiger für die Partei als ein richtiges Programm. Ein unrichtiges Programm läßt sich korrigiren, meist ohne zu großen Schaden für die Partei; aber eine Niederlage, die durch eine falsche und verkehrte Taktik herbeigeführt wird, ist in der Regel unreparirbar oder der Schaden kann erst nach vielen neuen Kämpfen und Opfern wett gemacht werden.

Andererseits steht eben so fest, daß gerade bei der Wichtigkeit der Taktik für die unmittelbaren Kämpfe und Lebensäußerungen der Partei und bei der Schwierigkeit, die einwirkenden gegnerischen Faktoren richtig zu schätzen und zu übersehen, Meinungsverschiedenheiten darüber viel leichter ausbrechen als über grundsätzliche Fragen, deren praktische Lösung nicht unmittelbar bevorsteht. Daher ist auch die Frage der Taktik, sei es im Allgemeinen, sei es mit Bezug auf konkrete Fälle — wir erinnern hier nur an die Erörterungen über die Haltung der Partei bei Stichwahlen — weit mehr als das Programm Gegenstand der Erörterung auf Kongressen und Parteitagen gewesen und wird es ferner bleiben.

Die Frage nach der besten Taktik ist nicht für immer zu entscheiden, weil sie nicht von dem Willen der Partei, sondern ganz wesentlich von dem Verhalten und der Macht der Gegner beeinflußt wird. So lange ich dem Gegner gegenüber der schwächere bin, ist er es, der mir die ihm gegenüber zu befolgende Taktik gewissermaßen diktirt.

Da aber sowohl die Stärke wie das Verhalten unserer Gegner, wie die eigene Stärke und die Kräfte der Partei einer verschiedenen Beurtheilung unterliegen, je nach dem Maße von Einsicht und Wissen, das die Einzelnen unter uns haben, oder nach dem Naturell, das sie beherrscht, so liegen Meinungsverschiedenheiten sehr nahe, und sie werden dann besonders sich geltend machen, wenn eine Situation sich verändert hat.

Ob nun die gegenwärtige Situation eine solche ist, die eine veränderte Taktik erheischt, ist die Frage, die auf dem Parteitag zur Entscheidung kommt. Bekanntlich sind es die sogenannten „Jungen,“ die eine andere Taktik fordern, und die jetzt innegehaltene Taktik als bedenklich und gefährlich für die Partei erachten. Eine solche Ansicht an sich ist kein Fehler und kein Schaden für die Partei, denn eine Partei wie die unsere, welche heute die stärkste in Deutschland ist, kann unmöglich in so wichtigen Fragen, wie sie durch die Frage nach der Taktik berührt werden, eine vollständig gleich denkende Masse sein. Dies wäre

sogar ein Fehler und würde auf alles Andere als auf Lebensfülle und strotzende Gesundheit schließen lassen.

Aber was verlangt werden muß und ohne das eine Partei auf die Dauer nicht bestehen kann, ist, daß jede abweichende Meinung sich in Formen äußert, die eine Diskussion ermöglichen und nicht ohne die ausreichendsten Gründe und Beweise in schwer schädigende Verdächtigungen und persönliche Invektiven ausartet. Eine Opposition, die in das letztere Fahrwasser geräth, hat ihre Existenzberechtigung verloren und es liegt im höchsten Interesse der gesammten Partei, mit einer solchen aufzuräumen.

Wir wollen hier auf die Vorgänge der letzten Zeit, die uns zu diesen Aeußerungen veranlassen, nicht näher eingehen. Der Parteitag wird die Anklagen, die von jener Seite erhoben wurden, gewissenhaft prüfen und wenn er sie für berechtigt hält, rücksichtslos auf ihre Sühne dringen, er wird aber auch ebenso, wenn diese Anklagen sich als unberechtigt herausstellen, wissen, was er sich und der Ehre der Partei schuldet.

Diese Erörterungen über die Anklagen der Opposition werden aber nicht erst bei dem zweiten Punkte der Tagesordnung: „Die Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion und die Taktik der Partei“ beginnen, sie werden schon gleich bei dem ersten Punkte der Tagesordnung: „Geschäftsbericht des Vorstandes“ zum Ausbruch kommen, sintemalen die Thätigkeit des Vorstandes ebenso wie die Haltung der Fraktion zur Zielscheibe der heftigsten Angriffe seitens der Opposition gemacht wurde.

Die ganze Partei wird damit einverstanden sein, daß hier gründliche und rückhaltlose Erörterung geboten ist, damit nicht nur vor der Partei, sondern insbesondere auch vor der gesammten Gegnerschaft, die, wie sich von selbst versteht, die vehementen Angriffe der „Jungen“ mit dem größten Behagen in ihrer Presse verbreitete und gegen die Partei verwerthete, klargestellt wird, wie die Sachen liegen. Die Parteileitung ihrerseits wird, das erachten wir auch als selbstverständlich, Alles daransetzen, daß es zu einer gründlichen Auseinandersetzung und Aufklärung kommt.

Dem bisherigen Zustand der Anklagen und Verdächtigungen muß auf alle Fälle und in gründlicher Weise ein Ende bereitet werden.

Haben die „Jungen“ von links her, als „Radikale,“ gegen die Taktik der Partei opponirt, so wurde von rechts durch Vollmar in seinen bekannten Münchner Reden die Frage angeregt, ob nicht insofern eine andere Taktik sich empfehle, daß man den guten Willen der Herrschenden, zu helfen, anerkenne und dementsprechend eine entgegenkommendere Taktik verfolge. Insbesondere schlägt Vollmar vor, sich zunächst auf bestimmte naheliegende Forderungen zu konzentriren und für deren Verwirklichung zu agitiren. Wenn also die „Jungen“ die Parteilokomotive bis zum Platzen des Kessels angefeuert sehen wollen, schlägt Vollmar umgekehrt das Bremsen vor. Nun halten wir für eine Partei wie die unsere jedes Bremsen oder Rückwärtskonzentriren für einen der schwersten Fehler, die gemacht werden können. Die Partei hat ihre Macht und Bedeutung nur durch das unausgesetzte Vorwärtsmarschiren und die unerschütterliche Konsequenz, mit der sie, das ganze Ziel im Auge, von Position zu Position vorrückte, erobert. Es wäre also nichts weniger als Selbstmord, wollte sie in einem Augenblick, wo Alles sich vereinigt, ihre Situation zu der denkbar günstigsten zu gestalten und sich ihr die Aussicht auf die großartigsten Siege eröffnet, zu der Losung des „Immer langsam voran,“ die nie die ihre war, greifen. Vor die Wahl gestellt, ziehen wir das Stürmen dem Trödeln vor.

Unglücklicher konnte Vollmar den Zeitpunkt für seine Vorschläge nicht wählen, als er ihn gewählt hat. Diese Meinung wird auch die Partei haben. Doch wir wollen uns hierüber nicht weiter äußern und dies Erfurt überlassen.

Es wird also auf dem Parteitag weder an wichtigen, noch an tiefgehenden Erörterungen und Meinungsverschiedenheiten fehlen. Aber das eine wissen wir mit felsenfester Zuversicht: Das Ende von Allem wird sein, daß die Partei schließlich einiger und gekräftigter dastehen wird, als sie je dagestanden hat.

Und das ist eine Nothwendigkeit.

Deutschland und die ganze europäische Kulturwelt gehen schweren Zeiten entgegen. Die Unvernunft der leitenden und herrschenden Klassen hat es endlich dahin gebracht, daß die in Waffen starrenden Völker Europas, in zwei feindliche Heerlager getrennt, des Augenblicks gewärtig sind, wo sie auf Geheiß ihrer Führer zum männermordenden Schlachten die bewehrten Arme erheben und wie wüthende Tiger auf einander stürzen.

An dieser Aussicht ändern alle Friedensschalmeien nichts, die man neuerdings hüben und drüben bläst, um die erschreckten Völker zu beruhigen. Noch ist der Moment des Losschlagens nicht gekommen, und so gilt es dem Geschäft noch Gelegenheit zum Verdienen und den Bedrohten Zeit zum Unterkommen zu gewähren.

Aber dieses große Schlachten naht, und sein Beginn ist nur eine Frage nicht ferner Zeit.

Doch wie es endet, wenn es begonnen ist, das verkündet kein Mund eines Weisen. Die Mächtigen selbst zittern ob dem, was alsdann kommt. Mit Grauen sehen sie der Zukunft entgegen und doch werden sie wie durch ein unabwendbares Verhängniß zu diesem Kampf, dem l e t z t e n Kampf, gedrängt. Es ist, als habe der Dichter recht, der da singt:

> Das ist die letzte Schlacht,
> Die der Osten gegen den Westen wagt
> Um den Sieg und um die Macht!
> Das ist der Knechtschaft letztes Verenden!
> Das ist, wie noch nie ein Würfel fiel
> Aus der Könige kalten, bebenden Händen,
> Der letzte Wurf in dem alten Spiel!

Und dann kommt, was kommen muß. Die niedergetretenen, über das Massenschlachten empörten, vom Generalbankerott und der Hungersnoth ausgesogenen Völker werden sich ermannen und die Lenkung ihrer Geschicke in die eigenen Hände nehmen. In dieser großen Völkersymphonie spielt die Sozialdemokratie die erste Geige.

Angesichts dieser nahenden Entwicklung, die Situationen schafft, von welchen die große Mehrzahl sich nichts träumen läßt, die aber das Angesicht der Dinge von Grund aus verändern, ist es die dringendste und vornehmste Aufgabe der Partei, ihre Einheit und ihre Geschlossenheit zu bewahren und keine Störung ihrer Zirkel weder von rechts noch von links zu dulden. Sie muß der großen geschichtlichen Mission, die sie zu erfüllen hat, sich bewußt sein und alles thun, was sie in die Lage setzt, der gewaltigen Aufgaben, die ihrer harren, sich gewachsen zu zeigen.

Geht in dieser Erkenntniß der Erfurter Parteitag an die Arbeit und daran zweifeln wir nicht, dann kann auch das Ergebniß seiner Berathungen nur das erfreulichste sein.

A. B.

Auch ein Parvenu.

↗ Berlin, den 28. September.

Es war am 26. November 1870 im norddeutschen Reichstage. Zur Berathung stand eine neue Kriegsanleihe, bestimmt, den Krieg gegen die französische Republik fortzuführen und dadurch den Erwerb Elsaß-Lothringens zu sichern. Die erste fünfprozentige Kriegsanleihe war zum Kurse von 88 Prozent im Betrage von hundert Millionen Thalern aufgelegt worden, und die patriotische Börse von Berlin hatte ganze — drei Millionen gezeichnet, was beiläufig Herr Lasker später damit entschuldigte, mit ihrem „Geschäftskapital" hätten sich die Bankiers bei einem so unsicheren Geschäfte doch nicht betheiligen können, mit ihrem „Privatkapital" hätten sie es reichlich gethan. Dagegen stürzte sich dieselbe patriotische Börse auf die französische Kriegsanleihe, so daß sie der Staatsanwalt mit dem Landesverrath-Paragraphen in der Hand bändigen mußte. Diese damals land- und stadtbekannten Verhältnisse streifte an jenem 26. November Bebel in seiner Rede gegen die neue Kriegsanleihe, deren Zweck, wie gesagt, nicht die Abwehr eines äußeren Feindes, sondern die Eroberung von Elsaß-Lothringen und damit die Verewigung der europäischen Kriegsrüstungen war. Bebel sprach von „Opfern, die doch nur aufgebracht werden können dadurch, daß diejenigen, die immer mit dem Patriotismus voraus sind in den Worten, erst abwarten, ob ihnen die nöthigen Prozente auch in die Tasche fallen." Hierüber entbrannte der landesübliche patriotische Spektakel. Dann aber erhob sich Herr Lasker, der sich immer meisterhaft darauf verstand, aus der unzweifelhaften Thatsache, daß er für seine Person niemals silberne Löffel gestohlen hatte, einen wehmüthigen Glanz der Entsagung über die ganze Bourgeoisie fließen zu lassen: „Gewiß keine Versammlung der Welt würde derartige Reden so lange mit Ruhe angehört haben, als es diese Versammlung den Reden des Herrn Bebel gegenüber gethan hat. . . . Welche Verwirrung der Begriffe, wenn diese Herren, welche nach der Natur ihrer Leistungen vielleicht mit geringen Summen sich begnügen müssen, über die Lust am Gewinn die Nase rümpfen." Worauf die landesübliche patriotische Heiterkeit über das famose Witzchen ausbrach.

Lasker ist todt, aber er hat vor seinem Tode noch das Haus bezeichnet, in welchem die deutsche Nation allezeit ein Muster edler Sitte und patriotischer Gesinnung suchen darf. Dies Haus war das dem Reichsgerichtspräsidenten Simson nahe verwandte Bankhaus Warschauer, dem Lasker im Frühjahre 1876 im preußischen Abgeordnetenhause eine begeisterte Lobrede hielt, die eine oder zwei Spalten des stenographischen Berichtes füllt. Und merkwürdig! mit diesem Hause hat es Bebel heute wieder zu thun, und zwar wieder wegen einer Kriegsanleihe. Die Firma Warschauer hat nämlich, gemeinsam mit der Firma Mendelssohn, die neue russische Anleihe zum Zeichnen aufgelegt, und über diese „Lust am Gewinn" rümpft Bebel im „Vorwärts" die Nase, wie folgt: „Die Anleihe ist darauf berechnet, den Todfeind Deutschlands, das grausame, barbarische und heuchlerische Rußland, den gefährlichsten Feind der europäischen Kultur, zu stärken und zu stützen. Und da betrachten wir es nicht nur als eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Reichsregierung, zum mindesten nichts zu thun, was die Pläne Rußlands unterstützt, sondern auch als die erste Pflicht jedes Deutschen, vor dem offiziellen Moskowiterthum die Taschen zuzuhalten und die Betheiligung an einer russischen Anleihe als eine moralisch ehrlose Handlung anzusehen. . . . Wie die Spatzen von den Dächern pfeifen, sind es zwei Berliner Bankhäuser, welche die Schamlosigkeit begehen wollen, die russische

Anleihe auch in Deutschland zur Zeichnung aufzulegen. Wir wissen nicht, ob in irgend einem Lande Europas ein paar Bourgeois eine solche Handlung begehen dürften, ohne vor der Gefahr zu stehen, gelyncht zu werden.“ Man sieht: indem Bebel damals wie heute gegen die russische Hegemonie streitet, kann er dasselbe Wort, welches Lasker damals als hohle Tirade gegen ihn schleuderte, heute mit bitterer Verachtung bis zum Rande gefüllt den patriotischen Rechtsnachfolgern Lasker's zurückgeben, was man denn ja wohl als ein hübsches Stück Nemesis betrachten darf. Aber — so mögen die Patrioten mit der „Lust am Gewinn“ kichern — haben wir denn nicht noch immer das ganze Volk hinter uns? Steht Bebel nicht, heute wie damals, allein?

Freilich — wenn die Bourgeoispresse wirklich das „Volk“ wäre, wie sie es sein möchte, aber glücklicher Weise nicht ist, so sähe es schlimm aus. Gleich die „Volkszeitung,“ die seit ihrem Uebergange ins Lager des Kapitalismus den bekannten Renegateneifer entwickelt, findet es „überflüssig, sich über die Firmen Mendelssohn und Warschauer zu erhitzen;“ die „Freisinnige Zeitung“ verwahrt sich gegen die „chauvinistische Tonart,“ welche gegenüber der russischen Anleihe angeschlagen werde, und spricht von „lächerlichem Gebahren;“ auch die „Frankfurter Zeitung“ redet von „Chauvinismus“ und findet in der Emission der russischen Anleihe in Deutschland ein „beruhigendes Symptom;“ die „Nationalzeitung“ aber flattert wie eine verschüchterte Taube zwischen den „patriotischen Geldmächten“ und der Regierung, die denselben unzweideutig hätte abrathen müssen, welche Ansicht von der Sache denn wieder ein grelles Licht auf die deutsche Bourgeoisie wirft. Mendelssohn und Warschauer hatten sich nämlich an den Reichskanzler mit der Frage gewandt, ob sie dürften, wie sie möchten, und Herr von Caprivi hatte ihnen die Antwort ertheilt, welche sie bei einem auch nur bescheidenen Maße von Ehr-, Takt- und Zartgefühl hätten voraussehen müssen: thut, was ihr wollt, aber laßt mich aus dem Spiele. Die „patriotischen Geldmächte“ besaßen aber nicht einmal das winzige Maß von Ehr-, Takt- und Zartgefühl, diese sehr deutliche Antwort zu verstehen, sondern sie verbreiteten die Mär, der Regierung wäre die Auflegung der Anleihe in Deutschland „erwünscht.“ Hierauf ließ Herr von Caprivi durch offiziöse Notizen sowohl seine Antwort an die „patriotischen Geldmächte“ richtig-, als auch feststellen, daß der Reichsbank nach wie vor verboten sei, russische Werthe zu beleihen. Und diese Haltung des Reichskanzlers findet die „Nationalzeitung,“ welche wie die feinste Bildung, so auch die erlesenste Vaterlandsliebe der deutschen Bourgeoisie verkörpert, unklar, widerspruchsvoll und zweideutig! In der That konnte Herr von Caprivi, *wenn* er einmal die „patriotischen Geldmächte“ empfing, nicht anders handeln, wie er gehandelt hat: er konnte die Mendelssohn und Warschauer nicht in ihrer „Lust am Gewinn“ bestärken, ohne mindestens einen moralischen Landesverrath zu begehen, und er konnte diesen Profitwütherichen des Zarenthums nicht abwinken ohne die Gefahr, einen auswärtigen Konflikt zu provoziren, was natürlich auch Bebel in seinem Artikel vermieden wissen will. Eine andere Frage ist, *ob* der Reichskanzler dergleichen Leute für dergleichen Anfragen empfangen mußte oder auch nur durfte, und wenn ihm die „Kreuzzeitung,“ die unter den wenigen bürgerlichen Blättern, welche das Treiben der Mendelssohn und Warschauer beim richtigen Namen zu nennen wagen, obenan steht, daraus, *daß* er sie empfangen hat, einen Vorwurf macht, so wird sich dagegen nicht viel einwenden lassen. An dieser Stelle ist einmal als die bescheidene Aufgabe des „neuen Kurses“ bezeichnet worden, die allergröbsten Auswüchse des Systems Bismarck ein wenig zu beschneiden; zu diesen Auswüchsen gehört aber, daß zu bismärckischen Zeiten Gründer

und Gründergenossen im Auswärtigen Amte verkehrten, wie in einem Taubenschlage und hierin sollte Herr von Caprivi um so eher Wandel schaffen, als die „Loyalität“ von Mendelssohn und Kompagnie ihn eben für vierundzwanzig Stunden in einen sehr bösen und peinlichen Verdacht gebracht hat.

Daß er jene bescheidene Aufgabe des „neuen Kurses“ noch nicht gänzlich aus den Augen verliert, hat er in der eben verflossenen Woche durch die Aufhebung des Paßzwanges an der deutsch-französischen Grenze bewiesen. Leider nur wird die moralische Wirkung dieser vernünftigen Maßregel zum guten Theile wieder dadurch aufgehoben, daß die offiziöse und ihr nach die bürgerliche Presse die lebhafte Anerkennung, welche die Aufhebung des Paßzwanges auch in Frankreich gefunden hat, mit dem chauvinistischen Hohne beantwortet, die Rücksicht auf Frankreich habe mit der ganzen Sache gar nichts zu thun gehabt. Diesen Hohn soll angeblich die „nationale Würde“ von wegen Kronstadt erheischen, obgleich Kronstadt, soweit es auf Frankreich ankommt, nicht zum wenigsten durch das chauvinistische Gebahren der deutschen Bourgeoispresse veranlaßt worden ist. Man kann da mit einer leichten Aenderung Freiligrath's Vers anziehen:

Mach' fallen *unser* Kronstadt und Kronstadt rasselt nach!

Seitdem die deutschen Professoren 1870 in ihrer Adresse an die Dubliner Universität so geschmackvoll waren, das Wort des Paracelsus zu zitiren: „Engländer, Franzosen, Italiener, uns nach, nicht wir euch!“ ist in der deutschen Literatur und Presse der allerdings schon früher vorhandene, aber in den sechziger Jahren einigermaßen zurückgedämmte Chauvinismus gegenüber den älteren Kulturvölkern, insbesondere gegenüber Frankreich, wieder in der unleidlichsten Weise gesteigert worden. Die bürgerliche Presse verleugnet da selbst ihren Lieblingsphilosophen Schopenhauer, der trotz aller spießbürgerlichen Beschränktheit doch immer Philosoph genug blieb, um zu erklären, „daß der Patriotismus, wenn er im Reiche der Wissenschaften sich geltend machen will, ein schmutziger Geselle ist, den man hinauswerfen soll.“ Es ist manchmal schier unglaublich, welche chauvinistischen Nichtsnutzigkeiten sich unsere Bourgeoisieblätter gegenüber Frankreich gestattete. So brachte kürzlich die „Vossische Zeitung“ mit jener sittlichen Entrüstung, welche sie so schön kleidet, die Nachricht aus Paris, daß der „Kreisrichter“ X wegen Betrugs verhaftet worden sei. Verkommenes Volk in der That, in welchem selbst die „Kreisrichter“ nicht mehr Mein und Dein zu unterscheiden verstehen! Nun hatten die französischen Blätter aber nur gemeldet, daß der prêteur des cercles X vom Staatsanwalte belangt worden sei, der prêteur des cercles, d. h. ein Mann, der in den Spielklubs ausgebeutelten Lebemännern Geld vorschießt, damit sie ihr Glück aufs Neue versuchen können. Diesen prêteur des cercles hatte die „Vossische Zeitung“ in ihr geliebtes Deutsch übertragen (cercle = Kreis, prêteur = praetor = Richter), und solche moderne Lessinge gackern nun schon zehn Jahre über die französische Unwissenheit, weil einmal ein französisches Blatt aus dem deutschen Generalstabe einen „General Staff“ gemacht hat!

Man müßte Bogen füllen, um den Balken im deutschen und den Splitter im französischen Auge in das richtige Abstandsverhältniß zu bringen; es seien deshalb nur noch einige Worte über den neuesten Zwischenfall dieser Art gestattet! Bekanntlich hat der Kaiser in einer Tafelrede zu Erfurt den ersten Napoleon einen „Parvenu“ genannt, und dies Wort hat in Frankreich empfindlich berührt. Da es inzwischen durch den „Reichs- und Staatsanzeiger“ stillschweigend zurückgenommen worden ist und die französische Presse, auch hier wieder ganz vernünftig, sich damit für befriedigt erklärt hat, so wäre es unbillig, die Rede des

Kaisers an und für sich einer sonst allerdings sehr naheliegenden Kritik zu unterziehen. Aber die bürgerliche Presse höhnt wieder einmal über den angeblichen „Chauvinismus“ der Franzosen, weil sie darüber empfindlich geworden seien, daß der deutsche Kaiser einen von ihnen selbst zweimal über die Grenze gejagten „Parvenu“ beim richtigen Namen genannt habe. Nun möchten wir aber wirklich nicht das patriotische Geschrei erleben, das sich erheben würde, wenn der Präsident Carnot bei irgend einer passenden oder unpassenden Gelegenheit von dem „Parvenu“ Friedrich II. sprechen würde. Und soweit es auf den „Parvenu“ ankommt, ist doch wirklich gar kein Unterschied zu entdecken, wenn das legitime und sogar heilige römische Reich deutscher Nation durch den Marquis von Brandenburg aus Berlin zur einen und durch den Herrn von Bonaparte aus Ajaccio zur anderen Hälfte zertrümmert wurde. Ein Unterschied besteht nur darin, daß der Friderizianische Staat nach kurzem Bestehen bei Jena kurz und klein geschlagen wurde unter frohestem Aufathmen Derer, die in ihm zu leben verurtheilt waren, während der Napoleonische Staat in allem Wesentlichen, in der Heerverfassung, in der inneren Verwaltung, im Finanz-, Justiz-, Unterrichtswesen u. s. w. wesentlich noch heute so fortbesteht, wie der erste Konsul ihn 1804 gegründet hat. Es kommt in diesem Zusammenhange nichts darauf an, ob Napoleon das Gute seiner Gesetzgebung nicht aus dem Erbe des Konventes genommen, ob er in ihr nicht nur die Ergebnisse der französischen Revolution kodifizirt hat: genug, sie trägt seinen Namen. Da erscheint es denn doch nicht als der Ausfluß eines überhitzten Chauvinismus, wenn die Franzosen diesen Namen von Fremden nicht gern in verächtlicher Weise aussprechen hören. Im Gegentheile: sie meinen offenbar, daß eine bürgerliche Verfassung, die drei Dynastien und drei Invasionen glücklich überstanden hat, am Ende so legitim ist, wie irgend etwas sonst in Europa; es verdrießt sie, diese moderne Legitimität gerade von der feudalen Legitimität angefaßt zu sehen, und das ist doch ein ganz achtbares Selbstbewußtsein, von dem jenen „patriotischen Geldmächten,“ welche eine Anleihe des gegen Deutschland bis an die Zähne gerüsteten Rußlands in Deutschland selbst auflegen, nur etwas zu wünschen wäre, und sei es auch nur ein Bruchtheilchen.

Es wird immer ein Ruhmestitel der deutschen Arbeiter sein, daß sie so wenig an dem „Wettkriechen“ vor dem Barbarenstaate des Ostens, wie an dem Wüthen gegen das Kulturvolk des Westens theilgenommen haben. Auch dadurch erweisen sie sich als eine höchst legitime Macht gegenüber den — Parvenus der Bourgeoisie. Das Wort ist hier etwa nicht bei den Haaren herbeigezogen; es stammt von einem deutschen Schriftsteller, der, selbst ein Bourgeois vom Scheitel bis zur Zehe, ein unterrichteter Mann war, Frankreich und die Franzosen genau kannte und trotz seiner nationalliberalen Gesinnung doch immer wieder betonte, daß der Chauvinismus diesseits der Vogesen sich zum Chauvinismus jenseits der Vogesen verhalte, wie eben der Balken zum Splitter. Es ist Karl Hillebrand, der in seinem Buche „Frankreich und die Franzosen“ feststellt, daß der „tolle Chauvinismus“ nur in den besitzenden Klassen Deutschlands rumore, und er nennt ihn zugleich die „natürliche, aber keineswegs edle Empfindung eines politischen Emporkömmlings.“ Das wurde schon 1873 geschrieben, und seitdem hat sich dieser Parvenu keineswegs verschönert. Wie in der äußeren Politik sein Hetzen gegen Frankreich und sein Kriechen vor Rußland, so hat sich in der inneren Politik sein Ducken nach Oben und sein Drücken nach Unten ins Endlose gesteigert: diese Klasse der „Edelsten und Besten“ ist, von welchem Standpunkte aus man sie immer betrachte, auch ein Parvenu und noch dazu was für einer!

„Das Geld" von Zola.

Von **Paul Lafargue.**

(Fortsetzung.)

Auch in den Romanen Balzac's finden wir eine physiologische Nothwendigkeit, allein von ganz anderer Art, als die Zola's. Balzac knüpfte an Geoffroy de St. Hilaire an, den Schüler und Nachfolger Lamarck's, den genialen Vertreter der Theorie des Milieu, der Verhältnisse der Außenwelt und des Einflusses, den diese auf die in ihnen sich entwickelnden Wesen ausüben; an den Anhänger der Theorie, zu der sich auch Goethe bekannte, von der Korrelation (den Wechselbeziehungen), welche zwischen den verschiedenen Organen besteht. Jede Veränderung der Außenwelt findet sozusagen ein Echo in einer entsprechenden Veränderung der in ihm lebenden Thiere und Pflanzen, und jede Veränderung eines bestimmten Organs eines Thieres beeinflußt nothwendigerweise die Beschaffenheit seiner anderen Organe. Wenn es z. B. möglich wäre, die Form der Zähne des Löwen zu verändern, so würde dies auch eine veränderte Form seiner Kiefer zur Folge haben, gleichzeitig würden sich auch seine übrigen Organe und seine Charaktereigenthümlichkeiten, wie Muth, Grausamkeit 2c. verändern. Das Gleiche gilt von der Versetzung von Thieren aus ihren natürlichen in künstliche Verhältnisse, wie dies z. B. bei den Hausthieren der Fall gewesen. Der Wechsel bedingt nothwendigerweise eine Veränderung der Organe, des Geistes und Charakters der betreffenden Thiere.

Balzac, der von der Richtigkeit dieser Theorie durchdrungen war, verwendete eine unendliche Mühe auf die Beschreibung der Verhältnisse, in denen er seine Gestalten leben und weben ließ.

Er wich der Analyse der „tausenderlei komplizirten Ursachen" nicht aus, die Zola einschüchtern, und die doch die Handlungen der Menschen bestimmen und deren Leidenschaften beeinflussen. Balzac analysirte dieselben vielmehr mit solchem Behagen, daß er für den Leser, der in der Lektüre eines Romans nur Zerstreuung und nicht Belehrung sucht, recht langweilig wird. Flaubert, Zola, die Goncourt, überhaupt die meisten Romanschriftsteller, die auf literarische Bedeutung Anspruch machen, gefallen sich in glänzenden Beschreibungen, welche an die Kunststücke der Virtuosen auf dem Klavier erinnern. Allein ihre Beschreibungen sind meist kleine Genrebilder, die oft lange im Voraus ausgearbeitet und im Schreibtisch für den etwaigen Gebrauch sorgfältig aufbewahrt worden sind. Sie werden hie und da im Roman angebracht wie Illustrationen oder Schlußvignetten. Solche Beschreibungen können wohl als Beweis für die große Darstellungskunst der Verfasser dienen, allein sie sind an und für sich müßiges, zweckloses Beiwerk, welches das Interesse für den behandelten Gegenstand beeinträchtigt. Wenn man diese Beschreibungen überschlägt, so gereicht dies den Werken nicht zum Nachtheil, sondern im Gegentheil, dieselben gewinnen dadurch oft ganz entschieden.

Die kunstvollen, eingehenden Schilderungen Balzac's dagegen fördern ganz wesentlich unser Verständniß der Charaktere und Handlungen, welche er vorführen will; weil seine Helden und Heldinnen in den oder jenen Verhältnissen leben, darum müssen sie die bestimmten, diesen Verhältnissen entsprechenden Leidenschaften entwickeln und entsprechend handeln.

Balzac's Gestalten werden ausnahmslos von einer Leidenschaft beherrscht, welche für sie zu einem physiologischen Fatum wird. Wenn sie auch den Keim

dazu mit auf die Welt gebracht haben, so entwickelt sie sich doch nur langsam, unter dem Einfluß der Verhältnisse der Umgebung. Hat sie jedoch einmal den Höhegrad ihrer Entwicklung erreicht, wie die Liebe bei Goriot, der Geiz bei Grandet, die Neigung zur wissenschaftlichen Forschung bei Balthazar Claez, die Eitelkeit bei Crevel, die geschlechtliche Sinnlichkeit bei dem Baron Holot, so wird sie zur unumschränkten Herrscherin, die nacheinander alle übrigen Gefühle überwuchert und erstickt und die betreffende Person zum Monomanen macht. Balzac's Romane sind Epopöen der triumphirenden Leidenschaft: in ihnen wird der Mensch zum Spielzeug einer ihn beherrschenden und marternden Leidenschaft wie er in der griechischen Tragödie das Spielzeug einer Gottheit war, welche ihn durch ihre Befehle bald zum Verbrechen, bald zu heroischen Thaten trieb. Seit Aeschylos und Shakespeare, welch letzterer gleichfalls seine Helden einer Leidenschaft zum Opfer fallen, von ihr zerfleischt werden ließ, hat kein Schriftsteller die bis zum Paroxysmus, bis zum Wahnsinn gesteigerte Leidenschaft mit der gleichen unerbittlichen Schärfe, der gleichen Macht der Darstellung gezeichnet, wie Balzac.

Zola behauptet, an Balzac anzuknüpfen, allein er unterscheidet sich von diesem durch Alles und Jedes: durch seine Philosophie, durch seine Sprache, durch die Art und Weise, wie er seine Beobachtungen macht, seine Romane ausarbeitet, seine Helden einführt und auftreten läßt und ihre Leidenschaften schildert. Ferner unterscheidet er sich von ihm durch ein seine Werke charakterisirendes neues Moment, das er zuerst in die Romanliteratur eingeführt hat, und das den Grund seiner unleugbaren Ueberlegenheit über die anderen modernen Romanschriftsteller bildet, obgleich er einigen von ihnen, wie Daudet an künstlerisch vollendeter Darstellung und Halévy an Geist und Feinheit der Beobachtung, nachsteht. Zola's Originalität beruht darin, daß er zeigt, wie der Mensch von einer sozialen Macht zu Boden gedrückt und zermalmt wird. Balzac hatte wohl, um mit Zola zu reden, „das ausgezeichnete Verdienst sich erworben, die ganze furchtbare Tragik, die mit dem Geld verwachsen ist, entfesselt zu haben,“ allein Zola ist der einzige moderne Schriftsteller, der mit voller Absicht den Versuch gewagt hat, darzustellen, wie der Mensch von einer sozialen Nothwendigkeit überwältigt und vernichtet wird.

Zur Zeit als Balzac schrieb (er starb im Jahre 1850), war die riesige Konzentration der Kapitalien, welche unsere Epoche charakterisirt, noch in ihren Anfängen begriffen, auch in Frankreich. Man kannte damals noch nicht die Riesenmagazine, welche die Länge ihrer Gänge nach Kilometern messen, die Zahl ihrer Verkäufer und Verkäuferinnen nach Tausenden beziffern, jene Riesenmagazine, in denen alle möglichen Handelsobjekte zentralisirt sind und in besonderen Abtheilungen feilgehalten werden, so daß man in ihnen ebensowohl Schreibrequisiten und Parfumerien wie Hausrath, Hüte und Anzüge, Handschuhe, Schuhe, Wäsche und Sattlerwaaren findet. Damals gab es auch noch nicht Spinnereien, Webereien, Hüttenwerke und Hochöfen, die ein ganzes Volk von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigen; man wußte ferner nichts von Finanzgesellschaften, die mit Zehnern und Hunderten von Millionen operiren. Wohl gab es einen Kampf ums Dasein, den es ja stets gegeben hat — wenngleich damals seine Theorie noch nicht formulirt und der jetzt gebräuchliche Ausdruck für die Thatsache noch nicht gefunden war — allein er zeigte eine andere Form und andere charakteristische Eigenthümlichkeiten als in unseren Tagen, wo er durch das Auftreten von ökonomischen Riesenorganismen, wie die, von denen die Rede gewesen, wesentlich modifizirt worden ist. Damals war der Kampf ums Dasein noch nicht demoralisirend; er degradirte den Menschen nicht, sondern entwickelte in ihm gewisse Vorzüge, wie Muth, Ausdauer, Klugheit, Vorsicht und Voraussicht, Ordnungssinn 2c.

Balzac beobachtete und schilderte folglich Menschen, welche mit ihren eigenen physischen oder geistigen Kräften gegen einander kämpfen. Der Kampf ums Dasein, den die Menschen in jenen Tagen führten, wies eine große Aehnlichkeit mit dem Kampf ums Dasein der Thiere auf, die einander im körperlichen Ringen mit Klauen und Zähnen, mit Gewandtheit und List zu überwinden suchen.

In unseren Tagen hat dagegen der Kampf ums Dasein einen anderen Charakter angenommen, der in dem Maße schärfer und ausgeprägter hervortritt, als sich die kapitalistische Zivilisation entwickelt. Der Kampf der einzelnen Menschen unter und miteinander wird durch den Kampf der ökonomischen Organismen (Banken, Fabriken, Minen, Riesenmagazine) unter einander abgelöst und beseitigt. Die Kraft und die Klugheit des Einzelnen verschwinden vor ihrer unwiderstehlichen Macht, die blind wie eine Naturkraft waltet. Der Mensch wird von ihrem Räderwerk ergriffen, in die Höhe gewirbelt, fortgeführt, wie ein Fangball hin und her geschleudert, heute auf den Gipfel alles irdischen Glückes gehoben, morgen aus seiner Höhe heruntergestürzt, einem armseligen Strohhalm gleich mit Füßen getreten, ohne daß er ihnen mit Aufbietung all' seiner Klugheit, mit Anspannung all' seiner Energie den geringsten Widerstand entgegenzusetzen vermöchte. Die ökonomische Nothwendigkeit tritt heutzutage dem Menschen übermächtig gegenüber. Die Kräfte, welche die Menschen zu Balzac's Zeit darauf verwendeten, dadurch in der Gesellschaft emporzukommen, daß sie auf die Schultern ihrer Konkurrenten kletterten, und über deren Leiber vorwärts marschirten, die müssen sie heute dransetzen, um elend und erbärmlich vegetiren zu können. Schritt für Schritt, wie sich der frühere Charakter des Kampfes ums Dasein der Menschen verloren, hat sich auch die Natur der Menschen selbst nothwendiger Weise verändert, sie ist niedriger, kleinlicher geworden.

Diese Verkrüppelung der verzwergten Menschen spiegelt sich in der modernen Romanliteratur wieder. Der Roman strotzt nicht mehr von tollen Abenteuern, in die sich der Held stürzt, wie ein wildes Thier in die Arena, um seine Kräfte an den wunderbarsten, ungewöhnlichsten Ereignissen siegreich zu erproben, zur großen Befriedigung des gefesselten Lesers, der im eigenen Innern die kühne Unerschrockenheit, die leidenschaftliche Gluth der ihm vorgezauberten Gestalten nachfühlt, welche vor keiner der anscheinend unüberwindlichen Schwierigkeiten zurückschrecken, mit denen ihr Weg absichtlich besät worden ist. Wenn die modernen Romanschriftsteller das Interesse befriedigen wollen, das die Leser gewisser Klassen den Wechselfällen des Kampfes eines Individuums entgegenbringen, so wählen sie ihre Helden aus der Welt der Gauner und Gaukler, in der man noch Verhältnisse findet, die den Menschen der Zivilisation zwingen, mit der Verschlagenheit, dem Muth und der Grausamkeit eines Wilden um sein Dasein zu kämpfen. In den übrigen Kreisen der Gesellschaft ist der Kampf so farblos und einförmig, daß er jedes packenden Interesses ermangelt. Die Romanschriftsteller, welche für die sogenannten höheren und gebildeten Klassen schreiben, sehen sich in die Nothwendigkeit versetzt, jede dramatische Situation aus ihren Werken zu verbannen; für die höchste Kunst der neuen Schule gilt es, auf die Handlung zu verzichten, und da ihre Jünger keinen Sinn für Kritik und Philosophie besitzen, so sind ihre Werke bloße Uebungen sprachlicher Akrobatik, sie sind vollendete Schüler der Rhetorik.*)

* * *

---

*) Ein belgischer Romanschriftsteller, Camille Lemonnier, der die französische Sprache mit besonderer Virtuosität mißhandelt, ausrenkt und verrenkt, hat soeben aus einem seiner Romane, „Le Mâle“ („Der Mann“), der einen großen literarischen

Als sich Zola's Talent voll entfaltet hatte, besaß er den Muth, sich an die großen sozialen Erscheinungen und Vorgänge des modernen Lebens heranzuwagen; er machte den Versuch, die Wirkung zu schildern, welche die ökonomischen Organismen auf die moderne Menschheit ausüben.

In seinem „Au Bonheur des Dames“ (Zum Damenglück) führt uns der Verfasser in das Leben eines jener ökonomischen Ungeheuer, in ein Pariser Riesenmagazin ein. Er zeigt uns den Minotauros, wie er die kleinen, in seiner Nachbarschaft gelegenen Läden verzehrt, ihre Kundschaft verschlingt, ihre Besitzer aufsaugt, zu seinen Angestellten und Lohnarbeitern macht; wie er in seinen Unterthanen, den Kommis, Verkäufern und Verkäuferinnen Interessen, Leidenschaften und Rivalitäten weckt und entwickelt, welche in anderen Verhältnissen unbekannt sind; wie er ihnen in den Tagen der Saisonausstellungen das Fieber, um jeden Preis verkaufen zu wollen, einhaucht, gerade wie das Angriffssignal zu einem Seegefecht auf den Kriegsschiffen den Kampfesmuth entflammt.

In „Germinal“ (Keimmonat, der siebente Monat des Kalenders der Revolution) tritt uns das Bergwerk, tritt uns das unter der Erde hausende Ungeheuer entgegen, das Menschen, Pferde, Maschinen einschluckt und Kohlen ausspeit; das die Natur verwandelt, rings um seinen gähnenden Rachen die Atmosphäre verdickt und verpestet und die Vegetation tödtet; das Menschen heerdenartig zusammendrängt, die früher vereinzelt als kleinbäuerliche Grundeigenthümer lebten; das sie ihres Fleckchens Eigenthum beraubt, sie dazu verurtheilt, das Licht des Tags nicht mehr zu schauen und bei der bleichen, zitternden Flamme eines Lämpchens inmitten von tausend Gefahren zu leben, denen sie tagaus tagein Trotz bieten, ohne sich auch nur ihres Muthes bewußt zu werden; in diesem Roman tritt uns das unter der Erde hausende Ungeheuer entgegen, das diese Menschen durch gemeinsames Leid und Elend, durch gemeinsame Qualen gegen den Kapitalisten eint, der wie der Gott Pascal's überall und nirgends ist und sie zu Strikes, zu blutigen Kämpfen, zum Verbrechen treibt.

Dem Roman mit der Schilderung und Analyse der ökonomischen Riesen=

Erfolg hatte, ein vieraktiges Drama gemacht. Dieser Roman erzählt die Liebesgeschichte eines Wilddiebes, und es muß dem Verfasser schwer angekommen sein, zum Helden einen outlaw, einen außerhalb des Gesetzes stehenden Menschen zu wählen, der von stürmischer Leidenschaft bewegt wird und einen erbitterten Kampf mit den Autoritäten und gegen das Eigenthum führt. Der Wilddieb symbolisirt die Erde. Um das Drama durch einen heiteren Ton zu beleben, fügte der Autor eine Szene aus Henry Monnier ein — die modernen Schriftsteller sind nämlich traurig wie orientalische Klageweiber — die darstellt, wie zwei Bauern einen Kuhhandel abschließen, mit einander um den Preis feilschen und sich gegenseitig übers Ohr hauen. Die Szene erregte Heiterkeit und Lachen. Die Folge davon war, daß Lemonnier bedauerte, sie in sein Drama aufgenommen zu haben. Sein Protest gegen ihre Aufnahme durch das Publikum enthält eine für die neue literarische Schule charakteristische Stelle.

„Dies ist,“ äußert er sich, „eine Konzession an die aktuelle Mode, an den Geschmack des Publikums für das Materielle, für die Handlung voller Bewegung und Lärm. . . . Diese Handlung bleibt meines Erachtens der wunde Punkt des Stücks, denn sie stört die innige Harmonie zwischen der Erde und dem Geschöpf. Man mußte jedoch die Handlung dulden und sich mit der Hoffnung auf bessere Zeiten trösten, in denen es möglich sein wird, ein Stück ohne Handlung zu schreiben, das nur aus Nüancirungen, Bildern und schneller Entwicklung von Gefühlen und Gedanken besteht, ein Stück, welches das einheitliche und einfache Leben ohne die Verwicklungen darstellt, die wir darin anzubringen für nöthig erachten.“

organismen der Neuzeit und ihrer Einwirkung auf den Charakter und das Schicksal der Menschen neue Bahnen zu weisen, das war ein kühnes Unterfangen; der bloße Versuch seiner Verwirklichung stempelt Zola zum Neuerer und weist ihm in unserer modernen Literatur einen hervorragenden Platz, eine Sonderstellung an.

Allein der Roman dieses Schlags stellt dem Verfasser eine bei Weitem schwierigere Aufgabe, als die Liebes- und Ehebruchsgeschichten, welche die Tagesliteraten erzählen, die wohl vollendete Stilisten sind, sich dagegen durch eine ganz phänomenale Unkenntniß der Erscheinungen und Vorgänge des täglichen Lebens, das sie zu schildern behaupten, auszeichnen: abgesehen von ihrer Grammatik, ihrem Wörterbuch, etlichen Klatschgeschichten, die auf den großen Boulevards oder von Salon zu Salon kolportirt werden, sowie den unter der Rubrik „Verschiedenes“ in den Zeitungen stehenden Neuigkeiten und Polizeiberichten, wissen und kennen sie so wenig, daß man meinen sollte, sie wären soeben vom Monde gefallen. Um einen Roman der oben erwähnten Art so zu schreiben, wie er geschrieben sein sollte, müßte sein Verfasser in nächster Nähe eines dieser ökonomischen Ungeheuer gelebt, er müßte seine Natur, sein innerstes Wesen erfaßt und durchdrungen, er müßte in seinem eigenen Fleisch des Ungethüms Klauen und Zähne gefühlt, er müßte vor Zorn über die Greuel, deren Urheber es ist, gezittert haben. Ein derartiger Autor ist bis jetzt noch nicht aufgetreten, ja es scheint uns unmöglich, daß er auftritt. Die Menschen, welche dem Räderwerk, den Produktionsmechanismen einverleibt werden, sind durch Ueberarbeit und Elend auf eine so niedrige Stufe gesunken, so stumpfsinnig geworden, daß sie nur noch die Kraft besitzen, zu leiden, aber nicht die Fähigkeit, ihre Leiden zu erzählen. Die urwüchsigen Männer, welche die Iliade und andere Heldengedichte, die zu den schönsten Blüthen des menschlichen Geistes zählen, geschaffen haben, waren unumwissend und ungebildet; unwissender und ungebildeter als die Proletarier unserer Tage, welche lesen und zuweilen sogar schreiben können, allein sie besaßen poetisches Genie: sie sangen von ihren Freuden und Leiden, von ihrer Liebe und ihrem Haß, von ihren Festen und Kämpfen. Dem zu einem Anhängsel des großindustriellen Produktionsmechanismus gewordenen Proletarier ist die glänzende Gabe des poetischen Darstellungsvermögens abhanden gekommen, eine Gabe, die den Wilden und Barbaren, ja sogar noch den nur halbzivilisirten Bauer der Bretagne auszeichnet. Die Sprache der modernen Lohnarbeiter ist in beklagenswerthester Weise derart verarmt, daß sie heutigen Tags nur noch einige hundert Worte enthält, mittelst derer die dringendsten Bedürfnisse und die einfachsten Gefühle zum Ausdruck gebracht werden. Seit dem sechzehnten Jahrhundert wird das Französisch des Volks wie der Literatur ärmer und ärmer an Worten und Ausdrücken; diese Thatsache ist ein charakteristisches Symptom für die zunehmende Verkümmerung der Menschen.

Der soziale Roman, wie wir ihn weiter oben gekennzeichnet, kann also nur von Jemand geschrieben werden, der dem Leben der Lohnarbeiter, das er schildern soll, fremd, unbetheiligt, als bloßer Beobachter gegenübersteht. Ein Gelehrter, welcher sich längere Zeit mit dem Studium des Getriebes der modernen ökonomischen Organismen beschäftigt, der beobachtet hat, welche furchtbaren Folgen sie für die Arbeitermasse zeitigen, könnte wohl an diese Aufgabe herantreten, wenn heutigen Tags die Gelehrten nicht in ihren wissenschaftlichen Spezialitäten gleichsam wie eingemauert wären und sich als unfähig erwiesen, ihren Forschungen zeitweilig den Rücken zu kehren, um die Phänomene des sozialen Lebens ihrer Zeit künstlerisch gestaltet darzustellen. Es ist mithin unvermeidlich, unausbleiblich, daß diese Aufgabe Belletristen zufällt, welche auf sie

in Folge ihrer geringen praktischen Kenntnisse, der Art und Weise ihres Lebens und ihres Denkens in der Regel durchaus nicht vorbereitet sind. Es fehlt ihnen an Erfahrung, und sie beobachten die Menschen und Dinge der zu schildernden Welt nur oberflächlich. Obgleich sie sich damit brüsten, daß sie das wirkliche Leben malen, bleibt ihr Blick doch ausschließlich auf der Außenseite der Dinge haften, sie erfassen das sich vor ihnen abrollende Schauspiel des alltäglichen Lebens nur in seinen oberflächlichsten, äußerlichsten Momenten. Brunetière, der Kritiker der „Revue des Deux-Mondes," sagt mit Recht von ihnen: „Ihr Auge und ihre Hand sind derart beschaffen, daß sie nur Das sehen, beobachten und wiedergeben, was sie für ganz besonders geeignet erachten, die Neugier des Publikums zu erregen, an das sie sich wenden." — Leider muß konstatirt werden, daß Zola in der Beziehung keine Ausnahme von seinen Kollegen macht.

(Fortsetzung folgt.)

Der Bauer und das Wild in Mecklenburg.

Von **Max Schippel.**

In den vierziger Jahren schrieb ein warmer Freund des Staates mit dem gekrönten Ochsenkopf im Wappen, daß die „Zeitschwingungen sich immer nur langsam und milde nach Mecklenburg verbreiten." Er dachte dabei an die heute überwundenen Kulturkämpfe zwischen den adeligen und bürgerlichen Rittergutsbesitzern, und an Fragen wie die, ob der landtägige Protokollführer nur durch Akklamation oder auch durch Stimmzettel gewählt werden könne, Kämpfe und Fragen, die damals die ganze Bevölkerung in athemlose Aufregung versetzten.

Es haben sich unterdeß selbst im Obotritenlande viele Verhältnisse geändert, aber das Verhältniß zu den Zeitschwingungen ist dasselbe geblieben. Höchstens daß heute Mecklenburg mitunter nur noch langsamer nachkommen kann.

Wir werden in nächster Zeit Gelegenheit nehmen, eingehender über manche altehrwürdige mecklenburgische Besonderheit zu sprechen, und wollen darum heute das Gebiet der Jagdberechtigungen nicht überschreiten. Eine Eingabe an den deutschen Reichstag, den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches betreffend, schildert uns die hier noch herrschenden, wahrhaft mittelalterlichen Zustände mit wünschenswerthester Deutlichkeit und Anschaulichkeit.

Doch zuvor einige Worte über die Agrarverfassung des Landes, das so glücklich ist, in seiner politischen Verfassung noch keine gewählte Volksvertretung zu kennen.

Als überall die Bauern mit mehr oder weniger schweren Verlusten an Geld und Land zu freien Eigenthümern gemacht wurden, da milderte Mecklenburg diese Zeitschwingung dahin, daß es zwar die Frohndienste und die Leibeigenschaft formell beseitigte, aber den Bauer nur zum Pächter machte, dessen Pachtherren der Landesvater, der Rittergutsbesitzer oder die Kloster- und Stadtverwaltung sind. Die — allerdings meist erbliche, nicht wie in Irland ganz kurzfristige — Pacht bildet in Mecklenburg-Schwerin die fast ausschließliche Form des bäuerlichen Besitzes, im weit ausgebreiteten Domanium sowohl wie im Bereiche der Ritterschaft und der drei Landesklöster.

Nun mag es auf dem Papier noch so schön stehen, daß jeder Eigenthümer das Jagdrecht auf *seinem* Lande hat, bei den verzwickten Agrarverhältnissen Mecklenburgs bedeutet das thatsächlich den Fortbestand der feudalen Jagdberechtigung

auf fremdem Grund und Boden, die anderwärts überall durch die Sturmfluthen der Revolutionen hinweggeschwemmt worden ist. Den großen Grundherren ist wie vor hundert Jahren das Jagdrecht reservirt geblieben, auf manchen ritterschaftlichen und städtischen Feldmarken darf sogar nur der gnädige Landesherr pirschen oder seine Beamten pirschen lassen. Der Bauer als Pächter darf, wenn ihm der Wildstand unangenehm wird, nur die Faust in der Tasche machen.

„Diese Reservation des grundherrlichen Jagdrechtes, namentlich auf den Domanial- und Klostergrundstücken" — so heißt es in der erwähnten Eingabe — „ist wesentlich, wenn nicht ausschließlich, die Ursache eines Nothstandes geworden, an welchem namentlich die Bevölkerung des mecklenburg'schen Domaniums und vielfach auch des Klostergebietes schon seit Jahren krankt und welcher, wenn nicht auf dem Wege der Reichsgesetzgebung in wirksamster Weise Wandel geschaffen wird, über kurz oder lang zum wirthschaftlichen Ruin eines großen Theils der kleinen Nutzeigenthümer, namentlich in dem Domanial- und Klostergebiete führen wird und muß. Durch die ausschließliche grundherrschaftliche Jagdberechtigung ist nämlich seit etwa zwanzig Jahren — zumal auch nicht unerhebliche Flächen domanialen Gebietes bei der allgemeinen Vererbpachtung endgiltig der Forstkultur überwiesen und neu aufgeforstet sind — ein sehr erheblicher Wildstand, namentlich an Hirschen und Schweinen in den mecklenburgischen Domanial- und Klosterforsten entstanden, welcher durch den an den Feldgrundstücken von ihm angerichteten Schaden die kleineren Wirthe umsomehr zu Grunde zu richten droht, als den letzteren keinerlei gesetzliche Mittel zu Gebote stehen, sich des Wildes in wirksamer Weise zu erwehren, indem die nicht jagdberechtigten Nutzeigenthümer überhaupt nicht, auch nicht einmal blind auf ihren Feldmarken schießen dürfen, ihnen auch die Haltung von Hunden nur unter Beobachtung von allerlei erschwerenden Vorsichtsmaßregeln erlaubt ist." Oft wird gerade da das meiste Wild gehalten, wo der Waldboden so unfruchtbar und steril ist, daß die Thiere auf die Feldgrundstücke austreten müssen, wenn sie nicht verhungern wollen; natürlich gewöhnen sie sich bald dahin, wo sie von Nachstellungen am wenigsten beunruhigt werden: auf das Bauernland.

Nun giebt es für den erwachsenen Wildschaden freilich eine Schadensersatzpflicht seitens des Jagdherren. Aber diese Ersatzpflichtigkeit tritt erst dann ein, wenn der auf dem Jagdgebiete der großen Herren gehaltene Wildstand ein „übermäßiger" ist, und ein übermäßiger Wildstand wird nach den Entscheidungen der Gerichte nicht etwa dann angenommen, wenn er für das Bauernland verderblich zu werden anfängt, sondern „wenn derselbe in Folge nachlässigen und ungenügenden Jagens stärker anwächst, als es erforderlich ist, um der Jagd eine nachhaltige, der Größe und Bodenbeschaffenheit des Jagdgebietes entsprechende Ausbeute zu liefern." Erst kommt also das Recht des Jagdherrn auf einen „entsprechenden" Jagdertrag, dann erst das Recht des Bauern auf den Ertrag seiner Arbeit. Es soll einem Beschädigten niemals gelungen sein, auf dem Prozeßwege Bezahlung für die Fütterung und Belustigung der Hirsche und Schweine zu erreichen, weil der Beweis eines übermäßigen Wildstandes noch niemals zu führen war. Nur zu kargen „Gnadenzuwendungen" ließen sich die hohen Herrschaften zuweilen herbei, so hat man günstigsten Falles den Gemeinden mitunter den Wildwächterlohn zurückerstattet.

Meistens jedoch hat man von einem sehr wirksamen Mittel Gebrauch gemacht, um alle Querulanten ein für alle Mal zur Ruhe zu bringen: man hat die Bauern im Pachtvertrag einfach unterschreiben lassen, daß sie auf allen und jeden Ersatz eines etwaigen Wildschadens der Grundherrschaft gegenüber verzichten.

So ist es im ganzen Domaniallande Sitte, sodaß in den fürstlichen Forsten das Wild sich vermehren mag wie es will, ohne daß von einer Klage die Rede sein kann. „Es kann thatsächlich in den Wäldern des Domaniums und des Klostergebiets auf Kosten der kleineren, nicht jagdberechtigten Wirthe ein erheblicher, ja selbst ein übermäßiger Wildstand gehalten werden, welcher sich nur ernähren kann, weil dem Wilde auf den Grundstücken der den Wäldern benachbarten Nutzeigenthümer geradezu ein Weiderecht angemaßt wird, ohne daß dem Nutznießer auch nur die Möglichkeit bleibt, sich in wirksamer Weise gegen das Wild zu schützen oder einen Ersatz seines Schadens zu erlangen."

Natürlich steht dem bäuerlichen Mittel- und Kleinbesitzer immer der Weg der Beschwerde offen. Er ist auch in Mecklenburg mit den schönsten Verheißungen gepflastert, endigt aber auch hier gewöhnlich in einem wohlkonditionirten Rüffel über die gänzlich unbegründete Belästigung der väterlich fürsorgenden Herrschaft. Der Eingabe an den Reichstag sind als Anlagen einige Schriftstücke beigefügt, welche die Lage der Bauern und Büdner in drastischer Weise kennzeichnen.

Der Erbpächter Salchow zu Venzkow hat sich beim Großherzoglichen Amt in Crivitz beschwert. Unter dem 12. Juli 1890 geht ihm folgender Bescheid zu:

> Auf Ihre Eingabe vom 30. Juni d. J., betreffend den Wildschaden auf Ihrem Erbpachtgehöf, erwidert nach stattgehabter amtsforstlicher Besichtigung das Großherzogliche Amt, daß dasselbe sich nicht in der Lage befindet, in seiner Eigenschaft als Obrigkeit rücksichtlich dieses Schadens einen Schutz Ihnen angedeihen zu lassen.
>
> Durch den Erbpachtkontrakt ist die Ausübung der Jagd auf Ihrer Erbpachthufe für den Grundherrn reservirt, und Sie sind verpflichtet, diese Belästigung auf Ihrem Grundbesitz zu dulden. . . .
>
> Großherzogliches Amt.
> Floerke.

Das geht noch an, da es schließlich nur eine Feststellung des gegenseitigen Rechtsverhältnisses ist; hat der Erbpächter gar kein Recht, so kann am Ende der Bevollmächtigte des Großherzoglichen Amtes nichts dafür. Ganz anders liest schon ein Herr von Hartwig in Bützow dem Schulzen Lüth in Baumgarten die Leviten. Letzterer hat sich offenbar in verdächtiger Weise mit einem Schießprügel am Holze herumgedrückt, und der gestrenge Forstmeister läßt ihm durch den Holzwärter Rugenstein das Folgende zustellen:

> Dem Schulzen Lüth in Baumgarten wollen Sie in meinem Namen anzeigen, daß es ihm nicht verwehrt werden solle, das etwa bei ihm austretende Wild, Rehe, wegzujagen, daß er hierzu aber keiner Schießgewehre oder Feuerwaffe sich bedienen dürfe, welche ihm abgenommen und ihn wegen Jagdfrevels u. s. w. vors Amtsgericht bringen würden, falls er noch einmal sich mit Feuerwaffen am Holze betreffen ließe. H. v. Hartwig.

Den Vogel schoß jedoch die Großherzogliche Forstinspektion zu Sternberg ab. Die Büdner und Häusler zu Jülchendorf hatten sich, wie es scheint, ein Herz gefaßt und eine gemeinsame Bittschrift an die Gestrengen aufgesetzt. Am 19. August ging sie ab, bereits am 21. erging an sie, „zu Händen des Häuslers Chr. Auer," mit überraschender Promptheit folgende Belehrung und Verwarnung zugleich:

> Die Beschwerde der Büdner und Häusler zu Jülchendorf über Wildschaden vom 19. d. M. halte ich für eine ungerechtfertigte.
>
> In früheren Jahren belief sich der Wildstand im Venzkower Revier auf etwa 120 Stück Hochwild und auf 150 Stück wilde Schweine. Jetzt kommen wilde

Schweine dort nur vereinzelt, als Wechselwild aus anderen Revieren vor und an Hochwild mögen dort höchstens 20 Stück stehen.

Daß diese 20 Stück Hochwild keinen Schaden anrichten, kann und will ich durchaus nicht bestreiten. Allein zunächst können Sie Sich durch Reparatur der Befriedigung um Ihre Felder selbst dagegen schützen, andererseits sind Ihre Grundstücke in Hinsicht auf den früheren großen Wildstand so niedrig veranschlagt, daß meinerseits kein Grund vorliegt, auf Ihre Klage näher einzugehen und beabsichtige ich durchaus nicht, außer dem gewöhnlichen Abschusse auch noch **ein** Stück über den Etat zu erlegen.

Die Schweine sind fort, jetzt klagen Sie über die Hirsche, sind die auch alle todt, woran keineswegs zu denken, so beschweren Sie Sich über Rehe und Hasen und schließlich über die Sperlinge.

Ich bin nicht ermächtigt, den Wildstand auszurotten, das geschieht nur auf Befehl Seiner Königlichen Hoheit, des Großherzogs. Glauben Sie dies an Allerhöchster Stelle erwirken zu können, so kann es mir recht sein.

Großherzogliche Forstinspektion.
v. Flotow.

Da den kleineren Landwirthen, sowohl denjenigen im Domanial- wie auch denjenigen im ritterschaftlichen, klösterlichen und städtischen Gebiete jegliche Vertretung auf dem mecklenburgischen Landtage fehlt und die „Ritter" auch dort machen was sie wollen, da zudem im gesammten Domanialgebiet der Landesherr absoluter Gesetzgeber, ohne landtägigen Beirath, ist, so wenden sich die Petenten an den Reichstag um Hilfe. Er soll die Regelung des Jagdrechtes und des Wildschadenersatzes nicht den Landesgesetzgebungen überlassen, wie es der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich vorschlägt, sondern soll für das ganze Reich jegliche Jagdberechtigung auf fremdem Grund und Boden aufheben, für Hochwild aller Art, Säuen und Rehwild die Eingatterung obligatorisch machen und vollen Ersatz für allen Schaden gewährleisten, den Wild und Jäger, Pferde und Hunde anrichten. Andernfalls werde „das unglaubliche Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen auf dem platten Lande" in Mecklenburg nicht aufhören.

Der Reichstag hat bisher wenig Lust gezeigt, sich in die großherzoglich mecklenburgischen Affären zu mischen, sodaß die Petenten es leicht erleben könnten, daß für ihre Vorschläge in der Hauptsache nur — die Sozialdemokraten eintreten, denen man damit den Boden abgraben will.

Literarische Rundschau.

Hans Blum, **Die Lügen unserer Sozialdemokratie.** Wismar, Hinstorff'sche Hofbuchhandlung, Verlagskontor, 1891. 422 Seiten. Preis 2 Mark.

Einen Anspruch auf Besprechung in der „Neuen Zeit" kann dies Pamphlet nicht wegen seines literarischen, politischen oder wissenschaftlichen Werthes — denn von alledem ist gar nichts vorhanden —, wohl aber wegen seiner historisch-symptomatischen Bedeutung erheben. Seitdem es von dem Fürsten Bismarck und den ersten Organen der bürgerlichen Presse, so von der „Kölnischen Zeitung" und auffallender Weise auch von der sonst ernsthafteren „Kreuzzeitung" als ein vernichtender Schlag gegen die Sozialdemokratie gepriesen worden ist, muß es als Gradmesser für Charakter und Geist der bürgerlichen Klassen betrachtet werden. Nur unter diesem Gesichtspunkte erheischt und verdient es eine kritische Beleuchtung.

Die Ingredienzien, aus denen Herr Blum seinen berauschenden Trank bürgerlichen Klassenbewußtseins gebraut hat, sind wie bei Schiller's Punsch: „vier Elemente,

innig gesellt." Sie heißen: Plagiat, Fälschung, Denunziation, Schimpfwort. Gleich der „historische" Theil des „Werkes" beginnt mit einem fortlaufenden Plagiate an Mehring's „Sozialdemokratie." Vielleicht nennt Herr Blum diesen Autor nicht, weil sich derselbe seit manchem Jahre reichlich an den „Lügen unserer Sozialdemokratie" betheiligt und überdies erst vor Kurzem seine „Sozialdemokratie" als „überlebt und veraltet" bezeichnet hat. Aber gleichviel! Um die heutige Sozialdemokratie schwarz in schwarz zu malen, leitet Herr Blum seine Geschichtsklitterung mit der „so reinen, ja glühenden Vaterlandsliebe" Lassalle's ein und plagiirt dann fälschend oder fälscht plagiirend die Schrift von Mehring, wie folgt:

F. Mehring
„Deutsche Sozialdemokratie" S. 39:

Treffend spiegelt sich der Umschwung seines Innern in zwei Aeußerungen, die er vor dem Berliner Kammergericht that; im Mai 1863 erwartete er Alles von dem Staate, „dem uralten Vestafeuer aller Zivilisation," im März 1864 von „einem Königthum, das, gestützt auf den Knauf des Schwertes, noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dasteht." Bei der letzteren Gelegenheit sprach er auch den innersten Gedanken seiner neuen Taktik in den Worten aus: „Und so verkündige ich Ihnen an diesem feierlichen Orte: es wird vielleicht kein Jahr mehr vergehen, und Herr von Bismarck hat die Rolle Robert Peel's gespielt und das allgemeine und direkte Wahlrecht ist oktroyirt." Noch deutlicher sprach er in privaten Kundgebungen; so schrieb er an Huber: „Von Kindesbeinen an bin ich Republikaner. Und trotzdem oder vielleicht gerade dadurch bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft und eine segensreichere Rolle haben könnte, als das Königthum, wenn es sich nur eben entschließen könnte, soziales Königthum zu werden." Und nach dem Zeugnisse von Bracke soll er gar bei einer festlichen Gelegenheit in der Berliner Gemeinde seines Vereins geäußert haben: „Das aber, Freunde, verspricht mir: wenn es je zum Kampfe kommen sollte zwischen dem Königthum von Gottes Gnaden auf der einen und dieser elenden Bourgeoisie auf der andern Seite, dann schwört mir, daß Ihr auf Seiten des Königthums stehen werdet gegen die Bourgeoisie."

H. Blum
„Lügen unserer Sozialdemokratie" S. 9:

Aber auch dafür, wie er von seinem Staate, von seinem Königshause dachte, mögen wenigstens einige Beläge angeführt werden. Als Angeklagter vor dem Kammergerichte in Berlin, mitten in einer unlöslichen Kette von Verfolgungen seitens seiner heimathlich-preußischen Staatsanwälte und Gerichte, im Mai 1863, erklärte er, daß er Alles vom Staate erwarte, dem „uralten Vestafeuer aller Zivilisation." In derselben ungünstigen Rolle als Angeklagter sprach er vor demselben Gerichtshofe im März 1864 von dem „Königthum, das, gestützt auf den Knauf des Schwertes, noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dasteht." Und in derselben Rede: „Ich verkündige Ihnen an diesem feierlichen Orte: es wird vielleicht kein Jahr mehr vergehen, und Herr von Bismarck hat die Rolle Robert Peel's gespielt, und das allgemeine und direkte Wahlrecht ist oktroyirt." Noch offener und deutlicher schreibt er an seinen Vertrautesten, an Huber: „Von Kindesbeinen an bin ich Republikaner. Und trotzdem oder vielleicht gerade dadurch bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft und eine segensreichere Rolle haben könnte, als das Königthum, wenn es sich nur eben entschließen könnte, soziales Königthum zu werden." Ja, der spätere Kommunist und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, der Buchhändler Bracke in Braunschweig (1880 gestorben), berichtet glaubhaft als Augenzeuge, daß Lassalle bei einer Festfeier des Berliner Zweiges gerufen habe: „Das aber verspricht mir, Freunde, wenn es je zum Kampfe kommen sollte zwischen dem Königthum von Gottesgnaden auf der einen und dieser elenden Bourgeoisie" — gemeint ist vornehmlich die damalige Berliner Fortschrittspartei, mit welcher Lassalle wie die Regierung damals, während der „Konfliktszeit," in gleich bitterer Fehde lag — „auf der andern Seite, dann schwört mir, daß Ihr auf Seite des Königthums stehen werdet gegen die Bourgeoisie."

Nun beachte man wohl! Mehring führt einige Aeußerungen Lassalle's als Beweise für eine „neue Taktik“ desselben an; Herr Blum entlehnt diese Aeußerungen von Mehring, um daraus Beweise für Lassalle's unverwüstliche, selbst unter „ungünstigen“ Umständen und in der „Konfliktszeit“ bewährte Anhänglichkeit an „sein Königshaus“ zu schmieden. Zu diesem Behufe macht er aus Huber, von dem er bei Mehring gelesen hat, daß derselbe ein „konservativer Politiker“ war, mit dem Lassalle „mehr äußerlich und zufällig“ korrespondirt habe, einen „Vertrautesten“ Lassalle's und aus Bracke, dessen „Zeugniß“ Mehring mit einem leisen Zweifel anführt, einen „glaubhaften Augenzeugen,“ obgleich er diesen unvergeßlichen Todten an anderen Stellen seines Werkes auch als „Lügner unserer Sozialdemokratie“ zu besudeln versucht. Und wenn Herr Blum etwa behaupten sollte, er habe das „Zeugniß“ von Bracke selbständig geprüft und als „glaubhaft“ befunden, nun, so hätte er erst recht gefälscht. Denn dann wüßte er ja — siehe Bracke, der Lassalle'sche Vorschlag S. 37 — daß Bracke keineswegs als „Augenzeuge“ berichtet. Es bleibt also dabei: gefälscht wie plagiirt und plagiirt wie gefälscht.

Nach diesem Rezepte — ½ Seite = 1 Plagiat und 3 Fälschungen — ist das ganze „Buch“ gearbeitet. Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß Herr Blum seine Plagiate und seine Fälschungen immer in einen Weichselzopf verknotet. Nein, er züchtet die Einen wie die Anderen auch als Reinkulturen. So plagiirt er, um einige Beschimpfungen gegen Liebknecht, Bebel 2c. schleudern zu können, S. 98 u. f. eine Broschüre von Most, ohne das „unvergleichlich verworfene Scheusal,“ den „Mordbuben und Dynamitstrolch,“ wie er Most sonst nennt, auch nur mit einer Silbe zu zitiren. Auf der anderen Seite muß er, um für die Spitzel Haupt, Schröder, Ihring-Mahlow, Horsch eine „schneidige“ Lanze brechen zu können, aus freier Faust fälschen, da ihm hier jede Vorlage fehlt, welche sich, sei es auch unter den gröbsten Entstellungen, plagiiren ließe. Die Begeisterung für diese hehren Gestalten ist das Monopol von Herrn Hans Blum. Und wer wollte ihm daraus einen Vorwurf machen? Da er sein „Werk“ in erster Reihe auf die Reichstagsreden des Ministers von Puttkamer, die Rechenschaftsberichte der preußischen, sächsischen, hamburgischen Regierung über den kleinen Belagerungszustand, die „sehr verdienstvolle“ Schrift des Polizeiraths Krieter u. s. w. stützt, so muß er natürlich die Stützen dieser Stützen als solide nachweisen.

Die Spitzel Haupt und Schröder reinigt Herr Blum, indem er beifällig das Wort Puttkamer's anführt, daß „der Schmutz auf denjenigen sitzen bleiben wird, die ihn verbreiten.“ Aus Eigenem giebt er hinzu: „Sie (nämlich Bebel und Singer) dankten das bezügliche Material einem *schweren Amtsgeheimnißbruch* des Züricher Polizeihauptmanns Fischer, welcher den beiden Abgeordneten die Ergebnisse einer damals in Zürich gegen Schröder und Haupt geführten Voruntersuchung in Zürich persönlich mitgetheilt hatte, *allerdings* streng *vertraulich* und mit dem *wiederholten, immer dringenderen Ersuchen* an die Herren, ihm das ihnen als *Ehrenmännern* anvertraute Material zurückzugeben. Aber daran kehrte sich der *Ehrenpunkt* der beiden Herren *gar nicht*. Sie gaben das Material dem leichtfertigen Manne nicht nur nicht zurück, sondern brachten es brühwarm auf die Tribüne des Reichstages. Der Mann wurde *natürlich abgesetzt*.“ So wörtlich auf S. 303 — und Wort für Wort, wie Herr Blum sagen würde, eine Lüge! Denn Herr Fischer ist heute noch Polizeihauptmann in Zürich und wird Herrn Blum auf Wunsch sicherlich bescheinigen, daß er Bebel und Singer ausdrücklich bevollmächtigt hat, das „Material“ auf die Tribüne des Reichstags zu bringen. Die Affäre Ihring-Mahlow aber wird auf S. 381 gar als „ein Kampf gegen Gott und seine Ordnung“ abgehandelt. Es heißt da von Jens Christensen: dieser „Kerl,“ ein Busenfreund von Liebknecht, Singer u. s. w., „war in Berlin als sozialdemokratischer „Kronzeuge“ in den Prozessen gegen die Berliner „Polizeispitzel“ verwendet und von den Gerichten Berlins, — welche keine Ahnung davon hatten, daß dieser „Zeuge“ ein von der Sozialdemokratie besoldeter Agitator und Eideshelfer derselben sei — für vollkommen glaubhaft gehalten worden.“ Ist es möglich zu glauben, daß ein gewissenhafter und wahrheits-

liebender Patriot diese, wie Herr Blum sagen würde, Lügen niederzuschreiben vermag? Bekanntlich war Christensen nie ein „Zeuge“ gegen Ihring-Mahlow, sondern er als Sozialdemokrat klagte Ihring-Mahlow der Lockspitzelei erst vor der Oeffentlichkeit an und wurde dann als angeblicher Verleumder desselben vor den gerichtlichen Schranken angeklagt. Die erste Instanz verurtheilte ihn, aber die höhere und erleuchtetere Instanz sprach ihn frei, nicht auf Grund seiner Behauptungen, sondern weil die Lockspitzeleien des Ihring-Mahlow durch eine lange Reihe anderer Zeugen über jeden Zweifel hinaus erhärtet wurden.

Aber alles das ist noch ein Kinderspiel gegen die Mohrenwäsche, die Herr Hans Blum an dem Spitzel Horsch und dessen Beschützer Rumpf auf S. 345 vornimmt. Um die „durch die Autorität der Herren Liebknecht, Bebel, Grillenberger u. s. w. behütete, gedeckte und gebilligte Ansicht von der Sache“ zu verhöhnen, schreibt er: „Bekanntlich wurde die Pflichttreue des Ermordeten (Rumpf) seitens seiner „Patrone“ im höchsten Maße geehrt und auch von der preußischen Volksvertretung dadurch einmüthig anerkannt, daß seinen Hinterlassenen eine außerordentliche Dotation bewilligt wurde.“ Gut! Nun aber höre man denselben Hans Blum als Berichterstatter über den Prozeß Brender und Genossen, in welchem Horsch und Rumpf ihre gesellschaftsretterischen Thaten vollbrachten, diese beiden Leute beurtheilen! Er schreibt in Nr. 482 des „Berliner Tageblattes“ von 1881: „Ein düsteres Nachtstück aus den geheimen Akten und Gepflogenheiten unserer Polizei ist heute vor den Schranken des Reichsgerichts enthüllt worden: Abgründe von so schwerer Tiefe, daß wir, obwohl nur unumstößliche Thatsachen hier erzählt wurden, uns am Ende der Sitzung immer noch verwundert und ungläubig fragen wollten, ob so etwas in unseren Tagen auf deutschem Boden passiren könne? Leider doch! Für zehn bis zwanzig Mark wöchentlich.“ Und in Nr. 485 desselben Blattes: „Gestern versendeten die cabinets inodores der Polizei von Frankfurt a. M. ihre süß duftenden Geheimnisse zum herbstlichen Tageshimmel. Heute kamen die non olets der politischen Polizeivorsehung Berlins an die Reihe.“ Und weiter in Nr. 489: „Er (der Vertheidiger Rechtsanwalt Lewald) verurtheilte in sarkastisch-schärfster Weise, in Worten, denen durchaus beizutreten ist, das Rechtsgeschäft der Frankfurter Polizei mit Herrn Horsch, der nicht blos als Aushorcher, sondern als agent provocateur gegenüber den Frankfurter und Darmstädter Angeklagten gedungen worden sei, und nicht nach dem Taglohn, sondern nach dem Stück gelohnt wurde.“ So Herr Hans Blum vor zehn Jahren. Es ist freilich wahr: er hat damals schon widerrufen; als ihn der Polizeirath Rumpf gerichtlich wegen Beleidigung belangte, flehte der — Sohn des Märtyrers von der Brigittenau in einer Weise um Gnade, die glücklicher Weise selbst in der bürgerlichen Presse Deutschlands noch nicht erhört gewesen ist. In Folge einer typhösen Erkrankung sei er bei Abfassung seines Berichts seiner Geisteskräfte nicht Herr gewesen; seine „unumstößlichen Thatsachen“ seien nur „falsche Voraussetzungen,“ — doch lassen wir lieber die Akten selbst sprechen! In dem betreffenden Erkenntnisse der Berliner Strafkammer heißt es: „Hinsichtlich des Dr. Blum kam es als strafmildernd in Betracht, daß er, noch an den Folgen einer bösen Krankheit — Typhus — leidend, die qu. Artikel jedenfalls in einem Zustande hoher geistiger Abspannung niedergeschrieben hat; daß er über die Beleidigungen gegen den Polizeirath Rumpf offenbar Reue empfindet und endlich freiwillig eingeräumt hat, daß er jene Artikel auf Grund entstellter Informationen und falscher Voraussetzungen niedergeschrieben habe und jetzt, von dem wahren Stande der Dinge unterrichtet, die Handlungsweise der Polizeibehörden mit anderen Augen ansehe.“ Auf so glorreiche Weise kam Herr Hans Blum mit einer „milden“ Geldstrafe davon. Und dieser „teutsche Held“ wagt es, Männern wie Liebknecht und Bebel Feigheit vorzuwerfen, wagt es, sie „Lügner“ und „Verleumder“ zu schimpfen, weil sie nicht aus elender Angst vor einem Bagatellprozesse die „unumstößlichen Thatsachen“ über Horsch und Rumpf als „falsche Voraussetzungen“ hinuntergeschlungen haben!

Diese nur ganz flüchtige und probeweise Kennzeichnung der Plagiate und Fälschungen, von denen das „Werk“ des Herrn Blum wimmelt, hat gleichwohl schon

einen unbillig großen Raum beansprucht; wir müssen uns über die Denunziationen und Schimpfworte des Verfassers kürzer fassen, und wir können es glücklicher Weise auch, da dergleichen Dinge ehrlichen Lesern nicht erst erläutert zu werden brauchen. Es wäre im Gegentheile eine Beleidigung solcher Leser, wenn wir einen Kommentar darüber schreiben wollten, daß Herr Blum auf Seite 210 Bebel's Buch „Die Frau" auf Grund von § 130, 131 und 184 des Strafgesetzbuchs der staatsanwaltlichen Verfolgung empfiehlt oder darüber, daß er Seite 251 „endgiltig darthut," Liebknecht habe im „Vorwärts" nicht nur eine Bismarck-, sondern sogar — hört den Denunzianten! — eine Majestätsbeleidigung begangen. Ebenso wenig bedürfen die Schimpfworte, von denen nahezu jede Seite trieft, eines Kommentars. „Vaterlandsloses, gewaltthätiges, glaubensloses, unbefriedigtes und begehrliches Gesindel," „schamlose Verlogenheit," „Jauchenfaß," „zynisch-freche Vaterlandslosigkeit," „windige Galgenausflucht verlogener Verbrecher," „Frechling," „drolliger Naturbursche," „grobkomischer Intriguant," „Schandrede," „Schmachblatt" u. s. w., so geht es in eintöniger Litanei von Kapitel zu Kapitel und von Seite zu Seite.

Gleichwohl empfehlen wir denjenigen unserer Leser, welche einmal zwei Mark aus dem Fenster werfen können, die Anschaffung des Pamphlets. Bei der Lesung desselben müssen sie aber zunächst Titel und Vorrede überschlagen und das eigentliche „Werk" unter der „falschen Voraussetzung" genießen, es sei als grimmige Satire auf den „Geisteskampf" der Bourgeoisie gegen das Proletariat gemeint. Davon werden sie eine Reihe der allervergnügtesten Stunden haben. Dann aber müssen sie sich aus Titel und Vorrede überzeugen, daß Herr Blum in bitterbösem Ernste schreibt, und sich womöglich auch aus der bürgerlichen Presse vergewissern, wie rauschenden Beifall ihm die bürgerlichen Klassen, Fürst Bismarck voran, für diese „treffende" Vernichtung der Sozialdemokratie gespendet haben. Auf keinem anderen Wege ist so schnell und wohlfeil die tröstliche Gewißheit zu erlangen, daß die Feinde der Arbeiterklasse sich schon mitten in einem ebenso hoffnungslosen wie schimpflichen Untergange befinden. ♂

Notizen.

Drei Berichtigungen. Unsere Artikelserie über das Parteiprogramm hat uns zwei Berichtigungen eingetragen, die wir in Nachfolgendem veröffentlichen.

Der eine der Berichtiger scheint ein unbegrenztes Zutrauen zu unserer Liebenswürdigkeit und Anständigkeit zu besitzen, denn er erwartet von uns, daß wir ihm die Spalten der „Neuen Zeit" öffnen, nachdem er uns im „Hamburger Echo" nicht blos der „Konfusion" und „Hallucination," sondern auch — des Plagiats, also eines höchst unanständigen Gebahrens beschuldigt. Wir sollten dem *Mitarbeiter einzelne seiner Vorschläge, „z. B. das Hervorheben der technischen Revolution als Ursache der heutigen sozialen Uebel, ferner das Betonen des gesteigerten Produktionsertrages und noch manches andere" gestohlen oder, wie er sich zart ausdrückt, „adoptirt" haben. Das empört den Herrn umsomehr, da wir denselben Programmartikel, den wir angeblich plünderten, recht „wegwerfend" behandelten. Wir haben die Artikel des Herrn *Mitarbeiters nicht zur Hand und können daher nicht ermessen, ob und wie weit seine Vorschläge sich mit den unsrigen decken. Aber wir müssen allerdings zerknirscht gestehen, daß die Ideen, um die es sich hier handelt, nicht unser geistiges Eigenthum sind. Wir haben bei der Abfassung der betreffenden Absätze unseres Programmentwurfs ein Vorbild gehabt, nämlich das Kapitel über „Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation" aus dem „Kapital," wie jeder sofort erkennen mußte, der dies Kapitel gelesen. Da wir nicht annehmen können, daß dem Herrn *Mitarbeiter dies Buch unbekannt geblieben, so müssen wir schließen, daß die Beschuldigung, ihm einige seiner Ideen genommen zu haben, sich nicht blos gegen uns, sondern auch gegen Marx richtet, der ihn böswilliger Weise vorgeahnt. Der vorahnende Charakter unseres Plagiats wird um so merkwürdiger, wenn man bedenkt, daß unser Entwurf, wie wir leicht beweisen könnten, wenn es

nothwendig wäre, fertig war, ehe noch die * Programm-Artikel im „Echo“ erschienen, und wenn man ferner bedenkt, daß der Herr * Mitarbeiter wenige Zeilen nach dem Vorwurf des Plagiats den ebenso bedenklichen Vorwurf gegen uns erhebt, wir hätten seine Artikel gar nicht gelesen.

Und nun die Berichtigung:

Geehrte Redaktion der „Neuen Zeit.“

In der Besprechung des neuen Programms in Nr. 52 der „Neuen Zeit“ S. 820 wird behauptet, ich hätte im „Hamburger Echo“ vorgeschlagen, im Programm auszusprechen, daß der sozialistische Zukunftsstaat jedem alsdann noch vorhandenen religiösen Bedürfniß die nöthigen Mittel zur ausreichenden Befriedigung gewähren wird. — Diesen Vorschlag habe ich nicht gemacht. Wohl habe ich diese Ansicht im „Hamburger Echo“ gelegentlich der Begründung meines Antrages auf Streichung der Ziffer 5 nebenher ausgesprochen. Aber es lag mir gänzlich fern, vorzuschlagen, daß dies im Programm ausgesprochen werden soll. — Ich ersuche Sie dringend um Aufnahme dieser Erklärung in der nächsten Nummer der „Neuen Zeit.“ Der * Mitarbeiter des „Hamburger Echo.“

Die Berichtigung ist richtig. Der Herr * Mitarbeiter hat den in Rede stehenden Vorschlag nicht gemacht, d. h. nicht ausdrücklich formulirt gemacht. Wir plaidiren jedoch auf mildernde Umstände für unsern Irrthum. Nicht nur wir, sondern Jeder, mit dem wir darüber sprachen, hat den betreffenden Passus so aufgefaßt, als enthalte er einen, allerdings nicht formulirten Vorschlag zum Programm. Wenn er das nicht sein sollte, hatte der Passus in dem Zusammenhange, in dem er stand, gar keinen Zweck, und wir nahmen an, daß der Herr * Mitarbeiter nicht zwecklos in den Tag hineinschreibe. Wir hoffen, er wird uns diese Unterstellung nicht allzusehr verübeln.

Die zweite Berichtigung rührt von einer Dame her, von einer Nichte Rittinghausen's. Sie schreibt:

„In Nummer 49, Seite 730, der „Neuen Zeit“ lesen wir:

„In den meisten modernen Staaten herrscht jetzt das allgemeine oder mindestens, „wie in England, ein demselben nahekommendes Wahlrecht. Die soziale Umgestaltung, „die manche der politischen Utopisten von ihm erwarteten, hat es nicht gebracht. „Ebensowenig die direkte Gesetzgebung durch das Volk, die in der Schweiz mehrfach „zur Durchführung gelangt ist. Ebensowenig — ja man könnte fast sagen, noch „weniger. In der Schweiz haben sich die Repräsentativversammlungen mehrfach „fortschrittlicher und arbeiterfreundlicher gezeigt, als das „Volk.“ Die direkte „Gesetzgebung durch's Volk hat sich bisher nicht als eine revolutionäre, sondern „als eine konservative Institution erwiesen.

„Das Schweizer Fabrikgesetz war im März 1877 vom Nationalrath mit der „ungeheuren Mehrheit von 90 gegen 15 Stimmen angenommen worden. Bei der „Volksabstimmung gelangte es nur mit knapper Noth zur Annahme. Die nächste „Errungenschaft der direkten Gesetzgebung durch's Volk war die Wiederzulassung „der Todesstrafe in den Kantonen, nachdem sie die Bundesverfassung für die ganze „Schweiz abgeschafft hatte. Am 18. Mai 1878 erklärten sich 200 026 Schweizer „für und nur 180 810 gegen die Todesstrafe.

„Nach 1869 sprach Rittinghausen emphatisch den Satz aus, „daß die sozialdemokratische Republik in der Abschaffung des Repräsentativsystems und in der „Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk besteht.“ Und stolz fügte „er hinzu: „Die Ehre, diese Wahrheit zuerst und unaufhörlich verkündet zu haben, „darf ich ohne Anstand für mich in Anspruch nehmen.“ (Sozialdemokratische Ab„handlungen II, S. 29.)

„Heute bedarf diese „Wahrheit“ kaum noch der Widerlegung. Die Thatsachen „haben sie ad absurdum geführt.“

Wenn das allgemeine direkte Wahlrecht und ebensowenig die direkte Gesetzgebung bis jetzt wesentliche soziale Reformen herbeigeführt haben, so drängt sich uns die Frage auf: von welchem andern politischen System unter gleichen Verhältnissen, d. h. bei dem jetzigen Durchschnitts-Grade politischer Bildung be-

deutendere Reformen erzielt worden wären? Welches politische System überhaupt dazu geeignet ist, uns mit größtmöglicher Schnelligkeit so nahe wie möglich an ein soziales Ideal zu führen?

Immerhin aber darf man annehmen, daß wenn die direkte Gesetzgebung mehr oder minder vollkommen — unter den Namen Referendum und Initiative — in der Schweiz eingeführt, gar keine guten Resultate gebracht hätte, das Schweizer Volk wohl nicht ihre weitere Ausdehnung dekretirt hätte durch die Abstimmung vom 5. Juli laufenden Jahres.

Was die angeführten Worte Rittinghausen's anbelangt, so haben sie nur eine andere Bedeutung. Rittinghausen hat nie bezweifelt, daß die Einführung der direkten Gesetzgebung möglicher Weise mehr oder weniger lange Zeit dem Siege des Sozialismus vorangehen könne.

Rittinghausen wußte, daß noch nicht 5 Prozent (? Die Red.) der Bevölkerung eines jeden europäischen Staates (die Schweiz nicht ausgenommen) aus Sozialdemokraten besteht. Wie hätte er also annehmen können, daß, sobald alle diese Staatsbürger die Gesetze selbst machten, die 5 Prozent sofort den Sieg davon tragen würden über die 95 Prozent Widersacher, oder daß diese sich Hals über Kopf zum Sozialismus bekehren würden? Rittinghausen hat auch nie gesagt, daß das Volk niemals Irrthümer begehen würde, das hieße ja das Prinzip der Unfehlbarkeit des Papstes auf die Massen anwenden, er hat aber gesagt, die direkte Gesetzgebung gebe dem Volke das Mittel, die begangenen Irrthümer schnell wieder gut zu machen, und bilde sein bestes und mächtigstes politisches Bildungsmittel.

Mit einem Worte, Rittinghausen behauptet wohl, die direkte Gesetzgebung müsse unfehlbar, mit logischer Konsequenz zum Kommunismus führen, er hat aber nie behauptet, sie müsse gleich dazu führen.

Wenn aber 25 oder 30 Jahre viel im Leben des Einzelnen sind, so sind 100 und selbst 200 Jahre nichts im Leben der Völker.

Was aber Rittinghausen stets behauptet hat und mit der größten Energie, ist, daß es unmöglich sei, das Privateigenthum abzuschaffen und wie die heutigen Sozialisten sich ausdrücken, in Kollektiveigenthum des Grund und Bodens und aller Arbeitsmittel umzuwandeln, ohne vorher die direkte Gesetzgebung einzuführen. (Die sehr triftigen Gründe dafür führt er in seinen deutschen und französischen Schriften lang und breit aus.)

Ob Rittinghausen mit dieser Behauptung Recht gehabt hat, wird erst die Zukunft lehren können.

Für das Schicksal der Völker ist das aber am Ende nur Detailsache, insofern als man doch sicher sein kann, daß wenn der Kollektivismus einen gleichen Wohlstand und eine gleiche Bildung verbreitet haben wird, wir wollen nicht sagen auf der Stelle, sondern nach der erforderlichen Reihe von Jahren, alle Glieder der Nation sagen werden: wir sind jetzt klug und gebildet genug, um ohne Vermittler die gesetzlichen Bestimmungen aufzustellen, welche uns regieren sollen.

Wenn also nicht, wie Rittinghausen fest glaubte, der Kollektivismus durch die direkte Gesetzgebung zum Siege gelangt, so gelangt doch die direkte Gesetzgebung zum Siege durch den Kollektivismus.

Das Endresultat wäre dasselbe.

Beide vereint sind das Ziel der Menschheit."

Diese Berichtigung ist eigentlich keine Berichtigung; sie berichtigt etwas, was wir nie behauptet haben. Wir haben Rittinghausen's Worte ohne Kommentar zitirt, wir haben nie behauptet, er habe gehofft, die direkte Gesetzgebung durch das Volk werde sofort zum Kommunismus führen. Allerdings begreift man schwer, wie man sich dafür begeistern kann, wenn sie dies Resultat erst nach hundert bis zweihundert Jahren in Aussicht stellt. Worauf es uns aber ankam, das bestätigt die Einsenderin selbst: Rittinghausen behauptete, daß die direkte Gesetzgebung nothwendigerweise zum Kommunismus führe; er sah dessen Vorbedingung nicht in bestimmten ökonomischen Zuständen, nicht in bestimmten Machtverhältnissen der ein=

zelnen Klassen, sondern in einer besonderen politischen Form, einer einzelnen Verfassungsbestimmung. Wir dürfen wohl, ohne Widerspruch zu erfahren, behaupten, daß dieser Standpunkt nicht der der deutschen Sozialdemokratie ist.

Die Ansicht der Einsenderin, daß die Frage, welches die Vorbedingungen des Sieges der Sozialdemokratie sind, nur Detailsache sei, wird kaum allgemeine Zustimmung finden. Es ist denn doch nicht gleichgiltig, ob wir durch die direkte Gesetzgebung zum Sozialismus kommen oder durch den Sozialismus zur direkten Gesetzgebung. Der zweite Satz hat ein rein akademisches Interesse, der erste ist von höchst aktueller praktischer Bedeutung. Zur Lösung der ersten Frage können die Schriften Rittinghausen's insofern nur sehr wenig beitragen, als sie nur untersuchen, welche Macht das Volk als Ganzes durch die direkte Gesetzgebung erhält, nicht aber, ob diese politische Form dem Proletariat in seinen Kämpfen mit den anderen Klassen des Volks besondere Vortheile bietet.

Und nun wollen wir uns auch noch selbst berichtigen. In dem in Nr. 52 des vorigen Jahrgangs von uns veröffentlichten Programmentwurf ist im Absatz 10 der Forderungen (S. 826) in dem Passus, der von der Erbschaftssteuer handelt, durch ein Versehen die Erwähnung der Steigerung der Erbschaftssteuer nach dem Verwandtschaftsverhältniß der Erben ausgefallen. Wir bitten, dies bemerken und den Passus folgendermaßen lesen zu wollen (das Gesperrte ist neu eingefügt): „10. Stufenweis nach Ursprung und Höhe der Einkommen beziehungsweise nach Höhe des Erbguts und dem Verwandtschaftsverhältniß der Erben zum Erblasser steigende Einkommens- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind."

Die Bemannung der deutschen Marine. Auch auf diesem Gebiete äußert sich das Bestreben der modernen Produktionsweise, Arbeitskräfte überflüssig zu machen, theils durch Ausbeutung technischer Fortschritte, theils aber auch durch Vermehrung der Arbeitslast der beschäftigten Arbeiter. Welche erfreulichen Resultate dabei herauskommen, zeigt folgende, der statistischen Korrespondenz entnommene Tabelle.

Man zählte in der gesammten Rhederei des Deutschen Reiches:

Am 1. Januar	Bemannung überhaupt auf			Auf 1 Mann kommen Tonnen		
	Dampfern	Seglern	zusammen	Dampfer	Segler	zusammen
1871	4 736	34 739	39 475	17,3	25,9	24,9
1876	9 147	33 215	42 362	20,1	27,1	25,6
1881	8 657	31 003	39 660	24,9	31,2	29,8
1886	14 006	24 925	39 931	30,0	34,6	32,9
1889	19 419	18 438	37 857	31,8	38,1	34,9

Die Bemannung nimmt nicht nur relativ ab, im Verhältniß zum Raumgehalt der Schiffe, sondern auch absolut. 1890 wurden fast 5000 Schiffsleute weniger gebraucht als 1876; dagegen stieg der Raumgehalt der deutschen Seeschiffe in derselben Zeit von 1,08 auf 1,32 Millionen Registertonnen.

Am auffallendsten ist die Abnahme der Zahl der Seeleute in einigen Gegenden Preußens. In den Rhedereiplätzen der Provinzen Ost- und Westpreußen und Pommern kommen auf die Seeschiffe Mann (einschließlich der Schiffsführer):

1. Januar	Dampfer	Segler	Zusammen
1845	113	6 712	6 825
1853	173	8 048	8 221
1862	469	9 795	10 264
1871	607	11 194	11 801
1881	1106	8 635	9 741
1890	1868	3 580	5 421

Dem raschen Aufschwung von 1845—1871 folgt von da an ein noch rascherer Niedergang in Bezug auf die Zahl der beschäftigten Seeleute. Aber der Rückgang scheint unseren Schwärmern für den Schutz der „nationalen Arbeit“ noch nicht rasch genug zu gehen. Darum sollen Chinesen und Kruneger her, um den deutschen Seemann vollends überflüssig zu machen.

Die Frauenarbeit in Deutschland. Einem Artikel von Professor Stieda in den Conrad'schen „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ über die Frauenarbeit entnehmen wir folgende Tabelle.

Es waren beschäftigt im Deutschen Reich industrielle Arbeiter:

Jahr	Ueberhaupt		In den Kleinbetrieben		In den Großbetrieben	
	männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche
1875	5 463 856	1 116 095	3 453 357	705 874	2 010 499	410 221
1882	5 815 039	1 506 743	3 487 073	989 422	2 327 966	517 321
1882 mehr als 1875	351 183	390 648	33 716	283 548	317 966	107 100
Zunahme in Proz.	6,4%	35,0%	1,0%	40,2%	15,8%	26,1%

Die Frauenarbeit hat also viel rascher zugenommen als die Beschäftigung männlicher Arbeiter. Am auffallendsten ist diese Erscheinung in den Kleinbetrieben. Fast die gesammte Zunahme der Arbeiterschaft in derselben ist auf das Konto der Frauenarbeit zu setzen. Nur durch unverhältnißmäßige Vermehrung der Ausbeutung widerstandsloser Elemente — Lehrlinge, Mädchen — hält sich das Kleinhandwerk noch über Wasser.

Verlassene Farmen — abandoned farms — so ist eine Abtheilung des eben erschienenen 21. Jahresberichtes des arbeitsstatistischen Bureaus von Massachusetts überschrieben.

Die Untersuchung hätte unseres Erachtens durch Scheidung nach den verschiedenen landwirthschaftlichen Produktionszweigen glücklicher geführt werden können, da dann erst zu beurtheilen wäre, wie weit eine Einschränkung der landwirthschaftlich benutzten Fläche mit einer Verkümmerung der gesammten landwirthschaftlichen Produktion zusammenfällt. Beides ist bekanntlich nicht entfernt identisch. Immerhin ist die Arbeit symptomatisch dafür, daß auch die östlichen Industriestaaten Nordamerikas, genau wie die europäischen Industrieländer, die Entvölkerung des platten Landes zu fürchten beginnen, und trotz aller Unzulänglichkeiten stellt diese Statistik doch einige recht auffällige Thatsachen fest.

Zunächst wird konstatirt, daß nach dem Zensus bis 1885 ein Gesammtrückgang der Landwirthschaft auch nach dem Areal nicht stattgefunden habe. Vielmehr ist danach zwischen 1875 und 1885 der landwirthschaftlich benutzte (cultivated) Boden um 3,28 Prozent gewachsen. Wir finden aber auch hier schon in einzelnen der 14 Counties eine Abnahme: in Barnstable um 2,88 Prozent, in Dukes um 19,97 Prozent, in Hampshire um 12,02 Prozent, in Nantucket um 5,35 Prozent, in Suffolk um 1,81 Prozent. Doch ist hiervon nur der Hampshirer Kreis von größerer Ausdehnung.

Ende 1889 und Anfang 1890 stellte die Statistik nun 1461 verlassene Farmen fest, 772 davon mit Gebäuden versehen, 689 ohne Baulichkeiten. Die verlassenen Farmen umfassen 125 509¼ Acres, d. h. 3,45 Prozent des gesammten 1885 aufgenommenen Farmlandes von 3,66 Millionen Acres. Der Prozentsatz steigt aber in Hampshire auf 6,85 Prozent, in Hampden County auf 5,60 Prozent, im County Berkshire auf 5,00 Prozent. Das sind gewiß keine leichtwiegenden Ziffern, nur wissen wir nicht, wieviel Boden seit 1885 vielleicht auf der anderen Seite neu kultivirt worden ist.

Fast alle Counties, die verlassene Farmen aufweisen, liegen im Westen des Staates. Der dichter bevölkerte und industriellere Osten hat den Landwirthen vielfach den Uebergang zur Milchproduktion, zum Gemüse-, Obst- und Handelsgewächsbau ermöglicht und ihre Lage durch günstigere Absatzverhältnisse gehoben.

Die Ortschaften (towns), welche verlassene Farmen aufweisen, haben meist eine sehr langsame und spärliche Zunahme, aber keine absolute Abnahme der Bevölkerung gegen 1865 und 1855 erfahren. Wo die Ortschaften jedoch gar keine wichtigere Industrie besitzen, ist auch eine absolute Abnahme zuweilen zu verzeichnen. Die Industriezentren haben auch hier den größten Theil des Bevölkerungszuwachses aufgesogen.

Der durchschnittliche Umfang der verlassenen Farmen (86—87 Acres) entspricht ungefähr dem allgemeinen Staatsdurchschnitt; doch zeigen die Baulichkeiten auf den verlassenen Stellen einen verhältnißmäßig sehr geringen Werth. —ms.

Feuilleton.

Ruben Sachs.

(Nachdruck verboten.)

Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von **Amy Levy**.

Aus dem Englischen.

(Fortsetzung.)

Ruben Sachs hatte, als er ins Zimmer getreten war, geradeaus auf Judith Quixano geblickt, doch sie war die Letzte, der er die Hand schüttelte, während seine Augen ernsthaft ihr Antlitz durchforschten. Sie war mit ihm nur entfernt verwandt, aber es bestand von jeher zwischen ihnen eine erdichtete Vetternschaft, und diese hatte ermöglicht, was in der ganzen Welt so selten ist, am seltensten aber in der jüdischen Gesellschaft — eine Intimität zwischen jungen Leuten verschiedenen Geschlechts.

„Ich dachte, ich sollte lieber zu Euch kommen, solange ich noch frei bin. Wir sind vor der angegebenen Zeit angekommen," sagte Ruben, als sie sich gesetzt hatten. Die ganze Gesellschaft saß in einer Runde, mit Ausnahme von Ernst, der zu seinem Solitairspiel, das ihm ewige Beschäftigung bot, zurückgekehrt war.

„Solange Du frei bist, natürlich! Das heißt, bevor die Welt wieder auf Herrn Ruben Sachs Beschlag gelegt hat," rief Esther aus.

„Ich kümmere mich nicht um die Welt," erwiederte Ruben, ohne sich irre machen zu lassen. Esther sei Esther, dachte er sich, und wenn man erst anfinge, sich darum zu kümmern was sie sage, so wisse man bald nicht, wo aufhören. „Aber da sind hundert Sachen, um die man sich zu kümmern hat. Ich nehme an, alle Welt geht morgen zu Großvater zur Abfütterung?"

Alle Welt ging. Dann wandte sich Ruben an Leo und sagte: „Wann gehst Du wieder fort?"

„Nicht vor dem vierzehnten Oktober."

Leopold Leuniger stand vor dem Beginn seines dritten Jahres auf der Universität Cambridge.

„Was hast Du die ganze Zeit hindurch gethan?"

„Oh . . . . mich herumgetrieben."

„Leo ist bei Lord Norwood gewesen, aber wir dürfen nicht davon sprechen,"



Nr. 3. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Ein kleiner Kladderadatsch.

♂ Berlin, den 5. Oktober.

Derweil die bürgerliche Gesellschaft sich noch in salzlosem Spotte über den „großen Kladderadatsch" ergeht, den ihr kürzlich ein sozialdemokratischer Redner prophezeit hat, ist ein kleiner Kladderadatsch über sie gekommen, der als Vorbote des großen schon ganz gut passiren mag. Der Sumpfboden, auf dem sich das himmelhoch ragende Gebäude der sogenannten modernen Kultur erhebt, hat einen derben Stoß erhalten, und dies Gebäude selbst schwankt in beängstigender Weise vom Grundstein bis zur First. Die Ironie des Schicksals aber will, daß keineswegs der „Umsturz" jenen verhängnißvollen Stoß ausgetheilt hat, sondern vielmehr seine Todfeindin, die hochwohllöbliche Polizei selbst.

Denn einzig und allein ihrer Unfähigkeit, Gesellschaft und Staat auch nur noch vor dem gemeinsten Verbrecherthum zu schützen, verdankt der Mordprozeß Heinze sein Dasein. Wenn ein Raubmörder sich insoweit vorsieht, daß er nicht gerade auf handhafter That ertappt wird, so ist er hierzulande im Allgemeinen der Justiz des Staats entronnen. Beispielsweise wurde vor sechs Wochen in unserer Nachbarstadt Spandau ein Kaufmann in seinem Laden ermordet; der Mord wurde schon nach drei Stunden entdeckt und nach zwölf Stunden war der Mörder bekannt, so bekannt, daß weder in seinem Signalement die geringste Lücke, noch an seiner Thäterschaft der geringste Zweifel blieb. Dazu hatte er in der Nacht nach dem Morde mit noch blutdampfenden Kleidern in hiesigen Dirnenlokalen unter den Augen der Polizei verkehrt; am nächsten Tage hatte er mit einer polizeilich kontrolirten Dirne einen Ausflug nach Stettin gemacht; in Stettin wieder hatte er die beste Fahrgelegenheit nach Kopenhagen nicht etwa auf dem ersten besten Fahrplane, sondern bei einem Polizeibeamten erforscht, und trotz alledem ist zwar eine Unzahl harmloser Personen, die nach dem polizeilichen Signalement dem Mörder so von Weitem ähnlich sahen, in peinlichster Weise belästigt, aber er selbst noch nicht ergriffen worden. Dieser Fall ist vielleicht der eklatanteste, aber keineswegs der einzige seiner Art; man wird nicht übertreiben, wenn man sagt, daß von sechs Morden in Berlin, bei denen der Thäter nicht schon angesichts seines Opfers ergriffen wird, mindestens fünf ungesühnt bleiben.

Natürlich würde es eine ebenso oberflächliche wie verleumderische Auffassung sein, wenn man die Ursachen dieses Zustandes auf die subjektive Fahr- und Nachlässigkeit der einzelnen Polizeibeamten zurückführen wollte. In gewissem Sinne läßt sich ihnen eher, wie sich gleich zeigen wird, der entgegengesetzte Vorwurf eines zu großen Eifers machen. Vielmehr hängt jener leidige Zustand so zusammen, daß der heutige Staat das Verbrechen, welches die heutige Klassenordnung züchtet, mit den Mitteln seiner Klassenjustiz und seiner Klassenpolizei nicht mehr zu bändigen vermag. Die modernen Verkehrsverhältnisse sind ihm auch in dieser Beziehung gänzlich über den Kopf gewachsen; eher spürt er in einem Urwalde oder einer Wüste den Verbrecher auf, als in einer Millionenstadt. Selbst der Londoner Polizei, die in der bürgerlichen Romanliteratur als ein Wunder von Allmacht und Allwissenheit lebt, spottet ein armseliges Scheusal von Frauenmörder, und wenn diese Dinge in Berlin noch viel schlimmer liegen, als in London, so ist der Grund davon einfach der, daß der preußische Staat nicht nur ein Klassen-, sondern auch ein Militär- und ein — Polizeistaat ist. Die Lebensbedingungen des Militär- und Polizeistaats erheischen ein so ungeheures Maß von bureaukratischem und formalem Mechanismus, von Anmelde- und Kontrollisten, von Auflösungen der harmlosesten Versammlungen und von Beschlagnahmen der harmlosesten Druckschriften, von Perlustriren und Vigiliren und wie die polizeilichen Kunstausdrücke sonst noch lauten mögen, daß die politische Sicherheitspolizei verzweifelt wenig für die kriminalistische Sicherheitspolizei übrig läßt. Ungefähr zu derselben Zeit, in welcher sich der Spandauer Mörder mit beispielloser Frechheit unter den Augen der hiesigen Polizei tummelte, war eben diese Polizei in Massen aufgeboten, um eine lammfromme Nummer der lammfrommen „National-Zeitung“ überall, wo sich dieselbe finden ließ, mit Beschlag zu belegen, weil durch ein zufälliges Versehen der Druckerei die Firma des Verlags ausgefallen war! Wie sehr nun gar das Sozialistengesetz, diese Hetzjagd auf ehrliche Leute, dem Verbrecherthum goldene Tage verschafft hat, braucht an dieser Stelle nur beiläufig berührt zu werden.

Ein solcher grundsätzlicher Bankbruch der bürgerlichen Polizei geht den einzelnen Organen derselben begreiflicher Weise gegen den Strich und zwar so sehr, daß sie in jenes Uebermaß von Eifer verfallen, welches der größte Meister, den sie je gehabt haben, als den größten aller Fehler zu kennzeichnen pflegte. Um einen Gauner an den Galgen zu bringen, nahmen sie zehn anderen Gaunern den letzten Rest menschlicher Würde, der ihnen etwa noch in der Treue wenigstens gegen den verbrecherischen Genossen beiwohnt. Indem aber diese Gauner sich mit Hilfe der Polizei zu vollendeten Lumpen entwickeln, werden sie zugleich und eben dadurch Stützen des heutigen Staats. „Ohne Vigilanten läßt sich nun einmal nichts machen“: das ist Anfang und Ende der kriminalpolizeilichen Weisheit. Möglich, daß sie Recht hat; gewiß, daß sie mit dieser Behauptung der heutigen Ordnung der Dinge ein unauslöschliches Brandmal aufdrückt. In einer schnöden Hetzrede gegen die Arbeiter sagte Bismarck anläßlich des Nobiling'schen Attentats: „Wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existiren sollen, dann *verliert* jede Existenz ihren Werth.“ Der Mordprozeß Heinze legt dem wider Willen genialen Propheten vielleicht auch ein geflügeltes Wort über *die* Ordnung der Dinge in den Mund, in welcher eine „Gesellschaft von Banditen“ jeder Existenz ihren Werth *verleihen*, das heißt in seinem Zusammenhange: Verbrechen wider Leib und Leben sühnen soll.

Hierin liegt die zeitgeschichtliche Bedeutung jenes Mordprozesses. Auch er ist nicht der einzige, aber allerdings der eklatanteste seiner Art und derjenige, in

welchem sich jenes absonderliche Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft in seiner sozusagen ungetrübtesten Reinheit zeigte. Es handelte sich bekanntlich um einen, im Jahre 1887 an einem Nachtwächter verübten Mord. Gegen die beiden Angeklagten lag nach dem Ergebnisse der viertägigen Verhandlungen nichts, aber schlechterdings gar nichts Anderes vor, als das in vier Jahren herangezüchtete Geklätsch einer „Gesellschaft von Banditen," die Verbrecher wie Vigilanten und Vigilanten wie Verbrecher sind. Eben dies waren auch die Angeklagten selbst, eine Dirne und ihr Zuhälter, und nichts ist bezeichnender, als daß sie den Mordverdacht auf sich gezogen haben, weil sie sich selbst zu Vigilantendiensten gegen die unbekannten Mörder erboten hatten. Damit gesteht die Polizei wider Willen selbst ein, daß dies Vigilantenwesen, wie es das einzige Hilfsmittel gegen das Verbrechen sein soll, schließlich selbst der sicherste Schutzmantel des Verbrechens werden muß. Die Logik ist nicht so ganz uneben, daß wer sich am eifrigsten zu Vigilantendiensten gegen einen Verbrecher zeigt, eben dieser Verbrecher selbst ist. Aber eben so nahe liegt die Schlußfolgerung, daß ein Vigilant-Verbrecher, gerade weil er in dem gegebenen Falle unschuldig ist, von den schuldigen Vigilanten-Verbrechern mit um so größerer Wollust nach dem entsprechenden Kunstausdrucke „hereingelegt" wird. Man konnte mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen, daß sich während des Mordprozesses Heinze die Mörder im Gerichtssaal befanden, aber zu entscheiden, ob sie auf der Anklage- oder auf der Zeugenbank saßen, das wäre über die Grenzen menschlichen Scharfsinns hinausgegangen.

Was unter solchen Umständen aus der bürgerlichen Rechtspflege werden muß, liegt auf der Hand. Und wenn es äußerlich einem Zufall geschuldet wurde, daß der Prozeß nicht zum Ende gedieh, so lag in diesem Zufalle doch eine gewisse innere Logik. Ein Vigilant-Verbrecher, der inzwischen nach Amerika ausgewandert ist, hatte sich der Polizei erboten, die wirklichen Mörder zu nennen, falls ihm die auf ihre Entdeckung ausgesetzte Belohnung niet- und nagelfest gemacht würde; die Polizei hatte diese Spur Anfangs aufgenommen, dann aber wieder fallen gelassen, weil ein von ihr unrichtig adressirter Brief aus Chicago zurückgekommen war. Hierin vermochte der angeklagte Zuhälter keine Folgerichtigkeit zu entdecken; er meinte, so glaubwürdig wie die Vigilanten-Verbrecher in Berlin würde der Vigilant-Verbrecher in Chicago auch sein, und dem Gerichtshofe blieb nichts übrig, als auf sein Verlangen einzugehen und die Verhandlung aufzuheben, bis der Mann in Chicago vernommen worden ist. Die Vermuthung der Polizei, daß bei dieser Vernehmung nichts herauskommen wird, hat freilich eben so viel für sich, als die Annahme des Gerichtshofs, daß der Zeuge von Chicago genau so viel werth ist, wie die Zeugen von Berlin.

Die bürgerliche Welt ist natürlich tief erbittert darüber, daß sie diesen kleinen Kladderadatsch noch einmal in zweiter Auflage genießen soll. Und nach ihrer beliebten Art beeilt sie sich, ein paar Sündenböcke in die Wüste zu schicken. Diesmal müssen die beiden Vertheidiger herhalten. Nun reift die geschäftliche Konkurrenz der freien Advokatur ja freilich manche absonderlichen Früchte, und das Auftreten der Anwälte in dem Mordprozesse Heinze — so beispielsweise die Art, in welcher sie während der Verhandlungen „einfach Sekt" zu frühstücken beanspruchten — hatte viel Unsympathisches. Aber was ihnen im Wesen der Sache zum Vorwurfe gemacht wird: der, gleichviel ob geschickte oder ungeschickte, Eifer, mit welchem sie sich ihrer Klienten annahmen, das Kreuzverhör der Zeugen, die Verschleppung der Verhandlungen und so weiter — alles das war entweder nicht zu tadeln oder so weit es getadelt werden muß, war es nichts weniger, als neu. Aehnliche Mißgriffe haben sich andere Anwälte oft genug zu Schulden

kommen lassen, ohne von der bürgerlichen Presse getadelt, ja um dafür von ihr gefeiert zu werden. Freilich waren die Angeklagten in solchen Fällen nicht verkommene Lumpenproletarier, sondern mehr oder minder „angesehene“ Bourgeois. In dem Mordprozesse Heinze haben die Vertheidiger, sei es nun absichtlich oder unabsichtlich, dazu beigetragen, daß die Verhandlungen die parties honteuses der heutigen Gesellschaft gar so gründlich beleuchteten, und das ist ihr eigentliches Verbrechen.

Zu leugnen sind diese parties honteuses nun aber nicht mehr und so müssen die bürgerlichen Sozialreformer, wohl oder übel, mit ihrem Sprüchlein hervor. Diesmal sind sie ganz einig: Alles schreit nach Polizei und Strafrichter, von der „Kreuz-Zeitung“ bis zur „Volks-Zeitung.“ Das Strafgesetzbuch soll um einen Zuhälterparagraphen bereichert werden, die Polizei soll die Verbrecherkeller ausräuchern, die öffentlichen Dirnen sollen noch rechtloser gemacht werden, als sie unter der polizeilichen Kontrole ohnehin schon sind. In dem vorliegenden Falle nimmt sich dies Getobe besonders spaßhaft aus; die trefflichen Gevattern machen es wie Immermann's alter Baron im Schlosse Schnick-Schnack-Schnurr; sie wollen die einzige Stütze weghacken, welche das baufällige Gemäuer der bürgerlichen Justiz noch aufrecht erhält. Jene Dirnen und Verbrecher, welche sich angeblich scheu vor dem Auge der Polizei verbergen, nun aber rücksichtslos von derselben ausgerottet werden sollen, sind ja die guten Bekannten der Polizei, dieweil es „ohne Vigilanten nun einmal nicht geht.“ Des Weiteren verräth der bürgerliche Reformeifer in keiner Weise, wie denn das Berliner Lumpenproletariat, das der Polizeipräsident v. Madai schon vor zwanzig Jahren auf sechzigtausend Köpfe schätzte, eigentlich vernichtet, ob es gehängt oder geköpft oder verbrannt oder sonstwie ausgerottet werden soll. Da war jener alte Polizeilieutenant doch wirklich noch ein tiefsinniger Sozialpolitiker, der auf den zornigen Vorwurf des Herrn v. Madai, daß sein Revier von Dirnen wimmelte, trocken erwiderte: „Na, Herr Präsident, irgendwo müssen sie doch wohnen.“ Die bürgerlichen Sozialreformer vergessen einmal wieder, daß die Verbrecherkeller in der Veteranenstraße ein ebenso integrirender Theil der bürgerlichen Ordnung sind, wie die Villen des Thiergartens, daß, wie Pol und Gegenpol, die einen unmöglich sind ohne die anderen. In der Wiener Gründerperiode ist das Wort aufgekommen: man kann heute keine Million erwerben, ohne mit dem Aermel das Zuchthaus zu streifen; dieser Satz ist aber nur eine juristisch-moralische Umschreibung der ökonomischen Thatsache, daß für den einen, der eine Villa im Thiergarten erwirbt, hundert andere in den Verbrecherkeller der Veteranenstraße müssen. Und wenn ein ästhetisch und ethisch besonders feingebildeter Berichterstatter über den Mordprozeß Heinze es nicht zu fassen vermag, wie die scheußlichen Dirnen, die als Zeuginnen auftraten, noch ihre Liebhaber fänden, so kann man diesem begeisterten Vorkämpfer der heutigen Gesellschaft nur mit dem Dichter antworten: Ja, lieber Freund, so lebt nun deine Sappho!

Die Skandale, welche der Revolution von 1789 vorangingen, waren harmlose Schäferspiele gegen die Skandale, welche der heutigen Gesellschaft aus allen Poren schwitzen. Aber wer in dieser wachsenden Zahl kleiner Kladderadatsche nur ein Vorpostengefecht des großen Kladderadatsches sieht, bleibt deshalb doch ein rasender Thor. Denn wie kann er die beste aller Welten nur so böswillig verkennen!

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.
1866—1876.

Von F. A. Sorge.

I. Entwicklung und Charakter der amerikanischen Bourgeoisie und Beziehungen zur Arbeiterbewegung.

Der Krieg ist eine Goldgrube — für die bürgerlichen Klassen. Wie die bürgerlichen Klassen Englands sich in den Handelskriegen des 18. Jahrhunderts und in denjenigen mit Napoleon, die eigentlich auch nur Handelskriege waren, bereicherten, ist bekannt genug. Die französischen Bourgeois in den neunziger Jahren, unter dem Direktorium und selbst unter Napoleon, standen ihren englischen Klassengenossen in nichts nach, und weitere Beispiele dieser Art wären leicht beizubringen, besonders auf deutschem Boden. Das „pecunia non olet" ist der Wahrspruch der Bourgeoisie in allen Ländern, und die amerikanische Bourgeoisie behauptet wohl den ersten Rang unter den Anhängern dieses lieblichen Spruches. Sie wuchs während des Krieges gegen die Sklavenhalter und durch denselben zu einer Riesengestalt empor, ihrer Kräfte wohl bewußt und stets darauf bedacht, dieselben zu vermehren und zu verewigen, ganz gleich mit welchen Mitteln. Professor R. T. Ely spricht in seinem in meinen früheren Artikeln (im vorigen Jahrgang der „Neuen Zeit") schon öfter zitirten Werke S. 61 von der „plötzlichen und wunderbaren Anhäufung von Reichthum in den Händen von erfolgreichen Geschäftsleuten und glücklichen Abenteurern. Nimmer vorher gab es im Lande so scharfe Gegensätze zwischen Reichthum und Armuth. War dies schon an sich ein Unglück, so bestand ein noch größerer Uebelstand in der Thatsache, daß kein unbedeutender Theil dieses Reichthums durch Mittel erworben war, welche nicht dem Moralgesetz der zehn Gebote entsprechen, geschweige denn der höheren Ethik des Christenthums."

Eines der beliebtesten Mittel zur Bereicherung der bürgerlichen Unternehmer und Fabrikanten war die Lieferung unterwerthiger Stoffe zur Bekleidung der großen Armeen des Landes, was natürlich nicht ohne Einverständniß mit den betreffenden Regierungsbeamten geschehen konnte. Die Thatsache war allgemein bekannt durch die von den Soldaten erhobenen Beschwerden, machte den Lieferanten indessen keinen Kummer. Im Volksmunde bezeichnete man die im Kriege durch solche oder ähnliche Mittel emporgekommenen Leute noch lange Jahre nachher mit dem Namen „shoddy," dem Namen der aus schlechten Stoffen gefertigten Tuchwaare. Enorme Vermögen wurden in diesen und ähnlichen Lieferungen gewonnen und die öffentliche Moral litt gewaltig darunter. Indessen — was liegt an der Moral, wenn es sich um Millionen handelt, wenn Millionäre gezüchtet werden. Und Millionäre, vorher in diesem Lande nahezu unbekannt, wurden gezüchtet zur Freude und zum Neide des „großen deutschen Staatsmannes," der, wie Fama berichtet, ein Jahrzehnt später sich erfolgreich mit solcher Züchtung beschäftigt haben soll.

Neben den Lieferanten waren es besonders die Geldmänner, die Geldinstitute, welche riesige Gewinne in den Kriegsjahren einheimsten durch die großen Anleihen und Emissionen von Papiergeld, da die Administration zu schwach oder kurzsichtig, wenn nicht schlimmeres war, um bei dieser eminent passenden und günstigen Gelegenheit das Geld- und Bankwesen zu monopolisiren. Sie überließ den Privatbanken nicht blos die Lancirung der Anleihen, sondern auch zum größten Theile die Ausgabe des Papiergeldes und umgab diese Privatbanken

noch mit einem besonderen Scheine der Respektabilität durch Verleihung des geradezu betrügerischen Titels „National“-Banken. So wurde die hohe Finanz geschaffen, und bis hierher hat der ganze Prozeß dieser Entwicklung sehr große Aehnlichkeit mit berühmten Mustern europäischer Länder. Auch gewisse Charaktereigenthümlichkeiten der bürgerlichen besitzenden Klassen, nicht eben die lobenswerthesten, finden sich diesseits wie jenseits des großen Wassers, aber eines fehlt der amerikanischen Bourgeoisie und wird bis auf diesen Tag von der Bourgeoisie der alten Welt monopolisirt: das Feigenblatt. Sentimentale Bedenken sind ja von vornherein bei dem Verfahren der Aneignung fremder Arbeitsprodukte ausgeschlossen, aber auch Rücksichten des öffentlichen Anstandes kennt der echte amerikanische Bourgeois nicht. Von zahlreichen Beweisen dafür heute nur einen. In allen Ländern mit stehenden Armeen sucht die Bourgeoisie, welcher „Fürsicht der beste Theil der Tapferkeit“ ist, sich dem Kriegsdienst zu entziehen oder mindestens große Erleichterungen desselben für sich zu erlangen, was ihr auch in stärkerem oder geringerem Grade überall gelungen ist, und zu diesem Zwecke benutzt sie die kriegsfreie, die Friedenszeit. Nicht so die amerikanische Bourgeoisie, welche mitten im Krieg, in der Zeit der größten Noth und Bedrängniß im dritten Kriegsjahre, durch ihre Vertreter im Kongreß ein Aushebungsgesetz erließ, welches jedem „Bürger“ gestattete, sich mit 300 Dollars vom Kriegsdienst loszukaufen. Das Gesetz erregte böses Blut und bei der auf Grund dieses Gesetzes gemachten Aushebung entstanden Anfang Juli 1863 in der Stadt New York bedeutende Unruhen, worauf der Kongreß die 300-Dollar-Klausel aufhob, dafür aber den „Bürgern“ erlaubte, Substituten zu stellen. Aus dieser Stellung von Substituten erwuchs ein recht einträgliches Geschäft mit eigenthümlichen Praktiken, von denen vielleicht gelegentlich etwas mitzutheilen ist. Die Herren „Bürger,“ die besitzenden Klassen waren gerettet, sie konnten daheim bleiben und sich fortgesetzt der angenehmen Thätigkeit widmen, Reichthümer zu erwerben und — zu zeigen, denn der Luxus und Aufwand stieg enorm, sodaß der erste statistische Bericht von Massachusetts klagt: „Unzufriedenheit wurde erregt durch die Verschwendung und den Luxus der Geld- und Handelsleute.“

Leute, welche die ärgste Bedrängniß ihres Heimathlandes zu eigener Bereicherung benutzten und selbst in dem Bürgerkriege eine Goldgrube fanden, waren natürlich nicht verlegen um Mittel gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse. Dem Wachsthum der Arbeiterbewegung, dem Emporkommen der Arbeiterorganisationen wurden alle möglichen Hindernisse bereitet. Schöne Worte, womöglich mehrdeutige, sind überall und immer zuerst gebraucht worden. „Freiheit, Unabhängigkeit“ u. dergl. sind die bestmißbrauchten Worte jeder Sprache und sollten von Rechtswegen heutzutage Jedermann in Verdacht bringen, der sie noch gebraucht. „Patriotismus“ und „allgemeines Stimmrecht“ stehen ihnen am nächsten und haben den herrschenden Klassen dieses Landes manchen Dienst geleistet. Waren diese Ausdrücke etwas verbraucht und hatten die Arbeiter die Hohlheit dieser heuchlerischen Phrasen erkannt, so schritt man zur Bestechung in allen Formen, im politischen und ökonomischen Felde. Von dem ersten eklatanten Falle im Jahre 1857 wurde schon berichtet (siehe „Neue Zeit“ 1890/91, Nr. 33, S. 201). Wenn es nicht genügte, die Wortführer der Arbeiter mit Sinekuren oder Geld zu Verräthern oder unschädlich zu machen, so wurden Agenten an den Stimmplätzen angestellt, um die Wähler zu bestechen oder einzuschüchtern, nöthigenfalls die Stimmzettel zu entwenden oder zu vernichten, oder das Wahlresultat zu fälschen. All' diese Praktiken, sowie das diesem Lande bis jetzt ziemlich eigenthümliche Institut der professionellen Politiker, das eigentlich einer eingehenden

Schilderung bedürfte, haben dahin geführt, daß das allgemeine Stimmrecht in den Vereinigten Staaten das Bollwerk der Bourgeoisie, „das schlimmste Korruptions- und Machtmittel der herrschenden Klassen" geworden ist.*)

Gegen die ökonomische Organisation der Arbeiter wurde zunächst dieselbe Bestechung der Führer angewandt durch Beförderung derselben in höher besoldete Stellungen. R. T. Ely sagt: „Viele ihrer (der Gewerkschaften) besten Männer sind ihnen auf diese Weise verloren gegangen." John McBride, einer der tüchtigsten unter den Bergarbeitern, sagt davon: „Es ist die unablässig befolgte Politik der Kompagnien (Corporations), die Führer aus den Reihen der Bergleute zu locken durch Anstellung als Superintendenten mit gutem Salair." Half dieses Mittel nicht, so trat die Hungerpeitsche an die Stelle, die Wortführer wurden auf die schwarze Liste gesetzt, von den Fabrikanten geboykottet. R. T. Ely schreibt darüber Folgendes (Seite 110): „In diesem Lande sind zwei Raffinements von Grausamkeiten hinzugefügt worden (zu den überall oder sonst gebräuchlichen), nämlich die schwarze Liste und der eisengepanzerte Eid, welche in allen Theilen unseres Landes gefunden werden, obgleich von der besten öffentlichen Meinung stark verurtheilt. Die schwarze Liste ist ein Boykott gegen die Arbeit. Ein Mensch, der aus irgend einem Grunde, und sei es selbst wegen einer Laune, Kaprice oder persönlichen Widerwillens bei einem Unternehmer in Ungnade fällt, wird auf die schwarze Liste gesetzt und sein Name, manchmal mit einer Personalbeschreibung versehen, wird an die verbündeten Unternehmer im ganzen Lande versandt. Dreiunddreißig Mann wurden vor einigen Jahren in Fallriver auf die schwarze Liste gesetzt wegen einer Forderung von Lohnerhöhung und waren gezwungen unter angenommenem Namen Arbeit zu suchen. Aus anscheinend guter Quelle wird berichtet, daß eine Eisenbahngesellschaft ein Buch mit den Namen und voller Personalbeschreibung von Eintausend Personen hält. Die schwarze Liste verfolgt den Mann jahrelang, treibt ihn von ehrlicher Arbeit zum Schnapsverkauf, folgt ihm über den Kontinent und vernichtet seine Bemühungen um Lebensunterhalt." Ely zitirt dann von einem andern Schriftsteller, Fred Woodrow, das Folgende: „Die schwarze Liste zeichnet sich aus durch starke Wirksamkeit; ihr Urtheil ist endgiltig, ohne Sheriff (Gerichtsvollzieher) und Jury zu bemühen; sie hat ihren Wachthund an jeder Thür liegen und wehe dem Manne, der mit ihrer Brandmarke an der Stirne Arbeit sucht. . . . Er ist geächtet durch einen Korporations-Zar (Corporation-Czar). Ich erinnere mich sehr wohl, wie einer meiner Mitarbeiter in die Acht erklärt wurde. Er wurde knall und fall entlassen und Angabe der Ursache verweigert. Ich that mein Bestes, um ihn wieder in Arbeit zu bringen und hatte wegen früherer Vorgänge Vertrauen auf Erfolg, aber dieser Fall spottete meinen Anstrengungen. Ich suchte ihn in einem anderen Departement unter Leitung eines menschlichen und freundlichen Menschen unterzubringen. Dieser lehnte es ab. Ich wandte mich an einen anderen — vergebens. Ich versuchte das Experiment in einem Umkreise von mehr als 600 Meilen und wurde überall kurz, obgleich ungern, abgewiesen. — Mein unglücklicher Kamerad war auf die Straße geworfen mit dem Makel eines unbekannten Vergehens auf seinem Namen. Später erfuhr ich, daß er auf die schwarze Liste gesetzt war auf Betreiben eines einzigen Mannes, der sein persönliches Uebelwollen damit befriedigt hatte. Solche Fälle sind nicht selten, wie mancher hungrige Mann und manches barfüßige Kind bezeugen können." Es wird dann

*) Ob das jetzt in vielen Staaten eingeführte australische Wahlsystem diesem Zustande ein Ende bereitet, ist jedenfalls abzuwarten.

ferner aus dem „Cleveland Workman“ angeführt: „In dieser Gegend giebt es Männer, welche jetzt gezwungen werden, Heimath, Familie und Freunde zu verlassen, um anderswo Arbeit zu suchen; Männer, welche ihre Zeit und ihren Einfluß zum Vortheil der Gemeinde eingesetzt haben, in der sie wohnen. Sie sind durch die infame schwarze Liste exilirt worden.“ Ein besonders grausamer Fall wird in demselben Blatt erzählt: „Ein siebzigjähriger Mann hatte seine alte Lebensgefährtin in Sedalia Mo., wo er viele Jahre gearbeitet hatte, verlassen müssen, weil er entlassen worden war, und wanderte 500 Meilen weit nach einem Orte in Illinois, wo eine neue Eisenbahn gebaut wurde, aber die schwarze Liste folgte ihm auf den Fersen und nach den letzten Nachrichten war er von Mitteln ganz entblößt und arbeitslos.“ —

Der eisengepanzerte Eid (the ironclad oath), den Prof. Ely erwähnt, ist ein Eid, den Arbeiter leisten müssen, um Arbeit zu erlangen. Sie verpflichten sich durch diesen Eid zur Verzichtleistung auf jegliche Organisation. Prof. Ely theilt den Wortlaut eines solchen Eides mit: „Ich, N. N., verpflichte mich hiermit, für N. N. zu den regelmäßigen Preisen zu arbeiten, . . . aus dem Orden der Knights of Labor auszutreten und alle anderen Parteien, Ausschüsse, Gewerkschaften und Arbeiterverbindungen zu ignoriren; auch verpflichte ich mich, weder den Knights of Labor noch ähnlichen Organisationen beizutreten und keiner Versammlung, keinem Umzug einer solchen Organisation beizuwohnen, so lange ich bei N. N. in Arbeit bin.“ — Dieser eisengepanzerte Eid*) war in den siebziger Jahren besonders stark im Gebrauch und Prof. Ely hat gewiß Recht, wenn er diesen Eid und die schwarze Liste zwei Raffinements von Grausamkeit nennt. In den Händen der Unternehmer waren sie starke Gegenmittel gegen die ihnen drohend erscheinende Arbeiterbewegung und Organisation. Und diesen beglaubigten Fällen gegenüber, im Angesicht solcher Nichtswürdigkeiten, wagt man sich zu beschweren über den von Arbeitern hier und da geübten Boykott, wagt man von Ungerechtigkeit, von Tyrannei der Trades Unions zu sprechen. Welch' herrliche Resultate hat „die höhere Ethik des Christenthums“ gezeitigt!

Prof. Ely ist ein redlicher, gebildeter Mann, und den Lesern der „Neuen Zeit“ soll nicht vorenthalten werden, wohin ihn diese „höhere Ethik des Christenthums“ führt. Nachdem er viele Beispiele von Grausamkeit und Ungerechtigkeit aufgezählt und beschrieben, sagt er Seite 166 seines zitirten Werkes:

> „Ist die Schlußfolgerung von all' dem, daß Ungerechtigkeit der Ungerechtigkeit gegenüber trete? Daß der Arbeiter an Anderen Vergeltung übe für das von ihm erduldete Unrecht? — Nein! Tausendmal nein! Das wäre Wahnsinn! Liebe, nicht Rache, ist das Gebot der höchsten Zivilisation, nach welcher wir streben müssen und worin allein es den Menschen wohlergehen kann.“ —

Es ist das die Tolstoi'sche Phrase: Widerstehe nicht dem Uebel! die indessen glücklicher Weise im Katechismus der Arbeiter keine Stelle findet.

Die amerikanische Bourgeoisie ist nie verlegen um Mittel zum Niederhalten der Arbeiterbewegung. In Zeiten politischer Kämpfe und Wahlkampagnen ist der eisengepanzerte Eid nicht wohl zu verwenden und auch die schwarze Liste nützt dann nicht viel. Werden die Arbeiter unruhig und drängen sich bei be-

---

*) Eisengepanzert, ironclad, hieß der Eid, weil er dem Eide nachgebildet war, den die amnestirten Sezessionisten zu leisten hatten, der sie mit einem undurchdringlichen eisernen Panzer gegen alle ferneren hochverrätherischen Einflüsse und Gesinnungen schützen sollte.

sonderen Anlässen oder in Folge reiferer Ueberlegung in die politische Arena, so versagen selbst die weiter oben erwähnten, weltbekannten Mittel der amerikanischen Bourgeoisie, pour corriger la fortune, wie Stimmenschacher, Wahlbetrug u. dergl. manchmal ihren Dienst, und dann werden den Arbeitern Knüppel zwischen die Beine geworfen, indem gewisse Seitenfragen (side issues) aufgestellt oder unterstützt werden zur Ablenkung von der Hauptfrage, zur Schädigung und Fälschung der Bewegung. Der schlimmste Fall dieser Art war die sogenannte Greenback-Bewegung, d. h. die Forderung der Ausgabe von uneinlösbarem Papiergeld in großen Quantitäten. Der Aufwand von heuchlerischen Redewendungen und Sophismen, um die Arbeiter dafür zu gewinnen, war in diesem Lande enorm, und wenn sich die organisirten Arbeiter auch nie dafür erwärmt haben, so haben doch die Greenbackler die Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten lange Jahre hindurch gelähmt und die Arbeiterorganisationen vielfach geschädigt, gestört und theilweise vernichtet, und diese Lähmung und Schädigung geschah im Interesse und zu Gunsten der hart bedrängten Bourgeoisie, eine Thatsache, an welcher der Einwand, daß die Greenbacklerei eine kleinbürgerliche Bewegung gewesen, nichts ändert, um so weniger, als hervorragende Führer beider bürgerlichen Parteien mit den Greenbacklern stark liebäugelten und oft in ihr Horn bliesen (Sherman, W. D. Kelley, Thurman und viele Andere). — Eine ähnliche Frage, aber stark verquickt mit betrügerischen Praktiken, ist die Silberfrage, d. h. die Forderung, daß der Werth gemünzten Silbers willkürlich festgesetzt werde, in Europa der Bimetallismus genannt. Eine dritte solche Frage ist in den Vereinigten Staaten die Temperenzfrage, die Forderung gänzlicher Enthaltsamkeit von geistigen Getränken oder vielmehr die Forderung, daß der Verkauf und die Bereitung von spirituosen Getränken verboten und unterdrückt werde. Eine weitere, zur Ablenkung von dem Nächstliegenden gar sehr geeignete Frage war und ist die sogenannte Frauenfrage, d. h. in den Vereinigten Staaten die Forderung des Stimmrechts für die Frauen, eine Forderung, mit welcher die organisirten Arbeiter sehr sympathisiren, und welche sie selbst häufig aufgestellt haben und aufstellen. Auch die Frage der Kooperation, und die sogenannten Schiedsgerichte und Einigungsämter werden zu gleichem Zwecke verwendet, und wenn alles Andere fehlschlägt, ist Schutzzoll und Freihandel ein nimmer versagendes, unerschöpfliches Thema zum Einfangen von Arbeiterstimmen.

Es ist dies gewiß eine reichhaltige Musterkarte von Ködern, welche nach Bedürfniß hier und dort ausgeworfen werden, doch macht sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Ein beliebtes und probates Mittel zur Fesselung der Arbeiter, zu ihrer vollständigen Entmannung, sind die Bau- und Landvereine, welche sich die Aufgabe stellen, den Arbeitern gegen wöchentliche oder monatliche Ratenzahlungen Heimstätten und Wohnhäuser zu verschaffen. Wie die Arbeiter durch diese Institutionen allen Angriffen des Kapitals gegenüber wehrlos gemacht werden, braucht in der „Neuen Zeit" eigentlich nicht des Näheren auseinander gesetzt zu werden, denn dieses Resultat ist unbestritten. Man kennt diese Einrichtung auch in Europa, aber nicht die Virtuosität, mit welcher die amerikanische Bourgeoisie die Sache behandelt. Hinter diesen unschuldig aussehenden, unter der Maske der Kooperation hantirenden Vereinen stehen immer bürgerliche Landspekulanten oder Geldwucherer und Advokaten, und reiben sich die Hände über die guten Geschäfte, die sie dabei machen, denn — die Dummen werden nicht alle. Hat so ein armer Teufel sich acht bis fünfzehn Jahre abgerackert, sich und den Seinigen die größten Entbehrungen auferlegt, um Grundstück und Häuschen zu bezahlen, so

ist er in den meisten Fällen körperlich und geistig erschöpft und muß mit Allem vorlieb nehmen, was ihm die Unternehmer bieten. Und das ist noch der günstigste Fall. Meistens wird er dann nicht mehr im Stande sein, den weiten Weg nach seiner Arbeitsstelle zu machen, und schlechtere Arbeitsbedingungen in der Nähe annehmen müssen. Welch' unheilvollen Einfluß dieses System auf die Arbeiterbewegung ausübt, zeigt in eklatanter Weise die volks- und gewerbsreiche Stadt Philadelphia, wo diese Bauvereine zu höchster Blüthe gelangt sind (man berichtete seiner Zeit von sechshundert — 600 — Bauvereinen daselbst). Philadelphia mit beinahe einer Million Einwohner und bedeutenden industriellen Etablissements aller Art nimmt wegen des Bleigewichts dieser Bauvereine einen sehr tiefen Rang ein in der Organisation und Bewegung der Arbeiter dieses Landes. — Häufig genug werden die Mitglieder dieser Bauvereine auch geprellt durch ungiltige Besitztitel und durch Streitigkeiten der ursprünglichen Eigenthümer. Kommt aber eine Ansiedlung wirklich zu Stande, werden dann Straßen, Abzugskanäle, Wasserleitungen u. dergl. angelegt, so können die armen „Besitzer einer Heimstätte" die hohen Steuern und Umlagen nicht erschwingen, gerathen in Schulden und müssen zuletzt die mit ihrem Schweiß und Blut erworbene Hütte oft im Stich lassen. Die besser gelegenen, werthvolleren werden von den bürgerlichen Landwucherern für ein Spottgeld erworben und die schlechter gelegenen stehen öde und verlassen.

Während die Bauvereine naturgemäß mehr in den großen Städten und deren unmittelbarer Nähe floriren und die Arbeit der Bourgeoisie verrichten, herrscht auf dem Lande und in kleineren industriellen Plätzen meistens das unbeschränkte Eigenthumsrecht der Fabrikbesitzer. Die Aktiengesellschaft — oft nur aus zwei oder drei Personen bestehend —, welche die Fabrik gebaut oder das industrielle Unternehmen gegründet hat, besitzt alles umherliegende Land und baut Wohnungen für ihre Angestellten, Kirchen, Schulen, Kaufläden 2c. Alles, alles gehört der Kompagnie und wird von derselben zu eignen Gunsten und nach eignem Belieben verwaltet. Kein Lehrer, kein Polizist, kein Steuer- oder Postbeamter u. s. w. kann ohne ihre Einwilligung eingesetzt werden, da ihr sämmtliches Grundeigenthum und alle Gebäude gehören. Die Arbeiter wohnen bei der Kompagnie zur Miethe und müssen ihr Bündel schnüren, wenn sie die Arbeit verlieren. Dieses System, auch in Europa nicht unbekannt, ist besonders ausgebildet in den Distrikten der Textilindustrie, der Kohlenförderung, der Kokesbereitung und der Hochöfen, in Massachusets, Rhode Island, New Hampshire, Connecticut, Pennsylvanien, New Jersey, Ohio, Illinois, Indiana und breitet sich neuerdings auch im Süden aus. In solchen Plätzen herrscht der bürgerliche Fabrikeigenthümer oder sein Agent ebenso unumschränkt wie der Zar in Rußland. Ohne oder gegen den Willen dieser bürgerlichen Fabrikanten kann absolut nichts geschehen. Die amerikanische Bourgeoisie versteht's!!

Das berüchtigte Trucksystem diente und dient ebenfalls dazu, die Arbeiter in Abhängigkeit zu erhalten und einen Theil ihres Lohnes in die Taschen der Unternehmer zurückgleiten zu lassen, und dieses System ist, wie Professor Ely sagt (S. 104): „in diesem Lande vielleicht weiter verbreitet als anderswo."

Wollten die eingeborenen oder akklimatisirten Arbeiter sich nicht unter ein gewisses Niveau der Lebenshaltung drücken lassen, so wußte unser amerikanischer Bourgeois bald Rath zu schaffen. Entweder importirte er die einzige zollfreie Waare, die menschliche Arbeitskraft, aus überseeischen Ländern oder besetzte die Arbeitsstellen mit den freigegebenen Negern der südlichen Staaten, d. h. er setzte Arbeiter frei mit freigesetzten Arbeitern. Mit der Importation sowohl, wie mit

der Translozirung erreichte die Bourgeoisie ihren Zweck in mehr als einer Weise und Richtung. Erstens, und das ist die Hauptsache, bekam sie billige „Hände,“ denn die importirten Arbeiter und die Neger waren verhältnißmäßig bedürfnißlos und brauchten längere Lehrzeit und Akklimatisirung zur Erhöhung ihres standard of life, und zweitens nährte und förderte die amerikanische Bourgeoisie damit den ihr so rentablen und nützlichen Nationalitäten- und Rassenhaß; sie konnte gelegentlich Irländer gegen Deutsche, Italiener gegen Schweden, Neger gegen Weiße u. s. f. ausspielen und dabei ihren Profit ungeschmälert erhalten oder gar vermehren. Und dieses Spiel hinderte und hindert sie durchaus nicht, sich bei anderen Anlässen als Vertreterin des echten, unverfälschten Amerikanerthums in die Brust zu werfen gegen die ungebildeten Fremden (low bred foreigners).

Aber, soviel unsere Yankees über das „Unamerikanische“ dieser oder jener Erscheinung in der Arbeiterbewegung zürnen mögen, haben sie, die freien, unabhängigen Bürger, den „Unterthanen“ doch den Ruf nach „Polizei“ abgelauscht. Wo die Proletarier ungefügig wurden, ertönte dieser Ruf sofort und demselben wurde diensteifrigst entsprochen. Wenn die vorher aufgezählten Mittel nicht verfingen, folgte der Appell an den — Knüppel (die amerikanische Polizei ist nämlich mit Knüppeln bewaffnet), und der Knüppel that gute Dienste, ist auch sicherlich ein recht angemessenes Sinnbild der bürgerlichen Kraft und Macht. Seit 1874 ist der Polizeiknüppel in steter Nachfrage geblieben und natürlich im Preise gestiegen, obgleich auch das Angebot aus seinem Rekrutirungsgebiet, dem Lumpenproletariat, sehr stark ist. Mit dem riesigen Wachsthum der Kapitalien und des Eigenthums erschien den Bourgeoisgemüthern auch die Gefahr immer größer und demgemäß wurde die Polizei überall vermehrt. Reichte aber gegebenenfalls die gewöhnliche Polizei nicht aus, so rief unser Bourgeois die Privatpolizei, die Pinkerton's, herbei, eine Einrichtung, um welche die Amerikaner gewiß zu beneiden sind. Diese Bursche, d. h. die Pinkertonianer, aus den verwegensten und verrufensten Elementen des ganzen Landes zusammengesetzt, sind, wenn gut bezahlt, unbezahlbar, thun ihre Arbeit meistens gründlich und fürchten sich weder vor Weibern noch vor Kindern. Ernsthaft gesprochen ist dieses Institut ein wahrer Schandfleck für dieses Land, aber, wie schon gesagt, für die hiesige Bourgeoisie unbezahlbar und weit zuverlässiger als die Miliz, welche natürlich auch zum Schutze des bedrohten Eigenthums, der verbrieften Rechte und Privilegien der kapitalistischen Kompagnien und Anstalten herbeigerufen wird, sobald die Polizei der Arbeit nicht mehr gewachsen ist. Indessen war die Miliz nicht immer zuverlässig und sympathisirte häufig mit denjenigen, gegen die sie aufgerufen wurde, und noch häufiger war sie unbrauchbar wegen Mangel an Einübung und Disziplin. Man rief deshalb nach einer Reorganisation der Miliz und diesem Rufe ward in aller Stille, unter Vermeidung jeglicher Ostentation, Folge geleistet und ein Reinigungsprozeß ins Werk gesetzt, um die Miliz von den unzuverlässigen, besonders den eingewanderten Elementen zu säubern und straffere Zucht einzuführen.*)

Im Besitze all' dieser Macht- und Bedrückungsmittel konnte die, mit den oben angegebenen unsauberen Mitteln während des Krieges großgezogene, amerikanische Bourgeoisie es wohl wagen, nach dem Kriege ein wildes, aufregendes Wettrennen nach Bereicherung zu unternehmen. Eine beispiellose Korruption griff

---

*) Die Vorliebe reicher Amerikanerinnen für preußische Lieutenants ist vielleicht auf diese Sehnsucht nach straffer Zucht und schneidigem Wesen zurückzuführen.

um sich, besonders in den offiziellen Kreisen der Gesellschaft, unter der zweimaligen Präsidentschaft des General Grant (1868—1876), und verschiedene Minister desselben fielen als Opfer dieser Korruption. Der Credit Mobilier-Skandal, mit dem Bau der großen Pacific-Eisenbahn verknüpft, spielte fast ausschließlich unter den Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten, welche in der angenehmen Lage waren, ihren Aktien durch gesetzgeberische Thätigkeit erhöhten Werth zu verschaffen, und die angesehensten Mitglieder der genannten Körper waren dabei betheiligt, so z. B. der nachmalige Präsident Garfield und der Vizepräsident Schuyler Colfax. Ein wahrer Hexensabbath der Korruption herrschte in Beamten-, Unternehmer- und Finanzkreisen, in allen bürgerlichen Unternehmungen.*) Die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten war derjenigen der alten Welt nicht blos ebenbürtig geworden, sondern hatte sich an die Spitze der ausbeutenden Gesellschaft gestellt mit dem festen Vorsatz, diesen Platz zu behaupten. Wie sie mit den Arbeitern und den Bestrebungen derselben, mit der Arbeiterschutzgesetzgebung und den Arbeiterorganisationen verfuhr und umsprang, ist aus weiteren Mittheilungen zu ersehen. Daß sie trotz allem bösen Willen die Arbeiterorganisation und damit auch die fortgeschrittene Arbeiterbewegung nicht unterdrücken konnte und kann, sagt Prof. R. T. Ely (S. 162) treffend wie folgt:

> „Es steht der Unternehmerklasse in Amerika keine Macht zur Verfügung, womit sie die Organisationen der Arbeiter vernichten könnte. Die Gegner (der Arbeiterorganisationen) mögen die Polizei verdoppeln, die Miliz vermehren, die Gesetzgebung beherrschen, die Richter unter ihrem Daumen halten und jede Zeitung in den Vereinigten Staaten aufkaufen — — ihre Anstrengungen werden doch vergeblich sein. Könige, Kaiser und Parlamente haben solche Versuche seit 600 Jahren gemacht, stets ohne Erfolg."

„Das Geld" von Zola.

Von **Paul Lafargue.**

(Fortsetzung.)

Zola (geboren 1840) begann seine Laufbahn im Leben als Angestellter einer großen Pariser Buchhandlung, sagte aber bald der Existenz eines Kommis Valet, um sich dem Journalismus zu widmen, und schrieb zuerst für das tägliche Blatt „La Cloche" (Die Glocke), welches unter dem Kaiserreich den Versuch machte, der „republikanische Figaro" zu werden. Nach dem Sturz Napoleon's III. folgte Zola Gambetta nach Tours und Bordeaux, und als die wilde Jagd der Bourgeoisrepublikaner nach Aemtern und Würden begann, als das große Hallali der unter sie zu vertheilenden Beute geblasen wurde, da forderte er für sein Theil eine Souspräfektur. Sein Gesuch ward abschlägig beschieden, was zur Folge hatte, daß er der Politik den Rücken kehrte und sich ausschließlich seiner literarischen Thätigkeit, der Abfassung seiner Romane widmete. Der Politik

*) Unseren germanischen Biedermännern, den Meistersingern von deutscher Treue, deutschem Sinn hat Marx schon einmal zugerufen: De te fabula narratur. Der Welfenfonds, der Bochumer Steuerprozeß 2c. 2c. sind übrigens keine Fabeln.

trägt er den Groll eines Menschen nach, der in seinem Ehrgeiz enttäuscht worden ist; anläßlich einer Besprechung Vallé's bezeichnet er sie verächtlich als ein „trübes Handwerk.“ Er lebt seither in äußerster Zurückgezogenheit, wie „ein Bär,“ wie er selbst sagt. Kürzlich ist jedoch sein Ehrgeiz von Neuem erwacht; er ist aus seiner Einsamkeit herausgetreten, hat sich zum Präsidenten des Schriftstellervereins ernennen lassen und träumt davon, in die Akademie und den Senat einzutreten, diese beiden Versorgungshäuser für abgedankte, altersschwache, verkrüppelte Literaten und Politiker.

Um seinem literarischen Werk den Anschein der Einheitlichkeit zu verleihen, hat es Zola in Nachahmung Balzac's als die „natürliche und soziale Geschichte einer Familie unter dem zweiten Kaiserreich“ betitelt. In der Folge richtet er es so ein, daß irgend ein Mitglied dieser Familie in einem jeden seiner Romane eine hervorragende Rolle spielt. Allein die Einheitlichkeit, welche gewahrt bleiben sollte, ist mehr konventionell als wirklich. Die Einheitlichkeit seines Werkes beruht weniger darin, daß er die Geschichte einer ganzen Familie erzählt, als vielmehr in seinem Plan, die sozialen Organismen zu studiren, welche gleichsam das Skelett der kapitalistischen Gesellschaft bilden.

Es bleibt bedauerlich, daß ein Mann von dem unbestreitbaren und unbestrittenen Talent Zola's das Leben eines Einsiedlers führt und dadurch unfähig gemacht wird, Das richtig zu schildern, was er darzustellen vermeint. Der Naturforscher und der Chemiker ziehen sich von der Welt zurück, allein sie schließen sich in ihre Laboratorien ein, um die Wesen und Dinge, welche sie interessiren, und die sie untersuchen wollen, in allernächster Nähe studiren zu können. Wenn dagegen Zola in einsiedlerischer Zurückgezogenheit lebt und schafft, so entfernt er sich gerade von den Wesen und Dingen, welche Gegenstand seiner Studien sind; er ist mithin gezwungen, de chic (aus dem Kopf) zu malen, um mich dieses charakteristischen Ausdrucks der Maler zu bedienen.*)

Er glaubt den Unvollkommenheiten dieser Methode dadurch abzuhelfen, daß er flüchtig die Verhältnisse in der Wirklichkeit ansieht, die er beschreiben will. So legt er eine Fahrt von 50 oder 100 Meilen auf einer Lokomotive zurück, um sich mit den Empfindungen eines Lokomotivführers vertraut zu machen; er besucht die großen Magazine, beobachtet an den Tagen der Saisonausstellungen und Ausverkäufe das hin- und herwogende Leben und Treiben, um die Leidenschaften kennen zu lernen, welche den Kaufmann und sein Personal bewegen; er verlebt acht Tage in einem Kohlendistrikt oder in der Beauce,**) um die Lebensweise der Kohlengräber und der Bauern auf Grund eigener Anschauung schildern zu können, und er vervollständigt diese seine im Vorbeigehen angestellten Beobachtungen durch Angaben, welche er aus Büchern, Zeitungen und Privatgesprächen schöpft. Alles in Allem geht Zola bei seinen Beobachtungen und Studien genau so zu Werke, wie die Zeitungsreporter. Sobald ein Ereigniß geschehen ist, eilen diese gänzlich unvorbereitet auf den Schauplatz desselben, sie dürfen keine Zeit damit verlieren, den Gegenstand, worüber sie schreiben sollen, gründlich kennen zu lernen, in einem Nu müssen sie Alles gesehen haben, und deshalb sehen sie nur die Oberfläche der gröbsten Phänomene, die so sinnenfällig sind, daß sie von Jedermann bemerkt werden müssen. Sie sind nicht im Stande, die Thatsachen

---

*) Peindre de chic bedeutet nicht nach der Natur, sondern nach Erinnerungen und Beschreibungen malen.

**) Die Beauce ist die südlich von Paris gelegene Hochebene, auf der besonders Getreidebau betrieben wird.

in ihre wesentlichen Momente zu zerlegen, zu ihren Ursachen zurückzugehen, die Mannigfaltigkeit ihrer Wirkungen und Gegenwirkungen zu verfolgen und zu erfassen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn man in ihren Bemerkungen, wie in denen Zola's nur wenig originelle Beobachtungen findet, die nicht schon früher mehrfach gemacht worden wären.

Zola, der mit dem Auge eines Künstlers das Aeußere der Dinge im Fluge erfaßt und dann festhält und der ein großes Darstellungstalent besitzt, verbirgt die Banalität seiner Beobachtungen hinter Bildern von romantischem Kolorit, die den Leser packen und gefangen nehmen, ihn aber nicht auf den Schauplatz der Handlung versetzen und davon eine genaue Vorstellung geben. Ein Maler kann ohne Mühe ein Bild nach den Mittheilungen eines Reisenden entwerfen, der ohne belletristische Prätensionen einfach und schlicht erzählt, was er gesehen; dagegen ist es ebenso schwierig, ja fast unmöglich, nach der Schilderung eines Romanschriftstellers zu zeichnen, der nur darnach strebt, uns durch das Kolorit seiner Sprache und den Reichthum seiner Bilder zu blenden.

Zola sucht den Erfolg um des Erfolgs willen; er schätzt das Talent eines Schriftstellers nach der Zahl der Exemplare, welche dessen Verleger von seinen Werken absetzt. Da dem Bourgeoispublikum nichts mehr mißfällt als das Neue, so hütet er sich wohl, ihm Neues aufzutischen. Scribe, der diese Schwäche des Bourgeoishirns gut kannte, antwortete einem Freund, der ihm ein Bonmot erzählte: „Wiederholen Sie es, drucken Sie es, lassen Sie es herumgehen, und wenn es seinen Weg gemacht hat und von Jedermann im Munde geführt wird, so werde ich es in einem Stück anbringen. Alle, die es gehört und wiederholt haben, werden Beifall klatschen." Die Leser, die Balzac langweilig finden — und sie bilden die große Majorität des lesenden Publikums — würden sich nie mit einem tiefangelegten Werk befreunden, mit einer ernsten und wirklich dokumentarischen Studie — um den Ausdruck zu gebrauchen, den Zola und seine Freunde so lieben. Ihren Wünschen entspricht es, daß Szenen und Gestalten schnell, wie die Bilder einer Laterna magica an ihren Augen vorüberziehen und keinen Aufwand von Aufmerksamkeit erfordern; jedes Nachdenken bedeutet für sie ein höchst überflüssiges Kopfzerbrechen.

Zola versteht den Geschmack des Publikums, er giebt sich in umfassenden Schilderungen aus; dagegen zeichnet er nur flüchtig und in großen Umrissen seine Personen, die, da sie nur im Vorübergehen beobachtet und studirt worden sind, sich selten gut in die Situation einfügen. Sie stammen meist aus zweiter Hand und sind nicht nach der Natur dargestellt worden. Man erzählt z. B., daß Zola einen Kohlengräber in Lebensgröße in allen Stellungen zeichnen ließ, die er bei seiner Arbeit einnimmt, damit er ihn im „Germinal" beschreiben konnte. Das erste Kapitel des Romans „La Terre" (Die Erde) schildert nicht eine Szene, die Zola selbst erlebt hat, es enthält vielmehr die dichterische Wiedergabe eines berühmten Gemäldes von Millet, „Le Semeur" (Der Säemann), verziert durch die eingeflochtene Episode vom Bespringen der Kuh, die bereits vor Zola von Rollinat in dokumentarischen Versen beschrieben worden ist.

Paul Alexis, Zola's Geschichtschreiber, hat uns durch seine Mittheilungen über Nanas Küche einen Einblick in die Arbeitsmethode des Meisters gewährt.*) Zola häuft nach und nach Notizen auf, die er aus Zeitungen, Büchern und Gesprächen zieht, und die er dann sorgfältig sichtet und klassifizirt, entsprechend etikettirt und in einem Kataloge verzeichnet; von Zeit zu Zeit entleert er den

*) „Emile Zola, Notes d'un ami" par Paul Alexis.

Inhalt seiner Notizensammlungen in einer Handlung, näht die einzelnen Notizen zusammen und der Roman ist fertig. Brunetière glaubte Zola dadurch in Verlegenheit zu setzen, daß er nachwies, er habe den englischen Schriftsteller Otway plagiirt.*) Zola hätte ihm darauf erwidern können: „Wenn Sie die Zeitungen und Bücher kennen würden, aus denen ich meine dokumentarischen Notizen zusammentrage, so könnten Sie in meinen Romanen Hunderte von ähnlichen Plagiaten finden. Wie kann ich Plagiate umgehen, wenn ich Verhältnisse schildern will, die ich nicht kenne, und durch welche ich nur mit Schnellzugsgeschwindigkeit durchgefahren bin?“

Cervantes, d'Aubigné, Smollet, Rousseau und Balzac haben erst geschrieben, nachdem sie etwas erlebt und die Menschen durch Umgang mit Angehörigen der verschiedensten Gesellschaftskreise, durch Beobachtung ihres Lebens und Treibens in der Wirklichkeit gründlich kennen gelernt hatten. Die Romanschriftsteller unserer Zeit dagegen, welche sich Naturalisten und Realisten tituliren und behaupten, daß sie nach der Natur malen, sperren sich in ihrem Arbeitszimmer ein, thürmen ganze Berge bedruckter und bekritzelter Papiere um sich auf, aus denen sie das frisch pulsirende wirkliche Leben kennen lernen wollen und verlassen ihre behaglichen Wohnungen nur ab und zu, um als Dilettanten Oertlichkeiten zu besichtigen und eine Handvoll der nothwendigsten, oberflächlichen Eindrücke zu sammeln. Die Goncourt und Flaubert, welche diese sonderbare Methode der realistischen Beobachtung auf die Spitze getrieben haben, behaupten, daß ein Schriftsteller nicht nur an den politischen Kämpfen seiner Zeitgenossen keinen Antheil nehmen, sondern daß er überhaupt keine menschlichen Leidenschaften empfinden dürfe, um sie desto besser schildern zu können, daß er von Marmor sein müsse, um das Leben richtig zu schätzen!

Kann man sich vielleicht vorstellen, daß Dante die „Göttliche Komödie“ geschrieben hätte, wenn er als guter Spießbürger in seinen vier Pfählen gehockt,

---

*) Wir lassen an dieser Stelle das von Brunetière aufgedeckte Plagiat folgen, weil es charakteristisch ist: Man liest in „Nana“: „Er (Nanas Liebhaber) spielte manchmal den Hund. Sie warf dann ab und zu ihr parfümirtes Taschentuch in das andere Ende des Zimmers, und er mußte auf Händen und Füßen kriechend nachlaufen und es mit den Zähnen aufheben.

„Apport, Cäsar, ich werde Dich prügeln, wenn Du faul bist. So ist's recht, Cäsar! Du bist ein artiger Hund! ein netter Hund!“

Und er gefiel sich in seiner Niedrigkeit, kostete das Vergnügen, ein Thier zu sein, trachtete darnach, sich noch mehr zu erniedrigen.

„Schlag stärker zu,“ schrie er, „wau, wau, ich bin toll! So schlag mich doch.“

In dem berühmten Werk Thomas Otway's „Das gerettete Venedig“ ist der Senator Antonio der Liebhaber einer Kourtisane Namens Aquilina.

„Sie jagt ihn fort, nennt ihn einen Idioten, sagt ihm, daß das einzige Gute an ihm sein Geld sei.“

„Ich bin also ein Hund?“

„Jawohl, ein Hund, Monsignor!“

Daraufhin kriecht er unter den Tisch und bellt.

„Wie, Du beißt! Dafür sollst Du Fußtritte bekommen.“

„Was thut's! Ich lasse sie mir herzlich gern gefallen! Fußtritte will ich! Noch mehr Fußtritte! Wau, wau, wau! Stärker, so schlage doch stärker!“

Zola hat diesen Zug hündischer Unterwerfung nicht durch Lektüre von Otway's Werk selbst gefunden, sondern ihn der „Histoire de la littérature anglaise“ (Geschichte der englischen Literatur) von Taine (3. Band, S. 656) entnommen.

dem öffentlichen Leben gleichgiltig gegenüber gestanden, an den politischen Kämpfen seiner Zeit keinen leidenschaftlichen Antheil genommen hätte?*)

Die Methode der Realisten ist eher bequem für die Schriftsteller als vortheilhaft für ihre Werke. Ihre „dokumentarischen" Romane wimmeln von großen und ärgerlichen Ungenauigkeiten. Aurelien Scholl, der sich in allen übelberüchtigten Lokalitäten von Paris herumgetrieben, hat sich damit amüsirt, die zahlreichen Irrthümer hervorzuheben, die sich in Zola's „Nana" finden. Wenn das in diesem Romane gegebene Gemälde vom Leben der Freudenmädchen höherer und niederer Art von einem jungen Provinzialen, der zum ersten Male Pariser Pflaster betritt, auch gläubig aufgenommen wird, so entlockt es einem echten Pariser, der dieses Leben von Grund aus kennt, nur ein Achselzucken.

Zola's Talent ist jedoch ein so mächtiges, daß trotz der Unvollkommenheit seiner Beobachtungsmethode und trotz seiner zahlreichen dokumentarischen Irrthümer seine Romane die bedeutendsten literarischen Erzeugnisse unserer Epoche bleiben. Ihr ungeheurer Erfolg ist wohlverdient, und wenn sie nicht, wie „Monsieur et Madame Cardinal" und gewisse Romane von geringerem Umfang, Meisterwerke sind, so erklärt sich dies dadurch, daß der Stoff kolossal war, den sie zu bewältigen hatten, und daß es der Kraft eines Titanen bedurft hätte, um ihn aufzuheben, ihn zu drehen und zu wenden und mit ihm zu spielen. Und thatsächlich ist Zola im Vergleich zu den ihn umgebenden Pygmäen ein Riese.

L'Argent (Das Geld), sein jüngster und vielleicht sein bedeutendster Roman rückt alle seine Vorzüge und Fehler in hellste Beleuchtung.

II. „Das Geld" (L'Argent).

„L'Argent" kann als Gegenstück und Ergänzung zu „Pot-bouille"**) betrachtet werden, d. h. zu dem Romane, in welchem Zola mit unerbittlicher Schärfe und Rücksichtslosigkeit die Verhältnisse des Kleinbürgerthums schildert. Waren

---

*) Die Goncourt's erzählen in ihrem „Journal" (Tagebuch) folgendes Geständniß Turgenieff's, das diesen literarischen Vertreter einer Epoche der Thatkraft treffend charakterisirt: „Und da Flaubert und ich die Bedeutung der Liebe für den wissenschaftlich gebildeten Mann bestritten, ließ der russische Schriftsteller mit einer Bewegung seine Arme herabsinken und rief: „Was mein Leben anbetrifft, so hat darin das weibliche Geschlecht eine große Rolle gespielt! Weder Bücher, noch irgend Etwas auf der Welt hat mir die Frau ersetzen können. . . . Wie soll ich Euch das sagen? Ich finde, daß die Liebe allein ein gewisses Aufblühen des Menschen zur Folge hat, das durch nichts Anderes bewirkt werden kann, nicht? . . . Seht, ich habe als ganz junger Mann eine Müllerin aus der Umgegend von Petersburg geliebt; ich traf mit ihr auf meinen Jagden zusammen. Sie war allerliebst, ganz weiß und hatte einen dunklen Strich im Auge, was bei uns häufig vorkommt. Sie wollte nie etwas von mir annehmen. Eines Tages jedoch sagte sie zu mir:

„Du mußt mir ein Geschenk machen. . . . Bringe mir aus St. Petersburg ein Stück wohlriechender Seife mit."

Das nächste Mal bringe ich ihr die Seife mit, sie verschwindet, kommt mit vor Erregung rosig überhauchten Wangen zurück und murmelt mir ins Ohr, während sie mir ihre wohlriechenden Hände entgegenstreckt:

„Küsse mir die Hände, wie Du in den Salons die Hände der St. Petersburger Damen küßt."

Ich kniete vor ihr nieder . . ., und ich kann Euch sagen, daß kein anderer Augenblick meines Lebens diesen Moment aufwiegt."

**) Titel der deutschen Uebersetzungen von „Pot-bouille": „Am häuslichen Herde" und „Die Geschichte eines Bürgerhauses."

ehemals die charakteristischen Eigenschaften des Kleinbürgerthums eine regelrechte, streng geordnete, stille Lebensführung, hausbackene Rechtschaffenheit und eine zopfige Philisterhaftigkeit gewesen, die den Künstlern früherer Epochen den Vorwurf zu komischen Typen lieferte, so tritt es uns in der Neuzeit, so tritt es uns in „Pot-bouille“ als durch und durch versumpft und korrumpirt entgegen. Der Faktor, der diesen Umschwung in der Physiognomie der Kleinbourgeois bewirkt hat, ist nicht etwa der Durst nach Gold, sondern das drückende, zwingende Bedürfniß nach Geld; ist keineswegs das Jagen nach Freuden und Genüssen, vielmehr der Kampf um eine elende, kümmerliche, sorgenschwere Existenz. Der Kleinbürger muß rechnen und knausern, ehe er seiner Frau ein Band, seinen Kindern ein Spielzeug kaufen kann, bei Todesstrafe ist er gezwungen, an Pfennigen und Hellern zu sparen.

In seinem Roman „L'Argent“ führt uns Zola in eine andere Welt, die sich im vollsten Gegensatz zu den kleinbürgerlichen Kreisen befindet, in eine Welt, in welcher man nicht nach Pfennigen, sondern nach Tausendmarkscheinen rechnet. Hier sehen wir das flüssig und beweglich gewordene Gold in eiligeren, rascheren, tosenderen Wellen dahinströmen als in den goldhaltigen Gewässern Perus; hier ist das Gold zum Zweck und Ziel alles Lebens, alles Dichtens und Trachtens geworden. Und nicht mehr zur Sicherung der eigenen Existenz, auch nicht zur Fristung der Existenz der Familie, nicht mehr um eine Antwort auf die uralte Frage: Was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden? zu geben, wird ihm nachgejagt. Und nicht mit Rücksicht auf irgend welches Bedürfniß müht und quält man sich in diesen Kreisen, sondern lediglich um Millionen auf Millionen zu häufen, aus Liebe zum Gold, um des Goldes willen. Der jüdische Millionär Gundermann, dessen Gestalt Zola im „L'Argent“ gezeichnet, kennt keinerlei Bedürfnisse. Ein lustiger Bruder Studio, den uns Balzac in einem seiner Werke vorführt, und der ebenso arm an Thalern als reich an Geist ist, tröstet sich in seiner Geldnoth mit der philosophischen Erwägung, daß weder Napoleon noch der reichste Mann der Welt zweimal täglich zu Mittag speisen oder mehr Liebschaften haben könnte als ein Student der Medizin. Gundermann kann nicht einmal mehr *ein* Mittagmahl täglich zu sich nehmen, und das Weib existirt nicht für ihn. Sein zerrütteter Magen verträgt nur Milch, und wenn er einmal gründlich schlemmen will, so genießt er den Saft einiger Weinbeeren; sein Herz schlägt nur für die Hausse und Baisse der Börsenpapiere.

Allein die Liebe zum Gold, welche die Gestalten der von Zola geschilderten Welt charakterisirt, ist keineswegs die Liebe zum metallnen, festen Gold, zum Gold, das gleißt und scheint, die Augen durch seinen sonnengleich strahlenden Glanz, die Ohren durch seinen harmonischen Klang erfreut und besticht. Grandet, der von Balzac gezeichnete Geizige, liebt das Gold zärtlich wegen seiner physischen Eigenschaften, wegen seiner Farbe, seines Klanges; er häuft die funkelnden Goldstücke in sicherem Gewahrsam auf, er läßt sie spielend durch seine Finger gleiten, es gewährt ihm ein unvergleichliches Entzücken, mit seinen Händen in dem Schatz zu wühlen, ihn zu befühlen und zu betasten; er spricht von seinem Gold mit den Schmeichelworten, den berauschenden hinreißenden Reden eines liebeglühenden Dichters. „Wohlan, hole meinen Liebling, mein Herzkäferchen herbei,“ sagt er zu seiner Tochter. „Du solltest mich auf die Augen küssen, damit ich Dir die Geheimnisse des Lebens und Strebens der Thaler erzähle.... Wahrhaftig, die Thaler leben und rühren sich so gut wie die Menschen. Sie kommen, sie gehen, sie vergießen Schweißtropfen, sie schaffen.“ Stundenlang ergötzt er sich an dem

Anblick der zu Häufchen aufeinander geschichteten Louisdor, deren schillernder Glanz ihn förmlich hypnotisirt, so daß er begeistert ausruft: „Das erwärmt mich!“

Die Börsianer kennen nicht mehr das Gold, „diese der Sonne geraubte Thräne,“ durch ihre Hände gleiten nur Stücke Papier, die sie mit fieberhaften Bewegungen zerknittern und zerknüllen. Für sie ist das Vermögen nicht ein sichtbares, greifbares, faßbares Etwas, sondern eine Reihe abstrakter Zahlen, metaphysischer Werthe. Wenn von Gasaktien, Eisenbahnaktien, Kohlengrubenaktien die Rede ist, so schwebt ihnen nicht das Bild ungeheurer, glockenähnlicher Gasometer vor, welche das aus der Kohle gewonnene flüchtige Gas aufnehmen und gefangen halten; mit ihrem geistigen Auge sehen sie nicht dampfende Lokomotiven, endlose Schienengeleise, unterirdische Schachte und Karren voller Kohlen, vor ihren Blicken tanzt vielmehr blos der abstrakte Preis der Papierfetzen, Aktien genannt, hin und her, die für den Börsianer körperlose, sozusagen unirdische Werthe sind: für ihn persönlich ist es absolut gleichgiltig, ob die Dinge, welche sie repräsentiren, wirklich existiren oder nicht.

Nicht „das Geld,“ sondern „die Börse“ hätte Zola seinen Roman betiteln sollen, denn er entrollt uns ein Gemälde der Kreise, die durch das Börsenspiel in beständiger fieberhafter Spannung und Aufregung gehalten, bis ins innerste Mark erschüttert und zerrüttet werden. Das Geld schließt in seinen Kreislauf alle Vorgänge und Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft ein. Gegen einige wenige Franken verkauft sich der Arbeiter für einen Tag, eine Woche, einen Monat, er liefert Weib und Kind dem Kapitalisten aus, und verurtheilt sie zur Zwangsarbeit in der Fabrik; um des Geldes willen fälschen die Schienenfabrikanten die Stempel des Staates und bringen durch geflickte Schienen das Leben von Tausenden von Reisenden in Gefahr; um des Geldes willen nutzte der Präsident Grévy seinen politischen Einfluß, seine Stellung als höchster Beamter und Würdenträger des französischen Staates zu schmutzigem Schacher aus; für Geld schlägt der Offizier sein Leben in die Schanze, bleibt der Kassirer ehrlich, schreiben Dichter und Schriftsteller. Die kapitalistische Entwicklung hat die Menschheit auf ein so niedriges Niveau herabgedrückt, daß sie nur noch einen Beweggrund kennt und kennen kann: das Geld. Das Geld ist der große Motor, das Alpha und Omega aller menschlichen Handlungen geworden. „Das Geld,“ sagte Balzac, „ist die ultima ratio mundi.“ Zola hat nie daran gedacht, die von dem allmächtigen Geld erzeugten Tugenden und Laster in ihrer Gesammtheit in dem Rahmen seines Romans darzustellen.

Alle Gestalten seiner neuesten Schöpfung drehen sich um eine Finanzspekulation, die Börse ist das Schlachtfeld, auf welchem sie auf Tod und Leben kämpfen. Die Börse ist jedoch nicht die Zauberwerkstatt, in der die Reichthümer geschaffen werden, sie stellt vielmehr die Räuberhöhle dar, in der die Finanzmänner mit Aufbietung von List, Falschheit, Lug und Trug die Beute theilen: die Millionen und Milliarden, die auf den Aeckern, in den Bergwerken, Fabriken und Werkstätten der ganzen Welt geschaffen worden sind. Die Börsenjobber, die in ihren Geldschränken und Brieftaschen ganze Berge von Produkten zentralisiren, haben nie in ihrem Leben auch nur das Geringste produzirt. Ihre geistige Arbeit beschränkt sich ausschließlich darauf, hinterlistig Fallen und Netze zu stellen, in denen sich die Millionen fangen sollen, die irgendwo und von irgend Jemand — es kümmert die Herren verteufelt wenig wo und von wem — erzeugt worden sind.

Saccard, der Held des Zola'schen Romans, personifizirt diese sonderbare Welt. In dem Augenblick, wo er in den Roman eingeführt wird, besitzt er nicht einen rothen Heller, seine Bekannten begegnen ihm kalt, oder stellen sich,

als ob sie ihn gar nicht bemerkten; er ist ja ein ruinirter Mann, und in dieser Sphäre sucht man Freundschaft vergebens. Und während er noch mit allgemeiner Mißachtung behandelt wird, arbeitet er sich plötzlich aus seinem Elend empor und steht als Triumphator da, der von den nämlichen Leuten angebetet und beweihräuchert wird, die ihm kurz vorher verächtlich den Rücken drehten und aus dem Wege gingen. Und der Grund, der diesen schnellen Umschwung bewirkt hat? Saccard steht an der Spitze einer vom Glück begünstigten, äußerst erfolgreichen Finanzspekulation, deren Aktien steigen und trotz der berechtigtesten Befürchtungen, trotz der Intriguen und des Verrathes seiner Kumpane, trotz der schlau ausgeklügelten Kombinationen seiner Konkurrenten weiter und weiter zu fabelhafter Höhe steigen. Saccard ist nicht der Vater der Idee, auf welcher sich die Spekulation aufbaut; er ist ebenso wenig der Organisator des administrativen Mechanismus des Unternehmens. Ein Ingenieur von anspruchslosem, mystischen Charakter, der unter diese Bande von Spitzbuben gerathen ist, hat Alles erdacht, Alles organisirt; Saccard ist nichts als der „Gründer,“ der Mann, der die Zauberformel kennt, die den Beutel der Aktionäre öffnet, der Mann, der die wunderbare Kunst versteht, diese in Gimpel zu verwandeln, die gegen Papierfetzen ihr klingendes, vollwichtiges Gold umtauschen, obwohl es ihnen theuerer ist als ihre Ehre, als Weib und Kind und Schooßhund.

Dem Roman Zola's liegen wirkliche Begebenheiten und Thatsachen zu Grunde, die von ihm dichterisch umgestaltet worden sind: die Geschichte der „Union générale,“ der von den Herren Bontoux und Feder geleiteten Finanzgesellschaft, die Frankreich, Oesterreich, Serbien und Rumänien durch Gründung von Banken, Bergwerken, Eisenbahnen und Fabriken auszubeuten suchte. Die Union générale war einige Zeit lang die durch den päpstlichen Segen kanonisirte, wunderwirkende Sparkasse, die den guten Katholiken Zinsen von fabelhafterer Höhe zahlte, als sie je der stockjüdischste Wucherer zu erpressen vermocht; sie sollte die Bank des Papstes und aller Katholiken werden, und ihr Krach — einer der riesigsten, die man bis jetzt erlebt — erschütterte die Finanzwelt und zog die weitesten Kreise in Mitleidenschaft.

Saccard ist ein geriebener, in allen Schlichen und Kniffen bewanderter Macher schwindelhafter Unternehmungen. Er weiß ganz genau, daß eine Finanzspekulation nicht in den Händen von rechtschaffenen und sachkundigen Männern gedeiht, wohl aber in denen von durchtriebenen Lumpen, die an der Börse eine einflußreiche Rolle spielen, oder die mittels ihres altadeligen Namens, ihres Deputirtensitzes oder auch nur eines Ordens den Dummköpfen imponiren, denen an Stelle des Hornes ein gespickter Geldsack zu Theil geworden. Und dieser Erkenntniß entsprechend, wählt er das Personal aus, welches der Verwaltung des von ihm gegründeten Schwindelunternehmens angehört. Saccard weiß ferner, daß, wenn bei dem Geschäft ein Profit abfallen soll, die Reklame aufs Aeußerste ausgenützt werden muß.

Man hätte nun erwarten sollen, daß Zola, der für einen ultrarealistischen Schriftsteller gehalten sein will und sich in den abstoßendsten, widerlichsten pathologischen Schilderungen gefällt, daß Zola, der, die Faust herausfordernd in die Seite gestemmt, ohne jedes Bedenken die schmutzigsten Ausdrücke gebraucht, auch den Muth besessen haben müßte, hinsichtlich der Reklame betrügerischer Finanzoperationen, und der Rolle, welche die Presse hierbei spielt, die ganze, volle, ungeschminkte, ihm gut bekannte Wahrheit zu enthüllen.

Aber der Muth hat ihm gefehlt im „L'Argent“ wie im „Germinal.“ In dem erstgenannten Roman hat er die Presse geschont, dieses „Magazin von Gift,“

wie sich Balzac ausdrückte. Er hat nicht den Muth besessen zu zeigen, wie die gesammte Bourgeoispresse der Großfinanz verkauft ist, wie sie, einer Prostituirten gleich, deren Gunst durch Bitten und Drohungen zu erschleichen sucht. Maupassant ist der einzige moderne Schriftsteller, der in seinem Roman „Bel-Ami" gewagt hat, ein Zipfelchen des Schleiers zu lüften, der die Schmach und Schande der Pariser Bourgeoispresse deckt.*) Zola hat wohl die Gestalt eines Journalisten gezeichnet, der durch Ausschweifungen und Schulden zu Grunde gerichtet, auf Bestellung Artikel schreibt, in denen er heute weiß schwarz und morgen schwarz weiß sein läßt, und der dafür mit moralischen Fußtritten behandelt wird. Allein dieser Journalist gehört der schriftstellerischen Bohême an, er besitzt weder Ansehen, noch Einfluß, seine Gesinnungslumperei scheint inmitten der Wohlanständigkeit des bürgerlichen Journalismus eine vereinzelte Ausnahme zu sein. Wenn Zola die tiefe Korruption der Presse mit Stillschweigen übergeht, so ist dies keineswegs aus Unkenntniß der Verhältnisse geschehen. Er kennt die Presse sehr gut, denn er ist selbst Journalist gewesen und steht noch jetzt in ständigen Beziehungen zur Journalistik. Gerade jene gesellschaftliche Sphäre, die er aus persönlicher Beobachtung und Erfahrung kennt, über welche er positive, naturgetreue Dokumente besitzen muß, ist diejenige, die er naturgetreu zu zeichnen fürchtet. Denn Zola, der wie alle seine werthen Kollegen von der Feder ein Krämer ist, will die Journalisten schonen, welche durch ihre Reklame den größeren oder geringeren Absatz seiner Bücher beeinflussen können. Zuerst das Geschäft, dann, wenn es geht, die Kunst. Deshalb hat er sich wohl gehütet zu zeigen, wie die respektabelsten und respektirtesten, die vornehmsten wie die langweiligsten Blätter ihre ersten Seiten den Größen der Finanz zur Verfügung stellen, damit diese die Bourgeois betrügen und bestehlen, deren Leiborgane die betreffenden Zeitungen sind.**) Dagegen wiederholt er mit Behagen zweimal einen

---

*) Erst ganz kürzlich haben Portalis, der Chefredakteur des „XIXième Siècle" (Neunzehnten Jahrhunderts), eines angesehenen Pariser Blattes, welches Deputirte und Stadträthe zu seinen Mitarbeitern zählt, Marinoni, der Administrator des „Petit Journal" (Kleine Zeitung) und Charles Laurent, Stadtrath von Paris und Hauptredakteur des „Jour" (Der Tag) ihre schmutzige Wäsche vor dem Publikum gewaschen. In ihren Zeitungen und in Plakaten, die in Paris wie in der Provinz angeschlagen wurden, bezeichneten sie sich gegenseitig als Gauner und Louis, als käufliche Handlanger der Finanz. Der schamlos breitgetretene Schmutz erregte keineswegs die Entrüstung der übrigen Journalisten; diese zitterten bei dem Gedanken, in den Streit der drei rasenden Tollköpfe verwickelt zu werden, denn sie mußten dann fürchten, daß diese mit den gleichen Enthüllungen über sie selbst aufwarten würden. Das „Petit Journal," welches auf Grund von Beweisstücken nachwies, daß Portalis von Secrétan, dem Macher des Kupferrings, mehrere hunderttausend Franken erschwindelt und erpreßt hatte, verlangte seinen Ausschluß aus dem Journalistenverein. „Ich wette, daß sie das nicht thun werden," war Portalis' ganze Antwort, und trotz seiner Brandmarkung und Ueberführung gehört er nach wie vor der genannten noblen Brüderschaft an und verkehrt in intimster, kollegialischer Weise mit den übrigen Pariser Journalisten. „Gleich und gleich gesellt sich gern," heißt es im Sprichwort.

**) Im vergangenen Mai sah sich die Regierung zu einer kleinen Konzession an die öffentliche Meinung gezwungen, und machte deshalb Miene, gegen die Administratoren des Panamaunternehmens, welche den kleinen Sparern 1500 Millionen Franken aus den Taschen gelockt hatten, die gerichtliche Verfolgung einzuleiten. Der Abgeordnete Delahaye, der im Palais Bourbon die Kompagnie angegriffen und behauptet hatte, dieselbe könne nur über die Verwendung von 600 Millionen Franken Rechnung legen, die übrigen 900 Millionen müßten also verschleudert oder gestohlen worden sein, dieser Abgeordnete erklärte einem Reporter des „Eclair": „Herr Fer-

Streich, der, falls er thatsächlich vorgekommen sein sollte, eher einen Witz als eine Reklame darstellt.*) Nichts ist würdevoller und moralischer als die Prospekte der Spekulanten; diese Herren könnten den Jesuiten Unterricht im Jesuitismus geben.

An der Börse kämpfen die katholische Bank Saccard's und die israelitische Bank Gundermann's — der Name ist ein Pseudonym für Rothschild — miteinander um die Herrschaft. Ruhig in seine Höhle zurückgezogen, voller Vertrauen auf die wunderthätige Kraft seiner Millionen — der Sieg stellt sich stets auf Seite der großen Bataillone, sagte schon Turenne — läßt der kalte, gleichmüthige Jude den nervösen und fieberhaft erregten Christen sich aufreiben in einer Spekulation nach der anderen, wodurch die Aktien der „Universelle“ von einem Anfangskurs von 500 Franken zu der schwindelnden Höhe von 3000 Franken emporgetrieben werden. Als Saccard von diesem Pyrrhussieg erschöpft ist, wirft plötzlich Gundermann seine Millionen auf den Börsenmarkt und schmettert seinen Konkurrenten als ruinirten Mann zu Boden. Von dem Gipfel des Glücks wird dieser mit einem Schlag ins Gefängniß versetzt, und abermals verlassen und verrathen ihn Alle, die er bereichert hat. Saccard ist geschlagen, aber nicht niedergeschlagen; in seinem Zellgefängniß der Conciergerie schmiedet er Pläne zu neuen Unternehmungen und Spekulationen. Er träumt von dem Besitz großer Reichthümer und sieht sich im Geiste schon von Neuem als Herrn und Beherrscher der Börse, durch dessen Hände Hunderte von Millionen gleiten.

In der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts haben mehrmals erbitterte Kämpfe zwischen dem Hause Rothschild und Banken stattgefunden, welche diesem den Krieg erklärten, ihm die Herrschaft über den Geldmarkt streitig zu machen suchten. In den ersten Jahren der Regierung Napoleons III. repräsentirte der durch die Negoziirung der Staatsanleihen reich gewordene Rothschild die alte Manier der Spekulation; er ließ sich nur in sichere Finanzoperationen ein und spekulirte ausschließlich mit Millionen, die ihm eigenthümlich gehörten, oder für welche sein Bankhaus haftbar war. Allein die von den Theorien Saint-Simon's erfüllten Pereire und andere drängten die Spekulation in andere, neue Bahnen. Da sie selbst kein persönliches Vermögen besaßen, so ließen sie sich von dem Publikum die Kapitalien liefern, deren sie für ihre Zwecke bedurften, und da sie mit fremder Leute Geld spekulirten, keinerlei Gefahr persönlicher Verluste liefen — sie besaßen ja nichts, was sie verlieren konnten — so stürzten sie sich Hals über Kopf in die gewagtesten finanziellen Abenteuer. Aus jener Zeit datirt das Spekulationsfieber, welches die französische Nation in steter Aufregung erhält. Die Spekulanten der neuen Schule versuchten Rothschild auszuplündern, dieser richtete jedoch nach einander alle von ihnen zu Grunde, Pereire,

---

dinand de Lesseps hat so geschickt das Parlament, die Presse und die Akademie zu seinen Mitschuldigen gemacht, daß er gegen jede gerichtliche Verfolgung sicher gestellt ist. Niemand wird hingehen, um ihn am Kragen zu packen.“ Lesseps hatte eben Jedermann gekauft, weshalb er auch „der große Franzose“ genannt wird. Nachdem es den Anschein gehabt, als solle er gerichtlich belangt werden, stellten die Gerichte das Verfahren gegen ihn ein. Lesseps, seine Söhne und Helfershelfer genießen auch fernerhin im wohlverdienten Frieden die auf so mühselige und ehrenwerthe Weise erworbenen Millionen.

*) Jantron, der im Dienst der Finanz stehende Journalist, der im „L'Argent“ vorkommt, hatte „die Worte „achetez de l'Universelle“ (Kauft Aktien der Universellen, so heißt nämlich das von Saccard gegründete Unternehmen) auf die geheimsten und delikatesten Körperstellen liebenswürdiger Damen tättowiren lassen, die er auf den Markt der Galanterie warf.“ S. 199 und 277.

Mirès, Philippart, Bontoux. Der alte Jude besaß so unerschütterliches Vertrauen in seinen endlichen Sieg, daß von ihm erzählt wird, er habe den Schreibtisch leer stehen lassen, an welchem sein furchtbarster Gegner, Pereire, gearbeitet hatte, solange er in seinem Bankhaus Angestellter gewesen, und auf eine Bemerkung kühl geantwortet: „Er wird schon seinen Platz wieder einnehmen."

Die von Rothschild Besiegten waren Neuerer auf dem Gebiete der Finanzspekulation. Die Ideen und Kombinationen und die Methoden der Geldbeschaffung, die sie einführten, haben die Geschäftswelt und die Börse völlig revolutionirt. Sie zentralisirten in ihren Händen die Ersparnisse der bürgerlichen Kreise und der breiten Volksschichten, um sie dann in riesigen Strömen der Industrie und dem Handel zuzuführen. Sie sind sozusagen die Saug- und Druckpumpen des Nationalvermögens. Der Ruf nach Assoziation der kleinen Kapitalien ist eine Saint-Simon entlehnte Formel, deren Verwirklichung eine Nothwendigkeit für die ökonomische Entwicklung geworden war. Die Eisenbahnen und die Mechanismen der modernen Produktion sind so riesenhafte Anlagen, daß ihre Schaffung, respektive Anschaffung mittels der von dem Einzelnen aufgehäuften Kapitalien ein Ding der Unmöglichkeit ist. Man bedurfte zu diesem Zwecke der Kapitalien der Masse, die zusammengeworfen, zu Riesenkapitalien zusammengeschweißt werden mußten. Die Pereire und Mirès haben sich dieser Aufgabe unterzogen; sie dürfen sich eines größeren Wunders als der Auferweckung des Lazarus rühmen, sie haben Kleinbürger und Bauern zu bewegen gewußt, sich von ihrem lieben, theuren Geld zu trennen, es ihnen anzuvertrauen. So ward es ihnen möglich die Kapitalien zu liefern, deren die junge, sich rasch entwickelnde Großindustrie bedurfte. Pereire und Mirès haben die industrielle und kommerzielle Entwicklung mächtig gefördert, welche in die Zeit des Empire fiel, allein sie haben vor Allem und ganz gegen ihren Willen für die Vergrößerung des Hauses Rothschild gearbeitet, das, nachdem es ihr Aufkommen, ihren Erfolg eine Zeitlang ruhig mit angesehen, sie stürzte und sich der von ihnen geschaffenen finanziellen und industriellen Organismen bemächtigte.

Zola ist mit der Geschichte der Pariser Finanz- und Börsenwelt nicht bekannt; als richtiger Reporter hat er sich damit begnügt, einige Stunden auf der Börse zuzubringen, sich über die Lokalitäten zu unterrichten und die Plaudereien etlicher Börsianer zu notiren, die über die Geschichte der Börse, ihre eigene Geschichte ebenso wenig wußten wie er selbst, denn da diese Geschichte das Steigen und Fallen der Papiere nicht beeinflußt, so interessirt sie dieselbe herzlich wenig. In Zola's Augen ist der Kampf zwischen Saccard und Gundermann lediglich ein Duell zwischen dem katholischen und dem jüdischen Spekulationskapital. Allein die Pereire und Mirès waren ebenso gute Juden wie die Salomons und Nathans der Familie Rothschild, sie klagten diese an, die Juden des Nordens, die „Askenazim," zu repräsentiren, während sie für sich selbst die Ehre beanspruchten, die Juden des Südens, die „Sephardim," zu repräsentiren, die sich nach ihnen durch großherzigere und weniger schmutzige Ideen auszeichnen.

Dieser Krieg gegen das Haus Rothschild, das allen Stürmen getrotzt, das siegreich und mächtiger als je aus der Revolution von 1848 hervorgegangen, die doch seinen Sturz bezweckt hatte; das allen seinen von dem Empire und den Opportunisten beschützten und begünstigten Feinden die Stirn geboten und sie alle geschlagen hat; dieser Krieg und der Kampf zwischen der alten und neuen Spekulation und ihren Vertretern hätte dem Roman als Hintergrund dienen und ihm vielleicht eine epische Größe verleihen können. (Schluß folgt.)

* * *

Literarische Rundschau.

Der sozialdemokratische Staat. Grundzüge einer muthmaßlichen ersten Form sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung, nebst einleitender Schilderung des bestehenden Systems, von Oswald Köhler. Nürnberg 1891. Druck und Verlag von Wörlein & Comp.

In dem Prospekte, den die Verlagsfirma zu Gunsten der angeführten Schrift veröffentlichte, bemerkte sie ausdrücklich, daß der Verfasser seine Privatmeinung vertrete und keineswegs im Namen der Sozialdemokratie spreche. Die Verlagsfirma hat klug gethan, dies ausdrücklich hervorzuheben, andernfalls wäre wohl eine offizielle Desavouirung des Verfassers zur Nothwendigkeit geworden. Wir bedauern, daß der Verfasser, der auf anderen Gebieten ganz Tüchtiges geleistet hat, sich in der vorliegenden Schrift auf einen Boden begiebt, der ihm vollständig fremd ist. Wir kennen unter den Schriften, die Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben, nur wenige oder keine, deren Verfasser so vollständig alle Vorbedingungen für diesen Anspruch fehlten, wie bei der vorliegenden der Fall. Historische Auffassung und Kritik, ökonomisches Wissen und logische Reihenfolge in der Anordnung des Stoffs, also diejenigen Grundeigenschaften, ohne die ein Buch, wie das in Frage stehende, überhaupt nicht geschrieben werden kann, sucht man in den vier bisher erschienenen Heften vergebens, die bereits völlig genügen, zu einem Urtheil über die Schrift und ihren Verfasser zu gelangen. Wir bedauern, ein solches fällen zu müssen. Aber bei der Aufmerksamkeit und dem Interesse, die heute die sozialistische Literatur seitens der Gegner wie der Anhänger der sozialistischen Ideen fordert, ist es zunächst die Pflicht unserer Kritik, innerhalb der Partei selbst alle literarischen Erscheinungen aufmerksam zu verfolgen und nach ihrem Werthe zu beurtheilen, namentlich wenn ein literarisches Erzeugniß mit einem so anspruchsvollen Titel auftritt, wie dieses hier geschieht. Freilich enthält dieser Titel selbst bereits einen Anachronismus. Der Verfasser spricht in einem Augenblick von den Grundzügen sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung im sozialdemokratischen Staat, wo der neue Programmentwurf der Partei endgiltig mit der Fiktion des Zukunfts- oder des sozialdemokratischen Staats gebrochen hat, wie dies in den erkenntnißtheoretischen Schriften der Partei längst geschah. Wir erinnern hier nur an Engels' „Ursprung der Familie" und an Bebel's „Frau."

Nach dem hier Gesagten haben wir keine Veranlassung auf den Inhalt der vorliegenden Hefte näher einzugehen, was bei den Fehlern und Widersprüchen, die nahezu jeder Satz enthält, auch eine Herkulesarbeit wäre. A. B.

Notizen.

Von den Städten erhobene Verbrauchssteuern, die sogenannten Oktrois, belasten besonders in Frankreich den Konsum der Massen. Die unerhörte Theuerung der Lebensmittel, die drohende Preissteigerung durch den neuen Zolltarif hat der nie ganz erloschenen Agitation gegen die drückenden Oktrois wieder neue Nahrung verliehen. 1528 Ortschaften erheben heute Oktrois in Frankreich — es kommen wohl nur Städte dabei in Betracht, die ländlichen Gemeinden decken ihren Steuerbedarf fast ausschließlich durch Zuschläge zu den direkten Staatssteuern (durch centimes additionelles). Je größer die Stadt ist, desto mehr fallen meist die Oktrois ins Gewicht: Paris allein erhob 143 Millionen Franken. Insgesammt wurden von den französischen Gemeinden für ihren Bedarf 278 Millionen durch Oktrois gedeckt, etwa 112 Millionen durch die Getränkesteuern und etwa 166 Millionen durch Auflagen auf Eßwaaren, Brennmaterial, Viehfutter, Baumaterialien u. s. w. Zuletzt stellte

Yves Guyot im Dezember 1888 einen Antrag auf Beseitigung der Oktrois im Parlament, fiel aber damit durch. Heute sitzt Herr Guyot im Ministerium und Herr Léon Say hat, schon um die Schutzzöllner zu ärgern und einzuschüchtern, die Führung des Feldzuges übernommen. Selbst wenn es ihm Ernst mit dem Kampfe ist, wird er auf geringen Erfolg zu rechnen haben. Der Bourgeoisie selber sind freilich die vielen Verkehrsbelästigungen durch die Oktrois unangenehm, noch unangenehmer würde ihr aber deren Ersatz durch direkte Steuern sein. Dazu benutzt der Staat die Oktroibeamten der Gemeinden auch gleich zur Einhebung mancher staatlichen Verbrauchssteuern mit (wie bei den Getränkesteuern). Eine gerechtere Steuervertheilung wird daher auch auf kommunalem Gebiete gar nicht zu erwarten sein. —ms.

Ueber die wirthschaftliche Lage der deutschen Bergarbeiter veröffentlicht der „Geheime Bergrath und vortragende Rath im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe“ R. Nasse einige hochinteressante Mittheilungen (in Conrad's Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik III. Folge, 2. Band, 3. Heft).

Die Nasse'sche Arbeit geht von 10 Familien-Haushaltungsbudgets aus, die sich auf das Saarbrücker Bergrevier beziehen. Es wird später aber noch eine entsprechende Aufstellung aus dem Ruhrkohlenbezirk herangezogen. Nach dieser sowie nach der Versicherung des Herrn Nasse selber „zeigen die Lebensbedingungen der niederrheinisch-westfälischen Bergarbeiter gegen die der Saarbrücker keine großen Verschiedenheiten; die Ergebnisse unserer Untersuchung dürfen daher unbedenklich im Großen und Ganzen hinsichtlich der ... rheinisch-westfälischen Bergarbeiter verallgemeinert werden.“

Es mangelt uns der Raum, die zehn Budgets in ihren Einzelheiten wiederzugeben. Wir heben jedoch Folgendes hervor.

Für zwei Haushaltungen sind wohl die Ausgaben für die Familie, aber nicht die Einnahme der Familienmitglieder verzeichnet. Mithin können wir nur bei acht Haushaltungen Bedarf und Einkommen vergleichen. **Von diesen acht zeigen nicht weniger wie sechs ein Defizit,** zum Theil ein Defizit von ganz enormer Höhe. Wir finden nämlich in den Familien

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Einnahmen	1158,00	1968,00	1219,15	1165,01	1024,45	1126,13	2992,31	1339,31
Ausgaben .	1477,44	1450,48	1384,12	1416,69	1735,43	1286,82	2452,29	1667,72
Defizit (—)	319,44	—	164,97	251,68	710,98	160,69	—	328,41
Ueberschuß (+)		517,52					540,02	

Der Ueberschuß der beiden Familien unter 2 und 7 rührt nach den Mittheilungen Nasse's daher, daß bei Familie 2 ein unverheiratheter Sohn noch 810 Mark mitverdiente, bei Familie 7 warfen gar drei Söhne noch 1885 Mark in die gemeinsame Kasse ein. Die Ueberschüsse erklären sich demnach aus ganz ausnahmsweisen Verhältnissen und können darum gar keine Bedeutung beanspruchen. Die Defizite der halbamtlichen Feststellung sind hingegen um so niederschlagender, als die Lebenshaltung der Bergarbeiter, wie wir sehen werden, eine äußerst bescheidene und eingeschränkte ist.

Es ehrt den Beamten, daß er die Familien, die nach den Aufnahmen mit ihrem Lohn nicht auskommen können, nicht etwa der Uebertreibung in ihren Ausgaben oder der Unterschätzung ihres Einkommens zeiht; er bezeichnet sie selber als „Familien, bei welchen auf zuverlässige und vollständige Aufzeichnung gerechnet werden durfte.“ Nasse stellt nur in Abrede, daß die Budgets typisch sind für den Durchschnitt der Grubenarbeiter: Die bessergestellten Arbeiter — meint er — ließen ihre Ausgabebücher nicht gern einsehen, weil sie ihre Lage als eine günstige nicht erscheinen lassen wollen; die schlechter situirten Arbeiter böten sich dagegen eher zu Auskünften an, weil sie damit ihren Klagen über unzulänglichen Lohn einen gewissen Nachdruck

geben könnten; auch sei in „einigen“ (?) Fällen bei den mit hohen Defizits abschließenden Familien viel Krankheit, hoher Kindersegen und viel theuere Borgwirthschaft zu konstatiren gewesen. Letzteres mag sein, würde aber doch das empörende Ergebniß nur dahin abmildern: daß eine deutsche Bergarbeiterfamilie nur bei wenigen Kindern, bei ununterbrochener Gesundheit aller Mitglieder und bei sonstigen Vortheilen, auf die im Durchschnitt eben nicht zu rechnen ist, gerade das nackte Leben fristen kann. Mehr haben auch die Agitatoren im Bergrevier kaum behauptet; der königliche Bergrath bestätigt es indirekt, nur ist er noch immer der fröhlichen Hoffnung, daß die Lohnerhöhung von 1890, die er im Saarbrückischen auf 37 Prozent schätzt, das Defizit unterdeß beseitigt haben möge.

Wie lebt nun eine solche Bergarbeiterfamilie, die mehr braucht wie sie einnimmt? Ihr Bedarf ist natürlich nach der Zahl und dem Alter der Kinder und sonstiger zum Haushalt gehöriger Personen verschieden. Um einen Anhalt für den Verbrauch pro Kopf zu erhalten, setzt Herr Nasse die Ausgaben für den Mann gleich 1, diejenigen für die Frau gleich $^2/_3$, für jedes noch nicht erwachsene Kind über 6 Jahren gleich $^1/_2$, für jedes Kind unter 6 Jahren gleich $^1/_3$, während er erwachsene und fast erwachsene Söhne, welche arbeiten und verdienen wie der Vater, gleich 1, erwachsene Töchter oder sonstige erwachsene weibliche Angehörige wie die Mutter, gleich $^2/_3$ rechnet. Indem er nun weiter die Haushaltungsbudgets, welche der britische Arbeitsstatistiker für die Northumberländer Kohlengräber veröffentlichte, mit heranzieht, kommt er schließlich zu folgender lehrreichen Zusammenstellung der durchschnittlichen Jahresausgaben „pro Manneseinheit“:

	Für	In Saarbrücken Mark		In Northumberland Mark		In Essen Mark	
A.	1. Nahrungsmittel	194,70	203,12	218,56	218,56	198,00	198,00
	2. Genußmittel (Spiritus, Tabak)	8,42		—		—	
B.	3. Kleidung und Bettwäsche	89,93	89,93	36,73	36,73	69,00	69,00
C.	4. Wohnung	24,44	35,85	31,84	47,76	42,35	54,70
	5. Brand und Licht	11,41		15,92		12,35	
D.	6. Waschmaterialien	5,58	26,30	6,62	36,68	31,24	31,24
	7. Schule und Steuern	7,36		7,96			
	8. Arzt und Apotheke	4,50		3,98			
	9. Verschiedenes	8,86		18,11			
	im Ganzen		355,20		339,73		352,94

Für die bloßen Nahrungsmittel geben also alle diese Arbeiter mehr wie die Hälfte aus, für Kleidung und Bettwäsche etwa ein Viertel, für Wohnung, Licht und Heizung (Brand) etwas weniger wie ein Viertel — *für alle übrigen Bedürfnisse — Zeitungen, Bücher, Vereine, Vergnügungen, Getränke, Tabak und alles andere — bleibt ihnen günstigen Falles etwas mehr wie ein Zehntel von den reichlich 300 Mark pro Manneseinheit!*

Der Saarbrücker Bergmann braucht für Waschmaterialien zwei Drittel von dem, was er für Tabak und geistige Getränke verwenden kann. Er kann für letztere *jährlich* noch nicht so viel erübrigen, wie vielleicht in *einem Abend* der Parlamentarier oder Prediger oder Journalist verkneipt, der die Arbeiter wie eine ewig betrunkene Sklavenhorde schildert.

Einen noch viel größeren Eindruck macht aber eine Vergleichung der verschiedenen Ernährungsweise des deutschen und des englischen Bergarbeiters; diese Vergleichung spricht zugleich *ein vernichtendes Urtheil über die deutsche Agrarzollpolitik.* In England ist das frische Fleisch nicht theurer, Speck und Schmalz sind bedeutend billiger wie bei uns, wo Zölle und Einfuhrverbote auf ihnen

liegen. Die Folge davon ist, daß nach den detaillirten Budgets der englische Bergarbeiter mindestens 1/2mal mehr Fleisch und mindestens das Doppelte an Fettwaaren (Schmalz, Speck, Butter, Käse) und dafür weniger Brot und ganz bedeutend weniger Kartoffeln verzehrt wie der Saarbrückische Schicksalsgenosse. Die Geldangaben spiegeln diese verschiedene Ernährungsweise wegen der verschiedenen Preise in Deutschland und England nicht genügend wieder. Wir geben aber doch die Nasse'sche „Zusammenstellung der durchschnittlichen Jahresausgaben für die wichtigsten Nahrungsmittel pro Manneseinheit" wieder:

Ausgaben für	Im Saarbrückenschen Mark	In Northumberland Mark
Brot und Mehl	**66,50**	56,00
Fettwaaren	26,50	**50,00**
Frisches Fleisch	22,00	**47,00**
Kaffee, Thee, Kakao	13,50	**24,00**
Milch	**23,00**	10,50
Kartoffeln, Hülsenfrüchte u. s. f.	**43,20**	31,06
Im Ganzen	194,70	218,56

In England also ein relativ starker Konsum von Fleisch, Pöckel- und Räucherwaare, von Thee und Zucker — in Deutschland von Kartoffeln, Brot und Milch! Dabei theilt uns Herr Nasse noch mit, daß der stärkere Milchbedarf wohl aus der durchschnittlich größeren Kinderzahl in Deutschland und aus dem größeren „Bedürfniß oder der Nothwendigkeit," „Kuhmilch an Stelle der Muttermilch treten zu lassen," also schließlich wieder aus dem größeren Elend der Saarbrückener Grubenbevölkerung zu erklären sei!

Auch Herrn Nasse erscheinen diese Ernährungsunterschiede bedenklich; er verlangt aber zur Abhilfe nicht Beschneidung der Grundrente der Landlords durch Aufhebung der Lebensmittelzölle, sondern Beschränkung der Putzsucht der Arbeiter, um einen vermehrten Konsum an Fleischwaaren und natürlich auch eine gesteigerte „Leistungsfähigkeit der Bergarbeiterbevölkerung" zu ermöglichen.

Hier wandelt Herr Nasse, den der neue Kurs nach Berlin in das Handelsministerium trieb, ganz in den verfahrenen Geleisen der Herren von der „Kreuzzeitung."

—ms.

Feuilleton.

Ruben Sachs.

(Nachdruck verboten.)

Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von **Amy Levy**.

Aus dem Englischen.

(Fortsetzung.)

V. Kapitel.

In dem Empfangszimmer seines Hauses in Portland-Place erwartete der alte Salomon Sachs seine Gäste.

Es war der Abend nach Rubens Heimkehr, dem zu Ehren das Fest gegeben wurde.

Dergleichen Festlichkeiten waren keineswegs seltene Vorkommnisse in diesem Hause, denn der alte Mann liebte es, seine Familie in wahrhaft patriarchalischer



Nr. 4. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Forckenbeck und Virchow.

⸓ Berlin, den 12. Oktober 1891.

Berlin ist gegenwärtig von dem lärmenden Geräusch zweier Jubelfeste erfüllt: morgen feiert Virchow und einige Tage darauf der Oberbürgermeister von Forckenbeck den siebzigsten Geburtstag. Solche Feste wären an und für sich ein gar schlecht gewählter Anlaß zu einer Kritik derer, denen das Glück ward, sie zu erleben, es ist durchaus billig und menschlich, bei derartigen Gelegenheiten nur auf das Große und Gute und keineswegs auf das Kleine und Schlechte in den vollbrachten Lebenswerken zu sehen. Und welcher ehrliche Mensch wird bestreiten, daß wenigstens einer der augenblicklich Gefeierten ein großes und gutes Lebenswerk hinter sich hat! Mag Herr von Forckenbeck auch nicht mehr sein, als ein routinirter Verwaltungsbeamter des bourgeois-bureaukratischen Schlages, so ist doch Virchow ein Gelehrter von Weltruf, der sich namentlich in seinen jüngeren Jahren als Reformator der medizinischen Wissenschaft unsterbliche Verdienste erworben hat! Wenn auch seiner Forscher- und Lehrerthätigkeit die Schatten nicht fehlen, so ist weder heute der Tag, noch hier der Ort, darauf hinzuweisen; alle Gaben und Kränze, die auf den Mann der Wissenschaft in diesen Tagen niederregnen, seien ihm von Herzen gegönnt!

Ganz etwas anderes aber ist es mit dem entsetzlichen Gelärme über die „großen Volksmänner" Forckenbeck und Virchow. Das ist ein Humbug, der den Gefeierten nichts nützen, aber wohl den Interessen des „Volkes" schaden kann, und da ist es durchaus angezeigt, diejenigen auf die Finger zu klopfen, welche mit diesem Humbug nicht sowohl ihre Götzen, als vielmehr sich selbst und den Klüngel, dessen Atome sie sind, auf den Schild heben zu wollen. Es ist vollkommen richtig, daß Forckenbeck und Virchow eine politische Rolle gespielt haben, aber es ist vollkommen unrichtig, daß diese Rolle irgend etwas mit dem „Volk" zu thun gehabt hat, es sei denn, daß man den Begriff des „Volks" auf seine Bourgeoisie beschränkt, die vor Zeiten einmal ganz gerne gemocht haben würde, wenn sie nur gekonnt hätte, aber die seitdem die Schleppe ihrer intimsten Gegner trägt, weil diese Gegner zugleich Todfeinde der arbeitenden Klassen sind. Politisch wie psychologisch mag es gleich sehr begreiflich sein, daß besagter Klüngel an seinen Idolen just die häßlichste Seite am heftigsten feiert, aber da er es nicht

ist, der seinen siebzigsten Geburtstag erlebt — er kommt hoffentlich nie zu so hohen Jahren — so wird es erlaubt sein, ihm zu sagen: macht uns doch kein X für ein U vor! Feiert eure Feste, wie sie fallen, aber laßt das „Volk“ aus dem Spaß!

Die Zeit, in welcher das Gerede von den „Volksmännern“ Forckenbeck und Virchow noch einen ungefähren Sinn gehabt hätte, liegt um ein Vierteljahrhundert zurück. In den Jahren des preußischen Verfassungskonflikts war namentlich Virchow unter den Führern der bürgerlichen Linken nicht der schlechteste. Er machte den Pelz des Bären wirklich naß und kitzelte das Ungethüm so empfindlich, daß Bismarck ihn zum Zweikampfe herausforderte. Virchow lehnte ab, und das war nur zu loben; weniger verständlich war, daß Forckenbeck diese korrekte Haltung seines Kollegen durch eine mächtige Rede zu vertheidigen für nöthig hielt. Forckenbeck war es denn auch, der 1866 die Spitze der großen Retirade nahm. In der Konfliktszeit hatte Grabow, der Oberbürgermeister von Prenzlau, dem preußischen Abgeordnetenhause präsidirt, ein Mann von gemäßigt liberalen Ansichten, aber stark ausgebildetem Rechtssinn und eben deshalb dem Hofe sehr verhaßt. Als nach Königgrätz das neugewählte Abgeordnetenhaus zusammentrat, wurde ihm von irgend einem Kammerherrn bedeutet, die Wiederwahl Grabow's werde an „allerhöchster Stelle“ nicht gewünscht, und sofort warfen dieselben Leute, deren Kehlen noch heiser waren von dem schönen Liede:

> Was macht der Grabow, der Veteran? —
> Er harret aus im Kriege,
> Wär' todt er, wir bänden auf's Pferd ihn an,
> Dann führt' er wie Cid uns zum Siege,

den lebenden Grabow wie einen todten Gaul zum Fenster hinaus. Um den auf diese Weise erledigten Präsidentensitz rangen Herr von Forckenbeck und Herr Holzapfel, der ehemalige Untersuchungsrichter im Prozesse Ladendorf, mit dessen Instruirung selbst Stieber, „Gott sei Dank!“ wie er sich ausdrückte, nichts zu thun gehabt haben wollte. Nach heißem Kampfe siegte Forckenbeck in engerer Wahl mit knapper Mehrheit; seitdem war er „allseitiger Vertrauensmann,“ wie er dazumal mit Vorliebe genannt wurde, und selbst Bismarck hörte auf seine Stimme als „den Rath eines erfahrenen Freundes.“ Meister im Verwischen der politischen Gegensätze, so weit sie nach Oben hin wehe thun konnten, schärfte er sie nach Unten um so spitzer zu. Namentlich seitdem er 1874 das Präsidium des preußischen Abgeordnetenhauses mit dem Präsidium des deutschen Reichstages vertauscht hatte, brachte fast jede Debatte den politischen Vertretern der arbeitenden Klassen neue Proben seiner gehässigen Gesinnung. Kein Präsident des Reichstages ist den sozialdemokratischen Abgeordneten so parteiisch und ungerecht begegnet, wie Forckenbeck, es sei denn sein Vorgänger Simson. Nur daß Simson mehr mit hämischen Witzeleien, Forckenbeck mehr mit brutaler Rücksichtslosigkeit arbeitete. Simson fiel schließlich vom Präsidentenstuhle, weil Bebel ihn einmal auf einer so handgreiflichen Ungerechtigkeit festnagelte, daß wenigstens ein Theil des hohen Hauses sich ihrer schämte; wie Forckenbeck aufhörte, „allseitiger Vertrauensmann“ und „allverehrter Präsident“ zu sein, wird sich gleich zeigen.

Es ist anzuerkennen, daß Virchow sich langsamer nach Rechts entwickelt hat, als Forckenbeck. Er bekannte zwar stets, daß die politisch organisirte Arbeiterklasse „noch mehr unser Gegner“ ist, als Bismarck und die Konservativen, aber von der „Bourgeoisie im französischen Sinne, den Männern des großen Kapitals, den Männern, die wankelmüthig sind,“ wollte er doch auch nichts wissen. Er suchte seinen Stützpunkt „nach rechts in den unabhängigen Männern, in dem

arbeitsamen Volke, in den Besitzenden, in Mitte des guten, alten, deutschen Bürgerthums." Wie schon diese Aeußerungen aus der einleitenden Programmrede zeigen, welche Virchow 1878 auf dem ersten — und letzten — Parteitage der deutschen Fortschrittspartei hielt, ist er in politischen Fragen vollkommen Dilettant. Dilettant natürlich nicht in dem Sinne, in welchem ihm Bismarck und die Konservativen diesen Vorwurf so oft gemacht haben, nicht deshalb, weil er als Volksvertreter auch die auswärtige Politik der Regierung kritisirt hat, was vielmehr sein gutes Recht war, aber Dilettant, weil er es nie der Mühe für werth gehalten hat, sich ein klares Bild von dem Ursprung und Zusammenhang der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung zu machen, weil er sich parlamentarisch-politisch stets in einem allgemeinen, ideologischen Nebel von Redensarten bewegte, sogar auf solchen Gebieten, auf denen es ihm seine literarische und wissenschaftliche Bildung sehr erleichtern mußte, sich heimisch zu machen. Wenn ein ultramontaner Redner in bewußter Heuchelei die Auswahl einiger harmlosen Stücke aus dem Simplizissimus für ein Schullesebuch als ein Attentat auf den Seelenfrieden der Schulkinder brandmarkte, so beeilte sich Herr Virchow, den Simplizissimus, der ihm einmal zufällig in die Hände gefallen sei, für ein ganz entsetzliches Buch zu erklären, das er sorgfältig vor seiner Familie „sekretirt" habe; wenn aber Bismarck zum „Kampf gegen Rom" rief, so beeilte sich Virchow wiederum, den gegen die katholische Kirche mit Gensdarmen und Staatsanwälten geführten Krieg als einen „Kulturkampf" abzustempeln. In dem einen wie in dem anderen Falle meinte es Virchow gewiß sehr gut; er hatte es nur in diesem und in jenem, wie in unzähligen anderen Fällen auch noch für überflüssig gehalten, etwas von jener einsichtigen und gründlichen Prüfung, die ihm in der Wissenschaft einen so verdienten Ruf verschafft haben, den betreffenden politischen Fragen zu widmen. Alle diese Fälle können hier nicht berührt werden; nur dem zugleich heitersten und traurigsten derselben, der zudem ein allgemeines, symptomatisches Interesse hat, seien noch einige Zeilen gewidmet.

Es war im Sommer von 1877. Einerseits empfand es die Bourgeoisie etwas peinlich, daß sich so ganz und gar nichts von der verheißenen „Freiheit" im neuen deutschen Reiche zeigen wollte; andererseits plante Bismarck jenen großartigen Fischzug von Steuern und Zöllen, der die Taschen des Großgrundbesitzes füllen sollte auf Kosten in erster Reihe zwar der arbeitenden Klassen, aber in zweiter Reihe doch auch der Bourgeoisie. Forckenbeck als „allseitiger Vertrauensmann" durchschaute die Sachlage und wenn seine damals ausgegebene Parole: „Zurück auf die Schanzen!" vielfach orakelhaft befunden wurde, so war sie doch verständlich genug. Bourgeois vom Scheitel bis zur Zehe, sagte er seinen Klassengenossen: Schwärmt doch nicht für euer ideologisches Brimborium aus, sondern sammelt euch um eure materiellen Klasseninteressen, denen ein schwerer Schlag droht. Virchow aber als ein Bourgeois, dessen Klasseninstinkt sich im ideologischen Nebel leicht verirrt, hörte zwar auch die Glocken, aber er merkte nicht, wo sie hingen. Möglich, daß ihn Bismarck's kurz vorher gefallenes Wort von den „nihilistischen Professoren, die voll Aberglauben stäken," irreführte. Genug; während Forckenbeck sofort erkannte, daß es sich um Moses und die Propheten handelte, verfiel Virchow auf den absonderlichen Gedanken, es handle sich um Moses und — Darwin. Und so ging er im Herbst jenes Jahres auf die Naturforscherversammlung in München und predigte unter dem prunkenden Titel „die Freiheit der Wissenschaft im modernen Staate" mit ein bischen anderen Worten Stahl's Satz: die Wissenschaft muß umkehren.

Das Häßlichste an diesem häßlichen Vortrage war aber nicht einmal, daß

Virchow davor warnte, die „Kirche", d. h. die mosaische Schöpfungslehre in dem naturgeschichtlichen Unterricht der Schulen zu „depossediren" und daß er jeden Versuch dieser Art nicht nur scheitern, sondern auch „die höchsten Gefahren für die Stellung der Wissenschaft" herbeiführen sah. Häßlicher waren noch die Denunziationen Virchow's gegen die arbeitenden Klassen, die doch von dem Schlage, den er abwenden wollte, ungleich schwerer bedroht waren, als die Bourgeoisie. Virchow sagte damals: „Ich will hoffen, daß die Descendenztheorie für uns nicht alle die Schrecken bringen möge, die ähnliche Theorien wirklich im Nachbarlande angerichtet haben. Immerhin hat auch diese Theorie, wenn sie konsequent durchgeführt wird, eine ungemein bedenkliche Seite, und daß der Sozialismus mit ihr Fühlung genommen hat, wird Ihnen nicht entgangen sein." Es war damals Virchow's Geheimniß, wie es noch heute sein Geheimniß ist, welche Beziehung zwischen dem Darwinismus und der Pariser Kommune bestanden hat. Uebersehen darf freilich nicht werden, daß Haeckel in seiner Gegenschrift, die Virchow sonst treffend abführte, in diesem häßlichsten Punkte ihn fast noch übertraf. Indem er Virchow beschuldigte, ihn als Bundesgenossen der Sozialdemokratie „an den Pranger gestellt" und in seiner akademischen Stellung „denunzirt" zu haben, denunzirt er selbst frisch drauf los: „Die wahnsinnigen Attentate, welche die Sozialdemokratie gegen das allverehrte Greisenhaupt des deutschen Kaisers gerichtet hat" u. s. w. Nur widerrief er einige kräftige Wörtlein, die er in seiner „Natürlichen Schöpfungsgeschichte" dem Militarismus gewidmet hatte, als jugendliche Extravaganzen. Wenn auch in andern Dingen, so scheinen doch im Punkte der Courage die deutschen Gelehrten — mit ehrenwerthen Ausnahmen — seit dem siebzehnten Jahrhundert wirklich keine Fortschritte gemacht zu haben.

Doch dies nebenbei. Im Uebrigen verfehlte die Münchner Rede Virchow's ihre Wirkung zwar nicht auf die Ideologen, aber ganz und gar auf die Praktiker der Großgrundbesitzerpolitik. Die „Neue evangelische Kirchenzeitung," das Organ der hiesigen Hofpredigerpartei, schrieb begeistert: „Es ist ein konservativer Ton im besten Sinne des Wortes, der durch diese Aeußerungen des gelehrten Fortschrittsmannes hindurchklingt, ähnlich wie er kürzlich durch Kundgebungen des Politikers Forckenbeck hindurchtönte," aber für Bismarck war die „Vernichtung" Darwin's natürlich Hekuba. Er wußte aus Virchow's Rede nur das Schreckgespenst der Kommune praktisch zu verwerthen. Denn als er im Jahre 1879 seine erste Schutzzollvorlage im Reichstage einbrachte und Herr von Forckenbeck die „Schanzen" des Freihandels auf einem gleichzeitig in Berlin stattfindenden Städtetage mit einem Aufrufe an das „freie, thatkräftige, deutsche Bürgerthum" vertheidigte, scholl es einmüthig aus der offiziösen Presse: „Was? Ihr wollt Pariser Kommune spielen?" Herr von Forckenbeck legte — halb zog es ihn, halb sank er hin — das Präsidium des Reichstags nieder und höhnisch bescheinigte ihm die halbamtliche „Provinzialkorrespondenz," Niemand werde ihm einen Vorwurf daraus machen, daß er die Konsequenzen aus seiner, auf dem Städtetage gehaltenen Rede gezogen habe.

In der noch zehnjährigen Dauer des Bismärckischen Regiments haben Forckenbeck und Virchow in der Opposition gestanden, soweit der Kampf zwischen dem Großgrundbesitze und dem Großkapitale schwebte. Forckenbeck hat auch nach der Gründung der freisinnigen Partei immer erklärt, daß er sich vorbehalte, für die Verlängerung des Sozialistengesetzes in Ewigkeit zu stimmen, und wenn Virchow in diesem Punkte prinzipientreuer dachte, so hat er doch nie etwas dagegen einzuwenden gehabt, daß seine Partei in Sachen des gesetzlichen Arbeiterschutzes, dessen Nothwendigkeit zu erkennen er vielleicht vor allen Mitgliedern des Reichstags

berufen war, an allerletzter Stelle marschirte. Worauf sich die Hoffnungen dieser Politiker in den achtziger Jahren richteten, ist bekannt. Mit der Thronbesteigung Kaiser Friedrichs sollte die goldene Aera der Bourgeoisie beginnen. In dieser frohen Aussicht wurden wieder einmal die Prinzipien, soweit von solchen überhaupt noch gesprochen werden konnte, in der Rumpelkammer versteckt. Aber es kam in den hundert Tagen zu nichts, als zu einem Orden für Forckenbeck, einem Orden nur für die Betheiligung an Sammlungen für wohlthätige Zwecke, wie der „Reichs- und Staatsanzeiger“ mit peinlicher Genauigkeit feststellte. Bismarck nützte die Lage mit gewohnter Grausamkeit aus. Und nach dem Tode Kaiser Friedrichs zeigte sich, daß man die Prinzipien zwar jeden Tag in der Rumpelkammer verstecken, aber keineswegs jeden Tag wieder hervorholen kann. Als eine Abordnung der städtischen Behörden mit Forckenbeck an der Spitze dem neuen Kaiser ein Huldigungsgeschenk darbrachte, wurde sie mit harten Worten empfangen, und — ihr Führer blieb stumm, wie ein armer Sünder sich durch Schweigen zu dem geheimen Frevel bekennt, für den er öffentlich abgestraft wird. Wie dann die städtischen Behörden durch eine in der Geschichte großer Städte beispiellose Nachgiebigkeit und Unterwürfigkeit sich die kaiserliche Gnade wieder erworben haben, ist noch in frischer Erinnerung. Forckenbeck's Haltung in der Frage der Schloßfreiheitlotterie, Virchow's Haltung gegenüber der Erhöhung der Zivilliste und wie vieles andere noch! beweisen, daß diesen „großen Volksmännern“ sogar der politische Muth fehlt, den selbst in den Tagen des absoluten Staats oft genug stramme Reaktionäre bewiesen haben, der politische Muth nämlich, dem Könige zu widersprechen um des allgemeinen Wohls oder auch nur um des Königthums willen.

Deshalb soll gar kein Vorwurf gegen ihre Personen erhoben werden. Die politischen Vertreter der Bourgeoisie können politisch nicht klüger und tapferer sein, als die Bourgeoisie selbst ist; das entlastet die Personen vollständig, die sich vielleicht manchmal sogar nur schweren Herzens dem Gebote ihrer Klasse gefügt haben. Der Widerspruch richtet sich nur dagegen, daß was der Klasse angenehm und nützlich gewesen sein mag, nunmehr als eine dem „Volke“ heilsame Wohlthat aufgespielt werden soll. Von diesem Gesichtspunkt aus muß dem überschwänglichen Gerede von den überschwänglichen Verdiensten der Forckenbeck und Virchow um das „Volk“ die schlichte Wahrheit entgegengesetzt werden, daß jeder deutsche Arbeiter, der seit zwanzig Jahren schlecht und recht für die Emanzipation seiner Klasse kämpfte, sich um den Fortschritt der Menschheit ein unendlich viel größeres Verdienst erworben hat, als sich jene beiden Politiker in eben derselben Zeit zu erwerben gewußt haben.

„Das Geld“ von Zola.

Von Paul Lafargue.

(Schluß.)

Es ist schwer, die Börsenleute und ihre Mogeleien interessant erscheinen zu lassen; Zola hat es jedoch verstanden, den ihm vorliegenden undankbaren Stoff dramatisch zu beleben. Betrachtet man die Schwierigkeiten, die überwunden worden, die Fülle von Details, die geschickte Disposition, die kräftige Entwicklung der Charaktere, von denen mehrere ausgezeichnet beobachtet sind, dann muß man gestehen, daß „L'Argent“ das Werk eines Meisters ist. Die Exposition ist höchst wirksam. Zola hat mit dem ersten Kapitel des Romans diesmal keine Schüler-

arbeit geliefert, er hat auch nicht, wie in „La Terre,“ ein Gemälde kopirt, er hat vielmehr ein packendes Bild nach der Natur gezeichnet.

Der Leser wird von der ersten Seite an mitten in das Leben und Treiben der Börsenwelt eingeführt; Zola versetzt ihn in das Café, in welchem die Jobber frühstücken und warten, daß die geweihte Stunde schlägt, in der sie das goldene Kalb anbeten können, er versetzt ihn mitten in das Tohuwabohu der Spekulanten, die dort essen, trinken, rauchen, kommen und gehen, sich gegenseitig grüßen, einander laut zurufen oder mit leiser Stimme Meinungen, Eindrücke und Gedanken über den einzigen, sie interessirenden Gegenstand, über die einzige, sie leidenschaftlich bewegende Frage austauschen: über den Kurs der Börsenpapiere und über die politischen Ereignisse, welche denselben beeinflussen können. Und von dieser lärmenden Welt, in welcher sich Jeder in seinen Berechnungen und Kombinationen isolirt, in seinem Egoismus einkapselt, hebt sich in kräftigen Zügen die Gestalt Saccard's ab, der ruhelos und verachtet in seinem Hirn den Plan einer neuen, großen Spekulation wälzt und vorbereitet, ja sogar die Personen vormerkt, deren er sich bei derselben bedienen, und die ihm nützlich sein können. Obgleich er ein ruinirter Mann, ohne Kredit und ohne Protektion ist, obgleich ihn sein Bruder, der Minister, dadurch los werden möchte, daß er ihm zum Platz eines Souspräfekten in der Provinz verhilft, entwirft er muthig den Plan, Paris zu erobern.

Zola ist von dem Wunsche beseelt gewesen, dem Leser eine Vorstellung von den sonderbaren, eigenartigen Gestalten zu geben, welche sich auf der Börse wie Besessene geberden und heiser schreien, und denen man in der nächsten Nachbarschaft derselben auf Schritt und Tritt begegnet. Sein Roman bietet uns eine reiche Fülle scharf gezeichneter Silhouetten aus dieser Welt. Busch und die Méchain, mit ihrer Tasche voll Papieren repräsentiren den Typus des Spekulanten der Gosse, welche Aktien verkrachter Finanzgesellschaften, schlechte Schuldverschreibungen, unbezahlte Wechsel und dergleichen zusammenkaufen, all' diese werthlosen Papiere klassifiziren und katalogisiren und dann geduldig vier, fünf, ja zehn Jahre eine Gelegenheit abwarten, sie mit einem Profit wieder abzusetzen, der so winzig ist, daß er die von diesen Raben des kommerziellen und finanziellen Schlachtfeldes aufgewendete Zeit, Kraft und Mühe nicht bezahlt. Neben dem Börsengebäude und innerhalb der Umfriedigung, welche den mit verkümmerten Kastanien bepflanzten Platz einschließt, auf dem sich der Tempel des goldenen Kalbes erhebt, giebt es eine andere Börse, welche die Börse der „Nassen Füße“ (des piedshumides) genannt wird. Diese sonderbare Bezeichnung ist ihr zu Theil geworden, weil sie unter offenem Himmel abgehalten wird, so daß in Folge dessen den sie frequentirenden Personen dasselbe passirt, was vor dem Bau der bedeckten Markthallen Käufern und Verkäufern auf dem Wochenmarkte widerfuhr. Die „Nassen Füße“ sind Individuen, von denen man nicht immer weiß, woher sie kommen, und deren Vergangenheit meist nicht eben makellos und rein zu sein pflegt. Mit abgeschabten, schlecht sitzenden Paletots, roth gewordenen, schmierigen Hüten und mit schief gelaufenen Schuhen bekleidet, welche an Regentagen mehr Wasser trinken als ihre Besitzer, schachern sie mit entwertheten Aktien, die von 1000 und 500 Franken auf 50, ja auf 5 Centimes gefallen sind, wie die Sterne der Finanz mit Staatsrenten, Eisenbahnaktien, Aktien von Unternehmungen, welche fette Dividenden zahlen, spekuliren und mogeln. Die „Nassen Füße“ verkaufen die von verkrachten Aktiengesellschaften ausgegebenen Werthpapiere an naive Seelen, welche gegen alle Wahrscheinlichkeit hoffen, daß dieselben wieder steigen werden; öfter noch setzen sie aber ihre Aktien an Schwindler ab,

welche in den Besitz eines fiktiven Kapitals gelangen wollen, um mittels desselben die Eltern einer Erbin zu blenden, deren Mitgift sie heirathen wollen oder um sich der Strenge des Gesetzes zu entziehen und einen betrügerischen Bankerott zu verbergen. In dem letzteren Falle spielen sie sich als die unschuldigen Opfer verfehlter Spekulation auf: Wenn sie im Augenblick ihres unfreiwilligen Rechnungsabschlusses nicht einen rothen Heller zur Befriedigung ihrer Gläubiger in der Kasse haben, so ist dies, wie die vorhandenen Aktien beweisen, die sie à 500 Franken gekauft haben, und die jetzt nicht mehr als 5 Centimes werth sind, lediglich die Schuld mißlungener Finanzunternehmen. In „L'Argent“ vermißt man die Schilderung dieser so hochinteressanten und ungemein charakteristischen Spekulation niedersten Schlages, welche sozusagen die Kehrseite der eigentlichen Börse darstellt; wir können dies nur aufrichtig bedauern, denn die „Börse der nassen Füße“ ist eine blutige Satire auf die Börse der Könige des Goldes: Zola hat eben keine satirische Ader.

Die episodischen Gestalten des Romans sind zahlreich und interessant. Dejoïe ist der Typus des ehrlichen Arbeiters, der jahrelang spart, um Sou für Sou eine Mitgift für seine Tochter zusammenzutragen; nachdem er von Saccard eine kleine Anstellung erhalten, schafft er mit der größten Hingebung für diesen, opfert sich ihm auf und bleibt ihm auch dann treu, als alle der gefallenen Größe den Rücken drehten und der Krach der Bank seine eigenen Ersparnisse, die Früchte eines ganzen Lebens der Mühe und Arbeit, verschlingt. — Die Marquise von Beauvilliers, die ihre Ahnen bis auf die Kreuzfahrer zurückführt, lebt unter den härtesten Entbehrungen und ist ebenso arm an Blut wie an Geld; sie vertraut Saccard die letzten Reste ihres Vermögens, die Mitgift ihrer Tochter, an, und setzt in die Spekulation ihre letzte Hoffnung, das Wappenschild ihrer Väter frisch vergolden zu können. — Maugendre repräsentirt den vom Geschäft zurückgezogenen Kleinbürger, der in bescheidenem Wohlstand lebt, alle kleinbürgerlichen Tugenden und eine große Dosis alltäglicher, trivialer Lebensklugheit besitzt, das Volk der Jobber haßt, das Spiel verabscheut, sich aber nichtsdestoweniger umgarnen läßt und von Saccard bis aufs Hemd ausgezogen wird. — Die hochadelige und sehr hochmüthige Baronin von Saudorff, die Gemahlin eines Gesandten, wird von den stählernen Armen der Spekulation ergriffen, aus denen es kein Entrinnen giebt. Um ihre Verluste beim Börsenspiel decken zu können, verkauft sie sich an einen hohen Justizbeamten, der auf dem besten Wege ist, Minister zu werden; darauf wird sie die Geliebte Saccard's, um von diesem nützliche Fingerzeige für die Spekulation zu erhalten und sicher spielen zu können; schließlich verräth sie auch diesen, stöbert während seines Schlummers seine Taschen durch und eilt zu Gundermann, um ihm das erschlichene Geheimniß mitzutheilen. Sie hofft auf eine anständige Belohnung, denn der Jude hatte ihr, falls sie ihm nützlich sein sollte, einen guten Rath versprochen. Und dieser gute Rath läßt nicht auf sich warten: „Hören Sie mich;“ sagt ihr Gundermann, „spielen Sie nicht, spielen Sie niemals. Das macht Sie nur häßlich; eine Frau, welche spielt, ist sehr häßlich.“ Diese Worte sind die ganze Belohnung, die ihr dafür zu Theil wird, daß sie den Sturz ihres Geliebten herbeigeführt hat. Um für das Börsenspiel, das sie mit Leidenschaft treibt, nützliche Auskünfte zu erhalten, fällt sie tiefer und immer tiefer, und wird schließlich die Geliebte Jautrou's, des verkommenen, verlumpten Börsenjournalisten, der sie, die hochadelige und sehr hochmüthige Baronin von Saudorff wie eine gewöhnliche feile Dirne ohrfeigt und schlägt. — Der Oberst Chave spielt mit der klugen Vorsicht eines Taktikers an der Börse, um seine Pension zu vervollständigen und den lasterhaften Neigungen eines alten geilen

Wollüstlings nachgehen zu können. — Die Gestalt Maxime's, Saccard's ältestem Sohne, ist ein äußerst gelungener Typus des Mannes „fin de siècle“; er ist in seiner Erscheinung kokett und geputzt wie eine verschwenderische Prostituirte; obgleich er erst 26 Jahre zählt, hat ihn das Leben doch bereits erschöpft, er ist egoistisch und geizig, sowie es sich um Dritte handelt, dagegen scheut er vor keiner Ausgabe zurück, sobald seine eigene werthe Person ins Spiel kommt; er ist ein langweiliger Mensch, der zusieht und beobachtet, wie er langweilig dahinlebt und der in dieser Beobachtung seine einzige Beschäftigung findet. Er beurtheilt seinen Vater sehr gut und richtig: „Sehen Sie,“ sagt er zu Frau Karoline, „man muß Papa verstehen. Er ist bei Gott nicht schlimmer als die Andern. Nur kommen für ihn seine Kinder, seine Weiber, kurz seine gesammte Umgebung erst nach dem Gelde.... Oh, verstehen wir uns recht. Er liebt das Geld nicht wie ein Geiziger, dem nur daran liegt, einen großen Haufen davon zu besitzen und ihn in seinem Keller zu verbergen. Nein, er will überall Geld hervorlocken, Geld aus jeder Quelle schöpfen, um zu sehen, wie es in Strömen ihm zufließt, um all' der Genüsse, all' des Luxus, all' der Vergnügungen, all' der Macht willen, die ihm der Besitz des Geldes verschaffen kann.... Was wollen Sie, das liegt schon so in seinem Blute. Er würde uns verkaufen, Sie, mich, jede beliebige Person, vorausgesetzt, daß es einen Markt gäbe, auf dem er uns absetzen könnte. Und bei all' dem ist er ein höherer Mann, denn er ist wahrhaftig ein Dichter der Million: das Geld übt einen so mächtigen Zauber auf ihn, daß es ihn wahnsinnig, daß es ihn zum Schuft macht, aber zu einem höchst großartigen Schuft.“

Ich übergehe eine ganze Reihe interessanter Gestalten, da ich an dieser Stelle unmöglich den Roman Seite für Seite verfolgen und analysiren kann. Alle sind ausnahmslos voller Leben und Bewegung, und Zola hat sie in geschickter Weise mit der Haupthandlung, Saccard's Spekulation, verknüpft. „L'Argent“ ist ein festgefügter Roman.

In dem Roman begegnen wir neben dem Helden Saccard einer kraftvollen und ruhigen Frauengestalt, Frau Karoline. Sie lebt inmitten der sie umgebenden Welt von Spitzbuben und Schwindlern, wie die Lilie auf dem Düngerhaufen wächst, ohne etwas von ihrer ursprünglichen Reinheit einzubüßen; die Hingebung, die sie Jedem, der ihr naht, entgegen bringt, bewahrt sie vor dem Schicksal, durch die Berührung mit ihrer unsauberen Umgebung selbst beschmutzt und besudelt zu werden. Sie ist ihrem Bruder, dem Ingenieur Hamelin, einem mystischen Gelehrten, der große Unternehmungen auszuklügeln versteht, aber eines Finanzmannes bedarf, der sie verwirklicht, eine treue Pflegerin und eine verständige Gefährtin gewesen; sie ist die kluge Rathgeberin, die gute Hauswirthin Saccard's, mit dem sie ehelich lebt, und den sie wegen seines Feuers, seiner Energie, seines Organisationstalents bewundert, dessen moralische Schwächen, vor allem den Hang, sich in jeder Beziehung fortreißen zu lassen, sie jedoch fürchtet. Frau Karoline hilft und steht Allen bei, die mit ihr in Berührung kommen; dabei ist sie weder langweilig noch dumm und zeichnet sich dadurch sehr vortheilhaft von der Mehrzahl der guten und tugendhaften Charaktere aus, die in den Romanen, besonders in denen unseres Autors, in der Regel mit den obigen Eigenschaften behaftet erscheinen. Zola hat übrigens nicht verfehlt, seinem „L'Argent“ in der Person des jungen Ehepaares Jordan zwei dieser Gestalten einzufügen, und er hat es verstanden, sie als so unbedeutend und albern als nur irgend denkbar hinzustellen. Der Mann ist natürlich ein tugendhafter Romanschriftsteller, der, ohne irgendwie Ekel und Widerwillen zu empfinden, für Saccard's Zeitung schreibt; man bezahlt

ihn dafür, und seine Tugend ist zufriedengestellt. Als sich Geldmangel fühlbar macht, erklärt seine Frau, die von einer polizeiwidrigen Naivetät ist: „Es wird ganz famos! . . . Es wird nett werden. Wir kaufen für morgen früh einen sauren Hering ein, an der Ecke der Rue Clichy habe ich prachtvolle gesehen. Heut Abend giebt es in Speck geschmorte Kartoffeln!“ Dieser prachtvolle saure Hering und die in Speck geschmorten Kartoffeln! Was will man mehr an Realismus und dokumentarischem Detail verlangen!

Die im „Geld“ geschilderte Welt ist nichts weniger als schön, aber trotzdem kann man gegen Zola nicht den gegen Balzac geschleuderten Vorwurf erheben, daß er „das Häßliche noch häßlicher gemacht habe.“ Die Wirklichkeit ist hier noch bei weitem abstoßender als alle Schilderungen, die Zola bisher entworfen, mit ihrem überflüssigen Unflath und ihren Geschmacklosigkeiten. Die Häßlichkeit der Wirklichkeit stellt hier auch die häßlichsten Gemälde noch in den Schatten. War es der Wunsch, sich für die Akademie möglich zu machen, war es die spezielle Natur des behandelten Themas, welches den Verfasser beeinflußt hat, kurz das „Geld“ enthält keine jener höchst unnöthigen Schweinereien, die Zola sonst mit Behagen seinen Romanen einflicht. Die Szene, in welcher der Staatsanwalt Delcambre seine Geliebte, die Baronin von Saudorff in flagranter Untreue mit Saccard ertappt, ist wohl gewagt, allein sie ist lebenswahr, und mit wenigen Strichen skizzirt war sie unerläßlich, um den Charakter der drei Personen scharf und klar hervortreten zu lassen. — Balzac und Zola haben nicht versucht, die Wiedergabe des Häßlichen, das sich in der Wirklichkeit findet, zu vermeiden, allein der letztere gefällt sich geradezu in unnöthigen, breiten Schilderungen ekelhafter, abstoßender Dinge, und gerade diese Schilderungen zählen zu den Umständen, denen er den Erfolg seiner Romane verdankt. Allerdings stehen sie in dieser Beziehung noch hinter den Schriften Henry Monnier's zurück, der, um die ganze Scheußlichkeit der Wirklichkeit wiederzugeben, sich nicht der Form des Romans bedienen konnte, sondern der sehr kurzer dialogischer Szenen. Dem Leser konnte übel werden, wenn seine Schilderung der Wirklichkeit sich zu sehr ausdehnte.

Was man jedoch Zola zum Vorwurf machen kann und muß, ist der Umstand, daß er Das, was er für die Wirklichkeit ausgiebt, ohne Geist, ohne Satire und Humor darstellt. Er schreibt langweilig; er ist kein Schriftsteller, der sich an seinem Werke berauscht, vielmehr ein gewissenhafter Arbeiter, der eine Aufgabe erledigt, die ihn nicht besonders interessirt.

Lachen und Spott erheitern nie die Seiten der Zola'schen Romane; und doch lacht der zivilisirte Mensch, auch wenn er in der Fäulniß und im Schmerz lebt. Mag die menschliche Dummheit noch so unermeßlich sein, so entfährt doch selbst dem Mund des größten Dummkopfes ab und zu raketengleich ein Witzwort, das Geist verräth. Die Welt der Börse besteht aus einem bunten Gemisch von Individuen, die aus allen gesellschaftlichen Klassen, aus allen Winkeln der Erde stammen. Unter ihnen befinden sich geistreiche Leute, Skeptiker — allerdings sehr abergläubische Skeptiker — die listiger sind als die Füchse, die sich mit Humor aus jeder schlimmen Situation zu ziehen wissen, und für die man die so charakteristische Bezeichnung „débrouillards“ (debrouiller = entwirren, herauswickeln) erfunden hat. Zola kennt diese Leute nicht, und er, der doch durchaus dokumentarisch sein will, bedient sich nicht einmal des vielsagenden Wortes „débrouillard.“

Unter diesen Leuten begegnet man oft hochgebildeten und geistig bedeutenden Persönlichkeiten, die allerdings ihr verlottertes Leben — dem oft auch ein verlottertes Aeußere entspricht — auf ein sehr niedriges moralisches Niveau stellt;

aus ihren Reihen rekrutiren sich die Schriftsteller, die über die Börse und für die Börse schreiben. Man braucht blos die Börsenberichte, die Finanzrevuen zu lesen, um ihren Schwung und ihr Talent kennen und schätzen zu lernen; sie verstehen es, ihren Gegenstand zu beleben, sogar poetisch zu verklären. Wie bereits Charles Fourier bemerkte, ist die Börsensprache poetisch und ungemein bilderreich, sie stempelt die Spekulationspapiere zu lebenden Wesen, die alle Empfindungen nachfühlen, welche das Schwanken ihres Kurses in der Seele des Börsianers hervorruft. Die Börsenpapiere sind empfindlicher als Mimosen; sobald die geringste Wolke aufsteigt, werden sie gedrückt, flau, geben nach, ziehen sich zurück, verschwinden bestürzt und fallen ab, bei dem ersten freundlichen Sonnenblick zeigen sie sich fest, halten sie Stand, nehmen sie den Kampf auf, schnellen sie in die Höhe, um den Preis des Sieges zu erlangen.

Zola hat von alledem nichts bemerkt, und seine Gestalten sind langweilig.*)

* * *

Das Philosophiren ist eine Eigenthümlichkeit des Menschen und ein Genuß für den Geist. Der Schriftsteller, der nicht philosophirt, ist nur ein Handwerker. Der Naturalismus, der auf dem Gebiete der Literatur dasselbe ist, wie der Impressionismus auf dem Gebiete der Malerei, verpönt Reflexionen und Generalisationen. Seiner Theorie nach muß sich der Schriftsteller vollständig passiv verhalten, er muß einen Eindruck aufnehmen und wiedergeben, er darf nicht über diese Aufgabe hinausgehen, er darf nicht die Ursache einer Erscheinung, eines Vorgangs analysiren, er darf nicht die Wirkung desselben andeuten; sein Ideal ist, einer photographischen Platte zu gleichen. Diese rein mechanische Methode der künstlerischen Wiedergabe des Lebens ist ungemein leicht; sie erfordert keinerlei Vorstudien und nur einen geringen Aufwand geistiger Mühe. Allein wenn das Gehirn, das die Rolle einer photographischen Platte spielt, nicht sehr empfänglich und vielseitig ist, so läuft man Gefahr, nur ein unvollkommenes, unvollständiges Bild zu erhalten, das von der Wirklichkeit weiter entfernt ist, als das Gemälde, das die zügelloseste Phantasie von ihr entwirft. Die Methode beweist nichts als die geringe geistige Begabung der naturalistischen Schriftsteller.

Balzac philosophirte bei Allem und über Alles; er ging damit zuweilen sogar zu weit, pfropfte seine Werke mit allgemeinen Betrachtungen voll und machte dieselben dadurch schwerfällig. Er war ein tiefer Denker und trug seinen Geist und seine Gedankenfülle auf seine Gestalten über. Sein Roman „Peau de Chagrin,“ der nicht einmal zu seinen besten Werken zählt, enthält ein tolles Gespräch zwischen Journalisten, Politikern, Künstlerinnen und Kourtisanen, in dem er tiefere Gedanken über die Gesellschaft, Sitten und Politik niedergelegt hat, als man in unserer ganzen modernen Presse findet. Zola philosophirte gewöhnlich wenig. In „l'Argent“ legt er ausnahmsweise zwei Personen, Saccard und Sigismund Busch allgemeine Betrachtungen in den Mund — der Stoff zwang ihn dazu — aber weder der Eine, noch der Andere vermögen uns mit ihrer Philosophie zu imponiren.

Saccard ist kein gewöhnlicher Mensch. Er hat ein äußerst bewegtes Leben

*) Paul Alexis ist ein gefährlicher Freund. Als man Zola vorwarf, daß er den Künstlern, die er in seinem Roman „L'Oeuvre“ (In der Werkstatt der Kunst) vorführt, absolut keinen Geist verliehen habe, wollte Paul Alexis, der im „Cri du Peuple“ unter dem Pseudonym Prublot schrieb, die Ehre seines Ideals rächen und so antwortete er: „Glaubt man wirklich, daß die Künstler und Schriftsteller so viel Geist und guten Humor besitzen? Man nehme mich zum Beispiel. Ich bin nicht oft amüsant und nicht alle Tage geistreich!“ Der Schüler erinnert an den Meister.

geführt und alle Wechselfälle desselben kennen gelernt; er hat viele Menschen und Dinge gesehen, die verschiedenartigsten Situationen durchgemacht, abwechselnd ist er reich und arm gewesen; er hat die gegensätzlichsten Empfindungen gefühlt, den Rausch des Kampfes und des Sieges, die augenblickliche Muthlosigkeit der Niederlage, den Stachel des zur Ohnmacht verurtheilten Ehrgeizes; er ist vergöttert und verachtet worden. Sein Hirn müßte also eine reiche Fülle von Beobachtungen und Betrachtungen bergen, sein Herz müßte vor Verachtung und Sarkasmen für die Menschheit überfließen.

Sigismund Busch ist ein denkender, durch Krankheit überreizter Kopf, ein Sozialist, der sich an der gelehrten und scharfsinnigen Theorie von Karl Marx gebildet hat, wie uns Zola versichert. Man sollte demnach voraussetzen, daß er eine gründliche Kenntniß der Finanzverhältnisse und des ökonomischen Systems der kapitalistischen Gesellschaft, daß er eine Uebersicht über den Entwicklungsgang der Gesellschaften und die soziale Umgestaltung besäße, die heute zur Nothwendigkeit geworden ist. Er und Saccard hätten sich der ganzen Anlage des Romans nach ganz vorzüglich für die Rolle der Denker geeignet; letzterer mußte die moderne Gesellschaft vom kapitalistischen, ersterer dagegen vom sozialistischen Standpunkt betrachten. Dagegen hören wir von Beiden statt tiefer Gedanken nur ganz seichtes Zeug. Und das, was Saccard schwätzt, läßt Zola zum Ueberfluß noch verschiedene Male von Frau Karoline wiederholen, die doch seinen eigenen Worten nach eine Frau „von zu umfassender Bildung" war, die ihre Zeit in dem heißen Bestreben verloren hatte, die weite Welt kennen zu lernen und in den Streitfragen der Philosophen Partei ergreifen zu können."*) Sich bemühen, die Welt verstehen zu lernen, bedeutet also in Zola's Augen seine Zeit verlieren! Der Schriftsteller sieht nicht, daß er mit einer derartigen Auffassung die Unwissenheit über die Wissenschaft stellt, der Dummheit den Vorrang über den Verstand einräumt.

Saccard spricht viel und lange, es entspricht dies nicht nur seinem Temperament als Südfranzosen, sondern es gehört auch zu den Eigenthümlichkeiten Zola's, daß er den Monolog dem Dialog vorzieht. Saccard liebt es zuweilen, sich in Axiomen zu ergehen, so sagt er, als es sich um das Gelingen eines Unternehmens handelt, sententiös, „jedes Gerücht ist gut, solange es Gerücht bleibt." Er ist dafür, daß man das Publikum amüsirt und räth Jautrou, in seine Börsenberichte Kalauer einzuflechten. Zola hätte die geistige Plattheit seiner Börsianer dadurch interessanter machen können, daß er ihnen die in ihren Kreisen landläufigen Regeln und Ideen in den Mund legte. Die Plattheit wäre dann eine charakteristische Eigenschaft geworden, und der Leser hätte ein richtiges Urtheil über die Intelligenz der Kapitalisten erhalten. Daran denkt er nicht. Saccard entwickelt nur eine Theorie, die des Spiels, der Spekulation: „die Hoffnung auf einen tüchtigen Profit, eine Lotterie, welche die Einlage verzehnfacht, wenn sie dieselbe nicht verschlingt," ist es, was die Begehrlichkeit des Bourgeois entflammt und bewirkt, daß er sich von seinem geliebten Geld trennt, es den Schwindlern und Schuften der Finanzwelt anvertraut. Wie ohne Wollust keine Kinder erzeugt werden würden, so wäre es ohne die Spekulation und die von ihr entfachten Leidenschaften, die den Menschen gefangen nehmen und berauschen, unmöglich gewesen, die Riesenkapitalien zusammenzuschweißen, deren die ökonomische und mit ihr die kulturelle Entwicklung bedurfte. Das Geld, dieser Unrath, wird zum Dünger, dem die Blüthen der Zivilisation entsprossen; wenn es Alles korrumpirt, so setzt es dafür das Laster in guten Geruch, die Koketten

*) „L'Argent," S. 175.

und ihre erbärmlichen Freunde sind die wohlriechendsten Geschöpfe der Welt; das Geld erlaubt ferner guten Seelen, wie der Herzogin von Orviedo, deren Mann sich durch die schmachvollsten Spekulationen bereichert hatte, Wohlthaten auszutheilen, arme, elende Kinder in prächtigen Asylen unterzubringen und mit Hemden und Süßigkeiten zu beschenken. Dies sind kurz zusammengefaßt die tiefen Gedanken, welche der Held des Zola'schen Romans äußert, Gedanken, in deren Wiederholung sich Frau Karoline gefällt, und die Zola selbst voller Behagen mehrmals wiederkäut, um die Ideenarmuth seines Werks recht handgreiflich zu dokumentiren.

Sigismund Busch ist noch redseliger als Saccard, kann also noch mehr Unsinn reden und er läßt es daran nicht fehlen. Zola wollte freilich in ihm einen außerordentlichen Menschen schildern: „Außer Französisch, seiner Muttersprache," heißt es von ihm, „sprach er Deutsch, Englisch und Russisch." Für den Franzosen nämlich, der nur eine Sprache, seine Muttersprache kennt, ist man ein außergewöhnlicher Mensch, sobald man mehrere Sprachen versteht. „1849," wird weiter von ihm gesagt, „hatte er in Köln Karl Marx kennen gelernt und war der beliebteste Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Zeitung" geworden. Von dem Augenblick an stand seine Ueberzeugung fest; er ward ein glühender Bekenner des Sozialismus und stellte seine ganze Person in den Dienst der Idee einer kommenden sozialen Revolution, die das Glück der Armen und Elenden, der unteren Volksklassen bringen und sichern sollte. „Sigismund Busch war in regelmäßiger Korrespondenz mit seinem Lehrer geblieben, dessen Werke, vor Allem „Das Kapital," das er als seine Bibel bezeichnet, er mit leidenschaftlichem Eifer studirt." Nebenbei sei hier ein ergötzlicher Bock, den Zola geschossen, erwähnt. Um durchaus dokumentarisch zu sein, versichert er dem Leser, daß „Das Kapital" mit gothischen Lettern gedruckt sei, während doch die vier deutschen Ausgaben desselben sämmtlich lateinische Lettern aufweisen.

Sigismund Busch, Marx' Schüler, hat offenbar „Das Kapital" ebenso wenig gelesen, als es Zola aufgeschlagen hat. Sollte er es jedoch, gegen allen Anschein gelesen haben, so hat er aus seiner Lektüre nur äußerst wenig Nutzen gezogen. Wohl äußert er einige Ideen über die Zentralisation des Nationalreichthums und die Rolle der Börsenspekulanten, „die den Weg ebnen für den kollektivistischen Staat, der im Großen expropriiren wird, während sie im Kleinen und nur die Kleinen expropriiren." Wohl spricht er davon, daß das Geld aufhören wird, als Vermittler der Vertheilung der Produkte zu dienen, wie dies schon heutzutage im Familienleben der Fall ist. Aber heute sind das bereits sozialistische Gemeinplätze, die seit zehn Jahren so abgedroschen worden, daß sie ihren Weg selbst in den harten Schädel der Philister gefunden haben und sogar von den Anarchisten wiederholt werden.

Indeß sind diese Ideen doch wenigstens vernünftig; deshalb genügten sie in Zola's Augen nicht, um Sigismund Busch zum Sozialisten zu stempeln. Er hat es für nöthig erachtet, diesen angeblichen Schüler von Marx die Irrthümer Proudhon's wiederholen zu lassen, die doch gerade Marx bekämpft hat; dieser eifrige Leser des „Kapital" erblickt wie Proudhon den Vorboten des Verschwindens des Geldes aus dem Wirthschaftsleben der Nationen in dem Sinken des Zinsfußes, einem Umstand, der doch im Gegentheil beweist, daß sich das Geld stetig vermehrt. Dieser wissenschaftliche Sozialist ist voller Widersprüche, von denen sein Papa Zola keine Ahnung hat. Er erklärt, wie Marx und Engels unwiderleglich nachgewiesen haben, daß die gegenseitige Gesellschaft in ihrem Schooß die materiellen und geistigen Elemente für den Aufbau der kommunistischen Ge-

sellschaft der Zukunft erzeugt. Gleichzeitig bringt er seine Nächte damit zu und reibt seine Kräfte damit auf, auszutüfteln, wie die künftige Gesellschaft organisirt sei, wie sie funktioniren muß; er quält sich damit ab, im menschlichen Herzen die Triebkraft zu entdecken, welche den individuellen Egoismus ersetzen wird, den die Konkurrenz, dieser Motor des Fortschritts in der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt und aufs Höchste entfaltet hat.

Busch ist ein eingefleischter Idealist, der keine Ahnung davon hat, daß Marx als Schüler Hegel's von dem ewigen Verwandlungsprozeß der sogenannten unwandelbaren Prinzipien überzeugt war, daß er aber über seinen Lehrer hinausging und nachwies, wie die Entstehung und Veränderung dieser Prinzipien im menschlichen Hirn in innigster Weise mit der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse verknüpft ist. Busch dagegen läßt nur die Gerechtigkeit, die einem Jeden zustehenden und ihm zurückeroberten Rechte als die unwandelbaren Prinzipien gelten, auf denen die neue soziale Organisation beruht.

Karl Marx nacheifernd, mit dem er in beständigem Briefwechsel stand, „verwendete er deshalb seine Zeit ausschließlich auf das Studium dieser neuen Organisation, er veränderte und verbesserte unaufhörlich auf dem Papier die kommende Gesellschaft, bedeckte ungeheuer lange Seiten mit Ziffern und gründete den komplizirten Bau des allgemeinen Glücks auf die Wissenschaft.“

Kurz, Busch ist ein unklarer, verworrener Kopf, der zu den phalansterischen und ikarischen Utopien der Zeit vor 1848 zurückgreift, Zola dagegen stellt ihn als einen wissenschaftlichen Denker, als den Lieblingsschüler Marx' hin, also jenes Gelehrten, der der festen Ueberzeugung war, daß man einen sozialen Organismus ebenso wenig wie ein Thier nach Belieben schaffen könne, daß dagegen die ökonomischen Verhältnisse die ihnen entsprechenden sozialen Formen erzeugen und entwickeln. Zola scheint in der Einbildung zu leben, Marx sei ein Erfinder von Romanen gewesen. Der „Sozialist“ Sigismund Busch verunstaltet Zola's Roman, er ist das Produkt einer unklaren Phantasterei.

Ein Werk wie „L'Argent,“ das sich so hoch über das Niveau der gewöhnlichen Romane erhebt und kühn an die Aufgabe einer Darstellung und Analyse sozialer Phänomene herantritt, sollte eine bestimmte Auffassung der Gesellschaft bieten. Es enthält nichts davon.

„L'Argent“ wird sich nicht des gleichen Erfolges wie „Nana“ und „L'Assomoir“ zu erfreuen haben, denn das Werk weist Vorzüge auf, die nur die Aufmerksamkeit jener Leser fesseln werden, welche die Börsenwelt kennen lernen wollen. Um so schlimmer für das große Publikum, wenn es diesen Roman nicht nach seinem wahren Werth zu schätzen versteht.

* * *

Heutzutage wird soviel von einer Wiedergeburt der Literatur gesprochen, daß Jeder, der sich einfallen läßt, Romane oder Gedichte zu schreiben, sich naiver Weise einbildet, eine neue Richtung, eine besondere Schule zu begründen. Da darf man wohl folgende Fragen aufwerfen:

Stellt der Roman von der Art des Zola'schen*) den letzten Versuch der

---

*) Zola weiß nicht die Gattungen anzugeben, der seine besten Romane (Germinal, La Terre, Au Bonheur des Dames, Pot-bouille, L'Argent) angehören. Die Bezeichnungen als „naturalistische,“ „realistische,“ „experimentale“ und „dokumentarische“ Romane, welche er seinen Werken der Reihe nach beigelegt hat, sind nicht genau genug und können ohne Unterschied auch auf Romane angewendet werden, die mit den seinen nicht die geringste Aehnlichkeit haben.

bürgerlichen Schriftsteller dar, die Form des Romans zu erneuern und zu verjüngen? Oder sind sie dazu verurtheilt, den von ihren Vorgängern zurückgelegten Weg wieder zu betreten, die alten Formen wieder aufzunehmen, mit einigen Aenderungen in Einzelheiten, die sie den Erfordernissen ihrer Zeit anpassen sollen, und sie so von Neuem zu verwenden, bis sich die Form des Romans ausgelebt und überlebt hat und verschwindet, wie bereits die klassische Tragödie und das Heldengedicht verschwunden sind?

In einem folgenden Artikel werde ich versuchen, obige Fragen zu beantworten.

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.
1866—1876.

Von **F. A. Sorge.**

II. Gesetzgebung, Kinderarbeit, das Statistische Arbeitsbureau von Massachusetts.

Charakteristisch, aber im Einklang mit ihrem Verhalten zu den Forderungen der Arbeiter, ist das Verfahren der bürgerlichen Gesetzgeber in Sachen der Arbeiterschutzgesetze, wovon in früheren Mittheilungen schon Proben gegeben wurden. Hier Weiteres darüber.

Kongreßmitglied Ingerssoll von Illinois hatte im März 1867 einen Antrag eingebracht, im Distrikt Columbia, den die Bundesregierung verwaltet, die Achtstundenarbeit einzuführen. Bei der Abstimmung war kein Quorum vorhanden, da nur 111 Mitglieder stimmten. Später wurde der Antrag gestellt, den Ingerssoll'schen Beschluß auf den Tisch zu legen und nun stimmten 156 Abgeordnete dafür, 92 dagegen, während 76 sich der Abstimmung enthielten. Es waren also plötzlich 324 Mitglieder da. Am 28. März 1867 brachte N. Banks von Massachusetts ein Achtstundengesetz für alle Arbeiter der Bundesregierung ein. Bei der Frage, ob das Gesetz zur Debatte gelangen solle, stimmten 78 dafür, 23 dagegen und 63 enthielten sich der Abstimmung. Banks peitschte nun das Gesetz durch. Im Senat aber wurde auf Antrag Sherman's dem betreffenden Komitee gestattet, das Gesetz nicht in Berathung zu ziehen; am 24. Juni 1868 wurde es wieder hervorgeholt, vom Senat endlich angenommen und am nächsten Tage vom Präsident Johnson unterzeichnet. Die Agitation der vorhergehenden 4—5 Jahre und die Beschlüsse der Arbeiterkongresse hatten gewirkt und die Herren im Kongreß der Vereinigten Staaten genöthigt, eine freundliche Maske anzulegen. Ihr wirkliches Antlitz zeigten sie bei der Ausführung, d. h. bei der Umgehung des Gesetzes, wovon Einiges zu berichten.

Die meisten Beamten und Offiziere kümmerten sich nicht um das Gesetz, und wo sie es nicht umgehen konnten, zogen sie den Arbeitern ein Fünftel ihres Lohnes ab. Auf die eingegangenen Beschwerden hin beschloß der Kongreß, daß das Gesetz nicht ausgelegt werden solle, als ob es eine Herabsetzung der Löhne gestatte (1869). Darauf gab der Generalanwalt (der Justizminister) der Vereinigten Staaten ein Gutachten ab, daß das Achtstundengesetz nichts mit der Lohnfrage zu thun habe, welche im Sinne alter Vorschriften zu regeln sei, und der Marineminister erließ am 22. April 1869 ein Zirkular an alle Schiffsbauhäfen und Stationen, worin er das Gesetz vom 16. Juli 1862 verbindlich erklärt, welches die Löhne in den Regierungswerkstätten rc. den in Privatwerkstätten

üblichen Löhnen im Verhältniß gleich stellt, d. h. die Arbeiter der Bundesregierung sollten nunmehr nur vier Fünftel des Lohnes erhalten, welchen die Zehnstundenarbeiter in Privatwerkstätten erhielten. Der um seine Popularität besorgte Präsident Grant erließ nunmehr am 21. Mai 1869 eine Proklamation, daß von diesem Datum an keine Lohnreduktion wegen der Achtstundenarbeit stattfinden solle. Trotzdem wurde Gesetz und Proklamation von den Beamten umgangen, und am 11. Mai 1872 erließ der Präsident einen zweiten ähnlichen Tagesbefehl, dem die Beamten ein Schnippchen schlugen wie dem früheren, weil sie sehr wohl die Herzensstimmung der Herren im Kongreß kannten. Ein unwürdigeres Spiel mit den Arbeitern ist schwerlich je getrieben worden — und es wird heute noch ebenso getrieben, denn die von einer großen Zahl der Einzelstaaten seitdem passirten Achtstundengesetze sind in demselben Geiste und Sinne gehalten und werden womöglich noch schlechter ausgeführt. Professor Ely schreibt darüber (Seite 70):

> „Das Achtstundengesetz steht noch immer in unserem Gesetzbuch und ein ähnliches Gesetz besteht in verschiedenen Staaten, aber es ist ein todter Buchstabe. Kann Jemand zweifeln, daß es durchgeführt werden würde, wenn es ein Gesetz zu Gunsten großer Eisenbahngesellschaften oder Bankinstitute wäre?“

Und an einer anderen Stelle (Seite 326) sagt er:

> „Die allgemeinen Gesetze werden gegen die Armen stets streng durchgeführt, und die Gesetze zu Gunsten der Arbeiter werden — man kann sagen, in der Regel — gar nicht beobachtet.“

Genau so ging es in Massachusetts mit der Durchführung des Gesetzes vom 29. Mai 1867 (siehe „Neue Zeit“ 1890/91, Band II, Seite 404 ff.), welches drei Monate Schulbesuch verlangte und die Arbeitszeit von Kindern im Alter von 10—15 Jahren auf 10 Stunden täglich (60 Stunden pro Woche) festsetzte, eine Arbeitszeit, von welcher Marx („Kapital“ I, 4. Aufl., S. 234) sagt: „Sie (diese 10 Stunden Kinderarbeitszeit) war in England noch Mitte des 17. Jahrhunderts der normale Arbeitstag vollblütiger Handwerker, robuster Ackerknechte und riesenhafter Grobschmiede.“ — General H. K. Oliver, später Chef des Statistischen Arbeitsbureaus von Massachusetts, ein tüchtiger, wohlmeinender Mann, war mit Ueberwachung der Ausführung des Gesetzes betraut worden, worüber er 1868 und 1869 offizielle Berichte an den Gouverneur und die Legislatur richtete. Diese Berichte sind äußerst interessant, aber zu umfangreich, um hier wiedergegeben zu werden. Oliver sagt, alle Versuche genauer Untersuchung seien abortiv wegen des Fehlens von Zwangsmaßregeln in dem lose konstruirten Gesetz; er giebt neue Mängel des Gesetzes an, welche dasselbe ganz wirkungslos machen und entnerven: er klagt, daß die Legislatur übereilt, unvorsichtig und unüberlegt vorgegangen sei in einer Sache, wo es sich um Beseitigung positiven Unrechts handele, darin bestehend, daß man zarte Kinder in Fabrikräumen zusammengepfercht Tag für Tag 12—14 Stunden, manchmal ohne Unterbrechung für Unterricht und Erholung, arbeiten lasse; er appellirt mit warmen Worten an die Legislatur, daß sie das Gesetz umarbeite, ihm Energie, Lebenskraft und Vollmacht zur Durchführung verleihe, er weist besonders auf das Wörtchen „wissentlich“ hin, zeigt, daß ein Mann unmöglich die Arbeit der Ueberwachung bewältigen könne und giebt ein Beispiel an von der Schlauheit der bürgerlichen Unternehmer und von der Findigkeit der Rechtsbeflissenen, dem Gesetz ein Schnippchen zu schlagen, wenn es die Ausbeutung von Kindern zu beschränken sucht. (Mass. Report 1870, S. 134.)

Der Staats-Konstabler führt Ende 1869 beim Polizeigericht in Worcester

Klage gegen einen Herrn Geo W. Reves wegen Verletzung des erwähnten Gesetzes. Der angeklagte Herr bestritt die Uebertretung des Gesetzes nicht (von dem er übrigens keine Kenntniß hatte), behauptete aber nicht straffällig zu sein, da er weder Eigenthümer noch Agent, weder Superintendent noch Aufseher, weder Vater noch Vormund, sondern einfach ein Kontraktor sei. Herr Reves wurde daraufhin freigesprochen, obgleich er den betreffenden Knaben 18 Stunden an einem Tage beschäftigt hatte. Der Knabe soll übrigens wahnsinnig geworden sein. General Oliver spricht den frommen Wunsch aus, daß Kinder unter 13 Jahren in keiner Fabrik zugelassen werden sollten, er bezeichnet das Gesetz von 1867 als einen todten Buchstaben und erklärt (1870): „In diesem Augenblick und dem Gesetz zum Trotz arbeiten Kinder unter 15 Jahren und manche unter 10 Jahren **11 Stunden per Tag** in Fabriken überall in diesem Staate."

Im Herbste 1870 machte General Oliver den Chef der Staatskonstabler wieder aufmerksam auf die offene Verletzung des Gesetzes in den Fabriken zu Fallriver. Der Hilfskonstabler des betreffenden Distrikts, W. C. Thomas, wurde angewiesen, die Sache zu untersuchen und berichtete am 26. September 1870, daß er die Fabriken besucht habe und daß die Eigenthümer die Sache (Uebertretung des Gesetzes) gar nicht leugnen „und ich habe schon lange gewußt, daß dieser Zustand in allen Fabriken von Fallriver und, nach glaubwürdigen Berichten, im ganzen Staate besteht. . . . Wenn sie (die Unternehmer) die Kinder mit 60 Stunden die Woche entlassen, müssen sie auch die Erwachsenen gehen lassen, da die verschiedenen Arbeitszweige genau mit einander zusammenhängen. Alle bezeugen ihre Bereitwilligkeit, das Gesetz zu befolgen, wenn es allgemein (universal) gemacht wird, sonst wollen sie Widerstand leisten. . . ." Ein weiterer Beweis für die Gesetzlichkeit der bürgerlichen Klassen, welche gerade bis an ihren Geldbeutel reicht.

Beiläufig sei bemerkt, daß der zweite Jahresbericht des Statistischen Arbeits-Bureaus erzählt (Seite 489): „Körperliche Züchtigung von Fabrikkindern ist nicht unbekannt in unseren Fabriken. Mehrere solcher Fälle sind uns in den letzten 18 Monaten mitgetheilt und in einigen Fällen die Aufseher dafür bestraft worden."

General Oliver erreichte mit seinen Berichten und Veröffentlichungen nichts als die Errichtung einiger Halbzeitschulen (halftimeschools) nach englischem Muster, klagt aber darüber, daß selbst dieses Palliativmittelchen nur in wenigen Plätzen Eingang gefunden. Im Jahre 1871 wurde eine Staatspolizeikommission in Massachusetts eingesetzt, welche keinen Spezialkonstabler mehr abordnete, sondern alle Konstabler anwies, „soweit als es praktisch erscheine, in Erfahrung zu bringen, ob das Gesetz beobachtet werde," aber weise hinzufügte: „bei den über die Beobachtung dieses Gesetzes anzustellenden Untersuchungen dürfen die Beamten keine Extraausgabe machen, ausgenommen in Folge von positiven und zuverlässigen Anzeigen von Gesetzübertretungen."

Der dritte Jahresbericht des Statistischen Arbeitsbureaus giebt wieder eine Fülle von Material über Kinderarbeit, mit genauer Angabe der Orte, der Fabriken und selbst der Namen der Kinder, woraus hervorgeht, daß eine große Zahl von Kindern unter zehn Jahren zur Arbeit angehalten wurde, sogar solche von sieben Jahren, und zwar zu elf- und zwölfstündiger Arbeit, während die Gesetze über Schulbesuch nach allen Seiten umgangen wurden. Der Agent einer großen Fabrik in Pittsfield erklärte: „Wir fragen nicht nach dem Alter der Kinder und treffen keine Einrichtung für Schulbesuch. Es ist besser für sie, zu arbeiten, als zur

Schule zu gehen, da die Lehrer Mädchen von 16 bis 17 Jahren sind, von denen sie nichts lernen können. Sie brauchen einen männlichen Lehrer, der sie prügeln kann" und er wiederholte, „es sei unnütz für die Kinder, zur Schule zu gehen, da sie nichts lernen könnten." (Seite 351.)

Die Verfasser des Berichts erklären (Seite 53): „Das Schulzwanggesetz in der Gesetzsammlung ist im Allgemeinen gänzlich vernachlässigt und unwirksam." Im zweiten Jahresbericht (Seite 394) sagten die Verfasser über dasselbe Gesetz schon: „Kein Mensch kümmert sich um das Gesetz, weder Gemeindebehörden, noch Schulräthe, noch Ortspolizei, und die großen Städte und viele Gemeinden des Staates schwärmen von unerzogenen Kindern, die in den Straßen umherlaufen und in Unwissenheit und schlimmen Erbfehlern aufwachsen. Die Fabriken im ganzen Staate, die Werkstellen in Stadt und Dorf sind voll von Kindern, beraubt ihres Anrechts auf eine Erziehung, die sie für das spätere Leben vorbereite. . . ."

Im Jahre 1873 erließ die Legislatur von Massachusetts eine Art Schulzwangsgesetz, welches anordnete, daß jedes Kind im Alter von 8—12 Jahren jährlich wenigstens 20 Wochen die Schule besuchen müsse, und als 1874 die Polizeikommission aufgelöst wurde, ernannte der Staatskonstabler den oft erwähnten George E. McNeill zum Spezialkonstabler für die Gesetze betreffend Schulpflicht und Arbeitszeit von Kindern. McNeill erstattete seinen Bericht am 11. Januar 1875, dem wir noch Folgendes entnehmen: Die Gesetze sind verwirrend und widersprechend; die Legislatur sollte dieselben ändern und verbessern; die Anzahl der Kinder in Fabriken konnte nicht ermittelt werden, aber in Fallriver waren nur 1051 Kinder in der „halftimeschool," während mindestens 3000 in den Fabriken arbeiteten; in Fallriver, der bedeutendsten Fabrikstadt des Landes, besuchten nur 50,4 Prozent der schulpflichtigen Kinder die Schule (1872), so daß 49,6 Prozent der Schule entfremdet blieben — trotz „halftimeschools" —; der Vereinigten Staatenzensus von 1870 gebe die Zahl von 101 570 Kindern in Massachusetts, welche keine Schule besuchen, d. h. ein volles Drittel aller schulpflichtigen Kinder, und mit allen möglichen Abzügen von dieser Zahl komme er doch auf mehr als „60 000 in Unwissenheit aufwachsende Kinder;" er giebt dann die Aussage eines Spinners in Fallriver über das Leben der Fabrikarbeiter, woraus zu ersehen, daß der Mann, seine Frau und sein Kind 77 Stunden und 25 Minuten pro Woche vom Hause abwesend sind, daß sie ihr Mittagbrot schon Abends für den nächsten Mittag bereiten und nur einmal in der Woche, Sonntag, warmes Mittagbrot genießen, daß sie in England wenigstens Zeit hatten, zum Mittagbrot nach Hause zu gehen, daß sie zu müde sind und auch keine Zeit haben, in die Kirche zu gehen 2c.

Die Ursache solcher Zustände findet McNeill natürlich in der Kinderarbeit, und empfiehlt, daß das Schulalter ausgedehnt werde von 5 bis 18 Jahren (anstatt wie bisher von 8 bis 12), daß jährlich ein genauer Zensus aller schulpflichtigen Kinder genommen werde; daß Zeugnißzwang über alle diese Punkte eingeführt, kein Kind unter 12 Jahren zur Fabrikarbeit zugelassen, Gesetze zum Schutze gegen Unfälle erlassen und ein vollständiges System von Fabrikinspektion geschaffen werde. Er sagt wörtlich: „Massachusetts steht hinter England, Frankreich und Deutschland (?) zurück in Menschlichkeit und Gesetzgebung über diese Frage (der Kinderarbeit)."

Derselbe Bericht theilt mit, daß selbst die geringe Schulzeit von drei Monaten den Unternehmern unbequem sei, und daß deshalb in manchen Fällen die Aufseher gerade derjenigen Fabriken, welche das Gesetz verletzen, in den Schul-

rath gewählt werden, um die Sache zu vertuschen — eine allgemein übliche Praxis der betreffenden bürgerlichen Kreise.

Die lieblichen Gepflogenheiten der bürgerlichen Unternehmer, deren Appetit nach Kinderarbeit, enthüllt er mit Folgendem: „Leute mit wachsender Familie (men with growing families) sind das stehende Verlangen (standard demand) in vielen unserer Fabrikzentren. Ja, das ist so bekannt, daß es als Entschuldigung dient für die Entlassung von Personen, welche sich dem Fabrikregiment mißliebig gemacht haben durch ihre Agitation für die gesetzliche Zehnstundenarbeit zu Gunsten von Kindern und Unmündigen, und für Halbzeitschulen. Ein Herr Sam. Moore, 60 Jahre alt, der vom Auffseher und Superintendenten als ein sehr geschickter, fähiger und zuverlässiger Arbeiter gerühmt war, wurde entlassen mit der Erklärung, daß sein Unternehmer „Leute mit wachsender Familie zu haben wünsche."

Wie weit das Uebel der Kinderarbeit um sich gegriffen, zeigt McNeill mit diesen Worten: „Man muß nicht glauben, daß die Unternehmer in der Textilindustrie allein schuldig sind, auf dieser Bahn des Unrechts zu wandeln. Unsere Städte sind angefüllt mit den kleinen Hungerleidern. Man schätzt die Zahl der in den verschiedenen Fabriken der Stadt New York beschäftigten Kinder auf hunderttausend, worunter zehntausend Tabakstripper, achttausend Verfertiger von Briefumschlägen, achttausend in der Blattgoldindustrie und bei der Anfertigung von Papierkragen und Schachteln, zwölftausend bei der Anfertigung von künstlichen Blumen beschäftigt sind. Und unter diesen Kindern befinden sich viele „im zarten Alter von fünf bis sieben Jahren." Ein Mitarbeiter von „Harper's Magazine" sagt in einem Artikel vom August 1873: „Welch' eine ungeheuere Bevölkerung von Kindern in dieser Stadt (New York) sind die kleinen Sklaven des Kapitals. Wie intensiv und erschöpfend ist ihre tägliche Arbeit und wie viel von ihrer Gesundheit und Erziehung wird geopfert in diesen frühen Jahren vorzeitiger Arbeit. In New York ist dieses Uebel augenscheinlich enorm und unserer Zukunft gefahrdrohend."

Der fünfte Jahresbericht des Statistischen Arbeitsbureaus (1874), von den Nachfolgern Oliver's und McNeill's verfaßt, theilt mit (S. 4), daß auf amtliche Anfrage 21 Schulräthe berichten, daß 1330 Kinder unter 10 Jahren in Fabriken arbeiten; 28 Schulräthe berichten, daß wahrscheinlich Kinder unter 10 Jahren in Fabriken arbeiten, geben aber keine Zahlen an; 28 andere Schulräthe geben an, daß 1723 Kinder von 10 bis 15 Jahren in Fabriken beschäftigt sind, ohne den gesetzlich verlangten Schulunterricht zu genießen; 29 andere Schulräthe berichten, daß ebensolche Kinder wahrscheinlich da sind, geben aber keine Zahl. Der Verfasser (C. D. Wright), in starkem Gegensatz zu seinen Vorgängern, gebraucht einige liberale Phrasen und sagt dann kühl: „Das Gesetz über Kinderarbeit wird weder durchgeführt, noch kann es durchgeführt werden" (S. 5). Nirgends in der Welt wird die Phrase von den gesetzliebenden Bürgern (law-abiding citizens) so oft und mit solchem Pathos, besonders gegen die Arbeiter, angewendet, als in den Vereinigten Staaten. In dem Vorstehenden ist zu erkennen, wie weit diese Gesetzlichkeit geht. — —

Am 23. Juni 1863 unterzeichnete Gouverneur Cluflin das folgende Gesetz der Legislatur von Massachusetts:

„Beschlossen, daß der Gouverneur unter Beirath und Zustimmung des Staatsraths, sobald es nach Fassung dieses Beschlusses geschehen mag, und hiernach alle zwei Jahre im Monat Mai, eine passende Person ernenne als Chef, welcher ermächtigt sein soll, einen Assistenten (deputy) zu ernennen, und besagter Chef, mit seinem Assistenten sollen ein statistisches Bureau bilden mit seinem Sitz im Staatshause.

„Die Pflichten dieses Bureaus sollen sein, statistische Daten (details) bezüglich aller Zweige der Arbeit (departments of Labor) im Staate, besonders in deren Beziehung zu dem kommerziellen, industriellen, sozialen, gesundheitlichen und Bildungs- (Educational) Zustand der arbeitenden Klassen und zu der permanenten Prosperität der produktiven Industrie des Staates zu sammeln, zu ordnen, zu systematisiren und in jährlichen Berichten an oder vor dem 1. März jedes Jahres der Legislatur zu unterbreiten.

„Besagtes Bureau ist ermächtigt, Personen vorzuladen und Dokumente einzusehen, Zeugen unter Eid zu vernehmen, und solche Zeugen sollen in derselben Weise vorgeladen werden und dieselbe Bezahlung erhalten, wie Zeugen vor dem „Superior-"Gericht des Staates."

Außer dem Gehalt der beiden Beamten wurde die Summe von 5000 Dollars per Jahr ausgesetzt für die nöthigen Ausgaben des Bureaus. Das erste wirkliche Arbeitsbureau war geschaffen und in den Händen von zwei tüchtigen, gewissenhaften und furchtlosen Männern, Henry K. Oliver als Chef und George E. McNeill als Assistent. Die große Bedeutung und die Leistungen des Bureaus, besonders in den ersten vier Jahren sind so allgemein anerkannt, Auszüge aus den jährlichen Berichten in den meisten modernen Sprachen so oft gemacht worden, daß demselben und seinem Wirken hier etwas Raum zu widmen ist.

Ursprünglich verdankt das Bureau sein Entstehen den unablässigen Bemühungen Ira Steward's und seiner Gesinnungsgenossen, von denen im letzten Artikel („Neue Zeit," 1890/91, Nr. 39) einiges mitgetheilt wurde und unten noch mehr folgen wird. Indessen thun unsere bürgerlichen Gesetzgeber nichts pour les beaux yeux irgend eines Menschen, am allerwenigsten für diejenigen eines armen Schluckers, wie Ira Steward war, wenn kein politisches Interesse damit verknüpft oder gefördert wird, — in amerikanischer Redeweise „if there is no politics in it" — und so war es auch in diesem Falle. Die Knights of St. Crispin, die Ritter des heiligen Crispin, eine äußerst zahlreiche, geheime Organisation der Arbeiter in der Schuhindustrie von 1866 bis 1873 (man zählte deren 1869 gegen vierzigtausend in Massachusetts allein), baten in zahlreichen Petitionen um gesetzliche Inkorporation und dieselbe wurde ihnen — aus Klasseninteresse — verweigert, zuletzt am 25. Februar 1869. Sobald diese Inkorporation abgelehnt war, wurde den Mitgliedern beider Zweige der Legislatur klar, daß Tausende von Arbeitern ihre Stimmen von der am Ruder befindlichen Partei abwenden würden. Die Herren Gesetzgeber empfanden daher das Bedürfniß, und sprachen es häufig aus, daß etwas gethan werden müsse für die Arbeit. Und so wurde denn, zwei Tage vor dem Schluß der Sitzung, am 22. Juni 1869, die Schaffung des statistischen Arbeitsbureaus beschlossen, ganz unzweifelhaft als Köder für Arbeiterstimmen, was nicht zu vergessen ist.

Oliver und McNeill gingen mit Eifer an die Arbeit und wurden von den Achtstundenleuten wacker unterstützt. Gleich zu Anfang wurde ihnen von dem Generalanwalt des Staates in einer geschraubten Auslegung des Gesetzes bedeutet, daß sie Niemand zum Erscheinen und zur Aussage zwingen könnten. Unverdrossen arbeiteten sie und lieferten in den Jahren 1870, 1871, 1872 und 1873 Berichte von großem Werthe über die meisten Punkte von Interesse für Arbeiter und unbefangene Beobachter, was den Lesern dieser Mittheilungen bereits aus vielen Zitaten bekannt sein wird. Daß kleinbürgerliche Anschauungen und nationale Eitelkeit sich nicht selten in den Berichten breit machen, darf nicht verschwiegen werden, ist auch öfters gerügt worden, aber es ist nicht zu hoch anzuschlagen gegen die Gewissenhaftigkeit, mit der die beiden Männer ihr Werk betrieben,

gegen die wohlthuende Rücksichtslosigkeit, mit der sie vorhandene Schäden aufdeckten, gegen die Unerschrockenheit, mit welcher sie ihre gewonnene Meinung und Ueberzeugung aussprachen. Von bleibendem Werthe sind die Berichte über die Kinder- und Frauenarbeit, über das Schulwesen, über die Behandlung der Kinder, über die Verkürzung der Arbeitszeit, über die Zustände in Fabriken, über die Wohnungen der Arbeiter und manches Andere. Sie griffen die Behörden an wegen ihrer Saumseligkeit, die Unternehmer wegen ihrer Verletzung der Gesetze, die Legislatur wegen ihrer Unterlassungssünden. Sie verlangten Schutz und Unterricht für Kinder und Unmündige, anständige Behandlung für die Frauen, Verkürzung der Arbeitszeit, Vorkehrungen gegen Unfälle, Verbot des Trucksystems. Sie stellten die Schäden des Fabriksystems bloß und schrieben gegen das Lohnsystem, gegen die Lohnarbeit überhaupt. Sie griffen das Kapital an und damit begingen sie ein Kapitalverbrechen. Sie deckten den Humbug der Sparbanken auf, indem sie nachwiesen, daß der größte Theil der Einlagen „dem Profit aus Kapitalien" entstamme — und das brach ihnen den Hals. Im dritten Bericht, 1872, hatten sie, gestützt auf offizielle Angaben der Bankkommissäre des Staates, dargethan, daß die Depositen in den Sparbanken weniger von Arbeitslöhnen herrührten, als von den Gewinnsten, welche die Kapitalisten einstreichen, und damit hatten sie die schöne Legende von den gutbezahlten Lohnarbeitern zerstört. Der Senat von Massachusetts nahm darauf einen Beschluß an, worin er das Bureau tadelte und dessen Angaben über das Sparbankwesen mißbilligte und verwarf. Das Unterhaus der Legislatur nahm diesen Beschluß allerdings nicht an, aber die Stellung der beiden Bureaubeamten war nunmehr gefährdet und sogar die Existenz des Bureaus in Frage gestellt. Die bürgerlichen Gesetzgeber selbst hatten nicht die Courage, Oliver und McNeill zu entfernen und sandten daher eine Anzahl sogenannter „Arbeitsreformer" vor, um die Bureauverwaltung zu stürzen. Oben wurde berichtet, wie die Angst vor den Crispinern die Einsetzung des Bureaus herbeigeführt hatte und seitdem hatten die Crispiner einen gewissen Groll gegen das Bureau. Letzteres hatte sich auch an den Agitationen der „Arbeitsreformer" nicht betheiligt und die Beamten des Bureaus waren bekannt als prinzipielle Gegner der sogenannten Finanzreform, der Lösung der Arbeiterfrage durch Ausgabe von Papiergeld, und deshalb wurden Beamte und Bureau heftig angegriffen von den genannten „Reformern," von den „baloonists," wie sie Ira Steward nannte. Und zu dieser Sorte trat der hochgeachtete Wendell Phillipps, handelte als ihr Mundstück, und fügte seinem Namen einen dunklen Flecken bei. Man warf dem Bureau vor: 1. daß es nicht die richtigen oder gewünschten Hilfsarbeiter engagirt habe; 2. daß es der Achtstundenfrage zu viel Raum gewidmet; 3. daß es keinen Rath von Andern eingezogen; 4. daß es einem gewissen Herrn, Herausgeber eines obskuren Reformblättchens, keine Stelle gegeben; 5. daß es gegen unabhängige politische Thätigkeit, gegen die Bildung von Arbeiterparteien gewirkt habe. Alle diese Vorwürfe weist das Bureau in seinem vierten Berichte, 1873, des Längeren zurück, beharrt aber auf seiner Ansicht über die Sparbankdepositen und am Schlusse des Berichtes (S. 501) sagen die Verfasser dann Folgendes über die gebräuchliche Gesetzgebung: „Die Gesetzgebung ist heutzutage nahezu vollständig den Interessen angehäuften Reichthums gewidmet, sei es in der Form von Eisenbahnen oder Fabriken oder zahlreichen anderen Geldinteressen. Die Zeit der nationalen und Staatslegislaturen ist fast ausschließlich in Anspruch genommen mit der Erwägung von Fragen, wie die Anhäufung von Kapital zu erleichtern sei, während sehr wenig Zeit oder Nachdenken der Frage gegönnt wird, wie der Arbeiter durch Verkürzung der

Arbeitszeit und Vermehrung seiner Mittel diejenige Bildung erreiche, welche ihn auf eine höhere Stufe des Menschenthums erhebe. Mit vermehrter Muße, mit reichlicheren Mitteln und mit besserer Bildung wird er fähig, die Methode zu ersinnen und auszuarbeiten, mittelst welcher Kooperation an die Stelle der Lohnarbeit treten kann. Denn darauf ist sein Blick gerichtet als endgiltige Lösung der brennenden Streitfragen zwischen Kapital und Arbeit."

Oliver und McNeill waren gerichtet, sie wurden am Ende ihres zweiten Termins nicht wieder ernannt, das Bureau wurde von den Ketzern gesäubert und am 12. Juni 1873 Carroll D. Wright und Geo J. Lang als Nachfolger eingesetzt. C. D. Wright ist derzeitiger Chef des Arbeitsdepartement der Vereinigten Staaten in Washington, wohin er bei Einrichtung dieses Departements berufen wurde, also bald zwei Dezennien im Amte und hat sich im Laufe dieser Jahre nicht übel entwickelt, auch mitunter treffliche Arbeiten geliefert; aber es darf nicht vergessen werden, daß er ursprünglich als Handlanger und Diener der herrschenden bürgerlichen Klasse, des Unternehmerthums und des Großkapitals berufen wurde, und dieser Ursprung klebt ihm an bis auf die heutigen Tage (1891), ist leicht zu erkennen, selbst in seinen Arbeiten jüngsten Datums. Seine Fortschritte sind unleugbar, aber nur in der langjährigen Beschäftigung mit dem Gegenstand seiner Thätigkeit geschuldet, die zuletzt jedem Menschen von einiger Selbständigkeit und Urtheilsfähigkeit nöthigt, aus der Beobachtung von Thatsachen Schlüsse zu ziehen, die den vulgären landläufigen Anschauungen widersprechen. Dieselbe Erfahrung ist, wie die Leser dieses Blattes wissen, vielfach an den Fabrikinspektoren und Statistikern Englands, Oesterreichs, der Schweiz und selbst — wenn auch in geringerem Maße — Deutschlands gemacht worden. C. D. Wright war ein Mann vom Schlage der englischen Liberalen, natürlich mit amerikanischer Färbung, dem eigentlich nicht viel an dem Bestehen eines Bureaus zur Aufdeckung der wirklichen Zustände zu liegen schien, denn in seinem zweiten Jahresbericht (1875, S. IX) sagt er: „Das Weiterbestehen dieses Bureaus ist ein Gegenstand der Diskussion, über welchen große Meinungsverschiedenheit herrscht. Nach Vollendung der industriellen Statistik, welche im laufenden Jahre aufgenommen wird, würde die legitime Arbeit des Bureaus, unter dem Gesetze seiner Errichtung, sehr beschränkt sein und könnte ohne die Existenz eines besonderen Departements gethan werden." Die eigenthümliche Auffassung, welche er im Anfang seiner Thätigkeit von dem Ziele derselben hatte, zeigt sich darin, daß er in seinem ersten Jahresbericht (1874) einen großen Abschnitt desselben einer Untersuchung über die sogenannten „professional men" (Kopfarbeiter 2c. der kleinbürgerlichen Klasse) widmet, worin er geradezu ausschließlich Einkommen und Herstellungs-(Bildungs-)Kosten der Geistlichen aller Konfessionen behandelt und die „für den Zustand der arbeitenden Klassen" (s. Gesetz über Errichtung des Bureaus) wichtigen Thatsachen mittheilt, daß es 2040 Geistliche in Massachusetts giebt, deren Vorbereitung für den Beruf durchschnittlich 2684,15 Dollar, deren Einkommen zwischen 162 und 8000 Dollars, deren tägliche Arbeitsstunden durchschnittlich 9½ Stunden betrage u. dergl. Auch das Sparkassenwesen, woran seine Vorgänger untergegangen, unterzieht er pflichtschuldigst einer neuen Untersuchung, ist aber nicht im Stande, die Schlußfolgerungen seiner Vorgänger zu entkräften oder wesentlich abzuschwächen. Für europäische Leser, für Leser der „Neuen Zeit" insbesondere, genügt zur Kennzeichnung der Tendenzen des Mannes, daß er sich in seinen ersten Berichten gern auf den bekannten Mundella und auf den Herrn von Plener bezieht, sowie, aber in geringem Maße, auf den Statistiker Engel.

Das Beispiel von Massachusetts veranlaßte andere Staaten zur Nachfolge

in der Errichtung von statistischen Aemtern. Pennsylvania errichtete ein solches 1872, Connecticut 1873, doch wurde Letzteres 1875 wieder auf eine Reihe von Jahren aufgehoben. Ein statistisches Amt für Handelsbeziehungen bestand schon lange im Finanzministerium der Vereinigten Staaten zu Washington. Als die Arbeiteragitation immer stärker wurde, setzte sich auch das Kabinet in Bewegung und veranlaßte einen Beamten, Namens E. Young, einen Bericht über Zustände und Arbeitslöhne in allen möglichen europäischen Staaten und in den Vereinigten Staaten anzufertigen, ein dickes Buch von ungefähr 900 Seiten, in vulgärliberalem Sinne geschrieben und mit einer Masse von Daten (ausländischen) prunkend als Relief für die günstigen Verhältnisse der amerikanischen Arbeiter. Das Buch erschien 1875, nimmt aber die amerikanischen Daten aus dem Jahre 1870, einem Jahre hoher Prosperität. C. D. Wright beruft sich öfters auf E. Young. Geradezu komisch wirkt es, daß Herr Young große Theile seines umfangreichen Buches den Trades Unions und der Arbeiterschutzgesetzgebung Englands widmet, über die gleichen Gegenstände in den Vereinigten Staaten aber kein Wort verliert — und doch ist das Buch im Jahre 1875 erschienen und als Bericht dem Kongreß unterbreitet worden, der übrigens kaum Zeit gefunden, sich damit zu beschäftigen.

Ein Sozialistentödter.

Vor einiger Zeit schien es, als wenn die mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes hereingebrochene Hochfluth antisozialistischer Broschüren durch die Bismarck- und Rembrandt-Literatur, sowie die ernsten, tiefernsten und nicht ernsten Egidy'schen und Anti-Egidy'schen Gedanken etwas zurückgedrängt werden sollte, aber die Abschwenkung auf anderes Terrain hat nicht lange vorgehalten, — seit einigen Monaten wälzt wieder wie vordem der Strom seine trüben Fluthen heran. Jeder Narr, der kaum zwischen Tausch- und Gebrauchswerth zu unterscheiden vermag, hält sich für qualifizirt, gegen die sozialistischen Theorien zu polemisiren, „man" bedarf ja dazu nur einer Dosis Richter-Barth'scher oder Fritz Kalle'scher Nationalökonomie, einiger allgemeiner Redensarten über Materialismus, Vernichtung der Individualität und des Ideal-Ethischen, Zwangsstaat rc. und zum Schluß je nach Geschmack eines stärkeren oder geringeren Zusatzes moralisch-patriotischer Entrüstung; — allenfalls kann, der Wissenschaftlichkeit wegen, auch noch etwas nationalliberal präparirte Geschichtsphilosophie oder Selektionstheorie beigemengt werden. Und nun geht's los! Unter Fanfarengeschmetter verkündigt überlegenen Tones die kapitalistische Presse, daß jetzt endlich der Sozialismus „völlig und endgiltig" überwunden sei. Indeß muß nach der eigenen Meinung jener gelehrten Herren die Wirkung solcher endgiltigen Ueberwindung sich immer nur auf höchstens fünf bis sechs Tage erstrecken, denn nach Ablauf dieser Zeit findet sich sicherlich schon wieder so ein ideenschwangeres Mondkalb ein, um nach seiner Spezialmanier die kritische Vernichtung noch einmal „endgiltig" vorzunehmen, und in weiteren sechs Tagen ist unbedingt schon ein Dritter da. Zur Abwechslung fallen sich bei dem Geschäft die Autoren auch selbst mal in die Haare, wie vor Kurzem Hans Blümchen und der wortgewaltige Fortschritts-Archimedes; jeder fürchtet, daß der Andere ihn des Ruhmes berauben könne, dessen er gerne vor der Nachwelt theilhaftig werden möchte.

Eines jener Schriftchen, auf welche die liberale Publizistik nach ihrer

Meinung ganz besonders stolz sein kann, ist die Broschüre des Dr. jur. Hammann.*) Die geistige Bedeutung von Marx als volkswirthschaftlichem Theoretiker anerkennend, soll er von einer höheren geistigen Zinne herab eine vollständige Widerlegung der Marx'schen Werththeorie geliefert haben — und wirklich, Herr Hammann leistet ganz Erkleckliches, wenn nicht in puncto Nationalökonomie, so doch an Eigendünkel und Unverfrorenheit. Seine „kritischen Einblicke" beginnen mit dem dritten Kapitel — die beiden ersten enthalten nur die gewöhnlichen Bemerkungen über Entstehung und Anwachsen der Sozialdemokratie, Nothwendigkeit der geistigen Bekämpfung 2c. — und zwar mit dem „ehernen Lohngesetz." Gleich zu Anfang war ich überrascht, neben jener naiven Terminologie, wie man sie tagtäglich in volkswirthschaftlichen Aufsätzen nationalliberaler Zeitungen findet, auf einzelne unbedingt Marx oder den sogenannten Marxisten entlehnte Ausdrücke zu stoßen, zudem kamen manche Ausführungen mir so bekannt vor, als müßte ich sie schon gelesen haben; ich lange oben auf's Bücherbrett nach dem ersten Band des IX. Jahrgangs der „Neuen Zeit," und richtig — die „geistig überlegene Darlegung" des Herrn Hammann ist nur ein dem Begriffsvermögen des liberalen Durchschnittspolitikers angepaßter, verdünnter Extrakt aus dem Bernstein'schen Aufsatz. Der Gedankengang ist derselbe, aber die detaillirten ökonomischen Auseinandersetzungen sind, da sie nach Ansicht des Autors das Denken seines Leserkreises zu sehr anstrengen mochten, fortgelassen, und selbstverständlich ist die Fassung wesentlich verändert. Die Sätze:

„Anders in der auf Maschinerie beruhenden Produktion. . . . Auch bei gleichbleibendem Preise der individuellen Arbeitskraft und aller hier in Betracht kommenden Produkte verschiebt es (das Verhältniß des variablen zum konstanten Kapital) sich in verhältnißmäßig kurzen Zwischenräumen, und zwar in der Richtung, daß X, der konstante, als Produktionsmittel funktionirende Kapitaltheil im Verhältniß immer größer, Y, der in Arbeitslöhnen umgesetzte Kapitaltheil, relativ immer kleiner wird." — („Neue Zeit," Seite 507—508.)

„Demgemäß verändert sich dann auch mit dem Eindringen der Maschine in die Produktion der subjektive Faktor derselben. Wo die Maschine Muskelkraft entbehrlich macht, tritt Frauen- und Kinderarbeit neben die Männerarbeit oder ganz an ihre Stelle" („Neue Zeit," Seite 506);

lauten z. B. bei Herrn Hammann:

„Die maschinelle Industrie verwendet in der Maschinerie und was damit zusammenhängt einen viel größeren Bruchtheil des zur Produktion thätigen Kapitals zum Ankauf und zur Unterhaltung von Produktionsmitteln und einen geringeren für Bezahlung von Menschenkräften, als es die Manufaktur thun konnte" (Seite 10).

„In dem Grade, wie in der Produktion Muskelkraft und besondere Handfertigkeit entbehrlich wurde, nahm auch die Aufnahme von Frauen und Kindern unter die industriellen Arbeitskräfte zu" (Seite 10).

Doch es kommt noch besser.

Im nächsten Kapitel behandelt Herr Dr. Hammann das „Marx'sche Werthgesetz." Nach seiner Meinung ist der Marx'sche Satz, daß der Tauschwerth einer Waare durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bestimmt wird, nur dann zutreffend, wenn „zwischen Waarenvorrath und Bedarf" ein „regelmäßiges Gleichgewicht" besteht, in der kapitalistischen Produktion aber wäre dies, wie Marx übersehen hätte, die Ausnahme; die Waarenwerthe schwankten

---

*) Otto Hammann, Dr. jur., Die kommunistische Gesellschaft. Lehren und Ziele der Sozialdemokratie. Berlin, R. Wilhelmi.

vielmehr beständig, „weil der Grad der Nützlichkeit, die Dringlichkeit des Wunsches, einen Gegenstand von gewisser Art zu erwerben, sehr starkem Wechsel unterliegt" (S. 16); heute würden graue, morgen blaue Kittel vorgezogen.

Etwas Neues, Selbstgefundenes enthalten diese Ausführungen nicht. Die Extase, in welche darüber neulich der „Hamburger Korrespondent" gerathen ist, beweist nur, wie wenig er die eigene bürgerlich ökonomische Literatur kennt. Der Einwand, Marx hätte den „Bedarf" nicht genügend in Berücksichtigung gezogen, wird schon seit Jahren trotz gründlichster Abfertigung immer wieder von der Brentano'schen Schule gegen die Marx'sche Werththeorie ausgespielt, und ebenso steht's mit der von Herrn Hammann vorgenommenen Identifizirung des Tauschwerthes mit dem Preis. Abgesehen von Marx' eigenen Bemerkungen über den Unterschied zwischen Werth und Preis, ist wiederholt in der sozialistischen Presse und Literatur, insbesondere von Engels in seinem Vorwort zum „Elend der Philosophie," darauf hingewiesen worden, daß unter Tauschwerth nicht der durch Angebot und Nachfrage regulirte Preis zu verstehen ist, erst durch die Schwankungen der Waarenpreise setze sich das Werthgesetz durch; aber was nützt das, mit der den kritischen Vernichtern des Sozialismus eigenen geistigen Sterilität wird immer wieder die alte Argumentation vorgebracht, Hans entlehnt sie von Peter, Peter von Fritz, und die kapitalistische Presse spendet dieser Originalität begeistert Beifall. Der Unterschied, der zwischen Herrn Hammann und den meisten seiner Kollegen besteht, ist lediglich der, daß diese, die unbesehens das Argument übernommen haben, wirklich meistens in ihres Herzens Einfalt glauben, die Marx'sche Werththeorie zu kritisiren, während er, wie aus einer Bemerkung, Seite 22, hervorgeht, sehr wohl weiß, daß das, was er als Tauschwerth präsentirt, nicht der Tauschwerth im Marx'schen Sinne ist, — aber es paßt so gut in den Kram und Andere haben's auch so gemacht. Etwas wollte Herr Hammann indeß doch auch gerne aus eigenem Können hinzuthun und so hat er denn neben dem durch die Arbeitszeit und dem durch Arbeitszeit und Nützlichkeit bestimmten Tauschwerth noch einen Werth Nr. 3 entdeckt. Scharfsinnig wie er ist, hat er nämlich herausgefunden, daß dieselbe Waare oft bei einem Händler, der etwas entfernter wohnt, wie ein anderer, billiger zu haben ist, wie bei diesem. Hier steckt keine verschiedene Arbeitsmenge und noch weniger verschiedene Nützlichkeit in den Produkten und doch schwankt „der Werth;" wie dies erklären? Herr Hammann weiß sich Rath. Es steigt und fällt, erklärt er, „der Werth einer Waare mit der größeren oder geringeren Mühe, die ihre Erlangung kostet." „Die Abnehmer besteuern in den höheren Preisen ihren Hang zu unnöthiger Bequemlichkeit und ihren Mangel an wirthschaftlicher Verwaltung ihrer Ausgaben." Leider läßt es Herr Hammann mit dieser Entdeckung genug sein und untersucht nicht, welches Werthgesetz in Anwendung kommt, wenn der näher wohnende Händler der billigere ist, also der Käufer gerade wegen seiner Bequemlichkeit die Waare billiger kauft, oder wenn die „Werthschwankungen" durch Börsenmanipulationen, Händlerkoalitionen, Ernteaussichten, Konkursverkäufe 2c. hervorgerufen werden. Es ist das ein nicht zu unterschätzender Verlust für die Wissenschaft; denn wenn er an diese Fälle gedacht hätte, würde er ohne Zweifel die Nationalökonomie noch um ein paar Werthgesetze mehr bereichert haben.

Als weiteren Beweis der Unrichtigkeit des Marx'schen Werthgesetzes hebt er den Widerspruch zwischen diesem und der Erscheinung einer einheitlichen Durchschnittsprofitrate hervor, — eine Erkenntniß, die er ebenso wie seine Ausführungen über „das eherne Lohngesetz" der „Neuen Zeit" (Jahrgang 1889, Heft 10) verdankt; er selbst ist sich über den Mehrwerth so wenig klar, daß er ihn durch-

weg mit dem Unternehmerprofit verwechselt. Selbstverständlich hindert ihn dieser Mangel an Unterscheidungsvermögen nicht, mit souveräner Ueberlegenheit zu versichern, der Nachweis, daß auf Grundlage des Marx'schen Werthgesetzes sich eine gleiche Durchschnittsprofitrate bilde, sei „schlechterdings undenkbar," denn da „das Werthgesetz regelmäßig im Waarenverkehr keine Anwendung" finde, so könne nun nicht auch noch bewiesen werden, „daß die regelmäßige Nichtanwendung des Werthgesetzes auf Grund eben dieses Werthgesetzes sich vollziehe." Der Fehler läge, fährt er fort, darin, daß Marx von den Begriffen Waare und Werth ausgegangen sei, und nicht davon, „daß die rechtliche Institution des Privateigenthums" da sei, mithin Besitzer von Produktionsmitteln Nichtbesitzern von Produktionsmitteln gegenüberständen, die allesammt untereinander konkurrirten. „Die Konkurrenz unter den Kapitalisten bewirkt einerseits, daß die Preise nach dem Werthe, dem Arbeitskostenpunkte, hinstreben; wenn sie unter dem Punkte bleiben, zieht sich das Kapital zurück, weil die Aneignung von Mehrwerth erschwert ist, stehen sie über ihm, so drängt es hinzu. Andererseits aber bewirkt diese Konkurrenz auch, daß von dem Werth der gesammten Produktion durchschnittlich auf alle gleich großen und gleich lange in der Produktion fungirenden Kapitale gleiche Antheile entfallen, was nicht anders möglich ist als durch eine Reihe von Verschiebungen des natürlichen Tauschwerthes der Waarenkapitale unter einander. Denn die Antheilsaneignung verwirklicht sich nicht durch periodische Generalabrechnungen der Gesammtheit der Kapitalisten unter einander, sondern bei Verwandlung des Waarenkapitals in Geldform, d. h. beim Waarenverkauf." (Seite 25 bis 26.)

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß Herr Hammann ungenirt über Dinge spricht, zu deren Beurtheilung ihm die erforderlichen Vorkenntnisse gänzlich fehlen, so liefert ihn diese kuriose Auslassung. Also die Ausgleichung der Jahresprofite wird bewirkt, weil durch „Verschiebungen des natürlichen Tauschwerthes" auf gleich große und gleich lange in der Produktion fungirende Kapitale gleichwerthige Antheile der Gesammtproduktion entfallen, welche dann bei ihrer Umwandlung in Geld gleich hohe Profite abwerfen, während bei längerer oder kürzerer Umschlagszeit der Kapitalien die Profite sich entsprechend erhöhen oder vermindern. Das ist eine ganz hübsche Theorie, nur beruht sie leider auf nicht zutreffenden Voraussetzungen. Weder sind, wie unnatürlich auch immer der „natürliche Tauschwerth" werden mag, die Werthquanta der Jahresprodukte gleich großer und gleich lange vorgeschossener Kapitale einander gleich, noch werfen Produkte von gleichem Preis gleiche Profite ab. Wenn Herr Hammann sich die Mühe machen wollte, Fabrikanten verschiedener Branchen, die mit ungefähr gleich großen und gleich häufig umschlagenden Kapitalien „arbeiten," nach dem Gesammtpreis der jährlich von ihnen produzirten Waaren zu fragen, so würde er finden, daß die Werthgröße von Branche zu Branche ganz beträchtlich differirt; das Jahresprodukt des Einen ist vielleicht = 100 000 Mark, das des Zweiten = 150 000 Mark und das des Dritten = 200 000 Mark; noch viel weniger aber werfen die von diesen verschiedenen Fabrikanten produzirten gleichwerthigen Waaren beim Verkauf gleiche Profite ab; Jeder würde ihm wahrscheinlich sagen, daß er an einzelnen Artikeln einen größeren Prozentsatz „verdient," wie an anderen. Ueberdies trifft die Auseinandersetzung des Herrn Hammann gar nicht die Frage, die zur Erörterung steht. Die Konkurrenz zeigt uns nur, wie, auf welche Art und Weise sich die Ausgleichung der Profite vollzieht, nicht aber, wie sich die Profitrate zur Mehrwerthsrate verhält, und hierum handelt es sich; daß in einer Gesellschaft austauschender Waarenproduzenten die Ausgleichung der Profite sich auf demselben Wege durchsetzt, auf dem überhaupt die Gesetze der kapitalistischen

Produktion sich durchsetzen: durch die Konkurrenz, das wußten wir schon vordem, dazu bedurfte es sicherlich nicht erst der Weisheit des Herrn Hammann. Der Profit ist nur ein Theil des Mehrwerths, hat seine Existenz nur durch diesen und kann demnach nur im Zusammenhang mit ihm begriffen werden. Die Bemerkung des Herrn Hammann, Marx hätte nicht von Waare, Werth 2c., sondern von der Konkurrenz ausgehen müssen, besagt deshalb nichts anderes, als Marx hätte die Ursachen und Zusammenhänge übersehen und die ökonomischen Kategorien lediglich aus ihrer Erscheinungsform erklären müssen; — eine Methode, die übrigens nicht, wie Herr Hammann sich vielleicht einredet, erst von ihm erfunden ist; sie wird schon seit Jahrzehnten von den Bourgeoisökonomen der Handels- und Börsenorgane praktizirt und veranlaßte bereits 1867 in der ersten Ausgabe des „Kapitals“ Marx zu der Aeußerung, daß die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion, da sie sich als „Zwangsgesetze der Konkurrenz“ geltend machen, dem individuellen Kapitalisten als treibende Motive zum Bewußtsein kommen (Seite 296).

Es ist hier in einer ohnehin schon zu lang gewordenen Rezension nicht angebracht, ausführlich auf das Verhältniß der Mehrwerthsrate zur Profitrate einzugehen, soweit ich jedoch zu beurtheilen vermag, liegt die Lösung des Problems in anderer Richtung, als in welcher Herr Dr. Schmidt („Neue Zeit,“ Jahrgang 1886, Heft 10, Das Werthgesetz und die Profitrate) sie sucht. Es kann meines Erachtens nicht von einer gleichen Mehrwerthsrate ausgegangen werden, da diese thatsächlich nicht nur in verschiedenen Industriezweigen, sondern vielfach selbst in den einzelnen Betrieben der gleichen Branche beträchtlich differirt und mit dem Eindringen verbesserter Maschinerie sich stetig verschiebt. Ihre Höhe wird bestimmt durch das Verhältniß des variablen Kapitals zu dem zur Produktion vorgeschossenen Gesammtkapital, denn durch Ausdehnung des fixen Kapitaltheils (Betriebseinrichtungen, Maschinen 2c.) auf Kosten des Lohnkapitals steigt die Produktivität und Intensivität der Arbeit und damit deren Exploitationsgrad, und zwar ist diese Steigerung weit größer, wie der Verschleiß des fixen Kapitals zur Kompensation erfordert. Beträgt z. B. das in zwei Betrieben im Laufe eines Jahres vorgeschossene Gesammtkapital je eine Million Mark, das variable Kapital (Arbeitslöhne) aber in dem einen 200 000, im anderen 350 000 Mark, so werden die Jahresraten des Mehrwerths sich zueinander wie 4 zu 7 verhalten; d. h. ist in dem Betrieb, der 350 000 Mark an Arbeitslöhnen zahlte, die Jahresrate des Mehrwerths $= X$, so wird sie im anderen Betrieb $= X \cdot \frac{7}{4} = \frac{7X}{4}$ sein (als Durchschnitt genommen, im Einzelnen kann natürlich das Verhältniß ein anderes sein; bei Einführung verbesserter Maschinen in einem Industriezweig wird z. B. regelmäßig die Mehrwerthsrate desjenigen Betriebes, der zuerst die Verbesserung sich zu Nutzen machte, über dem Durchschnitt stehen). Demnach kann, wenn der variable Kapitaltheil gegenüber dem konstanten abnimmt — und dies ist eine nothwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung — die Mehrwerthsrate steigen, während die Profitrate sinkt. —

Was Herr Dr. Hammann sonst noch bringt, ist das bekannte Geschwätz über Genügsamkeit, Vaterlandsliebe, Zwangsstaat, Gattentreue u. s. w., ich will mit diesem seit zwei Jahrzehnten immer wieder heruntergeleierten Unsinn den Leser verschonen, nur auf die von Herrn Hammann aufgestellte urkomische Theorie der Handels- und Absatzkrisen muß ich noch mit einigen Worten hinweisen, denn sie illustrirt treffend seine gerühmte geistige Ueberlegenheit. Im zweiten Buch des „Kapitals“ (Seite 406) hat er gelesen, daß die Handelskrisen nicht durch Unterkonsumtion entstehen, sondern im Gegentheil „die Krisen jedesmal

gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größeren Antheil an dem für die Konsumtion bestimmten Theil des jährlichen Produkts erhält." Dieser Satz hat ihm so gefallen, daß er ihn — natürlich ohne seine Quelle zu nennen — immer wieder aufmarschiren läßt; leider sagt nun aber Marx an dieser Stelle nicht, wodurch denn eigentlich die Handelskrisen entstehen, und da Herr Hammann den Abschnitt, in welchem dies geschieht, entweder übersehen, oder nicht verstanden hat, so sieht er sich nolens volens auf sein eigenes Denken angewiesen. Das Resultat ist denn auch danach. Die Handelskrisen, erklärt er, entstehen durch Wasserfluthen, Mißwachs, Cholera 2c., die Regelung der Produktion im Zukunftsstaat ist Unsinn, denn wenn das möglich wäre, würde die Unternehmerklasse schon „Mittel und Wege gefunden haben, um dem fluthenden Waarenverkehr an den Puls zu fühlen und für eine normale Körpertemperatur zu sorgen." Ebensowenig wie die heutige vermöge die kommunistische Gesellschaft Garantien gegen das Auftreten der Handelskrisen zu geben, — denn „kann der kommunistische Staat," ruft er in unfreiwilliger Komik aus, „den Wassern ihren Weg weisen und Sonne und Wind kommandiren? Kann er vorher berechnen, wie viel Weizen im nächsten Jahre in der ungarischen Pusta, in den Steppen Rußlands, am Ganges in Indien, an den Ufern des Mississippi und Ohio wachsen wird? Kann er Seuchen und großes Sterben unter den Menschen verhindern? Kann er den Kriegen auf dem Erdenrund wehren und doch fremde Staaten zu seinem Vortheil zwingen? Kann er den Geschmack unterjochen und der Dame Mode das Szepter entwinden?"

Dennoch nimmt unter den politischen Kapazitäten der „durch Bildung und Besitz maßgebenden Schicht" Herr Dr. Hammann immerhin noch eine respektable Stellung ein; das Gros steht entschieden auf einem noch um mehrere Grade niedrigeren Niveau. Unbegreiflich ist nur, wie sich die Herren in völliger Selbsttäuschung über ihre Qualifikation einzubilden vermögen, durch derartige Machwerkchen dem Sozialismus Terrain abgewinnen zu können; der einzige Erfolg ist der, daß sie den gebildeteren Elementen in der sozialistischen Bewegung schwarz auf weiß demonstriren, wie eng begrenzt durchweg das Wissen Derjenigen ist, die sich unendlich hoch erhaben dünken über die „hirnverbrannte, ungebildete Masse."

H. C.

Notizen.

Die Fideikommisse in den sieben östlichen Provinzen Preußens (Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Brandenburg, Sachsen) hat Prof. Conrad in Halle mehrfach zum Gegenstand statistischer Untersuchungen gemacht, deren Ergebnisse er soeben im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" in gedrängterer Form veröffentlicht. Es stellen sich da einige bemerkenswerthe Thatsachen heraus.

Es giebt in diesen Provinzen 548 Fideikommisse mit 1975 Besitztheilen (1851 Gütern und Vorwerken, 114 Forsten, 8 Höfen und 2 Feldmarken).

Diese Fideikommisse umschließen eine Grundfläche von 1,4 Millionen Hektaren (1 408 860 Hektaren), also etwa $^1/_{16}$ (6,21 Prozent) der Gesammtfläche jener Provinzen.

Ihre Zusammensetzung aus Wald, Acker und Wiese ist freilich eine wesentlich andere, als wir sie sonst in den Provinzen durchschnittlich finden. Der Wald fällt viel schwerer ins Gewicht, zweifellos theils wegen der Jagdliebhabereien der Großbesitzer, theils aber auch, weil die Mittel der Herren zu einer intensiveren Bodenbenutzung nicht ausreichen. Während, wie gesagt, die Fideikommisse 6,21 Prozent der gesammten Fläche der Provinzen einnehmen, umfassen sie nur 4,56 Prozent (= 665 787 Hektar) der gesammten Acker- und Wiesenfläche, dagegen 11,7 Prozent (= 626 073 Hektar) des gesammten Forstareals.

Der Leser weiß, daß sonst die Zahl der landwirthschaftlichen Besitzer mit der Größe des Besitzes abnimmt, daß sich gleichsam auf einer breiten Masse von Parzellenbesitzern eine geringere Menge von Mittel- und eine schmale Spitze von Groß- und Latifundienbesitzern aufbaut. Bei den Fideikommißinhabern ist es umgekehrt: die größte Zahl finden wir in den höchsten Besitzklassen. Nur 3,18 Prozent der Fideikommisse betreffen Besitzungen von weniger als 200 Hektaren; 14,2 Prozent hingegen entfallen auf Besitzungen von 200—500 Hektaren, 20,89 Prozent auf 500—1000 Hektaren, während 61,39 Prozent über 1000 Hektaren umfassen. Wir fügen hinzu, daß 13,4 Prozent noch über 5000 Hektaren hinausgehen.

Aus der mit der Arealgröße abnehmenden Zahl der landwirthschaftlichen Besitzungen im Allgemeinen, aus der Zunahme dagegen der Fideikommisse, ergiebt sich schon, daß, je höhere Besitzgrößenklassen wir ins Auge fassen, ein desto größerer Antheil davon von den Fideikommissen in Anspruch genommen wird. Wir haben in den sieben östlichen Provinzen:

		Mit Gütern	Mit Hektaren Areal	Mit Mill. Mark Grundsteuerreinertrag
Ueber 1000-Hektarbesitzer*)	2498	5320	4 684 254	39,97
darunter Fideikommißbesitzer	308	1696	1 295 613	11,89
Ueber 5000-Hektarbesitzer	148	1744	1 680 224	12,19
darunter Fideikommißbesitzer	65	956	798 199	5,86
Ueber 10 000-Hektarbesitzer	44	1020	999 285	6,50
darunter Fideikommißbesitzer	24	610	499 646	3,27

Die Fideikommisse machen also aus:

	Prozent der Besitzer	Prozent der Güter	Prozent der Fläche	Prozent des Grundsteuerreinertrages
Bei Besitzungen von 1000 Hektaren	12,4	32,0	27,0	30,0
" " " 5000 "	43,9	54,9	47,5	48,8
" " " 10 000 "	55,0	60,0	50,0	50,0

Ein überraschend großer Theil des Latifundienbesitzes ist nach diesen Angaben der freien Theilung, Veräußerung, Verschuldung und Vererbung entzogen. Dazu kommt, daß im letzten Jahrzehnt die Stiftung neuer Fideikommisse größere Dimensionen angenommen hat als jemals vorher. Von den existirenden Fideikommissen bestanden 153 schon vor diesem Jahrhundert, es traten hinzu von 1800—1850 72, 1851—1860 40, 1861—1870 63, 1871—1880 84, **1881—1888 135.** Allerdings umschlossen letztere 24,68 Prozent aller Fideikommisse nur 14,83 Prozent der fideikommissarisch gebundenen Besitzungen und 12,9 Prozent der gesammten Fläche, so daß die durchschnittliche Größe zurückgegangen ist. Trotzdem bleibt diese Entwicklung bemerkenswerth.

Ueber die Bewirthschaftungsweise ist nichts festzustellen. Wir vermuthen, daß sie vielfach eine sehr rückständige ist. Großbesitz ist ja gerade in der Landwirthschaft durchaus nicht identisch mit rationellem Großbetrieb, mit starkem Aufwand von konstantem, ja nicht einmal blos von variablem Kapital. Die Beschränkung der Verschuldbarkeit verhindert bei den Fideikommißländereien nur das Zuströmen von Kapital zum Besitzer, die Unverkäuflichkeit nur den Uebergang des Besitzes an kapitalkräftigere Unternehmer. Bei jeder Vererbung beginnt trotz aller Vergünstigung des Fideikommißnachfolgers der verhängnißvolle Kreislauf wieder von vorn. Wie bei den Domänen, kann daher auch bei den Fideikommißgütern die Zerschlagung zuweilen einen großen Fortschritt zum kapitalkräftigen, rationellen Betrieb darstellen. Wie weit das für die östlichen Provinzen Preußens zutrifft, ist aus dem vorliegenden Material leider nicht zu beurtheilen. Daß aber fast die Hälfte des Fideikommißareals Waldland ist, erweckt in uns — auch wenn wir für die Wild-Luxusproduktion noch so viel Hektare in Abzug bringen mögen — die Vermuthung, daß hier der künstlich zusammengehaltene Großbesitz ein Hinderniß der kapitalistisch-rationellen Produktion ist. Wenn die Eigenthümer die Hälfte ihres Landes verkaufen und mit dem Erlös die andere Hälfte „befruchten" könnten, so wäre vielleicht manches im östlichen Preußen besser. —ms.

*) Immer Aktiengesellschaften, Gemeinden u. s. w. ausgeschlossen.



Nr. 5. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Deutsche Wilsons.

☍ Berlin, 19. Oktober 1891.

Die „Schlesische Zeitung“ ereiferte sich vor einiger Zeit über den „Gipfel der Frechheit,“ mit welcher an dieser Stelle König Ludwig XVI. von Frankreich und Kaiser Wilhelm II. in einen Vergleich gestellt worden sein sollten. Die Behauptung war erfunden; was in unserer tagespolitischen Chronik etwa über den deutschen Kaiser zu sagen war, ist stets ohne Umschweif gesagt worden. Aber um dem loyalen Blatte wenigstens in etwas entgegenzukommen, möchten wir heute — mit dem bekannten Körnlein Salzes — Bismarck mit Ludwig XV. und Caprivi mit Ludwig XVI. insofern vergleichen, als dieser ehrliche, aber schwache Minister die Suppe der Korruption auslöffeln muß, welche jener starke, aber nicht ehrliche Minister eingebrockt hat. Die Plünderung des Welfenfonds, der Baare-Skandal in seinen mannigfaltigen Ausstrahlungen, und nun der Prozeß Manché — es ist für den Zeitraum eines halben Jahres ein bischen gar viel an kompromittirenden Enthüllungen.

Der Prozeß Manché stellt die deutsche Auflage der Affäre Wilson dar. Die gerichtlichen Verhandlungen haben einen Ordens- und Titelschacher aufgedeckt, der sich bis in die nächste Umgebung des Kaisers Wilhelm I. erstreckte. Eine Vertrauensperson aus dem kaiserlichen Zivilkabinet, ein ehemaliger Finanzminister, eine Palastdame, ein Polizeipräsident, ein Polizeihauptmann sind darin verwickelt. Dazu kommen ein Fabrikant und Millionär, der theils für die Bestechung von Beamten, theils für sogenannte Wohlthätigkeitszwecke Zehntausende aus dem Fenster wirft, um den Titel Kommerzienrath zu erlangen, und der, nachdem er nur den Kronenorden vierter Güte erhalten, und überdies seine Millionen an der Börse verspielt hatte, seine sogenannten Wohlthätigkeitsspenden zurück haben will, wobei sich denn herausstellt, daß der Bestechungs- und der Wohlthätigkeitsfonds ineinander geflossen ist; ferner der Rektor einer städtischen Gemeindeschule, der sich um pekuniärer Erfolge willen zum Schlepper für den Ordens- und Titelschacher hergiebt und, da die gehofften Erfolge ausbleiben, sich als antisemitischer Agitator aufthut, um im Allgemeinen die sündige Welt durch das läuternde Feuer seines Zornes zu bekehren und im Besonderen den Skandal, den er selber eingerührt hat, an die große Glocke zu hängen. Bei alledem aber ist der Schleier

nur erst an einem kleinen Zipfelchen gelüftet worden, mehrere mit hohen Titeln geschmückte Zeugen zogen es vor, nicht zu erscheinen, auch kürzte der Gerichtshof die Beweisaufnahme ab, da er die Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten, des Geheimen Hofraths Manché und eines Agenten Meyer, bereits gewonnen zu haben glaubte.

Es ist nicht ohne Interesse, daß die bürgerliche Presse trotz ihrer sonstigen Ehrfurcht vor preußischen Richtersprüchen wider das in dem Prozesse Manché ergangene Urtheil sehr vernehmlich murrt. Indessen, welches immer ihre Motive sein mögen, in der Sache hat sie nicht ganz Unrecht. Der Gerichtshof hatte nicht über den Ordens- und Titelschacher an sich zu urtheilen, sondern nur darüber, ob in einem bestimmten Falle dieses Schachers der Bestechungs- und der Wohlthätigkeitsfonds genügend auseinander gehalten war, beziehungsweise ob die Komplizen sich in besagtem Falle untereinander um die Bestechungsgelder geprellt hatten. Es scheint nun in der That, als ob das gerichtliche Urtheil in dieser Beziehung die Schuld der beiden Komplizen, welche auf die Anklagebank gerathen waren, nicht richtig abgemessen hat; so behauptet wenigstens derjenige Komplize, welcher den Denunzianten gespielt hat, und er kann es am Ende wissen. Allein es liegt auf der Hand, daß die Frage, ob und wie die Ordens- und Titelschacherer sich unter einander betrogen haben, den Ordens- und Titelschacher als politisch-soziale Erscheinung nur nebensächlich berührt, und wie wünschenswerth es immer ist, daß ein etwa falsches, gerichtliches Urtheil wieder gut gemacht wird, so hat eine neue gerichtliche Verhandlung für das allgemeine Interesse doch nur die Bedeutung, daß sie hoffentlich noch „ein wenig mehr Licht“ über die inneren Zustände des preußischen Beamtenstandes verbreitet.

Das Ordens- und Titelwesen berührt in mehr als einer Beziehung das innerste Wesen dieses Standes. Was Schopenhauer von den Orden und Titeln rühmt, nämlich, daß sie erstens gestatten, die Beamten schlecht zu besolden, indem sich dieselben gern den Schmachtriemen enger zögen im Besitze eines Titels und in der Aussicht auf einen Orden, und daß sie zweitens dem urtheilslosen Haufen zuriefen: der Mann hat Verdienste, er ist nicht euresgleichen — das sind tiefsinnige Wahrheiten, welche der preußische Staat längst bethätigt hatte, ehe der Philosoph des urtheilslosen Spießbürgerthums sie entdeckte. Franz Ziegler hatte namentlich auch das Ordens- und Titelwesen im Auge, als er schrieb: „Man muß ein eingeschulter Bureaukrat sein, wie ich selbst, um genau zu wissen, welch ein grandioser Wunderbau der preußische Staat ist, an den das bas empire bei Weitem nicht heran reicht. Es giebt nichts Raffinirteres, als die Methode, mit welcher er seine Beamten heranbildet, und ihnen, bevor sie reif sind, in einer bewunderungswürdigen Dressur alle geistigen und moralischen Rippen bricht.“ Damit rückte er dem wahren Zusammenhange der Dinge weit näher auf den Leib, als sein einstiger Parteigenosse Graf Reichenbach, welcher in der Verhandlung der preußischen Nationalversammlung von 1848 über die Abschaffung der Orden und Titel verächtlich ausrief: „Wenn der Herr Minister Eichmann für Beibehaltung der Orden spricht, das verstehe ich. Wenn die Botokuden sich darum streiten, ob der Eine oder der Andere von ihnen einen blau oder grün gemalten Knochen durch die Nase bohren darf, das verstehe ich auch. Wenn aber diese Versammlung noch länger Worte verschwendet über Ordenskreuze und Bändlein, das Spielwerk der Höflinge und Bedienten, das verstehe ich nicht.“ So sprach Graf Reichenbach am 31. Oktober 1848, und in der That schämte sich die Versammlung und diskutirte nicht länger, sondern dekretirte einfach die Abschaffung von Orden und Titeln. Am 1. November 1848 aber ernannte

Friedrich Wilhelm IV. seinen Stiefohm, den Grafen Brandenburg, zum Ministerpräsidenten, der seinen Auftrag, die Nationalversammlung zu sprengen, denn auch binnen weniger Tage ausführte.

Damit soll nicht gesagt sein, daß jener Beschluß allein, aber wohl, daß er auch den Staatsstreich veranlaßte. Preußen ist — nächst China — nicht umsonst das klassische Land der Orden und Titel. Ohne diese Hilfsmittel hätte der preußische Absolutismus, dessen materielle Macht immer eine verhältnißmäßig beschränkte war, niemals die Rolle spielen können, die er thatsächlich gespielt hat. Mit seinen größeren Zwecken ist denn auch immer das Ordens- und Titelwesen gewachsen; absolut wie relativ ist es niemals früher so angeschwollen, wie unter der Regierung Wilhelms I. Die große Aufmerksamkeit, welche dieser Fürst den Orden und Titeln schenkte, geht auch aus der von seinem Biographen Schneider berichteten Thatsache hervor, daß er den General Reille, der ihm am 1. September 1870 den Kapitulationsbrief des Louis Bonaparte auf dem Hügel vor Sedan überbrachte, mit den erstaunten Worten empfing: „General, Sie tragen da einen Orden, den ich niemals gesehen habe.“ Aber auch nach dem Tode Wilhelms I. haben die preußischen Orden noch zugenommen, und abgesehen davon, daß jeder einzelne Orden in zahlreiche Klassen und Unterklassen zerfällt, so kombiniren, variiren und permutiren die verschiedenen Orden und Klassen mit ihren Bändern und Schleifen, ihren Ringen und Schwertern so mannigfaltig unter einander, daß die Menschheit sich wirklich beglückwünschen dürfte, wenn sie für jede preußische Ordensvarietät eine entsprechende Tugend stellen könnte.

Leider nur hat das preußische Ordens- und Titelwesen kein besseres Schicksal, als größere Dinge schon gehabt haben; es geht an der Dialektik seiner inneren Entwicklung unter. Wenn die Orden und Titel nach Schopenhauer's tiefsinniger Ansicht einerseits die knurrenden Mägen der Beamten täuschen, andererseits eine besondere Klasse von erhabenen Staatsbürgern schaffen sollen, so lag für ehrgeizige Leute eigentlich immer der Gedanke nahe, ob sie sich nicht auch dadurch, daß sie hungernde Beamte sättigten, in die höhere Menschenklasse schwingen könnten. Und wer unter den Schleier blickt, von dem der Prozeß Manché ein äußerstes Zipfelchen gelüftet hat, der wird sofort erkennen, daß der Ordens- und Titelschacher keine Sache von heute oder gestern und auch keineswegs blos ein Erzeugniß der Aera Bismarck ist, obwohl er unter diesem korrumpirten und korrumpirenden Systeme eine besonders starke Entwicklung gehabt haben mag. Hier kommt das schon erwähnte Körnlein Salzes zu seinem Rechte. Wenn die freisinnigen und liberalen Blätter den Prozeß Manché ganz und gar auf die Schultern Bismarck's abladen wollen, so ist wirklich ein bissele Falschheit dabei; ein gut Theil der Schuld sollten sie doch bei einiger Ehrlichkeit für ihr eigenes Konto zurückbehalten. Der Ordens- und Titelschacher hätte niemals solche Korruption gezeitigt, wie der Prozeß Manché aufgedeckt hat, wenn die bürgerlichen Klassen und ihre publizistischen Organe dem Ordens- und Titelwesen immer diejenige Mißachtung erwiesen hätten, welche ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre.

Indessen seit 1848 ist nur zweimal aus den bürgerlichen Klassen ein männlicher Protest gegen das Ordens- und Titelwesen laut geworden. Uhland lehnte den Orden pour le mérite, dessen Band sich selbst um den Nacken eines Arago und eines Carlyle zu schmeicheln wußte, mit unumwundener Deutlichkeit ab, und Jakob Grimm nannte es am 10. November 1859 in der hiesigen Akademie der Wissenschaften „unedel, geschmacklos, ja ohne Sinn,“ daß der liberale Minister von Schwerin in einer amtlichen Verfügung von dem Dichter „Friedrich von Schiller“ gesprochen hatte. Aber das ist auch alles. Sonst haben es die Piepmeyer des

bürgerlichen Fortschritts immer mit lautem Gepiepse begrüßt, wenn einmal ein bunter Vogel in ihre Reihen geflattert kam, ein bunter Vogel von untergeordneter Güte, denn der schwarze Adler ist selbstverständlich noch nie auf solchen rollenwidrigen Seitensprüngen ertappt worden. Ein Mann wie Virchow hat es doch wahrlich nicht nöthig, mit Orden behangen zu werden, und doch haben eben erst die freisinnigen Blätter seine fünfzehn Orden an den Fingern abgezählt, unter gleichzeitigem Gejammer darüber, daß er zu seinem siebenzigsten Geburtstage nicht den sechzehnten Orden erhalten habe.

Hätten die bürgerlichen Klassen seit vierzig Jahren in dieser doch wahrlich nur bescheidenen Frage ein wenig selbstbewußten Stolz besessen, so würden sie eine der stärksten Stützen des Absolutismus erschüttert und solche deutsche Wilsons, wie sie in dem Prozesse Manché gleich dutzendweise ans Tageslicht getreten sind, unmöglich gemacht haben. Mit dem Abschieben auf die „Aera Bismarck“ ist denn doch noch nicht alles gethan, schon deshalb nicht, weil diese Aera gar nicht möglich gewesen wäre ohne die Feilheit und Feigheit der bürgerlichen Klassen. Mindestens sollte man, falls denn doch einmal geheuchelt werden soll, die Heuchelei etwas geschickter betreiben. Wenn gleichzeitig mit der Verhandlung des Prozesses Manché die bürgerliche Demokratie in Berlin über einen nicht empfangenen Orden zu Tode betrübt ist und die bürgerliche Demokratie in Frankfurt a. M. über einen empfangenen Händedruck des Kaisers himmelhoch jauchzt, so muß es am Ende doch schon ein Blinder mit dem Stocke fühlen, daß der Ordens- und Titelschacher im neuen deutschen Reiche noch einige andere Quellen hat, als die Aera Bismarck.

Irland und der Tod Parnell's.

London, den 10. Oktober.

In der Nacht vom 6. zum 7. Oktober ist der erfolgreichste Parteiführer, den Irland bisher besessen, nach kurzem Krankenlager einem rheumatischen Fieber erlegen — selbst durch seinen Tod noch ein Spiel wiederholend, das er so oft während seines Lebens getrieben: Freund und Feind eine verblüffende Ueberraschung bereitend. Niemand wußte, daß Parnell überhaupt erkrankt sei, als bereits die Nachricht von seinem Tode die Welt durcheilte.

Es wäre übertrieben zu sagen, daß der Hingang dieses Mannes ein politisches Ereigniß ersten Ranges sei, aber er ist auf jeden Fall ein Ereigniß von erheblicher politischer Tragweite. Trotzdem Parnell der Führerschaft der irischen Partei entkleidet war, und trotzdem die Zahl seiner persönlichen Anhänger beständig zurückging, war sein Einfluß in Irland doch noch ein ganz bedeutender. Man wollte ihn nicht mehr als offiziellen Führer, weil dies den Verlust einflußreicher Bundesgenossen bedeutete, aber in wichtigen politischen Fragen wurde seine Stimme noch immer gehört, gab seine Entscheidung in der Regel den Ausschlag. Es hat sich das bei den verschiedensten Irland betreffenden Fragen gezeigt, die nach Parnell's Sturz das Parlament beschäftigten, und erst vor wenigen Tagen hat der alte Gladstone in seiner Rede auf dem Kongreß der liberalen Federation in Newcastle die Macht, die Parnell noch als gestürzter Führer ausübte, dadurch anerkannt, daß er in Bezug auf die von Parnell in dessen Manifest gegen ihn aufgeworfene Frage der Polizeiverwaltung Irlands sich und seine Partei für die Unterstellung der Polizei unter die Kontrole der irischen Selbstverwaltungskörper verpflichtete. Er sprach zwar vorsichtigerweise nur erst von der

lokalen Polizeiverwaltung und ließ die Frage der zentralen Polizeibehörde unberührt, aber es ist der erste Schritt, auf den es ankommt, und wer die lokale Selbstverwaltung ohne die Kontrole über die Polizei für ein Unding erklärt, kann dem Homerule-Parlament das entsprechende Recht nicht vorenthalten. Jedenfalls war es ein Erfolg Parnell's, daß der Führer der englischen Liberalen sich bemüßigt gesehen hat, in dieser wichtigen Frage vor der Oeffentlichkeit unzweideutig Farbe zu bekennen. Es war kein „todter Mann," den der Tod sich da geholt. Die Manifeste des abgesetzten „ungesalbten Königs" wurden noch immer ernst genommen, was bei den Manifesten der meisten Gesalbten bekanntlich nicht der Fall zu sein pflegt — wenn sie ihren Thron verloren.

Was aber ist es, das diesem Mann einen solchen Einfluß auf seine Mitbürger verschafft, seiner Stimme ein solches Gewicht eingetragen hat? In seiner berühmten „Unterhaltung bei der Gräfin von Albany" läßt Courier den Maler Fabre bezweifeln, daß das Kriegführen überhaupt eine Kunst sei. Jedenfalls sei es die einzige, die man verstehe, ohne sie gelernt zu haben. „Bei den übrigen ist Studium und Zeit nothwendig: man beginnt damit, Schüler zu werden; aber in dieser ist man gleich Meister, und wenn man nur gewisse Anlagen mitbringt, macht man sein Meisterstück zugleich mit dem ersten Versuch." Kühn, wie diese Sätze waren, zur Zeit als sie niedergeschrieben wurden, — am 2. März 1812, als Napoleon auf der Höhe seines Ruhms und seiner Macht stand, — enthalten sie doch nur eine bedingte Wahrheit. Im Moment des Kampfes ist der praktische Verstand, der schnelle Blick und der rücksichtslose Wille oft mehr werth als alle Theorie, alles angelernte Wissen — man kann in allen anderen Dingen ein unwissender oder mittelmäßiger Mensch sein und doch ein brillanter Soldat. Aber das gilt auch von den anderen Künsten, und ob man nun die Politik eine Kunst nennen will oder nicht, es gilt jedenfalls in hervorragendem Grade von ihr. „Pour peu qu'on y apporte des dispositions" — wer die nöthigen Anlagen mitbringt, kann auch hier mit dem ersten Versuch gleich sein Meisterstück machen. Die Sache ist nur, daß nicht Jeder diese Anlagen mitbringt.

Parnell war nach Allem, was von ihm bekannt geworden, durchaus kein Mann von besonderem Wissen oder besonders hohem Geistesflug. Aus seinen Reden und Erklärungen spricht oft eine abstoßende Engherzigkeit der Gesichtspunkte, und selbst die meisten seiner Verehrer gestehen zu, daß er an eigenen Ideen arm war. Fast alle Vorschläge, mit denen er vor das Parlament trat, waren von Anderen entlehnt, in der Regel stammten sie von Mitkämpfern, die, wie Sexton, T. Healy, M. Davitt, O'Connor, Power u. A., Parnell an Sachkenntniß in Einzelfragen bedeutend übertrafen. Aber er hatte vor ihnen voraus den politischen Instinkt, den Blick für das, was der Augenblick erheischte, und die Kraft und Selbstbeherrschung, dem ins Auge gefaßten Ziel alle anderen Rücksichten, Sympathien wie Antipathien, gleichermaßen unterzuordnen. Er war vielleicht nicht weniger leidenschaftlich als die meisten Irländer es sind, und jedenfalls nicht der bloße Verstandesmensch, als der er in der Regel erschien, aber so sehr wußte er für gewöhnlich seine Leidenschaft zu zügeln, daß selbst ihre wirklichen Ausbrüche als das Produkt ausgeklügelter Berechnung erschienen. „Ein Eisberg, in dessen Innern ein Feuer glühte," nennt ihn einer seiner intimen Bekannten. Das Bild kennzeichnet die Art, wie er seinen eigenen Parteigängern erschien, und erklärt die magische Gewalt, die er über sie ausübte.

Als er 1875, im Alter von 30 Jahren, zum ersten Male ins Parlament gewählt wurde, war die irische Fraktion daselbst wenig mehr als ein Anhängsel der liberalen Partei, während sie mit den revolutionären Elementen im Lande

alle Fühlung verloren hatte. Einer Familie entstammend, die Irland eine Reihe namhafter Vertreter geliefert — sein Urgroßvater, Sir John Parnell, hatte den Beinamen „der Unbestechliche“ erhalten, weil er lieber sein Amt als Schatzsekretär niedergelegt als für die „Union“*) gestimmt hatte, sein Großoheim, Sir Henry Parnell, war einer der treuesten Parteigänger des irischen Patrioten Grattan im Parlament von Westminster und ein für seine Zeit sehr vorgeschrittener Radikaler — hatte Charles Parnell von früher Jugend auf mit großem Eifer die irischen Kämpfe verfolgt und war in den revolutionären Ansichten, mit denen ihn dieselben erfüllten, noch bestärkt worden, als seine Mutter, eine Tochter des amerikanischen Admirals Stewart, dem Parnell äußerlich glich und von dem er auch die hervorragendsten Charaktereigenschaften geerbt haben soll, 1867 vielen verfolgten Feniern in ihrem Hause Obdach bot. So trat er denn auch von Anfang an in Opposition zu dem damaligen Führer der irischen Fraktion, Isaac Butt, und agitirte mit Gleichgesinnten für eine Aenderung der Taktik im Parlament, für inner- wie außerparlamentarische Unabhängigkeit von allen englischen Parteien. Trotzdem Butt und die Mehrheit der damaligen irischen Abgeordneten ihn desavouirten, gelang es der rastlosen Thätigkeit Parnell's doch, immer mehr Anhänger für seine Idee zu gewinnen, und bereits nach kurzer Zeit kam es soweit, daß auf einer Konvention der irischen Homeruler in Dublin der Versuch gemacht wurde, Butt zu stürzen. Aber gerade Parnell trat damals als Vermittler auf; er wollte eine Spaltung vermeiden, da er gegründete Hoffnung hatte, daß über kurz oder lang die ganze Partei seine Politik acceptiren werde. Außerdem kränkelte Butt bereits stark, und es war vorauszusehen, daß er ohnehin bald werde zurücktreten müssen. Durch diese kluge Schonung des immerhin verdienten Mannes erwarb sich Parnell auch unter dessen Freunden Sympathien, und als denn Butt wirklich zurücktrat, wurde Parnell der anerkannte Führer der gesammten irischen Homerulepartei.

Nachdem er schon vorher mit Joseph Biggar und unter dessen Anleitung die Obstruktionspolitik im Parlament inaugurirt und durch Anwendung derselben unter Anderem sich das Verdienst erworben hatte, die Abschaffung der „neunschwänzigen Katze“ als militärisches Disziplinarmittel durchsetzen zu helfen, sollte er nun der Führer einer noch viel bedeutungsvolleren Obstruktionspolitik als der im Parlament, die ja verhältnißmäßig leicht zu besiegen war, werden. Die Landliga wurde gegründet. Es wäre lächerlich, ihre Gründung und das, was sie ausgerichtet, als persönliches Verdienst Parnell's hinstellen zu wollen. Der wahre Gründer der irischen Landliga war der kolossale Aufschwung der amerikanischen Getreideproduktion in den siebziger Jahren und der durch sie hauptsächlich bewirkte Rückgang der Getreidepreise auf dem Weltmarkte. Die irischen Pächter konnten ihre Pachtzinse nicht mehr aufbringen und mußten sich gegen ihre Landlords zur Wehre setzen, so oder so. Aber davon, daß diese Bewegung in großem Stil organisirt und ein so gewaltiger Hebel für die politische Bewegung wurde, kommt ein großer Theil des Verdienstes auf Parnell's Rechnung. Man kann das sagen, ohne das Verdienst Anderer herabzusetzen.

Der Erfolg der irischen Landbewegung — natürlich vom Standpunkt Derer, die sie führten, betrachtet — ist ein enormer gewesen. Um ihn abzu-

*) Die von Pitt und Castlereagh behufs wirksamerer Niederhaltung Irlands ausgeheckte und mit Hilfe der schmutzigsten Mittel der Bestechung 1801 auch durchgeführte Verschmelzung des irischen mit dem englischen Parlament. Die Summe, welche das englische Parlament damals behufs Bestechung von irischen Abgeordneten aussetzte, betrug 1 600 000 Pfund Sterling.

messen, braucht man nur die von der jetzigen konservativen Regierung eingebrachte irische Landankaufsbill ins Auge zu fassen, die in Wahrheit weiter nichts ist als eine Landlords-Auskaufsbill — ein Gesetz, die irischen Pächter in den Stand zu setzen, ihre Landlords unter Garantie der englischen Steuerzahler auszukaufen. Ausgearbeitet und im Parlament durchgedrückt von einer Regierung, welche die Geschäftsträgerin der irischen Landlords ist, ist sie ein Beweis, wie unhaltbar unter den bestehenden Verhältnissen die Position dieser in Irland geworden. Die agrarischen Gesetze in Bezug auf Irland, welche das englische Parlament seit Gründung der irischen Landliga gutgeheißen, sind der radikalste Eingriff in die Rechte des Eigenthums, den die neuere Geschichte kennt. Das Gesetz über die Pachtrückstände hat die irischen Pächter von einer Reihe drückender Verpflichtungen befreit, die agrarischen Gerichtshöfe haben ihre Pachtsätze Alles in Allem so ziemlich auf die Hälfte reduzirt, und jetzt werden den Pächtern von Staatswegen die Mittel vorgeschossen, zu diesen ermäßigten Pachtsätzen die Landlords zu expropriiren. Das ist freilich keine endgiltige Lösung der Landfrage, aber die irischen Pächter wollten nun einmal erst selbständige Bauern werden und wären für eine Lösung der Landfrage im sozialistischen Sinne einfach nicht zu haben gewesen. Die Voraussetzungen für eine solche müssen in Irland erst geschaffen werden und werden auch geschaffen werden gerade dadurch, daß die nationalen Momente aus der Landfrage gänzlich ausgemerzt werden, die Gegensätze sich als rein ökonomische entwickeln werden.

Hatte die Taktik, die parlamentarische Aktion durch einen unausgesetzten außerparlamentarischen Guerillakampf nachdrücklich zu unterstützen — wobei die wirthschaftlichen Verhältnisse, der enorme Rückhalt, den die Irländer bei ihren Landsleuten in den „Vereinigten Staaten" und den englischen Kolonien fanden, sowie die brennenden Fragen der auswärtigen Politik Englands der irischen Partei außerordentlich zu Gute kamen — bereits ökonomisch ihre Früchte getragen, so führte Parnell 1885 einen politischen Streich, der sich ebenfalls als ungemein wirksam erwies. Bei den in jenem Jahre ausgeschriebenen Wahlen zum Parlament gab er seiner Partei die Weisung, überall für die Tories und gegen die Liberalen zu stimmen, nachdem das liberale Kabinet, trotz der Desavouirung des Attentats vom Phönix-Park (die Ermordung von Lord Cavendish und dem Staatssekretär Burke am 6. Mai 1882) durch die irische Partei, mit Zwangsgesetzen zu wirthschaften fortgefahren hatte. Es sei der Moment gekommen, erklärte er auf einem Bankett in Dublin, wo die irische Partei nur für eine Forderung in den Kampf zu ziehen und diese überall in den Vordergrund zu drängen habe: Homerule — die Selbstregierung für Irland. Er hoffte, durch rücksichtslose Bekämpfung der Liberalen bei den Wahlen zu verhindern, daß diese in stärkerer Anzahl ins Parlament zurückkehrten, als die Tories und die Irländer zusammengenommen, und so auf die Stimmen der Irländer angewiesen sein würden. Andererseits hatte er von hervorragenden Vertretern der Tories das Versprechen, daß, wenn er den Sieg der Liberalen verhinderte, sie, die Tories, eine Homerulevorlage einbringen würden. Die Tories haben zwar später in Abrede gestellt, ein solches Versprechen abgegeben zu haben, bezw. die betreffenden Personen desavouirt, aber daß sie damals mit Parnell verhandelten, ist unbestritten.

Hatte die von Parnell ausgegebene Parole auch nicht die Wirkung, die Wahl einer Gladstone'schen Mehrheit zu verhindern, so verhinderte sie doch, daß diese Mehrheit eine so große war, wie Gladstone sie angesichts der soeben durchgeführten Wahlreform erwartet hatte, und wie er sie brauchte, um die widerstrebenden Elemente in der eigenen Partei zusammenzuhalten. Mit dem stark

angewachsenen radikalen Flügel auf der einen Seite und den Whigs auf der anderen, ließ sich ohnehin auf die Dauer schwer regieren. Parnell selbst war an der Spitze von 85 irischen Abgeordneten, die sämmtlich auf Homerule verpflichtet waren, ins Parlament eingezogen und konnte, sobald nur eine verhältnißmäßig kleine Anzahl von Liberalen desertirte, mit seinen Mannen den Ausschlag geben, und welchen Gebrauch er von dieser Position machen würde, hatte er soeben erst gezeigt. Und so entschloß sich Gladstone, den Ereignissen zuvorzukommen und selbst eine Homerule-Vorlage im Unterhaus einzubringen. Die Lektion hatte gefruchtet.

Das Schicksal dieser Homerule-Vorlage ist bekannt. Nicht nur die Whigs unter Lord Hartington, sondern auch eine Gruppe von Radikalen unter Chamberlain stimmten gegen ihre Berathung und führten dadurch die Auflösung des Parlaments herbei. Bei der Neuwahl unterlagen die Gladstone'schen Liberalen der von Tories, Whigs und den abtrünnigen Radikalen gebildeten Koalition. Selbst die vollzählig ins Parlament zurückgekehrten Parnelliten konnten daran nichts ändern. Aber die liberale Partei war und blieb auf Homerule verpflichtet, es war das Schiboleth des Parteikampfes in England geworden, die brennende Frage, die alle anderen in den Hintergrund drängte. Die Unionisten, wie sich die obenerwähnte Koalition nennt, haben alles mögliche gethan, sie von der Tagesordnung abzusetzen, es ist ihnen aber bisher noch nicht gelungen. Selbst die Versuche, die Arbeiterfrage gegen Homerule auszuspielen, sind fehlgeschlagen, weil die Arbeiter in ihrer überwiegenden Mehrheit für Homerule sind. Die von der „Times" in den Aufsätzen „Parnellism and Crime" gegen Parnell geschmiedete Anklage, der Mitwisser der agrarischen Morde und des Dubliner Attentats gewesen zu sein, hatte nur den Erfolg, den Ruhm und das Ansehen desselben noch zu erhöhen. Irgend eine Verbindung mit den Attentätern konnte ihm nicht nachgewiesen werden, dagegen wurde der Beweis geliefert, daß die Art, wie er den parlamentarischen Kampf führte, viele frühere Anhänger der Theorie der physischen Gewalt von derselben ab und dem Kampf mit den gesetzlichen Mitteln zugeführt hatte. Die angeblichen Briefe Parnell's, die die „Times" im Facsimile abgedruckt, erwiesen sich als erbärmliche Fälschung.

Die irische Sache schien zu triumphiren. Nachwahl über Nachwahl brachte den liberalen Homerulern verlorene Positionen zurück, „die steigende Fluth ist mit uns," jubelte Gladstone, als plötzlich der Scheidungsprozeß O'Shea das Liebesverhältniß Parnell's zur Frau seines Fraktionsgenossen O'Shea der ganzen Welt bekannt machte und das „nonkonformistische Gewissen" den Rücktritt Parnell's verlangte.

Das „nonkonformistische Gewissen," die Wünsche und Marotten der pietistischen Sektirer („Nonkonformisten") spielen in der liberalen Partei keine geringe Rolle, da die Sektirer fast sämmtlich politisch radikal sind, und da auch der alte Gladstone in kirchlichen Dingen ein Mucker comme il faut ist, so begreift es sich, daß er dem Geschrei nachgab, und den Rücktritt Parnell's von der Führerschaft der irischen Partei zur Bedingung seines ferneren Eintretens für Homerule machte. Parnell wehrte sich dagegen, er erklärte das Verlangen für eine unberechtigte Einmischung in die Angelegenheiten der irischen Partei und daß es unwürdig sei, ihn dem Geschrei des verheuchelten Muckerthums aufzuopfern. Und als die Mehrheit der irischen Abgeordneten sich gegen ihn erklärte, ließ er es wirklich lieber zum Bruch kommen als nachzugeben.

Ob er dabei lediglich seiner persönlichen Eitelkeit folgte? Vieles deutet darauf hin, daß ihm der Erfolg und der überschwängliche Ruhm, mit dem ihn seine stets zu Uebertreibungen geneigten Landsleute überschüttet, in den letzten

Jahren zu Kopf gestiegen war und daß er Spuren jener geistigen Verfassung zeigte, die man Größenwahn nennt. Andererseits aber erklärt sich sein Verhalten aus seiner ganzen Vergangenheit, seinem ganzen Wesen. Von Anfang an lag eine verstockte Leidenschaftlichkeit in ihm, der das Nachgeben einem äußeren Druck gegenüber geradezu unmöglich ist. Ob er moralisch im Recht war, ist müssig, zu untersuchen. Sicher ist, daß sein Verhältniß zur Frau O'Shea den Parlamentariern schon lange bekannt war, ehe Herr O'Shea es zur gerichtlichen Kenntniß brachte, und daß auch Herr O'Shea selbst lange vorher darum gewußt hatte. Außer dem Satz: „Giebt es nicht eine andere Seite der Frage und warum wartet man nicht, bis dies bekannt geworden?" hat Parnell nie öffentlich sich über die Angelegenheit geäußert. Als die Scheidung rechtskräftig wurde, hat er die Frau O'Shea geheirathet und damit vor der Welt bestätigt, daß zwischen ihm und ihr ein Liebesverhältniß bestand. So viel, aber auch nicht mehr.

Die wesentliche Frage ist die, ob Parnell sich nicht politisch vergangen, als er sich der Mehrheit der Fraktion widersetzte. Um die Frage richtig zu beantworten, muß man im Auge behalten, daß die irische Fraktion nach dem Prozeß ursprünglich Parnell einstimmig wiedergewählt und erst nach Gladstone's Manifest seine Führerschaft von Neuem „in Erwägung gezogen" hatte. Damit aber hatte sie mindestens formell gegen den Grundsatz der Unabhängigkeit von allen englischen Parteien verstoßen. Es mischte sich also in die persönliche Frage die prinzipielle: vergiebt die Partei sich nicht etwas, wenn sie sich von Außen Vorschriften über ihren Führer machen läßt? Ist es nicht ein Zeichen der Schwäche, hier nachzugeben, nachdem sie gerade durch hartnäckiges Festhalten so viel erreicht?

Wer die näheren Umstände kennt, unter denen die ganze Absetzungsgeschichte damals inszenirt wurde, der wird es begreifen, warum nicht nur Irländer und persönliche Anhänger Parnell's, sondern auch sehr viele Engländer — so z. B. fast alle englischen Sozialisten — der Ansicht sind, Parnell habe damals Recht gehabt, nicht nachzugeben. Er sei sich konsequent geblieben, während die irische Fraktionsmehrheit einer Anwandlung von Schwäche nachgegeben habe, die sich blos durch die persönlichen Beziehungen ihrer Mitglieder zu den liberalen Parteihäuptern und Redaktionen erkläre. In Irland selbst schloß sich der radikale Flügel der Partei um so fester an Parnell, je mehr derselbe durch die feindselige Stellung des Klerus und der Respektabilität nach links gedrängt wurde.

Freilich bildet der radikale Flügel, wie sich in drei Nachwahlen gezeigt hat, die Minderheit der Wählerschaft. Aber er ist doch stark genug, sich bei jeder Wahl geltend zu machen und die Anhänger der Mehrheit zu entschiedenen Erklärungen zu zwingen. Die englischen Parteiführer, durch Erfahrungen gewitzigt, haben sich denn auch durch die Wahlniederlagen Parnell's keineswegs dazu verleiten lassen, denselben als „todten Hund" zu behandeln. Im Gegentheil. Noch jüngst in Newcastle, auf dem Kongreß der liberalen Federation, hielt sich der alte Gladstone für veranlaßt, endlich einmal in Bezug auf die von Parnell in seinem Gegenmanifest gegen Gladstone aufgeworfene und immer wieder erhobene Frage, wie es denn nach seinem jetzigen Homeruleprojekt mit der Polizei in Irland werden solle, mit der Sprache herauszurücken. Er that das natürlich nicht in der Form einer Antwort auf Parnell's Frage, sondern benutzte die Ankündigung der Konservativen, in der nächsten Session ein Gesetz einzubringen, das Irland eine lokale Selbstverwaltung geben werde, seinerseits zu erklären, daß eine Selbstverwaltung ohne die Kontrole über die Polizei keine Selbstverwaltung sei. Aber thatsächlich richtet sich diese Antwort an Parnell's Adresse, der die Frage der Polizei mit besonderer Energie in den Vordergrund geschoben hatte.

Parnell ist es auch gewesen, der unbekümmert um die Opposition der Liberalen die irische Landankaufsbill der jetzigen Regierung unterstützte und die Mehrheit der irischen Parlamentsfraktion durch sein Beispiel zwang, dasselbe zu thun. So anfechtbar die Bill vom Standpunkt der englischen Steuerzahler, den irischen Pächtern bietet sie wesentliche Vortheile, und das war für den Vertreter ihrer Interessen entscheidend.

Unzweifelhaft liegt in dieser Politik etwas Engherziges, aber sie entspricht der Stellung der Irländer zur englischen Gesetzgebung. Die Mehrheit der irischen Parlamentsfraktion steht ihr auch keineswegs grundsätzlich gegenüber, sie verficht sie nur nicht mit derselben rücksichtslosen Konsequenz wie Parnell.

Und darum ist der Tod Parnell's unzweifelhaft ein so bedeutendes Ereigniß, wie es der Tod eines einzelnen Menschen unter den geschilderten Verhältnissen überhaupt nur sein kann. Selbstverständlich werden seine bisherigen Anhänger versuchen, die von ihm verfochtene Politik auch nach seinem Tode fortzusetzen, es bleibt aber abzuwarten, ob sie auch thatsächlich dazu im Stande sein werden. Der gute Wille allein thut es nicht, und keiner der „Treugebliebenen" hat auch nur entfernt das Ansehen, welches Parnell genoß, nicht Einer, dessen Erklärungen auch nur annähernd das Gewicht hätten, wie die seinigen. Freilich ist auch keiner in gleicher Weise verfehmt wie er. Das Wahrscheinliche ist, daß über kurz oder lang beide Fraktionen der irischen Bewegung, eine kleine Anzahl Fanatiker vielleicht ausgenommen, einen Kompromiß schließen werden. Die pathetischen Erklärungen, die die Parnelliten jetzt abgeben, muß man für das nehmen, was sie werth sind: Ergüsse der Augenblicksstimmung.

Es sind nur taktische Differenzen, welche die jetzigen irischen Fraktionen trennen, keine Klassengegensätze — wenigstens keine prinzipiell ausgesprochenen Klassengegensätze. Beide Fraktionen sind bürgerlich. Allerdings trat in der parnellitischen Fraktion das proletarische Element allmälig immer stärker in den Vordergrund, aber doch nicht so stark, um ihr seinen Stempel aufzudrücken. Parnell persönlich stand auch in der Arbeiterfrage ziemlich weit auf der Linken. Als z. B. im Jahre 1888, zu einer Zeit als er gerade auf der Höhe seines Ruhmes stand, der verehrte Held, der „ungekrönte König" Irlands war, gefeiert und umschmeichelt von den englischen Liberalen, kam eine Bergarbeiterdeputation nach London, die verschiedenen Parteiführer wegen eines Achtstundengesetzes für Bergarbeiter zu interpelliren. Der Einzige, der ihnen eine völlig befriedigende Antwort gab, war Parnell. Und auch sonst erwies er sich ihnen in jeder Weise förderlich.

Von bürgerlicher Abstammung, in den Traditionen einer Bewegung aufgewachsen, die einen durchaus bürgerlichen Charakter trägt, durchaus bürgerliche Ziele verfolgt, und ihr mit Leib und Seele ergeben, konnte Parnell sich kaum zum Sozialisten entwickeln. Nimmt man ihn aber als das, was er wirklich sein wollte, als Kämpfer für die Selbstregierung Irlands und die Befreiung der irischen Pächter, so hat er für sein Land geleistet, was ein Einzelner überhaupt nur zu leisten vermag. Er hat auch nicht nur geerntet wo andere säeten. Er hat selbst hart gearbeitet und agitirt, und mit derselben Leidenschaft und demselben Eifer gesprochen, wenn es galt, sechs Anhänger zu gewinnen, als wenn es sich um ebensoviele Tausende handelte. Er hat es verstanden, revolutionäre Energie mit umsichtiger Taktik zu verbinden und alle thatkräftigen Elemente seines Volkes zu gemeinsamer Aktion zusammenzufassen. Wie man auch über ihn als Mensch denken mag, als Kämpfer hat er seinem Volke Außerordentliches geleistet und den Dank verdient, den ihm dasselbe an seinem Grabe abgestattet hat.

Die praktischen Leute.

Von **Bernard.**

„Wenn ich die Courage meines Freundes H. Heine hätte, würde ich Herrn Jeremias (Bentham) ein Genie in der bürgerlichen Dummheit nennen."
Marx, „Kapital" I, S. 625, Anmerkung 63.

I.

Die Phrase: „Wir, die wir praktische Leute sind," die wir bis zum Ueberdruß wieder und immer wieder zu hören bekommen, ist nicht nur insofern interessant, als sie Das kennzeichnet und charakterisirt, was Marx als das „Urphilisterthum" bezeichnen würde. Sie müßte für den Ausdruck des größten Stolzes, der hochgradigsten Selbstüberhebung gehalten werden, wenn sie nicht im Gegentheil ein Ausfluß der flachsten Idee wäre, welche der Mensch von und über sich selbst haben kann. Sie krönt in würdigster Weise jene Reihe angeblich kluger Maximen bürgerlicher Lebensweisheit, die jedem unabhängigen und originellen Charakter im Laufe seines Lebens sicherlich mehr als einmal als Knüppel zwischen die Beine geschleudert worden sind. Wir verweisen zum Beispiel nur auf den der angeführten Phrase an Plattheit fast ebenbürtigen Ausspruch: „Alles Das ist in der Theorie recht gut und schön, aber nicht in der Praxis." Als ob nicht, wie Kant ungemein zutreffend bemerkt, eine richtige Theorie von selbst ihre Anwendung in der Praxis nach sich zöge. Erwähnt sei hier auch noch die Phrase, welche in der englischen Presse, dieser monströsen, riesenhaften Verkörperung des „praktischen" englischen Philisterthums, zum Stereotyp geworden ist: „Measures, not men," das heißt, wartet uns mit Thatsachen auf, fort mit der menschlichen Initiative. Und um diese Weisheit und Lehre in ihrer Gesammtheit zu charakterisiren, brauchen wir blos auf ihr Prinzip zu verweisen: „das Nützlichkeitsprinzip."

Wie Marx sagt, ist dieses Prinzip in seiner uns bekannten engen und kleinlichen Fassung ebenso wie Bentham, der es zum Dogma befestigt, ein rein englisches Phänomen: „Beide waren nur in England fabrizirbar." Obgleich das achtzehnte Jahrhundert in Frankreich die Morgenröthe des kapitalistischen Regimes bedeutet, so barg es doch zu viele unabhängige und kühne Geister, wie Diderot und Helvétius, als daß sich seine Theorien zu der nothwendigen Plattheit aufzuschwingen vermocht hätten, welche, wie jede Art der Vollendung, eine gewisse Zeit braucht, um voll und ganz in Erscheinung zu treten. Die Franzosen des achtzehnten Jahrhunderts waren ferner zu wissenschaftlich, um eine Theorie in die Welt zu setzen, die so absolut und gleichzeitig so durchaus leer und inhaltslos ist, wie die des Bentham'schen Nützlichkeitsprinzips. Sie hatten behauptet, daß, wenn man wissen wollte, was einer Natur, einem Wesen entspreche, was einer Natur, einem Wesen nützlich sei, man zuerst dieses Wesen oder diese Natur ergründen müsse. Was thut dagegen Bentham? Er kehrt den Satz einfach um und leitet die Art und Weise dieses Wesens selbst aus seinem Nützlichkeitsprinzip her. Aber auch so gefaßt wäre die Theorie für ein Bourgeoishirn noch zu weit gewesen, dieses Nützlichkeitsprinzip durfte z. B. nicht ein natürlicher, außerhalb des Bereichs des menschlichen Willens liegender Faktor sein, sondern es mußte in der Idee des bürgerlichen Theoretikers auf der Nützlichkeit basiren, wie sie der Normalmensch begreift. Und wer anders als der englische Spießbürger repräsentirt in den Augen des Herrn Jeremias den Typus des Normalmenschen?

Damit sind wir bei dem eigentlichen Wesen der Nützlichkeitstheorie angelangt, welche uns in ihrer ganzen Nacktheit entschleiert zu haben, Bentham wenigstens

den Muth besessen hat. Seine Landsleute, welchen jener unverlöschbare Stempel aufgedrückt ist, den wir in jedem wahrhaft englischen Charakter finden, sind alle mehr oder weniger Anhänger der Theorie „ihrer“ Nützlichkeit. Man könnte in der englischen Sprache, welche ja, wie jede Sprache, der Reflex des Gedankens ist, die Geistesrichtung verfolgen und studiren, welche wir als die Utilitaritätsströmung bezeichnen möchten. Es ist eine interessante Thatsache, die wir der Aufmerksamkeit der Linguisten und Physiologen empfehlen, daß die ersten Worte, welche ein englisches Kind, Knabe oder Mädchen, ausspricht, unfehlbar lauten: „What is the use of,“ d. h. wozu dient es, wozu wird es gebraucht? gerade als ob der Geist des seligen Jeremias über seiner Wiege geschwebt hätte. Ebenso hört man im Umgang, im Handel und Wandel am häufigsten die Redensarten „that is a fact“ (das ist eine Thatsache), oder „not the slightest doubt about that“ (darüber herrscht nicht der geringste Zweifel), welche eigentlich bedeuten: das ist für mich eine Thatsache, darüber herrscht für mich nicht der geringste Zweifel. Und dieses „für mich“ bedeutet in diesem Falle nicht etwa wie in der Sprache der Philosophie eine Einschränkung der geäußerten Behauptung, sondern es wird vielmehr im Munde des Engländers zu einer weiteren und nachdrücklicheren Bekräftigung derselben. In ihm äußert sich jener ruhige, schwerfällige Stolz, welcher einen Grundzug des englischen Charakters bildet, der nach dem geistreichen Ausspruch Napoleons „an der Basis wie an der Spitze viereckig ist.“

Aber wenn dieses Selbstbewußtsein zu den Ursachen der Größe Englands gezählt werden muß, wenn der praktische Geschäftsgeist dem Handel und der Industrie Britanniens den ersten Platz auf dem Weltmarkte errungen hat, so haben sich auch die hier in Frage kommenden Prinzipien selbst als Produkte der Entwicklung des Maschinenwesens und Kapitalismus auf dem Kontinente ausgebreitet: in dem Maße, als sich hier die neue Maschine von Birmingham und Manchester einbürgerte, hat sich hier auch das diese begleitende Nützlichkeitsprinzip unter dem Spießbürgerthum eingebürgert und befestigt. War denn nicht die Theorie, welche Bentham seit Anfang des Jahrhunderts der jungen Bourgeoisie bot, die soeben triumphirt hatte, thatsächlich das kapitalistische Glaubensbekenntniß?

Man darf nicht vergessen, daß damals z. B. in Frankreich noch nicht viel Zeit verstrichen war seit der Erklärung der „Menschen- und Bürgerrechte,“ daß die Revolution, welche Dank dem Eingreifen des Volks über die schmerzhafte, mühsame Geburt des dritten Standes einen prächtigen Schleier geworfen, der allerjüngsten Vergangenheit angehörte. So falsch nun auch die Prinzipien waren, zu denen man sich damals bekannte, so standen sie doch in zu schroffem Widerspruch zu den Tendenzen der liberalen Bourgeoisie unter der Restauration, als daß sie ihr noch fernerhin als Glaubensbekenntniß zu dienen vermochten. Da erhob Bentham das Nützlichkeitsprinzip zum Dogma, und in ihm fand die Bourgeoisie, was sie bedurfte: ihre Religion und ihre Philosophie. Man kann wohl behaupten, daß die Interessenpolitik und die Praxis des Guizot'schen „Bereichert Euch“ nichts anderes sind, als die Früchte von Bentham's Theorien.

Die Religion hat sich selbst ihre Gläubigen geschaffen, das Nützlichkeitsprinzip hat die sogenannte „öffentliche Meinung“ gezeugt. Nicht etwa, daß die öffentliche Meinung nicht auch bereits vor dem Auftreten des Nützlichkeitsprinzips vorhanden gewesen wäre, allein sie manifestirte sich damals in unbestimmter, embryonaler Form. Wie der Geist Gottes über den Wassern, so schwebt sie über den Ereignissen. Das Nützlichkeitsprinzip hat die öffentliche Meinung zum Krystallisiren gebracht und gefestigt, hat sie zu einer Macht gemacht, welche jetzt die Welt regiert. Eine Schriftstellerin, deren literarischen und philosophischen

Werth man bedeutend überschätzt hat, George Elliot, hat in ihrem „Felix Holt“ den praktischen Geist auf dem Gebiet der Politik charakterisirt. Ihr Werk hat in der Folge eine große politische Bedeutung erlangt, es schildert den Radikalismus der Bradlaugh und Labouchère, den Radikalismus, der sich in dem „Star“ betitelten Philisterblatt breit macht, das dem Verständniß der Kleinbürger und der radikalen Klubs angepaßt ist. Der junge Felix Holt ist vom Scheitel bis zur Sohle ein Radikaler vom reinsten Wasser, er ist streng, sentenziös und langweilig wie ein Leitartikel. Wir lassen an dieser Stelle einige der Sentenzen folgen, in denen er sich gefällt, und denen man nicht die Eigenschaft absprechen kann, „to the point“ zu sein, wie die Engländer sagen, d. h. den Nagel auf den Kopf zu treffen. Die erste derselben ist gegen die Leute gerichtet, welche sich nicht an der Wirklichkeit, an Dem, was ist, genügen lassen, sondern welche eine Erklärung der Welt suchen, kurz gegen die Träumer. Hören wir, wie unser junger interessanter Radikaler mit Chateaubriand's René diskutirt.

„Passen Sie auf! René sagt: „Ist es meine Schuld, wenn ich überall auf Schranken stoße, wenn das Endliche und Beschränkte keinen Werth für mich hat?“ „Gewiß, mein Herr, es ist ganz klar, daß dies Ihre Schuld ist, weil Sie ein Esel sind. Ihr Dummkopf, der das Einmaleins nicht ordentlich kann, stürzt sich stets voll Sehnsucht und Eifer auf das Unendliche. Wissen Sie, was ein Rhomboid ist?“ „Oh nein, für mich haben Dinge, die begrenzt sind, keinen Werth.“

Wie herzerfrischend berührt uns nicht nach der von philosophischer Selbstgefälligkeit strotzenden Tirade des jungen Radikalen, der offenbar von einer Vorlesung über praktische Lebensweisheit aus seinem Klub kommt, die leidenschaftliche Entrüstung des Genies, welches durch Richard Wagner's Mund erklärt: „Das ist der Dünkel der Philisterseele auf ihre „praktische Klugheit,“ und die oft gemüthlich lächelnde Anmaßung den seltenen, unbegriffenen, tiefen Geistern gegenüber, einzig klug und weise zu sein. Diese abscheuliche Klugheit, diese lächerliche Mattigkeit im Begreifen und Würdigen der Dinge des Lebens, welche dem phantastischen Tollkopfe gegenüber dann und wann Triumphe feiert, zerfällt genau genommen, dem eigentlichen tieferen Geiste gegenüber, in den nur thierischen Instinkt zum Auffinden des *gerade heute Nützlichen und Nöthigen*.“*)

Die sich stets kategorisch äußernde praktische Weisheit der jungen Radikalen erinnert unwillkürlich an ein Kind, das, weil es gelernt hat, daß zweimal zwei vier ist, verächtlich auf Spinoza herabblicken würde, weil sich dieser mit Forschungen über das Absolute beschäftigte, oder auch an einen jungen Privatdozenten, der sich über die Marx'sche Theorie lustig macht. Was bedeuten derartige Stückchen einem Ganzen gegenüber?

George Elliot hat zum ersten Male den Charakter der öffentlichen Meinung gezeichnet: Pedanterie, die sich mit Unwissenheit paart, die — wie der englische Ausdruck lautet — „sticks to facts“ — sich strikt an die Thatsachen hält, ohne je zu suchen, deren Zusammenhang und Sinn zu ergründen, die deshalb auch nie zum richtigen Verständniß der Erscheinungen und Dinge gelangt. Denn was Marx von einem wirthschaftlichen Phänomen sagt, gilt gleicherweise auch für andere Verhältnisse: „Die wissenschaftliche Analyse der Konkurrenz ist nur möglich, sobald die *innere* Natur des Kapitals begriffen ist, ganz wie die scheinbare Bewegung der Himmelskörper nur Dem verständlich, der ihre wirkliche, aber *sinnlich* nicht wahrnehmbare Bewegung kennt.“**)

---

*) Brief an Frau Wille. 1864. Richard Wagner.

**) „Kapital,“ I, X, S. 314.

Es ist ganz unglaublich, welchen Werth die Radikalen den Theorien Carlyle's, d. h. des Mannes beimessen, bei dem die Banalität zur Wuth, der hausbackene Menschenverstand zum Wahnsinn geworden; mit welchem Hochgenuß sie seine scheinbar apokalyptischen Gemeinplätze aufnehmen. Jeder von ihnen hat sich auf die praktische Idee gestürzt, daß man erst aus sich selbst einen Helden machen müsse, ehe man die Gesellschaft reformiren könne. Die Strömung der praktischen Ideen des Radikalismus geht von Carlyle bis zu Ibsen. Gilt „Nora“ nicht in den Augen Vieler — darunter gar mancher Sozialisten — für die Erlöserin des weiblichen Geschlechts? Und dies während sie nicht mehr ist als eine Bourgeoisdame, welche auf eigene Faust unabhängig werden will, und welche ungefähr in der gleichen Weise unabhängig zu werden glaubt, wie die russischen Studentinnen in Paris, für welche die Doktorwürde gleichbedeutend mit ihrer Emanzipation ist, die aber dabei ganz das einzig praktische Ziel übersehen, das die Befreiung und Gleichstellung der Frau mit sich bringt: die Befreiung des Menschen von den ökonomischen Fesseln, die ihm das Kapital anlegt.

Carlyle und Ibsen sind die beiden Leuchten der radikalen Bourgeoisie, und die Sozialisten werden gut thun, sie ihr zu lassen.

Die praktischen Leute geben von vornherein jeden Versuch auf, die innere Natur eines Phänomens zu ergründen. Sie zittern derart davor, sich eines Anthropomorphismus schuldig zu machen, daß sie die Thatsachen einzeln, ohne Zusammenhang betrachten und jede Verallgemeinerung fürchten. Folgende Antwort, welche Jemand gab, dem man die in Marx' „Kapital“ enthaltene Theorie erklärte, ist echt englisch und für die praktischen Leute überhaupt charakteristisch. „Aber Sie werden ja aus dem Kapital demnächst eine Person machen,“ sagte er. In der That existirt für einen praktischen Menschen das Kapital nicht; er sieht und kennt nur einzelne Kapitalien, ebenso nur einzelne Kapitalisten, Unternehmer, Arbeiter. Für diejenigen der praktischen Leute, welche wohlmeinend und voller guter Absichten sind, gilt der, den sogenannten praktischen Sozialismus charakterisirende Satz, den George Elliot Felix Holt in den Mund legt: „Ich will versuchen, das Leben für die Wenigen in meinem Bereich zu erleichtern.“

Die Theorie der Kurzsichtigen, welche diesem Ausspruch zu Grunde liegt, kann folgendermaßen resumirt werden: Wenn Jeder in dem kleinen Kreis, in dem er steht, Gutes thun wollte, so würde die Lage der Arbeiter verbessert werden.

Die individuelle Wohlthätigkeit hat den Versuch gemacht, diese Theorie in die Praxis überzusetzen, aber zum Unglück für ihre Giltigkeit ist das Elend auch nicht um einen Zoll breit zurückgegangen. Wir stehen den theilweisen Verbesserungen der Lage Einzelner nicht feindselig gegenüber, wir weisen dieselben nicht von der Hand, allein wir wissen, daß, wenn das Uebel ein allgemeines ist, das Heilmittel gleichfalls ein allgemeines sein muß, und daß es nur von geringem Nutzen ist, Arbeiterwohnungen zu erbauen, gesünder und wohnlicher zu machen, wenn die Löhne herabgesetzt werden.

Wie wir weiterhin sehen werden, haben die nämlichen Theorien auch auf politischem Gebiete ihre Anwendung gefunden, und man muß zugeben, daß die den Kern der Utilitätslehre bildenden Ideen sehr leicht praktisch verwirklicht und durchgeführt werden können, und zwar in Folge des Umstandes, daß sie eine blinde, jeder Beobachtung, jedes Nachdenkens baare Unterwerfung unter die Thatsachen bedeuten.

II.

Das direkte und unvermeidliche Ergebniß der Nützlichkeitstheorie war die öffentliche Meinung. „Mit der naivsten Trockenheit,“ sagt Marx von Bentham,

„unterstellt er den modernen Spießbürger, speziell den englischen Spießbürger, als den Normalmenschen. Was diesem Kauz von Normalmensch und seiner Welt nützlich, ist an und für sich nützlich.“ Daher mußte die Meinung des Kleinbürgers, des Philisters, welcher sich den übrigen Schichten der Gesellschaft gegenüber in der Mehrzahl befindet, ein Uebergewicht erlangen. Da er es ist, welcher die Zeitungen liest, so müssen diese seine Ideen redigiren, seine Ansichten in Betracht ziehen und ihnen Rechnung tragen. So kommt es, daß wir einem eigenthümlichen Schauspiel beiwohnen. Während Kapital und Arbeit, welche die beiden Pole der Gesellschaft bilden, einander durch Strikes und lock-outs bekämpfen, während sich der Reichthum in einer immer geringer werdenden Anzahl von Händen anhäuft, auf einen immer enger werdenden Kreis von Besitzern vertheilt, und das Elend dementsprechend immer riesigere Dimensionen annimmt, steht zwischen den beiden gesellschaftlichen Polen die öffentliche Meinung, als Ausfluß und Verkörperung des Mittelstandes, der in England noch sehr kräftig ist. Und während sich an den Polen die Ereignisse überstürzen, entwickelt sich träg die Reflexion in den Schädeln der Philister des Reiches der Mitte.

Der Strike, welchen die Londoner Postbeamten gegen ihren Vorgesetzten, Oberpostdirektor Raikes, inszenirten, ist ein schlagendes Beispiel hierfür. Als die Postbeamten anfingen, sich über ihre Lage zu beschweren, zweifelten die Bourgeoiszeitungen vom Schlage des „Star“ und der „Daily News“ nicht im mindesten, daß diese Beschwerden begründet seien und beglückten die Postbeamten in freigebigster Weise mit dem Weihwasser liberaler Phrasen. Zum Unglück für die Ruhe der guten Bourgeois ließen sich jedoch die Postbeamten einfallen, plötzlich zu striken und dadurch im Geschäftsleben der großen Händler und Krämer der City ernste Störungen zu veranlassen. Sofort war es nun mit der Toleranz der öffentlichen Meinung ihnen gegenüber aus und vorbei, und die „Daily News“ stellten sich durch die folgende Erklärung auf den Standpunkt der Utilitätstheorie*): „Das Publikum wird den Bestrebungen der so nützlichen und so angestrengt arbeitenden Körperschaft von Angestellten, eine Lohnaufbesserung zu erhalten, seine Sympathie entgegenbringen. Aber weiter wird unserer Ueberzeugung nach die öffentliche Sympathie nicht gehen. Die Postbeamten mögen ja wirklichen Grund zu Beschwerden haben, allein wie können sie die zeitweiligen Mißstände ihrer Lage gegen das Unglück einer vollständigen Desorganisation des Londoner Geschäftslebens in die Wagschale werfen?“ Vermeint man nicht bei diesen Worten einen guten liberalen oder radikalen Bourgeois (der Unterschied zwischen beiden ist winzig) vor sich zu sehen, der beim Frühstück seine „Daily News“ liest, und, während er sein Brot mit Butter bestreicht, vor sich hinmurmelt: „Meiner Treu, man muß gestehen, daß die Postbeamten sehr gering bezahlt sind und sich überarbeiten müssen, ich kann nicht anders als mich mit meiner Sympathie auf ihre Seite stellen.“ Allein da der Strike ausgebrochen ist, so laufen die Briefe nicht rechtzeitig ein, woraus unserem guten Bourgeois allerlei ernste Unannehmlichkeiten erwachsen, so daß er seine Sympathiebetheuerungen damit schließt, daß er die Strikenden zum Teufel wünscht.

Aehnlich lautet die Geschichte der Aeußerungen der öffentlichen Meinung bei jedem anderen Strike, wie uns die Ausstände der Londoner Gasarbeiter, der Schottischen Eisenbahnbediensteten und der Dockarbeiter von Cardiff beweisen. Und dies Alles hält etliche Führer von Trades Unions nicht davon ab, es ihren Leuten zur Pflicht zu machen, sich um die „Achtung“ ihrer Landsleute zu

---

*) „Daily News,“ 1. Juli 1890.

bemühen, um die öffentliche Meinung für sich zu haben. Die große Philisterin vor dem Herrn, George Elliot, hat über die öffentliche Meinung einen Ausspruch gethan, der werth wäre, dem „Star" als Aushängeschild zu dienen:

„Alle sagen Ihnen, was die größte Macht unter dem Himmel ist: nämlich die öffentliche Meinung. Sie ist das in der Gesellschaft herrschende Glaubensbekenntniß über Das, was Recht und Unrecht, über Das, was Ehre, und Das, was Schande ist; sie ist der Dampf, der die gesellschaftliche Maschine treibt."

Es sei uns gestattet, an dieser Stelle obigem Zitat die Worte des Mannes gegenüber zu stellen, der den Strike der Postbeamten leitete, und der über ihr Verhalten der öffentlichen Meinung gegenüber erklärte: „Wenn ihnen das Publikum feindselig gegenüber stehen sollte, so werden sie bereit sein, es auch mit dem Publikum aufzunehmen."

England darf sich des Glückes rühmen, einen Mann hervorgebracht zu haben, der es offiziell repräsentirte und der gleichzeitig das Ideal eines „praktischen Menschen" verwirklichte: Sir Robert Peel, dessen Porträt Disraeli in der Biographie von George Benthink mit der ganzen ätzenden Schärfe seiner feinen Ironie und seines tiefen Hasses gezeichnet hat.

Dem Minister Robert Peel ist Alles mißlungen, was er je in Angriff genommen. Er hatte eine große Partei hinter sich, deren Führer er war, und ließ sie sich zerbröckeln. Nachdem er geschwankt, ob er die Kornzölle aufheben solle oder nicht, ließ er sich schließlich deren Abschaffung von Cobden und Bright aufdrängen und stellte so weder die freihändlerischen Whigs, noch die schutzzöllnerischen Tories zufrieden. Sein wahrer Nachfolger, Gladstone, ein eminent praktischer Mann, ist stets Wege gewandelt, die Andere vor ihm betreten. Gladstone war Freihändler, nachdem Cobden's Ideen triumphirt hatten, er ließ sich von seinem Nebenbuhler Disraeli zum Erlaß der zweiten Reform-Bill zwingen; die Tories haben die Fabrikgesetzgebung ohne seine Mitwirkung zu Stande gebracht; er hat die Nothwendigkeit von Home-Rule erst begriffen, nachdem ihn die Irländer durch ihre Wahlen aus dem Ministerium vertrieben. Und trotz alledem werden gerade Peel und Gladstone für praktische Leute gehalten, während der Mann, der sie so oft geschlagen, Disraeli, in den Augen des guten englischen Mittelstandes für eine gefährliche Persönlichkeit, für einen Künstler gilt! Wie könnte dem auch anders sein? Die beiden Erstgenannten sind stets hinter den Ideen ihrer Partei nachgelaufen, sie sind stets mit der Ideenströmung ihrer Zeit geschwommen, die öffentliche Meinung irrte zusammen mit ihnen, sie konnte ihnen also ob ihrer Irrthümer nicht zürnen. Disraeli dagegen hat seine eigensten persönlichen Ansichten seiner Partei aufgezwungen, er hat nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft klar gelesen, er ist der letzte Staatsmann gewesen, den England als Bourgeoisstaat besessen.*)

Nachdem wir gesehen, wie sich die öffentliche Meinung in der Politik der Bourgeoisie äußert, zu welchem Resultat hier das Nützlichkeitsprinzip geführt hat, wenden wir uns der sozialistischen Partei zu, die ihrerseits ebenfalls von dem Einfluß desselben und der praktischen Leute bedroht wird.

III.

Wir haben gezeigt, daß die Theorie des Nützlichkeitsprinzips und des praktischen Geistes in der Politik das Produkt der kapitalistischen Entwicklung

*) „Ein großer Staatsmann ist Derjenige, welcher eine große Idee vertritt, eine Idee, welche er mit sich selbst zu identifiziren, eine Idee, welche er entwickeln und dem Geist und Bewußtsein einer Nation aufzuzwingen vermag." Disraeli, Rede in der Adreßdebatte 1846.

gewesen sind, oder, um uns historisch auszudrücken, daß sie sich zusammen mit den handeltreibenden protestantischen Nationen, wie Holländer und Engländer, entwickelt haben. Dieser Umstand erklärt, daß sich an der Basis des riesigen Kolosses, den das Kapital darstellt, ein so flüchtiges, unfaßbares Element wie der Kredit befindet. Und in dieser Beziehung hat Disraeli recht, wenn er sagt: „Die Leidenschaften hängen sogar mit dem Absatz und Austausch der Waaren zusammen. Die Menschheit wird von Hoffnung und Furcht regiert."*) Hierin finden wir eine Erklärung dafür, daß die größten, bestrenommirten Häuser, wie kürzlich die Firma Baring Brothers in London, von ihrer Höhe herabstürzen, eventuell falliren können. Der Kredit ist eben nichts Anderes als die öffentliche Meinung auf dem Gebiet des Bank- und Handelswesens.

Die Entwicklung des Kapitalismus und der öffentlichen Meinung ist das Gesetz, dem die Bourgeoisgesellschaft untersteht. Wie aber Marx sagt, „besitzt jede historische Periode ihre eigenen Gesetze."

Nehmen wir einen Augenblick lang an, daß die sozialistische Partei nach all ihren Kämpfen und Mühen schließlich in eine Phase eintritt, welche man als die Periode des Parlamentarismus bezeichnen könnte, d. h., daß sie Antheil an der Regierung des Bourgeoisstaates nimmt. Wir wiederholen ausdrücklich, daß dies eine bloße Hypothese ist. Nehmen wir ferner an, daß — was in England der Fall sein könnte — die sozialistische Partei, anstatt die Arbeiterorganisationen, die Trades Unions zu führen, sich vielmehr damit begnügt, sich von der Stimmung derselben treiben zu lassen, wobei nicht vergessen werden darf, daß die englischen Trades Unions, sowohl die der neueren, wie die der alten Richtung, Alles in Allem nur ein Produkt der Bourgeoisherrschaft sind, weil sie thatsächlich unter dem Regime des Kapitalismus gegründet worden und sich unter ihm entwickelt haben. Nehmen wir schließlich an, daß unter diesen Verhältnissen eine rein sozialistische und internationale Manifestation veranstaltet werden solle, daß jedoch gegen dieselbe eingewendet werde, sie verstoße einerseits gegen den Parlamentarismus, und sie mißfalle andererseits den Trades Unions. Die betreffenden Einwände würden im schroffsten Gegensatz zu dem Ursprung und den Gesetzen der sozialistischen Bewegung stehen. Der Sozialismus ist ein Element, der bürgerliche Liberalismus ist ein anderes Element, beide können sich nicht miteinander verbinden und mischen; wenn sie sich einander nähern, so müssen sie als sich gegenseitig zersetzende Elemente aufeinander einwirken.

Ebenso — wie Genosse Delcluze in Calais treffend erklärte — kommt es in erster Linie nicht darauf an, ob eine Arbeiterorganisation zahlreich sei oder nicht, sondern darauf, daß sie aus Sozialisten bestehe. Ein gegensätzlicher Faktor, so unbedeutend er auch an und für sich sein mag, reicht hin, eine Gesellschaft zu desorganisiren.

Was die Syndikate und Gewerkschaften anbetrifft, so kommt es in erster Linie und hauptsächlich darauf an, daß deren Aktion einen streng proletarischen Charakter trägt, ausschließlich die Interessen der Arbeit im Gegensatz zum Kapital vertritt, und erst in zweiter Linie fällt es ins Gewicht, ob diese Aktion bedeutend und imposant ist. Dieser Umstand erklärt, weshalb so riesige Organisationen wie die englischen Trades Unions so ohnmächtig sind: wie Tom Mann, der Führer der Dockarbeiter sagte, denken diese eben nur daran, eine Aussöhnung zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen.

Wirklich praktisch ist derjenige Sozialist, der nicht blos das Nächstliegende, sondern auch klar in die Ferne sieht; derjenige, der sich durchaus nicht von der

*) George Benthink, S. 307.

jeweiligen augenblicklichen Situation gefangen nehmen läßt. Für derartige Fälle gilt, was Disraeli äußerst treffend mit Bezug auf Peel sagt: „Ich kümmere mich nicht darum, welche Haltung ein Mann einnehmen mag, der, wie er selbst sagt, nach dem Winde ausschaut, und der, wenn er findet, daß der Wind aus einer anderen Richtung bläst, sich mit dem Winde dreht. Eine solche Persönlichkeit mag ein mächtiger Minister sein, allein er ist ebenso wenig ein großer Staatsmann, wie ein Mann, der hinter einem Wagen nachläuft, ein großer Kutscher ist." *) Dieser Vergleich ist ebenso richtig als geistreich. Der Mensch, welcher sich den Ereignissen der Gegenwart anpaßt, ihnen Rechnung trägt, hinkt in Wirklichkeit hinter ihnen drein, denn er folgt ihnen erst, nachdem sie vollendete Thatsachen sind. So folgt er dem Wagen, anstatt ihn zu lenken. Auf sehr viele Leute könnte mit Recht der Ausspruch angewendet werden, durch den Disraeli gleichfalls Sir Robert Peel charakterisirt: „Er hatte einen großen Fehler, er besaß keine Phantasie. Da er der Phantasie ermangelte, so gebrach es ihm auch an Voraussicht" — und an einer anderen Stelle: „Sein Urtheil war fehlerfrei, vorausgesetzt, daß es sich nicht um die Zukunft handelte."

* * *

Wie jede historische Partei, so untersteht auch die sozialistische bestimmten, ihr eigenthümlichen Gesetzen, die ganz anders sind, als jene, nach denen sich die Bourgeoisie entwickelt hat und zur Herrschaft gelangt ist. Wenn man die Frage vom „Praktischsein" vom rein philosophischen Standpunkt aus betrachtet, so kann man sagen, daß der praktische Sinn nichts ist als Folgendes: die Anwendung eines in gewissen Fällen erprobten Verfahrens auf neue Fälle. Das Gleiche gilt von der Erfahrung. Die Erfahrung eines Mannes ist einfach das Produkt einer gewissen Zahl von Ereignissen und Vorgängen, die ihm einen tiefen Eindruck hinterlassen haben. Wenn er uns bestimmen will, diese seine Erfahrungen auf neue, andersgeartete Ereignisse und Dinge anzuwenden, so müßten wir ihn mit sammt seiner Erfahrung an die Vergangenheit verweisen.

„Praktischer Sinn," „Erfahrung," „gesunder Menschenverstand" sind ihrem ganzen Wesen nach Produkte der Vergangenheit; — sie gleichen Leuten, die hinter einem Wagen herlaufen, ohne ihn je einzuholen. Wenn man in Betracht zieht, daß die Traditionen nie weit zurückreichen, so gelangt man ferner zu dem Schluß, daß die Reihe fortlaufender, überkommener Erfahrungen, welche nothwendig ist, um einen praktischen Menschen zu schaffen, nie alten Datums sein kann.

Man könnte nun gegen die obigen Ausführungen einwenden, daß alle Thatsachen untereinander verbunden sind und eine lange logische Kette bilden. Das stimmt; indessen nicht die Thatsachen selbst, sondern nur deren äußere Erscheinung, ihre Außenseite sind das Gebiet, auf dem sich der sogenannte gesunde Menschenverstand bewegt und bethätigt. Marx drückt diesen Gedanken folgendermaßen aus: „Diese Stelle zeigt zugleich die Stärke und die Schwäche einer Art von Kritik, welche die Gegenwart zu be- und zu verurtheilen, aber nicht zu begreifen weiß." **)

Nur Männer von Genie sind bis jetzt mit der tiefen Einsicht, mit dem Seherblick (fore-sight) begabt gewesen, um künftige Ereignisse voraussehen und verstehen zu können. Richard Wagner sagt mit Bezug hierauf sehr richtig: „Da

---

*) Rede in der Adreßdebatte (1846).

**) „Kapital," I, S. 324.

der tiefere Geist oft absichtlich, eben um sich im weiteren Blick nicht stören zu lassen, dies unmittelbar Nöthige häufig übersieht, erscheint er jener praktischen Weltintelligenz sinnlos und absolut unverständlich. Das müssen wir uns nun gefallen lassen, daß die Welt, die wir sehr wohl begreifen, uns nicht begreift; und unser unpraktisches Wesen zu bemitleiden sich erlaubt."*)

In der That wurzelt der Gegensatz der Auffassung und Meinung, wie er zwischen dem genialen Menschen und dem praktischen Philister besteht, einfach darin, daß Ersterer seinem eigenen Gesetz gehorcht, während sich der Letztere dem Einfluß der Gegenwart unterordnet. In unserer jetzigen Gesellschaft, welche die Ereignisse nicht zeitigt und beherrscht, sich vielmehr von denselben beherrschen läßt, beruht in diesem Umstande der Unterschied zwischen einem praktischen und einem genialen Menschen oder einem Künstler.

Die Sozialisten würden in einen schweren Irrthum verfallen, wenn sie gegen die hervorragenden und unentbehrlichen Persönlichkeiten deklamiren, wenn sie alle Menschen auf das Niveau bloßer Spießbürger herabdrücken wollten. In unserer dem Verfall entgegeneilenden Gesellschaft sind es die hervorragenden Geister, die der neuen Gesellschaftsordnung vorarbeiten und den Zusammenbruch und Sturz der Elemente beschleunigen, die bestimmt sind unterzugehen.**) Wenn wir in der kommunistischen Gesellschaft nicht mehr von Genies werden sprechen hören, so einfach aus dem Grunde, weil die genialen Eigenschaften, die früher nur etliche wenige auserwählte Individuen charakterisirten, dann einer ganzen auserwählten Gesellschaft eigenthümlich sein werden. Für die kommunistische Gesellschaft gilt in der Beziehung das Wort, das wir dem Werk entlehnen, in dem Richard Wagner endgiltig die Frage über das Verhältniß zwischen Kunst und Sozialismus gelöst hat***): „In Athen gab es keine genialen Männer, weil Jedermann genial war," oder mit anderen Worten, weil das herrliche Volk der Athener vollbewußt nach seinem eigenen Gesetze lebte. Gerade der praktische Sinn, die Herrschaft des Nützlichkeitsprinzips hindert unsere gegenwärtige Gesellschaft daran, klar in der ihr bevorstehenden Zukunft zu lesen, denn sie wird dadurch festgehalten bei der kurzsichtigen Betrachtung der vereinzelten Thatsachen der Gegenwart.

Dem Sozialismus, der revolutionären Diktatur des Proletariats, von der Marx spricht, liegt die Aufgabe ob, die Bande zu lösen, durch welche die kommunistische mit der bürgerlichen Gesellschaft zusammenhängt, und es dadurch der Ersteren zu ermöglichen, sich vollbewußt in Gemäßheit der ihr eigenthümlichen Gesetze zu entwickeln und ihr Geschick zu erfüllen.

Vom neuen Kathedersozialismus.

Von Dr. Herkner ist jüngst eine Schrift erschienen†), deren Zweck es ist, den Nachweis zu liefern, daß die soziale Reform, worunter hauptsächlich die Arbeiterschutzgesetzgebung und die volle Koalitionsfreiheit verstanden wird, nicht nur ein ethisches Gebot sei, sondern auch vom rein wirthschaftlichen Gesichtspunkt

*) Richard Wagner a. a. O.

**) In der platten Ebene erscheinen auch Erdhaufen als Hügel, man messe die Plattheit unserer heutigen Bourgeois am Kaliber ihrer „großen Geister." (Marx.)

***) Richard Wagner: „Die Kunst und die Revolution."

†) Dr. Heinrich Herkner, Die soziale Reform als Gebot des wirthschaftlichen Fortschritts. Leipzig 1891, Duncker & Humblot. 112 Seiten Oktav.

aus gefordert werden müsse, daß sie nothwendig sei im Interesse des wirthschaftlichen Fortschritts. Die Schrift soll „die Bedenken mit zerstreuen helfen, welche weniger in der Wissenschaft als in der öffentlichen Meinung so oft gegen die soziale Reform vom wirthschaftlichen Standpunkte aus erhoben werden." (Vorwort.)

Vorurtheilen entgegentreten ist immer eine verdienstvolle Sache, auch wenn es sich nur um Vorurtheile handelt, die außer beim Troß der Gedankenlosen und im Kreise Derer, die an ihrer Aufrechterhaltung interessirt sind, nirgends mehr Kurs haben. Insofern hat das Schriftchen des Herrn Herkner also jedenfalls auf unsere Anerkennung Anspruch. Eine Anzahl der gröbsten Einwände gegen Arbeiterschutz und Lohnsteigerungen werden vom Verfasser überzeugend widerlegt und der Nachweis geliefert, daß hohe Löhne und verkürzte Arbeitszeit auf den Fortschritt der industriellen Entwicklung, der nun einmal unvermeidlich sei, fördernd einwirken, während schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft nur dem technischen Schlendrian zu Gute komme und so die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf die Dauer schädige und die Uebelstände der bestehenden Produktionsordnung nur noch verschlimmere.

Alles das ist bekanntlich nicht neu, und die „Wissenschaft" hat sich immer mehr dazu herbeilassen müssen, es anzuerkennen; aber ins große bürgerliche Publikum ist es im Ganzen noch verhältnißmäßig wenig gedrungen. Insofern die Schrift des Herrn Herkner hier etwas mehr Aufklärung schafft, wird sie ein gutes Werk verrichten. Im Uebrigen trägt sie jedoch fast sämmtliche Fehler der ökonomischen Schule zur Schau, aus der ihr Verfasser hervorgegangen.

Herr Herkner ist ein Schüler des Herrn Lujo Brentano. Die Art, wie er die Theorie und ihre Geschichte behandelt, seine Methode zu zitiren, welche Autoren er zitirt und wie er sie zitirt, erzählen uns das deutlicher als es die Widmung an Herrn Brentano am Eingange der Schrift thut. Die klassische Nationalökonomie wird z. B. getreu nach der Schablone Brentano's abgethan. „Lehrte Ricardo doch auch," schreibt Herr Herkner, „daß in Ländern, wo der Arbeitslohn hoch stehe, das Kapital solchen Verwendungen zuzuführen sei, bei denen die wenigste Arbeit im eigenen Lande nöthig ist. So z. B. dem Speditionsgeschäfte, dem auswärtigen Handel, wo der Gewinn sich nach dem Kapitale, nicht nach der Quantität der bezahlten Arbeit richtet." (S. 12.)

Wir haben die Chr. Aug. Schmidt'sche Uebersetzung des Ricardo, auf welche Herr Herkner sich dabei beruft, nicht zur Hand, aber wir können wirklich nicht glauben, daß sie so weit von dem Original abweichen sollte, um nicht im Deutschen zum Ausdruck zu bringen, daß Ricardo an der betreffenden Stelle nicht sagt, was zu geschehen *habe*, sondern was — nach seiner Ansicht — naturnothwendig *geschieht*. In der uns vorliegenden Baumstark'schen Uebersetzung heißt es:

„In reichen Ländern dagegen, wo die Nahrungsmittel theuer sind (was bei Ricardo stets gleichbedeutend ist mit hohen Arbeitslöhnen), *wird*, wenn der Verkehr frei ist, das Kapital *natürlich denjenigen Beschäftigungen zuströmen*, in welchen die geringste Arbeitsmenge im Inlande erhalten zu werden braucht: wie z. B. dem Zwischenhandel, dem entfernten auswärtigen Handel, in Geschäfte, welche kostspielige Maschinen erfordern, in Geschäfte, in welchen der Gewinnst zum Kapitale und nicht zu der angewendeten Arbeitsmenge im Verhältniß steht.*) (Ricardo, Grundsätze der Volkswirthschaft. Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Ed. Baumstark. Zweite Auflage. Leipzig 1877.)

---

*) Man vergleiche hiermit das Original: „In rich countries, on the contrary, where food is dear, capital will naturally flow, when trade is free, into those oc-

Das sieht ganz anders aus als die von Herrn Herkner zitirte Lesart. Mehr noch, der Satz, der bei Herkner fehlt, — „in Geschäfte, welche kostspielige Maschinen erfordern,“ — enthält im Keim gerade den Gedanken, auf den Herr Herkner im positiven Theil seiner Schrift selbst fußt. Nachdem er nämlich über die „in privatwirthschaftlichen Unternehmeranschauungen befangene“ Denkweise Ricardo's sein Sprüchlein gesagt, schreibt Herkner nur wenige Seiten später, daß Lohnsteigerungen „vielfach wettgemacht werden durch Verbesserungen in der Technik des Gewerbebetriebes“ (S. 24), preist er die hohen Löhne der Vereinigten Staaten, die „geradezu als mächtigster Sporn für die ungeahnte technische Vollkommenheit, welche dieses Land erreicht hat, anzusehen sind“ (S. 25) und konstatirt er mit Ricardo'scher Herzlosigkeit, daß durch Lohnsteigerungen zwar einer großen Anzahl kleiner und mittlerer Betriebe „in der That die weitere Existenzmöglichkeit entzogen werden kann,“ die Uebrigbleibenden aber dafür „befreit werden von der Schmutzkonkurrenz kleiner Unternehmungen, die sich nur durch rücksichtslose Lohndrückerei zu halten vermögen.“ (S. 29.) Was heißt aber die Wettmachung hoher Löhne durch technische Vervollkommnungen, der Untergang der kleinen Unternehmungen anders, als was Ricardo mit den Worten bezeichnet: „Das Kapital strömt . . . in Geschäfte, welche kostspielige Maschinen erfordern, in Geschäfte, in welchen der Gewinnst zum Kapitale und nicht zu der angewendeten Arbeitsmenge im Verhältniß steht?“ Der Grundgedanke ist hier wie dort derselbe, nur daß Ricardo sich auf die Untersuchung der ökonomischen Seite des Phänomens beschränkt, die soziale aber, als nicht zu seiner Untersuchung gehörend, unerörtert läßt.*)

Aber Herr Herkner überricardo't sogar den Ricardo. „Bei einer allgemeinen Lohnerhöhung,“ erklärt er, „wird sich . . . die Nachfrage der Arbeiter vorzugsweise auf solche Waaren erstrecken, welche der Hauptsache nach mit Maschinen hergestellt werden“ (S. 21) und würde sich „eine Aenderung in der Art und Richtung der Produktion ergeben.“ (S. 22.) Wie wäre es, wenn Jemand daraufhin schriebe, Herr Professor Herkner habe gelehrt, daß im Falle einer allgemeinen Lohnerhöhung die Nachfrage der Arbeiter solchen Waaren zuzuführen sei, welche mit möglichst wenig menschlicher Arbeit hergestellt werden?

Aehnlich wie mit dem obigen Zitat aus Ricardo, macht es Herr Herkner mit dem oft zitirten Satz aus den „Grundgesetzen“ desselben Oekonomen, im Kapitel über rohes und reines Einkommen, daß, ob es sich um ein ganzes Volk oder einen Einzelunternehmer handle, es gar nicht darauf ankomme, wie viel Arbeiter in Thätigkeit gesetzt werden, um einen bestimmten Reinertrag zu erzielen, wenn derselbe überhaupt nur erzielt werde, daß es also für ein Volk, wenn sein reines Einkommen dasselbe bleibe, gleichgiltig sei, ob es aus zehn oder zwölf Millionen Einwohnern bestehe. Erst wird der Satz aus allem Zusammenhang gerissen vorgeführt, so daß ihn der Leser für einen absoluten Grundsatz Ricardo's

---

cupations wherein the least quantity of labour is required to be maintained at time: such as the carrying trade, the distant foreign trade, and trades where expensive machinery is required; to trades where profits are in proportion to the capital, and not in proportion to the quantity of labour employed.“ (Ricardo, Principles, ed. Mc. Culloch, p. 211.)

*) Beiläufig nur sei darauf hingewiesen, daß der Satz „Gewinn im Verhältniß zum Kapital und nicht zu der angewendeten Arbeitsmenge“ nur insoweit richtig ist, als es sich um die Absicht der Kapitalisten handelt und um die Verschiebung des Verhältnisses zwischen der Masse des in Produktionsmitteln angewandten und der des in Arbeitslöhnen vorgeschossenen Kapitals.

nimmt, und hinterher erst erfahren wir in einer Note, daß „wie Gustav Cohn wahrscheinlich gemacht hat,“ es „die polemische Spitze gegen Adam Smith gewesen ist, welche Ricardo zu seiner einseitigen Fassung der Lehre vom Roh- und Reineinkommen bestimmte.“ Hätte Herr Herkner sich die Mühe genommen, selbst im Ricardo nachzuschlagen, so würde er gefunden haben, daß es da gar nichts „wahrscheinlich“ zu machen giebt, sondern daß das ganze genannte Kapitel von Anfang bis zu Ende eine Polemik gegen Adam Smith und dessen, von den Physiokraten übernommene Anschauungen ist.

Schließlich muß auch Ricardo oder wenigstens die Ricardo'sche Schule für die Lohnfondstheorie herhalten. „Da der einzelne Unternehmer zur Entlohnung seiner Arbeiter einer Geldsumme bedarf, so war die Ricardo'sche Schule rasch mit der Lehre bei der Hand, der Lohn würde aus dem Kapitale des Arbeitgebers gezahlt.“ (S. 4.) Rasch ist sie allerdings damit „bei der Hand“ gewesen, denn sie ließ sich die Lehre schon, als Ricardo noch keine vier Jahre alt war, von einem gewissen Adam Smith aufstellen.

Derselben Autorität, welcher er die Geschichte des Ursprungs der Lohnfondstheorie entnimmt, scheint Herr Herkner auch die Geschichte ihrer Widerlegung entnommen zu haben. „Brentano war es, der die auf ersichtliche Abwege gerathene Theorie wieder mit den Thatsachen in Einklang brachte.“ (S. 16.)

Das geschah so:

„Er — Brentano — zeigte, angeregt durch die Untersuchungen Hermann's über denselben Gegenstand, und durch die verbesserte Lohnfondstheorie Thornton's, wie der wahre Gegenwerth der Arbeit nicht in dem Kapitale des Unternehmers zu erblicken sei. Allerdings giebt der Unternehmer schrittweise aus seinem Kapitale dem Arbeiter einen Lohn zu dessen Unterhalt. Allein in demselben Maße erhält er auch als Entgelt die Arbeitsleistung des Arbeiters. Er wird ja Eigenthümer des Arbeitsprodukts. Eigentlich giebt also der Unternehmer sein Kapital gar nicht weg. Dasselbe ändert nur die Form, die äußere Erscheinung. Erst besteht es in der Regel aus Geld, welches der Arbeiter im Lohne empfängt. Sodann besteht es aus Arbeitsleistungen, welche an bestimmten Stoffen sich fixirt haben. Schließlich bieten die Unternehmer die Arbeitsprodukte zum Verkaufe aus. Ist der Verkauf aber erfolgt, so hat sein Kapital wieder die Form der Güter angenommen, welche er im Preise der Arbeitsprodukte erhält, heute also in der Regel wieder die Geldform. Insofern liegt aber der wahre Gegenwerth der Arbeit in dem, was die Konsumenten für das Arbeitsprodukt bieten.“ (S. 16/17.) Dazu macht Herr Herkner die Note: Vgl. die im Wesen hiermit ganz übereinstimmende Analyse des Vorgangs bei Marx, „Das Kapital,“ II. Band. Hamburg 1885, S. 445 und 446.

Daß der Unternehmer, wenn er den Arbeiter auslohnt, bereits den Gegenwerth des Lohnes, die im Produkt vergegenständlichte Arbeitsleistung des Arbeiters, im Besitz hat, ist richtig und findet sich nicht nur an der zitirten Stelle bei Marx, sondern schon im ersten Band des „Kapitals“ im Abschnitt „Kauf und Verkauf der Arbeitskraft“ dargelegt. In Bezug auf die Lohnfondstheorie ist damit aber noch gar nichts widerlegt, da die Mittelglieder, auf die es für diese ankommt, hier einfach fortgelassen sind. Die Lohnzahlung geschieht in Terminen, die sich mit der Arbeitsperiode, den für die Herstellung des fertigen Produkts oder für den Umsatz desselben erforderlichen Fristen, durchaus nicht decken, und in der Zwischenzeit muß eben das Kapital des Unternehmers, das unter Umständen auch in seinem Kredit bestehen kann, für die Aufbringung des Lohnes herhalten. Mit anderen Worten, der Lohn wird zwar nach vollendeter Arbeitsleistung, aber vor

der Realisirung des Arbeitsprodukts gezahlt, er ist vorgeschossenes Kapital, das bereits zur Verfügung sein muß, bevor die Konsumenten überhaupt in die Lage kommen, einen Gegenwerth für das Arbeitsprodukt zu „bieten.“ Gerade daß es so ist, zwingt den Arbeiter, seine Arbeitskraft als solche dem Kapitalisten zu verkaufen und auf den „wahren Gegenwerth seiner Arbeit“ — will sagen seiner Arbeitsleistung von vornherein zu verzichten. Mit dem Hinweis auf diesen die Lohnfondstheorie widerlegen wollen, heißt leugnen, daß wir in der Gesellschaft der kapitalistischen Waarenproduktion leben, heißt die Realität des zwischen dem wirklichen Produzenten und den Konsumenten stehenden kapitalistischen Unternehmers und der Gesetze der Konkurrenz bestreiten, heißt — doch was läßt sich Schärferes zur Kennzeichnung dieser „wissenschaftlichen Widerlegung“ sagen, als daß sie auf der wunderbaren Annahme beruht, die Preise würden heutzutage durch das bestimmt, was die Konsumenten für die Arbeitsprodukte „bieten!“ Jeder Abc-Schütze der politischen Oekonomie weiß, daß es eine der bezeichnendsten Eigenthümlichkeiten der modernen Konkurrenz ist, daß das Gebot der Konsumenten immer mehr aufhört, für die Preisbestimmung der Produkte maßgebend zu sein.

Der wirkliche Fehler der Lohnfondstheorie besteht darin, daß sie alle bei der Produktion in Frage kommenden Faktoren als stabile Größen behandelt, während dieselben innerhalb gewisser, durch den kapitalistischen Charakter der modernen Produktion und die jeweilige äußerste Leistungsfähigkeit der Technik gezogener Schranken elastischer Natur sind. Nicht die Höhe seines „Lohnfonds,“ sondern die Kalkulation, ob er bei einer gewissen Höhe des Lohns noch mit Profit produziren lassen, eine Anspannung der Lohnsätze durch Reformen in der Technik des Arbeitsprozesses auszugleichen vermag, ist heute bei Lohnforderungen der Arbeiter der maßgebende Gesichtspunkt für den Unternehmer. Und bei dieser Kalkulation fragt er nicht, was die Konsumenten für das Produkt „bieten,“ sondern zu welchem Preis die Konkurrenz es auf den Markt bringt.*)

So viel über den theoretischen Theil des Buches.

Auch die praktischen Darlegungen, soviel Richtiges in Bezug auf das eigentliche Thema des Verfassers sie auch enthalten, fordern hier und da zum Widerspruch heraus. Das statistische Material im Kapitel „Die Tendenz der Einkommensvertheilung in dem System der freien Konkurrenz“ ist z. B. durchaus ungenügend. Um die Tendenz der Einkommensbewegung zu geben, genügt es wirklich nicht, Steuerzahlen, die nur sechs, bezw. gar nur vier Jahre auseinanderliegen, zu vergleichen, und obendrein ohne jede Rücksicht auf die Geschäftslage in jedem der verglichenen Jahre. Wenn Herr Herkner daher am Schluß dieses Kapitels sagt, es würden zwar die Reichen unter den gegenwärtigen Verhältnissen immer reicher und mächtiger an Zahl, es bestehe auch keine Tendenz zu einer Ausgleichung der grellen Einkommensunterschiede, aber es sei doch „nicht richtig,“ daß die Armen immer ärmer würden; sie nähmen an der Steigerung des Wohlstandes Theil, wenn auch „in weitaus geringerem Maße als die Reichen,“ so kann das nur als seine Ansicht gelten, für den Beweis bedürfte es eines ganz anderen Materials als das von ihm erbrachte. Gut sind dagegen z. B. seine Ausführungen gegen die Ueberschätzung des Werthes der Ausfuhr; wenn sie auch nicht gerade Neues sagen.

---

*) Alles das und mehr wider die Lohnfondstheorie ist schon im ersten Band des „Kapital“ zu finden. Aber Herr Professor Herkner hatte zweifelsohne seine guten Gründe, statt des 1867 erschienenen ersten Bandes hier den 1885 erschienenen zweiten Band des Marx'schen Werkes zu zitiren.

Ob nun alle die Reformen, die Herr Herkner anführt: Arbeiterschutz, Freigabe und womöglich Förderung der Gewerkschaftsbewegung, Demokratisirung des Steuersystems, Verstaatlichung und Kommunalisirung gewisser Betriebe, innere Kolonisation, Förderung des Genossenschaftswesens 2c. die Wirkung haben würden, die er sich von ihnen verspricht, nämlich einen „neuen breiteren Mittelstand" aus der Arbeiterklasse heranzubilden, der ein konservatives Element im Staate darstellen und den besten Schutz gegen das Aufkommen „sozialrevolutionärer Gewaltparteien" bieten würde? England, auf das er als Bestätigung für seine Ansicht verweist, macht im gegenwärtigen Moment eine Bewegung durch, die, wenn man nicht gerade das Wort „sozialrevolutionäre Gewaltpartei" im buchstäblichsten Polizeisinne nimmt, die Hoffnung als etwas problematisch erscheinen läßt. Die Gewerkschaftsbewegung war so lange konservativ, als die industriellen Verhältnisse es ihr erlaubten; je mehr sich diese neuerdings zuspitzen, um so mehr zieht der „sozialrevolutionäre" Geist auch in die Reihen der Brentano'schen Musterarbeiter ein.

Schließlich sind alle die vorgeschlagenen Reformen Palliative, die den Kern der Sache unberührt lassen. Selbst wenn sie den besten Willen haben sollte, zu flicken, wo es irgend zu flicken geht, fragt es sich, ob die bürgerliche Gesellschaft noch die Kraft hat, dadurch ihr Schicksal aufzuhalten.

Daß sie es auf die Dauer könne, behauptet auch Herr Herkner nicht. Aber einige Generationen würde es nach ihm vielleicht noch gehen, wenn man seinem Rezept folgte, und der Uebergang würde jedenfalls auf diese Weise in die ruhigen Bahnen schrittweiser Entwicklung gelenkt. Ist das auch kein sehr üppiger Trost für die Verehrer der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, so ist es doch immerhin ein Trost. Schlechter als die bankerotte Methode der Repression kann die des halbgeöffneten Ventils die Probe auch nicht bestehen.

Und es wird den heutigen Machthabern auch nichts übrig bleiben als es auf diesem Wege zu versuchen. Natürlich vorausgesetzt, daß sie — den Anschluß nicht verpassen.

Die Sozialdemokratie ihrerseits kann es ruhig mit ansehen. Sie geht ihrem Ziele zu, so oder so. Auch sie zieht übrigens den Weg schrittweiser Entwicklung vor, aber über die Schritte selbst und das Tempo derselben ist sie etwas anderer Ansicht als die akademischen Sozialreformer von heute. Und wer von Beiden Recht behält, wird die Zukunft zeigen.

Die Schrift des Herrn Herkner und ähnliche, die neuerdings aus dem Boden sprießen, sind bemerkenswerthe Zeichen der Zeit. Man vergleiche sie nur mit der Literatur des Kathedersozialismus der siebziger Jahre. Gegen die Vorschläge, die damals gemacht wurden, und gegen die damals übliche Motivirung sind die heutigen Schriften der Sozialreformer auf dem Katheder, zu denen sich die der Kanzel und des grünen Tisches gesellt haben, selbst „revolutionär." Und dabei ist seit damals nur eine halbe Generation verstrichen. Entwickeln sich die Dinge in derselben Progression — wer weiß, ob es dann noch einer gleichen Frist bedarf, bis die Nothwendigkeit der Expropriation der Expropriateurs zu den Errungenschaften der „Wissenschaft" gehört? E. B.



Nr. 6. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Der Kongreß zu Erfurt.

Stuttgart, den 24. Oktober 1891.

Der Kongreß, den die Stadt Erfurt eben gesehen, ist nicht der einzige, der in ihren Mauern getagt hat. Es war auch im Oktober, 1808, daß dort neben dem Zaren von Rußland, dem Hort des Legitimismus, nicht weniger als achtunddreißig deutsche Könige und Fürsten zusammenkamen, um den „Parvenus" der Revolution zu huldigen und vor ihnen im Staub zu kriechen: sie beugten sich nicht blos vor dem einen korsischen Parvenu, sondern auch vor seinen Generälen und Hofleuten; ja selbst die einfachen französischen Grenadiere durften sich's erlauben, die gekrönten Häupter von oben herab zu behandeln. Und zwanzig Jahre vorher war das alte Regime dem oberflächlichen Beschauer noch unerschütterlich erschienen!

Das war ein ermunterndes Vorzeichen für die revolutionären „Parvenus," die am letzten 14. Oktober in Erfurt zusammentraten, um der deutschen Sozialdemokratie ein neues Programm zu geben und Klarheit über einige Fragen der Taktik zu schaffen. Die revolutionären Parvenus des Kongresses von 1808 erschienen freilich glänzender als die des Kongresses von 1891. Aber die letzteren hatten mehr Ursache, siegesgewiß in die Zukunft zu blicken, als die Sieger von Jena und Austerlitz. Denn die revolutionäre Bewegung, der diese dienten, hatte damals ihren Gipfelpunkt bereits überschritten. Die revolutionäre Bewegung, in deren Dienst die deutsche Sozialdemokratie steht, hat ihre Siegeslaufbahn eben erst begonnen: ihre glänzendsten Siege liegen vor ihr, nicht hinter ihr.

Und doch ist sie schon im Stande gewesen, Siegesfeste zu feiern. Der vorjährige Kongreß zu Halle war in Wirklichkeit ein solches; das Gefühl des Triumphes über den 20. Februar und den Fall des Sozialistengesetzes durchzitterte ihn, verlieh seinen Berathungen Schwung und Feuer.

Dem Erfurter Parteitag fehlte dieses belebende Motiv; es drückte sich das auch äußerlich aus. Die Zahl der Delegirten war eine wesentlich geringere. Aus dem Ausland waren nur zwei Oesterreicher und ein Holländer erschienen. Aber die Aufgaben des Kongresses waren nicht weniger wichtig und die Ergebnisse seiner Arbeiten nicht weniger befriedigend als die seines Vorgängers.

Nachdem der Fall des Sozialistengesetzes der Partei wieder den Boden einer gesetzlichen Organisation gegeben, war die erste Aufgabe die gewesen, eine solche zu schaffen. Diese Aufgabe war dem Hallenser Parteitag zugefallen und sie ist, wie die Erfahrungen des ersten Jahres zeigen, zweckentsprechend gelöst worden. Die nächste Aufgabe, die an die Partei herantrat, war die Revision des Programms, dessen Diskussion das Sozialistengesetz bisher verhindert hatte, und die Entscheidung darüber, ob die Situation, die der Fall des Sozialistengesetzes mit sich gebracht, wirklich eine so veränderte sei, daß sie eine neue Taktik bedinge.

Wer in Erfurt eine groß angelegte Programmdebatte erwartet hatte, wurde arg enttäuscht. Das Programm wurde ohne jede Diskussion en bloc angenommen. Die Ursache davon bildete nicht etwa der Mangel an Interesse für diesen so wichtigen Gegenstand, sondern vor Allem die vollkommene prinzipielle Uebereinstimmung sämmtlicher Delegirten über diesen Punkt, eine Uebereinstimmung, die schon in den Diskussionen zu Tage getreten war, welche über den Entwurf des Parteivorstandes in der Presse und den Versammlungen der Partei sich entsponnen hatten. Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir schon in unseren Artikeln über das Parteiprogramm in den Schlußheften des letzten Jahrgangs auf diese erfreuliche Erscheinung hingewiesen. Angesichts dieser vorhergehenden Diskussion im Rahmen der ganzen Partei, und der Einmüthigkeit, die sich dabei gezeigt, lag dem Parteitag nur die Aufgabe ob, sich über die Fassung zu entscheiden, die das Programm finden sollte. Eine rein redaktionelle Thätigkeit zu üben, dazu ist aber eine Körperschaft von einem Vierteltausend Mitgliedern nicht das geeignetste Organ. Diese Thätigkeit fiel naturgemäß einer Kommission zu. Nachdem diese in eingehender und gewissenhafter Arbeit zu der jetzigen Fassung gekommen war und sie einstimmig angenommen hatte, war von der Debatte im Plenum eine erhebliche Förderung über das gewonnene Resultat hinaus nicht mehr zu erwarten.

Ueber die jetzige Fassung des Programms brauchen wir uns hier nicht weiter auszulassen. Daß wir ihre Annahme, die auch im Plenum einstimmig erfolgte, freudig begrüßen, ist selbstverständlich. Vielleicht werden uns gegnerische Angriffe veranlassen, noch einmal darauf zurückzukommen. Hier sei nur darauf besonders hingewiesen, daß die Kommission sich nicht bemüßigt sah, dem einigemale ausgesprochenen Wunsch nach recht populärer, agitatorischer Fassung in einem größeren Maße statt zu geben, als mit der wissenschaftlichen Genauigkeit vereinbar war, und doch saßen in der Kommission nicht blos „Theoretiker," sondern überwiegend erfahrene „Praktiker." Es ist dies ein rühmliches Zeugniß für den hohen wissenschaftlichen Sinn der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Vertreter.

Einen größeren Theil der Zeit und des Interesses des Parteitags als die Diskussion des Programms, absorbirten die Debatten über die Taktik, und mit vollem Recht; denn auf diesem Gebiete hatte sich im Laufe des letzten Jahres keineswegs jene Einigkeit gezeigt, die in Bezug auf unsere Prinzipien zu Tage getreten war; die bisherige Taktik der Partei hatte die verschiedenartigsten Angriffe von Seiten einzelner Genossen erfahren. Es galt, festzustellen, ob und inwieweit die Partei dadurch beeinflußt worden sei, ob sie ihre Marschroute ändern wolle oder nicht.

Den größten Theil der Zeit des Parteitags aber nahmen nicht die Verhandlungen über das Programm und die Taktik der Partei, sondern die Verhandlungen über ein paar ganz unbedeutende Menschen weg, die mit Unrecht den ehrenvollen Titel einer Opposition erhalten hatten.

Es ist nicht richtig, daß das Urtheil über die „Jungen“ schon gefällt war, ehe der Kongreß zusammentrat. Allerdings waren alle Delegirten — die kleine Schaar der „Jungen“ selbst natürlich ausgenommen — darin einig, daß die Berliner Vorkommnisse der Partei weder zur Ehre noch zur Förderung gereichten; aber sie waren sich weder vollkommen klar darüber, ob die Beschuldigungen der „Jungen“ gegen den Parteivorstand und die Fraktion irgend eine, wenn auch noch so geringfügige Grundlage hätten, noch auch, welchen Motiven das Treiben der „Opposition“ entstamme. Mancher mag sich daran erinnert haben, daß auch er einmal jung gewesen ist, und daß man der Jugend gegenüber nicht allzu hart ins Gericht gehen darf. Voll heißen Thatendranges, voll Optimismus, mit ungemessenem Vertrauen in die eigene Kraft und ebenso ungemessener Geringschätzung der Hindernisse, die ihr entgegenstehen, ist die Jugend nur zu geneigt, zu glauben, man könne Alles, was man mit voller Seele wolle, und wenn unsere Bewegung nicht so schnell vorwärts gehe, als sie — und wir Alle — wünschen, dann sei nur der Mangel an dem nöthigen Willen in den leitenden Kreisen unserer Partei schuld daran. Von da bis zu Beschuldigungen ist es nicht weit — schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort — und der Konflikt ist fertig.

Derartige Konflikte sind in unseren Reihen nicht selten gewesen und es sind nicht unsere schlechtesten Genossen, die mit solchen oppositionellen Regungen in unserer Partei debutirt haben. Mancher mochte denken, sollte es diesmal sich nicht ebenso verhalten? Der Starke kann leicht großmüthig sein, und man wäre sicher zum Verzeihen geneigt gewesen, wenn es sich um jugendliche Brauseköpfe gehandelt hätte.

Daß das nicht der Fall, daß die Herren „Jungen“ oder wenigstens ihre Wortführer auf dem Parteitag nichts weniger als wirklich jung (im besten Sinne des Wortes) sind, das stand schon nach dem ersten Verhandlungstage fest, und damit war allerdings das Schicksal der „Opposition“ besiegelt. Unseres Erachtens war es nicht ihre Maßlosigkeit in Berlin, sondern ihre Zahmheit in Erfurt, was sie gerichtet hat.

Das waren nicht Stürmer und Dränger, die zu uns sprachen, sondern doppelzüngige, berechnende Streber; nicht ungeduldige Empörung redete aus ihnen, sondern verbissener Groll darüber, daß sie ihre Rechnung bei den heutigen Parteiverhältnissen nicht gefunden haben. Ihre Beschuldigungen waren nicht Uebertreibungen einer ungezügelten Phantasie, sondern kühl ersonnene Lügen und Verleumdungen.

Für eine derartige, mit solchen Mitteln arbeitende „Opposition“ ist in unserer Mitte kein Raum. Der Verlust solcher Elemente ist nicht zu bedauern.

Wohl wissen wir, daß nicht alle Elemente der „Opposition“ in diese Kategorie zu rechnen sind. Daß manche von den Leuten mit dem jungen Herzen, wie wir sie eben geschildert, sich von den Strebern und Stänkern bestechen ließen, liegt nahe. Aber dies war kein Grund für die Partei, sich das Treiben der letzteren länger gefallen zu lassen. Gerade das Einschreiten gegen diese ist das beste Mittel, die ehrlichen Elemente aus der „Opposition“ an ihre Pflichten gegen die Partei zu erinnern.

Wenn man dem Parteitag einen Vorwurf wegen seines Vorgehens gegenüber der „Opposition“ machen könnte, dann wäre es nicht der allzugroßer Strenge, sondern der allzugroßer Langmuth, indem er es duldete, daß ein so großer Theil seiner kostbaren Zeit von den Verhandlungen über die „Opposition“ in Anspruch genommen wurde, trotzdem diese von Anfang an gezeigt hatte, daß sie die Diskussion auf das möglichst tiefste Niveau herabdrücken werde, indem sie jeder Formulirung ihrer Anklagen und taktischen Anschauungen auswich, so daß sich die

Debatte nur noch um die Frage drehte, ob die „Jungen“ wirklich solche Jammerburschen seien, wie von einigen Rednern behauptet wurde oder nicht.

Daß der Parteitag die Debatten darüber so lang sich hinausziehen ließ, hatte seinen Grund zum Theil in dem Wunsch, den Angeklagten — denn das waren die „Jungen“ geworden, — die Freiheit der Vertheidigung möglichst uneingeschränkt zu wahren, zum Theil aber in der Publizität, die das Treiben der Berliner „Opposition“ gefunden und die es nothwendig machte, daß der Parteitag die Sache gründlich erledigte.

Es sei uns gestattet, bei diesem Punkte etwas länger zu verweilen, weil es sich da nicht um einen vereinzelten, sondern einen typischen Fall handelt.

Mißvergnügte und Stänker giebt es überall, in allen Parteien, auch wir vermögen sie nicht völlig loszuwerden. Aber in kleinen Städten bleiben sie isolirt und gelangen daher selten dazu, beachtet zu werden. Und wenn sie das erreichen, dann bleiben sie immer noch auf die Beachtung in einem kleinen Kreise beschränkt.

Anders in einer Millionenstadt wie Berlin. Da ist Niemand so unsinnig, so abgeschmackt, der nicht sein Publikum fände, vorausgesetzt nur, daß er nicht Alltägliches vorbringt. Auch die Mißvergnügten und Stänker in der Partei bleiben da nicht isolirt, sondern finden mit der Zeit eine Gefolgschaft. Sind sie aber einmal so weit gekommen, sich in der Oeffentlichkeit vernehmbar machen zu können, dann sorgt die hauptstädtische Presse dafür, daß ihre Aeußerungen im ganzen Reiche vernommen werden.

Auf dem Parteitag ist öfters die Aeußerung gefallen: Was die gegnerische Presse über uns schreibt, kann uns gleichgiltig sein. Das ist wahr und nicht wahr. Die gegnerische Presse wendet sich nicht blos an unsere entschiedenen Gegner, sondern auch an die große Masse der Indifferenten. Von ihr erfahren diese zuerst, was wir sind und was wir wollen. So gleichgiltig es uns sein muß, wie die gegnerische Presse über uns urtheilt, so wenig kann es uns gleichgiltig sein, was sie von uns mittheilt.

Der Hauptleser der gegnerischen Blätter ist der Philister, der nicht unterrichtet, sondern unterhalten sein will. Für sein Bedürfniß richtet sich die Presse ein. Nicht Aufklärung sondern Sensation ist ihr Motto. Auch aus der sozialistischen Bewegung greift sie mit Vorliebe das Sensationelle heraus. Sie ignorirt vollständig die Organisations- und Gedankenarbeit der Sozialdemokratie, von welcher Bedeutung sie auch sein mag. Dagegen ist ihr der bedeutungsloseste Dummejungenstreich, wenn von einem Sozialisten wirklich oder angeblich begangen, der größten Beachtung werth. Darum hätschelt sie auch den Maulradikalismus und Anarchismus, dem sie, wo sich die Gelegenheit bietet, eine übertriebene Bedeutung beimißt, wodurch sie ihm gar manchen Jünger zugeführt hat. Zum zeitweiligen Anwachsen des Anarchismus hat die bürgerliche Presse vielleicht ebenso viel beigetragen als gewisse polizeiliche Bedürfnisse; und ihre Sensationslüsternheit war dabei wohl mehr betheiligt als politische Berechnung.

Wer in unserer Partei ruhig arbeitet — mag sein Wirken noch so erfolgreich, noch so tiefgehend sein — die bürgerliche Presse kennt ihn nicht. Dagegen schenkt sie ihre Aufmerksamkeit Jedem, und sei es der unbedeutendste Strohkopf, der in der Partei eine Zeitlang mitgelaufen ist und, aus welchem Motiv immer, sich gegen sie wendet. Sie züchtet dadurch förmlich die Krakehler in unseren Reihen, indem sie es Jenen, die keine Aussicht haben, durch ihre Leistungen in unserer Partei zu einer hervorragenden Stelle zu gelangen, es ermöglicht, einfach dadurch eine Rolle zu spielen, daß sie einen oder mehrere hervorragende Parteigenossen beschimpfen.

Findet in einer Großstadt wie Berlin mit einer so ungeheuren und so bunt durcheinandergewürfelten Bevölkerung jeder Stänker sein Publikum, so findet er auch in der hauptstädtischen Presse, von der die Presse des ganzen Reichs abhängt, eine kräftige Stütze. Man ist deshalb ungerecht in der Provinz, wenn man den Berliner Genossen die Schuld an dem ewigen Krakehl zur Last legt, der in Berlin herrscht, und der schließlich so angewachsen ist, daß der Parteitag sich mit ihm befassen mußte, obwohl die strittigen Objekte und Subjekte so unbedeutend waren, daß in jeder Provinzstadt die Genossen ohne Intervention des Parteitags damit fertig geworden wären. Die Schuld an dem Krakehl tragen nicht die Genossen, sondern die eigenthümlichen Verhältnisse der Großstadt.

Die Berliner Vorkommnisse mögen aber den Genossen eine Warnung sein, die Arbeiterbewegung eines Landes nicht blos nach dem zu beurtheilen, was in seiner Hauptstadt vorgeht. Wer die Arbeiterbewegung Frankreichs kennen lernen will, darf nicht die Verhältnisse von Paris allein, wer die Englands kennen lernen will, nicht die Londons allein ins Auge fassen, wie dies vielfach geschehen ist. Man wird dann gerechter gegen die Bewegungen des Auslandes werden, und nicht den Gesammtbewegungen in die Schuhe schieben, was das Produkt der Großstadt ist.

Die Verhandlungen des Erfurter Parteitages haben klar gezeigt, daß die „Opposition“ das Produkt war nicht eines Bedürfnisses der Arbeiterklasse, dessen Befriedigung unsere Partei unterlassen, sondern vornehmlich ein Produkt des Bedürfnisses der bürgerlichen Presse nach Sensation. Seit dem Entscheid des Parteitages hat diese „Opposition“ den letzten Halt in der Partei verloren und existirt nur noch von der bürgerlichen Presse Gnaden. Damit ist aber auch ihr Urtheil gesprochen. Sie kann ihre Existenz nur noch weiter fristen durch weiteres Erzeugen von Sensation. Sie ist darauf angewiesen, soll sie nicht langweilig werden und in Vergessenheit gerathen, sich selbst mit jedem Tage neu zu übertrumpfen; sie ist auf derselben schiefen Ebene angelangt, auf der Most nach dem Wydener Kongreß sich befand: ihre Mitglieder haben nur die Wahl, nachdem sie noch einige Male um sich geschlagen, sich zurückzuziehen in ihre stillen Kämmerlein und einsiedlerische Jeremiaden anzustimmen über die Schlechtigkeit der Welt, oder vorwärts zu gehen bis zum bewußten Anarchismus. Da aber der Anarchismus Thaten verlangt, zu denen unter den heutigen Verhältnissen Westeuropas nur ein Verrückter sich herbeiläßt, ist der Anarchist, wie zahlreiche Beispiele lehren, ein Mensch, der anarchistische Thaten nicht thut, sondern fordert, der Andere dazu aufreizt. Der praktische Anarchist (mit dem theoretischen haben wir es hier nicht zu thun) ähnelt daher, wenn er nicht zu den Wahnwitzigen gehört, dem Lockspitzel wie ein Ei dem andern und gelangt früher oder später mit ihm auf die gleiche Stufe. Das ist das Ende, das die Herren „oppositionellen Sozialdemokraten“ erwartet — wenn sie nicht früher schon mit ihrem Latein zu Ende kommen.

Den weitaus interessantesten und fesselndsten Theil der Verhandlungen des Parteitages bildeten die Debatten über die neue Taktik, welche Vollmar in seinen beiden Münchener Reden empfohlen hatte. Die Entscheidung darüber war von der allergrößten Bedeutung für die Partei.

Vollmar hatte bekanntlich behauptet, daß in der Politik der Reichsregierung seit Bismarck's Sturz eine erhebliche Aenderung vorgegangen sei. Sie stehe unserer Partei nicht mehr ganz so feindlich gegenüber als ehedem, die Möglichkeit, größere praktische Erfolge zu erzielen, sei gegeben und dementsprechend müsse unsere Taktik sich ändern; die kritische Thätigkeit, die eigentlich sozialistische Propaganda, müsse zurücktreten gegenüber der positiven Reformarbeit; wir müßten unsere Kraft auf die jeweils nächsten und dringendsten Dinge konzentriren.

Man ist unseres Erachtens mehrfach zu weit gegangen, wenn man Vollmar gegenüber behauptet hat, sein Standpunkt sei schon deswegen ein irriger, weil sich thatsächlich seit Bismarck's Sturz in Deutschland nichts geändert habe. Das ist denn doch nicht richtig. Es sind große Veränderungen vor sich gegangen, die nur bisher wenig Gelegenheit fanden, sich bemerkbar zu machen. Es fragt sich blos, ob diese Veränderungen der Art sind, wie Vollmar meint. Seit dem Sturz Bismarck's ist der deutschen Reichsregierung eine wichtige Stütze verloren gegangen: das Prestige, das große Erfolge verleihen. Der Erfolg blendet, und das Wirken der Männer, unter denen die Neugestaltung des deutschen Reiches sich vollzogen, war von überraschenden Erfolgen begleitet gewesen. Kein Wunder, daß man diesen Männern ungemessenes Vertrauen entgegenbrachte, daß ihre Fähigkeiten und ihre Kraft auch von vielen ihrer Gegner überschätzt wurden. Die neue Regierung hat erst zu beweisen, was sie kann; so weit sie freudige Aufnahme gefunden, galt dieselbe ihren Versprechungen, nicht ihren Leistungen.

Das neue Regime besitzt nicht dieselbe Autorität, wie das Bismarck'sche. Aber daraus folgt keineswegs, daß die Sozialdemokratie von jenem leichter Konzessionen erlangen könne als von diesem. Uns stehen nicht blos die Regierungen gegenüber, sondern auch die herrschenden Klassen, und je mehr eine Regierung die Autorität über die Bevölkerung im Allgemeinen verloren hat, desto abhängiger ist sie von den herrschenden Klassen, welches immer ihre Intentionen sein mögen. Es wird aber Niemand behaupten wollen, daß diese Klassen sich im deutschen Reich seit dem Fall des Sozialistengesetzes in irgend einer Weise dem Proletariat mehr entgegenkommend erwiesen hätten als vordem. Im Gegentheil.

Wenn die heutige Regierung an Autorität der Bismarck'schen nachsteht, so bedeutet das nicht, daß sie uns gegenüber zu Konzessionen geneigter, sondern daß sie unberechenbarer ist, als ihre Vorgängerin. Wir glauben nicht, daß diese Aenderung in der Situation uns zu veranlassen braucht, der praktischen Reformarbeit eine größere Bedeutung beizumessen, als wir bisher gethan.

Aber die Veränderungen in der inneren Lage — und nur von dieser wollen wir hier sprechen — beschränken sich nicht auf die Regierung. Noch wichtiger als die Veränderungen, die oben vor sich gingen, sind diejenigen, die unten vor sich gegangen sind.

Die große Masse, die nicht eigentliche Parteipolitik treibt, war in den letzten Jahren der Regierung Kaiser Wilhelm I. in Indifferenz versunken; sie erwartete nichts mehr von dem alten Regime und wollte die Ruhe des sterbenden Kaisers nicht stören. Jetzt gilt diese Rücksicht nicht mehr; jetzt heißt es, sich rühren und seine Interessen geltend machen. Der Sturz Bismarck's hat vollends die Massen in Fluß gebracht. An Stelle der Stagnation trat neues politisches Leben. Dazu kam ein wirthschaftlicher Aufschwung, der zufälligerweise so ziemlich mit dem Regierungsantritt des neuen Kaisers zusammenfiel; kein Wunder, daß die Arbeiterbewegung sprunghaft sich ausdehnte und eine Reihe glänzender ökonomischer und politischer Siege errang; kein Wunder auch, daß die neuen Elemente, die in die Arbeiterbewegung eintraten, ebenso selbstbewußt wie unerfahren, zur Ansicht neigten, sie könnten ohne Weiteres eine Reihe politischer und ökonomischer Konzessionen erringen, welche genügten, sie aus ihrem bisherigen Elend zu befreien.

Diese Strömung besteht heute noch, wenn auch ziemlich ernüchtert, und die von Vollmar empfohlene Politik fände bei ihr einen fruchtbaren Boden. Alle die Massen, die in den letzten Jahren in die Arbeiterbewegung eingetreten sind und die großentheils erst anfangen, sich in den Gewerkschaften zurechtzufinden,

haben zunächst für eine rein praktische Thätigkeit, die sich auf die „nächsten und dringendsten Dinge konzentrirt," mehr Verständniß, als für unsere großen Ziele.

Anderseits ist durch das Anwachsen der Arbeiterbewegung für unsere Genossen selbst der Rahmen der praktischen Thätigkeit ungemein erweitert worden; die Arbeit in den Gewerkschaften und in den verschiedenen Vertretungskörpern nimmt zusehends immer mehr Kräfte und mehr Zeit in Anspruch.

Das sind sicher sehr bedeutungsvolle Veränderungen; aber gerade sie sprechen unseres Erachtens nicht im Geringsten dafür, daß wir an unserer alten bewährten Taktik etwas ändern sollen. Das Festhalten an ihr erscheint uns im Gegentheil gerade jetzt auf das dringendste geboten. Je mehr die Verhältnisse uns zu praktischer Thätigkeit zwingen und je mehr die Arbeiterklasse von dieser Thätigkeit erwartet, um so nothwendiger ist es, allen Illusionen entgegenzuwirken und auf das Unzulängliche aller in der heutigen Gesellschaft möglichen Reformen hinzuweisen, um so nothwendiger, die Unvereinbarkeit dieser Gesellschaft mit der Emanzipation der Arbeiterklasse darzuthun, um so nothwendiger, dafür zu sorgen, daß in unsern eigenen Reihen über dem Nächstliegenden nicht unsere großen Ziele vergessen werden.

Noch ein anderer Umstand läßt gerade den jetzigen Zeitpunkt als den ungeeignetsten erscheinen zu einer Aenderung unserer Taktik in dem Sinne, daß die sozialistische Propaganda hinter der praktischen Thätigkeit zurücktreten solle. Seit dem letzten deutsch-französischen Krieg sind die Gegensätze zwischen den verschiedenen Staaten und Klassen Europas nie so scharf zugespitzt gewesen wie jetzt. Die ewige Kriegsrüstung wird unerträglich und führt zum Bankerott. Dazu kommt eine wirthschaftliche Krisis, welche in diesem Jahr noch verschärft wird durch eine Mißernte. Immer unhaltbarer erscheinen die Zustände, immer weiter verbreitet sich die Ueberzeugung, daß wir vor einer Katastrophe stehen. Wie immer die Verhältnisse sich entwickeln mögen, wir leben in einer Periode der größten politischen und sozialen Unsicherheit, in der wir auf die überraschendsten Wendungen gefaßt sein müssen. Das ist nicht die Zeit, sich von den kleinen Interessen des Augenblicks gefangen nehmen zu lassen, um darüber den welthistorischen Inhalt unserer Bewegung zu vergessen. Allerdings wäre das entgegengesetzte Extrem noch thörichter: im Vertrauen auf eine Wendung, die man erwartet, von der es aber weder feststeht, wann sie kommt, noch wie sie kommt, die praktische Arbeit zu vernachlässigen, die der Tag uns bringt.

Der Parteitag hat entschieden, es sei an der bisherigen Taktik festzuhalten. Diese Entscheidung ist um so bemerkenswerther und wir begrüßen sie um so freudiger, als die eben geschilderten Veränderungen, namentlich die Vermehrung der praktischen Thätigkeit in den Vertretungskörpern und der große Aufschwung des Gewerkschaftswesens wohl im Stande waren, größere Kreise in unserer Partei der Vollmar'schen Auffassung günstig zu stimmen. Daß diese Umstimmung nicht eingetreten, daß in unserer Partei kein Boden ist für eine Taktik, die sich der der englischen Gewerkschaftler nähert, darüber hat der Erfurter Parteitag Klarheit gebracht; es war dies unseres Erachtens seine wichtigste That.

Die deutsche Sozialdemokratie wird fortfahren auf ihrem bisherigen Wege. Ihre Taktik bleibt die alte, durch die sie groß geworden. Die enge Vereinigung von Theorie und Praxis, von reformirender Thätigkeit und revolutionärer Propaganda, von positivem Schaffen und zersetzender Kritik, von aufmerksamster Beachtung des kleinsten thatsächlichen Vorgangs und steter Vorhaltung unserer letzten Ziele — das bleibt nach wie vor die Methode des Klassenkampfes, den die deutsche Sozialdemokratie führt.

Eine Komödie der Irrungen.

⸗ Berlin, den 26. Oktober.

Das sozialdemokratische „Volksblatt," welches für die Nachbarkreise von Berlin erscheint, hat aus völlig sicherer Quelle erfahren, daß die Regierung sich seit längerer Zeit mit dem Plane beschäftige, für Berlin förmliche Stadtviertel aus Häusern mit nur Arbeiterwohnungen bestehend anzulegen. Arbeitergenossenschaften sollen die Sache in die Hand nehmen; der wöchentliche Beitrag pro Mann werde zwanzig Pfennig betragen. Das nothwendige Kapital stelle die Invaliden- und Altersversorgungskasse zur Verfügung. Die Vertreter der Regierung hätten bereits mit einigen Gewerkschaftern Fühlung genommen; man wünsche, daß der Plan als aus den Reihen der Arbeiter hervorgehend erscheinen möge, doch sei der von einer Seite gemachte Vorschlag, sich mit den maßgebenden Führern der sozialdemokratischen Partei in Verbindung zu setzen, abgelehnt worden. Als Muster sollten die in Hannover bereits gebauten Arbeiterhäuser dienen. Um sich dieselben ansehen zu können, würden den Arbeitern, welche mitthun wollten, Tagegelder und freie Fahrt angeboten; Geld dazu sei übergenug vorhanden. So das „Volksblatt." Die „Freisinnige Zeitung" aber bestätigt, daß ähnliche Nachrichten mehrfach verbreitet seien, und sie fordert von „zuständiger Seite" eine „Klarstellung" dieser „unklaren, staatssozialistischen Projekte."

In der That — ohne gerade jede Einzelnheit der vom „Volksblatt" veröffentlichten Mittheilung zu vertreten, möchten auch wir annehmen, daß dieser Rauch ein bereits lustig flackerndes Feuerlein ankündigt. Die Wohnungsfrage ist keine spezifische Arbeiterfrage, aber eben deshalb! Der Bodenwucher in Berlin beutet selbst die Geheimen Räthe in empfindlicher Weise aus — die Wohnungsgeldzuschüsse der Beamten wirken nur als eine Quelle der Miethssteigerungen mit — und auch das Großbürgerthum hat ein lebhaftes Interesse an der Lösung der Wohnungsfrage, sintemalen die „schlechten Viertel," in denen die Arbeiter zusammengedrängt leben, die Brutstätten der schlimmsten Seuchen bilden. Und diese Seuchen sind unehrerbietig genug, den Kapitalisten ebenso unbarmherzig fortzuraffen, wie den Proletarier. Speziell in Berlin hat die Wohnungsfrage schon vor zwanzig Jahren zu nicht unbedenklichen Katastrophen geführt, und der Regierung wird schwerlich entgangen sein, wie tief die betreffenden Uebelstände seit einiger Zeit wieder von der hiesigen Bevölkerung — und keineswegs von ihren proletarischen Elementen allein — empfunden werden. Das rasche Anwachsen des „Vereins Berliner Wohnungsmiether" und des „Bundes für Bodenbesitzreform" legen neben vielem Anderen dafür beredtes Zeugniß ab. Darnach ist es rathsam, die klassischen Abhandlungen von Engels über die Wohnungsfrage zur Hand zu nehmen, insbesondere die zweite: „Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst;" mit diesem Leitfaden in der Hand wird man sich sofort in jeder Szene der von dem „Volksblatte" signalisirten Komödie der Irrungen orientiren können. Wir wollen hier nur mit einigen raschen Strichen das Vorspiel dieser Komödie zeichnen, das sich eben abgespielt hat und das an und für sich schon eine artige kleine Komödie der Irrungen darstellt.

Trotz des Wohnungskrachs, der gleich nach dem französischen Kriege in Berlin ausbrach, kam es zu keinem irgend nennenswerthen Versuche, die Wohnungsfrage vom Standpunkte der Bourgeoisie aus „prinzipiell" zu lösen. Erst im Sommer von 1886 bildete sich eine sogenannte „gemeinnützige" Baugenossenschaft; sie wurde von dem Reichstagsabgeordneten Schrader und dem Stadtverordneten

Wohlgemuth begründet, zwei Leuchten der freisinnigen Partei; im Aufsichtsrathe saßen und sitzen unter Anderen ein Redakteur der freisinnigen Wochenschrift „Nation“ und der gleichfalls freisinnige Rechtsanwalt Meschelsohn, der 1890 in Erfurt als Kandidat für den Reichstag aufgestellt war. Zweck dieser „Berliner Baugenossenschaft“ ist, für Arbeiter, Handwerker und kleine Beamte billige und gesunde Wohnhäuser zu bauen und dieselben zum Selbstkostenpreise von ihren Mitgliedern erwerben zu lassen. Mitglied der Genossenschaft kann Jeder werden, der sich zur Erwerbung von mindestens einem Geschäftsantheile im Betrage von 200 Mark verpflichtet, welcher durch Wochenbeiträge von mindestens 40 Pfennig allmälig abbezahlt werden kann. Wer ein halbes Jahr der Genossenschaft angehört und mindestens 20 Mark Geschäftsantheil besitzt, kann sich nach Fertigstellung eines neuen Hauses zum Erwerbe melden; bei mehreren Reflektanten entscheidet das Loos. Der Erwerber übernimmt das Grundstück mit allen Pflichten des Eigenthümers, während vorläufig die Genossenschaft noch Eigenthümerin bleibt. Er bezahlt 6 Prozent der Kostensumme, von denen jedoch nur 4 Prozent als Miethzins gelten, während 2 Prozent zur Amortisation dienen und ihm gutgeschrieben werden. Ist durch diese Abzahlung in etwa 12 Jahren ein Drittel des Kaufpreises gedeckt, so wird das Grundstück dem Erwerber aufgelassen; die restirenden zwei Drittel werden als erste Hypotheken zu 4 Prozent eingetragen. Es ist dem Erwerber auch überlassen, durch höhere Amortisationszahlungen schneller in den thatsächlichen Besitz des Grundstücks zu kommen. Neben dieser Form der Vergebung baut die Genossenschaft auch auf Grund besonderer Verständigung für ihre Mitglieder Häuser, sobald der betreffende Bewerber sich bereit erklärt, ein Drittel des Betrages für Bau und Terrain sogleich baar zu bezahlen.

Dies die Grundzüge der Statuten, in denen sich das ausprägt, was Herr Baumeister Wohlgemuth, der eigentliche Leiter der Genossenschaft, den „Anfang zur Lösung der sozialen Frage“ nennt. Ein Anfang, der sich als zunächst noch recht bescheiden herausstellt, wenn man auf die Leistungen der Genossenschaft blickt. In 5 Jahren hat sie gerade 40 Häuser in einigen Vororten von Berlin erbaut, insbesondere in Adlershof, das von der Mitte der Stadt, vom Stadtbahnhof Friedrichstraße, 40 Minuten Eisenbahnfahrt entfernt liegt. In dem laufenden Jahre sollen 36 neue Häuser gebaut werden, davon 16 größere gegen Drittel-Anzahlung und nur 20 kleinere zur Verloosung. Es wurde gegen diesen Vorschlag des Vorstandes in der am 5. April d. J. abgehaltenen Generalversammlung von einigen Genossenschaften rebellirt; sie meinten, die Lösung der sozialen Frage bestände doch nicht darin, wirthschaftlich stärkeren Leuten, die 4 bis 5000 Mark auf ein Brett zahlen können, billigen Grund und Boden, billiges Bauen und billige Hypotheken zu verschaffen, namentlich wenn die Gelder dazu von öffentlichen Anstalten unter der Firma der Gemeinnützigkeit hergegeben werden sollen; man solle doch nicht, um den Geschäftsumfang zu steigern, die grundlegenden Gesichtspunkte außer Augen lassen, — aber die Mehrheit der Generalversammlung stimmte dem Vorschlage des Vorstandes zu. Und zwar ganz logischer Weise. Denn nicht die „Gemeinnützigkeit“ ist der „grundlegende Gesichtspunkt“ der „Berliner Baugenossenschaft,“ sondern die kapitalistische Spekulation, und demgemäß lag der Generalversammlung die Steigerung der Dividende, die jetzt schon 5 Prozent beträgt, mehr am Herzen, als der Bau von wirklichen Arbeiterwohnungen.

Aber auch mit diesen Wohnungen, mit den Verloosungshäusern, hat es so seine kapitalistischen Haken. Es sind Zwei-Familienhäuser; jede der beiden Wohnungen besteht, soweit die Häuser 6—7000 Mark kosten, aus zwei heizbaren Stuben, Küche, Flur, Keller, Dachgeschoß; hinter dem Hause ist ein Stallgebäude

mit Waschküche, Stall und Abtritt. Dazu ein Brunnen und die Umzäunung des Grundstückes, das je nachdem 35—40 Quadratruthen Terrain umfaßt. Nehmen wir das billigste dieser Häuser, welches 6000 Mark kostet, und setzen wir hier einfach die Rechnung her, welche die Baugenossenschaft aufweist, um die „Vortheile“ dieser „Hauserwerbung in das rechte Licht zu stellen.“ Sie lautet wörtlich:

Haus Nr. 1 kostete dem Erwerber	Mk. 6000
4 Prozent Miethzins pro anno	= 240
Miethe aus Parterrewohnung	= 180
Bleiben für 2 Stuben und Küche	Mk. 60
Ferner 2 Prozent Amortisation	= 120
Vom Erwerber jährlich zu leisten	Mk. 180

Man sieht somit leicht, worin der „Vortheil“ dieser „Hauserwerbung“ besteht: Der Miether wälzt — bei völliger Gleichheit der beiden Wohnungen — die Hälfte seines Miethzinses auf seine Abmiether. Der Proletarier beutet den Proletarier aus; das ist der „Anfang zur Lösung der sozialen Frage.“ Der ausgebeutete Proletarier kann sich zunächst einen noch ärmeren Proletarier suchen, den er wieder ausbeutet, und in der That sahen wir bei einem Besuche in Adlershof an mehreren Verloosungs-Häusern die ominösen Zettel: „Zimmer zu vermiethen,“ aber dann ist genau denselben elenden Wohnungszuständen, welche angeblich gebessert werden sollten, Thür und Thor geöffnet. Wie epidemisch die Ausbeutungssucht um sich greift, wie schnell sich unter den Vorbedingungen kapitalistischer „Sozialreform“ jene „widrige Karrikatur“ erzeugt, die Lassalle in seinem „Offenen Antwortschreiben“ geißelt: nämlich „Arbeiter mit Arbeitermitteln und Kapitalistengesinnungen,“ dafür noch ein Beispiel. Die vorstehende Berechnung ist dem Jahresberichte der „Berliner Baugenossenschaft“ für 1888 entnommen; in ihrem Jahresberichte für 1889 theilt sie mit, verschiedene Genossenschaften hätten die Hinzufügung einer besonderen Dachwohnung verlangt und nunmehr erläutert sie die „Vortheile“ einer solchen „Hauserwerbung“ wie folgt:

Haus X. X. kostete	Mk. 8350
4 Prozent Miethe pro anno	= 334
Miethe aus Parterre und Dachwohnung	= 315
Bleiben für 2 Stuben und Küche	= 19
Ferner 2 Prozent Amortisation	= 167
Vom Erwerber jährlich zu leisten	= 186

Hier hat also der Erwerber schon fast seine ganze Miethe auf seine Abmiether gewälzt und wenn die Letzteren sich in entsprechender Weise an anderen Proletariern erholen wollen, so liegt es auf der Hand, wie schnell eine Ueberfüllung der Häuser eintreten muß und wird. Ohnehin ist es fraglich, ob dieselben auch nur in rein gesundheitlicher Beziehung gar so große Vorzüge vor den hiesigen Miethskasernen besitzen. An frischer Luft fehlt es ihnen freilich nicht, denn sie liegen auf freiem Felde. Aber sie sind dünn gebaut, die Mauern haben nur einen Stein Dicke; die Wohnungen sind deshalb im Winter trotz ihrer Enge sehr kalt und namentlich auch, da der Grund und Boden noch nicht entwässert ist, sehr feucht. Es fehlt ferner nicht nur, wie selbstverständlich, an Gas- und Wasserleitung, sondern auch an der Straßenbeleuchtung und sogar an Straßenpflaster. Genug, bei der ökonomisch unausbleiblichen Ueberfüllung dieser Häuser liegt die Gefahr nur allzu nahe, daß sie über kurz oder lang die Herde verheerender Epidemien werden, und insofern begreift es sich, daß die Gemeinde Adlershof der Baugenossenschaft möglichst viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat, so daß die Letztere ihre Bauthätigkeit daselbst einzustellen beabsichtigt.

Sie will nunmehr nur noch in zwei anderen Vororten bauen: in Hermsdorf und in Lichterfelde; in diesem Vororte aber nur Drittel-Anzahlungs-Häuser.

Es bleibt noch eine „gemeinnützige" Seite dieser „gemeinnützigen" Gesellschaft zu betrachten übrig: nämlich die Beschaffung ihrer Betriebskapitalien. Da der Bau von Proletarierwohnungen ein durchaus rentables Geschäft ist und die Baugenossenschaft ihre Hypotheken mit 3½ und 4 Prozent verzinst, so könnte es scheinen, als ob die Darlehensgeber sich nur ein mäßiges Verdienst um die Menschheit erwürben. Gleichwohl votirt ihnen Vorstand und Aufsichtsrath öffentlich „den herzlichsten Dank der Genossenschaft, da es für größere Kapitalisten immerhin gewisse Unbequemlichkeiten im Gefolge hat, kleine Summen gegen die üblichen Zinsen auszuleihen." Man ermesse darnach die „Gemeinnützigkeit" dieser „größeren Kapitalisten!" Die Genossenschaft nennt ihrer leider nur zwei, einen, der mit ihr, und einen, mit dem sie Reklame machen will. Jener ist der Inseratenagent Mosse, dieser — der Handelsminister v. Berlepsch.

Die privaten Darlehen reichten aber bei alledem nicht aus; etwa 50 Verloosungs-Häuser in 6 Jahren waren schon für die gegen 900 Mitglieder der Genossenschaft, geschweige denn für die allgemeine Nachfrage nach Arbeiterwohnungen nur ein Tropfen für den heißen Stein. Herr Wohlgemuth hielt also Umschau nach reicheren Geldquellen und so brachte er am 15. Januar ds. Js. in der hiesigen Stadtverordnetenversammlung den Antrag ein, eine gemischte Deputation der beiden städtischen Behörden solle darüber berathen, in welcher Weise von Gemeindewegen die gemeinnützigen Baubestrebungen unterstützt werden könnten. Der Antrag wurde nach einer unwesentlichen Debatte angenommen, offenbar weil die Hausbesitzer-Mehrheit in der Sicherheit, die Berathungen der gemischten Deputation doch im Sande verlaufen lassen zu können, den Schein der „Gemeinnützigkeit" zu wahren wünschte. Außerhalb des rothen Hauses fielen die Hausbesitzer um so erbarmungsloser über Herrn Wohlgemuth her. In dem einen ihrer Vereine wurde sein Antrag mit der „Kartoffelkrankheit und Impfseuche" verglichen; ein anderer Verein nennt ihn in einer Petition den „Ruin von tausend staatserhaltenden Existenzen, eine Störung des sozialen Friedens in allen haus- und kapitalbesitzenden Ständen;" ein dritter erklärte „den städtischen Grundbesitz für das, was früher der ländliche gewesen sei, nämlich die eigentliche Stütze des Staats" und so mit Grazie ins Endlose. Zur Kennzeichnung dieser „seßhaften Elemente" sei übrigens beiläufig bemerkt, daß — nach einer Ausführung des Oberbürgermeisters Böttcher-Magdeburg im preußischen Herrenhause vom 22. Januar ds. Js. — hier in 9 Jahren (von 1879 bis 1887) von rund 20 000 bebauten Grundstücken nicht weniger als 16 431 in andere Hände übergegangen sind, davon 2130 in Folge Erbganges und 14 301, also immer noch 70 Prozent, in Folge Verkaufs. Genug, diese Bodenmonopol-Wütheriche fielen über den armen Herrn Wohlgemuth her, als wäre er nicht, was er thatsächlich ist, eine Säule des kapitalistischen Freisinns, sondern ein rother Sozialdemokrat, und er mußte unermüdlich von den Hausbesitzervereinen in die Bezirksvereine und von den Bezirksvereinen in die politischen Vereine traben, um zu versichern, er wolle nur „den heute umstürzlerischen Ideen huldigenden Arbeiter zu einem Grundbesitzer erziehen." Half ihm aber Alles nichts, und die „Freisinnige Zeitung," welcher die brutalsten Formen der Ausbeutung immer die liebsten sind, blieb dabei, diesem unheimlichen Sozialisten sei trotz alles seines Geredes von „Selbsthilfe" nicht über den Weg zu trauen. Unseres Erachtens berauscht sich Herr Wohlgemuth denn auch an einer Illusion, wenn er kürzlich behauptete, höchst wahrscheinlich würden die städtischen Behörden seiner

Baugenossenschaft von dem städtischen Grundbesitze im Osten der Stadt ein bedeutendes Areal zum Selbstkostenpreise überlassen. Das werden sie ganz gewiß nicht thun, und zwar wird die kapitalistische Mehrheit, wie die sozialistische Minderheit, sei es auch aus sehr verschiedenen Beweggründen, sich gleichmäßig weigern, einer privaten Spekulationsgesellschaft zum Selbstkostenpreise städtisches Areal zu überlassen, welches die Mitglieder dieser Gesellschaft sofort zum Marktwerthe weiter veräußern können.

Aber die „Berliner Baugenossenschaft" hat mehr als einen Strang auf ihrem Bogen, und was ihr die Stadt versagt, mag ihr der Staat gewähren. Der Handelsminister von Berlepsch scheint sich in der That nicht nur als „größerer Kapitalist" für den „Anfang zur Lösung der sozialen Frage" im Sinne des Herrn Wohlgemuth zu interessiren; er hat die Verloosungs-Häuser in Adlershof besucht und auch sein staatsmännisches Wohlgefallen über diese Anlage ausgesprochen, ja er hat das forstfiskalische Terrain zwischen Adlershof und Köpenick der „Berliner Baugenossenschaft" zum Bau für Arbeiterwohnungen angeboten, und dies Angebot ist nur daran gescheitert, daß die Gemeinde-Vorstände sowohl von Adlershof wie von Köpenick sich geweigert haben, jenes Terrain zu inkommunalisiren. Vielleicht ist es auch der Fürsprache des Handelsministers zu danken, daß die Alters- und Invalidenversicherungs-Anstalt der Provinz Brandenburg (Vorsitzender Reichstags-Präsident von Levetzow) auf das Gesuch des Vorstandes die Beleihung sämmtlicher erbauten und noch zu erbauenden Häuser der Genossenschaft mit 4 Prozent Hypotheken bis zur Hälfte des Werthes zugesagt hat.

Die „Berliner Baugenossenschaft" wird nunmehr, wie Herr Wohlgemuth anzeigt, ihre „eigentliche Thätigkeit" beginnen. Inwieweit dieselbe mit den Plänen zusamenhängt, welche die im Eingange dieser Zeilen erwähnte Zeitungsnotiz ankündigt, ist vorläufig nicht zu erkennen. Aber die Thatsache, daß der preußische Handelsminister die Leistungen der Baugenossenschaft auf dem Gebiete der Wohnungsfrage als eine Art idealer „Sozialreform" betrachtet, verleiht der vorstehenden Darstellung wohl unter allen Umständen ein bescheidenes Interesse.

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. 1866—1876.

Von **F. A. Sorge.**

III. Die „Reformer" und ihre Gegner; Ira Steward und die Achtstundenliga von Boston.

Anfang und Mitte der sechziger Jahre hatte sich eine geheime Gesellschaft, die „Große Achtstundenliga" (the great 8 hours league), über verschiedene Theile der nördlichen und östlichen Staaten ausgebreitet und öfters Einfluß auf die politischen Wahlen auszuüben versucht, zerfiel aber in der zweiten Hälfte des Dezenniums, weil sie aus Mangel an homogenen Elementen dem Ansturm der „Reformer" aller Orten nicht zu widerstehen vermochte.

Trotz des soeben beendeten Bürgerkrieges befand sich das Land in einem Zustände verhältnißmäßiger Prosperität, und die Wunden, welche der Krieg geschlagen, heilten schnell. Die am Ruder befindliche politische Partei, die republikanische, hatte alle Hände voll zu thun mit der sogenannten Rekonstruktion des Südens, welche einfach darauf hinaus lief, mittelst des neu geschaffenen voting

cattle (Stimmvieh*) der republikanischen Partei auf längere Zeit die Herrschaft und ihren Anhängern, der großen Zahl freigesetzter Abenteurer und Müßiggänger, Beute und einflußreiche Aemter zu verschaffen. Die vielen Hunderttausende der großen Armee waren verabschiedet und in ihre Heimath entlassen worden, wo sie in alten oder neuen Arbeitszweigen meistens wieder Beschäftigung suchten und fanden. Das herumlungernde Korps der Lieferanten aber, die riesige Anzahl der Verpflegungs- und Transportbeamten, die Aasgeier aller Armeen, die Bummler und Nachzügler derselben waren nicht so schnell unterzubringen. Aus ihnen rekrutirten sich die „Reformer," die carpetbaggers**), und das nunmehr stets wachsende Lumpenproletariat. Das Letztere war die Stütze der entsetzlichen Korruption, welche namentlich in den großen Städten emporschoß, es sei nur an das Tweed-Regiment in New York erinnert. Was die carpetbaggers an Bestechungen, Unterschlagungen und Veruntreuungen im Süden geleistet, entzieht sich der Beschreibung, ist aber sprichwörtlich geworden.

Was nun von den eben beschriebenen Armeeresten u. dgl. noch übrig war, begab sich unter die „Reformer," eine äußerlich und bürgerlich ziemlich anständige, aber jeder gesunden Volks- und Arbeiterbewegung äußerst gefährliche Klasse von Menschen. In der Mehrzahl sind es Deklassirte, d. h. Auswürflinge der Bourgeoisie und Parasiten, Emporkömmlinge aus dem Proletariat. Zu keiner Klasse gehörend suchen sie Bourgeois und Proletarier auszubeuten. Sie verlangen Aemter von den bürgerlichen Parteien, indem sie sich großen Einflusses auf die Arbeiterklasse rühmen, und unter den Arbeitern suchen sie sich eine Gefolgschaft zu bilden unter Berufung auf ihren Einfluß bei der am Ruder befindlichen bürgerlichen Partei. Die herrschenden Klassen bedienen sich der „Reformer" vorzugsweise, um Verwirrung in den Reihen der Arbeiterklasse anzurichten, und diese schmutzige Arbeit verrichten die „Reformer" mit großem Vergnügen und mit um so größerem Eifer, je höher das dafür gezahlte Trinkgeld steigt; denn Trinkgeld nehmen sie wie jeder Lumpenproletarier, nur womöglich etwas mehr als diese letzteren. Wenn der Lumpenproletarier nöthigenfalls mit einem Schnaps vorlieb nimmt oder abgespeist wird, so verlangt der „Reformer" daneben auch Scheine, seien es nun „greenbacks" oder „checks" oder Freipässe. Als Deklassirte leugnen sie natürlich den Klassenkampf und führen Menschenthum und Menschenrechte stets in ihrem Munde und darin begegnen sie sich mit dem Kleinbürgerthum überhaupt, welch' letzteres indessen nur die „Berechtigung" den über und unter ihm stehenden Klassen bestreitet, seine eigene Existenz aber, den sogenannten Mittelstand, die kleinbürgerliche Impotenz, verewigen möchte.

Daß in einem Lande von der kolossalen räumlichen Ausdehnung der Vereinigten Staaten, in einem Lande, wo die Klassenbildung noch nicht abgeschlossen, wo die Klassen noch ohne stagnirende Bestandtheile waren, diese unklaren und unzuverlässigen Elemente breite Schichten der Bevölkerung umfaßten und, mit den aus der Kriegszeit stammenden problematischen Existenzen vereint, der Arbeiterbewegung Gefahr drohten und wirklich gefährlich wurden, ist begreiflich. Am Schlimmsten, wie schon in Artikel I gesagt, wirkten in dieser Beziehung die sogenannten Greenbackler, so genannt nach der grünen Rückseite (green back) der

*) Dies bezieht sich auf die Ertheilung des Stimmrechts an die soeben emanzipirten Sklaven des Südens.

**) Die von der republikanischen Partei im Süden zuerst eingesetzten Beamten waren meistens arme Schlucker, die ihr ganzes Hab und Gut in einem Reisesack, einem carpetbag, bei sich trugen. Daher der Name carpetbagger. Natürlich genügte der „carpetbag" nicht zur späteren Rückkehr nach ihrer Heimath, dem Norden.

Papiergeldscheine. Diese Leutchen wollten (und wollen) Gold- und Silberwährung abschaffen und dafür Papiergeld in genügender Menge ausgeben, welches nur gegen sehr niedrig zu verzinsende Staatspapiere einzulösen, also praktisch uneinlösbar war. Wie diese Idee so große Verbreitung finden konnte, unmittelbar nach dem Kriege, während dessen die arbeitenden Klassen und die große Mehrheit der Bevölkerung überhaupt oft ganz bedeutende Schädigung durch die schwankende Valuta*) erlitten hatten, ist Demjenigen ein Räthsel, der vergißt, daß es im wohlverstandenen Interesse der besitzenden Klassen liegt, den Blick der Arbeiter von ihren eigenen Interessen abzulenken, die Bestrebungen der Arbeiter in falsche Bahnen zu leiten, die Arbeiterorganisation nicht erstarken zu lassen, sondern zu schwächen. Thatsächlich gewann die Greenbackbewegung großen Anhang in dem Jahrzehnt nach Beendigung des Sezessionskrieges und beherrschte lange Zeit die gesammte Arbeiterpresse des Landes, sogar die deutsche „Arbeiter-union" unter A. Douai's Redaktion — 1868—1870 — eingeschlossen. Und gegen diesen breiten Strom trüber Gewässer kämpften, nebst einem kleinen Häuflein deutscher Arbeiter in Chicago und New York, mit aller Macht seiner Ueberzeugung und mit großer Beredtsamkeit Ira Steward und seine Anhänger in Boston, zuerst durch Einsendungen an die Arbeiterblätter, besonders den „Amerikan Workman" in Boston, dann aber hauptsächlich durch die im Frühjahr 1869 gebildete Achtstundenliga von Boston, deren geistiger Führer Ira Steward war. Aus den bezüglichen Beschlüssen der Achtstundenliga bei ihren Jahresversammlungen im Mai jeden Jahres, sowie aus einem im zweiten Jahresbericht des Statistischen Arbeitsbureaus erschienenen größeren Aufsatze von Ira Steward seien hier einige der interessantesten und bedeutungsvollsten Stellen mitgetheilt.

In dem erwähnten größeren Aufsatze — „Poverty," die Armuth genannt — greift Ira Steward mit viel Geschick die von der vulgären Oekonomie zur Vertheidigung des Privatkapitals angewendeten Argumente an. Gegen die beliebte Theorie von hervorragenden, also höher zu belohnenden, intellektuellen Leistungen der Kapitalisten weist er nach, daß die sogenannte geistige (Hirn-) Arbeit die höhere Entlohnung nicht verdiene, welche man für sie beanspruche; daß die besten geistigen Leistungen (first class brains) nicht den höchsten Lohn erzielen; daß nicht das Hirn, sondern das Kapital die höchsten Erträge bekomme; daß der Kapitalreichthum gerade in der Armuth der Massen bestehe. Gegen das Gesetz von Angebot und Nachfrage führt er an, daß Reichthum der Herr und Armuth der Sklave dieses Gesetzes sei; gegen den Vorwurf der Aufhetzerei wendet er ein, daß das Publikum ebensoviel Recht habe, für eine gleichmäßigere Vertheilung der künftigen Arbeitserträge zu wirken, wie die Unternehmer, sich um die Lohnzahlungen der nächsten Tage zu kümmern, und er verkündet, daß die von ihm vorgeschlagene gleichmäßigere Vertheilung eine Verminderung der künftigen Bezüge von Fabrikanten, Kaufleuten, Bankiers, Verkehrs- und Minenverwaltungen 2c. bedeute. Er hält sich aber an das Bestehende, so sehr er es auch kritisirt, und will durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, vor Allem durch Steigerung der Konsumtionsfähigkeit der Massen sein Ziel, die Kooperativgesellschaft, erreichen. Gegen die „Landreform," welche die Zerstückelung des Bodens durch Gründung kleiner Landgüter anstrebt, wendet er scharf ein: Ein Gesetz, welches den Boden des Landes in kleine Farmen theile und diese konservire, sollte betitelt werden: „Ein Gesetz, um Kooperation in der Agrikultur

*) Das im Umlauf befindliche Papiergeld fiel während des Kriegs mehrmals bis auf zwei Fünftel seines Nennwerthes.

unmöglich zu machen;“ in dem Millennium der wirklichen Bodenreform werde es keine Zäune geben; der Farmer, wie der Handwerker und Arbeiter in jedem Industriezweige, werde fähig sein, auf kooperativer Basis zu arbeiten, und ohne Kooperation werde das Menschengeschlecht überhaupt nie die höchste Zivilisation erreichen. Daß er mit der Kooperation nicht Versuche wie diejenigen der Rochdale Pioneers u. dgl. meint, zeigt er durch den Ausspruch, daß „die wenigen kooperativen Erfolge der Gegenwart schwächlich und kränklich, daß sie Treibhauspflanzen seien.“

In einer kleinen Vorrede zu diesem, auch separat gedruckten Aufsatze sagt Ira Steward:

„Dies ist nur der Anfang einer Studie über die Arbeiterfrage. Wenn dieselbe jemals beendigt wird, soll sie die Beziehungen zwischen weniger Arbeitsstunden und weniger Armuth darstellen, und Das ist die große Idee der Achtstundenbewegung: Weniger Armuth oder mehr Wohlstand für die Massen. Leute, welche Zeit haben, zeigen mehr Ueberlegung in ihrem Vorgehen, als wenn sie keine Zeit dazu haben. Ueberlegung befördert das Nachdenken. Denkende Menschen werden weiser und weise Menschen lernen schnell, was ihnen zukommt und wie es zu erlangen ist. Uebrigens bedeutet dies nicht etwa, daß acht Stunden eine Panacee, ein Universalheilmittel, seien. Es ist eben einfach der nothwendige erste Schritt, wie für den Sklaven die Freilassung. Dem Sklaven die Freiheit zu geben schließt nicht ein, daß derselbe sofort weise und glücklich sein werde, aber ihm die Freiheit vorzuenthalten, bedeutet die ewige Vorenthaltung von Weisheit und Glückseligkeit. Wenn die Arbeitsstunden nicht reduzirt werden, so werden die Arbeiter niemals fähig, die mannigfaltigen Maßregeln in Betracht zu ziehen, welche nothwendig sind, um sie vollständig von der Sklaverei, der Unwissenheit und den Lastern der Armuth zu emanzipiren.“

In der Jahresversammlung vom 29. Mai 1872 faßte die Achtstundenliga von Boston folgende Beschlüsse:

„Armuth ist die große Thatsache, womit die Arbeiterbewegung zu rechnen hat. Kooperation in der Arbeit ist das zu erstrebende Ziel.

„Die Reduktion der Arbeitsstunden ist der erste Schritt in der Arbeitsreform, und die Emanzipation der Arbeit von der Sklaverei und Unwissenheit der Armuth löst alle Fragen, welche jetzt die menschliche Gesellschaft erregen.“

Es wurde dann gefordert, daß kein Patent mehr ohne die Achstundenklausel ertheilt werde; daß alle öffentlichen Staats-, Stadt- und Gemeindearbeiten nur nach dem Achtstundenplan zu erreichen seien; daß alle inkorporirten Gesellschaften bei Strafe des Verlustes ihres Freibriefes die acht Stunden einführen müssen; daß keine Person unter 21 Jahren mehr als acht Stunden arbeiten dürfe u. s. w. — Eine Gesetzgebung solcher Art würde die folgenden wichtigen Thatsachen feststellen:

„Daß acht Stunden nicht geringeren Lohn bedeuten;

„Daß in der Regel die Menschen nicht nach dem, was sie leisten, sondern nach dem, was sie nöthig haben, bezahlt werden;

„Daß im großen Ganzen (in the long run) — innerhalb gewisser Grenzen — weniger Stunden mehr Lohn bedeuten, im Taglohn wie im Stücklohn;

„Daß die Reduktion der Arbeitsstunden sowohl die Kaufkraft der Löhne, wie die Größe des produzirten Reichthums vermehrt;

„Daß theure Leute billige Produktion und billige Leute theure Produktion bedeuten;

„Daß sechs Cents per Tag in China sehr theuer und drei Dollars p[er] Tag in Amerika sehr billig sind;

„Daß die moralischen Ursachen, welche drei Dollars per Tag billiger a[ls] sechs Cents per Tag gemacht, höhere Löhne noch billiger machen werden;

„Daß weniger Arbeitsstunden eine Verminderung der Profite und Ve[r]mögen bedeuten, welche an der Arbeit und ihren Produkten gemacht werden.

Es bedeute ferner:

„Mehr Bildung und mehr Kapital für den Arbeiter;

„Das allmählige Verschwinden des Lohnsystems durch höhere Löhne;

„Weniger Arme zum Borgen und weniger Reiche zum Verleihen d[es] Geldes und eine natürliche Abnahme des Zinsfußes;

„Mehr Müßiggänger an der Arbeit und mehr Arbeiter beim Nachdenken;

„Weniger Veranlassung zu Betrügereien und weniger Spezialgesetzgebung;

„Für die Frauen bessere Löhne, Verringerung der Haushaltarbeit, meh[r] Gelegenheit zum Denken und Handeln und die Bildung starker Beweggründ[e] für die Forderung und Erlangung des Stimmrechts;

„Eindringen bis zu den mächtigsten Wurzeln der Unmäßigkeit — höchste[r] Reichthum und tiefste Armuth;

„Rettung der republikanischen Institutionen.“

Ferner wurde beschlossen:

„Ob die Nationalbanken abgeschafft oder die Staatsschuldscheine besteuer[t], ob Papiergeld oder Gold oder irgend ein anderes Geldsystem eingeführt, o[b] Zivildienstreform*) oder Verbot der Wiederwahl des Präsidenten beschlosse[n] werden, sind keine Arbeiterfragen, denn sie haben keine nachweisliche Be[-]ziehung zum Lohnsystem, unter welchem die Arbeiter all das bekommen, wa[s] sie je von dem Reichthum der Welt erlangen können, bis sie wohlhabend un[d] intelligent genug geworden zur kooperativen Produktion; und die Wahl zwische[n] Grant und Greeley (den damaligen Präsidentschaftskandidaten) dreht sich nu[r] darum, welcher von Beiden wohl geneigter sei, die von uns geforderten Gesetz[e] durchzubringen und die bereits bestehenden Gesetze in allen Regierungswerk[-]stellen und Arbeiten streng durchzuführen.“

Ferner wurden scharfe Beschlüsse gefaßt gegen die Wirkungen des Fabrik[-]systems mit den langen Arbeitsstunden, die Spindel- und Spinner-Lords mit de[n] Sklaven-(Peitschen-)Lords verglichen, die Thätigkeit des Statistischen Arbeits[-]Bureaus in warmen Worten anerkannt und Protest eingelegt gegen die Angriff[e] auf dasselbe, sowie Sympathie und Anerkennung ausgesprochen für die Neun[-]stundenmaschinisten Englands, für alle Arbeiter gleichen Strebens auf dem Kon[-]tinent (Europa) und für die damals im Kampfe befindlichen Gewerkschaften New[-]Yorks, welche einige Delegirte zu dieser Maiversammlung geschickt hatten.

Ein frischer, männlicher Ton weht durch diese Beschlüsse, und wenn auc[h] einige derselben von zweifelhaftem Werthe sind, so macht die unumwundene, offen[e] Ausdrucksweise, die unbestreitbare Originalität der Auffassung und die de[n] Herren „Reformern“ angekündigte Fehde einen sehr wohlthuenden Eindruck.

---

*) Unter „Zivildienstreform“ wird hierzulande die vermeintliche Abschaffung des Partei-, Patronage- und Beutesystems durch obligatorische Prüfungen für die zu besetzenden Aemter verstanden. Das Heuchlerische, ja Betrügerische dieser „Reform“ erhellt daraus, daß solche Prüfungen nur für die niederen Aemter eingeführt sind, während alle höheren, einflußreichen, hoch salarirten Beamten nach wie vor ohne vorhergegangene Prüfung ernannt werden.

Noch schärfer und direkter als in dem Vorstehenden ging die Achtstundenliga von Boston, d. h. Ira Steward und Genossen, den Greenbäcklern zu Leibe in den Beschlüssen vom Mai 1874, worin gesagt wird:

„Die Boston Achtstundenliga legt emphatischen Protest ein gegen die Besprechung oder Erwägung von Finanztheorien unter dem Namen von Arbeitsreform; die sogenannte Finanz- (oder Geld-) Reform ist nur von Interesse und Bedeutung für denjenigen geringen Prozentsatz unserer Mitbürger, welche den kapitalistischen Klassen angehören, welche sich selbst als eine permanente Klasse in der Gesellschaft betrachten und glauben, daß von ihren eigenen finanziellen Erfolgen alle Diejenigen abhängen, die mit ihren Händen arbeiten; welche die Fortschritte der Arbeit im Lichte ihres eigenen Vortheils betrachten, aber ihre eigenen Interessen nie mit den Augen der Arbeit sehen; welche keinen Unterschied machen zwischen Kapitalisten und Kapital, zwischen dem Fluch einer nur wegen ihres Reichthums gekannten Klasse und den Segnungen des Wohlstandes an sich; welche ihres Reichthums wegen im Stande sind, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Fragen zu lenken wie Steuerwesen, Eisenbahn- und Bankverwaltung, Umlaufsmittel und Zinsen, Schutzzoll und Freihandel, Frankaturrecht, Diäten und Reisekosten der Abgeordneten*), Zivildienstreform und ökonomische Schwindel (humbugs) — Fragen, deren Lösung bestenfalls den Arbeiter Arbeiter und den Kapitalisten Kapitalisten bleiben läßt, zwischen denen ein unvermeidlicher Konflikt besteht und bestehen wird, bis Alle Arbeiter und Alle Kapitalisten sind.“

Es werden dann die Arbeiter aufgefordert, sich nicht um die vergangene, sondern um die zukünftige Produktion und gleichmäßigere Vertheilung des Arbeitsertrags zu kümmern, um Fragen der Arbeit, nicht um finanzielle Theorien unter dem Aushängeschild von Arbeitsreform. Hierauf das Folgende:

„Die sogenannten „Arbeitsreform“-Konventionen, welche sich versammeln und alles Mögliche, außer der Arbeit diskutiren und ihre Zuhörer durch die unpraktische Natur ihrer Forderungen verwirren und mit Ekel erfüllen; welche nur einer Rotte von Abenteurern ohne bestimmtes Ziel und ohne Konstituenten unter den Männern der Arbeit und des Gedankens eine Schaubühne und Plattform bieten; welche den oberflächlichsten und sensationsgierigsten Gedanken und Wallungen der Bewegung Vorschub leisten und dienen; welche in alberner und wegwerfender Weise die allgemeine Erhebung der Arbeit für die Reduzirung der Arbeitszeit als kleinlich und unwichtig bezeichnen; welche nicht einmal eine Theorie der Frage der Arbeit und Armuth und keine Maßregeln aufstellen, welche zu Gunsten der Arbeit eingeführt oder widerrufen werden könnten; (die sogenannten „Arbeitsreform“-Konventionen) — können keine Bedeutung für die Arbeiterbewegung beanspruchen, und unser Interesse daran beginnt und endet mit dem Wunsch, daß sie, so oft sie das Publikum zur Diskussion finanzieller Theorien einladen, dies im Namen des Kapitals und nicht im kostbaren Namen der Arbeit thun mögen.“

In ferneren Beschlüssen verlangt die Achtstundenliga dringend die Konzentration aller Kräfte der Arbeiterbewegung auf die einzige und einfache Forderung der für die Einführung des Achtstundensystems nöthigen Gesetzgebung; sie denunzirt der öffentlichen Meinung die, der Gesetzgebung über die Arbeitszeit feindseligen, Senatoren von Massachusetts, sowie die Beamten des Schatz-, Kriegs-,

*) Lauter Fragen, die zu jener Zeit im Kongreß der Vereinigten Staaten verhandelt und breit getreten wurden.

Marine- und Postdepartements, welche die Arbeiter um die Früchte des nationalen Achtstundengesetzes beschwindeln — und in Bezug auf das infame Vorgehen der New Yorker Polizeibehörden vom 13. Januar 1874 wurde beschlossen:

„Das Betragen der New Yorker Polizeikommissäre im Tompkins Square war ein schmachvolles Attentat (outrage) gegen die öffentliche Meinung der gesammten Arbeiterwelt, und die Gewerkschaften und Arbeiter der großen Metropole sollten auf einer amtlichen Untersuchung durch die New Yorker Legislatur und auf Bestrafung der Schuldigen bestehen.“

Im Jahre 1875 protestirte die Boston Achtstundenliga gegen die fortgesetzten Angriffe auf die politischen und industriellen Rechte des gemeinen Volks, gegen die Stimmrechtssteuer, gegen die Verlängerung der Legislaturperioden und der Amtsdauer, gegen die Vermehrung der Patronage durch Ernennungen, gegen die undemokratische Entfaltung von Glanz und Pracht seitens hoher Beamten 2c. Es wird darauf hingewiesen, daß direkter Antagonismus bestehe zwischen Freiheit in der politischen und Leibeigenschaft in der industriellen Verwaltung; es wird gewarnt vor dem gefährlichen Mittel der Einschüchterung durch die bewaffnete Macht, welche klar und offen die Regierung als den Exekutivausschuß des Kapitals kennzeichne. Die vulgäre politische Oekonomie wird angegriffen, da sie sich mit der geographischen Breite ändere und sich den Geboten ihrer kapitalistischen Anhänger anbequeme, in Zeiten der Noth Schutzzoll, in Zeiten des Ueberflusses Freihandel verlange, das Geld als einen Produzenten und Vertheiler des Reichthums behandle und bei schäumendem Becher den Arbeitern Lektionen über Sparsamkeit, Mäßigkeit und Beharrlichkeit ertheile, während doch Armuth, Unmäßigkeit, Prostitution und Krieg nur die Folgen der ungleichen Vertheilung aller materiellen und geistigen Güter (der gesellschaftlichen Institutionen) seien. Die Legislatur wird getadelt wegen ihrer Weigerung, Gesetze zum Schutze der Arbeiter gegen Unfälle, für angemessenen Schulunterricht, für die Ernennung von Fabrikinspektoren zu erlassen, und es wird die Bildung von politischen Klubs in allen Arbeitszentren empfohlen, um erprobte Männer der Arbeit in die Legislatur zu senden.

Im Jahre 1876 sagt die Achtstundenliga, der Unterschied zwischen Arbeiter und Kapitalist bestehe darin, daß der Kapitalist die Früchte der Arbeit anderer Menschen als Waaren verkaufe, so daß dem Arbeiter zum Verkaufe nur seine Arbeit, seine Persönlichkeit, sein eigenes Selbst bleibe; die Kapitalistenklasse habe Industrie, Maschinen, Rohmaterial so angehäuft und monopolisirt, daß es dem Arbeiter absolut unmöglich sei, sich selbst zu beschäftigen und ohne Beschäftigung drohe ihm der Hungertod, und Diejenigen, welche für die Entbehrungen und Hungersnoth verantwortlich, besitzen kein *einziges* Recht, das menschliche Wesen respektiren müßten. Der den Arbeitern gemachte Vorwurf der Begehrlichkeit wird abgefertigt mit der Bemerkung, daß Nichts auf Erden zu gut für die Menschen, daß die verschwenderischste Verschwendung diejenige sei, welche menschliche Wesen vergeude, um *sachliche Dinge* zu ersparen, daß man dem Magen keine Entbehrungen auferlegen solle um Nahrungsmittel zu sparen, daß eine Welt voll Paläste billiger sei als eine Welt voll Hütten und Miethkasernen. Es wird wiederholt, daß das Lohnsystem durch allgemeine Kooperation ersetzt werden muß, daß aber die vereinzelten Kooperativunternehmungen nur Treibhauspflanzen seien. Die schamlosen Verletzungen des 1874 in Massachusetts erlassenen Zehnstundengesetzes werden gebrandmarkt, sowie die Anrufung der Miliz durch die Fabrikanten in Fall River, wechle beweise, daß die Staatsbehörden und die Kapitalistenklasse einmüthig seien in Allem, was die Arbeit betrifft. Auf die Schrecken der billigen Chinesenarbeit wird hingewiesen, sowie darauf, daß Neu-England nur durch die

[v]ollständige Depression der Industrie in den letzten Jahren (seit 1873) vor dieser [S]euche bewahrt worden sei" u. s. w. u. s. w.

Der Thätigkeit Ira Steward's und der Achtstundenliga von Boston ist [h]ier so viel Raum gewidmet worden, weil sie zu jener Zeit eine wahre Oase in [d]er Wüste des Reformhumbugs bildete, und weil sie ein erfrischendes Beispiel [m]ännlichen Auftretens amerikanischer (nicht eingewanderter) Arbeiter giebt und [d]eren Fortschritte in der Auffassung der Sachlage bekundet.

Ein sehr beachtenswerther Erfolg der Agitation Ira Steward's und seiner [G]enossen liegt darin, daß der „Reform"-Humbug in den Neu-England-Staaten, [d]as industriell gering entwickelte Maine ausgenommen, nie festen Fuß fassen [k]onnte, selbst als die Wogen der Greenbackbewegung am Höchsten gingen.

Aus dem Osten Afrikas.

Mit seinem ganzen unbändigen, elementaren Expansionstrieb hat sich neuer-[d]ings das Kapital aller Länder Europas auf den schwarzen Erdtheil geworfen. [A]n allen Ecken hat es dort Feuer an die alte bestehende Ordnung gelegt, und [N]iemand vermag vorauszusehen, welches gänzlich veränderte Bild dieser Jahr-[h]underte lang von aller Kultur seitab liegende Kontinent einst bieten wird, wenn [d]ie Flammen in seinem Innern zusammenschlagen werden.

Die Rivalitäten der einzelnen Kapitalistenkliquen — der „Nationen," wie [m]an es zu nennen beliebt —, die Abgrenzungen ihrer „Interessensphären," ihre [g]egenseitigen Hänseleien und Prellereien kümmern uns weiter nicht. Dagegen [s]ind die immer wiederkehrenden allgemeineren Züge dieser Entwicklung von höchster [B]edeutung nicht nur für das Verständniß unserer Wirthschafts- und Finanz-[g]eschichte, sondern darüber hinaus auch für die Erkenntniß der Ausbreitung der [k]apitalistischen Kultur überhaupt.

Im Augenblicke steht wieder einmal das Verhältniß des Bourgeois*staates* [z]u den kolonialen Unternehmungen einzelner Kapitalisten und Kapitalistengesell-[s]chaften im Mittelpunkte der Diskussion.

Für *Deutschland* weniger, denn das Deutsche Reich kann an neue [A]benteuer vorläufig nicht denken, da es in den begonnenen Expeditionen und „Pazifikationen" noch mitten drin steckt, die ihm schwere Geld- und Menschenopfer auferlegen. Die Vernichtung der Zelewsky'schen Truppe kann für unsere herrschende Politik höchstens die Frage nahelegen, ob man überhaupt auf dem betretenen Wege der Streifzüge in das Innere fortfahren oder sich auf die Behauptung des Küstenstriches und etwa einer großen Karawanenstraße beschränken soll.

Dagegen drängen sich *England* und Frankreich neue und wichtige Ent-[s]cheidungen auf.

Das englische und das deutsche ostafrikanische Gebiet grenzen bekanntlich aneinander. Beide öffnen sich im Innern nach dem wichtigen Viktoria-Njanza; das nördliche und nordwestliche Ufer desselben blieb dem glücklichen ersten Ein-dringling vorbehalten. Die „Britische Ostafrikagesellschaft" (Imperial British East Africa Company) hatte begreiflicherweise den Ehrgeiz, dieser Erstling zu sein und besetzte Uganda, natürlich mit beträchtlichen Kosten und unter Ueber-nahme aller möglichen Verpflichtungen gegen den „König" von Uganda und andere gekrönte und erlauchte Häupter, die auf die europäische Zivilisation und sämmtliche christliche Evangelien und Kirchen pfeifen. Solchen Ausgaben stehen

jedoch vorläufig keine Einnahmen gegenüber; die „Okkupation“ ist bestenfalls
Anweisung auf zukünftige Gewinne: kurzum, die Gesellschaft des Sir Will
Mackinnon behauptet, sie sei mit ihrem Gelde zu Ende und werde Uganda
lassen müssen, wenn der Staat ihr nicht zu Hilfe komme.

Wieweit das richtig ist, lassen wir ununtersucht. Unmöglich wäre
sicherlich nicht, daß auch ohne tiefgehende finanzielle Verlegenheiten der Gesellsch
jetzt eine Aktion eingeleitet würde, welche das englische Volk zur dauern
Behauptung dieses Gebietes verbinden und durchaus in Einklang stehen wü
mit den großafrikanischen Plänen eines Theils der englischen Bourgeoisie.

Die „Times“ ist es, die sich zum Sprachrohr der Subventionsforderun
macht, wie üblich nicht um der Pläne der Kompagnie, sondern um der E
der Nation willen. Der ganze Einfluß Großbritanniens in Innerafrika soll
der Entscheidung über Uganda abhängen. Das wahrscheinliche und fast unv
meidliche Ergebniß der Wiederpreisgabe dieser Errungenschaft, dieser „Perle
Afrika,“ werde sein „die sofortige Niedermetzelung der eingeborenen Ueberläu
und der europäischen Missionäre; ein Zustand der Anarchie, dem die Wied
aufrichtung der muhamedanischen und vielleicht der mahdistischen Herrschaft fol
werde; die Wiederherstellung des Sklavenhandels in seiner schlimmsten For
der Zusammenbruch aller Hoffnungen der englischen Ostafrikagesellschaft;
endlich auch das vollständige Fiasko der bisher so muthvoll und erfolgreich
führten Regierungspolitik in Bezug auf den Sklavenhandel und die Entwickl
des afrikanischen Kontinents. Wahrhaftig, die Folgen, die aus unserem Rück
von Uganda entspringen müßten, könnten leicht zur Höhe eines nationalen V
hängnisses anwachsen. . . . Es handelt sich um eine Frage des Prinzips, ü
welche allein das englische Volk entscheiden kann. Auf der einen Seite ri
uns der Zusammensturz unserer ganzen langjährigen Ostafrikapolitik greifbar na
die Unerfüllbarkeit aller moralischen und wirthschaftlichen Verpflichtungen, die
als Nation auf uns genommen haben. Auf der anderen Seite bietet sich u
die Gelegenheit, . . . an der Befreiung und Entwicklung des mächtigen Erdthe
weiter zu arbeiten. Lassen wir jetzt die Gelegenheit vorüber gehen, so wird
niemals wiederkehren. Die Theilung des Erdtheils, das Protektorat üb
Sansibar — alles wird zur leeren Einbildung werden. . . . Zu einer Zeit ab
wo ein erbitterter Wettbewerb auf allen alten Märkten wüthet, wo unsere Indust
sich mit einem immer geringeren Gewinnsatz begnügen muß, ist es offenbar v
höchster Wichtigkeit, daß unsere führenden Männer bei solch' einer Frage a
Parteiunterschiede über Bord werfen und der Regierung beistehen in dem Streben . .
einen neuen, ausgedehnten, ja unbeschränkten Markt zu sichern, auf dem Englan
Handel zuerst Fuß fassen würde. . . . Wir können nicht wieder zurück u
die Dinge lassen, wie sie waren.“

Also ganz dieselbe Entwicklung wie bei unseren Kolonialunternehmunge
ganz dieselben Gründe für die Inanspruchnahme des Staates und ganz dersel
Appell an die Interessensolidarität aller Besitzschichten, dem schließlich vielleic
auch ganz derselbe Aderlaß an den Steuerzahlern folgen wird. Nur sind d
Betheiligten in England erfahren genug, nicht nach Soldaten und Landsknecht
zu schreien, die, wenn sie irgendwo das Land abgestreift und die Bewohner g
züchtigt haben, doch Alles wieder hinter sich lassen, wie es gewesen war —
sei denn, daß es ihnen gelungen wäre, jedes lebende Wesen auszurotten. D
Freunde des Sir Mackinnon verlangen vielmehr eine Eisenbahn von de
Küste bis an den See, die als festes, dauerndes Fundament für die Geschäf
der Kompagnie und für das Zivilisationswerk an den anwohnenden Eingeboren

zu dienen hätte. Diese Eisenbahn wird sich, wie man offen zugesteht, auf lange Jahre hinaus nicht verzinsen. Die Regierung soll darum die Ehre haben, eine bestimmte Verzinsung zu garantiren, das heißt: zu zahlen; die englischen Kapitalisten wollen sich dann ein Vergnügen daraus machen, das Kapital zu dem Bau aufzubringen. Die „Times" fügen hinzu, daß sie nur eine „bescheidene Dividende" verlangen, als „Maximum" 40 000 Pfund Sterling, also 800 000 Mark jährlich. Indien thue Aehnliches ja auch, die Kapregierung ebenfalls. Lord Salisbury's Kabinet habe schon in der letzten Session seine Bereitwilligkeit zu Subventionen für Ostafrika zu erkennen gegeben, und die Liberalen würden gut thun, auf ihre Opposition zu verzichten, denn der etwaige Zusammenbruch der ostafrikanischen Herrlichkeit werde ihnen zugeschrieben werden und sich bei den nächsten Wahlen furchtbar an ihnen rächen. „Sie können dann die Regierung nicht verantwortlich machen und es wird ihnen schwer werden, selber die Verantwortlichkeit abzulehnen. Sie sollten es daher ebenso nützlich wie patriotisch finden, ihre Opposition aufzugeben."

In Frankreich ist es die Insel Madagaskar, welche plötzlich der Staatshilfe bedürfen soll. Herr Leroy-Beaulieu, der sonst immer öffentlich Wasser predigt und nicht viel vom „Staat und seinen Funktionen" hält, ist mit einem Male der Rufer zum Streite geworden.

Natürlich stellt er Madagaskar ebenfalls als eine Perle dar, und sie mit einem Ring von Kriegsschiffen und französischen Garnisonen zu umfassen, soll viel wichtiger sein, wie der Ausflug der Flotte nach Kronstadt mit allen seinen Folgen. „In unserer Zeit, wo jeder Zollbreit Erde rechnet und bald nichts mehr zu vergeben sein wird, ist es von höchster Bedeutung, daß Frankreich keines seiner erworbenen Rechte verfallen läßt, sondern sie befestigt und vermehrt, wo nur die Gelegenheit dazu sich bietet. . . . Von uns, von der Voraussicht und Thatkraft unserer Minister hängt es ab, auf der einzigen großen Insel, die dem europäischen Einfluß noch entrückt ist, eine vollständige Umwälzung herbeizuführen, mit geringer Mühe und geringen Kosten. . . . Lassen wir nicht, wie so oft in unserer Geschichte, das Glück wieder vorbei. Eine große Inselkolonie, mit einem für Europäer erträglichen Klima, ist ein seltener Fund. Wenn unsere Minister darauf keinen großen Werth legten, so würden sie ebenso leichtsinnig sein wie die Staatsmänner, welche die „Schneefelder Kanadas" abtraten und die „Sümpfe von Louisiana" verkauften. . . . Unsere Minister sollten sich sofort mit dieser Frage beschäftigen, denn sie ist für die Zukunft Frankreichs wichtiger wie alle anderen Angelegenheiten, die sich heute so lärmend hervordrängen. Ahmen wir die Russen nach, die sich nicht darauf beschränken, eine Politik der Theatereffekte zu treiben, sondern die unaufhaltsam in Mittelasien vordringen. Wenn unsere Minister die Gelegenheit entschlüpfen lassen, wirklich Besitz von Madagaskar zu ergreifen, die Insel an allen Punkten dem Vordringen, der Ausbeutung und der Kultur seitens Frankreichs zu eröffnen, so würden die Geschichte und alle ernsten Männer von jetzt ab nur die gebührende Verachtung für sie haben; man würde sie für große Kindsköpfe halten, die sich durch Toaste und glänzende Schaustellungen betrunken machen lassen (se laissent griser), die so die Wirklichkeit vergessen und vom Weihrauch berauscht, die Möglichkeit preisgeben, das Herrschaftsgebiet Frankreichs zu verdoppeln" (Economiste français, 12. September). An anderen Stellen werden die Angriffe Leroy-Beaulieu's gegen die Regierung noch heftiger.

Und warum das Alles? Weil die Hovas einem ausländischen Konsulat — irren wir nicht, dem amerikanischen — einige praktisch vorläufig ganz belanglose Rechte eingeräumt haben, während nach dem Friedensvertrag — „unterzeichnet

mit der sogenannten Königin von Madagaskar, die in Wahrheit nur Köni des Zentralplateaus ist" — Frankreich allein die Insel nach außen zu vertre und Rechte zu geben und zu nehmen hat. Herr Leroy-Beaulieu nennt das e „seltene Frechheit" dieser „Wilden," eine „schmachvolle Prellerei," bei der Fra reich eine „lächerliche und erniedrigende" Rolle spiele. Er fügt aber gleich hin, daß der Zwischenfall nur willkommen zu heißen sei. „Weil sie u trotzen und uns beleidigen, müssen wir den Anlaß, den sie uns bieten, benutz um aus der hemmenden Lage, in der wir uns auf der Insel befinden, herau zukommen. Es handelt sich darum, Madagaskar ein wirkliches, ausgedehntes u genau umgrenztes Protektorat aufzuerlegen, welches die genaue Kopie unser Protektorates in Tunis sein müßte.... Auch in Tunis waren wir (trotz d Vertrages von Bardo) von allem Einfluß auf die innere Verwaltung au geschlossen.... Glücklicherweise begannen einige Fanatiker sich au zulehnen und einige Franzosen zu massakriren. Dieses individuel Unglück, so bedauerlich es war, verwandelte sich in ein nationales Glück. W entschlossen uns, Tunis zu besetzen ... und der Vertrag vom 8. Juni 18 gab uns ausdrücklich das Recht, in die innere Verwaltung des Landes einzugreif ... und gegenwärtig sind wir, von Fragen der Form und der Etikette abgesehe fast ebenso Herren von Tunis, wenigstens was die Eingeborenen anbelangt, w von Algier und Oran. Madagaskar bereitet uns jetzt die gleiche günstige Lag wie sie sich uns nach dem Vertrag von Bardo durch den Aufstand und d Massakres von Tunis darbot. Wir müssen das gleiche Verfahren einschlagen und da die Hovas frech genug gewesen sind, die Bestimmungen des alten, milde Vertrages zu verletzen oder nicht zu beachten, so müssen wir ihnen einen schärfere Vertrag aufzwingen, der unser Protektorat in den inneren wie in den äußere Angelegenheiten der Insel feststellt. Natürlich müssen wir Gewalt brauche (évidemment, il faut user de la force), um diese Zugeständnisse zu erreichen... Auch auf eine einfache Schiffsdemonstration können wir uns nicht verlassen. Di Panzerschiffe schüchtern die Hovas nicht ein, welche die inneren Hochebenen be wohnen. Wir müssen gegen Tananariwo, sei es über Majonka, sei es übe Tamatave ein Corps von etwa 6000 Mann marschiren lassen. Es wird kaum ein ernstlicher Kampf werden, nur ein Marsch, der allerdings einige Terrain und Proviantschwierigkeiten zeigen wird." In Tananariwo soll eine Garniso von etwa tausend Mann bleiben, eine Eisenbahn soll die Verbindung mit de Küste herstellen. Ein aus Franzosen und Eingeborenen „gemischtes Ministerium" soll künftig die Geschäfte leiten; der Premier der Hovas soll alle seine Titel und Ehren behalten, der wirkliche Premier, die Minister des Krieges und der öffentlichen Arbeiten sollen jedoch Franzosen sein! Zuverlässige Leute sollen aus den Gemeinländereien dotirt werden, um sie warm zu halten; dazu würden als Stützen der Gesellschaft noch Einwanderer aus Frankreich und Arbeiter aus Mauritius herangezogen werden können. Damit wären der „Ausbeutung seitens Frankreichs" die Wege gebahnt; das französische Kapital könnte hier mit mehr Sicherheit und mit mehr Vorrechten schalten und walten, als es bisher der Fall war — mit Hilfe des Staates allerdings und auf Kosten der steuerzahlenden Masse.

Ob die „Times" und der „Economiste français" ohne Weiteres so viel Gegenliebe finden werden, daß ihre Wünsche Verwirklichung erlangen, lassen wir dahingestellt. Wir haben die mitgetheilten Aeußerungen nur darum hervorgehoben, weil sie in ihrer ungewöhnlichen Offenheit bezeichnend sind für die Kolonialpolitik der Bourgeoisie überhaupt. Diese nimmt den Staat überall in weitestgehender Weise in Anspruch; mit seinen Kriegsschiffen, welche die Meere offen halten, die

Küsten bewachen und zur Ruhe bringen, begnügt sie sich bald nicht mehr: der Staat hat Truppen in das Innere zu senden, Eisenbahnen zu bauen, Anleihen zu garantiren. Er hat für das Kapital überall Werkzeug zu sein, und die geistig Blinden, welche die Bourgeoisie noch immer als die geborene und geschworene Gegnerin der Staatshilfe und als Vertreterin des „öden Manchesterthums“ „brandmarken,“ könnten auch auf diesem Gebiete lernen, in was für schiefen und überlebten Vorstellungen sie sich bewegen. Denn diese Staatshilfe finden wir nicht blos ausnahmsweise und nicht blos in Deutschland, sondern ebenso in England, in Frankreich und überall, wo die Bourgeoisie in ihrem ewigen Expansionsstreben, in ihrem Waarenüberfluß und ihren Absatzschwierigkeiten nach dem Strohhalm der Kolonialanlagen faßt. Auch dieses Staatseingreifen kann natürlich bald vernünftiger, bald unvernünftiger sein, und die Unvernunft kann mitunter soweit gehen, daß die Bourgeoisie selber eine derartige Staatshilfe ablehnt oder verwünscht. Aber immer und immer wieder wird sie zu ihr zurückkehren, weil sie immer und immer wieder an einem Punkte anlangt, wo sie „nicht wieder zurück kann“ ohne Verluste an Kapital und Profit; der Staat hat dann Kapital und Profit zu garantiren, sei es direkt durch Geld, sei es indirekt durch Schiffskanonen und Repetirgewehre.

Der Vizeadmiral Freemantle, der Kommandeur der letzten Schiffsexpedition nach Witu, hat vollständig recht, wenn er an die „Times“ schreibt, man könne nicht „grand seigneur à peu de frais“ sein. Auch um den Bourgeois jenseits der See zum großen Herrn zu machen, hat der Steuerzahler der Heimath fleißig zu den Kosten mit beizutragen. Je mehr der ungeschlachte Afrikaner sich sträubt, das gewünschte Quantum Mehrwerth aus sich herausschlagen zu lassen, desto geduldiger muß der europäische Mitbürger sich scheeren lassen. —ms.

„Lügen“ und „Physiologie der modernen Liebe.“

Zwei Werke von Paul Bourget.

Unter den „Meistern“ der realistischen Schule Frankreichs dürfte Paul Bourget wohl der gebildetste und feinste Kopf sein, während er von Zola durch die Gluth der Einbildungskraft und von Maupassant durch poetisches Empfinden übertroffen wird. Philosophisch geschult und ein scharfer Dialektiker, verfolgt er die Probleme, die er sich stellt, bis in die kleinsten Bruchtheile und Stäubchen. Um so befremdlicher, daß auch er für die Schäden der heutigen Gesellschaft kein anderes Heilmittel als die alte Quacksalberei weiß, mag er dasselbe auch für seine Patienten noch so wohlschmeckend mischen. Denn beschränkt sich Zola darauf, nur die Krankheitsgeschichte der Gesellschaft zu schreiben, so möchte Paul Bourget zugleich deren Arzt sein. Als solcher tritt er wenigstens in seinem Roman „Lügen,“ der uns verdeutscht von A. Hanny vorliegt, an das Krankenbett der Pariser Gesellschaft.

Arm an Erfindung, wie es die ganze realistische Schule ist, hat Bourget seiner Pariser Sittenschilderung „Lügen“ nur eine sehr dürftige Fabel unterzulegen gewußt und auch die Charaktere vermögen nur eine mäßige Theilnahme zu erregen. Dem Helden sind wir bereits unzählige Male in der französischen Romanwelt begegnet, in welcher er der Pariser Sittenverderbniß gegenüber die Reinheit und Unerfahrenheit der Jugend, die edle Gesinnung und das ideale Streben vertritt. René Vincy ist zudem arm und ein Dichter, mithin im Besitze

aller Eigenschaften, die ihn zum Opfer der Lügen der Gesellschaft vorausbestimmen. Jetzt hat er ein kleines Theaterstück geschrieben und Dank der Freundschaft eines älteren Kollegen, der für dasselbe seine Geliebte, die Schauspielerin Colette interessirt hat, ist es angenommen und mit großem Erfolge aufgeführt worden. Damit ist der Augenblick gekommen, ihn den beschränkten Verhältnissen und der Dunkelheit zu entreißen, in denen er bei seiner an einen Privatlehrer verheiratheten Schwester lebt, und ihn in die Gesellschaft einzuführen. Sein Freund und engerer Landsmann aus der Provinz, Claude Larcher, wird sein Pilot, aber schon bei dem Auslaufen aus dem Hafen ereilt ihn das Verhängniß. In dem Vorzimmer des ersten Salons, der sich ihm erschließt, erregt eine junge elegante Dame seine Aufmerksamkeit, es fügt sich, daß dieselbe Schöne seine Tischnachbarin wird, und er ist überzeugt, in Frau Susanne Moraines das weibliche Ideal gefunden zu haben, von dem er bisher geträumt: eine Madonna. Selbstverständlich, daß diese Madonna, in deren Zauber er sich rettungslos verstrickt, eine Lüge ist. Susanne Moraines ist 30 Jahre alt, und der Verfasser sagt von ihr, daß sie so korrumpirt wie möglich sei, hinzufügend: „ohne sich dessen vollkommen bewußt zu sein, was sie einigermaßen entschuldigen könnte.“ Ob der Verfasser wohl ahnt, daß er mit diesem Zusatze den Stab über seine eigene Moralität bricht? Der Leser aber wird es sich leicht vorstellen können, wie die weibliche Erziehung, wie die Gesellschaft beschaffen sein muß, welche eine solche Verderbtheit ohne ein deutliches Bewußtsein von ihr möglich macht. Susanne und der um einige Jahre ältere Paul Moraines haben nach dem Willen der beiderseitigen Eltern unter dem Kaiserreiche eine Ehe geschlossen. Paul war damals Auditor bei dem Staatsrath, sein Vater Senator und er hatte daher die sichere Aussicht auf eine glänzende Laufbahn. Der Zusammenbruch des Kaiserreichs am 4. September 1870 vernichtet diese Hoffnungen. Das junge Paar fährt jedoch sorglos fort in Herrlichkeit und in Freuden zu leben, und als das beiderseitige Vermögen aufgezehrt ist — nun, da findet sich in dem Baron Desforges, der ein reicher Junggeselle von 50 Jahren ist, ein großmüthiger Hausfreund. Er verschafft Paul eine Sekretärstelle bei einer Versicherungsgesellschaft und gewährt seiner madonnenhaften Gattin die Mittel, ihre glänzende Rolle in der Gesellschaft weiter zu spielen. Paul, der noch immer in seine Frau verliebt ist, besitzt die Naivetät ihr zu glauben, daß der Luxus und die Vergnügungen, in denen sie leben, von den Ersparnissen bestritten werden, die Susanne von ihrem Wirthschaftsgelde mache. Diese unverwüstliche Naivetät eines Parisers, der unter dem zweiten Kaiserreich erwachsen und in das Leben getreten ist, verlangt ihrerseits von dem Leser einen Glauben, den er schwerlich besitzt. Aber dergleichen Unwahrscheinlichkeiten begegnet man nur zu häufig bei den Realisten, die das Leben, welches sie schildern, in ihrer Studirstube erklügeln und nach der Tendenz zuschneiden.

Die jugendliche Schönheit Renés, sein aufleuchtender Ruhm, sein lyrischer Schwung stacheln die Sinnlichkeit Susannens auf und sie verführt ihn und entschädigt sich in seinen glühenden Umarmungen für die Opfer, die sie dem alten Baron bringen muß. Von der Brutalität, mit der Zola das Liebesleben zu schildern pflegt, ist Paul Bourget frei, ohne darum in das Gegentheil zu verfallen und lüstern zu werden. Sein innerer Reichthum täuscht René über die Seelendürftigkeit und Frivolität seiner Madonna, bis er eines Tages deren unsauberes Verhältniß zu dem Baron Desforges entdeckt. Nun will er sich losreißen, fliehen; allein die sittliche Schwäche der heutigen Jugend ist auch sein Erbtheil. Susanne umgarnt ihn mit ihren feinsten und kühnsten Lügen, und voll Verzweiflung über sich, über sie, richtet er den Revolver gegen die eigene Brust.

(ber der Verfasser läßt ihn einen schlechten Schützen sein und an das Bett des
kranken tritt der Arzt in Gestalt des frommen Abbé Taconet, der Renés Onkel
t und ihn erzogen hat. Die Kirche, die Religion ist das Arkanum, das ihn
eilen wird. Damit schließt der Roman.

Wenn die Religion die Gesellschaft gesund zu machen im Stande wäre,
ann brauchte sie längst keinen Arzt mehr, und wenn Paul Bourget sich die
Nühe gäbe, die Ursachen zu studiren, aus denen die Verderbtheit der Gesellschaft
ortwährend neue Nahrung saugt, dann würde er nicht ein Heilmittel vorschlagen,
u dem die Sünderinnen zu greifen pflegen, wenn sie zu alt und reizlos geworden
ind, um noch sündigen zu können. Aus einer Bemerkung in der „Physiologie
er modernen Liebe“ erfahren wir übrigens, daß das Mittel auf René Vincy
virkungslos geblieben, er vielmehr nach seiner Wiederherstellung zu Susanne
urückgekehrt ist und von ihm, der Madonna, deren naivem Gatten und dem
affinirten Baron Desforges die partie honteuse à quatre weitergespielt wird.

Der Verfasser hatte René und seiner Madonna in dem älteren Freunde
und Kollegen des Ersteren, Claude Larcher und der Schauspielerin Colette ein
anderes Liebespaar gegenübergestellt. Vertritt Susanne die Lüge, so Colette die
hüllenlose Wahrheit. Die talentvolle Schauspielerin giebt sich Jedem hin, der
hrer starken Sinnlichkeit gefällt, ohne es vor Claude zu verhehlen. Dennoch
ann dieser nicht von ihr lassen. Er fühlt die brennende Schmach seiner Leiden-
chaft für dieses Weib, er mißhandelt es selbst in seiner Wuth, aber er kehrt
mmer wieder zu demselben zurück. Eine Trennung erfolgt erst, als Colette zu
einem Gastspiele nach Petersburg reist. Mit vernichtetem Talent und verwüsteter
Seele zieht er sich in seinen Geburtsort in der Provinz zurück und schreibt hier
unter Seufzern sehnsüchtigen Verlangens die „Physiologie der modernen
Liebe.“ Dieses die Fiktion des Buches, das Paul Bourget als „Nachgelassene
Fragmente eines Werkes von Claude Larcher“ bezeichnet.

Die stolze Flagge deckt die Waare nicht. Es sind fragmentarische Betracht-
ungen über diejenigen Männer und Frauen, welche vorzugsweise geliebt werden
und die verschiedenen Arten der männlichen und weiblichen Liebe, die durch Bei-
spiele aus der Gesellschaft illustrirt werden, und häufig ist die von dem Verfasser
aufgestellte Behauptung nur die Moral oder Folge der erzählten Geschichte.
Larcher hat sehr scharf beobachtet und seine Analysen sind fein und geistreich;
aber sie beschäftigen sich nur mit der Erscheinung, nicht mit deren Ursache. Diese
wird nur einmal, aber auch nur oberflächlich in dem Nachworte des Herausgebers
gestreift. Derselbe hatte unter Larcher's Papieren einen Zettel mit folgender
Stelle aus Michelet gefunden: „In ihren Büchern haben sie bis zum Ueberdruß
von den Verirrungen gesprochen, aber nie den großen, einfachen, frucht-
baren Weg der Weihe aufgezeigt, welchen eine rechtmäßige Liebe bis zum
Tode wandeln würde. Es ist diesen geistreichen Romanschriftstellern dasselbe
widerfahren, was einst den Gewissenslehrern, Escobar und Busembaum widerfuhr,
die ebenfalls große Kritiker waren, und in ihren spitzfindigen Untersuchungen
nichts außer Acht ließen, als was gerade die Grundlage ihrer Wissenschaft bildete.
Sie haben die Ehe aus dem Gesichte verloren und die freie Liebe
gemaßregelt.“ Hierzu hatte Claude Larcher bemerkt, daß er diesen Ausspruch
so kernig, so klar, so niederschmetternd wahr in Bezug auf sein eigenes Werk finde.

Für die Weihe, die eine rechtmäßige Liebe bis zum Tode gewährt, weiß
Larcher in der modernen Gesellschaft kein Beispiel anzuführen. Denn die von
ihm zum Schlusse erzählte Geschichte eines Landarztes trägt sich nicht in der Ge-
sellschaft zu und die Liebe ist nur einseitig. Dem Arzte, der aus Liebe geheirathet

hatte, geht seine Frau mit einem Andern durch und als sie, von diesem verlassen in Elend geräth, nimmt er sie mit dem Kinde wieder zu sich, pflegt sie bis zu ihrem nahen Tode und erzieht die Tochter, wie wenn sie seine eigene wäre. „Weißt Du, wenn man eine Frau geliebt hat, wie ich die meine geliebt habe, so ist es für ewig und man liebt Alles, was sie einem lebend darstellt," so endet der Arzt seine Erzählung und veranlaßt Claude dadurch zu dem Ausrufe: „Gott im Himmel, hätte ich nie geliebt?"

Das ist die Moral dieser „Physiologie," nachdem Claude bei allen Fakultäten nach einem Mittel gegen die moderne Liebe gefragt und alle als unwirksam erfunden hat — eine wuchtige Verurtheilung der heutigen Gesellschaft. Ob das Buch selbst eine heilsame Wirkung ausüben wird? Schwerlich! Gelesen aber wird es jedenfalls sehr viel werden und zwar zumeist von den Damen. Denn die geistreiche, wissenschaftlich flitternde Schreibweise des Verfassers ist ganz dazu geeignet, dem weiblichen Geschlechte zu gefallen. — Die lobenswerthe Uebersetzung ist von Ottmar Dittrich und gleich der von „Lügen" bei G. Grimm in Budapest erschienen. R. S.

Notizen.

Kranken- und Unfallstatistik. Nach einer im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" für 1891 herausgegebenen Statistik betrug die Zahl der auf Grund des Gesetzes über die Krankenversicherung bestehenden Krankenkassen im Jahre 1889 20822. Dieselben hatten in jenem Jahre eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 6144199 und gaben ausschließlich der Verwaltungskosten und der Rücklagen für den Reservefond insgesammt an Krankheitskosten aus: 70975191 Mark.

Für die einzelnen Kassenarten ergaben sich folgende Ziffern. Es hatten:

	Kassen	durchschnittlich Mitglieder	Ausgaben für Krankheitskosten
a) die Gemeindeversicherung	7 926	1 025 896	7 033 882
b) Ortskrankenkassen	4 030	2 542 997	27 583 718
c) Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen	5 958	1 543 717	23 124 491
d) Baukrankenkassen	150	37 208	724 939
e) Innungskrankenkassen	425	63 237	554 607
f) Eingeschriebene Hilfskassen	1 866	786 272	10 146 594
g) Landesrechtliche Hilfskassen	467	144 872	1 806 960
Insgesammt	20 822	6 144 199	70 975 191

Auffällig ist die geringe Zahl und Bedeutung der Innungskrankenkassen, die trotz aller offiziellen Unterstützung und Tamtamschlägerei nur sehr langsam vorwärts kommen. Sie haben nächst der Gemeindekrankenversicherung auch die niedrigsten Krankheitskosten. Im Durchschnitt des Jahres 1889 kamen auf ein Mitglied Krankheitskosten:

in der Gemeindekrankenversicherung	6,86	Mark
in den Innungskrankenkassen	8,77	„
in den eingeschriebenen Hilfskassen	12,90	„

Die Durchschnittskrankenkosten für alle Kassen betrugen 11,55 Mark.

In der Unfallversicherung auf Grund der Reichsgesetze stellten sich die Verhältnisse also:

Es waren versichert in 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften mit 372236 versicherungspflichtigen Betrieben 4 741 548 Personen.

In den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften mit 4753808 versicherungspflichtigen Betrieben 8 088 698 Personen.

In den staatlichen und kommunalen Betrieben waren gegen Unfall versichert 1 543 320, insgesammt **13 374 566** Personen.

Auffallend hoch ist die Zahl der versicherungspflichtigen Betriebe in der Landwirthschaft. Nach der landwirthschaftlichen Berufszählung vom Jahre 1882 gab es in Deutschland 5276344 landwirthschaftliche Betriebe, davon waren also im Jahre 1889 nicht weniger als 4753808 versicherungspflichtig. Die Landwirthschaft wird also verhältnißmäßig weiter zu den Lasten der Unfallversicherung herangezogen als das Gewerbe.

Die Unfallstatistik ergiebt folgendes Bild:

	Verletzte in versicherungspflichtigen Betrieben					
	Bei entschädigungspflichtigen Unfällen					Mit Erwerbsunfähigkeit mit weniger als 13 Wochen
	Bestand aus den Vorjahren	Im Laufe des Jahres hinzugekommen			Hinterbliebene der Getödteten	
		Ueberhaupt Verletzte	Darunter			
			dauernd völlig Erwerbsunfähige	Getödtete		
a) in den gewerblichen Berufsgenossenschaften	31 726	22 340	2 331	3 382	7 019	117 209
b) in den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften . .	640	6 631	260	1 368	2 378	12 911
c) in den übrigen staatlichen und kommunalen Betrieben	3 026	2 048	317	510	1 197	13 305
Insgesammt . . .	35 392	31 449	2 908	5 260	10 954	143 425

Man sieht, es ist eine große Summe von Proletariern, die jährlich in der einen oder anderen Weise ihrem Berufe ganz oder theilweise zum Opfer fallen.

Unter den 33148300 Mark Ausgaben, welche die Unfallversicherung einschließlich der Rücklagen für den Reservefonds im Reiche hatte, befanden sich 14464300 Mark, die als Entschädigungsbeträge an die Verletzten und deren Hinterbliebenen bezahlt wurden. Eine scheinbar bedeutende Summe, wer aber die Verhältnisse kennt, weiß wie verhältnißmäßig geringfügig die Renten ausfallen.

Die Konfektion in der Schneiderei ist, gewisse Spezialitäten ausgenommen, fast überall eine Domäne für die moderne Hausindustrie; und da, bei der Vereinzelung der hausindustriellen Arbeiter, die Ausbeutung derselben nur auf sehr schwachen Gegendruck stößt, so ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß bis auf Weiteres hier die Fabrikarbeit gegen die Hausindustrie nicht aufzukommen vermöge. Obwohl es im Allgemeinen richtig ist, daß, wo nicht die Maschine einen großen Theil der menschlichen Arbeit überflüssig macht, die Fabrik gegenüber der durch kein Gesetz und keine menschliche Rücksicht eingeschränkten Hausindustrie mit so erheblichen Mehrkosten zu rechnen hat, daß der Vortheil der besseren Arbeitstheilung dadurch geradezu aufgehoben wird, so fehlt es doch nicht an Beispielen, wo trotz alledem die Fabrik erfolgreich mit dem System der hausindustriellen Schwitzarbeit konkurrirt.

Ein solches Beispiel liefert, wie aus einem Artikel des Fräulein Clara E. Collett im „Economic Journal" über die Frauenarbeit in Leeds (England) hervorgeht, die Kleiderkonfektion in jener Stadt. Dieselbe ist vorwiegend Fabrikindustrie, hat sich aber, weit entfernt von der Konfektion im Londoner Eastend, die überwiegend Schwitzarbeit ist, erdrückt zu werden, von Jahr zu Jahr stärker entwickelt, so daß sie vielmehr jener eine sehr empfindliche Konkurrenz macht. Dabei sind, und das ist ganz besonders zu bemerken, die Löhne in Leeds, obwohl an sich niedrig genug, so doch erheblich höher als im Eastend von London. Von den zehntausend weiblichen Arbeitern, welche in der Kleiderkonfektion in Leeds beschäftigt sind, erhalten einen Wochenlohn:

Von unter 10 Schillingen 36 Prozent (Lehrlinge und jugendliche Arbeiter)
" 10—15 " 32 "
" 15—20 " 25 "
Ueber 20 Schillinge . . 6 "

Neben der Fabrikarbeit besteht in Leeds auch insofern Hausarbeit, als an solche Arbeiterinnen, die es wünschen, die Arbeit ins Haus gegeben wird; doch stellen sich, obwohl die Stücklöhne die gleichen sind wie in der Fabrik, die Einnahmen der Fabrikarbeiterinnen höher als die gleichaltriger Arbeiterinnen außerhalb der Fabrik. Die Arbeitszeit für die Ersteren ist von 8 Uhr Morgens bis 6½ Uhr Abends mit den entsprechenden Pausen, während die Hausarbeit weder Regel noch Schranken kennt.

Fräulein Collet glaubt sich auf Grund ihrer sehr sorgfältigen Ermittlungen zu folgendem Ausspruch berechtigt:

„Leeds ist noch nicht, wie Ost-London, der Ablagerungsplatz für ungelernte und zu nichts zu gebrauchende Ehemänner und abgerackerte Frauen, die ihre ganze Familie zu erhalten haben, geworden. Das Fabriksystem hat so große Vortheile vor dem Hausarbeitsystem, daß aller Grund vorliegt, zu hoffen, daß Ost-London entweder seine Kleiderindustrie ganz verliert oder sie sich dadurch retten muß, daß es zu dem viel ökonomischeren Fabriksystem übergeht.“

Man kann nur wünschen, daß die Dame Recht behält. Es ist aber nicht zu vergessen, daß wir eine Periode verhältnißmäßig guter Geschäftszeit hinter uns haben, während welcher auch im Eastend wenigstens etwas bessere Löhne als gewöhnlich gezahlt wurden. Wie sich die Entwicklung aber gestalten wird, wenn es mit dem Geschäftsgang wieder abwärts geht, muß erst abgewartet werden. Fest steht nur, daß es im Interesse der Arbeiter liegt, daß mit der industriellen Hausarbeit ganz aufgeräumt wird, und daß, da die freie Konkurrenz dies Geschäft nur sehr langsam und mangelhaft besorgt, es Pflicht der Gesetzgebung ist, durch wirksame Reglementirung der Schwitzindustrie den Prozeß ihrer Untergrabung in jeder Weise zu beschleunigen — im Interesse der Arbeiter und des gesellschaftlichen Fortschritts. —eb.

Feuilleton.

Ruben Sachs.

(Nachdruck verboten.)

Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von **Amy Levy.**

Aus dem Englischen.

(Fortsetzung.)

IX. Kapitel.

Die Gesellschaft wurde bei solchen Gelegenheiten nie bis zu sehr später Abendstunde verlängert. Um zehn Uhr waren im Empfangssalon in Portland Place nur noch Mrs. Sachs, Mr. Leuniger, Mrs. Kohnthal und die zu ihnen gehörigen jungen Leute anwesend.

Die älteren Personen hatten dem alten Salomon zu Liebe ein Whistspiel begonnen, dessen Beendigung die jüngeren Leute am anderen Ende des Zimmers plaudernd abwarteten, während Lionel und Sidney, die zu viel gegessen hatten und schläfrig waren, in einem Winkel um den Besitz eines Bandes des Graphic zankten.

„Judith,“ sagte Ruben, der ihr gegenüber Platz genommen hatte, „weißt Du, daß Du eine Eroberung gemacht hast?“

„Ist das ein so unerhörtes Ereigniß?“

Ruben lachte leise und Rosa rief:

„Es ist Mr. Lee-Harrison. Ich habe es an der Art und Weise, wie er Dich bei Tisch anschaute, gesehen.“

„Ja, es ist Bertie;“ Ruben sah Judith gerade in die Augen. „Er meint, Du entsprächest genau seiner Vorstellung von der Königin Esther.“

„Ah!“ rief Esther Kohnthal. „Ich habe mir über diese Esther eine ganze Theorie zurechtgelegt. Während sie zu den Füßen des schrecklichen Ahasverus



Nr. 7. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Die zweite Auflage.

☍ Berlin, 2. November 1891.

Der Erlaß, den der König von Preußen vor einigen Tagen gegen das Prostitutions- und Zuhälterwesen gerichtet hat, ist in der Tagespresse von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet, aber er ist noch nirgends auf seinen geschichtlichen Zusammenhang hin untersucht worden. Und doch ist eine solche Untersuchung schlechthin unerläßlich, wenn die königliche Kundgebung nach ihrer grundsätzlichen und thatsächlichen Tragweite richtig gewürdigt werden soll.

Will man über die angeschnittenen Fragen in der Gesetzgebung des preußischen Staates klare Bestimmungen finden, so muß man auf das alte, brave Landrecht zurückgehen. In seinem zweiten Theile, Titel 20, handelt es in den §§ 999 bis 1027 von der „gemeinen Hurerei"*) und bestimmt gleich im § 999: „Liederliche Weibspersonen, welche mit ihrem Körper ein Gewerbe treiben wollen, müssen sich in die unter der Aufsicht des Staates geduldeten Hurenhäuser begeben." In § 1023 wird die Hurerei ohne polizeiliche Aufsicht mit dreimonatlicher Zuchthausstrafe und darnach Einsperrung in ein Arbeitshaus auf so lange bedroht, bis die betreffenden „Weibsbilder" zu einem ehrlichen Unterkommen „Lust und Gelegenheit" erhalten. Mit dieser sonst verwirkten Strafe sollen sie aber ver-

*) Den Lesern der „Neuen Zeit" gegenüber ist wohl kaum ein Wort der Entschuldigung nöthig, wenn in den obenstehenden Ausführungen das Wort „Hure" überall gebraucht wird, wo es sich nicht vermeiden läßt. Wir möchten der Prüderie der bürgerlichen Presse in diesem Punkte um so weniger ein Zugeständniß machen, als wir für unseren Theil uns nicht getroffen fühlen, wenn Lessing schreibt: „Sehr oft sind das verschämteste Betragen und die unzüchtigsten Gedanken in Einer Person. Nur weil sie sich dieser zu sehr bewußt sind, nehmen sie ein desto züchtigeres Aeußerliche an. Durch nichts verrathen sich dergleichen Leute aber mehr, als dadurch, daß sie sich am meisten durch die groben, plumpen Worte, die das Unzüchtige geradezu ausdrücken, beleidigt finden lassen und weit nachsichtiger sind gegen die schlüpfrigsten Gedanken, wenn sie nur in feine unanstößige Worte gekleidet sind. Und ganz gewiß sind doch diese den guten Sitten weit nachtheiliger, weit verführerischer. Man hat über das Wort Hure in meiner Minna geschrieen. Der Schauspieler hat sich nicht einmal unterstehen wollen, es zu sagen. Immerhin: ich werde es nicht ausstreichen und werde es überall wieder brauchen, wo ich glaube, daß es hingehört."

schont werden, wenn sie schwanger werden und „sich bei ihrer Niederkunft vorschriftsmäßig verhalten.“ Beiläufig eine für den aufgeklärten Despotismus Friedrichs II. höchst charakteristische Bestimmung! Je weniger er die Junker hindern konnte, ihre Bauern zu legen, um so mehr war er auf die anderweitige Beschaffung von Rekruten bedacht. Und wie er den „verfluhgten Fasen“ verbot, über gefallene Mädchen Kirchenbuße zu verhängen, so sollte auch die Winkelhure straflos ausgehen, wenn sie zur „Peuplirung“ seiner Staaten beitrug. Weiter verbot das Landrecht den Ausschank von Getränken in „dergleichen Häusern;“ es ordnete an, daß keine Person, welche sich wieder auf eine ehrliche Weise nähren wolle, in denselben zurückgehalten werden dürfe, selbst nicht „wegen gegebener Vorschüsse oder sonst gemachter Schulden“ und auch in allem anderen suchte es dem Menschenhandel der „Hurenwirthe und Hurenwirthinnen“ durch die Androhung schwerer Zuchthausstrafe, „nebst Willkommen und Abschied“ nach Möglichkeit zu steuern. Wie immer man sonst über diesen Abschnitt des Landrechtes denken mag: er war in seiner Art ehrlich und klar, offen und unzweideutig.

Eine ebenso deutliche Sprache versuchte auch noch das preußische Strafgesetzbuch in seinem ersten Entwurfe von 1836 zu führen; derselbe bestimmte in § 513: „Wer ohne ausdrückliche polizeiliche Erlaubniß ein Bordell oder eine zu gleichem Zwecke bestimmte Wirthschaft oder Anstalt hält, hat zwei- bis vierjährige Zuchthausstrafe verwirkt.“ Aber ehe dieser Entwurf noch gesetzliche Kraft erlangte, kam Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung und mit ihm das Phantom des „christlichen Staates.“ In einem neuen Entwurfe zum Strafgesetzbuche vom Jahre 1843 wurde die Beseitigung aller Bordellwirthschaften ausgesprochen, aber das genügte dem Eifer Friedrich Wilhelms IV. noch nicht. Er richtete gleichzeitig eine feierliche Kundgebung an den Staatsrath und sagte darin: „In dem Entwurf finde ich die Absicht, daß die Polizei der Unzucht überall, wo solche sich öffentlich oder gewerbsmäßig zeigt, entgegentreten und dieselbe nirgends dulden solle, nicht klar genug ausgesprochen“ und er verlangte demgemäß eine noch strengere Fassung. Ueber diese Kabinetsordre schreibt Julius Duboc, ein Freund und Schüler Feuerbach's, in seiner 1878 erschienenen Schrift „Die Behandlung der Prostitution im Reiche“ Folgendes: „Ihr Grundgedanke ist: die gewerbsmäßige Unzucht hat überhaupt aufzuhören. Sic volo, sic jubeo. Die Gesetzgebung hat dies auszusprechen, die Polizei hat dafür zu sorgen, daß sie sich „nirgends“ mehr blicken lasse. Der gordische Knoten der Prostitution wird durchhauen, ein Schwertstreich löst die Verwicklung. Der christliche Staat, ohne sich irgend mit hausbackenen und philisterhaften Erwägungen zu beflecken, ob das, was er dekretirt, möglich sei, stellt sich ungefähr auf den Standpunkt des unfehlbaren Papstes, der die „Thatsache“ Italien nicht anerkennt, und unbekümmert um seine eigene Machtsphäre, ihre Vernichtung im Prinzip ausspricht. Angesichts einer so visionären Auffassung über die Befugnisse und Obliegenheiten der staatlichen Aufsicht, unter dem Drucke dieser sic volo, sic jubeo-Politik gerieth die Gesetzgebungsarbeit ins Schwanken.“ In der That — und wie gerieth sie ins Schwanken!

Das preußische Strafgesetzbuch kam 1851 zu Stande. Ministerium und Volksvertretung, so reaktionär damals das eine, wie die andere war, konnten sich der Einsicht nicht verschließen, daß die sic volo sic jubeo-Politik des „christlichen Staats“ gegenüber der Prostitution eine Chimäre sei, aber sie wagten nicht, dem Könige offen zu widersprechen. In diesem Dilemma halfen sie sich in einer verdammt gescheidten Weise, sie bestimmten in § 147 des neuen Strafgesetzbuchs: „Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz durch seine Vermittlung

oder durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Gefängniß bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden", ohne irgend eine Ausnahme zuzulassen. Aber sie bestimmten zugleich in § 146, daß nur eine den polizeilichen Anordnungen zuwiderlaufende Unzucht von Frauenzimmern zu bestrafen sei. Julius Duboc kennzeichnet diese Sorte von Gesetzgebung ganz treffend dahin, daß jener Paragraph polizeilich konzessionirte Bordelle zu verbieten, dieser Paragraph sie aber zu gestatten scheint. Die beiden Paragraphen sollten in Wirklichkeit mit dem „christlichen Staate" ein wenig Augenverblenden spielen. Hinter den Coulissen, d. h. in den Kommissionen beider Kammern einigte man sich dahin, daß der § 147 für konzessionirte Bordelle nicht gelten solle. Demgemäß wurden die nach der Kabinetsordre von 1843 unterdrückten Bordelle 1851 in Berlin wieder zugelassen, und der preußische Justizminister stellte in einem Reskripte vom 7. April 1853 ausdrücklich fest, daß § 147 des Strafgesetzes auf polizeilich genehmigte Bordelle nach Absicht der Gesetzgebung keine Anwendung finden solle.

Allein mit der sic volo sic jubeo-Politik des „christlichen Staats" haben sich nicht nur Ministerium und Parlament, sondern auch noch andere Leute abzufinden. So die Polizei, welche zwar dem Ministerium untersteht, aber gerade in Berlin, wo der Polizeipräsident Immediat-Vortrag beim Könige hat, eine gewisse Selbstständigkeit genießt; so die Gerichte, welche dem Justizminister in ihrer Rechtsprechung nicht unterstehen, wohl aber „im Namen des Königs" ihre Urtheile verkünden; endlich aber auch die Anhänger des „christlichen Staats" im Lande. Diese gingen sofort mit Denunziationen gegen die neu eröffneten Bordelle vor; die Polizei fegte dieselben 1856 wieder aus Berlin fort und das Obertribunal entschied, daß, welches immer die Absicht der Gesetzgeber gewesen sein möge, nach dem klaren und unbedingten Wortlaute von § 147 des Strafgesetzes die Inhaber aller Bordelle, auch der polizeilich genehmigten, der Kuppelei schuldig seien. In der Praxis begann nun das holdeste Durcheinander auf diesem unholden Gebiete: je nach Gelegenheit und Laune des Polizeistaats wurden die Bordelle geschlossen oder geduldet, wurden ihre Inhaber ins Gefängniß gesteckt und für ehrlos erklärt oder aber ganz unbehelligt gelassen.

Kam das neue deutsche Reich und das neue deutsche Strafgesetzbuch. Die bürgerlichen Parteien des Reichstags wußten sowohl, welche Folgen die Feigheit des preußischen Landtags von 1851 gehabt hatte, als auch kannten sie die größere Ehrlichkeit der bisherigen bayerischen, hamburgischen, sächsischen 2c. Gesetzgebung in diesem Punkte. Das hinderte sie aber keineswegs, die preußische Landrathskammer an Feigheit noch zu überbieten. Ein von sämmtlichen Aerzten des Hauses eingebrachter Antrag auf eine, gleichviel ob richtige oder unrichtige, aber jedenfalls klare, gesetzliche Regelung der Materie wurde mit den bekannten Coulissenmittelchen heimlich beseitigt; dann nahm der Reichstag ohne jede Debatte, um nicht an „allerhöchster Stelle" irgendwie anzustoßen, die §§ 146 und 147 des preußischen Strafgesetzbuchs in das deutsche Strafgesetzbuch hinüber. Nur daß sie nicht mehr neben einander gestellt, sondern durch einen weiten Zwischenraum getrennt wurden, wodurch sich das in ihnen enthaltene Trugbild noch mehr verschleierte. § 147 wurde § 180, § 146 aber wurde in § 361 mit untergebracht.

Nach dieser herrlichen Leistung bürgerlicher Gesetzgebung entwickelte sich dasselbe Tohuwabohu, welches von 1850—70 im preußischen Staate getobt hatte, auf größerer Stufenleiter nun auch im deutschen Reiche. Schon im Jahre 1871 wandte sich ein bei Hamburg wohnhaftes Ehepaar, Inhaber einer

sogenannten „christlichen Herberge,“ an die Hamburgische Staatsanwaltschaft um strafrechtliche Verfolgung einiger in ihrer Nähe wohnhafter Inhaber von Bordellwirthschaften, wurde aber mit diesem Gesuche von sämmtlichen Hamburgischen Instanzen, Staatsanwaltschaft, Senat und Anklagekammer des Obergerichts, abgewiesen. Die Beschwerdeführer richteten darauf eine Eingabe an sechzehn deutsche Hochschulen, von denen zwölf (Berlin, Erlangen, Freiburg, Göttingen, Halle, Heidelberg, Leipzig, Marburg, Rostock, Straßburg, Tübingen und Würzburg) die Frage, ob das deutsche Strafgesetzbuch polizeilich genehmigte Bordelle zuließe, verneinten, während vier (Bonn, Kiel, Jena und München) diese Frage bejahten. Die betreffenden Rechtsgutachten, welche interessante Einblicke in die Geheimnisse bürgerlicher Gesetzgebung und Rechtsprechung gewähren, sind gesammelt in der 1877 erschienenen Schrift: „Aktenstücke einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem deutschen Reichskanzleramte und dem Senate von Hamburg mit Rechtsgutachten von sechzehn deutschen Universitäten.“ Gestützt auf die Mehrzahl dieser Gutachten ersuchte der Bundesrath im Juni 1876 den Senat von Hamburg, „wegen Abschaffung der daselbst bestehenden Bordelle das Geeignete zu verfügen.“

Es war ungefähr um die Zeit, als die Parole ausgegeben wurde von der „Religion,“ die dem „Volke erhalten werden müßte.“ Gerichte und Polizeibehörden boten die äußerste Dampfkraft auf, die Prostitution auszurotten bis auf die letzte Spur. Das Reichsgericht in Leipzig verbaute der Kuppelei auch das kleinste Schlupfwinkelchen. Es ging im Jahre 1885 sogar so weit, eine der berühmtesten und gefeiertsten Gestalten der deutschen Dichtung, nämlich Immermann's Hofschützen, für einen zuchthauswürdigen Kuppler zu erklären. Man entsinnt sich aus dem Münchhausen der Szene, in welcher Oswald im Hause des Hofschützen sein Gewehr sucht, dabei in die Schlafkammer der Tochter vom Hause geräth und eine „unzweideutige Gruppe“ entdeckt, über welche ihn der Bräutigam dahin aufklärt: „Das müssen Sie nicht für übelnehmen, denn das zweite Aufgebot ist gewesen und nächsten Donnerstag ist Hochzeit, und wenn es soweit ist, fragt der Pastor oder der eigene Vater nichts darnach; diese Nacht wird bei uns Korn gesackt und so mußte ich meine Braut zu Nachmittage besuchen.“ Immermann aber, der bekanntlich auch ein strammer Jurist war, läßt seinen Oswald fröhlich zum Walde eilen und dabei philosophiren: „Ist der Bursch aus Unenthaltsamkeit vor der Zeit in sein Recht getreten? Gewiß nicht. Es ist so Herkommen, lieblicher, lustiger Brauch, und sein Mädchen würde sich vielleicht für verachtet halten, wenn er ihn nicht mitmachte.“ Nun wohl, die Duldung dieses „lieblichen, lustigen Brauchs,“ dem bekanntlich auch Luther gehuldigt hat, indem er gleich nach der Verlobung mit Katharina v. Bora sein Beilager hielt, erklärte der dritte Senat des Reichsgerichts im Jahre 1885 für Kuppelei. Er verkündete den Rechtssatz: „Eltern, welche (derartigen) Vorschub leisten, werden dadurch nicht entschuldigt, daß der Vollzug der Heirath nahe bevorsteht und die Volkssitte angeblich in einem solchen Verkehre nichts Ungehöriges findet.“ Solche Vorschubleistung liege auch ohne positives Thun schon in Gewährung von Gelegenheit durch ungestörtes Alleinlassen der Liebenden bei entsprechender Einrichtung des Orts der Zusammenkunft und bei Kenntniß des Umstands, daß sich solche Dinge voraussichtlich dort ereignen würden. Die betreffenden Eltern, also in dem Immermann'schen Falle der Hofschütze, unterlägen den §§ 180 und 181 des Strafgesetzes; sie müßten mit Zuchthaus von mindestens einem bis zu fünf Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden; auch könne die Polizeiaufsicht über sie verhängt werden. Man wird

anerkennen, daß mit dieser Entscheidung des Reichsgerichts die denkbar äußersten Grenzen des Kuppelei-Paragraphen erreicht sind.

Ebenso bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit verfolgte die Polizei die Prostituirten, jene unglücklichen Opfer der Gesellschaft, von denen die Münchener Universität in ihrem erwähnten Rechtsgutachten sagt, daß sie mehr zu beklagen, als zu verdammen seien. Die Tanzsäle und Weinkeller, welche ihnen Unterschlupf gewährten, wurden auf die Polizeistunde gesetzt oder durch die Entziehung der Konzession ganz geschlossen; Hausbesitzer, welche ihnen Wohnungen vermietheten, wurden wegen Kuppelei denunzirt, angeklagt und auch verurtheilt. Es blieben ihnen nur zwei Schlupfwinkel, in welche der Arm der Polizei nicht reichte: der Schooß der bürgerlichen Familie und — in beschränktem Maße — die offene Straße. Hören wir über den ersten Punkt eine sehr christliche Quelle, eine von dem „Zentralausschusse für innere Mission“ verfaßte Denkschrift, in welcher es heißt: „Die gegenwärtigen Bordelle unterscheiden sich von den früheren nur dadurch, daß sie inmitten des bürgerlichen Verkehrs, unter demselben Dache und Wand an Wand mit dem Familienleben der Bevölkerung sich befinden und von keinem Reglement belästigt sind, ohne daß die Behörde die Möglichkeit oder ein Recht hätte, das zu hindern.“ Und was die offene Straße anbetrifft, so vermag die Polizei dieselbe den Prostituirten zwar bis zu einem gewissen Grade, aber nicht völlig zu versperren; in dem Kampfe um den — neben der bürgerlichen Familie — letzten Zufluchtsort hat sich das Zuhälterthum als eine Sauvegarde der Prostitution gegen die Polizei zu jener abschreckenden Ausdehnung entwickelt, welche in dem Mordprozesse Heinze zu Tage getreten ist.

Soweit war die geschichtliche Entwicklung gediehen, als der königliche Erlaß vom 22. v. M. erschien. Nachdem die Gerichte und die Polizei mit ihrem halbhundertjährigen Kampfe gegen die „gemeine Gefahr für Staat und Gesellschaft“ nichts anderes erzielt haben, als die Erkenntniß, daß sie diese Gefahr unmöglich überwinden können, so sehr sie mit ihrer äußersten Kraft bis an die äußersten Grenzen des Möglichen gegangen sind, treibt der Erlaß die Gerichte und die Polizei von Neuem an, das Unmögliche gleichwohl möglich zu machen. Er ist in der That nichts anderes als die zweite Auflage der Kabinetsordre von 1843.

Unter diesem Gesichtspunkte begreift sich zweierlei sehr leicht. Erstens, daß keiner der Minister, von denen jeder die Akten studirt haben dürfte, den Erlaß gegengezeichnet hat. Zweitens aber, daß die bürgerliche Presse die königliche Kundgebung trotz allem sonstigen Byzantinismus mit sehr unwirscher Laune erörtert. Die Prostitutionsskandale der letzten Zeit hatten sie gar sehr erschreckt, und sie war eben daran, zwar nicht die Prostitution, welche sie klug genug ist, als ein unveräußerliches Erbtheil der „besten aller Welten“ zu erkennen, aber doch den Skandalen durch die Einführung von Bordellen ein Ziel zu setzen. Darin waren alle die ehrbaren Blätter einig, von der altjungferlichen „Vossischen Zeitung“ bis zur zimperlichen „National-Zeitung“ und dem frommen „Konservativen Wochenblatt.“ Nur einige Organe des „christlichen Staates“ auf der äußersten Rechten schlossen sich dieser Agitation nicht an, und auf der Linken nicht Herr Eugen Richter, der in der „Kasernirung der Prostitution“ unklaren Staatssozialismus wittert und auch die gewerbsmäßige Hurerei nach den ewigen Prinzipien von St. Manchester betrieben haben will. Aber sonst sind die bürgerlichen Preßorgane in ihrer Sehnsucht nach Bordellen einig, und ferner sind sie in altgewohnter Heuchelei auch darin einig, daß sie die gesetzliche Befriedigung ihrer Sehnsucht vermieden wissen und wenn möglich die Mogeleien von 1851 und 1871 mit besserem Erfolge wiederholen wollen. Sie verriethen die tiefsten

Geheimnisse ihrer Herzen, als sie urplötzlich die Nachricht aufbrachten, die hiesige Polizei gedenke „binnen kürzester Frist“ Bordelle zu konzessioniren. Leider hatte der Humbug sehr kurze Beine; in seinem Kampfe gegen die Prostitution hat das Reichsgericht die von ihm beliebte Auslegung des Kuppeleiparagraphen so niet- und nagelfest gemacht, daß jede Polizeibehörde, welche Bordelle konzessioniren wollte, sofort wegen Kuppelei belangt werden müßte. Kaum hatte die bürgerliche Presse diese schwierige Lage erkannt, als der königliche Erlaß sie des Weiteren belehrte, daß selbst die gesetzliche Anerkennung des Bordellwesens nicht ohne einen ernsthaften, politischen Kampf mit der Krone zu erreichen ist. Man kann den Ingrimm der bürgerlichen Presse daran ermessen, daß einzelne ihrer Organe sogar auf die verzweifelte Behauptung verfielen, der königliche Erlaß steuere auch auf Bordelle los und verschweige sein Endziel nur, weil sein Urheber, nachdem er so oft den Bau von Kirchen empfohlen habe, nicht auch den Bau von Bordellen empfehlen könne. Diese Finte starb schon im Augenblicke ihrer Geburt an ihrer Lächerlichkeit. Man mag über den königlichen Erlaß denken, wie man will, und wir haben ihn grundsätzlicher kritisirt, als irgend ein bürgerliches Blatt ihn benörgelt hat, aber so viel ist klar: er ist einem ehrlichen Glauben an den „christlichen Staat“ entflossen und wer diesen Glauben hat, darf niemals, und wird auch schwerlich jemals mit der Prostitution paktiren.

Es muß abgewartet werden, ob die bürgerlichen Klassen, was sie im Kampfe für die Freiheiten und Rechte der Nation stets vermissen ließen, nunmehr bewähren werden: nämlich Konsequenz und Courage im Kampfe für — Bordelle. Der Kampf selbst ist natürlich durchaus ein Internum der heutigen Gesellschaft; wer zu der sozialwissenschaftlichen Erkenntniß gelangt ist, daß es nur ein Heilmittel gegen die Prostitution und das Zuhälterthum giebt: nämlich die Beseitigung der Gesellschaft, deren Sumpfboden jene Sumpfpflanzen unerschöpflich neu erzeugt, kann in dem ganzen Streite einzig die Rolle des Zuschauers übernehmen.

Zu Hegel's sechzigstem Todestag.

Von **G. Plechanow.**

Vor sechzig Jahren, am 14. November 1831, verstarb ein Mann, dem unstreitig und für immerdar einer der hervorragendsten Plätze in der Geschichte des menschlichen Gedankens gesichert ist. Unter den Wissenschaften, welche die Franzosen „sciences morales et politiques“ nennen, giebt es keine einzige, die nicht vom Genie Hegel's in mächtiger und höchst fruchtbarer Weise beeinflußt worden wäre. Die Dialektik, die Logik, die Geschichte, das Recht, die Aesthetik, die Geschichte der Philosophie und Religion, — alle diese Wissenschaften haben eine neue Gestalt angenommen, dank dem Anstoß, den ihnen Hegel gegeben hat. Die Hegel'sche Philosophie hat den Geist solcher Männer großgezogen und gestählt, wie David Strauß, Bruno Bauer, Feuerbach, Vischer, Gans, F. Lassalle und endlich Engels und Marx. — Schon bei Lebzeiten war Hegel ein in der ganzen zivilisirten Welt gefeierter Denker. Nach seinem Tode, im Zeitraum zwischen den dreißiger und vierziger Jahren, nahm der fast allgemeine Enthusiasmus für seine Philosophie noch viel großartigere Dimensionen an. Darauf aber trat eine jähe Reaktion ein. Man begann Hegel so zu behandeln, wie — um mit Marx zu reden — „der brave Mendelssohn zu Lessing's Zeit den Spinoza behandelt hat, nämlich als ‚todten Hund‘.“ Das Interesse für

seine Philosophie ist in den „gebildeten" Kreisen gänzlich verschwunden, und auch in der gelehrten Welt hat es so sehr abgenommen, daß Keiner der Philosophen von Fach bis auf den heutigen Tag auch nur daran gedacht hat, den bleibenden Werth der Hegel'schen Philosophie in den verschiedenen, von ihm behandelten Disziplinen festzustellen. Woraus diese Erscheinung zu erklären ist, werden wir theilweise weiter unten sehen; an dieser Stelle wollen wir nur bemerken, daß in nicht ferner Zukunft das Interesse für die Hegel'sche Philosophie wiedererwachen dürfte, namentlich für dessen Philosophie der Geschichte. Die großartigen Erfolge der Sozialdemokratie nöthigen die sogenannten gebildeten Klassen, die sozialdemokratischen Lehren und deren historischen Ursprung kennen zu lernen. Haben sie aber einmal angefangen, sich mit diesen ihnen allerdings wenig angenehmen Studien zu beschäftigen, so werden sie sehr bald und geraden Weges bei — Hegel anlangen müssen, der sich somit als ein für die „öffentliche Ruhe" höchst gefährlicher Denker herausstellt. Aus diesem Grunde läßt sich mit Bestimmtheit voraussagen, daß die „gelehrten" Apologeten der bestehenden Ordnung mit großem Eifer an eine abermalige „kritische Durchsicht" der Hegel'schen Philosophie gehen werden, daß mancher Doktorhut und Prämien aller Art werden erlangt werden im Kampfe gegen die „Extreme" und die logische „Willkür" des seligen Professors.

Freilich wird bei einer, durch derartige Motive ins Leben gerufenen „kritischen Durchsicht" die Wissenschaft kaum etwas anderes gewinnen, als daß die Apologeten der bürgerlichen Ordnung von Neuem und auf einem neuen Gebiet ihre eigene Haltlosigkeit ebenso klar offenbaren werden, wie dies bereits auf dem Gebiet der politischen Oekonomie der Fall. Indeß wird das Wiedererwachen des Interesses für die Hegel'sche Philosophie schon insofern von Nutzen sein, als sich dadurch unbefangene Leute veranlaßt sehen dürften, die Hegel'schen Werke selbst kennen zu lernen, — was freilich keine leichte, aber sehr nützliche Arbeit sein würde. Wer wirklich lernen will, kann von Hegel viel lernen.

* * *

Im vorliegenden Artikel wollen wir den Versuch machen, die geschichtsphilosophischen Ansichten des großen deutschen Denkers zu würdigen. In Kurzem ist dies zwar bereits mit Meisterhand ausgeführt in den vortrefflichen Artikeln von Engels: „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der deutschen klassischen Philosophie," die zuerst in der „Neuen Zeit" und dann als Separatabdruck erschienen. Wir glauben jedoch, daß die erwähnten Ansichten Hegel's einer eingehenderen Behandlung nicht unwerth sind.

Die Bedeutung Hegel's für die Gesellschaftswissenschaft besteht vor Allem darin, daß er alle gesellschaftlichen Erscheinungen in ihrer Entwicklung, das heißt in ihrem Entstehen und Vergehen betrachtete. Mancher dürfte vielleicht finden, dies sei kein so großes Verdienst, da man ja offenbar die gesellschaftlichen Erscheinungen gar nicht anders betrachten könne. Allein, erstens ist dieser Standpunkt, wie wir später sehen werden, von vielen derjenigen, die sich „Evolutionisten" nennen, noch bisher nicht entfernt begriffen worden; und zweitens war zu Hegel's Zeit dieser Standpunkt den Gelehrten, die sich mit den sozialen Wissenschaften befaßten, noch viel fremder als heutzutage. Es genügt hierfür, auf die damaligen utopistischen Sozialisten und die bürgerlichen Oekonomen hinzuweisen. Die Utopisten betrachteten die bürgerliche Ordnung als ein sehr schädliches, aber zufälliges Produkt der menschlichen Verirrung. Und auch den Oekonomen, die dieselbe bewunderten und ihre Vorzüglichkeit nicht genug loben konnten, erschien

sie lediglich als das Produkt der zufälliger Weise entdeckten Wahrheit. Weder die Einen noch die Anderen gingen über diese abstrakte Gegenüberstellung von Wahrheit und Irrthum hinaus, obwohl in den Lehren der Utopisten allerdings Ansätze zu einer richtigeren Auffassung der Dinge bereits enthalten waren. Für Hegel dagegen war eine derartige abstrakte Gegenüberstellung von Wahrheit und Irrthum eine derjenigen Absurditäten, in die „der reflektirende Verstand“ so häufig verfällt. J. B. Say hielt das Studium der Geschichte der politischen Oekonomie für nutzlos, weil sämmtliche Oekonomen bis auf Adam Smith falsche Theorien gepredigt hätten. Für Hegel dagegen war jede zu einer bestimmten Zeit überwundene Philosophie — wahr für ihre eigene Zeit, und schon aus diesem Grunde allein konnte er nicht die früheren philosophischen Systeme ohne Weiteres in die Rumpelkammer werfen. Im Gegentheil, für ihn ist „die der Zeit nach letzte Philosophie das Resultat aller vorhergehenden Philosophien und muß daher die Prinzipien Aller enthalten (Enzyklopädie, § 13). Freilich lag bei Hegel dieser Auffassung der Geschichte der Philosophie die rein idealistische Erwägung zu Grunde, daß „der Werkmeister dieser Arbeit (nämlich der philosophischen Gedankenarbeit, — G. P.) der Eine lebendige Geist ist, dessen denkende Natur es ist, das, was er ist, zu seinem Bewußtsein zu bringen, und indem dies so Gegenstand geworden, zugleich schon darüber erhoben und eine höhere Stufe in sich zu sein“ (Ibid.). Indeß wird auch der konsequenteste Materialist mit Hegel darin übereinstimmen müssen, daß jedes philosophische System nichts weiter ist, als „seine Zeit in Gedanken erfaßt.“ *) Und wenn wir, um auf die Geschichte der politischen Oekonomie zurückzukommen, uns die Frage vorlegen, unter welchem Gesichtspunkte wir dieselbe heutzutage zu betrachten haben, so werden wir sofort merken, wie sehr wir der Hegel'schen Auffassung näher stehen als der Say'schen. — Vom Standpunkt Say's, das heißt vom Standpunkt des abstrakten Gegensatzes zwischen Wahrheit und Irrthum, mußte zum Beispiel das Merkantilsystem oder sogar das System der Physiokraten lediglich als eine den Menschen zufällig in den Kopf gekommene Absurdität erscheinen, und diese Systeme wurden auch wirklich so betrachtet. Wir wissen aber jetzt, wie sehr jedes der genannten Systeme das nothwendige Produkt seiner Zeit war.**)

Und nicht nur die Philosophie allein, sondern auch die Religion und das Recht betrachtet Hegel als das natürliche und nothwendige Produkt der jeweiligen

---

*) Freilich kann die Philosophie sein, und ist auch fast immer, die Rückspiegelung nur einer gewissen Seite ihrer Zeit. Dies ändert aber an der Sache nichts.

**) „Wenn das Monetar- und Merkantilsystem den Welthandel und die unmittelbar in den Welthandel mündenden besonderen Zweige der nationalen Arbeit als die einzig wahren Quellen von Reichthum oder Geld auszeichnet, ist zu erwägen, daß in jener Epoche der größte Theil der nationalen Produktion sich noch in feudalen Formen bewegte und als unmittelbare Subsistenzquellen den Produzenten selbst diente. Die Produkte verwandelten sich großentheils nicht in Waaren und daher nicht in Geld, gingen überhaupt nicht in den allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsel ein, erschienen daher nicht als Vergegenständlichung der allgemeinen abstrakten Arbeit und bildeten in der That keinen bürgerlichen Reichthum. . . . Wie es der Vorstufe der bürgerlichen Produktion entsprach, hielten jene verkannten Propheten an der gediegenen, handgreiflichen und glänzenden Form des Tauschwerthes fest, an seiner Form als allgemeine Waare im Gegensatz zu allen besonderen Waaren.“ Karl Marx, Zur Kritik der politischen Oekonomie, S. 138—139. — Den Streit der Physiokraten mit ihren Gegnern bezeichnet Marx als einen Streit darüber, „welche Arbeit den Mehrwerth schafft“ (Ibid. S. 35). Nicht wahr, eine höchst „zeitgemäße“ Frage für die Bourgeoisie, die damals im Begriff stand, „Alles“ zu werden?

Zeit. Und zwar sind für Hegel Philosophie, Recht, Religion, Kunst und selbst technische Geschicklichkeit aufs Engste mit einander verbunden: „Nur mit dieser Religion kann diese Staatsform vorhanden sein, so wie in diesem Staate nur diese Philosophie und diese Kunst.“*) Auch das könnte freilich auf den ersten Blick als etwas ganz Gemeinplätzliches erscheinen: „Wer weiß denn nicht, wie eng alle Seiten und Erscheinungen des öffentlichen Lebens miteinander verbunden sind? Heutzutage ist das jedem Schüler bekannt!“ Allein Hegel faßte diesen gegenseitigen Zusammenhang der verschiedenen Seiten und Erscheinungen des öffentlichen Lebens ganz anders auf, als wie viele „gebildete“ Männer und Schüler von heutzutage. Diesen erscheint jener Zusammenhang als eine bloße Wechselwirkung, wobei erstens das Wesen dieser Wechselwirkung selbst ganz und gar unaufgeklärt bleibt, und zweitens — was die Hauptsache ist — ganz außer Acht gelassen wird, daß es doch unbedingt eine einzige gemeinsame Quelle geben muß, aus der all' diese in Wechselwirkung stehenden Seiten und Erscheinungen entspringen. Dieses System der Wechselwirkungen stellt sich also heraus als etwas jeder Grundlage Entbehrendes, in der Luft Hängendes. Das Recht wirkt auf die Religion ein, die Religion auf das Recht, jedes der beiden und beide zusammen auf die Philosophie und die Kunst, welch' letztere ihrerseits, auf einander einwirkend, zugleich auch auf das Recht und die Religion einwirken u. s. f. So lautet die allerdings wirklich allgemein bekannte Elementarschulweisheit. Gesetzt nun einmal, daß wir für jede gegebene Epoche mit dieser Auffassung auskommen könnten, so hätten wir dennoch die weitere Frage zu lösen, wodurch die historische Entwicklung der Religion, der Philosophie, der Kunst, des Rechts u. s. f. bis auf die gegebene historische Epoche bestimmt wurde. — Diese Frage wird gewöhnlich wiederum mit dem Hinweis auf die bekannten Wechselwirkungen beantwortet, so daß diese Erklärungsweise schließlich jedweden Sinn verliert; oder es werden auch irgend welche zufällige Ursachen angeführt, die diese oder jene Seite des öffentlichen Lebens beeinflußt hätten, die aber miteinander in keinem Zusammenhange stehen; oder endlich wird die ganze Sache auf die subjektive Logik der Menschen zurückgeführt: so heißt es zum Beispiel, das philosophische System Fichte's sei logisch aus demjenigen Kant's entsprungen, die Philosophie Schelling's ebenfalls logisch aus derjenigen Fichte's, und die Hegel'sche Philosophie aus der Schelling'schen. Ebenso „logisch“ wird die Aufeinanderfolge verschiedener Schulen in der Kunst erklärt. Darin ist freilich unleugbar ein Körnchen Wahrheit enthalten, leider aber kann dadurch gar nichts erklärt werden. Es ist ja bekannt, daß der Uebergang von einem philosophischen System zum anderen oder von einer Kunstrichtung zur anderen in manchen Fällen sich sehr rasch, im Laufe einiger Jahre vollzieht, in anderen Fällen dagegen erst im Laufe mehrerer Jahrhunderte. Woher nun dieser Unterschied? Die logische Filiation der Ideen bietet dafür gar keine Erklärung, und ebenso wenig kann uns dabei helfen die „allgemein bekannte“ Elementarschulweisheit mit ihrer Berufung auf die „Wechselwirkungen“ und auf zufällige Ursachen. Die „Gebildeten“ aber lassen sich dadurch nicht irre machen. Sie begnügen sich damit, in selbstgefälliger Weise manch' tiefsinnig klingendes Wort über die das öffentliche Leben beherrschenden Wechselwirkungen zum Besten zu geben, und hören gerade da zu denken auf, wo das streng wissenschaftliche Denken eigentlich erst einzusetzen hat. Hegel war von solchem Tiefsinn himmelweit entfernt: „Bleibt man dabei stehen,“ — bemerkt er — „einen gegebenen Inhalt blos unter dem Gesichtspunkt der Wechsel-

*) Philosophie der Geschichte. Dritte Auflage, Berlin 1848. Einleitung, S. 66.

wirkung zu betrachten, so ist dies . . . . ein durchaus begriffloses Verhalten; man hat es dann blos mit einer trockenen Thatsache zu thun und die Forderung der Vermittlung, um die es sich zunächst bei der Anwendung des Kausalverhältnisses handelt, bleibt wieder unbefriedigt. Das Ungenügende der Betrachtung bei der Anwendung des Verhältnisses der Wechselwirkung besteht, näher betrachtet, darin, daß dies Verhältniß, anstatt als ein Aequivalent für den Begriff gelten zu können, vielmehr selbst erst begriffen sein will, und dies geschieht dadurch, daß die beiden Seiten desselben nicht als ein unmittelbar Gegebenes belassen, sondern.... als Momente eines Dritten, Höheren, erkannt werden . . . ."*) Das heißt, wenn es sich um verschiedene Seiten des öffentlichen Lebens handelt, müssen wir, ohne bei dem Hinweis auf die Wechselwirkungen stehen zu bleiben, vielmehr sie aus etwas Drittem, „Höherem" zu erklären suchen, aus dem, was ihre Existenz selbst und folglich auch die Möglichkeit der Wechselwirkungen bedingt.

Wo muß nun dies „Dritte, Höhere" gesucht werden? Hegel sucht es in den Eigenschaften des Volksgeistes. Für Hegel ist die Weltgeschichte weiter nichts als die Auslegung und Verwirklichung des allgemeinen Geistes. Die Bewegung des allgemeinen Geistes geht stufenweise vor sich. „Jede Stufe als verschieden von der anderen hat ihr bestimmtes eigenthümliches Prinzip. Solches Prinzip ist in der Geschichte Bestimmtheit des Geistes — ein besonderer Volksgeist. In dieser drückt er als konkret alle Seiten seines Bewußtseins und Wollens, seiner ganzen Wirklichkeit aus; sie ist das gemeinschaftliche Gepräge seiner Religion, seiner politischen Verfassung, seiner Sittlichkeit, seines Rechtssystems, seiner Sitten, auch seiner Wissenschaft, Kunst und technischen Geschicklichkeit. Diese speziellen Eigenthümlichkeiten sind aus jener allgemeinen Eigenthümlichkeit, dem besonderen Prinzipe eines Volkes zu verstehen, sowie umgekehrt aus dem in der Geschichte vorliegenden faktischen Detail jenes Allgemeine der Besonderheit herauszufinden ist."**)

Nichts leichter als die Entdeckung zu machen, daß die angeführte Anschauung Hegel's von der Weltgeschichte vom reinsten Idealismus durchdrungen ist. Das fällt einem Jeden in die Augen, selbst Demjenigen, der — wie der berühmte russische Schriftsteller Gogol sagen würde — am Seminarium nicht studirt hat. Ebenso leicht ist es, die Kritik der Hegel'schen Geschichtsphilosophie auf ein verächtliches Achselzucken ob deren extremem Idealismus zu beschränken. Und in der That, so verfahren auch mitunter Leute, die selbst zu keinem konsequenten Denken fähig, Leute, die mit den Materialisten unzufrieden, weil diese Materialisten sind, und mit den Idealisten unzufrieden, weil diese Idealisten sind, dafür aber mit sich selbst ungemein zufrieden sind, weil ihre eigene Weltanschauung angeblich von allen Extremen frei ist, während diese in Wirklichkeit blos einen ganz und gar unverdauten und unverdaulichen Mischmasch von Idealismus und Materialismus darstellt. Die Hegel'sche Philosophie zeichnet sich jedenfalls durch den unbestreitbaren Vorzug aus, keine Spur von Eklektizismus zu enthalten. Und wenn ihre irrthümliche, idealistische Grundlage sich wirklich allzu häufig fühlbar macht, wenn sie der Bewegung des genialen Gedankens des großen Mannes allzu enge Schranken setzt, so erwächst für uns gerade aus diesem Umstand die Nothwendigkeit, der Hegel'schen Philosophie die größte Aufmerksamkeit zu schenken, — gerade dieser Umstand macht sie im höchsten Grade lehrreich. Die idealistische Philosophie Hegel's liefert selbst den besten, den unwiderleglichsten Beweis für die Haltlosigkeit des Idealismus. Zugleich aber lehrt sie uns auch konsequent denken: wer

---

*) Enzyklopädie, § 156, Zusatz.
**) Philosophie der Geschichte, Einleitung, S. 79.

liebevoll und aufmerksam die harte Schule derselben durchmacht, wird für immer einen heilsamen Ekel vor dem eklektischen Mischmasch bekommen.

Wenn wir jetzt wissen, daß die Weltgeschichte keineswegs „die Auslegung und Verwirklichung des allgemeinen Geistes" ist, so folgt daraus mit Nichten, daß wir uns mit den so sehr üblichen Raisonnements begnügen können, wonach die politische Verfassung eines Volkes auf seine Sitten einwirkt und diese ihrerseits auf die Verfassung einwirken. Vielmehr müssen wir mit Hegel darin übereinstimmen, daß sowohl die Sitten wie die Verfassung aus einer einzigen gemeinsamen Quelle entspringen. Welches aber diese Quelle ist, das lehrt uns die moderne materialistische Geschichtsauffassung, die — beiläufig gesagt — von den Herren Eklektikern ebenso schwer begriffen werden kann, wie ihr Gegenpol, die Hegel'sche idealistische Auffassung. (Fortsetzung folgt.)

Fröbel's Memoiren.

Im Monat Mai des Jahres 1859 kehrte ein Deutscher von London nach seiner Heimath zurück. Beim Passiren der preußischen Grenze bemerkte er, daß der die Papiere der Reisenden visirende Beamte seinen Paß zu unterst des ganzen Stoßes legte, er machte sich schon auf eine Zurückweisung oder selbst noch Unangenehmeres gefaßt. Man ließ ihn indeß unangefochten, der Polizist aber brummte einem Kollegen ins Ohr: „Erst ist man froh, ihrer los zu sein, dann läßt man sie wieder herein."

Diese unwillige Aeußerung galt Julius Fröbel, der in Zürich als radikaler Professor und als Leiter des „Literarischen Komptoirs," bei dem die Gedichte Hoffmann's von Fallersleben, Prutz' und Herwegh's und andere Brandschriften erschienen, endlich als Redakteur des „Republikaner" den Schrecken der konservativen Schweizer erregt hatte. Er war, nachdem sein buchhändlerisches Unternehmen gescheitert, nach Dresden übergesiedelt und 1848 in das Frankfurter Parlament gewählt und von der Fraktion der Linken mit Robert Blum nach Wien entsandt worden.

Blum hatte einmal, als die Sprache auf seinen Wuchs, den kurzen, dicken Hals und die breite gewölbte Brust kam, scherzhaft bemerkt: „Ja, schlecht zu köpfen, gut zu erschießen!" Auf der Brigittenau streckte ihn auch richtig die Kugel der österreichischen Soldaten in den Sand. Fröbel, der bei Zeiten der revolutionären Insignien sich entledigt hatte, ward gleichfalls zum Tode verurtheilt, aber von Windischgrätz begnadigt; eine kleine Schrift, die Fröbel kurz zuvor veröffentlicht — „Wien, Deutschland und Europa" — soll diese Wunder bewirkt haben.

Als die deutsche Revolution verloren war, mußte Fröbel Deutschland verlassen, und da es mit der Sache, der er gedient, für einmal zu Ende war, verließ er auch diese. In Amerika drüben wurde er vollends „praktisch" und als er nach zehn Jahren wieder europäischen Boden unter den Füßen hatte, beschloß er der Weltklugheit die Ehre zu geben und es mit den Siegern zu probiren.

Während Lothar Bucher aus dem Exil zur schwarz-weißen Fahne eilte, entschied sich Fröbel für das schwarz-gelbe Panier, ward der Offiziöse Schmerling's, kündete dann sein Dienstverhältniß an der blauen Donau, „weihte" seine Feder zu demselben Tarife den Interessen Württembergs, vertauschte hierauf

die schwäbische Residenz mit der bayerischen, gründete unter allerhöchster Beihilfe die „Süddeutsche Presse," verkaufte das Reptilchen und überschritt nach 1870 die Mainlinie nordwärts, um den Lohn des Gerechten zu empfangen! Er wurde kaiserlich-deutscher Konsul, erst in Smyrna, dann in Algier. Unlängst hat er den Posten in Algier aufgegeben und der fünfundachtzigjährige Greis rastet nun von seinen Wanderungen und Wandelungen in Zürich, wo er einst zuerst die politischen Flügel geregt....

Am nordafrikanischen Gestade legte sich der Konsul seine Erinnerungen zurecht und schrieb ein voluminöses Werk: „Ein Lebenslauf" (Stuttgart, Cotta'scher Verlag), dessen zweite Hälfte kürzlich ausgegeben wurde.

Die Verfasser von Memoiren haben das natürliche Bestreben, mehr Licht als Schatten ihren Blättern zuzuwenden, sie schreiben ihre Rechtfertigung, sind ihre Anwälte und plädiren, wo eine Freisprechung sich unmöglich erweist, für die Annahme mildernder Umstände. Daß Fröbel, dem das Wort in den Mund gelegt worden ist: „Ich verkaufe mich nie einer Partei, sondern nur einer Regierung," sich gehörig anstrengt, darzuthun, daß seine Einfahrt in den Hafen der Reaktion nicht aus feiler Grundsatzlosigkeit geschah, sondern die Folge innerer Entwicklung war, ist zu begreifen. Man begreift auch wohl, daß klare, energische Geister unwillig und empört, ja mit Ekel von einer Bewegung sich trennten, die von der freisinnigen Phrasenspritze gleich zu Anfang unter Wasser gesetzt worden war; doch aller Jammer und alle Misère im eigenen Lager entschuldigt den Uebergang zum Feinde nicht. Es wirkt unendlich peinlich, zu sehen, wie die Redseligkeit des Alten und ein gewisser Galgenhumor zusammen sich mühen, unreinlichen Dingen die Farbe harmloser Unschuld beizubringen, und der oft wiederkehrende Hin- und Nachweis, daß Andere es minder nobel getrieben, vermögen den Eindruck kaum abzuschwächen.

An instruktiven Partien fehlt es übrigens dem Buche nicht; wer die politischen Intriguen in Süddeutschland und Oesterreich vor und während des Jahres 1866 verfolgen will, findet reiche Ausbeute, die auch der Historiker zu Rathe ziehen wird. Fröbel hat sich viel in maßgebenden Kreisen bewegt, bei den diplomatischen Eiertänzen selber mitgewirkt, eine Menge interessanter, abenteuernder und anrüchiger Persönlichkeiten kennen gelernt und manche Heimlichkeit erfahren, die er nun mit Behagen auftischt; sein anekdotischer Kram ist bunt. Immerhin verleugnet er jene Vorsicht, die ihn früher schon ausgezeichnet, nicht; er plaudert maliziös und rächt sich auch zuweilen, vermeidet aber starke Indiskretionen und begnügt sich nur, zwischen den Zeilen lesen zu lassen.

Ich habe keine Lust, Fröbel auf seinem Lebenslauf im Zickzack zu begleiten, man wird — im zweiten Bande — an gar zu viel Korruption vorbeigeschleppt; zwei nette Enthüllungen aber müssen hier doch verzeichnet werden. Von einem angesehenen Wiener Finanzmann, von Bankier Springer, will er 1862 folgenden Aufschluß erhalten haben: „Das Geld für die Unternehmungen der italienischen Revolutionspartei — die Expeditionen Garibaldi's nach Sizilien und Neapel — selbst theilweise die Mittel Cavour's sind durch großartige Spekulationen in österreichischen Papieren herbeigeschafft worden. Die Eingeweihten wußten, daß der Krieg kommen werde, da sie es waren, welche ihn machten und hatten also gut à la baisse spekuliren. In Frankfurt machte Erlanger das Geschäft für Cavour. Oesterreich hat also auch noch die Kosten der ihm zugedachten Feindseligkeiten zu tragen gehabt. Bald darauf spekulirte die Revolutionspartei abermals, doch unglücklich, daher war die Maschine stillgestanden."

„Ich will dabei doch erwähnen," fügt Fröbel bei, „daß auch ich mich einmal zu einer Intimität mit dem ungerechten Mammon verleiten ließ. Ich befand mich im Kabinett des Grafen Rechberg in dem Momente, da dieser die telegraphische Nachricht von der Verwundung und Gefangennahme Garibaldi's erhielt. Er reichte mir das Telegramm hin. Mein Weg vom Ministerium auf dem Ballplatze führte mich an der Börse vorbei, an deren Eingang der Journalist Friedrich Uhl stand, dem ich die Neuigkeit mittheilte. „Aber das erzählen Sie so ruhig," rief er, „und bedenken nicht, daß wir vor der Börse stehen." Ich lachte. „Soll ich für Sie mitspekuliren — halbpart?" fragte er. „Nur nicht hoch," antwortete ich, „einen Verlust kann ich nicht tragen." Nach zehn Minuten brachte mein Freund Uhl meinen Gewinnantheil in fünfzig Gulden. Es hätten ebenso leicht fünfhundert, ja fünfzigtausend sein können, wenn ich ein Spieler gewesen wäre. Desto leichter ist mir der Gewinn auf mein politisches Gewissen gefallen. Bei Anlaß der genannten großen Baisse-Spekulation auf Kosten Oesterreichs soll nach Springer das Gewissen eines österreichischen Ministers sich minder leicht belastet haben. Ich meinerseits kann bezeugen, daß ich außer der Summe, welche mir das Unglück Garibaldi's bei Aspromonte eingetragen, niemals aus meiner oft sehr genauen Kenntniß der Verhältnisse oder dem Einflusse meines Berufes den geringsten Gewinn erzielt oder zu erzielen versucht habe."

Fröbel befand sich 1866 in Stuttgart. Offenbar wüßte er über die damaligen Ereignisse weit mehr zu erzählen, doch was er mit der Behutsamkeit des ehemaligen Offiziösen und sicherlich still lächelnd dem Papier anvertraute, reicht in einer Hinsicht vollkommen aus, wird doch, wenngleich zum Theil verschleiert, bestätigt, was die süddeutschen Spatzen auf den Dächern pfiffen, bis das Pfeifen gefährlich wurde und — 1870 Generalpardon brachte. Da vergaßen die deutschen Biedermänner behende die eigene Schande und lästerten auf die „verkommenen" Franzosen.

Fröbel selber mag hier reden:

„Als am 10. Juli der Telegraph die Nachricht von dem Gefechte bei Kissingen brachte, sagte mir Varnbüler: „Pfordten*) hat Befehl ertheilt, unter allen Umständen eine Schlacht zu liefern, weil er sich sonst nicht halten könne. Erst hat er Nichts gethan, nun opfert er Menschen, um Minister zu bleiben." Ich zweifle indeß nicht, daß der württembergische Minister dem bayrischen tiefer in die Karten geschaut, als aus dieser sehr oberflächlichen Hindeutung zu erhellen scheint. Auch über andere sehr zweideutige Vorgänge jener Tage sprach sich Varnbüler bei dieser Gelegenheit aus. Dem Prinz Alexander von Hessen — sagte er mir — sei vom Prinzen Karl von Bayern zugemuthet worden, sich zum Zwecke einer Anstandsschlacht bei Kissingen mit den Bayern zu vereinigen, also sich schlagen zu lassen, wobei Frankfurt hätte geopfert werden sollen; der Prinz Alexander sei jedoch nicht darauf eingegangen. Weiter erklärte Varnbüler, daß er von einer Intrigue der beiden badischen Prinzen Karl und Wilhelm zu Gunsten Preußens überzeugt sei; man habe sie hinter dem Rücken Edelsheim's und wahrscheinlich auch dem des Großherzogs gespielt. Dalwigk habe dem Herrn von Edelsheim**) einen Bericht vorgelesen, bei welchem dieser vor innerer Aufregung roth geworden.

„Die Geschichte geht zuweilen schmutzige Wege. Erreicht sie ein erfreuliches Ziel, so wäscht sie sich die Stiefel und thut, als wäre

*) Von der Pfordten war 1866 Minister des Auswärtigen in Bayern. D. Red.
**) Edelsheim war badischer, Dalwigk hessischer Minister. D. Red.

sie auf dem saubersten Pfade dahin gelangt. Wir freuen uns heute dessen, was der Sommer von 1866 auf nicht ganz sauberem Wege dem Ziele näher geführt hat. Aber wenn das alte „Erkenne dich selbst“ ein Weisheitsspruch für den Einzelnen, so ist es auch ein solcher für die Nationen, und auch wir dürfen uns nicht belügen mit dem wohlgefälligen Glauben, daß es nur patriotische Tugenden gewesen, denen wir damals eine Annäherung an einen besseren nationalen Zustand zu verdanken hatten. Daß im genannten Jahre nicht nur von Bayern, sondern auch von Baden und — nur etwas anständiger — von Württemberg unter geheimem Einverständniß mit Preußen ein bloßer Scheinkrieg geführt worden ist, mit welchem haltlose Politiker ihr gebrechliches Schiff zwischen der Scylla verrätherischer Verpflichtungen und der Charybdis der öffentlichen Meinung ihrer Länder hindurch gebracht haben, ist eine historische Thatsache, die, sie mag zu noch so nützlichen Resultaten geführt haben, uns nicht zur nationalen Ehre gereicht. Eine macchiavellistische Politik mag Verräther benutzen, doch sie verachtet auch den Verräther, der ihr dient. . . .“

Oeffnen sich einmal die Archive, so werden sich eigenthümliche Aktenstücke über diese Periode finden. Aber vielleicht ist auch bereits schon ausgemustert und eben so „genial“ damit verfahren worden, wie mit den Quittungen für die Präsente aus dem Welfenfonds. d. g.

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. 1866—1876.

Von **F. A. Sorge.**

IV. Die Nationale Arbeiter-Union, politische Bewegung, Tompkins Square, Gewerkschaftsorganisationen, Achtstundenbewegung und Anderes.

Am 19. August 1867 trat der zweite Kongreß der Nationalen Arbeiter-Union in Chicago zusammen, besucht von ca. 200 Delegirten, meistens von Gewerkschaften. Der vorhergegangene erste Kongreß hatte allen „mechanics,“ gelernten Arbeitern, ausdrücklich die Bildung von Gewerkschaften empfohlen und die Bildung von einfachen Arbeiter-Unionen (Labor Unions) für alle anderen Arbeiter. Trotz dieser Begünstigung der Gewerkvereine hielten sich die älteren großen Nationalen Gewerkschaften ziemlich reservirt und der bereits mehrfach erwähnte William H. Sylvis klagt darüber, ohne zu bedenken, daß gerade seine Bemühungen, die Papiergeldfrage obenan zu stellen, bei den Gewerkschaftlern Mißtrauen und Unmuth erregten. Sylvis hatte sich, wie schon berichtet, von den Greenbacklern kapern lassen, wurde deren eifrigster Vorkämpfer und setzte es durch, daß in Chicago die Greenback-Planke in das Programm der Nationalen Arbeiter-Union aufgenommen wurde. Die Opposition dagegen war aber stark genug, um die Wahl Sylvis' zum Präsidenten zu vereiteln. Die Organisation der Nationalen Arbeiter-Union wurde nicht verbessert, die Kasse war und blieb leer. Auf Sylvis' Antrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, ein Nationales Arbeitsministerium zu begründen, nebst statistischen Bureaus, eine Forderung, deren theilweise Erfüllung beinahe 20 Jahre auf sich warten ließ. Von einer unabhängigen, selbständigen Arbeiterpartei wurde viel gesprochen, aber kein ernster Schritt dazu gethan. Die emanzipirten Neger der früheren Sklavenstaaten begannen den weißen Arbeitern Konkurrenz zu machen und als Mittel dagegen empfahl der Kongreß den Negern

Gewerkschaften zu bilden, that aber keinen Schritt, um die Organisation der Schwarzen zu befördern, sie in die Bewegung hineinzuziehen. Die Immigration und Importation billiger, bedürfnißloser Arbeiter wurde vielfach beklagt und besprochen, und beschlossen, einen Delegirten nach Europa zu senden zum Studium der Emigrationsverhältnisse und zur Anknüpfung von passenden Verbindungen. Der Delegirte wurde erwählt, konnte aber seine Reise nicht antreten, weil kein Geld in der Kasse war.

Am 21. September 1868 trat der dritte Kongreß der Nationalen Arbeiter-Union in New York zusammen. Ein heftiger Angriff auf die Greenbackplanke des Programms wurde gemacht, aber von den zungengewandten Anhängern derselben abgeschlagen. Ueber die Zulassung von Frau E. C. Stanton, der Vertreterin der Frauenstimmrechtlerinnen, entspann sich ein langer Kampf, der mit der Zulassung derselben durch eine knappe Majorität endete. Wie lose die Organisation, wie wenig zuverlässig die wirkliche Vertretung war, beweist folgendes Vorkommniß: Ein bekanntes Mitglied deutscher Arbeitervereine besuchte den Kongreß als Zuhörer und als Zuschauer, und als er den Saal verließ, folgte ihm einer der Vizepräsidenten und ersuchte ihn zu bleiben, da er ihm sofort ein Mandat als Delegirter, Sitz und Stimme verschaffen werde. William H. Sylvis wurde zum Präsidenten erwählt und eine sehr lange Programm-Auseinandersetzung der „Geldreform" angenommen, sowie Beschlüsse zu Gunsten von Kooperativ-Läden und -Werkstellen, für die Gründung von Bildungsvereinen und -Hallen, für den Bau besserer Arbeiterwohnungen (was den Kapitalisten sehr warm empfohlen wurde), und gegen die Konkurrenz von der Zuchthausarbeit. Den Arbeitslosen wurde empfohlen, sich im Westen anzusiedeln und über Frauenarbeit Folgendes gesagt: . . . „Die Annahme der in diesem Programm erläuterten Finanzpolitik durch die Nationale Regierung wird der Bedrückung der Arbeiterinnen ein Ende machen (sic!) und ist das einzige Mittel, ihnen wie den Arbeitern den gerechten Lohn für ihre Arbeit zu sichern."

Solche Sprache fand bei den organisirten Lohnarbeitern, bei den Mitgliedern der Gewerkschaften, kein Echo — zu ihrer Ehre sei's gesagt — sie erweckte Mißtrauen, welches auch die unermüdliche Thätigkeit des Präsidenten Sylvis nicht verscheuchen konnte. In einem Briefe an die New Yorker State Workingmens Assembly sagt er: „Das allergrößte Hinderniß der Arbeiter-Reformbewegung ist die Thatsache, daß die Gewerkschaften sich fern von der Bewegung halten. Dies ist nicht blos eine eigenthümliche, sondern eine sehr unliebsame Thatsache." . . . Der Kongreß hatte beschlossen, auf Grund seiner Geldreformpläne eine Arbeiter-Reformpartei zu organisiren und Sylvis sandte deshalb Zirkulare über Zirkulare im Lande umher. In dem ersten, Anfang Oktober, sprach er die Hoffnung, ja den Entschluß aus, im Jahre 1872 den Präsidenten der Vereinigten Staaten und die Mehrheit des Kongresses sowie der Staatslegislaturen von dieser Arbeiter-Reformpartei erwählt zu sehen. Im zweiten Zirkular (November 1868) schreibt er: „Es giebt ungefähr 3000 Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten. . . . Diese 3000 wohl organisirten Unionen sehen und *fühlen*, daß durch die Einführung unseres Programms . . . mehr gethan wird zur Herstellung einer billigen (fair) Lohnskala, einer gerechten Gewinnvertheilung, vernünftiger Arbeitsstunden und einer allgemeinen Emanzipation von der Macht des Kapitals, als jemals von den nach jetziger Art organisirten Gewerkschaften vollbracht werden kann. . . ." — Wie man sieht, war der sonst tüchtige Mann der Phrase ganz verfallen, selbst bis zum Verlust seines Urtheilsvermögens; denn unmittelbar darauf sagt er wörtlich: „*Wir müssen ihnen* (den Gewerkschaften) *zeigen, daß nach*

Einführung eines gerechten Geldsystems kein weiterer Grund für di Existenz der Gewerkschaften besteht.“ Und der Mann betrieb diese Propa ganda fast ganz aus seinen eigenen kärglichen Mitteln, denn, wie sein Brude schreibt: „Die Nationale Arbeiter-Union hatte zu jener Zeit fast gar keine Ein künfte.“

Sylvis starb wenige Wochen vor dem vierten Kongreß der Nationale Arbeiter-Union, der im August 1869 in Philadelphia stattfand. Die Trauer beschlüsse über Sylvis' Tod und eine dreitägige Debatte über die Zulassung vo Frauenstimmrechtlerinnen, nicht etwa von Arbeiterinnen, nahmen den größten Thei der Zeit des Kongresses in Anspruch. Sylvis' Nachfolger wurde R. H. Trevelli (jetzt noch thätig unter den Arbeitern), der seinen Vorgänger an Phrasenreichthum noch übertraf, aber an Eifer und Arbeitsleistungen weit unter ihm stand. De Kongreß erwählte den schon früher erwähnten A. C. Cameron zum Delegirte auf den Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Basel, ein wohl habender „Reformer“ in New York (H. Day) gab ein paar hundert Dollars her und so konnte Cameron seine Reise antreten, denn die große Organisation vo 800 000 Arbeitern, welche zu vertreten Cameron sich in Basel rühmte, hatt selbst — keine Mittel. 1870 fand der fünfte Kongreß der Nationale Arbeiter-Union in Cincinnati statt, wo die Greenbackler vollständig obenauf ware und die wenigen, der Nationalen Arbeiter-Union noch angehörigen Gewerkschafte vollends hinaustrieben. In St. Louis, Cleveland und zuletzt — 1874 — i Rochester, New York, fanden noch sogenannte Kongresse der Nationalen Arbeiter Union statt, mit stets geringer werdendem Anspruch auf den Titel einer Arbeiter konvention. Die Gewerkschaften hatten der „Reformer“-Clique längst den Rücke gekehrt oder waren unter ihren Umarmungen verschieden. Der Zweck diese sogenannten Reformbewegung war erreicht; den Arbeitern war auf lange Jahr der Geschmack an der Politik verdorben, — die Republikaner und Demokrate (die beiden großen bürgerlichen Parteien) lachten sich ins Fäustchen und füllte ihre Taschen mehr als je zuvor. Die Chefs der Greenbackler aber zogen si gen Westen zurück und bethörten eine Zeitlang die zahlreichen kleinen Farme von Jowa, Kansas, Nebraska und anderer westlicher Staaten. Den organisirte Arbeitern fügten sie zum Schaden noch den Spott hinzu, sich Greenback-Arbeiter partei (Greenback-Labor-Party) zu nennen. — Unter diesen Umständen und unte den verhängnißvollen Wirkungen der Krise von 1873 geschah den Arbeiter organisationen großer Schaden und es währte viele Jahre, bevor dieselben sic erholten und das Werk der Zentralisation ihrer Kräfte wieder in Angriff nahmen

1867 wurde in New York, meistens von Deutschen, die Soziale Arbeiter partei (Social Labor Party) gegründet, war aber sehr kurzlebig, da nach 186 nichts mehr von ihr gehört wurde, obwohl unter ihrer besonderen Beihilfe soga eine politische Wahlkampagne abgehalten wurde, zu der ein reicher Kohlenhändle den Brennstoff, das Geld, lieferte. 1869 entstand, ebenfalls nur für kurze Zeit in Massachusetts eine Arbeitsreformpartei, welche zur Staatswahl Kandidaten darunter W. Phillips als Gouverneur, aufstellte und es auf 15 000 Stimme brachte. In Chicago, Cincinnati, St. Louis und anderen Plätzen wurden öfter ähnliche Versuche angestellt wie in New York und mit gleichem oder noch ärgerem Mißerfolge.

In Kalifornien und den benachbarten Staaten wurde die Chinesenfrag brennend. Schiffsladung über Schiffsladung von Kulis wurden in San Francisc gelandet und verschiedene bedeutende Industrien daselbst binnen Kurzem vo denselben monopolisirt, so die Zigarrenfabrikation, die Schuhmacherei, die Wäscherei

zu den persönlichen Dienstleistungen, zum Straßen- und Eisenbahnbau, zum Landbau, zur Obst- und Weinzucht wurden schon sehr früh meistens Chinesen verwendet in Kalifornien, wie in Nevada und Oregon. Das alarmirte nicht blos die unter ihrer erdrückenden Konkurrenz leidenden und brotlos gewordenen weißen Arbeiter, sondern auch einen Theil der Bourgeoisie des Groß- und Kleinhandels, denen bei der bekannten Frugalität der Chinesen um ihr Geschäft bange wurde, und diese Befürchtungen erhielten auch im Osten Nahrung durch den 1870 gemachten Versuch eines Schuhfabrikanten in North Adams, Massachusetts, seine bisherigen kaukasischen Arbeiter durch Mongolen zu ersetzen, welche er sich von San Francisco kommen ließ. Der Versuch mißlang zwar nicht gerade, fand aber auch keine Nachahmung und diente in hervorragender Weise dazu, auch den Neuengländern und den Bewohnern der Mittelstaaten etwas Schrecken einzujagen und damit die Gesetzgebung gegen die Chineseneinwanderung zu fördern.

In St. Clair Co., Pennsylvanien, brach im Juli 1868 ein bedeutender Ausstand der Kohlenbergleute um die Achtstundenarbeit aus, der zu sehr unruhigen Auftritten führte, aber nach zweimonatlicher Dauer mit einer Niederlage der Arbeiter endete. Neue Ausstände brachen bald darauf wieder aus wegen Maßregelung der Wortführer, die kleineren Besitzer von Kohlengruben kamen in Verlegenheiten und die Eisenbahnkompagnien benutzten diese Verlegenheiten, um die besten Werke in ihre Hand zu bekommen, wodurch die ökonomische Abhängigkeit der Bergarbeiter stark befestigt und verschlimmert wurde. Von den großen Kompagnien, welche in solcher Weise ihre Territorien abrundeten und ihr Ausbeutungsgebiet durch schlaue Fruktifizirung der Ausstände erweiterten, sind zu nennen die Reading Railroad Co. mit dem berüchtigten Gowan an der Spitze, die Delaware und Hudson Canal Co., die Delaware und Lackawanna R. R. Co. und die Pennsylvania Coal Co., deren Erntezeit besonders in die Jahre 1868 bis 1872 fiel.

In New York machte die Achtstundenagitation von 1870 an große Fortschritte. 1871 kamen schon verschiedene Scharmützel vor und Ende März 1872 standen die meisten Bauarbeiter und verwandte Gewerke aus, um die Achtstundenarbeit zu erlangen. Es wurden einige hübsche Erfolge errungen, doch währten die Ausstände bis in den Sommer hinein, und am 10. Juni wurde eine riesige Demonstration veranstaltet in Gestalt einer Arbeiterparade, an welcher auch sämmtliche Sektionen der damals in New York stark vertretenen Internationalen Arbeiter-Assoziation theilnahmen. Das Statistische Arbeitsbureau von Massachusetts schätzt die Zahl der Arbeiter, welche damals die Achtstundenarbeit — vorübergehend — errangen, auf zirka 100 000, was entschieden zu hoch gegriffen ist. Darunter waren die Maurer und Backsteinleger, die Zimmerleute, Gypser, Tüncher und Anstreicher, Röhrenleger, Steinmetzen, Bauhandlanger, Tapezirer, Schreiner, Polsterer u. s. w. Leider war der Erfolg nicht von Dauer und innerhalb 18 Monaten fast jede Spur desselben verwischt.

Im Winter von 1872—1873 wurden schon Zeichen des Niederganges bemerklich in den Hauptindustrien des Landes. Die Spekulationswuth hatte ihre Spitze erreicht und besonders zu viel geleistet in dem Bau großer Eisenbahnen, deren Ertrag auf lange Jahre hinaus nur äußerst gering sein konnte. Die Aktien indessen waren bei dem leichtgläubigen Publikum untergebracht und der Tanz konnte beginnen, zu dem dasselbe leichtgläubige Publikum und die Arbeiter die Musik bezahlten. Jay Cooke und Co., eins der größten Bankhäuser damaliger Zeit, die Hauptagenten der großen Nord-Pacific-Eisenbahn, fallirten, fast sämmtliche Banken schlossen ihre Thüren, die Fabrikanten ihre Fabriken und im Herbst

des Jahres 1873 herrschte eine Panik, wie sie noch nicht erlebt war, und unter den Arbeitern eine Noth, die jeder Beschreibung spottet. Da beschloß die Sektion I von New York, die Muttersektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation in den Vereinigten Staaten, die Arbeitslosen zu organisiren. Die Mitglieder der Sektion, unterstützt von anderen, gingen an die Arbeit von Haus zu Haus in ihren Quartieren und binnen wenigen Tagen wurden an 20 Vereine von Arbeitslosen in den verschiedenen Theilen der Stadt gebildet; die Bewegung wuchs, man schuf einen Zentralkörper, der sich Wohlfahrtsausschuß (Safety Committee) nannte, und berieth Schritte, um die Stadtbehörden zur Abhilfe der Noth zu veranlassen. Unterdessen hatten sich auch unklare und verdächtige Elemente der Bewegung angeschlossen (so z. B. Anhänger und Vertraute des berüchtigten Tweed), die nüchterne Anschauung der Dinge und die Besonnenheit im Handeln wichen bald und machten einem theilweise unbewußten, theilweise aber auch beabsichtigten Geschrei und Gepolter Platz, wovon die Stadtbehörden bald Notiz nahmen, um einen miserabeln, gemeinen Handstreich ins Werk zu setzen. Die Polizei- und Parkkommissäre der Stadt New York hatten ihre Erlaubniß zu einer Versammlung in Tompkins Square und zu einem Umzug durch verschiedene Straßen gegeben, die am 13. Januar 1874 stattfinden sollten, widerriefen aber diese Erlaubniß am 12. Januar Abends; der sogenannte Wohlfahrtsausschuß war nicht auf seinem Posten, um seine Konstituenten zu warnen, die sich in großen Schaaren auf dem Tompkins Square versammelten, wo sie von der in aller Stille zusammengezogenen Polizei niedergeknüppelt und auseinander getrieben wurden, unter schmählichen Szenen der Rohheit und Brutalität! Zum Hunger hatten die Arbeiter noch den Hohn, zu ihren Entbehrungen noch blutige Köpfe bekommen! Ein deutscher Arbeiter, der sich gegen die Knüppelhelden mannhaft zur Wehre gesetzt, wurde kampfunfähig gemacht, eingesperrt, vor Gericht gestellt und zu mehreren Monaten Gefängniß verurtheilt wegen Widerstand gegen die bewaffnete staatliche Ordnungsmacht. Ein Schrei der Entrüstung ging durchs ganze Land, d. h. durch die Reihen der Arbeiter. Einem Ausschuß von Freidenkern, radikalen Bürgern und Arbeitern, welche deshalb eine Indignationsversammlung abhalten wollten, wurde der Saal abgetrieben. Ein Komite mit dem alten Journalisten John Swinton an der Spitze, begab sich zur Legislatur nach Albany, um Beschwerde zu führen und Bestrafung der Schuldigen (Polizei- und Parkkommissäre) zu fordern — aber die Untersuchung verlief im Sande und Sumpfe der bürgerlichen Parteipolitik. Der Knüppel hatte gesiegt zum Gaudium der Bourgeoisie, und gegen erneute Versuche der Proletarier wurden neben den Knüppeln nun auch bald die Kugeln in Bereitschaft gesetzt, eine Reorganisation der Miliz und Säuberung derselben von unsicheren Elementen in Angriff genommen.

Noth und Elend herrschte unter den Arbeitern im ganzen Lande und daneben wurde die Redefreiheit, die Versammlungsfreiheit kaum noch beachtet. Ganz besonders war dies der Fall, sagt McNeill, „in den kleineren Orten und Fabrikzentren, wo der Eigenthümer der Fabrik praktisch der Eigenthümer des ganzen Gemeinwesens, der Säle, Kirchen, Schulhäuser und der Presse war, aber bis jetzt hatte kein noch so großes Attentat auf die Redefreiheit die öffentliche Aufmerksamkeit erregt.“

In Fall River, Massachusetts, wurde im Herbst 1875 die Miliz gegen die ausständigen Textilarbeiter aufgeboten, in Pennsylvanien bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die Kohlengräber, in Chicago schützte die Polizei die angsterfüllten Stadtväter gegen die Forderungen der Arbeitslosen, und die Herren Unternehmer benutzten die drückende Lage der Arbeiter natürlich zur Herabsetzung der Löhne,

wo immer thunlich. Es war in diesen Jahren gar nichts Ungewöhnliches, daß die großen Kompagnien (besonders in der Kohlenförderung und beim Bau von Eisenbahnen und Kanälen) und Unternehmer, nicht gesättigt mit der gewöhnlichen Einwanderung, zur direkten Importation von europäischen Proletariern schritten, damit sie die Arbeitsstunden verlängern, den Arbeitslohn verkürzen konnten. Auch die freigelassenen Neger des Südens leisteten darin gute Dienste. Schon im Jahre 1863 waren Belgier importirt worden, um einen Ausstand der Bergarbeiter im südlichen Illinois zu brechen; 1867 und 1868 wurden große Schaaren von Böhmen und Italienern nach den Kohlendistrikten gebracht und 1875 entstand dadurch ein Aufstand in Westmoreland Co., Pennsylvanien, in welchem die Italiener zwei Ausständige tödteten und viele Andere verwundeten, da sie zu diesem Zwecke bewaffnet worden waren. Bei der betreffenden Gerichtsverhandlung erhielten die mißleiteten Italiener langjährige Zuchthausstrafen, der Eigenthümer der Minen aber, der Urheber und Anstifter allen Unheils, ein Mr. Armstrong, wurde zu fünf Dollars Strafe und in die Gerichtskosten verurtheilt. In Indiana, Illinois und Iowa wurde im Winter von 1875—1876 die Miliz gegen die Bergarbeiter aufgeboten, doch ließen sich die Letzteren nicht in die Falle locken, sondern bewahrten ihre Ruhe. Im April 1876 kam es zu einem Aufruhr im Tuscarawasthale in Ohio und ein Mann wurde getödtet, worauf viele Bergarbeiter verhaftet und mehrere zu dreijähriger Zuchthausstrafe verurtheilt wurden. Wegen Einschüchterung von importirten Arbeitern (scabs) wurden 1875 in Pennsylvanien verschiedene Arbeiterführer und Organisationsbeamte mit mehreren Jahren Gefängniß bestraft. — Es sind dies nur kleine Proben der in den Vereinigten Staaten geübten Klassenjustiz, hier mitgetheilt zu Nutz und Frommen einer gewissen Sorte von Schönrednern und Schwärmern, die häufig in deutschen Arbeiterblättern ihr Wesen treiben und nicht selten fast ebenso viel Unheil anrichten, wie die „Reformer" in den Vereinigten Staaten.

„Je größer der gesellschaftliche Reichthum, das funktionirende Kapital, Umfang und Energie seines Wachsthums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee." (Marx, „Kapital," I, 4. Aufl., S. 609.)

Die Vereinigten Staaten waren mit und nach dem Sezessionskriege in die Reihe der industriellen Länder mit kapitalistischer Produktionsweise eingetreten und erfreuten sich demgemäß einer respektablen industriellen Reservearmee, gleich ihren europäischen Rivalen. Ungleich aber den Zuständen der alten Welt war das unaufhaltsame Wachsthum dieser Reserve durch den nie versiegenden Quell der Immigration, ungleich insbesondere war das eigenthümliche, diesem Lande eigenthümliche, Auftreten dieser, durch die Krise von 1873 riesig angeschwellten Reservearmee, welche sich von 1874 an in Bewegung setzte, in kleinen Gruppen oder einzeln tiraillirend, auf allen Straßen, in allen Staaten dahin wanderte, um Arbeit, Obdach irgendwo zu finden. Man nannte sie „tramps" (Wandernde, Vagabunden). Die Zahl dieser Arbeits- und Obdachlosen betrug zu Zeiten wohl über eine Million, und den Herren Bürgern wurde angst und bange vor diesen lebendigen Zeugen ihrer Sünden, vor diesen Aermsten des Proletariats, die übrigens nie zu der Verkommenheit des Lumpenproletariats hinabgesunken sind. Anstatt Abhilfe zu schaffen durch öffentliche Arbeiten u. dergl., schufen die „Bürger" in diesen traurigen Jahren der Noth eine wahrhaft unmenschliche Gesetzgebung gegen die „tramps" in den meisten Staaten, besonders im Westen, und im Osten thaten sich darin hervor die Staaten Connecticut und New Jersey. Die „tramps," diese Opfer der kapitalistischen Produktionsweise, wurden geradezu vogelfrei erklärt

und zu harten Strafen verurtheilt, weil sie keine Arbeit hatten, keine Arbeit finden konnten.

Die Zustände waren fast unerträglich geworden zu derselben Zeit, als die amerikanische Bourgeoisie der erstaunten Welt ihre Schätze und Reichthümer, die Erfolge und Produkte amerikanischer Arbeit in höchstem Glanze vorführte (Weltausstellung 1876), und die offen, männlich auftretenden Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften erlitten zu jener Zeit große Einbuße durch Deserteure und Ueberläufer in andere Lager, vorzugsweise in die geheimen Organisationen, wie ein Blick auf die Namen der großen Gewerkschaften in der unten folgenden Liste von Jessup zeigt. Hier noch Einiges über die größeren Verbände:

Eine der größten Organisationen dieses Landes, wenn nicht der industriellen Welt überhaupt, war Anfang der siebziger Jahre der Orden der Ritter von Sankt Crispin (Knights of St. Crispin), d. h. der in der Schuhfabrikation beschäftigten Arbeiter. 1866 in Milwaukee gegründet, verbreitete er sich rasch über das ganze Land, so daß er Anfang der siebziger Jahre ungefähr 100 000 Mitglieder zählte, die nicht unbedeutenden Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten ausübten (siehe auch Art. II dieser Serie). Die weiblichen Mitglieder waren organisirt als „Töchter von St. Crispin" (daughters of St. Crispin) und als solche auf den verschiedenen Arbeiterkongressen selbständig und gut vertreten. 1873 brachten Zwistigkeiten den Orden in Verfall, die Krisis trug das ihrige dazu bei und die späteren Versuche einer Reorganisation scheiterten und führten zum Eintritt der meisten Arbeiter in den Orden der Ritter der Arbeit (Knights of Labor), der im Jahre 1869 in Philadelphia gegründet wurde. Diese, für die Arbeiterbewegung des Landes sehr wichtige Organisation hielt sich ungefähr zehn Jahre ganz im Dunkeln und trat erst 1878 an die Oeffentlichkeit, behielt aber trotzdem ihre geheime Organisation bei. Nähere Mittheilungen über den Orden sind in einem der nächsten Artikel zu geben.

Die Eisen- und Stahlarbeiter, die verschiedenen Zweige der Hochöfenarbeiter, hatten schon von 1858 an vereinzelte Organisationen gegründet, in denen das Verlangen nach einer Vereinigung sämmtlicher Branchen oft laut wurde. Der Dünkel der oberen Schicht, der besser gestellten und bezahlten Arbeiter verhinderte Jahre lang diese Vereinigung, mußte aber endlich besserem Wissen und schlechteren Zeiten weichen. Anfang 1870 wurden Verhandlungen zum Zweck der Vereinigung eröffnet, Ende 1875 der Plan dazu ausgearbeitet und am 3. August 1876 die mächtige „Amalgamated Association of Iron- & Steel-Workers," die vereinigte Assoziation der Eisen- und Stahlarbeiter gegründet, welche einen gewissen Ruf erlangt hat als eifriger Kämpe für Schutzzoll, besonders in Pennsylvanien, Ohio und Maryland.

Die in dem Bericht über 1860—1866 genannte Amerikanische Bergarbeiterassoziation machte in den ersten Jahren ihres Bestehens hübsche Fortschritte, indem sie sich nach Ohio, Indiana und Jowa ausdehnte. Mißglückte Ausstände in den Jahren 1867 und 1868 zerstörten die Organisation, aber um dieselbe Zeit wurden endlich die ungeheuren Kohlenfelder von Pennsylvanien und Maryland in die Bewegung gezogen, die „Miners and Laborers Benevolent Association," die Unterstützungsgesellschaft der Kohlengräber und Taglöhner wurde gegründet und gelangte zu großer Macht unter der klugen und energischen Leitung von John Siney. Diese Assoziation breitete sich aus nach Ohio, Indiana, Michigan, West-Virginien und Kentucky, während die westlicher gelegenen Staaten besondere Organisationen hatten. Die pennsylvanischen Kohlengräber hatten in den Jahren von 1869 bis 1872 besonders heftige Kämpfe zu bestehen mit den emporkommenden

großen, kombinirten Kohlen- und Eisenbahnkompagnien, von denen oben die Rede war. Die Krisis von 1873 drückte auch die Bergarbeiter sehr, und sie suchten Schutz dagegen in einer Vereinigung ihrer Kräfte, indem sie im Oktober 1873 auf einer Konvention zu Youngstown, Ohio, die „Nationale Bergarbeiterassoziation" gründeten, welche einige Jahre in hoher Blüthe stand, bis schlechte Zeiten, übereilte Ausstände und die infamen Verfolgungen seitens der bürgerlichen Behörden die Organisation dem Untergange nahe brachten und eine große Zahl ihrer Angehörigen den Arbeitsrittern (Knights of Labor) in die Arme trieben (1875 und 1876).

Von den früheren Versuchen, die Textilarbeiter zu organisiren, ist mehrmals berichtet worden. Neue Anstrengungen zu diesem Zweck wurden mit mehr oder weniger Erfolg auch in dem Zeitraum von 1866—1876 gemacht. 1868 fand eine gutbesuchte Konvention der Textilarbeiter Neu-Englands in Biddeford, Maine, statt, um die Zehnstundenarbeit zu erlangen. In Fall River und einigen der größten Fabriken anderer Städte wurde die Zehnstundenarbeit von den Fabrikanten eingeführt, bis im Jahre 1870 ein Ausstand mißglückte und den Arbeitern die lange Arbeitszeit, 11 Stunden, wieder aufgehalst wurde. Der Mangel jeder umfassenden Organisation — nur die Spinner hielten immer eine Art Organisation aufrecht — erklärt nur zu deutlich, wie die Unternehmer es wagen konnten, in den Jahren 1872 und 1873 den Arbeitern dieser Industrie mehr als 40 Prozent von ihren Löhnen abzuziehen. 1874 rafften sich die Arbeiter endlich auf und erzwangen vorerst von der Legislatur den Erlaß eines Zehnstundengesetzes, welches aber ebenso wenig beobachtet wurde, wie die Gesetze über Kinderarbeit und Schulbesuch (siehe Art. II dieser Serie). Die Spinner setzten sich mit ihren Fachgenossen an anderen Orten in Verbindung, die Carder, fast lauter Frauen, organisirten sich und die Weber traten zu Tausenden zusammen. Alle drei Branchen gingen nun vor und errangen im Frühjahr 1875 eine kleine Aufbesserung ihrer Löhne. Im Juli 1875 kündigten die Fabrikanten den Arbeitern an, daß vom 1. August an die Löhne wieder um 10 Prozent reduzirt würden, und nun begann am 1. August der große Ausstand („the long vacation" genannt) in Fall River, welches zum Schlachtfeld erkoren war. Alle Fabriken standen still — aber die Organisationen der Weber und Carder waren zu jung und ohne genügende Kriegskasse. Den Fabrikanten war dies nicht unbekannt und sie beschlossen die Organisationen zu zerstören, indem Niemand wieder zur Arbeit genommen wurde, der nicht den eisengepanzerten Eid (ironclad oath — siehe Art. I) leistete. Nach beinahe vierwöchentlicher Dauer waren „die großen Ferien" zu Ende, die Organisationen der Weber und Carder vernichtet, die Arbeiter gedemüthigt. Nur die Spinner bewahrten ihre allerdings sehr geschwächte Organisation. Auch sie leisteten den Eid, unter einer reservatio mentalis, und sagten den Aufsehern ohne Scheu, daß sie denselben nicht für bindend erachteten, da er ihnen durch die Noth aufgezwungen sei.

Die Typographical-Union, welche nach und nach sämmtliche Zweige des Buchdruckergewerbes aufnahm, machte große Fortschritte und errang viel politischen Einfluß durch die Einrichtung der Regierungsdruckerei in Washington, welche nur von Mitgliedern der Gewerkschaft besetzt wurde.

Die Eisenbahnangestellten waren in diesem Zeitraume sehr thätig in der Vervollkommnung bestehender und in der Bildung neuer Organisationen. Die schon genannte Brüderschaft der Lokomotivführer, bisher nur im Westen florirend, dehnte ihr Feld weiter gen Osten aus. Die Feuerleute oder Heizer gründeten 1872 eine Vereinigung, welche rasch an Mitgliedern zunahm, und die Schaffner hatten bereits 1868 ihre Gesellschaft gebildet. Der Natur ihrer gefahrvollen

Beschäftigung entsprechend, befassen sich sämmtliche Organisationen der Eisenbahnbediensteten vorzugsweise mit der Unterstützung ihrer Mitglieder in Fällen von Tod, Krankheit und Verletzungen. Sie sind nach englischem Sprachgebrauch „Benevolent Societies."

Im Jahre 1872 wendete sich das Statistische Arbeitsbureau von Massachusetts um Auskunft über Gewerkschaftswesen an W. K. Jessup, langjährigen Präsidenten der N. Y. State Workingmen's Assembly, der Gewerkschaftszentralisation des Staates New York (oben schon erwähnt), und Jessup antwortete darauf in einem längeren Schreiben vom 31. Oktober 1872. Aus diesem Schreiben des tüchtigen und bewährten Beamten der New Yorker Gewerkschaften folgen hier Auszüge, welche zuverlässigen Aufschluß über die Gewerkschaftsbewegung und über die Achtstundenagitation jener Zeit großer Prosperität geben. Er sagt:

„Wegen mangelnder Mittheilungen und wegen des geheimen Charakters mancher Gewerkschaftsorganisationen, von denen absolut kein Aufschluß über Mitgliederzahl zu erlangen ist, kann ich den in Ihrem Briefe gestellten Fragen nicht vollständig genügen, beantworte dieselben indessen gerne so gut als mir möglich.

I. Zahl der Gewerkschaften (Trades Unions) in diesem Lande.

Diese Frage kann nicht präzis beantwortet werden. Vor zwei Jahren habe ich beinahe einen ganzen Winter zugebracht mit der Aufgabe, ein möglichst vollständiges Adreßbuch der damals existirenden Gewerkschaften anzufertigen, und verschaffte mir die Adressen von ungefähr eintausend Vereinen verschiedener Gewerke. Immerhin gab es noch Gewerkschaften, die nicht ermittelt werden konnten. Seitdem sind verschiedene neue Nationale und Internationale Unionen gebildet worden, also auch eine beträchtliche Vermehrung der untergeordneten Unionen zu verzeichnen. Ich habe keinen Zweifel, daß augenblicklich 1500 Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten bestehen.

II. Namen der Nationalen Unionen.

1. Die Nationale Union der Backsteinleger (bricklayers).
2. " " " " Zimmerleute.
3. " " Schmiede-Union oder Vereinigte Söhne Vulkans (Puddler und Kesselschmiede).
4. " " Großloge der Vereinigten Söhne Adams (Zuschneider).
5. " " " " Tüncher und Anstreicher.
6. " " Assoziation der Hutmacher.
7. " " Großloge, Vereinigter Orden der Morokkoarbeiter.
8. " " " der Stationary Engineers (Maschinisten an stehenden Dampfkesseln).
9. " " Großloge der Amerikanischen Backsteinleger.
10. " " Union der Holzarbeiter.
11. " " Großloge der Töchter von St. Crispin.

III. Internationale Organisationen.*)

1. Die Internationale Großloge der Ritter von St. Crispin.
2. " " Typographische Union.

---

*) Internationale Unionen heißen in den Vereinigten Staaten diejenigen, die ihre Wirksamkeit über deren Grenzen hinaus, namentlich nach Kanada, mitunter auch Mexiko ausdehnen. Vgl. „N. Z." 1890/91, II. Bd., S. 438. D. Red.

3. Die Internationale Großloge, Vereinigter Orden der Amerikanischen Gypser (Stukkaturarbeiter).
4. " " Union der Zigarrenmacher.
5. " " " " Eisenformer.
6. " " " " Schneider.
7. " " " " Küfer.
8. " " " " Maschinisten und Schmiede.
9. " " " " Lokomotivführer.
10. " " " " Lokomotivfeuerleute (Heizer).

Dies sind alle mir bekannten Nationalen und Internationalen Gewerkschaften auf diesem Kontinent, welche besondere Arbeitszweige repräsentiren. Unzweifelhaft werden unsere Nationalen Gewerkschaften mit der Zeit sämmtlich international werden, soweit es diesen Kontinent betrifft, aber nicht weiter. Solche Veränderungen kommen in jedem Jahre vor, da es als nothwendig erkannt wird, die Arbeiter der verschiedenen Zweige in den Britischen Provinzen unter unsere Regeln zu organisiren. So tragen die Gewerkschaften dazu bei, nach und nach die Annexion (dieser Provinzen) herbeizuführen, welche sicherlich eines Tages stattfinden wird."

IV. Namen der jüngst organisirten Gewerkschaften.

Hier giebt Jessup an, daß im Staat New York allein vom 2. Februar bis 31. Oktober 1872 folgende 46 Gewerkschaften gebildet worden seien: „Holzarbeiter 3, Maschinisten und Schmiede 6, Stukkaturarbeiter (Gypser) 1, Former 1, Zimmerleute 2, Typographen 1, Söhne Vulkans 2, Schnittwaaren-Kommis 1, Ritter des St. Crispin 2, Handlanger 3, Röhrenleger 1, Handarbeiter 2, Wagner und Stellmacher 1, Firnisser 1, Küfer 1, Schneider 1, Zuschneider 5, Lokomotivführer 2, Anstreicher 5." Zunächst käme Ohio, dann Pennsylvania.

V. Stand der Achtstundenbewegung.

„Die Agitation für acht Stunden wächst immer mehr, besonders bei den Bauarbeitern in St. Louis, Chicago und anderen Plätzen. Baugewerkligen, zusammengesetzt aus Arbeitern aller verschiedenen Zweige des Gewerkes, werden unabhängig von den Gewerkschaften, aber zu gemeinsamem Handeln mit denselben, gebildet. . . . Hier in New York hat die Frage nichts von ihrem Interesse für die Arbeiter verloren, obgleich mehrere Gewerke letzten Frühling und Sommer bös geschlagen wurden mit ihrer Forderung der acht Stunden. Sie haben eine Lektion bekommen, welche sie beherzigen werden, und ich bin überzeugt, daß sie in Zukunft bei dem Verlangen nach verkürzten Arbeitsstunden systematischer vorgehen werden."

VI. Gewerke, welche nach dem Achtstundensystem arbeiten.

Hier giebt Jessup die schon oben genannten Gewerke an und fügt hinzu: „Ich habe keine Kenntniß von anderen Gewerken außerhalb New Yorks, welche acht Stunden arbeiten, ausgenommen die Arbeiter in den Regierungswerkstätten. In einigen der genannten Gewerke arbeiten Nichtmitglieder zehn Stunden, sind aber in der Minorität; bei den anderen ist die Regel acht Stunden und nicht mehr."

VII. Gewerke mit Stücklohn und solche mit Taglohn.

„Eine sehr schwer zu beantwortende Frage. Ich kann mich kaum eines Gewerkes erinnern, in welchem Stücklohn nicht in größerem oder geringerem

Umfange vorkäme. . . . Neue Arbeit wird vielfach in Stücklohn verrichtet, Reparaturen meistens in Taglohn."

VIII. Gewerkschaften mit der größten Zahl von Mitgliedern.

Hier nennt er von den Gewerkschaftsverbänden die Ritter St. Crispin's, die Küfer, die Typographen, die Maschinisten und Schmiede, die Former und die Lokomotivführer und fährt fort:

„In dieser Stadt (New York) haben wir einige mächtige und thätige Unionen, wie z. B.:

Steinmetzen (Braunstein) . . .	2000	Mitglieder.
Werftarbeiter (Longshoremen) . .	2000	"
Typographia (Nr. 6)	1800	"
Stukkaturarbeiter (Gypser) . . .	1800	"
Zimmerleute	1500	"
Schneider	1400	"

Es giebt eine ganze Anzahl von Unionen, welche 500 bis 1000 Mitglieder haben."

Er bedauert, von den meisten Gewerkschaftsberichten nur noch ein Exemplar zu besitzen, so daß er dem Bureau nur äußerst wenig ablassen könne, und versichert die gestellten Fragen so vollständig als möglich beantwortet zu haben.

Der Bericht Jessup's giebt ein erfreuliches Bild von dem Gewerkschaftswesen und der Thätigkeit der amerikanischen Arbeiter. Aber — das Datum desselben ist 1872, und 1872 war ein Jahr hoher Prosperität. Drei bis vier Jahre später lagen viele der aufgezählten Organisationen darnieder, theils von der Krise 1873 zerschmettert, theils von dem Gifthauch der „Reformer" gelähmt und es währte wohl ein halbes Dezennium, ehe die Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten wieder Kräfte sammelte, um angriffsweise vorzugehen. Den Vortheil von dieser Depression zog die Geheimbündelei; der Orden der Arbeitsritter (Knights of Labor), von dem nächstens mehr zu berichten, wuchs in dieser Zeit stark empor.

Von der Arbeiterpresse ist zu melden, daß dieselbe in diesem Zeitraum starken Aufschwung nahm. In allen größeren Städten des Ostens, Nordens und Westens entstanden Blätter, welche der Arbeitersache dienten, manchmal aber auch nur zu dienen vorgaben, deren Aufzählung nicht nothwendig erscheint, schon deshalb, weil kein einziges Blatt von Bedeutung außer dem „Labor Tribune" von Pittsburgh sich bis auf die heutige Zeit erhalten hat. Neben diesen allgemeinen Arbeiterblättern gaben fast alle größeren Organisationen eigene Fachorgane — manche sogar mehrere — heraus, von denen verschiedene vortrefflich redigirt waren. Solche Fachblätter hatten die Backsteinleger, die Zimmerleute, die Maschinisten und Schmiede, die Küfer, die Bergarbeiter (mehrere), die Hutmacher, die Schuhmacher (mehrere), die Typographen, die Former, die Eisen- und Stahlarbeiter, die Lokomotivführer. Auch die deutschen Arbeiter gründeten mehrfach Blätter in New York, Chicago, St. Louis, Philadelphia, Pittsburgh, Detroit, Buffalo, Cincinnati, Milwaukee, San Francisco, Newark u. a. O., die aber meistens nur kurzen Bestand hatten. Böhmische, skandinavische, französische, italienische Arbeiter folgten diesem Beispiel an verschiedenen Orten des Landes.

Ueber den Antheil der deutschen Arbeiter des Landes an der Bewegung in diesem Zeitraume folgen im nächsten Artikel besondere Mittheilungen.

Literarische Rundschau.

Neuere arbeitsstatistische Berichte aus den Vereinigten Staaten. Connecticut, 6. Jahresbericht für das mit dem 30. November 1890 endende Jahr; Hartford 1891, 336 S. Illinois, 6. zweijähriger Bericht; Springfield 1891, 71 und 420 S. Massachusetts, 21. Jahresbericht; Boston 1891, 31 und 630 S. — Annual Statistics of Manufactures (Jährliche Industriestatistik); Boston 1891, 25 und 405 S. Nebraska, 2. zweijähriger Bericht für 1889 und 1890; Lincoln 1890, 956 S. North Carolina, 4. Jahresbericht für das Jahr 1890, 319 S.

Wir können selbstverständlich nicht auf die statistischen Einzelheiten oder auch nur auf die Schlußergebnisse dieser Berichte ausführlich eingehen. Wir skizziren ihren Inhalt nur soweit, als dadurch die vielfach neuen Aufgaben hervortreten, welche die amerikanische Arbeitsstatistik sich stellt, im Gegensatz zu unserer offiziellen Statistik, die mehr als Hilfsmittel der oberflächlichsten Verwaltungszwecke wie zur Förderung der Erkenntniß unserer sozialen Verhältnisse dient. Einige besonders bemerkenswerthe Resultate werden wir daneben kurz hervorheben.

Der Bericht für **Connecticut** enthält außer der einleitenden Uebersicht eine der in Amerika üblichen Industriestatistiken, weiter eine Enquete über die Arbeits- und Lohnverhältnisse beim Straßenbahnbetrieb, ferner eine Aufnahme über die Bezahlung und die Arbeitszeit der Arbeiter der Kommunen (cities, boroughs, towns) für Straßenreinigung, Kanalisation, Wasserleitung u. s. w.; und endlich eine Darstellung der im Staate Connecticut angewandten Mittel, Lohnkämpfe in der Form von Streiks und Lockouts zu vermeiden; hierbei kommt besonders das System der Gewinnbetheiligung und das der Prämien und Gratifikationen für besondere Arbeitsleistungen in Betracht. Die thatsächlichen Mittheilungen hierüber sind lehrreich, allerdings in ganz anderer Richtung, als Herr Samuel M. Hotchkiß, der Commissioner, meint, der damit das Reich der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit angebahnt glaubt. Doch ist letzterer wenigstens unparteiisch genug, das Recht und den Nutzen der Arbeitergewerkschaften zuzugestehen, freilich in der Erwartung, daß „unter geeigneter Führung die Arbeiterorganisation eine konservative Macht werden könne und wahrscheinlich werde, zu Nutz und Frommen beider Theile;“ und ferner meint Herr Hotchkiß, daß, wenn der von den Arbeitern durchgeführte Boykott unter die „Verschwörungsgesetze“ gestellt werde, auch die schwarzen Listen der Unternehmer nicht zuläßig seien; über die Abschaffung der conspiracy laws schweigt er.

Die oben erwähnte Industriestatistik verzeichnet für 636 Unternehmungen die Zahl der Arbeiter, den Werth des Produktes, der Produktionsmittel (Arbeitsmittel und Arbeitsmaterialien), des Aufwandes für Zinsen, Miethe und Steuern; für Leitung und Direktion, für Arbeitslöhne, und zieht daraus Schlußfolgerungen auf den verbleibenden Reingewinn, sein Verhältniß zum Gesammtkapital, zu den Löhnen. Die Zahlen sind durch Spezialagenten, nicht etwa einfach durch Fragebogen ermittelt, was ihren Werth gewiß erhöht; die Schlußfolgerungen schießen leider meist daneben. So wird das herausgerechnete Einkommen des Kapitals dadurch ganz entstellt, daß Zins, Miethe und ähnliche „Kosten“ vorher ausgeschieden sind. Das mag privatwirthschaftlich richtig sein; dem Unternehmer, der vielfach auf fremdem Boden mit fremdem Gelde wirthschaftet, bleibt nach Abzug aller seiner Ausgaben nicht mehr übrig wie der „net profit“ der Tabellen; dem „Kapital“ bleibt aber bedeutend mehr übrig: die Zins- und Rentenzahlungen sind nur an andere Kapitalisten abgeflossen. Der „net profit“ ist nur ein Theil des Mehrwerthes; etwa dem Unternehmergewinn gleich, doch auch diesem nicht vollständig, da — so viel wir sehen können — für Zins und Grundrente nichts abgezogen ist, soweit der Unternehmer selber Geld und Boden stellt. Natürlich hat dann auch die Vergleichung von „net profits“ und Löhnen gar nicht die Bedeutung, welche die amerikanische Statistik ihr meistens für das Verhältniß von Kapital und Arbeit zuschreibt. Hier können uns selbst die unparteiischesten und ausgebreitetsten statistischen Beobachtungen zu wirklicher Erkenntniß

weiterführen, wenn der Beobachter nicht von scharfen theoretischen Unterscheidunger ausgeht. Auch bei anderen Berichten zeigt sich das.

Der Report für **Illinois** bietet außer einer Statistik der Grundeigenthums Zwangsverkäufe und der Grundwerthe nach den freiwilligen Verkäufen in den Jahre 1880 und 1887 noch den Bericht der Mineninspektoren über die Kohlenbergwerk und eine ganz ausgezeichnete Arbeit über „die Löhne der Kohlenbergwerks arbeiter in Illinois.“ Ueber periodisch wiederkehrende Arbeitsstockungen, übe Lohnabzüge, über die Häufigkeit des Stellenwechsels werden die überraschendste Zahlen mitgetheilt. Die Arbeit findet eine Art Ergänzung in dem Anhang, welche den Protest der Kohlenlords gegen die in Illinois geplanten Arbeiterschutzgesetze un die Erwiderung der Arbeiter enthält. Die kräftigsten Kundgebungen der englische Fabrikanten in dem Kampfe gegen die Fabrikgesetze werden von den Kohlenlord von Illinois noch überboten; die Arbeiter lassen es jedoch auch in ihrem Meinungs ausdruck an Deutlichkeit nicht fehlen.

Das arbeitsstatistische Bureau von **Massachusetts** ist bekanntlich das ältest und seine Veröffentlichungen stehen noch heute in erster Linie. Diesmal bringt de Jahresbericht noch eine Sammlung aller geltenden Arbeiterschutzgesetze des Staate eine Statistik der Bevölkerung im Jahre 1890, der „verlassenen Farmen“ (vergl Heft 2 dieses Jahrganges der „Neuen Zeit“), und ebenfalls einen Versuch, die „Netto profite“ für die verschiedensten Gewerbszweige zu berechnen. Dieser Versuch stüt sich auf ein erstaunlich reiches Material aus 64 Produktionszweigen mit 10013 Unter nehmungen! Aber fast alles, was wir über Connecticut sagten, gilt auch hier; di amerikanischen Arbeiterblätter, besonders die New Yorker „Volkszeitung,“ haben mi Recht eine scharfe Kritik an solchen Täuschungen seitens eines Bureaus geübt, da zur Förderung der Arbeiterinteressen gegründet sein soll. Wenn man vom Werth des schließlichen Produktes nicht nur die Arbeitslöhne und Aufsichtsgehälter un ferner den Werth der im Produktionsprozeß (ganz oder theilweise) verzehrten Pro duktionsmittel abzieht, sondern dazu auch noch alle möglichen Summen für Zinse und Renten, sogar für die Verzinsung des eigenen „Baarkapitals,“ so bleibt natürlic wenig „Nettoprofit“ übrig; nach Herrn Wadlin nur 3,90 Prozent vom Verkaufswert der Produkte, auf einen Geschäftstheilhaber noch nicht einmal ganz so viel „net profit“ wie auf einen Arbeiter Lohn! Auf solche Art läßt sich alles beweisen und es vermehrt nu den peinlichen Eindruck dieser fast 400 Seiten umfassenden Arbeit, wenn Herr Wadli zum Schlusse das Thörichte einer allgemeinen gleichen Theilung des Produktionsertrage geflissentlich betont. — Die Bevölkerungsstatistik verzeichnet manches Werthvolle übe das Wachsthum der Großstädte und einzelner Industriezweige in Massachusetts.

In letzterer Richtung bieten die Annual Statistics reichhaltige Ergänzungen. Hier is Massachusetts noch heute unübertroffen. Besonders lehrreich sind die Zahlen über die Aus nutzung der Produktionsfähigkeit der beobachteten Unternehmungen, über die Zahl der jähr lichen Betriebstage, über die Schwankungen der Arbeiterzahl in den einzelnen Monaten

Nebraska ist industriell noch sehr wenig entwickelt und so sind dem „Burea für Arbeits- und Industriestatistik“ alle möglichen Arbeiten zugefallen. Fast 200 Seite werden ausgefüllt mit einer Zusammenstellung von amerikanischen und ausländische Urtheilen über die „Vorschuß- und Baugenossenschaften,“ 260 Seiten mit einer Ab handlung über „das australische Wahlsystem,“ über 100 Seiten mit einer Geschicht der europäischen Rübenzuckerindustrie und einer Darstellung der Versuche, Zuckerrübe auch in Nebraska zu bauen und zu verarbeiten; nahezu 100 Seiten mit dem längs bekannten Bericht über die Konferenz der amerikanischen Arbeitsstatistiker in Hart ford. So bleibt nicht viel für die eigentliche Arbeitsstatistik übrig; sie beschränkt sic auf die Mittheilung einiger Haushaltungsbudgets von „ungelernten“ Arbeitern, einige Lohnzahlen, einiger Verschuldungsziffern der Landwirthschaft eines Bezirkes, und au eine Uebersicht der stattgefundenen Streiks und einiger Preßstimmen über den Acht stundentag. Zum Schlusse fordert Herr John Jenkins mehrere Arbeiterschutz bestimmungen, besonders für Kinder, und Verstaatlichung der Lehrmittel, welche zun Selbstkostenpreise an die Schüler abgegeben werden sollen.

Der Bericht für **Nord-Carolina** besteht aus Angaben über die Produktions- und Arbeiterverhältnisse in den Baumwoll- und Wollfabriken, in der Tabakindustrie, in anderen Gewerbszweigen, auf den Farmen. Besonders Bemerkenswerthes ist uns beim Durchblättern der Fragebogen und Antworten nicht aufgefallen. —ms.

Notizen.

Zur Reichstagswahl in Stolp-Lauenburg schreibt uns unser ↗-Korrespondent: Als ich Ihnen vor zwei Monaten aus Stolpmünde eine Skizze von Land und Leuten in Hinterpommern einsandte, erwähnte ich auch beiläufig die damals eben beginnende Agitation für die Ersatzwahl im Wahlkreise Stolp-Lauenburg und äußerte die Ansicht, daß die Konservativen den Sieg davontragen würden. Diese Ansicht stützte sich theils darauf, daß der Kreis, seitdem er 1848 Lothar Bucher in die preußische Nationalversammlung gesandt hatte, im Land- wie im Reichstage immer konservativ vertreten gewesen ist, theils aber auch darauf, daß trotz der in der arbeitenden Landbevölkerung vorhandenen Gährung die soziale Macht des Junkerthums noch zu stark sei für einen wirklichen Umschwung der politischen Machtverhältnisse. Gleichwohl hat sich ein solcher Umschwung vollzogen; bei der nunmehr stattgehabten Wahl ist der Großgrundbesitzer v. d. Osten mit nur 7868 Stimmen dem Bauern Dau mit 11 861 Stimmen erlegen.

Absichtlich hebe ich die soziale und nicht die politische Stellung der beiden Kandidaten hervor, denn nicht in dieser, sondern in jener liegt der eigentliche Schwerpunkt der bedeutsamen Wahlschlacht. Die Betonung dieses Punktes ist um so nothwendiger, als ihn die freisinnigen und die konservativen Blätter in dem homerischen Wortstreite, in welchem sie augenblicklich liegen, gleich behutsam umgehen. Wenn in nichts anderem, so sind beide Theile doch darin einig, daß der Ausfall der Wahl der Agitation der freisinnigen Partei als solcher zuzuschreiben ist. Und beide haben gute Gründe, diese Auffassung in den Vordergrund zu schieben. Die Freisinnigen wollen sich in ihrem kummervollen Dasein einmal wieder an der weltbezwingenden Macht ihrer glorreichen Prinzipien berauschen, und die Konservativen wollen viel lieber einmal von den demagogischen Teufeleien einer „revolutionären" Partei überrumpelt sein, als — eine feierliche Absageerklärung der bäuerlichen Bevölkerung empfangen haben.

Gerade hier aber liegt ihr Hase im Pfeffer. Der Wahlkampf wurde nicht geführt: Freisinnig oder auch nur Liberal gegen Konservativ, sondern: Bauer gegen Großgrundbesitzer. Herr Dau hat sich wohlweislich gehütet, sich als freisinnigen Kandidaten zu bekennen und auch seinen Liberalismus haben er und seine Agitatoren nur ganz im Allgemeinen und nur insofern betont, als es den Gegensatz zu dem *konservativen* Gegenkandidaten zu markiren galt. Thatsächlich drehte sich die Agitation ausschließlich um die Frage, ob ein Bauer oder ein Großgrundbesitzer ein besserer Vertreter der bäuerlichen Klassenintereссen sei, und nur insoweit, als die freisinnige Agitation ganz geschickt und treffend nachwies, daß die Großgrundbesitzer im Land- und Reichstage die Bauerninteressen allemal verrathen haben, ist der Sieg des Herrn Dau der Agitation der freisinnigen Partei zuzuschreiben, die im Uebrigen ihre kapitalistischen Grundsätze ebenso wohlweislich in der Tasche behielt, wie Herr Dau seine jetzt nach erfolgtem Sieg mit solchem Halloh ausposaunten freisinnigen Prinzipien.

Mit dieser Richtigstellung der Thatsachen soll keineswegs der freisinnigen Partei eins ausgewischt werden. Sie nimmt, was sie bekommen kann, und sie muß im Gegentheil gelobt werden, wenn sie die Bauern davor warnt, den Bock zum Gärtner zu machen. Nur sollte sie es nachträglich nicht gar so ängstlich vertuschen, daß sie genau dasselbe gethan hat, was sie den klassenbewußten Arbeitern zum bittersten Vorwurfe zu machen pflegt, daß sie nämlich den — regulären Klassenkampf in den politischen Streit eingeführt hat. Wie oft ist sie in den sechziger Jahren, namentlich als Lassalle aufgetreten war und die ganze Arbeiterschaft von Berlin noch ihr anhing, darum angegangen worden, doch auch einmal einen ihr getreuen Arbeiter namentlich in dem sechsten Wahlkreise von Berlin wählen zu lassen, und wie regelmäßig hat

sie sich um dergleichen Ansinnen in derselben geistreichen Weise herumgedrückt, in welcher Herr v. Below-Soleske — vergl. den Artikel „Aus Agrarierland“ in Nr. 4[...] der „Neuen Zeit“ von 1890/91 — sich um das Ansinnen herumdrückte, doch auch einmal einen Bauern in dem bisher befestigtsten Wahlkreise der Junkerpartei wählen zu lassen! So sorgsam vermied sie damals selbst den Schein eines Zugeständnisses an der Auffassung, daß es in politischen Fragen Klassenunterschiede geben könne. Jetzt hat sie sich eines Besseren besonnen, zwar keineswegs, soweit es sich um Fabrikanten und Arbeiter, aber wohl, soweit es sich um Großgrundbesitzer und Bauern handelt. Und dieser Fortschritt ist um so mehr anzuerkennen, als er keineswegs von heute und gestern datirt. Von anderen Provinzen ganz abgesehen, so hat die freisinnige Partei allein in Pommern, außer Stolp-Lauenburg, schon zweimal altangestammte Junker-Wahlkreise im Sturm genommen, nämlich Greiffenberg und Stralsund. Wohlgemerkt, nur bei Nachwahlen und nur, um sie bei den nächsten allgemeinen Wahlen wieder im Sturm zu verlieren. Das macht: die freisinnige Partei kann sich nur bei einzelnen Wahlen und nur in ländlichen Kreisen den Luxus des Klassenkampfes gestatten; bei den allgemeinen Wahlen und namentlich in städtischen Kreisen muß sie, wenn es ihren kapitalistischen Interessen nicht von allen Seiten in die Bude hageln soll, krampfhaft daran festhalten, daß es ein unverzeihliches Verbrechen sei, Klassenunterschiede in den politischen Kampf zu tragen.

Aber deshalb darf das Verdienst nicht verkannt werden, welches sie sich eben im Wahlkreise Stolp-Lauenburg erworben hat. Sie ist die Nächste zu der nächsten Aufgabe, die politisch auf dem platten Lande zu lösen ist, zu der Aufgabe, die Bauern über den Unterschied der bäuerlichen von den junkerlichen Klasseninteressen aufzuklären. Je gründlicher sie diese Aufgabe löst, um so kräftigerer Beifall muß ihr von denen gespendet werden, welche den ländlichen Knechten und Tagelöhnern klar zu machen haben, daß deren proletarische Klasseninteressen sich grundtief unterscheiden sowohl von den junkerlichen als auch von den bäuerlichen Klasseninteressen. Die freisinnige Presse ist sehr entrüstet darüber, daß sozialdemokratische Blätter ihren Sieg in Stolp-Lauenburg als „Vorfrucht“ der Sozialdemokratie angesprochen haben: sie meint, die Wähler des Herrn Dau würden niemals in das sozialdemokratische Lager übergehen. Sicherlich nicht; mindestens ein Theil dieser Wähler wird im gegebenen Falle sogar lieber in das Junkerlager zurückkehren, gemäß dem Grundsatze des Herrn Virchow, daß die Junker der freisinnigen Partei näher stehen, als die klassenbewußten Arbeiter. Aber deshalb wird das glückliche Vorbild, welches die freisinnige Partei mit dem Klassenkampfe in den ostelbischen Wahlkreisen gegeben hat, keineswegs verloren sein; es wird weiter wirken und den Tagelöhnern gerecht sein lassen, was den Bauern billig ist; sollte darüber aber der freisinnigen Partei der Athem ausgehen, so wird sie sich allerdings bescheiden müssen, nur „Vorfrucht“ gewesen zu sein.

Feuilleton.

Ruben Sachs.

(Nachdruck verboten.)

Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von **Amy Levy.**

Aus dem Englischen.

(Fortsetzung.)

X. Kapitel.

Träge kam Leopold Leuniger durch Chancery Lane einher geschlendert, den Hut in den Nacken geschoben, Kummer im ausdrucksvollen Antlitz und Niedergeschlagenheit in seinem ungraziösen charakteristischen Gang und in der Haltung seines malerischen Kopfes verrathend, der, wir müssen es gestehen, etwas zu groß für die kleine schmächtige Gestalt war. An dem nach Lincoln's Inn führenden Thorweg bog er ein und ging nach New Square, wo Rubens Bureaus gelegen waren.



Nr. 8. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Krach über Krach.

♂ Berlin, 11. November 1891.

Es kracht immer noch weiter. Wer in diesem Herbste eine Chronik der bürgerlichen Gesellschaft von Berlin schreiben will, der muß wohl oder übel eine chronique scandaleuse schreiben. Die Villen des Thiergartens legen Werth darauf, pünktlichst und in jedem Betrachte zu beweisen, daß sie zur heutigen Ordnung der Dinge ebenso organisch gehören, wie die Verbrecherkeller der Veteranenstraße. In den zierlichsten Schmuckkästchen unseres städtischen Parkes hausten die Bankiers, die eben wegen schmählichen Betruges in die Untersuchungshaft abgeführt worden sind oder die sich selbst aus dieser Welt expedirt haben.

Der letzte Sonntag war ein böser Tag für die „oberen Zehntausend" von Berlin. Es lastete auf ihnen wie die unheimliche Ahnung des jüngsten Gerichts. Erst der Krach des „superfeinen" Bankhauses Hirschfeld & Wolff, dann der Krach des „nicht feinen" Hauses Friedländer & Sommerfeld, dort die Verhaftung eines Mannes, dem nach sechzig Jahren lukullischer Verschwendung noch ein Lebensabend in den Mauern des Zuchthauses lebenswerth erscheint, hier der Doppel-Selbstmord zweier Brüder, und zu alledem die Aussicht, daß die neue Woche einen Sturm auf sämmtliche Bankhäuser bringen und sie dutzendweise über den Haufen stürzen würde — was wunder, daß selbst die eisernen Nerven abgehärteter Börsenwölfe erbebten und die kapitalistische Presse alle Fühlhörner einzog. Aber heute nach drei Tagen glauben sie sicher zu sein, daß die Hefe des Kelches noch einmal an ihnen vorübergegangen ist, und in jenem schnellen Wechsel der Stimmung, welche verzweifelten Spielern eigen zu sein pflegt, beginnen sie schon wieder übermüthig zu werden. „Das Gewitter hat die Luft gereinigt," „die Spekulationswuth des Publikums trägt die alleinige Schuld," „die Hyänen des Schlachtfeldes schleichen auf dem Kapitalmarkte," so klingt es aus den Kapitalistenblättern, und wie lange noch, dann wird Herr Ludwig Bamberger als Hoherpriester der Bourgeoisie — die Börse als eine Stätte „echtester Werthschöpfung" feiern und dies geniale Urtheil begründen, wie folgt: „Hier wird der ganze Ernährungsfleiß einer Nation, ihr Arbeiten, Sparen, ihr Erzeugen und Aufhäufen im kondensirtesten Extrakt zusammengefaßt und umgesetzt, die Lebenswärme einer ganzen Weltbewegung in Brennspiegeln aufgefangen, welche mit

ihren heißen Strahlen in der Minute Besitzthümer ausbrüten oder zersetzen. Ohne dies Abstraktions- und Extraktionsvermögen der finanziellen Denkbewegung, ohne das Saug- und Druckwerk der Geldmärkte, wäre der rasche Kreislauf der heute verbrauchten Kapitalmassen gar nicht durchführbar. Nun rechne man noch dazu, daß es zum unentbehrlichen Beruf des Geldmarktes gehört, auch künftigen Werth in gegenwärtigen, Furcht und Hoffnung in Geld umzusetzen, ohne welche der Umschlag und die Schöpfungskraft nur langsam vorankämen — rechne man das alles zusammen, und man wird leicht verstehen, daß das Räderwerk dieser gigantischen Arbeitsstätte nicht auf und nieder gehen kann, ohne auch an den Schicksalen der Einzelnen seine Wunderkraft zu bewähren, seine zerstörende so gut wie seine schöpferische." So sang Herr Bamberger nach dem großen Krache der siebziger Jahre, und so wird er — was gilt die Wette? — wieder singen, wenn sich demnächst aus bürgerlichen Kreisen etwelches Gewimmer der Unglücklichen erheben sollte, deren Knochen durch die „Wunderkraft" der „gigantischen Arbeitsstätte" zermalmt worden sind.

Und wenn es mit dem finanziellen Krache abgethan wäre! Aber in seinen unheimlichen Pausen kracht es noch viel unheimlicher in der Moral, Politik, Poesie der bürgerlichen Gesellschaft. In ihrer anfänglichen Verlegenheit suchte die kapitalistische Presse die Aufmerksamkeit eines verehrlichen Publikums von den schmachvollen Bankbrüchen abzulenken, indem sie einen formidablen Angriff auf die hiesige Polizei unternahm. Dieselben Blätter, welche niemals auch nur mit einer Wimper gezuckt haben, wenn Hunderte von Arbeiterexistenzen durch die Ausweisungen des Sozialistengesetzes vernichtet wurden, traten mit den Geberden eines Marquis Posa vor den Polizeipräsidenten von Richthofen. Ach, und weshalb? Nun, die Schutzleute hatten bei der Enthüllung des Begasbrunnens den Schloßplatz so dicht abgesperrt, daß das „echt freisinnige, aber auch echt patriotische Bürgerthum" nicht als Hurrah-Kanaille hatte hinaufgelangen können. Man kennt die Geschichte des Schloßbrunnens; er steht da als ein Denkmal des Bürgerstolzes vor Königsthronen, als ein Denkmal, daß die „Edelsten und Besten" des erwähnten Bürgerthums einen nach ihrer Wange gezielten Schlag nur mit unterthänigst geknicktem Rückgrate zu pariren wagten. Und zu der Enthüllung dieses Denkmals nicht einmal einen patriotischen Schrei der Begeisterung ausstoßen zu dürfen! Gegen solche „Mißhandlung," solche „polizeiliche Unterdrückung" setzt sich unser Bürgerthum denn doch noch resolut zur Wehre.

Einen Trost aber hat es in allem Leide: es hat wieder einmal die Sozialdemokratie „vernichtet." Und zwar durch die Hand des Herrn Eugen Richter. Die bürgerlichen Blätter entflammen vor Begeisterung über die „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder" dieses kapitalistischen Klopffechters. Die Einen nennen sie ein Meisterwerk der Poesie, die Anderen ein Meisterwerk der Politik, aber darin sind die Einen wie die Anderen einig, daß die Schrift ein Meisterwerk ist. Sie rühmen den „kernigen Humor," das „tiefe Gemüth" des Verfassers. Sogar die „Kölnische Zeitung" und die „National-Zeitung," zwischen denen und Herrn Richter sonst das freundliche Verhältniß von Hund und Katze besteht, stimmen mit ein. Diese „vornehmen" Organe tadeln zwar die kleinkrämerische Reklame, die der Dichter in seinem Schriftchen für sein Persönchen macht, aber sonst preisen sie die „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder" als den reinen Sozialistentod. Herr Richter aber verzeichnet diese Lobsprüche wohlgefällig in seiner „Freisinnigen Zeitung." Es ist der Stolz der „nicht feinen" Firma Friedländer & Sommerfeld darauf, daß die „superfeine" Firma Hirschfeld & Wolff ihre Wechsel diskontirt.

Der „kernige Humor“ und das „tiefe Gemüth“ sind natürlich nur im pickwickischen oder vielmehr im bürgerlichen Sinne zu verstehen. Oder noch genauer: nur im deutsch-bürgerlichen Sinne. In dem bürgerlichen England gab es auch einmal einen genialen Humoristen, der, wie Herr Richter, das Loos der Nähterinnen in der heutigen Gesellschaft besang. Er hieß Thomas Hood, und jeder Leser der „Neuen Zeit“ kennt sein Lied vom Hemde in Freiligrath's meisterhafter Uebersetzung. Aber nach Herrn Richter ist Thomas Hood ein abscheulicher Demagoge. Der deutsche Dichter schildert eine Nähterin Agnes, die ein „Kapitälchen“ von mehr als 2000 Mark durch ihrer Hände Arbeit erworben und auf der Sparkasse angelegt hat. Das ist auch etwa nicht in Folge besonderer Glücksfälle geschehen, sondern Agnes hat einfach den heute landesüblichen Lohn erhalten; ihre „Freundinnen“ verdienen ebenso viel; nur daß sie ihren Lohn „für eigenen Putz, für Ausflüge und Vergnügungen“ vergeuden, während Agnes ihn als weibliches Ideal des Herrn Richter natürlich auf die Sparkasse bringt. Mit dieser wahrheitsgetreuen Schilderung vergleiche man nun einmal die aufreizende Darstellung Hood's:

Schaffen — Schaffen — Schaffen!
Und der Lohn? Ein Wasserhumpen,
Eine Kruste Brot, ein Bett von Stroh,
Dort das morsche Dach — und Lumpen!
Ein alter Tisch, ein zerbrochener Stuhl;
Sonst Nichts auf Gottes Welt!
Eine Wand so bar — 's ist ein Trost sogar,
Wenn mein Schatten nur drauf fällt!

O, draußen nur zu sein,
Wo Viol' und Primel sprießen —
Den Himmel über mir,
Und das Gras zu meinen Füßen!
Ach ja, nur eine Frist,
Wie kurz auch — nicht zur Freude!
Nein auszuweinen mich einmal
So recht in meinem Leide.

Wer hat nun recht, Hood oder Richter? Man schlage die amtlichen Untersuchungen über den Lohn der Frauenarbeit nach, und man wird finden, wer — doch bleiben wir höflich! Bei alledem ist Agnes noch „etwas jung“ zum Heirathen, sagen wir also 17 oder 18 Jahre; heirathete sie zehn Jahre später, so hätte sie nicht nur ein „Kapitälchen,“ sondern schon ein „Kapital,“ nach welchem nicht nur Friedländer & Sommerfeld, sondern selbst schon Hirschfeld & Wolff alle zehn Finger geschleckt haben würden. Und bliebe sie gar unverehelicht, so kann man nur mit Schwindeln daran denken, welchen Reichthum sie sich bis zu ihrem siebzigsten Lebensjahre zusammengenäht haben würde. Alle diese glänzenden Aussichten werden leider dadurch zerstört, daß der Zukunftsstaat in Folge einer siegreichen Revolution der Arbeiter gegründet wird und daß er es sein Erstes sein läßt, das „Kapitälchen“ von Agnes zu konfisziren. Als das resolute Frauenzimmer, welches sie ist, brennt sie aber mit ihrem Schatze, obgleich die Grenzen von der Polizei des Zukunftsstaates so dicht besetzt sind, als wollte der Zar sie bereisen, nach Amerika durch. In den Vereinigten Staaten nämlich, wo nie ein Bismarck die Sozialdemokratie „gemacht“ hat, ist nach Herrn Richter's poetischen Träumen der Zukunftsstaat für ewig unmöglich. Hier arbeitet Agnes in einem Putzgeschäft und ihr Verdienst — man denke! — hebt sich noch „außerordentlich,“ da der deutsche Sozialstaat keinen Flitterstaat produziren läßt und somit die deutsche

Konkurrenz in Putzwaaren für Amerika leistungsunfähig geworden ist. Wir scheiden also von dieser lieblichen Jungfrau, welcher der Dichter den zartesten Schmelz seiner Seele eingehaucht hat, mit dem beruhigenden Bewußtsein, daß sie Dank ihrer treuen Anhänglichkeit an den Kapitalismus auf dem besten Wege ist, Millionärin zu werden.

Soweit über den „kernigen Humor" der „sozialdemokratischen Zukunftsbilder;" nun aber noch etwas über ihr „tiefes Gemüth." Besagte Agnes hat nämlich einen Schwieger-Großvater, der bei seiner verheiratheten Tochter in einem „molligen" Großvaterstuhl seine beschaulichen Tage verbringt. Kommt der Zukunftsstaat, rafft erst den „molligen" Stuhl an sich und steckt dann dessen würdigen Inhaber in eine Altersversorgungsanstalt, die in Schloß Bellevue eingerichtet wird. Aus Gram hierüber verfällt der alte Herr unheilbarem Stumpfsinn, den der Dichter ergreifend schildert. Dieser Großvater hat seinerseits ein Enkeltöchterchen Annie, welche sich Nachts die Decke vom Bette zu strampeln pflegt. Der Zukunftsstaat nimmt in seiner rohen Gleichmacherei auf diese berechtigte Eigenthümlichkeit des Kindes keine Rücksicht und steckt es in eine Kleinkinderbewahranstalt. Nun hat das Unheil seinen Gang. Das Kind strampelt sich Nächtens die Decke vom Bette, wird nicht wieder zugedeckt, erkältet sich und stirbt an der Bräune. Der Schmerz um den Verlust des Kindes macht nun die Mutter Paula wahnsinnig; sie hält sich für die Mörderin, weil sie sich in Bebel's „Frau" verlesen und die sozialdemokratischen Anschauungen in der Familie verfochten hat. Also ganz wie es in Platen's „Verhängnißvoller Gabel" lautet:

Und die Elster fiel in Wahnsinn, weil sie all dies angestiftet.

Ueberhaupt sind die Schicksalsdichter, welche Platen verewigt hat, die Vorbilder des Poeten Richter, und Platen hat auch wohl vorahnend die bürgerlichen Klassen von heute gesehen, als er von einem Publikum sang,

Das auf seinen Schaugerüsten einen Löwen hofft zu schaun,
Aber fast nur schäb'ge Kater schleichen sieht und hört miaun.

Doch genug von dem Poeten Richter und nun noch ein kurzes Wort über den Politiker! Unter den Feinden der Arbeiterklasse ist Herr Eugen Richter von jeher — in diesem Falle muß leider die Höflichkeit der Wahrheit weichen — der schofelste gewesen. Die Führer aller anderen Parteien, die Konservativen Rodbertus und Wagener, die Nationalliberalen Bennigsen und Miquel, die Ultramontanen Jörg und Hitze u. s. w. haben sich doch jeweilig, so gut oder so schlecht sie es konnten, mit der Arbeiterbewegung sachlich auseinander zu setzen gesucht, Herr Eugen Richter aber nie. Schon in seinem ersten Pamphlet gegen dieselbe, der 1865 erschienenen „Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Lassalle's," beginnt er im ersten Kapitel mit einem hämischen Grinsen darüber, daß die Leiche Lassalle's „ohne jede Feierlichkeit auf einem Plan- und Kaluderwagen auf den Kirchhof gebracht und im Beisein mehrerer Polizeibeamten begraben" sei und schließt er das letzte Kapitel, indem er einem „Arbeiter" folgende Kritik von Lassalle's Produktivassoziationen in den Mund legt: „Also kriegt jeder der 500 000 Arbeiter, welche sich die künftigen Minister Schweitzer 2c. aussuchen, dermaleinst von den 100 Millionen Thalern 200 Thaler gegen Zinsen gepumpt, mit denen er in der Produktiv-Genossenschaft unter Polizeiaufsicht zu arbeiten hat. Und das ist die schöne Staatshilfe, durch welche die Arbeiter glücklich werden sollen? Weiter nichts? Danke schön." Nach genau demselben Rezepte: persönliche Gehässigkeiten und sachliche Verdrehungen, selbst da, wo wie bei Lassalle's Produktivassoziationen, sogar seinen Geisteskräften

eine wirksame Polemik möglich war, sind Richter's sämmtliche Kundgebungen gegen die Sozialdemokratie gearbeitet.

Auch die neueste, eben die „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder," nur mit dem Unterschiede, daß dieselbe nicht an die Adresse der Arbeiter gerichtet ist. Herrn Richter's historischer Beruf ist zwar, den handgreiflichen Nachweis zu führen, daß man ein kapitalistischer Pfiffikus und doch ein ökonomischer Nichtswisser sein kann, aber zweierlei weiß er immerhin. Erstens, daß er mit seinem kapitalistischen Treiben längst den letzten Arbeiter aus der freisinnigen Partei hinausgegrault hat und zweitens, daß er keinem Arbeiter die Behauptung von dem „Kapitälchen", das schon „etwas junge" Arbeiterinnen heutzutage ersparen können, in die Hand drücken darf, ohne sie rechts und links um die Ohren geschlagen zu bekommen. Es ist vielmehr der Kleinbürger, den er in den „Sozialdemokratischen Zukunftsbildern" haranguirt, und er muß wohl seine Gründe haben, daß er denselben so eindringlich vor der Arbeiterbewegung graulich zu machen sucht. Die Familie, deren tragischen Untergang im Zukunftsstaate Herr Richter schildert, ist denn auch mit ihrer verhältnißmäßig geräumigen Wohnung, ihrem „historischen Kalbsbraten," wie der Dichter sich ausdrückt, einem „schönen saftigen Kalbsbraten mit Backpflaumen," ihren „molligen Großvaterstühlen", ihren „Kapitälchen" u. s. w. eine kleinbürgerliche Familie. Besonders schlagend zeigt das Schlußtableau der Schrift ihre kleinbürgerliche Adresse. Deutschland wird von Frankreich und Rußland mit Krieg überzogen und nun heißt es: „In Deutschland ist an ausgebildeten Mannschaften, Gewehren, Pulver und Blei kein Mangel. Alles dies ist von dem früheren Regimente reichlich hinterlassen worden. Aber leider mangelt es in Folge des Rückgangs der Produktion und in Folge der Aufzehrung der Vorräthe auf den Eisenbahnen an Kohlen für die Militärtransporte, während die Festungen und Feldintendanturen über Mangel an Fleisch, Mehl und Hafer für den Unterhalt der Truppen klagen." Man sieht: Herr Eugen Richter hat hier die Briefe des „früheren Regiments" gefunden. Genau mit demselben Humbug, der Wehrlosmachung Deutschlands gegenüber Frankreich und Rußland, bekämpfte Bismarck in den Faschingswahlen von 1887 die Opposition. Und da Herr Richter aus eigener schmerzlicher Erfahrung weiß, daß die kleinbürgerlichen Wähler vor diesem Humbug schaarenweise ausrissen, während ihn die Arbeiter einfach verlachten, so ist leicht zu erkennen, auf wen er es mit seiner famosen Kopie Bismärckischer Wahlkünste abgesehen hat.

Aber trotzdem oder vielmehr: deshalb erst recht erweist er sich auch in dieser Schrift als derjenige Feind der Arbeiterklasse, als welcher er schon bezeichnet worden ist. In dramatisch bewegter Weise schildert er, wie die Arbeiterinnen ihren „Reichskanzler" mit „Koth und allerlei Unrath" bewerfen, weil sich derselbe die Stiefeln nicht selbst putzt, sondern aus Mangel an Zeit von einem Anderen putzen läßt. Dieser „Stiefelwichsfrage" sind beiläufig drei Kapitel gewidmet. Die männlichen Arbeiter sind nun gar nach der liebevollen Schilderung des Herrn Richter bodenlose Faullenzer, grüngelbe Neidhämmel und Idioten, wie sie nicht einmal unter den Wilden Australiens zu finden sein dürften; sie schlagen selbst noch den achtstündigen Arbeitstag todt, vertrinken die Zeit, verwüsten Geräthschaften und Material, kurzum verschulden jenen „Rückgang der Produktion," der zum Bankerott und zur Wehrlosigkeit des Zukunftsstaates führt. Fast auf jeder Seite bekundet Herr Richter seine liebenswürdige Ueberzeugung, daß die deutschen Arbeiter nur dann nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft sind, wenn sie durch die Peitsche des Kapitals zu gesetzlich unbeschränktem Scharwerken angetrieben werden. Das sollten die Arbeiter nun

aber auch in seinem Gedächtniß haben, wenn bei den nächsten Reichstagsstichwahlen Herr Richter und Seinesgleichen ihnen um den Bart gehen, auf daß die freisinnige Partei in einer größeren Zahl von Mitgliedern, als eine Droschke bequem fassen kann, in den Reichstag zurückhinke. Krach über Krach, und einem literarisch-politischen Krache, wie ihn die „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder" darstellen, sollte der parlamentarische Krach auf dem Fuße folgen.

Die Rechtlosigkeit der landwirthschaftlichen Arbeiter in Preußen.

Von **Max Schippel.**

I.

Die landwirthschaftlichen Arbeiter sind in Deutschland noch zu keinem organisirten Leben erwacht.

Wohl schwindet auf dem Lande der thierische Stumpfsinn, der sich mit Allem begnügt und in Alles sich wie in eine Unabänderlichkeit zu finden weiß. Tausende von Ausgebeuteten suchen alljährlich, mit oder ohne Kontraktbruch, dem alten Sklavenjoche zu entfliehen, auch wenn das neue kaum weniger drückend ist. Zwischen Grundbesitz und ländlichem Proletariat herrscht vielfach ein ewiger Krieg, der bald offen, bald versteckt, immer jedoch mit einer Verbissenheit sonder Gleichen geführt wird.

Aber es ist noch der alte rohe Kampf, Mann gegen Mann, der hier sich abspielt. *Massen*bewegungen der Unterdrückten kennt er nicht, geschweige denn, daß die in Bewegung gerathenen Elemente sich schon zu einheitlichen klaren *Klassen*forderungen durchgerungen hätten. Nur die betroffenen Nächstbetheiligten stehen unter dem Eindruck dieser Konflikte; was über die Schwelle des *öffentlichen* Bewußtseins dringt, das sind meist nur bestimmte Folgen, welche auch für den Fernerstehenden sich fühlbar machen, wie etwa die „Entvölkerung des platten Landes" oder die wachsende Schwierigkeit, die Armeen aus zuverlässigen Mitgliedern zusammenzusetzen.

Auch in unserer sozialpolitischen Literatur spiegelt sich die vollständig verschiedene Bedeutung der gewerblichen und landwirthschaftlichen Arbeiter für unser öffentliches Leben wieder. Wenn man in den üblichen Compendien und Handbüchern sich über die gesetzliche Ordnung des Arbeitslohns, der Arbeitszeit, des Koalitionswesens zu unterrichten sucht, so findet man wohl eine Menge Bestimmungen für die industriellen Arbeiter und eine ereignißvolle Geschichte der Entwicklung dieser Verhältnisse und Gesetze verzeichnet, aber nichts Aehnliches für das ländliche Proletariat. Dieses hat noch keine Geschichte wie das städtische mit seinen Kämpfen um das Koalitionsrecht, mit seinen Organisationen und Strikes, mit seinem Einfluß auf die Ausgestaltung der „Gewerbe"-Ordnung. Das landwirthschaftliche Proletariat hat in Folge dessen auch keine Entwicklung seines Arbeitsrechts, in der seine Erfolge und seine Machtstellung zum Ausdruck kämen. Alles ist hier seit Generationen beim Alten geblieben, obwohl die wachsende Vermischung und Nebeneinanderstellung von gewerblichen und landwirthschaftlichen Produktionen es immer widersinniger erscheinen läßt, gewerbliche und landwirthschaftliche Arbeiter mit zweierlei Maß zu messen, und obwohl das immer raschere Ausreifen aller modernen Klassengegensätze, auch in der Landwirthschaft, immer klaffender den Widerspruch hervortreten läßt zwischen Dem, was das ländliche Proletariat um seiner Lebensbedingungen willen thun muß, und Dem, was ihm die bestehende Rechtsordnung zu thun gestattet.

Die Konflikte liegen hier in Deutschland auf dem Lande überall in der Luft, wie sie vor einigen Jahrzehnten in den Zeiten der beginnenden Großindustrie und der noch aufrechterhaltenen Koalitionsverbote in den Städten überall in der Luft lagen. Nur daß damals der bürgerliche Liberalismus vielfach noch die Führung der Arbeitermassen und den Kampf gegen die alte gewerbliche Rechtsordnung übernehmen konnte, während heute auf dem Lande nur noch die Sozialdemokratie die richtigen Forderungen stellen und durch die Organisirung des ländlichen Proletariats und ihren auf städtischem Boden gewonnenen Einfluß zum Siege führen kann.

Nach den für sie geltenden Rechtsbestimmungen zerfallen die landwirthschaftlichen Arbeitskräfte in Preußen in zwei große Abtheilungen: Das Gesinde und die übrigen Arbeiter. Für das Gesinde gilt in Preußen in der Hauptsache die Gesindeordnung vom 8. November 1810, für die übrigen Arbeiter das Gesetz vom 24. April 1854.

Leider vermögen wir auch nicht annähernd zu schätzen, welcher Bruchtheil der gesammten Arbeiterschaft unter das eine oder das andere der beiden Gesetze fällt. Die Statistik läßt uns hier im Stiche und dazu kommt noch, daß der übliche Sprachgebrauch und die juristische Begriffsbestimmung sich durchaus nicht decken.

Von der Goltz z. B. unterscheidet hier folgendermaßen*): „Die ländlichen Arbeiter bestehen theils aus **Gesinde**personen, theils aus Tagelöhnern. Erstere haben sich zu bestimmten Dienstleistungen verpflichtet und erhalten dafür, außer einem für feste Termine (Jahr, Monat, Woche) vereinbarten Geldlohn volle Naturalverpflegung seitens ihrer Brotherren. Die Verpflichtung des Gesindes zur Arbeit erstreckt sich nicht auf bestimmte Arbeitsstunden am Tage, sondern dasselbe muß jeder Zeit zur Disposition stehen, falls die Natur der übernommenen Obliegenheit dies erfordert. Gesindepersonen verwendet man daher vorzugsweise zu solchen Verrichtungen, welche sich an bestimmte Tagesstunden nicht binden lassen und bei welchen es zweckmäßig erscheint, daß sie fortdauernd von ebendenselben Leuten ausgeführt werden. Namentlich trifft dies bei allen Arbeiten zu, welche sich auf die Pflege der Thiere und auf den inneren Haushalt beziehen. Als Pferdeknechte, Viehfutterer, Schäfer und zur Besorgung der Kühe benutzt man gewöhnlich und mit Recht Gesindepersonen oder Dienstboten. Ihre Obliegenheiten erfordern es, daß sie Tag und Nacht auf dem Wirthschaftshofe oder in dessen Nähe sich aufhalten müssen, da ihre Hilfe jeden Augenblick gebraucht werden kann. Hieraus folgt die Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit, daß das Gesinde auf dem Hofe selbst wohnt und von dem Gutsherrn volle Naturalverpflegung empfängt. Damit hängt gleichzeitig der Umstand zusammen, daß das Gesinde gewöhnlich unverheirathet ist. Die Hergabe von Wohnung und Naturalverpflegung an verheirathete Personen ist ebenso schwierig als kostspielig; von verheiratheten Personen ist es auch kaum zu verlangen, daß sie jeder Zeit zur Disposition stehen. Der Gesindedienst liegt zumeist in den Händen jüngerer Leute und ist gewöhnlich eine Durchgangsstellung. Denn fast alle ländlichen Arbeiter haben vor ihrer Verheirathung eine Zeit lang als Gesinde fungirt. . . . Die **Tagelöhner** zerfallen in freie Arbeiter und in kontraktlich gebundene. Beide charakterisiren sich dadurch, daß sie während bestimmter Arbeitsstunden täglich bei allen etwa vorkommenden landwirthschaftlichen Verrichtungen thätig sein müssen und dafür einen Lohn empfangen, welcher entweder

---

*) Schönberg's Handbuch der politischen Oekonomie.

blos in baarem Gelde oder außerdem noch in Naturalien besteht. Der Geldlohn wird immer für den einzelnen Arbeitstag berechnet, während der Naturallohn häufig für eine längere Arbeitsperiode oder für die ganze Jahresleistung gewährt wird. Die freien Arbeiter sind durch keinen bestimmten Dienstvertrag gebunden; sie erhalten von dem Arbeitgeber für jeden geleisteten Arbeitstag den verabredeten Lohn und beide Theile können jeder Zeit das Arbeitsverhältniß lösen. Die freien Arbeiter wohnen gewöhnlich in Dörfern, sei es zur Miethe, sei es als Besitzer eines eigenen Hauses oder Grundstücks..... Die kontraktlich gebundenen Arbeiter führen in den verschiedenen Gegenden sehr abweichende Bezeichnungen: Gutstagelöhner, Hoftagelöhner, Dienstleute, Instleute, Insten, Gärtner u. s. w. Dieselben stehen in einem festen, meist halbjährlich kündbaren Kontraktsverhältniß zu dem Gutsherrn.... Die Gutstagelöhner sind besonders in den Gegenden mit vorherrschendem Großgrundbesitz verbreitet. In den preußischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern, Brandenburg, ferner in Mecklenburg bilden sie das Hauptkontingent der ländlichen Arbeiter; auch in einzelnen Theilen Hannovers, in Schleswig-Holstein und in Lauenburg sind sie zahlreich vorhanden.... Gesindepersonen sind verhältnißmäßig am zahlreichsten dort, wo der bäuerliche Besitz, namentlich der geschlossene, überwiegt.... Da der bäuerliche Grundbesitz im mittleren und südlichen Deutschland weit zahlreicher ist, als im nördlichen und besonders im nordöstlichen, so erklärt es sich, weshalb das Gesinde dort einen größeren Prozentsatz der Arbeiterbevölkerung ausmacht als hier."

Die preußische Rechtsprechung hat dahin entschieden, daß nur wer „in die Familie als vertragsmäßiges Glied derselben eintritt, als Gesinde angesehen werden kann."*) Auch Förster in seiner „Theorie und Praxis des heutigen gemeinen preußischen Privatrechts" sagt, daß „Gesinde überhaupt nur im Familienverhältniß angenommen werden kann."

Danach würde im ostelbischen Preußen die Gesindeordnung zweifellos nur auf die Minderzahl der landwirthschaftlichen Arbeiter anwendbar sein.

Doch wenden wir uns nun zum Inhalt der Gesetze selbst.

Von der preußischen Gesindeordnung sind besonders folgende Bestimmungen über Lohn und Kost, über Arbeits- und sonstige Verpflichtungen hervorzuheben — mit der erledigten Arbeit sind bekanntlich die Pflichten des Gesindes noch lange nicht erfüllt:

Lohn und Kost.

§ 32. Der Lohn, Kostgeld oder die Beköstigung des städtischen und ländlichen Gesindes ohne Ausnahme hängt blos von freier Uebereinkunft bei der Vermiethung ab.

§ 33. Insofern bei der Vermiethung nichts Bestimmtes hierüber abgemacht ist, muß dasjenige an Lohn, Kostgeld oder Beköstigung gewährt werden, was einem Gesinde derselben Klasse an dem Orte zur Zeit der Vermiethung der Regel nach gegeben wurde. Was in dieser Rücksicht Regel sei, bestimmt die Polizeiobrigkeit des Orts.

§ 34. Weihnachts-, Neujahrs- und andere dergleichen Geschenke kann das Gesinde auch auf Grund eines Versprechens niemals gerichtlich einklagen.

§ 36. In allen Fällen, wo Weihnachts- oder Neujahrsgeschenke während eines Dienstjahres schon wirklich gegeben worden, kann die Herrschaft dieselben auf den Lohn anrechnen, wenn der Dienstvertrag im Laufe des Jahres durch die Schuld des Gesindes wieder aufgehoben wird.

---

*) Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 2. Dez. 1876.

Pflichten in und außer dem Dienst.

§ 57. Gemeines Gesinde, welches nicht ausschließend zu gewissen bestimmten Geschäften gemiethet worden, muß sich allen häuslichen Verrichtungen nach dem Willen der Herrschaft unterziehen.

§ 58. Allen zur herrschaftlichen Familie gehörenden, oder darin in bestimmten Verhältnissen oder blos gastweise aufgenommenen Personen ist es diese Dienste zu leisten schuldig.

§ 59. Dem Haupte der Familie kommt es zu, die Art und Ordnung zu bestimmen, in welcher die zur Familie Gehörigen oder nach § 58 in ihr Aufgenommenen diese Dienste gebrauchen sollen.

§ 60. Auch Gesinde, welches zu gewissen Arbeiten oder Diensten angenommen ist, muß dennoch auf Verlangen der Herrschaft andere häusliche Verrichtungen mit übernehmen, wenn das dazu bestimmte Nebengesinde durch Krankheit oder sonst auf eine Zeit lang daran verhindert wird.

§ 65. Fügt das Gesinde der Herrschaft vorsätzlich oder aus grobem oder mäßigem Versehen Schaden zu, so muß es denselben ersetzen.

§ 68. Wegen der Entschädigung, zu welcher ein Dienstbote verpflichtet ist, kann die Herrschaft an den Lohn desselben sich halten.

§ 69. Kann der Schade weder aus rückständigem Lohn, noch aus anderen Habseligkeiten des Dienstboten ersetzt werden, so muß er denselben durch unentgeltliche Dienstleistungen auf eine verhältnißmäßige Zeit vergüten.

§ 70. Auch **außer seinen Diensten** ist das Gesinde schuldig, der Herrschaft Bestes zu befördern, Schaden und Nachtheil aber, soviel an ihm ist, abzuwenden.

§ 71. Bemerkte Untreue des Nebengesindes ist es der Herrschaft anzuzeigen verbunden.

§ 72. Verschweigt es dieselbe, so muß es für allen Schaden, welcher durch die Anzeige hätte verhütet werden können, bei dem Unvermögen des Hauptschuldners selbst haften.

§ 73. Allen häuslichen Einrichtungen und Anordnungen der Herrschaft muß das Gesinde sich unterwerfen.

§ 74. Ohne Vorwissen und Genehmigung der Herrschaft darf es sich auch in eigenen Angelegenheiten vom Hause nicht entfernen.

§ 75. Die dazu von der Herrschaft gegebene Erlaubniß darf nicht überschritten werden.

§ 76. Die Befehle der Herrschaft und ihre Verweise muß das Gesinde mit Ehrerbietung und Bescheidenheit annehmen.

§ 77. Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Benehmen zum Zorn und wird es in selbigem von ihr mit **Scheltworten** oder geringen **Thätlichkeiten** behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern.

§ 78. Auch solche Ausdrücke oder Handlungen, die zwischen anderen Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermuthung, daß sie die Ehre des Gesindes habe kränken wollen.

§ 79. Außer in dem Falle, wo das Leben oder die Gesundheit des Dienstboten durch **Mißhandlungen** der Herrschaft in gegenwärtige und unvermeidliche Gefahr geräth, darf es sich der Herrschaft nicht thätlich widersetzen.

Diese landwirthschaftlichen Arbeiter kennen also keine geregelte Arbeitszeit und keine feste Umgrenzung ihrer Thätigkeit; sie müssen zu jeder Tages- und Nachtstunde, Wochentags wie Sonntags, zur Hand sein und zu jeder Verrichtung sich hergeben, auch auf Verlangen Fremder, die zufällig am Haushalte der Herrschaft Theil nehmen. Ihr Lohn ist ihnen durchaus nicht sichergestellt; das ausbedungene Weihnachts- oder Neujahrsgeschenk, meist ein ganz beträchtlicher Theil ihres Geldlohnes, kann ihnen nach Belieben wieder verweigert werden; sogar

nach bereits geschehener Auszahlung darf es die „Herrschaft“ wieder vom sonst fälligen Lohn abziehen. Jeder bei der Arbeit entstandene Schaden kann ebenfalls den Lohn kürzen.

Gegen das Mitgesinde sind diese Arbeiter zu Denunziationen verpflichtet, sonst kann wiederum ihr Lohn beschnitten werden. Scheltworte und Thätlichkeiten, welche sonst gerichtlich geahndet werden und welche den gewerblichen Arbeiter zum sofortigen Verlassen seiner Arbeit berechtigen (Gewerbeordnung § 124, 2) haben sie ruhig einzustecken; nur wenn Leben oder Gesundheit in unmittelbare Gefahr geräth, dürfen sie sich gegen Mißhandlungen wehren. Da mit dem Abend ihre Arbeitspflicht nicht erlöscht, so dürfen sie sich nur „mit Genehmigung“ vom Hause entfernen. Wenn das Gesinde „wiederholentlich ohne Vorwissen und Erlaubniß der Herrschaft über Nacht aus dem Hause geblieben ist“ (§ 125), oder „ohne Erlaubniß seines Vergnügens wegen ausläuft, oder ohne Noth über die erlaubte Zeit ausbleibt“ (§ 129), so giebt das der Herrschaft das Recht zu sofortiger Entlassung. Ein freier Sonntag ist ihnen gesetzlich nicht gesichert. Nur einige Stunden ihrer gesammten Lebenszeit sind der freien Verfügung ihrer Ausbeuter gesetzlich entzogen, aber diese belegt sofort die Kirche mit Beschlag. So lautet denn die einzige Bestimmung der Gesindeordnung, welche eine gewisse Beschränkung der Arbeitszeit festsetzt:

> § 84. Die Herrschaft muß dem Gesinde die nöthige Zeit zur Abwartung des öffentlichen Gottesdienstes lassen und dasselbe dazu fleißig anhalten.

Das ist, soweit rechtliche Bestimmungen in Frage kommen, das Arbeitsverhältniß der Gesindepersonen. Und wie können sie es lösen? Wie können sie, wenn sie wollen, das Joch abschütteln? Der gewerbliche Arbeiter hat seine vierzehntägige Kündigung; gefällt ihm etwas nicht, so braucht er es höchstens noch vierzehn Tage zu ertragen. Der Gesindevertrag in der Landwirthschaft läuft, wenn „nichts Besonderes verabredet worden, auf ein ganzes Jahr“ (§ 41). „Die Aufkündigungsfrist wird . . . . auf drei Monate vor dem Ablaufe der Dienstzeit angenommen, insofern ein Anderes bei der Vermiethung nicht ausdrücklich verabredet ist“ (§ 112). Wohlgemerkt, diese Kündigungsfrist bezieht sich eigentlich nur auf die Nichterneuerung des Vertrags: ist diese Art der Aufkündigung nicht erfolgt, so wird der Vertrag „als stillschweigend verlängert“ angesehen, und zwar „auf ein ganzes Jahr“ (§§ 114, 115). Ein Ausscheiden ist vor dem Ende des Dienstjahres, selbst bei dreimonatlicher Kündigung, nur unter ganz besonderen Umständen gestattet, und zwar:

> § 145. Wenn die Herrschaft den bedungenen Lohn in dem festgesetzten Termine nicht richtig bezahlt.
>
> § 146. Wenn die Herrschaft das Gesinde einer öffentlichen Beschimpfung eigenmächtig aussetzt.

Also, wo für den gewerblichen Arbeiter selbst die vierzehntägige Kündigungsfrist in Wegfall kommt (§§ 124, 4 und 124, 2 der Reichsgewerbeordnung), bleibt für das Gesinde eine dreimonatliche Kündigungsfrist aufrecht erhalten! Man denke, nach „öffentlichen“ Beschimpfungen — Scheltworte und geringe Thätlichkeiten sind, wie erwähnt, durchaus statthaft — und nach Vorenthaltung des Lohnes noch die Pflicht, drei Monate lang sich Aehnliches weiter bieten zu lassen! Ohne diese langfristige Kündigung kann das Gesindepersonal — von unsittlichen Zumuthungen und besonderen Familienzufällen abgesehen — nur dann die Stätte seiner Qualen verlassen:

> § 136. Wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit verletzt worden;

§ 137. Wenn die Herrschaft dasselbe auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte behandelt hat;

§ 140. Wenn die Herrschaft dem Gesinde das Kostgeld gänzlich (!) vorenthält, oder ihm selbst die nothdürftige Kost verweigert.

Dafür erfreut sich aber die Herrschaft des ausgedehntesten gesetzlichen „Schutzes." Zunächst steht ihr das Recht der Kündigung beliebig frei, während für das Gesinde dieses Recht während drei Viertel des Jahres so gut wie ganz aufgehoben ist. „Vor Ablauf der Dienstzeit, aber doch nach vorhergegangener Aufkündigung" kann nämlich die Herrschaft einen Dienstboten entlassen:

§ 143. Wenn demselben die nöthige Geschicklichkeit zu den, nach seiner Bestimmung ihm obliegenden Geschäften ermangelt;

§ 144. Wenn nach geschlossenem Miethsvertrage die Vermögensumstände der Herrschaft in Abnahme gerathen.

Das heißt schließlich weiter nichts wie: die Herrschaft kann jeder Zeit kündigen, wenn ihr eine bestimmte Gesindeperson nicht paßt oder wenn sie an Gesinde „sparen" will. Dazu hat, von sittlichen und gesundheitlichen Befürchtungen auch hier abgesehen, die Herrschaft weiter das Recht, das Gesinde ohne Kündigung sofort zu entlassen:

§ 117. Wenn dasselbe die Herrschaft oder deren Familie durch Thätlichkeiten, Schimpf- oder Schmähworte oder ehrenrührige Nachreden beleidigt, oder durch boshafte Verhetzungen Zwistigkeiten in der Familie anzurichten sucht;

§ 118. Wenn es sich beharrlichen Ungehorsam und Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft zu Schulden kommen läßt;

§ 119. Wenn es sich den zur Aufsicht über das gemeine Gesinde bestellten Hausoffizianten mit Thätlichkeiten oder groben Schimpf- und Schmähreden in ihrem Amte widersetzt;

§ 125. Wenn es wiederholentlich ohne Vorwissen und Erlaubniß der Herrschaft über Nacht aus dem Hause geblieben ist;

§ 126. Wenn es mit Feuer und Licht gegen vorhergegangene Warnung unvorsichtig umgeht;

§ 129. Wenn das Gesinde ohne Erlaubniß der Herrschaft seines Vergnügens wegen ausläuft, oder ohne Noth über die erlaubte oder zu dem Geschäft erforderliche Zeit ausbleibt. . . .

§ 131. Wenn dem Dienstboten diejenige Geschicklichkeit gänzlich mangelt, die er bei der Vermiethung auf Befragen zu besitzen ausdrücklich angegeben hat;

§ 134. Wenn die Herrschaft von dem Gesinde bei der Annahme durch Vorzeigung falscher Zeugnisse hintergangen worden;

§ 135. Wenn das Gesinde sich in seinem nächstvorhergehenden Dienste eines solchen Betragens, weshalb dasselbe nach §§ 117—128 hätte entlassen werden können (!), schuldig gemacht und die vorige Herrschaft dieses in dem ausgestellten Zeugnisse (Gesindebuche) verschwiegen, auch das Gesinde selbst es der neuen Herrschaft bei der Annahme nicht offenherzig bekannt hat.

Das sind alles Waffen für den Besitz, welche man den ökonomisch schwächeren Arbeitern ausdrücklich versagt. Man beachte nur den einen Gegensatz, daß das Gesinde auf Scheltworte und Schläge hin nicht einmal durch dreimonatliche Kündigung reagiren darf, während die Herrschaft zur sofortigen Entlassung zu schreiten berechtigt ist — woneben ihr selbstverständlich noch das Klagerecht bleibt, welches dem Gesinde ebenfalls versagt ist. Man beachte weiter, daß selbst das Benehmen „im vorhergehenden Dienste," die „mangelnde Geschicklichkeit" und das Ausbleiben über die erlaubte oder für nöthig befundene Zeit hinaus der Herrschaft als Entlassungsgrund zugestanden ist und man wird einräumen, daß der „Schutz" der landwirthschaftlichen Unternehmer hier allerdings nichts mehr zu wünschen übrig läßt.

Freilich ist früher manches noch ärger gewesen. Früher fiel der Herrschaft dem Gesinde gegenüber sogar die richterlich-polizeiliche Befugniß der Haussuchung zu. Das preußische Ministerial-Reskript vom 2. Dezember 1824 bezeichnet es noch als zweifellos, „daß die Dienstherrschaft, wie auch bisher ohne Anstand geschehen ist, berechtigt ist, die Nachsuchung der in ihrer Wohnung befindlichen Koffer und übrigen Behältnisse des Dienstboten vorzunehmen." Diese Befugniß ist heute allerdings, als in Widerspruch mit anderen Gesetzen stehend, hinfällig geworden, obwohl sie thatsächlich zweifellos noch oft zur Anwendung kommt. Ferner war früher auch die Prügel- und Beleidigungsberechtigung eine viel umfassendere. Nach dem Allgemeinen Preußischen Landrecht konnte die Herrschaft „faules, unordentliches und widerspänstiges Gesinde durch mäßige Züchtigungen zu seiner Pflicht anhalten, auch dieses Recht ihren Pächtern und Wirthschaftsbeamten übertragen;" und weiter durfte sie „ungebührliches" Betragen des Gesindes mit Scheltworten und geringen Thätlichkeiten ahnden. Hier ist die Prügelstrafe also noch als patriarchalisches Erziehungsmittel gebilligt, während sie heute nur mehr als vereinzelte Zornesäußerung gesetzliche Anerkennung findet.

Aber welch' eine Kluft zwischen den bestehenden Bestimmungen und der heutigen Rechtsanschauung, selbst der herrschenden! Welch' ein Abstand zwischen dem Rechte der gewerblichen und dieser landwirthschaftlichen Arbeiter! Jede Fabrikarbeiterin ist eine rechtlich Privilegirte gegen die Magd und den Knecht auf dem Lande.

Das ergiebt sich schon aus dem bisher mitgetheilten, aus dem Verhältniß des Gesindes zu seiner jeweiligen Herrschaft. Es ergiebt sich aber erst recht aus den Bestimmungen über die Stellung der Polizei zum Gesinde, über die Behandlung des sogenannten Kontraktbruches, über das Recht der Koalition beim Gesinde.

Da diese Bestimmungen vielfach dieselben oder ähnliche sind wie bei den übrigen landwirthschaftlichen Arbeitern, so wenden wir uns zunächst dem hierfür maßgebenden Gesetze vom 24. April 1854 zu.

Zu Hegel's sechzigstem Todestag.

Von **G. Plechanow.**

(Fortsetzung.)

Jedesmal, wenn Hegel dazu kommt, ein großes historisches Volk zu charakterisiren, offenbart er ein allseitiges Wissen und einen ungemeinen Scharfblick. Er liefert wahrhaft glänzende und zugleich höchst lehrreiche Charakteristiken, im Vorbeigehen mit voller Hand eine Menge der werthvollsten Bemerkungen über die verschiedenen Seiten der Geschichte des behandelten Volkes ausstreuend. Der hingerissene Leser vergißt beinahe, daß er es mit einem Idealisten zu thun hat, und ist gern bereit, anzuerkennen, daß Hegel wirklich „die Geschichte nimmt, wie sie ist," daß er streng an der Regel festhält: „historisch, empirisch zu verfahren." Wozu braucht aber Hegel dies historische, empirische Verfahren? — Um die Eigenschaften des Geistes des gegebenen Volkes herauszufinden. Der Geist eines bestimmten Volkes ist nun für Hegel, wie wir bereits wissen, weiter nichts als eine Stufe in der Entwicklung des allgemeinen Geistes, die Eigenschaften des Letzteren aber werden keineswegs aus dem konkreten Material der Weltgeschichte heraus bestimmt, sondern von Außen her als ein fix und fertiger, vollkommen in sich abgeschlossener Begriff in die Weltgeschichte hineingetragen. Dies führt nun zu Folgen-

dem: so lange die Geschichte den Begriff des allgemeinen Geistes und den Entwicklungsgesetzen dieses Geistes nicht widerspricht, wird sie allerdings genommen, „wie sie ist." Jedesmal aber, wenn die Geschichte — wir sagen nicht: den Entwicklungs-„Gesetzen" des allgemeinen Geistes widerspricht — sondern einfach das Geleise dieser Entwicklung verläßt, sich als etwas von der Hegel'schen Logik und Metaphysik Unvorhergesehenes zeigt, wird sie außer Acht gelassen. Ein solches Verfahren müßte, sollte man meinen, Hegel wenigstens vor Widersprüchen mit sich selbst bewahren. Dies ist indeß nicht immer der Fall: Hegel ist auch von solchen Widersprüchen nicht frei. — So äußert er sich zum Beispiel über die religiösen Vorstellungen der Indier wie folgt: „Liebe, Himmel, genug, alles Geistige wird von der Phantasie des Indiers einerseits vorgestellt, aber andererseits ist ihm das Gedachte ebenso sinnlich da, und er versenkt sich durch Betäubung in dieses Natürliche. Die religiösen Gegenstände sind so entweder von der Kunst hervorgebrachte scheußliche Gestalten oder natürliche Dinge. Jeder Vogel, jeder Affe ist der gegenwärtige Gott, ein ganz allgemeines Wesen. Die Indier sind nämlich unfähig, einen Gegenstand in verständigen Bestimmungen festzuhalten, denn dazu gehört schon Reflexion."*) Der Thierdienst der Indier wird also von Hegel dadurch erklärt, daß der Geist des indischen Volkes eine der niedrigsten Stufen in der Entwicklung des allgemeinen Geistes darstellt. Die alten Perser, die das Licht, sowie auch „Sonne, Mond und fünf andere Gestirne" ... als „verehrte Bilder der Ormuzd" vergötterten, nehmen deshalb bei Hegel einen höheren Rang ein als die Indier. Hören wir nun aber, was er über den Thierdienst der Aegypter sagt: „Der Kultus ist vornehmlich Thierdienst. ... Für uns ist der Thierdienst widrig; wir können uns an die Anbetung des Himmels gewöhnen, aber die Verehrung der Thiere ist uns fremd. ... Dennoch ist es gewiß, daß die Völker, welche die Sonne und die Gestirne verehrt haben, auf keine Weise höher zu achten sind als die, welche das Thier anbeten, sondern umgekehrt, denn die Egypter haben in der Thierwelt das Innere und Unbegreifliche angeschaut."**) Derselbe Thierdienst wird also von Hegel ganz verschieden beurtheilt, je nachdem es sich um Indier oder um Egypter handelt. Warum nun das? Haben denn die Indier die Thiere wirklich auf eine ganz andere Art verehrt als die Egypter? Keineswegs! Die Sache erklärt sich einfach daraus, daß der egyptische Geist eine Uebergangsstufe zum griechischen bilden soll und demgemäß einen verhältnißmäßig hohen Rang in der Hegel'schen Klassifikation einnimmt: er darf also nicht dieselben Schwächen aufweisen, wie der niedrig stehende indische Geist. — Ferner finden wir bei Hegel auch eine ganz verschiedene Beurtheilung der Kasten, je nachdem es sich um indische oder um egyptische Kasten handelt. Die Kasten der Indier „werden zu natürlichen Unterschieden," deshalb werden die Individuen in Indien „noch selbstloser" als in China, wo die nicht beneidenswerthe Gleichheit Aller vor dem Despoten herrscht. Die Kasten der Egypter dagegen „sind nicht starr, sondern im Kampf und in Berührung mit einander: wir finden oft eine Auflösung und ein Widerstreben derselben." Indeß ist schon aus dem, was Hegel selbst über die indischen Kasten sagt, zu ersehen, daß es auch dort an Kampf und Berührung nicht ganz fehlte. Nur muß Hegel auch in diesem Falle, wie früher bei Besprechung des Thierdienstes, im Interesse einer willkürlichen Konstruktion, ganz analoge geschichtliche Erscheinungen ganz verschieden beurtheilen. Das ist jedoch noch nicht Alles. Die Achillesferse des Idealismus

*) Philosophie der Geschichte, S. 192—193.
**) A. a. O. S. 258.

tritt in ihrer ganzen Blöße hervor, insbesondere da, wo Hegel die Verschiebung des Schwerpunktes der historischen Bewegung von einem Volke nach dem anderen, oder die Veränderung des inneren Zustandes eines einzelnen Volkes zu erklären hat. In solchen Fällen taucht naturgemäß die Frage auf nach dem „Warum“ dieser Verschiebungen und Veränderungen, und als Idealist sucht nun Hegel nach einer Antwort in den Eigenschaften des Geistes, dessen Verwirklichung die Geschichte sein soll. Die Frage zum Beispiel, warum Persien zu Grunde ging, während China und Indien sich erhielten, beantwortet Hegel wie folgt: „Zuvörderst muß hier das Vorurtheil entfernt werden, als wenn die Dauer, gegen das Vergehen gehalten, etwas Vortreffliches wäre: die unvergänglichen Berge sind nicht vorzüglicher als die schnell entblätterte Rose in ihrem verduftenden Leben.“ Selbstverständlich können diese Vorbemerkungen in keinem Falle als eine Antwort gelten. Hegel fährt nun also fort: „In Persien beginnt das Prinzip des freien Geistes gegen die Natürlichkeit, und diese natürliche Existenz also blüht ab, sinkt hin; das Prinzip der Trennung von der Natur liegt im persischen Reiche, und es steht daher höher, als jene im Natürlichen versenkten Welten.*) Die Nothwendigkeit des Fortschreitens hat sich dadurch aufgethan: der Geist hat sich erschlossen und muß sich vollbringen. Der Chinese hat erst als Verstorbener Geltung; der Indier tödtet sich selbst, versenkt sich in Brahma, ist lebendig todt im Zustande vollendeter Bewußtlosigkeit, oder ist gegenwärtiger Gott durch die Geburt**), da ist keine Veränderung, kein Fortschreiten gesetzt, denn der Fortgang ist nur möglich durch das Hinstellen der Selbständigkeit des Geistes. Mit dem Lichte der Perser beginnt die geistige Anschauung, und in derselben nimmt der Geist Abschied von der Natur. Daher (sic) finden wir auch hier zuerst . . . daß die Gegenständlichkeit frei bleibt, das heißt, daß die Völker nicht unterjocht, sondern in ihrem Reichthum, ihrer Verfassung, ihrer Religion belassen werden, und zwar ist dies die Seite, in welcher eben Persien gegen Griechenland sich schwach erweist.“***) Nur die letzten Sätze dieser weitläufigen Ausführungen, welche sich auf die innere Organisation des persischen Reiches beziehen und diese als die Ursache der von Persien im Zusammenstoß mit Griechenland bewiesenen Schwäche hinstellen, — nur diese Sätze können als eine Erklärung der historischen Thatsache des Untergangs Persiens angesehen werden. Aber diese Erklärung hat doch mit der idealistischen Geschichtsauffassung Hegel's sehr wenig zu thun: die lockere innere Organisation Persiens ist wohl kaum mit „dem Lichte der Perser“ in Zusammenhang zu bringen. Dort hingegen, wo Hegel seinem Idealismus treu bleibt, ist er im besten Falle blos darauf angewiesen, die zu erklärenden Thatsachen in einen idealistischen Schleier einzuhüllen. — Ebenso unstichhaltig zeigt sich die idealistische Auffassung überall. Betrachten wir noch zum Beispiel die Frage nach der inneren Auflösung Griechenlands. Die griechische Welt war nach Hegel die Welt des Schönen und der schönen Sittlichkeit. Die Griechen waren ein vortreffliches Volk, ihrem Vaterland ergeben und zu großen Thaten fähig. Allein sie vollbrachten große Thaten ohne Reflexion: „Dem Griechen war das Vaterland eine Nothwendigkeit, ohne die er nicht leben konnte; erst später . . . wurden die Prinzipien durch die Sophisten . . . eingeführt: es kam die subjektive Reflexion, das moralische Selbstbewußtsein auf, die Lehre, daß Jeder nach seiner Ueberzeugung handeln müsse.“ Damit beginne eben die Auf-

---

*) Nämlich die chinesische und indische.
**) Nämlich als Brahmane.
***) A. a. O. S. 270—271.

lösung der schönen Sittlichkeit der Griechen; „die für sich freie Innerlichkeit" habe die Auflösung Griechenlands herbeigeführt. Eine der Erscheinungsformen dieser Innerlichkeit war nun das Denken, wir stoßen somit da auf die interessante historische Erscheinung, daß das Denken mitunter auch „als Prinzip des Verderbens" wirken kann. Diese Ansicht verdient Beachtung schon allein deswegen, weil sie weit tiefsinniger ist als die schablonenmäßige Ansicht der Aufklärer, wonach die Fortschritte des Denkens unter allen Umständen unbedingt und unmittelbar auf die Entwicklung eines jeden Volkes gedeihlich wirken müssen. Nichtsdestoweniger aber bleibt die Frage noch immer offen, woher diese „für sich freie Innerlichkeit" kam? — Die idealistische Philosophie Hegel's antwortet darauf, daß „auf dem Standpunkte der schönen geistigen Einheit . . . der Geist nur kurze Zeit stehen bleiben" konnte. Das heißt jedoch selbstverständlich wiederum nicht antworten, sondern einfach die zu beantwortende Frage in der Sprache des Idealismus ausdrücken. Es ist, als hätte Hegel selbst das Gefühl davon, er setzt denn auch eiligst hinzu: „Das Prinzip des Verderbens offenbarte sich zunächst in der äußeren politischen Entwicklung, sowohl in dem Kriege der griechischen Staaten gegen einander, als im Kampfe der Faktionen innerhalb der Städte."*) Damit aber stellen wir uns bereits auf den konkreten geschichtlichen Boden. Nun war der Kampf der Faktionen innerhalb der Städte — nach Hegel selbst — das Produkt der ökonomischen Entwicklung Griechenlands, das heißt mit anderen Worten, der Kampf der politischen Parteien war weiter nichts als der Ausdruck der innerhalb der griechischen Städte aufgekommenen ökonomischen Gegensätze. Und wenn wir ferner noch in Betracht ziehen, daß auch der peloponnesische Krieg — wie aus Thucydides zu ersehen — nichts Anderes war, als ein ganz Griechenland umfassender Klassenkampf, so werden wir ohne Mühe zu dem Schlusse gelangen können, daß die Ursachen des Verderbens Griechenlands in dessen ökonomischer Geschichte zu suchen sind.**) Hegel insinuirt uns also — eine materialistische Auffassung der Geschichte, trotzdem ihm selbst der Klassenkampf in Griechenland blos als eine Offenbarung des Prinzips des Verderbens gilt. Hegel's Ausdrucksweise gebrauchend, könnte man sagen, daß der Materialismus als die Wahrheit des Idealismus erscheint. Und zwar bereitet dem Leser die Hegel'sche Philosophie der Geschichte solche Ueberraschungen auf Schritt und Tritt. Es ist, als habe sich der größte aller Idealisten die Aufgabe gestellt, dem Materialismus den Weg zu ebnen. So in dem Abschnitt, der von dem mittelalterlichen Städten handelt: nachdem Hegel sozusagen sein idealistisches Gewissen geziemend salvirt hat, betrachtet er die Geschichte jener Städte einerseits als einen Kampf des Bürgerthums mit dem Klerus und Adel und andererseits als einen Kampf der verschiedenen Schichten des Bürgerthums gegen einander, — als einen Kampf zwischen den reichen Bürgern und dem gemeinen Volke.***) So auch in dem Abschnitt über die Reformation: nachdem er den Leser wieder einmal in die Geheimnisse des „allgemeinen Geistes" eingeweiht, macht er über die Verbreitung der neuen Glaubenslehre folgende, im

*) A. a. O. S. 323.

**) „Lacedämon . . . kam besonders wegen der Ungleichheit des Besitzes herunter," — sagt gerade heraus Hegel selbst.

***) „Betrachten wir dieses unruhige und veränderliche Treiben im Inneren der Städte, — bemerkt u. A. Hegel — die fortwährenden Kämpfe der Faktionen, so erstaunen wir, wenn wir auf der anderen Seite die Industrie, den Handel zu Land und zu Wasser in der höchsten Blüthe sehen. Es ist dasselbe Prinzip der Lebendigkeit, das, gerade von dieser inneren Erregung genährt, diese Erscheinung hervorbringt."

Munde eines Idealisten höchst sonderbar klingende Bemerkung: „In Oesterreich in Bayern, in Böhmen hatte die Reformation schon große Fortschritte gemacht und obgleich man sagt: wenn die Wahrheit einmal die Gemüther durchdrunge hat, so kann sie ihnen nicht wieder entrissen werden, so ist sie doch hier durc die Gewalt der Waffen, durch List oder Ueberredung wieder entrissen worden Die slavischen Nationen waren ackerbauende (bei Hegel unterstrichen!) dieses Verhältniß führt aber das von Herren und Knechten mit sich. Bein Ackerbau ist das Treiben der Natur überwiegend; menschliche Betriebsamkeit un subjektive Aktivität findet im Ganzen bei dieser Arbeit weniger statt. Die Slaven sind daher langsamer und schwerer zum Grundgefühl des subjektiven Selbst, zun Bewußtsein des Allgemeinen ... gekommen, und sie haben nicht an der auf gehenden Freiheit Theil nehmen können."*) Damit sagt uns Hegel gerad heraus, daß der Schlüssel für die religiösen Anschauungen eines Volkes, sowi für alle freiheitlichen Volksbewegungen in den jeweiligen — ökonomische Verhältnissen zu suchen ist. Noch mehr. Der Staat, der, nach der idealistische Auffassung Hegel's, nichts Anderes ist, als „die Wirklichkeit der sittlichen Idee der sittliche Geist," als der „offenbare, sich selbst deutliche, substantielle Wille der sich denkt und weiß und das, was er weiß, und insofern er es weiß, voll führt,"**) — selbst der Staat stellt sich heraus als das Produkt der öko nomischen Entwicklung. „Ein wirklicher Staat" — sagt darüber Hegel — „und eine wirkliche Staatsregierung entstehen nur, wenn bereits ein Unterschied der Stände da ist, wenn Reichthum und Armuth sehr groß werden und ein solches Verhältniß eintritt, daß eine große Menge ihre Bedürfnisse nicht mehr auf eine Weise, wie sie gewohnt ist, befriedigen kann."***) — Und ebenso steht bei Hegel der historische Ursprung der Ehe in engem Zusammenhang mit der ökonomischen Geschichte der Menschheit. „Mit Recht ist der eigentliche Anfang und die erste Stiftung der Staaten in die Einführung des Ackerbaues, nebst der Einführung der Ehe gesetzt worden, indem jenes Prinzip das Formiren des Bodens und damit ausschließendes Privateigenthum mit sich führt, und das im Schweifenden seine Existenz suchende, schweifende Leben des Wilden zur Ruhe des Privatrechts und zur Sicherheit der Befriedigung des Bedürfnisses zurückführt, womit sich die Beschränkung der Geschlechterliebe zur Ehe, und damit die Erweiterung dieses Bandes zu einem fortdauernden in sich allgemeinen Bunde, des Bedürfnisses zur Familiensorge und des Besitzes zum Familiengute verknüpft."†)

Wir könnten noch eine Menge ähnlicher Beispiele aus Hegel's Werken anführen. Da aber der Raum uns dies nicht gestattet, so wollen wir uns darauf beschränken, auf die Bedeutung hinzuweisen, die Hegel der „Geographischen Grundlage der Weltgeschichte" beimißt. — Ueber die Bedeutung des geographischen Milieu für die geschichtliche Entwicklung der Menschheit ist zwar viel geschrieben worden, sowohl vor wie nach Hegel. Aber vor wie nach Hegel begingen die Forscher häufig den Fehler, darunter ausschließlich nur den psychologischen

---

*) A. a. O. S. 506.

**) Philosophie des Rechts, § 257.

***) Philosophie der Geschichte, Einleitung, S. 106.

†) Philosophie des Rechts § 203, Anmerkung. — Unnöthig zu sagen, daß bei dem damaligen Stand der Wissenschaft die Ansichten Hegel's über die Urgeschichte der Familie und des Privateigenthums nicht haben bestimmtere sein können. Worauf es aber ankommt, ist, daß er bereits wußte, wo der Schlüssel für dieselbe zu suchen ist.

oder sogar physiologischen Einfluß der umgebenden Natur auf den Menschen zu verstehen, deren Einfluß aber auf den Zustand der Produktionskräfte, und damit auch auf die sämmtlichen sozialen Verhältnisse der Menschen überhaupt sammt dem ideologischen Ueberbau derselben gänzlich übersehend.*) Wenn nicht im Einzelnen, so doch in der allgemeinen Behandlung der Frage wußte Hegel diesen großen Fehler gänzlich zu vermeiden. Nach Hegel giebt es drei charakteristische Unterschiede des geographischen Milieu: „1. Das wasserlose Hochland mit seinen großen Steppen und Ebenen; 2. die Thalebenen, das Land des Ueberganges, welche von großen Strömen durchschnitten und bewässert werden; 3. das Uferland, das in unmittelbarem Verhältnisse mit dem Meere steht." Im Hochland herrscht die Viehzucht vor, in den Thalebenen der Ackerbau, im Uferland Handel und Gewerbe. Entsprechend diesen Grundunterschieden, weisen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse der die betreffenden Gegenden bewohnenden Völker eine verschiedene Gestaltung auf. Die Bewohner des Hochlandes, die Mongolen z. B., führen ein patriarchalisches Nomadenleben und haben keine Geschichte im eigentlichen Sinne dieses Wortes. Nur von Zeit zu Zeit stürzen sie, zu großen Massen zusammengeschaart, lawinenartig in die Kulturländer herab, überall auf ihrem Wege Zerstörung und Einöde hinterlassend.**) — Das Kulturleben beginnt in den Thalebenen, welche ihre Fruchtbarkeit den Flüssen verdanken. „Eine solche Thalebene ist China, Indien . . . Babylonien . . . Egypten. In diesen Ländern entstehen große Reiche, und die Stiftung großer Staaten beginnt. Denn der Ackerbau, der hier als erstes Prinzip der Subsistenz der Individuen vorwaltet, ist an die Regelmäßigkeit der Jahreszeit, an die demgemäß geordneten Geschäfte gewiesen: es beginnt das Grundeigenthum und die sich darauf beziehenden Rechtsverhältnisse. . . ." Die ackerbauenden Völker, die die Thalebenen bewohnen, zeichnen sich aber aus durch Trägheit, Unbeweglichkeit, Abgesondertheit, sie wissen nicht das Meer zu benutzen, das durch den Handel (der allerdings anfänglich mit Seeraub verbunden war) die verschiedenen Völker einander näher bringt und so die weitere Entwicklung von Wissen und Bildung fördert. Das Meer bringt in die gesellschaftlichen Verhältnisse ein Element der Beweglichkeit hinein, deshalb ist das Uferland die Geburtsstätte der Freiheit. In Asien treten die besprochenen geographischen Unterschiede besonders grell hervor, in Europa dagegen sind sie vollständig verwischt. Das eigentliche Afrika (d. h. das Negerland) ist durch seine ungünstige geographische Lage außerhalb der weltgeschichtlichen Bewegung gestellt. Amerika endlich, dieses Land der Zukunft, war bis zur Ankunft der Europäer physisch und geistig ohnmächtig. Zu der natürlichen Schwäche der Einwohner gesellte sich dort „der Mangel der absoluten Organe, wodurch eine gegründete Macht einzuführen ist, der Mangel nämlich des Pferdes und des Eisens, wodurch besonders die Amerikaner besiegt wurden."

Dem Leser dürfte vielleicht bekannt sein das 1889 erschienene Werk von L. Metschnikow: „La Civilisation et les grands fleuves historiques."***)

---

*) So stellt z. B. Montesquieu in seinem „Esprit des Lois" vielfach Betrachtungen an über den Einfluß der Natur auf die Physiologie des Menschen. Aus Einflüssen dieser Art sucht er viele historische Erscheinungen zu erklären.

**) „Von den Hochländern herab geht es in die Engthäler: da wohnen ruhige Gebirgsvölker, Hirten, die auch nebenbei Ackerbau treiben, wie die Schweizer. Asien hat deren auch, sie sind aber im Ganzen unbedeutend," sagt Hegel.

***) Besprochen von dem Verfasser des vorliegenden Artikels in der „Neuen Zeit," 1890/91, I. Bd., S. 437 ff., in dem Artikel „Die Zivilisation und die großen historischen Flüsse." (Die Red.)

Das Werk zeigt zwar unverkennbare Rückfälle in den Idealismus, im Großen und Ganzen aber steht der Verfasser auf dem materialistischen Standpunkt. Wohlan, die Ansichten dieses Materialisten über die historische Bedeutung des geographischen Milieu stimmen fast vollkommen überein mit den diesbezüglichen Ansichten des Idealisten Hegel, — trotzdem Metschnikow selbst in nicht geringes Erstaunen gerathen dürfte, wenn er dies in Erfahrung brächte.

Aus dem Einfluß des geographischen Milieu erklärt Hegel zum Theil auch das Entstehen von Ungleichheiten innerhalb mehr oder weniger primitiver Gemeinwesen. So weist er darauf hin, daß im vorsolonischen Attika „der Unterschied der Stände (unter „Stände“ versteht er da die verschiedenen mehr oder weniger wohlhabenden Bevölkerungsschichten: 1. Die Bewohner der Ebene, Pediakoi; 2. die Hügelbewohner, Diakrioi, und 3. die Küstenbewohner, Paraloi) beruht ... auf der Verschiedenheit der Lokalität.“ In der That, die Verschiedenheit der Lokalität und die damit verbundene Verschiedenheit der Beschäftigung mußte unzweifelhaft auf die ökonomische Entwicklung der primitiven Gemeinwesen einen großen Einfluß ausüben. Leider wird dieses Moment von den modernen Forschern bei weitem nicht immer berücksichtigt.

* * *

Hegel wird sich wohl kaum mit der politischen Oekonomie viel beschäftigt haben, aber sein genialer Kopf half ihm auch hier, wie auf so vielen anderen Gebieten, die charakteristische und wesentlichste Seite der Erscheinungen zu erfassen. Hegel sah deutlicher ein, als sämmtliche Oekonomen seiner Zeit, — Ricardo nicht ausgenommen — daß in einer auf Privateigenthum beruhenden Gesellschaft das Wachsthum von Reichthum auf der einen Seite unbedingt von einer Zunahme der Armuth auf der anderen begleitet sein muß. Er spricht dies in kategorischer Weise aus, sowohl in der „Philosophie der Geschichte,“ wie auch insbesondere in der „Philosophie des Rechts.“ Seiner Ansicht nach müsse „diese Dialektik“ — nämlich „das Herabsenken einer großen Masse unter das Maß einer gewissen Subsistenzweise, die sich von selbst als die für ein Mitglied der Gesellschaft nothwendige regulirt“ und die Konzentration von „unverhältnißmäßigen Reichthümern in wenigen Händen“ — nothwendigerweise einen Zustand herbeiführen, worin „bei dem Uebermaß des Reichthums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, das heißt an dem ihr eigenthümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Uebermaße der Armuth und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.“*) In Folge dessen wird die bürgerliche Gesellschaft**) „über sich hinausgetrieben“ und sie muß nach neuen Märkten suchen: sich dem Welthandel und der

---

*) Philosophie der Geschichte, S. 285; Philosophie des Rechts, § 243 und folgende. Der § 243 ist so bemerkenswerth, daß wir ihn hier in extenso folgen lassen: „Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich in ungehinderter Wirksamkeit befindet, so ist sie innerhalb ihrer selbst in fortschreitender Bevölkerung und Industrie begriffen. — Durch die Verallgemeinerung des Zusammenhangs der Menschen durch ihre Bedürfnisse, und der Weisen, die Mittel für diese zu bereiten und hervorzubringen, vermehrt sich die Anhäufung der Reichthümer — denn aus dieser gedoppelten Allgemeinheit wird der größte Gewinn gezogen — auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite die Vereinzelung und Beschränktheit der besonderen Arbeit und damit die Abhängigkeit und Noth der an diese Arbeit gebundenen Klasse, womit die Unfähigkeit der Empfindung und des Genusses der weiteren Freiheiten und besonders der geistigen Vortheile der bürgerlichen Gesellschaft zusammenhängt.“

**) Hegel hat dabei vorzugsweise England im Auge.

Kolonisation zuwenden. — Unter allen Zeitgenossen Hegel's war Ch. Fourier der Einzige, der die bürgerlichen Verhältnisse ebenso klar durchschaute wie jener.

Der Leser wird bemerkt haben, daß für Hegel das Proletariat weiter nichts ist als „Pöbel," unfähig die „geistigen Vortheile" der bürgerlichen Gesellschaft zu genießen. Er hatte eben keine Ahnung davon, wie sehr das moderne Proletariat sich von dem der antiken Welt, sagen wir vom römischen, unterscheidet. Er wußte nicht, daß in der modernen Gesellschaft der auf der Arbeiterklasse lastende Druck unbedingt den Widerstand derselben hervorrufen muß, daß in dieser Gesellschaft gerade das Proletariat dazu berufen ist, die Bourgeoisie in geistiger Hinsicht weit zu überholen. Indeß waren doch auch die utopistischen Sozialisten nicht im Stande, dies Alles einzusehen. Auch für sie war das Proletariat weiter nichts als „Pöbel," würdig alles Mitleids und Mitgefühls, aber zu selbständiger Thätigkeit absolut unfähig. Erst der wissenschaftliche Sozialismus vermochte die große historische Bedeutung des modernen Proletariats zu erkennen.

(Schluß folgt.)

Briefe aus England.

London, den 7. November 1891.

Am Montag haben in ganz England — London ausgenommen — partielle Erneuerungswahlen zu den städtischen Gemeindevertretungen stattgefunden. Soweit dieselben nach politischen Parteirücksichten ausgefochten wurden, brachten sie, Alles in Allem, den Liberalen eine nicht unbedeutende Vermehrung ihrer Sitze. Dieselbe ist allerdings nicht so groß als die des Jahres 1889, aber sie ist erheblich genug, die Herzen der Liberalen mit neuen Hoffnungen für die bevorstehende große Parlamentswahl zu erfüllen. Damals verzeichnete ihre Partei einen Gewinn von 84 Stimmen, diesmal nur einen von etlichen 50. Die „steigende Fluth" hat ihren Lauf offenbar etwas verlangsamt.

Eine Anzahl Sitze gingen den Liberalen verloren, weil neben den Kandidaten der beiden alten Parteien Arbeiter- oder selbst ausgesprochene sozialistische Kandidaten in den Wahlkampf traten. Doch ging in den meisten dieser Fälle der Sitz nicht an die Letzteren, sondern an die Konservativen über. Diese würden eine noch ungünstigere Bilanz zu verzeichnen haben, hätte nicht der Umstand, daß das relative Mehr zur Wahl genügt, ihnen eine Anzahl Sitze verschafft. Allein in der Fabrikstadt Bradford in Yorkshire sind ihnen auf diese Weise sechs Sitze zugefallen, doch setzten hier auch die Arbeiter, die beschlossen hatten, die liberale Mehrheit des Gemeinderaths wegen eines Eingriffs in das freie Versammlungsrecht zu bestrafen, zwei ihrer Kandidaten durch. Außerdem wurden noch unabhängige Arbeitervertreter gewählt in Newcastle, dem Parlamentssitz des liberalen Parteiführers John Morley, und in dem gegenüber Newcastle gelegenen Gateshead, in Burslam, in Darwen, Swansea, Sunderland und West Ham bei London. Auch in Leicester, Liverpool, Nottingham 2c. wurden Arbeiter in die Gemeindevertretung gewählt, aber entweder nach vorhergegangenem Kompromiß mit den Liberalen oder direkt als Kandidaten derselben. Verschiedene der gewählten Arbeitervertreter sind als Wortführer des sogenannten neuen Unionismus bekannt. So wurde im Canning Town Distrikt von West Ham, Bill Thorne, der Generalsekretär der Gasarbeiter-Union, auf ein durchaus sozialistisches Programm hin gegen Konservative und Liberale in den Gemeinderath gewählt.

Außer in Liverpool und einigen benachbarten Orten spielte bei dieser Wahl begreiflicherweise die Homerulefrage eine sehr untergeordnete Rolle. Vielmehr

verdankten die Liberalen an vielen Plätzen ihre Erfolge hauptsächlich ihrem Eintreten für die Erweiterung der Gemeindevollmachten und des Thätigkeitsbereichs der Gemeinden. Es besteht eine ziemlich starke Strömung in England auf Ausdehnung der wirthschaftlichen Funktionen der Munizipalverwaltungen, und diese Strömung, die man auch „Munizipalsozialismus“ zu nennen liebt, wird bis zu einem gewissen Grade besonders von den Liberalen kultivirt. Es handelt sich dabei namentlich um die Uebernahme gewisser Unternehmungen in städtischen Betrieb, um starke Besteuerung der Grundrenten, womöglich mit vollständiger Aufsaugung dessen, was die Mill'sche Schule den „unverdienten Zuwachs“ — the unearned increment — nennt und um ein verschärftes Expropriationsrecht zu Gunsten wirksamerer Fürsorge für die Behausungen der ärmeren Klassen 2c. 2c. Da man dem kapitalistischen Wirthschaftssystem nicht im Großen an den Leib zu gehen wagt, oder überhaupt nicht an den Leib gehen will, so sollen etwas drastischere Maßregeln als die bisher beliebten versucht werden, die Wirkungen desselben abzumildern, und die Mittel dazu auf dem vorbezeichneten Wege aufgebracht werden. Neben dem fiskalischen Zweck wird dann noch der sozialpolitische betont, die Bedingungen der Arbeiter in den zu munizipalisirenden Unternehmungen aufzubessern, aus denselben industrielle Musteranstalten zu machen.

Da der Sozialismus bei den englischen Arbeitern mehr das Produkt einer empirisch — auf dem Wege praktischer Erfahrung — gewonnenen Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit der bisherigen Methoden ihres Kampfes ist, als das Ergebniß theoretischer Propaganda, so ist es auch nur natürlich, daß dieser „Munizipalsozialismus“ viel Anklang in ihren Reihen gefunden hat. Die Gemeinde läßt sich anscheinend eher herumkriegen als der Staat, und gilt daher als der praktischere Hebel zur Erkämpfung sozialer Verbesserungen. Leute, die sich für gute Sozialisten halten, schwärmen schon für Munizipalwerkstätten zur Unterbringung der Arbeitslosen, und selbst anarchistischerseits findet man den Munizipalsozialismus, als das kleinere Uebel gegenüber dem Verstaatlichungssozialismus, aller Ehren werth. So konnten also die Liberalen, wo sie mit Forderungen wie die obenbezeichneten in den Wahlkampf traten, sich mit einem Schein von Recht darauf berufen, daß sie das, was praktisch am Sozialismus sei, ebenfalls wollten, und die Wahl zwischen ihren Kandidaten und den etwa aufgestellten Kandidaten der Arbeiterorganisationen erschien dem Gros der Wähler meist mehr als eine Personenfrage, denn als eine Frage von größerer politischer Bedeutung. Nur an wenigen Orten wurde die Agitation seitens der Arbeiterkomites so geführt, daß der grundsätzliche Gegensatz zwischen bürgerlichem und proletarischem Sozialismus auch in Bezug auf die Gemeindeangelegenheiten den Wählern zum Bewußtsein gebracht wurde.

Was aber bei den Munizipalwahlen unterblieb, braucht deshalb nicht auch bei den Parlamentswahlen ungeschehen zu bleiben. Die Funktionen der Gemeindevertretungen sind Alles in Allem doch immer noch ziemlich beschränkte, so daß sich hier naturgemäß die kleineren Gesichtspunkte in den Vordergrund drängen. Umgekehrt bei den Wahlen zur Landes- beziehungsweise Reichsvertretung. Hier, wo es sich um die Angelegenheiten der Allgemeinheit, eines nach Millionen zählenden Kreises handelt, werden die Parteien mit Nothwendigkeit dazu getrieben, die prinzipiellen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, pointiren sich die Klassengegensätze ganz von selbst schärfer. Die Fragen, die die Gemeinden beschäftigen, sind — von dem Kampf gegen die Grundbesitzerprivilegien abgesehen, an dem aber sehr viele bürgerliche Elemente interessirt sind — in neunundneunzig von hundert Fällen reine Fragen der Zweckmäßigkeit, bei denen Einzel- und

Gruppeninteressen, aber kein wirkliches, tiefgehendes Klasseninteresse auf dem Spiel steht. Nur die Nachbeter der alten Freihandelsapostel können z. B. in der Uebernahme des Wasserleitungsbetriebs, der Gasanstalten, der Straßenbahnen 2c. durch die Gemeinde „schon ein Stück Sozialismus" erblicken. Durch solche Vergesellschaftungen, so nützlich sie an sich sein mögen, wird kein wesentliches Interesse der bürgerlichen Gesellschaft, kein Interesse der Bourgeoisie als Klasse beeinträchtigt. Aber bei den Fragen der Gesetzgebung entscheiden selbst da, wo es sich um scheinbar ganz abseits der wirthschaftlichen Beziehungen liegende Gegenstände handelt, die Klasseninteressen und Klassenanschauungen gewöhnlich über den Begriff der Zweckmäßigkeit. Ganz zu schweigen von der Frage der Fabrikgesetzgebung, wie dieselbe sich heute darstellt, wie überhaupt von allen Fragen des Arbeiterrechts.

Es ist daher, soweit die Arbeiterstimmen in Betracht kommen, aus dem Ausfall der Munizipalwahlen kein unbedingter Schluß auf die Parlamentswahlen zu ziehen. Das Interesse an diesen ist bei dem Gros der Arbeiter ungleich stärker als ihr Interesse an den Gemeindewahlen, wie schon die viel geringere Wahlbetheiligung bei den Letzteren zeigt. An vielen Orten, wo die Arbeiter den Kampf um die Sitze in der Gemeindevertretung den bürgerlichen Parteien überließen, sind schon jetzt Arbeiterkandidaten für das Parlament aufgestellt, und anderwärts wird man diesem Beispiel folgen. Aber auch da, wo die Arbeiter auf die Aufstellung eigener, von den bürgerlichen Parteien unabhängiger Kandidaten verzichten, ist es durchaus nicht über jeden Zweifel hinaus ausgemacht, daß sie ihre Stimme den Liberalen geben werden. Die Konservativen und die mit denselben verbündeten liberalen Unionisten machen Riesenanstrengungen, den Liberalen bei den Arbeitern den Rang abzulaufen, oder, wo sich das als unmöglich erweist, wenigstens Diese gegen Jene aufzuhetzen. Auch fehlt es nicht an Anzeichen von allerhand Abmachungen hinter den Coulissen, wozu die leidige Zersplitterung in den Reihen der Sozialisten den fruchtbarsten Boden abgiebt.

Die Liberalen bieten ihr Möglichstes auf, die Aufstellung von Arbeiterkandidaten, die nicht auch zugleich liberale Kandidaten sind, zu hintertreiben. Durch Erfahrung gewitzigt, sind sie nun etwa nicht so plump, den Arbeitern zu erklären: ihr müßt mit den Kandidaten zufrieden sein, die wir euch präsentiren — nein, sie erklären sich im Gegentheil bereit, wo es irgend nur mit Erfolg geschehen kann, Arbeiterkandidaten zu acceptiren. Und wirklich haben z. B. die Liberalen des Bezirks Deptford im Südosten von London den Generalsekretär der Matrosen- und Heizer-Union, John H. Wilson, als Kandidaten aufgestellt. In Bradford, wo, wie bereits erwähnt, die Arbeiter sehr erbittert gegen die Liberalen sind, haben dieselben vor einiger Zeit den Präsidenten der Docker-Union, Ben Tillet, dem Kandidaten der Liberalen gegenübergestellt. Da sich eine Einigung bisher nicht erzielen ließ, so ist dem Arbeiterkomite bereits die Offerte gemacht worden, Ben Tillet einen, bis jetzt von einem Liberalen vertretenen Wahlkreis abzutreten, wo er sicher sei, gewählt zu werden, damit nur nicht in Bradford Stimmenzersplitterung eintrete und so der Wahlkreis den Konservativen in die Hände falle. Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß Bradford in den „Factory Times" ein täglich erscheinendes Arbeiterblatt hat, das verschiedene Sozialisten zu seinen Mitarbeitern zählt. Eine Wochenausgabe dieses, auch sonst in Yorkshire und den benachbarten Provinzen ziemlich verbreiteten Blattes erscheint in London unter dem Titel „Workmans Times" und soll bereits verhältnißmäßig viel von hiesigen Arbeitern gekauft werden. Die sonstigen in London erscheinenden sozialistischen und Arbeiterblätter führen alle ein sehr prekäres Dasein; keines deckt

auch nur annähernd seine Kosten. Es liegt daher für ihre Herausgeber immer die Verführung nahe, irgend einem „Wohlthäter" zum Opfer zu fallen, und dies natürlich um so eher, wenn nicht einmal eine lebenskräftige Organisation, die für das Defizit aufkommen könnte, hinter ihnen steht.

Was von den Blättern, gilt aber auch nur zu oft von den Kandidaten und ihren Komites. Der Entschluß, selbständig in den Wahlkampf einzutreten, ist schnell gefaßt, und in der ersten Begeisterung laufen die Beiträge auch gewöhnlich zahlreich genug ein, um die Sache als aussichtsvoll erscheinen zu lassen. Allmälig aber stockt der Zufluß, und dann stellt sich die Neigung ein, mit irgend einer der Hauptparteien zu paktiren. Und diese sind — wenn der Handel ihnen überhaupt lohnend erscheint — gescheidt genug, die Bedingungen so zu stellen, daß für den anderen Theil von einem Aufgeben der eigenen Grundsätze anscheinend absolut keine Rede ist. Sie wissen, daß es nur der erste Schritt ist, der Ueberwindung kostet, die weiteren dagegen sich von selbst ergeben. Auf einen Handel aber, der nicht lohnt, lassen sie sich lieber gar nicht erst ein, wie das im Jahre 1885 die Herren Hyndman und Champion erfahren mußten, als sie bei Herrn Jos. Chamberlain in Birmingham vorsprachen.

Bisher sind es eigentlich nur die Liberalen oder Radikalen gewesen, mit denen derartige Kompromisse geschlossen wurden, denn ein bei den Tories hospitirender Arbeitervertreter würde eine zu lächerliche Figur spielen, als daß ein Mensch, der nicht ganz verlumpt ist, öffentlich sich dazu herzugeben Lust hätte. Es giebt zwar konservative Arbeitervereine, aber die Mitglieder derselben sind urbescheidene Leute, die glücklich und zufrieden sind, wenn sie hinten auf dem Trittbrett stehen und den Kutschenschlag öffnen dürfen. Höher versteigt sich ihr Ehrgeiz nicht, und die konservativen Parteiführer verspüren auch nicht die mindeste Lust, sie zum Platznehmen innerhalb der Kutsche aufzufordern.

Allerdings haben die Konservativen, wie sich verschiedentlich gezeigt hat, ebenfalls für Arbeiterkandidaten Geld vorräthig, sie sind aber ihrerseits so uneigennützig, von denselben keine Bekennerschaft zu ihren Grundsätzen zu verlangen, sondern sich damit zu begnügen, daß sie den Liberalen den Wind aus den Segeln nehmen. Hat er das bewirkt, dann hat der Mohr seine Schuldigkeit gethan und kann gehen. So haben sie es bisher gehalten, und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen von dieser Praxis abweichen werden. Vielmehr spricht alles dafür, daß sie diesmal womöglich noch mehr in dieser Richtung thun werden als bisher. Da nun bei einem Theil der vorgeschrittenen Arbeiter die liberale Arbeiterkandidatur sehr in Mißkredit gerathen ist, wird es ihnen auch nicht an Gelegenheit dazu fehlen. Man wird sich die Catone der „Unabhängigkeit" jedenfalls sehr genau anzusehen haben.

Bestände in England eine nennenswerthe, einheitlich organisirte sozialistische Partei, so wäre das alles wenig zu fürchten. Die Partei würde die faulen Elemente abstoßen und schließlich würden nur die Gegner die Geleimten sein. Auch jetzt kommen die Manöver der rivalisirenden bürgerlichen Parteien bis zu einem gewissen Grade der sozialistischen Bewegung zu gute — und das ist noch der einzige Trost bei der Sache — aber das Gift, das sie der Bewegung mittheilen, setzt sich viel tiefer ein und ist viel schwerer auszutreiben als anderwärts. Die Dezentralisation der Kräfte leistet der Demoralisation der führenden Elemente in jeder Weise Vorschub. Man braucht dabei nicht einmal immer an direkte Bestechung zu denken. Sehr viel wird schon dadurch verdorben, daß, da die sozialistische Presse von Niemand als dem engen Kreis der eigenen Parteileute gelesen wird, Jeder, der über diesen hinaus etwas gelten will, sehen muß, von

der Tagespresse, die in den Händen der bürgerlichen Parteien ist, genannt zu werden. Nun ist zum Glück allerdings nicht Jeder darauf versessen, tagtäglich in den Spalten der Blätter zu figuriren, wer jedoch einmal von der Pflanze gekostet, braucht eine gewisse Selbstüberwindung, auf ihren Genuß zu verzichten. Die Presse aber ist eine merkwürdige Heilige. Sie giebt sich heute freiwillig, ja, aufdringlich, will dagegen morgen aufgesucht, umworben sein. So kommt es, daß, wer sie vorige Woche noch als die große Hure brandmarkte, diese Woche plötzlich bei ihr antichambrirt. Nicht nur auf dem Parkett der Höfe ist das Gehen gefährlich. Gar Mancher ist schon in recht primitiv ausgestatteten Redaktionsvorzimmern gestrauchelt.

Die „unpolitische Arbeiterkandidatur," zu welcher die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter wiederholt ihre Zuflucht genommen haben, um nicht der Korruption durch die bürgerlichen Parteien zu verfallen, verbessert die Sache keineswegs. Im Gegentheil, sie ist das denkbar ungeschickteste Mittel, auf das man überhaupt kommen konnte. Der „unpolitische" Arbeiterabgeordnete ist der berufsmäßige Umfallsabgeordnete. Denn in der Praxis heißt Verzicht auf die Politik von Seiten der Arbeiter Verzicht auf eine selbständige Arbeiterpolitik. Es ist daher unvermeidlich, daß der unpolitische Arbeiterabgeordnete überall, wo es sich nicht um reine Fragen des Arbeiterschutzes handelt, bald der Scylla und bald der Charybdis des parlamentarischen Strudels zum Opfer fällt. So erreichen die Arbeiter gerade das Gegentheil von dem, was sie erzielen wollten. Sie verstehen unter dem Begriff „unpolitisch" die Unabhängigkeit von den bürgerlichen politischen Parteien, aber indem sie sich zugleich an den buchstäblichen Sinn des Wortes klammern, stellen sie sich thatsächlich unter die bürgerlichen Parteien.

Ich bin da, fast wider meinen Willen, in die Schwarzmalerei verfallen. In Wirklichkeit sehe ich jedoch, trotz all' der Uebelstände, die ich hier geschildert, und die auch gar nicht abzustreiten sind, durchaus keinen Grund zur Kopfhängerei. Die hiesige Bewegung hat mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen, viel größer und viel tiefer eingewurzelt, als man sie auf dem Festlande sich vorstellt, aber — e pur si muove, sie geht doch vorwärts. Langsam, auf Umwegen, doppelte und dreifache Opfer an Arbeitskraft von der kleinen Schaar bewußter und selbstloser Streiter erheischend, aber doch unabläßig vorwärts. Man kann sie einem Fluß vergleichen, dessen Weg am Anfang durch Felsenland geht. Sein Bett ist streckenweit mit Felsblöcken angefüllt, die seinen Lauf hemmen. Bald hier, bald da theilen sich seine Wogen, oft anscheinend um für immer verschiedene Wege zu gehen, und manchmal scheinen sie unter den herumliegenden Steinen ganz zu verschwinden. Aber immer wieder treten sie hervor, immer wieder finden sie sich zusammen, und schließlich, wenn das Felsland überwunden, rauschen sie, eine einheitliche Masse, mit voller Kraft ihrem Ziele zu. Es wird auch für die Bewegung in England die Zeit kommen, wo die Hindernisse, an denen sich heut noch ihre Wogen so oft brechen, aus dem Weg geräumt sind, und sie ist vielleicht näher als wir es glauben. Ein unvorhergesehenes Ereigniß kann die heut noch widerstrebenden Elemente zusammenbringen, und ich wiederhole, ist erst die einheitliche Bewegung da, so überwindet sie die Hindernisse, die ich oben geschildert, mit Leichtigkeit.

Augenblicklich aber stehen die Dinge noch so, daß trotzdem mehr Arbeiterkandidaten in die Arena treten werden, trotzdem die Arbeiterfrage in ihnen eine größere Rolle spielen wird als bisher, die bevorstehenden Wahlkämpfe sich im Wesentlichen doch immer noch zwischen den beiden großen bürgerlichen Parteien abspielen werden. Im Allgemeinen haben die Liberalen bessere Aussichten als

die Konservativen, aber ihre Chancen sind nicht um so viel größer, als daß nicht der Abfall eines verhältnißmäßig geringen Bruchtheils der Arbeiterstimmen für sie die Niederlage bedeuten könnte. Um ihn abzuwenden, überbieten sie die Konservativen an Versprechungen, halten sie einen ganzen Sack voll arbeiterfreundlicher Kleinigkeiten auf Lager. Aber es sind alles in allem nur Kleinigkeiten, und die Konservativen, die zwar noch weniger bieten, berufen sich nicht mit Unrecht darauf, daß die Liberalen, wenn sie sagen: erst Homerule für Irland und dann das Andere, nicht den vierten Theil von dem einlösen können, was sie ihren Wählern versprechen. Sie sind da zwischen zwei Feuern, und ihr einziges Glück ist, daß die Arbeiterbewegung ihren Parnell noch nicht gefunden hat.

In wenigen Tagen wird die Neuwahl zum Londoner Schulkollegium stattfinden. Der Kampf dreht sich hier um Fragen, die sich nicht völlig mit den politischen Parteifragen decken, aber im Allgemeinen fällt die Rechte im Schulrath mit der konservativen, die Linke mit der liberalen Partei zusammen. Die Rechte will die Volksschule im Interesse der Privatschulen, die meist kirchlich sind, und auch sonst niederhalten und hat daher „Sparsamkeit" und „Schonung der Steuerzahler" auf ihre Fahne geschrieben — welch' letzteres Wort sich namentlich im Munde des Herzogs von Westminster sehr hübsch macht, der jährlich den Steuerzahlern Londons etliche Millionen Mark an Grundrente abnimmt. Die Linke will die Volksschule fördern, aber über die Fragen des Wie und Wieweit gehen die Meinungen ziemlich auseinander. Kein Wunder, daß die Rechte viel geschlossener in den Kampf zieht wie die Linke. Die liberalen Blätter jammern und mahnen dringend zur Einigkeit, aber bis jetzt mit nicht allzugroßem Erfolg. Eine Niederlage in London wäre ein schlimmes Omen für die allgemeinen Wahlen; sie würde beweisen, daß die Zersetzung in der Partei stärker ist als bisher angenommen wurde.

Nachschrift. Seitdem das Vorstehende geschrieben wurde, hat sich herausgestellt, daß die ersten Meldungen über den Ausfall der Munizipalwahlen vielfach unrichtig waren. Eine ganze Anzahl von Personen, die als Arbeiterkandidaten gegen Liberale gewählt wurden, sind, da der Telegraph ihren Namen ein L beisetzte, das „Labour" (Arbeit) bedeuten sollte, einfach der liberalen Partei zugezählt worden, deren Namen ja auch mit L anfängt. Aber sie gebühren ihr nicht und der glänzende Sieg, mit dem die Liberalen sich gebrüstet, nimmt somit bei näherer Betrachtung immer bescheidenere Dimensionen an, während die Erfolge der sozialistischen und Arbeiterkandidaten wesentlich größer sind, als wie sie der Telegraph hingestellt hat. Es sind thatsächlich etwa 40 spezielle Vertreter der Arbeiterinteressen gewählt, zum Theil sogar mit geradezu glänzenden Majoritäten.

Einige Wahlziffern, die ich in der Arbeiterpresse gefunden, werden für die Leser der „Neuen Zeit" nicht ohne Interesse sein.

Im Bezirk West Bowling von Bradford wurde der Arbeiterkandidat Shaftoe mit 1370 Stimmen gewählt, seine beiden Gegner erhielten zusammen 1032 Stimmen.

Im Albert Bezirk von Hull schlug der Arbeiterkandidat Parrot seinen Gegner mit 1087 gegen 439 Stimmen, in zwei anderen Bezirken derselben Stadt siegten ebenfalls Arbeiterkandidaten mit 1094 und 1142 Stimmen gegen 1076 und 859 Stimmen, während in einem vierten Bezirk der Arbeiterkandidat mit 1204 gegen 1743 Stimmen unterlag. Man kann nach diesen Zahlen als sicher annehmen, daß bei der nächsten Parlamentswahl Hull einen Arbeitervertreter nach Westminster entsenden wird.

In Liverpool erhielten in zwei Bezirken die Arbeiterkandidaten zusammen 8736 Stimmen gegen 10 966 gegnerische Stimmen.

Im Canning Town Distrikt von West Ham wurden Bill Thorne, Sozialist, mit 1583 und ein weiterer Arbeiterkandidat, Namens Gearing, mit 957 Stimmen gewählt. Auch die anderen Distrikte dieses Vorortes von London haben ansehnliche Stimmenzahlen für die Arbeiterkandidaten aufgebracht, so daß der für das Parlament dort in Aussicht genommene Kandidat, der bekannte schottische Bergarbeiterorganisator und Sozialist, Keir Hardie, gegründete Hoffnung hat, seine beiden bürgerlichen Gegner zu besiegen.

* * *

Bei der Nachwahl in Cork ist für den durch den Tod Parnell's erledigten Parlamentssitz der Antiparnellit Flavin mit 1500 Stimmen Mehrheit gegen den Parnelliten John Redmond gewählt worden. Der Letztere war von seinen Gesinnungsgenossen dazu auserkoren, die Führung ihrer Gruppe im Parlament zu übernehmen, ist aber jetzt vorderhand parlamentarisch „obdachlos," da er, um in Cork kandidiren zu können, erst sein eigenes Mandat hatte aufgeben müssen, und Gefahr vorhanden ist, daß er in seinem eigenen Wahlkreis nicht einmal wiedergewählt wird. Denn wenn selbst das radikale Cork unter dem frischen Eindruck von Parnell's Tod nicht zu gewinnen war, so ist der Gruppe der Parnelliten kein irischer Wahlkreis sicher.

Die Gladstonianer schwimmen in Wonne über diesen wirklichen Wahlerfolg ihrer irischen Alliirten, er ist ein großer Trost nach der hinterher eingetretenen Enttäuschung über die Gemeindewahlen. Die Irländer haben gezeigt, daß sie für Homerule „reif" sind, und Gladstone — kann von seiner Homerule-Bill, die er vorsichtig in seinem Pult behält, wieder einige Prozent abziehen.

Die Tories ihrerseits hatten für jede Eventualität eine vortreffliche Nutzanwendung gegen Homerule zur Hand. Siegten die Parnelliten, so war natürlich absolut nicht daran zu denken, den Irländern nationale Selbstverwaltung zu bewilligen, denn das hieße das Land den unversöhnlichen Feinden Englands, deren wirkliches Ziel die Lostrennung Irlands von England ist, aushändigen. Nun die Antiparnelliten gesiegt haben, heißt es: die Wahl beweist, daß Irland vollständig unter dem Einfluß der katholischen Kirche steht, daß der Macht der Priester nichts Widerstand zu leisten vermag, daß Homerule in Wirklichkeit Rome Rule, die Herrschaft Roms, bedeutet. Folglich — muß Irland von London aus regiert werden. Eine recht bequeme Ausrede, so lange man die Macht in Händen hat. Aber überzeugen thut man damit nur die schon Gewonnenen.

Inzwischen hat der Zwist der feindlichen Brüder in Irland das eine Gute gehabt, auch dort die Arbeiterfrage immer mehr in den Vordergrund zu drängen. Durch die Natur der Dinge auf die radikaleren Volkselemente angewiesen, haben die Parnelliten namentlich gesucht, die Arbeiter gegen die O'Brien, McCarthy, Dillon, T. Healy rc. zu organisiren, und das zwingt auch diese Herren, sich etwas mehr um die Arbeiter und ihre Bedürfnisse zu kümmern als bisher. Viel Positives wird dabei natürlich nicht herausschauen, aber die Arbeiter werden dazu gebracht, sich als ein politischer Faktor zu fühlen, und das ist einstweilen Alles, was man in einem industriell so unentwickelten Lande wie Irland verlangen kann.

Notizen.

Der Aufschwung des Gewerkschaftswesens in Frankreich wird deutlic[h] bezeichnet durch folgende Tabelle, die wir einem Artikel von V. Turquan im „Mond[e] économique“ (26. September d. J.) entnehmen. Man zählte amtlich eingetragen[e] Syndikate (Gewerkschaften):

	Der Unternehmer	Der Arbeiter	Gemischte	Landwirthschaftliche	Zusammen
1884	101	68	1	5	175
1885	285	221	4	39	549
1886	359	280	8	93	740
1887	598	501	45	214	1358
1888	859	725	78	461	2123
1889	877	819	69	557	2322
1890	1004	1006	97	648	2755
1891	1105	1181	120	614	3120

Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht des französischen Handelsministeriums beträgt die Mitgliederzahl der Syndikate gegenwärtig 596 380. Davon sin[d] 106 157 selbständige Gewerbetreibende, 205 152 industrielle Arbeiter und 269 298 i[n] der Landwirthschaft thätige Personen (meist kleine Landwirthe, Weinbauern 2c.).

Danach sind die Arbeiter in Frankreich gewerkschaftlich noch ziemlich schwac[h] organisirt, viel schwächer als es im Verhältniß die Unternehmer sind. Und selbst i[n] den Gewerben, wo Arbeitersyndikate bestehen, vertreten die in ihnen organisirte[n] Arbeiter insgesammt nur 6 Prozent der Arbeiterschaft dieser Gewerbe, noch wenige[r] als das Verhältniß der syndikatlich organisirten Angehörigen der Landwirthschaft z[u] den in dieser thätigen Personen, das 8 Prozent beträgt.

Es ist das zum Theil dem langsameren Gang der industriellen Entwicklun[g] in Frankreich, zum Theil der bisher die Syndikatsbildung erschwerenden Gesetzgebun[g] zuzuschreiben. Letzterer Uebelstand hat erst durch das Gesetz vom 21. März 188[4] einige Besserung erfahren. Seitdem erst datirt der Aufschwung des französische[n] Gewerkschaftswesens. (Näheres darüber bringt der höchst instruktive Artikel vo[n] Prof R. Jay „über die Syndikate der Arbeiter und Unternehmer in Frankreich“ i[n] Dr. H. Braun's Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, 4. Bd., 3. Heft.) De[r] Zuwachs der Mitgliederzahl der Syndikate im abgelaufenen Jahre betrug im Ganze[n] 114 947 Personen, davon 12 746 Unternehmer, 35 061 landwirthschaftlich thätig[e] Personen, 65 460 Arbeiter und 1677 Mitglieder gemischter — aus Arbeitern un[d] Unternehmern bestehender — Syndikate. Am meisten Syndikatsvereine bestehen[:] Im Baugewerbe, in der Metallindustrie, der Bäckerei, den Buchindustrien, der Webere[i] und Spinnerei, dem Großhandel in Getränken, dem Apothekerwesen, der Fußbekleidungsindustrie, der Hutmacherei, der Metzgerei, dem Kleinhandel in Getränke[n] und der Möbelindustrie.

Turquan knüpft an die in der obigen Tabelle wiedergegebenen Zahlen eine Untersuchung darüber, wie viele der Gewerkschaften sich wieder auflösen. Er fand, daß in der Zeit vom 1. Juli 1890 bis 1. Juli 1891 900 Gewerkschaften gegründet wurden, dagegen 261 sich wieder auflösten, davon 128 Arbeitergewerkschaften. Von diesen Auflösungen kamen je:

22 auf das Departement Bouches du Rhône (Marseille),
15 " " " Haute Garonne (Toulouse),
14 " " " Gironde (Bordeaux),
12 " " " Rhône (Lyon),
10 " die Departements Pas-des-Calais und Algier,
9 " " " Meurthe und Moselle, Nord,
8 " " " Aveyron, Isère, Seine, Var, Vaucluse.

Es sind nicht die industriellsten Departements, die an der Spitze dieser Liste stehen, sondern Departements des Südens. Den Südländern fehlt die Zähigkeit, die gerade für die gewerkschaftliche Bewegung so nothwendig ist.

Die Arbeitszeit der englischen Weber beträgt gegenwärtig 56½ Stunden pro Woche gegen 60 Stunden im Jahre 1850. Das Arbeitsprodukt aber, welches der einzelne Arbeiter während dieser 56½ Stunden heute fertigstellt, ist, wie der Generalsekretär der Vereinigten Webergewerkschaft von Nord-England, J. Birtwistle, einer der konservativsten englischen Gewerkschaftsführer, kürzlich in einem Vortrage ausführte, um rund 60 Prozent größer als das von 1850. Erstens bediene der Weber, der 1850 drei Stühle zu besorgen hatte, heute einen Stuhl mehr, und zweitens käme auf jeden Stuhl im Durchschnitt mindestens 21 Prozent mehr Arbeit. Es werde behauptet, fügte Birtwistle hinzu, daß dies eine Folge der verbesserten Maschinerie und der größeren Geschwindigkeit sei, mit der heute die Stühle laufen, aber jeder Sachkenner wisse, daß keine der in der Zwischenzeit eingeführten Verbesserungen die Arbeit der Weber nennenswerth verringert habe, und daß die größere Geschwindigkeit des mechanischen Stuhles auch die größere Geschwindigkeit des Webers bedeute. Es sei das — auf der raffinirten Ausnutzung des Stücklohnsystems beruhende — „Treiberei-(driving-) System," welches hauptsächlich zu dieser äußersten Anspannung der Arbeiter geführt habe, und es sei hohe Zeit, daß die Arbeiterschaft energisch gegen dasselbe Stellung nehme. Die sehr stark besuchte Versammlung, heißt es in dem Bericht, beschloß in diesem Sinne.

Birtwistle gehört zu den erbittertsten Gegnern des gesetzlichen Achtstundentages und begründet diesen Widerstand mit dem Hinweis auf die Konkurrenz des Auslandes. Wenn die Rücksicht auf diese aber entscheidend sein soll, so würde sich auch gegen das Treiberei-System nicht viel ausrichten lassen. Indeß das ist eine Frage, welche sich von selbst erheben wird, sobald die Arbeiter die Bekämpfung des Treiberei-Systems in die That umzusetzen versuchen. Das Wichtige ist, daß die Weber von Lancashire überhaupt wieder auf eines der Grundübel der modernen Produktionsweise zurückgehen, statt sich ausschließlich auf die Anpassung der Tarifsätze an die Verhältnisse des Marktes zu beschränken.

In demselben Vortrag, in welchem er die obigen Zahlen gab, führte Birtwistle auch aus, daß das in der letzten Parlamentssession beschlossene Zusatzgesetz zum Fabrikgesetz, wonach in der Textilindustrie die Fabrikanten bei der Lohnzahlung den Arbeitern genau spezialisirte Berechnungen über die geleistete Arbeit zu geben haben, bei den gegenwärtigen Lohnsätzen allein für die Spuler von Burnley einen wöchentlichen Lohnverlust von 93 Pfund (= 1860 Mark) aufhebe. Mit anderen Worten, daß das Gesetz diese Summe oder 4650 Pfund = 93 000 Mark im Jahr, den Arbeitern wieder zuführe, um welche Summe, schlecht gerechnet, die Fabrikanten die Arbeiter bisher betrogen. Und wie für die Spuler werde das Gesetz auch für die Weber von Vortheil sein. Ganz gut. Aber warum haben sich die guten Leute das nicht durch die allmächtige „freie gewerkschaftliche Aktion" verschaffen können?

Die Zahl der unterstützten Armen in Schweden ist in stetiger Zunahme begriffen. 1884 zählte man 222 915 unterstützte Arme, davon 169 613 auf dem Lande und 53 302 in den Städten. 1889 betrug deren Zahl 242 852, beziehungsweise 173 791 und 69 361. Die Zunahme ist nicht blos eine absolute, sondern auch eine relative. Es betrug die Zahl der unterstützten Armen für je 10 000 Bewohner:

	Der Landdistrikte	Der Städte	Des ganzen Landes
1884	440	678	480
1885	433	667	474
1886	433	721	484
1887	433	734	487
1888	445	799	510
1889	447	775	509

Auf dem flachen Lande bleibt die Zahl der Armen verhältnißmäßig stets auf gleicher Höhe. Sie steigt dagegen rasch in den Städten, den Zentren der modernen Zivilisation.

Feuilleton.

Ruben Sachs.

(Nachdruck verboten.)

Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von **Amy Levy.**

Aus dem Englischen.

(Fortsetzung.)

XI. Kapitel.

Anfangs November sollte bei den Leuniger's ein Ball stattfinden und die Vorbereitungen zu demselben waren für den weiblichen Theil der Familie der Gegenstand lebhafter Erörterungen.

Es galt die Listen der Einzuladenden durchzusehen, die sozialen Ansprüche ihrer Bekannten und Freunde abzuwägen, und kein nur irgendwie tanzfähiges männliches Individuum zu übersehen.

„Addie wird Mr. Griffiths und Esther Mr. Peck mitbringen," sagte Rosa. „Sie tanzen gut, sehen nett aus, und man sieht sie überall, obgleich Ruben sie „Eindringlinge" nennt."

Rosa liebte den Tanz, was nicht zu verwundern war, denn sie hatte von jeher viele Eroberungen dabei gemacht.

Rosa, mit ihren weißen, runden Schultern und blondem Haar, ihrer Lebhaftigkeit und Gutmüthigkeit, ihren flinken Füßen und ihrer schnellen Zunge, Rosa mit ihren fünfzigtausend Pfund Mitgift und ihren Ballkleidern für zwanzig Pfund, Rosa wurde — magisches Wort! — so oft engagirt, wie es selten einem Mädchen unter zehn gelingt.

„Ich glaube, die Samuel Sachs' werden wohl oder übel aufgefordert werden müssen," meinte Judith.

Sie hatte natürlich auch ihre Bewunderer, wurde aber keineswegs in solcher Weise ausgezeichnet, wie ihre Cousine.

„Ja, ist es nicht schrecklich?" rief Rosa, „und die Lazarus Hart's auch!"

Das stark entwickelte Familiengefühl unter den Kindern Israels nimmt oft die Form akuter Familieneifersüchteleien an.

Derselbe Jude, der sein Haus jedem Nichtjuden sorglos und ohne nach den Qualifikationen zu fragen, offen hält, ist von einer krankhaften Engherzigkeit, wenn es sich um die gesellschaftliche Legitimation eines Glaubensgenossen handelt, den er in seine Häuslichkeit aufnehmen soll.

Die Leuniger's gehörten, wie wir gesehen haben, noch nicht lange zu den Höhergestellten in der Gemeinde und zählten unter ihren Bekannten Juden der verschiedensten Gattung — von den Cardozo's, die reich und gebildet waren, die ihre Abstammung fast von Hillel, dem Sohn Davids, herleiteten und in der englischen Gesellschaft eine Position einnahmen, bis herab zu solchen Naturkindern wie die Samuel Sachs'.

„Nellie Hepburn und und die Strettel'schen Mädchen müssen wir auch noch einladen," fuhr Rosa, ihre Liste überschauend, fort; „unsere jungen Leute sind alle hinter ihnen her, und dabei kann ich sie gar nicht einmal so hübsch finden."

„Es geschieht auch wohl mehr, weil sie ihnen eine Abwechslung bieten, denn unsere Gesichter kennen sie schon auswendig," antwortete Judith lachend.



Nr. 9. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Etwas vom sozialen Königthum.

✗ Berlin, 18. November 1891.

Ohne Klang und Sang hat gestern das soziale Königthum seinen zehnten Geburtstag gefeiert; selbst seine eifrigste Gevatterin, die „Kreuz-Zeitung," gesteht offen, daß sie das Kind zwar mit Bewunderung und Hoffnung aus der Taufe gehoben habe, aber heute nur mit Fragen und Zweifeln auf dasselbe zu blicken vermöge. Mit dieser Bekümmerniß steht sie obendrein noch ziemlich einsam da; die meisten Blätter lassen den Gedenktag ohne ein Wort der Freude oder Sorge vorübergehen; sie scheinen die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 endgiltig in dem Makulaturschranke der Geschichte beigesetzt zu haben.

Wir machen ihnen daraus gewiß keinen Vorwurf, vielmehr begrüßen wir es als einen Fortschritt, daß der Schattentanz des sozialen Königthums höchstens noch das verzückte Seherauge der „Kreuz-Zeitung" zu fesseln, wenngleich auch nicht mehr zu blenden vermag. Das war vor zehn Jahren noch ganz anders. Damals schrieb der Ober-Offiziöse Hahn eine zur Massenverbreitung bestimmte Schrift, deren Titel allein schon eine genügende Probe von der Verwirrung giebt, die dazumal angerichtet werden sollte und bis zu einem gewissen Grade, so weit es sich um die bürgerlichen Klassen handelt, auch wirklich angerichtet wurde. Dieser Titel lautete: „Das soziale Königthum. Ein Ausspruch Lassalle's und die soziale Praxis Kaiser Wilhelms." Der plumpe Humbug des Geheimen Oberregierungsraths — denn bis auf eine so hohe Stufe der preußischen Bureaukratie hatte sich dieser Hahn hinaufgekräht und bei seinem gleich darauf erfolgenden Ausscheiden aus dem Staatsdienste weinte Bismarck dem „unersetzlichen" Federvieh aufrichtige Thränen der Rührung nach — bestand darin, daß er Lassalle's bekannte Aeußerung gegen Huber: wenn es ein soziales Königthum gäbe, so wäre ich der Erste, seine Fahne zu tragen, aber weil es kein soziales Königthum giebt, so müssen die Arbeiter ihre Emanzipation selbst erkämpfen, nur zur ersten Hälfte mittheilte und dann weiter folgerte: da durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 das soziale Königthum konstituirt ist, so würde Lassalle, wenn er heute lebte, Redakteur der halbamtlichen „Provinzial-Korrespondenz" oder gar vortragender Rath bei Bismarck sein.

Das schnelle Absterben des sozialen Königthums ist um so bemerkenswerther, als seine Geburtswehen manches Jahrzehnt gewährt haben. Sein erster Philosoph — die Praxis des sozialen Königthums ist ja noch viel älter — war wohl Lorenz v. Stein. In dem bekannten Werke über den französischen Sozialismus und Kommunismus, das Anfangs der vierziger Jahre erschien, entwickelte Stein, daß alles Königthum fortan entweder ein leerer Schatten oder eine Despotie werden, oder in Republik untergehen müsse, wenn es nicht den hohen sittlichen Muth habe, soziales Königthum zu werden. Diese Wundererscheinung sichere aber gleichzeitig auch den wahren Vortheil der besitzenden Klassen; der preußische Adel beispielsweise, so führte Stein aus, sei durch die Bauernemanzipation eher reicher als ärmer geworden. Das Beispiel war ganz hübsch gewählt; nur daß die Bereicherung der Junker durch die Bauernemanzipation nicht auf die mystischen Wirkungen des sozialen Königthums zurückzuführen war, sondern — wie neuerdings Knapp in seinem trefflichen Werke über die preußische Bauernbefreiung urkundlich nachgewiesen hat — auf die sehr einfache Prellerei, mit welcher die Junker sowohl die Krone als auch die Bauern über den Löffel barbierten. Dem Philosophen Stein folgte bald der — wie er sich selbst auf dem Titel anonymer Schriften zu nennen pflegte — „praktische Staatsmann" Wagener; in seinen Memoiren-Bruchstücken erzählt er, wie er schon vor 1848 in dem zu Köln erscheinenden „Rheinischen Beobachter" die Idee des sozialen Königthums verfochten habe. Leider verhehlt er aber die Antwort, welche er im September 1847 von Marx und Engels in der deutschen „Brüsseler Zeitung" auf sein liebenswürdiges Anerbieten einer von „Regierung" und „Proletariat" gegen die „Bourgeoisie" zu schließenden Allianz bekam. Diese Absage an das „Blendwerk" des „königlich preußischen Regierungs-Sozialismus" war nicht höflich, aber deutlich.

Es versteht sich von selbst, daß Lassalle auf dem gleichen Standpunkt stand, wenngleich einzelne Aeußerungen seiner Agitationsschriften in diesem Betrachte möglicherweise eher mißverstanden werden können, als der gar nicht mißverständliche Brief an Huber. Die vielleicht bezeichnendste Aeußerung Lassalle's über das soziale Königthum findet sich in einer umfassenden Besprechung, welche er dem ersten Bande von Rosenkranz' „Wissenschaft der logischen Idee" in der Zeitschrift „Der Gedanke," Jahrgang 1861, also lange vor dem Beginn seiner sozialpolitischen Agitation widmete. In einem philosophischen Zusammenhange, der hier nicht näher analysirt werden kann, führte Lassalle aus, der „an sich seiende berechtigte Begriff der Monarchie" sei allerdings, „die Totalität und Einheit des sittlichen Staatswillens darzustellen gegenüber den in ihre besonderen Interessen versenkten, in ihre Privilegien und Vorrechte, Klassen und Stände der bürgerlichen Gesellschaft verstrickten Einzelnen." Somit sei die Monarchie ihrer innern Natur nach von vornherein in einer feindlichen Stellung zu den Privilegirten. „Aber," so fährt er fort, „seiner Wirklichkeit nach, nach der Bestimmtheit, welche der Begriff der Monarchie in der heutigen staatlichen Existenz hat, ist diese Totalität und Einheit des Staatswillens in der Monarchie als eine zufällige, empirische, durch die Erblichkeit der Geburt bestimmte, unmittelbare Individualität vorhanden, d. h. sie ist selbst wieder ein Privilegium und zwar das *höchste* und *härteste* Privilegium, — den öffentlichen Willen als das erbliche Eigenthum eines Individuums, einer Familie zu setzen." Das Königthum ist also ein Widerspruch zwischen seinem inneren Begriff und seiner äußeren Bestimmtheit; in dem Streben, diesen Widerspruch aufzuheben und sein Dasein seinem Begriffe gleich zu machen, verwandelt es sich aber durch einen zwar unfreiwilligen und ungewollten, allein deshalb nur um so logischeren weltgeschicht-

lichen Prozeß in sein Gegentheil. Denn wenn das Königthum, selbst ein Privileg, sich getrieben findet, gegen die der sittlichen Einheit und Totalität des Staatszwecks entgegenstehenden Privilegien der bevorrechteten Klassen anzugehen, wie etwa 1789 in Frankreich, so untergräbt es sein eigenes Privileg und hebt seine eigene Existenz auf; es schlägt um in die Republik, welche dann die ihrem Begriffe wahrhaft entsprechende Existenzform der Einheit und Totalität des sittlichen Staatswillens ist. Wir brauchen unsern Lesern wohl kaum zu sagen, weshalb wir bei dieser philosophischen Auseinandersetzung Lassalle's etwas länger verweilt haben, denn abgesehen davon, daß der betreffende Aufsatz wenig bekannt ist, so liegt es auf der Hand, daß unsere bei alledem nur kurzen Auszüge aus demselben eine bündige Kritik nicht nur des sozialen Königthums, sondern auch des geflügelten Wortes: suprema lex regis voluntas! enthalten, über welches Wort die bürgerlichen Blätter sich augenblicklich in so unerträglichen Windungen des Möchte-wohl- und Kann-doch-nicht-Stils ergehen.

Dagegen müssen wir anerkennen, daß man dasjenige soziale Königthum, dessen zehnter Jahrestag gestern war, beträchtlich überschätzen würde, wenn man es mit dem hohen philosophischen Maßstabe Lassalle's messen wollte. Bismarck hat jüngst erklärt, daß er aus eigener Initiative und ohne jede fremde Beihilfe sowohl die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 verfaßt, als auch die späteren Maßregeln seiner sogenannten Sozialreform ersonnen habe. Das ist durchaus glaublich, denn alle diese Dinge tragen den unverkennbaren Stempel seines, sobald es sich um seine Klasseninteressen handelt, unglaublich beschränkten und verbohrten Geistes. Es liegt noch ein von Wagener verfaßtes und von Rodbertus verbessertes Konzept zu einem Programm des sozialen Königthums vor, das dem damaligen Reichskanzler spätestens im Jahre 1875 überreicht sein wird, denn im Dezember dieses Jahres starb Rodbertus. Das Schriftstück findet sich in Rodbertus' literarischem Nachlasse III, S. 247 u. ff. Die Verfasser empfahlen die feierliche Verkündigung einer Aera der Sozialreform durch eine kaiserliche Botschaft, „um das Vertrauen der arbeitenden Klassen zu erwecken," dann Abschaffung aller Lebensmittelsteuern, Einführung eines Normalarbeitstages, Verbot der Sonntagsarbeit, amtliche Fabrikaufsicht mit weitreichenden Befugnissen u. s. w., daneben auch noch das Staatseisenbahnsystem und das Tabaksmonopol. Bismarck begann mit dem Staatsbahnsysteme, hielt es dann aber für praktischer, die arbeitenden Klassen einfach mit dem Polizeiknüttel auf den Kopf zu schlagen und demnach nicht etwa die Lebensmittelsteuern abzuschaffen, sondern sie vielmehr ins Ungeheuerliche zu erhöhen, um den Klassen, denen er angehört, in erster Reihe also dem Großgrundbesitze und in zweiter Reihe dem Großkapitale die Taschen zu füllen. Die unter dem rothen Schrecken von 1878 erfolgten Reichstagswahlen hatten ihm für beide Zwecke eine willfährige Mehrheit verschafft. Aber als die Wahlen von 1881 herannahten, war eine tiefgehende Unzufriedenheit unter den Wählern unverkennbar. Also langte der geniale Denker wieder zu seinem Konzepte und sein Blick blieb auf dem Tabaksmonopole haften. Alsbald mußte Herr Adolf Wagner im Sommer von 1881 mit dem Tabaksmonopole als dem „Patrimonium der Enterbten" im Reiche hausiren gehen. Allein der grobe Schwindel verfing nicht; die Wahlen von 1881 ergaben eine schwere Niederlage des bismärckischen Systems. So langte er, Bismarck, denn abermals nach seinem Konzepte, indessen er fand hauptsächlich nur noch Vorschläge zur Fabrikgesetzgebung darauf — die er eben so bitter haßt, wie er den Profit liebt. Aber halt! Die feierliche Botschaft, welche eine Aera der Sozialreform ankündigt, „um das Vertrauen der arbeitenden Klassen zu erwecken," — das

war doch noch ein Spektakelstück, das gar nichts kostete und das am Ende einen Lärm vollführen konnte, über dem den arbeitenden Klassen vielleicht doch Hören und Sehen verging. Besonders wenn diesem Ohrenschmaus dann noch das Schaugericht einer Versicherungsgesetzgebung folgte, welche die Last der Armenpflege nach Möglichkeit von den Schultern der Besitzenden auf die Schultern der arbeitenden Klassen abwälzte und die Bewegungsfreiheit der Letzteren, die selbst das von den Vorkämpfern des sozialen Königthums in alle Tiefen der Hölle verfluchte Manchesterthum aufrecht erhalten wissen wollte, an allen Ecken und Enden zu beknapsen gestattete. So kam es denn am 17. November 1881, wie es kommen mußte.

Wie leicht begreift es sich demnach, daß die bürgerlichen Klassen den einst mit so unzähligen Pauken und Trompeten begrüßten Tag heute nach zehn Jahren am liebsten aus dem politischen Kalender streichen möchten! Aber wenn die Menschen vor Reue und Scham schweigen, dann spricht die Logik des geschichtlichen Prozesses um so lauter. Gestern, am zehnten Jahrestage des sozialen Königthums, wurde der neue Reichshaushaltsplan bekannt, der an hundert Millionen neuer Ausgaben für Mordwerkzeuge und Spitzelzwecke, für die Lebensnothwendigkeiten eines völkerfeindlichen Militär- und Polizeistaatssystems, fordert. Gestern, am zehnten Jahrestage des sozialen Königthums, vertheidigte ein Vertreter der Regierung vor versammelter Volksvertretung in verschämter Weise die Sklaverei in unsern afrikanischen Kolonien. Und endlich — last not least — an diesem denkwürdigen Tage errangen die hiesigen Arbeiter, welche das soziale Königthum so wenig mit dem Zuckerbrote wie mit der Peitsche kirre zu machen gewußt hat, einen glänzenden Sieg, mit der stumpfen und unbeholfenen Waffe des Dreiklassen-Wahlrechts alte Sitze im städtischen Parlament erringend, neue erobernd, ihren verbissensten Gegnern das widerwillige Geständniß entreißend, daß ihre Partei alle anderen an Aufopferung und Geduld, an Feuer und Kraft, an Muth und Zähigkeit übertreffe.

So feiert die Geschichte ihre Gedenktage, und die beredte Sprache ihrer Thatsachen Bedarf keines Kommentars.

Die Rechtlosigkeit der landwirthschaftlichen Arbeiter in Preußen.

Von **Max Schippel.**

II.

Das preußische Gesetz vom 24. April 1854 handelt von den „Verletzungen der Dienstpflichten" und findet nicht nur auf das eigentliche „Gesinde" Anwendung, sondern nach § 2 auch:

> „c) auf das Verhältniß
>
> zwischen dem **Besitzer** eines Landgutes oder einer anderen Acker- und Forstwirthschaft, sowie den von ihm zur **Aufsicht** über die Wirthschaftsarbeiten bestellten Personen
>
> und solchen **Dienstleuten**, welche gegen Gewährung einer **Wohnung** in den ihm gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäuden und gegen einen im Voraus bestimmten Lohn behufs der Bewirthschaftung angenommen sind (Instleute, herrschaftliche Tagelöhner, Einlieger, Kathenleute und dergleichen);"
>
> „d) auf das Verhältniß
>
> zwischen solchen **Handarbeitern**, welche sich zu bestimmten **land- oder forstwirthschaftlichen** Arbeiten, wie z. B. Erntearbeiten auf Acker und Wiese, Meliorationsarbeiten, Holzschlagen u. s. w. verdungen haben,
>
> und dem **Arbeitsgeber** oder den von ihm bestellten **Aufsehern**."

Wir haben hier also ein Gesetz, das für alle landwirthschaftlichen Arbeitskräfte, für das Gesinde wie für die kontraktlich auf längere Zeit gebundenen und für die freieren Tagelöhner gilt. Es ist, noch mehr wie die hervorgehobenen Bestimmungen der Gesindeordnung, eine Art Gegenstück zu der Gewerbeordnung, soweit diese für die gewerblichen Arbeiter Rechte und Pflichten gegen das industrielle Kapital abgrenzt.

Und was finden wir in diesem, für die Rechtsverhältnisse zwischen Landbesitz und Landarbeiter grundlegenden Gesetz?

Einmal, daß den Landarbeitern **keinerlei Koalitionsrecht** zusteht, daß jeder Versuch und jede Aufforderung zu wirksamer Koalition strafbar ist, strafbar wie nur je in den Zeiten, welche kein „natürliches Recht" und keinen „Rechtsstaat" kannten, als deren nothwendige Konsequenz man so oft die Koalitionsfreiheit gefordert und gerühmt hat.*)

Die gewerblichen Arbeiter Deutschlands haben in der That, wenn auch mit mancherlei Durchbrechungen, dieses Grundrecht errungen durch den bekannten § 152 der Reichsgewerbeordnung:

> **Alle** Verbote und Strafbestimmungen gegen . . . gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen **Verabredungen** und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst **Einstellung der Arbeit** . . ., werden aufgehoben.

Ueber der Gesammtheit der landwirthschaftlichen Arbeiter hängt heute noch, drohend wie ein Fallbeil, der § 3 des Gesetzes vom 24. April 1854:

> Gesinde, . . . Dienstleute oder Handarbeiter der § 2 . . . c, d bezeichneten Art,
> welche die Arbeitsgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die **Einstellung der Arbeit** oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitsgebern **verabreden,**
> oder zu einer solchen Verabredung Andere **auffordern,**
> haben **Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre** verwirkt.

---

*) Herr Professor Schönberg schreibt heute noch: „Die gesetzliche Anerkennung des Koalitionsrechtes ergiebt sich als ein natürliches Recht schon aus dem Wesen des Rechtsstaates. Denn aus dem Grundprinzip desselben, der Freiheit und Rechtsgleichheit der Person, folgt, daß der Einzelne seine Kraft benutzen könne, um seine Lage zu verbessern, soweit er nicht erworbene Rechte Dritter verletzt oder das Gesammtinteresse schädigt. Wie nun keine Verletzung der Rechte Dritter, keine Schädigung des Gesammtinteresses in dem Streben des einzelnen Lohnarbeiters liegt, seinen Lohn zu erhöhen, eine inhumane Arbeitszeit oder unwürdige Bestimmungen . . . zu beseitigen, ist dies ebensowenig an sich der Fall, wenn der Arbeiter sich in diesem Streben mit Andern verbindet. . . . Erst die Vereinigung mit Andern . . . versetzt die Arbeiter in die Lage gleicher Kontrahenten, in welcher sie ihre berechtigten Ansprüche dem Arbeitgeber gegenüber durchzusetzen vermögen, sie macht die rechtliche Freiheit und Gleichberechtigung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrags auch zu einer wirklichen. . . . Das Koalitionsrecht umfaßt auch das Recht der Vereinigung zu einer gemeinsamen Arbeitseinstellung (Strike, Ausstand). Dies Recht darf dem Arbeiterstande nicht versagt werden, denn die Arbeitseinstellung ist die Weigerung der Arbeiter, unter den Bedingungen, welche der Unternehmer nur zugestehen will, ihre Arbeitskraft weiter dem Unternehmer zu überlassen. Wie diese ein Recht des Einzelnen ist, muß sie auch ein Recht Mehrerer, die sich zu einer solchen vereinigen, sein." So argumentirt man heute wohl allgemein in aufgeklärten bürgerlichen Kreisen. Wie wenig man aber Grund hat, von einer Verwirklichung dieses Rechtes „des Arbeiterstandes" zu sprechen, ergiebt sich aus unserer Darstellung. Die Hälfte der preußischen Arbeiter hat dieses „natürliche Recht" nicht.

Die Beschränkungen, welche für alle gewerblichen Arbeiter Deutschlands seit 1869 und 1871 — in einzelnen Bundesstaaten noch länger — aufgehoben sind, bestehen demnach für die Millionen von Arbeitern in Hof und Feld und Wald weiter, als würden letztere weniger ausgebeutet oder als gehörten sie einem fremden, in der Kultur zurückgebliebenen Reiche an. Es ist ihnen bei hoher Gefängnißstrafe verboten, gemeinsam die Arbeit zur Erreichung bestimmter Lohnforderungen oder sonstiger „Zugeständnisse" einzustellen, ja selbst die bloße „Verabredung" und sogar die „Aufforderung" dazu ist strafbar, auch wenn sie gar keine Aufforderung oder Verabredung zum Strike unter Kontraktbruch ist!

Dieses fortbestehende Ausnahmegesetz, wirthschaftlich viel weitergehend wie das erloschene Sozialistengesetz, ist nach den beigefügten Motiven der Auffassung entsprungen, daß das ländliche „Dienstverhältniß" einen „über Privatrecht und über die Interessen, welche der Staat bei Erfüllung privatrechtlicher Verbindlichkeiten durch den Verpflichteten hat, hinausgehenden Charakter" besitze, der den alles ordnenden und in Harmonie bringenden Staat berechtige und zugleich verpflichte, zur Aufrechterhaltung und gehörigen Gestaltung des „Dienstverhältnisses" Mittel zu gewähren und anzuwenden, welche über diejenigen hinausgehen, die er für rein vermögensrechtliche Vertragsverhältnisse zu Gebote stellt und stellen kann. „Trägheit, Ungehorsam und Zuchtlosigkeit des Gesindes und der ihnen gleichzustellenden Arbeiter beeinträchtigen nicht die anderen Kontrahenten, die Herrschaft, allein, sie gefährden das gemeine Wohl und zwar in erheblichem Maße. Nicht allein, daß die häusliche Gesellschaft und Familie, also die wichtigste Grundlage des Staats dadurch gestört wird, daß Ordnung und Sitte im Allgemeinen und der Begriff der Autorität durch Zuchtlosigkeit des Gesindes leiden, es wird dadurch auch der Nationalwohlstand, insbesondere das landwirthschaftliche Gewerbe, in nicht geringem Maße gefährdet und eine ungehemmte, immer weiter greifende Verwilderung des Gesindes und der ihm gleichzustellenden Arbeiter wird nicht nur Frivolität, Genußsucht und falsches Selbstbewußtsein einer Volksschicht, die dergleichen am wenigsten vertragen kann, immer weiter und tiefer einimpfen, sondern auch der Verdienstlosigkeit, dem Müssiggange mit allen ihren Folgen zahlreiche Opfer zuführen und dem Verbrechen ein weiteres Feld eröffnen. Dem darf und muß der Staat durch Strafe gegen die Ursachen dieser Uebel entgegenwirken. Der Herrschaft aber ist er diesen höheren Rechtsschutz schuldig. . . ."

Der „Geist" dieses preußischen Rechtes tritt in diesen Motiven greifbar zu Tage. Er will nichts davon wissen, daß die für jede Klassenordnung freilich nothwendige Ausbeutung der Arbeitskräfte heute auch rein vertragsmäßig zu regeln sei, er will vielmehr sein Stück Dienstzwang und Unterthänigkeit in die neue Ordnung aus der alten feudalen mit hinübergerettet sehen. Wie in der Gesindeordnung neben der Familienzugehörigkeit der Backpfeifenzwang, so wird hier neben der „Vertragsfreiheit" gleich eine Reihe von Galgen aufgerichtet; man fühlt sich dazu der Gesellschaft und der Herrschaft gegenüber gleichermaßen verpflichtet, ja sogar die frivolen und genußsüchtigen Landarbeiter glaubte man dadurch vor sicherem Verderben bewahren zu sollen.

So lange diese Arbeiter das Bedürfniß zu Koalitionen nicht fühlten, machte sich natürlich auch das im Wege stehende Gesetz wenig fühlbar; es waren mehr die anderen Bestimmungen seines Inhaltes, welche Polizei und Gerichte gegen die „Verwilderung des Gesindes und der ihm gleichzustellenden Arbeiter" in Anwendung brachten; zu Koalitionsbestrafungen kam man oben kaum, weil unten keine Koalitionen entstanden. Heute ist das wesentlich anders, und das Gesetz

vom 24. April 1854, zusammen mit dem Vereinsgesetz vom 11. März 1850, beginnt erst jetzt in voller Schönheit zu erblühen.

Je mehr der rationelle Großbetrieb im Landbau sich ausbreitet, desto mehr wird natürlich auch die landwirthschaftliche Arbeitskraft proletarisirt und von allen Zusammenhängen mit den Interessen des Besitzes gelöst, desto machtvoller wächst unter den in gleichem Gegensatze zum Großbesitz befindlichen, gleich Ausgebeuteten das Solidaritätsgefühl empor, desto stärker und häufiger werden die Anreize zu solidarischem Kampfe um Lohn, Arbeitszeit und alle wichtigen Punkte des Arbeitsverhältnisses. Die Koalitionen werden zu einem natürlichen Lebensbedürfniß der Landarbeiter; die Behörden haben ebenso natürlich das Bestreben, bestehende Verbote nicht verfallen und umgehen zu lassen. So kommen diejenigen, die bisher am wenigsten wußten, wozu eine hohe Obrigkeit da ist, schon heute mitunter zu den verblüffendsten Erfahrungen.

Im Frühling dieses Jahres versammelten sich z. B. die Feldarbeiterinnen aus der Umgebung Magdeburgs. Sie hatten allen Anlaß dazu, denn sie werden maßlos überarbeitet und elend bezahlt — wie in allen Zuckerdistrikten. Sich ihre Noth klagen, durften sie auch. Als aber ein Redner vorschlug, einen Tagelohn von 1,50 Mark zu verlangen und, wenn es nicht anders ginge, durch Arbeitseinstellung zu erzwingen, löste der überwachende Beamte die Versammlung auf. Man denke: im Jahre 1891, lange nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes und der darauf sich stützenden Strikeerlasse, Auflösung einer Versammlung, nicht weil der Strike proklamirt wird oder weil in Verbindung mit einer Strikebewegung etwas erregte Worte fallen, sondern einfach, weil von Strike — wir hätten bald geschrieben: von „Thema“ — gesprochen wird. Und der Beamte war vollständig in seinem Rechte, wie das der Magdeburger Polizeipräsident auf die eingereichte Beschwerde hin feststellte. Versammlungen können nach § 5 des preußischen Vereinsgesetzes aufgelöst werden, wenn Anträge oder „Vorschläge“ zur „Erörterung“ kommen, die eine Aufforderung oder Anreizung zu „strafbaren Handlungen“ in sich schließen. Die Verabredung eines Strikes ist in diesem Falle aber eine strafbare Handlung, sodaß noch nicht einmal der „Vorschlag“ zu einer solchen Verabredung erörtert werden darf, wenn die Strenge des Gesetzes waltet! Ja, die „Aufforderung“ zu einer Strikeverabredung ist schon eine strafbare Handlung, und am Ende war es noch eine besondere Gnade, daß man blos die Versammlung heimschickte und den Redner nicht „bis zu einem Jahre“ in stiller Zelle darüber nachdenken ließ, daß — wie es in den oben zitirten Motiven heißt — der Staat beim landwirthschaftlichen „Dienstverhältniß“ noch ganz andere Interessen zu wahren hat wie sonst „bei Erfüllung privatrechtlicher Verbindlichkeiten.“ *)

---

*) Für die Verhältnisse, die sich so entwickeln, darf ich vielleicht auf das kürzlich erschienene Heft 3 der III. Serie der „Berliner Arbeiterbibliothek“ verweisen (Die deutsche Zuckerindustrie und ihre Subventionirten. Ein Beitrag zur Landagitation). Die dort auch abgedruckte Erwiderung des Polizeipräsidenten von Magdeburg lautet:

„Magdeburg, den 15. Mai 1891.

Ihre Beschwerde vom 9. Mai 1891 über die Auflösung der am 6. Mai 1891 in der „Deutschen Fahne“ hier abgehaltenen öffentlichen Frauenversammlung wird als unbegründet zurückgewiesen.

Nach dem Bericht des überwachenden Polizeibeamten hat der Arbeiter August Kämmerer die Feldarbeiterinnen **aufgefordert,** falls sie nicht von freien Stücken seitens ihrer Arbeitgeber einen Tagelohn von 1,50 Mk. erhalten, **die gemeinschaftliche Arbeitseinstellung zu verabreden,** um auf diese Weise die Arbeitgeber zur Zahlung des Tagelohnes zu zwingen. Auf diese Worte hin ist die Auflösung

Doch mit den Koalitionsverboten ist der „höhere Rechtsschutz" des Staates noch lange nicht erschöpft.

Das alte, abgeschaffte Arbeitsbuch der gewerblichen Arbeiter ist heute noch für das Gesinde obligatorisch, und zwar in der schlimmsten Form: nicht nur als Ausweis über den Arbeitswechsel, sondern als Konduitenliste, welche das ganze Leben des Arbeiters einer Kontrole seitens der Unternehmer unterwirft und welche es — von der Verstärkung des polizeilichen Einflusses ganz abgesehen — jedem Unternehmer ermöglicht, aus irgend welchem Grunde unangenehm gewordene Arbeiter auf Jahre hinaus brotlos zu machen. Diese Eintragung eines Führungszeugnisses ist obligatorisch; Verbrechensstrafen werden amtlich vermerkt!

Der Kontraktbruch ist heute noch bei allen landwirthschaftlichen Arbeitern strafbar — und man bedenke, was es bei den langen Kündigungsfristen und bei den sonstigen Fesseln des freien Stellenwechsels des Gesindes heißen will, den Kontrakt nicht zu brechen. Nach § 1 des Gesetzes vom 24. April 1854 beträgt die Strafe für den, der „ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst versagt oder verläßt," „bis zu fünf Thalern oder Gefängniß bis zu drei Tagen." Bei dem etwas langsamen bureaukratischen Gang des polizeilich-richterlichen Verfahrens und bei der gerade in solchem Augenblick meist stark beschleunigten Bewegung des Inkulpaten kam es freilich oft vor, daß die schönsten Strafmandate fruchtlos blieben; man hängt eben auch in Preußen keinen, wenn man ihn nicht hat. Aber der preußische Justizminister wußte hier Rath zu schaffen und in seinem Promemoria vom 4. Oktober 1883*) führte er den Behörden zu Gemüthe, wie man den „Schwierigkeiten" in der praktischen Anwendung der Strafbestimmung begegnen könne, nämlich dadurch,

„daß der Arbeiter, gegen welchen die Dienstherrschaft den Strafantrag stellt, **vorläufig festgenommen** und durch den Amtsanwalt zu sofortiger Aburtheilung dem Amtsrichter vorgeführt wird.

„Die vorläufige Festnahme rechtfertigt sich, weil der den Dienst versagende, also auf frischer That betroffene Arbeiter **wegen der geplanten Auswanderung** (das heißt einfach: Entfernung) **fluchtverdächtig** ist.

„Er kann deshalb nicht nur von der Polizei, sondern **von Jedermann ohne richterlichen Haftbefehl vorläufig festgenommen** und dem Richter durch Vermittlung des Amtsanwaltes zugeführt werden."

Das gilt, wie gesagt, für alle landwirthschaftlichen Arbeiter, das Gesinde wie die Taglöhner. Außer dem Antrag auf Bestrafung kann aber gegen alle den Dienst vorzeitig verlassenden Arbeiter der Anspruch auf vollen Schadenersatz erhoben werden. Auch hier darf der preußische Justizminister — damals noch der liberale Dr. Friedberg — stolz auf seine Denkschrift sein. Sie führt hierüber aus:

---

erfolgt. Da **eine solche Verabredung** von Handarbeiterinnen, welche sich zu bestimmten **landwirthschaftlichen** Arbeiten verdungen haben, nach § 3 des Gesetzes, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854 **strafbar** ist, und da nach § 5 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 die Auflösung einer Versammlung erfolgen kann, in welcher Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten, so war das Verhalten des überwachenden Polizeikommissars **durchaus gerechtfertigt.**

Keßler."

*) Der preußische Minister des Innern machte es seinen Untergebenen unter dem 16. November 1883 bekannt. Es ist wirklich ein historisches Aktenstück. Man findet es abgedruckt in den bekannten Reger'schen Entscheidungen Band 4, S. 249—50.

„Es kommt darauf an, den Weg zu bezeichnen, auf welchem die Vollstreckung des erst noch im Prozeßwege festzustellenden Anspruches trotz der bevorstehenden Auswanderung (das heißt: Entfernung) des Schuldners rasch gesichert werden kann.

„Diesen Weg bietet das Gesetz im **Arrest** und dessen Vollstreckung.

„Wenn nämlich die Dienstherrschaft dem Amtsgericht die Thatsache des geschlossenen und noch laufenden Dienstvertrages, das vorzeitige Verlassen des Dienstes oder die Gefahr (!) eines solchen Vertragsbruchs und die Höhe des Schadens, sowie die Maßregeln, durch welche der Arbeitnehmer seine Auswanderung (das heißt: Entfernung) vorbereitet hat, glaubhaft macht — so ist die Anordnung des Arrestes (und zwar des dinglichen, wenn pfändbare Sachen noch zu erreichen sind — des **persönlichen,** wenn die Fortschaffung derselben bereits stattgefunden hat) begründet.

„Hat die Glaubhaftmachung ... eine Lücke, so kann von der Dienstherrschaft Sicherheitsleistung für die dem Gegner drohenden Nachtheile angeboten werden, und das Gericht kann nach Leistung der Sicherheit **trotz mangelnden Nachweises den Arrest anordnen.**

„Die Anordnung kann erfolgen und erfolgt regelmäßig, **ohne daß der Gegner zuvor gehört ist,** und sie ist in dem Augenblick, in welchem sie zugestellt wird, **sofort vollstreckbar.**"

Also für den Kontraktbruch Strafe zahlen oder brummen, für den vermeintlich angerichteten oder auch nur möglicherweise anzurichtenden Schaden Auspfänden oder erst recht brummen, das ist das Loos des Landarbeiters, während die Gewerbeordnung keine Strafe für den Kontraktbruch kennt und als Regel die „Entschädigung" höchstens auf den ortsüblichen Wochenlohn festsetzt (§ 124 b).

Aber für das Gesinde kommt es noch besser. Das „Gesinde" kann nämlich polizeilich zur Fortsetzung des Dienstes gezwungen werden. Es heißt in der preußischen Gesindeordnung:

§ 167. Gesinde, welches vor Ablauf der Dienstzeit ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst verläßt, muß durch Zwangsmittel zu dessen Fortsetzung angehalten werden.

§ 168. Will aber die Herrschaft ein solches Gesinde nicht wieder annehmen, so ist sie berechtigt, ein anderes an seine Stelle zu miethen, und der ausgetretene Dienstbote ist nicht allein schuldig, die dadurch verursachten mehreren Kosten zu erstatten, sondern verfällt überdies in eine Strafe, die nach Maßgabe des Grades der Verschuldung auf zwei bis zehn Thaler, oder bei Unvermögen auf verhältnißmäßiges Gefängniß festzusetzen ist.

Hier wäre zunächst hervorzuheben, daß das „Gesinde," welches nicht freiwillig oder in Folge angewandter Zwangsmittel in den Dienst zurückkehrt, härter bestraft wird wie nach den oben erwähnten Fällen des „Versagens" und „Verlassens" im Gesetze von 1854.

Die Praxis der zwangsweisen Zurückführung schildert Herr Knauer-Gröbers in den „Schriften des Vereins für Sozialpolitik" (VII, S. 12) folgendermaßen: „Die alte Praxis war kurz und korrekt. Wenn nämlich ein Knecht widerrechtlich den Dienst verließ, so zeigte dies der Arbeitgeber bei der Polizeibehörde an und bat um Zurückführung des Renitenten in seinen Dienst. Darauf empfing der Polizeidiener oder Gensdarm den Auftrag, den renitenten Knecht aufzusuchen und zurückzuführen, eventuell mit Anwendung von Gewalt. Jetzt ... ist dieses Verfahren untersagt und zwar, weil das Königl. Preußische Obertribunal plötzlich entdeckt hat, daß das Zurückführen in den Dienst ein Eingreifen in die persönliche Freiheit sei. Es ist folgendes Verfahren an seine Stelle getreten: Sobald der Amtsvorsteher die Anzeige von dem widerrechtlichen Verlassen des Dienstes eines

Knechtes (einer Magd) empfängt, so erläßt er ein Strafmandat in Höhe von zwei Thalern, dem ein Tag Gefängniß zu substituiren ist. Kehrt hierauf das untreue Gesinde nicht in seinen Dienst zurück, so erläßt er ein neues Strafmandat in Höhe von drei Thalern, welchem zwei Tage Gefängniß substituirt werden und so in infinitum fort. Was schließlich bei andauernder Renitenz wird, das wissen allein die Götter." Also beim Gesinde Zahlen und Brummen für den Kontraktbruch, Zahlen und Brummen für den etwaigen Schaden, und endlich Zahlen und Brummen und immer wieder Zahlen und Brummen — in alle Ewigkeit fort, wie Herr Knauer schreibt — um eventuell die Fortsetzung des Dienstes zu erzwingen.

Und nun bleibt uns zum Schlusse nur noch die eine Thatsache zu konstatiren übrig, daß nach § 1 des Gesetzes vom 24. April 1854 mit Geldstrafe bis zu fünf Thalern oder Gefängniß bis zu drei Tagen auf Antrag der Herrschaft bestraft werden alle landwirthschaftlichen Arbeiter — Gesinde wie Taglöhner — die „hartnäckigen Ungehorsam und Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Personen sich zu Schulden kommen" lassen — unbeschadet des Rechtes der Entlassung oder der „Beibehaltung" seitens der Herrschaft. Die Gewerbeordnung begnügt sich mit dem Entlassungsrecht, wenn Gesellen und Gehilfen „den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern" (§ 123, 3).

Das ist die rechtliche Lage eines großen Theils der Arbeiter Preußens. Sie steht im grellsten Widerspruch selbst zu den Rechtsanschauungen der städtischen Bourgeoisie. Sie läßt die Landarbeiter als Heloten erscheinen gegenüber dem viel freieren gewerblichen Proletariat.

Freilich, die Gunst der wirthschaftlichen Verhältnisse hat die Landarbeiter vor den vollen Konsequenzen mancher Rechtsbestimmung bewahrt; die „Herrschaft" ist bei dem ständigen Arbeitermangel oft gezwungen gewesen, Gnade für Recht und gute Worte für Prügel ergehen zu lassen. Aber jeden Augenblick kann die volle Strenge des Gesetzes jeden Einzelnen treffen und zermalmen; und vor allem ist durch diese Gesetze jede Massenbewegung verhindert.

Hier Wandel zu schaffen, scheint uns eine wichtige Aufgabe der Sozialdemokratie. Bei dieser Bemühung würden ihr tausende von Landarbeitern als Erlöserin zujauchzen.

Die Situation in Rußland.

Von einem russischen Revolutionär.

In seinem Brief an Lafargue, welcher im „Vorwärts" vom 16. September dieses Jahres veröffentlicht wurde, schrieb Engels in Bezug auf die gegenwärtige Lage Rußlands Folgendes:

„Wird das Zarenthum diese Krise durchmachen? Ich zweifle daran.

Es giebt zu viel rebellische Elemente in den großen Städten und besonders in St. Petersburg, als daß man nicht versuchen würde, die Gelegenheit dazu zu benützen, den . . . . Alexander III. abzusetzen, oder zum Allerwenigsten ihn unter die Kontrole einer Nationalversammlung zu stellen: Vielleicht wird er selbst genöthigt sein, die Initiative dieser Einberufung zu ergreifen. Rußland — das heißt die Regierung und die noch junge Bourgeoisie — hat enorm an der Schaffung einer großen nationalen Industrie gearbeitet (zu ersehen aus dem Artikel von Plechanow in der „Neuen Zeit").

Diese Industrie wird gerade in ihrem Marsche aufgehalten werden, weil die Hungersnoth ihr das einzige Absatzgebiet verschließen wird: den inneren Markt. Der Zar wird sehen, was es auf sich hat, Rußland zu einem sich selbst genügenden und vom Auslande unabhängigen Lande gemacht zu haben: er wird eine Ackerbaukrise haben, die durch eine Industriekrise verdoppelt wird."

Diese wenigen Zeilen haben in den russischen revolutionären Kreisen ein allgemeines Aufsehen erregt und werden in mannigfachster Art diskutirt.

Ein Theil dieser Revolutionäre, durch die Mißerfolge des schon ganze Jahrzehnte hindurch dauernden Kampfes beinahe zur Verzweiflung gebracht, erklärt die Engels'schen Ausführungen für nicht genügend begründet und zu optimistisch; Andere sehen in diesen wenigen Zeilen eine kurze und meisterhafte Formulirung alles dessen, was sie schon längst gedacht.

Was die Ersten, das heißt diejenigen, welche an den Engels'schen Ausführungen einen großen Zweifel hegen, betrifft, so ist ihr wichtigster Einwand der, daß Rußland schon viele solcher Hungerjahre — zum Beispiel im Anfange der siebziger Jahre — gehabt hat und trotz alledem das absolutistische Zarenthum unerschüttert bestehen blieb.

Mit der Untersuchung und Widerlegung dieses Einwandes wollen wir beginnen.

Der Einwand beruht auf der Analogie, auf dem Vergleiche der gegenwärtigen Hungersnoth mit der schon gewesenen; aber was für eine oberflächliche, jeder Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit lose Analogie ist das?

Die diesen Beweis führen, geben sich nicht die geringste Mühe, wenigstens daran zu denken, daß es nicht nur auf das Bestehen der Hungersnoth ankommt, sondern auch, und das sind die wichtigsten und entscheidendsten Faktoren, darauf:

1. „Was für Elemente, was für Klassen dieses Elend zu tragen gezwungen sind;"

2. „Wie hoch die wirthschaftliche Entwicklung des Landes vorgeschritten ist;"

3. „Ob diese Hungersnoth eine vorübergehende Erscheinung bleibt, oder zu einer chronischen geworden ist."

Wenn die Gegner der Engels'schen Ausführungen diese drei Momente in Betracht gezogen hätten, dann wären sie wahrscheinlich zu ziemlich anderen Schlußfolgerungen gekommen. Leider haben sie es nicht gethan, und darum liegt es im Interesse Aller, den Unterschied zwischen den früheren Hungersjahren und den heutigen klar zu legen.

Eine genaue Untersuchung zeigt einen gewaltigen Unterschied, welchen man in folgenden sechs Punkten kurz zusammenfassen kann:

1. Im Anfange der siebziger Jahre besaß Rußland keine so entwickelte große Industrie, also auch keine so große Zahl der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter, die einen Kern der revolutionären Truppen bilden;

2. Der Theil der vollständig proletarischen Bauern (siehe „Sewerni Westnik," „Der Nordische Bote," die Artikel über die Bauernbank), welcher jetzt acht bis neun Prozent der gesammten Bauernschaft umfaßt, war damals unendlich geringer;

3. Die Zahl der Bauern, welche ihre wichtigsten Bedürfnisse zu decken und die auf ihnen lastende Steuer zu zahlen auch bei einer guten Ernte nicht im Stande sind, wuchs in den letzten Jahren bis auf sechzig Prozent (vergleiche dieselben Artikel in dem „Nordischen Boten") der gesammten Bauernschaft an, während im Anfange der siebziger Jahre diese Zahl einige Mal geringer war;

4. Die russischen Hausindustriellen, die sogenannten Kustari, die sich aus den ruinirten Bauern rekrutiren, deren Zahl sich auf viele Millionen beläuft, sind

jetzt in Folge der Entwicklung der Großindustrie in ein Elend gerathen, von welchem damals noch sehr wenige auch nur eine Vorstellung sich machen konnten;

5. Die Hungersnoth kann nicht mehr eine vorübergehende Erscheinung bleiben, sondern muß, wie wir das weiter sehen werden, in eine chronische übergehen; und endlich

6. Die Bauern und die Arbeiter schworen damals viel mehr auf den Zaren, als es heute der Fall ist, indem sie glaubten, daß der Adel die von dem Zaren Alexander II. gegebene „echte Freiheit" mit dem für das Leben der Bauern genügenden Grund- und Bodenantheil durch eine vom Volke „falsch" genannte Freiheit verwechselt habe.

Die Maßnahmen des russischen Zarenthums, wie zum Beispiel die sogenannte „Adeligenbank," aus welcher die „armen" Junker das Geld für vier Prozent mit einer ganzen Anzahl verschiedener anderer Begünstigungen gepumpt bekommen, während den „reichen" Bauern in der für sie gegründeten, der sogenannten „Bauernbank," siebeneinhalb Prozent und mehr bei einer Unmenge sonstiger unbequemer Bedingungen abgezwackt werden, haben schon vielen Hunderttausenden von Bauern und Arbeitern die Augen über die Volksfreundlichkeit des russischen Zarenthums eröffnet.

Dieser gewaltigen Umwälzung der Verhältnisse wollen die Gegner der Engels'schen Ausführungen gar keine Rechnung tragen. Die gegenwärtigen Verhältnisse Rußlands sind kurz zusammengefaßt Folgende:

Die bis zum äußersten gestiegene Noth treibt die Bevölkerung zu unaufhörlichen Aufständen, und alle Zeitungen sind mit Nachrichten darüber überfüllt.

So schreiben zum Beispiel die „Russkija Wjedomosti" („Russische Nachrichten"): „In der Stadt Schawli hatte ein aus einigen hunderten bestehender Haufen von Bürgern die Wohnung des Isprawniks (ein höherer Polizeibeamter, welcher unter sich einen ganzen Bezirk hat) umlagert, und forderte von ihm, Maßnahmen gegen die rapide Brotvertheuerung zu treffen. Dabei verhinderten sie die Getreidehändler, das Getreide aus der Stadt auf den Bahnhof hinauszuexpediren. Der Volkshaufen verfolgte alle mit Getreide beladenen Fuhrwerke, ließ sie zur Stadt zurückkehren und lud sie dort ab. — Um die Ausfuhr während der Nacht zu verhindern, stellten sie aus freiwillig sich anmeldenden Bürgern bestehende Posten auf."

Dasselbe oder Aehnliches geschah auch in Lida, Wileika, Smorgon, Dünaburg, Drissa, Polotzk, Witebsk ꝛc. ꝛc. ohne Ende.

Wie groß das Elend der Bevölkerung ist, kann man am Besten aus der inneren Rundschau der Zeitschrift „Russkaja Misl" („Der russische Gedanke," 9. Heft dieses Jahres) sehen, welche schreibt, daß die Hungersnoth in 22 Gouvernements (Provinzen) mit einer Bevölkerung von 35 Millionen herrscht.

Die Regierung hat schon längst den ungemein hohen Ernst der Lage begriffen und abgesehen von den verschiedenen Ausfuhrverboten hat sie noch eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen getroffen, um das Elend der Bevölkerung zu vermindern.

Daß ihre Macht aber zur Ueberwindung dieser Hungersnoth nicht ausreichen wird, dafür zeigt sich der beste Beweis darin, daß die Regierung die Forderungen, die zur Bekämpfung der Hungersnoth von den Semstwos an sie gestellt worden sind, nur mit einem Viertel der geforderten Summen zu befriedigen im Stande war.

So forderte zum Beispiel das Semstwo des Gouvernements Nischni-Nowgorod 8 229 000 Rubel für das für Saat und Ernährung der Bevölkerung nöthige Getreide.

Die Regierung hielt aber zwei Millionen für genügend, das heißt weniger als ein Viertel der geforderten Summen, wovon 1½ Millionen Rubel bereits ausgegeben sind, so daß für die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte nur eine Summe von 500 000 Rubel, weniger als ein Vierzehntel der nöthigen Gelder geblieben ist.

Am Ende des Monats Juni, schreibt „Russkaja Misl" hat der Direktor der volkswirthschaftlichen Abtheilung des Ministeriums des Innern, der Geheimrath Wischnjakow, die von der Mißernte heimgesuchten Gouvernements bereist und private Unterhandlungen mit den Vertretern der verschiedenen Semstwos gepflogen.

Das Semstwo von Saratow erklärte ihm, daß es einer Summe von 1½ Millionen Rubel für die Getreidesaat und 8 Millionen Rubel für die Unterstützung der Hungernden bedürfe.

Der Korrespondent der „Russkija Wjedomosti" theilt mit, daß der Geheimrath Wischnjakow auf diese Forderung antwortete, daß das Ministerium dem Semstwo von Saratow zu den schon hergegebenen 1½ Millionen nur noch eine Million Rubel bewilligen könne, was zusammen 2½ Millionen Rubel, also etwas über ein Viertel der nöthigen Summe, ausmacht.

Und dasselbe geschieht überall.

Trotz der Anstrengung aller Kräfte ist die russische Regierung nicht mehr im Stande, nicht nur den Hunger und das Elend der Bevölkerung völlig aus der Welt zu schaffen, wozu auch alle anderen bürgerlichen Regierungen selbst beim besten Willen unfähig sind, sondern auch wenigstens die Bevölkerung vor dem Hungertode in Masse zu bewahren.

Als ein guter Beweis dafür kann ein in verschiedenen Zeitungen veröffentlichter Brief dienen, in welchem unter Anderem sich folgende Worte befinden: „Viele Dörfer werden von ihren Bewohnern verlassen, wobei die vom Hungertode bedrohten Bauern, von panischem Schrecken erfaßt, auseinanderfliehen, ohne zu wissen, wohin sie gehen werden."

Abgesehen von den Geldunterstützungen hat die Regierung noch zu einer ganzen Reihe anderer Maßnahmen gegriffen.

Endlich wurde die Regierung durch den Gang der Ereignisse zur Aufhebung der von ihr durch Jahrzehnte gepflegten Politik, den Bauer an seiner Scholle festzuhalten, gezwungen!

Und diese letzte Maßnahme wird, ohne jeden Zweifel, viel zum Falle der Regierung beitragen, denn sie bedeutet nichts Anderes, als eine ungeheuere Anschwellung der in den Städten schon ohnedies ins Ungeheure gestiegenen industriellen Reservearmee, welche, wie zur Zeit der großen französischen Revolution die Sanskulotten, den Kern der revolutionären Truppen bilden wird. (Vergleiche K. Kautsky, „Die Klassengegensätze von 1789," das Kapitel über die Lage der französischen Bauern, deren damalige Lage der gegenwärtigen Lage der russischen Bauern sehr ähnlich ist). Das sind die gegenwärtigen Zustände in Rußland.

Mit dem hereinbrechenden Winter muß die Noth noch mehr steigen; das Elend der Bevölkerung muß noch schrecklicher und die Zahl der zur Verzweiflung getriebenen Bauern noch zahlreicher werden, so daß wir die Vermehrung der Aufstände mit größter Sicherheit voraussagen können.

Freilich (wie das K. Kautsky in seiner oben zitirten Broschüre Seite 60 klarlegt) waren diese Aufstände in Frankreich im Anfange vereinzelt und unzusammenhängend. Derartig waren sie bis jetzt auch in Rußland. Sie werden, wie es in Frankreich der Fall war, auch bei uns Anfangs ohne Mühe unterdrückt.

Aber auch wie in Frankreich bedürfen wir nur eines Ereignisses in einer oder vielen der Großstädte, welches zeigen wird, „daß der Entscheidungskampf gekommen, dann bricht der langverhaltene Grimm überall gleichzeitig, unwiderstehlich los und der latente Bürgerkrieg wird in einen offenen umschlagen."

Ob es, wie es in Frankreich der Fall war, zu der Mißernte und dem strengen Winter (die meisten von der Hungersnoth heimgesuchten Gouvernements haben immer einen strengen Winter) auch des Bastillen- oder richtiger Peter-Paulsfestungssturms und der Wahlen zu den Generalständen bedürfen wird (siehe den oben zitirten Brief von Engels und die oben genannte Broschüre von K. Kautsky), diesen Umschlag des latenten Bürgerkriegs in einen offenen hervorzurufen, ist nicht leicht vorauszusehen.

Daß aber die Berufung von Generalständen, das heißt, einer Nationalversammlung, nicht als etwas unmögliches angesehen werden kann, folgt daraus, daß schon jetzt sich die Regierung ihrer Aufgabe, die Noth zu beseitigen, nicht mehr gewachsen fühlt.

Mehr und mehr sucht sie sich bei der Bekämpfung der Noth an die Semstwos anzulehnen.

Sie schickt, wie wir das gesehen haben, den Geheimrath Wischnjakow in die von der Mißernte heimgesuchten Provinzen, um von den Semstwos die Bedürfnisse der Bevölkerung kennen zu lernen, denn der durch und durch korrumpirten bestechlichen Büreaukratie kann sie kein Vertrauen schenken.

Und mit einer ganz anderen, schon längst in Rußland nicht mehr gehörten Sprache fangen jetzt die Semstwos zu sprechen an.

So schreibt die „Russkaja Misl" (September 1891):

„Die Regierung ersuchte die Semstwos, ihre Forderungen zu mäßigen. Die Vertreter des Semstwo von Saratow haben in einer privaten Unterhandlung das Ersuchen der Regierung: die Forderungen zu mäßigen, besprochen und sind dabei zu dem Resultat gekommen, daß das *erste Gesuch* auf ziffermäßigen Erhebungen beruht, daß der Nothstand dort richtig angegeben war und daß das Semstwo es für *unmöglich* hält, die angegebene Summe zu vermindern."

Die Kühnheit, eine solche Antwort zu geben, in einem Lande wie Rußland, wo das *Ersuchen* der Regierung ein Befehl ist, und dazu noch bei solchen Zuständen, wo diese Antwort eine allgemeine Erregung der Bevölkerung hervorrufen muß, diese Kühnheit zeigt, daß die Semstwos ihre Bedeutung zu verstehen anfangen.

Auch die Sprache der *Presse* fängt an, eine kühnere zu werden.

Nun noch einige Worte über die Lage der Industriearbeiter.

Was diese betrifft, so versteht sich von selbst, daß die ins Ungeheuere anschwellende industrielle Reservearmee, welche sich hauptsächlich aus den von den Dörfern kommenden Bauern rekrutirt, daß diese Reservearmee die schon ohnedies elende Lage der Arbeiter nicht verbessern, das heißt sie für die Beibehaltung der herrschenden Ordnung, welche diese Zustände zu verewigen droht, nicht erwärmen kann, um so mehr, da die grausame Ausbeutung, unter welcher sie zu leiden gezwungen sind, und die grausamen Verfolgungen jedes Versuchs der Wahrung ihrer Interessen, sie schon längst über das Wohlwollen der väterlichen Regierung genügend aufgeklärt haben. Als sprechender Beweis für das schreckliche Sinken der Löhne kann folgende Korrespondenz der Zeitung „Moskowskija Wjedomosti" aus Ekaterinaburg dienen:

Die Korrespondenz theilt mit, daß der Tagelohn der männlichen Grubenarbeiter in Ekaterinaburg auf 30—35 Kop. = 60—70 Pfg., der weiblichen

uf 12—15 Kop. = 24—30 Pfg. gesunken ist. Das Minimum des Lohnes etrug noch vor zwei Jahren 1 Mk. 30 Pfg. bis 1 Mk. 60 Pfg. für männ- iche und 80 Pfg. bis 1 Mk. für weibliche Grubenarbeiter; somit beträgt der ohn für die männlichen weniger als die Hälfte, der weiblichen weniger als ein Drittel der früheren Löhne. Und dieselbe Erscheinung kann man in ganz Ruß- and beobachten. „Ueberall," schreiben die „Nowosti," „werden die Arbeiter massen- aft entlassen."

Und nun nur noch eine Frage: „Was geschieht, wenn das absolutistische Zarenthum, unerwarteter Weise, dieses kritische Jahr überlebt," was mit Hilfe er neuen französischen Anleihe, falls dieselbe zur Linderung der Noth an- ewendet wird, vielleicht auch gelingen kann.

„Wird in diesem Falle das absolutistische Zarenthum noch lange weiter- estehen können?"

Das ist sehr zweifelhaft und zwar aus folgenden Gründen:

Infolge des Hungers, wie auch theilweise des Mißrathens der Heuernte ehen sich die Bauern schon jetzt gezwungen, ihre Pferde und sonstiges Vieh u verkaufen.

Wie weit es in dieser Beziehung gekommen ist, sieht man leicht daraus, aß die Regierung einen Befehl erlassen hat, nach welchem die Gouverneure das Verkaufen des den Bauern gehörenden Viehs zu verhindern suchen sollen.

Einen guten Begriff von dem Elende der Bauernschaft bietet die That- sache, daß die Pferde für ein Zehntel ihres Werthes verkauft werden; so zum Beispiel wird im Gouvernement Nischni-Nowgorod ein Pferd für drei Rubel, was nach dem heutigen Kurs sechs Mark ausmacht, verkauft. Im Gouvernement Samara sind nach dem „Severni Westnik" halbjährige Fohlen um 20 Kop. = 40 Pfg. zu haben. Auch ihr Ackergeräthe, Pflüge u. s. w. verkaufen die Bauern.

Ob dieses Verbot, die Arbeitsthiere zu verkaufen, helfen wird, ist höchst zweifelhaft, denn wenn der Bauer das Vieh zu ernähren nicht mehr im Stande ist, dann bleibt ihm nichts übrig, als das Vieh vor Hunger krepiren zu lassen, oder es als Nahrung zu verwenden.*)

Wie sich dies gestalten mag, ob das Vieh verkauft, zur Nahrung verwendet wird oder krepirt, in allen diesen Fällen wird das Resultat dasselbe bleiben.

Ohne Arbeitsthiere kann der Bauer seine Wirthschaft nicht fortführen, und der Bauernschaft neben dem Saatgut auch die Arbeitsthiere zu beschaffen, so etwas kann man doch nicht von der vor dem Bankerott stehenden russischen Regierung erwarten. Dazu gehören Mittel, welche die russische Regierung nicht besitzt und in den letzten Jahrzehnten nie besaß.

Dazu kommen noch viele andere Umstände. Infolge des Getreideausfuhr- verbotes wird Rußland aus einem Theile seines Getreideabsatzmarktes durch Amerika und andere getreidebauende Länder verdrängt, was dafür bürgt, daß die Krisis im nächsten Jahre nicht beseitigt werden kann, sondern sich mehr und mehr verschärfen muß.

In derselben Richtung wird auch der Umstand wirken, daß infolge des Fehlens des für die Saat nöthigen Getreides viele Felder von den Bauern un- gebaut gelassen wurden.

---

*) Man hat auch einen dritten Ausweg gefunden. Es wird nämlich aus der Stadt Woronesch gemeldet, daß die Bauern in der Umgebung der Stadt 5000 Pferde geschlachtet haben, um ihre Häute verkaufen zu können und somit wenigstens etwas Geld zu erwerben.

So schreibt zum Beispiel der „Severni Westnik“ (Nr. 1051): „daß in verschiedenen Gegenden des Gouvernements von Saratow die Bauern infolge der späten Zustellung des für die Saat nöthigen Getreides und des schlechten Wetters ihre Felder nicht bebauen wollten.“

Im Gouvernement Kasan warteten die Bauern wochenlang auf das für die Saat versprochene Getreide, indem sie auf den Feldern biwakirten. Das Getreide kam aber zu spät an, so daß die Bauern nichts Anderes thun konnten, als es einfach auf die Felder zu streuen mit den Worten: „Mit Gottes Hilfe wird es auch so aufgehen.“

Diese Hoffnung auf die Hilfe Gottes dürfte sich kaum erfüllen.

Ob unter diesen Umständen die russischen Verhältnisse sich noch auf die Dauer haltbar zeigen werden, daran wird nach den obigen Ausführungen Jeder zweifeln dürfen.

Es finden sich aber in Rußland viele Leute, welche alles oben Mitgetheilte anerkennen und trotz alledem, um ihren Indifferentismus zu rechtfertigen, immer neue und neue Beweise für die Unmöglichkeit der Revolution suchen.

Abgesehen von der lächerlichen Behauptung, daß das russische Volk von Natur sehr dumm sei, besteht ihr Lieblingsargument in der Behauptung, daß Rußland eine große Armee besitzt, welche an die strengste Disziplin gewöhnt ist und deren Treue in der ganzen Welt gerühmt wird.

Wenn auch dieser Thatsache Rechnung getragen werden muß, so dürfen wir dabei aber auch nicht vergessen, daß diese Armee so schlecht behandelt und ernährt wird, daß die Zahl der Unzufriedenen in ihr sehr groß sein muß, so daß es nicht sehr unwahrscheinlich klingt, daß beim ersten, von einigem Erfolg begleiteten Aufstand ganze Regimenter auf die Seite der Aufständigen übergehen werden, was desto leichter geschehen kann, da ein nicht unbedeutender Theil der niederen Offiziere, wenn auch nicht gerade sozialistisch, so doch wenigstens bürgerlich-revolutionär gesinnt ist.

Und dieser Unzufriedenheit der niederen Offiziere hat nicht einen geringen Vorschub eine der letzteren Maßnahmen des Väterchen geleistet, nämlich das Gesetz, nach welchem die aus bürgerlichen Kreisen stammenden Offiziere, wenn sie den Hauptmannsrang nicht erreicht haben, des Adelsrangs verlustig gehen und somit alle Privilegien verlieren, welche sie durch schwere und mühevolle Dienstleistung erworben haben.*)

Auch Alles, was von der Treue der russischen Soldaten gesprochen wird, ist nichts anderes, als eine alte, unrichtige Tradition. Die ökonomische Umwälzung, welche in den letzten Jahren in Rußland so gewaltige Fortschritte gemacht hat, hat auch die Treue des russischen Soldaten erschüttert.

Dazu kommt noch der für die Revolutionäre sehr günstige Umstand, daß Rußland einen großen Mangel an Eisenbahnen hat.

Im Falle eines Aufstandes, welcher ohne jeden Zweifel, abgesehen von den vielen Großstädten, sich auch auf das ganze von der Mißernte heimgesuchte Land erstrecken wird, wird die Regierung kaum im Stande sein, ihre Armee dahin zusammenzuziehen, wo sie ihrer Hilfe bedarf.

Und zu allem Ausgeführten kommt noch einer der wichtigsten Faktoren, welcher beinahe ohne Ausnahme bei allen Revolutionen eine große Bedeutung

---

*) Die russische Offiziersstellung verleiht ihrem Inhaber den persönlichen Adel, das heißt einen Adel, welcher auf die Nachkommen nicht übertragbar ist. Die Erreichung des Generalsranges sichert den erblichen Adel.

gehabt hat: „Die Regierung wird den Kopf verlieren." Ihre Rath- und Hilflosigkeit ist jetzt schon auf eine ganz unglaubliche Höhe gestiegen.

Wie immer aber die Verhältnisse sich in diesem und in den nächsten Jahren entwickeln mögen, das absolutistische Zarenthum kann nicht mehr lange am Ruder bleiben.

Das Elend der Massen ist zu groß geworden, als daß der Zar mit seinem bestechlichen und durch und durch korrumpirten Beamtenthum, welches sich nicht schämt, den verhungernden Menschen den letzten Bissen aus dem Munde zu ziehen, im Stande wäre, dieses Elend zu beseitigen.

Der in einer schrecklichen Krise befindlichen Industrie und Landwirthschaft kann nur durch den Fall des bankerotten Absolutismus geholfen werden.

Die ganze Entwicklung der Dinge verschwört sich gegen den Absolutismus, und wenn er nicht nachgeben wird, was aber von der berühmten Klugheit der russischen Regierung schwer zu erwarten ist, so wird der Krach vielleicht in einer Weise, wie sie moderne europäische Völker noch nie gesehen, baldigst eintreten.

Schrecklich wird dieser Zusammenbruch sein.

J. S.

Zu Hegel's sechzigstem Todestag.

Von **G. Plechanow.**

(Schluß.)

Fassen wir nun oben Gesagtes zusammen. — Als Idealist konnte Hegel die Geschichte nicht anders betrachten als vom idealistischen Standpunkte aus. Er hatte alle Kräfte seines genialen Kopfes, alle die kolossalen Hilfsmittel seiner Dialektik dazu verwendet, um der idealistischen Geschichtsauffassung einen einigermaßen wissenschaftlichen Charakter zu verleihen. Der Versuch war mißglückt. Er scheint selbst mit den von ihm erreichten Resultaten unzufrieden gewesen zu sein, und er sah sich denn auch vielfach genöthigt, von den nebeligen Höhen des Idealismus auf den konkreten Boden der ökonomischen Verhältnisse herabzusteigen. Und jedesmal, wenn er dies that, half ihm die Oekonomie die Hindernisse überwinden, die ihm der Idealismus in den Weg gelegt hatte. Die ökonomische Entwicklung stellte sich jedesmal als der Grundfaktor heraus, der den ganzen Gang der Geschichte bedingt.

Damit eben war der Wissenschaft der weitere Weg vorgezeichnet. Der nach Hegel's Tode erfolgte Uebergang zum Materialismus konnte nicht eine einfache Rückkehr sein zu dem naiven, metaphysischen Materialismus des achtzehnten Jahrhunderts. Auf dem uns hier speziell interessirenden Gebiete der Geschichtsauffassung mußte der Materialismus vor Allem sich der Oekonomie zuwenden. Andernfalls hätte der Materialismus keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeutet — gegenüber der Hegel'schen Geschichtsphilosophie.

Die Natur materialistisch auffassen heißt noch nicht die Geschichte materialistisch auffassen. Die Materialisten des vorigen Jahrhunderts waren auf dem Gebiete der Geschichtsauffassung Idealisten, und zwar sehr naive Idealisten. Insofern sie sich mit der Geschichte der menschlichen Gesellschaft beschäftigten, suchten sie dieselbe durch die Geschichte des Denkens zu erklären. Für sie bedeutete der berühmte anaxagoreische Satz: „Die Vernunft (oder der Verstand, nus) regiert

die Welt“ so viel als: der menschliche Verstand regiert die Geschichte. Die traurigen Abschnitte der menschlichen Geschichte wurden den Verirrungen des Verstandes auf Rechnung gesetzt. Wenn die Bevölkerung irgend eines Landes geduldig das Joch des Despotismus trug, so nach ihrer Ansicht einzig deshalb, weil sie die Vorzüge der politischen Freiheit noch nicht erkannt hatte. Wenn sie religiös war, so nur deshalb, weil sie sich von den Priestern betrügen ließ, die die Religion zu ihrem eigenen Vortheil ersonnen hatten. Wenn die gesammte Menschheit unter dem Krieg zu leiden hat, so wiederum nur deshalb, weil sie noch nicht dazu gekommen ist, die Nachtheile desselben einzusehen u. s. w. . . . „Der Gang der Ideen wird durch den Gang der Dinge bestimmt,“ sagte schon zu Anfang des vorigen Jahrhunderts der berühmte Denker J. B. Vico. Die Materialisten hielten das gerade Gegentheil für richtig: der Gang der Dinge in der Gesellschaft wird durch den Gang der Ideen bestimmt, der letztere aber, je nun, sagen wir, durch die Regeln der formalen Logik und die Anhäufung von Wissen.

Der absolute Idealismus Hegel's war von dem naiven Idealismus der Aufklärung weit entfernt. Wenn Hegel mit Anaxagoras behauptete, daß die Vernunft die Welt regiere, so wollte er damit keineswegs sagen, daß der menschliche Gedanke die Welt regiere. Wohl ist für ihn die Natur ein System der Vernunft, dies heißt aber nicht, daß sie mit Bewußtsein begabt ist. „Die Bewegung des Sonnensystems erfolgt nach unveränderlichen Gesetzen: diese Gesetze sind die Vernunft desselben, aber weder die Sonne, noch die Planeten, die in diesen Gesetzen um sie kreisen, haben ein Bewußtsein darüber.“*) Der Mensch ist nun zwar mit Bewußtsein begabt, er verfolgt auch in seiner Thätigkeit bestimmte, von ihm selbst gewählte Zwecke, — daraus folgt aber durchaus nicht, daß der Gang der Geschichte durch den menschlichen Willen bestimmt wird. Im Resultate jeder menschlichen Handlung steckt immer etwas von dem Handelnden Unvorhergesehenes, und gerade dies Unvorhergesehene bildet oft, richtiger gesprochen fast immer, die wesentlichste Errungenschaft der Geschichte, gerade dies führt zur Verwirklichung des „allgemeinen Geistes.“ In der Weltgeschichte kommt durch die Handlungen der Menschen noch etwas Anderes heraus, als sie bezwecken und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen; „sie vollbringen ihre Interessen, aber es wird noch ein Ferneres damit zu Stande gebracht, das auch innerlich darin liegt, aber das nicht in ihrem Bewußtsein und in ihrer Absicht lag.“**) Staaten, Völker und einzelne Personen verfolgen ihre besonderen Interessen, ihre endlichen Zwecke. Insofern sind ihre Handlungen unbestreitbar als die bewußter, denkender Wesen zu betrachten. Indem sie aber bewußt ihre besonderen Zwecke (die gewöhnlich auch von gewissen allgemeinen Auffassungen des Rechts, des Guten, der Pflicht durchdrungen sind) verfolgen, verwirklichen sie zugleich unbewußt die Zwecke des „Weltgeistes.“ Cäsar strebte nach der Alleinherrschaft in Rom. Dies war sein persönlicher Zweck. Die Alleinherrschaft war aber zu seiner Zeit eine historische Nothwendigkeit: durch Verwirklichung seines persönlichen Zweckes leistete also Cäsar dem „allgemeinen Geist“ einen Dienst. In diesem Sinne kann man sagen, daß die historischen Persönlichkeiten, so wie auch ganze Nationen, als blinde Werkzeuge des Geistes erscheinen. Der Geist zwingt sie in seine Dienste, indem er sie dadurch ködert, daß er ihnen seine allgemeinen Zwecke als ihre besonderen erscheinen läßt, und sie durch den Sporn der Leidenschaft antreibt, ohne die in der Geschichte nichts Großes vollbracht werden kann.

---

*) Philosophie der Geschichte. S. 15—16.
**) A. a. O. S. 35.

Der in diesen Ausführungen dargelegte Standpunkt Hegel's hat mit dem Mystizismus des „Unbewußten“ nichts gemein. Die Handlungen der Menschen spiegeln sich unbedingt in deren Köpfen wieder, nicht durch diese Rückspiegelung aber wird die historische Bewegung bedingt. Der Gang der Dinge wird nicht durch den Gang der Ideen bestimmt, sondern durch etwas ganz Anderes, von dem menschlichen Willen Unabhängiges, vor dem menschlichen Bewußtsein Verborgenes. Die Zufälligkeit der menschlichen Willkür und Einsicht macht Platz der Gesetzmäßigkeit, folglich auch der Nothwendigkeit. Darin besteht der unzweifelhafte Vorzug des „absoluten Idealismus“ gegenüber dem naiven Idealismus der französischen Aufklärer. Der absolute Idealismus verhält sich zu diesem, wie der Monotheismus zum Fetischismus und zur Zauberei. Die Zauberei schließt die Gesetzmäßigkeit von der Natur vollkommen aus: sie setzt voraus, daß der „Gang der Dinge“ in jedem Moment durch die Einmischung des Zauberers gestört werden kann. Der Monotheismus dagegen, der die Naturgesetze als von Gott festgesetzt betrachtet, erkennt zugleich an (wenigstens auf einer höheren Entwicklungsstufe, da der Wunderglaube bereits überwunden ist), daß der Gang der Dinge durch diese, von Gott ein für allemal festgesetzten Gesetze bestimmt wird. Dadurch gewährt er einen weiten Spielraum der Wissenschaft, die schließlich dazu gelangt, bei der Erklärung von Erscheinungen die „Hypothese von Gott“ vollkommen entbehren zu können. Ebenso hat auch der absolute Idealismus, indem er die historische Bewegung als etwas von der menschlichen Willkür Unabhängiges zu erklären suchte, die Wissenschaft vor die Aufgabe gestellt, die historischen Erscheinungen gesetzmäßig zu erklären, — und eine auch nur annähernde Lösung dieser Aufgabe hat die Hypothese vom Geist vollkommen entbehrlich gemacht, welche sich in dieser Hinsicht gänzlich haltlos erwiesen hatte.

Wenn die Ansichten der französischen Materialisten des vorigen Jahrhunderts über den Gang der Geschichte in dem Satz gipfelten, daß der menschliche Verstand die Geschichte regiere, so ließen sich ihre Erwartungen von der Zukunft in den Worten ausdrücken: von nun an wird Alles von dem aufgeklärten Verstand, von der Philosophie geregelt und geordnet werden. Der absolute Idealist Hegel dagegen räumte der Philosophie eine weit bescheidenere Rolle ein. „Um noch über das Belehren, wie die Welt sein soll, ein Wort zu verlieren,“ — lesen wir im Vorwort zur „Philosophie des Rechts“ — „so kommt dazu ohnehin die Philosophie immer zu spät. Als der Gedanke der Welt erscheint sie erst in der Zeit, nachdem die Wirklichkeit ihren Bildungsprozeß vollendet und sich fertig gemacht hat.... Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, und mit Grau in Grau läßt sie sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug“ (a. a. O. S. 23—24).

Diese Worte gehen entschieden zu weit. Ohne im Geringsten bestreiten zu wollen, daß die Philosophie nicht im Stande ist, eine alt gewordene, im Ableben begriffene Gesellschaftsordnung neu zu beleben, könnte man doch die Frage aufwerfen, was denn die Philosophie hindert, uns, selbstverständlich nur in allgemeinen Umrissen, den Charakter der neuen Gesellschaftsordnung zu zeigen, die an die Stelle der alten treten soll? — Die Philosophie betrachtet die Erscheinungen im Prozeß des Werdens. Dieser Prozeß weist zwei Momente auf: das Entstehen und das Vergehen. Diese Momente lassen sich nun zwar als in der Zeit von einander getrennt betrachten. Aber zu jeder gegebenen Zeit stellt sich der Prozeß des Werdens, sowohl in der Natur, wie auch insbesondere in der Geschichte, als ein zwieschlächtiger Prozeß dar: das Alte vergeht und zu

gleicher Zeit, und zwar in dem Maße, in dem das Alte vergeht, entsteht aus dessen Ruinen das Neue. Muß denn der Entstehungsprozeß des Neuen für die Philosophie immer ein unzugängliches Gebiet bleiben? Wohl erkennt die Philosophie das, was ist, und nicht das, was nach der Meinung des Einen oder des Anderen sein sollte; aber was ist denn zu jeder gegebenen Zeit? Eben das Ableben des Alten und das Aufkeimen des Neuen. Wenn also die Philosophie nur das Ableben des Alten erkennt, so erweist sich dies Erkennen als ein einseitiges und die Philosophie selbst als ihrer Aufgabe, das Seiende zu erkennen, nicht gewachsen. Letzteres aber widerspricht ja der Ueberzeugung Hegel's von der Allmacht der erkennenden Vernunft.

Der moderne Materialismus ist nun von jenem Extrem durchaus frei. Aus dem, was ist und was im Ableben begriffen, weiß er auf das, was wird, zu schließen. Man darf aber nicht übersehen, daß unser Begriff von dem, was wird, sich wesentlich unterscheidet von jenem Begriff von dem, was sein soll, gegen den die angeführten Worte Hegel's über „die Eule der Minerva" sich richten. Für uns ist das, was wird, das nothwendige Produkt dessen, was im Ableben begriffen ist. Wenn wir wissen, daß gerade dieses und nicht jenes im Werden begriffen ist, so verdanken wir dies Wissen ebenfalls dem objektiven Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung, die uns auf das Erkennen des Werdenden vorbereitet. Wir stellen nicht unser Denken dem uns umgebenden Sein entgegen. Einen ganz anderen Standpunkt nahmen Diejenigen ein, mit denen Hegel polemisirte. Sie wähnten, das Denken könne nach Belieben den natürlichen Entwicklungsgang des Seins umgestalten. Deshalb erachteten sie es auch nicht für nöthig, diesen Entwicklungsgang zu erforschen und zu berücksichtigen. Ihre Vorstellung von dem, was sein soll, beruhte nicht auf der Erforschung der sie umgebenden Wirklichkeit, sondern auf den jeweilig geltenden Begriffen von einer gerechten und normalen Gesellschaftsordnung. Indeß waren auch diese Begriffe nichts Anderes, als der Ausdruck der jeweiligen Wirklichkeit (vorzugsweise der negativen Seite derselben). Von diesen Begriffen ausgehen hieß also, im Grunde genommen, sich von den Weisungen eben derselben Wirklichkeit leiten lassen, nur waren aber dies Weisungen, die ohne jegliche Kritik, ohne jeglichen Versuch, sie durch Erforschung der unmittelbaren Wirklichkeit selbst zu kontrolliren, hingenommen wurden. Es war dasselbe, wie wenn man einen Gegenstand kennen lernen wollte, nicht aus unmittelbarer Anschauung, sondern vermittelst seines Abbildes in einem Hohlspiegel. Irrthümer und Enttäuschungen waren unter solchen Umständen unvermeidlich. Und je weniger die Menschen ahnten, daß ihre Vorstellungen von dem, was sein solle, der sie umgebenden Wirklichkeit entnommen waren, je fester sie daran glaubten, daß sie, mit jenen Vorstellungen ausgerüstet, im Stande seien, die Wirklichkeit nach eigenem Belieben umzumodeln, — desto größer erwies sich der Abstand zwischen dem, was sie erstrebten, und dem, was sie wirklich erreichten. Wie weit ist nicht die moderne bürgerliche Ordnung von dem Reich der Vernunft entfernt, von welchem die französischen Aufklärer träumten! Durch Nichtbeachtung der Wirklichkeit entzogen sich die Menschen keineswegs dem Einfluß der Gesetze derselben: sie nahmen sich dadurch nur die Möglichkeit, die Wirkung dieser Gesetze vorherzusehen und dieselbe ihren Zwecken dienstbar zu machen. Und gerade deshalb stellten sich ihre Ziele jedesmal als unerreichbar heraus. Den Standpunkt der Aufklärer einnehmen hieß nicht über den abstrakten Gegensatz zwischen Freiheit und Nothwendigkeit hinaus kommen. — Auf den ersten Blick scheint es, daß wenn in der Geschichte die Nothwendigkeit herrscht, für die freie Thätigkeit des Menschen in derselben kein Platz mehr übrig bleibt. Dieser schwerwiegende Irr-

thum war von der deutschen idealistischen Philosophie beseitigt worden. Schon Schelling hat gezeigt, daß bei einer richtigen Beurtheilung der Sache die Freiheit als Nothwendigkeit, die Nothwendigkeit als Freiheit sich herausstellt.*) Hegel hat vollends die Antinomie zwischen Freiheit und Nothwendigkeit endgiltig gelöst. Er hat gezeigt, daß wir frei sind gerade insofern, inwiefern wir die Gesetze der Natur und der gesellschaftlich-historischen Bewegung kennen und uns denselben fügen. Dies war eine großartige Errungenschaft sowohl auf dem Gebiete der Philosophie, als auf dem der Gesellschaftswissenschaft, — eine Errungenschaft, die jedoch nur dem modernen Materialismus in vollem Umfange zu Gute kam.

* * *

Die materialistische Geschichtsauffassung setzt das dialektische Denken voraus. Die Dialektik war zwar schon vor Hegel bekannt. Aber er wußte sie zu handhaben, wie Keiner seiner Vorgänger; in seiner Hand wurde sie ein mächtiges Mittel, alles Seiende zu erkennen. „Das Dialektische" — sagte Hegel — „macht .... die bewegende Seele des wissenschaftlichen Fortgehens aus, und ist das Prinzip, wodurch allein immanenter Zusammenhang und Nothwendigkeit in den Inhalt der Wissenschaft kommt.... In unserem gewöhnlichen Bewußtsein erscheint das Nicht-Stehenbleiben bei den abstrakten Verstandesbestimmungen als bloße Billigkeit, nach dem Sprichwort: leben und leben lassen, so daß das Eine gilt und auch das Andere. Das Nähere aber ist, daß das Endliche nicht blos von Außen her beschränkt wird, sondern durch seine eigene Natur sich aufhebt und durch sich selbst in sein Gegentheil übergeht."**) — So lange Hegel an dem dialektischen Standpunkt festhielt (was fast immer der Fall war: er war demselben untreu nur in einigen seiner Ansichten über die Natur und in der Würdigung der Entwicklungsstufe seiner eigenen Zeit), war er unleugbar ein revolutionärer Denker: „Wir sagen, daß alle Dinge (d. h. alles Endliche als solches) zu Gericht gehen, und haben hiermit die Anschauung der Dialektik, als der allgemeinen unwiderstehlichen Macht, vor welcher nichts, wie sicher und fest dasselbe sich auch dünken möge, zu bestehen vermag." Dem zufolge hatte er vollkommen Recht, wenn er sagte, daß das Dialektische gehörig aufzufassen und zu erkennen — von der höchsten Wichtigkeit ist. Die dialektische Methode — das war das wichtigste wissenschaftliche

*) Schelling sagt, die Freiheit sei ohne die Nothwendigkeit undenkbar: „Denn wenn keine Aufopferung möglich ist, ohne die Ueberzeugung, daß die Gattung, zu der man gehört, nie aufhören könne fortzuschreiten, wie ist denn diese Ueberzeugung möglich, wenn sie einzig und allein auf die Freiheit gebaut ist? Es muß hier etwas sein, das höher ist denn menschliche Freiheit, und auf welches allein im Wirken und Handeln sicher gerechnet werden kann; ohne welches nie ein Mensch wagen könnte, eine Handlung von großen Folgen zu unternehmen, da selbst die vollkommenste Berechnung derselben durch den Eingriff fremder Freiheit so durchaus gestört werden kann, daß aus seiner Handlung etwas ganz Anderes resultiren kann, als er beabsichtigte. Die Pflicht selbst kann mir nicht gebieten, in Ansehung der Folgen meiner Handlungen ganz ruhig zu sein, sobald sie entschieden hat, wenn nicht mein Handeln zwar von mir, d. h. von meiner Freiheit, die Folgen meiner Handlungen aber, oder das, was sich aus ihnen für mein ganzes Geschlecht entwickeln wird, gar nicht von meiner Freiheit, sondern von etwas ganz Anderem und Höherem abhängig sind." — „System des transcendentalen Idealismus," Schelling's Werke, dritter Band, Stuttgart und Augsburg 1858. S. 595.

**) Enzyklopädie, § 81 und Zusatz.

Vermächtniß, das der deutsche Idealismus seinem Erben, dem modernen Materialismus, hinterlassen hat.

Indeß konnte die Dialektik der Idealisten nicht ohne Weiteres von den Materialisten gebraucht werden. Sie mußte vorerst aus ihrer mystischen Hülle herausgeschält werden. Die Materialisten haben dies denn auch sehr bald vollzogen.

Der größte aller bisherigen Materialisten, ein Mann, der an genialer Denkkraft Hegel in nichts nachstand, der wahre Nachfolger des großen Philosophen, Karl Marx, sagte von sich mit Recht, daß seine dialektische Methode das gerade Gegentheil der Hegel'schen bilde: „Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts Anderes, als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle." *)

Dank Marx hat sich der Materialismus zu einer harmonischen und konsequenten Weltanschauung erhoben. Wir wissen bereits, daß die Materialisten des vorigen Jahrhunderts auf dem Gebiete der Geschichte sehr naive Idealisten blieben. Marx hat nun den Idealismus aus seiner letzten Zufluchtsstätte, aus der Geschichte, verbannt. Wie Hegel, sah auch Marx in der Geschichte der Menschheit einen gesetzmäßigen, von menschlicher Willkür unabhängigen Prozeß; wie Hegel, betrachtete er alle Erscheinungen in ihrem Entstehen und Vergehen; wie Hegel, begnügte er sich nicht bei der Erklärung von historischen Erscheinungen mit dem Verfahren des metaphysischen Verstandes: wie Jener, suchte er von der Wechselwirkung, die die verschiedenen Seiten des öffentlichen Lebens auf einander ausüben, sich zu der gemeinsamen Quelle zu erheben, aus der alle jene Seiten entspringen. Als Materialist aber erblickte er freilich diese Quelle nicht mehr in dem Geist, sondern in eben derselben ökonomischen Entwicklung, zu der, wie wir wissen, selbst Hegel sich genöthigt sah, seine Zuflucht zu nehmen in allen den Fällen, in welchen der Idealismus — selbst in seiner mächtigen und geschickten Hand — sich als ein machtloses und untaugliches Werkzeug herausstellte. Aber das, was bei Hegel blos eine mehr oder weniger zufällige geniale Vermuthung war, wurde bei Marx zu einer strengen Wissenschaft.

Der moderne dialektische Materialismus weiß zwar noch viel besser als der Idealismus, daß die Menschen ihre Geschichte unbewußt machen, da deren Gang durch die, vom menschlichen Willen unabhängige Entwicklung der materiellen Produktivkräfte bestimmt wird. Der Materialismus weiß ferner auch, wenn „die Eule der Minerva" ihren Flug beginnt. Allein in ihrem Flug, wie in allem Anderen auch, sieht er nichts Geheimnißvolles. Er hat es verstanden, die vom Idealismus gefundene Lösung der Antinomie zwischen Freiheit und Nothwendigkeit auf die Geschichte anzuwenden. Die Menschen machten ihre Geschichte unbewußt und mußten sie unbewußt machen nur so lange, als die Triebfedern der historischen Entwicklung ohne ihr Wissen, hinter ihrem Rücken wirksam waren. Sind aber einmal diese Triebfedern entdeckt, ist ihre Wirksamkeit erforscht, — so sind die Menschen in den Stand gesetzt, sie in die eigene Hand zu nehmen und ihren Zwecken dienstbar zu machen. Das Verdienst, diese Triebfedern entdeckt und ihre Wirksamkeit erforscht zu haben, gebührt Marx. Der moderne dialektische Materialismus, der nach der Meinung der Philister den Menschen vollständig zum Automaten macht, eröffnet ihm in Wirklichkeit zum ersten Mal in der Geschichte die Aussicht auf das Reich der Freiheit und bewußter

---

*) „Das Kapital," Vorwort zur 2. Auflage, S. XIX.

historischer Thätigkeit. Aber in dieses Reich kann nur eine Revolution einführen: die Philister sind sich dessen bewußt oder haben wenigstens eine Ahnung davon; und deshalb verursacht ihnen die materialistische Geschichtsauffassung so viel Aerger und Kummer, deshalb kann und will kein einziger Philister diese Auffassung sich zu eigen machen oder auch nur begreifen. — Für Hegel war das Proletariat weiter nichts als Pöbel. Für Marx und die Marxisten ist das Proletariat eine große historische Macht, der Träger der Zukunft. Nur das Proletariat ist fähig, die Marx'sche Lehre sich zu eigen zu machen (von Ausnahmen sprechen wir hier nicht), — und mit jedem Tage wird es immer mehr von derselben durchdrungen. Die bürgerlichen Sykophanten verkünden laut, die sozialistische Literatur habe seit dem Erscheinen des „Kapital" kein einziges bedeutendes Werk aufzuweisen. Das ist erstens unwahr und zweitens würde es nichts beweisen, wenn es auch wahr wäre. Kann denn etwa davon die Rede sein, daß der sozialistische Gedanke gegenwärtig in Schlaf versunken sei, da mit dessen Hilfe alltäglich und allstündlich die wichtigsten Entdeckungen gemacht werden, — nämlich von den Arbeitern, die entdecken, daß die Herren Bourgeois zu nichts taugen! Diese Entdeckungen bilden gegenwärtig eine nothwendige Vorbedingung für die Fortentwicklung der Menschheit.

Hegel spricht mit Enthusiasmus vom athenischen Volke, vor dem „die Dramen des Aeschylus und Sophokles vorgestellt worden," an das „die Reden des Perikles gerichtet" waren, aus dessen Mitte „ein Kreis von Männern erwuchs, die klassische Naturen für alle Jahrhunderte geworden sind." Dieser Enthusiasmus ist nun gewiß durchaus am Platze. Indeß war doch das athenische „Volk" ein Volk von Sklavenhaltern. Nicht an die Sklaven, die Produzenten jener Zeit, waren die Reden des Perikles gerichtet, nicht für sie waren die Werke der großen Dichter bestimmt. In unserer Zeit dagegen wendet sich die Wissenschaft gerade an die Produzenten, das heißt an das moderne Proletariat, und so sind wir durchaus berechtigt, mit Begeisterung auf die Arbeiterklasse zu blicken, für welche die größten Denker schreiben, an welche die besten Redner unserer Zeit ihre Reden richten. Jetzt erst ist endlich der engste und unzertrennliche Bund zwischen der Wissenschaft und den Arbeitern geschlossen, — ein Bund, der den Beginn einer neuen, höchst segensreichen Epoche in der Geschichte bedeutet.

* * *

Es werden hie und da Meinungen geäußert, der dialektische Standpunkt sei im Grunde durchaus identisch mit dem Standpunkt der sogenannten Evolution (Entwicklung). Die beiden Standpunkte haben unzweifelhaft Manches mit einander gemeinsam, zugleich aber besteht zwischen denselben ein wesentlicher Unterschied, und zwar ein für die „Evolution" ungünstiger. Die modernen Evolutionisten lieben es nämlich, sich den Revolutionären gegenüberzustellen und suchen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auseinanderzusetzen, daß weder in der Natur, noch in der Geschichte Sprünge stattfänden. Derartige Raisonnements bilden einfach ein Gegenstück zu denjenigen der Anarchisten, welch' letztere ihrerseits nichts von der Evolution wissen wollen. Die Dialektik aber hat es schon längst verstanden, über den abstrakten Gegensatz zwischen Evolution und Revolution hinauszukommen. Sie weiß, daß Sprünge unvermeidlich sind, sowohl im Denken, als auch in der Natur und in der Geschichte. Sie bringt es nicht fertig, einen in jedem Momente überall sich abspielenden Vorgang zu leugnen. Sie sucht nur die Bedingungen klarzulegen, unter denen die allmälige Veränderung nothwendigerweise zu einem Sprung führen

muß.*) Den Herren Evolutionisten wird es aber sehr bange zu Muthe, sobald die Sache darauf hinauszulaufen beginnt, daß die bestehende Gesellschaftsordnung, — die ja, wie Alles was besteht, werth ist, daß sie zu Grunde geht — einer anderen wird Platz machen müssen und zwar vermittelst eines gewissen politischen Sprungs, nämlich der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Vom Hegel'schen Standpunkt aus konnten Utopien blos einen historisch-symptomatischen Werth beanspruchen, als der Ausdruck der zur Zeit vorhandenen Gegensätze. Ebenso werden sie auch vom dialektischen Materialismus, oder mit anderen Worten, vom modernen wissenschaftlichen Sozialismus beurtheilt. Nicht die Phantastereien von Reformern, sondern die Gesetze der Produktion und des Austausches bestimmen das Vorgehen der Sozialdemokratie. Im Gegensatz zu dem, was einst der Fall war, treten jetzt als Utopisten auf, nicht die Sozialisten, sondern all diejenigen „Gesellschaftsretter," die die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten suchen, sei es mit Hilfe von Ausnahmegesetzen oder einzelner Scheinreformen. Die am meisten charakteristische Eigenthümlichkeit unserer Zeit ist eben der Umstand, daß nicht die Sozialisten, sondern ihre Gegner als Utopisten auftreten. Die utopistischen Anhänger der bestehenden Ordnung möchten sich selbst und den Anderen die Ueberzeugung beibringen, daß diese Ordnung an und für sich vortrefflich sei: es könne sich also nur darum handeln, die Mißbräuche zu beseitigen, die sich in dieselbe eingeschlichen. Es kommen uns dabei unwillkürlich die Aeußerungen Hegel's über die Reformation in den Sinn: „Die Reformation ist aus dem Verderben der Kirche hervorgegangen. Das Verderben der Kirche ist nichts Zufälliges, nicht nur Mißbrauch der Gewalt und Herrschaft. Mißbrauch ist die sehr gewöhnliche Weise, ein Verderben zu benennen; es wird vorausgesetzt, daß die Grundlage gut, die Sache selbst mangellos, aber die Leidenschaften, subjektiven Interessen, überhaupt der zufällige Wille der Menschen jenes Gute als ein Mittel für sich gebraucht habe, und daß es um nichts zu thun sei, als diese Zufälligkeiten zu entfernen. In solcher Vorstellung wird die Sache gerettet und das Uebel als ein ihr nur Aeußerliches genommen. Aber wenn eine Sache auf eine zufällige Weise gemißbraucht wird,

---

*) Hegel hat in vortrefflicher Weise das Sinnlose enthüllt, welches darin liegt, die Erscheinungen durch die allmälige Veränderung allein erklären zu wollen: „Bei der Allmäligkeit des Entstehens" — sagt er — „liegt die Vorstellung zu Grunde, daß das Entstehende schon sinnlich oder überhaupt wirklich vorhanden, nur wegen seiner Kleinheit noch nicht wahrnehmbar, so wie bei der Allmäligkeit des Verschwindens, daß das Nichtsein oder das Andere an seine Stelle tretende gleichfalls vorhanden, nur noch nicht bemerkbar sei; — und zwar vorhanden nicht in dem Sinne, daß das Andere in dem vorhandenen Anderen an sich enthalten, sondern daß es als Dasein nur unbemerkbar vorhanden sei. Es wird damit das Entstehen und Vergehen überhaupt aufgehoben ... und der wesentliche, oder der Begriffsunterschied in einen äußerlichen, bloßen Größenunterschied verwandelt. — Das Begreiflichmachen eines Entstehens oder Vergehens aus der Allmäligkeit der Veränderung hat die der Tautologie eigene Langweiligkeit, weil es das Entstehende oder Vergehende schon vorher ganz fertig hat, und die Veränderung zu einer bloßen Aenderung eines äußerlichen Unterschiedes macht, wodurch sie in der That nur eine Tautologie ist." — Wissenschaft der Logik, Nürnberg 1812, 1. Bd., S. 313—314. Die Herren Evolutionisten würden überhaupt gut daran thun, wenn sie sich die Mühe nähmen, die Hegel'sche Lehre vom Maaß kennen zu lernen, und insbesondere die „Knotenlinie der Maaßverhältnisse" berücksichtigen wollten.

o ist dies nur im Einzelnen, aber etwas ganz Anderes ist ein allgemeines großes Uebel in einer so großen und allgemeinen Sache, als eine Kirche ist."*)

Kein Wunder, daß Hegel in sehr geringem Grade die Sympathie all' Derjenigen genießt, die in der Gegenwart eine durch und durch verdorbene Gesellschaftsordnung durch Beseitigung einzelner Mißbräuche zu retten suchen! Es graut ihnen vor dem latenten revolutionären Geist der Hegel'schen Philosophie.

Es gab eine Zeit, wo gegen Hegel sich Diejenigen erhoben, die einer mehr oder weniger revolutionären Gesinnung huldigten und denen sein philisterhaftes Verhalten gegenüber der damaligen preußischen Wirklichkeit zuwider war. Diese Gegner Hegel's fehlten darin, daß sie hinter der reaktionären Hülle den revolutionären Kern der Hegel'schen Philosophie nicht zu entdecken wußten. Indeß waren sie in ihrem Unmuth über Hegel immerhin von achtungswerthen Motiven geleitet. Heutzutage aber grollen Hegel die gelehrten Vertreter der Bourgeoisie, weil sie das revolutionäre Wesen seiner Philosophie erkennen, oder instinktiv herausfühlen. Heutzutage liebt man es nicht, die Verdienste Hegel's anzuerkennen; man stellt ihm gern Kant gegenüber, und schier jeder Dozent fühlt sich berufen, die Philosophie des „Königsberger Weisen" zu „verjüngen." Wir sind gern bereit, Kant alle ihm gebührende Achtung zu zollen. Der Verdacht liegt aber sehr nahe, daß die Neigung der bürgerlichen Gelehrten von heutzutage zur Kant'schen Philosophie nicht ihrer starken, sondern ihrer schwachen Seite gilt, nämlich ihrem Dualismus. Der Dualismus ist im „Moralischen" ein besonders bequemes Ding. Mit dessen Hilfe lassen sich die verlockendsten „Ideale" aufbauen, die kühnsten Gedanken-Ausflüge in eine „bessere Welt" vornehmen, — ohne daß man je daran zu denken brauchte, die „Ideale" in die Wirklichkeit zu übersetzen. Kann man sich denn etwas Besseres wünschen? — Im „Ideal" kann man zum Beispiel die Klassen und die Ausbeutung einer Klasse durch die andere vollständig aufheben, zugleich aber in der Wirklichkeit für den Klassenstaat eintreten und die Einmischung der Militärgewalt fordern jedesmal, wenn es den Ausgebeuteten einfallen sollte, „hier, auf Erden schon" ihre Lage zu verbessern. Hegel betrachtete als eine Beleidigung der Vernunft den bloßen Gedanken daran, daß das Vernünftige nicht zur Wirklichkeit werden könne. Sein berühmter Satz: „Was vernünftig ist, das ist wirklich, und was wirklich ist, das ist vernünftig," hat bekanntlich Anlaß gegeben zu manchen Mißverständnissen in Deutschland und über dessen Grenzen hinaus, insbesondere in Rußland. Diese Mißverständnisse sind nun eigentlich dem Umstand zuzuschreiben, daß man unklare Vorstellungen davon hatte, was Hegel Vernunft und Wirklichkeit nannte. Indeß, diese Wörter selbst in ihrer gewöhnlichen, vulgären Bedeutung genommen, darf man doch die Frage aufwerfen, ob denn nicht die revolutionäre Bedeutung der ersten Hälfte jenes Satzes: „was vernünftig ist, das ist wirklich," in die Augen fällt? Auf die Geschichte angewendet, bedeuten diese Worte nichts Anderes, als die Ueberzeugung davon, daß das Vernünftige nicht etwas Jenseitiges bleibt, sondern unbedingt verwirklicht wird. Ohne diese vielverheißende Ueberzeugung würde der revolutionäre Gedanke jegliche praktische Bedeutung verlieren. Die Geschichte ist nach Hegel die Auslegung und Verwirklichung des allgemeinen Geistes (das heißt auch der Vernunft) in der Zeit. Auf welche Weise konnte er nun demnach die geschichtliche Ablösung der

*) Philosophie der Geschichte, S. 497—498.

aufeinanderfolgenden Gesellschaftszustände erklären? Eben dadurch, daß im Prozeß der geschichtlichen Entwicklung „Vernunft Unsinn, Wohlthat Plage wird.“ Mit Unsinn gewordener Vernunft braucht man aber nach Hegel's Ansicht nicht viel Umstände zu machen. — Indem Cäsar die Staatsgewalt usurpirte, verletzte er die römische Verfassung. Dies war anscheinend ein schweres Verbrechen. Cäsar's Gegner waren anscheinend durchaus berechtigt, sich als Beschützer des Rechts zu betrachten: sie standen auf „gesetzlichem Boden.“ Allein das von ihnen vertheidigte Recht war blos „ein formelles, vom lebendigen Geist und von Gott verlassenes Recht.“ Die Verletzung desselben war also ein Verbrechen blos vom formalen Standpunkte aus, in Wirklichkeit aber kann es nichts Leichteres geben, als den Rechtsverletzer Cäsar zu rechtfertigen: „Die Thaten der großen Männer, welche Individuen der Weltgeschichte sind, erscheinen so nicht nur in ihrer inneren bewußtlosen Bedeutung gerechtfertigt, sondern auch auf dem weltlichen Standpunkte. Aber von diesem aus müssen gegen welthistorische Thaten und deren Vollbringer sich nicht moralische Ansprüche erheben, denen sie nicht angehören.“*) — Ueber den Untergang des Sokrates, der als Feind der bestehenden Sittlichkeit verurtheilt wurde, bemerkt Hegel: „Sokrates ist der Heros, daß er mit Bewußtsein das höhere Prinzip erkannt und ausgesprochen hat. Dieses höhere Prinzip hatte absolute Berechtigung. . . . Das ist die Stellung der Heroen in der Weltgeschichte überhaupt; durch sie geht die neue Welt auf. Dieses neue Prinzip ist in Widerspruch mit dem bisherigen, erscheint als auflösend; die Heroen erscheinen also als gewaltsam, die Gesetze verletzend. Sie finden individuell ihren Untergang; aber dies Prinzip dringt selbst, wenngleich in anderer Gestalt durch, und untergräbt das vorhandene.“**) All' dies ist schon an sich deutlich genug. Die Sache wird jedoch noch deutlicher, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß nach Hegel als Heroen nicht nur einzelne Persönlichkeiten auftreten, sondern ebenso sehr auch ganze Völker, wenn sie als Träger eines neuen welthistorischen Prinzips erscheinen. In diesen Fällen zeigt sich die Sphäre desjenigen, wozu solche Völker nach Hegel berechtigt sind, als eine sehr weite: „gegen dies sein absolutes Recht, Träger der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Weltgeistes zu sein, sind die Geister der anderen Völker rechtlos, und sie, wie die, deren Epoche vorbei ist, zählen nicht mehr in der Weltgeschichte.“***)

Wir wissen, daß in der Gegenwart nicht irgend ein einzelnes Volk als Träger eines neuen welthistorischen Prinzips erscheint, sondern eine bestimmte Klasse, nämlich das Proletariat, innerhalb aller zivilisirten Völker. Wir werden aber dem Geist der Hegel'schen Philosophie nicht untreu werden, wenn wir sagen, daß gegenüber dem revolutionären Proletariat alle übrigen Klassen in der Weltgeschichte nur insofern zählen, inwiefern sie der proletarischen Bewegung förderlich oder hinderlich sind.

Rücksichtsloses Streben nach einem großen historischen Ziel — dies ist das politische Vermächtniß der idealistischen Philosophie.

---

*) A. a. O. S. 83—84.

**) Geschichte der Philosophie, 2. Band, S. 120.

***) Philosophie des Rechts, § 347.

Literarische Rundschau.

Bei Swan Sonnenschein & Co. in London erscheinen demnächst in englischer Sprache: Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, übersetzt von Florence Wischnewetzki. Ferner Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, übersetzt von Edward Aveling. Endlich Bernstein, Ferdinand Lassalle, übersetzt von E. Marx-Aveling.

Notizen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Geehrte Redaktion!

Die Nummer 4 des X. Jahrgangs der „Neuen Zeit" enthält unter dem Titel: „Ein Sozialistentödter" einen Artikel über meine Schrift: „Die kommunistische Gesellschaft," dessen Inhalt mich veranlaßt, Sie unter Berufung sowohl auf den wissenschaftlichen Charakter Ihrer Zeitschrift, als auch auf § 11 des deutschen Preßgesetzes um Aufnahme folgender thatsächlichen Berichtigung zu bitten:

1. Auf Seite 119 der „Neuen Zeit" werden zwei kurze Sätze meiner Schrift zitirt, welche den Unterschied zwischen der Manufaktur- und der Maschinenperiode in der Theilung der Produktionskosten und in der Verwendung von Frauen- und Kinderarbeit berühren. Es ist nicht wahr, daß ich, wie der Artikel andeutet, die darin enthaltenen allgemeinen Wahrheiten, die schon von Marx im „Kapital" I und im „Elend der Philosophie" dargelegt waren, einem Aufsatz von Bernstein in der „Neuen Zeit" von 1890 oder 1891 entlehnt habe. Auf den Marx'schen Beweis wider das eherne Lohngesetz ist S. 12 meiner Schrift ausdrücklich Bezug genommen.

2. Es ist nicht wahr, daß ich, wie S. 120 der „Neuen Zeit" behauptet ist, eine Identifizirung des Tauschwerths (im Sinne von Marx) mit dem Preise überhaupt und gar wider besseres Wissen vorgenommen habe. Ich führe vielmehr S. 22 meiner Schrift nicht nur ausdrücklich an, daß Werth und Preis bei Marx nicht identisch sind, sondern bilde auch auf den folgenden Seiten mehrere Beispiele, aus denen sich „handgreiflich" die Nothwendigkeit ergiebt, „daß die Preise von den Werthen abweichen" (S. 24). Gegen den Schluß meiner Ausführungen über das Werthgesetz hin ist nochmals zwischen der Bildung der Werthe und der Geldform der Werthe, d. h. den Preisen, unterschieden.

3. Auf S. 120 der „Neuen Zeit" wird ironisch behauptet, ich hätte einen neuen „Werth Nr. 3" entdeckt. Der Herr Rezensent zitirt aus meiner Schrift, wie folgt: „Es steigt und fällt, erklärt er (Hammann), der Werth einer Waare mit der größeren oder geringeren Mühe, die ihre Erlangung kostet." „Die Abnehmer besteuern in den höheren Preisen ihren Hang zu unnöthiger Bequemlichkeit und ihren Mangel an wirthschaftlicher Verwaltung ihrer Ausgaben." Der erste dieser beiden Sätze, der übrigens ungenau zitirt ist — es heißt in Wirklichkeit: „für den Verbraucher" steigt und fällt 2c. — reiht sich an ein Zitat aus Marx über den zusätzlichen Werth an, den die Transportindustrie verursacht. Ich warne dann im vollen Gegensatz zu der Unterstellung des Herrn Rezensenten davor, in diesem Zusammenhange an die Verkaufspreise in den Kramläden, die nicht selten „über dem Werthe stehen," zu denken und sie gegen das Marx'sche Werthgesetz anzuführen.

4. So wenig ich eine Identifizirung des Tauschwerthes mit dem Preise vorgenommen habe, so unwahr ist es, daß ich „durchweg den Mehrwerth mit dem Unternehmerprofit verwechsele." Denn ich führe nicht nur auf S. 22 meiner Schrift die bekannte Stelle aus dem „Kapital" I, S. 587, über die Spaltung des Mehrwerths im Wortlaut an, sondern erläutere auch in Beispielen, daß der erste Aneigner von Mehrwerth nicht auch der letzte Eigenthümer desselben zu sein braucht, und daß auch

der Handelsgewinn nicht etwa aus einem Werthzuschlag entsteht, nachdem bereits auf S. 17 Zins, Rente, Profit als verschiedene Formen des Mehrwerths erwähnt sind.

5. Thatsächlich falsch ist endlich auch die Behauptung auf S. 123 der „Neuen Zeit," daß ich den Abschnitt im „Kapital" über die Handelskrisen entweder übersehen oder nicht verstanden hätte, und daß ich erklärte, „die Handelskrisen entstehen durch Wasserfluthen, Mißwachs, Cholera" 2c. Auf S. 12 meiner Schrift sind in Kürze die Folgen erwähnt, die „nach Marx" aus der periodischen Fieberhaftigkeit der Produktion entstehen. Auf den Seiten 34—36, die der Herr Rezensent im Auge hat, polemisire ich lediglich dagegen, daß die Planlosigkeit der Produktion die „ausschließliche" Ursache der Handelskrisen und daß eine Handelskrisen ausschließende Regelung der Produktion möglich sei; „denn ein großer Theil der Unregelmäßigkeit in der Produktion rührt gerade her von unvorhergesehenen Naturereignissen, von dem Schwanken der Ernten, von dem Auf und Ab in der Bevölkerung der Länder, von Kriegen und Kriegsgefahren, von der Zollpolitik fremder Staaten, von dem launischen Wechsel der Bedürfnisse" (S. 36).

Charlottenburg, 31. Oktober 1891. Dr. O. Hammann.

Der Verfasser des Artikels „Ein Sozialistentödter," dem diese Berichtigung gilt, ein langjähriger erprobter Mitarbeiter der „Neuen Zeit," ist augenblicklich leider krank. Aber er wird, wie er uns mittheilt, die Antwort nicht schuldig bleiben.

Die Redaktion.

Die Reisernte. Einem Artikel von Cabrini in unserem trefflichen italienischen Bruderorgan, der in Mailand erscheinenden „Critica Sociale" entnehmen wir folgende Daten über die Arbeiterverhältnisse im Reisbau:

In den ersten Wochen des Frühlings beginnt die Anwerbung der Reisschnitterinnen. Ich sage Reisschnitterinnen, weil fünf Sechstel der menschlichen Waare, welche sich aus den Reisfeldern Siechthum holt, dem Geschlecht angehören, welches der Bourgeoiskonventionalismus schwaches Geschlecht nennt.

Die Werbung geschieht folgenderweise.

Der Besitzer oder Pächter eines Reisfeldes wendet sich an eine Art Menschenhändler. Dieser vereinbart mit ihm die Zahl und den Lohn der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Nach dieser Abmachung, durch welche der Menschenhändler auch die Lieferung der Kost übertragen erhält, beginnt dieser seinen jährlichen Rundgang durch die Ortschaften, wo er bekannt ist und bringt so die Schaar zusammen, welche der Malaria und dem Tod geweiht ist. Seine Rekruten sind Burschen, die der Hunger aus dem Haus getrieben hat; Mädchen, die etwas von jenem Geld wünschen, das man auf dem Land zum heirathen braucht, oder solche, die durch das Elend des letzten Winters gezwungen wurden, die Federn des Bettes — die Frucht zweijähriger Arbeit — zu verkaufen, oder eine ältere Witwe, die keine andere Beschäftigung finden kann: sie alle schaaren sich um den Menschenhändler und bestürmen ihn, ihnen ein paar Centesimi mehr zu geben als im vorigen Jahr.

Und nun der Lohn? 25 bis 38 Lire — je nach der Leistungsfähigkeit der Arbeiterin — für etwa 40 Tage Arbeit, Kost und Wohnung mitgerechnet. Was für eine Kost, was für eine Wohnung es sind, werden wir bald sehen.

Das kleine, schmächtige, kaum 14jährige Mädchen ist nicht mehr als 25 Lire werth. Das andere da ist höher, kräftiger, aber letztes Jahr hat es das Wechselfieber gehabt. Nun, man giebt ihm 30, 32 Lire. Die Bevorzugten, die Rüstigsten bekommen das Maximum: 38 Lire.

Der Tag der Abreise nach den Reisfeldern kommt. Die Schaar steigt in ein zweirädriges Fuhrwerk, geschleppt von einem Klepper, und fährt lange, lange Stunden bei der sengenden Sonne unter dem illusorischen Schutz des Laubdaches, welches man über dem Karren angebracht hat. So kommt man nach und nach in jene Felder, wo so viele eine Ehegelegenheit erwarten und den Tod finden.

Gerädert, von der Sonne verbrannt, von Staub bedeckt, gelangen sie in den Pachthof, wo sie zur Reinigung und zum Trinken das Wasser eines Grabens haben. Ein Quadratmeter Stroh wird einem Jeden in derselben Halle ohne Unterschied des Geschlechts als Lager angewiesen.

Wie oft geschah es, daß der Gemeindearzt, welchen man an das Bett eines 15 jährigen Mädchens gerufen hatte, einen Fall der Schwangerschaft zu konstatiren hatte.

Morgens um 4 Uhr weckt sie unbarmherzig die Stimme des Menschenhändlers und die noch schlaftrunkene Schaar macht sich auf den Weg zu dem Reisfeld. Man kommt hin und versinkt bis zur halben Wade im Schlamm. Die Sonne bricht aus dem Morgennebel hervor, der sich über das schlammige, übelriechende Wasser des Reisfeldes ausbreitet. Er zerreißt und die Sonne brennt auf die Armen, die, hochaufgeschürzt und tiefgebückt, die Miasmen athmen, die aus diesem Boden aufsteigen, der voll von Insekten, Fröschen und glücklicherweise auch Blutegeln ist.

Glücklicherweise?

Freilich. Die Reisschnitterin zieht ja Nutzen aus den Blutegeln. Sie wartet bis das Thier sich festgesogen hat und dann packt sie es und thut es in ein Fläschchen, dessen Inhalt sie Sonntags in die Dorfapotheke bringt, um so ihren Lohn um einige Centesimi zu erhöhen.

So viel ich weiß, haben die Unternehmer bis jetzt diese Blutegel nicht besteuert, aber was sie heute nicht thun, können sie morgen thun.

Und die Arbeitszeit?

Von 4 bis 8, von 8½ bis 11, von 1 bis 4, von 4½ bis 8.

Die Kost?

Um 8 ein Stück gelbes Brot, welches wenigstens 500 Gramm wiegen sollte und kaum das Gewicht von 350 Gramm erreicht; um 11 Uhr eine spartanische Brühe; um 4 Uhr Brot wie oben, um 8 Uhr Brühe wie oben. An manchem Orte hat die Reisschnitterin nur einmal im Tag auf diese Brühe Anspruch.

Dazu kommt noch, daß das Stroh nicht immer sauber, das Wasser nicht immer rein ist; daß die Arbeitszeit häufige Ueberschreitungen erleidet, da die Mädchen eben der Glocke folgen müssen, die vom Herrn geläutet wird und sonderbarerweise immer zu früh zum Anfangen und zu spät zum Aufhören ruft.

Wenn man die Länge dieser unmenschlichen Abrackerung bedenkt, die mit Prostitution und Fieber gepaart ist, dann erklärt man sich leicht, warum die armen Mädchen, welche die Noth in die Reisfelder treibt, so schnell zu wandelnden Skeletten werden.

Feuilleton.

Ruben Sachs.

(Nachdruck verboten.)

Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von **Amy Levy**.

Aus dem Englischen.

(Fortsetzung.)

XII. Kapitel.

Da saßen zwei Personen, die augenscheinlich ganz von einander in Anspruch genommen waren. In der Ferne zeichnete sich Judiths nach vorn geneigter Kopf, ihr Profil, die Umrisse ihres Halses und ihres Busens, die weichen Falten ihres Kleides scharf auf der rothen Wand ab. Und eine zweite Gestalt, ganz nahe der Ersteren, zeichnete sich von demselben Hintergrund ab. Ruben schreckte zurück — es waren Judith und Lee-Harrison.

Wie durch magische Gewalt waren sowohl seine körperliche wie seine geistig Ermüdung und die Ungewißheit, ob er Judith aufsuchen solle, plötzlich ver schwunden. Aeußerlich sah er so unbewegt wie nur je aus, als er jetzt da verödete Ballzimmer durchschritt. Nur ein sehr aufmerksamer Beobachter hätt die unterdrückte Heftigkeit jeder seiner Bewegungen wahrnehmen können.

Eine schwere Draperie theilte das vordere Gesellschaftszimmer von den hinten gelegenen ab, und hier standen Karoline Cardozo und Adelheid, auf welch Ruben nun zuschritt.

„Ich erwartete kaum mehr Dich zu sehen," sagte Adelheid, als Ruben im Vorbeigehen stehen blieb, um die Damen zu begrüßen. Adelheid amüsirte sich nicht Ihre gesellschaftlichen Erfolge wurden gewöhnlich nicht im Ballzimmer errungen

„Komme ich zu spät, um noch einen Tanz zu erhalten?" fragte Ruben, sich mit einer tiefen Verbeugung an Miß Cardozo wendend.

Sie überreichte ihm mit einem leichten Lächeln ihre Karte; es waren noch zwei oder drei Tänze frei.

Ein großes Vermögen bringt — ich zitire Esther — zwar immer Heiraths-anträge, doch nicht so sicher Aufforderungen zum Tanz mit sich. Karoline Cardozo war ein häßliches mageres Mädchen mit scheuem Benehmen, das von manchen Leuten für vornehme Zurückhaltung gehalten wurde; die männlichen Mitglieder der Familie Leuniger behaupteten von ihr, sie habe keine Spur von Chic.

Trotz ihres gewichtigen Reichthums war es, wie Rosa in ihrer Ver-antwortlichkeit als Wirthin bemerkte, schwer, sie unterzubringen.

Ruben, der seinen Tanz pflichtgemäß eingetragen, fuhr höflich zu plaudern fort, während er unter den Augenlidern hervor die Vorgänge auf dem Balkon beobachtete.

Ein genaueres Zusehen ließ ihn auf Berties hellem Antlitz, das zu Judith erhoben war, den Ausdruck unverkennbarer Bewunderung erkennen; er schien sie mit den Augen zu verschlingen.

Und Judith?

Ruben glaubte nie zuvor ein solches Leuchten in ihren Augen, ein solches Glühen auf ihren weichen Wangen gesehen, niemals diesen unbeschreiblichen, fast leidenschaftlichen Ausdruck in ihren Bewegungen, ihrer ganzen Gestalt beobachtet zu haben. Sein Herz schlug heftig, ein wilder, verzweifelnder Verdruß, Ueber-raschtheit und Verachtung tobten in ihm. Er hatte mit Judith vorsichtig sein, er sich in Acht nehmen wollen, ihre Empfindungen nicht zu sehr zu wecken, er, dem es all' die langen Jahre hindurch nicht möglich gewesen war, diesen Aus-druck in ihren Augen hervorzuzaubern.

Und Bertie sollte? Es war nicht möglich!

In jedem Falle, so dachte er in plötzlicher Rachsucht, sei es unwahrschein-lich, daß Bertie ernsthafte Absichten habe. Und doch — und doch — gerade er war der Mann, einen solch' einfältigen Schritt zu thun.

Die Musik begann, und die Paare kehrten in das Ballzimmer zurück.

Ruben verbeugte sich nach rechts und links, und wandte sich dann so, daß er Judith und ihrem Gefährten gegenüber stand, der all' seinen Muth zusammen-nahm und immer wieder von Neuem seinen Namen auf ihre Tanzkarte schrieb.

Einen Moment überlegte Ruben, dann trat er auf Judith zu.

„Guten Abend, Miß Quixano."

Ein Ausdruck der Ironie lag in seiner Stimme und auf seinem bleichen erregten Antlitz. Der Blick, der aus seinen glänzenden Augen auf sie fiel, war beinahe grausam.



Nr. 10. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Zünftlerisches und Kapitalistisches.

↗ Berlin, 25. November 1891.

Seit einer Woche tagt der Reichstag und zwar vor leeren Bänken und leeren Tribünen. Es ist eine melancholische Zumuthung, in diesen sechzig oder siebzig Gestalten, welche die Oede des weiten Saales nicht sowohl beleben, als noch viel öder erscheinen lassen, die Vertreter deutscher Nation erblicken zu sollen. Und schwämmen nicht die paar sozialdemokratischen Hechte in dem Karpfenteiche, so würde er vollends versumpfen. Eine eigene Ironie der Geschichte will, daß gerade die vielgeschmähten Umstürzler des Reiches das politische Ansehen des Reichstages erhalten müssen. Und eine nicht minder drastische Ironie ist es, daß gerade jene Waffe, welche die Vertreter der Arbeiterklasse von dem deutschen Parlamente fern halten sollte, sie zu Herren der parlamentarischen Situation gemacht hat. *Wegen* der Diätenlosigkeit können die bürgerlichen Mehrheitsparteien kein beschlußfähiges Haus herstellen, aber *trotz* der Diätenlosigkeit sind sozialdemokratische Abgeordnete stets auf dem Posten. Und da sie bei jeder Abstimmung den Reichstag durch einen Antrag auf Auszählung stellen können, so verschafft ihnen diese von ihren Gegnern geschmiedete Waffe sowohl die gebührende Rücksicht, welche ihnen in Parlamenten mit Tagegeldern, wie dem sächsischen Landtage, in verbissenem Hasse versagt wird, als auch die Möglichkeit zu erreichen, was sie auf parlamentarischem Boden überhaupt nur erreichen können und wollen. Mit der Versagung der Diäten hat Bismarck einzig das Gegentheil von dem erzielt, was er bezweckte, aber hierin erschöpft sich ja freilich überhaupt das „Genie" der bürgerlichen Staatsmänner.

Mit der Berathung der Novelle zum Krankenkassengesetze ist der Reichstag noch nicht zu Ende, aber dem Spuk des Zünftlerwesens hat seine gestrige Sitzung den Todesstoß versetzt. Die Absage der Regierung an den Befähigungsnachweis und die obligatorische Innung war wieder einmal eine jener kleinen Abschlagszahlungen auf die Riesenschuld von Jahrzehnten, wie sie der „neue Kurs" liebt. Es ist das Tempo des österreichischen Landwehrmarsches. Herr von Bötticher sagte sich mit staatsmännischer Würde von einem reaktionären Ideale los, das er zu bismärckischen Zeiten mit gleich staatsmännischer Würde zu erwägen pflegte. Von einem reaktionären Ideale, das der konservative Sozialpolitiker Huber vor

genau einem Vierteljahrhundert in seiner Schrift „Handwerkernoth und Handwerkerhilfe“ als „abgestandene Phrase“ kennzeichnete und mit dem Bibelworte beleuchtete: Mag auch ein Blinder einem Blinden den Weg zeigen? Während der vierundzwanzig Jahre, in denen die deutsche Nation unter Bismarck an der Spitze der Zivilisation marschirte, führte ein Blinder die Blinden, und dasselbe Zunftwesen, welches der konservative, aber in Handwerkerfragen sachkundige Huber vor so langer Zeit schon einen „Holzweg,“ eine „leere Strohdrescherei,“ eine „feige kindische Furcht,“ ein „klägliches Betteln“ nannte, das glänzte als ein besonders kostbares Juwel in dem Raritätenkasten der „Sozialreform von Oben.“

Wie der Franzose bei jedem Unfalle und Verbrechen fragt: wo ist die Frau?, so muß der Deutsche bei jedem staatsmännischen Schritte der Obrigkeit, die ihm gesetzet ist, sich erkundigen: Wo steckt die Sozialdemokratie? Herr v. Caprivi hat sich ja auch ehrlich zu dieser Rücksicht bekannt, aber sie bestimmte das Thun und Lassen Bismarck's deshalb nicht weniger, ja vielleicht nur um so viel mehr, weil sie damals verschwiegen wurde. Das ganze Kokettiren mit den Innungen lief eben hierauf hinaus; nur daß die Innungen unter dem Sozialistengesetze als Schutzwehren gegen die Sozialdemokratie dienen sollten, während sie vordem zu einer etwas anderen Rolle bestimmt waren. Der Zünftlerkongreß, welcher im August 1867 unter hohem obrigkeitlichen Wohlwollen zu Quedlinburg tagte, erklärte Schulze-Delitzsch für einen mammonistischen Verführer und trug dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ ein halb verschämtes und halb auch nicht verschämtes Wahlbündniß an. Und doch gebietet die Gerechtigkeit gerade Denen, welche die Mißhandlung der Arbeiterfrage durch den unglücklichen „König im sozialen Reiche“ am schärfsten verurtheilen, das um so offenere Anerkenntniß, daß die wirklichen Verdienste von Schulze-Delitzsch auf dem Gebiete der Handwerkerfrage liegen. Indem er mit seinem Genossenschaftsstatut glücklich die Klippe umschiffte, die das allgemeine Landrecht und später noch schroffer das deutsche Handelsgesetzbuch einem volksthümlichen Bankwesen entgegen stellten, befriedigte er das längst vorhandene und nur von einer perfiden Gesetzgebung künstlich niedergehaltene Bedürfniß eines geregelten Kreditwesens für das Kleingewerbe. Freilich, wie immer in solchen Fällen, lenkte die ökonomische Entwicklung vielmehr ihn, als daß er die ökonomische Entwicklung lenkte. Denn als das vorhandene Bedürfniß aus den von ihm begründeten Vorschußvereinen in tropischem Wachsthum und unter Umgestaltung der ursprünglichen Verkehrsformen eine große Anzahl kleiner Banken entstehen ließ, da sah er auf diese Entwicklung Anfangs mit Mißtrauen und Zagen, und als er endlich begriff, daß er ein größeres Ding in die Wege geleitet, als er je beabsichtigt hatte, da überschlug er sich sofort nach der anderen Seite und wollte nun gleich die ganze soziale Frage gelöst haben, was ihn denn seinen schnell erworbenen Ruhm noch viel schneller kostete.

Die Arbeiter haben nicht auf ihn gehört, aber noch viel weniger sich, im Guten oder Schlimmen, um die Zünftler gekümmert, und die nachgerade unabweisliche Erkenntniß, daß mit diesem, aus historischem Moder beschworenen Gespenste aber auch rein gar nichts anzufangen sei, hat wohl nicht zuletzt die Regierung bestimmt, endlich den „Holzweg“ zu verlassen, vor dem Huber sie seiner Zeit so eindringlich warnte. Aber nun kommt sie nach beliebter deutscher Manier zu spät; nun ist auch schon der Weg verfallen, den Schulze-Delitzsch bahnte. Ueber die kleinen Banken stürzt sich die große Börse, und die politischen Erben von Schulze-Delitzsch haben sich auf die Seite der Siegerin geschlagen. Während die anderen bürgerlichen Parteien sich eben mit Messern und Scheeren aufmachen, um die Krallen des kapitalistischen Molochs ein wenig zu beschneiden,

schaart sich die freisinnige Partei zu heldenmüthiger Vertheidigung um den Mammonstempel, und die delphische Pythia kann nicht mit einem stolzeren Selbstbewußtsein tiefsinniger Weisheit ihre Sprüche verkündet haben, als mit welchem die freisinnige Presse jedem Zweifler an der ewigen Nothwendigkeit des Börsenspiels die Anfangsgründe menschlicher Erkenntniß abspricht. Es ist wahr: in den konservativ-nationalliberalen Anträgen zur Reform der Börse steckt keine Ueberfülle von Weisheit; sie entspringen nicht einem klaren, politischen Willen, sondern nur dem bekannten, philiströsen Biereifer, der niemals früher, als bis ein Kind hineingefallen ist, aber dann auch immer mit tödtlicher Sicherheit den Brunnen zudecken — will. Aber immerhin spricht aus ihnen ein gewisses Gefühl der Scham über die scheußlichen Ausbrüche der großkapitalistischen Korruption, welche wir in den letzten Wochen erlebt haben, und insofern sind sie um Einiges erträglicher, als das salbungsvolle Predigen der freisinnig-kapitalistischen Blätter gegen die „Börsenhetze."

Viel herauskommen wird natürlich weder bei der geplanten Gesetzgebung zu Gunsten des absterbenden Handwerks, noch bei den Anträgen zur Eindämmung der immer größere Kreise des nationalen Lebens in ihren Strudel reißenden Börse. Es handelt sich in beiden Fällen um naturgemäße Entwicklungsphasen der bürgerlichen Gesellschaft, welche nur in bedingter Weise durch den Willen der Gesetzgebung beeinflußt werden können, und auch das nur bei richtiger Einsicht in die wirkliche Natur dieser Entwicklung, einer Einsicht, welche den bürgerlichen Parteien ja mehr oder minder fehlt. Aber ohne Interesse für die Arbeiterklasse sind die betreffenden parlamentarischen Aktionen gleichwohl nicht. Denn was dem absterbenden Handwerke recht sein soll, das muß der aufstrebenden Arbeit vollends billig sein, wie Grillenberger gestern richtig sagte: „Handwerkerkammern, ja wohl, aber dann auch Arbeiterkammern!" Und wenn die bürgerliche Rechte erklärt: Die Börse ist ein Giftbaum und muß umgehauen werden, die bürgerliche Linke aber antwortet: Die Börse ist eine echte Werthschöpferin, und ohne sie kann die heutige Gesellschaft nicht bestehen, so braucht man nur dort den Hintersatz und hier den Vordersatz zu streichen, um aus dem heftigen Widerstreit der Meinungen eine erschöpfende und zutreffende Kritik der heutigen Gesellschaft hervorgehen zu sehen. —

Unter den grimmigen Vorkämpfern der Börse kämpft der Recke von Hagen natürlich am grimmigsten. Um so mehr ist anzuerkennen, daß er doch noch die nöthige Muße gewonnen hat, auf unsere neuliche Kritik seiner „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder" mit einem längeren Leiter der „Freisinnigen Zeitung" zu antworten. Leider beweist derselbe nichts, als die hoffnungslose Unfähigkeit seines Verfassers, ökonomische Thatsachen ökonomisch zu debattiren. Unsere bescheidenen Zweifel daran, daß „etwas junge" Arbeiterinnen bei dem heutigen Stande der Löhne für Frauenarbeit sich schon ein „Kapitälchen" von über 2000 Mark gespart haben können, beantwortet Herr Eugen Richter mit der Behauptung, daß er eine junge Dame von 20 bis 21 Jahren kenne, die dies „Kapitälchen" als Putzmacherin bereits hinter sich gebracht habe. Da wir den persönlichen Bekanntenkreis des Herrn Eugen Richter nicht auf seine Einkünfte kontroliren können, so müssen wir die Thatsache dahingestellt sein lassen, allein da der Poet Richter seine Heldin Agnes als typisch für die heutigen Arbeiterinnen hingestellt hat, so muß er allerdings, wenn er anders nicht mit den Interessen armer Arbeiterinnen eine verwerfliche Demagogie getrieben haben will, den Nachweis führen, daß Putzmacherinnen und Nähterinnen heutzutage im allgemeinen Durchschnitt so viel verdienen können, daß es ihnen möglich ist, mit 20 bis 21 Jahren — die

denkbar größte Sparsamkeit vorausgesetzt — über 2000 Mark auf die Sparkasse zu tragen. Daß Herr Richter in seiner Agnes keine persönliche Freundin, sondern einen sozialen Typus hat schildern wollen, geht auch noch aus einem andern Umstand hervor. Der Poet erzählt nämlich, daß die Freundinnen seiner Heldin ebenso viel verdienten, wie diese selbst; nur daß sie die Ueberschüsse ihrer Löhne nicht auf die Sparkasse trügen, sondern für „Ausflüge und Vergnügungen“ verausgabten. Oder will uns Herr Eugen Richter einreden, er spreche hier auch nur von persönlichen Bekanntschaften oder Erlebnissen?

Von einigen anderen, noch kindlicheren Einwänden des Herrn Eugen Richter sehen wir um so lieber ab, als uns — wie es im Jargon der bürgerlichen Presse heißt — von wohl informirter Seite die Nachricht zugeht, daß ein alter Freund des Dichters ihm an der Hand der „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ ein Kolleg über ökonomische Dialektik lesen wird. Diesem annoch Unbekannten, dem jedenfalls, wenn er wirklich hoffen sollte, Herrn Eugen Richter noch zu belehren, das Lob eines kindlich rührenden Optimismus nicht versagt werden darf, mag das Weitere überlassen bleiben.

Die russische Bastille.

Von **George Kennan.**

Zum erstenmale verdeutscht von L. Katscher.

a) Die Untersuchungshaft.

Jeder Zeitungsleser kennt sie dem Namen nach, die berüchtigte „Peterpaulsfestung,“ das bedeutendste russische Staatsgefängniß. Früher oder später wird fast jeder in Rußland verhaftete, „schwere“ oder „gefährliche“ politische Verbrecher dahin gebracht. Jedem nach Petersburg kommenden Fremdling fällt die weithin leuchtende, vergoldete, schlanke Spitze des fast 400 Fuß hohen Thurmes der zur Festung gehörigen Domkirche auf, welche sich gegenüber dem Winterpalast erhebt, so daß der Zar sich in der Nähe der eingesperrten heftigsten Gegner seiner Herrschaft befindet und folglich stets ein „Memento“ vor Augen hat. Der durch die dicken Mauern führende Haupteingang zur Festung mündet in einen schönen parkartigen Boulevard, welcher vom Publikum stark als Durchgang benützt wird, da er zwei Stadtviertel miteinander verbindet.

„Petropawlowsk“ ist ein ungeheures Wirrsal von Höfen, Wällen, Basteien, Kasernen, Mauern, Thoren, Ravelins, Magazinen, Kasematten u. s. w. In welchem Theile dieses Labyrinths die Gefangenen untergebracht sind, ist sowohl diesen selbst wie auch der Außenwelt ein Geheimniß. Die Verhafteten werden stets nur Nachts nach dem schrecklichen Gebäude gebracht, und zwar Jeder einzeln in einem von Gendarmen besetzten, mit undurchsichtigen Vorhängen versehenen Wagen, der nach längerer Hin- und Herfahrt innerhalb der Festung den Unglücklichen in einen kleinen, von vier hohen Mauern umgebenen Hof bringt, von welchem aus er nur das Firmament, sonst aber auch nicht das Geringste sehen kann. Wo dieser Hof liegt, ist unbekannt. Man vermuthet aber allgemein, daß es der unter dem Namen „Trubetzkoi-Bastei“ bekannte Theil der Festung sei, und daß dort auch das Untersuchungsgefängniß selbst sich befinde. Wie dem auch sei, Thatsache bleibt jedenfalls, daß der Kerker aus den Kasematten einer der Basteien der Festung besteht, und daß diese Bastei durch eine mehrere Meter von ihr

entfernte, sie vollständig umgebende hohe Mauer von den übrigen Theilen der Festung gänzlich getrennt ist.

Die als Zellen dienenden Kasematten liegen in zwei Stockwerken übereinander. Die Thüren öffnen sich auf Korridore, die auf einen inneren Hof hinausgehen, während die Fenster nach der erwähnten Umfassungsmauer blicken, die Licht und Luft in hohem Grade abschneidet, umsomehr als die Fenster tunnelartig und mit doppeltem Gitter versehen, überdies acht bis neun Fuß über dem Boden angebracht sind. In Folge des letzteren Umstandes ist es dem Häftling auch unmöglich gemacht, das Fenster zu erreichen und aus demselben zu sehen. Uebrigens könnte er ja ohnehin außer der oberen Umfassungsmauer auch nichts erblicken. Die Wände und Decken der Zellen sind aus Ziegeln, die Fußböden aus Zement, die schweren Thüren aus Holz. In der Mitte jeder Thüre befindet sich eine viereckige Oeffnung, welche mittels eines beweglichen Feldes geschlossen werden kann. Wird dieses herabgelassen, so bildet es ein wagrechtes Brett, das meist zur Aufnahme der für den Gefangenen bestimmten Nahrung dient. Unmittelbar über jener Oeffnung sieht man einen wagrechten, briefkastenspaltähnlichen Einschnitt, der von einem beweglichen, hebbaren Stück Holz bedeckt ist und in der „Kunstsprache“ der politischen Verbrecher „Judas“ genannt wird, weil er den Zweck hat, den Wärtern die unauffällige Beobachtung der Insassen jederzeit vom Korridor aus zu ermöglichen.

Die Einrichtung der Zellen — deren Zahl 72 beträgt, 36 in jedem Stockwerk — besteht in einem gewöhnlichen russischen, vom Korridor aus heizbaren Ofen, einem beim Kopfende an der Wand befestigten und daher unbeweglichen Eisenbett, einer in der Nähe des Kopfendes ebenfalls an die Wand geschmiedeten, als Tischchen dienenden Eisenplatte, einem ebenfalls unbeweglichen eisernen Waschbecken, einer zur Aufbewahrung eines „Gefäßes“ dienenden kleinen Holzvorrichtung, einem billigen Muttergottesbildchen, angesichts dessen der Sträfling beten darf und einem unter dem Fenster an der Wand hängenden Zinnbecher zum Auffangen des durchs Fenster etwa eindringenden Regens oder Schnees. Der Gesammteindruck der Zelle ist ein düsterer, abstoßender; die dicken Wände, die gewölbte Decke, das eiserne, vergitterte Fenster, die feuchte, stagnirende Luft und die tiefe Stille erinnern an eine Todtengruft. Glücklicherweise wird der Mangel an Licht und Luft wenigstens einigermaßen durch die Größe der Zellen wettgemacht. Dieselbe übertrifft die allgemein übliche, was daher rührt, daß diese Räume ursprünglich zur Aufnahme großer Kanonen bestimmt waren. Die Länge beträgt 24, die Breite 16, die Höhe 12 Schuh.

Jeder Gefangene wird sofort nach seiner Ankunft in eine Zelle gebracht, vollständig entkleidet und genau untersucht; selbst in den Ohren, der Nase, dem Haar und dem Munde wird nach verborgenen Gegenständen gefahndet. Die Wärter nehmen seine Kleider an sich und geben ihm dafür die Kerkertracht: Hemd und Unterhose aus grober, grauer Leinwand, langer, blauleinener Schlafrock, Wollstrümpfe und ein Paar weicher Filzpantoffel. Nach dem Ankleiden ziehen sich die Wärter zurück, verschließen die massive Thüre und lassen ihn allein mit seinen Gedanken und Gefühlen.

Die feuchte, drückende Luft, die triefenden Wände, die furchtbare Stille und das gedämpfte Spielen trauriger Melodien von Kirchenliedern durch die Domglocken — all' dies legt dem politischen Häftling den Gedanken nahe: „Du bist zwar noch nicht todt, aber schon begraben.“ Von dem Bewußtsein niedergeschmettert, daß seine Bestrebungen und Kämpfe für das Wohl seines Landes ein Ende — und ein solches Ende! — genommen, von Angst ob des Geschickes seiner Angehörigen

gequält, erhebt er sich von dem schmalen Eisenbett, auf das er sich im ersten Verzweiflungsanfall geworfen hat und schreitet in der Zelle auf und ab. Nach einiger Zeit fragt er sich, wie lange er wohl so werde zubringen müssen. Er überdenkt die Ereignisse, die seiner Verhaftung vorhergingen und folgten, die ihm beim ersten Verhör gestellten Fragen, und zieht Schlüsse hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der Haftdauer. Er glaubt, keines schweren Vergehens verdächtig zu sein, hält dafür, daß keine die Untersuchung verzögernde Verwicklungen vorliegen und hofft, bald vor Gericht gestellt und freigelassen zu werden. Kaum hat er sich in diese tröstliche Aussicht eingewiegt, fühlt er, daß sein Fuß wie in einer Furche einhergeht, die von einem Ende der Zelle bis zum andern läuft und sich bei näherer Besichtigung als ein Pfad erweist, der von menschlichen Fußspuren in das harte Zementpflaster getreten worden ist. Diese Entdeckung trifft ihn mit neuer Pein, denn sie zeigt ihm, daß er nicht der Erste ist, den man hier lebendig begraben und der in andauernder Bewegung Erholung suchte von allzu großer geistiger Aufregung. Jene Furche rührt von den zahllosen Fußtritten seiner Vorgänger her, die so lange auf und ab gingen, bis der harte Boden nachgab.

Entmuthigt läßt der Häftling seine Gedanken zur Geschichte der Dezemberverschwörer zurückschweifen und es fällt ihm ein, daß viele von ihnen in der Peterpaulsfestung ihr frühes Mannesalter verbrachten, um durch Tod, Wahnsinn oder Selbstmord zu enden. Oberstlieutenant Battenkow schmachtete hier über zwanzig Jahre lang in Einzelhaft*); Lieutenant Saikin nahm sich das Leben, indem er mit dem Kopfe gegen die Wand rannte; ein Anderer zog einen qualvollen Tod dem befürchteten Wahnsinn vor und tödtete sich langsam durch das Verschlucken von Fensterglas. Ein Offizier wurde in Folge vieljähriger Einzelhaft schließlich so idiotisch, daß er die an ihn gerichteten Fragen nicht mehr verstand; er vollzog die üblichen mechanischen Verrichtungen — Essen, Trinken &c. — aber aus seinen schwerfälligen, verglasten Augen war jede Spur einer geistigen Bethätigung geschwunden und er pflegte, auf seinem Bette sitzend, tagelang in todtem Starren vor sich hinzublicken; sein Geist war nicht irre, sondern gestorben.**)

Von düsteren Erinnerungen dieser Art schwer bedrückt, fühlt sich der einsame Häftling außer Stande, sein Auf- und Abgehen fortzusetzen. Er nimmt daher wieder auf dem schmalen Bette Platz und horcht längere Zeit gespannt, um irgend welche Laute oder Töne von außen her zu vernehmen — irgend ein hörbares Zeichen menschlichen Lebens; er will durch dieses Lauschen den auf ihm

*) Die Verschwörung der „Dezembristen“ — es waren dieses Offiziere der Armee und der Marine — bezweckte, anläßlich des Regierungsantrittes des Zars Nikolaus eine Revolution hervorzurufen und eine verfassungsmäßige Regierungsform herbeizuführen. Battenkow, der vom Dezember 1825 bis zum Februar 1846 in der Festung Petropawlowsk saß, kam während der ganzen Zeit nicht aus dem Alexei-Ravelin hinaus und sah außer seinen Wärtern kein menschliches Wesen. Man gestattete ihm die Benutzung einer hebräischen Bibelausgabe und eines Wörterbuchs. Dadurch, daß er das alte Testament ins Russische übersetzte, wurde er vor dem Wahnsinn oder der Verblödung — den gewöhnlichen Folgen übermäßig langer Einzelhaft — bewahrt. Er bekam nie eine Zeitung oder — mit Ausnahme einiger Religionswerke — ein Buch zu lesen und blieb ohne jede Kunde von der Außenwelt. Erst nach mehr als zwanzigjähriger Gefangenschaft wurde er nach Sibirien geschickt.

**) Weder der Name noch das Verbrechen dieses Offiziers sind bekannt. Seine Existenz wurde von einigen Gendarmen enthüllt, die 1882 in dem Alexei-Ravelin Schließerdienste thaten und kurz darauf nach Sibirien verbannt wurden, weil sie „Politischen“ gestattet hatten, mit ihren Freunden zu verkehren. Jener Offizier, schon damals idiotisch, war bereits viele Jahre vorher eingekerkert worden.

lastenden Alp los werden: den Gedanken, lebendig begraben zu sein. Endlich hört er gedämpftes Glockenspiel, das Gebet: „Habe Erbarmen, o Herr!“ aber die traurige Melodie weicht alsbald einer desto tieferen Stille. Plötzlich bemerkt der Gefangene, wie zwei menschliche Augen ihm aus der Mitte der Zellenthüre unbeweglich entgegenstarren. Erschreckend glaubt er anfänglich in seiner Aufregung, daß die Hirngespinnste seiner erhitzten Einbildungskraft Gestalt angenommen haben; es scheint ihm momentan, als ob der Geist eines durch Selbstmord dahingeschiedenen früheren Insassen der Kasematte zu spuken beginne. Allein bald verschwindet das geheimnißvolle Augenpaar unversehens und das schwache Knarren des Deckels des „Judas“ belehrt den gequälten Häftling, daß das Gespenst in Wirklichkeit der Korridorwächter war. Dem vorübergehenden Gefühl der Erleichterung, welches sich nun einstellt, folgt eine große Niedergeschlagenheit bei dem Gedanken, daß selbst die vollkommenste Einsamkeit ihn nicht vor beständiger argwöhnischer Ueberwachung schützt.

Allmälig legt sich die Aufregung des bedauernswerthen Mannes und dieser fängt an, die feuchte Kälte der Zelle zu spüren. Er kriecht fröstelnd in sein Bett und hüllt sich bis zum Kinn in die dünne Decke. . . .

Die tödtliche Grabesruhe wird Tag und Nacht kaum von etwas anderem unterbrochen, als von dem sehr gedämpft hereintönenden Glockenspiel des nahen Kirchthurmes, welches die Melodien dreier Gebete erklingen läßt: jede Viertelstunde „Habe Erbarmen, o Herr!“ jede Stunde „Wie ruhmreich ist der Herr in Zion!“ und Mitternacht „Gott erhalte den Zar!“ Nicht nur die Hände und Augen, auch die Ohren bleiben unbeschäftigt in der entsetzlich strengen Einzelhaft von „Petropawlowsk.“

Um acht Uhr Morgens wird dem Häftling heißes Wasser zum Thee gebracht. Das Wasser bekommt er unentgeltlich; den Thee, den Zucker, das Brot und den Tabak aber muß er aus Eigenem bezahlen, das heißt wenn er Geld hat, das diesfalls bei einem der Aufseher erlegt werden muß. Hat er kein Geld, so muß er bis zwei Uhr fasten. Zu dieser Stunde stellt der Wärter das Mittagessen auf das oben erwähnte Feld. Das „Diner“ besteht aus anderthalb Pfund schwarzen, schlechten Roggenbrotes, einem Teller Suppe mit kleinen Bissen Fleisches und einer „Kascha,“ das heißt in Wasser gekochter, unzermalmter Hafer- oder Gerstengrütze. Läßt Jemand etwas von der Suppe stehen, so wird sie am Abend für ihn aufgewärmt; andernfalls bekommt er nichts, wenn er nicht in der Lage ist, zu dem auch Abends ausgetheilten heißen Wasser Thee u. s. w. zu beschaffen. Alle Speisen werden in Zinnschüsseln gebracht und mit Holzlöffeln gegessen. Messer und Gabel betrachtet man als gefährliche Gegenstände, die kein Häftling jemals in die Hand bekommen darf. Vor 1879 war die Ernährung der Zelleninsassen in der Peterpaulsfestung eine recht gute; sie wurde in reicherer Menge und besserer Qualität ausgegeben, als in den anderen russischen Gefängnissen mit politischen Verbrechern. Aber seit dem Beginn der großen Nihilistenbewegung und namentlich seit der Ermordung Alexanders II. trat mit einer verschärften Strenge der Behandlung auch eine beträchtliche Verschlechterung der Kerkerkost ein, und man kann sagen, daß die Behandlung wie die Ernährung der „Politischen“ jetzt genau der der „gemeinen“ Verbrecher entspricht. Die Kost ist so schlecht und unzulänglich, daß selbst Riesennaturen manchmal binnen wenigen Monaten dem Skorbut verfallen und sterben oder doch ihr Leben an einem Faden hängen fühlen. Und dabei wird den Unglücklichen nicht einmal gestattet, das Essen stehen zu lassen, — sie müssen essen, wenn sie sich nicht schweren Strafen, wie z. B. Dunkelkammer, aussetzen wollen!

Ueberhaupt ist die Disziplin eine unerhört strenge. Um die früher zuweilen vorgekommenen Fälle von Mitgefühl der Wärter für die Häftlinge oder gar praktischer Begünstigung gänzlich unmöglich zu machen, sind seit 1881 außerordentliche Maßregeln ergriffen worden; desgleichen behufs Verhütung einer wie immer gearteten Verbindung der Gefangenen unter einander. Die Zahl der Aufseher, Wärter (Gendarmen) und Soldaten (mit Revolvern und Gewehren) auf den Korridoren ist eine so große, daß auf jeden Häftling beinahe zwei Wächter entfallen. Neben der nicht viel Zeit in Anspruch nehmenden Bedienung der Zelleninsassen besteht die Hauptpflicht der Ueberwachungsorgane in der fleißigen Beobachtung derselben durch den „Judas" und in der Hintanhaltung jedes Geräusches innerhalb des Gebäudes. Auch die Wachen selbst müssen sich vollkommen ruhig verhalten, tragen daher ebenfalls Filzschuhe und dürfen miteinander oder mit den Gefangenen nur im leisesten Flüsterton sprechen. Mit den letzteren dürfen sie überhaupt nur das Allernöthigste reden. Wenn sie an ihnen oder ihrem Betragen irgend etwas Ungewöhnliches oder Auffallendes bemerken, und sei es noch so geringfügig, so müssen sie darüber sofort an einen „Aufseher" berichten. Die drei genannten Gruppen von Ueberwachungsorganen haben überdies die Pflicht, auch einander zu beobachten, so daß die Soldaten die Gendarmen kontroliren u. s. w. Damit aber nicht auf die Dauer ein Einverständniß zwischen den gegenseitigen Spionen eintrete, werden die Personen ungemein häufig gewechselt. So häufig, daß sie kaum je Zeit haben, miteinander oder mit den Zellenbewohnern besser bekannt zu werden. 1881 wurden die Soldaten jede Stunde abgelöst, die Aufseher jeden Tag, so daß z. B. jeder Aufseher nur einmal in mehr als drei Wochen in einen und denselben Korridor kam.

Einmal im Monat wird jeder Gefangene in das zur Bastei gehörige Badehäuschen gebracht, wo ihn während seiner Reinigung zwei Gendarmen bewachen. Etwa ebenso oft erscheint ein Barbier in den Zellen, um das Schneiden des Haares und der Nägel zu besorgen. Scheeren werden den Häftlingen unter keinen Umständen anvertraut; selbst wenn eine weibliche Gefangene ausnahmsweise etwas nähen darf, muß sie jedesmal, wenn es etwas zu schneiden giebt, den Stoff dem Wärter zum Abschneiden hinhalten. Eine andere seltene Unterbrechung der Eintönigkeit des Kerkerlebens besteht in den Besuchen von Verwandten. Jeden Monat einmal darf ein naher Verwandter jedes Gefangenen — Vater, Mutter, Bruder, Schwester, Tochter, Sohn, Gattin, Gatte — sich vom Minister des Innern oder vom Polizeimeister die Erlaubniß zum Besuch der Festung erbitten; wer sie erhält, muß am Festungsthor in einen verschlossenen Wagen steigen, um von einer Wache in das Sprechzimmer gebracht zu werden. Hier sehen sich die Leute aber in solcher Entfernung von einander, unter so grausam strenger Ueberwachung und Vergitterung, unter so erschwerenden Vorschriften und Bedingungen, daß die erhoffte Wohlthat zum Gegentheil wird und das ersehnte Glück sich in erhöhte Aufregung wandelt. Viele Häftlinge ziehen es schließlich vor, gänzlich auf die Besuche ihrer Verwandten zu verzichten, denn bestenfalls können einige leere Phrasen ausgetauscht werden, die werthlos sind.

Eine zwar kurze, aber immerhin hochwillkommene Abwechslung bildet der tägliche „Spaziergang" (?!), der nie länger dauert als eine Viertelstunde, meist blos zehn Minuten, weil stets nur ein einziger Gefangener in dem kleinen, engen, hohen Hofraum anwesend sein darf und jederzeit eine größere Anzahl solcher sich in der Bastei befindet. Die Begleitung zweier Gendarmen ist zwar nicht gerade angenehm, auch kann außer diesen und dem Firmament nichts gesehen werden als — im Sommer — einige kleine Sträucher,

und nichts gehört als hie und da der Pfiff eines Newadampfers oder das Gezwitscher eines Vogels; aber das ist jedenfalls besser als nichts, und überdies weht der Wind zuweilen ein duftiges Lüftchen aus dem nahen Boulevardpark herbei, dessen ich Eingangs Erwähnung gethan. Vor dem Spaziergang muß der Sträfling seine bei der Einlieferung getragenen eigenen Kleider anlegen, damit die Kerkertracht in seiner Abwesenheit, gleich der Zelle, nach verbotenen Gegenständen abgesucht werden könne. Nach der „Promenade" legt er wieder die „Uniform" an und nun kommt die Reihe untersucht zu werden, an seine alten Kleider.

Aber alle Wachsamkeit genügt nicht zur vollständigen Verhütung jeder Verbindung der Gefangenen miteinander. Die furchtbare Stille, auf die im Gebäude gehalten wird, hat den Zweck, jeden einzelnen „Politischen" möglichst zu isoliren. Laute Schritte, lautes Sprechen und jedes andere willkürliche Geräusch könnte, wenn gestattet, zu einer geheimen Sprache mißbraucht werden; darum wird eben keinerlei Geräusch erlaubt. Nicht einmal mit sich selbst darf der Unglückliche anders als im Flüsterton reden; hört der Wärter seine Stimme, so verbietet er ihm unverzüglich und unter Androhung von Strafe das Sprechen. Im großen Ganzen ist das schreckliche System denn auch recht wirksam. Allein nicht völlig wirksam, wie gesagt. Noth macht erfinderisch und da selbst in der Peterpaulsfestung wenigstens das Denken erlaubt ist, benutzen die unbeschäftigten Zellenbewohner einen Theil ihrer Zeit zum Aushecken von Mittelchen, einander unbemerkt Nachrichten zukommen zu lassen. Ueber diesen Punkt weiter unten Näheres. Einen großen Werth dürften die ins Blaue hinein gemachten Mittheilungen trotz ihrer Heimlichkeit in der Regel nicht haben, aber manchmal sind sie schon von hohem Interesse gewesen und in allen Fällen bilden sie eine Abwechslung in der Eintönigkeit des Kerkerlebens und bieten Stoff zum Nachdenken.

Was die aus der Kerkerbibliothek entliehenen Bücher betrifft, so besteht diese Sammlung aus den — natürlich zensurirten — Werken, die die Häftlinge der letzten zwei Jahrzehnte entweder gekauft oder geschickt bekommen haben und die sie beim Verlassen der Festung nicht wieder haben mitnehmen dürfen. Manchen „Politischen" leiht man zeitweilig auf einige Stunden Feder, Tinte und Papierhefte, die nachher auf ihre Unversehrtheit geprüft werden, damit nicht etwa Stückchen oder Blätter ausgerissen und zu unerlaubten Zwecken benutzt werden.

Viele „Verbrecher" aber müssen jahrelang ohne jede Beschäftigung dahinvegetiren; sie dürfen nicht nur nicht lesen und schreiben, sondern überhaupt nichts thun, und Manchem wird ohne Umstände sogar das jedem Häftling zustehende Recht entzogen, dem Rathsprokurator Beschwerdebriefe zu schreiben. Ein junger Arzt, dem die Langeweile unerträglich zu werden anfing, begann aus Resten seiner Brotration Figuren zu modeln, um sich die Zeit zu vertreiben; aber auch das wurde ihm trotz der Harmlosigkeit sofort verboten, nachdem der Wärter es durch den „Judas" wahrgenommen hatte. Die Beschäftigungslosigkeit im Verein mit der Todtenstille brachten den armen Doktor fast zur Verzweiflung. Mit den Fingern zu trommeln, wagte er nicht; seine Filzschuhe gaben beim Gehen nicht das leiseste Geräusch von sich; und seine eigene Stimme hatte er so lange nicht gehört, daß er sich manchmal die Frage vorlegte, ob er überhaupt noch eine Stimme habe. Um über den letzten Punkt Klarheit zu erlangen, hockte er sich eines Tages in den von der Thüre entferntesten Winkel der Zelle nieder, kehrte der ersteren den Rücken zu und begann mit sich selbst zu sprechen; der durch den „Judas" guckende Wärter bemerkte es jedoch bald und öffnete die Thüre, um ihm mitzutheilen, daß jedes von außen hörbare Selbstgespräch verboten sei und im Wiederholungsfalle mit Dunkelhaft bestraft werde. Nach diesem Zwischenfalle

blieb der junge Arzt sehr lange schweigsam; aber allmälig setzte er sich das Vorhaben in den Kopf, Lärm zu machen, theils um sich zu zerstreuen, theils um sich von der Unversehrtheit seiner Stimmbänder zu überzeugen. Um seinen Willen ungestraft durchsetzen zu können, erheuchelte er einen Schlucksen-(Schlucken-) Anfall. Der Schließer forderte ihn auf, das Geräusch einzustellen, erhielt jedoch zur Antwort, das Schlucksen sei eine krampfartige Reizung des Zwerchfells und des Luftröhrenspaltes und lasse sich nicht nach Belieben unterbrechen; wolle der Schließer, daß es aufhöre, so möge er ihm vom Festungsarzt ein Heilmittel verschaffen. Während der Mann zum Arzt ging, um dieses zu holen, fuhr Dr. M. fort, möglichst laut zu schlucksen, was ihm trotz der Anstrengung großes Vergnügen bereitete. Da ihm die List vollkommen gelang, machte er aus seinem Schlucksen ein chronisches Leiden, welches jeden zweiten Tag so akut wurde, daß es allen Heilmitteln widerstand. Als Dr. M. mir einige Jahre später in Sibirien die Geschichte von seinen Schlucksenanfällen erzählte, sprach ich die Vermuthung aus, daß die Krankheit mit seiner Entfernung aus der Festung verschwunden sein dürfte. „O nein!“ antwortete seine Frau. „Noch jetzt schluckst er viertelstundenlang, so oft er sich langweilt; nur thut er es jetzt unwillkürlich, — er hat sich also ein wirkliches Leiden angewöhnt.“

Physisches Elend — schlechte Luft, mangelhafte Ernährung, Kälte und Feuchtigkeit — sind nach der Aussage zahlreicher Insassen von „Petropawlowsk“ viel leichter zu ertragen, als die geistige Folter absoluter Beschäftigungslosigkeit im Verein mit ewiger Stille und vollkommener Einsamkeit. Es ist wahrlich kein Wunder, wenn so manche besonders streng gehaltenen „Gefährlichen“ nach vieljähriger Einzelhaft in den Kasematten der Trubetzkoi-Bastei entweder wahnsinnig oder blöde geworden sind oder sich durch Selbstaushungerung oder Anrennen des Kopfes gegen die Wand das Leben genommen haben.

Ich erinnere den Leser daran, daß die Männer und Weiber, die jahrelang in den Einzelzellen der Trubetzkoi-Bastei schmachteten, Leute sind, die noch keine gerichtliche Verurtheilung erfahren haben. Es handelt sich da durchaus nicht um überführte Verbrecher, sondern, wie schon betont, um Untersuchungshäftlinge — juristisch und moralisch vorläufig unschuldige Personen. Diese bleiben ungebührlich lange des Rechtes, behufs Rechtfertigung verhört zu werden, beraubt und werden inzwischen durchaus wie verurtheilte Sträflinge behandelt. Daß ein sehr großer Theil unter ihnen wirklich unschuldig ist, geben die Behörden in ihren amtlichen Mittheilungen offen zu; so z. B. konnten von mehr als tausend Menschen, die wegen vermeintlicher Betheiligung an der „revolutionären Propaganda von 1872 bis 1875“ verhaftet wurden, nur 193 vor Gericht gestellt werden und selbst von diesen mußten die von der Regierung ernannten Richter noch 90 freisprechen, so daß in diesem besonderen Falle neun Zehntel aller Häftlinge vollkommen unschuldig waren und dennoch sechs Monate bis drei Jahre hindurch die strengste Einzelhaft — eine sehr schwere Strafe fürwahr! — erlitten hatten. Welch' grausame Ungerechtigkeit! Ist es zum Verwundern, daß sich der so hart Betroffenen die höchste Erbitterung gegen das schuldtragende Regierungssystem bemächtigte? Fast jeder der neunzig Häftlinge, die von jeglicher Gesetzesverletzung freigesprochen wurden, und denen jede gerichtliche Genugthuung oder Entschuldigung verwehrt blieb, schloß sich der Umsturzpartei an. In gleicher Weise wurden Tausende, die oder deren Angehörige ohne alles Verschulden lange im Kerker schmachteten, nachträglich zu Revolutionären. Solchergestalt arbeitet die Regierung, statt die Saat des Aufruhrs zu zerstören, dem letzteren geradezu vor.

(Schluß folgt.)

Rundherum.

Von Eduard Bernstein.

In der Abwechslung liegt der Reiz. Dies mag es rechtfertigen, wenn wir uns heute einmal, statt mit einem bürgerlichen, mit einem sozialistischen Sozialistentödter beschäftigen.

Der Ausdruck „sozialistischer Sozialistentödter" ist vielleicht nicht gut gewählt, aber wir müssen gestehen, daß wir keine Bezeichnung zur Hand haben, die besser auf Herrn S. Merlino paßte, der sich seit einiger Zeit in der zu Brüssel erscheinenden Revue „La Société Nouvelle" dem lobenswerthen Geschäft hingiebt, den Sozialismus mausetodt zu schlagen.

Allerdings nicht den Sozialismus schlechtweg, sondern nur eine bestimmte Abart, sagen wir einen Auswuchs desselben. Es ist der mißrathene Sozialismus, auf den Herr Merlino losschlägt, der Sozialismus der deutschen Sozialdemokratie, der marxistische Sozialismus. Von allen Uebeln der Gegenwart ist dieser das größte und muß ausgerottet werden mit Stumpf und Stiel. Erstens wegen seiner angeborenen Schlechtigkeit und zweitens, damit sich der gute Sozialismus, der Sozialismus, den Herr Merlino meint, in seiner vollen Leistungsfähigkeit frei entfalten kann.

Wie dieser gute Sozialismus beschaffen ist, läßt sich nicht so ohne Weiteres beschreiben. Wir wissen zwar, daß er nebenbei die Bezeichnung „anarchistisch" führt, aber das ist seit der Erfindung des siedenden Eises — wir meinen des kommunistischen Anarchismus — ein Begriff geworden, bei dem man höchstens allenfalls noch weiß, was er nicht bedeutet. Aber auch das nicht einmal mit unbedingter Sicherheit. Wir hatten z. B. oben erst die Absicht, statt „sozialistischer" antibürgerlicher Sozialistentödter zu schreiben. Aber wie sich weiterhin noch zeigen wird, ist es mit den antibürgerlichen Bestrebungen des Herrn Merlino ein ziemlich zweifelhaftes Ding. Darum wählen wir lieber das Wort sozialistisch, denn — „Sozialisten sind wir ja heute alle."

Der neueste sozialistentödterische Artikel des Herrn Merlino betitelt sich „Die Marx'sche Lehre und das neue Programm der deutschen Sozialdemokraten." Unter dem Letzteren ist der Programm-Entwurf zu verstehen, der Anfang Juli vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie den Genossen zur Diskussion vorgelegt worden war. Statt den Verlauf dieser Diskussion abzuwarten, hat sich Herr Merlino sofort hergemacht und den Entwurf als fertiges Programm abgehandelt. Ein etwas vorschnelles Verfahren, aber wir wollen es ihm nicht weiter übel nehmen. Der gute Zweck mag die übergroße Eile entschuldigen, und außerdem hat der Erfurter Kongreß zwar dem neuen Programm eine andere Fassung gegeben, aber dieselbe unterscheidet sich in keinem der Punkte, welche die Kritik des Herrn Merlino herausgefordert haben, von der des ursprünglichen Entwurfes. Herr Merlino hat nicht nur diesen, er hat auch das in Erfurt beschlossene Programm der Partei todtgeschlagen.

Das möchte nun an und für sich vielleicht noch nicht als genügender Grund erscheinen, die Leser der „Neuen Zeit" mit seinem Artikel bekannt zu machen, denn wesentlich Neues bringt auch er nicht zu Tage. Immerhin ist die Methode der Angriffsweise des Herrn Merlino eine andere, als man sie von dieser Seite bisher gewohnt war. Herr Merlino ist ein Mann, der sich nicht mit dem Herplappern abgestandener Redensarten begnügt. Er geht etwas mehr auf die that-

sächlichen Verhältnisse ein, und das ist immerhin ein Fortschritt. Ob er jedoch damit seiner Sache, d. h. dem Beweis, daß extra anarchiam nulla salus, einen wirklichen Dienst leistet, ist freilich eine andere Frage.

* * *

Herr Merlino beginnt mit dem melancholischen Geständniß, der heutige Sozialismus sei unbestreitbar seinem Wesen und seinem Ursprung nach deutsch. In England, Frankreich, Deutschland, Italien stünden Schüler von Marx mehr oder minder an der Spitze der sozialdemokratischen Bewegung. Hier und da begegne man zwar irgend einem unabhängig gesinnten Sozialdemokraten, der es ablehne auf die Worte des Meisters zu schwören, so habe z. B. der Dr. Georg Adler eine interessante Studie über das „Kapital“ geschrieben, in der er Marx mit Bezug auf die Frage der Arbeitsgesetzgebung des Widerspruchs zeihe, aber dieser gute Sozialdemokrat „à l'ésprit investigateur“ Adler sei doch vielleicht nicht ganz in den Geist des Marx'schen Systems eingedrungen, sonst würde er herausgefunden haben, daß der Widerspruch im System selbst liege, Fleisch von seinem Fleisch sei. Auf der anderen Seite hätten Benoit Malon und seine Mitarbeiter an der „Revue socialiste“ lange und, wenn auch nicht von einer Dosis Chauvinismus freie, so doch im Grunde zutreffende Artikel gegen den „engherzigen, einseitigen, simplistischen“ Charakter der Marx'schen Doktrin geschrieben, aber leider nicht die Konsequenzen ihrer Ausführungen gezogen. Auch Domela Nieuwenhuis scheint Herrn Merlino „den engen Zusammenhang zwischen den Prinzipien und der Taktik der deutschen Sozialdemokratie“ nicht recht zu erfassen, und selbst die Berliner „Jungen,“ diese Hoffnung aller Gegner der deutschen Sozialdemokratie, fühlen zwar instinktiv, in welchen Abgrund von Reaktion und Enttäuschung die marxistischen Führer das deutsche Proletariat leiten, aber sie wissen ihren Gegnern nichts entgegenzuhalten, als die Theorien des „Kapitals“ selbst.

Man sieht, es ist eine schlimme Welt, und es ist dringend geboten, daß der Retter erscheint, der dem „engherzigen, einseitigen und simplistischen“ Marx'schen System den Stoß ins Herz ertheilt. Samiel erscheine!

Zunächst, was ist der große Widerspruch bei Marx? Daß er, erklärt Herr Merlino, zwar gelehrt hat, daß ohne die Beseitigung des kapitalistischen Systems und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel keine allgemeine und durchgreifende Verbesserung des Looses der Arbeiter möglich sei, aber, wenn auch zweifelsohne etwas widerwillig, zugleich die Arbeitsgesetzgebung und den Parlamentarismus — soll heißen, die parlamentarische Aktion — befürwortet habe. Dieser Widerspruch sei indeß sozusagen ein „organischer“ Bestandtheil seines Systems.

Herr Merlino weiß uns auch zu sagen, wieso Marx zu diesem „organischen Fehler“ gekommen. Er hat — wie schade — „der Prozedur, den Einzelheiten, den kleinsten Einzelheiten und „Kniffen“ der kapitalistischen Ausbeutung eine zu große Bedeutung beigelegt.“

„Wie mir ein Ex-Marxist richtig bemerkte, ist der Eindruck, den man aus der Lektüre des „Kapitals“ gewinnt, der, daß Alles auf den „Arbeitstag“ hinausläuft; woher sich die Konsequenz ergiebt, daß, wenn man ein Mittel gegen die Verlängerung des Arbeitstages und gegen die anderen Auskünfte finden könnte, zu denen der Kapitalist behufs Erlangung des „Mehrwerths“ seine Zuflucht nimmt, die soziale Frage mindestens zur Hälfte gelöst wäre.“

Wenn der Nachsatz auch von dem „Ex-Marxist“ herrührt, dann muß der Mann ein Humorist ersten Ranges sein; in dem Arbeitstag *und* „den anderen

[A]uskünften" steckt bekanntlich in der That „mindestens die Hälfte der sozialen [F]rage." Den Vordersatz allein aber kann nur jemand aussprechen, der nicht [e]inmal die Kapitelüberschriften des „Kapitals" gelesen, geschweige denn das [B]uch selbst.

Immerhin hat Herr Merlino recht, daß „die Arbeitsgesetzgebung dem Wesen [d]er marxistischen Doktrin entspringt," womit freilich noch wenig genug gesagt ist. [E]r will uns ja beweisen, daß sie ein organischer „Fehler" derselben sei.

Folgen wir ihm in seinen Darlegungen weiter.

Das Nächste, was er uns auftischt, ist eine Darstellung der Ausführungen [i]m „Kapital" über den Kauf und Verkauf der Waare Arbeitskraft. Marx weist [b]ekanntlich dort nach, daß auch, wenn bei dieser Transaktion alle die schönen [D]inge erfüllt sind, die der „Freihändler vulgaris" als die Garantien des freien [W]aarenaustausches preist, der Arbeiter doch der Geprellte bleibt. Herr Merlino [a]ber erzählt uns, daß Marx diesen Verkauf „frei, gleich und gerecht" findet, [w]eil er nach den Gesetzen des Waarenaustausches erfolge. Wüßten wir nicht [a]us alter Erfahrung, daß dem Anarchisten aus Ueberzeugung jeglicher Sinn für [H]umor mangelt, so müßten wir den braven Merlino hier der Fälschung zeihen. [E]r führt unmittelbar hintereinander zwei Stellen aus Marx an als bezeichnend [f]ür dessen Ansichten, während sie bei Marx nichts sind als Persiflage der [A]rgumentation der bürgerlichen Oekonomie. Gerade da, wo Marx sich am [m]eisten über die Freihändlerillusionen moquirt, sieht Herr Merlino den bittersten [E]rnst, die absoluteste Anerkennung der Freihandelsphrasen. Es fehlt nicht viel, [u]nd er erzählte uns, für Marx sei der Arbeitsmarkt in der heutigen Gesellschaft [d]ie Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit. „Würde man einen solchen [A]usspruch im Munde von Marx für möglich halten?" ruft er pathetisch aus, [i]ndem er eine Stelle im „Kapital" zitirt, wo es heißt, wenn die vom Kapitalisten [e]ingekaufte Arbeitskraft einen doppelt so großen Werth schafft als sie ihm gekostet, [s]o sei das „ein besonderes Glück für den Käufer (den Kapitalisten), aber durch[a]us kein Unrecht gegen den Verkäufer (den Arbeiter)." Es ist ihm absolut [e]ntgangen, daß Marx an jener Stelle das vorher schon ironisirte Räsonnement [d]es Kapitalisten einfach fortsetzt. Hätte er noch eine Seite weiter gelesen, so [w]ürde er noch einen schöneren Anlaß zur Entrüstung gefunden haben. Da heißt [e]s sogar, so lange der Arbeiter dem Kapitalisten seine Arbeitskraft nach den [G]esetzen des Waarenaustausches verkaufe, sei „alles zum Besten bestellt in dieser [b]esten aller möglichen Welten" (siehe „Kapital," 1. Bd., 2. Aufl., S. 183). [E]s kommt eben nur darauf an, wie Einer liest.

Hinterher ist übrigens Herr Merlino doch so freundlich, wenigstens die Möglichkeit zuzugeben, daß Marx nur „seiner These zu Liebe" angenommen habe, daß der Austausch (der Waare Arbeitskraft) „so gerecht, so gleich und so frei" [v]or sich gehe, selbst aber überzeugt sei, daß in Wirklichkeit die Dinge sich viel schlimmer abspielen. Indeß das nun bereits angerichtete Unheil werde dadurch [n]icht wieder gut gemacht. Marx' „falsche Annahme . . . stellt uns den Kapitalisten als den großen Moloch hin, der für sich allein alle Früchte der Arbeit und des Schweißes der Arbeiter aufsaugt." Dagegen marschiren bei Herrn Merlino auf „der (Grund-)Besitzer, der Kaufmann, der Bureaukrat, die sich hinter dem Kapitalisten verbergen."

„Wir kennen die Weise, wir kennen den Text" — der Umstand, daß die [H]erren nur blättern, aber nicht lesen wollen, ist ihr Rechtstitel, kraft dessen sie [e]inen der scharfsinnigsten Denker des Jahrhunderts für einen frère ignorantin [e]rklären.

Indeß wollen wir die Leser nicht mit oft Wiederholtem langweilen, und verzichten daher darauf, Marx gegen Vorwürfe in Schutz zu nehmen, die, man kann sagen, auf jeder Seite des „Kapitals“ ihre Widerlegung finden.

Weshalb aber überhaupt der Vorwurf, daß Marx nicht gesehen, was jeder Abc-Schütze der politischen Oekonomie sieht? Hören wir Herrn Merlino weiter: „Die Wahrheit ist, daß (Grund-)Eigenthum*), Handel, Regierung — das heißt Rente, Wucher und Steuern — und andere verwandte Einrichtungen einen großen und verderblichen Einfluß auf den Arbeitskontrakt selbst und die Austausche im Allgemeinen ausüben. Dieser Einflüsse wegen ist der Arbeitskontrakt niemals gerecht, ist kein Austausch gerecht, sondern giebt es, entgegen der Marx'schen Doktrin, bei jedem Tausch eine Partei, die gewinnt, während die andere verliert.“

Einmal die Richtigkeit dieser Behauptung zugegeben, so würden wir also, wenn Grundeigenthum, Zwischenhandel, Staat und Verwandtes abgeschafft sind, endlich die Möglichkeit eines durchaus gerechten Austausches haben. Was ist ein gerechter Austausch? Daß jeder Werth für einen völlig gleichen Werth ausgetauscht wird. Was heißt gleicher Werth? Nicht individuell, sondern gesellschaftlich Gleichwerthiges. Wonach bemißt sich der gesellschaftliche Werth einer Sache? Nach den gesellschaftlichen Herstellungskosten, das heißt, der gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit, die erforderlich ist, einen Gegenstand in normaler Güte herzustellen. Da blos Grundeigenthum, Handel und Staat 2c. abgeschafft sind, so haben wir noch immer Kapitalisten und Arbeiter, die mit einander kontrahiren. Wie wird der gerechte Arbeitskontrakt aussehen?

Der Kapitalist sagt zum Arbeiter: „Du, komm' einmal her, willst Du mir Deine Arbeitskraft verkaufen?“ „Warum nicht,“ antwortet der Arbeiter, „aber nur zu ihrem vollen Werth.“ „Den sollst Du haben, Freund,“ giebt der Andere zurück. „Siehst Du, jetzt haben wir den Staat abgeschafft, Du brauchst weder direkt noch indirekt Steuern zu zahlen, kein Grundbesitzer verlangt heute Rente, kein Kaufmann vertheuert Deine Lebensbedürfnisse. Die Erhaltung Deiner Arbeitskraft kostet viel weniger als in der, jetzt glücklicherweise hinter uns liegenden Zeit, Du kannst sie mir also, sagen wir um 50 Prozent billiger verkaufen, das ist heute ihr gesellschaftlicher Werth.“

„Oho,“ ruft Herr Merlino dazwischen, „so haben wir nicht gewettet. Wenn kein Staat den Kapitalisten schützt, so wird der Arbeiter denselben schon nöthigen, ihm mehr zu zahlen, als blos die gesellschaftlich nothwendigen Unterhaltskosten.“

Warum, Herr Merlino? Etwa weil die Arbeitskraft dem Kapitalisten mehr einbringt, als ihre Erhaltung kostet? Aber werther Herr, es handelt sich hier nicht um den Gebrauchswerth, den die Arbeitskraft für den Kapitalisten hat, sondern um ihren gesellschaftlichen Tauschwerth. „Gleicher Austausch“ auf Grundlage der Gebrauchswerthe ist ein Unding, sonst müßte das Brot theurer sein als eine Marmorstatue, das Pfund Fleisch theurer als ein Bild von dem ersten aller Maler, denn bevor der Mensch Kunst genießen kann, muß er seine leiblichen Bedürfnisse befriedigen. Gerechter Austausch heißt Austausch genau nach dem Tauschwerth.

Mit anderen Worten, wir stehen nun erst vor dem Problem: wird der Arbeiter ausgebeutet, auch wenn er den genauen Tauschwerth seiner Arbeitskraft erhält? Daß der Arbeiter in der Lage ist, mehr als diesen zu verlangen und

---

*) Wie beim Meister Proudhon ist auch bei Herrn Merlino das Grundeigenthum la propriété schlechtweg.

urchzusetzen, hat mit dem „gerechten Austausch“ absolut nichts zu thun, sondern it eine Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Diese können auf die eweilige Gestaltung des Austausches zurückwirken, aber die durch sie bewirkten Veränderungen beweisen nichts in Bezug auf den Kernpunkt der Frage. Wenn er Arbeiter mehr für seine Arbeitskraft erhält als den Tauschwerth derselben — nd das kommt hier und da auch heute vor — so ist das gewiß sehr schön und hm zu gönnen, und entspricht jedenfalls unseren Gerechtigkeitsbegriffen, aber diese Gerechtigkeit und der „gerechte Austausch“ sind zwei ganz verschiedene Dinge. Der letztere ist das Ideal des Bourgeois, und Marx hat nachgewiesen, daß, elbst dieses Ideal vorausgesetzt, der Arbeiter der Geprellte ist. Nach Herrn Merlino ist der größte Vorwurf, den man der Bourgeoisgesellschaft machen kann, ier, daß sie das Bourgeoisideal, den gleichen Austausch, nicht in seiner ganzen Reinheit verwirklicht.

Und damit sind wir dem organischen „Fehler“ bei Marx auf die Spur gekommen. Statt das Ding „bürgerliche Gesellschaft“ bis auf die Wurzel zu untersuchen, hätte er hübsch an der Oberfläche bleiben sollen; statt zunächst zu erforschen, wie der bürgerliche Reichthum produzirt wird, hätte er sich damit begnügen sollen, über seine ungerechte Vertheilung zu deklamiren. Beim Analysiren des Kerns der Frage ist nichts zu holen, aber „rund herum“ ist schöne grüne Weide — liegen die fettesten Gemeinplätze.

„Einmal die Ungleichheit des Besitzes gegeben,“ schreibt Herr Merlino, „und die wucherische Verleihung der Arbeitsinstrumente in der Gesellschaft, die Ausbeutung des Arbeiters, waren unvermeidlich. Gewisse Umstände, die sich nach der Entdeckung der Neuen Welt eingestellt, wie die Zunahme des Metallgeldes, die Ausdehnung des Handels, die Vermehrung der Verkehrswege und Verkehrsmittel, die Fortschritte des Maschinenwesens 2c. mögen nach dem sechzehnten Jahrhundert diese Ausbeutung im heutigen kapitalistischen System entwickelt haben. Aber man würde fehl gehen, wenn man annehmen wollte, daß ohne Grundeigenthum, Regierung und Handel, die vorher da waren, diese Umstände eine andere Wirkung gehabt hätten als die, das allgemeine Wohlsein der Menschheit zu steigern.“

Welch’ revolutionäre Wissenschaft!

* * *

Wenden wir uns nunmehr zur Merlino’schen Kritik des neuen Parteiprogramms.

„Vollständig in marxistischem Geiste gehalten, ignorirt dieses Programm gänzlich oder doch beinahe die Frage des Grundeigenthums, der verschiedenen Formen der kommerziellen und politischen Ausbeutung, ignorirt es alle großen Erscheinungen der modernen ökonomischen Welt, unter anderem das Schutzzollsystem und die industriellen Koalitionen. . . .“

Das fängt gut an, nicht wahr? Gleich im ersten Satz des Programmentwurfs ist von Grund und Boden die Rede, in jedem folgenden Satz wird wieder auf ihn hingewiesen, aber — das Programm „ignorirt“ die Frage des Grundeigenthums. Es verlangt ausdrücklich die Abschaffung aller Zölle — es „ignorirt“ das Schutzzollsystem. Dem Fiskalismus und den indirekten Abgaben wird der Krieg erklärt — es „ignorirt“ die politische Ausbeutung. Herr Merlino versteht sich in der That aufs Kritisiren.

Aber er meint ja nicht absolutes Ignoriren, er meint nur unzulängliche Berücksichtigung. „In einem Lande wie Deutschland,“ sagt er weiter, „wo der Feudalismus noch aufrecht steht . . . ist noch immer der Großgrundbesitz der

Feind, weil" — man höre — „auf der Basis des Großgrundbesitzes das ganze soziale Gebäude ruht, voran die Regierung, dann aber auch der Kapitalismus." „Das Schutzzollsystem, die industriellen Koalitionen, der Militarismus und die Bureaukratie leiten ihren Ursprung aus dem überwiegenden Einfluß des Großgrundbesitzes her, das heißt einer Aristokratie, welche die abgeschlossenste, kompakteste und ausschließlichste aller existirenden Aristokratien ist. . . ."

Es genügt, auf die Thatsache hinzuweisen, daß das Schutzzollsystem, das bekanntlich in Frankreich, in Rußland und den Vereinigten Staaten nicht weniger ausgebildet ist, wie im heutigen Deutschland, in diesem auf Betreiben der industriellen Kapitalisten inaugurirt wurde, während die Großgrundbesitzer ursprünglich nichts davon wissen wollten, und weiter auf die Thatsache, daß die größten industriellen Koalitionen, der Eisenring und der Kohlenring, mit dem Großgrundbesitz so viel zu thun haben, wie der Wolf mit dem Geier, um die ganze Hohlheit der Behauptungen bloszulegen, die uns Herr Merlino hier auftischt. Den übergroßen Einfluß, den der Großgrundbesitz unter dem System Bismarck auf die Gesetzgebung erlangt und unter dem „neuen Kurs" noch immer in Händen hat, verhehlt sich die deutsche Sozialdemokratie durchaus nicht, aber sie ist nicht so abgeschmackt, darum in ihm, statt einen, nur noch „den" Feind zu erblicken und ihre Angriffe ausschließlich auf ihn zu richten, das heißt, die bloßen Handlanger der bürgerlichen Parteien zu bilden.

Aber nicht nur, daß die deutsche Sozialdemokratie dem großen Grundbesitz nicht genügend Beachtung schenkt, sie ist überhaupt unfähig, ihn zu bekämpfen.

„Es ist klar," schreibt Herr Merlino, „daß weder die Kritik des Kapitals" — diese scheint ein besonderes Verbrechen zu sein — „noch die Arbeitsgesetzgebung, noch überhaupt die Taktik der Sozialdemokratie geeignete Waffen sind, diesen Zustand der Dinge zu bekämpfen." Beweis: „Bei den letzten allgemeinen Wahlen hatten die Sozialdemokraten in den östlichen Provinzen Preußens, wo gerade der Großgrundbesitz herrscht, keine Stimmen." Bekanntlich hat gerade bei den letzten Wahlen die Sozialdemokratie selbst in diesen Kreisen Stimmen erhalten, zur großen Verblüffung der Herren Großgrundbesitzer. Immerhin waren es nicht allzuviel, geben wir also die Thatsache zu und hören wir die Gründe, die nach Herrn Merlino dafür maßgebend waren. Diese sind nicht etwa in der Isolirung und scharfen Bevormundung der ländlichen Arbeiter zu suchen, nein, sie sind ganz anderer Natur.

1. Der Bauer „haßt" die Politik; er „haßt die Abstraktionen, die Fiktionen, die Verantwortungslosigkeiten des Repräsentativsystems." Wenn er zwischen den Gewalten zu wählen hat, so zieht er die des — Großgrundbesitzers vor. Punktum. Wer's nicht glaubt, der irrt sich.

2. Es besteht daher „ein thatsächlicher Konflikt" zwischen der Landbevölkerung und der Sozialdemokratie. „Die Freiheiten und politischen Rechte, die diese verlangt, vermehren das Joch der Abgaben und Dienste, die auf dem Rücken des Bauern lasten. Derselbe hat eine instinktive Furcht vor der Eroberung des Staates durch den vierten Stand, denn er würde natürlich der fünfte sein." Folgt eine allerliebste Geschichte aus dem Jahre 1848, wie der Bauer, der Pachtzins und Abgaben verweigerte, während die Arbeiter in den Städten Verfassungen ausheckten, der Revolution den Rücken kehrte, nachdem er gesehen, wem die Abschaffung der Zehnten und die übrigen Reformen zu Gute kamen, und als er „das Wählen bis an den Hals satt hatte."

Zugegeben, daß das alles wahr wäre, was würde daraus folgen? Daß die Arbeiter die größten Dummköpfe wären, wenn sie zur Bekämpfung der Großgrundbesitzer auch nur einen Finger rührten, denn sie würden bei dessen Leuten

nur des Teufels Dank ernten. Statt Eines Feindes hätten sie immer 50, 100, 200. Das Lied, das Herr Merlino singt, ist nur eine Umschreibung des Liedes des Herrn Schäffle vom „antikollektivistischen Bauernschädel.“ Er sieht auf dem Lande nur den stupiden, egoistischen, allen Interesses an den allgemeinen Angelegenheiten baren, den Zola'schen Bauer.

Zum Glück liegen die Dinge etwas anders. Zunächst sind Bauern und Bauern zweierlei, und dann weiß die Sozialdemokratie der wirklich ausgebeuteten Landbevölkerung etwas mehr zu bieten, als blos formale Freiheiten. Auch steht das Landvolk, wenngleich künstlich zurückgehalten, doch heute zum großen Theil bereits auf einem etwas höheren Niveau, als Herr Merlino meint. Wie der Großgrundbesitzer sich immer mehr in einen Industriellen umwandelt, so ändern auch seine Leute, mag er es wollen oder nicht, ihren Charakter. Sie streifen mit der Lebens- und Arbeitsweise des früheren Landarbeiters auch dessen besondere Chraktereigenschaften ab und werden immer mehr den Proletariern der städtischen Industrie gleich. Die Protektion, die der Staat den Landjunkern hat angedeihen lassen, hat eben auch ihre zwei Seiten.

Dieser triumphirende Hinweis auf die Engherzigkeit — man könnte sogar sagen, Nichtsnutzigkeit — des Bauern, wie er ihn versteht, ist nun aber auch Alles, was Herr Merlino zur Kritik des sozialdemokratischen Programms vorzubringen weiß. Was er sonst noch sagt, besteht im besten Falle im Einschlagen offener Thüren. Er zählt mit wichtigthuendem Eifer die Vergünstigungen auf, die der preußische Staat und das Reich in Form der Getreidezölle, Zucker- und Schnapssteuer den Großgrundbesitzern, und in Form sonstiger Zölle und Unterstützung der Kartelle den Großindustriellen zugeschanzt, und meint, hier und an den Börsen- und Gründergewinnen*) ersehe man aufs Deutlichste, daß die Marx'sche Theorie absolut ungenügend sei. Alle diese fetten Profite seien nicht aus dem Ueberschuß des Produktionsertrages über die Unterhaltskosten der Arbeiter gekommen, „sondern direkt aus der vom Staat auf seine Bürger ausgeübten Erpressung — mit einem Wort, aus der Steuer.“

Und Amerika ist zum hundertsoundsovielsten Male entdeckt. Glücklich über seinen Fund stellt Herr Merlino das „Prinzip“ auf: je mehr die eigentliche kapitalistische Ausbeutung zusammenschrumpft, um so mehr wachsen die kommerzielle und politische Ausbeutung, die Spekulation, das Börsenspiel 2c., je geringer die Profite der Fabrikanten werden, um so mehr steigen die des Kaufmannes, des Bankiers, des Börsenjobbers. Und nun folgt, was zu beweisen war: „Es ist kindisch, durch kleine Gesetze, die die kapitalistische Ausbeutung reglementiren, die Lage der Arbeiter verbessern zu wollen, während die herrschende und besitzende Klasse mit Hilfe der Regierung, der Börse und anderer Vermittler mit täglich wachsender Gier und ebenso wachsendem Erfolg die Masse des Volkes brandschatzen.“

Gleich nach der vorerwähnten macht Herr Merlino noch eine zweite Entdeckung, die sich in Bezug auf Neuheit der ersten würdig an die Seite stellt. Er findet in den schlesischen Hörigkeitsablösungen „einen der schlagendsten Beweise für die Wichtigkeit, die in der Oekonomie die nicht ökonomischen Thatsachen, die sogenannten „Ausnahmen,“ wie das Gesetz, die Usurpation 2c. haben.“

Wirklich, Herr Merlino? Und damit bilden Sie sich ein, Marx widerlegt zu haben, der die Gewalt eine ökonomische Potenz genannt? Damit glauben Sie, der Sozialdemokratie den Stoß ins Herz versetzt zu haben?

*) Bei deren Schilderung er den Kapitalismus in Deutschland in der Gründerära der siebziger Jahre „debütiren“ läßt.

Wenn das Gesetz als Hebel der Ausbeutung der Massen des Volkes durch die Handvoll Reicher dienen konnte, warum soll es plötzlich Nichts, unwirksam sein, wenn es sich darum handelt, der Ausbeutung Einhalt zu thun? Ist das Gesetz nur mächtig, wenn es gegen die Massen, aber ohnmächtig, wenn es für sie in Bewegung gesetzt wird? Ist es eine ökonomische Potenz, wenn hinter ihm die Ausbeuter, aber eine Null, wenn hinter ihm die Massen der Ausgebeuteten stehen?

Um seinen Lesern diese Auffassung beizubringen, erzählt ihnen Herr Merlino, wie überall in den Provinzial- und Kreisausschüssen, den städtischen Vertretungen 2c. in Deutschland nur die herrschenden Klassen vertreten seien. Er sagt ihnen aber nicht, daß von dem Wahlrecht zu diesen Körperschaften die Arbeiter fast überall absolut ausgeschlossen sind. Im Gegentheil, er spricht z. B. in Bezug auf die Handelsstädte, von den „scheinbar liberalsten und demokratischsten Formen," in denen sie verwaltet werden. Das Dreiklassenwahlsystem und das Hausbesitzerprivilegium die demokratischste Form, da bleibt freilich nichts übrig als — den Staat abzuschaffen.

Das ist natürlich das Ende vom Liede. Der Staat ist „die Hauptursache des Elends und der Ausbeutung des Arbeiters," und „der Staat wird nicht durch Stimmzettel vernichtet werden." Man zertrümmere ihn also — ja, mit was denn gleich? Gleichviel, man zertrümmere ihn, und Alles wird vortrefflich gehen. Die eben noch impotenten Proletarier, die nicht im Stande waren, durch das Stimmrecht eine Vertretung ihrer Interessen durchzusetzen, werden nun plötzlich Riesenkräfte haben.

„Marx," schließt Herr Merlino, „hat wohl vorausgesehen, daß der Staat eines Tages sein Ende finden werde; aber er hat seine Abschaffung auf den Tag nach der Beseitigung des Kapitalismus verschoben, wie die Priester das Paradies nach dem Tode eintreten lassen."

Gut gesagt. Warum sollen nun wir aber nicht sagen:

Herr Merlino hat wohl eingesehen, daß der Kapitalismus eines Tages sein Ende finden werde; aber er hat seine Abschaffung auf den Tag nach der Beseitigung des Staates verschoben, wie die Priester das Paradies 2c. 2c.

Bei solchen Redensarten springt absolut nichts heraus. Besteht der Kapitalismus nur durch den Staat, und ist der Staat so mächtig und ein so unverbesserlicher Geschäftsträger des Kapitalismus, daß er die Bestrebungen der Arbeiter gegen denselben unter allen Umständen illusorisch macht, so ist es auch hoffnungslos, den Staat als solchen zu bekämpfen, die Arbeiter sind zu ewiger Knechtschaft verdammt. Wenn die Arbeiter den Staat nicht erobern, wenn sie ihn nicht einmal je daran verhindern können, aus ihrer Haut Riemen für eine Anzahl von Parasiten zu schneiden, dann werden sie noch viel weniger dazu kommen, ihn abzuschaffen.

Sieht man die Kritik des Herrn Merlino genauer an, so besteht sie aus nichts als einem Sammelsurium bürgerlicher Einwände gegen den Sozialismus. Weil der Sozialismus der deutschen Sozialdemokratie weder die bürgerlichen Vorurtheile noch die Illusionen des wohlmeinenden Bourgeois theilt, erscheint er ihm „engherzig, einseitig, simplistisch." Integral — allseitig — muß der Sozialismus sein, wie es die Schule Benoit Malon's lehrt. Allseitig — gewiß, es ist eine schöne Sache. Aber für eine Allseitigkeit, die darin besteht, daß man dem Kern der Sache möglichst aus dem Wege geht, bedanken wir uns schönstens. Die deutsche Sozialdemokratie marschirt geradezu und nicht — rund herum.

Aus dem Innungslager.

Berlin, 20. November.

Es herrscht augenblicklich, nach der vom Kaiser einberufenen Handwerkerkonferenz in Berlin, eine etwas weniger gedrückte Stimmung unter den Führern der deutschen Innungsbewegung.*)

Herr von Bötticher soll nach Herrn Nagler-München von „warmen und wohlwollenden Worten“ — freilich „bei einer anderen Gelegenheit als in den Sitzungen“ — übergeflossen sein; und vorher war von kaiserlicher Seite bereits die weitabliegende Vergangenheit des Handwerks als seine erstrebenswerthe Zukunft bezeichnet worden.

Aber, wie immer, mischen sich auch mancherlei trübe Erfahrungen in die Wahrnehmungen erfreulicherer Art. Nach demselben Herrn Buchbindermeister Nagler nahmen sonst in Berlin „die anwesenden Regierungsvertreter alles nur ad referendum, ohne ein weiteres Versprechen zu machen, als daß alle unsere Wünsche geprüft werden;“ es soll vom Regierungstische aus sogar ein Wort gefallen sein, „das, wenn es bekannt würde, wie ein Funken auf das Pulverfaß wirken könnte.“ Und dazu ist — was auf eine sehr kühle Theilnahme auch nach unten, in der Innungsgefolgschaft, schließen läßt — die Kriegskasse der Zünftler unter Null gesunken. „Wird uns doch schon bereits schwer, einen Aufruf zu erlassen, weil die Mittel fehlen. Das Jahr ist bald um und die Beiträge sind noch fast von keinem Einzigen entrichtet! Die Rechnungen und Forderungen laufen ein und müssen bezahlt werden. . . . . Wer uns in dem so nothwendigen, ehrlichen Kampfe um unsere Existenz nicht unterstützen will, ist ein Feigling und mag sich begraben lassen!“ — schreibt eben (Mitte November) Herr Möller-Dortmund in seiner Epistel „an alle Innungen und Handwerkerkorporationen, sowie an alle selbständigen Handwerker der Provinz Westfalen u. s. w.“**)

Dieses Hoffen und Harren ist immer das Loos der deutschen Zünftler gewesen, seitdem sie ihren Kampf gegen die Gewerbefreiheit und die Reichsgewerbeordnung begonnen. Sie immer in der Hoffnung zu erhalten, war das Bestreben aller politischen Kreise, die ihre Wahlstimmen auch ferner brauchten. Sie immer auf die Erfüllung der letzten Forderungen harren zu lassen, gebot sich dann ganz von selbst, da sonst die bitterste Enttäuschung über die Unwirksamkeit aller solcher Heilmittel rasch zum Durchbruch gekommen wäre. Seit 1881 hat man so in jeder Reichstagslegislaturperiode dem Handwerk einen Eßlöffel der Innungsmedizin eingegeben. Dem Kranken ist dabei nicht wohler geworden; aber so lange noch ein Tropfen in der Flasche ist, erwartet er von diesem die endliche Wendung zum Besseren.

Die neuere deutsche Innungsgesetzgebung begann sehr bescheiden. Sie suchte im Jahre 1881 die Innungen und Innungsgründungen dadurch zu unterstützen, daß den Zopfmeistern unter bestimmten Voraussetzungen ein stärkerer Einfluß auf die Lehrlingsverhältnisse des gesammten Gewerbes, auch außerhalb der zünftigen Kreise, versprochen wurde. Die „höhere Verwaltungsbehörde“

---

*) Vorliegender Artikel war verfaßt worden, bevor die Debatte über das Innungswesen im Reichstag stattgefunden. Die Redaktion.

**) Wir folgen in den Zitaten immer der „Allgemeinen Handwerkerzeitung,“ dem offiziellen Organ der deutschen Zünftler.

konnte den Innungen, „deren Thätigkeit auf dem Gebiet des Lehrlingswesens sich bewährt hat," das Recht einräumen, bindende Vorschriften über das Lehrlingswesen auch für Nicht-Innungsmeister zu erlassen und Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen (auf Anrufung seitens eines Theiles) auch dann zu entscheiden, „wenn der Arbeitgeber, obwohl er ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört." Daß durch dieses Recht, auch in die Streitigkeiten Anderer sich einzumischen und auch für Andere gewisse Ausbeutungspraktiken gegen jugendliche Arbeitskräfte obligatorisch zu machen, kein einziger Innungsmeister vom Untergang gerettet werden konnte, liegt auf der Hand.

Und so entschloß sich denn 1884 der Reichstag — mit drei Stimmen Majorität — ausschließlich Innungsmitgliedern das Recht der Lehrlingsausbeutung zuzugestehen, natürlich wieder, wenn die Aufsichtsbehörde die Innung als „bewährt" betrachtet und wenn die höhere Verwaltungsbehörde diesem Urtheil sich anschließt. Da jedoch an der Lehrlingsausbeutung kaum noch viel zu verschlimmern war, so konnte dieses Privileg der Innungen höchstens einige Kleinunternehmer mehr zum Beitritt anlocken. Für die Innungskasse war das vielleicht ein kleiner Vortheil; für den Geschäftsbetrieb des Einzelhandwerkers blieb alles beim Alten. Nur die Arbeiter hatten unnütze Scherereien und Erschwerungen in der freien Verwendung ihrer Arbeitskraft davon.

Wieder nach Ablauf einer Legislaturperiode erhielten die Innungen richtig ihren dritten Eßlöffel voll; aber auch dieser betraf mehr die Innungskasse und gewisse Innungseinrichtungen wie die Einzelunternehmungen und damit die ganze wirthschaftliche Existenz der Innungsmeister. Die Verwaltungsbehörde sollte nämlich nunmehr weiter bestimmen können, daß zum Arbeitsnachweis, zu den Herbergen, zu den Bildungseinrichtungen und den Schiedsgerichten der Innungen auch die außenstehenden Kleinhandwerker und ihre Gesellen beizusteuern hätten. Es ist dadurch manche üble Einwirkung der Innungen auf die Entwicklung des Arbeitsnachweises, der gewerblichen Rechtsprechung, des gewerblichen Bildungswesens zweifellos verstärkt worden; gerettet wurde jedoch auch dadurch sicherlich kein einziger Kleinmeister.

Damit trat vorläufig der Schluß dieser Gesetzgebung ein; auch Herr Miquel sprach 1887 die Hoffnung aus, daß das Erreichte „nicht der Anfang für die Wiederherstellung des Zunftwesens sein werde, sondern das Ende für die Gesetzgebung über das Innungswesen."

Er kannte die Innungsbrüder und ihre Freunde im Parlament schlecht. 1889 und 1890 brachten die Konservativen und Klerikalen, mit Unterstützung eines großen Theils der Freikonservativen, im Reichstage einen Antrag zur Annahme, der wirklich tief in den Geschäftsbetrieb der Sphäre der handwerksmäßigen Produktion eingreifen sollte. Wer sich selbständig machen wollte, mußte nach diesem Antrage mindestens drei Jahre Lehrling und mindestens drei Jahre Geselle oder Gehilfe in dem betreffenden Handwerk gewesen sein; er sollte das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und eine besondere Prüfung bestanden haben, sei es vor der Innung oder vor einer Kommission, auf welche der Innung ein maßgebender Einfluß zustehen sollte.

Der Bundesrath hat sich bisher zur Unterstützung eines solchen Gesetzentwurfes nicht entschließen können. Für die Meister jedoch ist dieser „Befähigungsnachweis," diese künstliche Einschränkung der Zahl der konkurrirenden Unternehmer, der Strohhalm geworden, an den sie sich krampfhafter denn je klammern. Die zögernde Haltung der Reichsregierung hat sie darum arg verdrossen und auch

an die Parteifraktionen, für die sie bei den Wahlen stimmten, haben sie manche Mahnung zu größerer Eile gerichtet.

So beschloß schon im Anfang dieses Jahres der Innungsausschuß in Frankfurt a. M., „die Reichstagsfraktion der Konservativen und des Zentrums zu ersuchen, folgende Interpellation im Reichstag zu stellen:

1. Welche Gründe hat der hohe Bundesrath, um den vom deutschen Reichstag in voriger Session angenommenen Beschluß auf Einführung des Befähigungsnachweises bis heute nicht zum Gesetz zu erheben?

2. Welche Stellung nimmt die Reichsregierung, bezw. das Reichskanzleramt zu diesem Beschlusse des deutschen Reichstages ein?"

Irren wir nicht, so entschloß sich der Zentralvorstand des Allgemeinen Deutschen Handwerkerbundes in München damals zu demselben Vorgehen.

Etwa gleichzeitig sandte der Ausschuß der Kölner Innungen ein langes Schriftstück an die Konservativen und das Zentrum im Reichstag, ebenfalls um schleunigstes Vorgehen durch eine Interpellation bittend. „Es muß verwunderlich erscheinen — hieß es in den Motiven dazu — daß dieser Beschluß des hohen Reichstages schon so lange der definitiven Erledigung im Bundesrathe harrt, obwohl doch eine ganze Anzahl anderer Gesetzvorlagen und Reichstagsbeschlüsse derselben Reichstagssession, denen Antragsteller keine höhere Wichtigkeit als den von uns bezeichneten, beilegen können, schon längst im Bundesrathe angenommen sind und Gesetzeskraft erlangt haben. Wir wollen nicht verhehlen, daß diese Thatsache einen äußerst ungünstigen Eindruck beim deutschen Handwerkerstande aller Orten hervorgerufen hat. . . . Wir brauchen einer verehrlichen . . . Fraktion nicht noch auseinander zu setzen, daß der Befähigungsnachweis das A und O aller Handwerker ist; ihn als Gesetz zu erhalten, ist seine erste Lebensfrage; alle anderen Reformen . . . rangiren für ihn in zweiter Reihe; nur der Befähigungsnachweis kann erst wieder frisches Blut, frische Kraft in die Adern des Handwerks gießen; daher diese jetzt vorhandene Spannung und Erwartung in den Handwerkskreisen. . . . . Wir wollen nicht verhehlen, daß ein Fallenlassen, ein Nichtgesetzwerden des Befähigungsnachweises von den allerschlimmsten Folgen begleitet sein wird. . . . Heute, wo es Noth thut, daß alle staatserhaltenden Kräfte sich verbinden, um die umstürzenden Pläne der Sozialdemokratie sowie diese selbst zu bekämpfen, wobei man gerade wesentlich auf die Mitwirkung des Handwerkerstandes zu rechnen hat — heute würde die Abweisung des Befähigungsnachweises auf den kleinen Handwerkerstand so deprimirend wirken, daß eine wirkliche Verbitterung bei demselben einreißt und er die Gegner der Staats- und Gesellschaftsordnung verstärken hilft. . . . Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß das freundliche Verhältniß zwischen Handwerkern und der . . . . Partei fortdauern werde und die handwerksfreundliche Thätigkeit der . . . . Partei sich gerade jetzt bei diesem höchst nothwendigen und wichtigen Schritte bethätige."

Von einer Rückäußerung der konservativen Fraktion ist nichts bekannt geworden, von einer Interpellation noch weniger. Die Auguren vom Zentrum versicherten mit tiefsinniger Miene, daß eine Interpellation im gegenwärtigen Augenblick nicht opportun sei, daß die Handwerker aber nach wie vor auf das Zentrum rechnen könnten.

Unterdeß ging aus dem Innungslager eine Fluth von kernigen Ausrufen in das Land hinaus. „Handelt es sich — poltert im Januar der Vorstand des Rheinischen Provinzialbundesamtes — um Steuern und Soldaten, dann heißt es: Gleiche Brüder, gleiche Kappen! Ja dann muß der Handwerkerstand im Vergleich zu anderen Ständen am meisten bluten, dann zählen also die Hand-

werker auch als Vollbürger. Handelt es sich aber um Recht und Gerechtigkeit gegenüber dem Handwerkerstand, dann sind die Handwerker Staatsbürger zweiter Klasse.... Sollte die unbegreiflich abwartende Haltung des Bundesraths den Einen oder Anderen mißmuthig machen, nun, dann erinnern wir daran, daß diese Haltung des Bundesraths uns doch auch den Beweis liefert, daß ihm die Ablehnung des Befähigungsnachweises ebenso schwer wird, wie die Annahme desselben, und das, so meinen wir, ist doch wieder sehr geeignet, uns mit Muth zu erfüllen und uns mit neuer Hoffnung der Zukunft entgegen sehen zu lassen! Jeder muß sich sagen: Das muß erreicht werden! und demgemäß aber auch mit aller Kraft die Sache unterstützen, dann werden wir es erreichen.... Möchten die Handwerker .... mit einem Jahresbeitrag von nur 40 Pfennigen unsere gute Sache unterstützen!" Und der Vorstand des Provinzial-Bundes-Amtes für Westfalen meint im Februar in einer Einladung zum Delegirtentage: „Sollen wir die ganzen Jahre umsonst für unser heiliges Recht gekämpft haben? Sollen wir uns ohne Sang und Klang begraben lassen?! Denn der Ruin des selbständigen Handwerks ist besiegelt, wenn es so weiter geht! Sollten wir alle Belastungen ruhig hinnehmen und nichts dazu sagen?! Wir glauben nicht, daß die Handwerker das wollen und am allerwenigsten der zähe Westfale. Ehe man uns begräbt, da schreien wir wenigstens noch einmal ... Kämpfen wir mit Gott und nur mit gesetzlich erlaubten Mitteln.... Um vorherige Einsendung der jährlichen Beiträge (pro Mitglied 40 Pfennige) wird dringend gebeten. Doch werden auch auf dem Delegirtentage Beiträge angenommen. Also kräftig an die Arbeit! Gott segne das ehrbare Handwerk!" Der westfälische Handwerkertag, auf den hier Bezug genommen ist, forderte denn auch „vor Allem die Einführung des Befähigungsnachweises" durch die Gesetzgebung.

Ueber die Ergebnisse der Berliner Handwerkerkonferenz, das Gegenstück zu der berühmten Schulkonferenz, ist bisher nicht allzuviel in die Oeffentlichkeit gedrungen. Den zwanzig Theilnehmern wurde zunächst Schweigen geboten, bis der offizielle Bericht dem Kaiser vorgelegt sei. Das ist geschehen, aber man erfährt trotzdem nichts Rechtes. Herr Faßhauer hat in Bonn auf dem sechsten rheinischen Handwerkertage, einiges mitgetheilt; besonders aber hat Herr Nagler-München auf dem zwölften Verbandstage des Bundes deutscher Buchbinderinnungen (in Bielefeld) und auf dem neunten allgemeinen bayerischen Handwerkertage (in Weiden, Ende Oktober) seine Erfahrungen und Hoffnungen des Breiteren dargelegt.

Herr Faßhauer-Köln versicherte: „Wir haben früher mit einem Faktor zu thun gehabt, der uns nicht Rede und Antwort stehen ließ. Die Männer, welche jetzt an der Spitze stehen, haben ein volles Herz für uns. Gewiß werden wir eine Verbesserung unserer Lage, sowie eine Verstärkung des Innungswesens bekommen. Ueber den Befähigungsnachweis hat die Konferenz den größten Theil der Zeit verbraucht. Der Ernst der Regierung bekundete sich darin, daß wir uns einen ganzen halben Tag über die österreichischen Verhältnisse unterhalten haben. Sehen wir mit Vertrauen in die Zukunft. Ich kann sagen, daß die Handwerkerfrage jetzt bei der Regierung in guten Händen liegt."

Daß Herr Nagler-München weniger vertrauensselig ist, geht aus dem im Anfang Gesagten bereits hervor. Herr von Böttícher ist ihm ein warmer Freund der Handwerker, besonders „nach den Sitzungen;" aber der Vorsitzende, Herr von Rottenburg, der ehemalige Adlatus des Fürsten Bismarck, hat einen „sehr deprimirenden Eindruck" auf ihn gemacht, da er den Befähigungsnachweis selbst beim Baugewerbe nicht als „Gewähr für eine sachgemäße Ausführung" anerkannte

und hinzufügte, er überlasse es den Konferenztheilnehmern, nun selbst aus seinen Mittheilungen zu schließen, welche Aussicht auf Erfolg die Bestrebungen auf Einführung des Befähigungsnachweises bei den verbündeten Regierungen haben würden. „Daß diese verblümte Mahnung, sich mit dem gewordenen Bescheid zufrieden zu geben, auf die Mitglieder der Konferenz keinen guten Eindruck machte, glaube ich nicht besonders hervorheben zu müssen, und es wurde auch offen von denselben ausgesprochen, daß der Eindruck der Worte des Vorsitzenden für sie ein niederschlagender gewesen sei, denn die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises habe den Vertretern der Handwerkerbewegung stets als die wichtigste, als eine Lebensfrage gegolten.“ Nur „um ein positives Resultat zu erzielen,“ hätten die Konferenztheilnehmer über diesen Punkt schließlich folgende Vorschläge den verbündeten Regierungen zu unterbreiten beschlossen:

> „Die Regelung des Lehrlingswesens ist ausschließlich Sache der Innungen. Nur Mitglieder solcher haben die Berechtigung, Lehrlinge zu halten; sie haben bei ihrem Eintritt in die Innung zur Erbringung des Nachweises ihrer Befähigung eine Meisterprüfung abzulegen.
>
> Insoweit im Großbetriebe eine Heranbildung von Lehrlingen beizubehalten ist, sind die Vorschriften der Innungsverbände über das Lehrlingswesen zu beachten. Die Aufsicht über die Ausbildung ist nur solchen Personen zu übertragen, welche ihre Befähigung nachgewiesen haben.
>
> In den Bezirken, für welche Innungen noch nicht bestehen, sind die Vorschriften der Innungsverbände über das Lehrlingswesen maßgebend, und ist die Lehrlingsprüfung vor Ausschüssen von Gewerbetreibenden abzulegen, welche von den Aufsichtsbehörden eingesetzt werden.“

Neben dem Befähigungsnachweis beschäftigte besonders noch die Ausbildung der Innungsverbände und Innungsausschüsse die Berliner Konferenz. Es wurde hier das Verlangen gestellt, die Innungsverbände obligatorisch zu machen, so daß künftig jede Innung dem für ihr Gewerbe bestehenden Innungsverbande angehören muß. Ferner sollen diese Verbände Träger der Krankenversicherung für Meister, Gesellen und Lehrlinge, sowie der Unfallversicherung werden, „mit einem Worte, es sollte in den Innungsverbänden eine Kraft geschaffen werden, mit welcher alle Gewerbe sich in Verbindung setzen müßten.“ Für die Innungsausschüsse, zu deren Bildung bekanntlich die verschiedenen Innungen eines Bezirks sich vereinigen, forderte man Korporationsrechte, außerdem sollen sie die gewöhnlichen gewerblichen Schiedsgerichte bilden.

Alle diese Bestimmungen haben, wie man sieht, den Zweck, die Koalitionen der Innungsmeister zu verstärken, sowohl die Koalitionen für die verschiedenen Gewerbe eines Bezirkes, wie die Verbände für die verschiedenen „örtlich zerstreuten Sitze“ eines Gewerbes. Daß man, wegen der eben erst abgeschlossenen Arbeiterschutzverhandlungen des Reichstages, das Koalitionsrecht und die Legitimationspflicht der Arbeiter von der Diskussion ausschließen mußte, hat die Meister gewiß ernstlich betrübt. Dafür ließen sie ihren Groll an den Verwaltungsbehörden aus, welche viel zu selten Innungen als „bewährt“ betrachten und darum in der Verleihung der im Anfang erwähnten Rechte viel zu wenig gefügig sind. Herr Nagler vertrat als Referent in Berlin den Standpunkt, daß die bezeichneten Rechte verliehen werden müssen, sobald in einer Innung die Hälfte der Meister eines Ortes vereinigt ist. Schließlich verständigten sich die Delegirten zu folgender Fassung ihrer Wünsche:

> 1. „Die Beschränkung der Innungen in ihrer Selbstverwaltung seitens der ihnen gegenwärtig vorgesetzten Aufsichtsbehörden durch oft zu sehr ins

kleinliche gehende Handhabung der Aufsicht (z. B. durch Einziehung der Haushaltungspläne und der Protokolle aller Innungsversammlungen, bei der Beaufsichtigung des Arbeitsnachweises u. s. w.) erweckt in Innungskreisen große Unzufriedenheit und erschwert, beziehungsweise verhindert die Bildung neuer Innungen. Es ist daher eine Uebertragung der **Aufsicht an solche Behörden** erforderlich, deren Mitglieder **von den gewerblichen Vertretungen gewählt** werden.

2. Die Innungs*ausschüsse* bedürfen zu ihrer kräftigen Entwicklung die Beilegung der Korporationsrechte, insbesondere zur Erwerbung von Grundstücken, zum Betrieb von Herbergen, zur Errichtung gemeinsamer Unterstützungskassen und zur Veranstaltung von gemeinsamen Ausstellungen. Dieselben sind ferner zum Träger für die Schiedsgerichte der Streitigkeiten mit Gesellen und Lehrlingen zu machen.

3. Die Innungs*verbände* sind als nationale Träger der einzelnen Gewerbe zu organisiren und **regierungsseitig gutachtlich zu hören,** wo es sich um bedeutsame wirthschaftliche Fragen handelt.

Die Innungsverbände sind die natürlichen Träger von Verbands-Kranken- und Sterbekassen für Meister, Gesellen und Lehrlinge, sowie für die Unfallversicherung. Es ist daher nothwendig, daß in der Gewerbeordnung die **Verpflichtung** der einzelnen Innungen zum **Anschluß an die Innungsverbände** ausgesprochen werde."

Die Innungen streben also nicht nur durch den Befähigungsnachweis eine Beschränkung der Zahl der konkurrirenden Unternehmer an, sondern sie wollen ferner durch Innungsprivilegien — oder durch direkten Innungszwang, wie er auf den Handwerkertagen meistens verlangt wird — alle Unternehmer der gewerblichen Kleinproduktion zu ihren Koalitionen heranziehen; sie wollen diese Koalitionen weiter verstärkt haben durch lokale und nationale Verbindungen unter sich (durch Ausschüsse und Verbände), sie verlangen auch für alle diese Verbindungen besondere Vorrechte, und sie weisen jede Aufsicht der „kleinlichen" Behörden zurück, es sei denn, daß letztere „von den gewerblichen Vertretungen gewählt" seien.

Wenn die Arbeiter für *ihre* Koalitionen ein ähnliches Programm — freilich im freiheitlichen, nicht im reaktionären Sinne — aufstellen wollten, welch ein Jammergeschrei würde sich unter den Herren Biehl und Ackermann und Nagler erheben!

Wieweit die Regierung den zünftlerischen Forderungen zuzustimmen gedenkt, werden die nächsten Wochen schon zeigen müssen. —ms.

Nachschrift. Im Reichstage hat unterdeß, angeregt durch eine Interpellation des Abgeordneten Hitze, eine größere Innungsdebatte stattgefunden. Die Erklärungen der Regierung wurden vom Zentrum „mit einem heitren, einem nassen Auge" entgegengenommen: Herr Biehl dankte dem Minister v. Böttiche für sein außerordentliches Entgegenkommen; Herr Metzner sah in diesem für die Handwerker ein Todesurtheil, mit Rosen bekränzt. Nach Herrn v. Böttiche stehen die verbündeten Regierungen den Zwangsinnungen und dem obligatorischen Befähigungsnachweis ablehnend gegenüber, doch soll — von Hausirbeschränkungen und Regelung des Abzahlungsgeschäftes, der Konsumvereine, der Gefängnißarbeit abgesehen — eine gesetzliche Organisirung der Interessenvertretung des Handwerks in Aussicht genommen sein. — Das Protokoll der Handwerkerkonferenz soll nicht veröffentlicht werden und nach Herrn Biehl wäre es auch „nicht ganz richtig" abgefaßt. — Die Freude der Zünftler ist somit von sehr kurzer Dauer gewesen.



Nr. 11. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Die Etatsdebatte.

⸓ Berlin, 2. Dezember 1891.

Mag man über den neuen Kurs sonst denken, wie man will: ein Verdienst läßt sich ihm unmöglich absprechen, das Verdienst nämlich, auch für blöde Augen klarzustellen, daß die Dinge diese Welt regieren, und nicht die Menschen. Was war das für ein Geraune und Gerede in den Tagen des alten Kurses, wie wurde da so manche Faust tapfer in der Tasche geballt: wartet nur, bis die „großen Namen" verschwunden sind, deren Zauber nun einmal die Augen des Volkes blendet, die Wilhelm und die Moltke und die Bismarck; dann sollt ihr schon sehen, wie wir ausliegen und unsere Klinge führen werden. Nun ist jener Traum ehrgeiziger und freisinniger Gemüther erfüllt, aber nach dem Verfliehen des ersten Rausches — was sehen wir da? Die eben abgelaufene drei- oder, wenn man wie billig die Verhandlung über den Kolonialetat dazu rechnet, viertägige Etatsdebatte hat's gezeigt: eine allgemeine Abspannung und Ermüdung, ein langweiliges Fortspinnen inhaltloser Reden vor leeren Bänken, überall sich aufdrängend die Empfindung einer langsamen, aber unaufhaltsamen Auflösung, ringsum in der bürgerlichen Welt die dumpfe Stimmung: wir wursteln weiter, weil nun doch einmal weiter gewurstelt werden muß, aber sonst: laß krachen, was da krachen will.

Ein glücklicher Zufall fügt, daß der leitende Staatsmann des Deutschen Reichs wie geschaffen ist, vollends die Illusionen Derer zu zerstören, welche die kapitalistische Gesellschaft aus dem Grunde kuriren zu können hoffen. Herr v. Caprivi ist aufgewachsen in absolutistischen und reaktionären Anschauungen; sein Vater war ein höherer Richter, der sich in den politischen Tendenzprozessen nach 1848, namentlich als Vorsitzender des Schwurgerichtshofs in dem Prozesse gegen Ziegler, einen berufenen Namen gemacht hat. Herr v. Caprivi hat dann bis an die Schwelle des Greisenalters als preußischer Offizier gelebt und gewirkt, also in einer Stellung, welche wie keine andere geeignet ist, einseitige und schroffe Charaktere auszubilden. Nun findet er sich als Sechzigjähriger mit einem bei solcher Vergangenheit überraschend freien Blicke in den politischen Dingen zurecht. Er hat gründlichen Kehraus gemacht mit all' jenen boshaften und kleinlichen

Scherereien der Opposition, in denen sich der liebenswürdige Charakter seines Vorgängers so scharf auszuprägen pflegte; er stellt keine Strafanträge wegen Beleidigung und läßt der Presse eine leidliche Freiheit; er hat sich mit allen „Reichsfeinden“ — einschließlich der Polen, wenn auch ausschließlich der Sozialdemokraten — auf einen bequemen Fuß zu stellen gewußt; er verzichtet ganz auf jenen prahlerischen Bombast einer unergründlichen Regierungsweisheit, welchen Bismarck glücklich dem kleinen Napoleon abgelernt hatte. Bescheiden, wie er für seine Person ist, weiß er doch ehrlich und offen zu sein, wo es seine Sache gilt; die Art, wie er den Zeitungsschreiber aus dem Sachsenwalde vor seine Klinge forderte, mußte einen guten Eindruck machen, und wenn dabei ein Seitenhieb auf die Zeitungsschreiber abfiel, so müssen wir die Wehklage darüber der bürgerlichen Presse überlassen, die nun so liegt, wie sie sich mit ihrem ewigen Kriechen und Schmeicheln vor den „maßgebenden Regionen“ gebettet hat.

Von seinem Standpunkte aus war es deshalb sehr begreiflich, daß Herr v. Caprivi mit naiver Verwunderung auf die pessimistische Stimmung des Reichstags sah und dieselbe nur auf einen unsichtbaren Beunruhigungs-Bazillus zurückzuführen wußte. Er fragte: Worüber klagen Sie denn eigentlich? Ueber die auswärtige Politik? Aber unsere internationalen Beziehungen sind so gut, wie sie den Umständen nach nur immer sein können. Wir tragen Niemandem unser Herz auf dem Präsentirteller entgegen, aber wir haben auch nicht das Bedürfniß, andere Leute über das Ohr zu hauen. Oder über den Militär- und Marineetat? Aber wir müssen für die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes sorgen, und in diesem Punkte sind wir ja mit Ihnen einig, so einig, daß wir Ihnen übers Jahr einen Gesetzentwurf auf Erhöhung der Präsenzziffer vorlegen werden. Oder über die Kolonialpolitik? Aber wir schränken diese überkommene Erbschaft nach Möglichkeit ein und haben lieber zu dem bedenklichen Mittel einer Lotterie gegriffen, als daß wir die Finanzen des Reichs mit Forderungen für koloniale Zwecke noch mehr belasteten. Oder über die Erlasse und Reden des Kaisers? Aber wir können den Kaiser doch nicht hindern, seine persönlichen Ansichten kundzugeben, und der Abdruck derselben im „Reichs-Anzeiger“ erfolgt nur, um einen korrekten Text zu sichern. Oder über die Kornzölle? Aber die Ermäßigung derselben steht bevor; die Handelsverträge sind durch alle Schwierigkeiten gelootst, und die anderthalbjährige Arbeit an diesem schweren und nun endlich gelungenen Werke hat mich so arbeitsfreudig und so frisch gemacht, wie ich selten in meinem Leben gewesen bin.

So Herr v. Caprivi. Indessen seine hoffnungsselige Absage an den Pessimismus hat bei den bürgerlichen Parteien wenig verfangen. Und man kann ihre ablehnende Haltung auch keineswegs einer etwaigen persönlichen Anhänglichkeit an den Fürsten Bismarck auf die Rechnung setzen. Denn schnöder, als der „Herkules des Jahrhunderts“ in dieser Etatsdebatte, ist selten ein ehemals Allmächtiger von seinen ehemals unterthänigen Anhängern verleugnet worden, ein grausames Ausgleiten der Zunge ließ den nationalliberalen Herrn Buhl von ihm sogar als von einem „Abgeschiedenen“ sprechen. Es müssen schon andere Gründe zur Mißstimmung vorliegen, wenn selbst die sanfte „National-Zeitung“ Herrn v. Caprivi die grobe Antwort widmet: „Aus nichts wird doch nichts, die thatsächlich weit verbreitete Verstimmung muß doch auch substanzielle Gründe haben, und sie hat deren. Herr v. Caprivi verfuhr bei ihrer Bekämpfung stellenweise — er wolle uns den Ausdruck nicht verübeln — etwas harmlos.“ Aber welches diese Gründe sind, verschweigt die „National-Zeitung“ ebenso sorgfältig, wie es

die Redner der bürgerlichen Parteien in der Etatsdebatte verschwiegen. Mochte der eine diesem und der andere jenem Etatsposten zu Leibe gehen, mochte der eine diese und der andere jene Klage vorbringen, keiner sprach mit klaren Worten aus, woher denn die allgemeine Mißstimmung der bürgerlichen Parteien stamme. Höchstens Herr Richter gab so etwas, wie ein grundsätzliches Programm aus, indem er seine Rede mit den Worten schloß: „Ehe er nicht die Kornzölle abschafft, ist kein Friede zwischen uns und dem Reichskanzler.“ Aber auch damit war im Grunde keine erschöpfende Antwort an Herrn v. Caprivi gegeben. Denn wenn es der Kanzler schon mit tiefem Aufathmen als eine glücklich vollbrachte Herkulesarbeit pries, die Handelsverträge abgeschlossen zu haben, welche die Getreidezölle um noch nicht den dritten Theil ihrer Höhe herabsetzen, wie soll er es fertig bringen, mit den ganzen Zöllen aufzuräumen? Die Liberalen, welche mehr als eine günstige Gelegenheit versäumt haben, dem Junkerthum das politische Rückgrat zu brechen, besitzen auch gar nicht einmal ein unanfechtbares Recht, von Andern solche Kraftleistungen zu verlangen.

„Im Kammertrott gedeiht kein freier Ritter,“ so dichtete der alte Ziegler vor drei Jahrzehnten, und die Etatsdebatte zeigte, daß dieser Spott heute dreimal wahr ist. Wo sind die Zeiten hin, da die allgemeine Berathung des Budgets das stolze Paraderoß des Parlamentarismus war, da in diesen Turnieren die Geister auf die Geister oder doch mindestens stolze Worte auf stolze Worte platzten! Von den konservativen Rednern ganz zu geschweigen, so glänzte Herr v. Bennigsen durch seine Abwesenheit, jener letzte Führer der Nationalliberalen, der die Toga der bürgerlichen Beredtsamkeit noch halbwegs in majestätische Falten zu schlagen weiß. Ueber seinen Ersatzmann Buhl ist Schweigen die günstigste Kritik. Und nun gar Herr v. Huene, als Nachfolger des alten Windthorst! Die Ruhmestage dieses alten, welterfahrenen Diplomaten, der die bewegenden Kräfte der Massen so wenig achtete, wie Bismarck, aber sie viel besser, als dieser, zu erkennen und zu verwerthen verstand, waren zwar längst gezählt, als er starb, und auch er hätte mit aller Steuerkunst das Schifflein des Zentrums nicht dem Malstrom der kapitalistischen Interessen fern gehalten, aber gar so plump, wie Herr v. Huene, hätte er es doch nicht auf den Sand fahren lassen. Der ultramontane Redner sprach vorgestern von der Religion ein weniges, aber nur als von einem Sozialistengifte; er machte dazu ein tiefes Kompliment vor Herrn Eugen Richter's „Sozialdemokratischen Zukunftsbildern,“ die er für einen noch wirksameren Sozialistentod zu halten scheint, aber dann feierte er die Steuer- und Zollpolitik zu Gunsten des Großgrundbesitzes, wie es Windthorst bei alledem niemals gethan hat. Herr v. Huene liebt die Kirche wohl, weil er sie für eine Zuchtruthe der Sozialdemokratie hält, aber noch weit mehr liebt er die Branntweinbrennerei und die Zuckerfabrik, die beiden Schildhalter des feudalen Wappens in einer Zeit des industriellen Wirthschaftsbetriebs.

Von der bürgerlichen Linken sprachen die Freisinnigen Richter und Rickert, sowie der Volksparteiler Payer. Auch sie alle drei verstimmt, aber auch sie ohne den Muth, der Katze die Schelle anzuhängen. Herr Payer, der sonst wohl schon frischen Humor gezeigt hat, erging sich in allerlei partikularistischen Quisquilien, die im Laufe der geschichtlichen Entwicklung nachgerade doch sehr übertägig geworden sind. Herr Rickert, ein braver und rechtlicher Mann, aber ein gar wortreicher Politiker, empfahl in der sehr ernsten Zeit das parlamentarische Banner um so höher zu halten. Herr Richter endlich begründete seine Forderung auf Beseitigung der Kornzölle u. A. durch den merkwürdigen Satz: „Die Folgen der Vertheuerungspolitik kommen in erster Reihe den Sozialdemokraten zu Gute. Deshalb bekämpfen

wir diese Politik." Wirklich deshalb? Und vielleicht auch noch, weil die Kornzölle die Grundrente steigern und eben dadurch den Kapitalprofit senken? Ohne gehässige Unterstellungen gegen die Arbeiterklasse geht es bei diesem Redner niemals ab, und um die „Börsenwelt" angesichts des Dutzend Bankiers, die sich mit dem Revolver aus dieser Welt expedirt haben oder hinter den schwedischen Gardinen von Moabit sitzen, von dem Verdachte „wirthschaftlicher Fäulniß" zu befreien, griff er zu dem famosen Argumente, auch in sozialdemokratischen Kreisen komme es vor, daß einmal Streikgelder unterschlagen würden, und wer werde daraus — so fügte der politische Tartuffe hinzu — der Sozialdemokratie einen Vorwurf machen? Schade, daß nach ihm kein sozialdemokratischer Redner mehr zum Worte kam, um ihm zu sagen: Sie selbst, Herr Richter, würden es nicht nur thun, sondern Sie haben es erst vor wenigen Wochen gethan, indem Sie einen ganz vereinzelten Fall der von Ihnen angezogenen Art in Ihrer Zeitung unter der Spitzmarke: „Sozialdemokratische Unterschlagung" buchten. Im Uebrigen kennzeichnet es trefflich die kapitalistische Denkweise des Herrn Richter, daß die Handlungsweise irgend eines armen Teufels von Arbeiter, der sich wer weiß in welcher Bedrängniß an einigen Pfennigen ihm anvertrauten Gutes vergriffen hat, in seinen Augen ebenso schwer wiegt, als der jahrelang betriebene systematische Raub eines Dutzend von Börsengaunern.

Da die Redner aller bürgerlichen Parteien Herrn v. Caprivi die Ursache des herrschenden Pessimismus verschwiegen, so war es an dem sozialdemokratischen Redner, dieselbe aufzudecken. Unter der scharfen Loupe einer trefflichen Rede zeigte Bebel dem leitenden Staatsmann den gesuchten Beunruhigungs-Bazillus: Derselbe entpuppte sich als die ökonomische und moralische Abwirthschaftung der gegenwärtigen Gesellschaft, eine Abwirthschaftung, die allen bürgerlichen Parteien in den Knochen liegt. Unter Bismarck jagten sich die Ränke und Schwänke, um die Aufmerksamkeit von diesem Bankerotte auf gleißende Trugbilder abzulenken; heute eröffnete eine sogenannte Sozialreform, morgen eine angeblich bahnbrechende Kolonialpolitik ein neues, goldenes Zeitalter. Herr v. Caprivi aber hält sein Versprechen und macht eine langweilige Politik, die einem verehrlichen Publikum gestattet, so tief hinter die Coulissen des Kapitalismus zu blicken, die jedem Krache ein so vielfältiges Echo sichert. Und wenn nun gar Herr v. Caprivi, wie im vorigen Jahre mit dem Arbeiterschutzgesetze und in diesem Jahre mit der Ermäßigung der Getreidezölle, mit solchen leichten Kurversuchen fortführe?

Gewiß hielt Bebel dem Reichskanzler mit Recht vor, daß die Regierung, so ohnmächtig sie der ökonomischen Entwicklung auch im Allgemeinen gegenüberstehe, doch im Einzelnen viel mehr, als bisher, die Nothlage der arbeitenden Klasse lindern und mildern könne. Aber nicht aus dieser Quelle fließt die Verstimmung der kapitalistischen Gesellschaft. Sie verlangt im Gegentheil, daß der Staat, der doch nur ihr Beauftragter ist, sie aus dem Drange der Wogen retten soll, in welchem ihre Kräfte mehr und mehr erlahmen.

Es mag „harmlos" sein, daß Herr v. Caprivi diese Schmerzen nicht versteht, aber es ist noch weit „harmloser," daß die kapitalistische Gesellschaft ihre Rettung von dem Staate verlangt, den sie doch nur mit in ihr eigenes Verderben reißt.

Anbaupolitik und Nahrungsmittel.

Von **Dr. Rudolf Meyer.***)

Fünfzehn Jahre sind es her, seit Fürst Bismarck die Theorie der Kampfzölle gegen Rußland und Oesterreich wiederholt im Reichstage entwickelte, mittelst deren er diese beiden größeren Märkte als Deutschland zur Nachgiebigkeit gegen seine neuen Wirthschaftspläne zwingen zu können meinte. Dreiviertel Jahre sind es her, daß ich in den „Historisch-politischen Blättern“ eine russische Erwiderung auf jene fünfzehnjährige Kampfpolitik Deutschlands in Aussicht stellte. Sehr zum Schaden ihrer Parteien haben die leitenden Blätter von rechts und der Mitte damals meine Ansicht mit Hohn überschüttet. Noch am 16. Februar dieses Jahres beklagte der „Vater des Roggenzolles,“ Graf Mirbach, auf dem Kongreß der Steuer- und Wirthschaftsreformer wehmüthig „den Rücktritt des Fürsten Bismarck vom Amt, eines der größten Männer unseres Vaterlandes,“ weil er das „Abbröckeln“ des von diesem hinterlassenen Systems fühlte. Und schon jetzt wird die deutsche Regierung einen Handelsvertrag mit Oesterreich vorlegen, durch den sie ihrerseits den Kampf aufgiebt! Noch im September bot Graf Mirbach die landwirthschaftlichen Vereine auf, sich um die Kornzölle zu schaaren und somit dem im Reichstage erwarteten Angriff des Fürsten Bismarck gegen die „wirthschaftliche Kapitulation vor Oesterreich“ einen Rückhalt zu gewähren, und schon ist es zweifelhaft, ob der Fürst überhaupt auf dem Kampfplatze zu erscheinen

*) Vorliegender Artikel des bekannten konservativen Schriftstellers gipfelt in Vorschlägen nicht nur zur Hebung der Landwirthschaft, sondern sogar zur Erhaltung des Großgrundbesitzes. Trotzdem werden unsere Leser mit seiner Publikation einverstanden sein, wenn sie erfahren, daß er die Fortsetzung jener Artikelserie bildet, die Herr Dr. R. Meyer im Laufe dieses Jahres in den katholischen „Historisch-politischen Blättern“ veröffentlicht hat — eine Artikelreihe, welche die schärfste Verurtheilung der agrarischen Zollpolitik enthielt und bekanntlich großes Aufsehen erregte. Die Redaktion der genannten Zeitschrift sah sich veranlaßt, von einer Fortsetzung der Serie abzusehen und wies vorliegenden Artikel zurück. Wir gewähren dem konservativen Schriftsteller, dem die konservative Presse verschlossen ist, um so lieber Gastfreundschaft in unseren Spalten, als er, der Verfasser des „Emanzipationskampf des vierten Standes,“ unserer Partei stets sympathisch gegenüberstand, als seine Ausführungen auch dort, wo man ihnen nicht zustimmt, stets anregend wirken, und als der Gegenstand, den die vorliegende Arbeit behandelt, höchst aktuell ist. Auch sind wir ganz beruhigt darüber, daß die Vorschläge, die Dr. Meyer in diesem Artikel macht, den Bestand der heutigen Gesellschaft um keine Minute verlängern werden. Wohl aber erscheinen uns diese Vorschläge als ein bemerkenswerther Beitrag zur Frage der staatlichen Organisation der landwirthschaftlichen Arbeit und der Vermehrung der Lebensmittel-Produktion, die daraus resultiren wird. Wir veröffentlichen den Artikel ohne Aenderungen und ohne Randbemerkungen; die kritische Arbeit können wir wohl unsern Lesern überlassen, aber einer Diskussion des Themas öffnen wir gern unsere Spalten.

Zum leichteren Verständniß des folgenden sei nur kurz auf den Inhalt des letzten, am 15. November in den „Historisch-politischen Blättern“ erschienenen Artikels von Dr. Meyer hingewiesen. Der Verfasser führt darin aus, daß das Motiv, welches die Agrarier so gern zur Vertheidigung ihrer Zollpolitik ins Feld führen, Deutschland müsse in seiner Lebensmittelversorgung vom Ausland unabhängig gemacht werden, eine bloße Flause ist. Denn es wurden unter dem Drängen derselben Agrarier gleichzeitig mit der Einführung der Kornzölle „solche landwirthschaftliche Industrien durch Exportprämien und durch Schutzzölle stimulirt, welche das für

wagen wird. Noch im Frühjahr wetterten die Agrarier auf ihrem Kongreß darüber, „daß man nach Wien gegangen sei, als ob man die österreichischen Handelsvertragsverhändler nicht hätte in Berlin erwarten können.“ Dies wird wohl die Folge haben, daß man sie bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Handelsvertrag in Wien gründlich darüber belehrt, wie wenig Werth man, in Cisleithanien wenigstens, auf die sogenannte Konzession der Herabsetzung des Getreidezolles von 50 auf 35 Mark legt. Cisleithanien importirt nämlich selbst Getreide. Schaute ein Vortheil für Oesterreich-Ungarn aus jener Zollherabsetzung heraus, so fiele der allein Ungarn zu, und wenn die Industriellen von Cisleithanien diesen Vortheil Ungarns durch Zollkonzessionen auf ihre Kosten bezahlen sollen, so werden sie das vielleicht zu thun gezwungen werden, aber gern thun werden sie es nicht. Wenn Amerika dieselbe Konzession von Deutschland erhalten sollte — so hätten auch die Ungarn nichts davon. Es war also, wenn schon wirklich beide zusammenkommen sollten, ganz in der Ordnung, daß Muhamed zum Wiener Berg kam. Mit Oesterreich-Ungarn mag Deutschland, dank der wirklich einsichtiger gewordenen Berliner Politik, die weiß, daß die Zeit vorüber ist, in der man mit Erfolg alle Welt von dort aus andonnerte, am Ende noch zu erträglichen wirthschaftlichen Beziehungen kommen. Aber Rußland führt einen Schlag nach dem andern gegen Deutschland, und die „Frankfurter Zeitung“ vom 8. November charakterisirt die Situation zutreffend: „Der europäische Mißwachs dieses Jahres, der gleichzeitige Ueberfluß der amerikanischen Ernten machen alle Emanzipationsillusionen zu Nichte. Jetzt ist das russische Ausfuhrverbot für alle Getreide-

---

Getreidebau bestimmte Terrain einschränken.“ Der Herr Verfasser führt dies aus an der Stärke, dem Spiritus und Zucker, und weist nach, daß der Weizenboden im ersten Jahrzehnt der Schutzzölle in Deutschland nicht nur nicht zunahm, trotzdem die Bevölkerung um 12 Prozent wuchs, sondern sogar um 59 000 Hektaren sich verringerte, indeß das Rübenland um 214 000 Hektaren vermehrt wurde. Dann weist er darauf hin, daß der Konsum an Brotkorn 1878 per Kopf 213 Kilogramm betrug, 1889/90 dagegen nur 162 Kilogramm. Der Schutzzoll führte also nicht zu einer Vermehrung des Körnerbaus, sondern nur zu einer Abnahme des Konsums, zu gesteigerten Entbehrungen der großen Masse.

Und die Agrarier wissen, warum sie den Körnerbau so stiefmütterlich behandeln. Graf Mirbach sprach es auf dem 18. Kongreß deutscher Landwirthe vom 2. März 1887 trocken aus, wenn die Getreideproduktion stiege, so sei die Gefahr vorhanden, daß sie über den Bedarf Deutschlands hinaus produzire und zum Export gezwungen werde. Dann aber würde die deutsche Getreideproduktion vom Weltmarktpreis abhängig sein, und das wollen die Herren Agrarier nicht. Sie wollen die Preise selbst machen. Der Getreidezoll, folgerte Graf Mirbach, hat also nur dann einen Zweck für die deutsche „Landwirthschaft,“ wenn er nicht „zu einer unnatürlichen Verstärkung der Produktion von Getreide“ führt.

„Hier ist der angebliche Grund, mit dem man die Kornzölle bisher vertheidigt hatte — Deutschlands Kornproduktion werde durch sie so weit gesteigert werden, daß es diesbezüglich vom Ausland unabhängig sein werde — nicht nur fallen gelassen, sondern es wird geradezu gewarnt, so viel Getreide zu produziren,“ sagt Herr Dr. Meyer im Schlußpassus seines in Rede stehenden Artikels.

Angesichts der bevorstehenden Debatte über die Handelsverträge und die Zollpolitik verdient diese Warnung des Herrn Grafen Mirbach auch anderen Kreisen zugänglich gemacht zu werden, als den „Landwirthen,“ für die sie bestimmt war.

Im vorliegenden Artikel erörtert nun Herr Dr. Meyer die Mittel, durch welche seines Erachtens die deutsche Landwirthschaft in Wirklichkeit befähigt würde, Deutschland in seiner Lebensmittelversorgung vom Ausland unabhängig zu machen.

D. Red.

arten, mit einziger Ausnahme von Weizen, in Kraft getreten, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß alsbald auch die Weizenausfuhr Rußlands entweder verboten oder mit einem Zoll, einem Ausfuhrzoll, belegt wird, und diesen letzteren — das ist ohne Widerrede klar — müßte unweigerlich das Ausland zahlen, um so auch seinerseits zur Linderung des russischen Nothstandes sein Theil beizutragen. In dieser Situation ist ganz Europa, wenn es nicht in die russische Hungersnoth einbezogen werden will, auf Amerika angewiesen.“ Noch ist es kein halbes Jahr, daß „Kreuzzeitung“ und „Germania“ und was von diesen abhängt, mich höhnisch frugen, wen ich mit dem russischen Ausfuhrzoll „graulen machen wolle.“ Jetzt will ich es ihnen sagen: Einsichtigere Leute als ihre Redakteure.

Dieser von der „Frankfurter Zeitung“ richtig geschilderte Zustand — inzwischen ist die Weizenausfuhr auch verboten — wird wahrscheinlich auch noch einige Jahre dauern. Wenn eine Dürre jene großen Binnenlandebenen überfällt, welche wir in Rußland und Nordamerika haben, so pflegt sie im Mittel drei Jahre zu dauern: In Canada litt das Getreide in den Jahren 1886, 1887 und 1888 von Dürre, und hat dieses Land jetzt die erste gute Ernte seitdem. Anzeichen langer Dürre haben wir darin, daß in Rumänien in diesem Herbst die Saaten theilweise nicht aufgegangen sind und man in diesem Lande auch wird zur Kornsperre schreiten müssen. Vielleicht ergreift die Dürre sogar die ungarischen Tiefländer. Dann würde der Rest von Europa auf die amerikanische Zufuhr doch in der Hauptsache angewiesen sein, neben welcher jene aus Indien, Egypten und Australien nur eine kleine Rolle spielt, und die geschäftskundigen Amerikaner werden daraus schon allerhand Vortheil zu ziehen wissen: Man spricht ja, nachdem amerikanisches Schweinefleisch bereits zugelassen wurde, von weiteren Zollverhandlungen, welche auch in Washington und, zum Kummer der Anhänger des Altreichskanzlers, nicht in Berlin stattfinden, in denen also die deutschen Verhändler kaum die Bedingungen diktiren dürften.

Das ist also die Folge, nicht des „neuen Kurses,“ der hieran ganz unschuldig ist, sondern der Bismarck'schen Kampf- und Schutzzollpolitik und des von den Großgrundbesitzern befolgten Rathes des Grafen Mirbach, nicht hinlänglich Getreide für den Bedarf des deutschen Volkes zu bauen, weil dann der deutsche Kornpreis auf das Niveau des Weltmarktpreises fallen würde. In welche schmähliche Abhängigkeit Deutschland dadurch von den Yankees gerathen, sagt kühl die „Frankfurter Zeitung,“ wohin das im Falle eines Krieges führen mag, ist unausdenkbar. Und ob der Frieden erhalten werden kann, selbst wenn — was mir wahrscheinlich ist — der Zar und zwei Kaiser es jetzt wünschen, ist unbestimmbar, wenn in Rußland schon jetzt ein Gebiet, größer als Oesterreich und Deutschland, mit über 30 Millionen Menschen der Hungersnoth unterworfen ist. Diese macht heute zweifellos den Zaren friedlich — aber auch das russische Volk?*)

*) Der Zweibund zur weiteren Befestigung des durch den Dreibund nicht genügend verfestigten Friedens trat doch recht kriegerisch auf, wie aus der Ansammlung des fast ganzen mobilen russischen Heeres an den West- und Südwestgrenzen hervorgeht. Da entsteht die Hungersnoth in Rußland! Sie wird wahrscheinlich mehrere Jahre dauern, selbst sollte die Dürre das nicht thun, weil vielen russischen Bauern das Saatkorn fehlt. In solchen Fällen macht die verzweifelte Bevölkerung fast stets Aufstände. Ich erinnere an die „Kartoffelaufstände“ in Schlesien und Pommern im Jahre 1847. Solche Aufstände selbst in einem ungeheueren Gebiet zu unterdrücken ist leicht, wenn sie planlos sind, in diesem Gebiet Truppen zweckmäßig dislozirt stehen und diese zuverlässig sind. Es scheint nun aber, als ob keine dieser drei

In solcher Lage wäre die von mir vor dreiviertel Jahren wieder aufgenommene, in 1880 und 1883 bereits ausführlich entwickelte Idee, es sei nothwendig, den deutschen Grundbesitzerstand zu zwingen, Deutschland in Bezug auf die Getreideversorgung vom Auslande unabhängig zu machen, doch wohl etwas mehr werth als Hohn und Spott großer Blätter — die jenen mirakulösen „besonderen Standpunkt, von dem aus die deutsche Landwirthschaft die Auslandspolitik bezüglich der Lebensmittel nicht zu fürchten hat" (Kreuzzeitung im April), noch immer nicht enthüllten.

Daß die Großgrundbesitzer sich des Grafen Mirbach Rath nutzbar gemacht haben, steht fest*), denn sonst bauten sie Getreide genug für Deutschland. Daß

Voraussetzungen jetzt zuträfe: Daß die nihilistische Organisation fortbesteht und ihre Häupter im sicheren Auslande wohnen, durch Emissäre aber mit Gesinnungsgenossen in Rußland in Verbindung stehen, darf man wohl annehmen, umsomehr, als der Zar sich immer unsicherer fühlt, wie denn jetzt bei Reisen von vielen Hundert Kilometern Länge schon die ganze Strecke in je 100 Meter Entfernung mit Militärposten versehen ist. Das ist an sich doch schon ein unhaltbarer Zustand, der auf eine starke revolutionäre Partei im Lande schließen läßt. Sie fand Widerstand bisher in dem wirklich, auch aus religiösen Gründen, dem Zaren ergebenen Bauernstande. Wenn den die Hungersnoth nun den anderen Revolutionären in die Arme treiben sollte, so würden die Hungeraufstände Plan und Zusammenhang erhalten. Das Gebiet von großem Umfange, auf dem sie sich ausbreiten können, muß von Truppen fast entblößt sein, da diese weit entfernt an der Grenze stehen. Nicht eben zahlreiche Eisenbahnlinien stehen für ihre Bewegung ins Innere zur Verfügung. Sie müßten zudem von ungeheueren Proviantzügen begleitet sein, sonst würden die Truppen ja selbst verhungern. Endlich, werden die Truppen auf hungernde Massen des eigenen Volkes schießen?

Und nun, wenn Rußland die Grenzen entblößen sollte, um die Truppen im Innern zu gebrauchen — — so war ja der angebliche Zweck dieser Ansammlung, die Grenzen gegen Deutschland und Oesterreich zu decken, verfehlt, sie müßten ja nun gerade ganz offengelegt werden! Jene Deutschland bedrohende Politik, die Entblößung des Innern von Truppen behufs ihrer Aufstellung an der Grenze, kann für den Bestand des Reiches selbst verhängnißvoll werden, auch wenn die bisher bedrohten Nachbarn nicht von der Situation profitiren sollten, denn es existiren in Rußland selbst Zersetzungselemente genug, abgesehen sogar von den nihilistischen. Sollte zur Hungersnoth noch ein harter Winter kommen, so wird die Situation Rußlands noch bedenklicher. Es liegt hier möglicherweise ein ähnlicher Fall vor wie im Jahre 1812, daß ein gewaltiges Naturereigniß die Schöpfung oder den Plan der Politik vernichtet; damals that das der kalte Winter im Interesse des russischen Reiches, jetzt thut es vielleicht die Hungersnoth im Interesse Westeuropas. So viel aber scheint unter allen Umständen festzustehen, daß für einige Zeit die Gefahr eines kombinirten Angriffes von Frankreich und Rußland nicht zu fürchten ist, und daß Deutschland Zeit gewinnt, seine landwirthschaftlichen Anbau-Verhältnisse so zu ordnen, daß es eventuell sein Volk selbst von den Früchten des eigenen Bodens ernähren kann.

*) Die Großgrundbesitzer bilden in ihren landwirthschaftlichen Vereinen, die in dem Zentralverein der „Steuer- und Wirthschaftsreformer" zentralisirt erscheinen, seit einem Dutzend Jahren einen „Corner" (Kartell) ohne einen formulirten Corner- oder Syndikatsvertrag. Sie richten ihre Produktion so ein, daß immer ein Getreidedefizit bleibt, sie reguliren die Getreideproduktion, was eine charakteristische Seite der Cornerpolitik ist. Andererseits schlägt Herr von Groß-Klanin vor, Elevatoren zu errichten und darum Genossenschaften von Landwirthen zu bilden, welche darin ihr produzirtes Getreide lagern, bis ihnen der Preis konvenirt. Diese künstliche Preissteigerung ist die zweite charakteristische Seite der Cornerpolitik. Interessant ist dabei nur die

ie Regierung sie zu dieser Haltung in den Stand gesetzt und geradezu ermuthigt
at, ist ebenso Thatsache, sonst hätte sie die Exportprämien auf Zucker und
Spiritus, den Schutzzoll auf Stärke und Getreide aufheben müssen. Daß wir,
etzt die Regierung jene Politik fort, in den nächsten Jahren ganz abhängig
on den Vereinigten Staaten werden, ist mir höchst wahrscheinlich. Also bleibt
ur die Wahl zwischen dem Betteln um Brot von Amerika oder dem durch die
Regierung auf die Großgrundbesitzer zu übenden Zwange, genügend Getreide
ür den deutschen Bedarf zu bauen.

Dazu genügt nun nicht jene soeben erwartete Aufhebung von Exportprämien
ınd Schutzzöllen, da mittelst derselben wohl nur $1/3$ bis $1/2$ des jetzigen Imports
edeckt werden dürfte. Es gehören noch andere Maßregeln dazu.

Nach der Gewerbeaufnahme von 1882 betrug der landwirthschaftlich nutz-
bare Boden (also ohne Wald, Wasser, Unland, doch inklusive Viehweiden und
Wiesen) 32 566 000 Hektare in ganz Deutschland, wovon 1 807 000 Hektare
auf Betriebe unter 2 Hektare kamen, die landwirthschaftlich nicht in Rechnung zu
stellen sind, da sie höchstens einen Theil des Bedarfes der Eigenthümer decken;
bleibt eine Fläche von 30 759 000 Hektaren. Büdner und Bauern (Besitzer von
2—20 Hektaren) haben davon 12 742 000 Hektare, Kleingutsbesitzer (20—100
Hektare) 10 165 000 Hektare und große Betriebe über 100 Hektare 7 852 000
Hektare. Die letzteren beiden Klassen von Gutsbesitzern besitzen also 33 resp.
26 Prozent, zusammen ca. 60 Prozent der als landwirthschaftlich in Betracht
kommenden Fläche.

Ich empfehle nun ganz ernsthaft und von konservativen Motiven dazu
bewogen, daß zunächst blos alle landwirthschaftlichen Betriebe mit mehr als
100 Hektaren oder 400 Morgen pflugbaren Ackers unter Staatsaufsicht ge-
stellt werden, insoweit, als sie ihre Fruchtfolge dazu bestimmten Landwirthschafts-
inspektoren einzureichen haben. Diese haben mit ihnen, wie schon bisher mit
Domänenpächtern, den Wirthschaftsplan festzustellen und die Landwirthe haben
dann unter Strafe, im ersten Falle der doppelten, im Wiederholungsfalle der
dreifachen Grundsteuer, diesen Wirthschaftsplan zu befolgen. Es kann dadurch
auf Vermehrung des Brotkornbaues gewirkt werden.

Die letzten drei Jahrhunderte durch, bis Napoleon I. dem Kirchenstaat
provisorisch ein Ende machte, haben aufeinander folgende Päpste durch ähnliche
Maßregeln, insbesondere durch die Strafe der Grundsteuererhöhung, die Groß-
grundbesitzer der römischen Campagna zu zwingen versucht, ihre Latifundien
zweckmäßiger zum Anbau mit Getreide für die Bevölkerung Roms als zur Vieh-
weide zu benutzen. Ja, sie gingen so weit, Jedermann, sogar Leuten, die nicht
Unterthanen des päpstlichen Regiments waren, zu gestatten, daß sie auf den
Besitzungen renitenter Latifundienbesitzer sich niederlassen und dort Landwirthschaft
treiben durften; ohne die Erlaubniß der Besitzer einzuholen, wofür sie den Grund-
besitzern eine von der Behörde sehr niedrig bemessene Naturalpacht, $1/7$ bis $1/5$
der Ernte, zu zahlen hatten. Die Päpste haben in diesen drei Jahrhunderten
den Grundsatz obrigkeitlich zur Geltung gebracht, daß der nationale Grund-
besitzerstand nicht das Recht hat, den Grund und Boden so auszunutzen, wie er

---

Naivetät der Agrarier, welche an den Staat das Verlangen stellen, er solle ihnen
die Elevatoren auf Staatskosten herstellen! Sonst zetert die „Kreuzzeitung“ und ihre
Partei gegen die Corner und verlangt Gesetze gegen dieselben, und für den das
ganze Land umspannen sollenden Landwirths-Corner verlangt sie sogar, daß der Staat
ihm die dazu nöthigen Magazine baue! Diese Partei ist non capax — rapax!

ihm die höchste Rente gewährt, so lange dessen Ertrag an Lebensmitteln den Bedarf der Bevölkerung nicht deckt. Herr G. Ardant in Paris hat die betreffenden Verordnungen in dem Buche „Papes et Paysans" mitgetheilt.

Wenn über ein Viertel der jetzigen landwirthschaftlichen Fläche somit einer Kontrole bezüglich ihrer zweckmäßigen Benutzung unterworfen sein wird, so dürfte darauf das Defizit an Getreide gedeckt werden. Genügt dies aber nicht, so kann man einen Schritt weiter gehen, und Besitzungen mit mehr als 300 und weniger als 400 Morgen ebenfalls der Staatsaufsicht unterwerfen.

Es ist das ein Zwang, dem die Besitzer von größeren Gütern unterworfen werden sollten, allein erstens haben sie ihn selbst durch ihr Verhalten nöthig gemacht, und zweitens dürfte es ihnen unter solchen Umständen möglich sein — wenigstens den Besitz zu retten. Ich erinnere daran, daß dieser nicht nur von Sozialdemokraten und sogenannten Bodenreformern (Flürscheim) bedroht wird, sondern daß auch Herr Eugen Richter unter Beifall der liberalen, nicht sozialistischen Linken den höheren Schutzzoll fordernden Agrariern drohend zurief, wenn sie denn ohne immer neue Forderungen von Staatshilfe nicht auskommen könnten, so „expropriiren wir die Gesellschaft!"

Es ist meine feste Ueberzeugung: Wenn der Großgrundbesitz nicht bald unter Staatskontrole gestellt und gezwungen wird, Deutschlands Volk mit Brot zu versorgen, so hört er noch in diesem Jahrhundert auf zu existiren und reißt mit sich noch eine Reihe anderer Existenzen, die mehr werth sind als er.

Der Großgrundbesitz und der große landwirthschaftliche Betrieb sind noch nicht alt, ihre Anfänge liegen diesseits des dreißigjährigen Krieges. Bis zu diesem war Deutschlands Boden in Bauerwirthschaften aufgetheilt, welche davon Abgaben an den Staat und die sich aus feudalen Grundherren in moderne Gutsbesitzer umwandelnden „Herren," meist in natura, zahlen mußten. Dieser Zahlungsmodus zwang sie zum Anbau von Getreide. Daß das Volk daran nothlitte, weil die Bodenbebauer andere, vortheilhaftere Kulturen trieben (wie seiner Zeit den Krappbau), war durch jene Abgabenpflicht ausgeschlossen. Der Boden konnte nicht kapitalistisch mißbraucht werden.

Durch Bauernlegen, was ganz ruhig bis ins letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts gedauert hat — in den fünfziger und sechziger Jahren noch fast allgemein im Osten getrieben wurde, die bäuerliche Hufe wurde mit ca. 4000 Thalern von den Rittergutsbesitzern bezahlt — sind die arrondirten Rittergüter mit eigener Regie entstanden, die, wenn man Berghaus' Landbuch von Pommern und Brandenburg glauben darf, vor ca. 80 Jahren kaum ein Fünftel bis ein Viertel des jetzt von ihnen okkupirten Bodens besaßen! — Durch Zusammenkauf der Rittergüter wieder entstehen die Latifundien, die also noch viel jünger sind. Ich glaube nicht, daß mehr als ein Dutzend davon in den östlichen Provinzen von Preußen 100 Jahre alt sind. Was die Fideikommisse anlangt, so existirten vor 1800 dort nur 84 mit 459 000 Hektaren, 1888 aber 226 mit 935 000 Hektaren.

Diese jungen, sehr jungen Schöpfungen einer auch auf landwirthschaftlichem Gebiet rein kapitalistischen Periode, Latifundien und große Rittergüter mit Regiebetrieb nun lassen ihrer Natur nach nicht nur jede beliebige Kulturänderung zu, wenn sie auch dem Volkswohl direkt zuwiderläuft, sondern durch das kapitalistische Interesse, welches auch sie beherrscht, dem Streben nach möglichst großem Reingewinn, drängen sie ihre Besitzer sogar zuweilen in Kultureinrichtungen gemeinschädlicher Art, wenn diese nur viel Reingewinn abwerfen. Diese verhältnißmäßig neue landwirthschaftliche Großbetriebsform hat nun Uebel erzeugt, wie sie die gewerbliche große Unternehmung zeugte. Ist diese mit Recht,

uerst in England, jetzt überall, sogar schon in Ostindien, unter Staatsaufsicht estellt worden, so wird es die landwirthschaftliche Großbetriebsform auch werden, oder sie wird aufhören!

Dies ist nun wieder ein „Graulenmachen," das man mir vorwerfen könnte. Indeß möchte ich daran erinnern, daß der Großgrundbesitz seit hundert Jahren nicht nur Erfolge gehabt hat, wie in Deutschland, sondern auch Niederlagen — vor hundert Jahren der französische; vor fünfzig bis siebzig Jahren der Pflanzerbesitz in englischen und französischen Kolonien, vor dreißig Jahren der russische und jener in den nordamerikanischen Südstaaten.

Endlich verdankt er sein Entstehen dem bisher giltigen Gesetz des mit der Größe des Betriebes wachsenden Reinertrages.

Die Möglichkeit der Kraftdezentralisation hebt dieses Gesetz zum Theil für den gewerblichen Betrieb auf und die in Amerika bewährte Anwendung von Maschinerie in bäuerlichen Betrieben thut dasselbe auf landwirthschaftlichem Boden.

Ich will das wohl gelegentlich weiter ausführen.

Während also ein bisher natürlicher Grund für landwirthschaftlichen kapitalistischen Großbetrieb in Fortfall kommt, sprechen zwei Gründe gegen ihn: Er entvölkert das Land und er mißleitet die Produktion. Ueber das Letztere habe ich genug gesagt. Was die Landentvölkerung anlangt, so scheint es historisch nachweisbar, daß die landwirthschaftliche, kapitalistische Großregie noch nie im Stande war, ihre nothwendige Arbeiterschaft selbst zu reproduziren. Dazu warf sie nicht Lohn genug ab. Sie war im Alterthum auf billig gekaufte Sklaven angewiesen. Als diese nicht mehr gekauft, nur noch gezüchtet werden konnten, zerfiel sie (Sklavenkolonat). Sie war zur Karolingischen Zeit auf Einfangen von „landlosen" Flüchtlingen oder Sklaven-(Slaven-)kauf angewiesen und zerfiel in Bauerwirthschaften, als es solche importirte Arbeiter nicht mehr gab. Für unsere Regiewirthschaften wurden die sich durch eigene Vermehrung erzeugenden Instleute zu theuer, man scheute die Armenlast, noch bis zu den sechziger Jahren. Wer's nicht glaubt, lese Reuter's wahrheitstreue Schilderung davon in „Kein Hüsung." Nun sind die Instleute großentheils weggeklärt und Polen, Schweden, Chinesen sollen ihre Lücken ausfüllen. Wenn sie nur arbeiten und billig sind, so ist dem Latifundium damit gedient. Aber auch dem Militärfiskus?

Die Großgrundbesitzer werden sich mit meinem Vorschlage, sich behufs ihrer eigenen Selbsterhaltung der Staatsaufsicht zu unterwerfen — nach einigem heftigen Protestiren und Schreien der agrarischen Journalisten, wohl befreunden. Einmal trifft die geplante Staatsaufsicht doch erst Güter, die 400 oder mehr Morgen „Ackerbaufläche," also 600 — oft wohl 1000 Morgen Gesammtfläche haben. Die Unteraufsichtstellung betrifft also gar nicht so viele Güter; natürlich nicht alle 16 406 Güter mit über 100 Hektaren Gesammtfläche, welche Conrad in den sieben Ostprovinzen fand. Von diesen wurden nur 8432 Güter oder 51 Prozent von den Besitzern bewirthschaftet. Offenbar ist es den Besitzern der anderen zirka 8000 Güter, die sie administriren lassen oder verpachtet haben, sogar wünschenswerth, wenn der Staat sie bei der Aufsicht über Administratoren und Pächter unterstützt. So werden also in den Ostprovinzen nur vielleicht 5—7000 Gutsbesitzer bei ihrer eigenen Verfügung über ihre Güter genirt werden. Die einflußreichste Klasse der Gutsbesitzer wird sich gar nicht mit Grund dagegen sträuben. Denn unter den 6454 Gütern, welche in Händen von Besitzern von je mehr als 1000 Hektaren sich befinden, werden nur 1441 oder 22 Prozent von den Besitzern bewirthschaftet; die eigentlichen Latifundienbesitzer mit je über 5000 Hektaren, 145 Personen mit 1680 Gütern kümmern sich im Großen nur vereinzelt

aus Liebhaberei um die Landwirthschaft. — Genirt werden also nur eine geringe Anzahl selbstwirthschaftender Mittelbesitzer.

Die Staatsaufsicht über den Großgrundbesitz und seinen Betrieb ist überdies nur eine längst schon begründet gewesene Ergänzung der Fabrikinspektion, denn Mißbräuche bezüglich Frauen- und Kinderarbeit, Fahrlässigkeit im Maschinenbetrieb, ungesunde Wohnungen und Anderes finden sich auch auf dem Lande.

Wenn einmal die Fruchtfolge und Bewirthschaftung der Güter kontrolirt sein wird, dürfte der Staat einen Schritt weitergehen und etwa ein Gesetz erlassen, wonach jeder Besitzer von 500 oder 1000 Hektaren „Acker unter dem Pflug" verpflichtet wird, einen Dampfpflug zu halten und das dazu nöthige Kapital aus einem Meliorationsfond gegen schnelle Amortisation und mäßige Verzinsung erhalten kann, sowie auch einjährige Darlehen aus demselben Fond zum Ankauf des durch Dampfbodenkultur nöthig werdenden Mehrkaufs von künstlichem Dünger.

Kapitalmangel oder Nachlässigkeit und Schlendrian machen, daß die Dampfkultur noch viel zu wenig im Osten Deutschlands üblich ist. Sie stellt sich aber heute schon billiger als Gespannarbeit und liefert bei zureichender Düngung weit höhere Erträge.

Man wird wohl nach Beackerung, Grubbern und Pflügen mit dem Dampfpflug an 20 Prozent höhere Erträge erhalten. Wenn von den 8 Millionen Hektaren, die in Deutschland mit Weizen, Spelz und Roggen bebaut sind, auch nur 3 Millionen der Dampfkultur unterworfen würden und dadurch 20 Prozent mehr Ertrag gäben, so würden über 7 Millionen Meterzentner mehr Brotkorn gewonnen als jetzt. Dazu der Ertrag von zirka 300000 Hektaren Kartoffel- und Rübenland mit zirka 4 Millionen Meterzentner — da hätten wir Deutschland vollkommen unabhängig vom Auslande, denn der Import beträgt nur zirka 10 Millionen Meterzentner!

Ich würde endlich der preußischen Regierung vorschlagen, ein Gesetz durchzubringen, wonach alle Wassermühlenrechte aus Kulturgründen ablösbar werden. Ferner planmäßig alle Ackerländereien von Staatswegen zu bewässern, welche sich dazu eignen und eine raisonnable Rente in Aussicht stellen.

In Europa hat man die künstliche Bewässerung vor vielen Jahrhunderten in Italien und Spanien hie und da eingeführt, bei uns hat man nichts dergleichen gethan. In den Vereinigten Staaten habe ich die künstliche Bewässerung in verschiedenen Staaten der sogenannten großen Wüste besichtigt, Utah, Neu-Mexiko; ferner in Staaten, welche den Charakter von Hinterpommern oder Polen tragen, Nebraska und Kansas. Nebraska hat ganz ebenso harte Winter wie jene Provinzen. In dem noch kälteren Wyoming sind zirka 100000 Hektare für Getreidebau und ebensoviel zu Mastweiden für Rinder bewässert. Letztere Anlage kostete nur 9—10 Mark pro Morgen. Ueberall hat sich die Einrichtung bewährt, das Anlagekapital außerordentlich verzinst. Der Bruttokornertrag bewässerten Landes ist im Durchschnitt zwei bis drei Mal so groß als jener des unbewässerten Landes und beträgt in vielen mir bekannten Fällen von 25 bis 30, in einem Falle 39 Meterzentner Weizen vom Hektar, gegen 12 bis 13 in Deutschland! Die zahlreichen Flüsse und Seen von Preußen, Pommern, Brandenburg könnten so trefflich ausgenutzt werden. Natürlich müßten die Besitzer der bewässerten Ländereien dem Staat das Anlagekapital verzinsen und amortisiren, aber sie würden doch einen großen Vortheil davon haben.

Wenn sie auf solche Weise, durch Hebung der Produktion, dem billigen Kornpreise entgegentreten wollten und nicht durch künstliche Erhöhung desselben

auf Kosten der Konsumenten ihren Vortheil deckten, so würden die Großgrundbesitzer keinerlei Anfechtungen zu dulden haben, ihr Reinertrag sich aber selbst bei sinkenden Körnerpreisen noch vergrößern.

Wenn die Regierung diese planmäßige Hebung der Landwirthschaft einmal erst bezüglich der großen Güter in die Hand genommen hat, wird sie dieselbe bald auch auf Landgemeinden ausdehnen können, indem sie dieselben zu Zwangsgenossenschaften bezüglich Bewässerung, Drainage und Dampfpfluggenossenschaften soweit zusammenlegt, wie dies die Umstände als vortheilhaft erscheinen lassen. Anleihen für einen sich doch schnell amortisirenden großartigen Meliorationsfond sind leicht zu plaziren, leichter als Rüstungsanleihen, wenn man sie, außer auf den Staatskredit, noch auf die Eingänge aus diesem Titel fundirt. Das wird dem Bauernstande jedoch nur helfen, wenn man ein zweckmäßiges obligatorisches Heimstättenwesen damit in Verbindung bringt. Wie solches aussehen müßte, habe ich im Jahre 1883 in dem Buche „Heimstätten und andere soziale Gesetze für Ungarn und Cisleithanien“ ausführlich dargestellt.

Die Noth dieser Zeit kann somit zu einem erfreulichen Fortschritt führen! Wenn der Egoismus einer Volksklasse soweit mit dem Gesammtinteresse in Widerspruch geräth, wie es der unserer Großgrundbesitzer in dem letzten Dutzend Jahren gethan hat, wenn dadurch das Land in eine drückende Abhängigkeit von Amerika gebracht und seine Nahrungsversorgung im Falle eines Krieges in Frage gestellt worden ist, während andererseits das Geld in Hunderten Millionen zu Kriegsvorbereitungen für eine Armee ausgegeben wird, die vielleicht im Kriege kein Brot hat, weil die Grundbesitzer dem Rathe des Vaters des Roggenzolles folgten — dann, ja dann ist es an der Zeit, einem solchen staatsgefährlichen Egoismus den Zügel anzulegen. — Geschieht es in der Weise, wie ich dies dargestellt habe, so werden die Betroffenen sogar noch persönlich Vortheil daraus ziehen, ich gestehe aber, daß ich meine Vorschläge nicht aus diesem Grunde gemacht habe, denn das Benehmen der Agrarier, in dieser Nothzeit namentlich, erscheint mir durchaus einer Prämiirung unwürdig.

Wenn die Produktion in dieser Weise mit dem Staatserforderniß in Einklang gebracht sein wird, so dürfte auch die Konsumtion noch reformfähig sein und durch eine Reform auf die Richtung der Produktion wiederum einwirken.

(Schluß folgt.)

Die russische Bastille.

Von **George Kennan**. Zum erstenmale verdeutscht von L. Katscher.

(Schluß.)

b) Geheimer Verkehr der Häftlinge.

Der Hauptzweck der strengen Disziplin, die in der Trubetzkoi-Bastei geübt wird, ist die Verhinderung jedweder Verständigung zwischen den Gefangenen. Der Regierung liegt daran, daß die in Untersuchungshaft befindlichen „Politischen“ nicht in die Lage kommen, miteinander Winke für die Vertheidigung auszutauschen oder sich über ein gleichmäßiges Verhalten in den schwebenden Prozessen zu einigen, und daß es Jenen, die seit längerer Zeit in der Festung sind, unmöglich gemacht werde, von den Neuankömmlingen zu erfahren, was in der Welt vorgeht. Jeder Verhaftete soll derart abgesondert werden, daß er sich für die einzige in dem betreffenden Flügel gefangen sitzende Person halten und daher alle Versuche, die Aufmerksamkeit anderer auf sich zu lenken, unterlassen möge.

In Wirklichkeit erreichen indeß die Behörden ihren Zweck nicht vollständi
Die „Politischen" verstehen es vielmehr, trotz aller grausamen Vorsichtsmaßregel
einen mannigfaltigen Geheimverkehr unter einander zu pflegen.

Vor allem benutzen sie hierzu das „Klopfalphabet" mit seinen zahlreiche
Chiffrirsystemen. 1876 wollte die Gefängnißverwaltung der Wandtelegraphie ei
Ende bereiten, indem sie die Wände aller Zellen mit einem Drahtnetz verkleide
und dieses mit dickem, weichen Filz bedecken ließ. Dadurch bot sie den Insass
sehr wider Willen eine neue Erleichterung, ohne dem alten „Uebel" abzuhelfe
Der Raum zwischen Netz und Mauer wurde nämlich zur Aufbewahrung vo
allerlei nützlichen Dingen — Restchen von Zigarettenpapier, Stecknadeln, Bin
fadenendchen, alte Nägel, angebrannte Streichhölzchen u. dergl. — benutzt, dere
Verbergung vor den Augen der wachsamen Schließer den Häftlingen früher gro
Mühe gekostet hatte; und dabei verhinderte das Netz keineswegs den Klopfverkeh
Vielmehr entdeckten die findigen „Politischen" bald, daß sie für diesen gar nic
der Wand bedürfen, und daß das kleine Eisentischchen, welches in der Nähe de
Bettes brettartig an die Wand befestigt ist, dieselben Dienste leiste, falls d
Zellennachbarn während der geheimen Korrespondenz die Ohren an die Platte
legen. Diese Entdeckung — daß selbst das schwächste Klopfen an eine Plat
bei der Platte in der oberen oder unteren Nachbarzelle ein leises Zittern hervo
ruft — machte den Klopfverkehr leichter und sicherer als er vorher gewese
Der Gefangene braucht nur sich aufs Bett zu setzen, die Arme auf den Tisch z
legen und den Kopf — wie man es bei Müdigkeit oder Verstimmung zu thu
pflegt — in die Arme zu vergraben, um unbemerkt mit einer Fingerspitze a
das Eisentischchen klopfen zu können. Diese Haltung ist eine so natürliche, da
sie nicht den Verdacht des Wärters erregen kann, und das Lauschen auf d
Antwort erfordert nur eine geringfügige Aenderung der Lage des Kopfes. D
das Eisen keinen Klang von sich giebt, kann der dienstthuende Gendarm auf de
Gang das Klopfen nicht hören. Noch einen weiteren Vortheil bot die Platten
telegraphie, so lange man nicht hinter ihre Schliche kam, gegenüber dem Wand
klopfen. Wenn die Kerkerverwaltung nämlich — was oft geschah — eine
Häftling dadurch auf die Probe stellte, daß sie seine Zellennachbarn zeitweili
entfernte, um die Klopfbotschaften durch Soldaten auffangen zu lassen, richtete
diese seit Einführung der Drahtnetze nichts aus; der „Politische" fuhr zwar fo
zu klopfen, da aber die Plattentelegraphie nicht gehört werden kann, wenn ma
das Ohr nicht an den Tisch legt, die Spione jedoch nicht hieran denken konnte
vernahmen sie nichts und die Behörden glaubten, dem verbotenen Klopfen de
Garaus gemacht zu haben.

Darin aber täuschten sich die Behörden, wie wir gesehen haben. Wirkli
erfolgreich konnten sie das Klopfen nur dann verhindern, wenn sie entweder b
jedem Häftling einen Gendarm oder Soldaten beständig in der Zelle verweile
oder sämmtliche Nachbarzellen unbesetzt ließen. Es giebt aber noch andere Mitte
einen geheimen Verkehr zu bewirken, und um deren Anwendung unmöglich z
machen, müßte man den Leuten den täglichen Spaziergang, sowie das Recht au
Bücher aus der Festungsbibliothek entziehen. Bemerkte ein „Politischer," da
sein Klopfen unbeantwortet blieb, so punktirte er aufbewahrte Stückchen Zigaretten
papiers mit einem Splitter oder Spahn oder dem angebrannten Ende eine
Streichhölzchens derart, daß die Löcher oder Punkte, wenn gezählt, Buchstabe
des Chiffernalphabets bedeuteten, und vergrub die geheime Botschaft in klein
Kügelchen, die er aus angefeuchtetem Brot herstellte und unmittelbar vor den
nächsten Spaziergang in den Mund nahm, um sie während des letzteren im Hof

nauffällig zu Boden fallen zu lassen — in der Hoffnung, daß der nächste häftling sie finden werde. Die Farbe der Roggenbrotkügelchen ähnelt so sehr derjenigen des Bodens, daß ihre Entdeckung durch die Wärter kaum vorauszusetzen war, während erwartet werden konnte, daß Gefangene, die überall gierig nach geheimen Botschaften ihrer Verwandten und Freunde suchten, sie leicht bemerken würden. hatte Jemand kein Zigarettenpapier, so zog er aus einem seiner Strümpfe oder aus seinem Bettlaken einen Faden, den er mit Chiffernknoten versah und bei guter Gelegenheit im Hofe fallen ließ. In der Regel gelang es bald einem oder dem anderen Häftling, die Brotpille oder den Faden zu entdecken, unter irgend einem Vorwande — namentlich dem des Schuhbindens — unbemerkt aufzuheben und in den Mund zu nehmen, um später in seiner Zelle die Geheimschrift zu entziffern.

Die durch Pillen oder Fäden vermittelten Nachrichten konnten selbstverständlich nur kurz sein, waren aber zuweilen sehr bedeutsam und tragisch. Ein Beispiel. Im Jahre 1880 befand sich in der Festung der bekannte Revolutionär Goldenberg, dessen Geist in Folge der langen Einzelhaft sich zu verwirren begann. Im November grübelte er sich in den Glauben hinein, die Umsturzbewegung sei ganz aussichtslos geworden, ihre Fortsetzung könne nur zu weiterem Elend und Unglück führen, das beste Mittel zur Verhütung fernerer Menschenopfer wäre die Unterdrückung der Partei und es würde das Richtigste sein, wollte er durch Ablegung einer umfassenden, rückhaltlosen Aussage die Behörden in die Lage bringen, der ganzen Organisation mit Einem wuchtigen Schlage ein Ende zu bereiten. Diesem unlogischen Gedankengang folgte die That: Goldenberg theilte dem Polizeileiter alles mit, was er von den Plänen und Mitgliedern seiner Partei wußte. Dieses Bekenntniß bewirkte beinahe die Vernichtung der letzteren, denn es zog die Verhaftung vieler ihrer hervorragendsten Vertreter nach sich. Nachdem Goldenberg den verhängnißvollen Schritt gethan, begann er von dem Gedanken gequält zu werden, daß seine in der Festung eingesperrten Gesinnungsgenossen seine Beweggründe verkennen und ihn für einen feigen Verräther halten könnten. Da es ihm nun an Gelegenheit zu mündlichen oder schriftlichen Erläuterungen fehlte, bediente er sich des Chiffernalphabetes, um den anderen Häftlingen wenigstens Andeutungen zu machen. Einer der Parteiführer, der damals in einer Kasematte der Trubetzkoi-Bastei saß, erzählte mir 1885 in Sibirien, wohin er später verbannt wurde: „Fast täglich fand einer von uns im Hofe ein Brotkügelchen oder ein Stückchen Zigarettenpapier mit Geheimbotschaften von Goldenberg, z. B.: „Ich kann erklären“ oder „Verdammt mich nicht“ oder „Höret, ehe ihr urtheilt.“ Es war traurig, zu sehen, welche Sehnsucht der arme Teufel danach empfand, sich uns anzuvertrauen, damit wir ihn nicht einer niedrigen Gesinnung zeihen möchten.“ Goldenberg starb noch vor Jahresschluß in der Festung und man glaubte allgemein, er habe Selbstmord begangen; in dem Propagandistenprozesse von 1881 lehnte es die Regierung ab, über die näheren Umstände seines Todes Aufschluß zu geben.

Auch die aus der Kerkerbibliothek entliehenen Bücher wurden nicht selten zu geheimen Botschaften benutzt. Allerdings mußte, so lautete die Vorschrift, ein Gendarm jedes zurückgegebene Buch auf versteckte Mittheilungen genau untersuchen; aber mancher Leser schmuggelte die letzteren in so schlauer Weise ein, daß sie dem die Bände durchblätternden Soldaten entgehen mußten: über einzelnen planmäßig ausgewählten Buchstaben wurden mittels einer Stecknadel oder eines Splitters ganz schwache Pünktchen mit Chiffernbedeutung angebracht. Abgesehen davon, daß die Gendarmen die Bücher oft nur oberflächlich prüften, war die Punktirschrift nur dann bemerkbar, wenn man das Blatt in einem spitzen Winkel

gegen das Licht hielt, was zu thun den Soldaten, die nichts davon wußten
natürlich nicht einfallen konnte.

In ihrer Findigkeit gerathen die Einzelhäftlinge auf alle erdenklichen Mitte
zur Verbreitung geheimer Botschaften. Ein sehr seltsames ersann Jemand i
Gestalt einer — Schmeißfliege, die sich in seine Zelle verirrt hatte und die e
fing, um ihr mit einem Haar ein chiffrirtes Stückchen Zigarettenpapier um de
Leib zu binden und sie dann aufs Gerathewohl zum Fenster hinausfliegen z
lassen. Der bereits erwähnte junge Arzt M. — der Mann mit dem chronische
Schlucksen — in dessen Kasematte die Fliege später zufällig hineinflog und der
ihr sonderbares Aussehen auffiel, erwischte sie und fand, daß das Briefchen nu
den Namen des Betreffenden — keine Nachricht — enthielt, der in dieser Weis
wahrscheinlich mittheilen wollte, daß er noch lebe. Dr. M. band dem Thierche
das Papier wieder um und setzte es in Freiheit; wie er mir nach Jahren erzählte
hat er über das weitere Schicksal desselben nichts in Erfahrung gebracht.

c) Strafhaft.

Wird in Rußland ein Mörder, ein Straßenräuber oder ein anderer ge
meiner Verbrecher vom Gericht zu Strafarbeit verurtheilt, so erreicht seine Einzel
haft gewöhnlich alsbald ein Ende und er darf mit anderen gemeinen Verbrecher
eine Zelle zusammen bewohnen, bis er, was ohne unnöthigen Verzug geschieht
nach Sibirien geschickt wird. Nicht so der zu Strafarbeit verurtheilte „Politische.
Er hat weniger Rechte als der Muttermörder. Für ihn hört die Einzelhaf
nicht auf, er wird nur in einen anderen Theil der Peterpaulsfestung gebrach
(in der Provinz in eine Einzelzelle eines sogenannten „Zentralsträflingskerkers“
und verbleibt dort in schrecklicher Einsamkeit eins bis fünf Jahre, bis er wahn
sinnig oder nach Sibirien verbannt wird.*) Den betreffenden Theil des „Petro
pawlowsk“ nennt man die „Abtheilung für Strafknechtschaft“ oder „Zuchthaus
Abtheilung.“ Hier führen die „Politischen“ so ziemlich dasselbe Leben wie i
der Trubetzkoi-Bastei. Die Kasematten sind ebenso feucht und düster, ebenso hoch
angebrachte und vergitterte Fenster bieten die Aussicht auf kahle Mauern, die Still
ist ebenso unheimlich und auch der schreckliche „Judas“ in der Zellenthüre fehl
nicht. Nur die *Behandlung* weicht von derjenigen in der Untersuchungshaft ab

In Rußland ist die Verurtheilung zu Strafknechtschaft mit dem Verlus
aller Bürgerrechte verknüpft — einerlei ob das Verbrechen ein gemeines oder ei
politisches gewesen. Der „Politische,“ den dieses Schicksal trifft, hört auf, ei
Staatsbürger zu sein und verliert alle Vorrechte und Vortheile seines Stande
oder seiner Stellung, jeden Anspruch auf den Schutz des Gesetzes und das Recht
über seine eigene Person, seine Familie und sein Vermögen zu verfügen. E
ist, genau genommen, vogelfrei und kann von den Staatsbeamten wie ein Sklav
behandelt werden. In dieser Beziehung macht es keinen Unterschied, ob man
auf kürzere oder längere Zeit verurtheilt wird. Vierjährige Strafarbeit zieh
genau dieselben Folgen nach sich wie lebenslängliche. Als ob der Sträfling ge
storben wäre, fällt sein Besitzthum seinen gesetzlichen Erben zu oder es wir
unter Staatsverwaltung gestellt und die letztere kann seine Kinder wie Waisen
behandeln. Er selbst darf gepeitscht werden. Während der sogenannten „Probe
zeit,“ die je nach dem Strafausmaß 1 ½ bis 8 Jahre dauert, bleibt er ohne Bett

---

*) Diese Regel hat stets Ausnahmen gehabt, und russische Beamte behaupten
daß verurtheilte „Politische“ gegenwärtig nicht mehr im „Petropawlowsk,“ sonder
nur noch in der Schlüsselburg in Einzelhaft gehalten werden. Dort hat Sofie Günz
burg im Sommer 1891 sich das Leben genommen.

stelle, Bettzeug, Geld, Bücher, Schreibmaterialien und ohne jeden Verkehr mit seinen Verwandten. Sein Kopf wird von der Stirne bis zum Hals immer wieder zur Hälfte rasirt. Er muß Sträflingsgewänder nebst fünf Pfund schweren Fußfesseln tragen und die Sträflingskost essen.

In der Zuchthausabtheilung der Peterpaulsfestung wird hinsichtlich des Tragens von Fesseln eine Ausnahme gemacht, erstens damit die angestrebte vollkommene Stille nicht gestört und zweitens damit das Klirren nicht zu einer Geheimsprache mißbraucht werde. Dagegen wird die Vorschrift, daß während der „Probezeit“ keinerlei Verbindung mit Angehörigen gestattet ist, zuweilen so streng befolgt, daß eine Mutter nicht einmal erfahren kann, ob ihr eingesperrter Sohn noch lebt oder nicht. Von dem Rechte, Sträflinge zu peitschen, scheint man in der Festung keinen Gebrauch zu machen. Mir ist es nicht darum zu thun, durch Uebertreibung der Leiden der politischen Sträflinge im „Petropawlowsk“ die Leser gegen die russische Regierung einzunehmen oder zu Gunsten der Revolutionäre zu stimmen, sondern lediglich darum, festzustellen, was ich mit gutem Grund für die Wahrheit halte. Deshalb muß ich auch bekennen, daß meine Erfahrungen mir nicht gestatten, das Leben der verurtheilten „Politischen“ in den dunkeln Farben zu malen, die „Stepniak“ und Fürst Peter Krapotkin bei ihren Darstellungen angewendet haben. Keinem von den mehr als fünfzig Festungshäftlingen, die ich in Sibirien kennen lernte, war je zu Ohren gekommen, daß ein Insasse der „Abtheilung für Strafknechtschaft“ gepeitscht oder gefoltert worden wäre. Ebensowenig hatten all' diese Personen etwas von unter dem Niveau der Newa liegenden oder von Ratten heimgesuchten Zellen gehört. Es liegt mir fern, bestimmt behaupten zu wollen, daß die Schilderungen der genannten Schriftsteller unrichtig oder ungenau sind, aber ich darf nicht verschweigen, daß meine Forschungen andere Ergebnisse gehabt haben. Manche Zellen der Peterpaulsfestung sind so feucht, daß in ihnen Salz oder Zucker nach wenigen Stunden von selbst schmilzt, und diese Zellen beherbergen zuweilen „Politische,“ aber sie liegen nicht unter dem Niveau des Flusses. „Politische“ sind häufig mit Gewehrkolben und Fäusten geschlagen worden; was jedoch das Peitschen betrifft, habe ich keinen einzigen Fall festzustellen vermocht. Auch das Foltern scheint in neuerer Zeit weder in dieser Festung, noch in irgend einem anderen Gefängniß Europäisch-Rußlands geübt worden zu sein. Im großen Ganzen entsprechen jedoch die von Krapotkin und Stepniak veröffentlichten Beschreibungen meinen eigenen Forschungsergebnissen in weit höherem Grade, als die Berichte Henry Lansdell's und einiger anderer englischen Reisenden.

Den Untersuchungshäftlingen bleibt die Hoffnung auf einen Prozeß und die Freilassung. Die Verurtheilten aber haben nur die Aussicht auf einen langsamen Verfall ihrer Geistes- und Körperkräfte in der Einsamkeit einer düsteren Kasematte, sowie auf Tod, Wahnsinn oder Strafknechtschaft in den transbaikalischen Bergwerken. Ein zu Minenarbeit verurtheilter Revolutionär erzählte mir in Sibirien Folgendes:

„.... Meine Zelle war stets düster, in der Regel feucht und manchmal kalt. Tag um Tag, Woche um Woche, Monat um Monat brachte ich dort allein zu, ohne einen anderen Laut zu hören als das traurige Glockenspiel der Domkirche.... Ich hatte nichts anderes zu thun als zu denken oder auf und ab zu gehen. Anfänglich pflegte ich im Flüstertone Selbstgespräche zu führen, alle mir im Gedächtniß gebliebenen Stellen aus Büchern herzusagen und Reden zu halten. Nachgerade verlor ich jedoch die Willenskraft zu dieser geistigen Thätigkeit und saß oft stundenlang in gedankenlosem Stumpfsinn da. Ehe ein Jahr um war, wurde ich so geistesschwach, daß ich anfing, Worte zu vergessen, und

bald kam mir meine Muttersprache fremd vor. Ich fürchtete, wahnsinnig zu werden und wurde in dieser Angst durch die Thatsache bestärkt, daß die Insassen mehrerer Nachbarzellen theils bereits irrsinnig waren, theils an Wahnvorstellungen litten. Durch ihr Weinen, Schreien, Stöhnen und Flehen — bei heftigem Delirium wurden sie von den Gendarmen ans Bett gebunden — wurde ich Nachts oft geweckt und gerieth in die höchste Aufregung. Da ich nicht sah, was in den Kasematten, aus denen all' jene schrecklichen Laute herübertönten, vorging, hatte meine Einbildungskraft freies Spiel und gaukelte mir Bilder vor, die meine Nervosität fast bis zur Hysterie steigerten. Wiederholt ließ ich — in der Furcht, meine ganze Selbstbeherrschung zu verlieren — den Festungsarzt oder dessen Vertreter kommen, aber ich erhielt jedesmal nur eine Dosis Bromkali und die Mahnung, mich nicht aufzuregen, weil hierzu keine Ursache vorliege. Da „Petropawlowsk" keine Krankenabtheilung hat, werden irre und delirirende Patienten in ihren Zellen behandelt: nur dann, wenn sie unheilbar sind oder ihre Pflege allzu große Scherereien macht, erfolgt die Ueberführung in eine Heilanstalt. . . . Der schlimme Einfluß der ewigen Einsamkeit, Stille und Beschäftigungslosigkeit auf den Geist wird durch die schlechte Ernährung noch vergrößert. Die Untersuchungshäftlinge dürfen den Schließern Geld geben, damit sie ihnen Weißbrot, Gemüse, Thee, Zucker und andere die Kerkerkost ergänzende Lebensmittel besorgen. Wir Sträflinge aber mußten uns begnügen mit schwarzem Roggenbrot, etwas ungewürztem, gefettetem, zuweilen nur halbgarem Gerstenbrei und einer Suppe, die oft von so verdorbenem Fleisch herrührte, daß man sie nicht essen konnte. Diese Kost rief im Verein mit der elenden Luft der Kasematten und dem Mangel an Bewegung im Freien Verdauungsstörungen hervor, denen bald mehr oder minder deutliche Anzeichen von Skorbut folgten. Bei Frau Lebedewa, die gleichzeitig mit mir in der Zuchthausabtheilung der Festung saß, zeigte sich so hochgradiger Skorbut, daß ihre Zähne sich lockerten, ihr Zahnfleisch anschwoll und sie das Schwarzbrot nicht kauen konnte, ohne es vorher in warmes Wasser zu tauchen. Bei mir trat der Skorbut viel schwächer auf, aber dennoch steigerte er meine Niedergeschlagenheit in fast unerträglicher Weise. . . . Ich dachte an Selbstmord, fand aber in meiner Zelle keinerlei Behelf zur Vollbringung eines solchen. Einmal kam ich auf den Gedanken, zu versuchen, ob ich mich an der zwei bis drei Zoll langen Luftheizungsröhre erhängen könne, allein diese wurde durch das Gewicht meines Körpers sofort aus dem Mauerwerk gerissen und erzeugte beim Herabfallen ein Geräusch, das die Aufmerksamkeit des Wärters erregte. Ich wurde sofort in eine andere Zelle gebracht und habe nie wieder einen Selbstmordversuch gemacht."

Ich bin entschieden der Ansicht, daß die Hinrichtung eine weit weniger schreckliche Strafe ist, als eine lange Einzelhaft in russischen Festungskasematten ohne Bett, Bücher und Schreibmaterialien, ohne hinreichende Ernährung und ohne jegliche Verbindung mit der Außenwelt. Frau Wjera Philippowa, eine ebenso schöne wie gebildete Revolutionärin, die im Jahre 1884 verurtheilt wurde, bat, man möge sie lieber hängen als in der Schlüsselburg gefangen halten; ihre Bitte blieb aber unerfüllt. Es kommt oft vor, daß Häftlinge sich absichtlich an Beamten oder Wärtern der Zuchthausabtheilung vergreifen, weil sie hoffen, dafür kriegsgerichtlich zum Erschießungstode verurtheilt zu werden. Der Vorsitzende eines Kreisgerichts erzählte mir, der Revolutionär Muischkin sei 1885 in der Schlüsselburg erschossen worden, weil er den Gefängnißarzt geschlagen habe; er hatte nämlich in seiner Verzweiflung beschlossen, sich auszuhungern, und der Arzt wollte ihm im Auftrage des Vorstehers gewaltsam Nahrung beibringen.

Der beste Beweis für die Unmenschlichkeit der Behandlung der politischen Sträflinge in der Peterpaulsfestung ist deren Gesundheitszustand zur Zeit ihrer Entlassung. Im April 1883 befahl die Regierung dem Befehlshaber der Festung, einen großen Trupp „Politischer" behufs Verschickung nach den ostsibirischen Bergwerken zusammenzustellen. Nach Besprechungen mit dem Gefängnißarzt und dem mit der Leitung des geplanten Transportes betrauten Offizier berichtete der Kommandant, daß die meisten in dem Befehl genannten Personen zu schwach seien, um auch nur eine dreitägige Reise auszuhalten, daß über die Hälfte nicht einmal im Stande wären, sich ohne Unterstützung auf den Füßen zu halten und daß der betreffende Offizier sich weigere, die Reise mit derartig heruntergekommenen Leuten anzutreten. Angesichts all' dessen bleibe nichts übrig — fügte der Befehlshaber hinzu — als die Ueberführung der zur Verbannung bestimmten Personen ins provisorische Gefangenhaus, wo sie unter günstigeren Lebensbedingungen zu verweilen hätten, bis sie reisefähig werden würden. Diesen Rath befolgend, ließ die Regierung sechzehn Männer und sechs Weiber aus dem Petropawlowsk ins Gefangenhaus bringen, wo ihnen verhältnißmäßig helle und luftige Zellen zugewiesen wurden.*) Mehrere litten bereits an hochgradiger Schwindsucht; zwölf konnten weder stehen noch gehen und mußten bis zu dem Wagen getragen werden. Nach dreimonatlicher ärztlicher Behandlung und besserer Ernährung wurden, mit zwei Ausnahmen, Alle als rekonvaleszent gemeldet. Zwar hatten einige noch immer den Skorbut, und die Uebrigen waren nur die Schatten ihrer einstigen Personen; amtlich jedoch galten sie für genug gekräftigt, um die außerordentlich beschwerliche, fast 7500 Kilometer lange Reise nach Transbaikalien antreten zu können. Wie es in Wirklichkeit mit ihrer angeblich hinreichenden „Kräftigung" stand, weiß ich aus dem Munde zahlreicher Zeugen, und zwar theils „Politischer," theils Amtspersonen. Ein Beamter der Verbannungsverwaltung, der den Trupp sah, nachdem dieser Moskau passirt hatte, sagte mir, die armen Teufel seien großentheils herabgekommene Epileptiker gewesen und bei der geringsten Aufregung in Ohnmacht gefallen. Er wollte mir dadurch beweisen, daß es den „Politischen" in den Gefängnissen und Bergwerken Sibiriens besser ergehe, als in den Festungen und „Zentralstrafhäusern" Europäisch-Rußlands.

Ein zweites Beispiel. Im Oktober 1880 traf im Mtsensker Provinzialgefängniß eine Anzahl politischer Sträflinge ein, die soeben theils in der Peterpaulsfestung, theils im Charkower Zentralstrafhaus eine vier- bis fünfjährige Einzelhaft überstanden hatten und nun nach Sibirien unterwegs waren. Ihr Zustand war ein äußerst jämmerlicher. Unter ihnen befanden sich zwei unheilbar Wahnsinnige, drei bis vier Hysterische oder an Wahnvorstellungen Leidende und die Anderen erwiesen sich als so schwach, erschöpft und abgezehrt, daß ihre Weiterbeförderung in Mtsensk unterbrochen werden mußte, bis ein gewisses Maß von Erholung erreicht wurde. Wenn der Zar den Offizier, der 1880 dem Charkower Zentralgefängniß vorstand, und den Arzt, der 1883 in der Peterpaulsfestung angestellt war, über den geistigen und leiblichen Zustand der „Politischen" befragen wollte, die in jenen Jahren aus den genannten Kerkern nach Sibirien abgingen, so würde er einen der Gründe erfahren, aus denen es, wenn er von Petersburg nach Moskau reist, nöthig ist, die Bahnstrecke von zwanzigtausend Soldaten bewachen zu lassen.

---

*) Kennan zählt diese 22 „Politischen" namentlich und mit allen näheren Angaben (Alter, Strafzeit, Beruf &c.) auf; das betreffende Verzeichniß glaube ich hier weglassen zu dürfen. L. K.

Die Börse.

Wenn der Fetisch des Wilden demselben eine Enttäuschung bereitet, etwa statt Regen Dürre eintreten läßt, so wird er von seinem bisherigen Anbeter entweder aufs Schärfste bestraft oder ganz vernichtet und durch einen anderen Fetisch ersetzt.

Der aufgeklärte Bürger unserer Tage blickt mit dem Lächeln überlegener Verachtung auf diese naive Denkweise herab, über die er Dank seiner Einblicke in das Walten der Naturgesetze so sehr erhaben ist. Er und Fetischanbeter — er, der über die Beziehungen von Ursache und Wirkung so ungemein im Klaren ist, er, den „weder Skrupel noch Zweifel“ plagen, der sich „weder vor Hölle noch Teufel“ fürchtet. Es ist Wahnsinn, daran auch nur zu denken.

Man weiß, wie es mit dieser Erhabenheit über den Fetischismus der Wilden in Wirklichkeit steht, wie neun Zehntel der gebildeten Philister in jedem Augenblick bereit sind, vor irgend einem erfolgreichen Staatsmann oder Heerführer sich auf den Bauch zu legen und von ihm politische oder militärische Wunderthaten zu erwarten, aber um so mehr auf ihn zu schimpfen und seine Entfernung zu verlangen, wenn die erhofften Wunderwirkungen ausbleiben oder gar das Gegentheil derselben eintritt.

Noch ungestümer geberdet sich der Philister, wenn es sich um Vorgänge auf dem Gebiete des Wirthschaftslebens handelt. Er verbeugt sich in Andacht, er kriecht vor dem Fürsten der Industrie, vor dem Feldherrn der Finanz, vor dem Staatsmann der Börse — so lange die von ihnen geleiteten Unternehmungen gut gehen. Geht's aber mit denselben schief, so sind Fürst, Feldherr und Staatsmann gemeine Schwindler, die ins Zuchthaus oder womöglich an den Galgen gehören. Und bezeichnend: je „maßvoller“ der Philister auf politischem Gebiet, um so maßloser läßt er seiner Stimmung wirthschaftlichen Erscheinungen gegenüber Lauf. Er muß eben einen Fetisch zu zerbrechen haben.

Darum wird gerade in Deutschland bei jedem Börsenkrach der allgemeine Ruf laut: Nieder mit der Börse! Verbot des Börsenspiels, Verbot der Börsenspekulation! Polizei! Polizei!

Auch jetzt erschallt dieser Ruf wieder und findet bei gewissen Parteien ein wohlgeneigtes Ohr. Alles, was auf die Stimmen der Philister reflektirt, entwickelt einen Rieseneifer für den heiligen Krieg gegen die Börse. Und ist er denn nicht wirklich heilig, dieser Krieg? Richtet er sich nicht gegen das korrumpirteste Institut der Zeit, gegen den Mammonstempel, die Brutstätte des ruchlosen Spiels mit den Erträgen des Volksfleißes? Ist es nicht ein *sozialpolitischer* Feldzug?

Den Kreuzrittern gegen die Börse, welche so ins Geschirr gehen, setzt diese ihre Artillerie gedrillter Apologeten gegenüber: „Die Börse ein verwerfliches Institut? Lächerlich. Die Börse ist der größte Wohlthäter der Menschheit, der gewaltigste Hebel des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie gleicht die Unterschiede in den Preisen aus, sie regulirt Angebot und Nachfrage, sowohl der Waaren wie des Kapitals, sie regt die Unternehmungslust an und schafft die Kapitalien für die Riesenunternehmungen, die den Stolz unserer Epoche bilden, herbei, sie ist es, welche Eisenbahnen gebaut, Dampferlinien errichtet, Sümpfe entwässert, Wüstenland urbar gemacht hat. Die Börse still setzen, heißt alle Räder des gesellschaftlichen Organismus still setzen. Darum bleibe der Staat der Börse vom Leibe, er „rühre, rühre nicht daran“; was ungesund ist, scheidet sie von selbst aus, jedes Herumkuriren von außen an ihr ist vom Uebel.“

So geht das Geschrei hinüber und herüber. Was aber wird dabei herauskommen?

Um diese Frage richtig zu beantworten, müssen wir uns zunächst darüber klar werden, welches die wirkliche Rolle der Börse im Organismus der modernen Gesellschaft ist.

Wir haben zwei Arten von Börsen zu unterscheiden. Die Fonds- beziehungsweise Aktienbörsen und die Waaren- beziehungsweise Produktenbörsen.

Die Letzteren sind die älteren, wie ja die Waarenzirkulation älter ist als das Staatsschulden- und Aktienwesen. Schon im alten Rom und in den italienischen Handelsrepubliken fanden sich die kaufmännischen Händler an bestimmten Orten zum Zwecke des Abschlusses von Kaufgeschäften zusammen, hielten sie ihre „Börsen" ab. Aber ihre feste Organisation erhielten diese Zusammenkünfte erst durch die Holländer, die im 16. Jahrhundert erstes Handelsvolk der Welt wurden. Hier und da leitet man sogar das Wort Börse von dem Namen eines Kaufherren in Brügge ab, in dessen Hause die Kaufleute jener Stadt Zusammenkünfte zum obenbezeichneten Zwecke abgehalten haben sollen, während Andere es auf das mittelhochdeutsche „Burs" = Genossenschaft zurückführen, das selbst wieder lateinischen Ursprungs ist. Von Holland griff die Institution der Börsen bald nach England und Frankreich hinüber und später auch nach Deutschland, überall als die natürliche Begleiterscheinung des Handels auf einer gewissen Stufe der Entwicklung. Ihre Voraussetzungen sind unter Anderem ein ausgedehnter Markt und vorgeschrittene Arbeitstheilung zwischen Groß- und Kleinhandel. Der Börsenplatz ist der Stapelplatz für die auf der Börse gehandelten Waaren. Derjenige, der eine dieser Waaren zu Markte bringt, erhält Gelegenheit, sie zu verkaufen, ehe sie noch in den Kleinhandel geht; wer für sie Verwendung hat, sie zu jeder Zeit in größeren Mengen anzukaufen. Das bedeutet für beide Theile eine große Zeitersparniß, beschleunigten Umsatz und wirkt in Folge dessen belebend auf die hinter dem Handel stehenden Industrien. Um diese Möglichkeit noch zu steigern, geht man bald zu dem System der Zeitgeschäfte über. Man kauft Waaren, um sie nicht sofort, sondern erst an einem späteren Zeitpunkt abzunehmen, oder verkauft Waaren, um sie erst an einem viel späteren Zeitpunkt zu liefern. Beide Geschäfte können sehr „solide," durch bestimmte Umstände gerechtfertigte sein, und zweifelsohne waren die ersten Zeitgeschäfte ausschließlich Käufe und Verkäufe auf wirkliche Lieferung, beziehungsweise Abnahme bei Ablauf des Termins. Aber die Möglichkeit nicht blos des Kaufens, sondern auch des Verkaufens auf reine Spekulation war nun gegeben, und sobald die Zeitgeschäfte allgemeine wurden, konnte es nicht fehlen, daß diese Möglichkeit gelegentlich weidlich ausgenutzt wurde. Das Geschäft des Großkaufmanns war ohnehin mit vielem Wagen verbunden, es brauchte also nicht einmal besonderen Reizes, denselben zu Spekulationen an der Börse zu veranlassen. Neben dem Großkaufmann fanden sich aber noch andere Leute auf der Börse ein, und durch diese wurden wiederum Leute, die dem eigentlichen Handelsgeschäft ganz fern standen, in die Spekulation hineingezogen. Wie verhältnißmäßig früh schon die glücksspielartig betriebene Spekulation das große Publikum ergriff, beweist die berühmte „Tulpenzwiebel-Epidemie" der Jahre 1634 bis 1637, während deren „ganz Holland" in Tulpenzwiebeln spekulirte und man für einzelne Zwiebeln Tausende von Gulden zahlte. Natürlich blieb der Krach nicht aus, aber die Börse haben die Mynheers darum doch nicht abgeschafft.

Im Allgemeinen ist die Spekulation in Waaren auch auf die eigentlichen Interessenten beschränkt geblieben, nur wenn ganz besondere Veranlassungen vorlagen, betheiligte sich das außenstehende Publikum an ihnen. Anders dagegen mit der Spekulation in Werthpapieren. Die Staatsanleihen, Bank- und Industrie-

Aktien sind von vornherein auf Abnehmer aus allen Kreisen der Bevölkerung, die über die nöthigen Mittel verfügen, berechnet, ob es Millionäre sind oder kleine Leute, die sich ein Sümmchen erspart, ob Kaufleute oder Gelehrte, Bauern oder Handwerker — jeder ist recht, der im Stande ist, mindestens einen Anleiheschein, mindestens eine Aktie zu zeichnen. Und jeder, der einen Anleiheschein oder eine Aktie besitzt, wird, er mag es wollen oder nicht, in den Kreis der Spekulation hineingezogen, sobald diese sich auf die Papiere des betreffenden Staates oder der betreffenden Gesellschaft wirft. Er ist schon virtuell ein Spekulant, indem er diese Papiere kauft.

Aus diesem Grunde ist die Fonds- und Aktien-Börse auch ein viel kritischer betrachtetes Institut als die Waarenbörse.

Die Waarenbörse verrichtet, so lange die Produktion von Privatunternehmern betrieben wird und der Absatz Sache des Handels ist, die sehr wichtige wirthschaftliche Funktion eines Regulirers der Preise. Sie verrichtet sie nicht immer sehr regelmäßig, oft mit hektischer Voreiligkeit — jedes Kriegsgerücht, jedes Gerücht über einen möglichen Ausfall oder Ueberschuß an Produkten wird von ihr im Voraus in Anrechnung gebracht — oft mit eigensinniger Zurückhaltung. Eine starke Baissepartei kann die Preise eine zeitlang niedriger, eine starke Haussepartei sie eine zeitlang höher halten, als die wirkliche Lage des Marktes rechtfertigte. Aber immer nur eine Zeit lang, und auch das nur ausnahmsweise, während die große Regel die möglichst genaue Anpassung der Preise an den jeweiligen Werth der Produkte bildet. Im Allgemeinen wirkt die Waarenbörse als Nivellirer, als Ausgleicher der Preise, die unter ihrem Einfluß viel größere Stetigkeit erlangen, als sie ohne sie hatten und haben würden. Man übersehe nicht, daß die Spekulation keineswegs an die börsenmäßige Form des Handels gebunden ist. Sie hat bestanden, ehe es Börsen gab und in viel schlimmerer Gestalt, indem sie ihre Spitze fast ausschließlich gegen die Masse der Nichtbesitzenden richtete. Die Spekulation in ihren Anfängen ist die Spekulation auf den Bedarf, womöglich die Noth, sie besteht im Aufkauf und der Aufspeicherung nothwendiger Nahrungsmittel, um den Preis derselben in die Höhe zu treiben. Der Lebensmittelwucher blühte, ehe es Börsen gab, und wenn diese ihm kein Ende machten, so haben sie ihm doch ein starkes Gegengewicht geschaffen. Hinter dem Geschrei gegen die Kornbörsen steckt auf Seiten der Grundbesitzerpartei nichts als der fromme Wunsch, den Aufkauf und die Preistreiberei um so ungehinderter ins Werk setzen zu können. Nicht daß bei Mißernten auf allen Kornbörsen die Preise in die Höhe gehen, sondern daß sie gewöhnlich nicht *genug* in die Höhe gehen, ist der Schmerz des Agrarierthums.

Selbstverständlich ist auch auf den Börsen nicht alles rosenroth und den Menschen ein Wohlgefallen. Es wird geschwindelt, es werden Preistreibereien oder Preisdrückereien inszenirt, die nicht dem thatsächlichen Stande von Angebot und Bedarf entsprechen. Aber solche Manöver sind kein Monopol der Börsen, sie fallen dort nur mehr auf, weil sie auf größter Basis und in konzentrirter Form vor sich gehen. Die große Ausdehnung des Marktes, auf den die Börsen heute Rücksicht zu nehmen haben, macht diese Manöver immer schwerer und gefährlicher. Es gehört z. B. bei den heutigen Verhältnissen des Getreidemarktes eine Riesenkoalition dazu, eine künstliche Steigerung der Getreidepreise ins Werk zu setzen, die meisten Getreide-„Corner" sind elend in die Brüche gegangen. Sind sie aber so stark, der „Kontremine" — der auf das Fallen der Preise hinarbeitenden Richtung — die Stirn zu bieten, dann sind sie es nicht in Folge, sondern *trotz* der Institution der Börsen.

„Ja," sagen nun eine Anzahl wohlmeinender Reformer, „wir wollen ja auch die Börsen nicht abschaffen, wir wollen sie nur auf eine gesunde Basis stellen. Wir haben nichts dagegen, daß auf der Börse die Preise notirt werden, wir wollen nur nicht, daß sie auf der Börse gemacht werden." Heißt das, daß gewisse Manöver zur Fabrikation künstlicher Preise verboten werden sollen, so läßt sich soweit nichts dagegen einwenden, als es möglich ist, den Schwindel zu treffen, ohne das wirkliche Geschäft zu unterbinden. Bis dahin würde die Sozialdemokratie eventuell mitgehen. Diese Grenze ist indeß sehr schwer zu ziehen. Wenn von irgend etwas, so gilt vom Handel der Refrain des Volksliedes

„Und a Bissel a Falschheit
Ist alleweil dabei."

Man darf sich also von dem Eingreifen des Strafrichters keine allzugroßen Wirkungen versprechen. Das wirkliche Geschäft kann und wird die bürgerliche Gesellschaft nicht in spanische Stiefel zwängen, und wenn sie es wollte, wären gerade die tugendhaften Kreuzritter des Agrarierthums die ersten, die dagegen protestirten. Der Satz:

„Den Schwindel sind wir los,
Der Schwindel ist geblieben —"

bleibt solange das Ende vom Liede, bis die organisirte Gesellschaft die Hand an die Wurzel des Uebels legt, von dem der Börsenschwindel nur ein Auswuchs ist.

Auf der Börse können die Preise nicht „notirt" werden, ohne nicht erst dort „gemacht," d. h. durch Angebot und Nachfrage, Kauf und Verkauf festgestellt worden zu sein; sie unterscheidet sich darin von keinem anderen Markt, so klein und tugendhaft derselbe auch sein mag. Der Marktkommissar, der etwa auf dem Gemüsemarkt die Preise für Kohl und Rüben „notirt," ist in keiner anderen Lage, wie die Börsenkommission, wenn sie die Kurse von Roggen und Weizen festsetzt. Er hält sich an die gemachten Geschäfte. Wie diese Geschäfte zu Stande gekommen, geht ihn nichts an, die Gemüsebauern würden sich jede Einmischung in dieser Hinsicht sehr entschieden verbitten.

Soviel über die Waarenbörsen.

Was die Fonds- und Aktienbörsen anbetrifft, so ist der Gedanke einer Schließung derselben unter der Herrschaft der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ebenfalls eine Utopie. Nicht etwa wegen der damit verbundenen Abschneidung des Erwerbs für die Klasse der berufsmäßigen Börsianer. So doktrinär ist die Bourgeoisie durchaus nicht, auf irgend einen Bruchtheil in ihren Reihen Rücksicht zu nehmen, wenn sie durch das Gegentheil ihr Klassendasein retten oder verbessern kann. Eine Solidarität in diesem Sinne erkennt sie nicht an. Sie würde rücksichtslos die Börse opfern, wenn sie dieselbe nur — entbehren könnte. Aber sie kann sie nicht entbehren, so wenig der heutige Staat sie entbehren kann. In unserer Zeit des ausgebildeten Kreditsystems und der großen Aktienunternehmungen ist die Börse eines der wichtigsten Organe des industriellen Organismus — man könnte sagen, das Nervenzentrum desselben. Bildet ja doch der „nervus rerum" den Gegenstand aller ihrer Transaktionen. Ohne zentralisirte, bewegliche und in dieser Beweglichkeit die relativ größte Sicherheit für An- und Verkauf gewährende Geldmärkte wäre das industrielle Unternehmerthum an Händen und Füßen gelähmt, die moderne Geschäftswelt auf die Praktiken des vorsintfluthlichen Krämerthums angewiesen. Welcher Kapitalist entschließt sich dazu, Industrieaktien zu kaufen, wenn er nicht die Möglichkeit vor sich sieht, dieselben in jedem gegebenen Moment verkaufen zu können? Was

würde aus den Kreditbanken ohne Wechselbörse? Was aus dem Handel ohne Kreditbanken? Das ganze moderne Geschäftsleben ist durch tausend Fäden mit der Börse verbunden, wenn auch nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Aber jeder Stoß an der Börse theilt sich dem Geschäftsleben mit, wie umgekehrt jede Erschütterung desselben sich auf der Börse fühlbar macht. Es ist kein sehr solider Organismus, das ist richtig, aber eben darum kann er die Entfernung eines so wichtigen Organs wie die Börse nicht vertragen. Nicht die Liebe, die Nothwendigkeit läßt die Bourgeoisie die Börse aufrechterhalten. Ein instinktiver Groll, ein unbestimmtes Bewußtsein, daß die Börse ihr Fatum ist, herrscht selbst in intelligenteren Kreisen der Bourgeoisie gegen dieselbe, aber sie sehen keine Möglichkeit, sich von ihr zu emanzipiren, ohne sich direkt in das eigene Fleisch zu schneiden. Sie bekämpfen den Spießer, wenn er „Nieder mit der Börse" ruft, und möchten doch am liebsten mit in den Ruf einstimmen, wüßten sie nicht, daß es schon längst zu spät ist, daß Einhalten nur noch schlimmere Uebel nach sich ziehen würde.

Die Börse ist in der That das Fatum der Bourgeoisie. Die Börsianer sind heutzutage in ihrer großen Mehrheit politisch reaktionär, ihre sozialökonomische Funktion ist darum jedoch nicht weniger revolutionär. Wenn Rodbertus die Aktiengesellschaften „die Dampfmaschinenbesen zur Reinigung der Straße für die soziale Frage" nannte, so ist die Börse der Riesenmotor, der diese und noch andere Maschinenbesen treibt. Alle „Reformen" der Börse heben diese Eigenschaft derselben nicht auf, es müßte denn eine Reform à la Doktor Eisenbart sein, zu der aber, wie gesagt, das Bürgerthum sich nicht herbeilassen kann. Es giebt kein Zurück mehr.

Ebensowenig wie das heutige Bürgerthum kann der heutige Staat die Börse entbehren, soweit zwischen Staat und Bourgeoisie überhaupt unterschieden werden kann. Der scheinbar über dem Bürgerthum stehende Staat ist hierin sogar beinahe noch schlechter daran, als die ausgesprochenen Bourgeoisiestaaten. Die enorme Entwicklung der Staatsschulden zwingt gerade die mehr oder minder absoluten Staatsregierungen, immer wieder bei den Großen der Börse anzuklopfen. Das Schicksal der letzten russisch-französischen Anleihe ist in dieser Hinsicht lehrreich genug. Die deutsche Reichsregierung mit ihrem von Jahr zu Jahr steigenden Kreditbedürfniß soll der Börse wehe thun? Lächerliche, fast landesverrätherische Zumuthung. Die guten Leute, die so etwas vorschlagen, müßten denn die Verpflichtung übernehmen wollen und können, jede zukünftige Reichsanleihe stets hübsch und prompt unterzubringen. Aber da gerade hapert es.

Und so muß und wird der Feldzug gegen die Börse elend scheitern. Unnütz zu sagen, daß der Antrag der Nationalliberalen, die Veruntreuung von Depots künftig mit Zuchthaus zu bestrafen, gar nicht unter diese Rubrik zu rechnen ist. Er ist ein Blitzableiter gegen den Sturm der öffentlichen Meinung, ein Beruhigungspulver für den entrüsteten Spießbürger, der da rast und sein Opfer haben will. Und auch in den Reihen von Zentrum und Konservativen sind gar Viele, die nur deshalb die Anträge der Fraktion gegen die Börse unterschreiben, weil sie wissen, daß dieselben auf keinen Fall Gesetz werden. Müßten sie riskiren, daß die Regierung diese Anträge annimmt, sie würden sich hüten, zur Lähmung eines Organs die Hand zu bieten, dessen sogar die höchsten Würdenträger in Staat und Kirche bedürfen — der heilige Vater nicht ausgenommen.

Die Börse wird ihre kulturhistorische Mission weiter erfüllen, bis der Sozialismus als dankbarer Erbe sie derselben enthebt.

Notizen.

Die Zahl der Stiftungen in Bayern beträgt nach der Aufnahme von 1887 7637 mit einem Gesammtvermögen von nicht weniger als 573 Millionen Mark. Es wurden Stiftungen gegründet für Zwecke:

in den Jahren	der Kirche	des Unterrichts	der Wohlthätigkeit	sonstige
1601—1700	2227	167	220	4
1701—1800	2302	316	642	2
1801—1887	2611	1618	4182	2

Die Zahl der wohlthätigen Stiftungen hat also in unserem Jahrhundert enorm zugenommen. Im 17. Jahrhundert wurden diesen Stiftungen 13 Millionen Mark gewidmet, in unserem Jahrhundert bisher 61 Millionen. „Gewaltige Vermögensmassen werden fortwährend angelegt, um den Zwecken der Wohlthätigkeit zu dienen,“ sagt die „Humanität,“ der wir diese Ziffern entnehmen. Und das Ergebniß? Zunahme der Armuth und des Elends, die noch schneller wachsen als die Mittel der privaten und öffentlichen Armenpflege.

Das Vermögen der wohlthätigen Stiftungen Italiens betrug 1887 1724 Millionen Lire, und doch begegnet man dort auf Schritt und Tritt Bettlern und Verhungernden.

Gerade diese „gewaltigen Vermögensmassen“ beweisen am deutlichsten die Ausdehnung des Elends und die Ohnmacht der Wohlthätigkeit, seiner Herr zu werden.

Feuilleton.

Ruben Sachs.

(Nachdruck verboten.)

Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von **Amy Levy.**

Aus dem Englischen.

(Fortsetzung.)

XVI. Kapitel.

Es waren zwei Tage seit Rubens Abreise verflossen. Judith saß im Dämmerlicht des Abends am Kamin. Das Licht des Feuers spielte auf ihrem Antlitz, das, wenn auch nicht weniger schön, doch älter, gereifter als sonst aussah. Sie hatte in diesen wenigen Tagen schnell gelebt.

Da öffnete sich die Thüre, und Rosa trat mit dem Hut auf dem Kopf und einem Packet in der Hand ins Zimmer.

„Noch keinen Thee?“ rief sie aus, auf den Kaminteppich niederkniend und ihre Hände an dem Feuer wärmend.

„Noch ist es nicht fünf Uhr.“

Ein Ausdruck von Spannung, fast Erwartung war an Judith bemerkbar, der von ihrer gewöhnlichen, gleichmäßigen Heiterkeit merkbar abstach.

Rosa wandte sich plötzlich um. „Wann, Judith, wann?“ fragte sie schelmisch.

„Ich weiß es nicht,“ erwiderte Judith ruhig.

Am Abend zuvor war bei Kohnthals eine Gesellschaft gewesen, und auf derselben war die Art, wie Bertie Judith vor aller Welt den Hof machte, allgemein aufgefallen und besprochen worden.

„Judith!“ — Rosa blickte sie mit Erregung an — „willst Du damit sagen, daß er gesprochen hat? Oder machst Du Dich in Deiner ernsthaften Art über uns lustig?“

„Mr. Lee-Harrison hat mir keinen Antrag gemacht, wenn es das ist, was Du zu wissen wünschest.“

Rosa nahm schweigend ihren Pelzmantel ab. Etwas in Judiths Art und Weise überraschte sie.

„Er ist aber wirklich ein netter kleiner Kerl,“ fuhr sie nach einer Pause fort; „er hat so gute Manieren!“

„Ja, er reicht die Schüsseln und öffnet die Thüren sehr zierlich.“

Judith sprach mit einer gewissen müden Geringschätzung, die aber Rosa als den Ausdruck der Herabsetzung gegenüber einem noch nicht erklärten Bewunderer ganz natürlich fand.

Thatsächlich hatte Judith die Beweise von guter Lebensart, die hunderterlei feinen Unterschiede, die Bertie vor den Leuten ihres Kreises auszeichneten, sehr wohl herausgefunden. Sie erkannte sie und ihren Werth für die Gesellschaft an und begriff trotzalledem nicht, wie Jemand solch geringfügigen Dingen Werth beilegen konnte.

In ihrem tiefsten Innern verachtete sie den Mann. Seine weltmännische Gewandtheit, seine nie versagende monotone Höflichkeit ermüdeten sie. Selbst seine Bereitwilligkeit, sich ihr zu Füßen zu legen, erschien ihr — arme Judith — schon als ein Zeichen von Inferiorität.

„Endlich ist der Thee da,“ rief Rosa aus, als die Thüre sich öffnete. „Und Adelheid auch. Was für einen Geruch Du für Thee hast, Addie.“

Mrs. Montague Cohen drängte sich an dem Dienstmädchen mit dem Theebrett vorüber und setzte sich gleich in den bequemsten Sessel.

„Mama ist auch da,“ sagte sie; „sie und Tante Ada werden augenblicklich hier sein.“

Sie zog die Handschuhe ab, und die beiden Mädchen standen auf, um Mrs. Sachs zu begrüßen, die jetzt mit Mrs. Leuniger ins Zimmer trat.

Judith reichte Rubens Mutter die Hand, setzte sich in einiger Entfernung von der Gruppe um den Theetisch nieder und begann die Blätter eines soeben aus der Mudie'schen Buchhandlung gekommenen Buches aufzuschneiden.

„Rubens Kandidatur ist angemeldet,“ erzählte nun Adelheid, während sie dem Theekuchen herzhaft zusprach. „Wir bekamen heute Morgen ein Telegramm.“

„Erwartet er diesmal gewählt zu werden?“ fragte Mrs. Leuniger, deren pessimistischer Sinn natürlich bei ihres Neffen erstem erfolglosen Versuch, eine politische Karrière einzuschlagen, weilte.

„Wenn er nicht gewählt wird, so wird es nicht aus Mangel an Leuten, die sich für ihn interessiren, geschehen,“ erwiderte Mrs. Sachs. „Sir Nicholas Kemys und seine Gattin sind Tag und Nacht für ihn thätig — Tag und Nacht.“

„Und Miß Lee-Harrison, Lady Kemys' Schwester, scheint im Interesse der guten Sache ganz besonders eifrig zu sein,“ warf Adelheid bedeutungsvoll dazwischen.

Im Geheimen fühlte sie sich gekränkt, daß sie während des Wahlkampfes nicht nach St. Baldwin gebeten worden war; Ruben war ihren darauf hinauslaufenden Andeutungen in sehr entschiedener Weise entgegen getreten. Sie empfand etwas von Genugthuung, ihren Gefühlen Judith gegenüber Luft machen zu können, an deren Adresse die letzte Bemerkung gerichtet war.



Nr. 12. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Nemesis.

⚹ Berlin, 9. Dezember 1891.

In den bürgerlichen Klassen gährt und kocht es. Dank ihrer Feigheit ist in ihren öffentlichen Organen zwar nur wenig davon zu spüren, aber dafür sitzt der Pfeil um so tiefer in ihren Herzen. Es sind die Reden des Kaisers, welche es ihnen angethan haben, von der suprema lex regis voluntas an bis zu der Ansprache an die Garderekruten, in welcher der Kaiser den Gehorsam der angehenden Vaterlandsvertheidiger bis zum — wenn es sein müßte, was Gott verhüten wolle! — Niederschießen der eigenen Eltern und Geschwister beanspruchte. Da geht die ganze, so mühsam aufgepäppelte Finte des Konstitutionalismus wieder einmal in die Scherben. Und diesmal hilft kein Kitten, in welchem die bürgerlichen Klassen sonst ja freilich schon Geduld und Uebung genug erlangt haben. Sie wissen aus dreijähriger Erfahrung, daß der Kaiser, der nun einmal keine Puppe, sondern ein Mann sein will, bei der nächsten Gelegenheit das mühsam geflickte Prunkstück doch wieder vom Sockel stößt, und damit ist ihr Latein zu Ende. So schlägt denn ihre allerunterthänigste Gesinnung in jene blinde und verbissene Wuth um, die dem wild gewordenen Philister eigenthümlich ist.

Thatsächlich waltet in diesem Falle eine Nemesis, die auch nicht ein Quentchen zu viel in die Schale der bürgerlichen Klassen wirft. Selbst im Frühling und Sommer 1848, als sie im preußischen Staate die unbestrittene Macht hatten, haben sie es nicht verstanden, sich mit der Krone, sei es auch nur friedlich-schiedlich, auseinanderzusetzen. Bei allem oppositionellen Trutze kannten die Mitglieder der preußischen Nationalversammlung, die noch dazu auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts gewählt war, keinen höheren Genuß, als sich vom Hofe en canaille behandeln zu lassen. Nichts bezeichnender dafür als eine wesentlich übereinstimmende Schilderung, welche Unruh, der letzte Präsident der Nationalversammlung, in seinen „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte,“ und Peter Reichensperger, der einflußreichste Führer der Rechten, in seinen „Erlebnissen eines alten Parlamentariers aus dem Revolutionsjahre 1848“ von einem Feste geben, durch welches der Hof die erste preußische Volksvertretung nicht sowohl bewirthete als verhöhnte. Herr Reichensperger, noch nach mehr als dreißig Jahren angenehm berührt von der damals erfahrenen Auszeichnung, schreibt:

„Der Nationalversammlung wurde dann auch ein Beweis königlicher Huld zu Theil, indem an sämmtliche Mitglieder eine Einladung nach Potsdam ins Neue Palais zum 30. Juli erging. Ein Extrazug brachte die fast vollzählig Erschienenen zur Station Wildpark, wo eine entsprechende Zahl königlicher und privater Wagen ihrer wartete, um sie zunächst in fast zweistündiger Fahrt durch die königlichen Gärten zu führen, in denen sämmtliche Fontainen sprangen. Das war sicherlich sehr schön und wohlgemeint, allein bei der Hitze des Tages wurde durch die Menge der Wagen ein entsetzlicher Staub aufgewirbelt, so daß schließlich die ganze Gesellschaft in einem schlechterdings nicht kourfähigen Zustande der Kleider an der Schloßterrasse abgesetzt wurde. Die Hofdienerschaft kümmerte sich nicht um die Beseitigung dieses leicht vorherzusehenden Uebelstandes, und es blieb nichts übrig, als daß Einer hinter dem Andern stehend, das Ausklopfen und Putzen nach Kräften besorgte. Im Grottensaale des Palais erschienen dann Ihre Majestäten der König und die Königin, gefolgt von mehreren Prinzen des Hauses, und unterhielten sich eine Stunde lang freundlichst mit den durch den Präsidenten Grabow vorgestellten Abgeordneten, auch mit Waldeck.“ So Reichensperger, der noch, wie sein Verhalten in der Reaktionszeit der fünfziger und im kirchenpolitischen Konflikte der siebziger Jahre bewiesen hat, zu den charaktervollsten der bürgerlichen Parlamentarier gehört.

Ganz ähnlich, nur ausführlicher, schildert von Unruh die Hoffahrt des eben aus einer Revolution hervorgegangenen Parlaments. Er schreibt: „Die Versammlung erschien fast vollzählig, selbst die äußerste Linke, auch die meisten Polen. Am Wildpark verließ man die Eisenbahn, eine Reihe Wagen stand bereit, voran der bekannte Zeltwagen, welcher zu jedem Zuge nach und von der Eisenbahn fährt; dann zwei Hofequipagen, deren sich Hofbeamte in Geschäften zu bedienen pflegen; endlich eine Reihe zum Theil schlechter, gemietheter Privatfuhrwerke, zum Theil Droschken, ja, anscheinend einige Charlottenburger Wagen, und doch zu wenige. Manche Abgeordnete mußten vorn beim Kutscher Platz nehmen.“ Folgt die Schilderung der staubigen Fahrt durch die Gärten. „Die Demokraten wurden zu Hoffiguren aus der Zeit Ludwigs XIV. eingepudert. Vom Hofe nahm Niemand an diesem eigenthümlichen Vergnügen theil.“ Dann im Neuen Palais die schon von Reichensperger geschilderte Szene des gegenseitigen Ausklopfens, während die Hofdienerschaft oder, wie Unruh sagt, „die im Vestibul stehenden Lakaien“ grinsend zusehen. Der König und die Königin beobachten auch nach Unruh wenigstens die äußeren Formen der Höflichkeit, dagegen sehen die Prinzen, selbst die „beliebtesten,“ mit sprachlosem Staunen auf die seltsamen Gäste. Und doch, klagt Unruh: „es ist einem bis dahin absolut monarchischen Staate so leicht, durch wenige Worte, durch ein freundliches Gesicht Herzen zu gewinnen.“ Endlich „nach drei bis vier Stunden Staub, Hitze und Durst“ wird die Versammlung in eine „Seitengalerie“ getrieben, um einige Erfrischungen einzunehmen; „Niemand vom Hofe, kaum ein Kammerherr, folgte in den Speisesaal.“ Danach die Rückfahrt, die unter noch traurigeren Umständen erfolgt, als die Hinfahrt; ein Theil der Volksvertreter muß zu Fuß im Trabe nach dem entfernten Bahnhofe eilen, um die Abfahrt des Zuges nicht zu versäumen.

Da wir hier einmal von den Leistungen preußischer Hoflakeien gegenüber den parlamentarischen Vertretern der bürgerlichen Klassen sprechen, so mag noch gleich eine Szene erwähnt werden, die Biedermann als Augenzeuge in seinem Buche „Dreißig Jahre deutscher Geschichte“ mittheilt, obwohl sie in etwas spätere Zeit fällt, in das Frühjahr 1849, als eine Deputation des Frankfurter Parlaments dem preußischen Könige die deutsche Kaiserkrone anbot. Biedermann

erzählt: „Die Hofdienerschaft, die immer einen feinen Instinkt für die Stimmungen ihrer Herren hat, empfing und geleitete die Abordnung des deutschen Parlaments nur mit schlechtverhehlter Kälte. Als Präsident Simson während des Wartens im Vorraum ein Glas Wasser begehrte, bedauerte der Lakai, daß ein solches nicht zur Hand sei, und holte das Verlangte erst, als Simson sein Begehren in sehr bestimmtem Tone wiederholte.“ Nicht einmal ein Tropfen Wasser für die Kehle des „tönenden Rhapsoden,“ der im Auftrage der bürgerlichen Klassen einen Kaiser krönen wollte!

Doch kehren wir zu der preußischen Nationalversammlung von 1848 zurück. Nach fast sechsmonatlichem Tagen war sie endlich so weit, das Königthum von Gottes Gnaden, den Adel, die Titel und Orden abgeschafft zu haben, nämlich auf dem Papier. Derweil war ihr Schicksal in Wien entschieden worden, das wenigstens nach tapferem Kampfe fiel. General Wrangel stand mit Heeresmacht vor den Thoren Berlins, „die Kugel im Lauf und mit haarscharf geschliffenen Schwertern“; General Graf Brandenburg wurde zum Ministerpräsidenten ernannt und beantwortete alle Feinheiten der konstitutionellen Doktrin, die ihm Herr von Unruh mit staatsmännischer Beredtsamkeit auseinandersetzte, mit dem kategorischen Imperativ, er sei Soldat und habe die Befehle Seiner Majestät zu erfüllen. Nun raffte sich die Nationalversammlung zu einem für ihre Verhältnisse energischen Schritte auf. In einer fast drohenden, übrigens vortrefflich abgefaßten Adresse — war sie doch der eleganten Feder Lothar Bucher's entflossen, welche späterhin den Depeschen Bismarck's ihren stilistischen Ruhm erworben hat — wies sie den König auf die „unendlich traurigen, an das Geschick eines Nachbarstaates erinnernde Folgen“ seines Thuns hin, und beauftragte eine Deputation von fünfundzwanzig Mitgliedern, dem Könige die Adresse zu überreichen und zugleich über die Lage des Landes Bericht zu erstatten. Die Deputation, zu welcher u. A. Bucher, Rodbertus, von Kirchmann, Baumstarck, Reichensperger gehörten, ging nach Sanssouci und wurde nach längeren Verhandlungen mit dem Flügeladjutanten von Manteuffel, dem späteren Feldmarschall, auch beim Könige vorgelassen. Herr von Unruh verlas die Adresse, worauf der König erst an seinen Degen schlug, dann der Deputation mit einer Geberde, welche das Gegentheil von Hochachtung ausdrückte und in dem Register höfischer oder gar königlicher Sitten sonst noch nicht verzeichnet war, den Rücken kehrte und sich aus dem Zimmer zu bewegen begann. Der Präsident von Unruh schwieg und so sagte Johann Jacoby: „Wir sind nicht blos hierhergesandt, um Ew. Majestät eine Adresse zu überreichen, sondern auch, um Ihnen über die wahre Lage des Landes Auskunft zu geben.“ Der König ging ruhig weiter. Nun fragte Jacoby: „Gestatten Ew. Majestät uns Gehör?“ Darauf der König, sich umwendend: „Nein.“ Und jetzt sprach Jacoby das bekannte Wort: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Darnach verschwand der König im Nebenraum.

Man hätte denken sollen, daß Jacoby von seinen Genossen beglückwünscht worden wäre, denn durch sein zwar nicht besonders tiefsinniges, aber der Situation vollkommen angemessenes Wort hatte er der Deputation wenigstens einigermaßen aus der peinlichen Lage geholfen, in welche sie durch das sonderliche Benehmen des Königs gebracht worden war. Aber nein! sobald der König das Zimmer verlassen hatte, stürzte die Mehrheit der Deputation mit wüthenden Vorwürfen über Jacoby her, und kaum war der Flügeladjutant wieder eingetreten, als Rodbertus — er selbst hat sich dessen am nächsten Tage in der Nationalversammlung gerühmt, und wir zitiren seine Worte nach dem amtlichen, stenographischen

Berichte — auf ihn zueilte und ihn „dringend bat, zu Seiner Majestät hineinzugehen und zu sagen, daß wir überzeugt seien, daß Seiner Majestät Gefühl die Adresse der Nationalversammlung und die letztgehörten Worte eines Deputirten zu unterscheiden wissen werde.“ Sicherlich eins der erheiterndsten Bilder aus der Geschichte der bürgerlichen Klassen; während der König die Schwerter schleifen und die Rosse satteln und die Kanonen laden läßt, um die Volksvertretung mit militärischer Gewalt auseinanderzusprengen, verklagen sich die Führer des Parlaments bei dem Adjutanten des Königs wegen Mangels an unterthäniger Ehrfurcht! Aber auch damit noch nicht genug: in einem Gasthofe der Stadt Potsdam trat die Deputation nochmals zusammen und beschloß, im Interesse der dem Monarchen geschuldeten Ehrfurcht „über die demselben in seinem Schlosse widerfahrene Ungebühr“ zu schweigen. Ob dieser Beschluß, wie Reichensperger behauptet, nun gar noch „einstimmig“ gefaßt worden ist, erscheint allerdings fraglich, denn d'Ester, ein Mitglied der Deputation, theilte am nächsten Tage in der Nationalversammlung die betreffenden Vorgänge mit.

Wenige Tage später erfolgte der Staatsstreich durch Verlegung der Nationalversammlung in die Stadt Brandenburg. Während nun aber Lassalle und Marx in der Rheinprovinz zum bewaffneten Widerstande aufriefen, erklärte Waldeck in der „Majorsnacht,“ d. h. in der Berathung der Bürgerwehroffiziere darüber, ob sie dem einrückenden Wrangel gewaltsam Widerstand entgegensetzen sollten, er sei ein Mann des Rechts und verstehe nichts von militärischen Fragen, und widersprach Ziegler dem in dem Rumpfe der Nationalversammlung eingebrachten Antrage, das Heer von seinem Eide an den König zu entbinden, mit den Worten: „Die Disziplin ist die Mutter der Siege. Ich liebe das brave Heer, ich bewundere es, weil in ihm die schönsten Blätter der preußischen Geschichte wurzeln. Daß aber die Nationalversammlung einen Aufruf an das Heer erläßt und zur Auflösung der Disziplin unmittelbar auffordert, ist ein Verhalten, für das ich keinen Sinn finde. Bleiben wir in den Grenzen redlicher Mäßigung, seien wir edel, edel in wahren Mitteln der Vertheidigung wie bisher, so bis an das Ende.“ Und das Ende war da, indem das bewunderte und geliebte Heer die letzten Trümmer der Versammlung auseinander warf. . . .

Wir sind etwas ausführlicher über die Vorgänge von 1848 gewesen, weil die bürgerlichen Klassen damals immerhin in ihrer politischen Selbständigkeit gegenüber der Krone auf einen Höhepunkt gelangt waren, den sie später niemals wieder erreicht haben. Auch in der Konfliktszeit nicht. Man hat Lassalle auch von berufener Seite getadelt, weil er sich für die Einleitung seiner Arbeiteragitation keinen passenderen Zeitpunkt gewählt habe, als den Moment eines heftigen Streits zwischen der Krone und dem Bürgerthum. Allein man darf nicht übersehen, daß Lassalle die fortschrittliche Opposition bis in Herz und Nieren kannte, und daß nicht nur er, sondern auch seine persönlichen Freunde aus der bürgerlichen Demokratie sich über die innere Hohlheit derselben vollkommen klar waren. So schrieb damals Walesrode in einem vertraulichen Briefe: „Ich behaupte nicht zu viel, wenn ich sage, noch niemals ist die öffentliche Meinung oder der politische Charakter des deutschen Volkes so jammervoll demoralisirt gewesen, als in dem gegenwärtigen Momente. Es ist eine Charakterlosigkeit, die an Blödsinn streift. Sie brauchen nur einen Blick auf die soi-disant demokratische Berliner Tagespresse zu werfen, um zu wissen, woran Sie sind.“ Und ähnlich Ziegler: „Das Volk ist ganz unglaublich herunter; es hat fast ganz das Ehrgefühl verloren, und ich habe gesehen, wie es mit dem Maule schon wieder Hurrah! rief, als es noch hinten die Striemen rieb, die ihm Hinckeldey

und Westphalen gehauen. Es ist so herunter, daß die Ohrfeigen, die ihm durch die Regierung ohne Budget, durch die schlechte Behandlung seiner Vertreter applizirt sind, kaum von ihm gefühlt werden." Nach solchen Zeugnissen aus den bürgerlichen Klassen selbst läßt sich jener Vorwurf gegen Lassalle kaum aufrechterhalten.

Aber wenn die bürgerlichen Klassen in den fünfziger und sechziger Jahren immerhin noch eine gewisse Selbständigkeit gegenüber der Krone beobachteten, so hörte auch das mit dem Jahre 1871 auf. Von nun an trieben sie nicht nur mit dem Begriffe der Monarchie, sondern auch mit der Person des Monarchen einen Götzendienst, der seines Gleichen nur in dem byzantinischen Kaiserreiche gehabt hat. Wir müßten Bogen füllen, wenn wir auch nur die brennendsten Zeugnisse dieser Schmach aneinander reihen wollten; ohnehin dürfen wir annehmen, daß die Leser der „Neuen Zeit" das unwürdige Treiben noch in frischem Gedächtnisse haben. Ein unwürdiges Treiben in der That, und um so unwürdiger, weil es sich bis in die äußerste bürgerliche Linke erstreckte. Als ein bürgerlich-radikales Blatt ein Jahr nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. diesem Fürsten, ohne seinem persönlichen und politischen Charakter sonst irgend zu nahe zu treten und in durchaus parlamentarischer Sprache den Titel eines großen Volkskönigs bestritt, wurde es nicht nur durch das Sozialistengesetz verboten, sondern auch von der ganzen freisinnigen und volksparteilichen Presse in der schnödesten Weise verleugnet als ein aussätziges Glied am Leibe ihrer allezeit strammen Loyalität.

In dieser geistigen Atmosphäre, welche die bürgerlichen Klassen geschaffen und vor dem Richterstuhle der Geschichte zu vertreten haben, ist Kaiser Wilhelm II. aufgewachsen. Er war ein Knabe von elf Jahren, als das neue deutsche Reich gegründet wurde; er war ein Jüngling von neunzehn Jahren, als das Sozialistengesetz erlassen wurde; er reifte zum Manne heran, als der gewaltige Posaunenschall vom sozialen Königthum Morgens und Abends von allen Thürmen des Reichs geblasen wurde. Er ist ein Kind seiner Zeit, wie jeder Mensch, auch der mächtigste, ein Kind seiner Zeit ist. Nur daß die allgemeinen Eindrücke nicht nur den individuellen Charakter bilden, sondern auch von demselben gemäß seiner natürlichen Anlage umgebildet werden. Ein junger und kräftiger Mann denkt anders, als eine verfaulende und verzweifelnde Klasse. Aus dem hohlen Götzendienste der bürgerlichen Klassen mit dem Königthum erwuchs dem Kaiser ein fester Glaube an seinen göttlichen Beruf; aus der feigen Angst der Bourgeoisie vor der Sozialdemokratie erwuchs ihm die Lust zum Kampfe mit der Arbeiterpartei; aus dem Gaukelspiele der Land- und Schlotjunker mit der „Sozialreform" erwuchs ihm die Neigung zu einem ernstlichen Versuche mit der Arbeiterschutzgesetzgebung. Es sei gestattet, diese psychologische Entwicklung wenigstens an einem Falle bis ins Einzelne zu verfolgen. Der Kaiser stand, wie gesagt, im empfänglichsten Jünglingsalter, als das Sozialistengesetz erlassen wurde. Damals scholl ihm von allen Seiten der Ruf entgegen, die Sozialdemokratie habe den Revolver Hödel's und die Schrotflinte Nobiling's geladen; damals las er in seinem Lieblingsschriftsteller Treitschke: „Der Mord, der feige Mord, schleicht um unser Herrscherhaus. Diese unnatürlichen Bluthaten und die lange Reihe frecher Majestätsbeleidigungen nachher stellen es außer Zweifel, daß man in Hunderten von Spelunken sich schon ergötzt haben muß an der Hoffnung, es werde besser werden, wenn man die Hohenzollern wie die Spatzen einen nach dem andern wegschösse. Der Gedanke ist infernalisch, dumm ist er nicht. Eine physische Unmöglichkeit steht nicht im Wege: gegen den Meuchelmord vermag keine mensch-

liche Wachsamkeit ganz zu schützen. Im Wege steht nur eins, woran diese Unseligen nicht glauben: die göttliche Führung der Weltgeschichte.“ Wie tiefen Eindruck diese und ähnliche Vorspiegelungen auf den Geist des Kaisers gemacht haben, beweist seine, von seinem früheren Erzieher Hinzpeter öffentlich berichtete Aeußerung, er könnte wohl bei einem Attentat auf den Tod getroffen werden, aber dann werde er seinen letzten Athem daran setzen, den Mörder Mann an Mann niederzuwerfen.

Gerade die kräftige Gesinnung, die aus diesen Worten spricht, mußte dem Kaiser das Sozialistengesetz unerträglich machen. Insbesondere als er aus den Reichstagsverhandlungen durch eine sozialdemokratische Rede die ihm bis dahin unbekannte Thatsache erfuhr, daß er selbst auf Wegen und auf Stegen von geheimen Spitzeln umgeben sei. Eine derartige „göttliche Führung der Weltgeschichte“ erschien ihm sowohl eines großen Kriegsherrn, als auch eines tapferen Mannes unwürdig. Aus diesem Gesichtspunkte heraus erklärte er nach der Beseitigung Bismarck's dem Staatsrathe, für die Sicherheit von Kaiser und Reich gegen die gewaltsamen Versuche der Sozialdemokratie habe er zu sorgen und dafür stehe er ein, auch ohne Sozialistengesetz und sonstige Vorsichtsmaßregeln; die Gesetzgebung habe nur den berechtigten Beschwerden der Arbeiter abzuhelfen. Das Letztere hat die Gesetzgebung nun zwar nicht gethan; die bürgerlichen Klassen ließen vielmehr die von dem Kaiser in der Arbeiterschutzgesetzgebung genommenen Anläufe scheitern. Aber um so stärker entwickelte sich jene erste Gedankenreihe; es ist derselbe Faden und auch dieselbe Nummer, die von der Ansprache an die Garderekruten bis zu seiner Rede im Staatsrathe, und von der Rede im Staatsrathe bis zu den Vorstellungen zurückläuft, welche die bürgerlichen Klassen in ihrem eigensüchtigen Interesse über die Attentate von Hödel und Nobiling erweckt haben.

Mögen sie jetzt ächzen und stöhnen unter der Geisel der Nemesis: die Arbeiterklasse hat gar keinen Anlaß, sich so oder so zu ereifern. Ihre Wege und Ziele liegen heute ebenso außerhalb jener Gedankenreihe, wie im Jahre 1878 und auch schon im Jahre 1876, als der ältere Graf Eulenburg zuerst den „hauenden Säbel und die schießende Flinte“ in die politische Aktion gegen die Arbeiterklassen einführte. Dazu kommt ein anderes. Taine schreibt irgendwo in seiner Darstellung der französischen Revolution, für ein baufälliges Gemeinwesen trete der verhängnißvollste Augenblick immer ein, wenn ein wirklicher Versuch zu seiner Reparatur gemacht werde. Ein Gleiches gilt von der konstitutionellen Monarchie, als der politischen Repräsentantin der kapitalistischen Gesellschaft, wenn ihr oberster Vertreter keine Puppe, sondern ein Mann sein will. Damit ist Alles gesagt, sowohl über die bebende Wuth, mit welcher die bürgerlichen, als auch über die ruhige Zuversicht, mit welcher die arbeitenden Klassen die Reden des Kaisers hören.

Die soziale Doktrin des Anarchismus.

Von **E. Bernstein.**

Neben der von Tag zu Tag wachsenden sozialdemokratischen Bewegung läuft in fast allen Ländern, wo diese vertreten ist, eine andere Bewegung, die ebenfalls auf eine totale Aenderung der gesellschaftlichen Verhältnisse abzielt, aber sowohl die Mittel als auch die Grundsätze der Ersteren verwirft: die des

Anarchismus. Sie ist, obwohl nirgends besonders kräftig, am stärksten in den romanischen Ländern, hat in England und den Vereinigten Staaten — freilich weniger unter der landesangehörigen als unter der eingewanderten Bevölkerung — hier und da Boden gefaßt, zählt in verschiedenen Abtheilungen der slavischen Völkerfamilie Anhänger und wird auch in Deutschland zu propagiren gesucht. Das Letztere zwar bisher ohne nennenswerthen Erfolg, aber mit desto größerem Eifer. Ob die neuerdings erfolgte Sezession der sogenannten Opposition aus der deutschen sozialdemokratischen Partei dieser Propaganda viel helfen wird, bleibt abzuwarten. Es ist zwar von verschiedenen Seiten ganz mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die in den letzten Flugblättern der Sezessionisten ausgesprochenen Anschauungen in konsequenter Verfolgung zum Anarchismus führen, aber damit ist noch nicht gesagt, daß die Verfasser selbst nun auch diese Konsequenz ziehen werden. Und selbst wenn sie es thäten, ist es mehr wie zweifelhaft, ob die anarchistische Propaganda in Deutschland darum mehr Boden unter der Masse der Bevölkerung finden würde. Ihr Erfolg hängt nicht nur von dem guten Willen, dem Eifer und der Fähigkeit der Propagirenden ab. Es kommt auch auf die Disposition der zu Gewinnenden, das heißt der vorgeschrittenen deutschen Arbeiterschaft an. Diese aber ist dem Anarchismus entschieden ungünstig.

Die Erfolglosigkeit einer Geistesströmung ist jedoch kein Grund, sie zu ignoriren oder mit einigen allgemeinen Schlagworten abzufertigen. Sie kann in der Form, in der sie auftritt, falsch sein, und doch einen richtigen Gedanken enthalten — sie kann eine ins entgegengesetzte Extrem verfallende, aber doch berechtigte Reaktion gegen gewisse Uebertreibungen einer in weiten Kreisen dominirenden Strömung sein. Und selbst wenn sie von Grund aus falsch wäre, nur auf hohlen Phrasen beruhte — nichts gefährlicher, als auf Phrasen mit Phrasen zu antworten. Fast immer tritt dann der falschen Phrase eine nicht minder falsche Gegenphrase gegenüber. Es wird daher eine ruhige, möglichst sachgemäße Darlegung und Kritik der Grundgedanken des Anarchismus nicht unzeitgemäß erscheinen.

I. Ein anarchistisches „Kulturgemälde."

In unserer Zeit enorm gesteigerter Druckschriftenproduktion herrscht selbst in Bezug auf die Literatur einer verhältnißmäßig so jungen und wenig Anhänger zählenden Bewegung, wie die des Anarchismus, bereits ein ziemlicher Verlegenheitsreichthum. Erstens haben die Anarchisten zeitweise viel von sich reden gemacht und dadurch den Tagesliteraten Anlaß zur Beschäftigung mit ihnen gegeben und zweitens ist in ihren eigenen Kreisen das schriftstellernde Element im Verhältniß sehr zahlreich vertreten. Fehlt es in Folge dessen keineswegs an Schriften von Anarchisten über den Anarchismus, so schließt dagegen die Natur der Sache aus, von irgend einer derselben als von einer authentischen Darstellung der Bestrebungen des Anarchismus überhaupt zu sprechen. Es handelt sich fast immer nur um Darstellung der Anschauungen einer besonderen Richtung unter den Anarchisten, die mit anderen, sich denselben Namen beilegenden Richtungen oft nicht viel mehr gemein hat, als die Gegnerschaft gegen den Staat — die einzige praktische Forderung, in der alle anarchistischen Theorien einig sind. Der Anarchismus, wenigstens der zeitgenössische, hat noch keine Schrift hervorgebracht, die sich so vor der Masse der Gelegenheitspublikationen auszeichnete, daß sie von Freund und Feind in gleicher Weise als klassisch betrachtet würde, wie Adam Smith's Untersuchung über den Reichthum der Nationen und Ricardo's Grundgesetze der Volkswirthschaft als klassisch für die liberale bürgerliche Oekonomie gelten.

Vor Kurzem ist indeß eine Arbeit aus der Feder eines Anarchisten erschienen, die jedenfalls mehr zu sein beansprucht als eine bloße Agitationsschrift zu Gunsten des Anarchismus, die mehr als ein Exposé einzelner anarchistischer Anschauungen sein will, und der auch von verschiedenen Rezensenten bereits eine größere literarische Bedeutung zugesprochen worden ist. Es ist dies das Buch des Herrn John Henry Mackay: „Die Anarchisten. Kulturgemälde aus dem Ende des XIX. Jahrhunderts.“*) Vor die Aufgabe gestellt, über dasselbe den Lesern der „Neuen Zeit“ Bericht zu erstatten, glaube ich, diese Berichterstattung mit der schon vor längerer Zeit angekündigten Kritik der sozialen Doktrin des Anarchismus überhaupt verbinden zu dürfen. Verspricht uns doch Titel und Vorwort des Mackay'schen Buches ein Gesammtbild der anarchistischen Bewegung unserer Zeit zu geben.

Die Arbeit des Herrn Mackay präsentirt sich dem Leser in belletristischem Gewande. Es ist keine doktrinäre Abhandlung, durch Bilder illustrirt, die der Verfasser darbietet, sondern eine Bilderreihe, durch Auseinandersetzungen über die Doktrin unterbrochen. Kein eigentlicher Roman, aber eine romanhaft zugeschnittene Skizze. An der Hand eines jungen Schriftstellers, Carrard Auban, dem Sohn eines Franzosen und einer Elsässerin, dem der Verfasser seine eigenen Ideen in den Mund legt, läßt er den Leser an Unterhaltungen und Betrachtungen über die sozialen Zustände und die revolutionären Gesellschaftstheorien theilnehmen, führt er ihn durch die schlimmsten Gegenden Londons, die Quartiere der Armuth und des niederen Verbrecherthums, in anarchistische Klubs und in ein revolutionäres Protestmeeting, schildert er die Arbeitlosendemonstrationen des Jahres 1887 und die sich an dieselben anschließenden Kämpfe zwischen Polizei und Arbeitern auf Trafalgar Square und erzählt er die Chicagoer Bombenaffäre sammt dem sich an dieselbe knüpfenden Anarchistenprozeß und seinem tragischen Abschluß. Alles in geschickter, lebhafter und oft packender Darstellung, die namentlich in den Anfangskapiteln sehr an Zola erinnert. Mit Zola hat Herr Mackay auch eine große Vorliebe für das Grausige und die krassen Effekte gemein. Wir sehen nur Schattenbilder aus dem Arbeiterleben, überall tiefstes Elend und niederdrückende Verkommenheit. Insofern hat der Verfasser sich allerdings kein geeigneteres Terrain auswählen können als London, und obendrein das London der Geschäftsstockung von 1887. Aber so vortrefflich dieser Schauplatz geeignet ist, die scheußlichen Auswüchse der bürgerlich-kapitalistischen Wirthschaftsordnung zu vergegenwärtigen, und ein so dankbarer Hintergrund er daher auch dem Schilderer des Elends und des Verbrechens ist, so bietet er doch immerhin nur *ein* Bild und nicht *das* Bild der Lebensverhältnisse des englischen Proletariats. Ohne Veranschaulichung des Elends im East-End, in Seven Dials, in den zunächst der Themse gelegenen Gassen des südlichen London, wäre das Bild des Proletarierlebens in England unvollständig, eine schönfärberische Karrikatur. Aber wer nur dieses Elend sieht, an ihm die Arbeiterfrage schildern will, bringt es auch nur zu einem Zerrbild. Und eine Gesellschaftstheorie, die sich auf den Gegensatz des Lebens in den Schmutzhöhlen von Seven Dials und des Treibens in den feinen Restaurants am Strand, auf den Kontrast zwischen East-End und City von London stützt, kann ebenfalls nur Zerrbild sein. In der City strömt der Reichthum „von vier Welten“ zusammen, im East-End treffen sich die Ausgestoßenen aus aller Herren Länder. In Seven Dials wohnt die Hefe, am Strand tummelt sich der Schaum der Bevölkerung Londons. Schaum und Hefe, Millionäre und

---

*) Zürich, J. Schabelitz (Verlagsmagazin), 1891. XI, 370 S.

Laupers sind die Gegenpole der Gesellschaft, aber nicht die Elemente, die ihren Körper ausmachen. Dem Romanschriftsteller mag es erlaubt sein, nur eine Seite des gesellschaftlichen Lebens zum Vorwurf zu wählen, wer eine soziale Theorie begründen will, muß alle Seiten desselben berücksichtigen.

Es soll mit dem Vorstehenden nicht gesagt sein, daß Mackay's Theorie oder die Theorie, der Mackay Ausdruck giebt, nur diese eine Seite des sozialen Bildes anerkennt, aber wir bekommen nur diese eine Seite bei ihm zu sehen.

Neben Auban als Staffage, ihn beinahe bis zum Schluß begleitend, steht der Arbeiter Otto Trupp. Eine brave, aufopfernde Seele, intelligent, aber doch etwas schwach in der Logik. Während jener den konsequenten individualistischen Anarchismus vertritt, schwört dieser zum Feuer- und Wasser-Anarchismus, das heißt dem kommunistischen Anarchismus der Richtung Autonomie. Auban ist der Realist, Trupp der Idealist des Anarchismus. Sancho Pansa und Don Quixote in umgekehrter Klassenstellung. Während Sancho Pansa-Auban sich eine behagliche Existenz erringt und seinen Prinzipalen, sobald er merkt, daß sie ohne ihn ein großes Werk nicht fertig stellen können, nach allen Regeln der Kunst die Schraube auf die Brust setzt — wie viele geistige Arbeiter kommen heutzutage in diese Lage? — darbt Don Quixote-Trupp, trotzdem er ebenfalls in seinem Fach sehr tüchtig ist, mit den Ausgestoßenen des East-End. In anderen Punkten macht sich der Gegensatz so: Da er ein schlechter Logiker ist, walkt Don Quixote-Trupp einen entlarvten Spitzel in einer Weise durch, daß demselben Hören und Sehen vergeht, Sancho Pansa-Auban aber findet, als von einem solchen Spitzel die Rede ist, die sehr tiefsinnige Bemerkung am Platze: „Er war vielleicht nur unglücklich." Allerdings ist Auban entschiedener Gegner aller Taktik, die Spitzeln Gelegenheit zur Ausübung ihres Handwerks giebt. Was er an ihre Stelle setzen will, werden wir später sehen.

Einige Grade unter Trupp an Intelligenz und Logik steht ein anarchistischer Kommunist der „Freiheit"-Richtung.

Die Sozialdemokratie ist durch keine in die prinzipiellen Unterhaltungen eingreifende Persönlichkeit vertreten.

In dem schon erwähnten Protestmeeting werden, für jeden Besucher Londoner Versammlungen leicht erkennbar, einige bekanntere Vertreter des Anarchismus und des Sozialismus in London geschildert. Ebenso am Schluß ein ehemals vielgefeierter und gefürchteter Anarchist, der aber jetzt, des Verraths an einem Genossen bezichtigt, ein gebrochener Mann sei. Einige Besucher Auban's, der eine Zeit lang Sonntag Nachmittags in seiner Wohnung freie Diskussionen veranstaltet, schattiren die Varietäten der drei anarchistischen Grundtypen.

Die Hauptdebatte spielt jedoch zwischen Auban und Trupp und spitzt sich immer wieder auf den Gegensatz von „individualistischem" und „kommunistischem" Anarchismus zu, bis zum Schluß die bisherigen Freunde in der Erkenntniß auseinander gehen, daß ihre Ueberzeugungen sie durchaus verschiedene Wege führen. Trupp taucht unter in der Masse und Auban bleibt allein — einsam, aber des Sieges seiner Idee sicher. Wenn erst der Sozialismus, die „letzte Universal-Dummheit der Menschheit," überwunden sein wird, dann wird die Zeit der Erlösung gekommen sein. Der Egoismus wird den Menschen die volle Freiheit und damit erst das Reich des Glückes bringen. Und „auf seinen hageren, herben Zügen" ein „ruhiges, großes, sicheres Lächeln," „das Lächeln der Unbesiegbarkeit," geht Auban seiner Arbeit nach.

Von der artistischen Seite betrachtet, verräth auch „Die Anarchisten" Herrn Mackay als den formgewandten Schriftsteller, als der er sich in seinen früheren

Schriften gezeigt. Herr Mackay weiß packend zu schildern, und oft Dargestellten manche neue Seite abzugewinnen. Sein Stil dagegen, obwohl meist flüssig und schwungvoll, ist recht manierirt. Eine unwiderstehliche Vorliebe für große Worte macht sich in störender Weise bemerkbar, und nicht minder störend die Sucht, abgerissene Sätze in sentenziöser Weise hervorzuheben. Herr Mackay versteht sich auf die Effekte, aber er hascht viel zu sehr nach ihnen, um schließlich denjenigen Effekt zu erzielen, der allein des Erstrebens werth ist. Wie gewisse Schauspieler und Redner durch Kunstpausen der Gallerie zeigen, wann sie zu applaudiren hat, so weist sein Buch unzählige Kunstpausen auf, durch die der Leser in ähnlicher Weise bearbeitet wird. Aber alle die so erzielten Effekte wiegen den redlichen Gewinn nicht auf, den „Verstand und offener Sinn" erzielen, auch wenn sie mit weniger Kunst vorgetragen werden.

Die Effekthascherei unseres Kulturmalers beschränkt sich jedoch nicht auf bloße Stilkünste. Rhetorische Uebertreibungen aller Art müssen zur Herbeiführung der erstrebten Wirkungen herhalten. Von der Behandlung der Arbeitslosenfrage durch die Londoner Tageszeitungen heißt es: „Darin aber waren sie alle einig, daß es eine Schmach für „ein geordnetes Gemeinwesen" sei, daß dieses verkommene Gesindel sich unterstehe, sein Elend auch noch öffentlich zu zeigen" (S. 72). Das ist einfach nicht wahr. Selbst die eigentlichen Bourgeoiszeitungen nahmen einen so bornirten Standpunkt nicht ein. Herr Mackay scheint seine Kulturstudien in dieser Hinsicht auf Blätter wie die „St. James Gazette" beschränkt zu haben. Ein andermal heißt es von den Arbeitslosen: „Und sie, sie wurden als eine Schmach der Zeit bezeichnet, sie, welche nur die Opfer der Schmach ihrer Zeit waren." Wiederum, so bornirt hat sich kein Mensch in England ausgedrückt, wie hier substituirt wird. — Auban, so wird erzählt, war wegen Widerstands gegen einen Polizisten und nachdem er vor Gericht statt der Vertheidigung eine anarchistische revolutionäre Propagandarede gehalten, nur zu einer anderthalbjährigen Gefängnißstrafe verurtheilt worden. „Heute," heißt es weiter, „wissen die Gerichtshöfe der zivilisirten Länder, wenn sie diese Sprache vernehmen, daß sie einen „Feind jeder Ordnung" vor sich haben, und lassen ihn nicht mehr los" (S. 129). Nun, so weit wir es in der Klassenjustiz auch schon gebracht haben, bis zu dieser Höhe ist es zum Glück denn doch noch nicht gekommen. Einem Klubredner läßt man solche Hyperbeln hingehen, obwohl auch auf der Tribüne nur die Impotenz zu ihnen ihre Zuflucht nimmt, der Schriftsteller, der Kultur malen will, macht sich durch sie nur lächerlich. Auf Seite 295 erzählt Auban: „Ich würde nicht einen Augenblick zaudern, dem Einbrecher, welcher mit der Absicht, mich zu berauben und zu ermorden, in mein Haus dringt, eine Kugel durch den Kopf zu jagen. Und ich glaube, daß sich derselbe dreimal besinnen würde, den Einbruch zu wagen, wenn er sicher wäre, so empfangen zu werden, als wenn er, wie heute, weiß, daß mir blödsinnige Gesetze die Vertheidigung meines Lebens und Eigenthums erschweren, und ihm im schlimmsten Falle nur die und die Strafe erwächst." Auban weiß zwar vortrefflich über die Gesetze zu schwadroniren, aber mit seiner Kenntniß derselben steht es bedenklich schwach. Um nur Eines herauszugreifen, so sagt das deutsche Reichs-Strafgesetzbuch: „Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung durch Nothwehr geboten war," und definirt die Nothwehr wie folgt: „Nothwehr ist diejenige Vertheidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff von sich oder einem Anderen abzuwenden." Und selbst „die Ueberschreitung der Nothwehr ist nicht strafbar, wenn der Thäter in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Vertheidigung hinausgegangen ist" (§ 53 des Reichs-Strafgesetzbuchs).

Der ideale Zustand, nach dem unser Held sich sehnt, wird ihm sogar im preußisch-deutschen Reich geboten.

Manche Stellen lesen sich, als seien sie vor dreißig oder vierzig Jahren geschrieben und nicht im heutigen England mit seiner sich immer kräftiger entfaltenden Arbeiterbewegung, mit seiner immer mehr unter den Einfluß der stimmberechtigten Arbeiter gerathenden Gesetzgebung. Auban beobachtet in der Umgebung von Leicester Square eine Prügelei zwischen einer ergrauten Streichholzverkäuferin und einer Prostituirten „unter dem Beifallsgebrüll der Umstehenden." „Diese Szene — eine unter unzähligen — was war sie weiter, als ein neuer Beweis dafür, daß die Methode, das Volk in Rohheit zu erhalten, um dann von dem „Mob" und seiner Verkommenheit zu sprechen, noch immer vortrefflich anschlug?" (S. 17.) Diese „Methode," so sehr sie dem Ideal des individualistischen Anarchismus „Jeder für sich" entsprach, ist mittlerweile selbst von den Tories als antiquirt aufgegeben worden. „Musikhallen und Boxereien — sie füllen die paar freien Stunden der ärmeren Klassen Englands aus, an den Sonntagen Gebete und Predigten —: vortreffliche Mittel gegen „das gefährlichste Uebel der Zeit" — das Erwachen des Volkes zu geistiger Selbstthätigkeit" (S. 17). Man sollte meinen, es gäbe in England außer den paar revolutionären Klubs nur noch ein total verkommenes, physisch und moralisch verlumptes Proletariat. Nicht nur die ökonomische Situation der Arbeiter, sondern auch ihre geistige Beschaffenheit erscheint in schwärzester Beleuchtung.

Hier wird der Pessimismus geradezu unerträglich. Der dünkelhafteste Aristokrat kann nicht wegwerfender von der Menge sprechen, als Auban und ein demselben befreundeter englischer Arzt, Dr. Hurt. Als ein schwedischer Sozialist die Hoffnung ausdrückt, daß wenn es in der Zukunft auch wirklich weniger Genies geben solle, dafür die Fähigkeiten sich mehr vertheilen, im Durchschnitt aber größer sein werden als heute, fügt Auban „im Geiste" hinzu: „Und tausend Esel werden klüger sein, als zehn Weise. Warum? Weil sie tausend sind" (S. 183). Warum müssen die Tausend aber nothwendigerweise Esel sein, weiser Herr Auban? Auf diese Frage erhalten wir im Buch eben auch keine andere Antwort als „weil sie tausend sind." Mit widerwärtiger Selbstgefälligkeit wird bei dem Kampf auf Trafalgar Square die Masse unterschiedslos als ein Haufen sinnloser Idioten geschildert, die in einem Augenblick dem Militär jubelnd zujauchzen und es im nächsten Augenblick, dem Beispiel Auban's folgend, auspfeifen. Als Auban im Charing Croß Hospital verwundete Polizisten und Bürger, bezw. Arbeiter von denselben Wärtern verbunden werden sieht, entringt sich seinem Geist die tiefsinnige Betrachtung: „Erst hauen sie sich die Köpfe blutig, dann lassen sie sich von derselben Hand flicken — ein harmloses Vergnügen. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich." Daß solche Schlägereien des „Packs" für die politische Freiheit des englischen Volkes sich oft sehr nützlich erwiesen, kümmert ihn in seiner Erhabenheit nicht. Dr. Hurt, der konsequente Materialist, versichert uns, „die Zeit ist nicht mehr fern, wo es für jeden stolzen, freien und unabhängigen Geist eine Unmöglichkeit sein wird, sich noch Sozialist zu nennen, da man ihn sonst auf eine Linie stellen könnte mit jenen elenden Kriechern und Erfolgsanbetern, die jetzt schon vor jedem Arbeiter auf den Knien liegen und ihm den Schmutz von den Fingern lecken, nur weil er ein Arbeiter ist" (S. 262). Und um nicht mit jenen „elenden Kriechern" verwechselt zu werden, wird Dr. Hurt von jetzt ab nur noch seinen „stolzen, freien und unabhängigen" Nabel bewundern. Auban aber, nicht minder in seinen Nabel verliebt, denkt bereits der Zeit, wo es gelten wird, „den anderen Tyrannen zu bekämpfen, den blinderen: ‚das souveräne

Volk'." Das würde „die graue Zeit sein, die Zeit der Gewöhnlichkeit, der Nivellirung in der Zwangsjacke der Gleichheit, die Zeit der gegenseitigen Kontrole, des kleinen Haders an Stelle der großen Kämpfe, der ununterbrochenen Widerwärtigkeiten. . . ." Dann würde „der vierte Stand der dritte geworden sein, der Stand der Arbeiter zum Stand der Bourgeois sich erhöht haben, und das Kennzeichen dieser würden dann jene tragen: die Gewöhnlichkeit der Ideen, die pharisäische Zufriedenheit der Unfehlbarkeit, die satte Tugend!" Und dann „würden die echten Empörer, die großen und starken, in Schaaren wieder erstehen, die Kämpfer um das eigene, in jeder Bewegung bedrohte Ich. . . ." (S. 191).

Es sind recht alte Bekannte, die uns der Scharfsinnigste aller Anarchisten da vorführt, recht — wenns erlaubt ist — gewöhnliche Ideen. Zu Hunderten von Malen haben wir sie ableiern hören, von Reaktionären aller Art, und zuletzt erst von dem großen, unübertrefflichen Anwalt des Nichts-als-Freihandelsliberalismus, Herrn Eugen Richter. Es sind die alten Redensarten, mit denen der unwissendste aller Dutzendliteraten den Sozialismus todtzuschlagen vermeint, ohne sich die Mühe nehmen zu brauchen, ihn zu studiren. Es sind dieselben Redensarten, mit denen die Anwälte des Privilegiums von jeher jeder großen Gesellschaftsreform sich in den Weg stemmten. So blickten die Vertheidiger des alten Regime im vorigen Jahrhundert nur mit Grauen auf die Zeit, wo die „Rotürière" zur Herrschaft kommen könnte, weil dieselbe den Tod der schönen Ideen bedeuten würde, mit denen die Aristokratie sich ihre Langeweile vertrieb. Ist aber unsere Zeit deshalb ideenärmer, weil die Vorrechte der Geburt gefallen sind, weil die „Nivellirung in der Zwangsjacke der Gleichheit" wenigstens in politischer Hinsicht immer mehr Thatsache wird, weil der Unterricht aufhört Monopol der Besitzenden zu sein? Kein vernünftiger Mensch wird dies behaupten wollen. Was heute die volle Entfaltung der Ideen lähmt, ist der wirthschaftliche Druck, der den Erwerb zum ersten Gebot der Selbsterhaltung macht, aber keineswegs die politische „Nivellirung," die Verallgemeinerung der Bildung. Oder besteht die „Gewöhnlichkeit" der Ideen gerade darin, daß sie heute von einem größeren Kreis begriffen werden, mehr Allgemeingut sind? Dies bejammern, heißt sich in die Zeiten zurücksehnen, wo ein Mensch mit dem Wissen, das heute jede bessere Volksschule bietet, schon als ein halber Gelehrter galt, heißt die Blindheit der Masse erhalten wünschen, damit die Einäugigen fortfahren können, König zu sein oder sich in dem erhebenden Bewußtsein zu sonnen, daß sie „die Großen und Starken" sind. Hinter all' dem Geschwätz von dem nothwendigerweise eintretenden Tod der Ideen, sobald das Gespenst der Noth nicht mehr als Peitsche für die Massen fungirt, das heißt sobald die Klassenunterschiede gefallen, der Kampf ums Dasein von Mensch gegen Mensch aufgehört hat, steckt, wo es nicht Ausfluß einseitiger Ideologie ist, im Grunde nichts als eine große, große Portion Hochmuth. Aber selbst dieser Hochmuth ist vielleicht noch Bescheidenheit gegenüber dem geistigen Stutzerthum, das, in das Gewand des Revolutionärs drapirt, für die revolutionäre Bewegung der Gegenwart nur das kühle Lächeln der Ueberlegenheit hat, weil sie nicht gekämpft wird unter dem Banner des Fürwortes der ersten Person in der Einzahl: Ich!

Ich sagte, das kühle Lächeln, ich hätte es „das große" nennen müssen. Es ist ja alles groß, was bei diesen Ich-Revolutionären vor sich geht. Schon das Vorwort des Mackay'schen Buches macht uns das klar. Man schaudert beinahe zurück vor der Größe, die sich da ankündigt. Wir haben es mit lauter Titanen zu thun. Proudhon beginnt die Reihe, wir hören von dem „titanischen

Werk seines Lebens." Dann kommt Max Stirner, der Verfasser des „unsterblichen" Werkes: „Der Einzige und sein Eigenthum." Ein neuer Titane ist Herr Benj. R. Tucker in Boston, der seit sieben Jahren mit der „unbesieglichen" Waffe seiner „Liberty," deren „funkelndes Licht die Nächte zu erhellen beginnt," für Anarchie in der neuen Welt kämpft. Und schließlich ist „in diesen Tagen der wachsenden Reaktion, welche in dem Siege des Staatssozialismus ihren Höhepunkt erreichen wird," für Herrn Mackay die Forderung unabweisbar geworden, „hier auch der erste Verfechter der anarchistischen Idee zu sein." Freilich werden „die Meisten ... dieses Werk zerfetzen, ohne es verstanden zu haben." Aber „mich werden ihre Stöße nicht treffen." Wie sollten sie auch!

Das Vorwort scheint nicht umsonst aus Rom datirt zu sein.

Da aber auf keinem Gebiet des sozialen Lebens heute „eine heillosere Verworrenheit, eine naivere Oberflächlichkeit, eine gefahrdrohendere Unkenntniß herrscht, als auf dem des Anarchismus," so wollen wir trotzdem das Wagestück versuchen, den theoretischen Inhalt dieses unfehlbaren Werkes zu analysiren, in dem das Dresdner „Volkswohl" — wie der Buchhändlerzettel uns mittheilt — „viele vorzügliche Ausführungen" entdeckt hat, die „als gute Waffen gegen die Sozialdemokratie brauchbar sind," und das Freund Tucker in Boston zu dem Ausspruch begeistert hat:

„Was er (der Verfasser) geschaffen, ist ein Edelstein,
Drin blitzen Strahlen für die Ewigkeit."

(Fortsetzung folgt.)

Anbaupolitik und Nahrungsmittel.

Von **Dr. Rudolf Meyer.**

(Schluß.)

Was wir jetzt geschehen sehen, ist freilich widerspruchsvoll und einfach nicht zu erklären: Wenn Rußlands Volk zum großen Theil Hunger leidet, so ist das Folge eines Naturereignisses. Wenn in Deutschland Viele sich kümmerlich ernähren, so ist das Folge einer künstlichen Theuerung. Auf einer Seite sehen wir die Regierung diese Theuerung durch den Zoll aufrechterhalten*) — denn fiele der Zoll, so wäre ja von Theuerung keine Rede, da unverzollter Weizen in Königsberg nur zirka 17, Roggen 17—18 Mark pro 100 Kilo kosten. Auf der anderen Seite sehen wir dieselbe Regierung, unter Anweisung eines Amerikaners, des Herrn Murphy, Backversuche mit Maismehl anstellen, um „das Brot billiger zu machen!" Dem nicht staatsmännisch geschulten Verstand würde als das geeignetste Mittel hierzu die Aufhebung der Getreidezölle erscheinen. Das würde sogar dem dauernden Interesse der deutschen Agrarier mehr entsprechen. Denn gelingt es, gutes Maisbrot zu machen, so wird Mais, der den dreifachen Ertrag als Roggen auf derselben Fläche giebt, also immer billiger sein wird, den Roggen dauernd zur Hälfte schon verdrängen, er kann aber in unserem Klima nicht gebaut werden. Die Agrarier müßten also einen ungeheuren Maiszoll durchsetzen, wenn sie sich gegen die Maiseinfuhr schützen wollten, und daran, die agrarischen Zölle noch zu erhöhen, denkt doch heutigen Tags kein Mensch mehr.

Indessen ist es Thatsache, daß die Regierung jene Versuche mit Maismehl anstellen läßt und daß der Herr Geheime Rath Thiel zu Berlin Stimmung

---

*) Die jetzt veröffentlichten Handelsverträge, die wir im nächsten Heft besprechen werden, ändern daran im Wesentlichen nicht viel. Die Redaktion.

für Maisbrot in einem Vortrage machte. Darauf kann ich wohl mit Genugthuung blicken, denn ich habe geraume Zeit vorher schon in den „Historisch-politischen Blättern" den Mais nicht nur als eine Aushilfe in Zeiten der Theuerung, sondern als regelmäßigen theilweisen Ersatz der übermäßig entwickelten Kartoffelnahrung empfohlen. Auch hatte ich bemerkt, die Regierung werde wohlthun, einige der von mir empfohlenen Speisen in Militärspeiseanstalten zu versuchen. Es überrascht mich nicht, daß die Regierung die Anregung eines alten deutschen Schriftstellers ignorirt und sich mit einem bisher in Deutschland unbekannten Amerikaner in Experimente einläßt, aber ich will doch noch einmal auf die Sache zurückkommen, weil diese Experimente unter Umständen den Mais diskreditiren und das Volk von seiner Benutzung abschrecken könnten. Diejenige Verwendung, welche ich empfahl, ist durchaus bewährt, jene des Amerikaners ist bisher, wo sie versucht wurde, z. B. in Ungarn, mißlungen! Ich wiederhole: Mais hat sich bisher nicht als Ersatz von Roggen oder Weizen und nicht als geeignetes Brotkorn, wohl aber als ein vorzüglicher Ersatz der Kartoffel bewährt. Zu Brot empfiehlt sich Maismehl nicht einmal, wenn es mit Weizen- oder Roggenmehl gemischt wird, und zwar aus zwei Gründen nicht. Erstens ist solches Brot bröckelig und wenig schmackhaft, „sandig," besonders wenn es einige Tage alt wird. Maismehl eignet sich zu Kuchen und Polenta, die unmittelbar nach Herstellung, noch warm, genossen werden. Wenn man den Teig mit Buttermilch oder entrahmter Milch einsäuert, oder Kartoffelbrei zusetzt, so vermindert sich dieser Uebelstand etwas. Aber es ist bekannt, daß italienische Arbeiter, die viel Polenta genießen, oft eine schreckliche Krankheit, die Pellagra, davon erhalten. Man hat mir in Italien gesagt, daß dies von dem reichlichen Fettgehalt des Mais — über 5 Prozent — der seinen Nährwerth an sich ja erhöht, komme, weil dieses Fett in altem Mehl ranzig und somit giftig werde.*) Nun kann der Arbeiter nicht kontroliren, ob der Bäcker das Brot, welches jener kauft, aus verdorbenem Maismehl gemacht hat oder nicht. Die Gefahr, unsere ohnehin nicht überglücklichen Arbeiter auch noch mit einer unheilbaren Krankheit zu behaften, liegt also bei Verwendung von Maismehl zu Brot vor, sie ist viel ernster als die eingebildete Trichinengefahr durch Genuß amerikanischen Specks. Diese Trichinen sind in der Regel schon todt, wenn der Speck hier ankommt, und wenn man ihn kocht, stirbt sicher der Rest. Bei der Verwendung von Mais in Körnern und zu Kuchen ist jene Gefahr gering, denn die werden im Hause des Arbeiters selbst geröstet oder gebacken und seine Frau kann bei einiger Sorgfalt natürlich sehen, ob Mais und Mehl, das sie kleinweise kauft, frisch oder ranzig sind. Der amerikanische Experimentator behauptet freilich, daß die Yankees ein Mittel erfunden haben, den besonders fetthaltigen Keim des Maiskorns vor dem Mahlen zu entfernen und somit die Gefahr des Giftigwerdens des Mehls

---

*) Im Frühling 1891 starben von den zirka 100 Rehen eines gräflichen umzäunten Wildparks in Böhmen über die Hälfte an einer unerklärlichen und von den Thierärzten der Gegend nicht gekannten Krankheit. Die Kadaver zeigten eine in Zersetzung übergegangene Muskulatur. Im Frühjahr hörte die Krankheit auf. Kein davon befallenes Thier aber war genesen. Ich lebte dort einige Zeit und ermittelte, daß die Thiere im Winter zum ersten Male aus Ersparniß, anstatt mit Lupinen und Hafer, mit Maisschrot genährt worden waren und daß dieses Schrot in der letzten Fütterzeit „multrig," übelriechend gewesen war. — Es wurde mir leicht den Oberförster zu überzeugen, daß seines Herrn kostbare und wirkliche schöne Rehe derselben Krankheit erlegen waren, der so viele fleißige Arbeiter der gesegneten Lombardei erliegen — der Pellagra!

vermindern — denn ganz kann sie nicht vermieden werden. Ich habe großen espekt vor der amerikanischen Technik. Vielleicht hat der Mann Recht und enn, so wird er es bald beweisen. So wäre dann ein Grund gegen die Verendung von Maismehl zu Brot entfallen — doch beruht dies vorläufig nur uf einer Behauptung. Damit aber würde dem Mais doch auch sein Fettgehalt tzogen, d. h. seine Ernährungskraft geschwächt! Bei jenen Verwendungen, die) in den „Historisch-politischen Blättern" vor Monaten empfahl, behält der Mais seinen Keim und seinen vollen Fettgehalt, ist dabei also ein vollmmeneres Nahrungsmittel als in Brotform. (Mais, empfahl ich, solle in örnern mit Milch gekocht oder geröstet und mit Salz und Fleisch genossen erden.) Wiederum also, Mais kann erfolgreich die Kartoffel, nicht den Roggen setzen und zwar nicht nur in einem Nothjahre, sondern auf die Dauer, was icht nachweisbar ist und nützlich sein dürfte.

Wie ungeheuerlich entwickelt die erschlaffende Kartoffelnahrung in Deutschnd ist, geht daraus hervor, daß nach Abzug des Exports und der zu Spiritus erbrannten Kartoffeln das Ernteresultat des Jahres 1889 über 500 Kilo pro opf in Deutschland ergab, was vielleicht nicht einmal in Irland erreicht wird, o freilich 600 Kilo pro Kopf geerntet wurden, doch weiß ich nicht, wieviel avon verbrannt und nach England exportirt sind; jedenfalls viel. Frankreich, esterreich, Belgien, Holland, Schweden, Norwegen und die Schweiz konsumirten – den Import und Export mit in Rechnung gezogen, und das für Brennereiwecke verwendete Quantum nicht abgezogen — nur 320 Kilo pro Kopf. Wenn an den Roggen auf Weizenwerth (das heißt Nährwerth. D. Red.) derartig eduzirt, daß man ihn nur zu drei Viertel des Weizens anschlägt, so haben bei einrechnung von Import und Export jene oben genannten europäischen Länder n Jahre 1888 für Konsum, Aussaat und technische Zwecke (Brennerei, Stärkebrikation) pro Kopf ihrer Bevölkerung 207 Kilo Weizenwerth verbraucht, Deutschnd aber nur 153, obgleich es relativ mehr für jene technischen Zwecke verrauchte als jene Länder. Man sieht wohl, daß Deutschland sein Volk ganz berwiegend von Kartoffeln nährt — und dennoch wird ihm sogar der dazu nothendige Hering noch durch den Zoll vertheuert!

Die Italiener in der Lombardei und in Venetien haben sich Jahre lang es Rauchens enthalten, um der österreichischen Tabakmonopolverwaltung kein Geld zukommen zu lassen. Die Latifundienbesitzer des Ostens hätten, da ihnen die Zerealienernte bei den enormen Preisen dieses Jahr so viel mehr Geld einbringt ls in früheren Jahren, wohl sich vereinigen und unter Strafe des gesellschaftichen Boykotts verpflichten können und sollen, ihre Kartoffeln zu höchstens 4 Mark ro 100 Kilo zu verkaufen, — d. h. immer noch etwas theurer als in früheren Jahren — nach der amtlichen Statistik kosteten 100 Kilo Kartoffeln in Berlin nsortirt in den 9 Jahren 1882/90 durchschnittlich 2,5 Mark, sortirte Speiseartoffeln 3,6 Mark. — Aber sie thun nichts dergleichen. So sollten die Areiter, soweit sie organisirt sind, diese Kartoffeln boykotten, so lange als sie dafür , 8, ja mehr Mark zu zahlen gezwungen werden, und sollten anstatt ihrer so ange wenigstens eine Auswahl von jenen Speisen verzehren, die ich empfohlen abe, vor Allen Mais.

In den 10 Jahren 1881/90 betrug der Einfuhrwerth von Mais in eutschen Häfen pro 1000 Kilo 107 Mark, der Ausfuhrwerth von Kartoffeln 0 Mark, Mais kostete also wenig über das Doppelte der Kartoffeln. Er enthält 9,9 Prozent stickstoffhaltige Bestandtheile, 60 Prozent Stärke, 5,7 Prozent Fett — die Kartoffel 2,8 Prozent Stickstoff, 15 1/4 Prozent Stärke und 0,3 Prozent Fett,

Mais hat also fast viermal so viel Nährwerth als die Kartoffel und er erweite[r]
die Eingeweide nicht so sehr wie jene, beschwert den Körper nicht mit soviel nut[z]
losem Ballast im Magen. Und heute, da Kartoffeln 70 bis 80, am Rhein bi[s]
100 Mark kosten, Mais aber ohne Zoll doch für 135, mit Zoll für 155 Mar[k]
zu erhalten ist, dürften Kartoffeln höchstens 40 Mark kosten, um neben Mai[s]
noch als preiswerthe Nahrung zu gelten, und in gewöhnlichen Jahren nicht meh[r]
als 25 bis 30 Mark. — An sich, wenn auch zu Brot kaum verwendbar, i[st]
Mais sogar noch nahrhafter als Roggen, denn ersterer hat 9,9, letzterer 10,[…]
Prozent, also nur ein wenig mehr Stickstoff als Mais, dagegen hat Mais 60[…]
Roggen nur 57,1 Prozent Stärke, und Mais 5,7, Roggen nur 1,8 Prozent Fett[.]
Es ist also außer allem Verhältniß, wenn Roggen 230—240 Mark kostet, s[o]
lange man Mais zu 155 Mark haben kann. Ein vollkommenes Nahrungsmitte[l]
ist Mais freilich auch nicht, da Stickstoff zu Stärke sich in ihm wie 1 zu [...]
verhält und nicht, wie es sein sollte, wie 1 zu 4 etwa. Erbsen und Bohne[n]
enthalten zirka 25 Prozent Stickstoff. Wenn ganz arme Leute also sich norma[l]
ernähren wollen, und das so billig wie möglich, so können sie es, wenn si[e]
drei Kilo Maiskörner und ein Kilo Erbsen oder Bohnen kochen und durch Essi[g]
oder Milch oder Oel oder etwas weniges von Fett und Salz würzen. Dies[e]
Nahrung erhält die Körperkraft auch ohne Fleisch.

Schmackhafter ist es, zu Erbsen und Bohnen, in denen zu viel Stickstof[f]
enthalten ist, die Stärke noch nicht einmal das Doppelte von jenem erreicht, Fet[t]
zu essen, Speck oder Schmalz, um Ersatz für die fehlende Stärke zu erhalten[.]
Das ist auch noch recht billig, da amerikanisches Schmalz zu 0,80 Mark per Kilo[,]
Erbsen und Bohnen zu 25 bis 30 Mark für 100 Kilo käuflich sind, so würde[n]
Bohnen oder Erbsen und amerikanischer fetter Speck eine ebenso billige wie vollkommen[e]
Nahrung geben. Zu Kartoffeln und Mais empfiehlt sich der Genuß von mageren
Fleisch wegen seines hohen Stickstoffgehaltes ganz besonders. In Preußen kostet[e]
Rindfleisch im September 1,28 Mark per Kilo. Der Arbeiter muß mindestens[,]
wenn er ein halb bis ein Kilo Fleisch kauft, 25 Prozent Fett, Sehnen un[d]
Knochen mit in den Kauf nehmen, so daß sich das reine Magerfleisch auf zirk[a]
1,60 Mark per Kilo stellt. Man erhält aber in Deutschland südamerikanische[s]
Rindfleisch, ohne Fett, Sehnen und Knochen, gekocht, das Kilo zu 0,90 Mark[.]
Wenn die 20 Mark Zoll, die darauf liegen, aufgehoben würden, so würde da[s]
Kilo zu 0,70 Mark, also zu weniger als der Hälfte von dem, was entfettete[s]
Schlachterfleisch kostet, verkauft werden können. Jedenfalls aber ist auch so noc[h]
dieses Fleisch sehr billig.

Es kommt nach Hamburg auch geräuchertes überseeisches Rindfleisch recht preis-
werth. Endlich ist ja nun auch die Einfuhr von Speck und Schinken von Amerik[a]
gestattet, leider mit Zoll von 0,20 Mark per Kilo belastet. Es ist gewiß unrichtig,
daß der Preisdruck, welcher seit einiger Zeit auf Schweinen ruht, durch dies[e]
Erlaubniß hervorgerufen sei, denn noch sind ja erst ein Paar Sendungen al[s]
Proben von jenem Fleisch angelangt; der ist vielmehr die Folge von Futtermangel.
Aber auf die Dauer wird die Schweinezucht allerdings weniger rentabel durch
jene Erlaubniß der Einfuhr werden, und hier liegt derjenige Punkt, auf dem
und in dem der „Kleine Mann" auf dem Lande allein getroffen wird. Er
würde nicht von der Abschaffung der Holzzölle, Getreidezölle leiden, aber von der
Einfuhr von Schweinefleisch hat er Schaden, denn er, und nicht der Latifundien-
besitzer züchtet Schweine für den Markt. Dennoch ist diese Abweichung des neuen
Kurses vom alten mit Freuden zu begrüßen, weil leider wegen der hohen Fleisch-
preise die Ernährung des Volkes immer schlechter wird. Beispielsweise sind im

Königreich Sachsen trotz vermehrter Bevölkerung schon im Jahre 1890 über eine halbe Million Kilo Rindfleisch und über eine Million Kilo Schweinefleisch weniger verbraucht worden als im Vorjahre. In Berlin wird finniges Rindfleisch und Schweinefleisch auf dem Schlachthause gekocht und zu 35 respektive 40 Pfennigen das Pfund verkauft, und diese ekelhaften Nahrungsmittel werden so gierig verlangt, daß arme Frauen schon von 11 Uhr Abends vor der Verkaufsstelle sich ansammeln, um am nächsten Morgen etwas Fleisch zu erhalten. Ist das nicht herzbrechend? Auch wird immer mehr Pferdefleisch verzehrt. Die Pferdefleischschlächtereien mehren sich, ja in Chemnitz sind, außer 575 Pferden, im Jahre 1890 sogar 312 Hunde von den Fleischern geschlachtet und verkauft worden! Solche Zustände müssen für einen künftigen Sittenschilderer der Gegenwart doch aufbewahrt werden! Sollen unsere Fleischhallen aussehen wie chinesische, soll darin neben Pferden und Hunden noch das Fleisch von Katzen und Ratzen, Mäusen und Fröschen hangen?

Es scheint als litte auch meine Entwicklung an einem Widerspruche, als wollte ich Deutschland zwar bezüglich des Brotes vom Auslande unabhängig machen, bezüglich des Fleisches aber noch abhängiger als es das schon ist. Nun, das würde für den Kriegsfall, den man immer als einen solchen äußerster Noth ins Auge zu fassen hat, doch immer noch weniger bedenklich sein, da man den Fleischgenuß einschränken kann, wenn man Brot genug hat. Indessen verweise ich auf den Bezug überseeischen Fleisches doch ausdrücklich als einen Nothbehelf in dieser Zeit des Getreidemangels. Für die Zukunft würden jene Reformen in der Bodenbestellung, welche ich proponirte, indirekt eine Vermehrung der Fleischproduktion zur Folge haben. Wird durch Dampfpflugkultur, Bewässerung, bessere Düngung der Boden fruchtbarer, so produzirt er auch, auf gleichbleibender Anbaufläche von Klee, Luzerne 2c. wie jetzt, mehr Viehfutter, d. h. mehr Milch, Wolle, Fleisch. Ferner werden durch die Dampfpflüge zahlreiche Pferde oder Ochsen erspart. An deren Stelle kann man dann Mastvieh, sage auch Ochsen, halten. Diese werden schon im Alter von 2 bis 2½ Jahren geschlachtet, Zugochsen von 6 oder mehr, jene gelangen also früher zum Konsum. Und endlich braucht ein Mastochse nur drei Viertel von dem Futter, was ein Zugochse bei gleicher Gewichtszunahme konsumirt!

Meine Vorschläge, die durchaus durchführbar sind — und, wenn sie der Staat der „staatsbürgerlichen Gesellschaft" vernachlässigen sollte, soweit die Anbauverhältnisse in Frage kommen, vom „Zukunftsstaat" durchgeführt und einen wesentlichen Vortheil ergeben werden, würden also Getreide- und Fleischproduktion Deutschland nebeneinander und nicht eine auf Kosten der anderen heben.

Damit will ich mich aber noch nicht begnügen, sondern behaupten, daß auch die Küche und Speisekarte des deutschen Volkes reformbedürftig ist.

Dem älteren Manne fällt die Veränderung in die Augen, welche mit dem Frühstück vor sich gegangen ist und die ich weit entfernt bin für vortheilhaft zu halten. Kaffee und Brot, wer's haben kann, Butterbrot, das ist das allgemeine Volksfrühstück geworden; es ist bequem hergestellt und hat sich deshalb, da die Frauen leider so vielfach außer dem Hause arbeiten, also wenig Zeit für die Küche haben, wohl so schnell eingeführt. Es ist nicht nahrhaft und doch wird dabei viel Brot verbraucht.

Ich bin noch bei Frühstückssuppe groß geworden. Kaffee gab's in bürgerlichen Häusern Pommerns und der Mark vor 40 Jahren nur Sonntags! Milchsuppe mit Roggenmehlklößchen (Klieben), weit öfter noch Buttermilchsuppe mit solchen Klieben, Mohnsuppe ohne Milch aber mit Klieben, sehr gut und nahr-

haft, dazu ein Stückchen Brot, das war ein Frühstück, welches erwärmte, und dem Körper eine Menge von Nährstoffen zuführte, namentlich Stickstoff in der Buttermilch.

Wenn ich mich nun im Westen, wo die Menschen besser genährt sind als in Deutschland, umsehe, so finde ich dort das elende „Schneidermamsell-Kaffee-Frühstück" nicht: Der Mann aus dem Volk trinkt auch eine Tasse Thee oder Kaffee, um sich zu erwärmen und anzuregen. Dann aber genießt er, wenn sein Einkommen zu Fleisch und Eiern nicht reichen sollte, jedenfalls eine dicke, höchst nahrhafte Grütze von Hafer oder Buchweizen oder auch Hirse. Diese Grütze oder Graupen werden nur selten mit Milch gekocht, meist mit Wasser und Salz, aber man genießt zerlassene Butter oder Milch, vorzugsweise Syrup dazu, wie ich das schon in einem früheren Artikel der „Historisch-politischen Blätter" entwickelt habe. Wenn das Volk zu dieser Nahrung wieder mehr zurückkommen sollte, würde es gesunder werden und die Landwirthschaft würde durch Anbau jener Hilfsgetreide, namentlich des Buchweizens, der mit schlechtem Boden vorlieb nimmt, gefördert werden, so auch, und besser als durch Exportprämien, die Zuckerfabrikation, wenn der an sich so schmackhafte und nahrhafte Syrup dadurch zu annähernd solch' allgemeinem Gebrauch käme, wie in England und Amerika. Man sage nicht, daß das Volk Rübensyrup nicht möge. Vielleicht läßt er sich besser reinigen als bisher. Aber in Pommern, der Mark und sogar in Böhmen kochen „kleine Leute" auf dem Lande vielfach aus Rübensaft einen natürlich ganz ungereinigten Syrup, „Kreude" genannt, und verspeisen ihn. Grünkohl und Grütze mit etwas Fett wurde früher Montags für die ganze Woche gekocht und täglich aufgewärmt. Nahrhafter war das als Kartoffeln und schmackhafter auch, trotz des verächtlichen „aufgewärmter Kohl." Man wird aber wohl nicht dazu zurückkehren, obschon ich keinen Grund sehe, weshalb nicht. Allein noch giebt es ein vergessenes Nahrungsmittel, welches vielleicht noch eine Zukunft hat — weil's uns nun von Amerika kommt!

In den fünfziger, ja sechziger Jahren noch wurde im Osten viel Oel in den kleinen Haushaltungen konsumirt. Damals hatten dort alle verheiratheten Landarbeiter 3—4 Morgen Land zu ihrer Disposition und das unverheirathete Gesinde auch etwas zum Leinsäen. Sie bauten viel Leinsamen, nutzten den Flachs zu Wäsche, die sie selbst durch Spinnen und Weben herstellten. Denjenigen Leinsamen, welchen sie nicht zur Saat gebrauchten, trugen sie auf die nächste Wassermühle, deren jede einen Oelgang besaß, und tauschten ihn gegen Leinsamenöl aus, das sie erhitzten, abschäumten und filtrirten. Sie säeten Mohn zwischen die Kartoffelreihen und tauschten den Samen auch gegen Mohnöl aus. Dies Oel mischten sie mit Salz, tauchten gekochte Kartoffeln darein und aßen sie. Es war eine unzweckmäßige Nahrung, da hier Stärke mit Fett, wovon $2^1/_2$ Pfund gleich 1 Pfund Stärke zu rechnen sind, gemischt wurde, also die Speise nicht das, was ihr mangelt, Stickstoff, erhielt. Als Heringe — besonders wegen des Eisenbahntransports billiger wurden, verdrängten diese das Oel und man aß Kartoffeln mit Heringen und entsahnter, also fettfreier Milch, die ebenso wie Häringe, reich an Stickstoff (Käse) ist. Dieser Uebergang war ein entschiedener Fortschritt, ein anderer war es nicht.

Das Leinöl verwendete man zum Backen von Fischen und von Kuchen (Pelz nannte man diese runden, oft mit Pflaumenmus gefüllten Pfannkuchen). Als das amerikanische Schmalz ins Land kam und mit 40—50 Pfennigen pro Pfund zu kaufen war — andererseits das den Leuten als Deputat gegebene Land durch Geldlohn zum großen Theil ersetzt wurde, der Anbau von Flachs sich ver-

minderte und also Oel theuer wurde, verdrängte dieses Schmalz das Oel ganz aus der Küche. Jetzt ist Schmalz und Butter, zumal durch Zölle, vertheuert und das Volk, vom Oelgenuß entwöhnt, behält oft nur noch Salz zu Kartoffeln!

Doch ist Oel ein gutes Mittel, um darin Fische, mageres Fleisch, Kalbfleisch und Kuchen zu backen, wozu es im ganzen Süden Europas fast ausschließlich Verwendung findet, namentlich aber als Zusatz zu Bohnen, mit denen es ein vollkommenes Nahrungsmittel bildet, da diese ein Viertel ihres Gewichts an Stickstoff besitzen und in Oel den zur Normalnahrung erforderlichen Fettzusatz erhalten. Gekochte Bohnen werden in Amerika mit Essig (zum Auflösen der Hülse behufs ihrer Verdaulichkeit) und Oel allgemein als Salat gegessen. Oft auch, anstatt des Oels mit Speck. Bohnen (auch sogenannte Pferdebohnen, Fiesolen, die man im Süden Europas allgemein ißt), kosten nur 18—22 Mark und sind, mit Oel oder Speck genossen, achtmal so nahrhaft als Kartoffeln.

In Amerika reinigt man das Baumwollsamenöl auf eine Weise, die ich in „Ursachen der amerikanischen Konkurrenz“ geschildert habe, so vollkommen, daß es geruch- und geschmacklos wird, während unserem gereinigten Leinöl und mehr noch dem Rapsöl ätherische Zusätze bleiben, die ersteres unangenehm, letzteres ungenießbar machen. Nur Mohnöl schmeckt angenehm. Millionen von Gallons Baumwollsamenöl (à 3¾ Liter) werden nach Frankreich und Italien exportirt und dort mischt man ein Viertel Olivenöl mit drei Vierteln Baumwollsamenöl und exportirt und verkauft diese Mischung als „Olivenöl,“ sogar nach Amerika selbst, wo man jedoch noch mehr ganz reines Baumwollsamenöl als „Olivenöl“ etikettirt, verkauft und als solches speist.

Das nach Deutschland eingeführte sogenannte Olivenöl wird wohl auch meist Baumwollsamenöl sein, aber aus der Statistik scheint hervorzugehen, daß unsere Kaufleute bereits selbst zu mischen verstehen, denn seit 1885 wird Baumwollsamenöl besonders in der Statistik aufgeführt, ein Beweis, daß von da ab sein Massenimport beginnt. Noch 1883 wurden 151 500 Meterzentner Olivenöl und 24 600 anderes Speiseöl, zusammen 176 000 Meterzentner Speiseöl eingeführt, 1888 nur noch 25 000 Meterzentner Olivenöl, 500 Meterzentner anderes Speiseöl und 89 300 Meterzentner Baumwollsamenöl, zusammen 115 000 Meterzentner — Speiseöl! Olivenöl kostet beim Import nach der offiziellen Einfuhrschätzung 1 Mark bis 1,50 Mark per Kilo, anderes fettes Oel, worunter fast nur Baumwollsamenöl zu verstehen, nur 0,47 Mark, der Zoll erhöht beide um 0,4 Mark, so daß Baumwollsamenöl verzollt auf zirka 0,90 Mark, Olivenöl auf 1,40 bis 1,90 Mark per Kilo kommen. Die Arbeiter würden also gut thun, direkt Baumwollsamenöl zu ihrem Konsum zu kaufen.

Ich meine aber, daß auch die Landwirthschaft aus diesen Erörterungen Nutzen ziehen könnte. Leinöl kostet nach obiger offizieller Schätzung per Kilo nur 0,39 Mark. *Warum raffinirt man es nicht* ebensogut wie in Amerika Baumwollsamenöl? Dann könnte es als Speiseöl benutzt werden und würde im Preise steigen. Der Flachsbau würde wieder lohnender werden. Hirse, Bohnen, Erbsen, Buchweizen, Roggen, Hafer, Lein könnten und sollten den Kartoffelbau theilweise verdrängen, nicht den Roggen- und Weizenbau.

Eine letzte Bemerkung muß ich dem Zucker widmen.

Seine Produktion in Deutschland ist zu groß und seine Verwendung zu gering. Das liegt an dem falschen Steuersystem. Die Finanznoth wird das reformiren. Schon ist mit einer — ungenügenden — Reform der Einkommensteuer begonnen. Neben ihr haben wir die veralteten Ertragssteuern, welche fundirtes Einkommen entsprechend höher besteuern sollen als unfundirtes. Das

Verfahren ist unzweckmäßig und ist an deren Stelle in manchen Schweizerkantonen schon eine mäßige Vermögenssteuer getreten, wodurch Ertragssteuern in Wegfall kommen können. So ist denn in England, den Vereinigten Staaten und Kanada der Zucker jetzt steuerfrei, und obgleich in keinem dieser Staaten oder Reiche Zucker produzirt wird, dort um die Hälfte billiger als in Deutschland, Oesterreich und Frankreich, die davon mehr exportiren als konsumiren. Dies ist ein ganz naturwidriges Verhältniß und schränkt nicht nur den Konsum der Bevölkerungen an Zucker ein, sondern behindert einige Industrien derartig, daß sie theilweise gar nicht entstehen. Da ist die Liqueurfabrikation, in welcher England schon Frankreich überflügelt hat, da der dazu nöthige Zucker dort billiger ist. Auch bei uns kann sie sich wenig entwickeln, obschon wir Spiritus und Zucker in Ueberfluß haben.

Kandirte Früchte produzirt und exportirt England auch in wachsender Proportion zu Frankreich, ganz aus demselben Grunde.

Endlich ist Jam ein Volksnahrungsmittel in England und Amerika und bei uns eine importirte Delikatesse auf dem Tische der Reichen. Beeren, Mus aus Früchten wird mit Zucker zu einer dicken Masse eingekocht und dies ist eine billige, beliebte, allgemeine und nahrhafte Zuspeise aller Volksklassen, und kann es sein, weil der Zucker so billig ist. Die kleine Landwirthschaft könnte große Summen aus dem Anbau von Früchten zur Jamfabrikation bei uns ziehen, wenn ein grundverkehrtes Steuersystem das Entstehen dieser Industrie bei uns nicht verhinderte. Es giebt also noch recht viel in Deutschland zu reformiren und es ist doch nicht aussichtslos, zu hoffen, daß es geschehe, da der junge und energische Kaiser solchen Reformen geneigt ist.

Die sozialistische Arbeiterpartei in Spanien.

Von **Pablo Iglesias**, Schriftsetzer, Madrid.*)

Als in Folge der politischen Reaktion, die dem Fall der kommunalistischen Bewegung und dem Staatsstreich vom 3. Januar 1874 folgte, die Internationale in Spanien aufgelöst worden war, sahen sich jene Arbeiter, die der Resolutionen des Haager Internationalen Kongresses eingedenk und erklärte Anhänger seines Hauptbeschlusses waren, welcher lautet: „In dem Kampfe gegen die vereinigte Macht der besitzenden Klassen kann das Proletariat nur als Klasse handeln, wenn es sich ausdrücklich als politische Partei organisirt, die gegen alle früheren von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien auftritt" — sahen sich jene Arbeiter genöthigt, folgende Taktik einzuschlagen: Durch Gewerkschaften ihren Kameraden die absolute Gegnerschaft zwischen den Interessen der Kapitalisten und denen der Arbeiter einzuprägen und außerhalb der Gewerkschaften durch persönliche Propagirung der revolutionären sozialistischen Lehren zu wirken.

Das Resultat dieser Taktik ist, soweit es die Gewerkschaften betrifft, ein sehr befriedigendes gewesen, denn im Augenblick wird man in Spanien, selbst in jenen dünn bevölkerten Distrikten, wo die Klassengegensätze noch wenig entwickelt sind, kein Individuum finden, das an eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glaubt.

Die sozialistische Propaganda, die nicht nur durch Mangel an Geldmitteln, sondern hauptsächlich dadurch beengt war, daß die Konservativen, welche damals

*) In Folge von Uebersetzungsschwierigkeiten und Raummangel leider erheblich verspätet. Die Redaktion.

am Ruder waren, sie für ungesetzlich erklärt hatten — gewann in den ersten Jahren wenig Anhänger. Nichtsdestoweniger bildete sich im Mai 1878 in Madrid insgeheim die erste Gruppe der sozialistischen Arbeiterpartei, die ein Programm aufstellte und 4000 Exemplare eines Manifestes drucken ließ, welches dies Programm enthielt.

Dasselbe war seinem Inhalt und seinem Zwecke nach dasselbe, welches die Partei auch jetzt angenommen hat. Sein erster Theil enthält folgende Punkte:

1. Die Besitzergreifung der politischen Macht seitens der Arbeiter.
2. Die Umwandlung des Privat- und genossenschaftlichen Eigenthums in allgemeines Nationaleigenthum.
3. Die Herstellung der Gesellschaft auf der Basis einer ökonomischen Föderation, einer wissenschaftlichen Organisation der Arbeit und einer vollkommenen Erziehung für die Angehörigen beider Geschlechter.

Der zweite Theil des Programms fordert eine Reihe von administrativen und ökonomischen Reformen und dann die politischen Rechte, die zur sozialistischen Propaganda und zur Organisation und zur Thätigkeit der Arbeiterklasse unentbehrlich sind.

1881 verloren die Konservativen ihre Machtstellung und es bildeten sich sozialistische Gruppen in Barcelona, Malaga und Guadalajara.

Im August 1882 wurde in Barcelona ein Arbeiterkongreß abgehalten, bei welchem 88 Vereine durch 119 Delegirte vertreten waren; daselbst wurde das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei gründlich erörtert und eine Resolution, welche die Arbeiter aufforderte, der Partei beizutreten, mit 70 Stimmen angenommen.

Da man die Nothwendigkeit einer Zeitung einsah, welche die Grundsätze des revolutionären Sozialismus weiterverbreiten und die Organisation jener Arbeiter, welche dieselben annahmen, erleichtern sollte, so beschlossen die Madrider Sozialisten, einen Fonds zur Gründung eines Journals durch Emittirung von tausend Antheilen zu 1 Peseta = 85 Pfennige zu bilden.

Nachdem die Summe aufgebracht war, wurde die Herausgabe des Blattes beschlossen. Ehe es erschien, unternahmen zwei unserer Genossen von Madrid und Barcelona Agitationsreisen nach Malaga, Sevilla, Cordova, Valencia und den Industriezentren von Catalonien. Im März 1885 erblickte das Madrider Wochenblatt „El Socialista" das Licht der Welt. Man kann sagen, daß die Thätigkeit der sozialistischen Arbeiterpartei von dem Tag seiner Veröffentlichung datirt. Da das Erscheinen des Blattes mit den Strikes in Belgien, den Londoner Vorgängen und dem berühmten Strike von Decazeville zusammentraf, so schrieb die spanische Bourgeoispresse die Veröffentlichung der Zeitung einem internationalen Plan zu und folgerte weiter, daß es von Sozialisten anderer Länder unterstützt werde. Theils aus diesem Grunde, theils wegen des von ihm vertheidigten Programms, wurde „El Socialista" von einer großen Zahl von Blättern angegriffen, darunter hauptsächlich von den republikanischen Organen, welche uns anklagten, wie sie es auch heute noch thun, daß wir der Reaktion dienten.

Die Haltung der bürgerlichen Presse aller Schattirungen, von der ultragemäßigten bis zur ultraradikalen, ist ebenso leicht erklärlich als sie bedeutsam ist. Es war natürlich, daß die Arbeiterklasse Spaniens, angewidert durch die Streitigkeiten zwischen den republikanischen Führern, enttäuscht durch die unehrliche und reaktionäre Handlungsweise jener Staatsmänner, die nach der Thronentsagung des Amadeus von Savoyen zur Macht gelangt waren, und endlich wenig beeinflußt durch die politische Erziehung, die sie von den Bourgeois

genossen hatte, sich der sozialistischen Arbeiterpartei zuneigte, sobald diese ihr Banner entfaltet, und den Klassenkampf und ihre Opposition gegen alle bürgerlichen Parteien proklamirte.

Als die Republikaner dies bemerkten und begriffen, daß sie aufhören mußten, eine Partei der Massen zu sein, sobald die sozialistische Partei stärker wurde, da richteten sie alle ihre Waffen gegen dieselbe und begannen die hervorragendsten Sozialisten zu verleumden. Auf der anderen Seite wurden diese angegriffen von den Anarchisten, die durch ihre Kniffe, ihre Intriguen und ihre Methode, in der Praxis jene Prinzipien zu handhaben, die sie in der Theorie bekämpfen, sich an der Spitze des kämpfenden Proletariats Spaniens behauptet hatten.

Die Anarchisten bekämpften die sozialistische Arbeiterpartei nicht nur durch Entstellung ihrer Grundsätze, sondern auch durch wüthende, persönliche Angriffe und Beschimpfungen. Wenn die Republikaner fürchteten, daß unsere Partei ihnen jene Arbeiter entziehen werde, die in ihren Reihen fochten, so drohte den Anarchisten der Verlust ihres Einflusses auf alle jene Proletarier, die anfangen, über ihre Interessen nachzudenken.

Natürlich genug erscheint es daher, daß Republikaner und Anarchisten sich bei mehr als einem Anlaß vereinigten, um die sozialistische Arbeiterpartei zu bekämpfen und deren Führer herabzusetzen.

Aber trotz der Angriffe von Anarchisten und Republikanern nahm die sozialistische Arbeiterpartei an Macht zu und zählte schon zwei Jahre nach dem Erscheinen von „El Socialista" Zweigvereine in Madrid, Barcelona, Valencia, Tarragona, Bilbao, Burgos, Matarô, Gracia, Roda, San Juan de Vilasar, San Martin de Provensals, Malaga, Jativa, Guadalajara und Linares.

Obgleich die Partei und „El Socialista" ihr Hauptaugenmerk auf den politischen Kampf richteten, d. h. auf die Bekämpfung der Bourgeoisparteien und die Vertheidigung der im Parteiprogramm aufgestellten Forderungen, so wurde doch der ökonomische Kampf durchaus nicht vernachlässigt. Es wurde gethan, was möglich war, um Strikes zu unterstützen und die Bildung von Gewerkschaften zu fördern. Den Mitgliedern der sozialistischen Partei verdankt die „Allgemeine Arbeiter-Union" ihr Entstehen, die viele Gewerkschaften in sich schließt und deren Zweck die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist. Diese Union umfaßt jetzt mehr als 60 Vereine und ist bestimmt, alle Arbeiter aufzunehmen, welche gegen ihre Anwender um die Erhöhung der Löhne und die Beschränkung der Ausbeutung kämpfen.

Angesichts der Nothwendigkeit einer vollständigen Uebereinstimmung aller Kräfte der Partei und einer vollkommenen Harmonie zwischen der angenommenen Theorie und den praktischen Methoden ihrer Ausführung, schlug die Madrider sozialistische Mitgliedschaft allen anderen spanischen Mitgliedschaften die Abhaltung eines Kongresses vor, auf dem das Programm bestätigt, oder wenn nöthig, geändert werden, eine allgemeine Organisation angestrebt, die Taktik der sozialistischen Partei gegenüber den Bourgoisparteien festgesetzt, gewisse Regeln für Strikes bestimmt und weitere Maßnahmen getroffen werden sollten.

Nachdem der Vorschlag von den anderen sozialistischen Körperschaften angenommen war, wurde in Barcelona vom 23. bis 25. August 1888 ein Kongreß abgehalten, bei dem folgende Orte vertreten waren: San Martin de Provensals, Valencia, Tarragona, Ripole, Campdevanole, Guadalajara, Gracia, Bilbao, Madrid, Linares, Vich, Manresa, Roda, Mataro, San Juan de Vilasar, Malaga, Barcelona, Faldas de Montbuy und Sant Andres de Palomar.

Es zeigte sich die vollkommenste Uebereinstimmung in allen Fragen. Der größte Theil des Parteiprogramms wurde einstimmig angenommen, nachdem einer

seiner Punkte geändert, ein anderer erweitert worden war, so daß es in der jetzigen Fassung lautet:

1. Die Besitzergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

2. Die Umwandlung des privaten und genossenschaftlichen Eigenthums an Produktionsmitteln in gemeinsames, gesellschaftliches oder allgemeines Eigenthum.

3. Die Herstellung der Gesellschaft auf der Basis einer ökonomischen Föderation; die gemeinsame Ausbeutung der Produktionsmittel durch die Arbeiter, wodurch jedem Mitglied das ganze Produkt seiner Arbeit gesichert wird, und die wissenschaftliche, technische und gewerbliche Erziehung für Angehörige beider Geschlechter.

4. Die Verpflichtung der Gesellschaft, für die Bedürfnisse der Alten und der Kranken zu sorgen.

Der zweite Theil des Programms zerfällt ebenfalls in zwei Abtheilungen, eine politische und eine ökonomische. Die erste davon umfaßt folgende Forderungen: Die Freiheit der Vereinigung, der Versammlung, der Petition, der Demonstration und der Koalition. Preßfreiheit. Allgemeines Stimmrecht. Persönliche Sicherheit. Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses und des Hausrechts. Abschaffung der Todesstrafe. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege. Geschworenengerichte für alle Vergehen und Verbrechen. Abschaffung der stehenden Heere und allgemeine Bewaffnung des Volkes. Abschaffung der Staatsschuld. Unterdrückung des Budgets für den Klerus und Beschlagnahme seiner Güter.

Die zweite Abtheilung schlägt folgende Maßregeln vor: Gesetzlicher Achtstundentag für Erwachsene. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeitszeit auf 6 Stunden für Personen von 14 bis 18 Jahren. Gesetzlicher Minimallohn, der jährlich durch eine statistische Arbeitskommission festgesetzt wird und zwar entsprechend den Kosten der unentbehrlichsten Lebensmittel. Gleiche Löhne für gleiche Arbeit bei beiden Geschlechtern. Ein Feiertag in der Woche oder gesetzliches Verbot für die Unternehmer, ihre Leute mehr als 6 Tage in der Woche zu beschäftigen. Verbot der weiblichen Arbeit, wo dieselbe besonders schädlich ist oder der Moral besonders zuwiderläuft. Schaffung einer von Arbeitern gewählten Aufsichtskommission zur Besichtigung von Arbeiterwohnungen, Bergwerken, Fabriken, Geschäftslokalen 2c. Schutz für die Armen-, Pensions- und Krankenkassen. Regelung der Gefängnißarbeit. Errichtung von weltlichen und unentgeltlichen Gewerbeschulen für den Elementar- und höheren Unterricht. Haftpflicht der Fabrikanten bei Unglücksfällen. Sicherung der Haftpflicht durch Geldeinlagen der Unternehmer, die im Verhältniß zu der Anzahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter und des Risikos stehen, in die Kassen der Arbeitervereine. Reform der Gesetze über Pachten, Miethen, Kündigungen und aller anderen Gesetze, die den Interessen der Arbeiterklasse direkt nachtheilig sind. Annullirung aller Kontrakte, durch die öffentliches Eigenthum (Eisenbahnen, Bergwerke, Arsenale 2c.) veräußert wurden und Uebergabe des Betriebes aller Staatswerkstätten an Arbeitergewerkschaften. Abschaffung aller indirekten Steuern und Umwandlung der direkten Steuern in eine einzige progressive Einkommensteuer auf Einkommen von über 3000 Pesetas.

Nach kurzer Debatte wurde der allgemeine Organisationsentwurf angenommen. Dem entsprechend ist die sozialistische Arbeiterpartei aus solchen Gruppen oder Mitgliedschaften gebildet, die das Programm annehmen und bereit sind, dasselbe zu vertheidigen und die Beschlüsse der Parteikongresse zu achten. Ein Nationalkomite ist mit der Vertretung der Partei betraut, ebenso damit, ihre Beschlüsse

auszuführen, ihre Prinzipien und ihre Organisation zu verbreiten, und die Initiative in allen wichtigen Fragen zu ergreifen. Die Kosten für dieses Komite werden durch Beiträge aller Gruppen bestritten. Diesen steht es frei, sich welche Organisation immer zu geben, vorausgesetzt, daß sie im Einklang mit der allgemeinen Organisation der Partei steht.

Die gewöhnlichen Kongresse treten jedes zweite Jahr zusammen; jede Gruppe oder Mitgliedschaft soll dabei durch einen Delegirten vertreten sein, das Nationalkomite durch deren zwei; doch nur die ersteren dürfen sprechen (stimmen? Die Red.). Die Stimmen werden nicht nach der Zahl der Delegirten, sondern nach der Zahl der Personen gerechnet, die sie vertreten.

Bezüglich der Haltung der sozialistischen Arbeiterpartei gegenüber den bürgerlichen Parteien, nahm der Kongreß von Barcelona folgende Resolution an:

„Die Stellung der sozialistischen Arbeiterpartei gegenüber den bürgerlichen Parteien, mögen sie heißen, wie sie wollen, kann und darf keine versöhnliche sein, sondern muß, wie sie es vom Beginn der Entstehung der Partei war, die des unversöhnlichsten, beständigen Kampfes sein."

In Bezug auf Strikes wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die sozialistische Arbeiterpartei wird nach ihren besten Kräften die Bewegung des Widerstands unterstützen und bei den Kämpfen der Arbeitervereine gegen ihre Ausbeuter helfen."

Nebst diesen angeführten Resolutionen beschloß der Kongreß von Barcelona: daß die spanische sozialistische Arbeiterpartei bei dem internationalen Pariser Kongreß durch einen Delegirten vertreten werden solle und stellte die Natur seines Mandats fest; auch bestimmte er die Stadt Bilbao als Sitz des nächsten Kongresses und Madrid als Sitz des Nationalkomites. (Schluß folgt.)

Feuilleton.

Ruben Sachs.

(Nachdruck verboten.)

Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von **Amy Levy**.

Aus dem Englischen.

(Schluß.)

XVIII.

Es giebt nichts Erhebenderes für ein jüdisches Gemüth, als eine Verlobung. Als daher vier Tage nach den im vorigen Kapitel geschilderten Ereignissen die Verlobung von Judith und Bertie bekannt gemacht worden war, strömten zu allen Stunden des Tages die Gratulanten herbei, und das Haus in Kensington Palace Gardens war der Schauplatz behaglicher Geschäftigkeit und Aufregung.

Die Gemeinde hatte sich nach vielem Diskutiren und manchem Kopfschütteln über die Degeneration des Zeitalters entschieden, Berties Judenthum als voll hinzunehmen und die Verlobung wurde wie jede andere behandelt. Dies würde nämlich durchaus nicht der Fall gewesen sein, wenn Mr. Lee-Harrison den Glauben seiner Väter beibehalten hätte. Denn wenn auch Verlobung wie Heirath von den meisten als Thatsache hingenommen und respektirt worden wären, so würde diese Anerkennung doch weniger formell und öffentlich erfolgt sein, als es jetzt der Fall war, eine ganze Anzahl Juden aber würden die Ehe überhaupt nicht anerkannt haben.



Nr. 13. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Der letzte Mohikaner.

♂ Berlin, 16. Dezember 1891.

Die Verhandlungen des Reichstags über die Handelsverträge waren so etwas, wie die Aufführung des Hamlet ohne den Dänenprinzen. Der Abgeordnete von Otterndorf wollte zu ihnen erscheinen, und wenn er sich in den Reichstag tragen lassen müßte. Aber er kam nicht, so sehr ihn seine Genossen von Brotvertheuerern anflehten, so sehr selbst die „Kreuzzeitung" alten Groll vergaß und ihn als letzten Helfer in der Noth herbeisehnte. Auch — was einen tapferen Mann mehr noch lockt als die Bitten der Freunde — auch die Herausforderungen der Gegner vermochten nicht, ihn dem Bell- und Schmollwinkel Friedrichsruh abtrünnig zu machen.

Da Vorsicht der bessere Theil der Tapferkeit ist, und zwar nicht nur bei Falstaff, so war Bismarck's Ausbleiben von dem Schlachtfelde, auf welchem er sich so oft zu stellen versprochen hatte, am Ende nicht so sehr verwunderlich. Aber ein Anderes, was seine wenigen Freunde vielleicht nicht befürchtet und seine zahlreichen Feinde vielleicht nicht gehofft hatten, wurde Ereigniß. Bismarck hielt die Rede, die er im Reichstage hätte halten sollen, nachdem sein Nachfolger ihn auf einen Gang mit blanken Waffen herausgefordert hatte, wieder aus den Büschen des Sachsenwaldes. Und gleich doppelt: erst einem freisinnigen Redakteur aus Lübeck und dann einer Deputation aus Siegen.

Und weshalb er nicht gekommen ist? Je nun, aus zarter Schonung für seinen Ruhm und mehr noch für die gegenwärtige Regierung. Welche gemüthvolle, weiche Seele! Wenn er im Reichstage den Mund aufthäte, so müßte er der herrschenden Politik schärfer entgegentreten, als er es bisher seiner Stellung und seiner Vergangenheit angemessen gefunden habe. Er müsse so reden, wie er denke. Wenn er das aber thue, so habe es eine Tragweite nach oben, nach unten, nach außen und nach innen, an die er sich noch nicht gewöhnen könne. Einstweilen möchte er nur sagen, es sei noch nicht Mittag. Oeffentlich so aufzutreten, wie er möchte, wenn er im Reichstage redete, widerstrebe seinem Gefühle, und es müßten noch stärkere Gründe vorliegen als heute, wenn er diesen Widerwillen überwinden solle. Die Nöthigung dazu laufe ihm vielleicht nicht weg, aber er wolle es noch abwarten. Und so noch ein paarmal im Kreise herum,

wie es in den „Hamburger Nachrichten“ in sorgfältiger Redaktion vorliegt. Spaltenlang, obgleich doch gerade vier Zeilen genügt hätten, nämlich die vier Zeilen des Lessing'schen Epigrammes:

Ich flieh', um öfter noch zu streiten!
Rief Fix, der Kern von tapfern Leuten.
Das hieß (so übersetz' ich ihn):
Ich flieh', um öfter noch zu fliehn.

Mangel an moralischem Muthe, verbunden mit maßloser Prahlerei, ist das eigenthümliche Kennzeichen der sogenannten „Großen Männer,“ welche so lange „Geschichte gemacht“ haben, bis die wirkliche Geschichte sie unsanft auf den Sand gesetzt hat. Die fixe Idee ihres angeblichen „Genies“ beherrscht sie noch immer, während das dumpfe Gefühl, daß dieses „Genie“ ihnen doch wie Kinderspielzeug zerbrochen vor die Füße geworfen ist, sie abhält, noch einmal eine Probe auf das Exempel zu machen. Sie möchten wohl, aber sie können nicht, und in diesem Dilemma thun sie so, als ob sie könnten und nur nicht möchten. Und reden machen müssen sie einmal immer von sich, genau wie alte Komödianten, die, wenn sie längst das Licht der Lampen nicht mehr vertragen, doch noch hier ein Anekdötchen und dort ein Reklämchen über sich in dienstwillige Blätter zu schmuggeln verstehen. Die Literatur von Friedrichsruh hat bald den Umfang, wie die Literatur von St. Helena.

Selbstverständlich sind diese „Großen Männer“ an ihrem Sturze immer ganz unschuldig. Sie sind die tragischen Opfer irgend welcher heimlicher Intriguen, auf welche ihre arglosen, edlen, reinen Seelen nicht gefaßt gewesen waren. Hätte Grouchy die Befehle Napoleons befolgt, so wäre die Schlacht von Waterloo nicht verloren worden, und hätte Herr von Bötticher nicht dies oder jenes gethan — denn was er eigentlich gethan haben soll, weiß bei alledem noch kein Mensch — so säße Bismarck noch als allmächtiger Kanzler in der Wilhelmstraße. Am erheiterndsten wird dies Gaukelspiel, wenn die „Großen Männer“ die Last ihrer Sünden auf die willenlosen Werkzeuge ihres einstmals schrankenlosen Willens abladen möchten. So wenn Napoleon auf den französischen Senat schalt, weil ihn diese, von ihm selbst zu einer Versammlung von Lakaien herabgewürdigte Körperschaft weder retten konnte, noch retten wollte. So wenn Bismarck, wie eben jetzt wieder in Friedrichsruh, von dem „Ansehen“ und der „Würde“ des Reichstags fabelt, nachdem er, so weit das irgend in seiner Macht stand, dies Ansehen und diese Würde zu vernichten gesucht hat. Aber die „Großen Männer“ haben immer das Volk und namentlich die Volksvertretungen geliebt, und nur weil das stille Sehnen ihrer Herzen keine Gegenliebe fand, sind sie an der Undankbarkeit der Menschheit gescheitert.

Wie weich und zart überhaupt die Herzen der „Großen Männer“ werden, wenn sie nicht mehr können, wie sie möchten! So lange sie noch konnten, wie sie mochten, da freilich war es anders. Da war der grausamste Menschenhaß an der Tagesordnung und die Parole hieß: schlagen, tödten, vernichten! Zunächst die Menschen, aber viel, viel lieber noch die Ideen! Nichts bezeichnender, als der gleich rasende Haß, mit welchem Napoleon wie Bismarck im Kriege nicht die gefährlichsten Feinde, nicht die disziplinirten Heere verfolgten, sondern die Freischaaren, welche die Liebe zum Vaterland in den Kampf trieb. Man weiß, wie Napoleon die gefangenen Offiziere von Schill als brigands füsiliren, wie er die Lützower nach Abschluß des Waffenstillstandes von 1813 verrätherisch überfallen ließ. Und man sollte wissen, daß Bismarck 1870 und 71 nach den getreuen Berichten seines Biographen Busch „des Abends spät, des Morgens

früh“ fluchte und wetterte, wenn die deutschen Offiziere und Soldaten, welche am Ende die Sache doch zunächst anging, im ehrlichen Kampfe gefangene Franktireurs auch als ehrliche Feinde behandelten und nicht an den nächsten Baum aufknüpften. Glücklicher Weise reichte sein Einfluß nicht so weit, die menschlichen Grundsätze der deutschen Heerführung zu erschüttern, und so mußte er sich mit Heldenthaten begnügen, wie er deren eine seinem Busch'chen berichtete: „Ich sagte ihnen (d. h. einem Wagen voll gefangener Franktireurs, dem er auf der Landstraße begegnet war): Ihr werdet alle gehangen werden; Ihr seid keine Soldaten, sondern Mörder. Der eine fing dann laut zu flennen an.“ Aber das war im Kriege. Wer im Frieden seine Landsleute um ihrer Ueberzeugungen willen in gehässiger, kleinlicher und namentlich überflüssiger Grausamkeit mehr gequält, verfolgt und vernichtet hat, ob Napoleon oder Bismarck, das ist eine Frage, die einer sehr genauen Untersuchung bedarf, ehe sie zu Bismarck's Gunsten entschieden werden könnte.

Es versteht sich, daß die Parallele zwischen diesen „Großen Männern“ hier nur gezogen wird, soweit es auf ihr Verhalten nach ihrem Sturze ankommt. Denn sonst wäre sie ein großes Unrecht gegen den Franzosen. Rodbertus hat es zwar fertig bekommen, die „zwei Riesen des Jahrhunderts“ auf gleiche Höhe zu stellen und Bismarck eher noch eine Stufe höher, indessen da ist der Patriot mit dem Denker durchgegangen. Sieht man, wie billig, ganz von Napoleons Feldherrnthätigkeit ab, so hat er als Organisator ebenso Bedeutendes geleistet, wie Bismarck etwa als — Desorganisator. Dort der Erbe einer großen Revolution, der die bürgerliche aus der feudalen Gesellschaft mit leidlichem Verständnisse entbinden half; hier der Erbe des ostelbischen Junkerthums, der von der bürgerlichen Welt nicht viel mehr versteht, als die Aufbesserung seines Grundbesitzes durch Papierfabriken und Schnapsbrennereien. Dort ein in seiner Art antiker Charakter, hier ein „Tiefenbacher,“ der eines Herbstabends im Jahre 1877 nach der Erzählung von Busch, Kienäpfel in den Kamin werfend, zu klagen begann, daß er von seiner politischen Thätigkeit wenig Freude und Befriedigung gehabt habe. Niemand liebe ihn deshalb. Er habe Niemanden damit glücklich gemacht, sich selbst nicht, seine Familie nicht, auch andere nicht. „Wohl aber Viele unglücklich. Ohne mich hätte es drei große Kriege nicht gegeben, wären achtzigtausend Mann nicht umgekommen, und Eltern, Brüder, Schwestern, Witwen trauerten nicht. Das habe ich indessen mit Gott abzumachen. Aber Freude habe ich wenig oder gar keine gehabt von Allem, was ich gethan habe, dagegen viel Verdruß, Sorge und Mühe.“ Und nicht einmal ein Haus in Berlin, wie heute die Elegie weiter lauten würde. Aber welch heitere Geschichtsauffassung! Ohne mich, wahrhaftig! Wäre das Junkerlein Otto von Bismarck nicht am 1. April 1815 in Schönhausen an der Elbe geboren, so lebten wir heute noch im deutschen Bunde. „Ein Tiefenbacher, dumm und sentimental,“ so urtheilte Bismarck nämlich nach dem glaubwürdigen Zeugnisse von Busch über den dritten Napoleon.

Aber auch in dem Verhalten nach ihrem Sturze kann man Napoleon und Bismarck nicht so ohne Weiteres auf die gleiche Stufe stellen. Die schlagende Aehnlichkeit liegt in den schon hervorgehobenen Umständen: in dem Mangel an persönlicher Würde, in der Sucht, die eigene Schuld auf andere Schultern abzuwälzen und sich in fabelnder Umdichtung der Zeitgeschichte reinzuwaschen, in der kläglichen Verleugnung dessen, was man, wenn denn einmal die Legende von den „Großen Männern“ gelten soll, die Tragik ihres Schicksals nennen könnte und was der preußische Hofgeschichtschreiber v. Treitschke in seiner

pomphaften Weise an Napoleon „das gaunerhafte Ende einer grandiosen Heldenlaufbahn“ nennt, eine Kennzeichnung, die wir uns glücklicherweise für Bismarck, dessen „grandiose Heldenlaufbahn“ wir nie zu entdecken vermocht haben, nicht anzueignen brauchen. Aber sonst freilich war Napoleon auch nach seinem Sturze immerhin noch ein Anderer als Bismarck. Ganz Europa hielt ihn auf seiner Felseninsel gefangen, und wäre er freigekommen, so hätte er wohl noch ein drittes Spiel in dem Wurfe von Leipzig und Waterloo gewagt, wie der italienische Dichter bei seinem Tode sang: „Im Wetterleuchten der Waffen zu Fuß, in den Wogen reitender Männer.“ Sich bei völlig freier Bewegung in einen Winkel zurückzuziehen, den ehrlich angebotenen Kampf verschmähend und mit vergifteten Pfeilen aus dem Hinterhalte schießend, das war bei alledem die Weise des Korsen nicht. Und dies begründet den letzten und tiefsten Unterschied zwischen Napoleon und Bismarck. Jener hinterließ trotz alledem eine Legende, dieser aber wird keine Legende hinterlassen.

Darin liegt das einzige Interesse, welches heute noch rechtfertigen kann, aber welches freilich auch vollauf rechtfertigt, wenn von dem ohnmächtigen Manne in Friedrichsruh, den man sonst sich ruhig in seinem ohnmächtigen Grolle verzehren lassen könnte, noch gesprochen werden muß. So lange es „Große Männer“ gegeben hat, hat keiner sich in solcher Weise, wie Bismarck, moralisch selbst umgebracht, hat keiner mit einer Gründlichkeit, die der grimmigste Feind nicht diabolischer hätte ersinnen können, den eigenen Namen so völlig zerstört, wie Bismarck. Und so ist es nicht nur gekommen, sondern so mußte es auch kommen. Den Grund davon hat Bismarck selbst in seiner Rede an die Deputation aus Siegen mit unbewußter Wahrhaftigkeit angegeben. Wenn er in den Reichstag käme, meinte er, so würde ihm doch von allen Seiten der Ruf entgegenschallen, er käme als „Interessent.“ Sicherlich würde das geschehen, aber auch mit vollem Rechte. Als „Interessent“ kann man aber nicht mehr den „Großen Mann“ spielen. Die Legende der „Großen Männer“ kann sich mit Vielem vertragen, aber nicht mit der „baaren Zahlung“ der Grundrente und des Kapitalprofits; sie kann die verschiedensten und selbst die wunderlichsten Formen annehmen, aber nicht die Gestalt Bleichröder's oder ähnlicher „Interessenten.“ Denn sie ist auch nur eines jener „buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seine natürlichen Vorgesetzten knüpften“ und sie wird „unbarmherzig zerrissen“ — wir zitiren nach dem Kommunistischen Manifeste — durch die kapitalistische Entwicklung, durch die Auflösung der „persönlichen Würde“ in den „Tauschwerth.“

Kümmerlicher und unaufhaltsamer gehen die letzten Mohikaner nicht durch ihr „Interesse“ für den Schnaps unter, als die „Großen Männer“ durch ihr „Interesse“ für die Schnapsbrennerei.

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.
1866—1876.

Von **F. A. Sorge.**

V. Die deutschen Arbeiter in der Bewegung, die Internationale Arbeiterassoziation, Sektion I, und „die Arbeiterzeitung,“ New York.

In dem Bericht über die Kriegsjahre (1860—1866) ist schon erwähnt worden, daß von 1865 an die deutschen Arbeiter in den größeren Städten des Landes, besonders in den Mittel- und westlichen Staaten, regen Antheil an der

Bewegung nahmen und sich zu diesem Zweck eifrig zusammenschaarten. Chicago und New York führten den Reigen, an dem sich die deutschen (eigentlich „deutschsprechenden") Arbeiter sämmtlicher Industriezweige und Städte betheiligten, soweit ihre Kräfte reichten. Hier das Wichtigste davon.

In Chicago bestanden schon Anfang der sechziger Jahre deutsche Arbeitervereine, welche sich unter dem Einfluß J. Weydemeyer's (siehe Bericht über 1850—1860) und seines Freundes und Gesinnungsgenossen Herm. Meyer in fortschrittlichem Sinne entwickelten. (Nebenher sei bemerkt, daß der Einfluß der beiden Genannten sich auch auf Milwaukee, Pittsburgh und besonders St. Louis erstreckte.) Die deutschen Arbeitervereine Chicagos waren 1863 auf der Konvention der deutschen Radikalen in Cleveland vertreten, und Eingewanderte aus den Lassalle'schen Agitationsjahren in Deutschland (1863 und 1864) verstärkten diese Vereine und belebten ihre Thätigkeit. Ein bemerkenswerther Ausfluß dieser Thätigkeit war das Auftreten und Erscheinen des Deutschen Schlegel auf dem ersten Nationalen Arbeiterkongreß im August 1866 zu Baltimore, dessen schon vorher erwähnt wurde. Dem Wachsthum der Großstadt (Chicago) entsprechend, wurden Zweigvereine in den verschiedenen Stadttheilen gebildet, die stets in enger Verbindung miteinander standen und von 1868 an lebhafte Korrespondenz mit den bedeutenderen Orten des Landes unterhielten, vor allem mit New York. Die beiden Städte New York und Chicago handelten von dieser Zeit an eine Reihe von Jahren in bestem Einverständniß, wodurch die Bewegung der deutschen Arbeiter der Vereinigten Staaten starkes Ansehen gewann. Die Notizen über die Bewegung in Chicago können daher gekürzt und darf für den weiteren Verlauf auf die unten folgende Schilderung der Agitation in New York verwiesen werden.

Im Laufe der nächsten zehn Jahre und im Einklang mit einer gewissen, Chicago eigenthümlichen, Fieberhaftigkeit der Bewegung — die deutschen Arbeiter dort nennen Chicago gern Klein-Paris — traten unsere Deutschen in dieser Stadt unter verschiedenen Namen auf: als Sozialpolitische Arbeitervereine, als Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation, als Arbeiterpartei von Illinois. Außer diesen sogenannten prinzipiellen Arbeitervereinen waren auch verschiedene Gewerkschaften deutscher Arbeiter entstanden, welche im Jahre 1869, nach dem Vorgange New Yorks, ein eigenes Blatt, „Der Arbeiter" genannt, gründeten, das aber mit den ersten Anzeichen des deutsch-französischen Krieges (1870) zu erscheinen aufhörte. 1871 bestanden mehrere Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation in Chicago, und selbst der ungeheuere Brand im Oktober 1871, der bekanntlich auch den Internationalen zur Last gelegt wurde, konnte ihren Eifer nicht stören, der sich auch darin zeigte, daß sie immer gute Beziehungen mit den tschechischen, skandinavischen und französischen Arbeitern der Stadt unterhielten. 1872 (im Herbst) brachen Streitigkeiten unter den Sektionen aus, wodurch etwas Schaden angerichtet wurde, und Anfang 1874 wurde von der „Arbeiterpartei von Illinois" das Wochenblatt „Der Vorbote" gegründet, das einzige deutsche Arbeiterblatt jener Zeit, welches heute noch (1891) besteht als Wochenausgabe der Chicagoer „Arbeiterzeitung." Die von den Internationalen im Herbst 1873 ins Werk gesetzte Demonstration der Arbeitslosen war imposant, wurde mit von der Furcht diktirten schönen Redensarten seitens der Stadtbehörden abgefertigt, aber wenigstens nicht mit blutigen Köpfen heimgeschickt, wie die New Yorker Demonstration. Die schon im Herbst 1872 eingetretenen, vielfach von frisch eingewanderten deutschen Arbeitern beider damaligen Richtungen (Lassalleaner und Eisenacher) veranlaßten Streitigkeiten wurden 1875 und 1876 nothdürftig beigelegt und die Exekutive der in

Philadelphia (Juli 1876) neu begründeten Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten nach Chicago verlegt.

In Milwaukee waren deutsche Gewerkschaften immer thätig und in dem geschilderten Zeitraume einflußreich. Es bildeten sich Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation daselbst 1872, und im Jahre 1875 trat ein Abenteurer dort auf, überredete die Mitglieder zur Herausgabe eines wöchentlichen, später eines täglichen Blattes („Der Sozialist"), gab dasselbe nach kurzem Bestehen auf, betrieb dann Landspekulationen in Wisconsin und landete zuletzt in der bürgerlichen Presse, worin er noch heute nach Renegatenart seine früheren Ansichten lächerlich macht und herabsetzt, seine alten Gesinnungsgenossen verunglimpft.

In St. Louis, Cincinnati, Baltimore, Philadelphia, Pittsburgh, Newark, Buffalo und Detroit entstanden von 1871 bis 1873 starke deutsche Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation und an mehreren dieser Orte wurden Vorbereitungen getroffen, um Arbeiterblätter in deutscher Sprache herauszugeben. Philadelphia machte einen mißlungenen Versuch. — Tschechische Sektionen bildeten sich in New York und Chicago, skandinavische Sektionen in denselben beiden Orten, französische ebendaselbst, sowie in Paterson, Boston, Philadelphia, New Orleans, St. Louis und San Francisco, irische Sektionen in New York und St. Louis, und in Washington entstand eine Sektion, fast nur aus Regierungsangestellten, Subalternbeamten bestehend. An der Stillen Meeresküste, in San Francisco, wurde starke Propaganda schon Ende der sechziger Jahre betrieben durch die seitdem verstorbenen Ph. Reiter und Alex. Henninger. Ein frischer Hauch der Empörung gegen die wachsende Ausbeutung der Arbeiterklasse und gegen die immer frecher auftretende Korruption der bürgerlichen Klassen durchwehte die deutschen Arbeitervereine, spornte sie zum Nachdenken über ihre eigenen, wie über die gesellschaftlichen Zustände im Allgemeinen an und erzeugte so eine wahre Kerntruppe von klassenbewußten, sozialistisch gesinnten Proletariern deutscher Zunge, welche Tüchtiges leisteten. In New York aber, und gewissermaßen für die Vereinigten Staaten, knüpft sich die Geschichte der Thätigkeit deutscher Arbeiter dieses Landes in diesem Zeitraume in eminenter Weise an den Namen der Sektion I. Darüber die folgenden Mittheilungen.

Im Jahre 1866 waren die meisten Mitglieder des kleinen, früher erwähnten Lassalle'schen Vereins in den Kommunistenklub von New York eingetreten, der die veränderte Situation nicht begriff und in Unthätigkeit verharrte. 1867 bildeten die eifrigeren Mitglieder des Klubs unter Zuziehung gesinnungsverwandter Arbeiter die „Soziale Partei," welche verschiedene Zweigvereine in der Stadt besaß und Ende 1868 auch eine politische Wahlbewegung ins Leben rief, von der in Artikel IV dieser Serie bereits die Rede war. In demselben Jahre (1868) gründete die deutsche „Assoziation Vereinigter Arbeiter," bestehend aus den Gewerkschaften der Vereinigten Tischler, der Holzbildhauer, Zigarrenmacher, Klaviermacher und der Firnisser, ein Wochenblatt, „Die Arbeiterunion" genannt, und betraute mit der Redaktion desselben einen — Advokaten, W. S. Landsberg, der von einem Klassenkampfe keine Ahnung hatte oder nichts wissen wollte, Malthusianischen Ideen huldigte und den Hauptzweck des Blattes, Progaganda für die Achtstundenarbeit, nicht zu fördern vermochte. Als die Arbeiter Miene machten, eigene, selbständige Politik zu treiben, zog er sich zurück und an seine Stelle trat Adolph Douai.

Douai war ein sehr begabter Mann, in den meisten Fächern des Wissens wohlbewandert, ein wahrer Polyhistor, wie ihn ein zeitgenössischer Journalist

treffend nannte, dem aber gerade deswegen die nöthige Vertiefung und die Ursprünglichkeit fehlten. In der Antisklavereibewegung der fünfziger Jahre hatte sich Douai in Texas, einem Sklavenstaate, große Verdienste erworben durch unerschrockenes Auftreten und persönlichen Muth, der selbst seinen Gegnern, den Sklavenhaltern, Achtung abnöthigte, und später hatte er im Norden der Vereinigten Staaten der republikanischen Partei durch Rede und Schrift bedeutende Dienste geleistet, während er außerdem als Pädagog beschäftigt war. Er war liebenswürdig im Umgang, von makelloser Rechtschaffenheit und besaß eine geradezu erstaunliche Arbeitskraft. — Dieser fähige Mann wurde im Oktober 1868 Redakteur der „Arbeiterunion," welche im Mai 1869 in ein tägliches Blatt verwandelt wurde und Ende September 1870 in Folge des deutsch-französischen Krieges einging. Douai war von nun an bis an sein Ende immer thätig in der Bewegung als Schriftsteller und als Redner; in ersterer Eigenschaft als Mitarbeiter am „Vorbote" in Chicago, am „Sozialdemokrat" und an der „Arbeiterstimme" in New York, am „Volksstaat" und „Vorwärts" in Leipzig, an der „Zukunft" in Berlin und mehreren anderen Blättern, am „Labor Standard" in New York und anderen Arbeiterblättern in englischer Sprache, schrieb auch mehrere Broschüren in deutscher und englischer Sprache, zuletzt aber war er in hervorragender Weise thätig als ständiger, fleißiger Mitredakteur der „New Yorker Volkszeitung" von ihrer Gründung bis zu seinem im Januar 1888 erfolgten Tode.

Die Uebernahme der Redaktion der „Arbeiterunion" war Douai's Debüt in der Arbeiterbewegung, die ihm damals noch ziemlich fremd war, und es ist daher wohlbegreiflich, daß Douai nicht gleich von vornherein die Spreu von dem Weizen unterscheiden und sondern konnte. Während er sich durch die Veröffentlichung vieler Auszüge aus dem ein Jahr vorher erschienenen „Kapital," Band I, von K. Marx, unbestreitbare Verdienste um die Verbreitung ökonomischer Kenntnisse unter den deutschen Arbeitern erwarb, schmälerte er diese Verdienste wieder durch Vertheidigung des Kellogg'schen Geldsystems und durch die Uebersetzung von Kellogg's „New Monetary System" in den Spalten der „Arbeiterunion." Die Mitglieder der „Sozialen Partei" benutzten nun häufig den Raum des Blattes, um durch Einsendungen die Redaktion auf die rechte Fährte zu bringen, was auch bis zu einem gewissen Grade gelungen war, als der deutsch-französische Krieg (1870) die deutschen Arbeiter der Vereinigten Staaten in zwei Lager spaltete, die Chauvinisten und die Internationalen, woran die „Arbeiterunion" zu Grunde ging.

Als die „Soziale Partei" ihre Wahlkampagne im November 1868 beendet hatte, erkannten die Mitglieder, daß ihr Vorgehen verfrüht gewesen; die Partei als solche löste sich auf, aber die thätigsten und intelligentesten Mitglieder, von denen früher einige genannt wurden, belebten ihren alten Verein wieder, den sie „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" nannten, obwohl der Lassalleanismus keine Rolle mehr bei ihnen spielte. In richtiger Erkenntniß dessen, daß die nachhaltigste und erfolgreichste Wirkung auf einen Körper von innen heraus zu bewerkstelligen ist, trat der Verein im Februar 1869 der „National Labor Union" bei und wurde als Labor Union Nr. 5 of New York aufgenommen. Und nunmehr begann eine Periode brillanter Leistungen, eine Periode höchster Blüthe, die ein Arbeiterverein erreichen kann. Fast ausnahmslos echte, rechte Lohn- und Handarbeiter aller möglichen Gewerke, wetteiferten diese Proletarier miteinander in der Aneignung von ökonomischen Kenntnissen, in der Bewältigung der schwierigsten ökonomischen und philosophischen Probleme. Unter den Hunderten von Mitgliedern,

welche dem Verein von 1869 bis 1874 angehörten, war kaum Einer, der nicht seinen Marx („Kapital“) gelesen, und gewiß mehr als ein Dutzend davon, welche die schwierigsten Sätze und Definitionen in sich aufgenommen und verarbeitet hatten und damit gewappnet waren gegen jeden Angriff von groß- oder kleinbürgerlicher, radikaler oder reformerischer Seite. Es war eine wahre Lust, den Sitzungen des Vereins beizuwohnen, welche jeden Sonntag Abend im 10 Ward-Hotel, Ecke Broome und Forsyth Street, New York, in einem niedrigen, schlecht ventilirten Zimmer abgehalten wurden. Das Klassenbewußtsein war diesen Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen und hatte wahrhaft brüderlichen Sinn in ihnen erweckt, der sie in allen Handlungen ihren Klassengenossen im Allgemeinen und ihren Vereinsgenossen im Besonderen gegenüber beseelte, ein brüderlicher Sinn, der sich nicht etwa in Worten, sondern in Werken äußerte. Sie übten eine musterhafte Disziplin, eine Disziplin, welche dem Verein für längere Zeit eine fast leitende Rolle in der amerikanischen Arbeiterbewegung, wie in der Bewegung überhaupt, sicherte. Wie wohlverdient diese Stellung war, mögen unter Anderem folgende, stets nach eingehender Diskussion gefaßte Beschlüsse über verschiedene wichtige Fragen bezeugen.

Die beiden ersten Paragraphen der Vereinsstatuten lauteten:

„1. Der Verein vertritt allgemeine Arbeiterinteressen, strebt nach Verwirklichung sozialistischer Grundsätze und macht sich zur Aufgabe, die Gewerkvereine zu organisiren und zu zentralisiren — er steht auf der Plattform der Nationalen Arbeiterunion und anerkennt die Grundsätze der Internationalen Arbeiterassoziation.

2. Mitglied kann jeder Lohnarbeiter werden.“

Ueber die sogenannte Geldreform wurde beschlossen:

„Gold ist *unter den heutigen Verhältnissen* der einzige richtige Werthmesser. Gold hat sich unserer heutigen Produktionsweise als Werthmesser aufgedrängt: 1. weil es von Natur, als edles Metall, sich durch die Zirkulation am wenigsten abnutzt; 2. weil in ihm als Einzelwaare (Gebrauchswerth), viel mehr Arbeitskraft verkörpert ist, als in jeder anderen Waare; 3. weil dem Golde nicht so viel geringhaltige Substanz beigefügt werden kann, als jeder anderen zirkulirenden Münze, welcher man mehr Zwangskurs aufoktroyirt, als der Weltmarkt anerkennt, was bei dem Golde als Weltgeld nicht, wenigstens nicht in demselben Maße möglich ist: Das Gold als Werthmesser aller Waaren, als Garantie für auszugebendes Papiergeld, ist nur eine Folge der wirthschaftlichen Zustände, wächst aus ihnen heraus und wird mit denselben fallen.“

Ueber die Gewerkschaftsbewegung:

„Wir anerkennen die tiefe Nothwendigkeit der Gewerkschaften für die Gegenwart, da sie das einzige Mittel sind, die Verschlechterung des Arbeiterloses, wonach die Kapitalistenklasse, dieser unerbittliche Feind der Arbeiter, immer strebt und streben wird, zu verhindern, können aber nicht zugeben, daß die Gewerksgenossenschaften *in ihrem jetzigen Zustande* das Los der Arbeiterklasse gründlich zu verbessern im Stande sind.“

Ueber die Achtstundenfrage:

„Das Achtstundengesetz soll vom Staate für alle Arbeit zum Gesetz erhoben und die Verletzung desselben mit den stärksten Strafen, sowohl für Arbeiter als Arbeitgeber, belegt werden.“

Ueber allgemeine Bildung (das Geschrei nach Bildung):

„Die Befreiung der Arbeiter vom Drucke des Kapitals ist vollständig unabhängig von allgemeiner Bildung. Das Bewußtsein ihrer Stellung in der

Gesellschaft ist vollständig genügend, wenn die Verhältnisse zu einer Veränderung ihrer Lage drängen."

„Die Nothwendigkeit zwingt die Arbeiter, sich dieses Bewußtsein anzueignen, wenn sie auch nicht wollten, denn jeder Gedanke entspringt aus den wirklichen Verhältnissen, und je mehr die Verhältnisse durch die Arbeiter der Erfahrung gemäß erkannt werden, desto mehr wird der Erfindungsgeist angespornt und desto höher muß die Bildung steigen."

Ueber die Regierungsform:

„Nur eine untheilbare sozialdemokratische Republik, deren Grundgesetz jede Ausbeutung der Arbeit aufhebt, kann die wirkliche Emanzipation der Arbeit herbeiführen."

Ueber das Kleinbürgerthum:

„Bei Besprechung sozialer Fragen wirken die Kleinbürger verwirrend."

Ueber politisches Vorgehen in Verbindung mit der Frauenfrage:

„In Erwägung, daß das allgemeine Stimmrecht die Menschen nicht aus der Sklaverei befreien kann, erklärt der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein:

1. Die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen berührt das Interesse der Arbeiter nicht;

2. Es ist Pflicht der Arbeiter, die Frauen mit in den sozialen Kampf hineinzuziehen, um die Arbeiter und damit die Menschen befreien zu helfen." —

Dem Vereine genügten aber die Worte nicht; er ging ans Werk, die Botschaft zu verkünden und Propaganda dafür zu machen. Seine Mitglieder waren in den Gewerkschaften das treibende Element, die besten Beamten derselben, und die Mittel des Vereins flossen unaufhörlich zu Gunsten der allgemeinen und der lokalen Arbeiterbewegung. Keine Arbeiterversammlung, keine Konvention, kein Arbeiterfest fand statt ohne Beihilfe von Mitgliedern des Vereins, sei es als Ordner, Redner oder Beamte. Allen denen, welche Mitglieder des Vereins in dieser Periode, von 1869 bis 1873, waren, oder dessen Sitzungen öfters besuchten, wird er unvergeßlich bleiben und der Mann hatte wahrlich Recht, der seiner Zeit ausrief: „Proletarier, gehet hin und thut desgleichen!" —

Im August 1869 sandte der Verein einen Delegirten zum National Labor Kongreß in Philadelphia, im August 1870 desgleichen nach Cincinnati, worauf sich die Verbindung mit der National Labor Union lockerte und löste. Im Herbst 1869 trat der Verein in die Internationale Arbeiterassoziation ein und unterhielt lebhafte Korrespondenz mit allen Theilen des Landes selbst und mit dem Ausland, besonders mit Deutschland, Frankreich (Varlin), England (Marx) und der Schweiz (J. Ph. Becker). Als der Krieg zwischen Preußen und Frankreich ausbrach, entfaltete der Verein große Thätigkeit in der Bekämpfung des Chauvinismus der Deutschamerikaner und sagte den Deutschen ihr Schicksal voraus: daß sie das napoleonische Kaiserreich erben würden, und nach der Schlacht bei Sedan agitirte er lebhaft gegen die Fortsetzung des Krieges, gegen den Krieg überhaupt und wurde dabei von einigen radikalen, kleinbürgerlichen Elementen und von einer inzwischen erstandenen französischen Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation unterstützt. Eine tschechische Sektion bildete sich im Spätjahr 1870 und diese drei Sektionen (deutsch, französisch und tschechisch) hielten am 22. Januar 1871 ein Verbrüderungsfest ab, dem auch der alte Weitling mit sichtlichem Vergnügen und ausgesprochener Freude beiwohnte. Auf direkte Aufforderung durch Eug. Dupont, Mitglied und Sekretär des Generalraths zu London, bildeten diese drei Sektionen ein provisorisches Zentralkomite, welches die nach den Vereinigten Staaten begnadigten irischen Fenier, O'Donovan Rossa

und Genossen, bei ihrer Ankunft in New York bewillkommnete, und die Feni
waren nicht wenig erstaunt, Vertreter so heterogener Nationen brüderlich verei
zu sehen. Von Chicago meldeten sich sofort zwei Sektionen zum Beitritt, u
in der Stadt New York und deren Umgegend entstand binnen wenigen Monat
eine große Zahl von Sektionen aller Sprachen und Nationalitäten, deutsch
französische, tschechische, irische, amerikanische, skandinavische u. s. f. Aehnlich
geschah in anderen Landestheilen, und die äußersten davon, New Orleans u
San Francisco, ließen sich frühzeitig in dem provisorischen Zentralkomite vertrete
Einen besonderen Impuls gab dieser Bewegung der Kampf und Fall der Kommun
und von dem Eifer der Betheiligten und von der Trefflichkeit der Organisati
gebe folgende Thatsache Zeugniß: Im Juni 1871 wurde an einem Freit
Abend die Abhaltung einer Generalversammlung der New Yorker Sektionen a
folgenden Sonntag beschlossen. Die Organisation hatte kein Preßorgan u
keine Anzeige wurde erlassen, aber am Sonntag Morgen versammelten sich 50
ernste Männer der Arbeit in Dramatic Hall zum Erstaunen der Reporter, welc
frugen, wie das möglich sei! — Ein anderes Beispiel lieferte der im Herb
desselben Jahres ausgebrochene große Brand von Chicago. Kaum war die er
Kunde davon ins Publikum gedrungen, als auch schon von New Orlean
telegraphische Anweisung an das provisorische Zentralkomite kam zur pekuniäre
Unterstützung der geschädigten Parteigenossen in Chicago. Den Opfern de
Kommunekampfes wurden die stärksten Sympathien bezeugt und Unterstützungs
gelder für dieselben gingen reichlich nach Genf und London, während auch d
nicht geringen Zahl von Kommuneflüchtlingen in diesem Lande Hilfe g
spendet wurde.

Die „Internationale" war damals unzweifelhaft eine Art Modesache g
worden, wie die Broschürenliteratur jener Zeit und die Debatten im Kongreß de
Vereinigten Staaten beweisen. Dem Fluge der Zeit und dem Zuge ihre
Herzens folgend, drängten sich daher die „Reformer" aller Orten in die Sektione
der Internationalen Arbeiterassoziation und bereiteten den Arbeitern schwere
Stand. Da kamen die Geldreformer, die Landreformer, die Ehereformer, d
Schulreformer, die Sprachreformer, die Steuerreformer — Reformer jegliche
Standes und Geschlechtes, jeder Art und Nuance schlichen sich herein, vorzugs
weise in die sogenannten amerikanischen Sektionen und wollten mit der ihne
eigenthümlichen Beharrlichkeit und Aufdringlichkeit Proselyten für ihre Paten
mittel machen und vindizirten sich ganz ungenirt das Recht der Leitung de
Organisation. Diese Anmaßungen der Reformerklique wurden übrigens nic
wenig gefördert durch die Korrespondenzen, welche J. G. Eccarius mit diese
Leuten unterhielt, denn Eccarius war damals Sekretär des Generalraths für d
Vereinigten Staaten. Am schlimmsten ging es her in der Sektion 12, welch
von den Damen Woodhull und Claflin, hervorragenden Anhängerinnen der freie
Liebe und des Frauenstimmrechtes, gegründet und unterhalten wurde. Di
Delegirten der Arbeitersektionen im provisorischen Zentralkomite hielten sich a
die Arbeiterfrage, stellten sich auf den Boden realer Verhältnisse und ökonomische
Zustände und bemühten sich, die Arbeiterklasse zu organisiren und zu zentralisire
zum Kampfe für ihre Emanzipation; die Delegirten der „Reformer"-Sektionen
geführt von den Damen Woodhull und Claflin in Sektion 12, schlugen die Zei
todt mit hohlen Phrasen über Frauenemanzipation und Stimmrecht, über ein
universelle Weltsprache, über soziale Freiheit (ein euphemistischer Ausdruck fü
freie Liebe), über alle möglichen Arten von Geldreform u. dergl. Den Ersteren
wurde es klar, daß mit Letzteren ein gedeihliches Zusammenwirken unmöglich se

nd so setzten sie am 19. November 1871 die Auflösung des provisorischen entralkomites durch mit 19 gegen 5 Stimmen, bildeten aber sofort einen rovisorischen Föderalrath, und einer der ersten Beschlüsse desselben war, nur olche Sektionen aufzunehmen, die mindestens zu zwei Dritteln aus Lohn= rbeitern beständen.

Kürzen wir die Erzählung! Sektion 12, die Sektion der „Quacksalber," urde vom Generalrath suspendirt und später vom allgemeinen Kongreß im aag ausgeschlossen; der provisorische Föderalrath berief einen Kongreß der merikanischen Sektionen auf den 6. Juli 1872 nach New York, welcher ein Statut ausarbeitete und zwei Delegirte, einen französischen Kommuneflüchtling und inen Deutschen, zum fünften allgemeinen Kongreß der Internationalen Arbeiter= ssoziation nach dem Haag entsandte. Der Kongreß im Haag verlegte den Sitz es Generalraths nach New York und erwählte 12 Mitglieder desselben in echt nternationaler Zusammensetzung, nämlich vier Deutsche, drei Franzosen, zwei rländer, einen Amerikaner, einen Schweden und einen Italiener. Die Geschichte es Haager Kongresses gehört nicht in den Rahmen dieser Mittheilungen, aber u erwähnen ist, daß die Umtriebe Bakunin's, Guillaume's und deren Genossen on der Alliance de la Democratie Socialiste dort blosgestellt, Bakunin und uillaume ausgestoßen wurden. Der neue Generalrath in New York mußte ehr bald das Amputationsmesser noch weiter anwenden im Falle der Jurassier der von Guillaume und Schwitzguebel geführten Sektionen in der welschen Schweiz), er Spanier und der Belgier. Er hatte eine böse Arbeit, denn es lag ihm ewissermaßen ob, das Geschäft zu liquidiren, eine Aufgabe, die ihm außerordent= ch erschwert wurde durch die sich mehrenden Zwistigkeiten innerhalb der einzigen, irklich bestehenden Föderation, der Nordamerikanischen.

Sektion I, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von New York jetzt ieß, hatte schon Ende 1870 begonnen, einen Fonds zur Herausgabe eines rbeiterblattes zu sammeln, und am 8. Februar 1873 erschien die erste Nummer er „Arbeiterzeitung," begründet, verwaltet und redigirt von Arbeitern in echt roletarischem Geiste, wenn auch mit proletarischen Mängeln. Es war eine That, ie Anerkennung verdiente und auch fand in der fortwährenden Zunahme der eser des Blattes, dessen finanzielle Lage durchweg eine günstige war. Da trat n Herbst 1873 die Krise ein und Sektion I unternahm mit Hilfe der „Arbeiter= eitung" die Organisation der Arbeitslosen, wovon schon an anderer Stelle erichtet ist. Das Unternehmen war wohlangelegt und großartig, leider zu roßartig für die Kräfte der Sektion, die aufs Aeußerste angestrengt wurden, ber doch nicht im Stande waren — bei der großen Ausdehnung des Feldes — nklare und zweideutige, ja, positiv schlechte Elemente fern zu halten, die sich esonders in dem schon erwähnten Sicherheits= (oder Wohlfahrts=)Ausschuß breit achten. Die „Arbeiterzeitung" warnte vor ihnen, sowie davor, daß durch eine oreilige und unvollständige Demonstration der Organisation die Spitze abgebrochen erde. Sie wurde nicht gehört, die Demonstration fand statt am 13. Januar 874 mit dem bekannten Resultat, und die „Arbeiterzeitung" deckte nun das reiben des Sicherheitsausschusses und seiner Gehilfen vollständig auf, wodurch e sich den Zorn der unklaren Elemente, der Polterer und Schreier in den igenen Reihen zuzog, welche durch allerhand Machinationen den Föderalrath der ordamerikanischen Föderation lahmlegten, so daß zuletzt der Generalrath ein= chreiten, den Föderalrath suspendiren und dessen Arbeiten übernehmen mußte, orauf ein Kongreß der Nordamerikanischen Föderation zum 11. April 1874 ach Philadelphia berufen wurde. Dieser Kongreß rechtfertigte das Verfahren

des Generalrathes, änderte Einiges an den Statuten, faßte Beschlüsse gegen ei voreilige Wahlbewegung, ernannte eine Kontrolkommission, verweigerte den Arbeit des im September 1873 zu Genf abgehaltenen allgemeinen Kongresses sei Anerkennung und erwählte einen neuen Generalrath von sieben Mitglieder Verschiedene Mißvergnügte traten aus, einige selbstherrliche, keine Disziplin über Individuen wurden ausgeschlossen und die Arbeit wieder aufgenommen mit ve minderter Zahl, aber ungeschwächten Muthes.

Unterdessen war Mißtrauen in Sektion I gesät worden, besonders von de Redaktionspersonal der „Arbeiterzeitung," welches sich etwas zu fühlen und geg jede Kritik seiner Arbeiten empfindlich zu werden begann. Neid und Mißgun gegen die Inhaber der paar besoldeten Aemter machten sich auch bemerklich, u dazu traten mehr oder weniger begründete Klagen älterer Parteigenossen auße halb New Yorks über Inhalt und Form gewisser Artikel. Eine Menge ander Umstände verschlimmerten diesen unerfreulichen Zustand, und als der Verwaltung rath und die Kontrolkommission der „Arbeiterzeitung" diesem Zustande ein En machen und Wandel schaffen wollten, machte Sektion I einen Staatsstreich, i dem sie von der „Arbeiterzeitung" Besitz ergriff, ein Staatsstreich, der v der anderen Seite mit Anrufung der bürgerlichen Gerichte beantwortet wurd Das Resultat war eine weitere Schwächung der Föderation und der Unterga der „Arbeiterzeitung" im März 1875, eine beklagenswerthe Folge menschlich Schwächen, denen auch Proletarier unterworfen sind.

Das Kapitel von den Zerwürfnissen ist so kurz als möglich behand worden und leider noch nicht abgeschlossen. Es wäre aus dieser bewegten Z noch manches Interessante zu berichten und mitzutheilen, wenn nicht Rücksicht auf den zu beanspruchenden Raum der „Neuen Zeit" zu nehmen wären.

Der Generalrath befand sich in einer schwierigen Lage, ließ aber den Ko nicht sinken. Das Band der Organisation der Internationalen Arbeiterassoziati war überall gelockert, die Föderationen waren aufgelöst oder abgefallen bis a die, numerisch sehr geschwächte, Nordamerikanische Föderation, und außer d Sektionen in den Vereinigten Staaten bestanden nur noch einige in der Schwei Den Mitgliedern des Generalrathes wäre es eine bedeutende persönliche E leichterung gewesen, wenn sie hätten die Sache aufgeben, ihre Aemter niederleg können. Davon hielt sie aber ihre Pflichttreue ab und der feste Vorsatz, d ihnen anvertraute Pfand in keine unwürdigen oder unerfahrenen Hände gelang zu lassen, und sie unterhielten daher bis Juli 1876 gewisse Verbindungen m den meisten europäischen Ländern.

In den Vereinigten Staaten, wo der Generalrath auch als Föderalra fungirte, nahm derselbe stets Antheil an allen Regungen der Arbeiterklasse u suchte das geschwundene Vertrauen wieder herzustellen, was ihm auch in nic geringem Maße gelang. Die von Sektion I schon 1868 und 1869 angeknüpft Verbindungen mit den großen Arbeiterverbänden englischer Sprache waren sein Zeit von dem provisorischen Zentralkomite und von dem Föderalrath wohl unter halten worden und der Generalrath pflegte sie sorgsamst und suchte sie auszubreite wodurch er in nähere Berührung trat mit den Bergarbeitern (besonders in Penn sylvanien), mit den Küfern, mit den Crispinern, mit den Maschinisten, mit de Maurern, den Zimmerleuten, den Möbelarbeitern und den Zigarrenmachern u. s. w Die Internationale Möbelarbeiterunion wurde 1873 vorzugsweise von Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation gegründet, und auch die International Zigarrenmacherunion verdankt das erfreuliche Wachsthum ihrer Organisation z keinem geringen Theile der Mitwirkung von Angehörigen der Internationale

Arbeiterassoziation. Aehnliches wäre von den Pianomachern, den Zimmerleuten, den Anstreichern und manchen anderen Gewerken nachzuweisen. Auch mit der Achtstundenliga von Boston wurden zuletzt Verbindungen angeknüpft und es kann überhaupt gesagt werden, daß im Allgemeinen die Internationalen tüchtige Organisatoren waren.

Nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges war die deutsche Einwanderung wieder beträchtlich gewachsen und unter derselben befand sich ein nicht unbedeutender Prozentsatz von deutschen Eisenachern und Lassalleanern. Unbekannt mit der Sprache und den besonderen Einrichtungen des Landes, auch etwas angekränkelt von dem im Schlachtenruhm wurzelnden Größenwahn der Neudeutschen, gefiel ihnen das auf nüchterner Auffassung der Verhältnisse des Landes basirte Vorgehen der Internationalen nicht sehr; sie schlossen sich meistens den Unzufriedenen, Ausgetretenen und Ausgeschlossenen an und gründeten mit ihnen 1875 eine neue Partei, die sozialdemokratische Partei von Nordamerika, welche sich beeilte, ein deutsches Wochenblatt, den „New Yorker Sozialdemokrat,“ und später auch ein Wochenblatt in englischer Sprache, den „Socialist,“ herauszugeben. Ihr Erfolg war nicht groß, da sie sich darauf beschränkten, so viel als möglich nach deutscher Weise zu verfahren, deutsche Muster zu kopiren. An diesem letzteren Umstande scheiterten auch Einigungsversuche zwischen ihnen und den Internationalen, welche im Herbst 1875 gemacht wurden. — Der Ruf nach Einigung — der Personen — nach dem Muster der kurz vorher vollzogenen Vereinigung der beiden Fraktionen in Deutschland, wurde nun immer lauter, während Einigung in Grundsätzen und Taktik in weiter Ferne lag. Der Generalrath glaubte indessen seiner Pflicht den europäischen Parteigenossen gegenüber genügt zu haben und berief eine Delegirtenkonferenz der Internationalen Arbeiterassoziation zum 15. Juli 1876 nach Philadelphia, wo die Weltausstellung zum hundertjährigen Bestehen der Vereinigten Staaten stattfand, um Rechenschaft abzulegen und seines Amtes enthoben zu werden. Gleichzeitig wurde auf den 19. Juli 1876 ebendaselbst ein Einigungskongreß einberufen von der Nordamerikanischen Föderation der Internationalen Arbeiterassoziation, von der Arbeiterpartei von Illinois und von der sozialdemokratischen Partei von Nordamerika.

Die Delegirtenkonferenz der Internationalen Arbeiterassoziation beschloß die Auflösung der Internationalen Arbeiterassoziation und die Aufhebung des Generalrathes, die Nordamerikanische Föderation ordnete ihre Angelegenheiten, Kassenwesen ꝛc. auf das Genaueste, und am 19. Juli 1876 trat der Einigungskongreß zusammen, beschickt von den Internationalen mit zwei Delegaten, von der Illinois Arbeiterpartei mit einem Delegaten und von den Sozialdemokraten mit drei Delegaten. Ein Delegirter eines Vereins in Cincinnati, von dem weder Mitgliederliste noch sonst etwas vorlag, wurde gegen den Protest der Internationalen auf Drängen der drei Sozialdemokraten zugelassen, welche sich damit die Mehrheit im Kongreß sicherten. Die Vereinigung wurde beschlossen, Programm und Statuten durchberathen, die verschuldeten Organe der Sozialdemokraten von der neuen Partei, „Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten“ genannt, übernommen und der Sitz des Ausschusses (Exekutive) nach Chicago verlegt. Vor Schluß des Kongresses ermahnten die Delegirten der Internationalen ihre Nachfolger ernstlichst, den Schwerpunkt der Agitation nach den Neu-Englandstaaten, dem natürlichen Boden der Arbeiterbewegung dieses Landes, zu verlegen und nicht voreilig in eine Wahlbewegung einzutreten, Empfehlungen, welche keineswegs beachtet wurden. Als eine Art Vermächtniß der Internationalen Amerikas sind die folgenden Beschlüsse über die Wahlbewegung und über die Frauenfrage zu betrachten:

Ueber die Wahlbewegung.

„In Erwägung, daß die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse d
große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung unterzuordnen ist;

In Erwägung, daß die Arbeiterpartei ihren Kampf vorerst auf ök
nomischem Gebiete führt;

In Erwägung, daß nur in dem ökonomischen Kampfe die Streiter f
die Arbeiterpartei geschult werden;

In Erwägung, daß der Stimmkasten in diesem Lande längst aufgehö
hat, der Ausfluß des Volkswillens zu sein, (derselbe) vielmehr in den Händ
von Fachpolitikern nur zur Fälschung des Volkswillens dient;

In Erwägung, daß die organisirten Arbeiter noch durchaus nicht sta
genug sind, um jetzt schon diese Korruption zu vernichten;

In Erwägung, daß die bürgerliche Republik eine Anzahl von klei
bürgerlichen Reformern und Quacksalbern erzeugt hat, deren Eindringen in d
Arbeiterpartei durch eine Wahlbewegung sehr erleichtert wird;

In Erwägung ferner, daß die Korruption des Stimmkastens sowoh
wie die Reformspielerei, in den Jahren der Präsidentenwahl ihre höchste Blüt
erreichen, also die größte Gefahr für die Arbeiterpartei in sich bergen;

Aus diesen Gründen beschließt der Einigungskongreß der Arbeite
partei der Vereinigten Staaten, tagend zu Philadelphia am 22. Ju
1876:

Die Sektionen dieser Partei sowohl, wie überhaupt alle Arbeiter, werd
hiermit ernstlich aufgefordert,

sich vorläufig jeder Wahlbewegung zu enthalten und de
Stimmkasten den Rücken zu kehren;

Die Arbeiter ersparen sich selbst dadurch Enttäuschungen und könn
ihre Zeit und Kraft wahrlich besser der Organisation der Arbeiter widme
welche durch eine voreilige Wahlbewegung häufig zerstört und stets g
schädigt wird.

Warten wir unsere Zeit ab! Sie wird kommen!"

Ueber die Frauenfrage.

„Der Einigungskongreß der Arbeiterpartei der Vereinigte
Staaten erklärt:

Die Emanzipation der Arbeit ist eine soziale, das heißt gesellschaftlic
Aufgabe. Sie umfaßt das Weib wie den Mann; die Emanzipation de
Weibes vollzieht sich mit der des Mannes; die sogenannte Frauenfrage wir
gelöst mit der Arbeiterfrage. Alle Uebel und Mißstände können erst beseitig
werden, wenn die ökonomische Freiheit für das Weib wie für den Mann er
rungen ist.

Es ist daher die Pflicht der Frauen und Töchter der Proletarier, si
zu organisiren und mit einzutreten in die Reihen der Kämpfenden; die Pflich
der Männer ist es, sie darin zu unterstützen. Ihren vereinten Bemühunge
wird es gelingen, die ökonomischen Fesseln zu sprengen, und ein neues, freie
Geschlecht wird erstehen von ebenbürtigen, gleichberechtigten Männern un
Frauen.

Wir anerkennen die vollständige Gleichberechtigung der Männer un
Frauen, und in der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten ist dieselbe Grundsa
und geübt."

Die neuen Handelsverträge.

Konsolidirung der Schutzzölle oder Wendung zum Freihandel? — man weiß nicht recht, was die „mitteleuropäischen" Regierungen beabsichtigen, wenn man ihre umfangreichen Handelsvertragsvorlagen prüft.

Vielleicht wissen es die Regierungen selber nicht und ihre ganze Aktion war nichts als ein Verlegenheitskompromiß zwischen Schutzzoll und Ausfuhrbedürfniß, von der Noth des Augenblickes bestimmt und, von dem politischen Schachzuge gegen Frankreich abgesehen, ohne weitere und bestimmte Ziele für die Zukunft.

Die Denkschrift der deutschen Regierung spricht von Deutschland als einem „Industriestaat ersten Ranges," der Rohstoffe und Nahrungsmittel in großen Mengen einführen müsse und zur Herstellung „des hierdurch bedrohten wirthschaftlichen Gleichgewichtes in erster Linie darauf angewiesen" sei, Fabrikate an das Ausland abzusetzen. Danach könnte man glauben, daß Deutschland auch bereit sei, entschlossen die Handelspolitik eines exportirenden Industriestaates einzuschlagen, das heißt: das im Wege stehende Interesse der Großgrundbesitzerklasse an hohen Lebensmittelpreisen zu opfern und der Industrie durch billige Rohstoffe und billiges Brot und Fleisch alle die Vortheile für die Produktion zu sichern, welche die englische Konkurrenz heute mehr wie je begünstigen. Statt dessen rechnet es die Denkschrift in demselben Athem den verbündeten Regierungen als höchstes Verdienst an, daß sie alle erforderlichen Tarifzugeständnisse an das Ausland, „insbesondere auch bezüglich der landwirthschaftlichen Zölle," auf das „thunlichst geringe Maß beschränkt" haben, und Herr von Caprivi empfahl sich im Reichstage sogar als besondere Stütze von Junkerschaft und Grundrente. „Ich bin der Meinung — äußerte er in seiner Einführungsrede — daß auch die Agrarier keinen Grund haben zu glauben, daß es in der Absicht der verbündeten Regierungen läge, sie zu schädigen. Als im Frühjahr dieses Jahres im preußischen Abgeordnetenhaus Verhandlungen über den sogenannten Nothstand vorgenommen wurden, war eine so starke Strömung für eine zeitweise Herabsetzung der agrarischen Zölle da, daß, wenn die preußische Regierung nur einen Finger hingegeben hätte, ich glaube, es zu einem ziemlich einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses dahin gekommen sein würde, daß die Zölle auf Zeit herunterzusetzen wären. Dem hat die preußische Regierung widerstanden und hat dem ganz allein widerstanden. Wir haben monatelang Hohn und Spott ertragen; wir sind in der Presse im Kathederton belehrt und im Straßenton verspottet worden, und es ist uns gleichgiltig geblieben. Wir haben festgehalten. Ich will den Agrarier sehen, der behaupten kann, daß er mehr für die Erhaltung der Zölle gethan hat als diese Regierung! Hätten wir damals nachgegeben, und wäre dann zum zweiten Male eine mäßige Ernte eingetreten, so wären die agrarischen Zölle auf Nieundnimmerwiedersehen verloren gegangen. Ich lehne also jede Provokation von dieser Seite entschieden ab." Die Konservativen von dem Kreuzzeitungsflügel, vor allem der Graf Kanitz und Dr. Kropatschek, wollten das freilich nicht Wort haben.

Entsprechend gehen auch die Urtheile auf freihändlerischer Seite auseinander. „Man kann nicht sagen, daß der Inhalt der Verträge an Bedeutung dem äußerlichen Umfang entspricht," schreibt Herr Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung," und in einigen weiteren Preßkritiken fand er sogar etwas von seinem alten derben Wasserstiefelton gegen die Leiter der Reichspolitik wieder. Dagegen

machte Herr Rickert in seiner Rede die verbindlichsten Verbeugungen gegen d[illegible] Bundesrathstisch und Herr Brömel kargte trotz aller Reserve auch nicht mit de[illegible] Lobe für den neubetretenen „Weg zum handelspolitischen Frieden.“ D[illegible] „Journal des Débats“ leitartikelte gar über „das größte Ereigniß der Wirt[illegible]schaftsgeschichte der Gegenwart,“ hoffentlich nur, um den französischen Sper[illegible]zöllnern einen heilsamen Schrecken einzujagen. Die Börse regte sich nicht, w[illegible] auf die denkbar niedrigste Werthschätzung der Verträge in ihren Kreisen schließ[illegible] läßt, da sie in ihrem Katzenjammer jedes wirksame Haussemotiv mit eine[illegible] Freudengeschrei begrüßen würde.

In der That wird die unmittelbare Wirkung der Handelsverträge ei[illegible] äußerst geringfügige sein.

Wir ermäßigen in Deutschland allerdings die Kornzölle von 5 Mark a[illegible] Mark 3,50 für den Doppelzentner (100 Kilogramm). Wir ermäßigen sie ab[illegible] in einem Zeitpunkt überraschend hoher Weltmarktspreise, so daß die Volksernährun[illegible] vorläufig in keiner Weise erleichtert wird.

Wir haben für unsere Industrie einige Erleichterungen der Einfuhr na[illegible] den übrigen Vertragsstaaten erreicht, aber diese Einfuhrerleichterungen falle[illegible] zusammen mit einer allgemeinen geschäftlichen Depression, welche den Absatz überal[illegible] kürzt und zur Stockung bringt.

Die Enttäuschung, welche aus dieser Erkenntniß entsprang, mußte um [illegible] größer sein, weil übereifrige Freunde der Regierungen vorher die Erwartung a[illegible] das höchste gesteigert hatten.

Seit dem politischen Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich spu[illegible] bekanntlich auch der Gedanke einer Zolleinigung beider Reiche von neuem, selb[illegible] Fürst Bismarck hat ihn gelegentlich gern als Köder ausgeworfen. So schrie[illegible] er schon 1880 an einen ungarischen Staatsmann, daß er „die volle Zolleinigun[illegible] beider Reiche — nämlich Deutschlands und Oesterreich-Ungarns — als da[illegible] ideale Ziel betrachte, welches unseren handelspolitischen Transaktionen ihre Richtun[illegible] anweist.“ Auch im Jahre 1887 hat er unter der Hand die damalig[illegible] zweite Erhöhung der deutschen Kornzölle als Kampfmittel gege[illegible] Oesterreich zur Erzwingung vertragsmäßiger Zugeständnisse an di[illegible] deutsche Ausfuhr empfehlen lassen. Wenn er heute seinem Nachfolge[illegible] in dieser Sache Schwierigkeiten bereitet, so geschieht das wohl um des Nachfolgers aber nicht um der Sache willen.

Andere Berufene und Unberufene steckten die Ziele der deutsch-mittel-europäischen Handelspolitik noch beträchtlich weiter: je mehr jenseits des Ozean[illegible] die große nordamerikanische Republik in ihrem wirthschaftlichen Einfluß empor-wuchs, Canada, die mittel- und südamerikanischen Länder mehr und mehr a[illegible] ihre panamerikanischen Pläne fesselnd, gegen die europäische Industrie aber mi[illegible] wachsender Rücksichtslosigkeit sich abschließend — um so mehr schien ein Bun[illegible] aller mitteleuropäischen Länder eine unausweichliche Nothwendigkeit: ein Bund, der auf die Donau- und Balkanländer als seine Korn- und Fleischreservekammern hätte zurückgreifen können, der im Innern möglichst freien Verkehr pflegte, nach Außen hin jedoch durch einen gemeinsamen Wall von Kampfzöllen die Ueber-schwemmung mit überseeischen Lebensmitteln und englischen Industrieprodukten abwehrte. Man sah in Gedanken schon vier gewaltige Wirthschaftsgebiete sich gegeneinander abgrenzen: England mit seinen Kolonien, Rußland mit seinem asiatischen Hinterlande, die Vereinigten Staaten von Nord- und Südamerika, und die Vereinigten Staaten des europäischen Kontinents. Der Gedanke eines mittel-europäischen Zollbundes, bald mit bald ohne Frankreich, hat jahrelang in der

Literatur und Presse des Kontinents eine ebenso große Rolle gespielt wie augenblicklich in England die Idee der Imperial Federation.

Praktisch erreichte man natürlich in dieser Richtung unter dem herrschenden System der gegenseitigen Hinaufschraubung der Zölle gar nichts, bis mit einem Male die Regierungen des Dreibundes mit einer ganz überflüssigen Wichtig- und Geheimthuerei ihre Vertrags-Verhandlungen begannen. Man konferirte 1½ Jahre lang bald in Wien, bald in Berlin, bald in München. Bis zum letzten Augenblick war allen Betheiligten Stillschweigen geboten. An einem und demselben Tage, soweit möglich zu derselben Stunde, sollten die unterzeichneten Verträge den Parlamenten in Berlin, Wien, Pesth und Rom überreicht werden. Man mußte etwas außergewöhnlich Bedeutungsvolles erwarten.

Und nun nichts wie einige wenige Zollermäßigungen, in der Hauptsache aber nur die gegenseitige Zusicherung, auf zwölf Jahre die meisten Zölle nicht weiter zu erhöhen! Ein anderes Resultat mochte auf der allseitig festgehaltenen schutzzöllnerischen Grundlage nicht zu erreichen sein, aber die Regierungen tragen selber die Schuld daran, daß man fast auf allen Seiten mehr erwartete und darum eigentlich auf allen Seiten enttäuscht ist. Aehnliche Enttäuschungen wird auch das Ministerium Caprivi sehr bald erfahren, wenn es seine schwankende Stellung zu befestigen glaubt durch solche „Siege," die Niemanden verbinden, aber Viele, wenn nicht verletzen, so doch stutzig machen.

Sehen wir uns einmal die gegenseitig vereinbarten Zollsätze und Zugeständnisse näher an!

Deutschland hat Oesterreich gegenüber mehr als 200 Tarifpositionen bis zum 1. Februar 1903 gebunden. Davon betreffen die meisten Bindungen jedoch lediglich bestehende Zollsätze, sie bringen überhaupt keine Zollermäßigungen, sondern sichern nur zu, daß die betreffenden Sätze in den nächsten zwölf Jahren nicht etwa noch höher gestellt werden, wie sie seit 1887 stehen. Fast alle Herabsetzungen, auch die der Lebensmittelzölle, gehen noch nicht einmal auf das Maß von 1885 zurück. Die Generaltarifsätze der Bismarck'schen Zollreform von 1879 sind vielfach geradezu freihändlerisch gegen die Sätze der heutigen Vertragstarife, die zunächst doch nur auf einen Theil unserer Einfuhr Anwendung finden.

Aehnlich verhält es sich mit Oesterreich-Ungarn. Oesterreich hat Deutschland gegenüber mehr wie 400 Tarifpositionen gebunden, aber die wenigsten davon zeigen Ermäßigungen, und selbst die ermäßigten Sätze überragen noch die des Jahres 1882, in dem Oesterreich zum zweiten Male seine Zölle „revidirte." Von dem 300 bis 340 Millionen Mark betragenden jährlichen Durchschnittswerth der Waarenausfuhr Deutschlands nach Oesterreich-Ungarn sind nur für einen Exportwerth von 63 Millionen Mark die Zollsätze ermäßigt worden.

Italien hat gleichfalls im Großen und Ganzen seinen Zollbesitzstand von 1887 zur Anerkennung gebracht, nachdem es schon 1878 Deutschland mit seiner ersten Zollsteigerung vorangegangen war. Von dem 80 bis 100 Millionen Mark betragenden jährlichen Gesammtwerth der Waarenausfuhr Deutschlands nach Italien sind nur für etwa 23 Millionen die Zollsätze, meist um einen geringen Betrag, verringert worden.

Der belgische Zolltarif enthält bekanntlich sowieso schon überwiegend zollfreie oder mit mäßigen Zollsätzen ausgestattete Abtheilungen und Unterabtheilungen. Demgemäß stellen die belgischen Tarifkonzessionen an Deutschland ebenfalls nur Bindungen bestehender Sätze dar; nur für Schafe, Bier, Wild, getrocknete Pflaumen, gemeines Töpfergeschirr, Tressen, Fournituren und Holzleisten waren Zollherabsetzungen, meist in sehr beschränktem Maße, durchzusetzen.

In der Schweiz hat die Schutzzollbewegung eben erst triumphirt und dementsprechend bringen die Verträge hier zwar einige Erleichterungen gegen den neugeschaffenen Generaltarif, dagegen eine ganze Reihe von Erhöhungen gegen die bisher zur Anwendung gekommenen Importsätze.

Wer wollte bei so unbedeutenden Aenderungen noch an eine bevorstehende größere Umgestaltung der Handelsbeziehungen der Vertragsländer glauben?

Im Großen und Ganzen werden die Verschiebungen etwa die folgenden sein:

Deutschland hat seine Grenzen hauptsächlich dem Getreidezustrom etwas mehr geöffnet. Dazu sind die Zölle auf bearbeitetes Bau- und Nutzholz um 20—25 Prozent reduzirt. Weiter kommen die Ermäßigungen für Hopfen, Fleisch, Wild, Käse, Butter und Eier, Pferde bis zu zwei Jahren, Ochsen, Jungvieh und Schweine in Betracht. Hauptsächlich zu Gunsten Italiens ist der deutsche Weinzoll beträchtlich beschnitten worden.

Es kann demnach gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Kosten der deutschen Verträge in erster Linie die deutsche Landwirthschaft zu tragen haben wird. Die Erleichterung der Schafeinfuhr nach Belgien ist das Einzige, was sie gewinnt, denn die österreichischen Ermäßigungen einiger Agrarzölle kommen für sie kaum in Betracht, und Italien hat hier überhaupt keine Zugeständnisse gemacht.

Die deutsche Industrie hat dagegen in Oesterreich günstigere Einfuhrbedingungen erlangt für baumwollene, wollene und seidene Waaren, für Glaswaaren. Roheisen, eine Anzahl Eisen- und sonstige Metallwaaren, für Chemikalien und Farbstoffe — in Italien für chemische Erzeugnisse, einige Spinnstoffe und Gewebe, für Papier, Zellulose und einige Metallwaaren — in der Schweiz für die Erzeugnisse der Leinen-, Seiden- und Wollenindustrie, sowie der Konfektionsbranche. Was auf der anderen Seite an industriellen Zöllen in Deutschland herabgesetzt worden ist, fällt gar nicht ins Gewicht. Die österreichische Industrie wird auf deutschem Boden nur einige Erleichterungen für die Papier- und Glasindustrie, die Fabrikation von Hüten, Kurzwaaren, Schuhwaaren, Zwirnspitzen, die Zeresinindustrie und einige kleinere Spezialzweige erfahren. Belgiens Industrie genießt künftig in Deutschland einige Zollherabsetzungen für baumwollene Bettdecken, einige Eisenfabrikate, für Leder, Jutegarne, Packleinwand, Nähzwirn, Steine, Thonwaaren. An den deutschen Industriezöllen ist demnach sehr wenig abgebröckelt, die deutsche Industrie hat keine schärfere Konkurrenz, keine wesentlich gesteigerte Einfuhr von Außen zu fürchten; dagegen ist ihr die Ausfuhr mannigfach erleichtert, direkt durch Zollreduktionen im Ausland, indirekt durch relativ billigere Lebensmittelpreise im Inland. Insbesondere den beiden Säulen der städtischen zollpolitischen Bewegung von 1879, der Eisen- und Textilindustrie, sind nur untergeordnete Zugeständnisse auferlegt, aber nach Möglichkeit Vortheile verschafft worden. Haben Oesterreich und Italien soweit als möglich für den Absatz ihrer Getreide- und Fleischproduktion, sowie ihres Weinbaues zu sorgen gesucht, so Deutschland in erster Linie für seine Industrie.

So charakteristisch das für die wirthschaftliche Ueberlegenheit Deutschlands seinen politischen Bundesgenossen gegenüber ist, so gering wird man, wie gesagt, die thatsächlich eintretenden Folgen für den deutschen Industrieexport nach Oesterreich, Italien und nach den anderen Vertragsstaaten anschlagen müssen — aus den schon oben bezeichneten, allerdings vorübergehenden Ursachen: weil augenblicklich ringsum eine Absatzstockung herrscht — dann jedoch auch, weil die Märkte der Vertragsstaaten für unseren Export erst in zweiter und dritter Linie stehen.

In unserer Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn steckt ein beträchtlicher Theil unseres Exportes nach den Balkanländern; trotzdem beanspruchte nach der offiziellen Statistik von unserem gesammten Ausfuhrwerth Oesterreich-Ungarn nur 9½ bis 10½ Prozent, Italien 1889 nur 3,1 Prozent, während Großbritannien mit 20,1 Prozent, die nordamerikanische Union mit 12,1 Prozent verzeichnet ist (natürlich geht ein großer Theil der Ausfuhr nach England weiter über das Meer). Gerade unsere wichtigsten Exportgebiete werden demnach durch die mitteleuropäischen Handelsverträge gar nicht berührt, wie es überhaupt einer der größten Irrthümer der Befürworter eines sich selbst genügenden mitteleuropäischen Zollvereins ist, daß sie einander naheliegende Länder auch als wirthschaftlich sich ergänzende behandeln, während sie meist wirthschaftlich ähnlich entwickelt sind und allesammt eine gleichartige internationale Ergänzung, das heißt: ihre bedeutsamsten Austauschgebiete, meist weitab, womöglich übersee suchen müssen. Jedenfalls ist aus den mitgetheilten Zahlen hinreichend ersichtlich, daß eine geringe Steigerung der unbedeutenden Ausfuhrbruchtheile, welche der Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und Italien darstellt, für die Hebung der deutschen Gesammtausfuhr nahezu gleichgiltig ist. Die Schweiz und Belgien (mit 5,4 und 4,2 Prozent unseres Ausfuhrwerthes) versprechen im wesentlichen nur, von weiteren Zollerhöhungen gegen uns abzusehen; das vermag dem deutschen Export also vollends nicht auf die Beine zu helfen.

Die Verlegenheit der deutschen Bourgeoisie um den Absatz ihrer Waaren wird daher nach den Verträgen die gleiche sein wie vor denselben, wie sie unter dem Freihandel die gleiche war wie unter dem Schutzzoll. Daß die Industrie sich auf jede Weise zu helfen sucht, ist heute noch ihr gutes Recht; daß sie sich, gleich ihren Geschwistern in anderen Ländern, auf keine Weise mehr helfen kann, ist für sie ein Verhängniß, gegen das sie ohnmächtig ist. „Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichthum zu fassen;" auch die Vereinigten Staaten von Europa würden daran nichts ändern können.

Trotz alledem stehen wir nicht an, den Handelsverträgen zwischen dem Dreibund, Belgien und der Schweiz, denen zweifellos noch Rumänien und Serbien, die Niederlande und vielleicht auch Spanien folgen werden, eine große Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Zollpolitik zuzugestehen. Sie sind die endliche Bankerotterklärung des alten Zollkrieges Aller gegen Alle, und sie sind in Deutschland weiter noch die endliche Bankerotterklärung der alles überwuchernden und zur Stagnation bringenden agrarischen Politik, die in dem Fürsten Bismarck ihren Hauptvertreter fand.

Seit 1878 haben wir in Europa mit der alten Tarifvertrags- und halbfreihändlerischen Politik gebrochen und sind in die Aera der „autonomen Zollpolitik" eingetreten; das heißt: jeder Staat sperrte sich gegen jeden anderen ab, soviel er konnte, und lehnte es ab, sich in seinem souveränen Sperrlingstreiben irgendwie durch Handelsverträge auf längere Zeit die Hände zu binden. Handelsverträge würden die Zölle festgelegt haben, während man sich vorbehielt, alle paar Jahre, je nach den Verschiebungen in den internationalen Produktionsverhältnissen oder auch nach bloßem Belieben — car tel est nôtre plaisir — die Zölle zu revidiren und zu erhöhen. Seit 1879 haben wir Deutsche mit dem Ausland sogut wie gar keine Tarifverträge mehr; dafür haben wir allerdings nicht nur 1879, sondern auch 1885 und 1887 ungestört nach allen Seiten unsere Zölle erhöhen können. Dafür sind aber auch die anderen Staaten durch nichts gehindert gewesen, den deutschen Export an ihren Grenzen mit immer

höheren Zöllen zu treffen. Wer im eigenen Hause Hammer war, wurde außerhalb seiner Grenzpfähle Ambos und schließlich hat dieses System nur dazu geführt, daß die treibhausmäßig emporschießenden und sich entwickelnden Industrien der Ausfuhr immer mehr bedurften und dieser Ausfuhr doch durch die unausgesetzt, bald hier bald da im Auslande eintretenden Zolländerungen jede feste Grundlage entzogen sahen.

Das Jahr 1892 drohte vollends mit neuen Absperrungsmaßregeln. Fast alle Handelsverträge der Staaten des europäischen Kontinents liefen hier ab oder waren gekündigt, und wenn sie auch zum großen Theil fast gar keine Tarifbindungen, sondern nur die Klausel der Meistbegünstigung enthalten hatten, so stand man doch nach ihrem Erlöschen erst recht vor dem zollpolitischen Chaos.

Zwei Wege standen nunmehr offen: entweder man ging wie ein Nachtwandler die abschüssige Bahn der autonomen Zollpolitik unbeirrt weiter und gestaltete seinen Tarif so aus, wie es einem nach dem eigenen souveränen Ermessen gut schien, ohne Rücksicht auf das Ausland — oder man verständigte sich mit dem Auslande über die gegenseitigen Tarifsätze.

Den ersten Weg hat Frankreich gewählt; es ist eben daran, sich einen neuen General-(Maximal-)Tarif mit geradezu prohibitiven Sätzen zu schaffen; für alle Staaten, die ihm die Meistbegünstigung zusichern, will es dann die Sätze eines zweiten, sogenannten Minimal-Tarifs in Anwendung bringen; agrarische und andere Zölle wichtigster Art finden sich jedoch nur im Maximal-Tarif, sie können also keinerlei Ermäßigung erfahren. Dieses Vorgehen Frankreichs ist gleichbedeutend mit der Zuspitzung des zollpolitischen Krieges gegen alle europäischen Staaten.

Den anderen Weg hat Deutschland an der Spitze des Dreibundes eingeschlagen; es hat sich bemüht, auf zwölf Jahre einen Waffenstillstand herzustellen, nicht auf der Basis des Freihandels freilich, sondern im Wesentlichen unter gegenseitiger Anerkennung des bestehenden Zollbesitzstandes. Daß das eine dauernde Lösung der Frage der wirthschaftlichen Stellung der Staaten zu einander sein könne, wird Niemand behaupten wollen. Daß aber Deutschland hier an politischer Einsicht Frankreich weit überragt hat, wird ebensowenig Jemand bestreiten, und schon die nächsten Wochen werden lehren müssen, ob Frankreich an seiner handelspolitischen Isolirung festhalten will und kann. Wenn es etwa geglaubt hat, es würden ihm infolge des Frankfurter Friedens alle Tarifermäßigungen Deutschlands und infolge künftiger neuer Meistbegünstigungsverträge mit Italien und Oesterreich alle Einfuhrerleichterungen dieser Staaten zu Gute kommen, so wird es seinen Irrthum wohl unterdeß bemerkt haben. Die Tarifvereinbarungen der Dreibundsmächte sind, offenbar absichtlich, derart getroffen, daß Frankreich auch bei allseitiger Meistbegünstigung so gut wie nichts davon hat. Deutschland hat freilich seine Getreidezölle herabgesetzt, aber Frankreich kann kein Getreide ausführen. Italien, und vielleicht auch Spanien, wird seine Weine leichter bei uns einführen; aber der französische Weinhandel wird keinen Pfifferling davon profitiren, denn es handelt sich dabei nur um die Verschnittweine, die Frankreich selber einführen muß. Frankreich hat dem italienischen Wein den Zollkrieg erklärt und will es auch mit dem spanischen Wein thun, Deutschland hat daraufhin den italienischen Weinen seine Grenze geöffnet und scheint auch Spanien entgegenkommen zu wollen. Hier sind die Mächte des Dreibundes anscheinend bedeutend früher aufgestanden wie die des Zweibundes.

Hierbei könnten wir wohl kurz der Stellung der hauptsächlichen Vertragsstaaten zu Rußland gedenken, doch behalten wir uns dies für einen besonderen Artikel vor.

Wir hätten dann nur noch die etwaigen Rückwirkungen der Handelsverträge auf die deutschen Parteiverhältnisse zu streifen.

Daß die Verträge keinen Bruch mit dem alten Schutzzollsystem bedeuten, ist nach dem Gesagten klar. Aber ebenso klar tritt hierbei zu Tage, daß die agrarisch-industrielle Interessenkoalition eine ganz künstliche und darum vorübergehende war. Jeder Gewinn der Industrie heißt jetzt Verlust für den Großgrundbesitz; jede Aufrechterhaltung der Agrarzölle heißt Einschränkung der industriellen Entwicklung; jede industrielle Entwicklung reizt den Appetit nach weiterer Abbröckelung der Agrarzölle, die mehr und mehr nur noch als Tauschobjekt für Zugeständnisse fremder Staaten auf industriellem Gebiet erscheinen.

Wie lange wird man diese Gegensätze weiter zusammenhalten können? Herr von Caprivi glaubt noch an „die Solidarität der protektionistischen Interessen," wie man es früher in Frankreich nannte. Aber er hat dabei ruhig die Agrarier verletzt, um die Industriellen zu gewinnen. Die Logik der Thatsachen wird auf diesem Wege weiter drängen und die Industriellen zu ebenso offenen Gegnern der Agrarzölle machen, wie die Agrarier dann gezwungen sein werden, die Industriezölle zu bekämpfen, die ihnen nur die Produktion vertheuern. —ms.

Die sozialistische Arbeiterpartei in Spanien.

Von **Pablo Iglesias**, Schriftsetzer, Madrid.

(Schluß.)

In den zwei Jahren nach dem Kongreß von Barcelona wurden das Organisationswerk und die Propaganda mit gleichem oder noch größerem Eifer fortgesetzt als vor seinem Zusammentritt. Zur Zeit dieses Kongresses bestand die Partei aus 16 Mitgliedschaften; als der Kongreß in Bilbao am 29. August 1890 zusammentrat, zählte die sozialistische Partei 23 Mitgliedschaften, trotzdem zwei in eine verschmolzen worden waren.

Der zweite Kongreß der sozialistischen Partei beschäftigte sich außer der Rechenschaftslegung des Nationalkomites und des Delegirten zum Internationalen Pariser Kongreß und anderen Punkten von minderer Wichtigkeit, mit folgenden Fragen: die Internationale Maidemonstration; der Wahlkampf; die Gefängnißarbeit und der Internationale Brüsseler Kongreß.

Hinsichtlich des ersten Punktes wurde beschlossen, am ersten Mai überall, wo es möglich sei, zu feiern, und wo nicht, am nächsten Sonntag, immer vorausgesetzt, daß die anderen Länder ebenso vorgehen.

Hinsichtlich des zweiten Punktes wurde entschieden, daß die Partei an dem Wahlkampf theilnehmen, eigene Kandidaten aufstellen und alle Kompromisse mit den Bourgeoisparteien zurückweisen solle.

Bezüglich der Gefängnißarbeiten wurde beschlossen, am ersten Feiertag im Januar eine Demonstration zu veranstalten, um bei der Regierung eine Regelung derselben durchzusetzen.

Den Brüsseler internationalen Kongreß betreffend, wurde entschieden, daß die sozialistische Arbeiterpartei durch einen Delegirten vertreten werden sollte, welcher beauftragt sei, den Verhandlungen im Allgemeinen zu folgen, besonders aber die Idee eines Generalstrikes zu bekämpfen, falls ein Delegirter zu Gunsten desselben spräche.

Madrid wurde wieder zum Sitz des Komites gewählt.

Die bedeutendste Kundgebung der Sozialistenpartei bald nach dem Kongreß von Bilbao war ihre Theilnahme an den Wahlen am 1. Februar dieses Jahres.

Da ihr die zu einem solchen Kampf nöthige Organisation und außerdem das Geld, die unentbehrliche Seele jedes Kriegs, fehlte, so gab sich die sozialistische Partei keinen Illusionen hin, als sie ihr Glück zum ersten Mal an der Wahlurne versuchte: sie glaubte nicht einen Augenblick daran, daß einer ihrer Kandidaten siegen würde. Der Zweck, den sie bei der Theilnahme an den Wahlen verfolgte, bestand darin, die Massen in Bewegung zu bringen und sie überall den Bourgeoisparteien gegenüberzustellen; ferner die Republikaner zu entlarven und wiederholt auf die Grundsätze des revolutionären Sozialismus hinzuweisen. Und diese Aufgabe wurde aufs vollständigste erfüllt.

Die erlangte Stimmenanzahl überstieg in keinem der Bezirke, wo Kandidaten aufgestellt waren, die Zahl von fünftausend. Aber die Arbeiter konnten die Wuth beobachten, mit der die Bourgeoisparteien im Allgemeinen und insbesondere die Republikaner gegen sie vorgingen, welche die sozialistischen Kandidaten beschimpften und verleumdeten. Diese sprachen in zahlreichen Versammlungen und machten die Volksmassen mit dem Programm und der Taktik unserer Partei bekannt.

Das positive Resultat des Wahlkampfes für die sozialistische Arbeiterpartei war eine Zunahme ihrer organisirten Kräfte um fünfzig Prozent. Die Zahl der Mitgliedschaften, aus denen sie jetzt besteht, beläuft sich auf 36. Die Parteipresse ist verhältnißmäßig zahlreich, umfaßt dieselbe doch 4 Wochenblätter: „El Socialista" („Der Sozialist," erscheint in Madrid); „La Guerra social" („Der soziale Krieg" in Barcelona); „El Grito del Popolo" („Volksstimme" in Alicante) und „La Lucha de Clases" („Der Klassenkampf" in Bilbao).

Die sozialistische Mitgliedschaft in Madrid und „El Socialista" haben folgende Bücher und Brochüren veröffentlicht: Uebersetzungen von „Das kommunistische Manifest" von Marx und Engels; „Das Lohngesetz" von Jules Guesde; „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" von Engels; „Der Achtstundentag" von Lafargue, endlich von dem Auszug aus Marx' „Kapital" von Deville. Binnen Kurzem wird eine spanische Uebersetzung von Marx' „Philosophie des Elends" erscheinen, verfaßt von Genossen José Mesa, welcher in Anschluß daran eine Reihe von Betrachtungen über die Theorien, Ideen und den Charakter von Marx und einen Brief von Engels veröffentlicht.

* * *

Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß in wenig Ländern die Maidemonstration eine solche Bewegung hervorbrachte wie in Spanien. Die Resolution des internationalen Pariser Kongresses hat das Klassenbewußtsein und das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Arbeitern derart gehoben, daß in diesem wie im vergangenen Jahre die Bourgeois schreckliche Angst ausstanden und durch drei oder vier Monate in Furcht und Sorge lebten. Schon letztes Jahr hatten die Bourgeois sich sehr mit dem Ereigniß beschäftigt, allein dieses Jahr kann man versichern, daß ungefähr einen Monat lang die Maidemonstration fast der einzige Punkt war, mit dem sich mit Ausschluß aller anderen Themata die Bourgeoispresse befaßte. Fabrikanten, Finanziers und die hervorragendsten Staatsmänner haben, theils durch die Presse dazu angespornt, theils spontan ihre Meinung über die Ansprüche der Arbeiter und die soziale Frage abgegeben. Und sie Alle haben dabei ihre Unwissenheit in ökonomischen Fragen und ihre verworrenen Begriffe vom revolutionären Sozialismus bewiesen.

Die Einflußreicheren unter den Arbeitern wurden von der Bourgeoispresse ebenfalls befragt, und dieselbe öffnete deren Meinungsäußerungen besonders gern ihre Spalten.

Auch in diesem Jahre wurden zu Anfang Mai ganz außerordentliche Maßnahmen seitens der Behörden getroffen; die konservative Regierung, die Demonstrationen unter freiem Himmel verbot, entfaltete in diesem Jahre ebenso außergewöhnliche Machtmittel, wie im vorigen Jahre die liberale Regierung, die Demonstrationen im Freien gestattet hatte; die Zahl der aufgebotenen Soldaten war so groß, daß die hervorragenden Industriestädte förmlich in Feldlager verwandelt waren.

Selbstverständlich war die Hauptveranstalterin und Organisatorin der Demonstration in Spanien die sozialistische Arbeiterpartei, der es durch ihre Mitgliedschaften und ihren Einfluß in den Gewerkschaften gelang, die weitaus überwiegende Majorität der Arbeiter Spaniens für die Arbeiterschutzgesetzgebung zu gewinnen, für die sich der Pariser internationale Kongreß ausgesprochen hatte. 1890 fand die Demonstration nicht überall an demselben Tage statt. In den meisten Gegenden Cataloniens am ersten Mai, in anderen am Sonntag, dem vierten Mai. Im selben Jahre wurden nebst den Demonstrationen im Freien unzählige Versammlungen in geschlossenen Lokalen abgehalten, in welchen die Redner die Bedeutung der internationalen Demonstration und die Wichtigkeit der auf dem Pariser Kongreß aufgestellten Forderungen auseinandersetzten. Die Orte, wo die Kundgebung sich am mächtigsten gestaltete, sind folgende: In Barcelona und Umgebung betrug die Zahl der Demonstranten 100 000; in Madrid 30 000; Valencia 16 000; Malaga 14 000; Linares 14 000; Bilbao 14 000; Mataro 6000; La Arboleda, einem Bergwerksdistrikt, 5000; Castellon 5000; Villanuova 5000; Manresa 5000; Elche 4000; Burgos 3000; Tarragona 3000; Alicante 1000; Jaen 1000.

Der Feiertag wurde noch gefeiert in Santander, Huesca, Játiva, Frevillente, Ripole, Roda, Vich, Olesa, Adra, Sitjes und in vielen anderen Orten. Alle Demonstranten wandten sich mit ihren Forderungen, entsprechend den Pariser Beschlüssen, an die öffentlichen Behörden. Die Ordnung und Ruhe, die von so vielen Tausenden von Arbeitern beobachtet wurde, rief große Ueberraschung bei den herrschenden Klassen hervor, welche die Lohnarbeiter eines solch' erhebenden Vorgehens in Massen nicht für fähig gehalten hatten. Heuer wurden, wie bereits gesagt, von der Regierung alle Demonstrationen im Freien verboten. Nichtsdestoweniger war die Bewegung für den Achtstundentag und anderer Arbeiterschutzgesetze bedeutender als im Jahre 1890.

Uebereinstimmend mit dem Beschluß des Kongresses von Bilbao, daß, wo es möglich sei, am ersten Mai, wo nicht, am ersten Feiertag im Mai, also diesmal Sonntag den dritten gefeiert werden solle, wurde der Arbeiterfeiertag an den meisten Orten am ersten Mai begangen. In zahlreichen Versammlungen wurde nicht nur dargelegt, wie viel die Maidemonstration dem internationalen Proletariat schon genützt habe, indem sie das Gefühl seiner Zusammengehörigkeit und das Bewußtsein seiner eigenen Interessen gehoben hätte, sondern es wurde auch gegen die Verletzung des Versammlungsrechts protestirt, welche die Regierung durch das Verbot der Versammlungen im Freien begangen hatte.

In Madrid wurden zwei Versammlungen abgehalten, die eine Vormittags, die andere Abends. Beide waren sehr zahlreich besucht; die am Vormittag von 10 000 Personen, die andere von noch viel mehr. Bei der ersteren hielt die Gattin des englischen sozialistischen Abgeordneten Cunningham Graham eine Rede. Bevor die zweite Versammlung eröffnet wurde, spazierten die Arbeiter im „Retiro"

herum, einem prächtigen, öffentlichen Garten, wo am Abend die reichsten und vornehmsten Leute Madrids zusammenkommen.

Die Regierung hatte bestimmt, daß die Zahl der Delegirten, welche die Arbeiter an die Behörden entsendeten, nur eine beschränkte sein dürfe. Die Sozialisten und die Gewerkschaften von Madrid beschlossen daher, dem Ministerrath ihre Forderungen schriftlich vorzulegen. Ein Gleiches thaten die Arbeiter an vielen anderen Orten.

In Bilbao und Valencia wurden die Versammlungen in den „Plazas de Toros“ (Plätzen für die Stierkämpfe) abgehalten, deren jeder 12000 Personen faßt, da sich Theater und Zirkusse als zu klein für die Menge der Arbeiter erwiesen.

In Madrid, Barcelona, Valencia, Malaga, Sevilla und anderen großen Städten konnten wegen der Menge der Demonstrirenden die Kutschen der reichen Leute nicht zirkuliren; mancher Bourgeois verließ angstvoll die Stadt. Der Feiertag wurde jedoch auch in sehr dünn bevölkerten Gegenden gehalten.

So bedeutend jedoch die Maidemonstration in diesem Jahre war, sie wäre noch viel großartiger geworden, hätten nicht die Anarchisten, welche stets die Bewegungen und die Organisation der Arbeiter hindern, einen Generalstrike für alle Industriezweige zur Erlangung des Achtstundentags inszenirt und sich gegen jede Arbeiterschutzgesetzgebung ausgesprochen.

In Folge dieser Haltung der Anarchisten enthielten sich die Arbeiter an vielen Orten, den Behörden ihre Forderungen mitzutheilen. Wie vorauszusehen war, mißlang der Generalstrike vollständig und diskreditirte Diejenigen, die ihn befürwortet.

Die Wirkung der Maidemonstration auf die Kapitalisten beschränkte sich auf die Thatsache, daß die hervorragendsten Staatsmänner der Arbeiterfrage und dem Vorwärtsschreiten des Sozialismus größere Aufmerksamkeit als bisher zuwendeten und daß die Regierung zwei oder drei Arbeiterschutzgesetze vorschlug, die aber, selbst wenn sie in der Kammer durchgingen, den Arbeitern keine Vortheile brächten.

Und doch hätten die Resultate der beiden Demonstrationen keine befriedigenderen sein können: denn sie haben nicht nur den Arbeitern aufs Neue gezeigt, welche Macht sie durch ihre Einigkeit werden, und ihnen neuerdings den Geist der Solidarität eingeschärft; sie haben auch der Partei zahlreiche neue Anhänger erworben, und die Zahl der Gewerkschaften bedeutend vergrößert. Die Bewegung, welche die internationale Demonstration unter den spanischen Arbeitern hervorrief, war eine so gewaltige, daß sicherlich in wenigen Jahren diejenigen Arbeiter leicht zu zählen sein werden, die sich von der Feier des ersten Mai ausschließen.

* * *

Biscaya ist diejenige Provinz im Lande, in der der Sozialismus die größte Anhängerzahl besitzt und wo er am festesten Fuß gefaßt hat. Noch vor wenigen Jahren existirte dort keine einzige Gewerkschaft und die sozialistische Arbeiterpartei zählte keine Handvoll Anhänger weder in der Provinzialhauptstadt Bilbao noch in den sehr bedeutenden Bergwerksdistrikten. Heute ist die Arbeiterschaft Bilbaos vollständig sozialistisch und besitzt 12—14 Gewerkschaften. In den Bergwerksdistrikten zählt unsere Partei 6 Mitgliedschaften, und erst kürzlich hat sich ein Bergarbeiterverein gebildet, in der Absicht, Lohnkämpfe zu unterstützen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Dieser schnelle Fortschritt der sozialistischen Ideen und dieses rasche Aneinanderschließen der arbeitenden Elemente sind weniger das Ergebniß der sozia-

listischen Propaganda und des Eifers der in diesen Theilen des Landes thätigen Genossen, als des industriellen Aufschwungs, der sich in so kurzer Zeit in Biscaya vollzog. In dem Zeitraum von wenigen Jahren ist die Ausbeutung der dortigen reichen Eisenminen bedeutend gestiegen; großartige Gießereien wurden erbaut, Arsenale errichtet und eine Menge neuer Industriezweige ins Leben gerufen. Diese Entwicklung hat Tausende von Arbeitern aus allen Theilen Spaniens herbeigelockt und aus Biscaya eines der Hauptzentren der Produktion gemacht.

Es war daher für die Verbreiter des revolutionären Sozialismus unter diesen Umständen ein Leichtes, alle diese Massen, die hier zusammengeströmt waren und unter der Tyrannei des Fabriksystems litten, für ihre Ideen zu gewinnen. Ein Dutzend Versammlungen in Bilbao und zweimal soviel im Bergwerksdistrikt, gepaart mit den Organisationsarbeiten einiger tüchtiger Genossen, haben aus Biscaya das stärkste Bollwerk der spanischen Arbeiterpartei gemacht. Als sich die sozialistischen Lehren zu verbreiten begannen, schenkte ihnen die Bourgeoisie von Biscaya, die noch stupider als die übrige spanische Bourgeoisie ist, keine Aufmerksamkeit. Doch als sie sah, daß der Sozialismus sich immer weiter verbreite, wurde sie stutzig und beschloß, um jeden Preis und mit was immer für Mitteln, die Bewegung zu unterdrücken.

Gegen den Genossen Perezagua, einen Metallgießer, der sich durch seine Thätigkeit, seinen Muth und seine Ausdauer ausgezeichnet hatte, richteten sich zunächst die Angriffe der Bourgeoisie; man versuchte, seine Existenz zu untergraben, indem man seine Entlassung durchsetzte, obgleich sein Arbeitgeber ihn als einen guten Arbeiter betrachtete. Ihr Plan mißlang trotzdem, denn mit Hilfe einiger Genossen wurde es Perezagua möglich, ein kleines Café zu errichten, das ihm seinen Lebensunterhalt abwirft.

Nachdem sie sich dieses Feindes nicht entledigen gekonnt und sie die sozialistischen Elemente immer mehr überhand nehmen sahen, versuchten die Bourgeois, die organisirten Arbeiter zu Unbesonnenheiten zu provoziren und so ihre Kräfte zu schwächen; sie lauerten nur auf eine günstige Gelegenheit, um Arbeiterblut zu vergießen.

Die Bergarbeiter hatten am vierten Mai des vergangenen Jahres die Arbeit eingestellt, um die von dem Pariser Kongreß vorgeschriebene Demonstration auszuführen; dafür entließ einer der Mineneigenthümer alle Jene, welche der sozialistischen Mitgliedschaft von La Arboleda angehörten, die ausschließlich aus Bergleuten besteht.

Entrüstet über dieses „schneidige" Vorgehen strikten die Arbeiter und verlangten außer der Wiederaufnahme der entlassenen Genossen noch die Abschaffung der von den Unternehmern errichteten Verkaufsläden und Arbeiterhäuser und die Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 und 14 auf 10 Stunden.

Sämmtliche Bergleute dieses Distrikts, über 15 000, machten gemeinsame Sache mit den Arbeitern von La Arboleda. Sofort erschien der dort kommandirende General, begleitet von zahlreichen Truppen, auf dem Plan.

Obgleich es an Provokationen von seiten der Behörden nicht fehlte und obgleich viele Personen willkürlich verhaftet wurden, beobachteten die Bergleute, dem Rath der Sozialisten folgend, dennoch ein ruhiges, friedliches Verhalten, ohne jedoch die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Ansprüche der Arbeiter waren so gerechte, daß der Kommandirende, nachdem er die Arbeiterhäuser besucht, erklärte, dieselben seien nicht einmal zu Schweineställen tauglich, und die Minenbesitzer zu bewegen suchte, dem Verlangen der Arbeiter nachzukommen. Mit

Unwillen und indem sie sich den Bruch des gegebenen Wortes vorbehielten, gabe die Unternehmer nach.

Dieser Sieg der Arbeiter, in so wenigen Tagen errungen, gewann al Bergleute von Biscaya für die sozialistische Sache. Der Einfluß unserer Idee vermehrte sich in diesen Gegenden noch durch die Abhaltung des Kongresses z Bilbao und durch die Vorbereitungen zu den am ersten Februar dieses Jahre stattfindenden Wahlen.

Nie waren in Bilbao so große Versammlungen abgehalten worden, als di damals von den Sozialisten einberufenen. Und obgleich unsere Kandidaten i der Stadt und in dem Bergwerksdistrikt nicht durchdrangen, was wohl dem m vollen Händen von den Bourgeoiskandidaten ausgestreuten Geld zu danken wa so wurden doch die revolutionären Ideen überall verkündigt und die Klassengegen sätze aufs Lebhafteste hervorgehoben. Dieser wiederholte Triumph verstärkte de Haß der Bourgeois gegen die sozialistische Arbeiterpartei.

Beim Herannahen der diesjährigen Maifeier gedachten sie sich für di erlittenen Niederlagen zu rächen und unsere Partei durch einen Aderlaß z schwächen. Zu diesem Zwecke setzten sie sich mit den Bergwerksbesitzern in Einvernehmen und beschlossen, Alle, die sich in der Verfechtung sozialistische Ideen hervorgethan, zu entlassen. Die Provinzialverwaltung von Biscaya, di einige Minen besitzt, war die erste, die den Beschluß zur Ausführung bracht und 17 Arbeiter entließ. Andere Bergwerksbesitzer folgten ihrem Beispiel.

Dies Vorgehen erbitterte die Arbeiter, welche gegen solche Gemeinhei protestirten und einen allgemeinen Strike androhten. Die Kapitalisten waren vo dieser Aussicht entzückt, hofften sie doch durch diesen Schritt der Bergleute di langersehnte Gelegenheit zum Blutvergießen zu finden. Endlich, hofften sie, sollte ih Wunsch, den Kopf des Ungeheuers zu zertreten, erfüllt werden. Aber mehr als 12 00 Arbeiter, versammelt zu Ortuella, gaben der Stimme der Vernunft Gehör un erklärten sich gegen einen Generalstrike, dessen augenblickliche Gefahren sie erkannten und beschlossen, lieber noch weiter ihre Kräfte zu organisiren, um bei einer fü sie günstigeren Situation losschlagen zu können. In Folge dieses Beschlusse blieb auch die zweite Provokation der Bourgeois ohne Wirkung.

Und es erschien wie ein Schicksalsschluß, daß nach jeder Niederlage de Kapitalisten von Biscaya ein Sieg der Sozialisten verzeichnet werden solle.

Einige Tage nachdem die Bergleute die Absichten ihrer Ausbeuter vereitel hatten, fanden die städtischen Wahlen statt, und es gelang den Sozialisten, zun Entsetzen der höheren Klassen von Biscaya, einen Kandidaten in dem Bergwerks distrikte und vier in der Stadt durchzubringen; jeder der gewählten sozialistischen Kandidaten erhielt eine größere Anzahl von Stimmen als die gewählten Kan didaten der gegnerischen Partei. Dieser Wahlsieg, der erste, den unsere Partei in Spanien erfocht, verursachte wieder eine Zunahme der sozialistischen Kräfte in Bilbao um fünfzig Prozent und ließ die darob sehr ergrimmten Biscayischen Kapitalisten mehr als je einen Konflikt wünschen, der ihnen einen entscheidenden Schlag gegen die Sozialisten gestattete.

Kurz nach den oben erwähnten Wahlen brachen vier Strikes in Bilbao aus, und zwar strikten die Gießer, die Steinhauer, die Bäcker und die Arbeiter in den Papierfabriken.

Der bedeutendste Strike war der der Bäcker. Die Bäckermeister, bei denen nicht viele und nur sehr ungeübte Arbeiter blieben, brachten schlechtes und minder-werthiges Gebäck zum Verkauf. Statt daß nun die städtischen Behörden solche Mißstände bestraft hätten, ließen sie die Bäckermeister versichern, daß ihre Kund-

schaft ihnen erhalten bleibe. Die Strikenden jedoch beriefen eine Versammlung im Theater von Bilbao ein, mit der Absicht, gegen das Vorgehen der Meister und die Mitschuld der Behörden zu protestiren und über die Boykottirung jener Meister zu diskutiren, welche sich weigerten, ihre Forderungen zu erfüllen.

Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Nachdem die Delegirten gesprochen hatten und gerade, als die Versammlung schließen sollte, versuchte der Vertreter der Behörde, von den Bourgeois beeinflußt oder bestochen, den letzten Redner am Sprechen zu hindern. Natürlich protestirte das Publikum gegen diese ungerechtfertigte und ungesetzliche Einmischung. Das genügte dem Regierungsvertreter, die Versammlung aufzulösen und das Volk durch seine Leute mit Hilfe der Truppen hinaustreiben zu lassen.

Die Menge stand schon auf der Straße, entfernte sich jedoch nicht schnell genug und daraufhin schoß der Regierungsvertreter seinen Revolver auf einen friedlichen Arbeiter ab, den er tödtete, worauf er seinen Untergebenen Auftrag gab, nach allen Richtungen zu feuern. Die Arbeiter, außer sich vor Empörung über den begangenen Mord, wollten sich auf den Unmenschen stürzen, um ihn zu züchtigen, als einige Kompagnien Soldaten aus der Nachbarschaft kamen und bald darauf auch der Richter. Dieser ließ den Regierungsvertreter ins Theater flüchten und die Redner der Versammlung auf dem Fleck verhaften. Den Leichnam ließ er aufheben und nach dem Friedhof bringen; die Menge, welche ihren todten Kameraden geleiten wollte, wurde von den Bajonetten der Soldaten abgewehrt. Obgleich dadurch sehr erbittert, blieben die Arbeiter doch ruhig und gefaßt und standen von einem Angriff auf die bewaffnete Macht ab.

Bald nachdem der Leichnam fortgeschafft worden war, führte der Sekretär des Zivilgouverneurs, von einer Anzahl Soldaten geleitet, den Regierungsvertreter aus dem Theater. Kaum hatte sich dieser am Ausgange gezeigt, als Hunderte von Stimmen ihn mit dem Rufe Mörder und anderen Schimpfworten begrüßten. Von den Balkonen, den Fenstern und Thüren der Häuser schrien empörte Weiber den Missethäter an. Einige Steine flogen gegen ihn und verletzten ihn am Kopfe. Die Behörden gaben der Stadtwache den Auftrag zu feuern, da aber die Frauen in den vordersten Reihen standen, feuerte diese in die Luft.

Als der erste Trupp von Gefangenen abgeführt wurde, wuchs die Empörung des Volkes. Inmitten von vier Abtheilungen Infanterie und zwei Schwadronen Kavallerie gingen Perezagua und vier Kameraden, die, obgleich an dem Geschehenen unschuldig, doch alle mit Handschellen gefesselt waren. Trotzdem es in Strömen regnete, als sie vorüberzogen, waren doch viele Frauen auf der Straße und ließen alle Sorten von Verwünschungen gegen die Truppen los, indem sie gleichzeitig Alles, was ihnen an Wurfgeschossen in die Hände kam, gegen sie schleuderten. Die Soldaten feuerten und verwundeten schwer eine alte Frau von 66 Jahren. Der Rest der Gefangenen wurde hierauf erst nach Einbruch der Nacht ins Gefängniß transportirt, doch hörten die Bewerfungen erst auf, als Alles sich von den Balkons zurückgezogen hatte. Um schneidiger vorgehen zu können, wurde nun über diesen Distrikt der Belagerungszustand verhängt. In der Nacht wurden zahlreiche neue Verhaftungen vorgenommen; die Soldateska brach in sozialistische Versammlungslokale ein, zertrümmerte die Möbel und riß ein Porträt von Marx, das sich vorfand, mit Bajonetten in Stücke.

Am folgenden Tag, dem 1. Juni, kam General Loma, der Kommandirende des Distrikts, nach Bilbao, von zahlreichen Kompagnien Soldaten begleitet, die er zwischen die Bergwerke und die Stadt vertheilte. Neue Verhaftungen wurden vorgenommen; die Zahl der Gefangenen betrug schon über sechzig. Ein Arbeiter,

der gegen seine Festnahme protestirte, wurde gefesselt und geknebelt ins Gefängniß abgeführt. Unter den Inhaftirten befanden sich die vier sozialistischen Stadträthe, die Vorstände der Mitgliedschaft und mehrere Genossen, welche dem Strikekomites angehörten.

Hätten die Arbeiter von Bilbao weniger Selbstbeherrschung gehabt, so wäre der 31. Mai unzweifelhaft ein Unglückstag geworden, nicht nur für sie selbst, sondern für uns Alle, die wir auf das Ziel der sozialen Gleichheit hinarbeiten. Glücklicherweise begriffen sie die Sachlage und kannten den Grund für das unerhörte Betragen der Behörden und das willkürliche Vorgehen der Regierung; ungeachtet ihrer Entrüstung über die Infamie der Bourgoisagenten und ihres Widerspruchs dagegen, überschritten sie daher doch jene Grenze nicht, welche ihnen der Verstand und die Interessen der Arbeit vorschrieben. Auch wankte ihr Muth keinen Augenblick und die Verhaftung ihrer Vorkämpfer belebte sie neu, statt sie niederzuschlagen.

Nach einiger Zeit wurden die Gefangenen theils gegen Bürgschaft, theils ohne solche, in Freiheit gesetzt. Die Behörden hatten ohne Zweifel erkannt, daß es mehr als ein Skandal sei, unschuldige Männer gefangen zu halten, während der Verbrecher, der den Arbeiter ermordet hatte, frei umherging.

Wir wissen nicht, ob die Bourgeois von Biscaya nach dieser dritten Niederlage noch eine weitere Provokation versuchen werden; eines ist jedoch gewiß: thun sie es, so werden sie eine neue Niederlage erleiden. Die Sozialisten von Biscaya werden nie zur Gewalt ihre Zuflucht nehmen, außer an dem Tage, wo ihre Genossen innerhalb und außerhalb Spaniens erklären werden, daß die Zeit gekommen sei, wo Alle sich erheben müssen wie ein Mann.

* * *

Die spanischen Arbeiter sind später in die Bewegung eingetreten als die Arbeiter anderer Länder, aber ihre rasche Auffassung der sozialistischen Lehren und das Interesse, das sie jeder Aktion der sozialistischen Arbeiterpartei entgegenbringen, sind eine sichere Bürgschaft dafür, daß sie bald eine bedeutende Macht sein werden.

Eine letzte Bemerkung. Die spanische sozialistische Arbeiterpartei zählt zu ihren Mitgliedern akademisch gebildete Leute, Aerzte, Ingenieure, Rechtsanwälte 2c. Aber ihre Schöpfung, ihre Organisation und ihre Entwicklung verdankt sie blos den Handarbeitern. Nichtsdestoweniger hat sich die Partei stets bemüht, in ihre Reihen auch jene herbeizuziehen, die man Kopfarbeiter nennt.

Feuilleton.

Der Traum Makar's.

Eine Weihnachtsgeschichte von **W. Korolenko.***)

Aus dem Russischen übersetzt von Julie Zadek-Romm. (Nachdruck verboten.)

Ein armer Teufel träumte diesen Traum; Einer von Jenen, die bei der Theilung der Welt vergessen wurden und auf welche es seitdem von allen Seiten Prügel regnet.

*) Wladimir Korolenko, der Verfasser vorliegender Novelle, ist einer der begabtesten jüngeren russischen Novellisten, nach dem vor wenigen Jahren erfolgten Tode Gar-

Seine Heimath, das armselige Dörfchen Tschalgan, lag abseits im fernen ikutischen Urwald. Vater und Großväter Makar's hatten dem sibirischen Urwald n Stück gefrorener Erde abgerungen und obschon das finstere Waldesdickicht och immer wie eine feindselige Mauer sich ringsum aufthürmte, verloren sie den Nuth nicht. Geflochtene Zäune liefen um den gelichteten Platz, auf welchem ch Heuschober und Getreidehaufen erhoben, kleine, rauchende Jurten*) erstanden. Zuletzt schoß wie eine Siegesfahne auf einem kleinen Hügel inmitten der Anedlung ein Kirchthurm gen Himmel empor. Tschalgan war ein großes Dorf eworden.

---

hin's vielleicht der bedeutendste. Man kann sich kaum einen größeren Gegensatz enken als den, der zwischen diesen beiden durchaus originellen, ungemein interessanten lutoren besteht. Fühlt man sich versucht, auf Garschin, diesen durch und durch modernen, unruhigen fin de siècle-Geist, von dem gleichsam ein Hauch der Verwesung auszugehen scheint, Shelley's tiefsinnige Worte anzuwenden:

„Ich bin als wie ein Nerv, der jeglichen
Noch unempfund'nen Druck auf Erden spürt" —

o tritt uns in den Arbeiten Korolenko's, so bitter-ernst dieselben auch ihrem Inhalte ach sind, ein ungleich gesunderer, kräftigerer Geist entgegen, der sich eben kraft ieser Gesundheit, allen Bitterkeiten zum Trotz, durchgerungen hat zu den lichten öhen befreienden Humors.

Und verschieden wie ihre Persönlichkeiten sind auch die Schicksale dieser Beiden.

Garschin mit seinem krankhaft gesteigerten Nervenleben, mit seinem nach Innen ekehrten Blick, der sich hineinbohrt in die eigene Seele und alle Untiefen derselben u durchdringen scheint; der das arme, gequälte, von tausend widerstreitenden Empfindngen zerrissene menschliche Herz bloslegt, daß wir den pochenden, zuckenden Muskel n seiner ganzen Nacktheit vor uns liegen sehen, aller Illusionen, aller konventionellen ücksichten und Vorurtheile entkleidet, endet, ein Dreißiger kaum, durch Selbstmord, ach einem Leben voller Entbehrungen und Trübsal, das sich zum Theil innerhalb er Mauern des Irrenhauses abgespielt hat.

Auch Korolenko hat, fast noch ein Knabe, den Ernst des Lebens kennen gelernt. 853 in Wolhynien als Sohn nicht unbemittelter Eltern geboren, bezog er nach ollendeter Gymnasialbildung die landwirthschaftlichen Akademien von Petersburg nd späterhin Moskau. Daß er sich dort mit der ganzen Empfänglichkeit und Opfereudigkeit der Jugend der revolutionären propagandistischen Bewegung anschloß, ist elbstverständlich. Die landwirthschaftliche Akademie in Moskau war der Mittelpunkt ieser Bewegung. Korolenko wurde zugleich mit zahlreichen Anderen verhaftet, verchickt, bald nach den nördlichen Provinzen des europäischen Rußlands, bald nach Sibirien, heut in das Gefängniß von Tomsk und morgen nach Perm, unter polizeiche Aufsicht, je nach Laune und Willkür des Gouverneurs.

So gingen mit kurzen Unterbrechungen, in denen er sich einer verhältnißmäßigen Freiheit erfreute, die Jahre dahin. Der Regierungsantritt Alexanders III. hätte ihm wie zahlreichen anderen Verschickten die Freiheit gebracht, wenn sie sich dazu veranden hätten, Alexander III. den Eid der Treue zu leisten. Korolenko schrieb eine notivirte Absage und wurde infolge dessen nach dem östlichen Sibirien, nach Jakutsk, erschickt. 1885 wurde er begnadigt und lebt seitdem in Nischni-Nowgorod von einen schriftstellerischen Arbeiten.

Um das Verständniß dieser Novelle zu erleichtern, will ich noch hinzufügen, aß „der arme Makar" im Russischen ungefähr dieselbe Bedeutung hat, wie — nun er arme Kunz im Deutschen oder besser noch, da mit Diesem sich eine gewisse sozialolitische Vorstellung verbindet, der arme Peter — gewissermaßen die Fleisch gewordene Armseligkeit, das verkörperte Unglück, dem es zu allem Schaden auch an Spott nicht u fehlen pflegt. D. Uebers.

*) Filzzelte, wie sie die Nomadenvölker haben.

Aber während Vater und Großväter Makar's mit dem Urwald kämpft
ihn mit Feuer ausbrannten, mit der Axt niederschlugen, verwilderten sie selb
ohne es zu merken. Mit jakutischen Frauen verheirathet, nahmen sie Spra
und Sitten der Jakuten an. Die charakteristischen Züge des großrussisch
Stammes verwischten sich und verschwanden schließlich.

Wie dem immer sein mochte, mein Makar war sich bewußt, ein eingeborer
tschalganskischer Bauer zu sein. Hier war er geboren, hier lebte er, hier wol
er auch sterben. Er rühmte sich seiner Herkunft und schimpfte die Anderen z
weilen „heidnische Jakuten," obschon er, offen gestanden, sich weder in sein
Gewohnheiten noch in seiner Lebensweise von den Jakuten unterschied. Russi
sprach er wenig und herzlich schlecht. Seine Kleidung bestand aus Thierfelle
An den Füßen trug er „Torbassa."*) Er nährte sich gewöhnlich von Flad
und einem Aufguß gepreßten Thees. An Feiertagen aber und bei anderen auße
gewöhnlichen Gelegenheiten aß er geschmolzenes Fett, soviel vor ihm auf de
Tische stand. Er ritt äußerst geschickt auf Stieren, und wenn er krank wurd
rief er den Zauberer, der sich zähneknirschend, in wilder Raserei auf ihn stürz
bemüht, die Krankheit, die in ihm steckte, zu erschrecken und auszutreiben.

Er arbeitete fürchterlich und lebte armselig, litt Hunger und Kälte. Ha
er irgend welche anderen Gedanken neben der beständigen Sorge um Fladen u
Thee? Jawohl, er hatte welche.

Wenn er betrunken war, weinte er. „Herr Gott," sagte er. „Was für e
Leben führen wir!" Auch sprach er zum Oefteren davon, Alles von sich
werfen und „auf den Berg" zu gehen. Dort würde er weder säen noch ernte
weder Holz fällen noch fahren, ja sogar kein Korn auf der Handmühle me
mahlen. Nur für sein Seelenheil würde er dort Sorge tragen. Was für e
Berg das war, wo er gelegen war — wußte er nicht genau. Er wußte nu
erstens, daß solch ein Berg existire, und zweitens, daß er irgendwo, weit, we
fort gelegen sei, so weit, daß sogar der Isprawnik ihn dort nicht erreichen kan
Selbstverständlich wird er dort auch keine Steuern zahlen. . . .

Wenn er nüchtern war, dachte er nicht weiter daran, vielleicht weil es ih
unmöglich dünkte, solch einen wunderbaren Berg zu finden. War er aber betrunke
so wurde er kühner. Er gab die Möglichkeit zu, daß er den richtigen Be
nicht finden und auf einen anderen gerathen könne. „Dann bin ich verloren,
sagte er. Aber er machte sich trotzdem reisefertig. Wenn er sein Vorhaben no
nicht ausgeführt, so lag dies wahrscheinlich daran, daß die tartarischen Koloniste
ihm stets schlechten Schnaps verkauften, den sie aus Machorkatabak zusammen
brauten und der die Eigenschaft hatte, ihn sehr bald krank und hilflos z
machen.

* * *

Es war am Vorabend vor Weihnachten und Makar wußte, daß morge
ein hoher Feiertag sei. Darum quälte ihn das Verlangen, zu trinken, aber e
hatte nichts, um zu zahlen. Das Brot war bald zu Ende und Makar war be
Kaufleuten des Ortes und den Tartaren bereits Geld schuldig. Und morgen wa
ein hoher Feiertag . . . arbeiten konnte er also nicht . . . was sonst sollte er thun
als sich betrinken? Der Gedanke machte ihn unglücklich. Was für ein Lebe
führte er? Sogar an dem hohen winterlichen Feiertag sollte er nicht eine einzig
Flasche Schnaps trinken.

---

*) Aus Fellen zusammengenähte Schuhe, wie sie die Jakuten tragen.

Ein glücklicher Gedanke fuhr ihm durch den Kopf. Er stand auf und zog seinen zerrissenen Pelz an. Seine Frau, ein kräftiges, muskulöses, auffallend starkes und ebenso auffallend häßliches Weib, die all' seine einfältigen Gedanken durch und durch kannte, errieth auch diesmal sofort, was er vorhatte.

„Wohin, Du Teufel? Willst Du wieder allein Schnaps trinken?"

„Schweig! Ich kaufe eine Flasche. Morgen trinken wir sie zusammen."

Er schlug sie so kräftig auf die Schulter, daß sie schwankte und ihm listig zublinzelte. So ist das weibliche Herz! Sie wußte, daß Makar sie betrog, aber sie konnte dem Zauber ehelicher Zärtlichkeit nicht widerstehen.

Er ging. Er holte den alten, abgetriebenen Gaul aus dem Verhau, führte ihn an der Mähne zum Schlitten und spannte ihn davor. Bald brachte der Gaul seinen Herrn ans Thor. Dort blieb er stehen, wandte den Kopf und sah fragend Makar an, der in Nachdenken versunken war. Nun zog er mit der Linken die Zügel an und lenkte das Pferd ans Ende des Dorfes.

Am äußersten Ende des Dorfes stand eine kleine Jurte. Aus derselben stieg, ebenso wie aus den anderen Jurten, hoch und immer höher der Rauch aus dem offenen Herde, mit seinen weißen, wogenden Massen die kalten Sterne und den hellen Mond verdunkelnd. Das Feuer brannte lustig und erhellte die weite Schneefläche.

Hier lebten fremde, ferne Leute. Wie sie hierher verschlagen worden, welcher Unstern sie in diese entlegene Wildniß geführt, wußte Makar nicht. Es interessirte ihn auch gar nicht. Aber er hatte gern geschäftlich mit ihnen zu thun, da sie ihn nicht drückten und nicht wegen der Bezahlung drängten.

Als Makar in die Jurte trat, ging er sofort auf den offenen Herd zu, um seine erfrorenen Hände am Feuer zu erwärmen.

„Brrr," sagte er, damit dem Gefühl der Kälte Ausdruck gebend.

Die fremden Leute waren zu Hause. Auf dem Tische brannte ein Licht, obschon sie nicht arbeiteten. Der Eine lag auf dem Bette, und während er den Rauch in Ringen von sich blies, verfolgte er nachdenklich die krausen Schnörkel, augenscheinlich lange Fäden eigenen Sinnens mit ihnen verknüpfend. Der Andere saß dem offenen Herde gegenüber und sah ebenso nachdenklich zu, wie die Flamme an dem glühenden Holzscheit entlang lief.

„Guten Abend," sagte Makar, um das Schweigen zu brechen, das ihn bedrückte.

Natürlich wußte er nicht, welcher Kummer auf den Herzen der Fremden lastete; welche Erinnerungen sich gerade an diesem Abend in ihren Köpfen drängten; welche Bilder die phantastischen Formen des Feuers und des Rauches ihnen vorspiegelten. Aber auch ihm war das Herz schwer.

Der junge Mann, der am Herde saß, hob den Kopf und sah Makar mit einem trüben Blicke an, als erkenne er ihn nicht. Dann warf er den Kopf zurück und erhob sich schnell.

„Guten Abend, Makar. Das ist schön. Trinkst Du Thee mit uns?"

Der Vorschlag gefiel Makar.

„Thee?" wiederholte er fragend. „Das ist gut. . . . Das ist gut, Bruder, ausgezeichnet."

Er machte sich schleunigst daran, seine Sachen abzulegen. Als er Pelz und Mütze abgenommen, wurde ihm leichter ums Herz und als er nun sah, daß die glühenden Kohlen im Samowar bereits hell aufflammten, wandte er sich zutraulich an den jungen Mann.

„Ich liebe Euch. Wirklich! . . . . Ich liebe Euch so sehr, so sehr. In der Nacht schlafe ich nicht. . . ."

Der Fremde wandte sich zu ihm und ein bitteres Lächeln spielte um seinen Mund.

„So! Also Du liebst mich?“ sagte er. „Was willst Du von mir?“

Makar verstummte.

„Ich habe ein Geschäft zu machen,“ antwortete er dann. „Aber wer hat es Euch gesagt? Gut. Erst will ich Thee trinken. Dann sage ich's Euch.“

Da die Wirthe selbst Makar den Vorschlag gemacht, Thee zu trinken, hielt er es für angezeigt, weiter zu gehen.

„Habt Ihr nichts Gebratenes? Ich liebe das,“ sagte er.

„Nein.“

„Nun, das macht nichts,“ sagte Makar beschwichtigend. „Ein ander Mal. Nicht wahr,“ wiederholte er fragend, „ein ander Mal?“

„Meinetwegen.“

Von diesem Augenblicke an war Makar überzeugt, daß die fremden Männer ihm ein Stück gebratenen Fleisches schuldig seien und solcher Schulden war er stets eingedenk.

Eine Stunde später saß er wieder in seinem Schlitten. Er hatte einen ganzen Rubel erbeutet, indem er im Voraus fünf Fuder Holz unter verhältnißmäßig annehmbaren Bedingungen verkauft. Allerdings hatte er bei allen Heiligen geschworen, das Geld heut nicht zu vertrinken, trotzdem es in seiner Absicht lag, dies sofort zu thun. Aber wen ging das was an? Der Genuß, der seiner wartete, betäubte seine Gewissensbisse. Er dachte nicht einmal daran, daß ihm, wenn er betrunken nach Hause käme, eine gehörige Tracht Prügel von seiner betrogenen getreuen Ehehälfte bevorstand.

„Wohin fährst Du denn, Makar?“ rief lachend der fremde Mann, als er sah, daß Makar's Pferd, anstatt den graden Weg zu fahren, nach links abbog, in der Richtung zu den Tartaren.

„Br, br ... Siehst Du, das verfluchte Pferd will es nun einmal nicht anders,“ vertheidigte sich Makar, während er dabei den linken Zügel anzog und mit dem rechten unmerklich den Gaul antrieb.

Das kluge Thier schlug vorwurfsvoll mit dem Schweife und wendete sich langsam nach der gewünschten Richtung. Bald verstummte das Knarren des Schlittens an der Tartarenschenke.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten der Redaktion.

M. F. Stettin. Sie fragen, wie man „sich recht billig die bürgerliche Nationalökonomie aneignen kann.“ Wenn Sie damit meinen, wie man, ohne allzuviel Bücher zu kaufen, die besten bürgerlichen Nationalökonomen kennen lernen kann, dann rathen wir Ihnen, sich den „Reichthum der Nationen“ von Adam Smith und die „Grundsätze der Volkswirthschaft“ von Ricardo zu kaufen. Beide sind in guten deutschen Uebersetzungen erschienen und mitunter antiquarisch billig zu haben. Die Preise neuer Ausgaben sagt Ihnen jede Buchhandlung. Wollen Sie aber, daß wir Ihnen eine Geschichte der bürgerlichen Nationalökonomie nennen, dann sind wir allerdings in großer Verlegenheit. Es giebt in deutscher Sprache keine, die wir Ihnen als instruktiv mit gutem Gewissen empfehlen könnten. Dühring's „Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus“ bringt nur subjektive, oft höchst einseitige Kritik, aber keine wirkliche Geschichte. Ingram's „Geschichte der Volkswirthschaftslehre“ bringt mehr thatsächliches Material, entbehrt aber eines festen theoretischen Standpunktes. Wir bedauern, Ihnen keine bessere Auskunft geben zu können.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 14. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Der Sturz eines Standbildes.

↗ Berlin, 21. Dezember 1891.

Vor etwas über zwei Jahren wurde in unserem Nachbarstädtchen Spandau zur 350jährigen Gedenkfeier der sogenannten „märkischen Reformation“ ein Standbild des Kurfürsten Joachim II. errichtet. Zu den Kosten desselben hatte u. A. die Stadt Berlin zehntausend Mark beigesteuert, nachdem ein leiser, in der Stadtverordneten-Versammlung erhobener Widerspruch mit den üblichen Hinweisen auf die „große nationale That“ Joachims II., auf den „großen Werth,“ den man an „hoher Stelle“ auf das Denkmal lege u. s. w., niedergeschlagen worden war.

Ein anderweitiger Widerspruch erhob sich in der Presse, indem ein hiesiges, damals demokratisches Organ in einer Reihe von geschichtlichen Aufsätzen nachwies, daß die „märkische Reformation,“ fern von allen idealen oder auch nur ideologischen Motiven nichts anderes gewesen sei, als eine Plünderung des märkischen Kirchenguts durch den leichtfertigen und verschwenderischen Kurfürsten Joachim II. Natürlich wurde auch dieser Widerspruch mit der obligaten patriotischen und sittlichen Entrüstung niedergeschmettert; insbesondere schrieb die fromme und ritterliche „Kreuz-Zeitung“: „Wir dürfen uns darüber nicht wundern, daß auch Joachims That, wie jede edle That, von nichtswürdigen Buben begeifert worden ist. Es fehlt nie an jener Sorte von Leuten, die jenen Thieren gleichen, denen es der höchste Genuß ist, mit der Schnauze im Schmutze zu wühlen.“ Das damals angegriffene Blatt begnügte sich, dieser seiner liebenswürdigen Kennzeichnung das Urtheil Friedrichs II. über die „märkische Reformation“ entgegenzusetzen. Friedrich II. erkannte an, daß „die Fürsten im Norden“ Luther und seinen Genossen „unstreitig große Verbindlichkeiten schuldig seien. Denn,“ — so sagt er in einem Briefe an Voltaire (Oeuvres 21, 64) — „diese übrigens armseligen Leute haben sie von dem Joche der Priester befreit und durch die Säkularisation der Kirchengüter ihre Einkünfte beträchtlich vermehrt.“ Und ähnlich sagt er an einer anderen Stelle (Oeuvres I, 18): „Wenn man die Bewegung auf ihre einfachen Prinzipien zurückführen will, so war sie in Deutschland ein Werk des Interesses. . . . . Kurfürst Joachim II. erlangte durch die Kommunion unter beiderlei Gestalt die Bisthümer Brandenburg, Havelberg und Lebus.“

Derweil beliebt es nun aber der „Kreuz-Zeitung,“ ihrem tragischen Kampf für das glorreiche Andenken Joachims II. ein Satyrspiel folgen zu lassen, dem man den Titel geben könnte: „Judenhaß und Reue.“ Sie veröffentlicht nämlich eben eine Reihe von Aufsätzen, und zwar „nach archivalischen Quellen“ über den „Prozeß des Juden Lippold.“ Dieser Jude war der Hof-, Münz- und Wucherjude Joachims II., und die „Kreuz-Zeitung“ will nachweisen, daß er von dem Nachfolger Joachims in aller Form Rechtens wegen — Zauberei verbrannt worden sei. Ueber diesen Nachweis mag sich die „Kreuz-Zeitung“ mit irgend einem kapitalistischen Philosemiten auseinandersetzen; uns kümmert das hier weiter nicht. Dagegen interessiren uns sehr folgende Sätze in den betreffenden Aufsätzen des konservativen Blattes: „Er (nämlich Joachim II.) brauchte Geld und wieder Geld. Wohl fiel ihm in dem märkischen Kirchengute ein ganz kolossaler Besitz zu. Joachim hat von diesem immensen Schatze auch nicht einen Pfennig für Kirchen und Schulen bestimmt“ (diese Worte sind von der „Kreuz-Zeitung“ selbst gesperrt gedruckt); „er hat das gewaltige Erbe der Vorzeit ausschließlich zur Deckung seiner Schulden und zur Befriedigung seiner Lüste verwandt; seine „Legationen und Rüstungen“ mußten die Stände stets noch besonders bezahlen. Und trotz alledem war der leichtlebige Herr in steter Geldverlegenheit; er brauchte eben die Juden. . . . . Das Beispiel, welches Joachim II. seinem Volke gab, war — die Wahrheit muß gesagt werden — das denkbar schlechteste. Seine Finanzwirthschaft, seine Verschwendungssucht, seine anderweitigen sittlichen Unzulänglichkeiten wirkten vergiftend auf den Hofadel der Mark und das dem Fürsten gleich nahestehende höhere Bürgerthum, den sogenannten Patriziat von Berlin, ein.“ Es wird dann weiter erzählt, wie der Jude Lippold diese sittliche Fäulniß in klingendes Metall umzumünzen verstand, indem er den „altberliner Geschlechtern“ gegen 50 Prozent Zinsen Vorschüsse machte, und auch — auf anderem Wege. „So fehlte ihm beispielsweise im Jahre 1567 das nöthige Metall zur Ausprägung neuer Münzen. Er erwirkte daher beim Kurfürsten eine Vollmacht, bei achtzehn angesehenen Berliner Bürgern „einen Einfall thun zu dürfen, um ihnen das vorgefundene Gold und Silber abzunehmen.“ Expropriation der Expropriateure?

Bezeichnend für die fromme „Kreuz-Zeitung“ ist das Urtheil, welches sie über das ehebrecherische Treiben des Kurfürsten fällt: „Richte man ihn nur nicht nach pharisäischen Grundsätzen! Bedenke man die kraftvolle Körperbeschaffenheit des erst 46 jährigen Herrn und den übermäßigen Fleisch-, Wein- und Gewürzgenuß jener Tage; bedenke man endlich auch die Anschauungsweise einer Zeit, in welcher „Zoten und Zötlein“ fast die alleinigen Unterhaltungsstoffe selbst in gemischter Gesellschaft und bei fürstlicher Tafel waren.“ Bedenke man — wahrhaftig! Um so „pharisäischer“ geht es natürlich über die Hauptsündengenossin des Kurfürsten her. „Die Gießerin war eine echte Hetäre, frech, aufdringlich — Joachim mußte sie zum Beispiel einmal sogar von einer Hofjagd im Grunewald verweisen, zu welcher sie erschienen war — und, wie alle diese Damen, goldgierig und berechnend klug.“ Schrecklich, daß die Sünderin den Sünder bei einer „Hofjagd“ aufzusuchen wagt! Doch es mag an diesen Einzelnheiten genug sein; das zusammenfassende Urtheil der „Kreuz-Zeitung“ über Joachim II. lautet: „Der geschichtlichen Wahrheit — und sie geht uns über Alles — entspricht es durchaus nicht, diesen Kurfürsten als den Reformator der Mark aufzufassen.“ Und damit Punktum, wenigstens für uns, denn der Handel der „Kreuz-Zeitung“ mit dem Juden Lippold geht uns, wie gesagt, weiter nichts an.

Nun ist es zwar nicht richtig, daß die „Kreuz-Zeitung“ aus Liebe zur geschichtlichen Wahrheit ihre zerstörenden Schläge gegen das Standbild in Spandau

führt — sie thut es vielmehr nur aus Judenhaß —, aber der geschichtlichen Wahrheit hat sie allerdings einen Dienst geleistet, den anzuerkennen um so dringenderer Anlaß gegeben ist, als sie bald genug von Reue ergriffen werden und alles widerrufen wird. Jeder Kenner der Reformationsgeschichte weiß, wie richtig Friedrich II. den Uebertritt der deutschen Fürsten zur protestantischen Kirche als ein „Werk des Interesses“ gekennzeichnet hat, aber wenn der Wechsel des Glaubens sich anderwärts wenigstens ein ideologisches Mäntelchen zuschnitt, so verzichtete er gerade in dem Staate mit dem „providentiellen, protestantischen Berufe“ selbst darauf. Nachdem die Hohenzollern aus Gründen des materiellen Interesses — sie hatten bekanntlich jenen Ablaßhandel eingefädelt, welcher Luthers Thesen veranlaßte — nahezu ein Menschenalter die reformatorische Bewegung grimmig bekämpft hatten, wechselte Joachim II. wesentlich aus zwei Gründen diese Politik. Erstens hatte er in den ersten fünf Jahren seiner Regierung die für die damalige Zeit ungeheure Schuldenlast von sechsmalhunderttausend Thalern aufgehäuft, für deren Tilgung er gar keine andere Aussicht hatte, als die Plünderung der geistlichen Güter. Zweitens aber wünschte er von seinem Schwiegervater, dem Könige von Polen, die Mitbelehnung für den ehemaligen Ordensstaat und das nunmehrige, von einem fränkischen Hohenzollern als polnisches Lehen säkularisirte Herzogthum Preußen zu erhalten. Dieser Theil der zu lösenden Aufgabe war ganz besonders kitzlich. König Sigismund von Polen war nämlich ein eifriger Katholik, und der offene Uebertritt seines Tochtermannes zum Protestantismus würde ihn so erbittert haben, daß er demselben die Mitbelehnung für Preußen rundweg verweigert haben würde. Auf der andern Seite aber hatte die Mitbelehnung überhaupt keinen Sinn, wenn Joachim II. nicht Protestant war, denn mit einem der katholischen Kirche geraubten Lande konnte sich natürlich kein katholischer Fürst belehnen lassen. Wollte also Joachim II. Herzog von Preußen werden, so mußte er der katholischen Kirche treu bleiben; wollte er es sein, so mußte er zur protestantischen Kirche übertreten.

Es ist die Lösung dieses kuriosen Dilemmas, welches im neuen Deutschen Reiche als „eine große, nationale That“ mit der Errichtung kostspieliger Denkmäler geehrt und von den wohlweisen Stadtvätern der deutschen Hauptstadt mit einer erheblichen Anzapfung der städtischen Steuerzahler dankbar gefeiert wird. Die Lösung erfolgte aber in der Art, daß Joachim II. an seinen Schwiegervater schrieb, „er denke nicht daran, sich von der katholischen Kirche zu trennen oder die bischöfliche Würde abzuschaffen,“ und gleichzeitig, heimlich wie ein Dieb in der Nacht, das Abendmahl in beiderlei Gestalt ohne seine Gemahlin in der Nikolaikirche zu Spandau nahm. Und zwar so heimlich, daß, als am 1. November 1889 sein Standbild vor der Thür dieser Kirche enthüllt wurde, noch nicht einmal ein urkundliches Zeugniß für die gefeierte Thatsache aufzutreiben gewesen war; nur durch mittelbare Schlüsse aus anderweitigen Nachrichten hatte man es bis dahin wahrscheinlich gemacht, daß Joachim II. an dem 1. November 1539 wirklich das Abendmahl in beiderlei Gestalt genommen hat. Erst ganz neuerdings ist im Geheimen Staatsarchiv ein Schreiben Joachims II. an seinen Bruder, den Markgrafen Hans von Küstrin, d. d. Cöln an der Spree, Mittwochs nach Martini (14. November) 1539 gefunden worden, in welchem er zwar auch nicht Ort und Datum, aber doch die Thatsache seines Uebertrittes mittheilt, und zwar an fünfter Stelle, nachdem er erst vier andere Mittheilungen über die Privilegien von Frankfurt a. O., die Netkow'sche Fähre, eine erbetene Schuldfrist und einen „Ochsenzoll“ nach der Lausitz gemacht hat. Nach diesem urkundlichen Funde sollte Joachim II. in den preußischen Schulbüchern, die ja augenblicklich in Bezug auf

die „geschichtliche Wahrheit" über die Hohenzollernfürsten einer gründlichen Umarbeitung unterzogen werden, nicht mehr, wie bisher, den Beinamen „Hektor," sondern den noch ehrenvolleren Beinamen „der Bescheidene" führen. Denn wenn er den „weltgeschichtlichen Wendepunkt," dessen Urheber er war, erst hinter die Netkow'sche Fähre und den Lausitzer Ochsenzoll rangirte, so verrieth er jedenfalls eine rührende Bescheidenheit.

Die „protestantische" Politik Joachims, die dem eben geschilderten Anfange durchaus entsprach, weiter zu verfolgen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Wir haben nur noch einige Bemerkungen zu den Geständnissen der „Kreuz-Zeitung" zu machen. Das größte Verdienst derselben besteht darin, endlich einmal „nach archivalischen Quellen" festgestellt zu haben, daß Joachim II. wirklich das ganze Kirchengut „sündlich verpraßt" hat, wie Herr von Treitschke sagen würde, wenn es sich um einen Habsburger oder Wettiner handelte. An der Thatsache selbst war zwar längst mehr kein ernsthafter Zweifel gestattet; die Aufträge, welche die von Joachim II. behufs der „Kirchenreform" niedergesetzte „Visitationskommission" erhielt, gingen dahin, „in einer Stadt oder einem Kloster ihren Aufenthalt zu nehmen, die Klerisei dorthin zu berufen, zunächst nach dem baaren Gelde zu forschen, nicht nur bei Aebten und Aebtissinnen, sondern auch bei jedem Ordensmitgliede, und das vorgefundene Geld in einer Lade nach Berlin zu senden, die Schlüssel aber dem Abte oder der Aebtissin zu überlassen. In der gleichen Weise solle mit den Schuldbriefen und den Gold- und Silberschätzen verfahren werden, die Hauptaufgabe der Visitationen aber solle die Aufzeichnung der geistlichen Lehen und des kirchlichen Grundbesitzes und die Uebergabe der unbeweglichen Klostergüter an die kurfürstlichen Amtleute zur Verwaltung sein." Allein so klar diese „Artikel belangende der Kirchen und geistlichen Güter" ihrem Zweck nach waren, so werden die Protokolle der „Visitationskommission" über die Ausführung ihrer Aufträge doch von dem Geheimen Staatsarchive als strenges Geheimniß gehütet, und auch der neueste Jubiläumsschriftsteller der „märkischen Reformation," Professor Heidemann, geht mit geschlossenen Lippen „aus Mangel an Raum" an ihnen vorüber, obgleich er anerkennt, daß sie „bedeutsame Aufschlüsse über den Umfang und den Verbleib der kirchlichen Güter und Kapitalien in der Mark" enthalten. Bei solcher Lage der Dinge hat sich die „Kreuz-Zeitung" wirklich ein großes Verdienst erworben, wenn sie nach den ihr zugänglichen „archivalischen Quellen" feststellt, daß Joachim II. das gesammte Kirchengut für liederliche Frauenzimmer und wüste Prassereien vergeudet hat.

Das Verdienst der „Kreuz-Zeitung" erstreckt sich aber nicht nur auf die geschichtliche Forschung, sondern auch auf den tagespolitischen Kampf. Das konservative Blatt hat an einem schlagenden Beispiele jenes infame Byzantinerthum im neuen Deutschen Reiche aufgedeckt, von dem jüngst an dieser Stelle gesagt wurde, daß es Seinesgleichen eben nur noch im byzantinischen Reiche gehabt habe. Einem Fürsten, wie diesem Joachim II., ein öffentliches Denkmal aus öffentlichen Mitteln als einem Vorkämpfer der „Geistes- und Gewissensfreiheit" und der Himmel weiß, welcher schönen Dinge sonst noch, zu errichten, das ist nur in Deutschland möglich. Und nicht einmal der leiseste Protest ertönte aus dem ganzen offiziellen Reiche. Mit der ehrbarsten Miene von der Welt betheiligten sich selbst die Vertreter der ersten deutschen Hochschule an der Enthüllung des Denkmals, obgleich sie vor Andern wußten, wie es damit bestellt war; erst als ein Jahr darauf in privaten Kreisen zu einem kleinen Denkmal für den Dichter Hamerling gesammelt wurde, erhob einer von diesen würdigen Männern — Herr Erich Schmidt, noch dazu ein Lessing-Biograph! — seine schallende Stimme gegen

die Denkmalswuth im Allgemeinen und gegen das Denkmal eines Dichters von „Revolutionstragödien“ im Besondern.

Um so besser, daß die „Kreuz-Zeitung“ endlich wieder den richtigen Weg gefunden und gleich frisch Hand ans Werk gelegt hat. Ihres Zornes Müh' war auch keineswegs umsonst, denn sie hat das Denkmal Joachims II. in Spandau gründlicher zerstört, als die Pariser Kommune die Vendome-Säule zu zerstören vermochte.

Die soziale Doktrin des Anarchismus.

Von **E. Bernstein.**

II. Max Stirner und „Der Einzige.“

„Das neunzehnte Jahrhundert hat die Idee der Anarchie geboren. In seinen vierziger Jahren wurde der Grenzstein zwischen der alten Welt der Knechtschaft und der neuen der Freiheit gesetzt. Denn es war in diesem Jahrzehnt, daß P.-J. Proudhon die titanische Arbeit seines Lebens mit „Qu'est-ce que la propriété!“ (1840) begann und Max Stirner sein unsterbliches Werk: „Der Einzige und sein Eigenthum“ (1845) schrieb.“

So Herr Mackay im Vorwort. Er folgt hier Herrn Georg Adler, der im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ Proudhon einerseits und Stirner und einige radikale deutsche Junghegelianer andererseits als die ersten Theoretiker des Anarchismus bezeichnet. Ist aber selbst das nur bedingt richtig, so ist es direkt falsch, die „Idee der Anarchie“ für ein Erzeugniß des neunzehnten Jahrhunderts auszugeben. Die Idee der Anarchie als eines Gesellschaftszustandes ohne jeglichen, von Menschen ausgehenden Zwang, ohne Herrscher und ohne bindende äußere Verpflichtungen, läßt sich bis in die frühesten Anfänge der Literatur der Kulturvölker zurückverfolgen. Im Alterthum, im Mittelalter und in der neueren Zeit ist sie von Dichtern und Philosophen, von religiösen Schwärmern und von gelehrten Politikern in der einen oder anderen Form als Gesellschaftsideal hingestellt worden. Sie ist so alt wie die Idee des Kommunismus überhaupt. Fast allen Verfassern kommunistischer Gesellschaftstheorien schwebte als letztes Ziel die allen Zwanges ledige freie Gesellschaft vor. Wo der Zwang zugelassen oder gebilligt wird, gilt dies gewöhnlich nur für die Epoche des Ueberganges, als Mittel der Erziehung, der Vorbereitung.

Aber selbst wenn man von diesen kommunistischen Idealgesellschaften ihres utopistischen Charakters wegen absieht, ist es noch falsch, die Idee der Anarchie auf Proudhon oder Stirner zurückzuführen. Die so umfangreiche staatsphilosophische Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts, die an Hobbes' Schrift „De cive, libertate etc.“ polemisirend und deduzirend anknüpft, ist voll von Abhandlungen, welche den vom Staat oder im Namen des Staates ausgeübten Zwang als vom Uebel hinstellen, während ein Gesellschaftszustand, wo jeder nach eigenem Ermessen handelt, als der allein „natürliche“ und darum erstrebenswerthe bezeichnet wird. Und selbst diese Staats- oder Gesellschaftsphilosophie war nicht neu, sie war zum großen Theil nur Wiederholung von Auslassungen griechischer und römischer Schriftsteller aus gewissen Epochen der beiden Kulturländer des Alterthums.

Was dem neunzehnten Jahrhundert eigenthümlich ist, sind nur die speziellen Anwendungen der Idee — die Form, die sie bei Stirner, Proudhon und Anderen annimmt.

Unläugbar ist Stirner, um uns zunächst mit diesem originellen Schriftsteller zu beschäftigen, von allen Anarchisten der konsequenteste. Ohne den Namen eines solchen zu akzeptiren, hat er die Sache, den Gedanken der Herrschaftslosigkeit, bis in ihre letzten Folgerungen entwickelt. Nicht nur den Staat, auch die Gesellschaft, die Menschheit, jegliche den Einzelnen binden sollende Idee verwirft er; denn in dem Augenblick, wo der Mensch irgend welche Sache oder Idee, z. B. die Freiheit, die Wahrheit über sich, über seine eigene Persönlichkeit stellt, ist er abhängig, ist er nicht sein „Eigener." Nicht die Freiheit, sondern die Eigenheit ist zu erstreben. „Eigenheit, das ist mein ganzes Wesen und Dasein, das bin Ich*) selbst. Frei bin Ich von dem, was Ich los bin, Eigner von dem, was Ich in meiner Macht habe, oder dessen Ich mächtig bin." Stirner macht sich über die absolute Freiheit, von der die heutigen Anarchisten so viel Wesens machen, wo er von ihr spricht, lustig, sie ist ihm „ein Ideal, ein Spuk." „Was habt Ihr denn," ruft er aus, „wenn Ihr die Freiheit habt, nämlich .... die vollkommene Freiheit? Dann seid Ihr Alles, Alles los, was Euch genirt, und es gäbe wohl nichts, was Euch nicht einmal im Leben genirte und unbequem fiele. Und um weßwillen wolltet Ihr's denn los sein? Doch wohl um Euretwillen, darum, weil es Euch im Wege ist! Wäre Euch aber etwas nicht unbequem, sondern im Gegentheil ganz recht, z. B. der, wenn auch sanft doch unwiderstehlich gebietende Blick Eurer Geliebten — da würdet Ihr ihn nicht los und davon frei sein wollen. Warum nicht? Wieder um Euretwillen!.... Warum wollt Ihr nun den Muth nicht fassen, Euch wirklich ganz und gar zum Mittelpunkt und zur Hauptsache zu machen? Warum nach der Freiheit schnappen, Eurem Traume? Seid Ihr Euer Traum?"

Und an einer anderen Stelle:

„Soll's einmal doch „die Freiheit" gelten mit Eurem Streben, nun so erschöpft ihre Forderungen. Wer soll denn frei werden? Du, Ich, Wir. Wovon frei? Von Allem, was nicht Du, nicht Ich, nicht Wir ist. Ich also bin der Kern, der aus allen Verhüllungen erlöst, von allen beengenden Schalen — befreit werden soll. Was bleibt übrig, wenn Ich von Allem, was Ich nicht bin, befreit worden? Nur Ich und nichts als Ich. Diesem Ich selber aber hat die Freiheit nichts zu bieten.... Warum nun, wenn die Freiheit doch dem Ich zu Liebe erstrebt wird, warum nun nicht das Ich selber zu Anfang, Mitte und Ende wählen? Bin Ich nicht mehr werth als die Freiheit? Bin Ich es nicht, der Ich Mich frei mache, bin Ich nicht der Erste?.... Bedenkt das wohl und entscheidet Euch, ob Ihr auf Eure Fahne den Traum der „Freiheit" oder den Entschluß des „Egoismus," der „Eigenheit" stecken wollt.... Die „Freiheit" ist und bleibt eine Sehnsucht, ein romantischer Klagelaut, eine christliche Hoffnung auf Jenseitigkeit und Zukunft; die „Eigenheit" ist eine Wirklichkeit, die von selbst gerade so viel Unfreiheit beseitigt, als Euch hinderlich den eigenen Weg versperrt. Von dem, was Euch nicht stört, werdet Ihr Euch nicht lossagen wollen, und wenn es Euch zu stören anfängt, nun so wißt Ihr, daß „Ihr Euch mehr gehorchen müsset, denn den Menschen."... Der Eigene ist der geborene Freie, der Freie von Haus aus; der Freie dagegen nur der Freiheitssüchtige, der Träumer, der Schwärmer." (Stirner, Der Einzige und sein Eigenthum, 1. Aufl., S. 207 ff.)

*) Getreu seiner Theorie schreibt Stirner das Fürwort der ersten Person überall groß.

Alles das ist sehr folgerichtig gedacht, und nicht minder ist es die weitere Untersuchung, wie nun dieser „Eigene“ oder „Eigner“ ausschaut, daß er nicht der Feuerbach'sche objektive oder abstrahirte „Mensch“ sei, sondern der subjektive Mensch, die einzelne Persönlichkeit, die sich im Ich verkörpert — wohlgemerkt, nicht im Fichte'schen absoluten, sondern im vergänglichen, endlichen Ich. Der Mensch, d. h. der Mensch im objektiven Sinne, als Bezeichnung für die Gattung Mensch, ist nach Stirner nur ein anderes höchstes Wesen, „der letzte böse Geist oder Spuk, der täuschendste oder vertrauteste, der schlaueste Lügner mit ehrlicher Miene, der Vater der Lüge,“ der von den Atheisten gepredigte Menschheitskultus „nur eine veränderte Gestalt der Gottesfurcht.“ „Ob ... etwas um Gottes oder um des Menschen (der Humanität) willen heilig gehalten werde, das ändert die Gottesfurcht nicht, da der Mensch so gut als „höchstes Wesen“ verehrt wird, als auf dem speziell religiösen Standpunkte der Gott als „höchstes Wesen unsere Furcht und Ehrfurcht verlangt, und beide Uns imponiren.“ (A. a. O., S. 242.)

Es ist nicht zu viel von Stirner's Buch gesagt, weder im guten noch im schlechten Sinne, wenn man es als das Hohelied des Egoismus bezeichnet. Nicht nur der Staat, die Gesellschaft — es wird alles negirt, was sich dem Repräsentanten des Ich, dem Eigner, gegenüberstellt. Stirner verhöhnt die Liberalen, die Radikalen, die Kommunisten, er verspottet Proudhon und er würde auch die heutigen Anarchisten verspottet haben, wenn er ihre Schriften gekannt hätte. Wenn Proudhon in der „Création de l'ordre dans l'humanité“ p. 414 ausruft: „In der Industrie wie in der Wissenschaft ist die Veröffentlichung einer Erfindung die erste und heiligste der Pflichten,“ so hat Stirner dafür nur die kühle Bemerkung: „der schöne Traum von einer „Sozialpflicht“ wird noch fortgeträumt.“ Die Gesellschaft sei aber gar kein Ich, das geben, verleihen oder gewähren könne, sondern „ein Instrument oder Mittel, aus dem Wir Nutzen ziehen mögen,“ da „Wir keine gesellschaftlichen Pflichten, sondern lediglich Interessen haben, zu deren Verfolgung Uns die Gesellschaft dienen muß.“ (S. 163.) „Proudhon (auch Weitling),“ heißt es ein andermal, „glaubt das Schlimmste vom Eigenthum auszusagen, wenn er es einen Diebstahl (vol) nennt. Ganz abgesehen von der verfänglichen Frage, was gegen den Diebstahl gegründetes einzuwenden wäre, fragen wir nur: Ist der Begriff „Diebstahl“ überhaupt anders möglich, als wenn man den Begriff „Eigenthum“ gelten läßt. Wie kann man stehlen, wenn nicht schon Eigenthum vorhanden ist?“ (S. 332.) Nach Stirner aber ist das fremde Eigenthum*) — und von diesem allein spreche Proudhon — „nicht minder durch Entsagung, Abtretung und Demuth vorhanden, es ist ein Geschenk.“ Warum daher „so sentimental als ein armer Beraubter das Mitleid anrufen, wenn man doch nur ein thörichter, feiger Geschenkgeber ist. Warum auch hier wieder die Schuld Andern zuschieben, als beraubten sie Uns, da Wir doch selbst die Schuld tragen, indem Wir die Andern unberaubt lassen. Die Armen sind daran schuld, daß es Reiche giebt.“ (S. 420.) Mit Bezug auf Proudhon's Unterscheidung zwischen Eigenthümer und Inhaber oder Nutznießer heißt es u. A.: „Proudhon konnte sein weitläufiges Pathos sparen, wenn er sagte: Es giebt einige Dinge, die nur Wenigen gehören, und auf die Wir übrigen von nun an Anspruch oder — Jagd machen wollen. Laßt sie Uns nehmen, weil man durchs Nehmen zum Eigenthum kommt, und das für jetzt noch uns entzogene Eigenthum auch nur durchs Nehmen an die Eigenthümer

*) Stirner braucht bereits das Wort Fremdenthum im Gegensatz zu Eigenthum.

gekommen ist. Es wird sich besser nutzen lassen, wenn es in Unser aller Händen ist, als wenn die Wenigen darüber verfügen. Assoziiren Wir Uns daher zum Zwecke dieses Raubes (vol). — Dafür schwindelt er uns vor, die Sozietät sei die ursprüngliche Besitzerin und die einzige Eigenthümerin von unverjährbarem Rechte; an ihr sei der sogenannte Eigenthümer zum Diebe geworden (La propriété c'est le vol); wenn sie nun dem dermaligen Eigenthümer sein Eigenthum entziehe, so raube sie ihm nichts, da sie nur ihr unverjährbares Recht geltend mache. — So weit kommt man mit dem Spuk der Sozietät als einer moralischen Person. Im Gegentheil gehört dem Menschen, was er erlangen kann: Mir gehört die Welt. Sagt Ihr etwas anderes mit dem entgegengesetzten Satze: „Allen gehört die Welt?" Alle sind Ich und wieder Ich u. s. w. Aber Ihr macht aus den „Allen" einen Spuk, und macht ihn heilig, so daß dann die „Alle" zum fürchterlichen Herrn des Einzelnen werden. Auf ihre Seite stellt sich dann das Gespenst des Rechtes!" (S. 331.) Jede Gesammtheit, die über dem Einzelnen steht, wird verworfen. Wohl mögen die Einzelnen sich vereinigen, einen Verein oder eine Assoziation bilden, aber nichts bindet den Einzelnen an diese als sein Interesse. Sobald Letzteres nicht mehr im Verein seine Rechnung findet, verläßt ihn der Eigner, „die Partei bleibt für ihn allezeit nichts als eine Partie: er ist von der Partie, er nimmt Theil." (S. 314.) Stirner ist aber auch hier logischer als die Anarchisten unserer Tage. Wenn er es für lächerlich erklärt, daß man die Ueberläuferei mit „dem Makel der „Untreue" befleckt," so hält er es für nicht minder lächerlich, auf politische oder sonstige Genossenschaften, Parteien, Vereine 2c. zu schimpfen, wenn sie Mitglieder ausstoßen, die gegen ihre Interessen verstoßen. Die Anarchisten glauben, wer weiß was zu sagen, wenn sie solche Ausstoßungen mit den Exkommunikationen der katholischen Kirche vergleichen. Stirner bezeichnet die Anklagen der Protestanten gegen die Exkommunikationen der Ketzer als eine — allerdings oft selbstgeglaubte — „Ausflucht, um die Schuld von sich abzuwälzen, nichts weiter." (S. 291.)

„Daß eine Gesellschaft, z. B. die Staatsgesellschaft, Mir die Freiheit schmälere, das empört Mich wenig," schreibt er. „Muß Ich Mir doch von allerlei Mächten und von jedem Stärkeren, ja von jedem Nebenmenschen die Freiheit beschränken lassen, und wäre Ich der Selbstherrscher aller Reußen, Ich genösse doch der absoluten Freiheit nicht. Aber die Eigenheit, die will Ich Mir nicht entziehen lassen. . . . Zwar nimmt eine jede Gesellschaft, zu der Ich Mich halte, Mir manche Freiheit; dafür gewährt sie Mir aber andere Freiheiten; auch hat es nichts zu sagen, wenn Ich selbst Mich um diese und jene Freiheit bringe (z. B. durch jeden Kontrakt). Dagegen will Ich eifersüchtig auf Meine Eigenheit halten. Jede Gemeinschaft hat, je nach ihrer Machtfülle, den stärkeren oder schwächeren Zug, ihren Gliedern eine Autorität zu werden und Schranken zu setzen." Daran ist aber, nach Stirner, an sich noch nichts Bedenkliches. „Beschränkung der Freiheit ist überall unabwendbar, denn man kann nicht Alles los werden. . . . Wie die Religion und am entschiedensten das Christenthum den Menschen mit der Forderung quälte, das Unnatürliche und Widersinnige zu realisiren, so ist es nur als die echte Konsequenz jener religiösen Ueberspanntheit und Ueberschwänglichkeit anzusehen, daß endlich die Freiheit selbst, die absolute Freiheit zum Ideale erhoben wurde, und so der Unsinn des Unmöglichen grell zu Tage kommen mußte." (S. 410.)

Die absolute Freiheit „religiöse Ueberspanntheit" und „der Unsinn des Unmöglichen" — die Schlagworte des heutigen Anarchismus, kommen bei Stirner fast noch schlechter weg, als die Schlagworte der Liberalen, Radikalen und

Kommunisten seiner Zeit. Der konsequenteste Anarchist ist zugleich der unerbitt-liche Kritiker der anarchistischen Phrase.

So spottet er z. B. auch über diejenigen, die da glauben, eine Großthat zu thun, wenn sie grundsätzlich allen Rücksichten den Krieg erklären. „Wilde Bursche," sagt er, „renommirende Studenten, die alle Rücksichten aus den Augen setzen, sind eigentlich Philister, da bei ihnen wie bei diesen die Rücksichten den Inhalt ihres Treibens bilden, nur daß sie als Bramarbasse sich gegen die Rück-sichten auflehnen und negativ verhalten, als Philister später sich ihnen ergeben und positiv dazu verhalten." (S. 145.) Die Richtigkeit dieses Satzes können wir noch heute jeden Tag beobachten.

Der „Eigene" im Sinne Stirner's erkennt nichts über sich an, weder eine Idee noch eine Sache. „Mir geht nichts über Mich." (Einleitung.) Er ist sich selbst „einzig." Nichts, als das Interesse, das aber jeden Augenblick wechseln kann, bindet ihn an seine Nebenmenschen, heute an diese, morgen an jene. Es giebt keine Pflicht, die ihm durch seine Existenz seiner Umgebung gegenüber gesetzt wäre. Er hat auch keine Pflichten gegen sich selbst, außer solchen, die er sich selbst setzt. Wie er ist, so soll er sein, und wie er werden kann, so wird er sein, ob man ihm auch noch so viel von seinem mensch-lichen 2c. „Berufe" vorerzähle. „Nicht als Mensch und nicht den Menschen entwickle Ich, sondern als Ich entwickle Ich — Mich." (S. 484.)

Die Kritik dieser mit großem Scharfsinn durchgeführten Theorie ist in dem Satz gegeben, mit dem Stirner sein Werk schließt:

„Eigner bin Ich meiner Gewalt, und Ich bin es dann, wenn Ich Mich als Einzigen weiß. Im Einzigen kehrt selbst der Eigner in sein schöpferisches Nichts zurück, aus welchem er geboren wird. Jedes höhere Wesen über Mir, sei es Gott, sei es der Mensch, schwächt das Gefühl meiner Einzigkeit und verbleicht erst vor der Sonne dieses Bewußtseins. Stell' Ich auf Mich, den Einzigen, meine Sache, dann steht sie auf dem Vergänglichen, dem sterblichen Schöpfer seiner, der sich selbst verzehrt, und Ich darf sagen:

„Ich hab' mein' Sach' auf Nichts gestellt."

Das stimmt, denn Sache und Eigner stehen in der Luft. Dieser Eigner, der „im Einzigen" in sein „schöpferisches Nichts" zurückkehrt, ist eine bloße Abstraktion, so gut oder mehr noch als der Feuerbach'sche „Mensch", über den Stirner seine oft sehr zutreffenden Glossen macht. Ist jener die bloße Abstraktion der „Gattung," so ist sein „Einziger" die Abstraktion einer Spezies, aber heraus-gerissen aus allen Verhältnissen, unter denen diese Spezies existirt. Wo in aller Welt giebt es heute einen „Einzigen," außer im — Irrenhause? Nur in seiner Einbildung kann der Mensch des neunzehnten Jahrhunderts „einzig" sein, in Wirklichkeit ist er so wenig absolut einzig, als er absolut frei ist oder sein kann. Das Streben nach „Einzigkeit" ist ebenfalls nur „religiöse Ueberspanntheit und Ueberschwänglichkeit," das „einzige Ich" ist nicht rationeller, als die „absolute Freiheit," die „absolute Gleichheit," der absolute Mensch oder welche absolute Idee immer, auch es ist „ein Traum, ein Spuk."

Stirner glaubt, auf sicherstem, realistischen Boden zu stehen, wenn er von keinem philosophischen, sondern von seinem eigenen persönlichen Ich ausgeht. Aber indem er die Verhältnisse, unter denen dieses Ich lebt und geworden ist, seine Geschichte und die Umstände seiner Existenz, ganz unerörtert läßt, entfernt er sich nothgedrungen immer wieder von der Wirklichkeit, und spintisirt, statt zu untersuchen. Die außer seinem Kopf existirende Welt wird nur des Exempels

halber vorgeführt. Das geschieht aber auch bei den von ihm angegriffenen philo
sophischen Idealisten, er unterscheidet sich nur graduell, nicht prinzipiell von ihnen
er wird die metaphysische Denkweise nicht los, und so bleibt seine ganze Unter
suchung, wie Friedrich Engels es nennt, ein Kuriosum — sie endet in eine
Sackgasse. Es ist immer wieder die Hegel'sche absolute „Idee," nur daß si
sich hier „Ich, der Einzige" nennt. Auch dieser Einzige steht auf dem Kopf —
dem Kopf Max Stirner's. Er ist, wie gesagt, „ein Spuk."

Soweit der Stirner'sche Egoist Hand und Fuß hat, ist er nur de
ideologische Abklatsch des Angehörigen der auf der Konkurrenz beruhenden bürger
lichen Gesellschaft. Dieser ist eben auch ein „Einziger," der sein „Eigenthum
geltend zu machen hat, will er es zu Etwas in derselben bringen. Aber weh
ihm, wenn dieses Eigenthum nur in seiner metaphysischen „Eigenheit" besteht
er kann dabei elend verhungern, wie es dem armen Schullehrer Kaspar Schmidt
alias Max Stirner, nur zu buchstäblich ergangen ist. Die bürgerliche Gesellschaf
verweist jeden auf sein „Ich," auf seinen „natürlichen Egoismus." Sie sag
ihm: Guter Freund, siehe zu, wie Du durchkommst. Kämpfe, wehre Dich, such
Dich breit zu machen — je mehr Du es thust, je mehr Du Dir dienst, um
so besser. Ich verlange zwar von Dir, daß Du dabei gewisse Regeln innehältst
aber selbst das ist nicht so arg gemeint. Du mußt Dich nur nicht abfassen
lassen. Ich kann Dir zwar keine absolute Freiheit gewähren, aber Deine „Eigen
heit" magst Du nach allen Richtungen hin entfalten, Egoist sein, so viel Du willst

Der Egoismus, weit entfernt, ein Laster zu sein, ist in der bürgerlichen
Gesellschaft die höchste Tugend. Je nach ihrem Standpunkt mehr oder minder
klausulirt, haben dies alle Philosophen des Bürgerthums ausgesprochen; es se
nur an Bentham und seine Schule in England, an die Materialisten des vorigen
Jahrhunderts in Frankreich und ihre Vorläufer in anderen Ländern erinnert.

Stirner spitzt den Gedanken nur aufs Aeußerste zu; wäre das Wort nicht
so oft mißbräuchlich angewendet, so könnte man sagen, er „verhegelt ihn." Aber
wie sehr er sich auch abmüht, die Idee des „Einzigen" auf die Spitze zu treiben,
so muß er doch, genau wie seine Vorläufer, alle Augenblicke zu bloßen Ausreden
seine Zuflucht nehmen, um sich nicht rein ins Absurde zu verlieren. Was bei
diesen z. B. der „aufgeklärte Egoismus," ist bei ihm die „eigennützige Liebe,"
beziehungsweise Theilnahme.

„Soll Ich etwa an der Person des Andern keine lebendige Theilnahme
haben, soll seine Freude und sein Wohl Mir nicht am Herzen liegen, soll
der Genuß, den Ich ihm bereite, Mir nicht über andere eigene Genüsse gehen?
Im Gegentheil, unzählige Genüsse kann Ich ihm mit Freuden opfern, Unzähliges
kann Ich Mir zur Erhöhung seiner Lust versagen, und was Mir ohne ihn
das Theuerste wäre, das kann Ich für ihn in die Schanze schlagen, mein Leben,
meine Wohlfahrt, meine Freiheit. Es macht ja meine Lust und mein Glück
aus, Mich an seinem Glücke und seiner Lust zu laben. Aber Mich, Mich
selbst opfere Ich ihm nicht, sondern bleibe Egoist und — genieße ihn. . . . Ich
liebe die Menschen auch, nicht blos einzelne, sondern jeden. Aber Ich liebe sie
mit dem Bewußtsein des Egoismus. Ich liebe sie, weil die Liebe Mich glücklich
macht, Ich liebe, weil Mir das Lieben natürlich ist, weil Mir's gefällt."
(S. 386—387.)

Das scheint durchaus logisch, aber es ist doch nur Rabulistik. Es wird
dem Begriff Egoismus oder Eigennutz ein anderer Sinn untergeschoben, ganz
Verschiedenes unter ihn zusammengefaßt und ihm dadurch jede bestimmte Be-
deutung entzogen. Keine unserer Empfindungen, sei es Liebe, Theilnahme oder

daß, schwebt in der Luft, ist rein objektiver Natur, alle sind Aeußerungen des Subjekts, des Ich's. Aber sie sind darum noch nicht Egoismus, noch werden sie es blos dadurch, daß wir uns ihres subjektiven Charakters bewußt werden. Wie die Liebe des Kindes, des Naturmenschen sich oft in egoistischer Weise äußert, ohne deshalb egoistisch zu sein — denn zum Egoismus gehört das Bewußtsein der ausschließlichen Berücksichtigung des Ich — so ist die Liebe des reflektirenden Menschen erst egoistisch, wenn zum Bewußtsein ihrer Subjektivität hinzukommt die überlegte — je nachdem auch die fahrlässige — Preisgebung des Wohls der anderen Person. Noch falscher ist es womöglich, das Opfern der eigenen Persönlichkeit einer geliebten Person oder Sache willen, sobald es ein vernünftiges ist, d. h. nicht durch Narrheit ꝛc. verursachtes — Egoismus zu nennen. Dann hört alle Unterscheidung auf, und das Ende ist der krasseste Gemeinplatz.

Der scheinbare Realismus Stirner's ist in Wirklichkeit die höchste Ideologie, die Idealisirung des bürgerlichen Konkurrenzkampfes. Auch dieser substituirt eine Gesellschaft von lauter Einzelnen. Aber schon in der bürgerlichen Praxis macht sich die Sache vielfach anders. Statt mit jedem Schritt vorwärts ihr Ideal immer mehr zu verwirklichen, fängt die bürgerliche Klasse auf einem gewissen Punkte an, rückfällig zu werden. Ihre ökonomischen Machtmittel wachsen ihr über den Kopf, sie nehmen immer mehr gesellschaftliche Form an, die Einzelnen vermögen sie nicht mehr zu beherrschen. Hier wird von Neuem da der Staat, dort die Gemeinde angerufen, helfend einzugreifen, von Neuem bilden sich Vereinigungen mit eigenen Gesetzen, in denen die Einzelnen ihre wirthschaftliche „Eigenheit“ ganz oder theilweise aufgeben, auf ihre „Einzigkeit“ verzichten. „Aus Eigennutz,“ würde hier der Stirner'sche Einwurf lauten. Aber der Eigennutz spielt außer da, wo es sich um bloße Räuberkoalitionen handelt, nur die sekundäre Rolle. Die erste Geige spielt die *Nothwendigkeit*. Der Ertrinkende greift nicht aus Eigennutz nach der Planke, die ihn eine Weile über Wasser hält, sondern aus Selbsterhaltungstrieb, der wieder nicht dasselbe ist wie Egoismus. Uebrigens kommt es hier nicht einmal sehr auf die *Motive* an. Die Hauptsache ist, daß die bürgerliche Praxis es nicht zur Verwirklichung des „Einzigen“ bringt.

Bliebe die proletarische Praxis. Nach Stirner ist es der Egoismus, der die Arbeiter aus ihrer Knechtschaft erlösen wird, und „werdet Egoisten!“ ruft es ihm Auban-Mackay nach. Aber schon an dem Beispiel, das Stirner giebt, kann man den Fehler seiner Theorie erkennen, sobald man es an der Hand der Praxis näher untersucht. Wenn Stirner nämlich „die Ackerknechte“ ihren bisherigen Herren ankündigen läßt, daß sie von nun an sich nicht mehr „unterm Preise“ vermiethen werden — wir sehen von der sehr unklaren ökonomischen Ausdrucksweise ab — so wird da bereits die Einmüthigkeit *aller* Ackersknechte vorausgesetzt, nicht der Egoismus des „Einzigen,“ sondern der einer Vielheit, einer *Klasse*. Dieser sieht aber ganz anders aus, als der erstere. Bis es dahin kommt, daß die Ackerknechte als Klasse mit einheitlichen Forderungen auftreten und kräftig genug sind, sie durchzusetzen, müssen sie in ihrer übergroßen Mehrheit aufgehört haben, sich als „Einzelne“ oder gar „Einzige,“ als „das alleinige Ich,“ zu fühlen. Es bedarf langer Kämpfe, Kämpfe mit zeitweiligen Rückschlägen und partiellen Siegen, und kämpfen heißt Opfer bringen. Das *Klassenintereſſe* fällt nicht in jedem Moment mit dem *persönlichen* Interesse, dem *Interesse des Einzelnen*, zusammen. Wie entscheidet in einem solchen Konflikt die Theorie des Egoismus? Soll „Ich“ „Mein“ warmes Plätzchen aufgeben wegen eines Strikes, der möglicherweise verloren geht? Der „Einzige,“

dem „Nichts über Mich“ geht, der es für „Besessenheit“ erklärt, irgend ein Idee oder Sache höher als seine Eigenheit zu stellen, wird, sobald die Chance der Strikenden zweifelhaft sind, gar nicht anders können, als im Trockenen z bleiben. Der Egoismus gebietet es. Der Ritter von der Einzigkeit oder Eigenhe oder wie man das Ding sonst nennen mag, präsentirt sich im gegebenen Momen als der politische oder ökonomische — Blackleg.

Und Stirner giebt ihm zu diesem Behufe die schöne Lehre auf den Weg daß die Rabulisterei und Sophistik der „erste Freiheitsschritt“ ist, „nichts Andere als eine Art, ein Bestehendes auszunutzen ohne es abzuschaffen.“ Der „Einzige ist kein Revolutionär, sondern ein „Empörer,“ aber ein Empörer wie Christus der dem Kaiser gab, was des Kaisers ist. Das mag zeitweise sehr praktisc sein, aber es ist nicht der Weisheit letzter Schluß. Die Geschichte des Christen thums erlaubt eine andere Folgerung. Indeß, bei Stirner gilt eben die Geschicht nur so weit, als sie seine Idee bekräftigt, und nicht nur die Vergangenheit sondern auch Gegenwart und Zukunft. Für die wirklichen Kämpfe seiner Epoche für die zunächst zu realisirenden Forderungen der vorwärtsdrängenden Gesellschafts klassen hat Stirner nur überlegene Kritik. Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit ꝛc. genügen dem „Einzigen“ nicht, auch braucht er sie nicht einmal, um seine „Eigen heit“ zu bekräftigen. Wenn er es für nöthig hält, so sucht er den Staat zu betrügen, gründet geheime Druckereien ꝛc. Machen es die Anderen ebenso wie er, so bricht derselbe eines Tages von selbst zusammen.

So endet die anscheinend höchst gedankliche Kühnheit — denn Stirner schreckt vor nichts zurück, Lüge, Heuchelei und Betrug sehen nach ihm schlimmer aus als sie in Wirklichkeit sind, er kennt keine Laster — in der Theorie der vollendeten Impotenz. In der Studirstube kann man „geheime Druckereien“ auf den Egoismus gründen, in der realen Welt gehören dazu noch etliche andere Eigenschaften. Der Nihilismus, in den Stirner's Theorie ausläuft, trägt ein anderes Gesicht, als was in Rußland diesen Namen führt. Er hat seine Sache „auf Nichts gestellt.“ Aber aus Nichts wird nichts. Es giebt nach ihm keinen Schritt vorwärts mehr. Alle seine Nachbeter und Nachtreter konnten nur dadurch etwas machen, daß sie Stirner fälschten, ihn versetzten, daß sie ein ganzes Stück hinter ihn zurückgingen. Was Bakunin bot, und was Mackay bietet, sind nur Bastarde Stirner'scher Ideen, das Nichts kann keine Kinder zeugen, der „Einzige“ bleibt — einzig.

Aus dem badischen Gefängnißleben.

Zeitgemäße Schilderungen von **R. Damnatus.**

Schon viel ist über die Behandlung speziell politischer Gefangener in den badischen Gefängnissen geschrieben und gesprochen worden und es scheint in Folge dessen hierin eine Wendung zum Besseren eingetreten zu sein. Nur selten aber sind über das Leben und die Behandlung der Gefangenen im Allgemeinen Mittheilungen in die Oeffentlichkeit gelangt und es dürfte daher auch für weitere Kreise von Interesse sein, darüber etwas zu erfahren.

Wenn wir die Gefängnisse betrachten, diese menschenfreundlichen Anstalten, wo die fürsorgende Gesellschaft trotz dem kläglichen Fiasko der Abschreckungs- und der Besserungstheorie doch in liebevoller Weise den gefallenen Brüdern Gelegenheit giebt, sich zu bessern, dann wird vielleicht Mancher von der weit verbreiteten

nsicht abkommen, als ob das Gefängniß der Ort sei, wo arbeitsscheues Ge-
ndel auf Staatskosten gut verpflegt wird. Auch die sanitären und wirthschaft-
chen Ergebnisse der Anstalten wollen wir an der Hand zuverlässigen Materials
leuchten.

In die Amtsgefängnisse werden zunächst die Untersuchungsgefangenen
rbracht, dann diejenigen, welche kleinere Freiheitsstrafen bis zu vier Wochen zu
rbüßen haben, ferner die Polizeigefangenen, und endlich dienen sie zur Beher-
rgung solcher Gefangenen, die auf dem Schub eine Nachtstation machen. In
n Kreisgefängnissen werden Freiheitsstrafen bis zu vier Monaten verbüßt;
ı übrigen dienen sie den gleichen Bestimmungen wie die Amtsgefängnisse, wenn
letzteren Platzmangel eintritt. Verurtheilte mit größeren Strafen werden in
e Zentralstrafanstalten, nämlich die Landesgefängnisse zu Mannheim,
ruchsal, Freiburg und das Männerzuchthaus bezw. die Weiberstrafanstalt Bruchsal
ngeliefert.

Was die Amtsgefängnisse betrifft, so wollen wir hier gleich ausdrücklich
merken, daß die Einrichtung und Behandlung in den einzelnen sehr verschieden
, meistentheils aber sehr schlecht. Es ist doch wohl zu bedenken, daß über die
chuld oder Unschuld eines Untersuchungsgefangenen noch gar nicht entschieden
, daß es also nicht mehr als billig wäre, wenn die Behandlung eine wesentlich
ssere als die der Strafgefangenen sein würde. Statt dessen ist sie eine schlechtere.
ies hat auch der Freiburger Bezirksarzt in seinem Jahresbericht für 1889 über
s Amtsgefängniß Freiburg ausgesprochen, indem er verlangt, daß die den
ntersuchungsgefangenen gereichte Kost wenigstens derjenigen gleichwerthig sein
lle, welche die Strafgefangenen in der Zentralstrafanstalt erhalten.

Der Verhaftete wird, wenn gerade Platz ist, in eine Einzelzelle verbracht;
dernfalls, oder wenn Spionage beliebt wird, hat er die Annehmlichkeit, schon
ährend der Untersuchung sich die Gemeinschaftshaft mit allen möglichen auf
r Landstraße aufgegriffenen Leuten gefallen lassen zu müssen. Die Einzelzelle
fünf Schritte lang und drei Schritte breit und oben in einer Wand mit einem
einen Fenster versehen. In den neueren Amtsgefängnissen befindet sich an der
and eine anschließbare eiserne Bettstelle mit Matratze, wogegen sich schließlich
chts sagen ließe. Häufig aber vertritt die Bettstelle ein etwa einen Fuß über
m Boden stehendes pritschenartiges Holzgestell — eine Herberge für Ungeziefer
ler Art — auf dem ein Spreusack und ein Spreukopfkissen liegt, deren Ueber-
ge deutlich erkennen lassen, daß sie Menschen nicht nur zur Lagerstatt, sondern
ich zur Ablagerung der Exkremente gedient haben! Nach den Anordnungen des
inisteriums sollen die Spreusäcke jährlich geleert und die Spreu mittelst Wind-
ühlen gereinigt werden. Da aber die Windmühlen vom Landesgefängniß
annheim verschrieben werden müßten, so hält man diese Anordnung vielfach
r überflüssig, und oft kommen die Säcke nachweislich zwei Jahre und länger
cht von der Stelle. Darum bekümmert sich aber kein Amtsrichter und kein
ezirksarzt! Da sich in den Bretterböden der alten Amtsgefängnisse natürlich
n ungeheurer Staub entwickelt, so läßt sich denken, wie der sich in zwei
ahren in die Säcke steckt und wie vortheilhaft ein solcher Aufenthalt für die
esundheit des Gefangenen ist.

Zu verwundern ist es nicht, wenn zu der in den Gefängnissen ungemein
iufig auftretenden Lungenschwindsucht, gegen welche, nach dem Bericht des Frei-
irger Anstaltsarztes, „die Gefängnißhygiene stets mit allen ihr zu Gebote stehen-
n Mitteln vorzugehen berufen ist,“ wenn zu dieser schrecklichen Krankheit der
eim gerade in den Amtsgefängnissen gelegt wird.

Weiter ist zu bedenken, daß in diesen Zellen das auf Schub befindlic
Kontingent nächtigt, und daß bekannter Maßen unter diesen Leuten — besonder
unter dem weiblichen Theil — ansteckende Krankheiten, namentlich geschlechtliche
Art, sehr häufig vorhanden sind. Für die gründliche Reinigung der Zellen
nachdem die verdächtige Schaar sie verlassen hat, geschieht aber gar nichts, un
der Untersuchungsgefangene ist genöthigt, sich gegebenen Falls mit den gleiche
Wolldecken zu bedecken, die kurz vorher ein etwa an Syphilis Erkrankter be
nützt hat.

Wohl kann dem Untersuchungsgefangenen vom inspizirenden Amtsrichte
erlaubt werden, sein eigenes Bett und die eigene Bettwäsche zu benützen. Nich
jeder aber kann sich das leisten, und so ist der Gefangene, der früher in rein
lichen Verhältnissen gelebt hat, genöthigt, während der ganzen langen Unter
suchungshaft sich auf einer Lagerstatt niederzulegen, die vor Schmutz starrt un
Krankheitskeime in sich birgt. Auch die gereichten zwei Leintücher sind oft vo
solch' zweifelhaftem Aussehen, daß ihre Benützung unmöglich wird. Es wär
doch gewiß möglich zu machen, beschmutzte Decken und Ueberzüge der Säcke eine
gründlichen Reinigung zu unterwerfen. Es sollte doch nicht immer zuerst eine
Beschwerde des in Haft Gehaltenen bedürfen, um derartige Mißstände abzustellen
So lange nicht äußerste Reinlichkeit gerade in den Untersuchungsgefängnisse
herrscht, ist die Gefängnißhygiene ein schönes Wort. Es genügt nicht, daß da
Ministerium Anordnungen in dieser Hinsicht erläßt, sie müssen auch befolgt werden
So ist z. B. ebenfalls zur Verhütung der Schwindsucht vorgeschrieben, daß auc
in den Gängen des Gefängnisses Spuckschalen mit Wasser oder stets feucht
gehaltenem Sägmehl aufgestellt sein sollen. Vergeblich wird man aber darnac
in verschiedenen Gefängnissen suchen.

In seiner Zelle, deren Einrichtung durch einen Klapptisch mit Hocker, einen
Wasserkrug, ein Waschbecken, ein Handtuch, einen Handbesen und einen Spuck-
napf vervollständigt wird, sitzt der Gefangene während der oft sehr langen Unter-
suchungshaft eingeschlossen, und trotzdem er täglich eine halbe Stunde Gelegenheit
haben soll, sich im Hofe zu ergehen, kommt es mannigfach vor, daß der Auf-
seher sich nur des Sonntags entschließt, den Inhaftirten an die Luft zu führen.

Die Hausordnung für Kreis- und Amtsgefängnisse lautet im § 17: „Dem
Untersuchungsgefangenen werden nur solche Beschränkungen auferlegt, welche zur
Sicherung des Zwecks der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Ge-
fängniß nothwendig sind. Bequemlichkeiten und Beschäftigungen, die dem Stand
und den Vermögensverhältnissen des Untersuchungsgefangenen entsprechen, darf er
sich auf seine Kosten verschaffen, soweit sie mit dem Zweck der Haft vereinbar
sind und weder die Ordnung im Gefängniß stören, noch die Sicherheit gefährden."

Daß Bequemlichkeiten nicht in der Zelle sind, haben wir schon gesehen.
Der Untersuchungsgefangene kann sich aber solche verschaffen. Nun kennen wir
einen Fall, daß ein Untersuchungsgefangener um sein ihm bei der Verhaftung
abgenommenes, zur Führung der Untersuchung — wie der Augenschein zeigte —
vollständig unnöthiges Notizbuch bat, um ein wenig zu zeichnen und zu schreiben.
Ebenso verlangte er seinen Taschenspiegel und seinen Zahnstocher, um die Reste
der Mahlzeit, die er sich ins Gefängniß kommen ließ, aus seinen leider hohlen
Zähnen zu entfernen. Doch nichts von alledem wurde dem Gefangenen aus-
gehändigt, auch nicht nach beendigter Voruntersuchung; ebensowenig durfte er bei
seiner Mahlzeit Messer und Gabel benutzen, sondern der Gefangenwärter mußte
das Fleisch 2c. vorschneiden. Auch kein Tintenzeug wurde dem Gefangenen be-
lassen und bei etwaigem Schreiben mußte der Aufseher zugegen sein. Dabei war

er Gefangene nicht etwa ein verstockter, gefährlicher, schwerer Verbrecher, sondern
eines leichten Vergehens geständig.

All' die erwähnten Beschränkungen scheinen nun unbedingt zur „Sicherung
es Zweckes der Haft" nothwendig gewesen zu sein. Fürchtete man etwa, der
Gefangene könne mit seinem Notizbuch die Ordnung des Hauses stören oder sich
mit seinem Zahnstocher todtstechen? Wenn durchaus jeder Selbstmordversuch ver-
hindert werden soll, dann dürfte man auch kein Glasfenster in der Zelle dulden,
alle Decken und Tücher müßten entfernt werden, kurz, der Gefangene müßte im
Adamskostüm in eine allseitig gepolsterte Zelle verbracht werden, damit er sich
auch den Kopf nicht einrennen kann.

Wie steht es nun mit der Kost, die in den Amtsgefängnissen gereicht wird
und die auch der etwa unschuldig Inhaftirte genießen muß, wenn er keine Mittel
hat, sich anderes Essen zu verschaffen? Das zeigt am besten der Speisezettel,
der nachstehend folgt. In Klammer sind immer die zu den Speisen verwendeten
Ingredienzien aufgeführt. Wir bemerken, daß dieser Speisezettel ein für alle Mal
feststeht, nur wird statt der am Mittwoch aufgeführten Kohlraben je nach der
Jahreszeit ein anderes Gemüse gereicht. Die Reihenfolge der Speisen ist natür-
lich in verschiedenen Amtsgefängnissen verschieden.

Montag. Früh: Mehlsuppe (Schwarzbrot, Schwarzmehl, Butterschmalz).
Mittags: Gerstensuppe (Gerste, Weißmehl, Butterschmalz), saure Kartoffeln (Kartoffeln, Schwarzmehl, Schweineschmalz).
Abends: Rahmsuppe (Schwarzbrot, Rahm).

Dienstag. Früh: Brotsuppe (Schwarzbrot, Butterschmalz).
Mittags: Brotsuppe (wie oben), Kernbohnen (Gerste, Schwarzmehl, Butterschmalz).
Abends: Kartoffelsuppe (Kartoffel, Schwarzbrot, Butterschmalz).

Mittwoch. Früh: Rahmsuppe (wie Montag).
Mittags: Griessuppe (Weißmehl, Butterschmalz), Kohlraben (mit Kartoffel, Schwarzmehl, Butterschmalz).
Abends: Brotsuppe (wie Dienstag).

Donnerstag. Früh: Brotsuppe (wie Dienstag).
Mittags: Reissuppe (Reis, Weißmehl, Butterschmalz), Erbsen (mit Kartoffel, Schwarzmehl, Butterschmalz).
Abends: Mehlsuppe (wie Montag).

Freitag. Früh: Rahmsuppe (wie Montag).
Mittags: Kartoffelsuppe (wie Dienstag), Griesbrei (Gries, Milch).
Abends: Brotsuppe (wie Dienstag).

Samstag. Früh: Mehlsuppe (wie Montag).
Mittags: Griessuppe (wie Mittwoch), Linsen (mit Kartoffel, Schwarzmehl, Butterschmalz).
Abends: Kartoffelsuppe (wie Dienstag).

Sonntag. Früh: Rahmsuppe (wie Montag).
Mittags: Reissuppe (wie Donnerstag), Ochsenfleisch, Sauerkraut (mit Kartoffel, Schwarzmehl, Schweineschmalz).
Abends: Brotsuppe (wie Dienstag).

Von jeglicher Speise wird 1/2 Liter gereicht, dazu jeden Tag ein Pfund
Brot an erwachsene männliche Gefangene, während weibliche und jugendliche
etwas weniger bekommen.

Wieviel Schmalz und andere Ingredienzien auf die Person verwendet wer-
den, wissen wir nicht; jedenfalls sehr wenig, denn der Bezirksarzt in Freiburg
will ja, daß den Untersuchungsgefangenen mindestens die gleiche Kost wie den
Strafgefangenen in den Zentralanstalten gereicht werde, und von dieser sagt der

Jahresbericht für 1889, daß sie „qualitativ nicht ganz auf der Höhe des vom menschlichen Körper beanspruchten Eiweiß- und Fettgehaltes stehend“ ist. Fleisch wird, wie ersichtlich, überhaupt blos am Sonntag gegeben, daher auch blos an diesem Tag eine Fleischbrühsuppe zu Stande kommen kann.

Daß unter solchen Verhältnissen und bei der mit der Verhaftung und Untersuchung stets verbundenen geistigen Aufregung die Gefangenen in den Amts- und Kreisgefängnissen körperlich herunterkommen, ist einleuchtend. Ebenso einleuchtend ist auch, daß nach der Ueberführung eines Gefangenen in die Zentralstrafanstalt die dort gereichte, etwas reichlichere Kost im Stande ist, das Körpergewicht wieder zu erhöhen. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß die Kost in der Strafanstalt gut ist; sie ist nur besser als in den Amtsgefängnissen. Wenn man aus dem Verhalten des Körpergewichtes Schlüsse auf das Befinden der Gefangenen ziehen will, wie dies in den Zentralanstalten geschieht, so wäre unbedingt nothwendig, daß schon der Verhaftete beim Eintritt in das Amtsgefängniß gewogen würde. Da das aber nicht geschieht, so wird ein im freien Leben wohlgenährter Mensch beim Eintritt in die Strafanstalt nur das durch die jämmerliche Untersuchungskost bedeutend herabgedrückte Gewicht zeigen und kann beim Verlassen der Anstalt ganz wohl einige Pfund mehr wiegen, ohne daß hieraus auch nur der geringste Schluß auf die Güte der Kost gezogen werden kann. Ferner trägt die verhältnißmäßige Ruhe in der Anstalt gegenüber den Aufregungen der Untersuchungshaft gewiß auch viel bei zur Wiederhebung der Körperkräfte.

Es war also vollständig unberechtigt, wenn bei den Verhandlungen des badischen Landtags im Frühjahr 1890 der Ministerialkommissär auf die Beschwerden über die der Frau Zwick von Offenburg in der Weiberstrafanstalt Bruchsal zu Theil gewordene Behandlung zur Widerlegung blos auf die Thatsache hinwies, daß Frau Zwick beim Verlassen der Anstalt ja ein Pfund mehr gewogen habe als beim Eintritt.

Aus alledem ist zu ersehen, daß der Untersuchungsgefangene, über dessen Schuld ja erst abgeurtheilt werden soll, eine in jeder Beziehung jammervolle Behandlung erfahren muß. Nicht nur, daß er in Bezug auf Ernährung noch schlechter gehalten wird als die Strafgefangenen in den großen Anstalten, er wird auch des öfteren in Lokalitäten verwahrt, die den gewöhnlichsten hygienischen Anforderungen Hohn sprechen, ohne daß durch häufiger gebotene Gelegenheit zum Genuß von frischer-Luft ein Ersatz gegeben würde.

Ferner werden dem Verhafteten sofort alle Gegenstände mit Ausnahme seiner Kleider abgenommen und in sehr vielen Fällen nicht wieder zurückgegeben. Ein Paragraph der Hausordnung für die Landesgefängnisse lautet, daß dem Gefangenen, einerlei ob Sicherheit der Deckung der Untersuchungs- und Straferstehungskosten besteht oder nicht, Alles was er in die Anstalt an Geld bis zu 20 Mark, sowie unentbehrliche Werthgegenstände einbringt, aufbewahrt werden. Was 20 Mark übersteigt, wird eingezogen, entbehrliche Werthgegenstände aber werden abgeschätzt und veräußert, sofern nicht der Gefangene oder seine Angehörigen mit außerhalb der Anstalt befindlichem Geld dieselben zum Taxwerth einlösen wollen. Daraus geht hervor, daß einmal die Angehörigen beziehungsweise der Gefangene selbst das Vorkaufsrecht für seine Werthgegenstände hat, zum anderen daß alle Effekten, die dem Verhafteten abgenommen wurden, demselben in die Strafanstalt mitgegeben werden müssen. Dies geschieht aber sehr häufig nicht, sondern der Staatsanwalt oder Untersuchungsrichter überweist alle Geldbeträge und Werthgegenstände der zuständigen Amtskasse, welche dieselben nach erfolgter Verurtheilung, wenn Unsicherheit der Kostendeckung besteht, sammt und sonders

hierfür verwendet, ohne daß auch nur dem Gefangenen von der Veräußerung seiner Effekten Nachricht gegeben würde. Diese Thatsache ist nicht abzuleugnen, obenerwähnter Paragraph ist daher in vielen Fällen vollständig illusorisch; man kann auch nicht einwenden, der Gefangene solle sich nach der Verurtheilung sogleich darum bemühen, daß er seine Sachen mitgegeben erhält, denn erstens ist er meist in einem so deprimirten Zustand, daß er an solche Dinge vorerst gar nicht denkt, und zweitens sind solche Reklamationen vielfach erfolglos. Der Gefangene wird eben gleich von der Verhaftung an nicht mehr als Rechtssubjekt angesehen, sondern als ein vollständig rechtloses Objekt. Nur wenn man ihn zu Unterschriften, zur Zeugnißabgabe 2c. braucht, soll er auf einmal wieder Rechtsmensch sein.

Nicht viel erbaulicher sind die Zustände in den Zentralstrafanstalten; die nachfolgenden Schilderungen haben zunächst auf das Landesgefängniß Freiburg Bezug, werden aber wohl ebenso auf die anderen Anstalten passen mit Ausnahme des Landesgefängnisses (nicht des Zuchthauses) zu Bruchsal, welches in jeder Beziehung unter dem Niveau von Freiburg steht.

Nach der Ueberführung in die Anstalt und nachdem, nicht etwa von seiten des Anstaltsarztes, sondern durch einen der Krankenwärter eine körperliche Untersuchung vorgenommen wurde, wird der Sträfling eingekleidet. Vor dieser Wäsche, die er da erhält, schreckt selbst ein Mensch, der auf Reinlichkeit nur wenig Gewicht legt, der im Untersuchungsgefängniß in dieser Hinsicht schon gewaltig abgestumpft wurde, zurück. Hemd, Unterhosen und namentlich Strümpfe sind derart ungenügend gewaschen, daß der Schmutz noch daranhaftet und der Sträfling durch den Gebrauch dieser Leibwäsche auf seiner Haut eine erhebliche Menge fremden Unrathes abladet. Dieser Umstand macht sich sogleich durch den bei allen Insassen des Freiburger Landesgefängnisses bemerkbaren eigenthümlichen Geruch geltend. Vielleicht tritt hierin eine Besserung ein, wenn die gesammte Wäsche von den im neuerrichteten Weiberbau des Amtsgefängnisses zu Freiburg inhaftirten weiblichen Gefangenen gewaschen wird. In Mannheim und Bruchsal wenigstens, von wo die ganze Anstaltswäsche der Weiberstrafanstalt Bruchsal übergeben wird, ist die Leibwäsche erheblich sauberer und kann doch ohne jedesmalige Ekelempfindung angezogen werden.

Alle acht Tage erhält der Gefangene andere — man kann nicht sagen frische — Wäsche, d. h. Hemd, Strümpfe, Handtuch und Sacktuch, das Uebrige muß er sich je nach Bedarf durch den Aufseher verschreiben lassen.

Am zweiten Tag der Einlieferung etwa erhält der Gefangene ein Bad; im Landesgefängniß Bruchsal, dieser brillanten Musteranstalt, fällt dies weg; am dritten wird er vor den Arzt geführt, nachdem er vorher bei der Konferenz aller Beamten der Anstalt die allgemeinen Verhaltungsmaßregeln gehört hat und über besondere Wünsche betreffs der Arbeit befragt ist. Der Arzt beschränkt seine Untersuchung darauf, daß er die Brust freilegen läßt und „einen flüchtigen, prüfenden Blick“ auf Schädelbau und Intelligenzstufe wirft. Nur Leute, die ein besonderes Gebrechen an sich haben, das auch dem „prüfenden“ Auge des Krankenwärters aufgefallen ist, werden vielleicht genauer untersucht.

Die Zellen der Freiburger Anstalt sind geräumig und erheblich sauberer als die der Untersuchungsgefängnisse. Die Abtrittanlage, welche sich in jeder Zelle befindet, ist zur Wasserspülung eingerichtet, wobei nur der eine Mißstand zu Tage tritt, daß die Durchspülung blos zweimal im Tage erfolgt, wodurch eine genügende Sauberkeit nicht erzielt wird. Die Heizung der Zellen geschieht mittelst Dampf, der durch drei die Zelle durchlaufende Röhren strömt.

In seiner Zelle hat der Gefangene zwei Eßgefäße von Steingut nebst Löffel, Messer und Gabel, sowie einen kleinen Wasserkrug. Die Reinigung der Eßgefäße kann blos mit kaltem Wasser erfolgen, so daß es nicht möglich ist, etwaige Fettrückstände genügend zu beseitigen, insbesondere da außer der eigenen Hand kein Reinigungsinstrument zur Verfügung steht. Der frisch Eingelieferte erhält daher oft mehr als unappetitlich aussehende Geschirre.

Wir wollen uns auch hier gleich einmal die gereichte Kost ansehen. Nach neueren Anordnungen des Ministeriums ist dasselbe seit 1. August 1890 etwas abwechslungsreicher als früher; es wird dreimal in der Woche früh Kaffee gereicht, Freitag Nachmittags um 4 Uhr ein kleines Stück Käse gegeben und alle 14 Tage einmal Abends 3/5 Liter Milch statt des obligaten 1/2 Liter Suppe verabfolgt. Ferner steht den Verwaltungen zu, in angemessenen Pausen Mittags solche Speisen zu verabreichen, welche nicht in das Kostreglement aufgenommen sind. Solche Extraspeisen sind Kartoffelschnitze, Bohnensalat, Kartoffelsalat — sogar mit Häring vermischt, allerdings nur Winters, wenn die alte Waare billig ist — Maccaroni u. A. m.

Das Menü in der Woche vom 3. bis 9. August 1890, die wir als eine besonders gute herausgreifen, lautet:

Sonntag. Früh: Kaffee. Mittags: Einkornsuppe und grüne Bohnen. Abends: Brotsuppe.
Montag. Früh: Mehlsuppe. Mittags: Reissuppe und Erbsen. Abends: Rahmsuppe.
Dienstag. Früh: Kaffee. Mittags: Brotsuppe, Kartoffelschnitze mit brauner Tunke. Abends: Kartoffelsuppe.
Mittwoch. Früh: Mehlsuppe. Mittags: Gerstensuppe, Linsen. Abends: Milch.
Donnerstag. Früh: Kaffee. Mittags: Gerstensuppe, gelbe Rüben. Abends: Mehlsuppe.
Freitag. Früh: Mehlsuppe. Mittags: Brotsuppe, Reisbrei. 4 Uhr: 1 Handkäse. Abends: Brotsuppe.
Samstag. Früh: Milchsuppe. Mittags: Griessuppe, Kernbohnen. Abends: Kartoffelsuppe.

Die Morgen- und Abendsuppen sind Woche für Woche die gleichen, höchstens daß einmal eine Linsen- oder Erbsensuppe eingeschoben wird, beim Mittagessen zeigt sich größere Abwechslung. Dazu erhält der Gefangene täglich 1 1/2 Pfund Brot, und Gefangene mit einer Strafe über ein Jahr ein über den andern Tag eine Portion Fleisch, solche mit einem Jahr und darunter Strafzeit blos alle drei Tage. Damit ist eigentlich doch schon anerkannt, daß es länger als ein Jahr bei der Kost nicht auszuhalten ist, sonst würden nicht die langstrafigen Gefangenen mit dem Fleisch besser gestellt werden. Es ist dies ein Unding, welches in preußischen Anstalten nicht vorkommt und auch in keiner Weise gerechtfertigt ist.

Im Gefängniß wird Jeder nach dem Grundsatz „gleiche Brüder, gleiche Kappen" behandelt, warum auch nicht beim Essen?

In den 10 Jahren 1879/88 stellte sich am Landesgefängniß Freiburg der Aufwand für die Kostbereitung, die Brotportionen, die Extraverordnungen, die Medizinen und Heilmittel in Summa durchschnittlich pro Jahr auf 65 132 Mark, d. h. wenn man den Durchschnittsstand des dortigen Gefängnisses zu 380 Insassen annimmt, was eher etwas zu nieder gegriffen sein mag, pro Mann jährlich auf 171 Mark 43 Pfennige. Nun werden von dem Gefangenen für Straferstehungskosten monatlich 26 Mark 40 Pfennige, d. i. jährlich 316 Mark 80 Pfennige angefordert, also hat er 145 Mark 37 Pfennige jährlich für Wohnung und Kleidung, sowie als Beitrag zu den Verwaltungskosten zu bezahlen.

Wir dächten doch, daß der Gefangene, der ja nicht freiwillig dieses Haus bezieht, wenigstens für Wohnung und Verwaltung nichts zu tragen haben sollte.

Das Resultat wird aber noch ungünstiger für ihn, wenn wir folgende Durchschnittszahlen, die für die gleiche obige Periode berechnet sind, betrachten:

Der Aufwand für die Gesundenkost betrug pro Kopf und Tag (ohne Brot) 23,29 Pfennige, woraus ein Schluß auf die Güte der Kost gezogen werden kann. Der Aufwand für Krankenkost pro Kopf und Tag 1,12 Pfennige. An Brotportionen wurden pro Jahr 94 173 Kilogramm verbraucht, wofür der Aufwand 22 242 Mark betrug; daher kostet das Kilogramm 23,49 Pfennige und die Tagesration von 750 Gramm = 17,62 Pfennige, mithin stellt sich der Aufwand für die Gesundenkost mit Brot pro Tag und Kopf auf 40,91 Pfennige, was für 365 Tage 149 Mark 32 Pfennige macht. An Straferstehungskosten werden aber 316 Mark 80 Pfennige gefordert, daher werden für Wohnung und Verwaltung 167 Mark 48 Pfennige bezahlt.

Nun muß aber der Gefangene noch arbeiten und der Verdienst fließt in die Anstaltskasse, welche als Taglohn dem Gefangenen nach sechs- bis zwölfwöchentlichem Aufenthalt in der Anstalt einen Betrag von 3—10 Pfennigen, höchstens aber — bei Mehrleistungen — bis 17 Pfennige in widerruflicher Weise ausbezahlt. Es kann also jederzeit, sobald sich der Gefangene ein Vergehen gegen die Hausordnung zu Schulden kommen läßt, das ganze schon verdiente Guthaben zurückgezogen und der Anstaltskasse einverleibt werden.

(Schluß folgt.)

Die Sprachschöpfung.

Ihre Redaktion wünscht von mir eine Selbstanzeige meiner Schrift: „Die Sprachschöpfung"*) und so ungewohnt mir diese Aufgabe ist, will ich doch dem Rufe Folge leisten. Ich hoffe damit der Sache selbst zu dienen: der natürlichen Schöpfungsgeschichte, welche zu schreiben unsere Zeit so große Anstrengungen macht, einen Abschnitt über die Anfänge der menschlichen Sprache, welcher in derselben nicht fehlen darf, wenn möglich einzufügen. In diesem naturwissenschaftlichen Sinne trägt meine Schrift ihren Titel.

Von vornherein möchte nun freilich nichts wahrscheinlicher sein, als daß die Sprache, wie ich annehme, aus nachgeahmten Schallen entstand und zwar sowohl dadurch, daß im Verkehr der ersten Menschen ein zweites Individuum die Laute, welche das erste Individuum ausstieß, zum Zwecke der Verständigung im gleichen Sinne gebrauchte, als auch indem aus der Außenwelt stammende Schalle zu Wörtern erwuchsen.

Viele unserer Empfindungen geben sich in Lauten kund; manche unserer Verrichtungen verursachen Geräusche: es brüllt der Ochse, es rollt der Donner, — werden solche Schalle von einem menschlichen Munde nachgeahmt und einem menschlichen Ohre vermittelt, so erinnern sie das zweite Individuum an seine eigenen Empfindungen, an das Thier und das Naturereigniß, welche es schon kennt. Die einzige Art, wie die Mittheilung solcher Töne geschehen konnte, war in der Urzeit eben ihre Nachahmung, und wie Lautsprache auf natürliche Weise

*) Die Sprachschöpfung; Versuch einer Embryologie der menschlichen Sprache von Theodor Curti, Verfasser der Schrift: „Die Entstehung der Sprache durch Nachahmung des Schalles." Würzburg 1890, R. Stuber, Verlagsbuchhandlung. Preis 1 Mk. 60 Pf.

anders hätte entstehen können, ist unmöglich zu sagen oder doch niemals verständlich gemacht worden. Einzig onomatopoetisch kann der Ursprung der Lautsprache gewesen sein; aus dem Schalle wurde die Sprache geschöpft. Auch die Empfindungslaute des Einzelnen waren noch nicht Sprache; sie wurden es erst dadurch, daß neben dem ersten ein zweites menschliches Wesen unter den nachgeahmten Empfindungslauten dieselbe Empfindung begriff.

Zu einseitig hat man aber die Onomatopöie bisher nur als eine Nachahmung von Thier- und kosmischen Lauten verstanden, während sie auch die Wiedergabe der von Menschen selbst gebrauchten Laute umfaßt, welche Lust, Schmerz, Zorn, Erstaunen ausdrücken, sowie die Geräusche des Lallens, Kauens, Trinkens, Säugens, Schlummerns, Röchelns.

Wir brauchen beispielsweise die Wendungen: „Es hat eingeschlagen," wenn wir hörten, daß der Blitz zur Erde fiel, oder: „Der Hund bellt wie närrisch," wenn wir heftiges Hundegebell vernehmen. Könnten wir aber nicht in diesen Sätzen sprechen, die beim Beginn der Sprachentwicklung noch nicht zu fügen möglich war, so bliebe blos übrig, im einen Falle den Donnerhall und im anderen das Wauwau des Hundes nachzuahmen.

Eine Vergleichung der Laut- mit der Zeichensprache befestigt diese Ueberzeugung. Das Deuten mit der Hand bringt uns die Lage, die Umrisse, die Gestalt, die Bewegung eines Dinges zum Bewußtsein, also dasjenige, was unser Auge an ihm wahrnimmt. Wir ahmen das Ding so gut als möglich durch Zeichen nach, um es vor das Auge eines Anderen und vor seinen Geist zu stellen. In gleicher Weise bedienen wir uns aber des Lauts, um das Bild eines Dinges durch das Mittel des Ohres hervorzurufen. Dasselbe gilt von dem Verhältniß der Lautsprache zur Bilderschrift. Schuf Nachahmung durch Zeichen, was Niemand bestreitet, Zeichensprache und malende Nachahmung die Schrift, so auch phonetische, lautliche, die Lautsprache.

Jedoch es genügen Darlegungen dieser Art nicht, um die natürliche Entstehung der Sprache zu erweisen und deren Anfangsgeschichte zu schildern. Man fordert, daß hiefür der philologische Beweis geleistet werde, — mit anderen Worten: daß in den gekannten todten und lebenden Sprachen selbst das Material noch gezeigt werden könne, aus welchem die Ursprache gebildet war. Gerade manche neuere Philologen setzten freilich solchem Bestreben eher einen Damm entgegen. Sie lehrten uns wohl, daß die Sprachgeschichte eine Naturgeschichte, eine Entwicklungsgeschichte ist, indem sie die Abstammung und die Verzweigungen der Sprache klarlegten und zwar besser als es der Zoologie und der Botanik mit den Thieren und den Pflanzen gelungen ist, — aber zuletzt machten sie bei den „Wurzeln," als den letzten Bestandtheilen der Wörter Halt; es giebt Philologen, welche verlangten und noch verlangen, daß wir diese Wurzeln als das Nec plus ultra respektiren, über welches kein verwegener Geist an die Wiege der Sprache vorzudringen sich vermesse. Während eine Reihe Denker früherer Zeit und insbesondere des letzten Jahrhunderts — meine Schrift verweilt bei Monboddo, Condillac, Rousseau, Adelung — bereits Anschauungen vertraten, die im Grunde entwicklungsgeschichtliche waren, dieselben indessen nicht durch die Ergebnisse der Sprachvergleichung zu stützen vermochten, welche jüngeren Datums sind, geriethen zu pedantische Sprachvergleicher unserer Tage in eine Sackgasse, weil sie sich weigerten, da, wo ihre Methode nicht mehr ausreichen konnte — bei der Deutung der Wurzeln und der Ergründung noch früherer Sprachelemente — eine andere — psychologisch-physiologische — Betrachtungsweise zu Hilfe zu nehmen. Hinter den durch die Sprachvergleichung ermittelten indogermanischen,

chinesischen oder anderen Wurzeln stehen die pananthropischen Urwörter, — Laute, welche bei der menschlichen „Urfamilie (oder den menschlichen Urfamilien) als Wörter in Gebrauch kamen und ihre Ursprache (oder ihre Ursprachen) gebildet haben.“ „Die Wörter aller Sprachen entstammen denselben Urwörtern, das will sagen Vorstellungen repräsentirenden Lauten, welche sich in der gleichen Weise gebildet haben, weil sie die Offenbarung der gleichen physiologischen Reize und psychologischen Antriebe, derselben Welt der Anschauung und der Bedürfnisse waren.“

Wenn beispielsweise ein Philologe das Wort „Mensch“ von der Wurzel man = denken ableitet, so bezweifle ich, daß der Mensch in seiner frühesten Periode sich von anderen Wesen nach seinem Denken unterscheidend benannte; ich nehme lieber an, sein Name leite sich von ma ab, das in Sprachen verschiedener Erdtheile greifen, nehmen, Hand heißt. Und wenn derselbe Philologe nicht einmal dem Kuckuck es lassen will, daß er nach seinem Rufe so genannt werde, sondern das Wort Kuckuck auf eine Sanskritwurzel kuk zurückführt, welche rufen bedeuten soll, so sage ich umgekehrt, daß kuk ursprünglich nicht rufen, sondern blos kuk machen bedeutet hat und der Kuckuck Kuckuck heißt, weil er kuku macht. Es dient zur Unterstützung dieser Ansicht, daß manche Vögel offenbar nach ihrem Geschrei ähnlich benannt sind: in den afrikanischen Sprachen ist ku im Mfan das Huhn, kuku im Swahili das Hühnchen, kukuė im Gangella das Rebhuhn, koko im Batua wieder das Huhn und ferner sind Zusammensetzungen mit kuku bei einem Kaffernstamme die Bezeichnungen für Hahn und Huhn.

Die Urwörter glaubte ich in sechs Klassen eintheilen zu sollen: Empfindungswörter, begleitende Empfindungswörter, Geberdenwörter, Thierschreiwörter, kosmische Wörter und symbolische Urwörter. Für alle diese Klassen aus Sprachen der verschiedensten Sprachstämme Wurzeln und Wörter beizubringen, in denen wir älteste Sprachbestandtheile vermuthen dürfen, ist, nach ihren allgemeinen Betrachtungen, die besondere Aufgabe, welche sich meine Studie gesteckt hat, und wenn auch viele ihrer Aufstellungen nur hypothetische sein wollen, so glaube ich doch, daß dieselben ein ziemlich reichhaltiges Lexikon der Ursprache sind und man in ihnen die Keimblätter für alle Wortarten der Grammatik finden kann.

Zu weit würde es führen, die genannten Klassen hier zu charakterisiren und jedesmal Beispiele von den ihnen zugetheilten Urwörtern zu geben. Daher mag nur von einigen Empfindungswörtern und Geberdenwörtern kurz die Rede sein.

So sind papa und mama bald das Eine bald das Andere, und nicht etwa blos die Sprache des Kindes bedient sich dieser Laute, sondern wir treffen sie als Bezeichnungen für die Elternnamen in allen Sprachen der Welt. Pater und mater, Vater und Mutter sind nur erweiterte Formen dieser ursprünglichen Laute, welchen wir in anderen Sprachen und übrigens auch in deutschen Dialekten noch in der anfänglichen Gestalt begegnen: Der Vater heißt papa in der Ualansprache auf den Karolinen und im Karaibischen; mama heißt Mutter hindostanisch, im Tete-Kaffir Afrikas und im Peruanischen. Atta, tata, ava, fafa u. s. w. sind Geberdenlaute, welche gleichfalls zahlreiche Verwandtschaftsnamen bildeten. So ist tättä der Vater im Esthnischen, tätti oder aetti im Schweizerdeutschen. Ewa heißt die Mutter samojedisch, und sollte daher nicht auch Eva, die biblische Stammmutter, von diesem Geberdenlaut ihren Namen haben? Daß sie einfach Mutter hieß, wäre gewiß natürlicher, als daß man sie tiefsinnig als diejenige erklärt, „welche das Leben verleiht.“

Aber wie der Laut auf den Vater bezogen werden konnte, wenn das Kind pa oder papa rief, so konnte dies auch für die Mutter der Fall sein. Wie anders, als indem man die Namen von Vater und Mutter aus den Kindeslauten

herleitet, sollen wir verstehen können, daß der Vater auch mama, die Mutter auch papa heißen kann. Es ist papa die Mutter bei den Indianern von Tucurá, mama der Vater georgisch und iberisch. Sodann giebt es Sprachen, wo dieses eine oder andere Urwort für andere Verwandtschaftsgrade und zwar bald für männliche, bald für weibliche Verwendung findet: papah ist im Zunji, einer Indianersprache, Bruder, und pa im Mandingo Afrikas Mutter; mama ist in einer Indianersprache Guatemalas Großvater und maman im Tamil Ostindiens Schwiegervater.

Als Geberdelaut sodann — das ist weiter bemerkenswerth — lieferten papa und mama eine Fülle von Wörtern für andere Gegenstände, Thätigkeiten und Zustände. Indem der Mensch das Lippengeräusch papa bewerkstelligte, wollte er die Vorstellung von dem erwecken, was die Lippen thaten oder auch von dem Gegenstande, der sich zwischen ihnen befindet, oder von dem Gefühle, das die Lippenbewegung erzeugte; es konnte dasselbe also essen, Speise, Brei, schlürfen, trinken, Trank, süß, weich u. s. w. bedeuten. Man vergleiche lateinisch pappa = Brei, papare = wie die Kinder essen, papilla = Zitze, pappas = Kinderlehrer, Wörter, zwischen denen sich ein innerer Zusammenhang erkennen läßt. Im Deutschen haben wir das Wort Pappe, im Sanskrit ist papa die Brustwarze, wobei wir an die Lippenbewegung des Säugenden denken. Mama aber ist in manchen Sprachen die Mutterbrust, mema, meme, me u. s. w. in afrikanischen Sprachen Flüssiges oder Halbflüssiges, wie das Wasser, das Harz, auch süß, betrunken.

Genug, — auf solche Weise lieh die Natur den Lautstoff, aus welchem das Gebäude der Sprache errichtet werden konnte. Das letzte — zehnte — Kapitel der Schrift versucht noch zu zeigen, in welcher zeitlichen Reihenfolge die Urwörter entstanden sind und wie sie zuerst chaotisch durcheinanderlagen, vieldeutig waren, dadurch aber, daß man mit dem einen Worte das andere näher zu bestimmen, zu determiniren sich gezwungen sah, der Sprachkosmos sich gestaltete. Zugleich beschreibt es den Prozeß der Erzeugung von Urwörtern nicht als einen jemals abgeschlossenen, sondern als einen stets fortdauernden. Durch Schallnachahmung vervollständigen die Sprachen unausgesetzt ihr Inventar.

Von den meisten früheren Behandlungen desselben Themas unterscheidet sich meine Schrift, insoferne die Ausführung der Absicht entspricht, wesentlich dadurch, daß sie keine der herrschenden Theorien über den Ursprung der Sprache zur Lösung des Problems als fähig erachtet, sondern diese nur von einer onomatopoetischen Theorie erwartet, welche übrigens den Begriff der Schallnachahmung auch auf die grammatisch sogenannten Interjektionen ausdehnt, und daß sie aus allen Sprachstämmen Wörter, die bedeutungsverwandt sind, auf Urwörter zurückführt, welche nach psychologischen und physiologischen Gesichtspunkten klassifizirt werden können. Lassen sich eine große Zahl meiner Etymologien anzweifeln, so dürfte die angewandte Methode selbst noch immer Beweiskraft besitzen.

Bereits meinen ersten Versuch — „Die Entstehung der Sprache durch Nachahmung des Schalles" — haben einige Naturforscher und Sprachforscher von Rang sympathisch aufgenommen: von den ersteren Häckel und Letourneau, von den letzteren Gabelentz, Techmer und Raoul de la Grasserie. Auch den Anfechtungen, welche diese zweite Schrift erfahren mußte und noch erfahren wird, kann ich Urtheile hervorragender Sprachgelehrter, was von besonderem Belange ist, entgegenhalten. Baynes tritt mit ihr Max Müller gegenüber, welcher die Onomatopöie als Sprachbildner noch immer unterschätzt. Professor Misteli erklärt, die Bedeutung der „Sprachschöpfung" liege darin, „daß der Verfasser zum ersten

Male Klassen der Urwörter unterscheidet und damit die bisherigen vereinzelten und einseitigen Versuche, den Ursprung der Sprache zu erklären, systematisch zusammenfaßt," und Professor Ludwig Tobler, welcher an der Schrift die Unterscheidung der Urwörter und Wurzeln wie die Ueberwindung der beiden Theorien — einer einseitigen Onomatopöie und einer einseitigen Interjektionstheorie — lobt, anerkennt auch, wofür ich besonders dankbar bin, „daß der Verfasser sich der Unsicherheit seiner Annahmen im Einzelnen stets bewußt bleibt und indem er auf den letzten Seiten versucht, die Vervollkommnung der vieldeutigen Urwörter durch fortschreitende Modifikation von Form und Begriff zu skizziren, nirgends in die Ueberschwänglichkeit verfällt, welche vielen ähnlichen Versuchen geschadet hat."

Es beruhigt mich, daß ich die Selbstanzeige mit der Erwähnung dieser Autoritäten auf den beiden Gebieten der Forschung, an deren Grenzen sich meine Untersuchung bewegt, schließen kann.

Zürich, im November 1891.

Theodor Curti.

Notizen.

Unsere Reichsfinanzentwicklung wird im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" regelmäßig eingehend behandelt. Der neueste (12.) Jahrgang ist eben erschienen; wir stellen daraus unter Zuhilfenahme einiger früheren Hefte die folgende Uebersicht zusammen.

Die gesammten rechnungsmäßigen Ausgaben und Einnahmen des Reiches weisen folgende Ziffern auf:

	Fortdauernde Ausgaben Mill. Mark	Einmalige Ausgaben Mill. Mark	Summa der Ausgaben Mill. Mark	Summa der Einnahmen Mill. Mark	Davon ordentliche Einnahmen Mill. Mark	Außerordentliche Deckungsmittel Mill. Mark
1877/78	406,3	163,1	**569,4**	**535,1**	427,5	**107,6**
1878/79	407,5	376,7	**784,2**	**772,6**	422,2	**350,4**
1879/80	416,4	133,8	**550,3** *)	**584,1**	454,7	**129,4**
1880/81	463,3	86,8	**550,1**	**530,4**	455,8	74,6
1881/82	514,0	98,5	**612,5**	**634,0**	558,9	75,1
1882/83	527,7	76,6	**604,4**	**602,1**	551,0	51,1
1883/84	528,8	58,5	**587,3**	**567,0**	529,9	37,1
1884/85	556,4	58,2	**614,6**	**593,7**	546,3	47,4
1885/86	574,5	63,2	**637,7**	**615,4**	576,1	39,3
1886/87	607,1	86,4	**693,5**	**671,9**	614,4	57,5
1887/88	672,9	**204,0**	**876,9**	**949,3**	698,2	**251,0**
1888/89	787,1	**233,1**	**1020,2**	**995,7**	820,8	**174,9**
1889/90	893,4	**217,3**	**1110,7**	**1206,4**	956,3	**250,1**
1890/91	870,9	**389,0**	**1259,9**	**1280,1**	963,0	**317,1**
1891/92	942,0	**165,4**	**1107,4**	**1104,9**	1013,0	**91,8**

Das Jahr 1877/78 empfiehlt sich insofern als Ausgangspunkt, als dadurch die Wirkung der Bismarck'schen Fiskalreform, ihr Erfolg und ihre Erfolglosigkeit, recht eindringlich hervortritt.

*) Aus der Abrundung auf Millionen ergiebt sich bei der Summirung mitunter eine Abweichung in den Dezimalen. 1879/80 heißt es z. B. genauer 416 437,1 Tausend Mark + 133 827,7 = 550 264,8.

Bis zu dem Jahre 1874, höchstens 1875, fallen die außerordentlichen Zuschüsse aus der französischen Kriegskostenentschädigung stark ins Gewicht; etwas länger bis zu einem gewissen Grade auch noch die außerordentlichen Zuschüsse aus dem Reichsfestungsbaufonds. Die Milliarden sind alsdann verflogen, die „normalen" Ausgaben wachsen aber, die ordentlichen Einnahmen aus Steuern und Zöllen bleiben stationär, die Matrikularumlagen erhöht man nicht gern, weil dadurch nur die finanziellen Schwierigkeiten der Einzelstaaten erhöht werden, die sich noch dazu hauptsächlich mit den sehr unangenehm fühlbaren direkten Steuern behelfen müssen. So fängt 1877/78 die Anleihewirthschaft auf ein paar Jahre zu blühen an.

Von 1880 ab zeigen unsere Zahlen den Einfluß der Tarif- und Steuerreform Bismarck's: die ordentlichen Einnahmen stehen bedeutend höher wie vorher, die außerordentlichen Deckungsmittel, das heißt nunmehr in erster Linie: die Anleihen, werden wieder viel weniger in Anspruch genommen.

Auf diesem Wege geht die Sache, mit einer kräftigen Nachhilfe in der Session 1884/85, wieder eine Weile weiter, bis 188/788 mit den großen Armee- und Marineerweiterungen und Bewaffnungsumwälzungen auch dieses System trotz aller seiner Skrupellosigkeit hilflos zusammenknickt. Man zieht die Zoll- und Verbrauchssteuerschraube nochmals mit aller Kraft an, es findet dadurch abermals, noch viel heftiger wie je vorher, eine rapide Steigerung der regelmäßigen Einnahmen statt, aber trotz alledem klaffen Ausgaben und ordentliche Einnahmen immer weiter und unvereinbarer auseinander. So sind wir seit 1887 wieder im Schuldenmachen, im Schuldenmachen wie noch nie zuvor, im Schuldenmachen für in Wirklichkeit fortdauernde Ausgaben. Denn es ist nur eine Verlegenheitsausflucht, daß man die ungeheueren Bewaffnungskosten als einmaligen Extrabedarf behandelt, wo doch Jedermann weiß und fühlt, daß sie regelmäßig alle zwei oder drei, günstigsten Falles alle vier oder fünf Jahre wiederkehren werden. Seit 1887/88 decken wir fast immer ¼ bis ½ des wirklichen Reichsbedarfes mit Anleihen und außerordentlichen Deckungsmitteln.

Nach den oben angeführten Zahlen scheint dieser Bruchtheil niedriger, aber man darf das, was das Reich für sich selber braucht und verausgabt, nicht ohne Weiteres den obigen Ziffern über die Gesammt-Ausgabe und -Einnahme gleichsetzen. Als „Ausgabe" figurirt hier nämlich auch der Betrag, den das Reich nach der Franckenstein'schen Klausel alljährlich an die Einzelstaaten abführt, ein Betrag also, der dem Reich selber gar nicht zu Gute kommt. Entsprechend ist als „Einnahme" neben den Matrikularumlagen noch der volle Ertrag der indirekten Steuern, Stempelabgaben und Zölle gebucht, obwohl daraus die Ueberweisungen an die Einzelstaaten vollzogen werden, obwohl also diese Einnahme ebenfalls gar nicht dem Reiche zufließt und verbleibt. Für seine eigenen Zwecke verbraucht das Reich nur: Gesammtausgabe minus Ueberweisungen. Allerdings schöpfte das Reich in den letzten Jahren aus seinen Einnahmequellen mehr, als es für sich selber brauchte, denn, dem Bismarck'schen Ideal entsprechend, zahlte es daraus auch noch Zuschüsse an die Bundesstaaten. Um den Reichshaushalt in diesem Sinne (Eigenbedarf plus etwaige Zuschußleistung an die Bundesstaaten) abzugrenzen, hätten wir von den Gesammteinnahmen nur die Matrikularumlagen abzuziehen. Wir theilen die hier in Betracht kommenden Zahlen noch mit.

Es betrugen:

	Die Ueberweisungen des Reiches an die Bundesstaaten	Die Matrikularleistungen der Bundesstaaten an das Reich	Das Reich zahlte also Zuschuß (+) oder empfing Zuschuß (—)
1879/80	8,0 Mill. Mark	89,4 Mill. Mark	— 81,4 Mill. Mark
1880/81	38,2 „ „	81,7 „ „	— 43,5 „ „
1881/82	68,0 „ „	103,3 „ „	— 35,3 „ „
1882/83	83,5 „ „	103,7 „ „	— 20,2 „ „
1883/84	85,5 „ „	92,7 „ „	— 7,2 „ „
1884/85	105,0 „ „	84,4 „ „	+ 20,6 „ „
1885/86	115,8 „ „	122,4 „ „	— 6,6 „ „

	Die Ueberweisungen des Reiches an die Bundesstaaten	Die Matrikularleistungen der Bundesstaaten an das Reich	Das Reich zahlte also Zuschuß (+) oder empfing Zuschuß (—)
1886/87	137,1 Mill. Mark	139,2 Mill. Mark	— 2,1 Mill. Mark
1887/88	176,3 " "	186,9 " "	— 10,6 " "
1888/89	277,8 " "	219,4 " "	+ 58,4 " "
1889/90	355,0 " "	228,1 " "	+ 126,9 " "
1890/91	298,5 " "	312,4 " "	— 13,9 " "
1891/92	331,4 " "	316,6 " "	+ 14,8 " "

Natürlich müssen die enormen Schwankungen, die sich hier zeigen und durch die das Reich bald als Kostnehmer, bald als Kostgeber bei den Einzelstaaten erscheint, auch auf die Finanzentwicklung der letzteren sehr nachtheilig wirken.

Bei den Ausgaben interessirt vor Allem das Wachsthum der Militär- und Marinelasten.

Hierfür ergeben sich:

	Beim Militär			Für die Marine		
	Fortdauernde Ausgaben Mill. Mark	Einmalige Ausgaben im ordentl. Etat*) Mill. Mark	Durch **Anleihen** gedeckt Mill. Mark	Fortdauernde Ausgaben Mill. Mark	Einmalige Ausgaben im ordentl. Etat*) Mill. Mark	Durch **Anleihen** gedeckt Mill. Mark
1877/78	320,4	7,4	7,3	21,3	6,1	26,3
1878/79	318,7	6,9	7,9	22,7	13,3	24,3
1879/80	315,2	7,5	10,4	23,5	3,3	16,7
1880/81	327,1	5,8	12,7	24,7	3,6	11,2
1881/82	343,9	5,2	29,2	26,8	2,7	8,4
1882/83	341,6	6,2	12,9	25,7	2,1	8,5
1883/84	337,5	9,0	11,0	27,5	2,0	10,3
1884/85	338,8	6,9	14,8	32,3	2,1	14,0
1885/86	338,4	9,3	16,8	36,7	3,8	11,6
1886/87	342,4	9,6	34,8	36,3	2,0	12,2
1887/88	359,3	16,1	137,0	39,2	2,0	11,1
1888/89	362,9	11,3	171,3	36,9	2,6	11,6
1889/90	378,1	17,1	143,7	38,9	5,2	10,8
1890/91	386,8	46,1	250,6	38,4	12,8	28,7
1891/92	413,1	40,1	24,2	42,8	18,5	22,9

Auch diese Zahlen zeigen, wie die Bourgeoisie mit der Entwicklung ihrer Steuerquellen dem enormen Anschwellen ihres Staatsbedarfes gar nicht mehr nachzufolgen vermag. Das Reich, das 1876 noch schuldenfrei war, hatte bis Ende März 1890 für 1 1/9 Milliarden Mark Schuldverschreibungen veräußert; mit dem seitdem erfolgten Schuldzuwachs und den weiter ertheilten Vollmachten zur Schuldenaufnahme haben wir bereits 1 1/2 Milliarden überschritten.

Den „ordentlichen" Staatsbedarf, darunter die wachsenden Schuldzinsen für die Großfinanz, hat natürlich die misera contribuens plebs durch Zölle und indirekte Steuern zu decken, von ihren „Naturalleistungen" beim Heeresdienst ganz abgesehen. Das Reich nahm ein:

	Zölle und Verbrauchssteuern	Zölle auf **Getreide**, Hülsenfrüchte und Malz
1877/78	237,4 Millionen Mark	— Millionen Mark
1878/79	235,5 " "	— " "
1879/80	274,9 " "	— " "

*) Hierunter erscheinen diejenigen einmaligen Ausgaben, welche aus den laufenden Einnahmen des Reiches gedeckt sind.

	Zölle und Verbrauchssteuern	Zölle auf **Getreide**, Hülsenfrüchte und Malz
1880/81	286,5 Millionen Mark	14,5 Millionen Mark
1881/82	353,8 " "	16,6 " "
1882/83	243,0 " "	19,0 " "
1883/84	333,9 " "	18,8 " "
1884/85	353,4 " "	23,8 " "
1885/86	346,0 " "	30,1 " "
1886/87	360,9 " "	30,2 " "
1887/88	390,1 " "	46,5 " "
1888/89	471,8 " "	57,2 " "
1889/90	586,9 " "	98,7 " "
1890/91	537,4 " "	111,4 " "
1891/92	578,8 " "	? " "

Man sieht, wie sehr das Reich selber an den Getreidezöllen interessirt ist und zweifellos erklärt sich daraus zum Theil die Haltung der Regierung in der Kornzollfrage.

Um die heutige Zusammensetzung der Reichseinnahmen zu illustriren, führen wir zum Schlusse die Zahlen des Etats für 1891/92 an. Es bringen ein:

Zölle und Verbrauchssteuern	578,8 Millionen Mark
Reichsstempelabgaben	34,5 " "
Post und Telegraphen (Ueberschuß) .	23,8 " "
Reichsdruckerei	1,2 " "
Eisenbahnverwaltung	20,2 " "
Reichsinvalidenfonds	25,5 " "
Bankwesen, Verwaltungseinnahmen 2c.	12,5 " "
[Matrikularbeiträge]	[316,6] " "
Summa aller ordentlichen Einnahmen	1013,1 Millionen Mark.

Wenn wir die Matrikularbeiträge, die 1891/92 noch keine vollständige Rückzahlung der gegenüberstehenden Ueberweisungen, also gar keine thatsächliche „Einnahme" darstellen — von dem Schlußbetrage abziehen, so erhalten wir nicht ganz 700 Millionen Reichseinnahmen; nahezu 600 Millionen davon sind aus den Zöllen und Verbrauchssteuern geflossen!

Für 1890/91 ist das Bild jedoch noch viel überraschender! Wir erhalten hier 650 Millionen wirklicher ordentlicher Reichseinnahmen (963 Millionen ordentlicher Gesammteinahme minus 312,4 Millionen Matrikularumlagen). Von den 650 Millionen sind 537,4 Millionen durch Zölle und Verbrauchssteuern aufgebracht, und ihnen stehen 317 Millionen „außerordentlicher Deckungsmittel," darunter über 306 Millionen aus Anleihen gegenüber!

Welch' ein Budget!

—ms.

Der Rückgang des Handwerks. Die Anhänger des Bestehenden, Konservative wie Liberale, möchten uns glauben machen, das Handwerk sei in Deutschland durch die Großindustrie keineswegs zurückgedrängt worden. Denn nach der Berufsstatistik von 1882 — eine neuere haben wir nicht — fielen von den gewerblichen Arbeitern Deutschlands 39 Prozent auf die Groß- und Mittelbetriebe, dagegen 61 Prozent auf die Kleinbetriebe. Nun, wir dächten, diese Zahlen wären schlimm genug. Die kapitalistische Produktionsweise war 1882 in Deutschland sehr jung und schon beschäftigte sie zwei Fünftel aller gewerblichen Arbeiter!

Die Verhältnisse erscheinen noch ungünstiger für das Handwerk, wenn man die Zahlen, auf die sich unsere Gegner berufen, näher betrachtet. Man findet dann: Es arbeiteten von je tausend Arbeitern der betreffenden Gewerbegruppe in den Kleinbetrieben:

Viehzucht und Fischerei	956
Bekleidung und Reinigung	908
Beherbergung und Erquickung	837
Handelsgewerbe	807
Landverkehr	785
Holz- und Schnitzstoffe	783
Künstlerische Gewerbe	755
Eisenverarbeitung	703
Kunst- und Handelsgärtnerei	702
Leder-, Wachstuch- und Gummi-industrie	660
Nahrungs- und Genußmittel	630
Versicherungsgewerbe	539
Wasserverkehr	495
Baugewerbe	486
Gewebeindustrie	484
Metallverarbeitung (ohne Eisen)	362
Maschinen, Instrumente	358
Torfgräberei und Torfbereitung	344
Forstwirtschaftl. Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Fette, Oele u. s. w.	285
Industrie der Steine und Erden	280
Papierindustrie	270
Polygraphische Gewerbe	243
Chemische Industrie	235
Bergbau, Hütten-, Salinenwesen	4

Sehen wir uns die Reihe links an, welche jene Gewerbegruppen enthält, in ...nen die Kleinbetriebe mehr als die Hälfte der Arbeiter der betreffenden Gruppe ...schäftigen, so sind viele derselben als nicht-industrielle, theils zur Landwirthschaft, ...eils zum Zwischenhandel u. s. w. gehörig auszuscheiden, so Fischerei, Beherbergung ...d Erquickung, Handelsgewerbe, Gärtnerei, Versicherungsgewerbe. Auch der Land-...kehr ist auszuschließen, da in dieser Gruppe gerade die größten Unternehmungen ... Eisenbahnen, Post, Telegraphen — bei der statistischen Aufnahme nicht berück-...ntigt wurden. Es bleiben dann übrig als Industrien, in denen der Kleinbetrieb ...rherrscht, die der Bekleidung und Reinigung, Holz- und Schnitzstoffe, künstlerische ...ewerbe, Eisenverarbeitung, Leder- 2c. Industrie und Industrie der Nahrungs- und ...nußmittel. Von diesen sind besonders die der Bekleidung und der Holz- und ...hnitzstoffe bekannt als Brutstätten der scheußlichsten kapitalistischen Ausbeutung in ... Hausindustrie. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe arbeiten 31 Prozent, ... der Bekleidungsindustrie gar 56 Prozent aller Arbeiter in Zwergbetrieben ohne ...en Gehilfen. Das Kunstgewerbe, das den Rettungsanker des Handwerks bilden ...l, ist bedeutungslos. Von 7½ Millionen Arbeitern beschäftigt es im Ganzen ...388 Arbeiter, davon 11 626 im Kleinbetrieb — von diesen wieder mehr als die ...älfte in Zwergbetrieben ohne Gehilfen.

Betrachten wir blos jene Gewerbegruppen, die der industriellen Produktion ...nen — mit Ausschluß des Verkehrs, Handels u. s. w. — dann finden wir, daß ... Gewerbegruppen, in denen der Kleinbetrieb vorherrscht, 2 996 550 Arbeiter be-...äftigen; jene dagegen, in denen die Zahl der Arbeiter der Kleinbetriebe die Minorität ...det, 2 937 113, also fast ebenso viel.

Noch schlimmer stünde die Rechnung für das Handwerk, wenn man die Zwerg-...riebe, die keine Gehilfen beschäftigen, davon absonderte, da dieselben vorwiegend ...ht zum Handwerk, sondern zu der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie gehören. ... waren beschäftigt in den Gewerbegruppen der industriellen Produktion:

In den Betrieben ohne Gehilfen	1 455 816 Arbeiter,	24,5 Prozent.
" " " mit 1— 5 Gehilfen	1 919 712 "	32,4 "
" " " " 6—10 "	254 333 "	4,3 "
" " " " 11—50 "	750 671 "	12,6 "
" " " über 50 "	1 554 131 "	26,2 "
	5 934 663 Arbeiter,	100,0 Prozent.

Rechnet man als eigentliche Handwerksbetriebe jene mit 1—5 Gehilfen, so ...chäftigte das Handwerk nicht zwei Drittel, sondern blos ein Drittel der ...dustriellen Arbeiter. Und das war 1882. Seitdem aber ist es noch schlechter ge-...orden! Freilich hütet man sich, uns darüber eine amtliche Aufklärung zu geben.

Im Zwischenhandel und dem Gastwirthsgewerbe überwiegt allerdings der ...einbetrieb noch sehr. Kein Wunder, die bankerotten Existenzen des Handwerks ...chen mit Vorliebe auf diesen Gebieten ihre Zuflucht. Wie ein Blick auf England ...gt, kann der Kleinbetrieb im Zwischenhandel noch lange fortvegetiren, nachdem er ... der Industrie ausgestorben. Ob das die Handwerker besonders trösten wird?

Feuilleton.

Der Traum Makar's.

Eine Weihnachtsgeschichte von **W. Korolenko.**

Aus dem Russischen übersetzt von **Julie Zadek-Romm.** (Nachdruck verboten

(Fortsetzung.)

Vor der Tartarenschenke waren mehrere Pferde mit hohen jakutisch Sätteln angebunden. In der engen Hütte war es schwül. Langsam sog d offene Herd den Rauch des Machorkatabaks auf, der in dichten Wölken über de Raume lag. Auf Tischen und Bänken saßen eben angekommene Jakuten. A den Tischen standen Gläser mit Schnaps. Hier und da hatte sich eine Grupp zusammengethan und spielte Karten. Die Gesichter waren roth und voller Schweiß Die Augen der Spielenden verfolgten gierig die Karten. Das Geld, das s gewonnen, steckten sie sofort in die Taschen. In einer Ecke wiegte sich, ein end loses Lied singend, ein betrunkener Jakute auf dem Stroh. Er gab wild kreischende Laute von sich und wiederholte in immer neuen Variationen, da morgen ein hoher Feiertag und er selbst heut betrunken sei.

Makar erhielt für sein Geld eine Flasche Branntwein. Er steckte sie i die Brusttasche und ging, von den Anderen unbemerkt, in einen dunklen Winkel Dort goß er sich ein Glas nach dem anderen ein und stürzte es hinunter. De Schnaps war bitter, aus Anlaß des Feiertages zu mehr als drei Vierteln m Wasser verdünnt. Dafür hatte man es, allem Anschein nach, an Machorka nich fehlen lassen. Makar verging bei jedem Zuge fast der Athem und ihm wurd dunkel vor den Augen.

Es dauerte nicht lange, so war er betrunken. Er ließ sich gleichfalls au dem Stroh nieder und mit den Händen seine Knie umfassend, ließ er den schwer gewordenen Kopf auf dieselben sinken. Ohne daß er es wußte, entströmten seine Kehle dieselben häßlichen, kreischenden Töne. Er sang, daß morgen Feiertag se und daß er fünf Fuder Holz vertrunken habe.

Mittlerweile wurde es in der Hütte immer enger und enger. Neue Gäst kamen, Jakuten, welche gekommen waren, um zu beten und tartarischen Schnaps zu trinken. Der Wirth sah, daß der Raum bald nicht für Alle reichen würde Er stand auf und sah sich rings um. Sein Blick fiel in den dunkeln Winke und traf dort den Jakuten und Makar.

Er ging auf den Jakuten zu, nahm ihn beim Kragen und warf ihn ohn Weiteres aus der Hütte. Dann trat er zu Makar. Ihm, als einem Einwohner des Ortes, erwies der Tartare größere Ehre. Er öffnete die Thüre weit und gab dem armen Kerl von hinten mit seinem Fuße einen solchen Stoß, daß Makar aus der Hütte flog und mit der Nase geradeswegs in den Schnee fiel.

Es ist schwer, zu sagen, ob Makar sich durch diese Behandlung beleidigt fühlte. Es war ihm, als liege ihm Schnee in den Aermeln und im Gesicht. Mit großer Mühe arbeitete er sich aus dem Schneehaufen heraus und taumelte zu seinem Gaul.

Der Mond stand schon hoch am Himmel. Der Frost war stärker geworden. Von Zeit zu Zeit erhob sich im Norden aus einer dunklen, halbrunden Wolke eine leicht bewegte Feuersäule, das beginnende Nordlicht.

Der Gaul, der offenbar begriff, in welcher Verfassung sich sein Herr befand, trottelte vorsichtig und verständig nach Hause. Makar saß auf dem Schlitten, sich hin und herwiegend und immer weiter singend. Er sang, daß er fünf Fuder

lz vertrunken habe und daß seine Frau ihn prügeln werde. Die Töne, die er von
gab, klangen und schluchzten so traurig und kläglich in die abendliche Stille
nein, daß dem fremden Manne, der um diese Zeit gerade auf die Jurte ge-
ttert war, um den Rauchfang zuzudecken, von Makar's Gesang das Herz noch
werer wurde. Inzwischen zog der Gaul den Schlitten den Hügel hinan, von
lchem aus man die Umgegend überblicken konnte. Der Schnee schimmerte hell,
m Mondlicht überfluthet. Hin und wieder war es, als wenn das Licht des
ondes gleichsam dahinschmölze. Dann verdunkelte sich der Schnee und im selben
ugenblicke wurde er übergossen vom Glanze des Nordlichtes. Es sah aus, als
nn die schneebedeckten Hügel und die Wälder auf denselben bald ganz nahe
ranrückten, bald weit, weit zurückwichen. Makar sah ganz deutlich dicht am Rande
s Waldes die schneebedeckte Lichtung des Jamalach'schen Hügels, hinter welcher
im Walde Fallen gestellt hatte für alle möglichen wilden Thiere des Waldes.

Dies gab seinen Gedanken eine andere Richtung. Er sang, daß ein Fuchs
in seiner Falle gefangen habe. Morgen wird er das Fell verkaufen und
nn wird ihn seine Frau nicht prügeln.

Der erste Glockenschlag durchzitterte die eisige Luft, als Makar in die
ütte trat. Das Erste, was er that, war, seiner Frau die Mittheilung zu
achen, daß sich in seiner Falle ein Fuchs gefangen habe. Er vergaß ganz, daß
ine Frau nicht mit ihm zugleich Schnaps getrunken und war höchlichst über-
scht, als sie ihm, trotz der Freudenbotschaft, ungesäumt einen heftigen Fußtritt
rsetzte. Während er sich auf dem Bette ausstreckte, gelang es ihr noch, ihm
nen Faustschlag in den Rücken zu geben.

Ueber Tschalgan ergoß sich unterdessen weit, weithin hörbar der feierliche
lang der Festtagsglocken.

* *
*

Er lag im Bette. Sein Kopf glühte. In seinen Eingeweiden brannte
wie Feuer. Durch seine Adern ergoß sich die starke Mischung von Schnaps
d Tabaksaufguß. Der geschmolzene Schnee floß ihm in dünnen, kalten Strahlen
er das Gesicht und den Rücken entlang.

Seine Frau glaubte, er schlafe. Er schlief aber nicht. Der Fuchs wollte
m nicht aus dem Kopfe. Er war steif und fest überzeugt, daß der Fuchs in
Falle gegangen war; er konnte sogar genau angeben, in welche. Er sah ihn,
h, wie er, eingezwängt in den schweren Block, mit seinen Krallen den Schnee
fwühlte und bestrebt war, sich loszureißen. Die Strahlen des Mondes schimmern
urch das Waldesdickicht und spielen auf seinem goldigen Fell. Die Augen des
hieres blitzen ihm entgegen.

Er hielt es nicht länger aus. Er stand vom Bette auf und wollte zu
einem treuen Gaul, um mit ihm in den Wald zu fahren.

Was ist das? Fassen die kräftigen Hände seiner Frau ihn wirklich am
ragen seines Pelzrockes und werfen ihn zurück aufs Bett?

Nein, da ist er ja schon im Dorfe. Die Schlittenkufen knarren auf dem
eifgefrorenen Schnee. Tschalgan liegt bereits hinter ihm. Hinter seinem Rücken
rtönt der feierliche Klang der Kirchenglocken und an der dunklen Linie des
orizontes tauchen auf dem hellen Himmel ganze Reihen schwarzer Silhouetten
uf, Jakuten zu Pferde, in hohen, spitz zulaufenden Mützen, die zur Kirche eilen.

Inzwischen war der Mond tiefer gesunken und über ihm, gerade im Zenith,
tand ein weißliches Wölkchen, das in schillerndem, phosphoreszirendem Glanze
trahlte. Und nun war es, als wenn dieses sich ausdehnte, zerrisse, und als
venn nach allen Seiten vielfarbige Feuerstreifen schnell dahinliefen, während die

halbrunde, dunkle Wolke im Norden noch dunkler wurde. Sie wurde zule
ganz schwarz, schwärzer als der Urwald, dem sich Makar jetzt näherte.

Der Weg lief zwischen niedrigem, dichtem jungen Wald hin. Zur Recht
wie zur Linken erhoben sich Hügel. Je weiter Makar ging, um so höher wurd
die Bäume. Immer dichter wurde der Wald. Er stand da, stumm und geheim
nißvoll. Auf den nackten Zweigen der Lärchenbäume lag silberner Reif. D
weiche Glanz des Nordlichts brach durch die Gipfel und lief flimmernd darüb
hin, hier ein kleines Schneefeld aufleuchten lassend, dort die ruhenden Leich
schneestarrender, erschlagener Waldgiganten .... Ein Augenblick — und All
lag wiederum im tiefsten, geheimnißvollsten Dunkel.

Makar blieb stehen. An diesem Platze, dicht am Wege, begann ein ganze
System von Fallen. Bei dem phosphoreszirenden Lichte sah er deutlich de
niedrigen, hölzernen Zaun; er sah sogar den ersten Block: drei schwere, lang
Balken, gegen ein Rad gestemmt und gehalten von einem schlau ersonnenen Syste
kleiner Hebel und aus Haaren gedrehter Stricke.

Allerdings waren dies fremde Fallen. Aber am Ende hatte sich der Fuch
in einer fremden Falle gefangen. Makar stieg hastig aus dem Schlitten, lie
den klugen Gaul am Wege stehen und horchte angestrengt.

Im Walde war kein Laut zu hören. Nur aus dem fernen Dorfe, das jet
nicht sichtbar war, trug die Luft den feierlichen Glockenklang herüber wie zuvo

Es war nichts zu befürchten. Der Eigenthümer der Fallen, Aljoschk
Tschalganoff, Makar's Nachbar und sein Todfeind, war sicher jetzt in der Kirche
Auf der glatten Oberfläche des frischgefallenen Schnees war keine Fußspur zu sehen

Er trat in das Waldesdickicht. Nichts war zu hören. Unter seinen Füße
knirscht der Schnee. Die Blöcke stehen aneinandergereiht; sie sehen aus wi
Kanonen mit offenen Mündungen, die stumm und erwartungsvoll dastehen.

Er ging auf und ab. Vergebens. Er kehrte wieder auf den Weg zurück

Aber was war das! ... Ein leises Geräusch ... Im Dickicht wird ei
röthliches Fell sichtbar, ganz nahe, an einem Platze, auf den das Licht fällt
Makar sieht ganz deutlich die spitzen Ohren des Fuchses, den buschigen Schwei
sich hin und her bewegen, als wolle er Makar zu sich ins Dickicht locken. E
verschwand zwischen den Stämmen in der Richtung nach Makar's Fallen und
wenige Augenblicke später ertönte im Walde ein dumpfer, starker Schlag. Erst
dumpf, abgebrochen. Dann als ob der Wald den Schall zurückwerfe. Zuletzt
erstarb er allmälig in weiter Ferne.

Makar schlug das Herz zum Zerspringen. Der Block war gefallen.

Er stürzte vorwärts, sich durch das Dickicht einen Weg bahnend. Die
kalten Zweige schlugen ihm ins Gesicht, überschütteten ihn mit Schnee. Er
strauchelte. Sein Athem stockte.

Nun war er auf der Lichtung, die er selbst einmal ausgehauen. Zu
beiden Seiten standen Bäume, über und über mit Reif bedeckt. Unterhalb der=
selben aber lief ein schmaler Fußpfad mühsam dahin, an dessen Ende die Mündung
eines großen Blocks aufgestellt war.... Nicht weit davon....

Auf dem schmalen Fußpfad in der Nähe des Blockes tauchte eine Gestalt
auf, tauchte auf und verschwand wieder. Makar erkannte Aljoschka Tschalganoff.
Er sah ganz deutlich dessen kleine, untersetzte Figur, nach vorn geneigt, mit dem
Gang eines Bären. Es schien ihm, als sei das dunkle Gesicht Aljoschkas noch
dunkler und seine großen Zähne noch größer als gewöhnlich.

Makar war entrüstet. „Solch ein Lump! ... macht sich an meinen Fallen
zu schaffen!"

Nun hatte er zwar soeben dasselbe mit Aljoschkas Fallen gethan. Aber das war etwas ganz Anderes. Der Unterschied bestand hauptsächlich darin, daß wenn er selbst sich an den Fallen Anderer zu schaffen machte, er immer Furcht hatte, dabei ertappt zu werden, während er doch sehr böse wurde, wenn Andere seine Fallen plünderten und den Wunsch empfand, den Spitzbuben bei diesem Eingriff in seine Rechte zu ertappen.

Er stürmte auf den gefallenen Block zu. Dort war der Fuchs. Aljoschka mit seinem breiten, plumpen Gang that dasselbe. Nun galt es, ihm zuvorzukommen.

Nun ist er angelangt. Unter dem Block hervor schimmert das rothe Fell des eingeklemmten Thieres. Der Fuchs wühlt mit den Krallen den Schnee auf, ganz so, wie Makar es im Traume gesehen, und blickt ihn an mit den scharfen, glühenden Augen, ganz wie im Traume.

„Rühr' ihn nicht an! . . . Er ist mein!“ rief Makar Aljoschka zu.

„Rühr' ihn nicht an,“ klang wie ein Echo Aljoschkas Stimme zurück. „Mein!“

Beide kamen gleichzeitig angelaufen und hoben hastig, wobei Einer dem Anderen zuvorzukommen suchte, den Block auf, um das eingeklemmte Thier zu befreien. Als der Block aufgerichtet war, erhob sich auch der Fuchs. Er that einen Sprung, blieb stehen und sah die beiden Tschalganzen mit einem spöttischen Blick an. Dann leckte er sich, indem er eine Grimasse schnitt, an der Stelle, wo der Balken ihn eingeklemmt und lief vergnügt davon, lustig den Schweif hin und her drehend.

Aljoschka wollte ihm nachsetzen. Aber Makar hielt ihn von hinten an einem Zipfel seines Pelzrockes fest.

„Rühr' ihn nicht an!“ rief er. „Er ist mein!“ Und er lief selbst hinter dem Fuchse her.

„Rühr' ihn nicht an!“ klang wie ein Echo Aljoschkas Stimme, und Makar fühlte, wie Jener nun ihn am Rocke festhielt und einen Augenblick später von Neuem vorwärts lief.

Makar wurde böse. Er dachte nicht mehr an den Fuchs, sondern lief hinter Aljoschka her, der die Flucht ergriff.

Sie liefen immer schneller und schneller. Ein Baumzweig riß Aljoschka die Mütze vom Kopfe. Aber er hatte keine Zeit, nach ihr zu greifen. Schon hatte Makar, vor Wuth brüllend, ihn eingeholt. Aber Aljoschka war von jeher schlauer gewesen, als der arme Makar. Er blieb plötzlich stehen, drehte sich um und senkte den Kopf. Makar lief mit dem Bauch gegen denselben und rollte kopfüber in den Schnee. Während er fiel, riß der verfluchte Aljoschka ihm die Mütze vom Kopfe und verschwand im Waldesdunkel.

Makar richtete sich langsam auf. Er war niedergeschlagen und unglücklich. Ihm war elend zu Muthe. Er hatte den Fuchs schon in Händen gehabt und nun . . . Es schien ihm, als sähe er den Fuchs noch einmal den Schweif höhnisch hin und her bewegen und dann endgiltig im Dickicht verschwinden.

Es wurde immer dunkler. Das weißliche Wölkchen im Zenith war kaum noch sichtbar. Es schmolz gleichsam langsam dahin und aus ihm heraus ergossen sich, müde und schmachtend, die dahinsterbenden Strahlen des Nordlichts.

Ueber Makar's erhitzten Körper liefen scharf und schneidend ganze Ströme geschmolzenen Schnees. Der Schnee fiel ihm in die Aermel, auf den Rockkragen, floß ihm über den Rücken hinab in die Torbassa. Der verfluchte Aljoschka hatte ihm ja seine Mütze genommen. Seine Fausthandschuhe hatte er irgendwo im Laufen verloren. Es stand schlecht um ihn. Makar wußte, daß der grimmige Frost nicht mit sich spaßen läßt, zumal wenn Einer ohne Mütze und ohne Fausthandschuhe im Walde umherirrt.

Er irrte bereits lange umher. Nach seiner Berechnung hätte er längst schon aus Jamalach herauskommen und den Kirchthurm sehen müssen, aber noch immer nahm der Wald kein Ende. Der Wald hielt ihn wie verzaubert fest. In weiter Ferne ertönte noch immer der feierliche Glockenklang. Es schien Makar als ginge er dem Klange nach. Aber der Klang entfernte sich mehr und mehr und in demselben Maße, wie er verhallte, bemächtigte sich Markar's eine dumpfe Verzweiflung.

Er war sehr müde, wie zerschlagen. Die Knie zitterten unter ihm. In seinem zerschlagenen Körper bohrte ein stumpfer Schmerz. Er athmete schwer. Seine Hände und Füße waren erstarrt. Er hatte das Gefühl, als wenn glühende Reifen seinen entblößten Kopf zusammenschnürten.

„Es geht zu Ende mit mir!“ fuhr es ihm durch den Kopf. Aber obschon dieser Gedanke sich ihm immer öfter und stärker aufdrängte, ging er doch weiter.

Der Wald lag still da. Er schloß sich nur immer dichter über ihm zusammen, in feindseligem Trotz, ohne Ausweg, ohne Hoffnung.

„Es geht zu Ende,“ dachte Makar.

Er war völlig erschöpft. Die jungen Bäume schlugen ihm geradezu ins Gesicht, ihn in seiner Hilflosigkeit rücksichtslos zum Besten habend. Ein weißer Hase lief vorbei. An einer kleinen kahlen Stelle setzte er sich auf die Hinterfüßchen, spitzte die langen Ohren mit der schwarzen Zeichnung an den Enden und putzte sich, wobei er Makar allerlei unverschämte Grimassen schnitt. Er gab ihm zu verstehen, daß er ihn, Makar, sehr gut kenne, daß er sehr wohl wisse, Jener sei derselbe Makar, der im Walde sinnreiche Maschinen aufgestellt habe, um ihn, den Hasen, zu Grunde zu richten. Jetzt aber pfeife er auf ihn.

Eine große Bitterkeit stieg in Makar auf. Unterdessen fing der Wald an, sich mehr und mehr zu beleben. Aber in feindseliger Weise. Selbst die entfernteren Bäume streckten ihre langen Zweige zu Makar herüber und faßten ihn an den Haaren, schlugen ihm in die Augen, ins Gesicht. Die Birkhühner kamen aus ihren verborgenen Schlupfwinkeln und starrten ihn verwundert an mit ihren runden, neugierigen Augen. Die Männchen liefen zwischen ihnen umher mit gespreizten Federn und zornig ausgebreiteten Flügeln und erzählten ihren Weibchen mit lauter Stimme von ihm, Makar, und seinen tückischen Anschlägen. Und schließlich tauchten im entfernteren Dickicht Tausende von Füchsen auf. Sie blinzelten Makar spöttisch zu und spitzten die Ohren. Und die Hasen saßen vor ihnen auf den Hinterfüßchen und lachten und erzählten, wie übel es Makar ergangen.

Das war zuviel.

„Es geht zu Ende!“ dachte Makar und war entschlossen, zu thun, was er konnte, damit dies schnell geschähe.

Er legte sich in den Schnee.

Es wurde immer kälter. Die letzten Strahlen des Nordlichts zogen sich mattglänzend am Himmel hin und blickten durch die Waldesgipfel auf Makar herab. Aus dem fernen Tschalgan trug die Luft den letzten Widerhall des Glockenklangs herüber.

Das Nordlicht erbleichte und erlosch. Der Klang verstummte.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

Wir ersuchen den Verfasser von „Die Verstoßene, eine Episode aus dem Straßburger Leben,“ um seine Adresse.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 15. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Zur bürgerlichen Geschichtschreibung.

↗ Berlin, 29. Dezember 1891.

Vor einigen Tagen ist Johannes Janssen, der bedeutendste ultramontane Geschichtschreiber der Gegenwart, in Frankfurt a. M. gestorben. Er hat sein Hauptwerk, die „Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgange des Mittelalters," das bis zur Gründung des brandenburgisch-preußischen Staates führen sollte, nicht ganz, aber doch so weit vollendet, daß der noch ausstehende siebente Band nach seiner Anlage und großentheils auch nach seiner Ausführung veröffentlicht werden wird. Er hat damit im Wesentlichen das Ziel seines Lebens erreicht, um dessen ungestörter Verfolgung willen er vor einigen Jahren den rothen Hut des Kardinals ausschlug, und die Genugthuung über diesen Ausgang werden auch die theilen, welche den Ergebnissen dessen, was Janssen leistete, ablehnend gegenüber stehen. Erscheinungen wie Janssen, der allen äußeren Ehren das bescheidene Los eines deutschen Gelehrten vorzog, um mit ehernem Fleiße ein ganzes Leben an eine große Aufgabe zu setzen, sind in der bürgerlichen Welt von heute so selten, daß ihnen auch von den Gegnern dieser Welt achtungsvolle Anerkennung nicht versagt werden darf.

Auch von den Gegnern dieser Welt nicht, oder genauer: gerade von ihnen nicht. Denn trotz des nahezu beispiellosen Erfolges, den Janssen's Hauptwerk gehabt hat — irren wir nicht, so liegt von den ersten Bänden, so gelehrt und weitläufig sie geschrieben sind, schon die fünfzehnte oder gar noch eine höhere Auflage vor — ist es doch von der bürgerlich-protestantischen, also der in Deutschland überwiegenden Masse der bürgerlichen Kreise beinahe ebenso beschimpft, geschmäht und „kritisch vernichtet" worden, als wäre Janssen nicht ein katholischer Priester, sondern ein rother Sozialdemokrat gewesen. Selbst dem Todten vermögen die liberalen Blätter fast durchweg nur mit einer sauersüßen Grimasse im „vermischten Theile" gerecht zu werden. Begreiflich genug, denn Janssen hat in die Pauke der bürgerlich-protestantischen Geschichtslegende ein mächtiges und für immer unheilbares Loch geschlagen. Aber eben deshalb geziemt es sich um so mehr für die, welche grundsätzlich viel schroffere Gegner der ultramontanen Geschichtschreibung sind, als der bürgerliche Protestantismus bei alledem nur sein kann, an Janssen anzuerkennen, was an ihm zu loben ist: seinen Fleiß, seine

Kenntnisse, seine unbedingte Hingabe an die Wissenschaft, so wie er sie nun einmal nach den seiner geistigen Bildung gezogenen Schranken zu erfassen vermochte.

Diese letztere Einschränkung kommt freilich auch den besseren von Janssen's protestantischen Gegnern zu Gute. Es würde hier zu weit führen, in die ganze, sehr weitschichtige Janssen-Literatur einzudringen; wir greifen eine Arbeit heraus, welche nicht schlechter, sondern besser als ihresgleichen ist, und dem Werke Janssen's wirklich einige empfindliche Schlappen beigebracht hat. Sie eröffnet unter dem Titel „Die historische Methode des Ultramontanismus" Hans Delbrück's „Historische und politische Aufsätze." Herr Delbrück gehört zu den Vertrauten des Kaisers Friedrich und erzog einen Sohn desselben; er ist gegenwärtig Geschichtsprofessor an der Berliner Universität und Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher," also ein Mann, von dem man sich eine zulängliche Vertretung der bürgerlich-protestantischen Weltanschauung wohl versehen kann. In jenem Aufsatze weist er nun zunächst treffend nach, daß Janssen den Ritter Hutten ganz falsch beurtheilt, insbesondere die Biographie Hutten's von Strauß in tendenziöser Weise ausschlachtet. Er setzt ferner der sonderbaren, auf ein mißverstandenes oder mißverständliches Zitat aus Grimm's Alterthümern gestützten Behauptung Janssen's: „Die fälligen Natural- und Geldleistungen wurden vorschriftsmäßig von den Grundhörigen oder Diensthörigen dem Grundherrn oder dessen Beamten persönlich überbracht, und *nicht selten* durch Gegengaben vergütet, welche an Werth den dargebotenen Zins ausglichen oder selbst überstiegen," die verständige Frage entgegen: „Wovon haben denn die Herren in diesem Falle gelebt oder gar das Plus, was sie gaben, hergenommen, da eben in jenen Zinsen doch fast ausschließlich ihre Einnahmen bestanden?" Herr Delbrück weist dann weiter einen methodologischen Grundfehler Janssen's auf, indem er einfach neben einander abdruckt, was derselbe im ersten Bande, um die mittelalterliche Wirthschaftsordnung als gesund darzustellen, über die *glänzende* Lage der bäuerlichen Bevölkerung im Ausgange des Mittelalters beibringt, und was er im zweiten Bande, um den Ausbruch des Bauernkriegs zu erklären, über die *elende* Lage derselben Bevölkerung zu derselben Zeit beibringen muß. Auf Grund dieser ganz zutreffenden Kritik erhebt sich endlich Herr Delbrück zu jenem Brusttone der sittlichen Entrüstung, welcher zur bürgerlich-protestantischen Wissenschaft ebenso gehört, wie das Klappern zum Handwerk; er nennt Janssen einen „Fürsten der Finsterniß," einen „Judas," sein Werk aber eine „ungeheuere Lüge" und fährt zu allem Ueberflusse noch fort: „Es ist, gleichgiltig als Erzeugniß der Wissenschaft, eine Leistung ersten Ranges unter dem Gesichtspunkte der Politik. Es gehört in eine Reihe mit der Konstantinischen Schenkung, den pseudoisidorischen Dekretalen, den Interpretationen in den Schriften der Kirchenväter und dem ganzen Aufbau der historischen Fälschungen, die nothwendig waren oder sind zur Erhaltung der Fiktion eines von jeher in gleichem Charakter, Anerkennung und Heiligkeit stehende *Papstthums*." So weit gut gebrüllt! Schade nur, daß es gleich anders kommt!

In demselben Bande seiner gesammelten Aufsätze nämlich handelt Herr Delbrück auch über den „preußischen Landrath." Er gebraucht vier dicke Bücher von Bornhak, Meier, Isaacsohn und Philippson, um hinter das historische Geheimniß dieser eigenthümlich preußischen Institution zu kommen, obgleich es für den profanen Blick auf der Hand liegt, daß der preußische Landrath in seiner geschichtlichen Entwicklung nichts anderes gewesen ist, als sozusagen der Prügeljunge in dem ostelbischen Klassenkampfe zwischen Fürsten- und Junkerthum; je nachdem dieses oder jenes obenauf kam, entwickelte sich das Amt des Landraths

nach seiner büreaukratisch-polizeilichen oder nach seiner feudal-junkerlichen Seite hin. Aber Herr Delbrück sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht und auf Grund seiner gelehrten Untersuchungen kommt er zu dem höchst eigenthümlichen Ergebnisse: „Der überlieferte germanische Freiheitsbegriff war stark genug, sich in dem Landrathsamte eine Sicherheit zu verschaffen, die auch in dieser harten Zeit und in diesem harten Staate dem Rechte und der Ehre fortzuleben ermöglichte.“ Und als Schlußtrumpf seiner Abhandlung sieht er in dem Amte des preußischen Landraths die Feststellung der Thatsache, daß „Preußen heute weiter als irgend ein Staat sei in der Ueberwindung jenes Gegensatzes, der alle Regierungskunst bestimmt: zugleich der Regierung die größte Kraft zu verleihen und die Freiheit des Individuums darum nicht nur nicht einzuschränken, sondern ihm die weiteste Entfaltung zu ermöglichen.“ Ueber diesen Aufsatz hätte Janssen, wenn es ihm sonst beliebte, seinerseits sagen können: „Es ist, gleichgiltig als Erzeugniß der Wissenschaft, eine Leistung ersten Ranges unter dem Gesichtspunkte der Politik. Er gehört in eine Reihe mit dem ganzen Aufbau der historischen Fälschungen, die nothwendig waren oder sind zur Erhaltung der Fiktion eines von jeher in gleichem Charakter, Anerkennung und Heiligthum stehenden Hohenzollernthums.“ Kurzum: Janssen hätte Wort für Wort dem Herrn Delbrück seine Schmeicheleien zurückgeben können. Er hat es allerdings nicht gethan, denn er liebte, was ihm nur zur Ehre gereicht, auf dem wissenschaftlichen Gebiete den sittlich dröhnenden Tamtam nicht, wie er denn überhaupt zu jenen altfränkischen, aber deshalb heutzutage nur um so genießbareren Geschichtschreibern gehörte, die dem Leser nicht ihr subjektives Urtheil über die Dinge aufdrängen, sondern die Dinge selbst an den Leser heranzubringen suchen.

Er war freilich kein klassischer, kein für das fünfzehnte und sechzehnte Jahrhundert der deutschen Geschichte abschließender Historiker. Mit Genuß und Nutzen kann man seine sechs dicken Bände nur unter fortlaufender Kritik lesen, aber wenn man diese Vorsicht beobachtet, wird man nirgends auf den Verdacht gerathen, daß er absichtlich und wider besseres Wissen die Geschichte gefälscht hat. Die grobe Handgreiflichkeit solcher Irrthümer, wie ihm Delbrück und Andere nachgewiesen haben, und die der aufmerksame Leser des Werks fast in jedem Kapitel von selbst findet, widerlegt diese Ansicht nicht, sondern bestätigt sie nur. Janssen schrieb eben im Bann der katholischen Weltanschauung, wie die Delbrück, Sybel, Treitschke im Banne der preußischen Weltanschauung schreiben. Sie alle befahren das Meer des Irrthums, aber jener immerhin wie ein Weltumsegler, diese aber nur wie Küstenfahrer der Ostsee. Daraus erklärt es sich auch, daß Janssen trotz so manchen ihm nachgewiesenen groben Irrthums in der unaufhörlichen Fehde mit seinen bürgerlich-protestantischen Gegnern doch gemeiniglich den Sieg davongetragen hat. Auch als ein Gegenschlag gegen die jahrhundertelange Geschichtsfälschung von bürgerlich-protestantischer Seite hat sein Werk das relativ bessere Recht für sich, und ein halbwegs kritisch veranlagter Kopf kann aus demselben über das Reformationszeitalter noch immer viel mehr lernen, als aus der entsprechenden bürgerlich-protestantischen Literatur, das vielgepriesene Werk von Ranke mit eingerechnet.

Im letzten Grade schreibt Janssen freilich doch nicht Geschichte, sondern nur katholische Geschichtslegende. Dies gleichfalls scharf hervorzuheben, ist um so nothwendiger, als sein Werk aus den eben angedeuteten Gründen gelegentlich auch wohl von sozialistischer Seite überschätzt worden ist. Er war eben auch nur ein bürgerlicher Geschichtschreiber. Vielleicht könnte ein Schlaukopf auf den Einfall gerathen, die historische Wahrheit über das Reformationszeitalter durch

einen kritischen Vergleich zwischen der katholischen und der protestantischen Legend[e] zu ermitteln, etwa in der Voraussetzung, daß nach Streichung dessen, was beid[e] sich gegenseitig als falsch nachgewiesen haben, die unanfechtbare Wirklichkeit zurück[-] bleiben müsse. Allein diese Methode wäre ganz hoffnungslos, weil bei ihre[r] Anwendung nichts übrig bleiben würde, als der — größte Irrthum, dem man bei der Betrachtung des fünfzehnten Jahrhunderts verfallen kann. Wenn di[e] bürgerlichen Geschichtschreiber, katholischer und protestantischer Richtung, zwar in allem andern auseinandergehen, so sind sie doch darin einig, daß die Reformation eine geistig-religiöse Bewegung war, und nicht, was sie in Wirklichkeit gewesen ist: eine ökonomisch-soziale. Zwar vertritt Janssen auch in dieser Beziehung einen großen Fortschritt gegenüber Ranke, indem er der Darstellung der sozialen und wirthschaftlichen Entwicklung einen sehr beträchtlichen Raum widmet, und sie gelegentlich „noch eindringender" nennt, als die geistige und kirchliche Entwicklung, aber er leitet doch immer jene von dieser ab, er macht nicht, wie es richtig wäre, die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse für das Eindringen des römischen Rechts, sondern das Eindringen des römischen Rechts für die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse verantwortlich; er läßt im günstigsten Falle beide Bewegungen neben einander herlaufen, und nirgends erhebt er sich dazu, mit grundsätzlicher Klarheit in der geistig-religiösen Bewegung nur die Wiederspiegelung der ökonomisch-sozialen Entwicklung aufzuzeigen. Die Lösung dieser Aufgabe war ihm als einem bürgerlichen Geschichtschreiber versagt; sie ist nur möglich vermittelst der materialistischen Geschichtsauffassung, und ein glücklicher Zufall will, daß sie gerade für das Zeitalter, um welches Janssen und seine bürgerlich-protestantischen Gegner so heftig gestritten haben, bereits erfolgt ist durch die Aufsätze von Engels über den Bauernkrieg, einige historische Exkurse im „Kapital" von Marx, und das Buch von Kautsky über Thomas More. Zwei Schriften beiläufig, deren Vergleich auch zeigt, welcher Entwicklung und Vertiefung die materialistische Geschichtsauffassung fähig ist, womit der ihr gelegentlich von bürgerlicher Seite gemachte Vorwurf der oberflächlichen Schablonenhaftigkeit hinfällig wird.*)

*) Wenn oben von einem glücklichen Zufall gesprochen wurde, so ist es für den Schreiber dieser Zeilen ein unglücklicher Zufall, daß der Verfasser von Thomas More zugleich der Redakteur der „Neuen Zeit" ist, so daß die obige Andeutung nicht wohl weiter gesponnen werden kann, ohne Mißdeutungen zu erregen. Hoffentlich sind aber wenigstens loyale Mißdeutungen ausgeschlossen, wenn das oben angeschlagene Thema in dieser Fußnote ergänzt wird durch einige Sätze, die der Verfasser schon vor mehreren Jahren und ehe er mit Kautsky in kollegialen Beziehungen stand, im Feuilleton einer bürgerlich-demokratischen Zeitung veröffentlicht hat. Dieselben lauten: „Neuerdings hat ein jüngerer Forscher, Karl Kautsky, in seiner wissenschaftlichen Biographie Thomas More's von dem eben gekennzeichneten Standpunkte aus" (nämlich dem Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung) „höchst lehrreiche Streiflichter gerade in die Geschichte der Reformation geworfen. Für die ideologische Geschichtschreibung ist Thomas More ein wahres Kreuz. Er war ein Vorkämpfer der bürgerlichen Klasse, ein feingebildeter und freidenkender Mann, ein gelehrter Humanist und der erste, welcher das soziale Problem der neuen Zeit mit scharfem Blicke zu erfassen vermochte. Aber er war auch der Minister eines tyrannischen Fürsten, ein Gegner Luther's und ein Ketzerverfolger, ein Blutzeuge des Papstthums, und er ist heute, wenn auch noch kein offizieller, was er möglicherweise noch werden wird, so doch ein offiziöser Heiliger der katholischen Kirche. Was kann nun die ideologische Geschichtschreibung, gleichviel ob katholischer oder protestantischer Tendenz, mit einem solchen Charakter anfangen? Die Einen können ihn verherrlichen, die Andern können ihn verunglimpfen, aber verstehen können ihn weder

Es ist eben so und nicht anders: einer niedergehenden Klasse werden ihre reellen Leistungen ebenso zum Verhängnisse, wie ihre unreellen. Bei aller Anerkennung, die man dem Forscher und dem Menschen Janssen widerfahren lassen muß, ist er der geschichtlichen Entwicklung doch nur ein Werkzeug wider Willen geworden. Was er als treuer Sohn seiner Kirche erstrebte, kommt nicht dieser zu Gute; der von ihm entfachte Kampf hat nur gezeigt, daß die bürgerliche Geschichtschreibung nicht mehr große, historische Probleme zu bewältigen vermag, und daß auch in diesem Betracht nur noch die Arbeiterklasse bereit wie fähig ist, das geistige Erbe der Nation anzutreten.

Der Sozialismus in Russisch-Polen.

Von **Leo Winiarski.**

Aus dem Polnischen von **A. Maurizio.**

I.

Der Untergang Polens am Ende des vorigen Jahrhunderts war weit mehr durch innere Wirren und durch den Wechsel in den Verhältnissen des Königreichs bedingt, als durch die Einmischung und den Einfall der angrenzenden Großmächte. Nirgends war die Willkür der feudalen Herren größer, in keinem Lande das Volk mehr geknechtet. Der Adel verspielte und vertrank bei Karten und Tanz die Unabhängigkeit des Landes, und die Bauern hielten es nicht für nöthig, den Kampf gegen den Fremdling aufzunehmen, denn in keiner Weise konnten sie von der staatlichen Unabhängigkeit eine Besserung ihrer Lage erhoffen. Die Naturalwirthschaft stand damals noch in voller Blüthe, es gab keine Bürgerschaft, die den äußeren Feind abwehren, und den viel gefährlicheren Bedrücker im Innern bekämpfen konnte.

Auf diese Weise blieb der polnische Adel in seinen politisch-nationalen Aspirationen auf eigene Kräfte angewiesen. Und da ihn bei dem Bestreben, sie zu verwirklichen, ein unglaublich maßloser Klassenegoismus leitete, da er jede Annäherung, jedes Nachgeben gegenüber anderen sozialen Gruppen verwarf und in toller Lebensluft von keiner Einschränkung seiner Macht wissen wollte, so mußten alle Pläne einer „Besserung der Republik" in die Brüche gehen. Sie verflogen in Nichts.

Schon die erste patriotische Revolution im Jahre 1794 endigte aus diesem Grunde mit einer Niederlage. Kosciuszko ertheilte zwar durch sein berühmtes „Universalmanifest" den Bauern die Freiheit und hob einen kleinen Theil der Frohndienste auf, verschaffte aber seinen Verfügungen keinen Nachdruck. Um es mit dem Adel nicht zu verderben, ließ er sie unausgeführt. Und als die Jakobiner

---

die Einen noch die Andern. Wohl aber hat Kautsky in jenem Werke, indem er die Reformationsgeschichte unter den einzig zutreffenden Gesichtspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung rückte, in überzeugender Weise dargelegt, daß Thomas More ein ganzer Mann war und daß alle jene anscheinenden Widersprüche seines Wesens in der That unlöslich zusammenhängen. Es versteht sich am Rande, daß die katholischen und protestantischen Geschichtschreiber der Reformationszeit, während sie sich gegenseitig ihre ideologischen Perrücken so kräftig ausklopfen, daß der hervorquellende Staub erst recht die Geschichte der Reformation verfinstert, von der Schrift Kautsky's nicht die geringste Notiz genommen haben. Hochmuth kommt bekanntlich immer vor dem Falle."

von Warschau, dem Beispiele der Pariser folgend, die Erhebung gegen den äußeren Feind mit einer Revolution im Innern behufs Aufhebung der Adelsherrschaft verbinden wollten, als sie Ernst machten und aristokratische Verräther aufhingen, da wendet sich der „Volksgeneral“ gegen Warschau und läßt einige der besten Vertheidiger des Volkes hinrichten. Die Revolution vom Jahre 1794 war ein Aufstand des Adels, das Volk hatte taube Ohren für sie, einer festen, breiteren Basis ermangelnd, konnte sie keinen nachhaltigen Einfluß auf die Begebenheiten ausüben. Das Gleiche wiederholt sich in der folgenden Revolution vom Jahre 1830. Als kurz vor dem Ausbruch der Revolution im polnischen Landtag der Vorschlag auftauchte, die Gleichberechtigung der Bauern auszusprechen, und nachdem ihnen schon vorher durch Napoleon I. 1807 die persönliche Freiheit verliehen war — nunmehr auch die Frohnden aufzuheben; als endlich die Anhänger einer Volkserhebung viel bescheidenere Forderungen stellten und nur die Umwandlung der auf den Bauern lastenden Frohndienste in eine Grundsteuer verlangten, um für die kommende Revolution das Landvolk zu gewinnen, da wurden alle diese wohlgemeinten Anträge ohne Debatte verworfen. Dank dem engherzigen Klassenegoismus des Adels blieb das Landvolk ein gleichgiltiger Zuschauer des Kampfes um die Befreiung Polens. Und wieder war der Adel nur auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Theilnahmlos sah das Volk den Vorbereitungen seiner Herren und dem Kampfe zu, und wurde höchstens durch Peitschenhiebe des Grundbesitzers eines Besseren belehrt, ja sogar zwangsweise gegen den Feind geführt. Der Aufstand von 1831 verwandelte sich sehr bald in eine Militärkampagne.*) Es fehlte der Enthusiasmus, die Opferwilligkeit, und das Ende der Revolution war der vollständige Sieg der Nikolaus'schen Uebermacht. Die Besiegten schickte Rußland nach Sibirien, oder reihte sie der russischen Armee zum „ewigen Dienst“ ein. Einigen Tausend nur gelang es, nach Frankreich zu entfliehen, darunter einige Hundert Bauern. Die Kerker und Bayonette der preußischen Regierung bildeten ein Hinderniß der Auswanderung. Sie sandte die Emigranten wieder nach Rußland zurück, oder hielt sie in Festungen (namentlich in Graudenz) gefangen. Von den Geflohenen gingen viele nach Frankreich und England.

So finden wir in Portsmouth 200 Bauern-Soldaten, denen die englische Regierung eine bescheidene Existenz sicherte. In der Emigration traten sofort zwei scharf getrennte Lager einander gegenüber: ein aristokratisches, das an der Wiedererweckung der früheren Standes- und Herrenrepublik arbeitete und in der Person des Fürsten Czartoryski einen geeigneten Kandidaten für den königlichen Thron besaß, und ein demokratisches, das in der Knechtung des Volkes die Ursache des vaterländischen Unglücks erblickte, Gleichstellung der Bauern mit den übrigen Klassen verlangte und ihnen die Erde, die sie bebauten, das bisherige Eigenthum der Herren, zum Besitz übergeben wollte. Die polnische demokratische

---

*) Selbst die höheren Militärs, die die Bedürfnisse des Krieges am besten abwägen konnten, im strengen Dienste Napoleons geschulte Generäle, wollten nur regulären Truppen befehlen und schickten den „Pöbel,“ darunter die Freiwilligen, nach Hause. Diese Generäle waren polnische Adelige, welche die Feldzüge Napoleons mitgemacht hatten in der Erwartung, er werde die Unabhängigkeit Polens wieder herstellen. Das waren dieselben Leute, die 1794 jede, auch die kleinste Konzession verweigert hatten. Tapfer und dumm schlug sich der Adel für ein Versprechen, und brachte den Generalsrang oft nach Polen mit. Ein Dichter der Romantik, Slowacki, ruft den Polen jener Zeit zu: „Pawem narodów bylas' i papuga,“ „Du warst ein Pfau den Nationen und ihr Papagei.“ Anm. d. Uebers.

Partei rekrutirte sich aus dem ärmeren Adel, der in ungeheurer Zahl in Polen vorhanden war und dort kleinbäuerliche Wirthschaft betrieb. Natürlich nahm sie den Katechismus des kleinbürgerlichen Radikalismus an, sobald sie ihn in Frankreich kennen lernte. Die Befreiung Polens konnte sie nicht von der Befreiung und der ökonomischen Hebung des Bauernstandes trennen. In der kommenden Erhebung, dem Kampfe um politische Unabhängigkeit, vertraute sie nur den inneren Kräften des Landes. Bald erfolgte ein offener Bruch zwischen ihr und der aristokratischen Partei, deren einzige Aktion in diplomatischen Intriguen und dem Anrufen der fremden Höfe um Intervention in der „polnischen Frage" bestand. Diese sollten den verlorenen Posten wieder gewinnen.

Die Stellung der demokratischen Partei, die sich eine festere Organisation in der „Demokratischen Gesellschaft" gab, ist leicht zu verstehen. Die Industrie war nur in schwachen Anfängen vorhanden, die Landwirthschaft hatte den feudalbäuerischen Karakter noch nicht abgestreift. Das soziale Reformprogramm der Vertreter der betreffenden Schichten konnte also die Schranken ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht verleugnen, und etwa schon eine Stufe einnehmen, wie sie gewöhnlich der Entwicklung der Großindustrie entspricht. Kein Wunder, daß die polnischen Demokraten von den französischen Sozialisten nichts lernten, sich im Gegentheil von ihnen mit Widerwillen abwendeten. „Wir schließen uns den Wünschen nach Gleichheit vor dem Gesetz an, wir sind aber keine Kommunisten," antwortete 1835 die Demokratische Gesellschaft, als ihr die Frage des Privateigenthums zur Entscheidung vorgelegt wurde.

Trotzdem fanden die Ideen St. Simon's und Fourier's eine Anzahl glühender Vertheidiger unter den polnischen Emigranten. Ihnen gehörten in erster Linie die Mitglieder der „Gemeinde Portsmouth" an, die, wie schon erwähnt, von in jener Stadt ansässigen Soldaten gegründet wurde. Diese Gründung erklärte sich offen gegen die Tendenzen der Demokratischen Gesellschaft, stellte dem Privateigenthum das Kollektiveigenthum gegenüber, der freien Konkurrenz die Brüderlichkeit, der sozialen Hierarchie die Aufhebung der Stände nicht nur vor dem Angesicht des Gesetzes, sondern auch in Bezug auf den Besitz. In der Mehrzahl bestand diese politische Vereinigung aus gewesenen Bauern, hatte aber auch einige intelligente Mitglieder, die das meiste zur theoretischen Formulirung ihrer Bestrebungen thaten. Bekannter werden aus diesem Anlaß späterhin die Namen: Thaddäus Krepourecki, Stanislas Worcel, Swietoslawski und einige Andere. Obgleich die Erwähnten vom Adel stammten, hatten sie erklärt, daß „sie auf alle sozialen Vortheile Verzicht leisten, die nicht den für das ganze polnische Volk geltenden Rechten entspringen." Die Meinungsverschiedenheit zwischen dieser selbstlosen Schaar und der bürgerlich-radikalen Demokratischen Gesellschaft war so tief, daß von einer gemeinsamen Aktion keine Rede sein konnte. Da sie das recht wohl einsah, so trat die „Gemeinde Portsmouth" aus der Demokratischen Gesellschaft aus und schuf sich unter dem Namen „Gromada Graudenz"*) (zum Andenken an die während zweijähriger Haft in der preußischen Festung erduldeten Leiden) ihre eigene Organisation.

Die Demokratische Gesellschaft hatte sich für Beibehaltung des Privateigenthums ausgesprochen. Diese Erklärung veranlaßte die „Gemeinde Graudenz," in einem, diesem besonderen Zwecke gewidmeten Manifest „der Emigration und

*) Gromada bedeutet wörtlich: die Schaar, Rotte, doch auch Gemeindeversammlung und in der Volkssprache: Bauerngemeinde im Gegensatz zu „dwór": Herrenhof. Anm. d. Uebers.

der ganzen Menschheit“ zu verkündigen, „daß sie jede Thätigkeit dieser Gesellschaft für ungiltig und dem polnischen Volke schädlich ansehe.“

Während die Politik der Demokratischen Gesellschaft die Identifizirung der sich widersprechenden Interessen so weit treibt, daß sie die Wiederherstellung der Unabhängigkeit von einer gemeinsamen Aktion des Adels mit dem Landvolk erwartet, verkündet die „Gromada Graudenz,“ daß Nichts sie mit dem Adel verbindet und daß sie mit ihm keine Gemeinschaft pflegen will, ja sie bestreitet, ein gemeinsames Vaterland mit ihm zu besitzen. „Unser Vaterland ist das polnische Volk“ — lesen wir im erwähnten Manifest — dieses war immer vom Vaterlande des polnischen Adels getrennt; gab es eine Annäherung zwischen dem Lande des polnischen Adels und dem des polnischen Volkes, so hatte sie eine unbestreitbare Aehnlichkeit mit derjenigen, „die den Mörder mit seinem Opfer verbindet. . . .“ Bei der ganzen Emigration rief dieses Auftreten Haß und Entrüstung hervor, nur auf der Insel Jersey kam es in Folge davon zur Bildung einer neuen sozialistischen Gemeinde, die sich „Gromada Humau“*) nannte.

Die Gemeinden treiben nun eine eifrige Propaganda ihrer Grundsätze in der Emigration und suchen Verbindungen mit den radikalen Elementen des Landes herzustellen. Die theoretischen Ansichten der Gemeinden lernt man am besten aus einem Werke von Zenon Swietoslawski kennen, der jede Spur des Wirkens dieser ersten polnischen Sozialisten sammelte. An der Hand seiner Aufzeichnungen wollen wir ihre Stellung hier kurz skizziren. Sie erklärten: Die Gesellschaft ist verpflichtet, jedes ihrer Mitglieder mit allen Unterhaltsmitteln zu versehen, das heißt, sie sorgt für seine rationelle Erziehung und giebt dem erwachsenen Bürger die zur freigewählten Beschäftigung nöthigen Arbeitsmittel. Die zur Arbeit untauglichen Kinder, Greise, Kranken und Gebrechlichen werden von der Gesellschaft unterhalten. Volksbanken mit einem der Arbeit offenen Kredit ersetzen die heutigen Monopolbanken. Vollständige Vereins- und Versammlungsfreiheit soll Einzelbestrebungen einem größeren Ganzen anpassen helfen, dessen Bestand durch die von der Gesellschaft herbeigeschafften Arbeitsinstrumente garantirt wird. Die gleiche Vereinsfreiheit soll die Bildung von Konsumgesellschaften ermöglichen, die auf dem Grundsatze des gemeinsamen Gebrauchs von in gemeinschaftlicher Arbeit erzeugten Produkten beruhen sollen. Eine in keiner Weise geschmälerte Autonomie der Gemeinde soll diese sozialen Neuerungen begleiten und ihnen eine feste Basis geben. Die Kontrole über die Gemeindeverwaltung fällt dem Volke allein zu. Die soziale Revolution, die gleichzeitig eine politische sein muß, wird diese Veränderungen ins Leben rufen und dem Lande Unabhängigkeit gegen das Ausland sichern.

Diese allgemeinen sozialistischen Grundsätze entlehnten die polnischen Emigrantengemeinden den französischen Utopisten. Einen heimathlichen Anstrich erhielten sie durch Vermengung mit dem Katholizismus und dem „Nationalgeist,“ auf denen der „wahre Sozialismus“ beruhe. Anlehnungen an das Evangelium fehlten nicht. Viele Flugblätter und Broschüren jener Zeit zitirten dasselbe, ihre Sprache selbst war biblisch. Das völlig Utopistische dieser Theorien kam in der Praxis noch mehr zum Vorschein. Gab es denn in Polen eine Klasse, die sie annehmen, verstehen und verwirklichen konnte? Eine Klasse, deren Interessen sie ausdrückten, existirte nicht. Ein Fabrikproletariat war nicht vorhanden, denn es gab keine Industrie. Unsere Utopisten sahen sich in die Nothwendigkeit versetzt,

---

*) Humau — zum Andenken an den Volksaufstand gegen den Adel im achtzehnten Jahrhundert, dessen Ausgangspunkt dieser Ort war.

ch an das Volk, an die Bauern zu wenden. Unter diesen waren aber schon inge die letzten Reste des ursprünglichen Kommunismus verloren gegangen. chon in den vierziger Jahren, zu Zeiten der rührigsten Thätigkeit der „Gromady" t das Landvolk vollständig in der kleinbürgerlich-individualistischen Strömung ntergegangen und eher der radikal-demokratischen Tendenz der Demokratischen esellschaft zugänglich, als dem Kommunismus der Gemeinden. Im Volke suchten e ihr einziges Heil, und dieses zwang sie zur Unthätigkeit. Wenn auch unter en Flüchtlingen ihre Grundsätze wenigstens so weit bekannt waren, um von egnern ins Lächerliche gezogen und widerlegt zu werden, so fanden sie im ande selbst, für das sie bestimmt waren, nicht den leisesten Wiederhall. Die aat fiel auf einen zur Keimung möglichst ungeeigneten Boden. Die Begeisterung er Mitglieder, alle ihre Pläne scheiterten an der Unmöglichkeit einer all-emeinen praktischen Thätigkeit, und nur aus einer solchen konnten ihre Be-trebungen frische Nahrung schöpfen. Innere Differenzen der traurigsten Art ersetzten die junge Organisation. Deren festes Gefüge zerbröckelte schließlich, — die Gemeinden gingen in von einander getrennten Gruppen auf, die nach ind nach der Demokratischen Gesellschaft beitraten. Andererseits verloren sich ie Ansichten der übrig gebliebenen Kommunisten in katholischem Mystizismus. Vir wollen hier als Beispiel den Entwurf zur Befreiung der ganzen Menschheit nführen, der von dem erwähnten Herausgeber der auf die Emigration bezüg-ichen Dokumente, Swietoslawski, ausgearbeitet, den Titel „Verordnungen der llgemeinen Kirche" trug. Alle Völker der Erde bilden einen Staat oder eine Kirche, an deren Spitze der Papst — der Statthalter der Kirche — steht. Er vird die Regierung über alle Länder führen unter der Aufsicht des Volkes, das ein eigener Gesetzgeber ist. Der Papst-Statthalter wird in Suez residiren, dem Zentrum der alten Welt. Es steht ihm zu die Ernennung der Häupter der inzelnen Länder, die wiederum durch das ganze Volk kontrolirt werden. Das Eigenthum ist gemeinschaftlich, der Staat übernimmt die Erziehung der Bürger, denen auch die Arbeitsmittel nach Eintritt der Volljährigkeit zur freien Benutzung überlassen bleiben. Die Verkehrssprache der „allgemeinen Kirche" ist polnisch! In solchen patriotisch-katholisch-kommunistischen Utopien verlor sich der verarmte, irrende Gedanke der Gemeinden. An der traurigen Wirklichkeit verzweifelnd und mit allen Kräften sich gegen den offenen Eintritt in die Demokratische Gesellschaft wehrend, warf er ihr kleinbürgerlichen Individualismus vor, und zog sich grollend in das Land der Träume zurück. Endlich proklamirte im Jahre 1846 die Demokratische Gesellschaft den Aufstand und dies Ereigniß war das Zeichen zur Auflösung der „Gromady," obgleich sie faktisch seit 1838 nicht mehr existirten und sich an der Revolution nicht mehr betheiligten.

In volltönenden Manifesten hielt die Demokratische Gesellschaft beharrlich an dem früher eingenommenen, praktisch einzig richtigen Standpunkt fest, daß die Hauptbedingung des Sieges die Betheiligung des Landvolkes am Kampfe sei. Die Bauern sollten durch eine radikale soziale Reform, die eine wesentliche Besser-ung ihrer Lage in sich schloß, für den Befreiungskampf gewonnen werden. Die Unabhängigkeit Polens — behauptete die Gesellschaft — sei untrennbar von der Vertheilung des Grund und Bodens an alle Bauern. So wollte die polnische Demokratie die Bauern erst zu Kleingrundbesitzern machen, ehe sie an die Ver-wirklichung ihrer schließlichen Ziele ging. Wie schon erwähnt, war es Napoleon, der 1807 dem Landvolk die Freiheit verlieh. Aber obgleich „frei," bildete es in seiner ungeheuren Mehrheit ein Landproletariat, das für irgend ein ihm von den Herren zur Bebauung überlassenes Stückchen Land Frohndienste leisten mußte

und so eine Menschengattung darstellte, die nicht mit Unrecht die der leibeigen
Kleingrundbesitzer genannt werden könnte.

Erreichbar war das Ziel nur durch den unwiderruflichen vollständigen Bru
mit den Traditionen der ehemaligen Adelsrepublik; nur durch eine feierliche Lo
sage vom Adel und die herbeizuführende Verkettung der Landeswohlfahrt mit d
Interessen des Landvolkes. Dies war der einzig mögliche, politisch vernünfti
Standpunkt, den die Demokratische Gesellschaft hätte einnehmen sollen, wollte
ihrem kleinbürgerlich-demokratischen Programm treu bleiben. Jedoch nur in übe
schwänglichen Manifesten nahm sie diese Stellung ein. Ihre übrige Thätigke
beschränkte sich auf fruchtlose Versuche einer Vereinigung der Interessen des Lan
proletariats mit den Interessen des Adels; das hieß aber die widerstrebende
sich bekämpfenden Klassen zur gemeinsamen Arbeit anrufen, ohne ihren Antagoni
mus zu berücksichtigen oder von der privilegirten Klasse ein Opfer zu verlange

Anstatt den Adel abschaffen und ihn durch Vernichtung seiner politisch
Macht den anderen Klassen gleich stellen zu wollen, träumten die Demokrat
von der „Erhebung des Landvolks auf das Niveau des Adels,“ wollten sie d
ganze Nation adelig machen. Sie sprachen von seiner „Veredlung“ durch Ve
leihung von Wappen, die die „reformirenden“ Landjunker sich nicht rauben ließe
Geblendet, befangen in alten Traditionen, konnten die polnischen Demokraten si
nicht entschließen, das Volk gegen den Feind im Innern zu führen, wie es d
französische Bourgeoisie am Ende des vorigen Jahrhunderts gethan hatte. S
schlugen den Weg der Kompromisse ein und markteten um irgend eine kleine Ve
zichtleistung auf die wohlerworbenen Rechte des Adels, dessen Macht sie kannt
und fürchteten. Das Landvolk war für sie nur das Mittel zur Aufrichtung d
früheren Polens „von Meer zu Meer.“ Als die Bauern die Nothwendigkeit der B
kämpfung des „äußeren Feindes“ nicht einsahen, und die Waffen gegen den Peinig
im eigenen Hause kehrten, da waren es die gleichen Demokraten, die den Au
ruhr der Bauern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln niederwarfe
Und als endlich aus den Reihen des Volkes selbst das Verlangen erschallte na
Zutheilung von Grundbesitz, da wurde es vom Adel rundweg abgeschlagen, u
erst dann entschloß sich dieser nachzugeben, als ihm, wie die österreichische Regierun
in Galizien im Jahre 1848 that, eine Entschädigungssumme versprochen wurde.*
Hätte sich der Adel damals der Reform der Grundbesitzverhältnisse weiter wieder
setzt, so wäre sie auf gewaltsame Weise durchgeführt worden. Ganz ähnlich w
in Galizien war die Lage 1848 in der Provinz Posen. In Kongreßpolen nah
die Reform einen anderen Verlauf. — Wir sehen, wie die Demokratie im Jah
1848 sich ihrer Aufgabe durchaus nicht bewußt war. Da sie in Halbheite
stecken blieb, konnte sie das Volk nicht nach sich ziehen. Im besten Fall erwarte
sie die Aufrichtung des demokratischen Polens als ein Geschenk aus den Händ
des Adels. Ohne Mühe wurden denn auch die Aufstandsversuche in Posen u
Galizien niedergeworfen.

Das Jahr 1863 fand keine großen Veränderungen in den inneren Ve
hältnissen Polens. Die revolutionäre Nationalregierung hatte im Beginne d
Aufstandes sofort eine feierliche Verfügung erlassen, den „Akt betreffs Vertheilun
des Grundbesitzes an die Bauern,“ jedoch nichts gethan, um diese Verfügung au
in Kraft treten zu lassen. Man zog die Niederlage durch die Armee des Zare
der Befreiung des Volkes von den Frohndiensten vor. Denn man befand si
vor dem Aufstande in keinem Zweifel darüber, daß ohne Mitwirkung de

---

*) Indemnisationsschuld, deren Zinsen das ganze Land trug.

Volkes nur eine Niederlage zu erwarten sei. Mancher Anführer der aufständischen Kräfte half sich durch Aufhängen der Bauern, die nicht mit marschiren wollten. Seinerseits übte der Bauer Gegenrecht, verrieth die eingenommenen Stellungen, und lieferte die Aufständischen ohne Erbarmen den Russen aus. Zum letzten Mal fielen alle Bemühungen, die politische Unabhängigkeit eines nur adligen Interessen dienenden Polens zu erlangen, in ihr Nichts zusammen. Die Lösung der Bauernfrage nahm die russische Regierung in die Hand. In aller Eile, ohne Vorbereitung und Einsichtnahme in die besonderen Verhältnisse erfolgte auf Befehl des Zaren die Vertheilung des Bodens an die Bauern. Die Regierung schritt eigenmächtig ein, ohne die geringste Beachtung der Wünsche des Adels, und verfolgte nur ein Ziel: Niederwerfung des Aufstandes, und wenn dies nicht gelingen sollte, Verhinderung seiner Ausbreitung. Darum die Bevorzugung des hörigen Bauernstandes, darum die schonungslose Hintansetzung der Interessen des Adels, darum die in aller Eile erlassenen Verfügungen; die verwickelten Abhängigkeitsverhältnisse der ländlichen Bevölkerung boten eine willkommene Gelegenheit, die Bauern auf die Seite der Regierung zu ziehen. Da Klarheit zu schaffen, hätte der Verzichtleistung auf ihre wirksamste Waffe geglichen. Es tauchten denn auch eine Unmenge Prozesse wegen der Servitute auf, welche die russischen Staatsmänner durch ein ganzes, klug ausgedachtes System von einander oft widersprechenden Maßregeln noch mehr verwirrten. Diese Politik trug goldene Früchte; die Regierung hatte sich auf alle Fälle einen geeigneten Wirkungskreis gesichert und ließ das im Bauern erwachte Gefühl der Dankbarkeit nicht aussterben. Sie erzog sich eine ihr ergebene Volksschicht und nährte ihren Haß gegen den Adel. Die Demokratie hatte ihre Rolle zu Ende gespielt. Religiöser Enthusiasmus, nationale Traditionen, Rassenhaß hatten sie stark gemacht, aber sie fürchtete auf die Klassengegensätze zu weisen und schob mit Entrüstung die Zumuthung bei Seite, das Volk gegen die Russen und gegen die Herren gleichzeitig zu führen. Das Einzige, was den Erfolg sichern konnte, überließ sie der Regierung. Nochmals endete der Aufstand mit einer Niederlage, wozu sich nun auch die Vernichtung der Demokratie gesellte.

(Schluß folgt.)

Die Getreidezölle Europas und Amerikas.*)

Je mehr mit der Entwicklung der modernen Verkehrsmittel die internationale Beweglichkeit der Agrarprodukte wuchs, je mehr die entlegensten Produktionsgebiete mit ihren billigen Getreide- und Fleischsendungen preisdrückend auf alle Märkte eindrangen, desto eifriger ist man in den verschiedensten Ländern an die Errichtung von schützenden Zollmauern gegangen. Für eine Reihe der europäischen Staaten konnte man lange Zeit behaupten, daß der Agrarschutz zum Mittelpunkt der gesammten Tarifpolitik geworden sei; für Frankreich trifft diese Behauptung heute noch zu.

*) Die folgende Zusammenstellung scheint uns im Augenblicke nicht ohne Interesse. Sie zeigt deutlich, wie oberflächlich jene Anschauung ist, wonach die Agrarzölle nur als eine üble Frucht des „Bismarck'schen Systems“ erscheinen, die mit dem Stammvater von selbst absterben müsse. Es ist nicht nur der deutsche Freisinn, in dessen Kopf sich große Strömungen des modernen Wirthschaftslebens so merkwürdig in das Persönliche verzerrt widerspiegeln. Der deutschen Sozialdemokratie liegt eine solche Auffassung am allerfernsten, ganz frei davon hat sie sich aber in ihrer Versammlungs- und Preßagitation wohl nicht zu halten vermocht.

Nur eine große Ausnahme giebt es hier in den vorgeschritteneren Theilen Europas: England, dessen Handelspolitik schon lange nicht mehr durch die Last so schwerwiegender agrarischer Interessen gehemmt ist, wie sie sich bei den anderen Staaten finden.

England hat es mit ziemlichem Gleichmuth ertragen können, daß in Folge der ausländischen Getreidezufuhren sein heimischer Weizenbau immer mehr zurückgeht — die mit Weizen bebaute Fläche verringerte sich in England, Wales und Schottland von über 3,6 Millionen Acres im Jahre 1868 auf noch nicht 2,4 Millionen in der Gegenwart, also in zwanzig Jahren um ein volles Drittel. England hat dafür billigeres Brot für seine weltbeherrschende Industrie gewonnen, und seit der Agitation und dem Siege der Anti-Corn-Law-League weiß es den ungeheueren Werth dieser Waffe für seine Weltmarktsstellung zu schätzen. „London, Liverpool und Manchester, früher die theuersten Plätze, haben heute die billigsten Preise für Lebensmittel im ganzen westlichen und mittleren Europa. . . . England hat nur sein eigenstes Interesse im Auge. Die grundbesitzende Aristokratie ertrug den Hauptstoß der amerikanischen Konkurrenz in Gestalt von Pachtkürzungen, weiß sich aber als Besitzer von Baugründen und ungeheueren Summen beweglichen Kapitals schadlos zu halten. . . . England hatte vorher in Europa das wohlfeilste Kapital*), die höchsten Löhne, die theuersten Lebensmittel. Gegenwärtig sind zu den wohlfeilsten Kapitalien auch noch die billigsten Lebensmittel hinzugetreten" (Peez). Lord Salisbury kennzeichnete kürzlich die Situation Englands schlagend durch das Wort, daß die Depression der Landwirthschaft der Preis sei, den man für das allgemeine Gedeihen, das heißt deutlicher: für die Prosperität der exportirenden Industrie, zahlen müsse.

Ganz ohne agrarische „Schutzmaßregeln" ist es übrigens auch in England nicht abgegangen. Die immer wiederkehrenden Viehsperren sind, genau wie bei uns, viel weniger für die Gesundheit der Konsumenten wie für die Beutel der Viehzüchter und Mäster nützlich und nothwendig gewesen. Die wechselnden Regierungen haben natürlich beharrlich bestritten, daß diese Wirkung in ihrer Absicht gelegen habe; aber es müßte ein wunderbarer Zufall gewesen sein, daß gerade bei niedrigen Viehpreisen immer eine Verseuchung der ausländischen Thiere festgestellt und dann pflichtgemäß die Einfuhr untersagt wurde.

Ganz anders verliefen die Dinge auf dem europäischen Kontinent.

Welche Rolle in Deutschland das agrarische Interesse spielt, weiß Jedermann.

Bis in die Mitte der siebziger Jahre waren die Landwirthe Deutschlands, von den Weinbauern abgesehen, sammt und sonders freihändlerisch. Zum Theil exportirten sie noch Weizen, Mehl, Spiritus, Vieh und Butter, besonders nach dem lohnenden englischen Markt; theils hatten sie wenigstens eine drückende Einfuhr nicht zu fürchten; was über die österreichische und russische Grenze kam, füllte — so weit es nicht nach England, nach Frankreich weiterging — nur die Lücken aus, welche die Ausfuhr gelassen hatte. Die deutschen Landwirthe hatten sich damals gegen keine „Gefahr" abzusperren, und auch von industriellen Schutzzöllen wollten sie nichts wissen, weil sie nach dieser Seite lediglich das Interesse hatten, die Industriewaaren billig einzukaufen, und weil die durch Zölle künstlich emporgetriebene Industrie ihnen in hellen Schaaren die Arbeiter entzog.

Die Ermäßigung des Roheisenzolls im Jahre 1870 geschah auf Betreiben der Agrarier, besonders derjenigen aus dem Osten. Der Kongreß deutscher Land-

---

*) Herr Peez meint den niedrigsten Zinsfuß.

wirthe erklärte 1872 fast einstimmig: „Alle Zölle, welche als Schutzzölle wirken, sind als vorzugsweise den Landbau schädigend, unbedingt verwerflich.“*) Der Abgeordnete von Behr war es, unter dessen Namen 1873 der Antrag auf völlige Aufhebung fast aller Eisenzölle eingebracht wurde. Den Antrag unterstützten von Below-Saleske, die Grafen zu Dohna-Finkenstein und Eulenburg, Freiherr von Frankenberg-Ludwigsdorff, von Minnigerode, von Wedell-Malchow. Die „Pommer'sche ökonomische Gesellschaft,“ heute unter Herrn von Below eine Hauptstütze aller agrarischen Begehrlichkeiten, selbst des Wollzolles, kämpfte in jenen Tagen mit in der ersten Reihe gegen die letzten Schutzzollreste. Niendorf und von Wedemeyer waren enragirte Freihändler; die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer“ huldigte hier in ihren Anfängen dem mammonistischen Nihilismus, wie es die „Kreuzzeitung“ heute nennen würde.

Der Umschwung ließ nicht lange auf sich warten. Die rasch emporgewachsene amerikanische und russische Konkurrenz drängten das deutsche Korn und Fleisch aus dem englischen Markt hinaus, sie schmälerten ihm sogar den Absatz in Deutschland. Sah man auf deutscher Seite bald ein, daß man den englischen Markt nicht werde behaupten können, so wollte man dafür wenigstens das deutsche Absatzgebiet sich ausschließlich sichern, viel ausschließlicher wie bisher, wo man um des reichen Abflusses nach England willen den Zufluß von außen her ruhig ertragen hatte. So begann, trotz aller politischen Bedenken, die deutsche Grenzsperre gegen Vieh aus Oesterreich, um das aus England vertriebene Mastvieh aus Holstein, der Provinz Sachsen und dem Osten nach dem Rhein und dem deutschen Süden und Südwesten senden zu können, wo früher die ausländische Einfuhr Boden gefaßt hatte; selbst die Viehdurchfuhr gönnte man Oesterreich nicht mehr, weil man ihm den dadurch erleichterten Absatz im Auslande abzuschneiden suchte, um dort für den eigenen Absatz zu gewinnen, was noch zu gewinnen schien. Die Agrarzölle sollten nach allen Seiten das weitere Eindringen fremder Landwirthschaftsprodukte nach Deutschland verhindern.

Das agrarische Interesse bäumte sich nach dem so gegebenen Anstoß überall gegen den Freihandel auf. Hatte Deutschland die Verdrängung vom englischen Markte damit beantwortet, daß es sich hinter Schutzzöllen und Sperrmaßregeln verschanzte, so entschädigte Oesterreich-Ungarn sich für den Rückgang seines agrarischen Exportes dadurch, daß es den Druck nach rückwärts weiter gab und gegen die über seine Süd- und Ostgrenze bisher herübergeströmten Produkte Rumäniens, Serbiens und Rußlands Zollbarrièren zog.

Es ist neben den Zöllen besonders die deutsche Viehsperre gewesen, welche die Landwirthschaft unseres Bundesgenossen mit ungeahnter Wucht traf. Die Ausfuhr über die deutsche Grenze zeigt in den Jahren 1877/80 mit einem Male eine Abnahme: bei Ochsen und Stieren um 86 Prozent (von 106 758 auf 14 679), bei Kühen um 78 Prozent, bei Jungvieh und Kälbern um 72 Prozent, bei Schweinen um 46 Prozent (von 578 448 auf 313 390), bei Spanferkeln um 31 Prozent, bei Schafvieh und Ziegen um 89 Prozent (von 406 257 auf 41 934). Oesterreich-Ungarn sperrte sich nunmehr gegen das Vieh aus Rußland ab, es verbot die Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch und Speck, es führte einen erbitterten Krieg mit Rumänien; gegen Serbien war es aus politischen Gründen etwas aufgeknöpfter, aber auch nicht immer.

---

*) Vergl. darüber auch den Artikel: Deutsche und amerikanische Zollpolitik von K. Kautsky, „Neue Zeit,“ 1890/91, I. Bd., S. 161 ff., namentlich S. 164, Note.

Das Getreide ging bei der österreichisch-ungarischen Tarifänderung von 1878 noch zollfrei aus. 1882, bei der zweiten Tarifrevision, nahm Oesterreich auch die Getreidezölle wieder auf. Zunächst traf der Schlag die russische Einfuhr, da Rumänien vertragsmäßig die Freiheit noch bis 1886 genoß; dann traten gegen dieses Land nicht nur die allgemeinen Zölle (3 Mark für den Doppelzentner Weizen und Roggen), sondern sogar Kampfzölle in Wirksamkeit. Die Getreidezolleinnahmen betrugen nach Matlekovits 1882 218 000, 1887 760 000, 1888 487 000 Gulden, was für ein Getreide exportirendes Land immerhin nicht ganz unbeträchtlich ist, gegen die Zahlen eines Getreide importirenden Landes wie Deutschland freilich verschwindend erscheint. Natürlich ist unter so gänzlich verschiedenen Einfuhrverhältnissen auch der Einfluß des Zolles auf die Preisbildung in Deutschland und Oesterreich ein gänzlich verschiedener; wenn daher jetzt, nach den Handelsverträgen, die Getreidezölle in Deutschland und Oesterreich-Ungarn annähernd gleich stehen, so folgt daraus noch lange nicht, daß die deutschen Konsumenten in ihrer Brotnahrung nicht schwerer belastet seien wie die unseres Nachbarstaates. Doch liegen uns heute Erörterungen hierüber fern.

Wir sind bei Deutschland und Oesterreich-Ungarn absichtlich etwas länger verweilt, um die Ursachen des seit zehn bis fünfzehn Jahren fast überall stärker hervortretenden staatlichen Schutzes der Landwirthschaft durch Zölle und Sperren nachdrücklicher zu betonen. So lehrreich es wäre, die Verschiedenheit der internationalen Lebensmittelkonkurrenz in den einzelnen Ländern — nach den hauptsächlich in Betracht kommenden Produkten, Ursprungsländern, Einfuhrmengen rc. — zu schildern, so glauben wir doch nunmehr kurz sein zu können und beschränken uns wesentlich auf die Mittheilung der schließlich bewirkten Zolländerungen.

Frankreich hat in seinem Zolltarif von 1881 die Getreidezölle noch wenig entwickelt. Seit 1860 erhob es die geringe Einfuhrgebühr von 62 Centimes (etwa 50 Pfennigen) für 100 Kilo Weizen und 1,25 Franken (1 Mark) für Weizenmehl; Roggen, Gerste und Hafer blieben ganz frei. Der Tarif vom 7. Mai 1881 erhob 60 Centimes für Weizen, 1,20 Franken für Weizenmehl. Erst 1885 errangen die Agrarzöllner große Erfolge. Herr Méline, heute der Führer der Schutzzöllner im Parlament, war damals Landwirthschaftsminister und äußerte offen seine Meinung dahin, inmitten einer über die halbe Welt verbreiteten protektionistischen Bewegung noch länger Freihandelspolitik zu treiben, heiße sich zum Narren halten lassen, der Zoll werde vom Auslande getragen, das Brot werde durch ihn nicht theurer. Der Berichterstatter der Kommission der Nationalversammlung, Herr Graux, erklärte sogar die von dieser angenommenen Zollsätze für zu niedrig, um nachhaltige Abhilfe zu bringen*); allein er erwartete von ihnen die moralische Wirkung, daß die Landwirthschaft zunächst wenigstens sehe, man kümmere sich um sie, so daß sie wieder Muth und Thatkraft gewinne. Auch hier löſten die wirthschaftlichen Interessen alle alten Parteizusammenhänge und -Gruppirungen auf; selbst viele radikale Republikaner stimmten für die agrarischen Zölle. Der Weizenzoll wurde am 25. Februar 1885 mit 316 gegen 175 Stimmen angenommen. Die Getreidezölle betrugen nunmehr nach dem vom 28. März 1885 datirten Gesetz: 3 Franken (2,40 Mark) für Weizen (bei außereuropäischem Ursprung, doch aus europäischen Entrepots sogar 6,60 Franken), für Weizenmehl 6 Franken, für Hafer, Roggen, Gerste 1,50 Franken (1 Franken = 80 Pfennige).

---

*) Wir folgen hier der Darstellung von Jäger, Agrarfrage, III. Bd., 1888, S. 378 ff.

Schon 1886 lag dem Parlament ein Antrag auf Erhöhung der Getreide-
ölle vor. 1887 trat diese Erhöhung thatsächlich ein: auf 5 Franken beim Weizen
nd 8 Franken bei Weizenmehl; 1889 dann beim Roggen auf 3 Franken, beim
oggenmehl auf 5 Franken.*) Herr Méline war schon 1887 das Haupt der
rlamentarischen Majorität, nachdem er den Ministersessel verlassen hatte; heute
t er eifriger denn je daran, die Getreidezölle unversehrt zu erhalten — sie
ehen allesammt nicht im Minimaltarif und dürfen daher auch in Handelsver-
rägen nicht zu Zugeständnissen benutzt und herabgesetzt werden — und die Vieh-
nd Fleischzölle maßlos in die Höhe zu treiben. Dieselbe Kammer, welche im
origen Sommer eine vorübergehende Suspension der Getreidezölle bewilligen
ußte, unternimmt soeben den denkbar stärksten und hoffentlich letzten agrarischen
orstoß.

Trotz der Zölle ist jedoch der Weizenbau in Frankreich seit etwa zehn
ahren stationär geblieben, die Einfuhr stieg seit 1885 beständig weiter.

Auch in Italien wurden die Landwirthe kopfscheu, als im Anfang der
chtziger Jahre der jähe Preissturz fast aller landwirthschaftlichen Erzeugnisse sich
ir sie fühlbar machte. Eine Enquetekommission, aus Mitgliedern des Senats
nd Parlaments und aus Vertrauensmännern der Regierung bestehend, sprach
ch 1885 in ihrem Bericht noch gegen Agrarzölle aus; 1887 gelangten sie den-
och zu energischer Durchführung. Heute zahlen 100 Kilo Weizen und Roggen
Italien 5 Franken (ursprünglich 1,4, 1887 dann 3 Lire), Weizen- und
oggenmehl 8,7 Franken, ungeschälter Reis 5 Franken, geschälter Reis 11 Franken,
ries 11 Franken, Hafer 4 Franken. Dazu kommen ganz beträchtliche Vieh-,
leisch-, Butter-, Käse- und Holzzölle.

Belgien hat sich bei seinem relativ geringen Getreidebau auch von Ge-
reidezöllen frei erhalten; doch stellten auch hier noch im vorigen Monat (November
891) einige Abgeordnete (Dumont und Genossen) einen dahingehenden Antrag,
achdem seit 1884, seitdem die Ultramontanen wieder ans Ruder gelangt sind,
en Bauern immer von Neuem „Schutz" zugesagt worden ist. 1887 hat in der
hat Belgien wieder Vieh- und Fleischzölle eingeführt, die 1873 abgeschafft
orden waren; außerdem ist durch lästige Vorschriften die Fleischeinfuhr sehr
rschwert.

Der Verfall der niederländischen Bauernwirthschaft beschäftigt die öffent-
iche Meinung gleichfalls lebhaft. An Getreidezölle denkt man hier jedoch weniger
ls anderwärts, weil der größte Theil des Bodens der Viehwirthschaft dient und
ie Bauern daher mehr als sonst Getreide zukaufen müssen. Ein im Jahre 1890
on dem Abgeordneten Bahlmann den Generalstaaten vorgelegter Gesetzentwurf,
m dem Landbau mittelst „mäßiger Einfuhrzölle" auf Getreide zu Hilfe zu
ommen, ist nicht einmal zur Berathung gelangt.**) Ueber die Aussicht auf Ein-
ührung von Viehzöllen spricht sich unsere Quelle nicht aus.

Dänemark hat keine Schutzzölle für die Landwirthschaft. Doch legte im
anuar 1886 die Regierung dem Volksthing einen Gesetzentwurf vor, wonach
etreide mit einem Einfuhrzoll belegt werden sollte, nämlich Mais und Gerste

---

*) Wie vorsichtig man selbst sonst tüchtige statistische Arbeiten benutzen muß,
rgiebt sich z. B. daraus, daß Professor Conrad in seinem Handwörterbuch (Agrar-
risis, 1890), in seiner Darstellung der Agrarzölle bei Schönberg (1891), in seinem
ahrbuch (Getreidezölle, April 1891) als letztes französisches Gesetz immer nur das
on 1885 mit seinen Zollsätzen kennt.

**) Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 49. S. 253.

pro 100 Pfund unvermahlen mit 75 Oere, vermahlen (sowie auch Malz) m
2 Kronen. Der Thing wies diese Vorschläge schroff zurück. Auch andere En
würfe der Regierung vom Oktober 1886 und später fanden keine Annahm
Nachdem erst in diesem Jahre (1891) ein allgemeines Zollgesetz zu Stan
gekommen ist, wird sobald nicht an neue, vollends nicht an agrarische Zölle
denken sein.

In Schweden haben sich die Kämpfe und schließlichen Siege der Schu
zöllner in ähnlicher Weise abgespielt wie in Deutschland. Bis 1888 bes
Schweden einen leidlich freihändlerischen Tarif. Alle Nahrungsmittel, auß
Käse, waren zollfrei. Schweden exportirte sogar lange Zeit schwarzen Hafer na
Frankreich, Roggen und Mehl nach verschiedenen Märkten. Diese Märkte ging
mehr und mehr verloren, die Bedrängniß im Inlande begann. Seit 188
tauchen fortgesetzt agrar-schutzzöllnerische Anträge in der Volksvertretung auf. D
Industriellen, die für sich ebenfalls Zölle erstreben, isolirt aber machtlos sin
verbinden sich mit den Agrariern. 1888 triumphirten sie. Es zahlen sei
dem pro 100 Kilo: Roggen, Weizen, Mais, Erbsen, Bohnen 2 Krone
50 Oere (1 Krone = 1 Mark 12½ Pfennig = 100 Oere), Mehl un
Grütze aller Art 4 Kronen 30 Oere, Malz 3 Kronen, Hafer und Wick
1 Krone. Augenblicklich halten die Freihändler im Lande fleißig Protestversamm
lungen gegen die „Hungerzölle" ab, der Reichstag soll sich mit einer „Ermäßigung
befassen.

In Norwegen streiten sich Freihändler und Schutzzöllner um die Her
schaft; die Freihändler haben bisher noch die Majorität sich erhalten. Das h
aber nicht gehindert, daß der Zoll, der auf Weizen, Roggen, Korn (?) und Ma
nach dem Zolltarif von 1872 15 Oere per Hektoliter, per Doppelzentner Rogger
und Kornmehl 31,3 Oere, Weizenmehl 125 Oere betrug — 1883 für Rogger
Roggenmehl und -grütze, sowie 1886 für Gemüse erhöht wurde.*)

Auch in Portugal ist der Zoll auf Weizen von 10 auf 15 Reïs, a
Roggen von 9 auf 14 Reïs für das Kilogramm erhöht worden, und beträ
demnach für Weizen ungefähr 6,80 Mark, für Roggen ungefähr 6,35 Mark fü
100 Kilogramm." (Begründung der deutschen Getreidezollvorlage von 1887

Ueber Spanien steht uns im Augenblick kein Material zur Verfügun

Hochinteressant ist nun die Beobachtung, daß die Vereinigten Staate
von Amerika, gegen die sich Europa mit Lebensmittelzöllen wehrt, ihrersei
ebenfalls die Agrarzölle recht eifrig pflegen.

Die Union exportirt bekanntlich nicht nur in riesigen Massen Baumwoll
Tabak, Fleisch, Brotstoffe und Käse, sondern sie importirt auf der anderen Sei
auch in ziemlichen Mengen Agrarprodukte, besonders aus Kanada, Eier z. B
aus diesem Lande im Jahre 1889 nicht weniger wie 15 Millionen Dutzen
Gerste für 26 Millionen Mark, Holz für 33 Millionen, Pferde für übe
8 Millionen. Herr Mac Kinley hat auch hier Rath geschafft und die Agrarzöl
erhöht — wir lassen dahingestellt, ob es mehr geschehen ist, um die Farmer fü
die Tarifrevision zu gewinnen, oder mehr zu dem Zwecke, Kanada gefügig z
machen für die panamerikanischen Pläne der Union. Die Zollsätze wurden dem
nach im vorigen Jahre (1890) erhöht per Bushel: Gerste von 10 auf 30 Cents
Malz von 20 auf 45 Cents, Maismehl von 10 auf 15—20 Cents, Hafer vo
10 auf 15 Cents, Weizen von 20 auf 25 Cents, Bohnen von 10 auf 40 Cent
Kartoffeln von 15 auf 25 Cents — Butter und Käse per Pfund (englisch

*) Verein für Sozialpolitik. S. 353 ff.

von 4 auf 5 Cents; Eier waren früher frei und zahlen nunmehr das Dutzend 5 Cents.*)

Die kanadischen Farmer können sich darüber kaum beklagen, denn sie haben nach Weizen- und Mehlzöllen geschrien, bis sie dieselben erhalten haben — was doch wohl gegen die Vereinigten Staaten sich richtete, die Müllerei in Kanada freilich zum Theil dem Ruin nahe brachte.

In dem industriell hochentwickelten Europa scheint augenblicklich die Hochfluth der Agrarzölle, zum Theil aus vorübergehenden Ursachen, wie Mißernten und Theuerungen, im Rückgange. In Staaten, in denen die Landwirthschaft maßgebend ist, werden die Agrarzölle noch lange bestehen und sich fortentwickeln. Hat doch soeben in Australien die zur Herrschaft gelangte Schutzzollpartei in Neu-Süd-Wales ihre Thätigkeit damit eröffnet, daß sie Schutzzölle auch on food stuffs, auf Lebensmittel, vorschlägt. —ms.

Die rechte Hand Bismarck's.

Eine Plauderei von **Ferd. Wolff.**

Als ich zum ersten Male mit Herrn Bucher zusammenkam, hatte ich ihm einen Brief zu übergeben. Der Brief war die Einlage eines anderen Briefes gewesen, den ich kurz vorher von Herrn Prutz, dem damaligen Redakteur des „Deutschen Museums," empfangen hatte.

Herr Bucher war ganz englisch eingerichtet. Bei meinem Eintritt fand ich ihn in einer Masse von englischen Journalen begraben, von denen die „Times," die er noch in seiner Hand hielt, mit großen Buchstaben mir bei der Uebergebung des Briefes entgegenstarrte.

Herr Bucher empfing mich aufs freundlichste, und während er den Brief durchlas, bemühte ich mich vergebens, in seinen Zügen das frühere revolutionäre Parlamentsmitglied wiederzufinden. Sogar den Flüchtling hatte er sich aus seinem Gesichte rein abgeschoren. Mit anderen Worten, er war so glatt rasirt, wie ein echter Engländer der damaligen Zeit nur sein konnte. Denn zu jener Zeit, d. h. der ersten Ausstellung in London, war es noch keineswegs Mode geworden, sich den Bart wachsen zu lassen, und wir andern Flüchtlinge, die nichts nach England hinüber brachten als unsere Bärte, wir mußten es uns nur zu oft gefallen lassen, hinter unserem Rücken Jungen und Mädchen von der Straße schreien zu hören: „much hair, much hair!" was so viel heißen sollte, als „much hair and little money," reich an Haaren aber arm an Geld. Der letzte Theil der Phrase war um so empfindlicher für uns, als er nicht ausgesprochen, sondern es einem Jeden freigestellt wurde, sich denselben als Ergänzung hinzuzudenken.

„Wiederum eine neue Anfrage um Beiträge; ein neues Gesuch an mich, Korrespondenzen für ein neues Blatt zu schreiben," das waren die ersten Worte, die Herr Bucher nach beendigter Lektüre seines Briefes fallen ließ. „Sie alle von Deutschland fragen nach Korrespondenzen und Artikeln bei mir an. Mein Gott, man kann sie doch nicht alle befriedigen, wenn man bereits so viele Arbeit an der Hand hat." Ich bemerkte natürlich, wie schmeichelhaft für ihn ein solches

*) 1 Cent = 1/100 Dollar, 1 Dollar = 4,20 Mark. 1 Bushel = reichlich 1/3 Hektoliter. Das amerikanische Bushel Weizen rechnet man usancemäßig zu 60 englischen Pfund = 30½ Kilo. Der amerikanische Weizenzoll würde sich daher fast genau mit dem deutschen Kornzoll nach den Verträgen decken.

Monopol sein müsse, und daß ich meinerseits vor der Hand blos auf das „Deutsche Museum“ und das „Morgenblatt“ beschränkt sei, da ich blos literarische Artikel schreiben könnte und viel zu unbekannt mit der englischen Politik und der Politik im Allgemeinen sei, um mich an ein solches schlüpfriges Gebiet zu wagen. Uebrigens sei ich von dieser Seite so ziemlich geschützt, da ich nicht, wie er, Herr Bucher, diplomatische Aufträge von politischen Blättern erhielte.

Das Gespräch wurde dann allgemeiner. Es war damals die Sitte unter den Korrespondenten, daß sie die Zeichen, unter denen sie schrieben, wie ein großes Staatsgeheimniß mit der größen Sorgfalt geheim hielten. Wir kamen dann auf die „Nationalzeitung“ zu sprechen und Herr Bucher nahm dabei Gelegenheit, zu bemerken, daß dieses Blatt wohl das einzige sei, das die englischen Zustände mit einiger Treue wiedergäbe; dabei hütete er sich wohl, auch nur mit der geringsten Andeutung laut werden zu lassen, daß er der Korrespondent sei, der diese Artikel unter dem Zeichen des Quadrats schrieb.

Ich hatte kurz nachher Gelegenheit, dem Herrn Else einen Besuch abzustatten. Er war nach London gekommen, um Materialien für seine Zeitschrift, die „Atlantis,“ zu sammeln. Ich war durch Freiligrath an ihn empfohlen und sollte Artikel für sein Blatt über das Stillleben Englands und über die häusliche Glückseligkeit beisteuern; wie sich von selbst verstand, bemerkte ich Herrn Else, daß ich nichts mit der Politik zu schaffen hätte. Aber vor meinem Abschiede vertraute er mir unter dem Siegel der größten Verschwiegenheit an, daß sein politischer Korrespondent von London Herr Bucher sein werde, derselbe Bucher, der unter dem Zeichen des Quadrats die famosen Artikel in die „Nationalzeitung“ schreibe, und unter demselben Zeichen auch für seine Zeitschrift thätig mitwirken werde. Ich hielt es dann für angemessen, ihm von meiner Seite als ein ebenso großes Staatsgeheimniß anzuvertrauen, daß der Quadrat-Korrespondent in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ kein Anderer gewesen sei als ich, und stellte es ihm frei, dieses Geheimniß, wenn er wolle, in ganz Deutschland auszuposaunen; ich versicherte ihn aber, daß er dem Herrn Bucher keinen größeren Dienst leisten könnte, als gerade diese Bekanntmachung.

Als ich das nächste Mal wieder mit Herrn Bucher zusammenkam, hatte er wieder die „Times“ in der Hand, und da ich die erste Frage, die er an mich richtete, ob ich die Zeitung von diesem Morgen gelesen hätte, verneinen mußte, da machte er mich auf eine Stelle aufmerksam, worin dem deutschen Korrespondenten der „Nationalzeitung“ die besondere Auszeichnung zu Theil wurde, von der „Times“ als der Mann bezeichnet zu werden, der es verstand, zu gelegener Zeit Löcher in den Mantel John Bull's zu schlagen. Dabei sah er so selbstgefällig, so strahlend und stolz auf, daß man auf seinem Gesichte lesen konnte: „Ich habe den Artikel geschrieben. Ein Mann, der Löcher in den Mantel von John Bull schlagen kann, das muß kein gewöhnlicher Mann sein, und ich bin dieser ungewöhnliche Mann: ich habe Großbritannien eine Wunde versetzt, welche die „Times“ nicht so leicht heilen kann.“ Seine Freude über den Triumph überwältigte für den Augenblick seine Staatsklugheit, und im Uebermaße seiner Gefühle ließ er das Staatsgeheimniß, daß er, Bucher, der Quadrat-Korrespondent der „Nationalzeitung“ sei, seinen Lippen entschlüpfen. Oh, ich verstand seine Gefühle nur zu wohl und konnte herzlichen Antheil an seiner Freude nehmen. Ich hatte ja auch einst, gerade wie Herr Bucher, als Quadrat-Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung“ Löcher in den Kaisermantel Napoleons geschlagen, und hatte gewähnt, daß diese Löcher, vor den Augen der ganzen Welt blosgestellt, nie wieder zuheilen könnten. Aber der Kaisermantel war bald wieder so zu-

sammengeflickt, daß auch keine Naht darin zu entdecken war, während ich selbst die größte Mühe hatte, die Löcher in meinem eigenen Rocke zu verbergen.

Der „Divan," ein Kaffeehaus mit Lesezimmer am Strand, war zu dieser Zeit der Sammelplatz der deutschen Korrespondenten in London. Hier wurden die meisten deutschen und englischen Journale gehalten. Das Haus war nahe bei der Post, und die Korrespondenten konnten für ihre Depeschen die letzten Nachrichten aus den englischen Abend-Journalen beifügen. Dabei hatten sie Gelegenheit, ihre eigenen Artikel gedruckt zu lesen und sich an ihrer diplomatischen Weisheit zu weiden. Herr Bucher saß gewöhnlich an einem etwas abgesonderten Tische, mit einer brennenden Zigarre im Munde und einer rauchenden Tasse Kaffee vor sich. Es war lange kein Geheimniß mehr in England und in dem „Divan," daß er der Quadrat-Korrespondent der „Nationalzeitung" sei. Er selbst war beflissen, dieses so offenkundig als möglich zu machen. Als ein ehemaliges Parlamentsmitglied hatte er Verbindungen angeflochten mit dem bizarren englischen Parlamentsmitgliede Urquhart, dem er in allen Dingen nachzuahmen strebte, in seinen politischen Angriffen auf England sowohl als in seinen Gesundheitsmaßregeln, namentlich in seiner Manie, das türkische Bad als ein universelles Heilmittel zu betrachten. Sein Anrecht auf den Mantel John Bull's wollte er sich von Keinem nehmen lassen. Der war sein Monopol, gerade wie für Ronge der zerfetzte Rock in Trier. Ich muß es Herrn Bucher zum Lobe nachsagen, daß er sich nicht damit begnügte, Wunden zu schlagen, oder Mängel in der englischen Konstitution aufzudecken. Wie ein weiser Staatsmann unterließ er nie, die Mittel anzugeben, wie man solchen Mängeln abhelfen könnte. In wie weit man seinen Rathschlägen nachkam, will ich hier nicht untersuchen. Aber seine Freundschaft mit Urquhart, der seine Hand in allen Dingen hatte, mag allerdings Herrn Bucher zu der Aeußerung berechtigt haben, daß seine Stimme in England mehr gelte als in dem Vaterlande, das ihn ausgewiesen habe. Die Zeit nahte indessen heran, wo auch die preußische Regierung ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen sollte. Die Zeit der Amnestie war vor der Thüre, und schon vorher war Herr Bucher von dem „Divan" verschwunden und mit ihm die Korrespondenzen in der „Nationalzeitung."

Man denke sich mein Staunen, als ich lange nachher dieses Quadrat nicht mehr in den politischen Kolumnen, sondern in dem Feuilleton entdeckte. Da war keine Rede mehr von der hohen Politik. Die Hausökonomie und die häuslichen Einrichtungen in Deutschland — das war das neue Thema, indeß die alte Politik, Löcher zu schlagen, war keineswegs aufgegeben. Aber diese Löcher waren in Deutschland und Frankreich. Alles war so schlecht auf dem Kontinente und Alles so schön in England. Was die Deutschen zu lernen hätten, das sei der englische Komfort; und er, Bucher, der frühere Diplomat, unternahm es, ihr Lehrmeister zu sein. Ein Beispiel. Er ging in einen Gasthof und fand noch immer das alte Tintenfaß und die alte Streusandbüchse und die alte Gewohnheit, wenn man einen Brief geschrieben habe, Sand darauf zu streuen, und er erinnert sich dabei an das, was dem armen Werther widerfahren, als er Charlotte's Brief mit Küssen bedeckte. Nein, den englischen „pad" und das englische Löschpapier müsse man zum Muster nehmen. In dem Schlaf- und Wohnzimmer ersticke man, weil die Fenster nie geöffnet werden könnten, ohne mit einem Male die ganze kalte Luft von außen hereinzulassen. Die englischen Fenster werden nun als Muster vorgehalten, die man so leicht von oben nach unten und von unten noch oben zu jeder beliebigen Oeffnung auf und ab schieben könne. Tristram Shandy ward dabei nicht vergessen, noch das Unglück, das ihn befallen. Nichts-

destoweniger solle man sofort „Sterne“ lesen und studiren. Dann kommt das Kochen und Waschen an die Reihe. Aber trotz aller Mängel, die er aufdeckt, läßt er der deutschen Luft, der deutschen Natur und den deutschen Bergen Gerechtigkeit wiederfahren, nur daß die Beschreibungen wieder ganz den englischen Beschreibungen ähnlicher Art entlehnt sind, und auf England besser passen als auf Deutschland.

Es war ungefähr um die Zeit seiner Irrfahrten durch Deutschland und Frankreich, daß ich ihn eines schönen Morgens in London antraf. Ich begrüßte ihn als den alten Quadrat-Korrespondenten der „Nationalzeitung.“ Aber wie groß war mein Erstaunen, als er den Titel des Korrespondenten mit Entrüstung abwies. „Ich habe keine weiteren Verbindungen mit der „Nationalzeitung,“ als daß ich ihr hie und da etwas verkaufe.“ Das Produkt seines Geistes wie ein Fabrikat seiner Hände zu behandeln, und es zu verhandeln und auf den Markt zu bringen, wie irgend eine andere Waare, wie einen Nürnberger Lebkuchen, das konnte ich allerdings mit meiner alten Vorstellungsweise nicht vereinigen. Ich dachte unwillkürlich an Honorar, und wie ich ihn so anhörte und sah, wie er Alles auf Kaufen und Verkaufen reduzirte, da mußte ich mir gestehen, daß dieses mein Honorar, das ich früher mit so hohem Respekte ansah, mir fast wie Reptiliengeld vorkam. Aber wie ist dieser Wendepunkt in Herrn Bucher's Denkungsweise eingetreten? Vom Diplomaten zum Oekonomen, und vom Oekonomen zum Oekonomisten — wie ist das zugegangen?

Wenn wir Herrn Bucher stufenweise vom Diplomaten zum Oekonomen und Oekonomisten haben fallen sehen, so glaube man ja nicht, daß dies ein Fall nach unten gewesen. Im Gegentheile. Es war kurz vorher, daß Karl Marx mit seiner Theorie aufgetreten und deutlich gezeigt hatte, daß jede politische Frage sich auf eine ökonomische reduziren läßt. Sofort sucht Herr Bucher sich auf die Höhe der Wissenschaft zu erheben, und den politischen Löchern, die seine Spezialität ausmachten, eine ökonomische Farbe und Gestaltung zu geben. Er tritt als Kaufmann auf, der unter der Schutzmarke des Quadrats Handel treibt und seine Artikel resp. seine Waare, resp. seine Löcher der „Nationalzeitung“ zum Verkaufe anbietet. Nun hätte man allerdings wünschen können, daß Herr Bucher einen besseren Markt sich gewählt hätte. Einerseits verdiente diese Zeitung keineswegs diese Auszeichnung und andererseits waren solche Waaren weit mehr für die Augen von Prinzen und Fürsten als für die des gemeinen Publikums berechnet. Ich sehe noch immer den Herrn Bucher vor mir, wie er in der Ueberfülle seines Herzens das tiefe Staatsgeheimniß in meiner Gegenwart entschlüpfen ließ, daß er der Quadrat-Korrespondent sei, von dem die „Times“ Notiz genommen habe. Damals las ich so deutlich auf seinem Gesichte die Frage geschrieben: „Wie, wenn der Kaiser von Rußland oder der König von Preußen oder irgend ein anderer Potentat das wüßte?“ Aber sie Alle konnten das nicht wissen; ich und die „Nationalzeitung“ und Herr Else allein wußten es; und das konnte natürlich dem damaligen Diplomaten und jetzigen Oekonomisten nicht weiter helfen. Dabei aber muß man bemerken, daß der Diplomat von damals ebenso wenig den Weltmarkt kannte, als der Weltmarkt ihn, den Bucher, als Geschäftsmann kannte.

Wenn wir uns über diesen Punkt etwas ausführlich ausgelassen haben, so einzig und allein, um einen Mann zu entschuldigen, der sich zur Höhe des ökonomischen Standpunktes von Marx erhoben hatte und doch fortfahren konnte, seine Artikel einem Blatte wie die „Nationalzeitung,“ das solches Verdienst so wenig zu schätzen weiß, zum Verkaufe anzubieten.

Ferner muß auch nicht vergessen werden, daß in seiner neuen Karrière als Oekonomist Herr Bucher, der doch früher Assessor gewesen und viel studirt hatte, nun die Juristerei und die Hegelei und die ganze Bücherweisheit bei Seite legte. Das Buch, aus dem er von nun an studirte — das war die Welt, die praktische Welt — Streusand und Löschpapier und Old England. Aber dabei blieb er nicht stehen. Wir sehen von diesem neuen Standpunkte aus eine neue Reihe von Artikeln in der „Nationalzeitung" erscheinen. Eine große Anzahl von diesen Artikeln liegen vor mir, aus der „Nationalzeitung" ausgeschnitten und mit einer Reihe von Randglossen versehen, die mir zur Zeit Freiligrath zugeschickt, damit ich von denselben für meine Korrespondenz im „Morgenblatt" Gebrauch mache, und „meinen Freund," Herrn Bucher, der Welt in dem neuen Lichte vorstelle. Die „Glossen," wie man sehen wird, sind scherzhaft und gelinde, wenn auch nicht immer schmeichelhaft. Bucher spricht z. B. von Wettrennen in Berlin, sogleich wird der Vergleich mit London angestellt. „In London macht Jedermann sein Buch, von Sir Robert So und So, der auf einen Schlag 20 000 Pfund verliert, bis zum Backfischchen, das ein Paar Handschuhe gewinnt. Auch fehlt der Eßkober." (Randglosse: schönes Wort!)

Bucher ist in der Provinz: „In England ist, was außer Dach und Fach zu einem Hause gehört, ist Hausrath und Geschirr im Großen fabrizirt, mit den neuesten Verbesserungen versehen, und von dem Geschmacke der Hauptstadt, dem guten und dem schlechten, beherrscht; in Deutschland wird noch viel am Orte, im Kleinen, mit Physiognomie gearbeitet. Der Abstand ist mir um so fühlbarer, als ich hier nichts zu thun habe, und mir zum Zeitvertreibe Alles ansehe bis zum Thürnagel inklusive" — die Stelle ist von Freiligrath unterstrichen und spielt offenbar auf eine bessere Verwendung für seine „Löcher" an; zumal wenn wir sie mit folgender Stelle in Verbindung setzen: „Ich liege also im Bette und schwitze wie ein Kälberbraten (unterstrichen von Freiligrath); denn das Bett besteht aus zwei Federsäcken; und mache bei dem ungeduldigen Umherwerfen die eine Seite bloß (Freiligrath's Marke); denn die Säcke sind schmal, und hüstle; denn ich habe einen Lungenflügel erkältet. . . . Ich werde nie, wenn ich es haben kann, anders schlafen, als in einer Bettstelle, die 40 Zoll breit, auf einem Stroh- und Haarsack, zwischen Laken und im Sommer unter einer, im Winter unter zwei Wollendecken, die breit genug, um am Fußende und an den beiden Längsseiten unter die Matraze untergesteckt zu werden. Ich würde als Zentralgewalt den Preußen und anderen Partikularisten die Federbetten bei Todesstrafe verbieten." Die Zentralgewalt ist sehr stark unterstrichen und Freiligrath muß auch schon gemerkt haben, wie sehr dieselbe dem Herrn Bucher ans Herz gewachsen war, und wie Deutschland einen solchen Mann, der solche Lücken und Löcher entdecken kann, unmöglich in der Zentralgewalt entbehren könne. Wie sehr Bucher selbst von seinem Werthe durchdrungen, erhellt daraus, daß er ausdrücklich sagte: „Da ich nicht mehr Preuße bin, wie man mir sagt, und doch Deutscher bin, wie ich mir einbilde, so bin ich Deutscher in abstracto. Ich werde mich zur Beschäftigung bei der Zentralgewalt melden, wenn sie einmal fertig ist." Diese Stelle ist sehr stark unterstrichen von Freiligrath; er muß wohl mit Bucher gefühlt haben, welch' ein Verlust Deutschland träfe, wenn man einen solchen Mann, der sich mit seinen ökonomischen und politischen Kenntnissen nun wieder an die alten juristischen Studien erinnert, nicht sofort in der Zentralgewalt anstelle.

Herr Bucher umfaßt alle Wissenschaften. Auch die Hygieine war ihm nicht fremd. „Man sagt mir hier, ich sei in England frischer und gesünder geworden;

welcher Ursache ist der Erfolg zuzuschreiben?" Und nun geht Herr Bucher, der frühere Diplomat und Staatsmann, in Details über Frühstück, Kaffee, Thee und über Semmel und Butterbrot ein, über die 8030 Portionen Thee, die er Morgens in der Zeit seines Londoner Aufenthaltes getrunken („Schalttage nicht eingerechnet") und die Tassen Kaffee, die er nicht getrunken, mit Ausnahme des Kaffees, den er ex officio in dem „Divan," dem Sammelplatze der gesinnungslosen und gesinnungstüchtigen Presse eingeschlürft — Details, sage ich, die sein Feuilleton jeder Familie höchst willkommen machen müssen. Auch die Technik ist ihm nicht fremd. Er lamentirt über das Pflaster in Berlin, beruft sich auf das Pflaster in London, und schreit gegen das Geräusch, welches das Gerassel von einem Brauerwagen auf der Berliner Straße macht, das ihn in seinem Schreiben störe. „Wie soll ich daraus Sphärenmusik machen, der ich nicht einmal Bier trinke." Freiligrath hebt diese letzte Stelle besonders hervor, und vergleicht sie mit der anderen Stelle (datirt □ aus Deutschland, April), wo es heißt, daß, obgleich das Bier schlecht war, er mit „Anderen gewissenhaft gewesen in der Menschenpflicht, Bier zu trinken." Inkonsequenzen der Art, namentlich wie die mit dem Biere mußten das poetische Gemüth eines Freiligrath höchst chokiren, und in einer Randglosse wird die frühere Stelle in Betreff des Bierhasses wörtlich zitirt.

An einer anderen Stelle lesen wir, wo von den kleinen Städten Deutschlands die Rede ist: „Die Jugend kann da den Arbeitern noch allerlei abgucken, einen Nagel einzuschlagen (! Freiligrath), einen Hasen abzuziehen (!! Freiligrath), einen Laken auszuringen, was einem in dem europäischen Babel ebenso zu gute kömmt, wie auf Robinson's Insel."

Die Stelle muß den verstorbenen Dichter höchst empört haben, und besonders das Ausringen des Lakens durch einen Juristen und Abgeordneten in der Mitte von London; denn er hat sie mit drei Ausrufungszeichen gebrandmarkt, und noch ein besonderes hinter das Laken gemacht. An einer anderen Stelle lesen wir:

„Ich that einmal in London, wohl wissend, daß es shocking sei, die Frage, wie der englische Schinken zubereitet werde, von dem ein Exemplar auf dem Tische stand. Mehrere der englischen Damen wußten gar nicht, daß das Fleisch vor dem Kochen einer anderen Behandlung unterworfen sei. They order everything, sie lassen Alles aus den Läden kommen; der Herr Gemahl hat die Rechnungen zu bezahlen und daher Geld, Geld, Geld zu schaffen. Ich werde mich über diesen Punkt nie mit den Nationalökonomen in einen Streit einlassen (? Freiligrath).... In England wird in den Spülnapf eines Theegeschirres nie etwas anderes gethan werden als der Bodensatz aus den Tassen, bis an das Ende der Welt. In Pommern legt man auch wohl einmal Biscuits hinein." Ich habe mich hier vergebens nach einer Randglosse Freiligrath's umgesehen, und sie nicht gefunden. Für mich war der Text zu dunkel, zu schwer. Wenn ich aber hier den Kommentar vermißte, so fand ich dagegen einen sehr triftigen in der folgenden Stelle:

„In England habe ich, ich kann das beschwören, nie eine Dame Handarbeit machen sehen; ausgenommen eine, die sich das Kleid ein wenig aufgerissen hatte, und den Schaden höchst eigenhändig ausfertigte. In Pommern habe ich, auch das kann ich beschwören, ein sehr zierliches Spinnrad von Rosenholz in Thätigkeit gesehen, und mich mit der Spinnerin englisch unterhalten." Diese Stelle ist höchst interessant, und Freiligrath, der lange vor und nach Bucher in England gelebt hat, glaubt, daß ungeachtet des Eides dem Nationalzeitungs-

Korrespondenten ein Bild aus Ithaka oder Arkadien vorgeschwebt haben müsse; denn hinter der ganzen Stelle befindet sich am Rande ein langer Strich, und hinter dem Striche lesen wir die Worte: „Ulysses" in großen lateinischen Buchstaben geschrieben.

Wir erlauben uns, noch eine Stelle wörtlich abzuschreiben, weil es uns den Assessor Lothar Bucher wieder vor Augen führt, was auch von Freiligrath ganz richtig angemerkt wird.

„Eine deutsche Stadt von 10000 Einwohnern ist, verglichen mit einer englischen eine Metropole geistigen Lebens (! Freiligrath), und das kommt von Zweierlei her. Die englischen Gerichte und Staatsbehörden sind im Allgemeinen nicht kollegialisch (!), sondern bestehen aus einer Person, die häufig, wie bei den Oberrichtern der Fall ist, in London wohnt und nur von Zeit zu Zeit die Provinzen besucht. Zweitens . . . ." (Herr Gerichtsassessor Bucher! Freiligrath).

Ehe Herr Bucher von England abfährt, hat er noch einen sehr charakterisirenden Auftritt mit dem Schiffer, der sein Gepäck bis ans Schiff zu bringen hatte. Der Schiffer verlangte zwei Shillinge, viermal so viel, wie ihm gebührte; und als Herr Bucher ihm ein Sixpencestück reichte, verweigerte er es anzunehmen, geberdete sich wie ein „bully" und gelobte, daß das Gepäck nicht eher aus seinem Boot genommen würde, als bis die zwei Shillinge bezahlt seien. Dem „bully" gegenüber sehen wir Herrn Bucher wie einen echten englischen Gentleman auftreten. Statt sich von dem bully einschüchtern zu lassen, trat er keck zu ihm mit dem Sixpencestück in der Hand und dabei ganz ruhig die Worte aussprechend: „your licence." Die Worte wirkten magisch; der Schiffer nahm ruhig das Geld und ließ das Gepäck passiren. Die Szene ist sehr dramatisch beschrieben, und wie der Schiffer, als er in sicherer Entfernung war, dem Herrn Bucher nachrief, daß er kein Gentleman sei. Der ganze Auftritt, wie Herr Bucher ihn berichtet, ist von Freiligrath stark unterstrichen, und mit der Ueberschrift überschrieben: „Bucher's letzte Rache an England." Wir aber bemerken, daß die Worte: „Bucher's letztes Loch in den Mantel von John Bull" besser gewesen wären.

Ich könnte diese Zitationen fortsetzen und sie von einem fortlaufenden Kommentar Freiligrath's begleiten lassen. Aber ich halte mir dieses für ein anderes Mal vor. So viel indessen muß klar sein, daß solche Bemerkungen nicht umhin konnten, den Quadrat-Korrespondenten der „Nationalzeitung," den jetzigen Feuilletonisten sowohl als den früheren politischen Berichterstatter vor den Augen des gesammten Publikums als großen Staatsmann darzustellen. Die Frage war nicht mehr, ob der Kaiser von Rußland oder der König von Preußen eine Ahnung davon hätte, daß Herr Bucher der Mann gewesen, der die Löcher in den Mantel John Bull's geschlagen. Aller Welt nun wurde es klar, daß Keiner es verstände, so große Löcher zu schlagen, und so tiefe Wunden zu heilen, als der früher ausgewiesene und nun ins neue Deutschland resp. Vaterland zurückgekehrte Parlamentsabgeordnete Lothar Bucher. So ging denn die alte Sehnsucht des Quadrat-Korrespondenten der „Nationalzeitung" in Erfüllung. Mit seinem Eintritt als Legationsrath in die Dienste des Herrn von Bismarck trat Herr Bucher thatsächlich in den Dienst des preußischen Königs. Der Legationsrath wurde allenthalben als die rechte Hand des Reichskanzlers angesehen. Der letztere behauptete sogar, eine wahre Perle in Herrn Bucher gefunden zu haben. Aber diese Perle kam ihm theuer zu stehen. Wie man gesehen hat, war Herr Bucher in der Hausökonomie weit mehr zu Hause, als in der politischen Oekonomie, aber in der Diplomatik, seit er angefangen hatte

als Verbannter in London zu leben, suchte er seines Gleichen. Kurze Zeit vor seiner Ernennung zum Legationsrath war er durch Lassalle mit Marx bekannt geworden. Von nun an faßte er den Plan, die beiden Männer, Marx und Bismarck zu vereinigen. Marx für Bismarck zu gewinnen, wie Bismarck ihn, Bucher, gewonnen hatte, das erschien ihm als das Meisterstück der hohen Politik. Der Plan war höchst fein angelegt. Er wandte sich an Marx mit der Anfrage, ob dieser nicht den Bericht über den Londoner Geldmarkt für den offiziellen Staatsanzeiger schreiben wollte. Was war einfacher als dieses, meinte er. Marx war Oekonomist, und die Börsenfrage, d. h. die Geldfrage, sei ja rein eine ökonomische Frage. Dabei hätten sich die Zeiten ja so sehr verändert. Zu seinem Erstaunen mußte Herr Bucher erfahren, daß die Veränderung nur allein ihn, den Legationsrath, betroffen habe. Marx bedeutete ihm in seiner Antwort, daß Bismarck und Marx ebenso weit auseinanderlägen, als Sozialismus und Imperialismus, und daß zwischen Beiden kein (ewiger) Bund zu flechten sei. Die Antwort verwundete tief den diplomatischen Legationsrath, der ganz vergessen zu haben schien, daß er sich in die „Internationale" hatte aufnehmen lassen, und nie verfehlte, seinen Beitrag regelmäßig einzuzahlen. Er fing nun an, den Sozialismus anzugreifen, und wollte ihn durchbohren, wie er früher den Mantel John Bull's durchbohrt hatte, und um sicher zu gehen, hielt er den Mantel des Reichskanzlers als Deckmantel hoch über sich. Der Unglückliche! Der Mantel des Sozialismus war zu „ehern," und keineswegs so leicht zu durchbohren, wie der von John Bull. Er stieß zu hoch, stieß daneben und statt den Mantel der Sozialdemokratie durchbohrte er den Mantel des Reichskanzlers. Marx veröffentlichte die Quittungen aus der „Internationale" sowohl, wie den früheren Brief des Legationsraths.

Und daß sie die Perle trug,
Das machte die Auster krank.

Was den Reichskanzler zum Falle brachte, das war vor Allem das Geschwirre und Gesumsel der Insekten, die in der Form von Staats- und Geheimräthen ihn umschwirrten; der Mann von „Blut und Eisen" unterlag den miasmatischen Sekretionen seiner Sekretäre.

Notizen.

Die amerikanische Farmerbewegung bietet ein unübertroffenes und unübertreffliches Bild der kleinbürgerlichen Hilflosigkeit.

Die Farmer stellen heute noch in Amerika die Volksmasse, die breite Grundlage der Gesellschaft dar. Wenn der Einfluß und die Gewißheit des Sieges einer Bewegung sich einfach nach der Kopfzahl der Miträsonnirenden und Mitlaufenden richtete, dann wären die Bestrebungen der überall existirenden und wachsenden Farmerorganisationen unwiderstehlich. So aber lähmt sie der innere Zwiespalt, der den einen Theil vorwärts, hinein in das offene Weltmeer der kapitalistischen Großproduktion drängt, den anderen Theil jedoch rückwärts zieht zu der engumfriedeten Beschränktheit der kleinbäuerlichen Wirthschaft. Reaktionäre Wünsche der schlimmsten Art, kleinbürgerliche Utopien, gute demokratische Forderungen und gutgemeinte humane Anwandlungen ohne besondere Klassenfärbung treiben in diesen Köpfen ihren Spuk, widersprechen und bekämpfen sich, lösen sich wechselseitig ab, bis die unter der Oberfläche und unter der Schwelle des Bewußtseins fortschreitende ökonomische Bewegung — die einzige, die stets konsequent ist — aus der ziellos hin und her pendelnden Masse zwei geschiedene Welten herausgebildet haben wird, deren eine in den Bahnen

es Besitzes, deren andere in denen der besitzlosen Arbeit zielsicher und hoffentlich auch zielbewußt sich fortentwickeln wird.

In der Zeitschrift „Political Science Quarterly“ vom Juni 1891 stellt Herr Frank M. Drew — in einer durchaus sympathisch geschriebenen Abhandlung — die Programme und programmatischen Kundgebungen der Farmerverbände zusammen. Einzelne Forderungen sind so bezeichnend für die sozialpolitische Ideenwelt des sich auflösenden und entwickelnden Kleinbesitzes, daß wir sie hier kurz erwähnen.

Mehrere der großen Organisationen sind, der amerikanischen Gewohnheit entsprechend, geheimthuerische „Orden“ (secret orders). So der „Orden der Landwirthe“ (Order of Patrons of Husbandry, mehr unter dem Namen „Grange“ bekannt), der 150 000 Mitglieder zählen soll. Die „Southern Alliance“ (3 Millionen männliche Mitglieder zählend) lehnte die Verschmelzung mit der „Northern Alliance“ ab, weil letztere nicht geheim war, auch Farbige für wahlfähig erklärte und Jeden als Mitglied aufnahm, der vom Lande gebürtig war, gleichviel, welchem Berufe er sich im Augenblicke widmete. Die Farmers' Mutual Benefit Association, die jetzt ein Anhängsel der „Southern Alliance“ geworden zu sein scheint, hielt ihre Verhandlungen geheim.

Vielfach herrscht anstatt der Kampflust eine harmlose Philanthropie, eine Versöhnungs- und Bildungsphilisterei, verbunden mit etwas Hilfskassen-, Kredit-, Absatz- und Einkaufgenossenschaftlerei. Der Grangebund wurde 1867 gegründet, „um die Farmer für ihren Beruf zu erziehen“; er soll dann viel für den geselligen Verkehr und das Genossenschaftswesen geleistet haben; mit den Eisenbahnkriegen hat er nach Drew in Wirklichkeit niemals etwas zu thun gehabt. Der Südliche Bund will nach seiner Programmerklärung von 1874 seine Todten begraben, für Witwen und Waisen sorgen, liebevoll gegen die Feinde sein; er will danach streben, die vollkommene Harmonie unter allen Menschen und die brüderliche Liebe unter seinen Mitgliedern zu sichern; „seine Gesetze sind Vernunft und Billigkeit, seine Grundanschauungen geben Reinheit im Denken und Handeln, sein Ziel ist: Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Der Verband der farbigen Farmer (Colored Farmers' National Alliance and Cooperative Union) will die farbige Bevölkerung der Vereinigten Staaten emporheben, „indem er sie lehrt, Vaterland und Heim zu lieben, für die Arbeitsunfähigen, Kranken und Verlassenen zu sorgen, . . . bessere Farmer und Arbeiter und weniger verschwenderisch in ihrer Lebensweise, dem bürgerlichen Gesetz gehorsamer, bessere Staatsbürger, treuere Ehemänner und Gattinnen zu werden.“ In Kentucky verlangt man „Gesetze, welche die wirthschaftliche und moralische Tüchtigkeit, nicht den Reichthum zum wahren Maßstab machen!“ Der Nordbund schwärmt für die Verbrüderung aller Produzenten und meint, daß Farmer und Arbeiter von den gleichen Uebeln gedrückt werden. Die Michigan Alliance verlangt den Achtstundentag, natürlich nur für Fabriken, Bergwerke und Läden; Nebraska fügt ausdrücklich hinzu: „mit Ausnahme der Farmen!“ Auch die Beseitigung der geistigen Getränke wird vielfach der Erlösung der darbenden Menschheit gleichgestellt.

Ein Verband ist gegründet worden, um die Konkurrenz der Kunstbutter und des ausgeschlachteten Fleisches aus dem Westen zu bekämpfen. Bekanntlich fürchten die Bauern des Ostens die Konkurrenz des Westens nicht weniger, wie die europäischen Landwirthe die überseeische Konkurrenz; auch die Blaufärbung der Kunstbutter findet in den Vereinigten Staaten ihre Gehlert.

Da der Farmer vielfach nicht mehr den Lebensunterhalt beim Verkauf seiner Waare herausschlägt, soll die Union mehr Geld schaffen. Die freie unbeschränkte Silberprägung spielt in der Farmeragitation eine große Rolle, alle Verbände haben sie in ihrem Programm. Daneben soll fleißig Papiergeld ausgegeben werden. Der Nordverband fordert, daß der Bund so viel Geld in Umlauf setzen und halten solle, daß auf den Kopf immer 50 Dollars kommen. Der Bund soll auf den Grundbesitz Geld leihen; es brauche ihn nichts zu kosten, er könne Papiergeld drucken. Der Präsident der Wisconsin Alliance brachte in diese Forderungen Methode: die Regierung könne auf diese Weise zinslose Darlehen gewähren, schließlich bleibe sogar noch

ein für die Farmer verfügbarer Gewinn übrig, da nach der sicheren Erfahrung des Herrn Präsidenten zehn Prozent der Scheine niemals wieder zurückkämen!

Auch Anklänge an die Gray-Proudhon'sche Waarenbank finden sich fast überall, so bei dem Südverband, der Colored Alliance, der Mutual Benefit Association. Ist das Land schon so verschuldet, daß selbst der allhelfende Staat nichts mehr darauf borgen kann, so soll er wenigstens die erbauten und gewonnenen Produkte beleihen. Kann der Farmer auf dem Markte seine Waare nicht in Geld umsetzen, so soll der Staat ihm das Geld geben. Dem letzten Kongreß lag sogar eine ausgearbeitete Bill vor, wonach in jedem County, das über 500 000 Dollars an Korn, Baumwolle und Tabak erbaut, die Regierung Waarenhäuser errichten solle, in welchen der Farmer seine Produkte hinterlegen könne; bis zu 80 Prozent „des Werthes" sollte die Regierung darauf Vorschüsse machen; der Farmer sollte nur Lagerkosten und ein Prozent Zinsen zahlen. Ueber 800 Waarenhäuser würden so nöthig geworden sein.

Das Gefühl, der Konkurrenz der landwirthschaftlichen Großproduktion nicht gewachsen zu sein und von dem leihenden, handelnden und transportirenden Großkapital ausgesogen zu werden, setzt sich sofort in reaktionäre Anklagen und Forderungen um. Daß man eine staatliche Kontrole oder Expropriation der Eisenbahngesellschaften verlangt, ist vom Standpunkte der Gesammtinteressen der besitzenden Klasse durchaus vernünftig. Vielfach mischt sich aber selbst in den Kampf gegen die allmächtigen Privatbahnen der Kampf gegen die landwirthschaftliche Großproduktion und gegen den pächterausbeutenden Großbesitz. Weiter nichts ist es meistens auch, wenn man gegen den Landbesitz der Ausländer eifert. Eine Distriktsversammlung in Iowa will es sogar verboten sehen, daß irgend ein Ausländer irgend welches Eigenthum zum Zwecke der Produktion in den Vereinigten Staaten erwerben dürfe. Nach der Mutual Benefit Association soll Jemand nur so weit Grund und Boden eignen dürfen, als er ihn selbst bewohnt und bewirthschaftet. Die Farmerliga in Connecticut will durch eine Verfassungsänderung dem Kongreß die Möglichkeit geben, allen sich Meldenden genügendes Land zum Lebensunterhalt zur Verfügung zu stellen; wo nöthig, sollen die größten Landeigenthümer gezwungen sein, zu einem niedrigen Taxwerthe beliebig viel von ihrem Boden abzutreten. Jeder Trust ist ihnen ein Dorn im Auge, obwohl sie in manchen Verbandsstatuten sich ausdrücklich dazu bekennen, daß sie mit gemeinsamen Kräften auf möglichst billigen Einkauf und möglichst theuren Verkauf, auf vollständige „Kontrole des Marktes" hinarbeiten wollen; eine Ordensloge stellte einmal den Antrag, daß vom Grange und der Alliance der Tag festgesetzt werden solle, von dem ab man zwanzig Tage lang alles Vieh und Korn vom Markte zurückhalten wolle. Thut die Börse Aehnliches — allerdings mit mehr Geld und mehr Erfolg — so schreit man über die „Diebshöhle," über die „übertünchten Gräber, gefüllt mit Todtengebeinen . . . der Männer, die durch diese Spekulationsinstitute ruinirt worden sind." Die Nahrungsmittelspekulation soll strafrechtlich geahndet werden, verlangen mehrere Staaten — trotz der geplanten zwanzigtägigen Marktsperre! Der Südverband verlangt Gesetze gegen jeden Terminhandel, rasche Justiz und exemplarische Bestrafung zu diesem Zwecke!*)

Man sieht, es ist ein Wust von Rückständigkeiten und schiefen Auffassungen, der sich in diesen Programmen aufgehäuft hat. Nur das Eine macht sie werthvoll: sie sind meistens gut demokratisch (das Wort natürlich im europäischen Sinne gebraucht) — wie es unsere Kleinbürger früher ja auch waren und zum Theil auch heute noch sind. Sie ermöglichen es also wenigstens, daß alle Zukunftsbewegungen — proletarischer Art oder nicht — sich ohne unnöthige Reibungswiderstände durchsetzen können. —ms.

---

*) We demand that de Congress shall pass such laws as shall effectually prevent the dealing in futures of all agricultural and mechanical productions . . . prompt conviction . . . . penalties as shall secure the most perfect compliance with the law.

Feuilleton.

Der Traum Makar's.

Eine Weihnachtsgeschichte von W. Korolenko.

Aus dem Russischen übersetzt von Julie Zadek-Romm. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Makar starb. . . .

Wie dies geschah, merkte er selbst nicht. Er wußte, daß irgend etwas sich aus ihm herauslösen müsse und wartete, daß dies geschehe. . . . Aber es löste sich nichts los.

Indessen war er sich bewußt, gestorben zu sein und darum lag er still, ohne sich zu rühren. Lange lag er so, so lange, daß es ihm schließlich langweilig wurde.

Es war ganz dunkel, als Makar fühlte, daß Jemand ihn mit dem Fuße anstieß. Er wandte den Kopf und öffnete die zusammengedrückten Augen.

Die Lärchenbäume standen jetzt ganz still, als schämten sie sich ihres früheren Benehmens. Die finsteren Tannen breiteten ihre breiten, schneebedeckten Arme aus und wiegten sich still. Ebenso still bewegten sich die glitzernden Schneeflocken in der Luft.

Die guten, hellen Sterne sahen vom blauen Himmel herab durch die dichten Zweige und es war, als sagten sie: „Seht nur. Der arme Mensch ist gestorben.“

Ueber Makar gebeugt, ihn mit dem Fuße anstoßend, stand der gute, alte Pope Iwan. Sein langes Gewand war über und über mit Schnee bedeckt. Schnee lag auf seiner Pelzmütze, auf seinen Schultern, auf seinem langen Barte. Das Merkwürdigste aber war der Umstand, daß dies derselbe Pope Iwan war, der vor vier Wochen das Zeitliche gesegnet hatte.

Er war ein guter Pope gewesen. Niemals hatte er Makar Schwierigkeiten gemacht, niemals von ihm Geld verlangt für eine Amtshandlung. Makar selbst hatte ihm eine bestimmte Summe festgesetzt für Taufe und Gebet und erinnerte sich nun mit Beschämung, daß er ihm mitunter wenig, mitunter überhaupt nichts gezahlt hatte. Pope Iwan zürnte ihm deshalb nicht. Er verlangte nur Eins: jedes Mal mußte eine Flasche Branntwein zur Stelle sein. Wenn Makar kein Geld hatte, so ließ der Pope auf eigene Kosten eine Flasche holen und sie tranken sie gemeinsam. Der Pope betrank sich regelmäßig bis zur Sinnlosigkeit. Aber es kam selten zur Prügelei und auch dann war es harmlos genug. Makar brachte den Hilf- und Wehrlosen nach Hause und übergab ihn der Fürsorge der guten, alten Popenfrau.

Ja, er war ein guter Pope gewesen. Aber er war keines schönen Todes gestorben. Als er einmal allein zu Hause blieb und betrunken im Bette lag, fiel es ihm ein, rauchen zu wollen. Er stand auf und taumelte an den ungeheuren, stark geheizten offenen Herd, um seine Pfeife an demselben anzuzünden. Aber er war so betrunken, daß er sich nicht mehr auf den Füßen halten konnte und vornüber ins Feuer fiel. Als die Hausgenossen heimkehrten, war nicht viel mehr als die Beine des Popen von ihm übrig geblieben.

Allen that es leid um den guten Popen. Aber da nur noch die Beine des Popen übrig geblieben waren, konnte kein Doktor der Welt ihm mehr helfen. Man begrub seine Beine und ein anderer Pope trat an seine Stelle.

Nun stand dieser selbe Pope Iwan in Lebensgröße über Makar gebeugt und stieß ihn mit dem Fuße an.

„Stehe auf, Makaruschka,“ sagte er. „Gehen wir.“

„Wohin soll ich denn gehen?“ fragte Makar unwillig.

Er war der Meinung, daß wenn er schon einmal gestorben war, es seine Pflicht sei, still zu liegen und er nicht wieder in den Wald zu gehen und dort pfadlos herumzuschweifen brauche. Wozu war er denn sonst gestorben?

„Gehen wir zu Gott, dem Herrn."

„Was soll ich dort?" fragte Makar.

„Er wird Dich richten," sagte der Pope in traurigem, mitleidigem Tone.

Makar erinnerte sich, daß man sich ja wirklich nach dem Tode einem Gerichte stellen müsse. Er hatte dies einmal in der Kirche gehört. Der Pope hatte also Recht. Es blieb ihm nichts Anderes übrig als aufzustehen.

Und Makar erhob sich, in sich hinein brummend, daß man einen armen Teufel selbst nach dem Tode nicht in Ruhe lasse.

Der Pope ging voraus, Makar hinter ihm her. Sie gingen immer geradeaus. Die Lärchenbäume traten still beiseite, um ihnen den Weg freizugeben. Sie wandten sich nach Westen.

Makar sah mit Staunen, daß der Pope keine Fußspuren im Schnee zurückließ. Er sah unter sich und fand, daß auch er keine zurückließ. Der Schnee war rein und glatt wie ein Tischtuch.

Er mußte daran denken, wie leicht es ihm nun sein würde, an die Fallen Anderer zu gehen, da Niemand darum wissen könne. Aber der Pope, der augenscheinlich seine geheimen Gedanken errieth, drehte sich um und sagte zu ihm:

„Laß das! Du weißt nicht, was Deiner wartet für jeden solchen Gedanken."

„Nu, nu," antwortete Makar mürrisch. „Nicht einmal daran denken darf man. Was bist Du auf einmal so streng? Laß mich in Ruhe!"

Der Pope schüttelte den Kopf und ging weiter.

„Haben wir noch weit zu gehen?" fragte Makar.

„Ja," antwortete der Pope traurig.

„Und was werden wir essen?" fragte Makar, von Neuem unruhig.

„Du vergißt," sagte der Pope, sich zu ihm wendend, „daß Du todt bist und Du nun weder zu essen noch zu trinken brauchst."

Makar gefiel dies nicht sonderlich. Gewiß, das ist gut für den Fall, daß man nichts zu essen hat. Doch dann hätte man ihn schon so liegen lassen sollen, wie er unmittelbar nach seinem Tode lag. Aber gehen, noch dazu weit gehen und nichts essen, das schien ihm ganz widersinnig. Er brummte wieder.

„Murre nicht," sagte der Pope.

„Meinetwegen," antwortete Makar gekränkt. Aber heimlich fuhr er fort, sich zu beklagen und über diese Anordnung zu schimpfen. „Man läßt einen Menschen gehen und giebt ihm nicht einmal zu essen. Hat man schon je so etwas gehört?"

Er war die ganze Zeit über sehr ärgerlich, während er hinter dem Popen herschritt. Sie gingen anscheinend lange. Allerdings hatte Makar noch keinen Tagesanbruch gesehen. Aber dem Raume nach zu schließen, schien es ihm, als gingen sie bereits eine ganze Woche, so viel Berge und Schluchten, Flüsse und Seen hatten sie schon hinter sich zurückgelassen, so viel Wälder und Ebenen durchschritten. Wenn Makar sich umsah, schien es ihm, als entferne sich der dunkle Wald von ihnen und als schmölzen die schneebedeckten Berge in der nächtlichen Dämmerung und verschwänden eilends am Horizonte.

Ihm war, als stiegen sie immer höher und höher. Die Sterne wurden immer größer und heller. Auf dem Kamme des Hügels, den sie emporstiegen, tauchte der Rand des untergehenden Mondes auf. Es war, als beschleunige er seinen Lauf, aber Makar und der Pope holten ihn ein. Dann stieg er von Neuem am Horizonte empor. Sie befanden sich nun auf einer Hochebene.

Es war jetzt hell — viel heller als bei Anbruch der Nacht. Das kam selbstverständlich daher, daß sie den Sternen um so viel näher waren. Die Sterne glänzten, ein jeder von der Größe eines Apfels, und der Mond, der aussah wie der Boden eines goldenen Fasses, strahlte so hell wie die Sonne und beleuchtete die Ebene von einem Ende bis zum anderen.

Jede Schneeflocke war deutlich zu sehen. Eine Unmenge Wege liefen über die Ebene und sie alle gingen nach einer Richtung, nach Westen. Auf den Wegen gingen und fuhren Menschen in verschiedenartiger Tracht und von verschiedenartigem Aussehen.

Plötzlich machte Makar, der einen Reiter mit gespannter Aufmerksamkeit betrachtet hatte, eine Biegung und lief auf den Reiter zu.

„Halt, halt!“ schrie der Pope. Aber Makar hörte ihn gar nicht. Er hatte einen bekannten Tartaren erkannt, der ihm vor sechs Jahren eine Schecke gestohlen hatte und vor fünf Jahren gestorben war. Jetzt ritt der Tartare auf eben dieser Schecke. Das Pferd raste bergan. Unter seinen Hufen wirbelten ganze Wolken Schneestaub auf, der unter den Strahlen der Sterne in buntem Farbenspiel erglänzte. Makar konnte sich Angesichts dieser rasenden Hetzjagd nicht genug darüber wundern, wie er zu Fuße den Tartaren so leicht hatte einholen können. Uebrigens machte der Tartare, als er Makar wenige Schritte von sich entfernt sah, bereitwilligst Halt. Makar fiel wüthend über ihn her.

„Komm mit mir zum Dorfschulzen!“ schrie er. „Das Pferd gehört mir. Das rechte Ohr ist ihm gespalten. Seh' Einer den Spitzbuben! .... Reitet auf einem Pferde, das einem Anderen gehört und der rechtmäßige Besitzer muß wie ein Bettler zu Fuß nebenher laufen.“

„Laß gut sein!“ unterbrach ihn der Tartare. „Wir brauchen nicht erst zum Schulzen zu gehen. Du sagst, das Pferd gehört Dir? Nun, so nimm es, das verfluchte Thier. Fünf Jahre schon reite ich darauf und komme nicht vom Fleck.... Sogar zu Fuße holen sie mich Alle ein. Ein anständiger Tartare muß sich ordentlich schämen!“

Und er hob den Fuß, um aus dem Sattel zu steigen. Aber in diesem Augenblick kam der Pope athemlos angerannt und packte Makar an der Hand.

„Unglücklicher!“ rief er. „Was willst Du thun? Siehst Du denn nicht, daß der Tartare Dich betrügen will?“

„Natürlich will er mich betrügen,“ rief Makar, mit den Händen herumfuchtelnd. „Das Pferd war gut. Ein tüchtiges Pferd .... Vierzig Rubel wollte man mir dafür geben nach der Ernte. Nein, Brüderchen! Wenn Du mir das Pferd verdorben hast, so schlachte ich es und Du wirst mir mit blankem Gelde dafür zahlen. Du glaubst wohl, weil Du ein Tartare bist, müßte ich mir Alles von Dir gefallen lassen?“

Makar redete sich in eine große Aufregung hinein und schrie absichtlich sehr laut, um mehr Leute um sich zu sammeln, da er gewohnt war, sich vor den Tartaren zu fürchten. Aber der Pope zügelte seinen Eifer.

„Still, still, Makar! Du vergißt ganz, daß Du bereits gestorben bist ... Was soll Dir das Pferd? Siehst Du denn übrigens nicht, daß Du zu Fuße bei Weitem schneller vorwärts kommst als der Tartare? Willst Du vielleicht ganze tausend Jahre reiten?“

Makar roch den Braten, warum der Tartare ihm so bereitwillig das Pferd hatte abtreten wollen.

„Ein schlaues Volk!“ dachte er und drehte sich zu dem Tartaren um.

„'S ist schon gut! Behalte Du nur das Pferd ... ich, Bruder, werde eine Beschwerde einreichen.“

Der Tartare drückte ärgerlich seine Mütze tiefer ins Gesicht und hieb auf das Pferd ein. Das Pferd raste weiter. Schneeklumpen flogen unter seinen Hufen auf, aber so lange Makar und der Pope sich nicht von der Stelle bewegten, entfernte sich der Tartare nicht eine Spanne weit von ihnen.

Er spuckte ärgerlich aus und wandte sich zu Makar:

„Sag 'mal, mein Freund, hast Du nicht vielleicht ein Blättchen Machorka? Ich möchte für mein Leben gern rauchen und meinen Tabak habe ich vor vier Jahren schon ausgeraucht."

„Der Kukuk ist Dein Freund, aber nicht ich," antwortete Makar ärgerlich. „Ist mir schon so etwas vorgekommen? Stiehlt Einem erst das Pferd und will dann noch Tabak haben! Zur Hölle mit Dir ... mir kann es gleich sein."

Und mit diesen Worten ging Makar weiter.

„Es ist Dein eigener Schaden, daß Du ihm nicht ein Blättchen Machorka gegeben hast," sagte der Pope Iwan. „Gott der Herr würde Dir dafür vor Gericht nicht weniger als hundert Sünden verziehen haben."

„Warum hast Du mir das nicht früher gesagt?" brauste Makar auf.

„Jetzt ist's zu spät, Dich zu belehren. Bei Lebzeiten hätten Dich Deine Popen dies lehren sollen."

Makar war sehr verdrießlich. Er sah nicht ein, wozu es überhaupt Popen gäbe. Wofür werden sie bezahlt, wenn sie Einem nicht 'mal sagen, wann man einem Tartaren ein Blättchen Tabak geben soll, um seine Sünden erlassen zu bekommen. Hundert Sünden — das ist wahrhaftig kein Spaß! ... Und für ein einziges Blättchen Tabak! ... Das ist es gewiß werth.

„Weißt Du was?" sagte er. „Ich werde mir nur ein Blättchen Tabak behalten und die übrigen vier gleich dem Tartaren geben. Das wird für vierhundert Sünden sein."

„Sieh Dich um," entgegnete der Pope.

Makar sah sich um. Hinter ihnen breitete sich nur die leere, weiße Ebene aus. In weiter Ferne tauchte der Tartare für die Dauer eines Augenblickes als ein kleiner, weißer Punkt auf. Makar glaubte zu sehen, wie der weiße Staub unter den Hufen seines Pferdes emporflog. Aber einen Augenblick später war auch dieses Pünktchen verschwunden.

„Nu, nu," sagte Makar. „Er wird auch ohne Tabak auskommen. Siehst Du, wie der verfluchte Kerl das Pferd verdorben hat!"

„Nein," meinte der Pope. „Er hat Dein Pferd nicht verdorben. Aber es ist ein gestohlenes Pferd. Hast Du Dir denn nicht von alten Leuten erzählen lassen, daß man auf einem gestohlenen Pferde nicht weit kommt?"

Makar erinnerte sich wohl, das gehört zu haben. Aber da er bei Lebzeiten oft genug mit angesehen, wie die Tartaren auf gestohlenen Pferden zur Stadt ritten, hatte er den alten Leuten nicht recht geglaubt. Nun dämmerte ihm die Ueberzeugung auf, daß auch alte Leute mitunter die Wahrheit sagen.

Sie überholten auf der Ebene noch eine Menge Reiter. Sie Alle jagten eben so schnell dahin wie der Erste. Die Pferde flogen dahin wie Vögel, die Reiter waren in Schweiß gebadet und trotzdem holte Makar sie Alle ein und ließ sie weit hinter sich zurück.

Es waren größtentheils Tartaren. Aber auch geborene Tschalganzen waren unter ihnen. Von diesen letzteren saßen einige auf Stieren, die sie mit Ruthen antrieben.

Makar sah die Tartaren mit feindseligen Blicken an und schwor jedes Mal hoch und theuer, daß dies eine viel zu geringe Strafe für sie sei. Begegnete er aber einem Tschalganzen, so blieb er stehen und ließ sich gutmüthig in ein Gespräch mit ihm ein. Mochten sie immerhin Diebe sein, es waren doch Freunde. Zuweilen bethätigte er sein

litgefühl, indem er einen Baumzweig vom Wege aufhob und die Stiere und Pferde
mit von hinten zornig antrieb. Aber er brauchte nur wenige Schritte zu thun,
blieben die Reiter als kaum sichtbare Pünktchen hinter ihm zurück.

Die Ebene schien kein Ende nehmen zu wollen. Sie überholten fort=
ährend Reiter und Fußgänger und doch schien ringsum Alles öde. Zwischen
zwei Reisenden schienen immer ganze hundert oder tausend Werst zu liegen.

Unter Anderem stieß Makar auf einen ihm unbekanntem Greis. Es war
ugenscheinlich ein Tschalganze. Man sah ihm das am Gesicht, an der Kleidung,
lbst am Gange an. Aber Makar entsann sich nicht, ihn je gesehen zu haben. Der
reis trug einen zerrissenen Pelzrock, eine große Pelzmütze mit Ohrenklappen, die
leichfalls zerrissen war, alte Lederhosen und zerrissene Torbassa aus Kalbsfellen.
ber bei Weitem schlimmer als alles Dieses war, daß er ungeachtet seines Alters auf
inen Schultern eine noch ältere Greisin trug, deren Füße am Boden hinschleppten. Der
lte athmete mühsam; er ging stark vornüber gebeugt und stützte sich schwer auf den
stock. Makar hatte Mitleid mit ihm. Er blieb stehen. Auch der Alte stand still.

„Was hast Du gesagt?“ fragte Makar freundlich.

„Nichts,“ antwortete der Alte.

„Was hast Du gehört?“

„Nichts habe ich gehört.“

„Was hast Du gesehen?“

„Nichts habe ich gesehen.“

Makar schwieg ein Weilchen. Dann glaubte er den Alten bereits fragen
u dürfen, wer er sei und woher er komme.

Der Greis nannte seinen Namen. Vor langen Jahren — wann wußte
r selbst nicht mehr — hatte er Tschalgan verlassen und war „auf den Berg“
egangen, um seine Seele zu retten. Dort hatte er nichts gethan als Brom=
eeren und Wurzeln gegessen, hatte weder gesäet noch geerntet, kein Korn ge=
nahlen und keine Abgaben gezahlt. Als er starb kam er vor Gottes Richterstuhl.
Gott, der Herr, fragte ihn, wer er sei und was er gethan habe. Er erzählte,
aß er auf den Berg gegangen sei und seine Seele gerettet habe. „Schön, sagte
Gott. Und wo ist Deine Frau? Geh' und bringe sie mir.“ — Und er war
gegangen um sie zu holen. Aber sie lag gerade im Sterben. Und es war
Niemand da, um sie zu pflegen und sie hatte weder Haus noch Kuh, noch Brot.
Sie war ganz schwach und konnte sich kaum bewegen. Und so mußte er nun
die alte Frau zu Gott, dem Herrn, schleppen.

Der Alte weinte laut auf. Aber seine Frau stieß ihn mit dem Fuße,
wie man einen Stier stößt und sagte mit schwacher, aber zorniger Stimme:

„Geh' weiter!“

Makar that der alte Mann noch mehr leid als zuvor. Und er war herzlich
froh, daß er seine Absicht, auf den Berg zu gehen, nicht ausgeführt. Seine
Alte war ein ungemein großes, kräftiges Weib. Sie zu tragen wäre noch
schwerer gewesen. Und wenn sie ihn zum Ueberfluß noch mit dem Fuße ge=
stoßen hätte wie einen Stier, so wäre er sicherlich bald zum zweitenmale gestorben.

Aus Mitleid nahm er die Alte an den Füßen, um dem Greise zu helfen.
Aber er hatte kaum zwei, drei Schritte gethan, so mußte er die Füße der Alten
fallen lassen, damit sie ihm nicht in den Händen blieben. Einen Augenblick
später war der Greis mit seiner Last ihm aus dem Gesicht entschwunden.

Auf dem weiteren Wege traf Makar Niemanden mehr, den er seiner be=
sonderen Aufmerksamkeit gewürdigt hätte. Da waren Diebe, mit gestohlenem
Gute beladen wie Lastthiere, die sich langsam, Schritt für Schritt, vorwärts

bewegten. Dicke, jakutische Würdenträger schwankten auf hohen Sätteln sitzend, wie Thürme, mit ihren hohen Mützen die Wolken berührend. Nebenher liefen, sich überstürzend, arme Arbeiter, abgemagert und leicht wie Hasen. Dann kam ein Mörder, finster, blutbedeckt, mit wildfunkelndem Blick. Umsonst wälzte er sich in dem reinen Schnee, um die Blutflecken von sich abzuwaschen. Der Schnee ringsum färbte sich im Augenblick blutig wie getränkt von einem heißen Quell; die Blutflecken auf dem Mörder traten immer deutlicher hervor und aus seinen Blicken sprach Verzweiflung und wildes Entsetzen. Und so ging er immer weiter, den erschrockenen Blicken der Anderen scheu ausweichend.

Die Seelen kleiner Kinder schwirrten beständig durch die Luft wie Vöglein. Sie flogen in ganzen Zügen. Aber Makar schien dies nicht weiter verwunderlich. Die schlechte, grobe Nahrung, der Schmutz, das Feuer der offenen Herde und die kalte Zugluft der Jurten rafften sie in Tschalgan allein fast zu Hunderten dahin. Als sie an dem Mörder vorbeikamen, fuhr der ganze Schwarm entsetzt zurück, und lange nachher noch war in der Luft das hastige, aufgeregte Schwirren der kleinen Flügelchen zu hören.

Es fiel Makar auf, daß er sich im Vergleich mit den Anderen ziemlich schnell vorwärts bewegte. Und er zögerte denn auch nicht, dies seiner Tugendhaftigkeit zuzuschreiben.

„Du, Väterchen," sagte er, „was meinst Du? Wenn ich mich auch bei Lebzeiten gern einmal betrunken habe, bin ich doch ein guter Mensch gewesen... Gott liebt mich..."

Er sah den Popen neugierig an. Er hatte den Hintergedanken, etwas aus dem guten Alten herauszulocken. Der aber sagte kurz:

„Prahle nicht. Wir sind bald am Ziele. Dann magst Du selbst sehen."

Makar hatte bis zu diesem Augenblick nicht darauf geachtet, daß eine große Helligkeit sich über die Ebene breitete. Zuerst erglänzten, gleich den ersten Tönen eines mächtigen Orchesters, einige helle Strahlen am Horizont. Sie liefen im Fluge über den Himmel und löschten die leuchtenden Sterne. Die Sterne erloschen und der Mond ging unter. Und die Schneefläche verfinsterte sich.

Nebel wallten auf und thürmten sich rings um die Ebene wie eine Ehrenwache.

An einer Stelle im Osten aber erglänzten die Nebel wie Krieger in goldenen Rüstungen.

Und die Nebel bewegten sich und die Krieger in den goldenen Rüstungen neigten sich nach unten.

Und aus ihnen stieg die Sonne empor. Sie ruhte auf ihren goldenen Schultern und sah sich rings um.

Und die Ebene erglänzte in wunderbarem, blendendem Licht.

Und die Nebel stiegen immer höher in einem gewaltigen, feierlichen Reigen und sie zerrissen im Osten und schwebten empor.

Und es schien Makar, als höre er einen wunderbaren Gesang. Es war derselbe altbekannte Gesang, mit welchem die Erde jedesmal die Sonne begrüßt. Aber Makar hatte niemals sonderlich darauf geachtet. Heute zum ersten Mal empfand er, wie wunderschön dieser Gesang war.

Er stand und lauschte. Er trug kein Verlangen danach, weiter zu gehen. Ewig hätte er hier stehen und dem Gesange lauschen mögen....

Aber der Pope Iwan berührte seinen Aermel.

„Folge mir," sagte er. „Wir sind am Ziel."

Und Makar sah, daß sie vor einer großen Pforte standen, welche die Nebel bislang verhüllt hatten. Er wäre gar zu gern nicht weiter gegangen. Aber er gehorchte.

(Schluß folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 16. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Der Fall Marx.

✗ Berlin, 6. Januar 1892.

Ein Beleidigungsprozeß, der bereits am 21. Dezember v. J. vor dem hiesigen Schöffengerichte verhandelt wurde, ist erst jetzt für seine sozialpolitische Würdigung reif geworden. Denn die Frage, ob ihm überhaupt ein allgemeines Interesse beiwohne, hing davon ab, welche Stellung die kapitalistische Presse zu ihm einnehmen würde. Diese Stellung ist nunmehr in einer Art genommen worden, die dem erwähnten Prozesse allerdings ein weittragendes Interesse verleiht. In theoretischer Hinsicht sowohl wie in praktischer. In jener, weil das Schicksal von Paul Marx eine Lehre von Karl Marx mit schlagender Beweiskraft bestätigt; in dieser, weil der Fall Marx den ehrlichen Antisemiten die Augen über das Sinn- und Zwecklose ihrer Agitation zu öffnen geeignet ist.

Den ehrlichen Antisemiten, d. h. denjenigen guten Leuten und schlechten Musikanten, welche aus einem an sich ehrenwerthen Hasse gegen die moralischen Scheußlichkeiten des Kapitalismus die Juden als die angeblich allein schuldigen Urheber jener Scheußlichkeiten beseitigen wollen. Der logische Kopfsprung dieser Agitation braucht den Lesern der „Neuen Zeit“ nicht weitläufig auseinander gesetzt zu werden; er besteht einfach in der Verwechslung des Kapitalismus mit einem mehr oder minder überwiegenden Theile seiner Träger. Die Möglichkeit dieser Verwechslung und ein gewisser blendender Schein, den sie für ökonomisch ungeschulte Köpfe hat, erklärt sich aus der historischen Rolle, welche das jüdische Element seit undenkbaren Zeiten im deutschen Volksleben gespielt hat; dazu kommt das an sich löbliche Solidaritätsgefühl, welches den Juden aus jahrhundertelangen Verfolgungen erwachsen ist und welches sie trotz aller Emanzipation doch noch als eine eng verbundene Interessengemeinschaft erscheinen läßt. Wer einem Juden im entlegensten Winkel auf die Hühneraugen tritt, hat sofort das ganze europäische und außereuropäische Israel auf dem Halse: das ist eine weitverbreitete, bis zu einem gewissen Grade auch richtige und den Juden an sich keineswegs zur Unehre gereichende Volksmeinung. Der Fehler liegt nur darin, diese jüdische ohne Weiteres mit der kapitalistischen Interessengemeinschaft zu verwechseln. Solchen populären Vorurtheilen ist aber immer schwer mit logischen, sei es noch so schlagenden Beweisgründen beizukommen; der Jude bleibt doch der Feind, wie

es in Frankreich, und die Juden sind doch nun einmal unser Unglück, wie es in Deutschland heißt. Eher lassen sich derartige Vorurtheile durch praktische Beispiele erschüttern, und ein solches, den Unterschied zwischen der jüdischen und der kapitalistischen Interessengemeinschaft in klarster Weise darlegendes Beispiel ist der Fall Marx. Derselbe zeigt, daß die jüdische Interessengemeinschaft, welche angeblich die Welt beherrschen soll, und welche in der That eine ansehnliche Macht darstellt, doch spurlos in der Versenkung verschwindet, sobald sie sich mit der kapitalistischen Interessengemeinschaft feindlich kreuzt. Auch die Rasseninteressen werden von den Klasseninteressen beherrscht, wie es sich aus der Lehre von Karl Marx und dem Schicksal von Paul Marx ergiebt.

Herr Paul Marx ist ein entfernter Blutsverwandter, der Sohn eines Vetters von Karl Marx, aber ein bürgerlicher Schriftsteller ohne alle sozialistischen Tendenzen. Sein Gegner, Herr C. R. Lessing, ist ein entfernter Blutsverwandter, der Enkel eines Bruders von Gotthold Ephraim Lessing. Auch er unterscheidet sich grundtief von dem berühmten Mitgliede seiner Familie. Wenn G. E. Lessing frei von kapitalistischen und voll von judenfreundlichen Tendenzen war, so ist C. R. Lessing frei von judenfreundlichen und voll von kapitalistischen Tendenzen. Die Reklame, die er durch allerlei kostbare Spielereien — seine Mittel erlauben ihm das — mit dem Namen Gotthold Ephraims treibt, ist nur landläufiger, kapitalistischer Trommelschlag ohne jeden literarischen oder wissenschaftlichen Werth. Ebenso ist sein Antisemitismus nichts als eine kapitalistische Laune. Herr C. R. Lessing kann weder als vielfacher Millionär die Entschuldigungsgründe, welche dem Antisemitismus ausgewucherter Bauern und Handwerker zur Seite stehen, noch als nationalliberaler Politiker und Hauptbesitzer einer freisinnigen Zeitung die Erklärungsgründe für sich geltend machen, welche den Antisemitismus als eine reaktionäre Machenschaft der Stöcker und Genossen zwar nicht um ein Haar breit verschönern, aber doch wenigstens erläutern. Herr C. R. Lessing verkörpert die lächerlichste und verwerflichste Form des Antisemitismus. Wenn G. E. Lessing im Nathan sagt:

> Sieh', eine Stirn, so oder so gewölbt;
> Der Rücken einer Nase, so vielmehr
> Als so geführet; Augenbrauen, die
> Auf einem scharfen oder stumpfen Knochen
> So oder so sich schlängeln; eine Linie,
> Ein Bug, ein Winkel, eine Falt', ein Mal,
> Ein Nichts, auf eines wilden Europäers
> Gesicht: — und du entkömmst dem Feuer, in Asien!

so sagt C. R. Lessing: Umgekehrt verehrter Ahnherr; um dieses „Nichts" willen muß der Jude in Europa ins Feuer wandern.

Der Fall Marx entstand nun so. Herr Paul Marx arbeitete seit drei Jahren in der Redaktion der „Vossischen Zeitung," deren Hauptbesitzer Herr C. R. Lessing ist, ohne daß der letztere den Teufelsbraten von Juden gerochen hätte. Im vergangenen Jahre war Herr Marx frühzeitig in die Sommerferien gegangen, weil er nach vorher getroffener Verabredung späterhin den Chefredakteur Stephany während dessen Ferien vertreten sollte. Bei seiner Rückkehr empfing ihn aber Herr Stephany mit der Trauerbotschaft, aus der Stellvertretung könne nichts werden; es seien „Intriguen" gespielt und Herrn Lessing sei Marx als Jude enthüllt worden, und damit nicht genug: ein paar Tage darauf kündigte Herr Stephany demselben Marx, dem er kurz vorher, als dieser kündigen wollte, dringend zum Bleiben zugeredet hatte, seine Stellung zum ersten Oktober vorigen

Jahres. Herr Marx, der ebenso wie die übrige Redaktion annehmen mußte und auch annahm, daß ihm um seines Judenthums willen gekündigt worden sei, hatte den guten Geschmack, dem dioskuren Herrn Lessing-Stephany sofort den Bettel vor die Füße zu werfen; die übrigen Redakteure hatten den schlechten Geschmack, trotz ihres „Freisinns" zu bleiben, obgleich sie allesammt, wie einer von ihnen vor Gericht erhärtete, der Ueberzeugung waren und nach dem ganzen Hergange auch sein mußten, daß ihr Kamerad verbrannt worden sei, weil er ein Jude war.

Sobald die Sache im Publikum ruchbar wurde, regte sich zunächst allerdings die jüdische Interessengemeinschaft. Wie sehr immer Herr C. R. Lessing die Juden als Menschen haßt, so sehr liebt er sie als Abonnenten und namentlich Inserenten der „Vossischen Zeitung." Er verbreitete also auf privatem Wege Formulare an seine Kunden, in denen er alles abstritt und den Gegenbeweis erwartete. Dann aber, als die Sache — nicht durch Herrn Marx — in die Presse kam, ließ Herr C. R. Lessing durch den Hausknecht des Kapitalismus in der „Freisinnigen Zeitung" erklären, nicht wegen seines Judenthums, sondern wegen seiner Unfähigkeit sei Marx entlassen worden. Die „Freisinnige Zeitung," nicht das gebildetste und klügste und noch viel weniger das anständigste, aber allerdings das dumm-pfiffigste Kapitalistenorgan, hatte sofort die richtige Witterung: Jude hin, Jude her, jeder Kapitalist hat das Recht, seine Kulis auf die Straße zu werfen, wie ihm beliebt, und damit basta! In anderen bürgerlichen Blättern aber rang noch der bürgerliche Idealismus mit dem kapitalistischen Interesse. Sie redeten Herrn Marx zu, die Gerichte des Landes zum Schutze seines Rechtes anzurufen. Herr Marx folgte diesem Rathe. In einer öffentlichen Erklärung legte er den ganzen Sachverhalt dar und verhieß, daß er alles daran setzen werde, um den Verleumder zu fassen, der ein leichtfertiges Spiel mit der Wahrheit und einem Menschenschicksal treibe. Nunmehr erließ Herr C. R. Lessing höchstselbst eine Erwiderung, in welcher er behauptete, er habe der Kündigung des Herrn Marx fern gestanden und erst nach derselben erfahren, daß Marx ein Jude sei.

Dies war das publizistische Vorspiel. Die gerichtliche Verhandlung fand am 21. Dezember v. J. vor dem hiesigen Schöffengerichte statt. Nach Lage der Dinge konnte sich die Klage von Marx nur gegen den verantwortlichen Redakteur der „Freisinnigen Zeitung" richten. Aber die Herren Lessing und Stephany erschienen als Zeugen. Ersterer wurde durch den Kläger überführt, öffentlich die Unwahrheit gesagt zu haben; er mußte unter seinem Eide bekennen, daß er schon vor der Kündigung von Marx dessen Eigenschaft als Jude gekannt habe. Im Allgemeinen erklärte er, es sei ihm gleich, ob Christen, Juden oder Türken in der Redaktion der „Vossischen Zeitung" säßen, vorausgesetzt, daß sie nur brauchbare Tintenkulis seien, womit denn das Märlein von den drei Ringen so gelungen aus dem Humanitären in das Kapitalistische übersetzt ist, daß Herrn C. R. Lessing ein ganz kleines Aederchen von dem zergliedernden Scharfsinn seines berühmten Großohms doch am Ende nicht abgesprochen werden kann. Im Besonderen aber wälzte Herr Lessing seine ganze Bürde auf die Schultern des Herrn Stephany; der habe den Herrn Marx „immer gehalten," während er, Lessing, ihn wegen seiner Unfähigkeit längst habe absägen wollen.

So hatte der Zeuge Stephany eine doppelte Last vor den Zeugentisch zu schleppen, aber dieser wackere Kreuzträger des Kapitalismus verzagte nicht. Er hatte Marx „immer gehalten"; er hatte ihn verhindert, zu gehen, als Marx kündigen wollte; er hatte ihm seine Stellvertretung zugedacht, aber — der Jude wird doch verbrannt. Erstens scheute Herr Stephany nicht davor zurück, Herrn Marx, der nach Art junger Leute wohl einmal über die Bürgerstunde beim

Pschorr oder Spaten sitzen bleibt, vielleicht weil er den Kummer der Judenhasser, daß die Juden nicht bechern können, gern lindern will, als einen Lüderjahn darzustellen, der ein „übernächtiges“ Leben führe. Weiters aber wollte er die „Unbrauchbarkeit“ des Herrn Marx in blitzartiger Erleuchtung dadurch erkannt haben, daß ihm derselbe am Tage nach seiner Rückkehr aus den Ferien eine „Doublette,“ d. h. zweimal ein und dieselbe Notiz in die Oberredaktion gegeben habe. Man muß gestehen: Herr Stephany bereichert die deutsche Publizistik um die kostbarsten Fernsichten. Bisher war es menschlichem Scharfsinne noch nicht gelungen, ein leichteres publizistisches Versehen zu entdecken, als eine „Doublette“ eines eben aus den Ferien heimkehrenden, also noch nicht wieder in die Arbeit eingeschossenen Redakteurs. Aber Herr Stephany belehrt uns, dies sei ein Verbrechen, das nur mit der sofortigen Kündigung des Redakteurs geahndet werden könne, und da er es beschworen hat, so müssen wir ihm schon glauben.

Indessen dies war nur die leichtere Hälfte der schwierigen Aufgabe, die Herr Stephany mit spielender Leichtigkeit löste. Er hatte ja selbst dem Herrn Marx erklärt, wegen seines Judenthums könne derselbe nicht die stellvertretende Zeichnung übernehmen. Ganz richtig, erklärte der Zeuge Stephany, ein Jude kann die „Vossische Zeitung“ nicht zeichnen, aber nicht, weil er ein Jude, sondern nur weil ein Jude — kein Protestantenvereinler ist. Ein verantwortlicher Redakteur der „Vossischen Zeitung“ müsse immer aus seiner innersten Ueberzeugung heraus arbeiten, und da die „Vossische Zeitung“ die Richtung des Protestantenvereins vertrete, so müsse der verantwortliche Redakteur dieselbe religiöse Richtung bekennen, dürfe also kein Jude sein. Nun haben zwar alle Redakteure, welche der „Vossischen Zeitung“ je einen Namen gemacht haben, von Gotthold Ephraim Lessing bis auf Guido Weiß, stets jene religiöse Halbheit abgelehnt, die sich im Protestantenverein verkörpert, jenes „Christenthum der Vernunft,“ von dem Gotthold Ephraim sagte, man wisse nicht, weder wo ihm das Christenthum, noch wo ihm die Vernunft säße. Nun hat zwar der alte, brave Dumas, ein so entschlossener Freidenker, wie es je einen gegeben hat, als Stellvertreter des Herrn Stephany oft genug die „Vossische Zeitung“ gezeichnet. Nun hat zwar Herr Stephany selbst bis in sein reifes Mannesalter einem entschlossenen Atheismus gehuldigt und ist erst an der Schwelle des Greisenalters von den religiösen Heilswahrheiten des Protestantenvereins ergriffen worden. Aber der Jude Marx darf die „Vossische Zeitung“ nicht zeichnen, weil ein Jude — kein Protestantenvereinler ist. Einige Stöcker-Organe und auch verständigere Leute meinen, mit dieser Aussage habe sich Herr Stephany auf den Standpunkt Stöckers gestellt, der den Juden sonst ja auch alles Gute gönne und ihnen nur keine autoritativen Stellungen einräumen wolle. Allein das heißt unseres Erachtens Herrn Stephany doch ein wenig zu viel thun. Wenn Stöcker der „zweite Luther“ ist, so ist Herr Stephany bei der mild-religiösen und gar nicht verfolgungssüchtigen Weichheit seines Wesens und seiner umfassenden Gelehrsamkeit doch höchstens erst der „zweite Melanchthon.“ Nur freilich muß er dann mit der Würde auch die Bürde übernehmen, und wie sagt doch Lessing — natürlich nicht C. R., sondern G. E. — von Melanchthon? Er sagt von ihm in einem der Lemnius-Briefe: „Sagen Sie mir aufrichtig, mein Herr, klingt dieses nicht vollkommen wie das Gewäsche eines Mannes, der sich gedrungen entschuldigt und eigentlich nicht weiß, was er sagen soll?“

Das Schöffengericht wies die Klage des Herrn Marx ab, legte aber die Kosten des Verfahrens beiden Parteien je zur Hälfte auf. Auch in der Begründung des Urtheils fehlt es nicht an einer Kritik der Zeugen Lessing und

Stephany; insbesondere der Spaß mit der „Doublette" scheint den wackeren Schöffen denn doch über den Spaß gegangen zu sein. Aber gleichwohl wurde die Klage abgewiesen, da in der Behauptung, daß Jemand unfähig sei, in einer Redaktion zu arbeiten, überhaupt keine Beleidigung liege. Dieser Gesichtspunkt, so sehr er in anderer Beziehung der Erörterung werth sein mag, berührt nicht den sozialpolitischen Charakter des Falles Marx. Weiter hielt das Schöffengericht für festgestellt durch die Beweisaufnahme, daß die Kündigung des Herrn Marx nicht deshalb erfolgte, weil er Jude sei. Dagegen läßt sich auch nichts einwenden, so lange das Gericht an die Zeugenaussagen der Lessing und Stephany als formal zu Recht bestehend gebunden ist. Aber — wenn es denn wahr sein soll, daß die jüdische Interessengemeinschaft über jede andere Rücksicht geht, so hätte man nunmehr erwarten müssen, daß die sogenannte „Judenpresse," die, wenn es sich um Männer wie Stöcker handelt, in der Kritik gerichtlicher Eide wahrlich nicht blöde ist, die Eide der Lessing und Stephany unter die schärfste Loupe nehmen werde. War doch gerade durch diese Eide handgreiflich klar gestellt, daß wenn je einem Juden um seines Judenthums willen bitteres Unrecht zugefügt, die Existenz vernichtet, die Zukunft gefährdet, die Ehre besudelt wurde, Alles dies dem Herrn Marx geschehen ist, der wohlgemerkt durchaus auf dem Boden der bürgerlichen Weltanschauung steht. Was hat nun aber die sogenannte „Judenpresse," was haben insbesondere die bürgerlichen Blätter, welche Herrn Marx gewissermaßen mit moralischer Gewalt in den Prozeß trieben, in den mehr als vierzehn Tagen seit dem 21. Dezember v. J. gethan? Gar nichts; sie haben nach bewährter Methode den Fall Marx einfach todtgeschwiegen.

Die Lösung des Räthsels ist einfach. In Herrn Marx stand die jüdische, in den Herren C. R. Lessing und Stephany eben die kapitalistische Interessengemeinschaft vor den gerichtlichen Schranken. Und wenn diese geigen will, hat auch jene trotz ihrer erheblichen Stimmmittel einfach zu schweigen, oder sie kriegt auch nur eins mit dem Fiedelbogen über den Kopf. Ehrlichen Antisemiten, wie gesagt, kann der Fall Marx nur zur reiflichsten Ueberlegung empfohlen werden.

Der Sozialismus in Russisch-Polen.

Von **Leo Winiarski.**

Aus dem Polnischen von **A. Maurizio.**

(Schluß.)

II.

Die nachfolgenden Jahre bringen einen vollständigen Umschwung in den wirthschaftlichen Verhältnissen Polens hervor. Aus einem Lande, in dem nur der mittelalterliche Antagonismus zwischen dem Bauer und dem Adligen bestand, wird ein modernes Industrieland, in dem der Klassengegensatz zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat immer breitere und breitere Volksschichten erfaßt. Auf dem Lande läßt sich diese Veränderung gleichfalls durch die Abnahme der kleinen Wirthschaften nachweisen. Die feudale Bewirthschaftung wird durch den modernen kapitalistischen Betrieb ersetzt. Die endliche Befreiung der Bauern, Aufhebung der Zollschranken zwischen Polen und Rußland, die den polnischen Produkten einen unermeßlichen Markt eröffnet, Vermehrung der Straßen, Bau neuer Eisenbahnlinien, alle diese Faktoren machen aus Kongreßpolen ein Land, das hinsichtlich seiner ökonomischen Entwicklung dem allgemeinen europäischen Typus gleich sieht.

Einige Zahlen werden dem Leser hierüber Aufschluß geben. Der Werth der in Kongreßpolen produzirten Waaren überschritt 1857 nicht die Summe von 31 Millionen Rubel. 1872 betrug er 73 Millionen, also mehr als das Doppelte. Nach amtlichen Angaben besaß Kongreßpolen im Jahre 1879 6627 Fabriken, welche Waaren im Werthe von 118 000 000 Rubel produzirten. 1882 finden wir 7060 Fabriken mit einem jährlichen Produktenwerth von 139 000 000 Rubel. 1884 nimmt die Zahl der Fabriken ab (6580), bei zunehmender Produktion (Werth 191 851 000 Rubel). In den folgenden Jahren endlich läßt sich die gleiche Tendenz der Konzentration an der ziffernmäßigen Abnahme der industriellen Etablissements konstatiren.*)

Wenn die kapitalistische Entwicklung Kongreßpolens in den Städten den gleichen Charakter trägt, wie im übrigen Europa, so bringt sie auch auf dem Lande große Veränderungen hervor. Der Grundbesitzreform vom Jahre 1864 diente die Bestimmung zum Ausgangspunkt, daß jeder Bauer zum Eigenthümer desjenigen Stückes Land eingesetzt wird, das er vor der Reform bebaute. Auf diese Weise blieb die Lage des besitzlosen Landproletariats, das schon damals über eine Million Köpfe stark war, vollständig unverändert. Jetzt beträgt die Zahl der ländlichen Proletarier 1½ Millionen Menschen (auf eine Gesammtbevölkerung von nicht ganz 8 Millionen). Die Statistik führt eine gleich große Zahl der bäuerlichen Kleinbesitzer an, d. h. derjenigen, deren Besitz drei Morgen Land nicht überschreitet, und die in Folge davon auf den benachbarten großen Gütern in Lohnarbeit gehen.

Die landwirthschaftlichen Großbetriebe verschlingen eine Menge dieser kleinen Besitze, ohne den Expropriirten genügend Beschäftigung geben zu können. Auf dem flachen Lande wird der Lohnarbeiter mit höchstens 10—15 Kopeken (1 Kopeke ungefähr = 3 Pfennigen) per Tag bezahlt, und man kann sich ohne nähere Angaben seine Lage vorstellen, wenn er nicht einmal sicher ist, diese lohnende Verwendung zu finden. Andererseits kann die Industrie, die sich zwar rasch entwickelte, aber doch mit dieser Enteignung nicht Schritt hält, die Masse der besitzlosen Landproletarier nicht absorbiren. Am Hungertuche nagend wandern dieselben besonders nach Brasilien aus, wo sie die vor Kurzem freigegebenen Sklaven ersetzen.

Galizien und Posen blieben weit hinter dieser Entwicklung zurück, aber auch dort nimmt die Zahl der besitzlosen Landbevölkerung stetig zu, so macht sie z. B. in Ost-Galizien drei Viertel des Bauernstandes aus.

Die ökonomische Entwicklung reiht den polnischen Adel der großen internationalen Bourgeoisfamilie ein, denn der Adel als ein mit besonderen Interessen auftretender Stand ist verschwunden; und mit ihm verklang auch das Losungswort: „Noch ist Polen nicht verloren!" Gegenwärtig ist der galizische Adel die treueste Stütze der österreichischen Regierung, der polnische parlamentarische Klub in Berlin ist in ganz Deutschland durch seinen Servilismus genugsam bekannt, und in Kongreßpolen wurde er sammt der Bourgeoisie sehr bald durch die Zunahme der Grundrente und Oeffnung neuer Märkte getröstet. Nach der letzten mißglückten Insurrektion kam die Epoche der sogenannten „organischen Entwicklung" und „grundlegenden Arbeit" — so lautete die Losung der polnischen Bourgeoisie — mit anderen Worten, die Epoche der kapitalistischen Entwicklung und der Arbeit zur Bereicherung der eigenen Taschen. In den herrschenden Klassen haben die früheren patriotischen Losungsworte gar keine Bedeutung

*) Prof. Janzull, Die Industrie Kongreßpolens. (Russisch.)

mehr*), und der Bauernstand hatte niemals Vorliebe für dieselben; im übrigen war letzterer durch die von den Regierungen eingeführten Reformen zu sehr befriedigt, hegte für den „Kaiser“ eine zu große Dankbarkeit, war und ist endlich auch zu unwissend, als daß er sich einem Proteste anschließen würde. Weder die dem Untergang geweihten Klassen der alten Gesellschaft, noch die auf ihren Trümmern entstehenden neuen, die ihre Herrschaft auf die Ausbeutung der Lohnarbeit gründen, haben es nöthig, ihre politischen Ideale auf ungesetzlichem Wege zu vertheidigen. Nur das jüngste Kind der gesellschaftlichen Entwicklung hat die Welt mit einem lauten Protest begrüßt. Die Stimme der Arbeiterklasse erscholl, und ihr Protest hatte einen rein sozialistischen Charakter. Er hat nichts gemein mit den Spuren von Sozialismus, wie sie in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in der Emigration auftauchen, denn nicht auf Utopien sind seine Forderungen begründet, sondern auf der festen Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus. Bei der praktischen Verwirklichung seiner Ideale zählt der polnische Sozialismus keineswegs auf den an seiner Erdscholle haftenden, in religiösem Aberglauben befangenen Bauer, sondern er findet seine Existenzberechtigung in den Bedürfnissen und Bestrebungen des Land- und Fabrikproletariats. Er bricht vollständig mit den Traditionen des polnischen Patriotismus und bekennt sich zur internationalen Arbeiterbewegung.

Vor kaum vierzehn Jahren keimten die sozialistischen Ideen in Polen auf, und ihre ersten Anhänger rekrutirten sich aus der Studentenschaft der höheren Petersburger Unterrichtsanstalten. (Es war die Zeit, in der die Gesellschaft die Fesseln der Naturalwirthschaft endgiltig abstreifte und in die kapitalistische Aera eintrat.) Voll Hoffnung und jugendlicher Begeisterung kam die kleine Schaar in die Heimath zurück, um dort, namentlich in Warschau, ihre Thätigkeit zu entfalten. Nur klein war die Zahl dieser ersten Sozialisten, die im Jahre 1878 Handwerker und Arbeiter in geheimen Zusammenkünften mit der neuen Lehre vertraut machten. Man fing an Gelder zu sammeln, und kaum war ein Jahr verflossen, so war man schon in den Stand gesetzt, im Auslande einige Broschüren, die einer weiteren Propaganda dienen sollten, herauszugeben. Die Polizei konnte bald ihre erste Ernte halten. 1879 wurde die Mehrzahl der damals thätigen Propagandisten verhaftet. In der Warschauer Zitadelle starben einige von ihnen in mehrjähriger „Untersuchungshaft,“ der Rest wurde auf administrativem Wege nach Sibirien verschickt. Ein gewisser Bajte wurde im Gefängniß von einem Gensdarmen erschossen, als er zum Fenster hinaussah, worauf sich Szenen abspielten, wie sie in russischen Kerkern oft vorkommen. Die Gefangenen protestirten gegen den Mord, indem sie alle Gegenstände, die sie in den Zellen fanden, zerschlugen, Fenster zerbrachen, und auf diese Weise eine Bestrafung des Schuldigen erwirken wollten. Wegen dieser Insubordination wurden zwei der Genossen zur Bergwerksarbeit verurtheilt. — Nur Wenigen aus dieser wackeren Schaar gelang es, vor der Verhaftung ins Ausland zu entkommen. Ein Theil begab sich nach Lemberg, Krakau und Posen, mit der Absicht, in diesen Städten die Propaganda weiter zu führen, ein anderer wanderte nach Belgien und der Schweiz

*) Am besten zeigte sich dies beim Anlaß der 100jährigen Feier der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791. An der Manifestation, die durch Verbreitung unzähliger patriotischer Flugblätter vorbereitet war, nahmen nur ein paar hundert Studenten und 2—3000 Neugierige theil. Die ganze Masse der Bevölkerung — und Warschau ist eine Halbmillionen-Stadt — schob den Riegel vor die Hausthür und schloß die Fensterladen; endlich protestirte die gesammte Presse gegen das „unverantwortliche Gebahren der gedankenlosen Straßenjungen.“

aus und beschäftigte sich mit der Herausgabe von Zeitschriften und Broschüren. So entstand in Genf 1879 die sozialistische Zeitschrift „Gleichheit“ (Rownost), die in populär-wissenschaftlicher Form Artikel aus den Gebieten der politischen Oekonomie und der Soziologie brachte. Ihr Hauptverdienst war ihre unerbittliche, um nicht zu sagen fanatische Bekämpfung des polnischen Patriotismus, unter Hinweis darauf, daß alle bisherigen nationalen Aspirationen alle Schichten der Gesellschaft in ein Ganzes vereinigen wollten und so den existirenden Klassenantagonismus zu leugnen strebten. Der „Gleichheit“ zu Folge war die Aufgabe der jungen sozialistischen Partei: ein vollständiger Bruch mit den bisherigen Ueberlieferungen der „Unabhängigkeit,“ und das Erwecken des Klassenbewußtseins auf Grundlage des sich entwickelnden Kapitalismus. Sehr berechtigt war auch der Hohn und Spott, mit dem sie den Patriotismus des neuen bürgerlichen Polens begrüßte, der in „der Versöhnung mit dem Schicksal,“ das heißt mit dem russischen Absolutismus, in der „Bereicherung des Landes,“ das heißt der Taschen der neu entstandenen Bourgeoisie, bestand. Dieser junge „Patriotismus“ hatte gar keine Aehnlichkeit mehr mit dem titanischen, wenn auch noch so egoistischen Kampfe des alten Adels, so daß die ganze sozialistische Jugend sich mit Ekel von ihm abwandte. Das Losungswort der kühnen Handvoll Kämpfer, die der Gesellschaft den Fehdehandschuh hinwarfen, war: Nieder mit dem alten Polen, nieder mit dem Patriotismus, hoch die internationale soziale Revolution! Unter dieser Fahne kämpft, nach dem Eingehen der „Gleichheit,“ seit 1882 „Przedswit“ (Morgenroth). Die Zeitschrift erscheint bis jetzt zweimal wöchentlich, obgleich in letzter Zeit unregelmäßig, und ist für Arbeiter bestimmt. Andere Publikationen werden wir in der Folge erwähnen.

Sehen wir uns die jetzige soziale Situation von Russisch-Polen an:

Neben Warschau mit seiner immer wachsenden Arbeiterbevölkerung ziehen Fabrikstädte wie Lodz (genannt das polnische Manchester), Zgierz, Zyrardow &c. moderne Proletarier heran. Der Landadel hat materiell wie gesellschaftlich seine frühere Stellung gänzlich verloren, der Klerus verliert, im Gegensatz zu dem Galiziens, Posens und Oberschlesiens, mehr und mehr an Einfluß. Da mußte sich der sozialistischen Propaganda ein weites Wirkungsgebiet eröffnen. Es sind denn auch nach den ersten Verhaftungen, die „das Uebel mit der Wurzel“ ausrotten sollten, neue energische Kräfte aufgetaucht. Aber ebenso das erste wie das ihm folgende Häuflein, befaßte sich mit einer Art Sektenpropaganda abstrakter sozialistischer Ideale. Es beschritt nicht den Boden der praktischen Anwendungen und war sich lange über die Stellung, die es der Regierung gegenüber einnehmen sollte, im Unklaren. Die Verhältnisse gaben der Bewegung eine andere Richtung. Nach der gänzlichen Vernichtung der ersten Organisationen war es Allen offenbar, daß die Regierung keineswegs gewillt sei, den abwartenden Zuschauer zu spielen, und daß man erst um den Raum kämpfen müsse, auf dem die sozialistische Aktion sich entwickeln könnte. Diese Frage gewann eine um so größere Wichtigkeit, als gerade damals die russischen Revolutionäre gegen die Regierung einen unerbittlichen Krieg mit Aussicht auf Erfolg führten. Eine Verständigung und nähere Verbindung mit denselben war nothwendig geworden und schien die Bedingung für die Erringung einer breiteren Basis für die sozialistische Propaganda zu sein. Unausweichlich mußte der Sozialismus diesen Weg betreten; es handelte sich hier nicht mehr um die Unabhängigkeit Polens, sondern um die Erlangung der politischen Freiheit im heutigen Staat. Zu diesem Zwecke vereinigten sich gegen die russische Autokratie und den zarischen Despotismus die ehemaligen losen, propagandistischen Gesellschaften unter dem Namen der „Internationalen

ozialrevolutionären Partei Proletariat." Wir fügen hier einige Auszüge aus em Parteiprogramm bei, um ihre Stellung näher zu beleuchten. In der ationalitätenfrage, die auf die Geschichte der Bewegung so großen Einfluß aus-bte, spricht sich dasselbe folgendermaßen aus: „Länger als in den anderen ändern blieb das polnische Proletariat in Schlaf versunken. Außer den all-emeinen ökonomischen und politischen Bedingungen trug hierzu die politisch-ationale Abhängigkeit unseres Landes von den fremden politischen Nächten nicht wenig bei. Die nationalen Aufstände und Bewegungen, die lle Polen zur Einigkeit und zum gemeinsamen Kampfe gegen den Eindringling iefen, ertödteten das Klassenbewußtsein unserer Gesellschaft, in besonderem Maße asjenige der arbeitenden Klassen.... Man suchte diese zu überzeugen, daß der Widerspruch zwischen ihren Interessen und denjenigen der herrschenden Klassen ei uns künstlich durch den inneren Druck hervorgebracht würde, so daß er mit em Augenblick der Wiedererlangung der nationalen Selbständigkeit fallen müsse. Eben diese „Unabhängigkeit des Vaterlandes," die als Heilmittel aller sozialen lebel in den Vordergrund gerückt, zur Eintracht und zu gemeinsamem Handeln nfeuerte, eben sie war es, welche die Aufmerksamkeit des Arbeiters von den wirklichen Ursachen seines Elendes und des Druckes, unter dem er litt, ablenkte.... Dieser Zustand der Dinge darf nicht länger dauern; der moralischen Befreiung es polnischen Proletariats von den Einflüssen der privilegirten Klassen, Regier-ungen und nationalen Traditionen, die seinen Klasseninteressen schädlich sind, muß unabänderlich eine Bewegung vorangehen, die mit gutem Recht den modernen Volkserhebungen eingereiht werden darf." Jede Gemeinschaft mit den national-patriotischen Aspirationen abweisend, eröffnete also das polnische Proletariat den Kampf mit den herrschenden Klassen. Es trat als Bundesgenosse aller Aus-gebeuteten auf, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität. Die neue Partei stellte als hr schließliches Ziel die Einführung der sozialistischen Gesellschaft auf. Sie trebte den Umsturz der heutigen politischen Ordnung Rußlands an, und unter-tützte alle revolutionären Bestrebungen im Kampfe gegen den Absolutismus; sie etzte den die Arbeiter schädigenden Maßregeln der Regierung Widerstand entgegen, uf Gewaltmaßregeln antwortete sie mit der Gewalt; sie organisirte Massenproteste. Ihr Hauptbestreben, die Verbreitung der sozialistischen Ideen unter den Arbeitern, ward von der Unterstützung der Strikes und Terrorisirung besonders unmensch-icher Fabrikanten begleitet. Eines der Mittel, deren sie sich bediente, war unter anderem der politische Terrorismus (gerichtet gegen die am meisten schädlichen Repräsentanten der Regierung, gegen Spione und Verräther), wozu sich in Form von Drohungen gegen den Kapitalisten der ökonomische Terrorismus gesellte.

Dieses Programm wurde von einem Kongreß der Vertreter revolutionärer Gruppen, welcher im Januar 1883 tagte, genehmigt. Die losen Gesellschaften, die oft von einander nichts wußten, kleinere Vereinigungen der Provinz, thaten ich zu Arbeiterkomites zusammen, deren Führung das Zentralkomite mit dem Sitz in Warschau übernahm. In kurzer Zeit erhielt die Partei ihre organi-satorische Vollendung.

Seit Gründung der Partei hat sich die Bewegung durch einen engeren Zusammenschluß der früher auf eigene Hand thätigen Gruppen der wichtigeren Fabrikstädte Kongreßpolens bemächtigt. Gleichzeitig kam es zu einem Bündniß zwischen dem Zentralkomite des „Proletariat" und dem Exekutivkomite der „Narodnaja Wolja" zum Zwecke gemeinsamer Weiterführung des politischen Kampfes gegen das Zarenthum. Die Führerrolle im politischen Kampf wurde dem Exekutivkomite übertragen, wobei man sich gegenseitig mit Geldmitteln

und Agitatoren aushalf. Immerhin konnte das Zentralkomite des „Proletariat“ in inneren Angelegenheiten Kongreßpolens selbständig vorgehen. Die Thätigkeit der in dieser Weise organisirten Partei bestand hauptsächlich in der Propaganda und Gründung neuer Arbeiterorganisationen. Sie trat auch einige Male öffentlich gegen Uebergriffe der Regierung auf, schickte solchen Fabrikanten, die sich einer unmenschlichen Behandlung ihrer Arbeiter schuldig machten, Drohbriefe zu, und führte einige Todesurtheile an Spionen aus. Ihr Organ war die geheime Zeitschrift „Proletariat“; im Auslande gab die Partei eine ganze Reihe Broschüren und zwei Zeitschriften heraus, der schon erwähnte „Przedswit“ und „Walka Klas“ (Klassenkampf).

Das „Proletariat“ hat eine so entscheidende Wirkung auf den Fortschritt des Sozialismus in Polen ausgeübt, daß es uns nöthig erscheint, aus seiner Geschichte Einiges zu erwähnen. Seinen ersten Sieg errang das „Proletariat“ bei folgendem Anlaß:

Im Februar 1883 erließ der Warschauer Oberpolizeimeister eine Verfügung, die alle Arbeiterinnen der Kontrole der Sittenpolizei unterwarf. Der Erlaß war eine Beleidigung der Arbeiterfrauen, der sie auf eine Stufe mit den Prostituirten stellte. Die Partei entschloß sich zu raschem Vorgehen und erließ einen Aufruf, in dem sie zum Widerstand gegen die Polizei aufforderte und dieser mit Gewaltmaßregeln drohte. Der Eindruck, den der Aufruf hervorrief, war so gewaltig, daß die Polizei sich gezwungen sah, die Verfügung zurückzuziehen.

Ferner sandten die Arbeiterkomites in Warschau, Zgierz und Lodz in Fällen unrechtmäßiger Uebervortheilung und Bedrückung der Arbeiter den Fabrikanten und Werkführern Drohbriefe zu, welche immer die erstrebte Wirkung erzielten. Von den gefällten Todesurtheilen wurden zwei ausgeführt.

Die in einer geheimen Parteidruckerei in Warschau hergestellte Zeitschrift „Proletariat“ hatte thatsächlichen Einfluß und wurde in ziemlicher Anzahl verbreitet. Es erschienen von ihr fünf Nummern. Geringere Verbreitung fanden „Przedswit“ und „Walka Klas“; die erste, populär gehalten, wendet sich an ein Publikum von Arbeitern, die letztere war wissenschaftlichen Charakters, für die Intelligenz berechnet. Der Schmuggel nach Rußland ist mit so ungeheuren Schwierigkeiten verbunden, daß die meisten Sendungen verloren gehen. Dabei ließ die literarische Ausführung des Unternehmens, und dies betrifft namentlich „Walka Klas,“ viel zu wünschen übrig. Die eben genannte periodische Publikation stand auf dem Boden der Sozialdemokratie; die blanquistische Form, die sie erhielt, wird durch besondere örtliche Umstände erklärt. „Walka Klas“ erschien zuerst als Monatsschrift, später vierteljährlich; ihre letzte Nummer kam im Jahre 1889 heraus.

Ende 1883 und Anfang 1884 kam es zu Verhaftungen, welche der Partei viele hervorragende Mitglieder entrissen; einen unersetzlichen Verlust erlitt sie in den Personen eines Ludwig Warynski und S. Kunicki. Gegen hundert Personen wurden in die Untersuchung verwickelt. Die Regierung verschickte die Mehrzahl auf administrativem Wege nach Sibirien und 29 stellte sie vor ein Kriegsgericht, das nach zweijähriger Untersuchung im Dezember 1885 in der Warschauer Zitadelle zusammentrat. Eine elende Komödie war die ganze Gerichtsverhandlung, die einen von vornherein befohlenen Vernichtungsakt mit dem Mantel eines gesetzlichen Urtheils umhüllen sollte.

Die Partei hatte in der kurzen Zeit ihres Bestandes eine nicht geringe Zahl begabter und aufopferungsvoller Männer um sich geschaart. Jene Angeklagten mit würdiger, kühner Haltung, darunter viele Arbeiter, die da vor dem

Gendarmen-Kriegsgericht begeisterte Ansprachen hielten, wie L. Warynski und Andere, sie gehörten zu den Besten und Edelsten des Volkes. Vier von ihnen, Bardowski, Kunicki, Ossowski und Pietrusinski, wurden zum Tode durch den Galgen verurtheilt, der Rest zu zehn- bis zwanzigjähriger schweren Bergwerksarbeit. Wir übergehen das Verhalten der Regierung während Untersuchung und Gerichtsverhandlung, das an die Inquisitionszeiten erinnert.

Doch weder die Verfolgungen noch die hohen Strafen haben die Bewegung aufzuhalten vermocht. Wohl hat sie von ihrer früheren Schlagfertigkeit viel eingebüßt, aber einzelne Gruppen sind in Warschau und den größeren Fabrikstädten weiter thätig. Wie weit die Agitation reicht, ist schwer zu beurtheilen, es sei denn, daß man aus der Zahl der Verhaftungen auf die Intensität der in den Tiefen der Gesellschaft sich vollziehenden Umwandlungen einen Rückschluß möge. Es vergeht kein Jahr ohne zahlreiche Verhaftungen, und das Bemerkenswerthe an ihnen ist die Abnahme der „Intelligenten" unter den Kompromittirten; in den letzten Jahren sind es fast ausschließlich Arbeiter gewesen, welche sich der sozialistischen Propaganda schuldig machten. Der Erfolg der Demonstration vom ersten Mai 1890 ist ebenso bemerkenswerth; die Betheiligung an dieser Feier war, wenn man die erschwerenden Bedingungen berücksichtigt, so groß, daß sie, wenn die Anzeichen nicht trügen, auf einen hohen Grad von erwachtem Klassenbewußtsein schließen läßt. In der Annahme, daß die am 1. Mai Nichtarbeitenden geheimen Gesellschaften angehören, hatte die Warschauer Polizei angefangen, die Namen derselben zu notiren. Diese Arbeit gab sie indessen sehr bald auf, denn die Gefängnisse der Stadt wären zu klein gewesen, um alle Feiernden zu beherbergen. Sie begnügte sich damit, etwa 200 Demonstranten zu verhaften, die sie bald wieder freiließ.*)

Die Schwächung der sozialistischen Organisation nach dem großen Warschauer Prozeß schrieb man verschiedenen Umständen zu; man warf z. B. dem „Proletariat" seinen Terrorismus vor. Nun unterliegt es ja keinem Zweifel, daß die Ausführung des Todesurtheils an einem Spione, wodurch Revolutionäre von den Fähigkeiten Kunicki's an den Galgen gebracht worden, der revolutionären Propaganda mehr Schaden als Nutzen brachte. Aber so lange der Despotismus jede Regung des freiheitlichen Gedankens in barbarischer Weise unterdrückt; so lange er die gemäßigtesten, bescheidensten Forderungen der Arbeiterklasse nur durch die Verbannung nach Sibirien und langjährige Bergwerksarbeit beantwortet, drängt er ihr den Terrorismus als Kampfmittel auf.

Andere wieder rügten den blanquistischen Charakter des „Proletariat" das heißt sie warfen ihm die streng zentralistische Organisation vor, die sich ohne genügende Vorbereitung Aufgaben stellte, mit denen sie ihre Kräfte überschritt. Aber dies ist doch leicht begreiflich. Mit einem Male sieht sich die Partei neben die „Narodnaja Wolja" gestellt, die seit einigen Jahren um die politische Freiheit kämpft. Sie konnte deren Thätigkeit nicht einfach ignoriren, sie mußte sich mit

*) Nach Angaben von Augenzeugen feierten 1891 in Warschau 12000 Arbeiter. Aber auch in anderen Städten ist der Tag nicht unbemerkt vorübergegangen: viele Fabriken in Lodz mußten schließen, in Zyrardow kam es zu einem Zusammenstoß mit dem Militär. Als nämlich die Rührigeren unter den in Spinnereien und Webereien beschäftigten Arbeiter andere gewaltsam an der Arbeit hindern wollten, und Anstalten machten die Schleußen zu öffnen, um die Fabriken unter Wasser zu setzen, schritt das auf Verlangen der Kapitalisten herbeigerufene Militär ein und es setzte einen Kampf, in dem einige Arbeiter ihr Leben verloren (diese Mittheilungen theilweise nach offiziellen Angaben der Regierungsblätter).

ihr auseinandersetzen. Sie schloß mit der „Narodnaja Wolja" ein offenes Bündniß ab, — Alles zu einer Zeit, in der sie selbst noch des inneren Ausbaues bedürftig war und der Stütze breiterer Arbeiterkreise ermangelte. In diesen Umständen findet die Verpflanzung des Blanquismus nach Polen ihre Erklärung. Die diktatorischen Anwandlungen, die ihm entspringen, sind höchst nachtheilig, denn sie stoßen ab, isoliren viele Kräfte, die in der Bewegung aufgehen könnten, und verlocken den Rest zum Kultus der Selbstbewunderung.

Nach unserer Meinung ist aber gar nicht in den begangenen Fehlern die wahre Ursache der Schwächung des „Proletariat" zu suchen, sondern in äußeren, von ihm selbst unabhängigen Bedingungen: dem furchtbaren Druck der Regierung und der Vernichtung der Organisation der „Narodnaja Wolja." Wäre der mit so großer Energie geführte Kampf der russischen Terroristen von Erfolg begleitet gewesen, hätten sie wirklich ihr Ziel, die politische Freiheit, erlangt, so hätte auch die Politik des „Proletariat" allgemeine Anerkennung gefunden.

Einer wichtigen Aufgabe ist sich der polnische Sozialismus gegenwärtig vollbewußt: er muß, ausschließlich in der Arbeiterklasse wurzelnd, dieselbe politisch mündig machen. Als sein nächstes Ziel ist die Erlangung der politischen Freiheit zu betrachten, und mit ihr die Koalitionsfreiheit der Arbeiter; darin ist er der beste Verbündete der künftigen russischen Bewegung, die das gleiche Ziel auf ihre Fahne schreibt. Dieses Ziel wird sie vermittelst einer Körperschaft erreichen, welche als thatsächliche Vertreterin der Arbeiterklasse das Zutrauen derselben besitzt — nicht vermittelst eines selbstherrischen Komites, das die Arbeiter nicht kennen. Und die Entwicklung selbst wird dazu führen, daß im entscheidenden Moment die arbeitenden Klassen dem Rufe einer solchen Organisation folgen werden. Neben der unerlaubten, geheim betriebenen sozialistischen Literatur und den in „legalen" Zeitschriften veröffentlichten Artikeln*), sind Strikes ein mächtiges Propagandamittel. Auf die letzteren richten denn auch die gegenwärtig thätigen Gruppen mit Recht ihr Hauptaugenmerk, — denn abgesehen vom Erfolg gegenüber dem Kapitalisten, ist diese Form des Protestes auch als Mittel politischer Erziehung wichtig. Ist die Bewegung gegenwärtig schwächer im Vergleich zum Jahre 1883, insofern sie keinen solchen engen Zusammenschluß der Mitwirkenden kennt, keine solche Schlagfertigkeit aufweist, so hat sie sich hingegen vertieft, hat sie an theoretischer Klarheit entschieden gewonnen und sich nach Orten ausgebreitet, an denen man sich früher von sozialistischer Propaganda nichts träumen ließ.

Das bedeutet einen großen Fortschritt, den auch Regierungsbeamte vollauf bestätigen. In ihren jährlichen amtlichen Rapporten ans Ministerium des Innern berichten die Fabrikinspektoren der westlichen Gouvernements über „Gährung und Unzufriedenheit der in den industriellen Etablissements Beschäftigten," über „erschreckende Zunahme der Sozialisten unter den Arbeitern in den Fabriken."**) Ein anderes Zeugniß der Ausbreitung der Arbeiterbewegung ist die schon erwähnte Massenbetheiligung an der Feier des 1. Mai 1890 und 1891 in Warschau, die unter den schwierigsten Umständen ins Werk gesetzt wurde.***)

---

*) Ausschließlich auf diese ist nicht zu rechnen; nur die polnischen „Legalisten" auf der Suche nach einem für sie unschädlichen Ausdruck sozialistischer Ueberzeugungen konnten dieser Art „legaler" Arbeit größere Wichtigkeit beimessen.

**) Durch irgend eine „Indiskretion" war die Krakauer „Reforma" voriges Frühjahr in den Stand gesetzt, den Bericht zu veröffentlichen.

***) Vergl. die Berichte in Nr. 21 und Nr. 22 des Londoner „Sozialdemokrat" 1890.

Diese kurzen Angaben mögen genügen.

In der jetzigen abwartenden Stellung wenden sich alle Sozialisten ausschließlich der Propaganda zu, die um so nothwendiger ist, als auch im Proletariat der Gebildeten noch sehr schiefe, unklare Ansichten über den Sozialismus herrschen. Es gilt diese Ansichten klar zu stellen, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß eine große Zahl dieser Ideologen durch die Schule der aufstrebenden Arbeiterbewegung gegangen ist, ohne von ihr absorbirt oder bei Seite geschoben zu werden, so wird man die Bemühungen nothwendig finden, die dahin zielen, eine strenge Ausscheidung aller nicht sozialistischen Elemente zu bewerkstelligen. Naturgemäß ist dies eine der ersten Aufgaben einer jungen Partei. Der sozialistische Firniß der gebildeten Jugend zeigte Risse, wurde brüchig, und es hätte sich nicht der Mühe gelohnt, eine nochmalige Uebertünchung vorzunehmen.

Der Thatendrang der Jugend treibt mitunter unglaubliche Früchte. Sie entledigt sich ihres Freiheitsrausches auf eine unschädliche Weise. Die Einen folgen der Fahne des Antisemitismus, Andere tuten die falsche patriotische Melodie des unabhängigen Polens aus ihrer Vergessenheit heraus, beide bewahren die Spuren ihres sozialistischen Ursprungs in Programmen des kleinbürgerlichen und bäuerlichen Radikalismus. Warschauer „demokratische“ Zeitschriften taufen den Antisemitismus mit dem Namen des Antikapitalismus. In ihren Augen ist jeder Jude Ausbeuter und Kapitalist. Der Jude ist Ausbeuter, das ist der Weisheit letzter Schluß. Die platten, niederträchtigen Verhetzungen der Polen gegen die Juden riefen schon einmal wahrhaft barbarische Ausschreitungen hervor. Wenn wir noch beifügen, daß die ganze antisemitische Agitation von der Regierung protegirt und unterstützt wird, so haben wir die Erbärmlichkeit dieser sich demokratisch und sozialistisch nennenden Richtung zur Genüge gekennzeichnet. Und das unterliegt keinem Zweifel: die systematischen Anfeindungen werden zum zweiten Zusammenstoß des katholischen mit dem jüdischen Pöbel führen. Die Judenhetze im Jahre 1884 fand unter dem Schutze der Regierung statt, die zwei Tage lang dem Raub und den Mißhandlungen ruhig zusah, und erst am dritten Tage ihnen ein Ende machte. Unsere „Bauern“-Sozialisten dürfen bei den künftigen Ausschreitungen auf ein noch gnädigeres Verhalten der Regierung hoffen, da sie selbst den Juden allerlei Beschränkungen auferlegt, sie offen verfolgt und ihnen den Aufenthalt in Rußland unmöglich macht. Als eine vorläufige Maßregel, die die soziale Frage zur Hälfte lösen wird, schlagen unsere „Radikalen“ eine Massenausweisung der Juden nach Palästina vor. Alle Krämerläden der Juden gehen dann in „arische,“ „christliche“ Hände über, was einen ungeahnten Aufschwung des reellen ehrlichen Handels bedingen wird. Und ihre endgiltige Lösung erhält die soziale Frage in ihren Augen, wenn der Bauer ein größeres Stück Land sein eigen nennen kann. Auf welche Weise dies geschehen soll, darauf bleibt die „Demokratie“ die Antwort schuldig. Dieser Schlachtplan, auf dem Wege der „Induktion“ gewonnen, hat nichts gemein „mit dem blinden Nachbeten der Deduktionen von Marx“ und findet seine Begründung im polnischen „Nationalgeist“; — er wird in den Kreisen, von denen wir sprechen, mit dem Namen „Sozialismus“ belegt.

Es klingt wie ein Hohn auf die Arbeiterbewegung, und dem deutschen Arbeiter mag die Nachricht unglaubwürdig erscheinen, trotzdem sie sich auf allgemein bekannte Thatsachen stützt: Studenten, die sich an der sozialistischen Propaganda lebhaft betheiligten, die dieser Thätigkeit wegen aus den polnischen Landestheilen Oesterreichs ausgewiesen, dann nach Sibirien verbannt wurden — beschließen ihre politische Karrière damit, daß sie katholische Schnaps- und

Spezereibuden auf dem Lande öffnen und so den Bauern die Vorzüge der arische Waare vordemonstriren.

Wie schon erwähnt, wird die ganze antisemitische Kampagne unter de Schutze der Regierung geführt, — die sich ja seitdem nicht nur bei Judenhetze ungewöhnlich tolerant zeigte und so den Greuelthaten eine uneingestandene Sanktio ertheilte, sondern in letzter Zeit die Verfolgung offen von Staatswegen vornahm Bekannt ist ferner — dies sei noch zum Schlusse unserer Charakterisirung der rei kleinbürgerlichen Tendenzen in Kongreßpolen erwähnt — daß die Regierun auch mittelbar die kleinbürgerliche Agitation begünstigt, indem sie den Sozialiste jüdischer Abstammung ein doppelt so hohes Strafmaß diktirt, als den Christen

Wenden wir uns nun den patriotischen Bestrebungen zu.

Ein Theil der hoffnungsvollen „Intelligenz" hat sich ein Programm de „nationalen Sozialismus" zurecht gestutzt; sein Ideal ist die staatliche Unabhängigkei Polens, und in diesem freien Vaterlande wird die sozialistische Gesellschaft ohn Weiteres eingeführt werden können. Die Frage ist wohl berechtigt, wer dem dieses Ideal verwirklichen wird? Natürlich die intelligente Jugend, das heiß Gymnasiasten und Studenten. Vor Kurzem hat die „Partei" in ihrem Orga die Entdeckung gemacht, Marx hätte sich in seiner Behauptung geirrt, daß di Verwirklichung der Ziele der sozialistischen Bewegung die Aufgabe der arbeitende Klassen selbst sei. Durchaus im Irrthum! Der intelligenten Jugend fällt dies Aufgabe zu, in Polen der adeligen Jugend, die „nicht genug zum Leben hat, un mit so großen Bedürfnissen in die Welt kam." Darob bemächtigt sich ihrer di Unzufriedenheit, in der sie Alles schwarz sieht, und in dieser Pein findet sie di einzige Rettung in der sozialistischen Gesellschaft.

Dieses Unternehmen sieht sehr patriotisch aus, ist aber aussichtslos scho deshalb, weil keine Klasse sich dazu hergiebt, für die Wiederaufrichtung Polens zu streiten. Für die polnische Bourgeoisie sind die russischen Märkte ein unumgänglich nothwendige Existenzbedingung. Der Adel ist bankerott. Endlic ist das Landvolk von einer so gehässigen Erinnerung an dies unabhängig Polen erfüllt, daß es jede Idee einer Wiedererweckung desselben von sich weist Es bleiben noch die Arbeiter übrig — und diese haben sich schon entschieden Wenn nicht direkten Anhang und Unterstützung wie in den größeren Städten, hat das „Proletariat" bei ihnen doch tiefe Sympathien hervorgerufen.

Wie schon erwähnt, hängen die weiteren Erfolge der sozialistischen Parte Kongreßpolens auch vom Wiedererwachen der revolutionären Bewegung in Rußland ab — dies Wiedererwachen ist aber die Hoffnung nicht nur Polens, sonder des ganzen radikalen Europa.

Die Stückarbeit und der Sozialismus.

Von F. Domela Nieuwenhuis.*)

Auf dem Brüsseler Kongreß wurde in Sachen der Stückarbeit folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die Stück- und Akkordarbeit immer mehr in der Groß- und Kleinindustrie sich einbürgert, daß diese Form der Lohnzahlung

*) Wir erwarten, daß die Ausführungen des Genossen Nieuwenhuis nicht unwidersprochen bleiben und Veranlassung zu einer Diskussion geben werden. Wir behalten uns vor, eventuell selbst das Wort über diesen Gegenstand zu ergreifen.
Die Redaktion.

die Ausbeutung der Arbeitskraft und damit die Armuth und das Elend der Arbeiter immer mehr vergrößert und den Arbeiter immer mehr zur Maschine macht; daß durch die Konkurrenz, die unter diesem System die Arbeiter sich gegenseitig machen, dasselbe dazu dient, daß bei der Berechnung der Stück- und Akkordlöhne die Leistungen der besten Arbeiter zur Grundlage der Berechnung genommen werden; in Erwägung endlich, daß dieses System eine beständige Ursache zu Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern und zwischen den Arbeitern selbst wird und namentlich auch in der Hausindustrie sich stetig verallgemeinert, ist der Kongreß der Ansicht, daß dieses fluchwürdige System intensivster Ausbeutung eine nothwendige Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist und erst mit der Beseitigung derselben aufhören wird; daß es aber nichtsdestoweniger Pflicht der Arbeiterorganisationen aller Länder ist, mit allen ihnen zu Gebote stehenden und ihnen gutdünkenden Mitteln für die möglichste Beseitigung desselben zu wirken."

Diese Resolution wurde am letzten Tage des Kongresses, wo man eigentlich ...ne Zeit oder keine Lust hatte, die Sache im Prinzip zu diskutiren, angenommen, ...ne daß man die sachlichen Bemerkungen meines Freundes Vliegen in Betracht ...; es mag nun wohl den Anschein haben, daß wir Holländer große Freunde ... Opposition sind, doch ist dies in Wahrheit nicht der Fall; wir machen nur ...nn Opposition, wenn wir überzeugt sind, daß man sich irrt. Und wir thun, ...e es guten Parteigenossen ziemt, das Unsrige, um einen Kongreß daran zu ...hindern, daß er Dummheiten und Fehler begeht. Er hat den Standpunkt ...treten, den wir auf unseren nationalen Kongressen immer mit Mühe bekämpften, ...f denen sich natürlich auch stets die Tendenz zeigte, mit der Stückarbeit den ...mpf aufzunehmen.

Ich weiß recht gut, daß die Mehrheit der Arbeiter der Stückarbeit feindlich ...genübersteht und daß ich gegen den Strom schwimme, allein ich habe den ...beitern nie geschmeichelt oder nach dem Mund geredet und wenn meine Meinung ...n der allgemeinen abwich, bin ich immer den Fehlern entgegengetreten. Hoffent...h läuft man auf diesem Gebiet, wo die Wissenschaft und nur sie allein mit...rechen darf, nicht so viel Gefahr, als Ketzer aus der Synagoge hinausgeworfen ... werden, als auf anderen Gebieten.

Darum erkühne ich mich, das Wort zu ergreifen und verlange nur, daß ...an die Sache vorurtheilslos überlege und bespreche; denn warum leidenschaftlich ...erden bei einer wichtigen, praktischen Frage, die sachlich erörtert werden soll?

Ich konstatire gleich anfangs, daß ich alle Gründe, die gegen die Stück...beit sprechen, kenne und verstehe, daß ich es sehr gut begreife, daß alle Arbeiter ...rselben feindlich gegenüberstehen, d. h. der Form, in welcher sie diese Art ...rbeit praktisch kennen gelernt haben. Aber ich nehme mir die Freiheit zu ...einen, daß ihr Streit nicht richtig geführt wird, indem sie die Stückarbeit als ...lche bekämpfen, wo sie doch im Grunde nur die jetzige Form derselben ver...erfen.

Ist keine andere Form möglich? Richtet sich der Kampf gegen das ...rinzip oder die Form der Stückarbeit? Es ist unrichtig, beides durcheinander ... bringen, denn qui bene distinguit, bene docet. (Wer gut unterscheidet, wird ...uch gut lehren.)

In der englischen Zeitschrift „The economic Review" vom Juli vorigen ...ahres findet man einen lesenswerthen Artikel über dieses Thema: Why working-...en dislike piece-work (warum die Arbeiter die Stückarbeit verwerfen) von ...avid F. Schloß; in demselben sind sämmtliche Beschwerden angeführt.

Daß die Arbeiter im Allgemeinen den Fehler machen, die Stückarbeit z bekämpfen, begreife ich; aber gewundert hat mich zu sehen, daß sozialistisch Arbeiter und besonders die sozialistischen Führer in den verschiedenen Länder denselben Fehler mitmachen und es in gewissem Sinne ein sozialistisches Dogm wurde, der Stückarbeit feindlich gegenüberzustehen. Ich habe darüber das berühmt Werk unseres Marx zu Rathe gezogen, nicht weil er unser Papst ist, der un fehlbar all unserem Fragen ein Ende macht, sondern weil es immer der Müh lohnt, zu hören, was er zu irgend einer Frage sagt. Und es kam mir vor, al ginge es mit Marx wie mit vielen Anderen: auch er wird mehr gepriesen al gelesen, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß auf einem sozialistischen Kongre eine solche Resolution mit so großer Einstimmigkeit angenommen wurde. Wa sagt denn unser Marx? Marx nennt Zeitlohn und Stücklohn die „zwei herrschende Grundformen“ der Lohnarbeit und sagt weiter: „Der Stücklohn ist nichts al eine verwandelte Form des Zeitlohnes, wie der Zeitlohn die verwandelte Form des Werthes oder Preises der Arbeitskraft.“ Und am besten bemerkt man die dort, wo beide Formen gleichzeitig in demselben Geschäftszweig nebeneinande bestehen. „An und für sich ist es jedoch klar, daß die Formverschiedenheit i der Auszahlung des Arbeitslohnes an seinem Wesen nichts ändert, obgleich di eine Form der Entwicklung der kapitalistischen Produktion günstiger sein mag al die andere.“ Marx nennt die Form des Stücklohns ebenso irrationell als di des Zeitlohns und in der Hauptsache ist es dasselbe, denn „beim Zeitlohn miß sich die Arbeit an ihrer unmittelbaren Zeitdauer, beim Stücklohn am Produktenquantum, worin Arbeit während bestimmter Zeitdauer verdichtet,“ und darum is der Stücklohn nur eine modifizirte Form des Zeitlohns. Was ist Stücklohn anders als der Preis der Arbeit, gemessen nach der Arbeitszeit? Jeder kann das sehen, der weiß, wie der Stücklohn festgestellt wird. Man läßt einen Arbeiter, meistens einen tüchtigen, ein neues Stück Arbeit machen, und um den Preis zu bestimmen, läßt man ihn das Stück in Zeitarbeit anfertigen. Dadurch hat man gesehen: in so viel Stunden Zeit hat der Arbeiter das Stück verfertigt, ergo beträgt der Stücklohn so viel. Was ist das anders als Zeitlohn in anderer Form? Eine der Ursachen, warum die Stückarbeit so verhaßt ist, besteht darin, daß man die Arbeiter zu dem Zwecke konkurriren läßt, um den Stücklohn herabzusetzen; da steckt der Fehler, jedoch nicht im Stücklohn, sondern eben in dieser Konkurrenz zur Herabdrückung der Löhne.

Gewiß — und auch Marx hat das richtig eingesehen — wird der Stücklohn eine furchtbare Quelle von Lohnabzügen und kapitalistischer Prellerei, da die Qualität der Arbeit durch das Werk selbst kontrolirt wird. Auch wird durch ihn die Intensivität der Arbeit möglichst erhöht. Darum ist der Stücklohn „die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohnes.“

Wir begreifen vollkommen, daß der Stücklohn viele Unzuträglichkeiten verursacht; aber giebt es deren nicht auch bei der Zeitarbeit? Wenn der Unternehmer für 40 oder 30 Pfennige den Werth von 50 Pfennigen fordert — und die Feststellung des Preises ist bei Stückarbeit meistens der Gegenstand der Differenzen — dann fangen die Zwistigkeiten an; aber entsteht nicht ebensogut Streit, wenn der Unternehmer nur 40 Pfennige bezahlt, der Arbeiter aber 50 per Stunde fordert? In beiden Fällen ist es also die Feststellung des Preises, welche den Anlaß zu Streitigkeiten giebt. Wenn der Stücklohn auf einen gewissen Preis festgesetzt ist und der Unternehmer, welcher bemerkt, daß der Arbeiter zu viel verdient, setzt den Lohn herab, so ist das gewiß unbillig, allein was beweist dieser Mißbrauch gegen den Stücklohn? Man sieht daraus, wie sehr

die Arbeiter in den Gewerkschaften dafür sorgen müssen, daß die Preise nicht herabgedrückt werden. Man sollte daher gegen die jetzige Form des Stücklohnes eifern und nicht gegen sein Wesen.

Gewiß machen die Arbeiter einander insoferne Konkurrenz, als die Leistung des tüchtigen Arbeiters als Maßstab für Regulirung des Stücklohnes genommen wird; aber wenn ein Arbeiter für 40 Pfennig pro Stunde arbeitet und ein anderer, jüngerer für 30 Pfennige und der Letztere trachtet ebenso viel abzuliefern, wie der Erstere, um denselben Lohn zu bekommen, macht er da nicht auch Konkurrenz? Gewiß, da Ersterer verpflichtet ist, wieder mehr zu liefern, weil er sonst eine Lohnherabsetzung zu befürchten hat. Die Umstände bleiben also dieselben, nur die Form ist verschieden.

Ich begreife den Widerstand vieler Arbeiter gegen die Stückarbeit sehr gut; sie haben von Jugend auf nur deren Mißbräuche gesehen und glauben daher, die Stückarbeit sei selbst Schuld daran, meiner Ueberzeugung nach müssen wir jedoch Vorurtheile nicht pflegen, sondern im Gegentheil versuchen, sie auszurotten.

Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, dafür zu sorgen, daß die Regulirung der Preise nicht zum Nachtheile der Arbeiter geschieht, daß nicht das Arbeitsprodukt eines außerordentlich tüchtigen Mannes, sondern das eines Durchschnittsmenschen als Regel angenommen werde; geschieht das, so werden die Meisten guten Lohn bekommen. Wenn festgestellt würde, daß der Preis eines neuen Stückes Arbeit in einem aus Arbeitern und Unternehmern bestehenden fachmännischen Arbeitsrath zu bestimmen sei, so glaube ich, daß dadurch die bestehenden Nachtheile der Stückarbeit wohl größtentheils verschwinden dürften. So erzählt Crompton in seinem „Industrial-Concilation“ Seite 39, daß in der Strumpfwaarenindustrie in Nottingham die Preise für nicht weniger als 6000 Artikel festgestellt sind. In der Textilindustrie scheint fast Alles so geregelt zu sein, warum nicht auch in den anderen Branchen? Schon Adam Smith erklärt, daß Stückarbeiter sich sehr leicht überarbeiten und dadurch in wenigen Jahren ihre Gesundheit ruiniren. Man sagt bei uns: Akkordarbeit Mordarbeit. Aber auch das kann verhindert werden durch doppelten Preis für Ueberarbeit und gesetzliche Verbote.

Auch ist es noch die Frage, ob dies als Regel gilt oder nur als Ausnahme bei besonders viel Arbeit. McCulloch beobachtet, daß dieser Uebereifer sich nur kurze Zeit und nur bei der Neueinführung dieses Systems kundgiebt. Auch ich bin der Meinung, daß die Intensität der Arbeit bei der Stückarbeit größer ist als bei der Zeitarbeit, und darum schon drängt das fortwährende Ueberhandnehmen der Ersteren auf eine Feststellung der Arbeitszeit hin. Die meisten tüchtigen Arbeiter, die ich fragte, welcher Form der Arbeit sie den Vorzug gäben, sprachen sich für die Stückarbeit aus; aber es hängt natürlich Alles von den Preisen für dieselbe ab.

Ein Nachtheil ist, daß die Hausindustrie durch die Stückarbeit verallgemeinert wird; allein ist dies unbedingt nothwendig? Wird die Hausindustrie gesetzlich verboten, so entfällt auch diese Beschwerde. Dagegen macht die Stückarbeit die Menschen unabhängiger; jeder Arbeiter ist in gewisser Hinsicht sein eigener Meister und dies ist von seinem Standpunkt aus nur zu wünschen.

Halten wir uns das Für und Wider genau vor Augen, so müssen wir wohl zugeben, daß mit der Stückarbeit große Nachtheile verbunden sind, wie dies auch die Brüsseler Resolution anführt, aber ebenso ehrlich muß man zugeben, daß diese Nachtheile nicht direkte Konsequenzen der Stückarbeit sind. Sie gelten mehr von der Form als von dem Wesen der Stückarbeit und durch sie kann

man deren Verwerfung nicht genügend motiviren. Man muß doch immer logisch sein, denn eine Verleugnung der Logik der Thatsachen hat immer böse Folgen. Jeder theoretische Fehler zieht schlimme praktische Folgen nach sich.

Und was sagt nun die Resolution?

Einerseits erkennt sie „dieses fluchwürdige System intensivster Ausbeutung“ als eine „nothwendige Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ an und erklärt feierlich, daß dieses System „erst mit der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufhören wird,“ und andererseits nennt sie es die Pflicht der Arbeiterorganisationen, „mit allen ihnen zu Gebote stehenden und ihnen gutdünkenden Mitteln für die möglichste Beseitigung desselben zu wirken.“

Aber, lieber Himmel, wie kann man auf die Beseitigung von etwas hinarbeiten, was im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht zu beseitigen ist? Und doch steht dies in der Resolution mit klaren Worten!

Was bedeutet übrigens die „möglichste“ Beseitigung? Kann man vielleicht auch das Unmögliche beseitigen? Es scheint, der Possibilismus sitzt hier und da so tief, daß man ihn überall hineinzieht. Selbst im Impossibilismus steckt hier noch der Possibilismus! Warum hat man nicht eine Resolution angenommen, die sich dem Lohnsystem direkt widersetzt? Warum nicht z. B. nach den Erwägungen gesagt:

> ist der Kongreß der Ansicht, daß die nachtheiligen Folgen der Stückarbeit nicht zu beseitigen sind im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und darum ist es die Pflicht aller Arbeiterorganisationen aller Länder, mit allen ihnen gutdünkenden und zu Gebote stehenden Mitteln — das Letztere braucht man eigentlich nicht zu sagen, denn man kann unmöglich Mittel anwenden, die Einem nicht zu Gebote stehen! — zu arbeiten für die Aufhebung des Lohnsystems.

Diese Resolution wäre eines sozialistischen Kongresses würdig gewesen, die angenommene ist es jedoch nicht. Was bedeuten Zeit- oder Stücklohn, verglichen mit dem fluchwürdigen Lohnsystem selbst? Das ist der Hauptfeind, und ist dieser einmal besiegt, so kümmern wir uns gar nicht mehr um die Form der Ausbeutung. Was wir bekämpfen, ist ja nicht die Form, sondern das Wesen der Ausbeutung. Die Verwirrung entsteht, weil man Kollektivismus und Kommunismus durcheinander wirft. Der Kollektivismus proklamirt die Aufhebung des Privatbesitzes und will doch die Bezahlung der Arbeiter nach der Zeit beibehalten, indem die Tüchtigkeit den Maßstab für den Lohn oder den Antheil an den Arbeitsprodukten bilden soll. Ungleiche Lohnzahlung ist das Fundament der heutigen Gesellschaftsordnung und bleibt es auch im kollektivistischen Staate. Es war z. B. ein Fehler der Kommune, daß man an ein Mitglied des Rathes 15 Franken per Tag bezahlte, während die Nationalgarde, die hinter den Barrikaden focht, nur 1½ Franken erhielt. Jedem nach seiner Tüchtigkeit, das ist die Sanktionirung des ungleichen Lohnverhältnisses, womit man den Grund dazu legt, daß eine kommende Revolution in gewisser Beziehung mißlingen muß. Darum muß das Lohnsystem selbst angegriffen werden und so lange diese moderne Bastille nicht gefallen ist, so lange müssen wir unsere Kräfte sparen und nicht in Kleinigkeiten zersplittern. So lange der Kapitalismus bestehen wird, wird es „die der kapitalistischen Produktionsweise am meisten entsprechende Form des Arbeitslohns“ geben, und da diese auch nach Marx der Stücklohn ist, wählt er natürlich den Stücklohn. Außerdem können wir uns auf unsere Erfahrung berufen, um zu beweisen, daß derselbe nicht immer nothwendigerweise die für die Arbeiter schädlichste Form des Lohnes ist. Wir haben eine Genossenschaftsdruckerei

n Haag, die natürlich eine kapitalistische Einrichtung ist, denn wer sollte unter en bestehenden Verhältnissen eine sozialistische errichten? und obwohl die Setzer ierzulande die erbittertsten Gegner der Stückarbeit sind, haben die Arbeiter in nserer Druckerei die Zahlungsform des Stücklohns doch für gut befunden, und ürden, statt den Stücklohn zu bekämpfen, einen großen Kampf mit uns beinnen, wollten wir versuchen, eine andere Zahlung einzuführen. Wir bezahlen on allen Druckereien am besten und die Arbeitszeit ist bei uns am kürzesten. Seit einigen Monaten haben wir den Achtstundentag eingeführt und haben die Möglichkeit, diese Arbeitszeit in unserer heutigen Gesellschaft selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus durchzuführen, glänzend bewiesen; sollte jemals eine Aenderung eintreten, was nicht zu hoffen ist, so wird die Ursache nicht in der Unmöglichkeit der Durchführung, sondern in ganz anderen Umständen zu suchen ein. Ich glaube jedoch nicht, daß man zu dieser Einführung ohne die Stückarbeit gelangt wäre und, um vollständig zu sein, muß ich die Frage auch noch on dieser Seite beleuchten.

Wir agitiren als Sozialdemokraten für den Achtstundentag — ich füge leich hinzu, was wir nie vergessen dürfen, daß wir es thun, nicht weil wir on der Abkürzung der Arbeitszeit so sehr viel Gewinn erwarten, sondern weil wir für die Arbeiter Zeit gewinnen wollen, damit sich in ihrem Kopfe die Revolutionirung schneller vollzieht — aber es will mich bedünken, daß wir dann nicht egen die Stückarbeit eifern dürfen. Der Achtstundentag ist keine sozialdemokratische Forderung und mit ihm bleibt man noch immer im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft.

Bei der Durchführung des Sozialismus verschwindet diese Forderung; wir werden dann untersuchen, welches Minimum von Zeit nothwendig ist, um einen allen Bedürfnissen entsprechenden Betrag von Produkten zu erzeugen und beträgt diese Zeit vier oder zwei Stunden, wohlan, dann wird unser Arbeitstag dementsprechend auf vier oder zwei Stunden festgesetzt werden. Die Arbeit ist für uns nicht der Zweck, sondern nur das Mittel zur Erreichung des Zwecks. Wir sprechen — und ich füge das hinzu, um allen Mißverständnissen vorzubeugen — natürlich nicht von der Arbeit im Allgemeinen, als ob wir verlangten, daß nach dieser Arbeitsleistung Jeder verpflichtet sei, nichts mehr zu thun, sondern nur von der gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit. Darum setzt die Forderung des Achtstundentags die bestehende, kapitalistische Gesellschaft voraus und wir meinen, es wäre ungerecht, die Abkürzung der Arbeitszeit zu fordern und gleichzeitig die Stückarbeit zu verwerfen.

Meiner eigenen Erfahrung nach arbeite ich lieber acht Stunden intensiv und angestrengt, um dann ganz frei zu sein und zur Erholung zu thun, was ich will, als zehn Stunden weniger angestrengt. Die Meisten, die ich um ihre Meinung befragte, stimmten hierin mit mir überein. Und wenn die Intensivität der Arbeit bei der Stückarbeit erhöht wird — und das ist zweifellos der Fall — muß als Folge davon nothwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit stattfinden. Wenn auch der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Stücklohn nicht direkt sichtbar ist, meines Erachtens besteht er doch.

In einem sehr lehrreichen Buche von Sydney Webb und Harald Cox über den Achtstundentag (the eight hours day) findet man als Anhang einige Briefe von Firmen, die den Achtstundentag eingeführt haben und einstimmig nicht nur ihre Zufriedenheit damit bezeugen, sondern auch der Meinung sind, daß er in allen Industriezweigen sehr gut durchführbar ist. Verschiedene haben dabei auch den Stücklohn eingeführt, jedoch z. B. Mr. Smith in London nicht, da er per-

sönlich das System des Zeitlohns praktischer findet, indem er meint, die Ehre des Arbeiters bringe es mit sich, daß er für einen guten Taglohn eine genügende Quantität von Arbeit liefere. Doch fügt er hinzu, daß möglicherweise die Arbeiter bei Stücklohn weniger gegen die Einführung des Achtstundentags gehabt hätten, als so der Fall war. Und ich denke, die Arbeiter haben mehr Garantie, keine Benachtheiligung zu erleiden, wenn Stückarbeit und Abkürzung der Arbeitszeit zusammenfallen. Jedenfalls ist die Einführung des Achtstundentages leichter zu erreichen mit als ohne Stückarbeit. Nur müssen die Gewerkschaften ihr Möglichstes thun, den Preis der Stückarbeit gerecht zu bestimmen. Ist derselbe ein guter, dann begreife ich die Opposition der Arbeiter gegen diese Form der Bezahlung nicht, aber da steckt eben das Geheimniß: die schlechte Bezahlung der Stückarbeit, welche die Arbeiter selbst in Folge ungenügender Organisation zugelassen, wird mit der Stückarbeit als solche verwechselt.

Meine Beweisführung ist zu Ende, doch will ich nicht schließen, ohne eine kleine Beschreibung unserer Druckerei gegeben zu haben im Vergleich mit anderen Druckereien und auch verglichen mit früheren Zeiten.

Die Arbeitszeit betrug früher 10 Stunden und der Stücklohn 40 Cents (6 Cents = 10 Pfennige) per 1000 Quadrate. In Druckereien mit Stückarbeit bezahlt man sonst meistens 32, höchstens 35 Cents pro 1000 Quadrate. Ein Setzer, der sein Fach versteht, verdient wöchentlich 12 Gulden bei einer Arbeitszeit von 60 Stunden, das ist 20 Cents per Stunde. Der Lohn in Amsterdam variirt von 14 bis 15 oder 18 bis 19 Cents per Stunde und nur ausnahmsweise kommt der Arbeiter höher.

Seit Einführung des Achtstundentags wird die Stückarbeit bei uns mit 43 Cents pro 1000 Quadrate bezahlt und der Durchschnitt per Stunde stellt sich auf 28 bis 30 Cents. Bei einer ungefähren Berechnung kommen wir zu dem Resultate, daß wir wöchentlich vielleicht 2½ Gulden zulegen, daß dies jedoch durch die Ersparnisse im Geschäft mehr als aufgewogen wird. Wir haben als Beispiel nur die Setzerei angeführt, doch kommen noch Druckerei und Buchbinderei hinzu, die in 8 Stunden eben so viel abliefern, als früher in 10, da die Setzer ungefähr dieselbe Quantität Arbeit fertig bringen wie früher.

Darum glaube ich, daß Alles zusammengenommen Eines das Andere aufwiegt.

Einer der Gesellen schrieb mir Folgendes: „In der Druckerei Excelsior (im Haag) ist bei der jetzigen freien Regelung die Stückarbeit unvermeidlich, denn das Personal arbeitet ohne die lästige Ueberwachung eines Werkführers oder Sklaventreibers. Jeder arbeitet unabhängig und den Antrieb zur Arbeit findet Jeder in der Nothwendigkeit, durch gute Arbeit seinen Wochenlohn zu verdienen. Ohne Stückarbeit wäre die Ueberwachung nöthig und damit ging die Freiheit der Gesellen wiederum verloren. Durch die Einrichtung dieser Druckerei ist erwiesen, daß man den Kampf gegen die Stückarbeit immer verkehrt anfaßte. Man bekämpfte die Stückarbeit als solche und man hätte den Kampf führen müssen gegen eine bestimmte Form der Stückarbeit; denn würde überall dieselbe Einrichtung getroffen wie hier, so bekäme man eine ganz andere Anschauung von der Stückarbeit und müßte einsehen, daß man irrt, wenn man immer das veraltete Steckenpferd reitet, zu dem die Aufhebung der Stückarbeit für die meisten Arbeiter geworden ist."

Das ist das Urtheil eines praktischen Arbeiters, der früher auch sich dem Kampf gegen die Stückarbeit anschloß, aber durch die Erfahrungen bei uns bekehrt wurde.

Meine Ansicht mag vielen als Ketzerei erscheinen und steht im direkten Widerspruch mit der Resolution des Brüsseler Kongresses; aber die Ketzer waren und sind der Sauerteig in der Gesellschaft. Darum schrecke man nicht vor großen Worten zurück. Die Ketzerei von heute ist vielleicht die Lehre der Zukunft. Wir haben in Holland einen Laiendichter, der sehr richtig sagt:

„De kettery, die, zegt men, stinkt —
Een woord dat niet welluidend klinkt!

Doch ik voor my
Houd kettery

Juist voor het zoud der maatschappy,
Die, zouder haar, lang waar' ten roof
Van heerschzucht, domheid, bygeloof.“

(„Die Ketzerei, sagt man, stinkt; ein Wort, das nicht wohllautend klingt! Doch ich halte die Ketzerei gerade für das Salz der Gesellschaft, ohne welches sie schon lange ein Raub der Herrschsucht, Dummheit und des Aberglaubens wäre.“)

Darum hoffe ich, daß man auch in Bezug auf diese Ketzerei, welche sich übrigens mit Marx auf die Wissenschaft und auch auf die Erfahrung stützt, das bekannte Wort anwenden wolle: Prüfet Alles und behaltet das Beste.

Aus dem badischen Gefängnißleben.

Zeitgemäße Schilderungen von **A. Damnatus.**

(Schluß.)

Der Gefangene aber verdient bei einer Arbeitszeit im Sommer von früh 5 Uhr, im Winter von früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr mit im Ganzen zirka 3 Stunden Unterbrechung für Mittagsruhe, Spaziergang ꝛc. bei Weitem mehr als ihm von der Anstalt im günstigsten Falle gutgeschrieben wird, wie nachfolgende Zahlen zeigen, die der Durchschnittsberechnung für den gleichen Zeitraum 1879/88 entnommen sind.

Hiernach betrug der Arbeitsverdienst pro Kopf und Tag nach der Nettoeinnahme und den vollen Arbeitstagen 1 Mark 1 Pfennig, und nach der Zahl der Verpflegungstage 59,5 Pfennige; d. h. wenn der gesammte Arbeitsertrag unter Gesunde und Kranke und auf alle 365 Tage des Jahres ausgeschlagen wird, so treffen auf den Mann immer noch 60 Pfennige Verdienst! Thatsächlich aber verdient der Gefangene pro Arbeitstag 1 Mark, während ihm höchstens 10 Pfennige gutgeschrieben werden; trotzdem soll er noch seine, wie oben dargestellt, reichlich bemessenen Straferstehungskosten zahlen.

Innerhalb der einzelnen Arbeitsbetriebe, wie Taglohnarbeit (Maurer, Tüncher ꝛc.), Weberei, Schneiderei, Schusterei, Schreinerei, Küferei, Schlosserei, Buchbinderei, Rohrflechterei, ist natürlich der tägliche Arbeitsverdienst verschieden, deshalb hat auch die Verwaltung bei Bemessung der Arbeitsbelohnungen freien Spielraum von 3—10, bezw. 17 Pfennigen. Der Schreiner und Schlosser wird meistens eine Arbeit leisten, die 2 Mark und mehr werth ist, während der Dütenmacher schwerlich 50 Pfennige verdienen wird.

Obigem Rechnungsergebniß entspricht es auch, wenn ein Gefangener, der höheren Orts die Bewilligung erhält, für sich selbst zu arbeiten, der Anstaltskasse für den entgangenen Arbeitsverdienst täglich eine Mark zahlen muß!!

Die Ueberschüsse der Roheinnahmen aus dem gesammten Gewerbebetrieb der Freiburger Anstalt über die Ausgaben für denselben betrugen in obigen 10 Jahren durchschnittlich pro Jahr 81 025 Mark; berücksichtigt man außerdem die jeweiligen Vermehrungen und Verminderungen des Betriebsfonds, so stellt sich der Reinertrag durchschnittlich pro Jahr auf 83 513 Mark. Die Arbeit, welche die Gefangenen in der Freiburger Anstalt jährlich dem Staate leisten, wirft rund 80 000 Mark ab!! Dieser Betrag würde noch bedeutend steigen, wenn nicht bekanntermaßen die Erzeugnisse der Gefängnisse zu sehr niederen Preisen abgegeben würden. Und was erhalten die Gefangenen, die doch ihren Unterhalt in der Anstalt schon mit den Straferstehungskosten bezahlen? Antwort: es werden an Arbeitsbelohnungen durchschnittlich pro Jahr 3777 Mark ausbezahlt!!! Wenn wir unseren obigen Durchschnittsstand von 380 Mann beibehalten, erhält der Mann also jährlich 9 Mark 94 Pfennige (nach den zehnjährigen Rechnungsergebnissen der Anstalt sogar nur 9 Mark 67 Pfennige), wobei noch zu berücksichtigen ist, daß viele, besonders kurzstrafige Gefangene nicht einmal so viel erhalten, daß sie oft die ganzen drei ersten Monate ihres Aufenthaltes in der Anstalt, welche Zeit als Lehrzeit betrachtet wird, nichts erhalten.

Die Meisten kommen unter diesen Umständen mittellos aus dem Gefängniß heraus und erliegen leicht wieder der ersten Versuchung zum Verbrechen. So wird die ungenügende Entlohnung der Gefängnißarbeit mit eine der Ursachen des Rückfalls ins Verbrechen.

Aber, wird man entgegnen, man kann doch nicht verlangen, daß der ganze Arbeitsverdienst unter die Gefangenen vertheilt wird, es sind doch sehr viele da, die ihre Kosten nicht bezahlen können und da muß eben der Ueberschuß des Arbeitsverdienstes herbeigezogen werden. Nun war in der mehrerwähnten Periode der durchschnittliche Betrag der den Amtskassen zum Einzug überwiesenen Straferstehungskosten jährlich zirka 35 375 Mark, hiervon wurden ins Soll aufgenommen zirka 21 175 Mark und ins Verzeichniß der ungewissen Aktiven zirka 14 200 Mark. Es wurde also angenommen, daß immerhin drei Fünftel der überwiesenen Straferstehungskosten bezahlt werden würden, während zwei Fünftel von vornherein als ungewiß bezeichnet wurden und für notorisch Vermögenslose offenbar gar keine Ueberweisung stattfand.

Selbst wenn nun aber kein Pfennig von den angeforderten Straferstehungskosten einginge und der gesammte Aufwand für Verpflegung, den wir oben zu 65 132 Mark angegeben haben, aus dem Arbeitsverdienst gedeckt werden müßte, so würden immer noch 20 000 Mark übrig bleiben, von denen die Gefangeuen aber nur 3777 Mark erhalten.

Es ist somit festgestellt, daß die Gefangenen nicht nur sich selbst vollständig erhalten, sondern auch noch einen wesentlichen Beitrag zur Deckung der Verwaltungskosten leisten. Vollständig ungerechtfertigt ist also auch die Behauptung, daß die Gefangenen in den Anstalten auf Staatskosten gefüttert werden.

Wenn der ordentliche und außerordentliche Staatszuschuß für Freiburg die durchschnittliche Höhe von 111 197 Mark erreicht, so ist eben zu bedenken, daß für Besoldungen an die Beamten allein 70 266 Mark ausgegeben werden und die Unterhaltung der Gebäude 8369 Mark verschlingt.

Die übrigen, noch nicht angeführten Ausgabeposten betragen nach zehnjährigem Durchschnitt:

Kleidung 14523 Mark, Bettwerk 1520 Mark, Haus- und Küchengeräthe 599 Mark, Bewachungs- und Strafgeräthe 158 Mark, Heizung 8883 Mark, Beleuchtung 7814 Mark, Reinigung 10089 Mark!, Gewerbebetrieb 91372 Mark, Kirchen- und Schulbedürfnisse 1259 Mark, sonstiger Aufwand 3122 Mark.

Würde man nun dem Gefangenen außer den Verpflegungskosten mit selbst noch folgende Posten zur Last legen:	65132	Mark
1. Kleidung, hochgegriffen . . . . . (da unter obigen 14523 Mark offenbar auch die Aufseherskleidung inbegriffen ist)	10000	=
2. Bettwerk . . . . . (trotzdem auch hier eine Summe für die Betten der ledigen, in der Anstalt wohnenden Aufseher auszuscheiden wäre)	1520	=
3. Haus- und Küchengeräthe	599	=
4. Bewachungs- und Strafgeräthe	158	=
5. Heizung, sehr hoch . . . . . (da auch die Heizung der Bureaus rc. aus obigen 8883 Mark bestritten wird)	7000	=
6. Beleuchtung, ebenfalls sehr hoch	7000	=
7. Reinigung (ist das Wäsche allein?)	10089	=
Zusammen . . .	101498	Mark

so würden dieser Summe immer noch gegenüberstehen:

1. Reinertrag aus dem Gewerbebetrieb	83513	Mark
2. Eingehende Straferstehungskosten . .	21175	=
Zusammen . . .	104688	Mark
so daß der Gefangene auch dann immer noch zu den Verwaltungskosten beiträgt.	3190	Mark

Soviel über die Rechnungsergebnisse der Freiburger Anstalt.

Nun seien noch einige weitere Illustrirungen der Zustände in den badischen Gefängnissen gegeben.

Himmelschreiend ist die Art, wie die in Bruchsal Gestorbenen nach Heidelberg zur Anatomie geführt werden. Vollständig nackt wird der Todte durch Umdrehen des Schragens, auf dem er liegt, in eine Kiste geworfen und so der Anatomie überbracht. Anderswo hat man doch soviel Pietät, den Todten mit einem Hemde zu bekleiden, ja sogar ihn noch in Stroh zu verpacken.

Bezüglich der Kost haben wir uns schon oben geäußert. Hier seien noch einige Ergänzungen des Gesagten gegeben. So erhielten die Gefangenen in Freiburg von der 1889er Gelberübenernte an bis in den Mai 1890 jede Woche einmal ein solches Gericht, trotzdem die Rüben allmälig ausgewachsen und so hart und widerlich waren, daß schließlich kein Mensch mehr davon aß, sondern sie in den Abtritt beförderte. Erst nachdem das Gericht immer hartnäckiger verschmäht wurde, entschloß sich die Verwaltung, die noch vorhandenen Gelberüben — es war ein großer Wagen voll — fortzuschaffen. Mit dieser Kost muß der Gefangene zufrieden sein, die Anstaltskatzen dagegen, die notorisch keine der vielen Mäuse fangen, erhalten Milch in Hülle und Fülle. Als einmal ein Gefangener Gelegenheit hatte, einen solchen Milchteller zu erwischen, trank er ihn aus und erhielt dafür drei Tage Dunkelarrest, mit dem Hungerkost verbunden ist.

Abwechselnd ist die Kost in Freiburg insofern, als nicht immer auf den gleichen Wochentag das gleiche Gemüse fällt. Im Gegensatz hierzu ist es im Landesgefängniß Bruchsal Brauch, jeweils Montags Bohnen, Dienstags Rahmkartoffeln u. s. f. zu reichen und nichts trägt mehr dazu bei, die Eßlust zu be-

einträchtigen, als diese Monotonie. Während in Freiburg der Kaffee zur Verdrängung der geschmälzten Wasser-Brotsuppen benützt wurde, werden in Bruchsal solche noch fünfmal in der Woche gereicht. Das Essen ist dort überhaupt um vieles schlechter als in Freiburg, da die ganze Einrichtung der Küche nicht so vollendet ist. Die Feuerung geschieht mit Kohlen und es wird in eisernen Gefäßen gekocht, so daß z. B. Gerstensuppe ganz blau und ein Reisbrei nicht zu genießen ist. Deshalb kommt aber doch immer die gleiche ekelhaft blaue Suppe und der gleiche stinkende Reisbrei zur Vertheilung. Auch muß in Bruchsal das Essen von der Küche über den Hof in die Zellen und Säle getragen werden. Es wäre daher doch wohl angezeigt, die Kessel, in denen das Essen gefaßt wird und welche an der Brust mit Riemen getragen werden, verschließbar zu machen, damit nicht Regen, Schnee, Staub ꝛc. den Weg hinein finden könnte. Da natürlich auch fast jeder Gefangene Tabak schnupft und kaut — es ist zwar verboten, wird aber doch getrieben — so kann leicht noch unappetitlicheres als Regenwasser ins Essen kommen.

Mit dem Lob, das mehrfach dem Isolirsystem gespendet wird, sind wir vollständig einverstanden, nicht blos deshalb, weil es in gesundheitlicher Beziehung von Vortheil ist, sondern weil es in jeder Beziehung für den Gefangenen angenehm ist, allein zu sein und nicht mit 40—50 Leuten zugleich bei Tag und Nacht die gleiche schlechte Luft einathmen zu müssen. Es scheint, daß man bei der Einführung des Isolirsystems dasselbe für die härtere Strafe hielt und glaubte, den Gefangenen ins Herz zu treffen, wenn man gleich in § 1 der alten Hausordnung schrieb, daß der Eingelieferte in eine Zelle verbracht wird, aus der er erst nach drei Jahren mit seiner Einwilligung in Gemeinschaftshaft versetzt werden kann. Freilich war die Isolirung eines jeden Gefangenen gleich von Anfang an bei den beschränkten Raumverhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit. Es zog aber ein Jeder Einzelhaft vor und berief sich bei seinem Verlangen auf die Hausordnung. Sobald man nun bemerkte, daß dem Gefangenen mit Einzelhaft sogar eine Wohlthat erwiesen und er nicht, wie beabsichtigt, härter gestraft wurde, ließ man in der neuen Hausordnung den betreffenden Paragraphen weg, so daß jetzt die Gefängnißverwaltung mit Jedem nach Belieben verfahren kann, ohne befürchten zu müssen in lästiger Weise auf ihre eigene Bestimmung hingewiesen zu werden.

Nach dem Jahresbericht des Freiburger Anstaltsarztes Professor Dr. Kern für das Jahr 1889 wurde unter den Eingelieferten das Vorkommen von Schwachsinn, Altersschwäche, Nervenleiden, Gemüthsleiden und Epilepsie konstatirt*); man sollte doch meinen, es sei unmöglich, daß solche Leute von den Gerichten verurtheilt worden seien. Es müßte doch schon der Gerichtsarzt diese Leiden erkannt und veranlaßt haben, daß die Leute wegen Unzurechnungsfähigkeit entweder auf freien Fuß gesetzt, oder in Heil- und Pflegeanstalten verbracht werden. Es ist dies Täuschung, in dem Musterstaat der Humanität verfährt man nicht so human. Da kommt es vor, daß achtzigjährige Leute, die geistig und physisch altersschwach und gar nicht mehr straferstehungsfähig sind, verurtheilt und eingesperrt werden, daß Leute, die notorisch geisteskrank sind, ihre Strafe verbüßen müssen und dann erst einer Irrenanstalt zugeführt werden.

Der Staat hat im Hofe des Landesgefängnisses Bruchsal ein eigenes Haus erstellt, welches zur Aufnahme besonders der Irren und Epileptiker bestimmt ist.

---

*) Von 590 im Jahre 1889 dem Freiburger Gefängniß Zugegangenen waren 11 Schwachsinnige und 4 Irrsinnige.

edenfalls thut sich der Staat wunder was zu Gute auf diese humanste aller Einrichtungen.

Da der Freiburger Anstaltsarzt selbst Irrenarzt ist, so ist es natürlich, aß er seine Geisteskranken am liebsten selbst behandelt und nur Wenige nach Bruchsal schickt. Die meisten Insassen kommen denn auch aus anderen Anstalten.

Was die Behandlung der Irren anbelangt, so spricht diese allen Gepflogenheiten der irrenärztlichen Praxis Hohn. Es werden Irre, die sich irgend ein Vergehen in ihrer Unzurechnungsfähigkeit zu Schulden kommen ließen, ohne Weiteres vier Wochen lang und länger in der Tobzelle gehalten, ohne daß auch ur der Versuch gemacht wird, sie wieder in die Gemeinschaftshaft mit den brigen Insassen zurückzuführen. Es ist vorgekommen, daß Leute ihre ganze ange Strafzeit von zwölf Jahren fast ausschließlich in der Tobzelle verbüßten nd nur während des Spaziergangs mit den Anderen sich frei im Hofe bewegen urften. Nach verbüßter Strafe kamen diese Leute allerdings in Irrenanstalten, achdem ihr Leiden zu einem unheilbaren geworden war. Denn das ist sicher, aß durch die irrationelle Behandlung im Krankenhaus zu Bruchsal ein schwerer Fall von Geistesstörung nie und nimmer geheilt wird.

Auch die Einrichtung des Irrenhauses selbst, wo alle ohne Ausnahme n Gemeinschaftshaft gehalten werden, wo nur drei Einzelzellen zur Verfügung tehen, um einigen wenigstens für die Nacht den Genuß des Alleinseins zu Theil verden zu lassen, ist eine durchaus unzulängliche. Trotzdem in dem Hause auch Leute mit schweren körperlichen und ansteckenden Krankheiten sich befinden, sind weder die Fußböden angestrichen, noch die Wände mit einem Oelfarbenanstrich versehen, während doch das sonst in Krankenhäusern allgemein der Brauch ist, um die nöthige Reinlichkeit aufrecht halten zu können.

Ferner ist auch die Zusammensperrung von Gefängnißsträflingen und Zuchthäuslern im Irrenhaus entschieden vom Uebel. Wenn man eigene Krankenhäuser für irre Gefangene haben will, so müßte man nothwendig eines für Gefängnißsträflinge und eines für Zuchthäusler bauen. Abgesehen von der empfindsamen Scheu manches Gefangenen mit noch nicht vollständig ertödtetem Ehrgefühl, mit allen möglichen Sorten von Verbrechern in stetem Umgang leben zu müssen, ist es auch dem Zweck der Gefangenschaft, der ja doch der Theorie nach in der Besserung des Inhaftirten bestehen soll, ganz entgegengesetzt, Verbrecher mit Verbrechern zwanglos verkehren zu lassen, und in vielen Fällen wird die Heilung des Irren Gefangenen gerade an dieser Zwangslage, mit ihm widerwärtigen Menschen immer zusammensein zu müssen, scheitern.

Und nun, wird denn eigentlich der Mensch durch die Gefangenschaft gebessert, ist sie eine heilsame Strafe für ihn? Wir möchten diese Frage mit einem entschiedenen „Nein“ beantworten.

Mit der Abschreckungstheorie ist es nichts, das beweist die Zunahme der Verbrechen; nun klammert man sich an die Besserungstheorie, deren Nichtigkeit man doch schon längst aus der immensen Zahl der rückfälligen Verbrecher ersehen konnte. Der Mensch, der nicht schon vollständig gebessert die Strafanstalt betritt, wird in dieser nie gebessert werden. Die Märchen der Gefängnißgeistlichen von der Besserung verstockter Sünder sind eben Märchen. Der schlaue Verbrecher wird schließlich dem Geistlichen gegenüber heucheln, wenn er sieht, daß er sich dadurch manche Erleichterung und manchen materiellen Vortheil verschaffen kann.

Die Strafe für den Verbrecher, der noch einiges Ehrgefühl besitzt, besteht in der moralischen und schließlich finanziellen Ruinirung seiner Existenz durch die öffentliche Gerichtsverhandlung, aber nicht in der Freiheitsentziehung.

Der Ueberfüllung der Gefängnisse wäre abgeholfen, wenn erstmalige Ver-
brecher — natürlich auch hier die gemeingefährlichen ausgenommen — nach de
Verurtheilung auf Wohlverhalten entlassen würden. Sie würden zum größte
Theil gewiß nie mehr mit dem Staatsanwalt in Berührung kommen. Ma
straft ja auch im privaten Leben nicht gleich mit den äußersten Mitteln, sonder
läßt eine wohlgemeinte, ernste Verwarnung vorhergehen.

Notizen.

Die Entwicklung des Großbetriebs im Kohlenbergbau wird treffen
gekennzeichnet durch folgende von Reismann nach der „Zeitschrift für Berg-, Hütten
und Salinenwesen" zusammengestellten Zahlen (von uns dem „Sozialpolitischen Zentral
blatt" entnommen) über die Entwicklung der Kohlengruben des Oberbergamts Dortmun
während des Zeitraums 1852 bis 1890. Im Jahre 1857 förderten 299 Werke mi
einer Belegschaft von 30 600 Köpfen 4 004 000 Tonnen zu 1000 Kilogramm; auf ei
Werk trafen 103 Arbeiter, auf den Kopf eine Fördermenge von 131 Tonnen. Im
Jahre 1890 dagegen förderten 175 Zechen mit 127 800 Arbeitern 35 469 200 Tonnen
auf das Werk entfielen 730 Arbeiter, auf den Kopf 277 Tonnen. Die Durchschnitts
zahl der Arbeiter in einem Werk hat sich versiebenfacht. Hand in Hand mit diese
Ausdehnung des Großbetriebs ging eine Steigerung der Produktivität der Arbeit
Sie hat sich in einem Menschenalter verdoppelt. Hinzugefügt seien noch einig
Ziffern, entnommen der neuesten Broschüre des Herrn R. Efferz, Generaldirekto
der Gewerkschaft „Königsborn," „Was sind normale Kohlenpreise" (Essen, Bädecker
Danach ist die Summe des vorgeschossenen Kapitals in den Kohlengruben des i
Rede stehenden Bezirks im Verhältniß zur produzirten Tonnenzahl gefallen. Au
die Tonne kamen 1873 23,79 Mark, 1890 nur noch 18,14 Mark vorgeschossenes Kapital
Der Profit (Dividende, Reservefonds, Abschreibungen) aber betrug 1873 71 Millione
Mark, 27,4 Prozent des vorgeschossenen Kapitals! 1890 91 Millionen, 20,54 Prozent
Dazwischen lagen freilich einige weniger fette Jahre. Immerhin betrug die Meng
des Profits, welche die Kohlengräber des Oberbergamts Dortmund den Kohlenbaronen
1873—1890 erarbeitet, nicht weniger als 282 Millionen Mark an Dividenden
99 Millionen an Abschreibungen und 43 Millionen an Dotationen des Reservefonds

---

Feuilleton.

Der Traum Makar's.

Eine Weihnachtsgeschichte von **W. Korolenko.**

Aus dem Russischen übersetzt von **Julie Zadek-Romm.** (Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Sie traten in eine schöne, geräumige Hütte und Makar sah auf den ersten
Blick, daß draußen ein starker Frost herrschte. Inmitten der Hütte stand ein
offener Herd von wunderschöner Arbeit aus reinem Silber. Und in demselben
glühten goldene Scheite, eine gleichmäßige Wärme um sich verbreitend, welche den
ganzen Körper wohlthuend durchdrang. Das Feuer dieses wunderbaren Herdes
that dem Auge nicht weh. Es brannte nicht, sondern wärmte nur und Makar
hätte wiederum ewig hier stehen und sich wärmen mögen. Auch der Pope Iwan
trat an den Herd und wärmte seine erfrorenen Hände darüber.

Die Hütte hatte vier Thüren, von denen nur eine einzige nach Außen führte. Durch die anderen aber kamen und gingen beständig Jünglinge in langen weißen Hemden. Makar war der Meinung, daß dies die Arbeiter des Herrn dieses Hauses seien. Es schien ihm, als habe er sie bereits irgendwo gesehen, aber er konnte sich nicht entsinnen, wo dies gewesen. Er war nicht wenig überrascht, auf dem Rücken eines Jeden dieser Arbeiter große, weiße Flügel sich wiegen zu sehen und dachte im Stillen, der Herr müsse noch andere Arbeiter haben, da es diesen hier mit ihren Flügeln sicherlich nicht leicht sein würde, sich durch das Waldesdickicht hindurchzuarbeiten, um Holz zu fällen und zu spalten.

Der eine der Arbeiter trat gleichfalls an den Herd und während er sich mit dem Rücken an denselben lehnte, ließ er sich mit dem Popen Iwan in ein Gespräch ein.

„Nun?“

„Nichts,“ antwortete der Pope.

„Was hast Du Neues gehört?“

„Nichts habe ich gehört.“

„Was hast Du gesehen?“

„Nichts habe ich gesehen.“

Beide schwiegen. Dann sagte der Pope:

„Hier bringe ich Einen.“

„Ist es ein Tschalganze?“ fragte der Arbeiter.

„Ja.“

„Ich muß also die große Wage vorbereiten.“

Und er verließ das Zimmer durch eine der Thüren, um seine Vorbereitungen zu treffen. Makar aber fragte den Popen, wozu man die Wage brauche und noch dazu eine große.

„Siehst Du,“ entgegnete der Pope etwas verlegen, „die Wage wird gebraucht, um das Gute und das Böse, das Du im Leben gethan hast, gegeneinander abzuwägen. Bei den meisten Menschen sind Gutes und Böses ungefähr im Gleichgewicht. Die Tschalganzen aber haben so viele Sünden, daß Gott, der Herr, eine besondere Wage für sie anfertigen ließ, mit einer ungeheueren Schale für die Sünden.“

Makar war bei diesen Worten zu Muthe, als habe ihm Jemand einen Stich ins Herz gegeben. Er bekam Angst.

Die Arbeiter schleppten eine große Wage herein und stellten sie auf. Die eine Schale war klein und von Gold, die andere von Holz, von ungeheueren Dimensionen. Unter der Letzteren that sich plötzlich ein tiefer, schwarzer Abgrund auf.

Makar trat näher und untersuchte die Wage sorgfältig, ob auch ja kein Betrug im Spiele sei. Aber es war Alles in Ordnung. Die Schalen standen gleich, ohne zu schwanken.

Uebrigens war ihm der Mechanismus nicht ganz klar und er hätte es lieber gesehen, wenn es eine Schnellwage gewesen wäre, wie er sie kannte und auf welcher er im Laufe eines langen Lebens es trefflich gelernt hatte, mit großem Gewinn für sich sowohl zu kaufen als zu verkaufen.

„Gott, der Herr, kommt,“ sagte plötzlich der Pope Iwan und legte noch in aller Eile sein Priestergewand in die gehörigen Falten.

Die mittlere Thür öffnete sich und ein ehrwürdiger Greis mit einem langen silbernen Barte, der ihm bis über den Gürtel herabreichte, trat ein. Er trug

ein kostbares, pelzbesetztes Gewand, dessen Gewebe und Pelz Makar unbekannt waren. An den Füßen trug er warme, sammetverbrämte Stiefel, wie sie Makar auf alten Heiligenbildern gesehen.

Beim ersten Blick auf Gott, den Herrn, hatte Makar erkannt, daß dies derselbe Greis war, welchen er in der Kirche abgebildet gesehen. Nur war hier sein Sohn nicht bei ihm. Makar meinte, dieser Letztere werde wohl in Geschäften vom Hause abwesend sein. Dafür flog die Taube ins Zimmer. Sie schwirrte dem alten Herrn um den Kopf und setzte sich ihm aufs Kniee. Er streichelte sie mit der Hand, während er auf einem Stuhle saß, der eigens für ihn hergerichtet war.

Der liebe Gott hatte ein gutes Gesicht. Und wenn es Makar gar zu schwer ums Herz wurde, sah er dem alten Herrn ins Gesicht. Dann wurde ihm leichter.

Das Herz aber war ihm schwer, weil auf einmal sein ganzes Leben in aller Deutlichkeit, mit all' seinen Einzelheiten vor ihm stand. Er erinnerte sich jedes Schrittes, den er gethan, jedes Axtschlages und jedes gefällten Baumes. Jedes Betruges, den er ausgeführt, und jedes Glases Branntwein, das er getrunken, entsann er sich.

Und er schämte sich und fürchtete sich. Aber wenn er dem lieben Gott ins Gesicht sah, faßte er wieder Muth.

Und wenn er sich wieder ein Herz gefaßt, dachte er: Vielleicht wird es mir doch gelingen, etwas zu verheimlichen.

Gott, der Herr, sah ihn an und fragte ihn, wer er sei und woher er komme. Wie er heiße und wie alt er sei.

Als Makar diese Fragen beantwortet, fragte ihn der Herrgott:

„Was hast Du in Deinem Leben gethan?"

„Das weißt Du ja," antwortete Makar. „Ich denke, das ist bei Dir aufgeschrieben."

Makar wollte dem lieben Herrgott auf den Zahn fühlen, da er gar zu gern gewußt hätte, ob bei demselben wirklich Alles verzeichnet sei.

„Antworte," sagte der Herrgott streng.

Und Makar faßte sich ein Herz.

Er zählte seine Arbeiten auf. Und obschon er sich jedes Axtschlages, den er gethan, genau entsann und jedes abgehauenen Astes und jeder Ackerfurche, die er mit dem Pfluge gezogen, legte er doch Tausende von Aesten zu und Hunderte von Fudern Holz und Balken und mehrere hundert Pud Aussaat.

Nachdem Makar Alles aufgezählt, wandte sich der Herrgott an den Popen Iwan:

„Bringe mir das Buch."

Da erkannte Makar, daß der Pope Iwan bei dem lieben Herrgott als Schreiber angestellt war. Und er ärgerte sich sehr, daß ihm der Pope dies nicht mitgetheilt um ihrer alten Freundschaft willen.

Der Pope schleppte ein großes Buch herbei. Er schlug es auf und begann zu lesen.

„Sieh einmal nach," sagte der Herrgott, „wie viel Aeste da verzeichnet sind."

Der Pope Iwan schlug nach und sagte betrübt:

„Er hat ganze dreitausend zugelegt."

„Er lügt!" schrie Makar wüthend. „Er hat sich sicherlich geirrt, weil er ein Säufer ist und einen häßlichen Tod starb."

„Schweig!“ sagte der Herrgott streng. „Nahm er Dir mehr ab als ihm zukam für Taufe und Hochzeit? Hat er Dich nicht immer glimpflich behandelt?“

„Das schon . . .“ antwortete Makar. „Aber . . .“

„Was willst Du also?“ fuhr Gott, der Herr, fort. „Daß er sich gern betrank, brauchst Du mir nicht zu sagen. Das weiß ich allein!“

Der Herrgott sah ganz böse aus.

„Lies mir lieber seine Sünden aus dem Buche vor,“ sagte er zum Popen Iwan. „Er ist ein Betrüger und ich traue ihm nicht.“

Mittlerweile hatten die Arbeiter die Aeste, die Makar abgehauen, das Holz, das er gefällt, was er gesäet und geackert, kurz, Alles, was er gearbeitet, auf die goldene Schale geworfen. Und es war dessen so viel, daß die goldene Schale sank und die hölzerne sich hoch und immer höher hob, so daß man sie nicht mehr mit den Händen greifen konnte und die jungen göttlichen Arbeiter auf ihren Flügeln hinaufschwebten und ihrer hundert sie an Stricken herunterziehen mußten.

Schwer hatte der Tschalganze arbeiten müssen sein Leben lang.

Aber der Pope Iwan begann die Betrügereien Makar's aufzuzählen. Und es stellte sich heraus, daß ihrer einundzwanzigtausendneunhundertdreiunddreißig waren. Und der Pope zählte die Flaschen Branntwein auf, die Makar getrunken und es waren ihrer vierhundert. Und der Pope las weiter. Makar aber sah, daß die hölzerne Wagschale schwerer wurde als die goldene, und daß sie sich immer tiefer und tiefer in den Abgrund hinunter senkte, je weiter der Pope las und zuletzt ganz in denselben versank.

Und Makar sah, daß es schlecht um ihn stand. Er trat näher an die Wage heran und versuchte heimlich mit seinem Fuße die Schale festzuhalten. Aber einer der Arbeiter merkte dies und es erhob sich ein Lärm.

„Was giebt es?“ fragte der Herrgott.

„Er wollte mit seinem Fuße die Wagschale aufhalten,“ antwortete der Arbeiter.

Da drehte sich der Herrgott zornig zu Makar um und sagte:

„Ich sehe, daß Du ein Betrüger, ein Faulpelz und ein Säufer bist! . . . Mit den Abgaben bist Du im Rückstand. Den Popen hast Du für seine Amtshandlungen nicht bezahlt und der Isprawnik sündigt Deinetwegen, indem er Dich jedesmal mit sündhaften Worten schimpft!“

Und zu dem Popen Iwan gewandt, fragte der Herr:

„Wer legt in Tschalgan seinen Pferden die größten Lasten auf und rackert sie mehr ab als alle Anderen?“

„Der Küchenmeister des Klosters. Er fährt schneller als die Post und der Isprawnik.“

Da sagte der Herr:

„So übergebe man diesen Faulpelz dem Küchenmeister des Klosters als Pferd. Mag er als solches den Isprawnik fahren bis er hinfällt. Dann wollen wir weiter sehen.“

Der Herrgott hatte diese Worte kaum gesprochen, als die Thür sich öffnete, der Sohn Gottes in die Hütte trat und sich zu seiner Rechten niedersetzte.

Und der Sohn sprach:

„Ich habe gehört, welches Urtheil Du soeben gefällt hast. . . . Ich habe lange auf Erden gelebt und weiß, wie es da zugeht. Es ist hart für solch' armen Teufel, den Isprawnik zu fahren. Indessen . . . wenn es nicht anders

geht! . . . Vielleicht aber hat er noch etwas auf dem Herzen. Sprich, Du armer Mann!"

Und da geschah etwas Seltsames. Makar, derselbe Makar, der in seinem ganzen Leben nicht zehn Worte im Zusammenhang hatte sprechen können, fand auf einmal die Gabe der Rede. Er sprach und staunte selbst darüber. Es war als ständen zwei Makare einander gegenüber. Der Eine sprach; der Andere hörte zu und staunte. Er traute seinen Ohren nicht. Die Rede floß ihm leicht und feurig dahin. Die Worte reihten sich aneinander zu langen, schöngebauten Sätzen. Er empfand keine Spur von Schüchternheit. Geschah es doch einmal, daß er stockte, so fand er sich sofort wieder zurecht und schrie noch einmal so laut. Und was die Hauptsache war, er fühlte selbst, daß er überzeugend sprach.

Gottvater, der sich Anfangs über Makar's Dreistigkeit geärgert hatte, hörte nun mit großer Aufmerksamkeit zu, als überzeuge er sich nun erst, daß Makar gar nicht der Dummkopf sei, für den er ihn Anfangs gehalten. Der Pope Iwan war im ersten Augenblick ganz entsetzt und zupfte Makar am Zipfel seines Pelzrockes, um ihn zurückzuhalten. Aber Makar machte sich ungeduldig von ihm los und redete weiter. Allmälig beruhigte sich auch der Pope. Ja, er lächelte sogar, als er sah, daß sein Pfarrkind die Wahrheit sprach und daß diese Wahrheit dem lieben Gott so recht zu Herzen ging. Selbst die Jünglinge in den langen Hemden und mit den weißen Flügeln, welche als Arbeiter bei dem Herrgott in Dienst standen, kamen aus ihren Abtheilungen hervor und lauschten überrascht Makar's Worten, wobei sie einander mit den Ellbogen anstießen.

Er begann damit, daß er dem Küchenmeister nicht als Pferd dienen wolle. Und zwar nicht etwa deshalb, weil er die schwere Arbeit scheue, sondern weil dieses Urtheil ungerecht sei. Und weil dieses Urtheil ungerecht sei, werde er sich ihm nicht fügen, nicht von der Stelle gehen und keinen Fuß rühren. Möge mit ihm geschehen was da wolle! Möge man ihn selbst den Teufeln zu ewiger, schwerer Arbeit übergeben — den Isprawnik fahre er nicht, weil dies ungerecht sei. Und man solle ja nicht denken, daß er sich fürchte, als Pferd zu dienen. Der Küchenmeister schlägt das Pferd zwar, aber er giebt ihm auch Hafer zu fressen. Er aber sei zwar sein Leben lang gehetzt und geschlagen worden, aber Hafer habe man ihm niemals gegeben.

„Wer hat Dich gehetzt und geschlagen?" fragte der Herrgott bewegt.

Ja, ihn habe man sein Leben lang gehetzt und geschlagen. Die Gemeindevorsteher und die Aeltesten haben ihn gehetzt, die Beisitzer und die Isprawniki, indem sie die Abgaben von ihm forderten; Frost und Hitze, Regen und Dürre haben ihn gehetzt, die gefrorene Erde und der tückische Urwald! . . . Das Vieh geht gradeaus und sieht nicht recht noch links; es weiß nicht einmal, wohin man es hetzt. . . . Ganz so sei es ihm ergangen. . . . Hat er etwa je gewußt, was der Pope in der Kirche las und wofür er ihm Geld zahlen sollte? Hat er etwa je gewußt, warum man ihm seinen ältesten Sohn genommen und wo man ihn hingeschafft hat? Diesen Sohn, den sie unter die Soldaten gesteckt haben und der dort gestorben ist? Weiß er etwa, wo er starb und wo jetzt seine armen Gebeine ruhen?

Man sagt, er habe viel Branntwein getrunken? Jawohl, das ist wahr. Sein Herz schrie nach Branntwein. . . .

„Wie viel Flaschen sagtest Du?"

„Vierhundert," antwortete der Pope Iwan, ins Buch blickend.

„Meinetwegen! Aber war das etwa Branntwein? Zu drei Vierteln war es Wasser und nur ein Viertel wirklicher Branntwein und noch dazu Tabaksaufguß. Dreihundert Flaschen mindestens müssen von der Rechnung abgezogen werden."

„Ist das Alles wahr, was er da sagt?" fragte der Herrgott den Popen Iwan und es war ihm anzumerken, daß er noch böse war.

„Die reine Wahrheit," antwortete unbedenklich der Pope Iwan. Makar aber fuhr fort:

Er habe dreitausend Aeste zugelegt? Zugegeben. Zugegeben, daß er nur sechzehntausend geschlagen habe. Aber ist das etwa wenig? Und überdies, zweitausend schlug er, während seine erste Frau krank war. Das Herz war ihm so schwer. Er wollte so gern bei seiner kranken Frau sitzen, aber die Noth trieb ihn, in den Wald zu gehen.... Und im Walde weinte er und die Thränen gefroren ihm an den Wimpern und vor lauter Kummer drang die Kälte ihm bis ans Herz.... Er aber mußte Holz hauen!

Und dann starb seine Frau. Man mußte sie begraben. Aber er hatte kein Geld. Und er mußte für Andere Holz hauen, um die Wohnung seiner Frau in jener Welt bezahlen zu können.... Der Kaufmann aber sah, daß er in Noth war und gab ihm deshalb nur zehn Kopeken dafür.... Seine Frau lag allein in der kalten, ungeheizten Hütte, und er hackte Holz und weinte dabei. Er glaube, daß man ihm dieses Holz fünffach, wenn nicht höher anrechnen müsse.

In den Augen des lieben Gottes glänzten Thränen und Makar sah, daß die Wagschalen sich bewegten. Die hölzerne Schale stieg empor und die goldene sank.

Makar aber fuhr fort: Bei ihnen im Buche sei Alles verzeichnet?... Nun, da mögen sie doch einmal nachschlagen, wann er je etwas Gutes erfahren, eine Freude, ein gutes Wort, eine Liebkosung? Wo sind seine Kinder? Starben sie, so that ihm das bitter weh, und wuchsen sie auf, so verließen sie ihn, um ebenso einsam wie er den harten Kampf mit der Noth des Lebens zu kämpfen. Und er blieb allein! Allein mit seiner zweiten Frau und er wurde alt und sah, wie seine Kräfte ihn verließen und ein trauriges, hilfloses Siechthum ihn erwartete. Sie standen allein da wie in der öden Steppe zwei verwaiste Tannen, die der unbarmherzige Schneesturm peitscht.

„Ist das wahr?" fragte der Herrgott wiederum.

Und der Pope beeilte sich zu antworten:

„Die reine Wahrheit."

Und die Wage bewegte sich wieder.... Gott, der Herr, aber schüttelte sinnend das Haupt.

„Das ist doch seltsam," sagte er. „Auf meiner Erde sind Gerechte.... Ihre Augen sind klar, ihr Antlitz hell und ihr Gewand fleckenlos.... Ihre Herzen sind weich wie guter Boden; er nimmt den guten Samen auf und es gedeiht auf ihm die Feldlilie und andere wohlriechende Gewächse, deren Duft mir angenehm ist.... Und Du, sieh' Dich an...."

Und Aller Blicke richteten sich auf Makar und er schämte sich. Er fühlte, daß seine Augen trübe waren und sein Gesicht finster, Haar und Bart verwildert und sein Kleid zerrissen. Und obschon er lange vor seinem Tode sich vorgenommen, Stiefel zu kaufen, um vor Gottes Gericht zu erscheinen, wie es sich für einen echten, rechten Bauern schickt, hatte er das Geld vertrunken und stand nun vor dem Herrn wie der letzte Jakute, in zerrissenen Torbassa.... Er hätte vor Scham in die Erde sinken mögen.

„Dein Gesicht ist finster," fuhr der Herrgott fort. „Deine Augen sind trübe und Dein Gewand zerrissen. Und Dein Herz ist voll Unkraut und Dornen und voll bitteren Wermuths. Darum liebe ich meine Gerechten und wende mein Angesicht ab von den Gottlosen, die Dir gleichen. . . ."

Makar's Herz krampfte sich zusammen. Er schämte sich vor sich selbst. Der Kopf sank ihm auf die Brust. Aber plötzlich richtete er sich auf und begann wieder zu sprechen:

Wer sind die Gerechten, von denen der Herr spricht? Wenn es Jene sind, die zu seiner Zeit auf Erden lebten, in schönen, reichen Wohnungen, so kenne er sie wohl. . . . Ihre Augen sind klar, weil sie nicht so viel Thränen vergossen, wie er, Makar, sie vergoß. Ihre Gesichter sind hell, weil sie dieselben mit wohlriechenden Salben waschen. Und ihr schönes Gewand wurde von fremden Händen gewebt.

Makar senkte wiederum den Kopf, hob ihn aber sofort wieder.

Und glaube man denn, er wisse nicht, daß auch er bei seiner Geburt gewesen sei wie die Anderen — mit hellen, offenen Augen, in denen sich Himmel und Erde widerspiegelten und mit einem reinen Herzen, das bereit war, alle Schönheit der Welt in sich aufzunehmen? Und wenn er sich nun mit seinem finsteren, abstoßenden Gesicht am liebsten unter der Erde vergraben möchte, so sei dies nicht seine Schuld. . . . Wer aber die Schuld daran trage, das wisse er nicht. . . . Er wisse nur das Eine: daß seine Geduld zu Ende sei.

* * *

Natürlich, wenn Makar gesehen hätte, welche Wirkung seine Rede auf den lieben Gott ausübte, wie jedes seiner zornigen Worte wie ein Bleigewicht auf die goldene Schale niederfiel, würde sein Zorn sich gelegt haben. Aber er sah Alles dies nicht, weil sein Herz voll dumpfer Verzweiflung war.

Die ganze Bitterkeit seines Lebens drängte sich ihm auf. Wie hatte er so lange diese furchtbare Bürde ertragen können? Er hatte sie ertragen, weil wie ein Sternlein im Nebel — die Hoffnung ihm leuchtete. — So lange er lebte, hatte er gehofft, daß ihm vielleicht noch ein besseres Los zu Theil werde. . . . Nun aber stand er am Ende und die Hoffnung war erloschen. . . .

Da wurde es finster in seiner Seele. Und der Grimm tobte in ihr wie in dunkler Nacht der Sturm in öder Steppe. Er vergaß, wo er war, vor wem er stand — er vergaß Alles, mit Ausnahme seines Zornes. . . .

Der Herrgott aber sprach zu ihm:

„Gedulde Dich, Du armer Mann! Du bist nicht auf der Erde. . . . Hier wird sich auch für Dich Gerechtigkeit finden."

Und Makar erbebte. Er sah, daß man Mitleid mit ihm hatte und sein Herz wurde weich. Aber da sein ganzes armseliges Leben vom ersten bis zum letzten Tage ihm noch immer vor Augen stand, empfand auch er ein ungeheures Mitleid mit sich selbst. . . . Und er weinte.

Auch der liebe Gott weinte. . . . Und der gute alte Pope Iwan weinte und die jungen Arbeiter in den langen weißen Hemden vergossen Thränen und trockneten dieselben mit ihren breiten weißen Aermeln ab.

Die Wage aber bewegte sich noch immer und die hölzerne Schale stieg höher und immer höher! —

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 17. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Bourgeoisie-Jammer.

⤢ Berlin, 13. Januar 1892.

Drei große Kümmernisse bewegen im neuen Jahre den zartfühlenden Busen der Bourgeoisie: Die Selbsteinschätzung des neuen preußischen Einkommensteuergesetzes, der „Klebe-Jammer" und der Fall Limburg-Stirum.

Die Selbsteinschätzung muß in der Zeit vom 7. bis zum 20. d. M. vor sich gehen. Da ihre einzelnen Bestimmungen zwischen Herrn Miquel und dem preußischen Landtage vereinbart worden sind, so ist kaum nöthig zu sagen, daß sie nur einen sehr zaghaften Schnitt ins Fleisch des Kapitalismus thun. Das Prinzip wurde gewissermaßen nur aufgestellt als Mittelstück eines Irrgartens, auf dessen verschlungenen Wegen es von allen Seiten umgangen werden kann. Nunmehr gab es allerdings einige Illusionäre, welche sich einbildeten, daß sich die Bourgeoisie einer so schwächlichen Heranziehung zu einer gerechteren Vertheilung der Steuerlast mit einem gewissen Maße von Anstand und Würde unterziehen würde. Aber diese Illusionäre hatten die Rechnung ohne den Wirth gemacht.

Mit welcher Unbefangenheit sich die besitzenden Klassen auf dem platten Lande der Pflicht der Selbsteinschätzung entziehen, zeigt der eben veröffentlichte Schmerzensschrei des Landraths von Goslar, der sicherlich nicht so weit aus der Art preußischer Landräthe geschlagen ist, um an die große Glocke zu schlagen, wenn nicht himmelschreiende Uebelstände vorlägen. Darnach giebt ein „großer Theil" der landbesitzenden Klassen „das Einkommen aus Grundbesitz viel zu niedrig," den „Geldwerth der im Haushalt verbrauchten Wirthschaftserzeugnisse gar nicht" und endlich „Einkommen aus Kapitalvermögen, welches notorisch vorhanden ist, gar nicht oder in nicht zutreffender Weise" an. Pfiffiger treibts die städtische Bourgeoisie. Ihre Presse räth nicht zu Uebertretungen des Gesetzes — o behüte! —, sondern sie legt nur mit einer Rabulistik, gegenüber welcher die jesuitische Kasuistik das plumpste Becherspiel von der Welt ist, den Steuerpflichtigen dar, daß die Selbsteinschätzung eigentlich ein Nadelöhr ist, durch welches ein mit allen Schätzen Arabiens beladenes Kameel immer noch gemächlich schlüpfen kann. Es wäre wider alle kapitalistische Ordnung, wenn die „geistigen Vorkämpfer," welche die Sozialdemokratie wegen ihrer „Begehrlichkeit" todtzuschlagen pflegen, bei diesem Anlasse nicht auch die Männer an der Spritze wären. So

der Privatdozent Jastrow, der vor Jahr und Tag eine sozialistentödtende Schrift veröffentlichte; so die „Freisinnige Zeitung," welche allen Raum, den ihr die gehässige Bekämpfung der strikenden Buchdruckergehilfen noch übrig läßt, zu den famosesten Rathschlägen darüber verwendet, wie bei der Selbsteinschätzung der Staat übers Ohr gehauen werden kann.

Geben wir nur ein von diesen Dioskuren aufgestelltes Muster! Nach § 9 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes können von den steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden „die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten Ausgaben." Jastrow und ihm nach in noch breiterer Begründung die „Freisinnige Zeitung" bringen nun bei einem Ingenieur, der in seinem Hause Zeichnungen vornimmt und literarische Arbeiten anfertigt, von einem Reineinkommen von 7776 Mark in Abzug:

> Miethswerth für ein zweifenstriges Arbeitszimmer 200 Mark, Gehälter für Gehilfen 2400 Mark, Reisen im Interesse des Berufs 300 Mark; Ausgaben für ein Souper als Redakteur einer Zeitschrift 85,30 Mark, Porti 117 Mark, Bücher 152 Mark, Schreib- und Zeichenmaterialien 122 Mark, kleine Ausgaben 276 Mark, Heizung und Beleuchtung des Arbeitsraumes 100 Mark, Abnutzung, Neuanschaffung am Arbeitsapparate 135 Mark.

Womit dann das steuerpflichtige Einkommen des besagten Ingenieurs von 7776 auf 3888 Mark, also genau auf die Hälfte, herabdividirt ist.

Man wird dem vorstehenden Muster, das von einem akademischen Würdenträger und einem politischen Parteiführer entworfen ist, um auf allem Wege Rechtens Steuern zu hinterziehen, eine gewisse kulturgeschichtliche Bedeutung für die bürgerliche Welt von heute nicht abstreiten können. Es kommt nichts darauf an, ja es beleuchtet die Moralität des ganzen Verfahrens nur um so schärfer, daß einzelne Posten darunter gemischt sind, welche — wie die Ausgaben für Gehilfen, falls der betreffende Ingenieur wirklich solche beschäftigen muß — unter § 9 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes gerechnet werden können; wenn aber erst Ausgaben für Reisen, Soupers, Bücher, für Miethe, Heizung, Beleuchtung des Arbeitszimmers, d. h. nicht etwa besonderer Bureauräume, sondern eines Raumes, den jeder Mensch haben muß, der innerhalb seiner vier Pfähle arbeitet, von dem steuerpflichtigen Einkommen unter dem erwähnten Vorwande in Abzug gebracht werden können, so ist jeder, auch der unanständigsten Steuerhinterziehung Thür und Thor geöffnet. Es ist dann wirklich nicht abzusehen, weshalb der Muster-Ingenieur noch das für seinen und seiner Familie sonstigen Unterhalt verwendete Einkommen versteuert, denn dieser Aufwand ist doch nöthig, um seine Arbeits- und Lebenskraft zu erhalten, ohne welche überhaupt an keinen Erwerb gedacht werden kann; er darf also auch guten Gewissens unter „die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten Ausgaben" gebucht werden.

Beiläufig können die Arbeiter auch aus diesem Beispiele ersehen, was es mit der „arbeiterfreundlichen" Gesinnung auf sich hat, aus welcher heraus die Bourgeoisie angeblich die Getreidezölle bekämpft. Für sie handelt es sich bei diesem Kampfe, wie schon Marx 1846 in seiner Rede über den Freihandel nachgewiesen hat, einfach darum, daß Getreidezölle den Kapitalprofit senken, um die Grundrente zu steigern. Wäre es dem kapitalistischen Freisinn um die Arbeiter irgendwie zu thun, so könnte er den besitzenden Klassen gar nicht rathen, der Selbsteinschätzung zur Einkommensteuer ein Schnippchen zu schlagen. Er ist ja so stolz darauf, die steigenden Mehrforderungen der Heeresverwaltung immer „ganz und voll" zu bewilligen, und er ist ein viel zu guter Finanzier, um nicht zu wissen, daß irgend woher doch das Geld dafür genommen werden muß.

kommt es nicht von den besitzenden, so muß es von den arbeitenden Klassen kommen, womit dann der letzte verklärende Lichtschein auf jene Drückebergereien fällt, die von den Sozialistentödtern Jastrow und Richter den preußischen Einkommensteuerpflichtigen angerathen werden.

Ganz ähnlich steht es um das andere Kümmerniß der Bourgeoisie, um den „Klebe-Jammer,“ der nach einer, unter diesem geflügelten Titel durch die Bourgeoispresse laufenden Ausführung der Polizei „zum Verzweifeln“ viel Scherereien machen soll. Die Scherereien des Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetzes sollen nun auch gar nicht bestritten werden, sie waren einer der Gründe, welche die arbeitenden Klassen zur Ablehnung desselben veranlaßten, aber aus diesen Scherereien fließen nur angeblich die Thränen der Bourgeoisie über den „Klebe-Jammer.“ Ihre wahre Quelle besteht in dem — wenigstens so weit es auf den Grundgedanken ankömmt — arbeiterfreundlichen Charakter des „Klebegesetzes.“ Der Beweis ist ebenso einfach wie schlagend. Das Sozialistengesetz machte der Polizei noch viel größere, ja obendrein moralisch tief entwürdigende Scherereien, als das „Klebegesetz,“ aber obgleich es zwölf Jahre lang bestand, haben wir aus den Spalten der Bourgeoispresse niemals so wehmüthige Elegien über den „Spitzel-Jammer“ vernommen, wie jetzt über den „Klebe-Jammer.“

Nein, der „Klebe-Jammer“ ist nichts als ein Bourgeoisie-Jammer in jedem Sinne des Worts, und das Gleiche gilt von dem dritten Kümmernisse der Bourgeoisie, von dem Falle Limburg-Stirum, der jeden Tag in einem Dutzend Leitartikel der bürgerlichen Presse breit getreten wird. Graf Limburg-Stirum war ein parlamentarischer Galoppin Bismarck's, der bald diese Anfrage apportiren, bald jenem Minister eine Grobheit sagen mußte; er wurde dann auf eine diplomatische Sinekure in Weimar gesetzt, von wo er ins Auswärtige Amt gelangte. Hier scheint er sich aber noch weniger fähig gezeigt zu haben, als selbst Herbert Bismarck; jedenfalls wurde er auf „Wartegeld“ gesetzt, das er seit einer Reihe von Jahren bezieht. Als reicher Großgrundbesitzer fühlte er sich neuerdings durch die Handelsverträge in seinen Grundrente-Interessen verletzt und richtete eine Zuschrift an die „Kreuzzeitung,“ in welcher er den gegenwärtigen Reichskanzler mit etwa denselben unhöflichen Worten der staatsmännischen Unfähigkeit zieh, mit denen er auf Befehl des früheren Reichskanzlers dem Kultusminister Falk den gleichen Vorwurf gemacht hatte. Darauf hat Herr von Caprivi das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Und dies ist der Fall Limburg-Stirum, welcher der bürgerlichen Presse so herzbrechende Stoßseufzer entlockt.

Bei Lichte besehen hat aber nur die — Sozialdemokratie das Recht, für den Märtyrer-Grafen einzutreten, sintemalen sie jede Beschränkung der freien Meinungsäußerung unbedingt verwirft. Vom Standpunkte des Beamtenstaates aus, — und auf dem stehen ja alle bürgerlichen Parteien — ist dem Grafen Limburg-Stirum offenbar nur sein Recht geschehen. Entweder hatte er das dringende und gewiß aus den edelsten Beweggründen entsprungene Bedürfniß, seinem vorgesetzten Caprivi Ungezogenheiten zu sagen, und dann hätte er ehren- oder schandenhalber auf sein Wartegeld verzichten sollen, oder als „nothleidender Landwirth“ konnte er nicht auf sein Wartegeld verzichten, und dann mußte er sich auch den Luxus versagen, seinem Vorgesetzten Ungezogenheiten an den Kopf zu werfen. Man mag dem neuen Kurse sonst vorwerfen, was man will, — und wir werfen ihm sehr vieles vor —, aber man muß anerkennen, daß er, wie im vorigen Jahre die ungestrafte Opposition der Landräthe gegen die Landgemeindeordnung zeigte, die politische Selbständigkeit seiner Beamten in einem für preußische Verhältnisse und namentlich im Vergleiche mit der Aera Bismarck hohem Grade

achtet. Jedenfalls wenn man auf dem Standpunkte des Beamtenstaats steht, so muß man auch die Konsequenzen desselben in den Kauf nehmen, und den Vorwurf, das Ansehen des Deutschen Reiches vor dem Auslande heruntergebracht zu haben, durfte der Untergebene Limburg-Stirum seinem Vorgesetzten Caprivi nicht machen, ohne die heiligsten Ueberlieferungen des Beamtenstaats zu verletzen.

Gleichwohl ist die bürgerliche Presse außer sich über den Fall Limburg-Stirum, wobei es natürlich nicht darauf ankommt, daß ihr linker Flügel nicht für die Person, sondern nur für das Prinzip eintritt. Offenbarte sich darin einfach und stark entwickelter Abscheu gegen alle äußerliche Verfolgung freier Meinungsäußerungen, so würden wir denselben bewundern, aber dieser wohlwollenden Annahme steht leider die Thatsache gegenüber, daß die bürgerliche Presse noch kein Sterbenswörtchen hat verlauten lassen über die wenn auch nicht mehr grundsätzliche, so doch thatsächliche Verkümmerung, welche der neue Kurs — und das ist gleich einer der schweren Vorwürfe, die wir ihm zu machen haben — der Preß- und Vereinsfreiheit der arbeitenden Klassen bereitet. Jeden Monat veröffentlicht der „Vorwärts" eine lange, lange Liste von gerichtlichen Anklagen und großentheils auch Verurtheilungen sozialdemokratischer Redakteure und Redner; ja vor einigen Wochen hat selbst ein hoher, an der Rechtsprechung betheiligter Beamter eidlich seine Ansicht dahin kundgegeben, daß ein wegen eines politischen Vergehens Angeklagter schärfer anzusehen sei, wenn er sich zur Arbeiterpartei bekenne. In einer gegen den Schriftsteller Ledebour wegen Beleidigung des Staatsanwalts Woytasch eingeleiteten Anklage erklärte der Beleidigte, der zu einer rein formalen Auskunft über den Strafantrag vorgeladen war, er habe geschworen nichts verschweigen zu wollen, und so müsse er demnach eine Mittheilung machen, von welcher er allerdings voraussetze, daß sie dem Angeklagten nicht zum Vortheile gereichen werde. Derselbe sei zur Sozialdemokratie herabgeglitten. Und daß es ihm nur ums Verhetzen zu thun sei, gehe daraus hervor, daß der Angeklagte nach einem Berichte des „Vorwärts" in einer Versammlung seine Absicht zu revolutioniren kundgegeben habe. In diesem letzteren Punkte scheint sich der Zeuge obendrein schwer geirrt zu haben, denn Ledebour hat inzwischen öffentlich erklärt, nach genauer Durchsicht des „Vorwärts" habe sich kein Bericht gefunden, der ihm eine so sinnlose, von ihm nie gethane Aeußerung in den Mund lege, und hierauf hat der Staatsanwalt Woytasch bisher auffallender Weise nichts erwidert. Aber davon abgesehen, so verwies zwar der Vorsitzende des Gerichtshofs dem Zeugen die oben mitgetheilte Aussage als nicht zur Sache gehörig, aber — die bürgerliche Presse schweigt über den Fall Ledebour ebenso hartnäckig, wie sie den Fall Limburg-Stirum bis zum Ueberdrusse erörtert.

Das macht: in dem Falle Limburg-Stirum stieß ein Angehöriger der besitzenden Klassen auf ein leichtes Hinderniß in der nicht gerade feinen Verfolgung seiner Klasseninteressen, und da lag ein „Prinzip" vor, über dessen Verletzung nicht Halloh gemacht werden kann. In dem Falle Ledebour aber wurde in der Person eines Sozialdemokraten sowohl die Preß- und Redefreiheit, als namentlich die Unparteilichkeit der Rechtspflege schwer bedroht. Und darüber ein Wort zu verlieren, hieße jede bürgerliche Gerechtigkeit verleugnen.*)

---

*) Da wir oben eine seltsame, staatsanwaltliche Auffassung zu erörtern hatten, möchten wir gleich ein kleines Gegenbildchen dazu anführen. Der einzige Reichstagsabgeordnete, welcher 1870 als gemeiner Landwehrmann den Krieg mitmachte, Wilhelm Hasenclever, erzählt es in Nr. 10 der „Demokratischen Blätter" vom 7. März 1885

Einiges über die Prostitution in Gegenwart und Zukunft.*)

Die sittliche Empörung, die die „gute Gesellschaft" der Prostitution gegenüber zeigt, giebt in mehr als einer Hinsicht Veranlassung zum Kopfschütteln. Als ob die Prostitution nicht die unvermeidliche Folge von Zuständen wäre, die gerade die „gute" Gesellschaft dem Volksganzen aufzwingt! Als ob es völlig freier Wille der Mädchen, als ob es ein Vergnügen wäre, sich zu prostituiren! Gewiß, zwischen dem ersten Male, wo die Noth, oder die hilflose Einsamkeit, oder der Mangel an irgend einer sittlichenden Erziehung, oder das böse Beispiel rings umher ein Mädchen bewegen, sich für Geld preiszugeben, und dem unbeschreiblichen Elend, in dem ihre Laufbahn zu enden pflegt, — zwischen diesen Grenzen liegt meistens eine Zeit des Vergnügens, der Sorglosigkeit. Aber wie theuer bezahlt, und wie kurz! Es giebt kein falscheres Wort, als wenn man diese elenden Geschöpfe „Freudenmädchen" nennt und damit meint, daß sie der Freude lebten; vielleicht der Freude Anderer, aber sicher nicht ihrer eigenen. Oder meint man, es sei ein Genuß, Abend für Abend, ob Hitze, ob Regen, ob Kälte herrscht, auf der Straße umherzujagen, um als Beute irgend einem beliebigen Mann, vielleicht einem widerwärtigen, als Ejakulationsmechanismus zu dienen? Glaubt man wirklich, dieses Leben, das auf der einen Seite von den widrigsten Krankheiten, auf der anderen von Noth und Hunger, auf der dritten von der Polizei bedroht ist — das werde mit jener Willensfreiheit gewählt, die allein

---

folgendermaßen: „Das Bataillon hatte mehrere Stunden Vormittags exerzirt, es war auf den Marktplatz gerückt, dort trennten sich die Kompagnien; die Feldwebel kommandirten die Mannschaften zur Wache; auch unser Abgeordneter war an der Reihe. Schon befand sich die Korporalschaft, zu welcher derselbe gehörte, auf dem Abmarsche, als der Feldwebel hinzu trat und den Abgeordneten — wir wollen ihn von nun an W. nennen — aufforderte, sich bei dem Herrn Adjutanten zu melden. Mitten auf dem Marktplatze hatte sich das Offizierkorps aufgestellt. Dorthin marschirte W. in gebotener strammer Haltung und machte Front vor seinem Kompagnieführer, einem liebenswürdigen Geschäftsmann aus Berlin; der Adjutant war unserem W. noch nicht bekannt. Mit einer Kopfbewegung deutete der Kompagnieführer auf einen baumlangen Premierlieutenant, zu dem nunmehr der Abgeordnete W. seine Front nahm. Minutenlanges allgemeines Schweigen, bis endlich W. die Geduld verlor und zu dem Adjutanten fragend aufblickte. Endlich ertönte aus dem Munde dieses hohen Herrn der inhaltschwere Spruch: „Wir wollten Sie einmal kennen lernen." Wiederum minutenlanges Schweigen, bis dem genannten Kompagnieführer die Geduld riß und er dem Abgeordneten zurief: „Herr W., Sie können abtreten." Eine scharfe Wendung; — W. marschirte über den Marktplatz weg zu seinem Quartiere. . . . Der Adjutant aber war — „Staatsanwalt." So Hasenclever. Weshalb er sich W. nannte, wissen wir nicht. Vielleicht in Anspielung auf seinen Vornamen; vielleicht auch, weil der Name des Adjutant-Staatsanwalts mit einem W. begonnen.

*) Wir veröffentlichen gern vorliegenden Artikel seiner anregenden und originellen Anschauungen wegen. Daß der Standpunkt des anonymen Herrn Verfassers in wesentlichen Punkten von dem in unserer Partei bisher geltenden abweicht, braucht kundigen Lesern kaum besonders auseinandergesetzt zu werden. Es dürfte trotzdem gut sein, darauf hinzuweisen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Ein weiterer Artikel über die Prostitution von andern Gesichtspunkten aus ist uns in Aussicht gestellt. Wir behalten uns vor, eventuell selbst das Wort in der Sache zu ergreifen.

Die Redaktion.

die sittliche Entrüstung rechtfertigen würde? Die höhere, unkontrolirte Prostitution hat es allerdings eine längere Zeit besser; ist das Mädchen hübsch und versteht es die Kunst der Weigerung, ist sie gar am Theater, so hat sie die Auswahl unter den Bewerbern, vielleicht auch unter den Brillantarmbändern. Nicht nur indeß, daß dann der Sturz um so tiefer zu sein pflegt, wenn die Reize, für die sie das Leben in dulci jubilo erkaufte, ihr nicht mehr zu Gebote stehen — sondern dieser feineren Prostitution gegenüber, die es allerdings im Ganzen besser haben mag, als die Straßen- oder Bordellprostitution, ist die Gesellschaft merkwürdiger Weise viel nachsichtiger, als gegen die ganz niedrige, die doch, wenn hier Sünde vorliegt, wahrhaftig durch das Elend ihrer Existenz schon viel mehr gestraft wird, als jene. Die Schauspielerin, die um kein Haar moralischer ist, als die Straßendirne, ja vielleicht noch viel berechnender und blutsaugerischer, wird in den Salons aufgenommen, aus denen man die Straßenprostituirte mit Hunden heraushetzen würde. Der Glückliche hat eben Recht, und das grausame Gesetz: wer hat, dem wird gegeben, wer nichts hat, dem wird genommen, findet keinen strengeren Vollstrecker als die „gute" Gesellschaft. Wie sie allenthalben nur die kleinen Diebe hängt, so schüttet sie das ganze Maß ihrer tugendhaften Entrüstung über die jammervollen Dirnen der Straße aus, in demselben Grade damit zurückhaltend, in dem die Prostituirten besser situirt sind. Die Gesellschaft sieht eben in dem Unglücklichen ihren Feind — und durchaus nicht mit Unrecht. Denn der Unglückliche, der mit oder ohne eigene Schuld zu kurz Gekommene, an dem das gerechte oder ungerechte Urtheil der Ausstoßung vollzogen wird, wird die Gesammtheit dafür verantwortlich machen, daß ihm kein besserer Platz in ihr zu Theil geworden. Er wird sie hassen und sie wird ihn wieder hassen und ihn immer tiefer herabstoßen. Wie der Besitzende und Glückliche noch außer den unmittelbaren Glücksfolgen seiner Lage eine Glücksprämie erhält, indem die Gesellschaft ihn ehrt und hochstellt und ihm allenthalben den Vortritt einräumt, so wird der Unglückliche für sein Unglück noch bestraft, weil die Gesellschaft ihn als ihren geborenen Feind behandelt. Man kann es jeden Tag beobachten, daß der Wohlhabende den Bettler im Zorne davonjagt — als sei es ein moralisches Unrecht, arm zu sein und berechtige zu moralischer Entrüstung. Das schlechte Gewissen, das der Reiche dem Armen gegenüber hat, verkriecht sich hier wie so oft hinter der Maske einer moralischen Berechtigung, und so durchgehends und mit so schlagenden Scheingründen, daß der Betreffende schließlich selbst daran glaubt. Der Unterschied in Beurtheilung und Behandlung, den die Gesellschaft zwischen der eleganten und der armseligen Prostitution macht, ist eines der glänzendsten oder vielmehr dunkelsten Beispiele für die Gerechtigkeit der Gesellschaft, die den Unglücklichen immer unglücklicher macht, indem sie ihn eben wegen seines Unglücks wie wegen einer gegen sie begangenen Sünde verfolgt — vielleicht sogar aus einer dunkeln Antizipation heraus, als läge es ihm wenigstens sehr nahe, eine Sünde gegen sie zu begehen.

Dieses Verhältniß begründet es, daß man die Prostitution, die so alt ist, wie die Kulturgeschichte, dennoch in ihrem heutigen Wesen als ein Produkt gerade unserer gesellschaftlichen Bedingungen bezeichnen kann. Niedrigere Kulturen finden in der Prostitution nichts Anstößiges — sehr begreiflicher Weise, weil sie für solche nicht die soziale Schädlichkeit besitzt, die sie bei entwickelteren Zuständen aufweist. Herodot erzählt von den alten Lydern, daß die Mädchen sich für Geld preisgaben, um eine Mitgift zu gewinnen; in manchen Theilen Afrikas gilt noch heute dieselbe Sitte und sie vermindert weder die Achtung vor den Mädchen — zu denen oft auch die königlichen Prinzessinnen gehören — noch verhindert sie

es, daß dieselben sich verheirathen und durchaus ehrbare Frauen werden. Als einen Rest alter, ungeordneter Sexualzustände finden wir die Vorstellung ausgeprägt, daß jede Frau eigentlich dem Stamme als Ganzen gehöre und durch ihre Ehe mit einem Manne sich gewissermaßen einer sozialen Pflicht entzöge; bis zu ihrer Verheirathung wenigstens aber habe sie dieselbe durch ihre Preisgebung an Jeden zu erfüllen. Und soweit reicht diese in den Bezirk des Sittlichen hinauf, daß mehrfach sogar eine Kultprostitution auftritt — eine Preisgebung, deren Ertrag dem Tempelschatz zufließt, wie es Strabo von den babylonischen Mädchen berichtet.

Dies Alles ist nur da möglich, wo noch keine durchgehende Geldwirthschaft existirt. Denn wo das Geld der Werthmesser für Alles und Jedes geworden ist, wo eine Unendlichkeit allverschiedenster Gegenstände dafür zu haben ist, da gewinnt es eine Farb- und Qualitätlosigkeit, die Alles, wofür es das Aequivalent ist, in gewissem Sinne entwerthet. Das Geld ist das Unpersönlichste, was es im praktischen Leben giebt *), und deshalb völlig ungeeignet, für einen so persönlichen Werth, wie die Hingabe eines Weibes, als Tauschmittel zu dienen. Geschieht dies dennoch, so zieht das Geld dieses Individuelle und eigenartig Werthvolle auf sein Niveau herunter, und die Betreffende beweist damit, daß sie ihr Eigenstes und Persönlichstes nicht höher stellt, als dieses von tausend ganz minderwerthigen Dingen ganz ebenso aufgewogene Tauschmittel. Wo das Geld noch nicht in diesem Maße der Maßstab für fast alle Werthe des Lebens geworden ist, wie bei uns, wo es noch etwas selteneres und weniger abgeschliffenes ist, da ist auch die Hingabe des Persönlichen dafür noch nicht so entwürdigend. Wozu noch dies kommt, daß, je niedriger die Stellung der Frau ist, je mehr sie im Gattungstypus befangen ist, um so weniger jene Unverhältnißmäßigkeit von Waare und Preis hervortritt. In primitiveren Kulturen, in denen insbesondere die Frauen noch wenig individualisirt sind, leidet die Menschenwürde nicht in so hohem Grade dadurch, daß sie ihre Hingabe durch einen so unindividuellen Werth, wie das Geld, aufwiegen lassen. In unseren entwickelteren Verhältnissen indeß, in denen das Geld, da man immer mehr Dinge dafür kaufen kann, immer unpersönlicher, die Menschen aber immer persönlicher werden, da wird das Erkaufen dieses Allerpersönlichsten für Geld immer unwürdiger und bildet eine der wesentlichen Ursachen für den Uebermuth der Kapitalisten, für die Schroffheit des Abgrundes zwischen dem Besitz und dem Angebot. Jenes Eigenste und Heiligste einer Person sollte nur dadurch erworben werden können, daß der Begehrende seinerseits die eigene Person und ihre innerlichsten Werthe dafür in Tausch giebt — wie es in der rechten Ehe der Fall ist. Wo man aber weiß, daß man nur Geld zu geben braucht, um eben dies genießen zu können, da muß sich sehr begreiflich den Nichtbesitzenden gegenüber, die ihr Alles so billig fortgeben, jene Verachtung, jene Ignorirung des Persönlichkeitswerthes einstellen, deren Naivität uns so oft bei unseren höheren Ständen überrascht oder vielmehr nicht überrascht. Wie die Kluft zwischen Hoch und Niedrig nur allzuoft nicht blos den Niedrigen immer tiefer herabdrückt, sondern auch den Höheren moralisch herunterzieht, wie die Sklaverei nicht nur den Sklaven entwürdigt, sondern auch den Sklavenhalter, so bedeutet jene Unverhältnißmäßigkeit zwischen Waare und Preis, die heutzutage in der Prostitution liegt, nicht nur die Demoralisation derer, die sich preisgeben, sondern auch derer, die davon Nutzen ziehen. Mit jedem Male, wo ein Mann

*) Ich entnehme dies einem Aufsatz von G. Simmel: „Zur Psychologie des Geldes“ in Schmoller's Jahrbuch, XIII, 4.

sich für Geld eine Frau kauft, geht ein Stück von dem Respekt vor dem Menschenthum verloren, und in den wohlhabenden Ständen, in denen dies alltägliche Uebung ist, ist es zweifellos ein starker Hebel jener Ueberhebung, die der Besitz von Geld mit sich bringt, jener tödtlichen Selbsttäuschung, als verliehe dieser Besitz der Persönlichkeit als solcher irgend einen Werth oder eine innerliche Bedeutung. Diese völlige Verrückung der Werthe, die die Kluft zwischen dem Besitzenden und dem, der sich von ihm muß erkaufen lassen, immer unüberbrückbarer vertieft — das ist die moralische Syphilis, die der Prostitution folgt, und die, gleich der physischen, schließlich auch solche infizirt, die von ihrer direkten Verursachung nicht berührt wurden.

Diese Ueberlegungen weisen auf den einzigen Gesichtspunkt hin, von dem aus die Prostitution für die Gegenwart und für die Zukunft richtig beurtheilt werden kann — nämlich im Zusammenhang der allgemeinen sozialen und Kulturverhältnisse. Sobald man sie isolirt betrachtet, solange man sie nicht bis an ihre Wurzeln verfolgt, die sich unter dem ganzen Boden, auf dem die Gesellschaft steht, hinerstrecken, — geräth man in die Gefahr, sie vom Maßstab einer „absoluten Moral“ zu messen und sie so unverstanden, entweder flach oder ungerecht abzuurtheilen. Die Nothwendigkeit der Prostitution in höheren Kulturen gründet sich auf der Zeitdifferenz zwischen der eintretenden Geschlechtsreife und der geistigen, ökonomischen und Charakterreife des Mannes. Denn diese letztere wird mit Recht gefordert, ehe die Gesellschaft ihm die Gründung eines eigenen Hauses gestattet. Aber immer weiter schiebt der gesteigerte Kampf ums Dasein die wirthschaftliche Selbständigkeit hinaus; immer später gewähren die komplizirten Ansprüche der Berufstechnik und der Lebenskunst die volle Ausbildung des Geistes; durch immer wachsende Schwierigkeiten der Lagen, der Versuchungen, der Erfahrungen muß der Charakter sich durcharbeiten, damit man ihm die Verantwortung für andere Existenzen, für die Erziehung der Kinder anvertrauen kann. So rückt der Zeitpunkt, zu dem ein Mann ein Weib legitim besitzen kann, immer höher, und da die körperliche Konstitution sich an dieses Verhältniß noch nicht angepaßt hat, vielmehr den Geschlechtstrieb in ziemlich unveränderter Frühe erweckt, so muß mit wachsender Kultur ein gewachsener Bedarf an Prostituirten eintreten. Wir können die Frage, ob eine gewachsene Sittlichkeit die vorehelichen Triebe nicht zu unterdrücken vermöchte, hier ganz unerörtert lassen, da wir wissen, daß es vorläufig eben nicht geschieht und wir hier nur mit Thatsachen rechnen wollen. Die Sittlichkeitsvereine behaupten zwar, eine solche Unterdrückung sei nicht nur möglich, sondern sogar im Interesse der Gesundheit erwünscht. Allein die Natur dürfte schwerlich gutmüthig genug sein, um die Vernachlässigung eines derartig starken Triebes ungestraft zu lassen, blos weil die zufälligen Kulturverhältnisse ihm keine legitime Befriedigung erlauben. Kurz, das Bedürfniß nach Personen, die ihn befriedigen, ist in der Gesellschaft vorhanden. Andererseits ist diese Gesellschaft sich doch darüber klar, wieviel sie durch so verlorene Existenzen verliert und daß diese Mädchen schlechthin als Opfer der Triebe Anderer hingeschlachtet werden. Schön, daß die „gute“ Gesellschaft so empfindet; aber wie wunderlich, daß sie gerade an diesem Punkte so fein besaitet ist und ein so zartes Gewissen für die Opfer hat, die ihre Erhaltung kostet! Sie schickt doch ohne Weiteres Tausende von Arbeitern in die Bergwerke, zu einem Leben, das kaum von der Sonne weiß und Tag für Tag, Jahr für Jahr eine Opferung für die Gesellschaft ist — scheinbar allerdings eine bloße Opferung bestimmter Leistungen, in Wirklichkeit eine des ganzen Lebens; denn die Leistung bestimmt hier, ganz ähnlich, wenn auch inhaltlich absolut abweichend, wie bei der Prostituirten, das Niveau der

sammten sonstigen Existenz und zieht von sich aus den Reizen und Freiheiten
rselben die engste Grenze. Wie die technische oder wissenschaftliche Leistung, in
ezug auf den Arbeiter angesehen, nicht nur als das gelten darf, was sie ihn
ı augenblicklicher Bemühung gekostet hat, sondern seine Vorbildung, seine ganze
ergangenheit implicite darin enthalten ist: so stecken in der Leistung unzähliger
rbeiter und in der der Prostituirten alle ihre Folgen und Beziehungen,
e gesammte Lebenshaltung, die gesammte Zukunft des Leistenden, die in
enso nothwendiger Verbindung mit ihr steht, wie es dort die Vergangenheit
at. Derselbe falsche Individualismus, der den Einzelnen von den sozialen
erkettungen löst, um ihn rein „an sich" zu betrachten, ebenderselbe isolirt
ıch seine Leistung von ihrer Verkettung mit seinem übrigen Leben, und
rkennt, daß die Gesellschaft, indem sie scheinbar blos das Opfer einzelner
eistungen fordert, thatsächlich von dem Kohlenarbeiter und ungezählten Anderen
ıs Opfer des gesammten Lebens beansprucht. Der Arbeiter in der Arsenik-
cube, in der Spiegelbelegfabrik, in all den unmittelbar gefährlichen oder lang-
ım vergiftenden Betrieben, sind das nicht lauter Opfer, die die Gesellschaft
m ihres Bestandes willen Anderen oder meinetwegen sich selbst auferlegt? Und
e fordert oder bringt sie, ohne sich weiter darüber zu echauffiren. Warum
ıag sie nicht ein paar tausend Mädchen opfern, um den unverheiratheten Männern
n normales Geschlechtsleben zu ermöglichen und die Keuschheit der anderen
rauen und Mädchen zu schützen? Ist denn die Nothwendigkeit oder der Trieb,
Spiegel zu besitzen, dringender und wichtiger als das sexuelle Bedürfniß? Ich
alte es für schön und sittlich, wenn man es nicht kalten Blutes mitansieht, daß
viele Mädchen in die Verlorenheit, in den äußerlichen und innerlichen Ruin
inabgestoßen werden, nur sei man dann folgerichtig genug, sich auch über jene
nderen Opfer zu empören, die so oft noch viel grausamer sind. Mit wunderlich
ngleichem Maß wird hier gemessen, wenngleich auch die Gründe davon nicht
hwer aufzufinden sind: sie liegen einerseits darin, daß man die Nothwendigkeit
er Prostitution in der gegenwärtigen Verfassung der Dinge nicht gern offen ein-
estehen mag, andererseits die Existenz jener Arbeiter ebensowenig gern als eine
Opferung innerhalb der Gesellschaft und für sie ansehen will. Durch beide Ten-
enzen und durch die Schwierigkeit, die Gleichheit der Form durch die ungeheure
ıhaltliche und ethische Verschiedenheit der Fälle hindurch zu erkennen, wird die
Gleichheit des sozialen Verhaltens zu beiden Kategorien ins Unsichtbare gerückt.

Ueber eines gebe man sich keinen Illusionen hin: so lange die Ehe existirt,
lange wird es Prostitution geben. Nur bei völlig freier Liebe, wenn der
Gegensatz zwischen Legitimität und Illegitimität überhaupt hinfällig geworden ist,
ird man nicht mehr besonderer, der sexuellen Befriedigung des männlichen Ge-
hlechts geweihter Personen bedürfen. Die monogamische Ehe mit der Verpflichtung
– wenigstens Selbstverpflichtung — zur Treue wird, um nicht leichtsinnig und
ım Verderben beider Theile eingegangen zu werden, immer erst in einem Alter
eschlossen werden dürfen, in dem der Geschlechtstrieb schon Jahre lang besteht.
war wird die Grenze der Eheschließung in einer sozialistischen Gesellschaft dadurch
erabgerückt werden, daß der Einzelne von der individuellen ökonomischen Sorge
ir Weib und Kind entlastet wird; um so mehr aber müßte auf eine gewisse
nderweitige Reife gehalten werden, damit diese äußerliche Erleichterung nicht zu
oreilig und frivol eingegangenen Bündnissen führe; und wenn auch verbesserte
rziehung das Erlangen dieser Reife beschleunigen mag, so steht dem entgegen,
aß mit der Veredlung der Rassen in der ganzen Natur und ebenso beim Menschen
ieder eine Verspätung der völligen Entwicklung verbunden ist und daß Kinder,

deren beide Eltern gar zu jung sind, erfahrungsgemäß schwächlich oder degeneri
sind. Bei den polygamischen Impulsen, die nun einmal in der männlichen Nat
liegen, verlangt die Einehe, selbst nach Wegfall aller ökonomischen Schwierig
keiten, und nur als erotisch-sittliches Institut betrachtet, einen Mann, der Geleger
heit zur Selbstprüfung und Selbsterkenntniß gehabt hat, nicht einen knospenden Jüng
ling, in dem sich freilich auch schon die sinnlichen Triebe in voller Stärke regen. Kan
man diesem letzteren nicht gestatten, eine Frau für das Leben an sich zu binden,
kann man ihm andererseits die Aeußerung jener natürlichen Triebe nicht untersagen

Wie aber soll er sie befriedigen? Es bleiben nur zwei Formen. En
weder jene, die wir bei vielen rohen Völkern finden, daß die Mädchen vor de
Ehe völlig freie Liebeswahl haben, dadurch aber weder äußerlich noch innerli
an dem späteren Eingehen einer monogamischen Ehe gehindert werden; oder –
die Prostitution, die gewisse Personen ganz zu diesem Zwecke designirt, um al
übrigen davon frei zu halten. An die erstere Möglichkeit kann ich nicht glauben
Je entwickelter und edler die Menschheit wird, desto individueller werden die Ver
hältnisse zwischen Mann und Weib; gerade wenn die Ehe nicht mehr eine Kau
und Zwangsehe sein, sondern auf der rein innerlichen Sympathie beruhen wir
dann wird die vorhergehende Zügellosigkeit nicht der Boden sein, von dem au
sie sich erheben kann. In roheren Verhältnissen, in denen die höchsten psychische
Wechselbeziehungen zwischen den Geschlechtern überhaupt noch nicht existiren, ma
das Vorleben der Frau für die Ehe gleichgiltig sein; je inniger und persönliche
die Ehe wird, desto weniger wird der Sprung von der Polyandrie zu ihr mög
lich. Nun scheint freilich dasselbe für den Mann zu gelten, allein es wird ih
von der vorehelichen Befriedigung der physischen Triebe nicht in gleichem Maß
abhalten, wie die Frau, weil diese ihrem physisch-psychischen Geschlechtscharakte
nach eher die Reife zur Ehe erlangt, als der Mann, und infolge dessen si
früher verheirathen kann; ökonomische Gründe werden dies nicht mehr, wie jet
verhindern, und die ganze Frage wird deshalb mehr oder weniger für sie fort
fallen. Wenn also die freie Liebe nicht allgemein sein wird, so wird es irgen
eine Anzahl von Mädchen geben müssen, die die Funktion der jetzigen Prostituirte
vollziehen. Daß sich keine Mädchen mehr dazu finden werden, wenn die Not
sie nicht mehr dazu zwingt, ist ein naheliegender, aber nicht völlig stichhaltige
Einwand. Denn starke gesellschaftliche Bedürfnisse schaffen sich ihre Funktionäre
um welchen Preis es sei. Die soziale Zweckmäßigkeit züchtet sich die Organe
die sie braucht, nicht nur indem sie das individuelle Widerstreben äußerlich brich
sondern auch indem sie es im Innern der Personen überwindet. Aber freilic
würde die nothwendige Vorbedingung, unter der allein in einer wahrhaft humane
Gesellschaft die Prostitution existiren kann, die sein, daß die Stellung der Prostituirte
gehoben wird. Hält man einerseits an der Institution der Ehe fest, giebt ma
andererseits zu, daß dieselbe erst lange nach eingetretener Geschlechtsreife de
Männer geschlossen werden darf, will man endlich weder die vorehelichen Trieb
unterdrücken (schon weil man es nicht kann), noch die Gesammtheit der Mädche
ihnen zur Verfügung stellen — so folgt, daß irgend eine Prostitutionseinrichtun
erforderlich ist, daß es aber durchaus ungerecht wäre, die Mädchen, die diese
sozialen Forderung unterliegen, dafür büßen zu lassen. Die jetzige bürgerlich
Gesellschaft freilich thut dies gründlich, die Prostituirten sind die Prügelkinder
die für das bestraft werden, was die Männer der „Gesellschaft" sündigen; es ist
als ob eine eigenthümliche ethische Verschiebung dem schlechten Gewissen der Ge
sellschaft dadurch eine Sühne verschafft, daß sie die Opfer ihrer Sünden imme
gründlicher von sich weg und dadurch in immer tiefere Demoralisation stößt: si

schafft sich damit das Recht, sie als Verbrecher zu behandeln. Es ist ein ganz durchgehender Zug unserer Gesellschaft, daß sie die höchsten Ansprüche an Charakterfestigkeit und Widerstandsstärke gegen Versuchungen gerade an diejenigen stellt, denen sie die Bedingungen der Sittlichkeit am gründlichsten entzieht. Sie verlangt von dem hungernden Proletarier eine größere Achtung vor dem Eigenthum Anderer, als von dem Börsenbaron und dem noblen Schurken; von dem Arbeiter die größte Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit, indem sie ihm den Luxus derer, die er reich gemacht, täglich versuchend vor die Augen bringt; sie ist über die Kriminalität der Prostituirten entsetzter, als über die irgend einer anderen Klasse, und bedenkt nicht, wieviel schwerer es dem Ausgestoßenen sein muß, die Versuchung zum Unrecht zu überwinden, als dem, der im Schooße der Gesellschaft warm aufgehoben ist. Kurz, sie verlangt die Pflicht um so strenger, je schwerer sie deren Erfüllung macht. Eine sittlichere Sozialverfassung wird dies ändern. Sie wird erkennen, daß man Niemandem die Veranlassung geben darf, sich als Feind der Gesellschaft zu fühlen; sie wird es durchschaut haben, daß unzählige Male nicht die Strafe dem Vergehen gefolgt ist, sondern daß die Gesellschaft ungerecht gestraft und dadurch erst das Vergehen provozirt hat; und wenn sie überhaupt zugeben wird, daß es so etwas wie Prostitution in ihr giebt — und solange sie an der Einehe festhält, wird dies erforderlich sein — wird sie die soziale Stellung solcher Frauen heben müssen und dadurch das eigentlich Vergiftende dieser Erscheinung beseitigen. Denn wie die Prostitution ein sekundäres Uebel ist, so sind auch die sekundären Erscheinungen aus ihr das schlimmste Uebel — die Demoralisirung, die allgemeine Verworfenheit der Gesinnung, die Kriminalität der Prostituirten — lauter Erscheinungen, die an und für sich mit ihr nicht nothwendig verbunden sind und heute nur aus ihrer exzeptionellen Stellung hervorgehen, die der Charakter des ausschließlichen Geldverkehrs, der Uebermuth der possidentes gegenüber den Anbietenden und das Pharisäerthum unserer Gesellschaft verschulden. Wenn diese Opfer der Verhältnisse nicht mehr für die Sünden Anderer zu büßen brauchen, werden sie nicht mehr in Versuchung sein, diese Strafe gewissermaßen nachträglich durch eigene Sünden zu verdienen.

Was die Konstruktion des Zukünftigen in dieser wie in aller sonstigen Hinsicht so sehr erschwert, ist der Umstand, daß wir nur mit der jetzigen psychologischen Verfassung der Menschheit rechnen können. Das Maß von Lust und Leid, von seelischen Reaktionen überhaupt, das aus künftigen Zuständen hervorgehen soll und nach dem wir den Werth derselben bemessen, ergiebt sich uns nur, indem wir uns die Wirkung dieser Zustände auf *uns* denken; wir aber sind die Produkte der bisherigen Vergangenheit und unser ganzes Empfinden ist durch Umstände bestimmt, die später völlig geändert sein werden. Die Stellung der Prostitution hängt von den sozialen Gefühlen ab, die sie erweckt, und wir können nicht wissen, um wieviel die Beseitigung des Kapitalismus und seiner Folgen diese verschieben wird. Wenn man auch als gewiß annehmen kann, daß die jetzige Verachtung und Ausstoßung des gefallenen Mädchens, die in furchtbarer Wechselwirkung ihre immer weiter gehende Demoralisation erzeugt, aufhören wird, so wird doch wahrscheinlich, solange die Einehe besteht, die monogamisch lebende Frau das Gefühl eines höheren Persönlichkeitswerthes erwecken, als diejenige, die sich Vielen hingiebt, und die Prostitution wird, wenn die Ehe das definitive Ziel des Verhältnisses der Geschlechter ist, auch weiterhin nur als ein nothwendiges Uebel empfunden werden. Das ist die Folge jenes Widerstreites zwischen den Anforderungen der Geschlechtsreife und den Anforderungen der Ehemündigkeit — eine Folge, deren Tragik nicht aufgehoben, sondern nur gemildert werden

kann, indem man ihre Opfer nicht mehr als Subjekte individueller Schuld, sonder als Objekte sozialer Schuld betrachtet.

Fernerhin wird diese ganze Betrachtung modifizirt, wenn noch eine von de jetzigen Verhältnissen herübergenommene Voraussetzung sich ändert. Wir habe angenommen, daß die Frauen auch später in jüngeren Jahren, als die Männer zur Ehe reif sein werden, so daß für sie alle die Schwierigkeiten nicht existiren die für die Männer aus dem späteren Eintreten dieses Termins folgen. Allein wenn diese frühere individuelle Entwicklung nur die Folge der Unentwickelthei des Geschlechts wäre? Durch die ganze Natur hindurch sehen wir, daß di Wesen sich um so später entwickeln, um so später den Gipfelpunkt ihrer Aus bildung erreichen, je edler und vollkommener sie sind, je höher sie auf der Stufen leiter der Wesen stehen; die niedrigsten Thiere sind am frühsten vollständig aus gebildet. Vielleicht daß die Unterdrückung der Frau, die sie jetzt Jahrtausend lang als das niedrigere Wesen erscheinen ließ, diese Folge gehabt hat; je wenige Ansprüche an einen Organismus gestellt werden, je einfacher die Funktionen sind zu denen er sich zu bilden hat, desto früher ist er fertig. Wenn nun der Dru von den Frauen fällt, wenn sie aus der Unmündigkeit zu eigenster Kraftbewährung zur Ausbildung mannigfaltigster Anlagen aufgerufen werden, so wird vielleich auch jene Differenz gegen die Männer schwinden und der Termin individuelle Reife wird ebenso spät eintreten, wie bei diesen; die Ausbildung des Geistes un Charakters, die die Ehe erfordert, wird auch bei ihnen viel länger dauern, al die der physiologischen Funktionen und Antriebe. Wenn diese letzteren nun zu Aeußerung drängen, so stehen dann auch die Frauen vor der Alternative zwische Askese und vorehelicher physischer Befriedigung. Die Folgen von einer solche Gleichheit der Bedingungen für beide Geschlechter sind nicht abzusehen, ohne sic in phantastischen Kombinationen zu verlieren; wir können zu wenig die gleichzeitig Veränderung an allen anderen Punkten der Gesellschaftsverfassung überblicken welche für die Gestaltung der Geschlechtsverhältnisse von mitentscheidender Be deutung sind. Als letztes Ideal dieser gesammten Entwicklung ist jene harmonisch Anpassung der physisch-sinnlichen und der geistig-charakterologischen Ausbildung z betrachten, in der beide nicht mehr zeitlich getrennt sind. Wenn in niedrigste Kulturverhältnissen die Reife in beiderlei Beziehungen thatsächlich gleichzeitig ein tritt und deshalb die Regelung der Geschlechtsverhältnisse in ihnen eine einfach ist, so hat die gewachsene Kultur beides auseinander gerissen und damit di Schwierigkeiten jener Verhältnisse geschaffen. Es ist eine Aufgabe der noch weite steigenden Zweckmäßigkeit unserer Organisation, beides auf höherer Stufe wiede aneinander zu passen, nach den großen Regeln der Entwicklung, die so häufi auf ihrem Gipfel die Formen ihrer keimhaften ersten Zustände vergeistigt, ver vollkommnet, geläutert wiederholt.

Oekonomische Taschenspielerei.

Eine Böhm-Bawerkiade von J. H.

Eugen von Böhm-Bawerk ist Professor an der Universität Wien un österreichischer Ministerialrath.

Eugen von Böhm-Bawerk hat u. A. ein zweibändiges Werk geschrieben betitelt „Kapital und Kapitalzins."

Wie zu erwarten war, beginnt das Werk mit einer Kritik der bisherige Theorien des Profits, und, wie dies ebenfalls zu erwarten war, fällt diese

Kritik ziemlich lang aus: sie nimmt den ganzen ersten Band in Anspruch. In diesem kritischen Bande kommt Eugen von Böhm-Bawerk selbstverständlich zum Resultate, daß alle bisherigen Erklärungen des Profits nichts und nutzlos waren, und verspricht, im zweiten Bande eine neue, originelle Lösung des Problems zu geben. Dieser zweite Band ist wirklich ein paar Jahre nach dem ersten erschienen, und nun haben wir seine eigene Theorie, dargelegt in einem zierlichen Bändchen von ungefähr 450 Seiten, vor uns.

Wir wollen diese seine Theorie einer Kritik unterwerfen.

Am Schlusse seiner Kritik der sozialistischen Profittheorie meint Böhm-Bawerk: „Als Kritiker sind die Sozialisten tüchtig, aber als Dogmatiker sind sie ausnehmend schwach. Diese Ueberzeugung würde die Welt schon längst gewonnen haben, wenn zufällig der Gegenpartei eine Feder zur Verfügung gestanden wäre, die so fein und schneidig wie die Lassalle's, und so rücksichtslos wie die Marx' gewesen wäre“ (Bd. I, S. 446).

Jetzt aber wird die Sache anders. Jetzt zieht Böhm-Bawerk selbst ins Feld, Marx und Lassalle in einer Person! Ja, Marx und Lassalle, und noch Professor und Ministerialrath dazu! So viel in einer Person, das scheint zwar etwas zu bunt, allein . . . wir wollen sehen, was uns Böhm-Bawerk vorführt!

Wir wollen ihn aber einstweilen nur als „Dogmatiker“ kennen lernen, indem wir es uns für eine andere Gelegenheit vorbehalten, ihn als Kritiker zu prüfen.

Wir geben zunächst eine Darlegung seines Systems und lassen erst dann die Kritik folgen.

I. Die Manipulationen.

Motto: „Keine Hexerei, lauter Geschwindigkeit.“

Der Kapitalzinstheorie von Böhm-Bawerk liegt eine besondere Werththeorie zu Grunde. Wir müssen den Leser zunächst mit dieser bekannt machen, um jene vollkommen würdigen zu können. Wir wollen uns kurz fassen und dieselbe in knappen Worten schildern*), damit wir desto eher zu der Krone der Schöpfung, zu der Erklärung des wundersamen Verschwindens des Arbeitsprodukts aus den Händen der Arbeiter und seines Wiedererscheinens in eleganter Geldform in den Taschen der Kapitalisten schreiten können.

Als Werth bezeichnet Böhm-Bawerk „diejenige Bedeutung, die ein Gut oder Güterkomplex als erkannte Bedingung eines sonst zu entbehrenden Nutzens für die Wohlfahrtszwecke eines Subjektes erlangt“ (Bd. II, S. 143). Diese Werthbestimmung darf aber mit dem nicht verwechselt werden, was man gewöhnlich als „Gebrauchswerth“ bezeichnet. Es ist nicht die *physikalische* Eigenschaft des Gutes, dem wirthschaftlichen Gebrauche dienen zu können, welche hier in Betracht kommen.

Diese physikalischen Eigenschaften des Gutes bleiben sich gleich bei allem Wechsel der ökonomischen Gestaltung der einzelnen Wirthschaften: Pfeffer ist ebenso scharf in der dürftigen Mahlzeit eines Arbeiters, als bei der schwelgerischen Tafel eines Bonvivants. Nicht aber diese demokratische Eigenschaft der Güter kommt für Böhm-Bawerk in Betracht, sondern die *Bedeutung*, welche das Gut durch

---

*) Wie amüsant auch diese Theorie an und für sich ist, müssen wir doch auf eine Kritik derselben einstweilen verzichten. Unsere Leser haben des Hochgenusses genug an der Profittheorie. Wir werden aber vielleicht noch einmal Gelegenheit haben, die Herren Werthkritiker und -Theoretiker historischer und anderer Schulen in ihrer Geistesverwandtschaft en bloc durchzunehmen.

diese seine Eigenschaft für jeden Einzelnen in jedem einzelnen Falle erreicht Um bei unserem Beispiele zu bleiben, so hat der Pfeffer für den unverwöhnten Gaumen eines Arbeiters wahrscheinlich einen geringeren Reiz, es findet in ihm der Arbeiter einen geringeren Geschmack, und er mißt ihm einen kleineren „Werth" zu, als der eßlustige Reiche. Giebt es doch bekanntlich viele Delikatessen, die dem Geschmacke des einfachen Mannes gar nicht entsprechen, und auf die die Feinschmecker besonders erpicht sind. Solche Sachen haben also, trotz ihrer gleich bleibenden physikalischen Eigenschaften, in verschiedenen Fällen eine verschieden Bedeutung.

Diese Bedeutung des Gutes, sein „Werth," wechselt nun nicht nur nach den körperlichen und geistigen Verschiedenheiten der wirthschaftenden Subjekte sondern auch nach der Verschiedenheit der ökonomischen Verhältnisse, der Verhältnisse von „Bedarf und Deckung." Da aber „die Verhältnisse von Bedarf und Deckung individuell äußerst verschieden sind," so kann „ein und dasselbe Gut für verschiedene Personen einen ganz verschiedenen subjektiven Werth besitzen — ein Umstand, ohne den (nach Böhm-Bawerk) ein Zustandekommen von Täuschen überhaupt nicht denkbar wäre. Sodann haben unter sonst gleichen Umständen dieselben Güterquantitäten für Reiche und Arme einen verschiedenen Werth und zwar für die Reichen einen kleineren, für die Armen einen größeren. Indem nämlich die Reichen in allen Gütergattungen reichlicher versorgt sind, reicht bei ihnen auch überall die Befriedigung bis zu unwesentlicheren Bedürfnissen herab und der Zuwachs oder Wegfall der Befriedigung, der sich an ein Güterexemplar knüpft, ist demzufolge nur ein unbeträchtlicher, während bei dem Armen, der überhaupt nur seine dringendsten Bedürfnisse zu decken vermag, an jedem Exemplar ein wichtiger Nutzen hängt" (Bd. II, S. 171).

Verschiedene wirthschaftende Personen mit verschiedener Bedarfsdeckung schätzen die Güter verschieden. Diese verschiedenen Schätzungen begegnen einander auf dem Markte, und aus der Kollision der Einzelschätzungen resultirt der Preis. Der Preis ist „von Anfang bis zu Ende das Produkt von subjektiven Werthschätzungen" (Bd. II, S. 219). „Wir können demnach mit vollem Recht den Preis bezeichnen als die Resultate der auf dem Markte sich begegnenden subjektiven Schätzungen von Waare und Preisgut" (Bd. II, S. 220).

Soweit die famose Werththeorie. Um von dieser zum Kapitalprofit zu gelangen, fehlt aber noch ein Zwischenglied, es ist das die „Gegenwart und Zukunft in der Wirthschaft." Weitschweifig wie er ist (wir werden später sehen, wodurch sich dies erklärt), widmet Böhm-Bawerk auch diesem Thema ein besonderes, 50 Seiten langes Kapitel. Uns ist der Raum der „Neuen Zeit," sowie die Zeit unseres Lesers zu theuer, um beide der Böhm-Bawerk'schen Redelust zum Opfer zu bringen; es sollen auch hier ein paar Zeilen genügen, und ein paar Zeilen reichen wirklich vollkommen aus, um diese wichtige Materie, „die merkwürdigerweise bis jetzt nur eine außerordentlich dürftige wissenschaftliche Untersuchung erfahren hat, obwohl sie augenscheinlich (!) die größte Bedeutung besitzt," zur Darstellung zu bringen.

Wir lassen Böhm-Bawerk selbst sprechen.

„Wir leben in der Gegenwart, aber unsere Zukunft ist uns nichts Gleichgiltiges: unsere vernünftigen Wünsche sind auf eine dauernde, Gegenwart und Zukunft umfassende Lebenswohlfahrt gerichtet"*) (Bd. II, S. 250). Die Güter

---

*) Diese Wichtigthuerei mit Gemeinplätzen ist überhaupt charakteristisch für die geistige Unbeholfenheit des oeconomici vulgaris. Da er nämlich jedwelchen Systems

der Zukunft haben also für uns eine Bedeutung, einen Werth; wir schätzen
:, wir vergleichen diesen Werth mit dem Werthe gegenwärtiger Güter. Der
Werth der zukünftigen Güter oder der Zukunftswerth der Güter oder der Güter=
erth der Zukunft ist aber gewöhnlich kleiner als der Werth der Gegenwarts=
üter. Es geschieht das aus manchen verschiedenen Gründen, wir können aber
eselben fortlassen: genug, daß es dem so ist. „Gegenwärtige Güter sind in
:r Regel mehr werth als künftige Güter gleicher Zahl und Art," sagt Böhm=
awerk, und a. a. St.: „In der Regel haben gegenwärtige Güter einen höheren
ibjektiven Werth als künftige Güter gleicher Art und Zahl. Und da die
esultante der subjektiven Werthschätzungen den objektiven Tauschwerth bestimmt,
) haben in aller Regel gegenwärtige Güter einen höheren Tauschwerth und
reis als künftige Güter derselben Art und Zahl" (Bd. II, S. 248 und 261).

Und das ist Alles! Das ist das große Geheimniß, dessen Klarlegung in
iner ganzen Tragweite Böhm=Bawerk allein vorbehalten worden war. Die arme
Nenschheit! daß sie so lange warten mußte!

Aber die Profittheorie? Wann gelangen wir denn endlich zu derselben?
Bir stehen mitten drinnen. Mitten drinnen? aber um aller Logik willen, wieso
enn? Es wurde ja noch nichts von Produktion gesprochen, und der Mehrwerth
uß ja, wie jedes gemeine Gut, zunächst produzirt werden? Allerdings, aber
as schadet nichts! Allah will es so, und Böhm=Bawerk ist sein Prophet. Jeden=
alls werden wir bald auch von Produktion etwas zu hören bekommen.

„Die natürliche Werthdifferenz zwischen gegenwärtigen und künftigen
Gütern . . . ist die Quelle, aus welcher aller Kapitalzins seinen Ursprung zieht"
Bd. II, S. 299). Aber wie geschieht das? Es geschieht auf eine so merk=
vürdige Weise, daß ich lieber Böhm=Bawerk selbst das Wort geben will, um
ies klarzulegen. Hie Feder und Tinte, hie Schreibpapier! Die Böhm=Bawerk'schen
Ideen mögen sich wortgetreu darauf abspiegeln. Freilich kann ich dennoch nichts
ür das Bild, und ist es eine Fratze, so möge Böhm=Bawerk mit Böhm=Bawerk
arüber rechnen!

Ein paar Worte zur Einleitung. Es giebt in der Welt ganz merkwürdige
Güterarten, genannt Güter entfernterer Ordnung, vulgo Produktivgüter, Arbeit
gehört auch dazu. Und nun:

„Die Güter entfernterer Ordnung sind, obschon sie körperlich gegenwärtig
ind, ihrer wirthschaftlichen Natur nach Zukunftswaare. Sie sind in ihrem
gegenwärtigen Zustande zur Bedürfnißbefriedigung untauglich, bedürfen, um dazu
auglich zu werden, erst der Umformung in Genußgüter, und da dieser Um=
formungsprozeß natürlich Zeit erfordert, können sie ihre Dienste immer erst den
Bedürfnissen einer zukünftigen Periode leisten, und zwar frühestens einer Periode,
die um die Dauer des zur Umformung nöthigen Produktionsprozesses von der
Gegenwart absteht. Eine Produktivmittelgruppe, z. B. von Sämereien, Dung=
stoffen, Ackergeräthschaften, Arbeit u. dergl., die nicht anders als nach einem
einjährigen Arbeitsprozesse in das genußreife Schlußprodukt Getreide umgesetzt
werden kann, kann natürlich auch erst Nahrungsbedürfnissen des nächsten Jahres
zur Befriedigung dienen. Es stehen demgemäß in dieser Richtung gegenwärtig

---

n seinen Anschauungen entbehrt, so ist er auch nicht im Stande, die Erscheinungen
n ihrer relativen Bedeutung zu würdigen. Stößt er nun zufällig an etwas, was
er bis jetzt nicht bemerkt hatte, so glaubt er sofort, eine große Entdeckung gemacht
zu haben. Diese Herren gleichen kleinen Kindern, die uns ja auch oft dadurch ergötzen,
daß für sie die gewöhnlichsten Dinge einen besonderen Zauberschein erhalten.

verfügbare Güter entfernterer Ordnung künftigen Genußgütern gleich: ihr Nut
ist ein Zukunftsnutzen, sie sind „Zukunftswaare." Begreiflicher Weise kann die
Umstand nicht ohne tiefgreifenden Einfluß auf ihre Bewerthung bleiben" (Bd.
S. 316). „Die Produktivmittel, wenn man sie gegen gegenwärti
Güter abschätzt, (werden) einer geringeren als derjenigen Stückza
genußreifer Schlußprodukte gleichwerthig befunden, welche man a
ihnen erzeugen kann."*) „(Eine) Produktivmittelgruppe, die in einem Ja
100 Zentner Getreide ergiebt, ist in ihrem Werthe gleich 100 Zentnern näch
jährigen, aber ebenso wie diese selbst nur gleich 95 Zentner gegenwärtig
Getreides. Oder, wenn wir das Ganze in die Formen der Geldwirthschaft üb
setzen und annehmen, daß im nächsten Jahre der Zentner Getreide 10 Guld
werth sein wird: so ist unsere Produktivmittelgruppe, in der wir die Bedingu
eines im nächsten Jahre fälligen Gelderträgnisses von 1000 Gulden in Händ
halten, vollen 1000 nächstjährigen aber nur 950 gegenwärtigen Gulden glei
werthig. Kauft oder vertauscht man sie daher jetzt, wobei natürlich d
Kaufpreis in gegenwärtigem Gelde bemessen wird, so kauft man sie um ei
geringere Anzahl von Gulden, als sie künftig ihrem Eigenthümer einbring
wird" (Bd. II, S. 317).

So ist es also! Wie machen es nun die Kapitalisten (Unternehmer)? D
Schlaumeier verstehen es wohl, ihrem Geld eine gute Verwendung zu gebe
„Sie kaufen Güter entfernterer Ordnung, Produktionsmittel wie Rohstoffe, Wer
zeuge, Maschinen, Bodennutzungen und hauptsächlich Arbeitsleistungen ei
und setzen sie durch den Produktionsprozeß in Güter erster Ordnung, in genu
reife Produkte um. Dabei fällt für sie — abgesehen von einer Vergütung f
ihre allfällige persönliche Mitwirkung am Produktionswerk als Produktionsleit
Vorarbeiter u. dergl. — ein beiläufig im Verhältniß zur Größe des investirt
Geschäftskapitales stehender Werthgewinn ab, der ursprüngliche „Kapitalzins" od
„Profit," wie ihn die Einen, der „Mehrwerth," wie ihn die Anderen nenne
(Bd. II, S. 315).

Klar genug! aber Böhm-Bawerk begnügt sich damit noch nicht. D
Böhm-Bawerk ist ein gründlicher Denker, er läßt sich nicht mit Phrasen an d
Nase herumführen, er läßt sich nicht durch den Schein trügen, bis auf d
Wurzel, bis auf ihre verborgensten Anfänge und in allen ihren Modifikation
muß die Erscheinung erforscht werden! Eine Frage nach der anderen ste
Böhm-Bawerk, rücksichtslos, mit einer eisernen Schärfe und ruht nicht, bis all
aufgeklärt ist! Und er frägt sich auch hier: gut, „wir wissen nun, daß d
Unternehmer die Zukunftswaare „Produktivmittel" um eine hinter der Stückza
ihres künftigen Erträgnisses zurückbleibende Stückzahl gegenwärtiger Güter erkau
Wie kommt er nun zu seinem Kapitalgewinn? Ganz einfach. Zwar aus de
„billigen" Kauf resultirt er noch nicht; denn er hat die Waare ihrem jetzig
Werth entsprechend theuer gekauft. Sondern der Gewinn entsteht erst in sein
Hand. Seine Zukunftswaare reift nämlich während des Fortschreiten
der Produktion allmälig zur Gegenwartswaare aus, und wächst dam
in den Vollwerth der Gegenwartswaare hinein. Die Zeit verstreich
das nächste Jahr wird heuer, und auf der großen Wandelbühne des Leben
schiebt sich Alles, die Menschen selbst, ihre Bedürfnisse und Wünsche, und dam
auch die Maßstäbe, an denen sie ihre Güter messen, um einen Schritt vorwärt
Die Bedürfnisse, die man im vorigen Jahre noch als künftige geringer geachte

*) Das Gesperrte gehört hier überall Böhm-Bawerk.

treten in die volle Kraft und in das volle Recht gegenwärtiger Bedürfnisse, und eben dieselbe Steigerung der Geltung kommt nun auch den Gütern zu Statten, die jenen Bedürfnissen dienen. Vor einem Jahre waren sie Zukunftswaare, und mußten sich als solche den bekannten Werthabschlag gefallen lassen; heute sind sie genußreife Gegenwartswaare und genießen auch den vollen Werth einer solchen. Vor einem Jahre schlug es zu ihrem Nachtheil aus, daß man sie an den damals „gegenwärtigen" Gütern maß. Heute ist dieser Maßstab in die Vergangenheit gesunken, und wenn sie die Menschen von heute wieder an den „gegenwärtigen" Gütern messen, so stehen sie jetzt diesen ebenbürtig in der ersten, vornehmsten Reihe, und können durch den Vergleich mit ihnen nicht mehr leiden. Kurz, in dem Maß, als die Zeit fortschreitet, tilgt sie die Ursachen, aus denen die einstige Zukunftswaare einen Werthabschlag erfuhr, und führt sie in den vollen Werth der Gegenwartswaare hinein: der Werthzuwachs ist der Kapitalgewinn" (Bd. II, S. 318).

Nun ist das Schwierigste überstanden, nun scheint alles glatt aneinander zu passen ... aber nein! noch stimmt nicht alles gut. Ein böser Geist scheint Böhm-Bawerk auf seinem Forschungswege zu verfolgen und ihm immer neue Hindernisse zu stellen. Und so auch diesmal, indem Böhm-Bawerk vergnügt sein Werk überblickt und sich vergnügt die Hände reibt, flüstert ihm dieser etwas ins Ohr, zwar nicht sehr wichtiges ... so ein kleines Bedenken, aber doch ... Böhm-Bawerk ist ein gewissenhafter Forscher, er will auch darauf Rücksicht nehmen. Nämlich, „um aus Zukunftswaare Gegenwartswaare zu machen, genügt es nicht, daß die Zeit vorschreitet, daß die Zukunft Gegenwart wird. Es dürfen auch die Güter nicht stehen bleiben. Sie müssen ihrerseits die Kluft, die sie von der Gegenwart trennt, überschreiten, und das geschieht eben durch die Produktion, die sie aus Gütern entfernterer Ordnung in genußreife Schlußprodukte umformt. Geschieht dies nicht, läßt man das Kapital todt liegen, so bleiben die Produktivmittel immer eine minderwerthige Zukunftswaare. Im Jahre 1888 ist eine Produktivmittelgruppe, mit der man in einjährigem Produktionsprozesse, also bis 1889, ein genußreifes Produkt erzeugen könnte, vom Genußdienst der Gegenwart um ein Jahr entfernt. Läßt man sie ungenützt bis 1889 liegen, so kann man jetzt natürlich ihr Schlußprodukt frühestens im Jahre 1890 erlangen, sie bleibt nach wie vor vom Genußdienste der Gegenwart um ein Jahr entfernt, ihr Werth hat keine Veranlassung anzuschwellen, und sie verfällt dem bekannten Schicksale der „todten Kapitale": sie trägt keinen Mehrwerth und keinen Zins" (Bd. II, S. 320).

Wir sehen, man mag die Sache drehen wie man will — Produktion und folglich Arbeit müssen mit in das Spiel hinein. Aber so was hat für Böhm-Bawerk nicht viel zu bedeuten — bezahlt doch der Kapitalist die Arbeitskraft nach ihrem vollen Werthe! „Der Einkauf (der Produktivmittel beziehungsweise der Arbeitskraft) ist nicht so billig als er scheint. Der Anschein der Billigkeit kommt zumeist daher, daß man den Preis an einem anderen Maßstabe mißt als die Waare; gleichsam an einer längeren Elle, an der die gleiche Größe schon durch eine geringere Anzahl von Einheiten dargestellt wird. Die Produktivmittel beziehungsweise ihr Erträgniß, auf das man es ja bei ihrem Kauf abgesehen hat, sind Zukunftswaare; und den Preis bemißt und bezahlt man in werthvolleren, gegenwärtigen Gütern. Daß man nun hier die größere Zahl minderwerthiger Zukunftsgüter schon durch eine kleinere Zahl werthvollerer Gegenwartsgüter erkauft, heißt so wenig „billig" einkaufen, als es „billig" ist, wenn man 100 Gulden des 50-Guldenfußes schon für 90 Stück des 45-Fußes erwirbt.

Daran aber, daß die Zukunftswaare, die die Arbeiter zu verkaufen haben, weniger werthvoll ist als die Gegenwartswaare, die die Kapitalisten anzubieten haben, tragen nur zum geringen Theile die Besitzverhältnisse, zum weitaus größeren Theile elementare Thatsachen der menschlichen Natur und der Produktionstechnik die Schuld" (Bd. II, S. 317).

Und nun frohlockt Böhm-Bawerk. Jetzt ist alles besorgt, jetzt fürchtet er Niemand mehr! Wo ist Kritik? Heraus mit ihr! Er fürchtet nichts, selbst den „Mehrwerth" nicht und die Sozialisten! „Dies ist die Wahrheit über den Kapitalgewinn der Unternehmer. Ich hoffe, man wird sie einfach genug finden. Die Sozialisten pflegen jenen Gewinn mit Vorliebe als „Mehrwerth" zu bezeichnen: diese Bezeichnung trifft in vollerem Maße zu, als die Sozialisten bei ihrer Namengebung es wohl ahnten. Er ist buchstäblich ein Gewinn aus dem Werthwachsthum der Zukunftswaare, die in der Hand der Unternehmer in genußreife Gegenwartswaare verwandelt wird" (Bd. II, S. 320). Jetzt kann er die schrecklichsten Fragen aufwerfen, für ihn ist nun alles Wurst! Z. B.: „Was sind die Kapitalisten für Leute?" Antwort: „Kurz gesagt, sie sind Händler, die Gegenwartswaare feil haben. Sie sind glückliche Besitzer eines Güterstockes, den sie für ihre momentanen persönlichen Bedürfnisse nicht brauchen. Sie vertauschen ihn also in irgend einer Form gegen Zukunftswaare, und lassen diese in ihrer Hand wieder zu vollwerthiger Gegenwartswaare ausreifen" (Bd. II, S. 383). „Und liegt hierin etwas Anstößiges? — Ich wüßte nicht wie so. Gegenwärtige Güter sind einmal aus natürlichen Gründen eine werthvollere Waare als künftige; und wenn der Besitzer der werthvolleren Waare für sie eine größere Summe der minder werthvollen eintauscht, so ist dies nicht anstößiger, als wenn der Besitzer von Weizen einen Metzen Weizen für mehr als einen Metzen Hafer oder Gerste, oder wenn der Besitzer von Gold ein Pfund Gold für mehr als ein Pfund Eisen oder Kupfer austauscht. Ein Verzicht auf die Geltendmachung des höheren Werthes der eigenen Waare wäre ein Akt der Uneigennützigkeit und Großmuth, der unmöglich allgemein zur Pflicht gemacht werden kann, und in der That bei keiner einzigen anderen Waare zur Pflicht gemacht wird" (Bd. II, S. 385).

Und nun kann er auch an die Sozialisten etwas zugestehen. Er ist eigentlich gutmüthig, er möchte gern, daß Alle sich gut dabei befinden. Warum denn nicht? Wenn es nur nicht gar zu viel Geld kostet! Warum nicht etwas geben? Aber etwas heißt noch nicht alles, und „ein Schuft giebt mehr als er hat," wie Professor Brentano sagte. „Es läßt sich nämlich nicht leugnen, daß gerade beim Tausch von Gegenwarts- gegen Zukunftswaare die Umstände häufig danach angethan sind, um eine Gefahr monopolistischer Ausbeutung der Besitzlosen nahe zu rücken" (Bd. II, S. 385). „Ebenso wenig kann ferner der Unbefangene in Abrede stellen, daß in Folge der die Zinseinnahme begleitenden Nebenumstände nicht selten das Billigkeitsgefühl durch den Kontrast von Gewinn und Verdienst beleidigt wird" (S. 387). „Aber was folgt aus alledem? Doch nur, daß der Kapitalzins durch die Zuthat von Nebenumständen mit einer wucherischen Ausbeutung und mit sozialen Uebelständen verbunden werden kann; nicht, daß er selbst im innersten Wesen faul ist. Und daraus wieder folgt, daß man an die begleitenden Ausartungen die Axt legen soll und nicht an den gesunden Stamm; gerade so wie es thöricht wäre, das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufzuheben, statt einfach den Wahlprügeleien zu steuern" (Bd. II, S. 388).

Endlich haben wir die ganze Zinstheorie vor uns. Ihre Grundprinzipien sind dargelegt, in den Hauptstellen mit den eigenen Worten Böhm-Bawerk's; wo das nicht der Fall ist, suchten wir immer den Sinn der Sache wiederzugeben.

Viele Details mußten freilich weggelassen werden. Kaum wird uns aber Böhm-Bawerk vorwerfen können, wir hätten etwas Wichtiges unerwähnt gelassen; und was die Details anbetrifft, so erkennt er ja die Weitschweifigkeit seiner Darstellung selbst an (siehe Vorwort zu Bd. II). Er giebt gewisse Gründe davon an, wir glauben auch einen Grund davon aufgefunden zu haben. Es scheint uns nämlich, ein Gefühl der Unbefriedigtheit habe Böhm-Bawerk während seiner Arbeit begleitet, und so mußte er fortwährend gegenüber seinen eigenen Gedanken Wache halten. Uebrigens kommen wir noch im Folgenden auf manche Details zu sprechen.

* * *

Ein wunderbar lächerliches Gebilde ist diese Böhm-Bawerk'sche Zinstheorie, es ist eine Taschenspielerei.

Auf der Bühne stehen Kapitalist und Arbeiter. Der Kapitalist ist reich, er hat Produktionsmittel 2c.; der Arbeiter . . . der ist arm.

Kapitalist: Arbeiter, willst Du essen?

Arbeiter: Jawohl, Herr Kapitalist.

Kapitalist: Arbeiter, warum ißt Du denn nicht?

Arbeiter: Weil ich nichts zu essen habe, Herr Kapitalist.

Kapitalist: Du hast nichts? aber warum produzirst Du Dir denn dann nicht mittelst Deiner Arbeit das, was Du bedarfst?

Arbeiter: Weil ich mit meiner Arbeitskraft allein ohne Produktionsmittel nicht viel ausrichten kann.

Kapitalist: So? das kannst Du nicht? Also hat für Dich Deine Arbeitskraft gar keine Bedeutung, keinen Werth; dagegen hat Geld für Dich einen großen Werth, Du kaufst Dir dafür Nahrung — willst Du für mich arbeiten? Ich zahle Dir dafür.

Arbeiter: Recht gern, Herr Kapitalist.

Kapitalist: Deine Arbeit hat für Dich keine Bedeutung; ich könnte Dir nichts geben, und doch hätte ich Dich nach dem vollen gegenwärtigen Werthe Deiner Arbeit bezahlt, ich gebe Dir aber dennoch etwas — bist Du zufrieden damit?

Arbeiter: Danke bestens, Herr Kapitalist.

Kapitalist: Also gut, Du arbeitest für mich.

Der Arbeiter arbeitet, der Kapitalist sieht zu.

Böhm-Bawerk als Taschenspieler (gegen das Publikum):

„Sie sehen, meine Herrschaften, es war kein Betrug dabei. Der Kapitalist war so großmüthig, dem Arbeiter seine Arbeit mehr als nach ihrem vollen Werthe zu bezahlen. Nun bedecke ich Beide mit einem Tuch. Ich warte eine Zeitlang. Aber passen Sie auf, meine Herrschaften! Geben Sie Acht! In der Zeit besteht das ganze Kunststück."

Pause. Endlich zieht Böhm-Bawerk das Tuch ab. Der Arbeiter steht arm wie zuvor da, neben dem Kapitalisten sind enorme Reichthümer angehäuft worden.

Böhm-Bawerk (mit Emphase):

„So wirkt die Zeit, meine Herrschaften! Hätte ich länger gewartet, so wäre der Kapitalist noch viel reicher geworden."

Tableau.

Nun, werther Leser, Du hast wohl die Taschenspieler öfters gesehen. Es ist „keine Hexerei, lauter Geschwindigkeit!"

(Schluß folgt.)

Die Zukunft und die Kunst.

In den letzten Jahren hat sich ein Gerücht, das Anfangs nur in den Kreisen der Zunft umlief, in immer steigendem Maße verbreitet, so daß jetzt schon das Publikum, wenigstens das großstädtische, sich damit trägt: ich meine die mit einer gewissen Zuversicht auftretende Meldung, die Kunst sei schwanger und ein herrliches Knäblein werde, namentlich auf deutschem Boden, geboren werden; eine neue große Blüthezeit solle in aller Bälde anheben. Ein nicht unbekannter akademischer Lehrer, der in seiner Geschichtsauffassung unter Hegel'schem Einfluß steht, pflegt mit einer ebenso billigen wie beliebten nachträglichen Prophetie in gespreiztem Tone zu verkünden: Goethe mußte kommen — und er kam. Auf ähnliche, aber lange nicht so sichere Art schreit es jetzt aus allen Ecken: Er muß kommen, er muß kommen, er, auf den wir warten, das große Genie! Und sie glauben, zum Vater des Großen zu werden, wenn ihr Mund möglichst laut sein baldiges Erscheinen verkündet.

Ich habe mir die deutsche Poesie betrachtet und habe allerdings eine gewisse Aufgeblasenheit*) wahrgenommen; die Sache kam mir aber doch etwas fremdartig, fast pathologisch, vor und an richtige Schwangerschaft wollte ich nicht glauben. Der Wunsch hat sicherlich den Blick der Betrachter in hervorragendem Maße getrübt, und theilte ich diese Sehnsucht, mein Auge würde vermuthlich ebenso sehen und würde selbst ein Geschwür**) als Anzeichen eines neu keimenden Lebens betrachten.

Ich hege aber diese Sehnsucht nicht, oder aufrichtig gesagt: nicht mehr. Ich glaube nicht, daß die nächste Zukunft unter dem Zeichen der Kunst stehen wird, und ich würde sehr bedauern, wenn es doch der Fall wäre. Wir haben vorerst keine Zeit mehr für die Kunst. Kunst braucht Ruhe; wir brauchen Kampf. Die Kunst auf ihrer Höhe braucht Abgeklärtheit; wir brauchen Gährung. Die Kunst, Böcklin's *Μουσα σεμνη*, lehnt sich zurück und betrachtet ruhig die Gegenwart; wir beugen uns vor und spähen in die Zukunft. Die Kunst braucht Sattheit, wir haben Hunger und wollen das Gefühl des Hungers erwecken. Die Kunst ist Subjekt, beobachtet, rezipirt; wir stehen im Leben und handeln, hoffen würdiges Objekt zu werden der Kunst einer späten Zeit, wir wollen Achill sein; die Kunst ist Homer.

Man sollte sich doch endlich von der leidigen Manie energisch losraffen, Maßstäbe an Dinge anzulegen, für die sie nicht passen; von Entwicklung und Gesetzen der Entwicklung zu reden, wo nichts da ist, was sich entwickeln kann. Kunst und Literatur sind Abstraktionen, weiter nichts; denen eine selbsteigene Entwicklung nicht zukommen kann. Kunstgeschichten und Literaturgeschichten von der Art, wie sie auch heute noch beliebt sind, sind verabscheuungswerthe Ergüsse oberflächlicher und besinnungsarmer Köpfe. (Das bezeichnendste Produkt dieser verkehrten Auffassung ist vielleicht eine vor Kurzem erschienene „Graphische Literaturtafel," in der die Literatur sich als organisch wachsendes Wesen breit macht und als ununterbrochener Strom sich abbildet, in den Nebenflüsse, fremde Literaturen, einmünden. Es giebt in der That noch Universitätsprofessoren, die von „Tradition" reden und darunter nichts verstehen als literarische Produkte früherer Zeit oder fremden Volksthums. Als ob es eine Künstlerkaste gäbe,

*) Siehe: „Die Kunst" von Arno Holz.
**) Siehe Hermann Bahr's „Mutter."

auf die Volksleben und ökonomische Zustände keinen Einfluß üben!) Wer sich heute und in nächster Zukunft Zeit seines Lebens der deutschen Poesie annimmt, ist kein echter Nachkomme unserer großen Genien. Goethe in unserer Zeit wäre vielleicht ein genialer Staatsmann oder auch ein Nietzsche verwandter Prophet — das läßt sich nicht entscheiden; und Lenau hätte vermuthlich den Weltschmerz überwunden und wäre ein leidenschaftflammender sozialistischer Agitator geworden. Schopenhauer in unsere Zeit hineingeboren, wäre kein philosophischer, in großen Symbolen denkender Dichter geworden; er hätte für das Elend dieser „Welt," das nur das Elend der Menschen ist, zunächst andere Ursachen gesucht, ehe er es in das unwandelbare metaphysische Ding an sich verlegte.

Diese, hauptsächlich der Bequemlichkeit und der Denkträgheit entstammende Art, die Entwicklung in abgezogene Begriffe zu verlegen, statt sie in der lebendig wirkenden mannigfaltigen Welt der Anschauung zu suchen, in der Welt des Zufalls im vernünftigen Sinn des schönen Wortes, sie ist schuld daran, daß man sich der Besinnung entwöhnt hat, die immer wieder fragt: warum? wozu? ist's jetzt an der Zeit? Die Kunst war von Anfang an da, die Kunst hat sich entwickelt, die Kunst wird immer sein. So sagen die Gedankenlosen.

Wir aber wollen uns angewöhnen, von Zeit zu Zeit wenigstens besonnen zu sein und uns die Bedeutung und die Berechtigung von Dingen klar zu machen, deren Herkömmlichkeit unserem Bewußtsein Selbstverständlichkeit geworden ist.

Ich frage also: was ist uns heute die Kunst? was wird sie der nächsten Zukunft sein, wie ich sie erstrebe und nach bestem Wissen voraussehe? Ich sage: „uns" und meine damit die, denen die Welt Shakespeare's vielfach zu fremd und die Sprache seiner Verse zu schwulstig geworden ist; die beim Genuß der reifsten Werke Goethe's sehr oft kalt bleiben und sich manchmal langweilen; ihnen auch Grillparzer nicht mehr Genüge leistet, und die schließlich auch über Heine's Ironie und Lenau's Zerrissenheit hinausgekommen sind. Um nur die Größten der Vergangenen zu nennen. Es giebt doch solche auch außer mir? Wenn es auch nicht alle sich eingestehen. Freilich giebt es neben diesen, die schon so weit sind, einige wenige, die ihre volle Befriedigung in einem oder dem anderen der Genannten finden, und Ungezählte, die noch lange nicht bei Goethe angekommen sind. Aber ein absonderlicher Aberglaube mancher jetztzeitlicher Geschichtklitterer ist es wieder, zu wähnen, wer auf der Höhe der Zeit ankommen oder gar den Pfad nach der Zukunft finden wolle, müsse nothwendig über Schiller und Goethe gehen. Diese Beiden beispielsweise seien ein nothwendiger Moment der Entwicklung. Keine Rede davon. Der intelligente Arbeiter, der es zum Sozialisten gebracht hat, steht auf der Höhe der Zeit, wenn ihn auch ganz andere Kräfte erzogen und gebildet haben, als irgend einen zurückgebliebenen Gymnasialprofessor, der in der Schule von Sophokles und Winckelmann seine Befriedigung erlangt hat, dem über Goethe's Iphigenie überhaupt nichts mehr geht, der kein Streben und keine Sehnsucht kennt, als höchstens die, die Verehrung für seinen geliebten Sophokles oder Phitias oder Händel und sein sattes Genügen weiter zu verbreiten. Viele Wege führen zur Höhe; einige aber auch nur zu einem lauschigen Ruheplätzchen. Und die da angelangt sind, spannen die Pferde ihres Geistes ab und halten die, die weiter hinauf wollen, für Narren oder ausgemachte Bösewichter. Ihnen ist in der That wohl und es sei ihnen vergönnt.

Was ist nun also denen, die diese schattigen Ruhesitze haben zur Seite liegen lassen oder nach kurzem Aufenthalt weiter gegangen sind, was ist ihnen die Kunst?

Gar wenig ist dieser aufstrebenden Jugend die Kunst; sie suchen nicht ein Abbild des gegenwärtigen Lebens und Treibens zum befriedigten Genuß; denn sie

sind unbefriedigt von der Gegenwart; sie streben nach der Zukunft, deren hohes, leuchtendes Bild sie in sich tragen. Für das Leben kämpfen sie und für die Erhöhung der Lebenswerthe; den Alten überlassen sie die Ruhesitze und einem späteren Geschlecht, das sich eine Zeitlang ausruht und befriedigte Umschau hält, bis auch sie wieder junges, triebkräftiges Blut in sich spüren und sich aufraffen zu neuen Kämpfen und Siegen.

Um aber zum Anfang zurückzukehren: woher denn nun in unseren Tagen das viele Gerede von der Kunst, der allgemeine Glaube an eine neue Blüthe, das gespannte Erwarten des kommenden Mannes? Und sind denn nicht schon Vorzeichen da, Schwalben, die dem nahenden Sommer vorauseilen und ihn verkünden? Und nun verweist man auf die steigende Bedeutung Ibsen's und Tolstoj's, daneben wohl auch auf Gerhart Hauptmann. Vielleicht auch noch auf manchen Anderen.

Nein, sage ich, das sind keine Schwalben, die der ruhigen Schönheit des Sommers vorhergehen; das sind Sturmvögel, die sich verirrt haben. Verirrt in den Bezirk der Kunst. Und die Frauen und Männer aus der „Gesellschaft," die jetzt so viel von der neuen Literatur reden, die kümmern sich um die Formen dieser Literatur, um das eigentlich Künstlerische, sehr wenig, und desto mehr um den Inhalt.

Heute redet man in den vornehmen Berliner Salons recht ungenirt über Geschlechtsverhältnisse, Frauenerziehung, Ehefrage und dergleichen, über Themata, die man früher nicht berühren durfte; kein Wunder! Tolstoj's Kreutzersonate muß man eben gelesen haben, darüber muß man mitreden können. Wie dies Publikum, so die Schriftsteller. Sie behaupten Kunstwerke zu schaffen; aber nicht aufs Gemüth wollen sie wirken, sondern auf den Willen; nicht ein Bild wollen sie geben, sondern ein Ziel; die reale Wirklichkeit abzuspiegeln behaupten sie, und um bittere Satire ist es ihnen zu thun. Unbewußte Feigheit ist all ihr Kokettiren mit Kunst und künstlerischen Absichten; das Gebiet der Kunst zu erweitern geben sie vor, anstatt getrost zu bekennen, sie wollten keine Künstler mehr sein, sie wollten ein Schwert aus ihrer Feder machen und nicht einen Zeichenstift. Waffen her! mehr Waffen! ruft es jetzt von allen Seiten, auch grobe Nasen wittern die Morgenluft — sie aber sitzen an einer Biegung des Weges, eine Camera obscura neben sich und auf dem Knie ein Skizzenbuch — wann wurden so viel Skizzen geschrieben und veröffentlicht wie in unseren Tagen? — und sie ziehen ein kleines Taschenmesserchen hervor, um ihren Bleistift noch etwas spitzer zu machen, so spitz als möglich! Und nun beginnen sie langsam und vorsichtig zu stricheln, um möglichst getreu das nachzuahmen, was schon da ist.

Nun — strichelt ihr immer drauf los; solange man euch zusieht, habt ihr unzweifelhaft recht.

Das aber ist sicher: was in den Werken der neuen Literatur nicht dem Gegenwartszorn oder der Zukunftsfreude entstammt — das wird von der Jugend nicht beachtet. Die haben geschlafen und können noch nicht lange erwacht sein, die meinen, für Idyllen und minutiöse Kleinmalerei hätten wir Zeit. Mag man dann immerhin das, was wir schreiben, Kunst nennen oder nicht, gleichviel; es giebt noch etwas höheres, als ästhetischen Genuß. Man mag meine Ansicht puritanisch nennen, immerhin: wer im Leben steht, kann es nicht objektiv abbilden wollen, und hat keine Zeit zum Betrachten solcher Bilder; und der Ruf: Ins Leben! ist an Alle ergangen, besonders aber an unsere produktiven Köpfe. Propheten brauchen wir, die die Jetztzeit geißeln und die Zukunft verkünden; wozu aber brauchen wir einen Johannes Vockerat abgebildet, so abgebildet, daß wir nicht über ihn zornig werden oder lachen, sondern Mitleid mit ihm haben sollen? „Wir sind nicht gewohnt, unser Mitleid zu verschenken," Kleinmüthige

haben wir mehr als genug im Leben, wozu für sie Rührung erbetteln in fünfaktigen Stücken?

Wer nichts kann als skizziren, der skizzire immerhin; wer noch Zeit hat zum Malen, nun, er male; wer noch beschaulich sein kann, der sehe ihnen zu. Wir aber wollen nicht nachmachen; nicht mit der Hand, noch mit dem Auge. Die Jugend — und wer wollte jetzt nicht jung sein mit uns? — ist kein kalter Zeichner noch ein geruhiger Zuschauer. Modell mag sie jenen sein, damit sie doch wenigstens würdigen Stoff bekommen für ihre Abbildungen. Und so sei denn mit den Worten des großen Lenau für heute geschlossen:

Elend giebt's, wovon die Welt zu reinen,
Mehr als Thränen, um es zu beweinen.
Schiebe nicht den Trost ins Nebelweite!
Hasse herzhaft! rüste dich zum Streite!
Eh' die Kräfte dir im Tode schlaffen.
Guten Morgen, Freund, und gute Waffen!

Gustav Landauer.

Literarische Rundschau.

Sozialpolitisches Zentralblatt. Herausgeber Dr. H. Braun. Berlin, J. Guttentag. Wochenschrift. Vierteljährlich 3 Mark.

Das neue Jahr hat uns eine neue interessante Zeitschrift gebracht, das „Sozialpolitische Zentralblatt," welches sich zur Aufgabe stellt, „über die Gesammtheit der sozialpolitischen Vorgänge und Erscheinungen unserer Zeit Klarheit zu verschaffen." Die Redaktion ist in bewährten Händen und das uns vorliegende erste Heft ist sehr vielversprechend. Bemerkenswerth erscheint uns namentlich der Artikel von Dr. A. Braun über den Buchdruckerstrike. Instruktiv sind auch die Artikel über das Zündholzmonopol in der Schweiz von Fabrikinspektor Schuler, Der Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung von J. Scherm, sowie die Referate und kleineren Aufsätze von Dr. H. Braun, Dr. M. Quarck, Dr. Bruno Schönlank und Prof. Dr. H. Herkner.

Wir gedenken auf das Unternehmen noch zurückzukommen, wenn mehr davon vorliegt.

Befremdet hat uns nur ein Umstand. In ihrem Programmartikel erklärt die Redaktion, das „Sozialpolitische Zentralblatt" unterscheide sich vortheilhaft von der übrigen populären Literatur dadurch, daß es parteilos sei: seine Aufgabe bestehe darin, das Verständniß der „sozialpolitischen Kämpfe unserer Zeit" an der Hand der Thatsachen des sozialen Lebens zu verbreiten. Die Redaktion hält aber „die ehrlichen Vertreter aller Parteien für befähigt . . . eine solche Orientirung über die thatsächlichen sozialen Zustände darzubieten. Schlechterdings ein Zeichen für die verderblichen Auswüchse unseres politischen Lebens ist es, daß diese Ansicht nicht ohne Weiteres und nicht allgemein Anerkennung findet." Wir müssen gestehen, daß auch wir von diesen „verderblichen Auswüchsen" befallen sind und uns für diese Seite des Zentralblattes nicht begeistern können, so sehr wir auch im Allgemeinen mit demselben sympathisiren.

Eine Parteilosigkeit im Sinne der Redaktion des Zentralblattes ist allerdings möglich, wenn man den Begriff „Thatsachen des sozialen Lebens" auf das Engste beschränkt. Will das „Zentralblatt" blos Schilderungen der sichtbaren und greifbaren Thatsachen bringen, dann ist es völlig gleich, von welcher Seite seine Referate stammen. Ueber das, was er gesehen, wird jeder ehrliche Mann das Richtige mittheilen. Aber auf die Registrirung dieser Thatsachen, des Urmaterials der wissenschaftlichen Forschung, wird sich das „Zentralblatt" doch nicht beschränken wollen. Dessen Kenntniß allein genügt auch gar nicht zur Orientirung über die sozialen Kämpfe unserer Zeit. Dazu gehört auch die Einsicht in die inneren Zusammenhänge der Thatsachen. Jede That-

sache für sich allein gesehen, sagt sehr wenig. Zu dieser Einsicht kann man aber nur gelangen, wenn man die Thatsachen von einem bestimmten Standpunkt aus betrachtet. Ob ich die richtige Einsicht in die inneren Zusammenhänge der Thatsachen, in das ganze soziale Getriebe erlange, hängt nicht blos davon ab, ob ich die Thatsachen richtig kenne, sondern auch, und zwar vor Allem davon, ob ich mich auf den richtigen Standpunkt gestellt habe. Welcher Standpunkt der richtige, kann nur der schließliche Erfolg in der Wissenschaft oder Geschichte zeigen; aber nur ein Standpunkt kann der richtige sein; von allen anderen Standpunkten gesehen, müssen die Zusammenhänge schief und verzerrt erscheinen. Ehrlichkeit und Begabung allein genügen also nicht, zu klarer wissenschaftlicher Einsicht zu verhelfen; dazu gehört auch der richtige, feste Standpunkt. Das gilt in jeder Wissenschaft, warum sollte es in der Sozialwissenschaft nicht gelten? Doch nicht um deswillen, weil deren Ergebnisse für oder gegen bestimmte Interessen sprechen, weil die Verschiedenheit des wissenschaftlichen Ausgangspunktes hier gleichbedeutend ist mit der Verschiedenheit der Parteianschauung?

Eine Zeitschrift, die uns zu einer klaren Einsicht oder Orientirung in den sozialpolitischen Dingen verhelfen will, kann gar nicht anders, als entschieden Stellung zu nehmen. Die Redaktion kann uns zu dieser Einsicht nicht verhelfen, ohne sie selbst zu besitzen; sie kann sie nicht besitzen, ohne zu einem entschiedenen Urtheil über die heutigen Parteien gelangt zu sein, ohne selbst Partei ergriffen zu haben. Klare Einsicht und Parteilosigkeit schließen einander aus.

Wir sind überzeugt, daß das „Sozialpolitische Zentralblatt" bald keine Ausnahme von der Regel machen und gedrängt sein wird, ebenso wie jede andere Zeitung oder Zeitschrift, einen bestimmten Standpunkt einzunehmen. Es wird dabei nur gewinnen.

K. Kautsky.

J. G. Vogt, **Die Menschwerdung.** Die Entwicklung des Menschen aus der Hauptreihe der Primaten und die Begründung der weiten Kluft zwischen Mensch und Thier, abschließend mit der vollständigen Lösung des Willensproblems, des Problems der juridischen Verantwortlichkeit und des teleologischen Prinzipes in der menschlichen Weiterentwicklung. Leipzig, Ernst Wiest, 1892. 6 Mk.

„Die Welt besteht nicht aus isolirten Atomen, die im leeren Raume schwingen, sondern aus einer das ganze Weltall kontinuirlich, d. h. ununterbrochen, lückenlos erfüllenden einheitlichen Substanz. Diese Substanz ist elastisch kontraktiler Natur und besitzt die spontane Initiative zur Verdichtung, vermittelst welcher sie aus dem Anfangszustand der Welt, dem der höchsten Spannung, in den absoluten Endzustand, den der höchsten Verdichtung, der absoluten Ruhe überzugehen strebt. Aus diesem Verdichtungsstreben kann die Substanz nur gewaltsam geworfen werden, ein Vorgang, der als negative Schwankung bezeichnet wird. Wesensprinzip oder doch wesentliche Aeußerung der Substanz ist die Empfindung; und zwar beruht ihr unabänderliches Streben ebenso auf der Schmerzvermeidung, wie auf der Erringung der absoluten Ruhe. Beide wirken in gleichem Sinne. Jede positive Schwankung eines „Verdichtungszentrums" bringt es dem ersehnten Ziele näher, jede negative Schwankung entfernt es davon und treibt es dem Schmerzzustande entgegen. Daher die heftige, energische Reaktion gegen jede negative Schwankung. Man hat demnach an dem Arbeitsmodus der Substanz ein (passives) rezeptives Potential (Empfindungsmanifestation) und ein (aktives) emissives Potential (Empfindungsreaktion) zu unterscheiden. Die organische Substanz ist von der unorganischen dadurch verschieden, daß bei ersterer die Körpermassen kugelförmig in mehreren Schichten um ein gemeinsames Zentrum gelagert sind. Diese Gruppen (Monoplasten), von denen mehrere nach gleichem Prinzip zu Polyplasten zusammentreten, besitzen ein zentrales Atom, das Empfindungszentrum; an der Aequatorialzone strömen die Potentiale auf dasselbe ein und werden von ihm in der Richtung der Polarzonen wieder ausgestoßen. Ursache der organischen Gruppenbildungen ist das Streben nach Schmerzvermeidung, insofern nämlich unter den vereinten Angriffen der von der Sonne wie von der Erde ausgestrahlten Wärme die Körpermassen an der Erdoberfläche den intensivsten Schmerzempfindungen ausgesetzt wurden, denen sie nur durch Gruppenbildung, durch

ewährung gegenseitigen Schutzes entfliehen konnten. Wie der Weltzweck die absolute Ruhe, das Nirwana, so ist der Lebenszweck einzig das Fliehen des Schmerzzustandes, die Schmerzempfindung der innerste Regulator alles organischen Geschehens."

Diese Probe, zumeist aus eigenen Sätzen des Verfassers zusammengestellt, mag genügen, um Wesen und Tendenz des Buches mit dem langathmigen Titel zu kennzeichnen. Es handelt sich, wie aus den zitirten Sätzen hervorgeht, die ungefähr die naturphilosophische Basis des ganzen Buches ausmachen, um nichts Anderes, als um einen, noch dazu recht plumpen Versuch, unter materialistischer oder wie Verfasser sagt, „realistischer" Flagge den von ihm selbst anscheinend heftig bekämpften Idealismus als Weltanschauung einzuschmuggeln. Denn es ist im Grunde genommen von untergeordneter Bedeutung, ob ich neben und über der Erscheinungswelt noch eine „von außen stoßende" Weltseele, einen Gott oder dergl. annehme, oder die Weltsubstanz selbst mit Empfindung, bewußter Empfindung begabe, dem ganzen Weltgeschehen einen Zweck und zwar einen ganz bestimmten Zweck unterschiebe, und diese Weltseele nun in jedem Welttheilchen mit Bewußtsein und Absicht agiren, empfinden und reagiren lasse. Was dabei im Detail herauskommt, sieht man nun auch im weiteren Verlauf der Darstellung an der ganz folgerichtigen teleologischen Auffassung des gesammten organischen Lebens auf der Erde.

Wenn es das große Verdienst des Darwinismus ist, die fortschreitende Entwicklung der Lebewesen durch die natürliche Auslese im Kampf ums Dasein auf einfach mechanische Weise, ohne Zuhilfenahme irgend welcher Tendenz, irgend welchen Zweckes, erklärt zu haben, so glaubt der Verfasser gerade hier eine Lücke in der Deutung der Erscheinungen gefunden zu haben; der Kampf ums Dasein kann nur Platz schaffen, weiter nichts; daß der Stärkere obsiegt, ist selbstverständlich, aber woher ist er der Stärkere? Vogt erklärt sich das so: Es besteht eine allgemeine, mit periodischen Intensitätsschwankungen einhergehende konstante Intensitätsabnahme der solaren Aetherspannung, mit welcher die Erschließung der Empfindungswelt Hand in Hand geht. Die Empfindungsmanifestation wird eine zunehmend reichere, und dadurch sind dem organischen Werden die Bahnen geöffnet, immer komplizirtere, vollkommenere Formen zu Tage zu fördern, welche ein immer besseres Anpassungsvermögen besitzen, selbstverständlich auf Grund des Bestrebens, die innere Harmonie gegen die wandelnden äußeren Einflüsse zu wahren. Die Schwankungen der Aetherspannung bedingen säkulare Entwicklungsperioden, in denen die Entwicklung rasch fortschreitet, neue Arten sich bilden 2c., während sich in der Zwischenzeit Perioden langsamerer Entwicklung oder des Stillstandes mit relativer Konstanz der Arten abspielen.

Und nun das organische Leben selbst! „Sind etwa die wunderbaren Vorgänge, welche sich in der Pflanzenwelt offenbaren, etwas anderes als der Ausdruck einer unfaßbaren zielstrebenden Intelligenz? Wo soll diese Intelligenz anders sitzen als in der Pflanze selbst?" Diese Intelligenz der Organismen bezeichnet Verfasser als Organintellekt, ein Ding also, das die staunenswerthe Harmonie in dem Aufbau und dem Leben der organischen Substanz bedingen soll, jedoch, wie es scheint, hie und da nicht nach den Wünschen des Verfassers funktionirt und deshalb eine scharfe Rüge erhält. „Die Anlage zur Herrschsucht war dem Menschen sicherlich nur dem Thiere gegenüber mit auf den Weg gegeben worden und nicht dem Menschen gegenüber." (Woher Herr Vogt das so sicher weiß, erfährt man nicht.) „In dieser Hinsicht hat der Organintellekt einen entschiedenen Mißgriff gethan." — Manchmal freilich sind diese Mißgriffe nur scheinbar. „Auf der Höhe der organischen Stufenleiter, auf der der Mensch erstanden, war der Organintellekt sicherlich kein Stümper mehr und konnte sich ein gewisses Risiko gestatten, zumal es sich um eine so gewaltige Umwälzung, wie die der Ausmerzung des Instinktes, um das Betreten so völlig neuer Bahnen handelte. Der Organintellekt lief muthig dieses Risiko, schuf aber gleichzeitig glänzenden Ersatz, mit dessen Hilfe alle Ausfälle wieder gedeckt werden konnten." Nach Vogt beruht nämlich der fundamentale Unterschied zwischen Mensch und Thier darauf, daß der Mensch keinen Instinkt und das Thier keinen bewußten Willen hat, eine Entdeckung, die

unseres Erachtens weder sehr neu noch auch richtig ist. Es würde zu weit führen hier die Gründe ausführlich zu diskutiren, welche Vogt für seine Anschauung vor führt. Es möge nur gesagt sein, daß er sich weniger auf eigene Beobachtungen stüt (wie denn überhaupt Naturbeobachtung nicht seine starke Seite ist) als vielmel auf die Ergebnisse der neueren Forschungen auf dem Gebiete der Gehirnphysiologi die er in sehr klarer und gemeinverständlicher Weise, wenn auch nicht immer richti und unparteiisch entwickelt. Es ist überhaupt auffallend, wie ungemein frisch un anziehend Stil und Darstellungsweise des Verfassers werden, wenn er sich nicht i vage philosophische Spekulationen verliert, sondern sich eng an das Thatsacher material hält, oder wenn er dem Leser eine verwickelte Streitfrage in ihren wesen lichen Hauptzügen verständlich machen will. Da finden sich nicht nur zahlreic überraschende und originelle Gedanken, sondern der Verfasser zeigt, was wir mindesten ebenso hoch taxiren, ein außerordentliches Geschick der populären Darstellungsweis eine Begabung, die derselbe bei seinem unleugbar großen Wissen zu Nutz un Frommen der Menschheit, insbesondere der arbeitenden Klassen, deren Wohl ihm j auch am Herzen liegt, verwenden sollte. Die spekulative Naturphilosophie aber, wi sie der Verfasser in diesem Werke, ebenso wie in seinen früheren, betreibt, kann nu auf Abwege führen. Gewiß, die Spekulation, die Hypothese ist ein nützliches, ja ei unentbehrliches Instrument in der Hand des Forschers, ein vorsichtig tastende Schritt hinaus ins Dunkle, der wieder zurück gethan wird, wenn der Boden de Thatsachen sich nicht in der erwarteten Richtung vorschiebt; die wilde Spekulatio aber, die Hypothese auf Hypothese thürmt und sich schließlich ganz in Phantasie verliert, ist ein nutzloses, unfruchtbares Beginnen, durch welches weder Forsche noch Denken des Menschen gefördert wird. A. Bl.

Notizen.

Die Bewegung der Bevölkerung in Frankreich. Die Verringerung de Geburten erregt in Frankreich schon seit Langem die lebhaftesten Besorgnisse weite Kreise. Selbst die Dichtkunst ist davon nicht verschont geblieben. 1864 verfaßten di bekannten Romanschriftsteller Erckmann und Chatrian einen Roman, „Freund Fritz, mit der offenkundigen Tendenz, der wachsenden Neigung zur Ehelosigkeit und Kinder losigkeit entgegenzuwirken. Der Roman hat aber ebenso wenig seinen Zweck erfüll als das Theaterstück gleichen Namens, das man daraus fabrizirte. Jetzt hat Mascagn das antimalthusianische Lustspiel in Musik gesetzt. Wenn auch dadurch die Fruchtbarke der Französinnen nicht angeregt wird, steht es schlimm um Frankreich, denn die Abnahm der Geburten ist bereits so weit vorgeschritten, daß die Zahl der Todesfälle überwieg

Den Gang der Bevölkerungsbewegung Frankreichs zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Eheschließungen	Ehescheidungen	Geburten			Todesfälle	Ueberschuß	
			eheliche	uneheliche	zusammen		der Geburten über die Todesfälle	der Todesfälle über di[e] Geburte[n]
1881	282 079	—	866 978	70 079	937 057	828 828	108 229	—
1882	281 060	—	864 261	71 305	935 566	838 539	97 027	—
1883	284 519	—	863 731	74 213	937 944	841 141	96 803	—
1884	289 555	1657	862 004	75 754	937 758	858 784	78 974	—
1885	283 170	4277	850 387	74 171	924 558	836 897	87 661	—
1886	283 208	2950	838 032	74 806	912 838	860 222	52 616	—
1887	277 060	3636	825 479	73 854	899 333	842 797	56 536	—
1888	276 848	4708	807 720	74 919	882 639	837 867	44 772	—
1889	272 934	4786	807 008	73 571	880 579	794 933	85 646	—
1890	269 332	5457	766 973	71 086	838 059	876 505	—	38 44[…]

Die Zahl der jährlichen Eheschließungen hat also seit 1884 um 20 000 ab-enommen. Dafür ist die Zahl der Ehescheidungen gewachsen. Sehen wir von den Jahren 1884 und 1885 ab — das Gesetz über die Ehescheidung trat im September 884 in Kraft, und in dem ersten Jahre seiner Wirksamkeit wurden natürlich mehr Scheidungsfälle entschieden, als die eines Jahres — so finden wir von 1886—1890 ast eine Verdoppelung der Zahl der Scheidungen. In noch höherem Grade als die Zahl der Eheschließungen hat die Zahl der ehelichen Geburten abgenommen — eit 1881 um hunderttausend! Um so beständiger zeigt sich allerdings die der ınehelichen Geburten. Und die Zahl der Todesfälle ist gar in Zunahme be-riffen! Sie betrug 1890 um 38 500 mehr als die der Geburten. Von der Aus-vanderung ist da ganz abgesehen, deren Betrag in dem Zeitraum von 1886—1891 uf 100 000 Köpfe geschätzt wird.

Die Ursache der Abnahme der Geburten ist klar: Die vornehmste Waffe, womit in Frankreich der Kleinbauer und Kleinbürger die Ueberlegenheit seiner großen Konkurrenten vettzumachen sucht, ist die Verminderung seiner „Betriebskosten“ durch Herabdrückung einer Lebenshaltung und Einschränkung seiner Familie. Er wird sparsam im Essen ınd Trinken und der Kinderzeugung, dadurch erreicht er es, daß seine Expropriation n Frankreich langsamer vor sich geht als in England und Deutschland; aber diesen weifelhaften Vortheil erkauft er durch seine eigene physische und moralische Er-iedrigung und durch Untergrabung einer der Grundlagen des Staates.

So lange unter den Nachwirkungen der französischen Revolution die bäuer-iche Wirthschaft und das Handwerk noch ein erträgliches Auskommen boten, war die Zahl der Geburten verhältnißmäßig hoch. Sie nimmt ab seitdem die Groß-ndustrie ihre Wirkungen zu üben beginnt, seit dem Bürgerkönigthum. Man zählte ährlich auf je 10 000 Einwohner:

Perioden oder Jahre		Eheschließungen	Geburten	Sterbefälle	Ueberschuß der Geburten (+) oder der Sterbefälle (—)
Erstes Kaiserreich	1806—1814	81	312	262	+ 50
Restauration	1815—1829	77	314	252	+ 62
Louis Philipp	1830—1847	80	285	241	+ 44
Zweite Republik	1848—1850	81	269	241	+ 28
Zweites Kaiserreich . .	1851—1860	79	263	239	+ 24
	1861—1868	80	265	230	+ 35
Kriegszeit mit dem vorhergehenden und dem folgenden Jahr	1869—1871	73	246	288	— 42
Dritte Republik . . .	1872—1876	86	263	245	+ 18
	1877—1881	75	251	224	+ 27
	1882—1884	75	247	222	+ 25
	1885—1889	72	242	221	+ 21
	1890	70	218	228	— 10

Die relative Zahl der jährlichen Eheschließungen und Geburten ist also bereits geringer als in den Kriegsjahren 1870 und 1871!

Wir erhalten von Herrn O. Köhler folgende Zuschrift:

Erklärung.

Gegen die sonderbare Rezension A. B.'s über mein Buch „Der sozialdemokratische Staat“ in Nr. 3 der „Neuen Zeit“ hatte ich der Redaktion dieser Zeitschrift im November v. J. eine Erwiderung gesandt, deren Abdruck verweigert wurde. Hierauf sandte ich der „Neuen Zeit“ eine „Erklärung,“ welche sich auf die Zurückweisung meiner Erwiderung vom November bezog. Auch dieser Erklärung wurde die Aufnahme versagt. Ich beschränke mich nach diesen Erfahrungen vorläufig darauf, die Redaktion zu ersuchen, gegenwärtige Erklärung in der „Neuen Zeit“ zu veröffentlichen, damit deren Leser wenigstens wissen, daß ich auf die Besprechung A. B.'s in Nr. 3 seiner Zeit geantwortet habe. Ich betrachte die

Erfüllung dieses Ersuchens als das Minimum dessen, was ich im Interesse de
Verbreitung der von mir vertretenen Gedanken von der „Neuen Zeit" billi
beanspruchen darf. Liegnitz, im Januar 1892. Oswald Köhler.

Einige Worte genügen, den Charakter dieser „Erklärung" zu beleuchten. Wi
mußten den beiden Einsendungen des Herrn Köhler die Aufnahme verweigern, we
sie kein Wort zur Sache brachten und nichts enthielten, als persönliche Invektive
und Verdächtigungen. Dieselben waren zum Theil derartig, daß sie uns begründe
Veranlassung gegeben hätten, jede weitere Auseinandersetzung mit Herrn Köhler ab
zubrechen. Trotzdem erklärten wir ihm, daß ihm die Spalten der „Neuen Zeit" z
einer sachlichen Diskussion zur Verfügung ständen. Seine Antwort auf die
Mittheilung ist obige „Erklärung," die zu veröffentlichen wir entgegenkommend genu
sind, obwohl sie uns völlig zwecklos erscheint und in einer Weise abgefaßt ist, d
den wahren Sachverhalt nicht erklärt, sondern verdunkelt. Die Redaktion.

Feuilleton.

Die Lessing-Legende. I.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. I.

Unter den großen Denkern und Dichtern des deutschen Bürgerthums ha
keiner im Leben thatsächlich ein schwereres, nach seinem Tode anscheinend ei
glücklicheres Loos gezogen, als Lessing. Sein Andenken wird von den bürger
lichen Klassen gepflegt, wie eine seltenste Blume im Treibhause. Es giebt zwe
wissenschaftliche Ausgaben seiner Werke von hohem Werthe; die bahnbrechend
von Lachmann erscheint eben in dritter Auflage; die spätere, welche Groß, Redlic
Schöne für den Verlag von Hempel besorgt haben, enthält neben einem sorg
fältig geprüften und vermehrten Texte der Schriften und Briefe eine Füll
erläuternden Materials für die letzteren und einen großen Theil der ersteren
Die Zahl populärer Ausgaben ist fast schon nicht mehr zu übersehen.

Dazu kommt eine kleine Bibliothek von Biographien, darunter neben
manchem Schunde zwei große, wissenschaftliche Werke, ferner eine populär-wissen
schaftliche Darstellung, die in neun Auflagen verbreitet ist, ferner zwei englisch
Biographien, deren jede einen Uebersetzer ins Deutsche gefunden hat. De
Schriften aber, welche sich theilweise mit Lessing beschäftigen oder einzelne Seite
seines Geistes und Wirkens beleuchten, ist wiederum Legion. Wie sehr Lessin
der Held der bürgerlichen Presse ist, braucht nun gar erst nicht hervorgehoben z
werden. Hier darf man wirklich sagen: Lessing und kein Ende! Kurz, vom
altkatholischen Bischof Reinkens bis zu den Gelehrten des „Berliner Tageblatts"
ist alles ein Herz und eine Seele über „seinen" oder „unsern" Lessing.

Es fehlt freilich auch nicht an abweichenden Stimmen, deren einige Bern-
stein kürzlich in der Einleitung zu dem Lessing-Aufsatze von Lassalle angezogen
hat. Aber sie fallen nicht sonderlich schwer ins Gewicht. Das Lessing-Pamphle
von Dühring ist ein nur für den Verfasser bedauerliches Machwerk; es steht noc
unter Paul Albrecht's auf zehn Bände angelegtem Werke „Lessing's Plagiate,"
das Lessing's Lebensarbeit als einen großen Diebstahl nachweisen will, aber da
wenigstens für den Kleinkram der Lessing-Forschung manchen nützlichen Fingerzeig
enthält. Daneben ist Lessing auch — und mit Recht! — einer gewissen Abart von
„Naturalisten" ein Dorn im Auge, jener Abart nämlich, die sich mit Vorliebe in dem

nsauberen Abfall der kapitalistischen Wirthschaft vergräbt und im Haushalte der eutigen Bourgeoisie dieselbe Rolle spielt, wie jene Sklaven, die den Schlemmern es versinkenden Römerreichs nach jedem Gange ein Vomitiv zu reichen hatten, auf aß sich dieselben für den nächsten Gang einen künstlichen Appetit erzeugen könnten. lber alle diese Anfeindungen Lessing's sind einzelne Späne, die den großen Strom es Lessing-Kultus nicht dämmen, sondern von ihm nur fortgeschwemmt werden.

Gälte dieser Kultus dem wahren Lessing, er wäre ein hohes Ehrenzeugniß es heutigen Bürgerthums. Denn Lessing's Werke bieten nichts, was einen Nodegeschmack anziehen könnte; sie bieten selbst nur wenig, was sich die landäufige Bildung einfach anzueignen braucht, um damit prunken zu können. Lessing's lesthetik und Kunstkritik, seine Philosophie und Theologie sind heute überholt. leberholt, weil er selbst die Bahn brach, auf welcher andere um so schneller um Ziele gelangen konnten, aber deshalb nicht weniger überholt. Selbst mit lathan und Tellheim empfinden wir nicht mehr so, wie mit Faust und Tell. Vas Goethe von Winckelmann sagt: „Wenn bei sehr vielen Menschen, besonders ıber bei Gelehrten, dasjenige, was sie leisten, als die Hauptsache erscheint und ıer Charakter sich dabei wenig äußert, so tritt im Gegentheile bei Winckelmann ıer Fall ein, daß alles dasjenige, was er hervorbringt, hauptsächlich deswegen nerkwürdig und schätzenswerth ist, weil sein Charakter sich immer dabei offenvart," das gilt in noch höherem Grade von Lessing. Unter den geistigen Vorämpfern des deutschen Bürgerthums war Lessing nicht der genialste, aber der reieste und wahrhaftigste; was immer wieder an seine Schriften fesselt, auch an ›ie, welche todtgeboren waren oder längst abgestorben sind, ist der Charakter ›essen, der sie schrieb. Ehrlichkeit und Mannhaftigkeit; eine unersättliche Begierde ›es Wissens; die Lust mehr noch am Trachten nach der Wahrheit, als an der Wahrheit selbst; die unermüdliche Dialektik, die jede Frage kehrte und wandte, ›is ihre geheimsten Falten offen lagen; die Gleichgiltigkeit gegen die eigene Leistung, sobald sie einmal vollbracht war; die großartige Verachtung aller weltichen Güter; der Haß gegen alle Unterdrücker und die Liebe zu allen Unterdrückten; die unüberwindliche Abneigung gegen die Großen der Welt; die stete Kampfbereitschaft gegen das Unrechte; die immer bescheidene und immer stolze Haltung in dem verzehrenden Kampfe mit dem Elende der politischen und sozialen Zustände — alles das, und wie manches andere Erhebende und Erquickende noch! spiegelt sich in Lessing's Briefen und Schriften.

Aber man braucht diese Eigenschaften nur aufzuzählen, um zu erkennen, daß Lessing's Charakter im schroffsten Gegensatze steht zu dem Charakter der deutschen Bourgeoisie von heute. Zaghaftigkeit und Zweizüngigkeit; eine unersättliche Begierde nach Gewinn; die Lust am Jagen nach Profit und mehr noch am Profite selbst; die geistige Selbstgenügsamkeit, die sich an ein paar Schlagworten als an der irdischen Weisheit letztem Schlusse genügen läßt; Humbug und Reklame; die unglaublichste Ueberschätzung alles irdischen Tandes; das Ducken nach Oben und das Drücken nach Unten; ein unausrottbarer Byzantinismus; das stete Todtschweigen auch des schreiendsten Unrechts; die immer prahlerische und immer schwächliche Haltung in den politischen und sozialen Kämpfen der Gegenwart — das sind ihre kennzeichnenden Eigenschaften. Und so scharf und stechend ist dieser Gegensatz, daß immer noch, wenn der Lessing-Kultus der Bourgeoisie sich in schäumendem Ueberschwange brechen wollte, bürgerliche Schriftsteller, die ihren Lessing kannten und liebten, in einen Schrei der Empörung ausbrechen. So fragte Xanthippus-Sandvoß, als 1886 bei der Eröffnung der sogenannten Jubiläums-Kunstausstellung in Berlin die „National-Zeitung" den schnöden Byzantinismus von sich

gegeben hatte, „Goethe und Lessing“ wüßten „von dem gewaltigen und grundlegenden Einflusse Friedrichs des Großen auf die deutsche Literatur“ zu erzählen: „Müssen wir nicht tagtäglich erleben, wie der Name Lessing's im Parteihader unnützlich geführt wird? Fühlt man sich nicht hundertmal aufgelegt, im Interesse der Manen des großen Entschlafenen gegen solchen Mißbrauch Protest einzulegen? Ist es nicht widerlich zu sehen..., wie Leute, die keine Ahnung von dem hohen deutschen Wahrheitssinne des Mannes, die nur Verständniß für die ordinärste Reklame, das verlogenste Selbstlob und für das haben, was Lessingen selber zu allen Zeiten das gleichgiltigste von der Welt war, das eigene Fortkommen, wie solche von ihm reden, als sei er von ihren Leuten Einer?“*) Und als im Oktober 1890 das Lessing-Denkmal in Berlin enthüllt wurde durch eine bombastische Festrede des Professors Schmidt und unter dem tönenden Posaunenschalle der Bourgeoispresse, da schrieb die „Kreuz-Zeitung“ fast noch beißender: „Wenn der Oberpastor Goeze heute auferstände, wir würden ihm zur Seite stehen. Das wäre unser Recht und unsere Pflicht. . . . Lessing's Aufrichtigkeit fechten wir darum nicht an. Sie erhebt ihn thurmhoch über die meisten von denen, die sich in seinem Ruhme spiegeln. Professor Schmidt hätte das bedenken sollen, als er gerade jetzt — die Welt weiß, was gemeint ist — von Lessing rühmte, daß er dem „deutschen Schriftstellerstande den Nacken gesteift.“ Was er erreicht, davon hat der Fall Lindau ein „erbauliches“ Beispiel gegeben! . . . Lessing hat auf Erden nie das gesehen, was man „Glück“ zu nennen gewohnt ist, aber nach seinem Tode ist es ihm beschieden: er brauchte den Tag nicht zu erleben, da man ihm ein Denkmal errichtet hat. Wenn er heute in Berlin wirkte, er würde von denselben Leuten „wie Luft“ behandelt werden, die ihm jetzt, da er in Marmor gekleidet auf uns herniederblickt, nicht Weihrauch genug zu streuen wissen.“ Es sei genug an diesen bürgerlichen Zeugnissen für die Thatsache, daß der Lessing-Kultus der Bourgeoisie nicht aus der Gleichheit des Charakters erwächst. Wenden wir uns nunmehr der Frage zu, worin er denn sonst wurzelt?

Vornehmlich in zwei Ursachen. Erstens in Lessing's Stellung zur Judenfrage seiner Zeit. Zwar war die damalige Judenfrage eine ganz andere, als die heutige Judenfrage ist, und Lessing's Judenfreundschaft hat mit dem heutigen Philosemitismus nicht mehr zu schaffen, als die Menschenfreundschaft, seine Lieblingsvorstellung unseres humanitären Zeitalters, mit dem Kapitalismus der Gegenwart. Lessing liebte die Juden, wie er allen Unterdrückten und Verfolgten, mochten sie sonst sein, wie sie wollen — und er hat die Schattenseiten des jüdischen Charakters nie verkannt — nicht blos mit Redensarten, sondern auch mit Thaten beisprang. In dem letzten Briefe, den er, selbst schon todtkrank, an Moses Mendelssohn schrieb, empfahl er diesem, seinem würdigsten jüdischen Freunde einen anderen jüdischen Freund, der sich in unrühmlichster Weise bekannt gemacht hat, als einen „Unglücklichen“ mit den Worten: „Es ist nicht wahr, daß der Unglückliche ganz unschuldig ist. An Klugheit hat er es wohl immer fehlen lassen. Eigentlich heißt er Alexander Daveson, dieser Emigrant, und daß ihm unsere Leute auf Verhetzung der Ihrigen sehr häßlich mitgespielt haben, das kann ich ihm bezeugen. Er will von Ihnen nichts, lieber Moses, als daß Sie ihm den kürzesten und sichersten Weg nach dem europäischen Lande vorschlagen, wo es weder Christen noch Juden

*) Xanthippus, Berlin und Lessing, Friedrich der Große und die deutsche Literatur. München und Leipzig 1886. Das treffliche Schriftchen, welches namentlich auch die Byzantinereien in der Literaturgeschichte des Professors Scherer aufdeckt, ist natürlich von der bürgerlichen Presse todtgeschwiegen worden. Die „Neue Zeit“ hat es ausführlich angezeigt im Jahrgang 1888, S. 320 u. ff.

ziebt. Ich verliere ihn ungern; aber sobald er glücklich da angelangt ist, bin ch der Erste, der ihm folgt.“ Eine solche Gesinnung ist durch eine Welt unterschieden von dem heutigen Philosemitismus, aber je länger die Leporellolisten wurden, auf dem die Antisemiten die „Aussprüche aller großen, deutschen Männer von Luther bis auf Bismarck“ gegen die Juden ins Feld führten, um so heftiger warfen sich die kapitalistischen Philosemiten der deutschen Bourgeoisie auf den einen Lessing, der darin größer war als alle „Großen Männer,“ daß er über dem Unglücke und dem Unrechte stets die Schuld vergaß.

Noch bedeutsamer wurde eine andere Quelle des Lessing-Kultus. Die deutsche Bourgeoisie ahnte schon vor 1848 und erkannte vollends nach 1848, daß sie als ein Spätling in die Weltgeschichte getreten sei und aus der Kraft ihrer eigenen Lenden niemals die Herrschaft erobern könne. In dem Gothaerthum und dem Nationalverein erklärte sie sich bereit, mit den Bayonnetten des preußischen Staats zu theilen. Andererseits ahnte der preußische Staat schon vor 1848 und erkannte vollends nach 1848, daß er seine ostelbische Waldursprünglichkeit ein wenig modernisiren müsse, wenn er das westliche und südliche Deutschland wirklich verspeisen wolle. So entstand nach den freundnachbarlichen Mißverständnissen der Konfliktsjahre das Kompromiß von 1866, aus welchem das neue Deutsche Reich hervorging. Aber nun galt es für die deutsche Bourgeoisie, ihre reelle Gegenwart mit ihrer ideellen Vergangenheit auszusöhnen, aus dem Zeitalter unserer klassischen Bildung ein Zeitalter Friedrichs des Großen zu machen. Die Aufgabe war verteufelt schwer; um diesen Rauch zu erzeugen, mußte man schon Wasser und Feuer mischen. Gerade die geborenen Preußen unter den großen Denkern und Dichtern des deutschen Bürgerthums, der Altmärker Winckelmann, der Ostpreuße Herder waren mit einem Fluche und einem Steinwurfe von ihrer Heimath geschieden: Herder's „Reich des Pyrrhus“ und gar Winckelmann's „Schinder der Völker“ spotteten jeder Mohrenwäsche. Der einzige Sündenbock, der diesem ideologischen Bedürfnisse der Bourgeoisie geschlachtet werden konnte, war Lessing. Er, der geborene Sachse, hatte einen großen, wenn nicht den größten Theil seiner schaffenden Zeit freiwillig in Preußen verlebt; ein halbes Jahrzehnt lang war er der Sekretär eines preußischen Generals gewesen, noch dazu im siebenjährigen Kriege; er hatte kein preußisches Soldatenstück geschrieben; die Berliner Aufklärer waren seine ältesten und besten Freunde. Friedrich II. hatte sich um Lessing zwar nicht gekümmert oder er hatte ihn gar mißhandelt, allein in der Nacht seiner glücklichen Unwissenheit, in welcher alle Katzen grau sind, waren die „geitesbefreienden“ Tendenzen beider Männer doch die Gleichen, und wenn Lessing wirklich von Friedrich malträtirt worden war, so gab er nur ein um so leuchtenderes Muster deutscher Unterthanentreue, wenn er doch der „Gerechtigkeit“ des Königs in dem „schönsten deutschen Lustspiele“ ein „ewiges Denkmal“ errichtete.

So entstand der Lessing-Kultus der Bourgeoisie, und aus ihm die Lessing-Legende. Nicht als ob damit gesagt sein sollte, daß diese Legende auf einer absichtlichen und planmäßigen Fälschung beruhte. So entstehen historische Legenden nie; wenigstens so weit sie eine gewisse Kraft und Zähigkeit entwickeln, sind sie immer nur der ideologische Ueberbau einer ökonomisch-politischen Entwicklung. Vor einer flachen und rohen Auffassung der Lessing-Legende schützt schon die Thatsache, daß kein Geringerer, als Goethe, ihren ersten Keim gepflanzt hat, daß revolutionäre Köpfe, wie Lassalle, ihrem Einflusse bis zu einem gewissen Grade unterlegen sind. Wir sind weit entfernt, den Lessing-Biographen und Lessing-Forschern den Vorwurf der bewußten Fälschung zu machen, das wäre eine ganz sinnlose Verdächtigung nicht nur gegenüber den Lebenden, sondern namentlich auch

gegenüber den Todten, die, wie ein Dauzel und ein Lachmann, von dem echteste
und ehrenwerthesten Gelehrtenfleiße beseelt waren. Ja, wir sprechen nicht einma
den armen Schluckern vom „Berliner Tageblatt“ und von der „National-Zeitung
den guten Glauben ab, wenn sie sich für Lessinge halten oder sich einbilden, da
Gotthold Ephraim, wie Sandvoß es ausdrückt, „einer von ihren Leuten“ gewese
sei. Auch ihnen kommt Lessing's schönes Wort zu Gute, es sei nicht wahr, au
keinem geringeren Grunde, als weil es nicht möglich sei, daß jemals ein Mensc
wissentlich und vorsätzlich sich selbst verblendet habe. Aber so scharf immer di
subjektive Fälschung ausgeschlossen sein mag, so völlig unbestreitbar ist es, da
die objektive Fälschung der Lessing-Legende das Bild dieses edlen und tapfere
Mannes immer mehr zu einer häßlichen Fratze verunstaltet. Ein Revolutions
genie sei Lessing, so schreibt Gervinus in den dreißiger Jahren.*) Und in de
sechziger Jahren schrieb Treitschke: ein Reformator, wie der maßvollen Natu
des Künstlers geziemt, nicht ein Revolutionär.**) Und in den neunziger Jahre
schreibt Erich Schmidt: Kein Reformator, sondern ein Reformer, ein Liberaler
ein „schneidiger, agressiver Berliner“ (Reservelieutenant?).***) Und sollte nac
dreißig Jahren die kapitalistische Gesellschaft noch auf ihren Füßen stehen, s
wird der alsdann „aktuellste“ Lessing-Forscher wohl erklären: Kein Reformer
sondern ein Nichts — als — Freihändler! Dies ist so wenig übertrieben, da
der negative Beweis für die vorstehende Behauptung sogar schon geliefert un
Lessing als Sozialistentödter enthüllt ist.†)

Ein kritische Zergliederung der Lessing-Legende ist der Zweck der vorliegende
Arbeit. Gewiß, es wäre die gründlichste Rettung Lessing's aus den Philister-
netzen der Bourgeoisie, wenn die strahlende Hoheit seines Lebens und seine
Lebenswerthes in einer positiven Darstellung wiedergespiegelt würde. Allein ein
solche Darstellung ist erst möglich, wenn das achtzehnte Jahrhundert aus den
ideologischen Fabeln- und Märchenwuste herausgeschält und auf seine ökonomische
Füße gestellt sein wird. Dann wird eine Geschichte unserer klassischen Literatur
die in ihren bürgerlichen Formen nicht als ein verworrenes Durcheinander vo
mehr oder minder geistreichen Ansichten, Meinungen und Muthmaßungen ist, über-
haupt erst möglich sein. Einstweilen muß eine Rettung Lessing's in jenem be-
scheidenen Sinne genügen, in welchem er selbst das Wort dahin erläuterte: „Ich
kann mir keine angenehmere Beschäftigung machen, als die Namen berühmte
Männer zu mustern, ihr Recht auf die Ewigkeit zu untersuchen, unverdiente
Flecken ihnen abzuwischen, die falschen Verkleisterungen ihrer Schwächen auf-
zulösen, kurz, Alles das im moralischen Verstande zu thun, was derjenige, dem
die Aufsicht über einen Bildersaal anvertraut ist, physisch verrichtet.“ Immerhin:
da eine Rettung Lessing's auch in diesem beschränkten Sinne nicht möglich ist ohne
eine Reihe von Abschweifungen in das literarische und soziale, militärische und
politische Leben des achtzehnten Jahrhunderts, so gelingt es vielleicht doch, in der
kritischen Auflösung des bourgeoisen Lessing-Zerrbildes die allgemeinen Grundzüge
des wahren Lessing-Bildes wenigstens durchscheinen zu lassen. (Fortsetzung folgt.)

*) Gervinus, Geschichte der deutschen Dichtung IV, 292. (Vierte Auflage.)

**) H. v. Treitschke, Historische und politische Aufsätze I, 62. (Vierte Auflage.)

***) Erich Schmidt, Lessing. Geschichte seines Lebens und seine Schriften, an
verschiedenen Stellen.

†) Stehr, G. E. Lessing. Sein Leben und seine Werke II, 326 (Neunte Auf-
lage). „Unwiderlegliche Zurückweisung des Kommunismus,“ nämlich in den Ge-
sprächen von Ernst und Falk über die Freimaurerei.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 18. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Von Zedlitz zu Zedlitz.

✗ Berlin, 20. Januar 1892.

Der Entwurf zu einem Volksschulgesetze, den der Kultusminister Graf Zedlitz dem preußischen Landtage vorgelegt hat, bringt den gesammten Liberalismus auf die Beine. Sein Heerbann von Schlagworten wird bis auf die letzte fadenscheinige Redensart aufgeboten, um einen — voraussichtlich vergeblichen — Sturmlauf gegen die gesetzliche Auslieferung der Volksschule an die Kirche und gegen die gesetzmäßige Durchführung der verfassungsmäßig gewährleisteten Unterrichtsfreiheit zu unternehmen. Konservative und Ultramontane finden in der Hauptsache an dem Entwurfe ihre Rechnung, und sie werden Manches, was ihnen nicht gefällt, falls sie es nicht noch in den Berathungen des Landtages beseitigen können, lieber mit in den Kauf nehmen, als eine Gelegenheit verpassen, welche ihnen vielleicht nicht wiederkehren dürfte. Diese beiden Parteien haben aber schon die Mehrheit in beiden Häusern der preußischen Volksvertretung, und auch wenn sie dieselbe nicht hätten, wäre auf die freikonservativ-nationalliberal-freisinnige Opposition trotz aller großen Worte, welche ihre Blätter augenblicklich machen, um so weniger zu rechnen, als der Finanzminister Miquel seine liberale Vergangenheit ja auch schon so weit verleugnet hat, daß er der Vorlage des orthodox-reaktionären Kultusministers zustimmte.

Doch gleichviel ob aus dem Entwurfe ein Gesetz wird oder nicht, der Streit um denselben hat für die arbeitenden Klassen kein ernstes Interesse. Eine Volksschule, welche ihren Interessen entspräche, ist von den Liberalen so wenig zu erwarten, wie von den Konservativen und Ultramontanen. Die liberale Bourgeoisie ist ja längst „fromm" geworden und wird noch immer „frömmer" werden, in demselben Maße, in welchem die Arbeiterbewegung sich stärker entwickelt; in ihrer großen Mehrheit will sie heute schon die konfessionelle Volksschule, und sie würde auch gegen die rücksichtslose Durchführung der Konfessionalität in dem Entwurfe des Grafen Zedlitz nichts einzuwenden haben, wenn nur die Kirchen nicht der absolutistisch-feudalen, sondern der kapitalistisch-liberalen Richtung treu, hold und gewärtig wären. Beweis: der rauschende Beifall, mit welchem vor gerade zwei Jahrzehnten die liberalen Parteien des Abgeordnetenhauses bei der Berathung des Schulaufsichtsgesetzes die Erklärung des „liberalen" Kultus-

ministers Falk begrüßten, wonach alle „staatstreuen“ Geistlichen, d. h. alle Geistlichen, welche nach der Pfeife der damals kapitalistisch-liberalen Aera Bismarck tanzen würden, „Haupt bei Haupt“ in der amtlichen Schulaufsicht erhalten werden sollten.

Was aber die in dem Entwurfe des Grafen Zedlitz durchgeführte Unterrichtsfreiheit anbetrifft, so müßten die arbeitenden Klassen sich sogar gegen den liberalen Spektakel wenden, wenn dabei — was allerdings nicht der Fall ist — eine ernsthafte Prinzipienfrage ins Spiel käme. Die schon in der preußischen Verfassung gewährleistete Unterrichtsfreiheit würde den Arbeitern die Möglichkeit bieten, ihre Kinder dem vielfach entnervenden und verdüsternden Einflusse der konfessionellen Volksschule zu entziehen, allein es versteht sich, daß die Regierung sich in dieser Beziehung nicht nur auf die in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten verlassen, sondern noch ausdrücklich alle denkbare Fürsorge getroffen hat, daß die Unterrichtsfreiheit ja nicht den arbeitenden Klassen zu Gute kommt. Sowohl in der Bestimmung, daß die Errichtung privater Schulen keineswegs von den Beitragslasten für die staatliche Volksschule entbindet, als auch durch die Prüfung der Lehrer, die Genehmigung der Lehrpläne und die dauernde Aufsicht, welche die Regierung sich über alle privaten Schulen vorbehalten hat. Die Unterrichtsfreiheit, welche Graf Zedlitz fordert, ist also, wie sich das ja auch für den heutigen Staat schickt, nur eine „Freiheit“ für die besitzenden Klassen; sie treibt hauptsächlich Wasser auf die Mühlräder des Ultramontanismus und daher stammt die Wuth des Liberalismus. Zur Einmischung in diesen inneren Streit der besitzenden Klassen haben die Arbeiter aber sicherlich keinen Anlaß; auch wird er in einem Stile geführt, der nicht einmal die Versuchung zu einer Einmischung nahe legt. Die „Nationalzeitung“ beispielsweise will in der brutalen Art des Liberalismus den Verfassungsparagraphen von der Unterrichtsfreiheit einfach kassiren, worauf ihr die „Kreuzzeitung“ erwidert, das sei ihr schon recht, vorausgesetzt, daß der daneben stehende Paragraph von der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre gleich mit kassirt würde. Ein erhebender „Geisteskampf“ in der That!

Mit alledem soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß der Entwurf des Grafen Zedlitz eine gleichgiltige oder gar eine erfreuliche Sache sei. Ganz im Gegentheile! Es ist ein beschämendes und tief trauriges Armuthszeugniß für die Bevölkerung, welcher er noch am Ende des neunzehnten Jahrhunderts geboten werden kann. Ja, wir müßten ihn noch viel schärfer kennzeichnen, wenn er das werden *könnte*, was er nach der Absicht seiner Urheber werden *soll*: nämlich ein vernichtender Schlag gegen die Arbeiterbewegung. Das kann und wird er freilich nicht werden. Wenn der Lieblingsphilosoph der Bourgeoisie vor vierzig Jahren schrieb: „Was kann dem aufrichtigen Forschen nach Wahrheit, diesem edelsten Berufe edelster Menschheit, mehr im Wege stehen, als jene konventionelle, vom Staate mit dem Monopol belehnte Metaphysik, deren Satzungen jedem Kopfe in frühester Jugend eingeprägt werden, so ernstlich, so tief, so fest, daß sie, wenn er nicht von mirakulöser Elastizität ist, unauslöschlich haften, wodurch seiner gesunden Vernunft ein- für allemal das Konzept verrückt wird?“ so besteht diese Gefahr für den Nachwuchs der arbeitenden Klassen längst nicht mehr. Denn ihm hat, was der Philister Schopenhauer nicht sah und in seiner Zeit am Ende auch noch nicht sehen konnte, der Klassenkampf jene „mirakulöse Elastizität“ gegeben. Allein indem wir den Entwurf des Grafen Zedlitz in viel schärferem und tieferem Sinne verurtheilen, als die liberale Bourgeoisie auch nur zu fassen vermag, müssen wir vor Allem feststellen, daß eben diese Bourgeoisie, so ungeberdig sie sich augenblicklich anstellt, doch die hauptsächlichste Schuld an

ihm trägt. Er wäre nie ans Tageslicht getreten, — wenn der bürgerliche Liberalismus von seinem ideellen Programm nicht einen Pflock nach dem andern zurückgesteckt hätte um seiner materiellen Interessen willen, wenn er durch den nichtsnutzigen „Kulturkampf“ die Macht des Ultramontanismus nicht zu einer Stärke gefördert hätte, welcher der preußische Kultusminister in seiner Vorlage eben nur die richtige Rechnung trägt. Und er wäre heute vielleicht noch zu vernichten, wenn ihm die liberalen Parteien wirklich mit der Schärfe des Schwertes und nicht blos mit solchen Flederwischen von Redensarten entgegentreten würden, wie wir deren eben eine in der „Vossischen Zeitung“ lesen, die händeringend ausruft, was wohl der alte Fritz zu dem Entwurfe des Grafen Zedlitz sagen würde.

Immerhin — da die einfältige Frage einmal öffentlich gestellt ist, so soll es ihr auch nicht an einer öffentlichen Antwort fehlen. Und diese Antwort lautet einfach: „Gar nichts würde er dazu sagen, verehrteste Gevatterin, gar nichts oder doch wenigstens nichts Tadelndes.“ Aus der trefflichen Schrift von Seidel — siehe „Neue Zeit,“ Jahrgang 1887, S. 172 u. ff. — kann sich die „Vossische Zeitung“ darüber unterrichten, in wie sündlicher Weise der „alte Fritz“ die Volksschule theils vernachlässigte, theils der Kirche überließ; wöchentlich thaten die Kinder beispielsweise in 35 Unterrichtsstunden fast nichts anderes, als Bibelverse auswendig lernen und Gesangbuchlieder singen. Und wenn es der loyalen Unwissenheit der „Vossischen Zeitung“ vielleicht zu viel zumuthen heißt, unparteiische Schriften über dies Thema zu lesen, so könnte sie sich selbst aus den loyalsten Hofgeschichtsschreibern noch Raths erholen, so aus Preuß, der es „einen traurigen Schlag für die Landschulen“ nennt, daß Friedrich grundsätzlich seine Invaliden zu Lehrern bestellte, und der hinzufügt, daß dieselben „auch nicht das Nothdürftigste in ihren neuen Stellungen zu leisten vermochten, ja, war der Vorgänger ein nur nicht ganz unwissender Mann, so waren die Schüler unterrichteter, als der in Waffen ergraute Lehrer“; oder aus Treitschke, der nach mancherlei Wendungen und Windungen doch gestehen muß: „Für alles Andere wußte der Sparsame leichter Rath zu schaffen, als für Zwecke des Unterrichts.“ Ja, hätte die „Vossische Zeitung“, ehe sie ihre tönende und die Weißbierphilister vollends verdummende Phrase vom Stapel ließ, sich nur ein wenig zu unterrichten gesucht, so würde sie entdeckt haben, daß der „alte Fritz“ gegen den heutigen Zedlitz um so weniger etwas einwenden würde, als er und sein Nachfolger mit dem damaligen Zedlitz in Schulsachen manchen für sie Beide zwar sieg-, aber keineswegs ehrenreichen Strauß auszufechten hatten.

Die preußische Beamtenhierarchie war vor hundert Jahren mannigfach anders gestaltet, als die heutige; genug, der damalige Zedlitz war ein Stück von einem Justiz- und ein Stück von einem Kultus- und Unterrichtsminister. Ein Junker durch und durch, der in einer von der Akademie herausgegebenen Abhandlung mit störriger Hartnäckigkeit für die ständischen Vorrechte des Adels focht. Aber dabei ein gebildeter Mann, ein Bewunderer von Kant, dessen Vorlesungen er für sich nachschreiben und mit der schnellsten Post regelmäßig nach Berlin senden ließ. Und vor allem ein ehrlicher Mann, der despotischen Launen des Königs in die Zähne zu trotzen wagte. Als Friedrich einige Kammergerichtsräthe, die in der Müller Arnold'schen Sache einen gerechten Spruch gefällt hatten, mißhandelte, kassirte und auf die Festung setzte, verlangte er von Zedlitz als Justizminister einen seine Kabinetsjustiz rechtfertigenden Spruch, widrigenfalls er (Zedlitz) es mit ihm (Friedrich) „zu thun kriegen werde.“ Aber auf die somit angedrohte Gefahr der schimpflichen Kassation hin erklärte Zedlitz — und wir wollen nur

hoffen, daß Herr Miquel über das unpassende Benehmen eines preußischen Ministers nicht gleich in Ohnmachten fällt —: „Ich würde mich der königlichen Gnade für unwürdig erkennen, wenn ich eine Handlung gegen meine Ueberzeugung vornehmen könnte; ich bin außer Stande, ein kondemnatorisches Urtheil wider die in der Arnold'schen Sache arretirten Justizbeamten abzufassen." Friedrich faßte es darnach selbst ab, schrieb aber immerhin an Zedlitz: „Uebrigens will ich Euch noch sagen, wie es mir lieb ist, daß ich Euch bei dieser Gelegenheit so kennen lerne," und ließ ihn im Amte.

Weniger glücklich war Zedlitz in seinen Bestrebungen, die Schulen, und insbesondere die Volksschulen, zu heben; hier scheiterten alle seine eifrigen und rastlosen Bestrebungen an dem hartnäckigen Eigensinne des Königs. Aber sobald derselbe die Augen geschlossen hatte, griff Zedlitz seine große Aufgabe mit frischer Kraft an. In einem „Memoire über die jetzige Verfassung des Schulwesens und die Mittel zur Verbesserung" schilderte er die traurige Lage namentlich der Volksschule; als den typischen Lehrer derselben kennzeichnet er „einen Invaliden, der keine andere Methode kennt, als auf jedes fehlende Wort beim Hersagen des Katechismus eine bestimmte Anzahl Schläge auszutheilen"; er schlug einen neuen Lehrplan vor, wonach in der Volksschule der Unterricht in der Religion bedeutend beschränkt, dagegen Lesen, Schreiben und Rechnen, einige Kenntnisse von der Mechanik und Flächenabschätzung, einige Naturkenntnisse, wenige diätetisch-medizinische Regeln, einige Kenntniß der Landesverfassung gelehrt, daneben auch leichte Handarbeiten, wie Spinnen, Korb- und Hutflechten 2c. betrieben werden sollten. Vor allem aber erklärte Zedlitz es als nothwendig, die Schule sowohl der bureaukratischen Willkür, als auch der kirchlichen Bevormundung zu entreißen; in einer, bei preußischen Ministern sonst wohl niemals erlebten Uneigennützigkeit erklärte er sich bereit, auf die Leitung des Schulwesens zu verzichten und dieselbe einem Ober-Schul-Kollegium zu übertragen, zu dem außer dem jeweiligen Minister mehrere praktische Schulmänner und ein wahrhaft gelehrter Verwaltungsbeamter gehören sollte. Friedrich Wilhelm II., der von der Tragweite dieser für ihre Zeit groß angelegten Pläne schwerlich einen Begriff hatte, ging in seiner indolenten Weise anfangs darauf ein und verschob ihre Ausführung nur vorläufig aus Mangel an dem nöthigen Fonds, aber inzwischen sammelte das Pfaffenthum seine Kraft gegen den Schlag, der ihm sein liebstes Kleinod zu rauben drohte.



Martin Philippson, dem bekanntlich später das Berliner Archiv gesperrt wurde, hat aus demselben den Brief mitgetheilt, in welchem Wöllner die abergläubische Angst des Königs vor dem Rosenkreuzer-Orden, dessen Mitglied beide waren, als Hebel benutzte, um Zedlitz zu stürzen. Wir geben einige Stellen aus dem merkwürdigen Schreiben, indem wir vorausschicken, daß O. M. (Ormesus Magnus) der Ordensname des Königs war, während Farferus und Ocarus der Oberst von Bischofswerder und der Geheime Kabinetsrath von Beyer sind; Wöllner selbst zeichnet als Heliconus. Der letztere schreibt also: „Noch niemals habe ich einen so wichtigen Bericht an Ew. Königliche Majestät abstatten dürfen als den heutigen, da er die Christliche Religion in Allerhöchstdero Landen betrifft. Bisher sind Ew. Königliche Majestät um das zeitliche Wohl Ihrer Unterthanen so rühmlichst bemühet gewesen, und jetzt betrifft es die ewige Glückseligkeit von Millionen unsterblicher Seelen. . . . Ich unterstehe mir Allerhöchstdemselben den unterthänigsten Rath zu geben, diese wichtige Sache, welche doch in der That zu den Landesherrlichen Regierungsgeschäften mit gehöret, die aber Zedlitz leider die letzten 20 Jahre des vorigen Königs en Souverain allein, und Gott weiß es, schlecht genug geführt hat, völlig als eine Ordensangelegenheit zu behandeln.

Ew. Königliche Majestät kann als O. M. mit den Bbrn. Farferus und Ocarus ein Triumphirat formiren. . . . Glauben Ew. Königliche Majestät sicherlich, daß eine solche in der redlichsten Absicht im Ordensgeiste gehaltene Unterredung nicht ohne Segen sein wird, und der Orden wird es seinem gekrönten O. M. gewiß sehr hoch anrechnen, diesen Schritt zum Besten der guten Sache und zur Beförderung des Glaubens an Jesum für so viel tausend Menschen gethan zu haben.“ Bereits am 3. Juli 1788 saß Wöllner als Wirklicher Geheimer Etats- und Justizminister, auch „aus besonderem königlichem Vertrauen“ Chef des Geistlichen Departements in allen lutherischen Kirchen-, Schul- und Stiftssachen, auf dem Stuhle von Zedlitz. Sein Erstes war, das berüchtigte „Religions-Edikt“ zu erlassen, sein Zweites, die Invaliden als Schullehrer zu bestätigen, sein Drittes, die Schule an Händen und Füßen geknebelt der Kirche auszuliefern. Das ist denn mit manchen Schwankungen thatsächlich so geblieben bis auf den heutigen Tag, und soll nunmehr auch für alle Zukunft gesetzlich festgestellt werden.

Von Zedlitz zu Zedlitz! Damit wird keineswegs angedeutet, daß der heutige preußische Kultusminister in seiner Art ein minder trefflicher Mann sei, als sein gleichnamiger Vorgänger. Es soll nur gesagt werden, daß wie die bürgerlichen Aufklärer von 1788 ihren Zedlitz hatten, so auch der bürgerliche Liberalismus von 1892 seinen Zedlitz hat. Mit anderen Worten: jede Klasse hat zu jeder Zeit den Zedlitz, den sie gerade verdient.

Oekonomische Taschenspielerei.

Eine Böhm-Bawerkiade von J. H.

(Fortsetzung statt Schluß.)

II. Wie es gemacht wird.

Motto: „Wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“

„Sie kaufen Güter entfernterer Ordnung, wie Rohstoffe 2c. und hauptsächlich Arbeitsleistungen“*) und zahlen für diese Güter ihren Gegenwartswerth.

Der Gegenwartswerth der Arbeitsleistung — ja, was soll das heißen? Ist das nicht etwa der Werth der Arbeitskraft im Gegensatz zur Verwerthung derselben innerhalb der kapitalistischen Produktion, um mit Marx zu sprechen? Ach nein! wird Böhm-Bawerk gewiß antworten: den Unterschied zwischen Arbeitskraft als Waare und Arbeit als Werthsubstanz, den will ich nicht anerkennen. Was ich meine, ist etwas ganz Anderes, es ist der Werth der Nutzleistungen der Arbeit, und in diesem Fall speziell der Gegenwartsnutzleistungen.

Gegenwartsnutzleistungen der Arbeit — und was soll denn das bedeuten? Es ist der Nutzen, welchen der Arbeiter aus der Anwendung seiner Arbeitskraft ziehen kann, es ist der Werth, welchen für ihn seine Arbeit hat. Der Werth, den die Arbeit für den Arbeiter hat? Der Nutzen, den er aus ihr ziehen kann? Aber kann denn der mittellose Arbeiter, der Proletarier, aus seiner Arbeitskraft einen anderen Nutzen ziehen, als den, sie dem Kapitalisten zu verkaufen? Ist also dieser Nutzen, dieser Werth, wie ihn Böhm-Bawerk nennt, für den Arbeiter nicht von Anfang an gleich dem, was ihm der Kapitalist zahlt? oder wollen wir vielleicht doch mit Karl Marx annehmen, der Werth der Arbeitskraft werde

*) Das Gesperrte gehört Böhm-Bawerk.

„gleich jeder anderen Waare bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion dieses Artikels nothwendige Arbeitszeit?“ Ach nein! verwahrt sich wiederum ganz entschieden Herr Böhm-Bawerk: was kommen Sie da immer mit Marx? Marx will ich nicht, und es ist nicht wahr, daß die mittellosen Arbeiter nicht selbständig produziren können. Bleibt ihnen doch noch die Möglichkeit der „ganz kapitallosen Augenblicksproduktion!“*)

„Ganz kapitallose Augenblicksproduktion“ — das nenne ich einen Meistergriff! Den Lorbeerkranz her! er hat ihn verdient. Er hat vollbracht, was Keinem vor ihm gelang, außer, freilich, J. B. Say und Bastiat lächerlichen Angedenkens. Wer spricht da von ökonomisch abhängigen Lohnarbeitern? Keine giebts mehr, lauter selbständige Produzenten! Wer spricht da von Arbeitsmangel, Arbeitslosigkeit? Niemals giebt es solche! Immer arbeitet der Arbeiter, nur daß es das eine Mal kapitalistische, das andere Mal aber „ganz kapitallose Augenblicksproduktion ist! Zieht der Arbeiter die erste Art der letzteren vor, so geschieht es in Folge der derselben innewohnenden Vorzüge, nicht aber, weil er keinen anderen Ausweg findet! Wer sagt da, daß es Zeiten giebt, wo der Arbeiter nichts verdient; in verschiedenen Berufsarten zu verschiedenen Jahreszeiten und überall in Folge von Geschäftsstockungen? Verdient er nichts, so geschieht es nur aus Faulheit oder weil er zu große Ansprüche macht, denn immer bleibt dem Arbeiter die Möglichkeit, sich etwas durch „ganz kapitallose Augenblicksproduktion“ zu verdienen. Wie geistreich! Daß es nur keine geldlos einzukaufenden Genußgüter giebt! Aber warum denn nicht? Nach Böhm-Bawerk? oh, nach Böhm-Bawerk ist Alles möglich. Ich bin überzeugt, für ihn existiren auch keine Dummköpfe, sondern nur „gedankenlose“ Menschen! Und nun sage mir Jemand, das Böhm-Bawerk'sche Werk sei kein geniales Werk!

Aus Nichts mit Nichts kann man Nichts machen. Keine Wunder giebt es mehr in der Welt. So etwas produziren heutzutage nur die Taschenspieler. Freilich ist es auch hier „keine Hexerei, lauter Geschwindigkeit,“ und bis uns Böhm-Bawerk nicht zeigt, wie der Arbeiter, ohne Rohstoffe und Produktionsmittel zu haben, etwas von Werth produzirt, oder, wie er, ohne irgend welches Produkt mittelst seiner Arbeit zu Stande bringen zu können, doch seine Arbeit diesem imaginären Produkte nach schätzt, werden wir behaupten müssen, seine Ausführungen seien — theoretische Taschenspielerei.

Der Gegenwartswerth der Arbeit für den Arbeiter ist eine Fiktion, man kann höchstens von ihm nur mathematisch sprechen als von einer Größe, die gleich Null ist; das aber, was der Arbeiter mittelst seiner Arbeitskraft produzirt, ist etwas sehr handgreifliches, es sind Waaren handgreiflich auch in der ideellen Repräsentation ihres Werthes, im Gelde.

Wie geschieht das? wie vollzieht sich diese wunderbare Erscheinung? Wir haben gesehen, es geschieht dies nach Böhm-Bawerk ganz einfach: der Kapitalist kauft Rohstoffe, Produktionsmittel, Arbeitsleistungen (Arbeitskraft), mischt das alles zusammen und läßt Zeit vergehen. Am Schlusse des Prozesses ergeben sich nun Güter, und zwar von einem höheren Gesammtwerthe, als welcher vom Kapitalisten in das Geschäft hineingelegt worden war. Herr Böhm-Bawerk, was sagen Sie denn da? Besinnen Sie sich doch! Heißt das denn nicht etwa, daß

*) „Ganz mittellose Arbeiter dagegen, die auf eigene Rechnung nur eine ganz kapitallose Augenblicksproduktion mit einem Erträgnisse von 2½ fl.(!) pro Woche durchführen könnten, werden bis zum Preisniveau von 2½ fl. herab dem Verkauf ihrer Arbeit den Vorzug geben“ (Bd. II, S. 332). Das Gesperrte gehört mir.

der Unternehmer die Arbeitskräfte billig einkauft, sie Werthe schaffen läßt und dann den von den Arbeitskräften geschaffenen Ueberschuß sich einfach . . . wegschnappt?! Ach nein! wird wahrscheinlich Böhm-Bawerk auch hier repliziren: wie schlecht haben Sie mich doch verstanden! Es ist ja, meiner Ansicht nach, nicht die Arbeit allein, welche Güter schafft, sondern die Entstehung neuer Güter ist das Resultat der Gesammtwirkung aller Produktionsfaktoren, wie z. B. ein Metzen Korn das Resultat ist der Wirkung des Sonnenscheins und des Pfluges zusammen und nicht jedes dieser Faktoren einzig und allein; und was den höheren Werth dieser neuen Güter anbetrifft, so entsteht er aus Verwandlung von Zukunft in Gegenwart, und nicht weil diese Güter in sich Arbeit enthalten. Sie haben Recht, Herr Böhm-Bawerk, so ist es nach Ihrer Theorie. Natur und Arbeit zusammen produziren die Güter, indeß die Zeit deren Werth ausbrütet.

Natur und Arbeit oder besser: Naturwirkungen und Arbeit, denn indem Arbeit eine Thätigkeit, eine Wirkung bedeutet, bezeichnet das Wort „Natur" einen Gegenstand, also Naturwirkungen und Arbeit — aber worauf beruht denn der Unterschied zwischen beiden? Ist denn Arbeit selbst nicht Naturwirkung? Was ist Arbeit? Es ist menschliche Thätigkeit, Bethätigung der menschlichen Organe, und da der Mensch ein Naturding ist, so gut wie jedes andere, so sind auch seine Organfunktionen nichts als Naturerscheinungen, Naturwirkungen. Die Arbeit ist aber zielbewußte Thätigkeit? Freilich, insofern sie durch Denken vorgeleitet und begleitet wird. Aber das Denken ist doch auch nicht etwas über der Natur stehendes, es ist auch das Resultat natürlicher Verkettungen und Kombinationen. Arbeit ist Naturwirkung und es kann dem auch anders nicht sein: verstehen wir doch unter Natur überhaupt alles, was da ist und geschieht.

Unterscheidet man nunmehr dennoch zwischen Naturwirkungen und Arbeit, so ist das keine Gegenüberstellung heterogener Erscheinungen, sondern eine Ausscheidung einer Erscheinungsgruppe aus der Gesammtmasse der Erscheinungen. Was berechtigt uns nun zu einer solchen Ausscheidung? Die Antwort auf diese Frage wird verschieden ausfallen, je nach dem Standpunkt, welchen man einnimmt, je nach der Wissenschaft, welche sie angeht. Wir haben es hier mit der politischen Oekonomie zu thun, und daher muß eine politisch-ökonomische Antwort gegeben werden. Darüber muß sich aber zuerst jeder Politiko-Oekonome klar werden, daß der Unterschied zwischen Naturwirkungen und Arbeit kein von Natur aus gegebener, sondern nur ein von ihm für seine wissenschaftlichen Zwecke geschaffener ist.

Also warum ist es nothwendig, in der politischen Oekonomie zwischen Naturwirkungen und Arbeit zu unterscheiden?

Diese Frage, die wohl eine spezielle Behandlung werth ist, kann hier nicht umständlich erörtert werden. Wir beschränken uns daher auf eine direkte Antwort auf diese Frage, d. h. wir lassen die Zwischenglieder der logischen Vorstellungen des Ideenganges fort und geben nur das schließliche Resultat.

1. Arbeit ist Lebensaufopferung, denn sie besteht in Nerven- und Muskelbethätigung. Indem der Mensch sonstigen Naturwirkungen gefühllos und theilnahmslos gegenübersteht, ist dies daher nicht der Fall bei den Naturwirkungen, welche man als „Arbeit" bezeichnet: behandelt er schon die ersteren „wirthschaftlich," so wird er es um so mehr bei den letzteren thun.

2. Arbeit ist aber Lebensaufopferung noch in einer anderen, wichtigeren Beziehung. Arbeit besteht in Muskel- und Nervenbethätigung; und worin besteht das Leben? Auch in Nerven- und Muskelbethätigung. Leben ist aber mehr als

bloße Thätigkeit. Leben ist zwangslose Thätigkeit, Leben ist Thätigkeit ihrer selber wegen. Soll Arbeit Leben sein, so muß es frei gewählte, frei und gern gethane Arbeit sein. Solcherart ist aber die Arbeit heutzutage meistentheils nicht, und so bildet sich zwischen Arbeit und Leben eine trennende Kluft, sind Arbeit und Leben von einander verschieden, so schließen sie, obwohl sie in ein und demselben, in der Bethätigung der Organe bestehen, einander aus — die Zeit, welche zum Arbeiten verwendet wird, geht für das Leben verloren. Da aber dem Menschen nur eine beschränkte Zeit zum Leben zu Gebote steht, so ist dieses Verlorengehen der für das Leben verfügbaren Zeit eine Hinopferung des Lebens selbst, eine Lebensaufopferung, und zwar eine um so größere, je länger sie dauert.*)

3. Jedoch von weit größerer Tragweite, als die oben erwähnten, ist ein dritter Grund, zu dessen Betrachtung wir jetzt übergehen. Jene sind subjektiv, stehen sehr unter dem Einfluß äußerer Umstände, sind historisch gebildet und historisch vergänglich; dieser aber beruht auf objektiver Nothwendigkeit, er liegt

---

*) Am entschiedensten ist der Gegensatz zwischen Arbeit und Leben beim Sklaven; allein, kaum minder ist derselbe auch beim modernen Lohnarbeiter, da der Lohnarbeiter seine Arbeit weder frei wählt, noch frei bethätigt, da er keine eigene Kontrole führt über diese Arbeit, da er vielleicht keinen Begriff hat von der schließlichen Gestalt des Arbeitsobjektes, von seinem Zweck und Nutzen, da er diesem Zweck und Nutzen vollkommen gleichgiltig gegenübersteht, da das von ihm Vollbrachte ihm nicht zu Gute kommt — mit einem Worte, da er zu einer fast willen- und gedankenlos funktionirenden Maschine in der Fabrik geworden ist.

Für Beide ist Arbeit nicht Leben, und für Beide vergeht das Leben im Arbeiten. Der Unterschied zwischen beiden ist diesbezüglich nur der, daß, indem beim Sklaven diese Verwandlung von Leben in lebenfeindliches Arbeiten von vornherein durch Verfügung einer fremden subjektiven Macht vollzogen wird, der Lohnarbeiter zu demselben Resultate vermittelst einer quasi freiwilligen Wahl kommt. Er sucht zu „leben“ und endigt damit, daß er sein Leben lang „arbeitet.“

Das Leben des Sklaven, d. h. alle seine geistigen und physischen Funktionen, gehört seinem Herrn. Da aber Leben in Arbeit verwandelbar ist, so behält der Herr seinen Sklaven am Leben und läßt ihn arbeiten, aber selbstverständlich für ihn, den Herrn, arbeiten; und da andererseits die menschliche Existenz ohne Nahrung, Kleidung ꝛc. unmöglich ist, so nährt, kleidet u. s. w. der Herr seinen Sklaven, er unterhält ihn am Leben, damit er arbeite.

Der Lohnarbeiter gehört sich selber. Er will aber leben, und um leben zu können, braucht man Lebensmittel, und Lebensmittel bekommt er, wie alle Waaren überhaupt, heutzutage nur für Geld, und Geld bekommt er nur für Waaren. Der Arbeiter hat aber keine objektive Waare, und so verkauft er seine eigene Arbeitskraft als Waare.

Was ist aber seine Arbeitskraft? es ist sein Arbeitsvermögen, die Fähigkeit, seinen Körper und seinen Geist in Funktion zu setzen, die Fähigkeit der Organbethätigung, der „Verausgabung von Gehirn, Nerven, Muskeln.“ Und dieses Arbeitsvermögen ist auch sein Lebensvermögen.

Er verkauft seine Lebenskraft, indem er seine Arbeitskraft verkauft; er verkauft sein Leben in der Gestalt seiner Arbeit.

Und warum thut er es?

Er verkauft sein Leben, um Geld zu bekommen, um Lebensmittel zu kaufen, um leben zu können.

Er verkauft sein Leben, um leben zu können.

Und so gelangt die Lohnarbeiterklasse dahin, daß sie Augenblicke lebt und Ewigkeiten arbeitet.

in der Natur selbst der menschlichen Wirthschaft, er ist allgemein, er war immer und muß für immer verbleiben. Man könnte diesen Grund ungefähr so formuliren:

die Arbeit ist das Einzige in der Produktion, was vollkommen in menschlicher Gewalt steht; und die Arbeit ist auch das einzige richtende Element in der Produktion.

Was außerhalb des Menschen liegt, unterwirft sich schwer seiner Gewalt, dagegen hat er seine eigene Arbeitskraft vollkommen in seiner Macht. In einer Volkswirthschaft können daher (zu gegebener Zeit) die sonstigen Naturwirkungen als ein beinahe konstantes Produktionselement betrachtet werden, und die Arbeit als ein bewegliches, als solches, welches man bis zu einer bestimmten (in der heutigen Gesellschaft ziemlich hohen — Reservearmee) Grenze nach Gutdünken steigern kann.

Die Arbeit ist aber nicht nur das hauptsächlich bewegliche Element der Produktion, sie ist auch das einzige richtende Element. Sie giebt der Produktion ihre Ziele, sie ist es, welche die einfachen Naturwirkungen zur Produktion macht, denn erst und nur durch sie wird diesen Wirkungen Ziel und Zweck gegeben, und in vielen Fällen kommen sie überhaupt nur durch ihre Einwirkung zu Stande.

Die Arbeit beherrscht die Produktion: sie leitet dieselbe, und bei gegebenem Stande der Produktionsmittel*) hängt die Größe der zu erreichenden Produktionserfolge ausschließlich von ihr ab.

Wir wollen dieses Letztere etwas näher erörtern.

Je länger die Produktion dauert, desto größere Produktionserfolge werden erzielt. Dauer der Produktion heißt eine Zeitlang andauernde Bethätigung der Produktionsmittel und der menschlichen Organe. Die Zeit, während welcher die Produktionsmittel funktioniren, und jene, während welcher die menschlichen Organe sich bethätigen, fallen nicht immer zusammen. Eine einmal in Bewegung gesetzte Maschine wirkt eine Zeit lang, trotzdem die Hände, welche sie in diese Bewegung versetzten, sich nicht mehr an der Arbeit bethätigen. In einzelnen Fällen hängt oft die Dauer der menschlichen Thätigkeit bei der Produktion vom besonderen Charakter der Produktionsmittel und des zu erzielenden Produktes ab; im Allgemeinen aber wird die Dauer des Funktionirens der Produktionsmittel durch die Dauer der Bethätigung der menschlichen Organe bestimmt, wobei nicht ausschließlich an eine immerwährende Bethätigung dieser letzteren gedacht werden muß, sondern auch an eine von Zeit zu Zeit erneuerte: denn, wenn auch die

*) Ich sage: bei gegebenem Stande der Produktionsmittel, denn in den künstlichen Produktionsmitteln schafft sich der Mensch in der äußeren Natur selbst einen beweglichen Produktionsfaktor, d. h. einen solchen, dessen Wirkungen nach Gutdünken vermehrt werden können. Das macht die Erscheinung komplizirter, ändert aber ihren Charakter nicht. Erscheinen doch die Kapitalgüter („Kapital“ im bürgerlichen ökonomischen Sinne, d. h. vom Menschen geschaffene Produktionsmittel im Gegensatz zu den von Natur aus gegebenen), erscheinen doch die Kapitalgüter selbst nur als Resultat eines längeren oder kürzeren Produktionsprozesses bezw. als Resultat des menschlichen Arbeitens. Ihre Bewegung ist vollkommen abhängig von der der gesellschaftlichen Arbeit, sie erscheinen nach derselben als Produkt derselben. Ihre Vervollkommnung und Erweiterung kann nur das Ergebniß sein der Vermehrung des gesellschaftlich angewandten Arbeitsquantums, sei dies eine absolute oder eine relative, d. h. in einzelnen Branchen auf Rechnung anderer stattfindende Vermehrung. In jedem gegebenen Moment ist daher auch der Stand dieser Produktionsmittel gegeben.

Dauer des jedesmaligen Funktionirens der Produktionsmittel durch ihren eigen Charakter bezw. den zu verfolgenden Produktionszweck gegeben ist, so ist doch d Wiederholung und Weiterführung des Prozesses von immer neuer Anwendun der menschlichen Arbeit abhängig, und somit hängt davon auch die allgemei Dauer der Produktion ab. Die Dauer der menschlichen Arbeit und ihre Men sind aber gleichbedeutende Begriffe*), denn die Menge der Arbeit wird nach ihr Dauer gemessen. Tausend Menschen, welche einen Tag lang arbeiten, u ein Mensch, der tausend Tage arbeitet, bilden dasselbe Arbeitsquantum nämlich: tausend Arbeitstage. Wir können daher sagen: die Dauer d Produktion ist direkt proportional der aufgewandten Arbeit; und da von d Dauer der Produktion die Größe der Produktionserfolge abhängt, so können w in zweiter Linie sagen: die Größe der durch die Produktion erreichten bezw. z erreichenden wirthschaftlichen Erfolge ist direkt proportional der Menge der au gewandten bezw. anzuwendenden menschlichen Arbeit, alle andere Bedingunge wie: Natureinflüsse, Produktionsmittel ꝛc., selbstverständlich gleich gesetzt; ode um mit Marx zu reden: *die Produktivkraft der Arbeit gleich gesetzt, i die Größe der wirthschaftlichen Erfolge direkt proportional d Arbeitsmenge.*

Daraus folgt nun weiter, daß in jedem gegebenen Momente die Grö der Produktionserfolge, welche ein Volk erreichen kann, direkt von der Men Arbeitskraft, welche ihm zu Gebote steht, abhängig ist; und wenn wir uns eine Fall denken, wo einzelne Personen oder eine einzelne Klasse alle Produktionsmitt eines Volkes in ihrer Gewalt haben, so hängt die Größe der Produktionserfolg welche diese Personen, diese Klasse erreichen können, von der Menge Arbeit kraft bezw. Arbeitskräfte ab, welche sie produktiv zu verwenden im Stande sin

Dies beiläufig. Wir können nunmehr, nach dieser Abschweifung in ernste Gebiete zu unserem heiteren Helden wieder zurückkehren. Wir haben ihn i Momente verlassen, wo er, in die Enge getrieben, die Natur zur Rettung de Kapitalistenrechtes auf den Profit ins Feld führte, ganz vergessend, daß sich vorgenommen hat, etwas Neues vorzubringen und nicht das Alte nac zuplappern. Es wird uns jetzt nicht schwer fallen, ihm eine Antwort zu gebe Diese Antwort lautet:

Daß die Natur eine unerläßliche Bedingung der Produktion ist, das ist ei Umstand, mit dem die Menschheit rechnet. Die Natur ist aber nicht ein Subjek dem die Menschheit etwas schuldet. Die Natur umgiebt den Menschen mit ihre (für ihn) nützlichen und schädlichen Einflüssen und faßt ihn selbst in sich; der Mens ist also innig mit den Naturerscheinungen verbunden, er kann sich nicht übe sie stellen, er kann nicht aus ihnen hinaus — daher ist auch seine Thätigke nur denkbar in der Natur und mittelst der Natur. Der Mensch ist aber ei bewußtes Wesen. Als solches hat er Leiden und Sorgen, Schmerzen und Qualen Anstrengung und Erholung, als solches hat er Ziele und Wünsche — dahe betrachtet er sein Arbeiten von einem besonderen Standpunkte aus, nämlich vom Standpunkte der damit verbundenen Lebensaufopferung; dagegen ist ihm die Natu nur ein Konglomerat äußerer Einwirkungen, denen er sich anzupassen bezw. di er sich unterzuordnen sucht. Umgekehrt ist aber auch der Mensch für die Natu keineswegs ein besonders bevorzugtes Wesen. Für die Natur giebt es kein

---

*) Zu Nutz und Frommen mancher hochgelahrten Oekonomen sei hier bemerk daß damit nicht gesagt werden soll, daß man in der Praxis überall statt der Daue die Menge setzen kann.

Unterschiede. Schonungslos und theilnahmslos vollziehen sich ihre Gesetze, denn sie kennt keine fühlenden Subjekte, sondern nur Objekte, die mit anderen Objekten in bestimmte Kombinationen treten, und es müssen aus diesen bestimmten Kombinationen bestimmte Wirkungen entstehen. So stürzt sich eine Berglawine mit derselben Schnelligkeit und derselben Kraftentwicklung hinab, gleichviel, ob sie auf ihrem Wege Wohnungen zertrümmert und menschliche Wesen zerfleischt und zerknetet, oder ob sie über kahle Felsen und sandige Hügel in die tiefe Schlucht dahinrollt! Damit aber die Naturwirkungen zu seinem Nutzen ausfallen, muß ihnen der Mensch eine seinen menschlichen Zielen und Wünschen entsprechende Richtung geben, er muß selbst leitend und modifizirend in die Natur hineingreifen, und das geschieht vermittelst der Arbeit.

Die Arbeit ist das einzige „Menschliche" in der Produktion, und von seinem menschlichen Standpunkte aus sieht der Mensch in den produzirten Gütern nur dieses von ihm selbst Herrührende, sie sind sein eigen Werk, sie sind „verkörperte Arbeit." So ist es zu verstehen, wenn man sagt, der Mensch schätze die produzirten Güter nach der Quantität der in ihnen enthaltenen Arbeit.

Die Idee vom Antheil der Bodennutzungen und Produktionsmittel an der Gütererzeugung erreicht, wie sie von der Vulgärökonomie aufgefaßt und wissenschaftlich verwendet wird, die höchsten Stufen der logischen Unzulänglichkeit.

Die gesammte Natur wird als lebendiges, selbstbewußtes Wesen aufgefaßt. Wenn nicht, wie kann man dann von ihren Forderungen an den produzirten Gütern den Arbeitern gegenüber sprechen?

Und was noch vernunftwidriger ist, man identifizirt die Bodennutzungen und Produktionsmittel mit ihren Eigenthümern, den Kapitalisten. Als ob Steinkohlen und Steinkohlenbarone dasselbe wäre, Baumwolle, Klopfwolf, Mule-Jenny 2c. und Baumwollefabrikant, Thiergedärme und Saitenfabrikant u. a. m.! Wenn nicht, wie kann man dann den Gewinn der Kapitalisten von der technischen Funktion der Naturkräfte ableiten?

Nichts giebt es klareres, als den Prozeß der Gütererzeugung. Die Menschen arbeiten eine Zeit lang und produziren Güter. Es geschieht dies unter günstigeren oder schlechteren Naturumständen, mit Anwendung besserer oder schlechterer Produktionsmittel. Als Resultat ihrer Arbeit entstehen Produkte: mehrere und bessere in dem einen Falle, schlechtere und in geringerer Anzahl im anderen, aber in beiden Fällen ist das, was vom Menschen abhängig ist — seine Arbeit. Mehr als seine Arbeit kann der Mensch nicht geben, ebenso gut, wie Niemand einen Sprung über sich selbst machen kann. Auch die Kapitalisten können es nicht, trotz den besten Wünschen ihrer Oekonomen.

Das ist der Vorgang der Gütererzeugung. Nun findet aber in der kapitalistischen Gesellschaftsform etwas ganz Besonderes statt. Die Kapitalisten, die selbst gar nichts thun, erhalten einen relativ unvergleichbar größeren Antheil an den produzirten Gütern, als die Arbeiter, die eigentlichen Produzenten — wie ist das zu erklären?

Die richtige Erklärung, welche dafür zu geben ist, geht uns hier nichts an; jedenfalls aber ist es unzweifelhaft, daß der Ueberschuß, den die Kapitalisten erhalten, sich mathematisch in einer Abknappung des Arbeiterantheils ausdrücken muß. Und da die Güter das Produkt der Arbeit dieser Arbeiter sind, so heißt es, die Kapitalisten eignen sich fremde Arbeit an, oder, um einen Ausdruck zu gebrauchen, der schon in das Gebiet kapitalistischer Gesellschaftsbeziehungen gehört, es ist „unbezahlte Arbeit."

So liegen die Sachen. Es gehört eine geradezu empörende geistige Kurzsichtigkeit dazu, dies nicht zu erkennen. Aber die Herren wollen es eben nicht

und in ihrem Nichtwollen begehen sie u. A. eine Unmasse der wunderlichsten logischen Purzelbäume. So behauptet Böhm-Bawerk mit großem Scharfsinn an einer Stelle: wenn ein Mensch den anderen mittelst eines Steines erschlägt, so sei der Stein von Schuld und Kosten freizusprechen, und der Mensch allein zu verurtheilen. Und beim selben Böhm-Bawerk läuft seine Erklärung des Kapitalprofits aus Naturwirkungen im Grunde darauf hinaus, daß, wenn auch der Stein freizusprechen sei, so ist doch der Eigenthümer des Steines zu verurtheilen. Oder ein anderes Beispiel, für Böhm-Bawerk mehr zutreffender. Wenn ein Mensch einen anderen in einem Teiche ertränkt, und der Teich einem Dritten gehört, so ist nicht nur der Thäter zu bestrafen, sondern auch der Eigenthümer des Teiches, als der Naturkraft, die dabei mitgewirkt hat, und zwar muß der Letztere viel stärker bestraft werden als der Erstere. Analogie: wenn Arbeiter Produkte hervorbringen, so gehören diese Produkte nicht ihnen, sondern zum größten Theile den Eigenthümern der Naturkräfte, welche dabei mitgewirkt haben.

Wir sehen also, die ganze . . . da unterbricht uns aber Böhm-Bawerk. Er ist noch nicht zufriedengestellt worden, er hat noch etwas einzuwenden. Angenommen ich habe Recht, wenn ich die Arbeit als den einzigen Produktionsfaktor vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aus betrachte, so kann ich doch damit, meint Böhm-Bawerk, nur den Güterzuwachs, nicht den Werthzuwachs erklären. Dieser bleibt eine Schöpfung der vergegenwärtigten Zukunft, so daß er also nichts mit Arbeiten und Arbeitern zu thun hat und, im Grunde genommen, nur mit der Verlängerung der Produktionsdauer wächst.

Ach, wiederum das alte Zeug! Sehen Sie denn nicht ein, daß es Ihnen unter keinen Umständen heraushelfen kann? Ich will mich hier nicht in einen Streit über Ihre Werththeorie einlassen; das würde uns zu weit führen, denn die Vulgärökonomie hat solchermaßen die Begriffe von Werth und Preis verkonfusionirt, daß man wirklich ab ovo anfangen muß, um den Herren ihren eigenen Standpunkt und die wirkliche Gestaltung der Dinge klar zu machen. Aber es ist das auch nicht nöthig, denn, selbst angenommen, Ihre in Wirklichkeit ganz verkehrte, Werththeorie sei richtig, so ändert dies dennoch nichts an der Sache. Woraus auch der Werthzuwachs entstehen möge, es bleibt doch immer die Arbeit dasjenige, was die Menschen von sich dazu beitragen, daß dieser Zuwachs stattfinde, und daher ist Alles, was die Kapitalisten, die nicht arbeiten, sich nehmen — unbezahlte Arbeit, und zwar ist es gerade so viel unbezahlte Arbeit, als auf die Hervorbringung der Gütermasse aufgewandt worden war, welche den nichtsthuenden Kapitalisten zufällt.

Gegenwartswerth und Zukunftswerth, was ließe sich damit nicht beweisen?! Wenn Jemand unter Drohung von Gewaltthätigkeiten einem Anderen sein Geld wegnimmt, was ist das? Raub?

Nein, sollte Böhm-Bawerk sagen, es ist nur rechtmäßiger Tausch: der Räuber zieht den Gegenwartswerth des Geldes dem Zukunftswerth der Seligkeit vor, der Beraubte zieht den Zukunftsnutzen des erhaltenen Lebens der Gegenwartsbedeutung seines Geldes vor!

Früher hieß es: „freier Vertrag“! Jetzt soll es heißen: „freier Tausch“! als ob man durch bloße Redewendungen ökonomische Thatsachen wegschaffen könnte!

(Schluß folgt.)

Das Gemeindewahlrecht der Frauen in Deutschland.*)

Seltsam!

Wenn wir von unserem Reichswahlrecht aus niedersteigen zu den Landtags-vahlen und von diesen wieder zu den Wahlen in den Kommunalverbänden und Kommunen, so wird im Großen und Ganzen das Wahlrecht immer ungleicher. Im Reiche ist das Wahlrecht für alle mehr wie 25 jährigen Deutsche allgemein und gleich; in Preußen ist in Folge des Dreiklassensystems eine große Zahl Unbemittelter auf denselben Wahleinfluß zurückgedrängt wie ein paar Reiche oder noch wenige Wohlhabende; in den Stadtgemeinden Preußens kommen zum Drei-klassensystem noch weitere Einschränkungen durch einen Zensus von zum Theil enormer Höhe; in den Landgemeinden vollends werfen die Grundbesitzenden ganz außerordentliche Vorrechte mit in die Wagschale. Und ähnlich wie in Preußen ist es in den anderen Bundesstaaten.

Aber während in dieser Weise die politische Ungleichheit nach unten zu wächst, wächst zu gleicher Zeit — auf den ersten Blick ganz überraschend — die Berechtigung der Frauen zur Theilnahme an den Wahlen! Im Reiche sind sie von dieser Theilnahme ganz und gar ausgeschlossen, ebenso in den Einzel-staaten mit ihren Landtagen; auf die Provinzial- und Kreisvertretungen sind die Frauen bereits nicht ohne Einfluß und in den Gemeinden haben sie sehr häufig das Stimmrecht; innerhalb bestimmter Wahlklassen ist hier ihr Stimmrecht inhalt-lich dem der Männer vollständig gleich, wenn es auch in anderer Form ausgeübt wird. Aber auch hier die seltsame Erscheinung: unter den verhältniß-mäßig freiesten Gemeindeverfassungen, das heißt in den Städten, fehlt ihnen jegliche Wahlberechtigung — in den viel unfreieren Landgemeinden steht sie ihnen zu.

Wir lassen hier einfach die Thatsachen sprechen.

Gleich die Stein'sche Städteordnung von 1808 versagte den Frauen das Recht zu wählen und gewählt zu werden. Die Hauptbestimmungen lauten hier:

> § 15. Das Bürgerrecht besteht in der Befugniß, städtische Gewerbe zu treiben und Grundstücke im städtischen Polizeibezirk der Stadt zu besitzen. Wenn der Bürger stimmfähig ist, erhält er zugleich das Recht, an der Wahl der Stadt-verordneten theilzunehmen, zu öffentlichen Stadtämtern wahlfähig zu sein und in deren Besitze die damit verbundene Theilnahme an der öffentlichen Verwaltung, nebst Ehrenrechten zu genießen.
>
> § 17. Das Bürgerrecht darf Niemandem versagt werden, welcher in der Stadt, worin er solches zu erlangen wünscht, sich häuslich niedergelassen hat und von unbescholtenem Wandel ist. . . .
>
> § 18. Auch unverheirathete Personen weiblichen Geschlechts können, wenn sie diese Eigenschaften besitzen, zum Bürgerrecht gelangen.
>
> § 74. Das Stimmrecht zur Wahl der Stadtverordneten steht zwar in der Regel jedem Bürger zu, jedoch sind als Ausnahmen folgende davon aus-geschlossen:
>
> c) Bürger weiblichen Geschlechts.

---

*) Die nachfolgende Arbeit ist angeregt durch eine Abhandlung von M. Ostro-gorski über Woman Suffrage in Local Government (Political Science Quarterly, Dec. 1891). Wir bringen einen Auszug daraus in der nächsten Nummer. Deutsch-land behandelt Ostrogorski kurz auf S. 697 und 698; wir glaubten, für unsere Leser die in Deutschland geltenden Wahlrechtsbestimmungen ausführlicher zusammenstellen zu sollen.

§ 84. Wahlfähig ist jeder Bürger, der ein Stimmrecht hat, außerdem aber Niemand. . . .

§ 148. Zu den Magistratsstellen dürfen nur geachtete, rechtliche, einsichtsvolle und geschäftskundige Männer gelangen, die wenigstens ein Alter von 26 Jahren erreicht haben. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Kämmerer sollen diese Eigenschaften in einem hervorragenden Grade besitzen. Der Kämmerer aber muß ein bemittelter Mann sein.

Danach können also die Frauen zwar das Bürgerrecht in dem Sinne jener Zeit erlangen; für Wahlen und Aemter gehören sie jedoch zu den „unqualifizirten Subjekten,“ deren Wahl zu kassiren ist; und sollten sie „aus Irrthum“ in den Wahlversammlungen erscheinen, so „werden sie deshalb bedeutet und müssen sich entfernen“ (§ 82).

Die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie vom 30. Mai 1853 betrachtet die Frauen als nicht vorhanden, sie nimmt dieselben, wie es ja auch unser Reichswahlrecht thut, nicht einmal ausdrücklich von der Wahlberechtigung aus, wie es noch in der Stein'schen Gesetzgebung der Fall ist.

In den neuen Landestheilen hat Preußen, wenn es die Städteverfassungen neu regelte, immer an dem Ausschluß der Frauen festgehalten. So heißt es in dem Gesetz betreffend die Verfassung und Verwaltung der Städte und Flecken in der Provinz Schleswig-Holstein vom 14. April 1869:

§ 6. Das Bürgerrecht besteht in dem Recht zur Theilnahme an den Gemeindewahlen, sowie in der Befähigung zur Uebernahme unbesoldeter Aemter und Funktionen in der Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung.

§ 7. Jeder im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche männliche Angehörige des Norddeutschen Bundes erwirbt das Bürgerrecht, wenn . . .

In der Rheinprovinz ist, wie in anderen mittleren und westlichen Theilen des Reiches die Verwaltung der Gemeinden mehr nach französischem Vorbild geformt; Städte und Landgemeinden haben im allgemeinen die gleiche, mehr städtische Verfassung, was die Ausschließung der Frauen von allen Gemeindewahlen zur Folge hat. So kann nach der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845, bezw. 15. Mai 1856 das „Gemeinderecht“ (das Recht der „Theilnahme an den öffentlichen Geschäften der Gemeinde“) „nur von den Meistbeerbten männlichen Geschlechts ausgeübt werden“ (§ 35). Auch die Gemeindeordnung für die bayerische Pfalz (vom 29. April 1869) hat den französisch-städtischen Charakter bewahrt und in allen Stadt- wie Landgemeinden nur Männer für wahlberechtigt und wahlfähig erklärt.

Anders ist die Stellung der Frauen in der, ebenfalls Stadt und Land umfassenden „Bayerischen Gemeindeordnung für die Landestheile diesseits des Rheines“ vom 29. April 1869. Hiernach (§ 11) sind zwar zur Erwerbung des Bürger- und damit des Stimmrechts eigentlich nur selbständige Männer „befähigt,“ aber auch Frauen können (nach Artikel 15), wenn sie als „Inländer in einer Gemeinde ein bestimmtes Wohnhaus besitzen oder mit direkten Steuern wenigstens in demselben Betrage wie einer der drei höchstbesteuerten Einwohner angelegt sind,“ das Bürgerrecht „ansprechen.“ Es heißt dann jedoch in demselben Artikel 15 gleich weiter:

Frauen, minderjährige und andere unselbständige Personen . . . müssen sich eines Vertreters bedienen, wenn sie die mit dem Bürgerrecht verbundenen Stimmrechte ausüben wollen.

Zu Gemeindeämtern wählbar sind natürlich auch hier die Frauen nicht.

Oldenburg kennt in seiner allgemeinen Gemeindeordnung vom 15. April 1873 nur für „selbständige männliche Angehörige des Deutschen Reiches“ das Gemeindebürgerrecht. „Das Gemeindebürgerrecht besteht in dem Rechte der Theilnahme an den Gemeindewahlen, sowie in der Befähigung zu unbesoldeten Aemtern und Funktionen in der Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung“ (Artikel 5, § 2 und 1).

Ein ganz anderes Bild bieten die reinen Landgemeindeordnungen.

Der preußischen Städteordnung vom Jahre 1853 entspricht jetzt endlich die Herrfurth'sche Landgemeindeordnung von 1891, die folgende hier in Betracht kommende Bestimmungen für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen aufweist:

§ 40. Das Gemeinderecht umfaßt:
1. das Recht zur Theilnahme an dem Stimmrechte in der Gemeindeversammlung oder, wo die Letztere durch eine gewählte Gemeindevertretung ersetzt ist, zur Theilnahme an den Gemeindewahlen,
2. das Recht zur Bekleidung unbesoldeter Aemter in der Verwaltung und Vertretung der Gemeinde.

§ 45. Frauen und nicht selbständige Personen sind, wenn der ihnen im Gemeindebezirke gehörige Grundbesitz zum Stimmrechte befähigt, stimmberechtigt, sofern bei ihnen die im § 41 unter 1 bis 5 bezeichneten Voraussetzungen vorliegen.

§ 41. Das Gemeinderecht steht jedem selbständigen Gemeindeangehörigen zu, welcher
1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist und
2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt,
3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirke seinen Wohnsitz hat,
4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt,
5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat. . . .

§ 46. In der Ausübung des Stimmrechtes, zu welchem der Grundbesitz befähigt, werden vertreten:
2. Ehefrauen durch ihren Ehemann,
3. . . . unverheirathete Besitzerinnen und Witwen durch Gemeindeglieder.*)

§ 53. Als Gemeindeverordnete sind nicht wählbar:
6. Frauen.

Wir haben hier also die Wahlberechtigung der Frauen, soweit sie Grundbesitzerinnen sind. Ihr aktives Wahlrecht ist alsdann, wenn sie nicht verheirathet sind, inhaltlich dem der Männer vollständig gleich; allerdings müssen sie ihre Stimmen durch Bevollmächtigte abgeben lassen. Soweit haben sie, gleich den grundbesitzenden Männern, der Masse der Gemeindeglieder gegenüber geradezu ein Stimmvorrecht, da in der Gemeindeversammlung immer mindestens zwei Drittel sämmtlicher Stimmen (§ 48), in der Gemeindevertretung mindestens zwei Drittel der Mitglieder (§ 52) auf den Grundbesitz entfallen müssen. Den Ehefrauen ist freilich, ähnlich wie den Kindern, nur zugestanden, daß ihre Steuerzahlungen und ihr Grundbesitz dem Ehemanne angerechnet werde, sodaß dieser vielleicht in eine höhere Wahlklasse aufrückt oder überhaupt erst stimmberechtigt wird.

Diese Bestimmungen sind denjenigen der Westfälischen Landgemeindeordnung vom 19. März 1856 nachgebildet. Sie entsprechen aber nur dem in Deutschland im Allgemeinen üblichen Landgemeinderecht.

*) Unmündige natürlich, wie auch beim männlichen Geschlechte, durch Vater, Stiefvater, Vormund u. s. w.

So heißt es in der Hannover'schen Landgemeindeordnung vom 28. Apr
1859:

§ 8. Als stimmberechtigt gelten:
1. Alle, welche in der Gemeinde ein Gut, einen Hof oder ein für si
bestehendes Wohnhaus eigenthümlich oder nießbräuchlich besitzen;
2. Alle Männer, welche in der Gemeinde wohnberechtigt sind und
derselben einen eigenen Haushalt führen. . . .

Auch hier sind also innerhalb des Grundbesitzes die Stimmrechte d
ledigen Frauen und der Männer gleich.

Auch in der Braunschweigischen Landgemeindeordnung vom 19. Mä
1850 wird bestimmt:

§ 15. Wahlberechtigt sind alle männlichen Gemeindegenossen, welche
§ 16. Ferner sind wahlberechtigt:
3. nicht verheirathete Frauenzimmer als Besitzerinnen ein
Guts, Gehöfts oder Wohnhauses in der Gemeinde.
§ 17. Wählbar zu allen Gemeindeämtern sind alle Wahlberechtigten, m
Ausnahme der Frauen, der Minorennen oder Curanden. . . .
§ 22. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt werden und ist die Stel
vertretung nicht gestattet.
Ausnahmsweise dürfen vertreten werden:
3. nicht verheirathete Frauenzimmer durch Bevollmächtigte.

Hier sind mithin ebenfalls innerhalb des Grundbesitzes Männer u
nicht verheirathete Frauen gleichgestellt. Es ist nun überaus charakteristisch, da
die auf denselben Tag lautende revidirte Braunschweigische Städteordnun
Folgendes enthält:

§ 14. Das Bürgerrecht verleihet die Befugniß, bei der Stadtverwaltun
sowie bei der Wahl der Stadtverordneten . . . mitzuwirken.
§ 15. Befähigt und verpflichtet zum Erwerbe des Bürgerrechtes sind al
männlichen Gemeindegenossen, welche . . .

In der Stadt demnach der vollständige Wegfall des Wahlrechtes d
Frauen, das in den Landgemeinden gleichzeitig anerkannt wird.

Ganz dieselbe Beobachtung machen wir im Königreich Sachsen. D
Sächsische Landgemeindeordnung vom 7. November 1838 bestimmte noch:

§ 24. Mitglieder einer Landgemeinde sind nur diejenigen selbständige
Personen, welche entweder Grundstücke im Gemeindebezirke besitzen oder innerhal
desselben, ohne Grundbesitz, ihren bleibenden Wohnsitz haben.
§ 28. Stimmberechtigt sind . . . (im Allgemeinen) nur die im Gemeind
bezirke ansässigen Gemeindeglieder.
§ 30. Das Stimmrecht ist persönlich auszuüben und finden hiervon nu
folgende Ausnahmen statt:
1. verehelichte Frauenspersonen dürfen, insofern sie nicht vom Tis
und Bette getrennt sind, nur durch ihre Ehemänner an den Gemeindeversammlunge
Theil nehmen. . . .
§ 32. Nicht wählbar sind:
1. Frauenspersonen ohne Unterschied. . . .

Die revidirte Landgemeindeordnung vom 24. April 1873 lautet hieri
fast gleich, nur daß als „Mitglieder," den veränderten Verhältnissen entsprechen
auch diejenigen aufgeführt werden, welche „ein selbständiges Gewerbe treiben."

Die beiden Paragraphen, welche das aktive und passive Wahlrecht der ledigen Frauen betreffen, lauten jetzt:

§ 34. Stimmberechtigt sind alle Gemeindemitglieder, welche die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen, mit Ausnahme unansässiger Frauenspersonen.

§ 37. Die Wählbarkeit steht jedem stimmberechtigten männlichen Gemeindemitglied zu. . . .

Die ledigen Frauen mit Grundbesitz stehen mithin auch hier den Männern der gleichen Klasse in den Rechten und Vorrechten gleich; allerdings können sie nicht gewählt werden. Die revidirte Städteordnung vom gleichen Datum (24. April 1873) macht hier wenig Federlesen. Sie bestimmt in:

§ 44. Stimmberechtigt bei den Wahlen (der Stadtverordneten) sind die Bürger mit Ausnahme der Frauenspersonen.

§ 46. Die Wählbarkeit steht allen stimmberechtigten Bürgern zu. . . .

Wir erwähnten oben die Schleswig-Holstein'sche Städteordnung vom 14. April 1869, welche den Frauen das Wahlrecht versagte. Die Landgemeindeordnung vom 22. September 1867 ist hier weniger exklusiv, sie läßt die alte Verfassung fortbestehen, nur „können" nach § 11 „in der Ausübung des Stimmrechts, zu welchem ihr Grundbesitz befähigt, vertreten werden: . . . 2. die Ehefrau durch ihren Ehemann, 3. unverheirathete Besitzerinnen . . . durch Stimmberechtigte der Gemeinde."

In der Sachsen-Weimarischen neuen Gemeindeordnung vom 24. Juni 1874 heißt es allgemein, das Geschlecht mache keinen Unterschied in der Erwerbung des Bürgerrechts (Art. 22), und dann weiter:

Art. 34. Stimmberechtigt sind alle Personen, welche im Besitze des Bürgerrechts sich befinden.

Art. 35. Die Ausübung des Stimmrechts muß in der Regel in Person bewirkt werden.

Die Stellvertretung ist dagegen geboten hinsichtlich der Frauen. . . .

Art. 51. Wählbar sind alle stimmberechtigten männlichen Bürger.

Hamburg weiß in seiner Stadt- und Staatsverfassung nichts von einem politischen Rechte der Frauen, in seiner Landgemeindeordnung vom 12. Juli 1871 heißt es darum doch:

Art. 12. . . .

1. Als stimmberechtigt gelten nur männliche volljährige Gemeindeangehörige. . . .
2. Frauenzimmer, Minderjährige, Korporationen und Nichtgemeindeangehörige, welche in der Gemeinde Grundeigenthum besitzen, auf welchem ein selbständiger landwirthschaftlicher oder industrieller Betrieb stattfindet, können ein Stimmrecht durch Bevollmächtigte oder gesetzliche Vertreter ausüben lassen.

Natürlich sind die Frauenzimmer, die nur durch Bevollmächtigte bei Wahlen auftreten können, auch nicht wahlfähig zu Aemtern, die sie doch nur in Person würden ausüben können.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Lübeck.

Wir brauchen diese Sammlung von gesetzlichen Bestimmungen wohl nicht weiter fortzusetzen, um den wahren Charakter des Wahlrechts der Frauen in den Gemeinden, das heißt in den Landgemeinden, hervortreten zu lassen.

Dieses Wahlrecht schließt offenbar gar keine Vertretung der Frau als einer politisch mündigen und handlungsfähigen Persönlichkeit ein, denn unmittelbar neben ihr stehen als Gleichberechtigte bei diesen Wahlen immer — Minderjährige und Unzurechnungsfähige, deren Wahlrecht denselben Inhalt und dieselbe Form besitzt. Vertreten wird bei diesen Wahlen überhaupt keine Persönlichkeit, denn auch Aktiengesellschaften, Kirchen, juristische Personen aller Art wählen hier. Vertreten ist in diesem Falle lediglich der Grundbesitz, mitunter auch, wie in Sachsen, schon die gewerbliche Unternehmung; und da nach dem geltenden Zivilrecht die Frau deren Eigenthümerin sein kann, so folgt daraus, daß — wie vor dem Zivilgericht, so auch bei den Wahlen und Abstimmungen — dieses Eigenthum sich auch in ihr verkörpern darf. Nur lebt bei den Wahlen gleichsam die alte Geschlechtsbeistandschaft wieder auf: wie einst in Rechtsgeschäften die Frau nicht ohne Zuziehung eines männlichen Beistandes giltig handeln konnte, so kann sie auch als politische Repräsentantin des Grundbesitzes meist nur durch Bevollmächtigte und Stellvertreter wirken.

Ja, man könnte angesichts der einschränkenden Bestimmungen aller Städteordnungen noch weiter gehen und sagen: nur wo es sich um direkte Vermögensverwaltungen und wirthschaftliche Unternehmungen der Gemeinden handelt, steht der Frau, als Vertreterin des interessirten Grundbesitzes, eine Einflußnahme auf die Wahlen zu. Die Landgemeinden erschöpfen bekanntlich noch vielfach ihre Thätigkeit in der Ausnutzung des Gemeindewaldes, der Gemeindewiesen und -weiden, in der Anlage von Wegen und Brücken, um zu den Feldern und zum Markte zu gelangen, in der Anschaffung eines Gemeindebullen und eines Gemeindehirten und -wächters, um das lebende und todte Eigenthum zu vermehren, zu bewachen und zu bewahren. Daß hier jedes Grundstück und jeder Wirthschaftsbetrieb, zu dem die Gemeindeeinrichtungen und -leistungen nothwendige Ergänzungen bilden, mitreden darf, auch wenn an seiner Spitze eine Frau steht, ist erklärlich. Daß damit aber der Frau kein allgemeineres, politisches Recht eingeräumt werden soll, ergiebt sich aus der Rechtlosigkeit der unansässigen weiblichen Gemeindemitglieder, und ergiebt sich weiter aus dem Ausschluß der Frau von den Gemeindewahlen, sobald — wie in den Städten — den Gemeinden weitergehende politische Aufgaben zufallen.

Das heutige kommunale Wahlrecht der Frauen ist also — so parador es klingen mag — keine Anerkennung der politischen Reife der Frau, sondern nur ein Zeichen der Rückständigkeit der Gemeinde — ein Zeichen dafür, daß die moderne politische Gemeinde hier noch sehr unentwickelt ist und verdeckt liegt unter den Resten der alten Markgenossenschaft und den neu hinzugekommenen wirthschaftlichen Unternehmungen der Orts- und Grundbesitz-Gemeinschaft.

In den russischen Gemeinden finden wir daher folgerichtig das ausgedehnteste Stimm- und Wahlrecht der Frauen.

Trotzdem kann natürlich in den Gemeinden das Stimmrecht der Frauen öfter eine politische Färbung erhalten. Noch mehr wird es der Fall sein bei den Kommunalverbänden, die stets eine ganze Reihe staatlich-politischer Aufgaben zu erfüllen haben und deren Vertretungen (also die Kreistage in Preußen, die Bezirksversammlungen in Sachsen, die Distriktsräthe in Bayern, die Kreistage in Hessen u. s. f.) theils von den Gemeinden, theils vom Großgrundbesitz gewählt werden.

Die preußische Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 13. Dezember 1872 — die im wesentlichen auch für Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen und die Rheinprovinz angenommen wurde — setzt hierüber fest:

§ 84. Zum Zwecke der Wahl der Kreistagsabgeordneten werden drei Wahlverbände gebildet und zwar:
a) der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer,
b) der Wahlverband der Landgemeinden,
c) der Wahlverband der Städte.

Die Gemeinden wählen hierbei durch ihre Verwaltungsorgane und Vertretungen, wo solche bestehen; direkt wählen im Allgemeinen nur die Grundbesitzer, darunter, wenn sie „groß" genug sind, die Frauen. Doch heißt es in § 97:

Durch Stellvertretung können sich an den Wahlen betheiligen: . . .
4. unverheirathete Besitzerinnen durch Vertreter aus der Zahl der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
7. Ehefrauen, sowohl groß- wie minderjährige, können durch ihre Ehemänner vertreten werden.

In der Verordnung betreffend die Kreis- und Distriktsbehörden, sowie die Kreisvertretung in der Provinz Schleswig-Holstein vom Jahre 1867 wird bestimmt:

§ 11. Die Kreisversammlung wird gebildet:
1. aus den Besitzern größerer Güter,
2. aus Abgeordneten der Städte und Flecken,
3. aus Abgeordneten der Landgemeinden.

§ 15. Das Stimmrecht der größeren Grundbesitzer muß in Person ausgeübt werden.

Klöster, Domanialgüter, Frauen und Minderjährige, Korporationen und Stiftungen können sich, wenn es das Kreisstatut festsetzt, vertreten lassen. In den Landgemeinden wählen hier die Gemeindeversammlungen, auf welche nach dem oben Mitgetheilten den Frauen ebenfalls ein Einfluß zusteht.

Die bayerischen Distriktsräthe setzen sich nach der Ordnung von 1852 aus Vertretern des Großgrundbesitzes und der Gemeinden zusammen. Die ersteren werden von den 50 höchstbesteuerten Grundbesitzern des Distriktes gewählt. Den Frauen, aber auch den Minderjährigen, steht hier, wenn wir das Gesetz richtig verstehen, inhaltlich dasselbe Recht zu wie den Männern.

Bei den hessischen Kreistagswahlen können in der Abtheilung der Höchstbesteuerten die Frauen durch bevollmächtigte Vertreter wählen (Art. 17, Gesetz vom 12. Juni 1874).

Hier haben wir also wiederum gerade in der besonders einflußreichen Wahlklasse der Höchstbesteuerten und Größtbesitzenden das gleiche Wahlrecht von Männern und Frauen.

Sachsen zeigt sich hier entwickelter. Dem mehr städtischen Charakter seiner „Bezirke" entsprechend, bezeichnet es in § 17 des Gesetzes vom 21. April 1873 als „stimmberechtigt und wählbar bei den Wahlen zur Bezirksversammlung nur selbständige männliche Personen."

Die Bildung der Provinziallandtage erfolgt aus den Kreistagen und den städtischen Magistraten und Vertretungen heraus, sodaß hier jede direkte Mitwirkung von Frauen aufhört.

Auf die Verhältnisse des Auslandes kommen wir nach Ostrogorski in einem folgenden Artikel zurück. —ms.

Der Schmerzensschrei eines russischen Reaktionärs

Von einem russischen Revolutionär.

In dem Heft 9 dieser Zeitschrift habe ich in einem Artikel über d
Situation in Rußland den Beweis dafür zu führen versucht, daß Rußland je
vor einem Zusammenbruch steht, wobei als Ausgangspunkt für mich die gege
wärtige landwirthschaftliche wie industrielle Krisis diente, die nach meiner B
hauptung chronisch werden muß, da die Bauern ihre Ackergeräthe und Arbeit
thiere verkaufen müssen, um sich vom Hungertodte zu retten, und ohne diese ih
Felder nicht bebauen können.

Seitdem sind zwei Monate verflossen und die neuesten Nachrichten a
Rußland bringen in Hülle und Fülle die Beweise dafür, daß die von mir au
gesprochene Behauptung richtig war.

So berichtet zum Beispiel das amtliche Statistische Bureau für d
Gouvernement Samara, daß die gegenwärtige Krisis schon lange, seit zehn Jahre
sich vorbereitete, und theilt weiter mit, daß im Gouvernement Samara alle
142 000 Pferde, 92 000 Kühe und 817 000 Schafe von den hungernden Baue
schon verkauft wurden, und daß nur noch 40—50 Prozent der Pferde, 25 Proze
der Kühe, 25 und 20 Prozent der Schafe des vorjährigen Bestandes vorhand
seien. Dazu fügt der amtliche Bericht hinzu, daß nach den Aussagen des größt
Theils der Bauern das noch vorhandene Vieh in Folge des langen Hunger
ganz arbeitsunfähig ist.

Was die unbebaut gebliebene Landfläche betrifft, so schwankt diese in ve
schiedenen Kreisen des Gouvernements zwischen einem Viertel und zwei Dritte
des gesammten alljährlich bebauten Landes (derselbe Bericht).

Das Gouvernement Samara leidet aber nicht am schrecklichsten, wie a
folgender Tabelle hervorgeht, die vom Departement für Agrikultur (Abtheilu
des Ministeriums des Innern) aufgestellt worden ist.

Die Tabelle sagt, um wie viel Prozent die Getreideernte dieses Jahr
hinter der Durchschnittsernte der Jahre 1883—1887 zurückgeblieben ist.

Gouvernement	Woronesch	um	25	Prozent.
„	Simbirsk	„	35	„
„	Tambow	„	35	„
„	Kasan	„	35	„
„	Orenburg	„	40	„
„	Rjasan	„	45	„
„	Pensa	„	45	„
„	Tula	„	50	„
„	Nischni-Nowgorod	„	55	„
„	Samara	„	60	„
Gebiet der Donischen Kosaken		„	60	„
Gouvernement	Saratow	„	65	„
„	Cherson	„	65	„
„	Kursk	„	70	„
„	Tauris	„	75	„
„	Wjatka	„	80	„
„	Orel	„	85	„ *)

*) Und das Defizit für ganz Rußland beträgt nach den Angaben desselb
Departements 24 Prozent an Roggen (gegen 30 Prozent nach den Angaben d
Zentralen Statistischen Bureaus) und 23 Prozent an dem gesammten für Nahru
verwendbaren Getreide (gegen 24 Prozent des Zentralen Statistischen Bureaus).

Wenn es aber in dem Gouvernement Samara so schlecht mit dem Bestand m Arbeitsthieren aussieht, wie muß es dann in den anderen Gouvernements ussehen, in denen die Mißernte und also der Hunger noch schrecklicher sind!

Und daß die russische Regierung nicht im Stande sein wird, diesen Millionen on Bauern das nöthige Vieh zu verschaffen, darüber belehrt uns das russische Budget für das Jahr 1892, welches mit einem Defizit von 74 000 000 Rubel 150 000 000 Mark) abschließen muß, wobei wir sehr gut wissen, daß in Wirk= ichkeit dieses Defizit vielleicht drei= oder viermal größer sein wird, da die ussische Bauernschaft, welche die meisten Steuern einbringen muß, ganz ruinirt st, so daß auch der eifrigste Polizist aus ihr nichts mehr herausschinden kann.

Das Schlimmste aber für das herrschende System ist das, daß sogar das Beamtenthum, die in der ganzen Welt berühmt gewordene russische Bureaukratie, egriffen hat, daß es nicht mehr so weiter gehen kann, und diese interessante Thatsache ist in Rußland kein Geheimniß mehr.

So schreibt zum Beispiel die Zeitung „Das russische Leben" in der Nummer om 15. Januar: „Die Beamten vom Niedersten bis zu den Obersten, einschließ= lich des Senats, sind so von der Nutzlosigkeit und sogar Schädlichkeit aller zur Hebung des Bauernelends von der Regierung veröffentlichten Gesetze überzeugt, daß sie diese Gesetze gar nicht mehr beachten."

Die Zeitung „Das russische Leben" ist aber etwas liberal; wir wollen sie darum bei Seite lassen und ansehen, was die Regierungsorgane, welche in solchen Fällen immer die besten Quellen sind, da sie sicher nicht zu pessimistisch urtheilen, was sie in betreff dieser Sache sagen.

In der urreaktionärsten russischen Zeitung „Moskauer Nachrichten," deren Redakteur früher Katkow, der berühmte Freund und Berather Alexanders III. und seiner Konsorten Wannowsky, Pobedonoszew und Tolstoi, war, in dieser Zeitung befindet sich ein Artikel, der die gegenwärtige Lage Rußlands so trefflich charakterisirt, daß ich, um jedem Vorwurf, daß ich den Artikel tendenziös zitirt habe, vorzubeugen, ihn wörtlich übersetzen will.

Der Artikel ist mit dem Datum des 31. Dezember 1891 (12. Januar 1892) und dem Titel „Von den Ufern der Newa" versehen, rührt von dem Petersburger Korrespondenten der „Moskauer Nachrichten," der den Namen „Vigilans" (Der Wachsame) führt und lautet:

Wir treten in das Jahr 1892, ein Schaltjahr, das dem Aberglauben des Volkes nach ein Jahr des Unglücks und Elends sein muß.

Unwillkürlich diesem Jahrhunderte alten Aberglauben Rechnung tragend, schauen wir mit Schrecken in die Zukunft und mehr als jemals suchen wir die Ereignisse zu errathen, die vielleicht schweren Leiden, die dieses Jahr für unser Heimathland mit sich bringen wird.

Und dieses gramvolle, beklemmende Gefühl des Bangens vor der Zukunft ist leicht erklärlich bei Jedem, der mit Leib und Seele das schreckliche Elend mit= erlebte und mitempfand, das uns dieses Jahr gebracht hat.

Nirgends aber hat diese Bangigkeit, die wie ein schrecklicher Alp auf uns lastet, so stark uns alle erfaßt, wie hier in Petersburg.

Immer, zu allen Zeiten, führte Petersburg sein eigenartiges, dem ganzen Rußland und den wahren Bedürfnissen des russischen Volkes fremdes Leben.

Ausnahmen bildeten nur wenige Personen, die treu zu ihrem Zaren und Vaterland standen, vor deren Energie und segensreicher (?) Thätigkeit wir uns beugen müssen*), und die höchsten Kreise Petersburgs.

*) Der Verfasser meint damit wahrscheinlich die oben schon einmal genannten Pobedonoszew, Tolstoi, Wannowsky 2c.

Nicht diese letzteren sind aber leider die Repräsentanten Petersburgs, nic sie verleihen der nordischen Residenz jene einen unverdorbenen Menschen a ekelnde Physiognomie der Kanzlei und des Formalismus.

Diese Physiognomie erhält Petersburg durch das Heer seiner unzählige alles verschlingenden Beamten, deren Bild sofort vor uns auftaucht, wenn w von Petersburg zu sprechen anfangen.

Das ist das niedere und mittlere Beamtenthum, dessen Name Legion, d infolge der traurigen Lage der Dinge der faktische Beherrscher der Schicksale unser Vaterlandes geworden ist.

Alle unaufschiebbaren Bedürfnisse des Volkes, die von Unten laut werd (wahrscheinlich versteht der Verfasser darunter die Redaktion der „Moskauer Na richten," denn gewöhnlich werden solche „von Unten laut werdenden Bedürfniss nicht nur unbeachtet gelassen, sondern sogar die Verkünder ins Loch eingesteckt – Bemerkung des Uebersetzers), alle segensreichen (?) Maßnahmen von Oben, all wird von dieser Bureaukratie an sich gezogen und erdrückt.

Diese durch ihre große Zahl und ihr hartnäckiges Ignoriren der wirklich Bedürfnisse erschreckende Bureaukratie führt ein eigenthümliches Leben, das einm schläfrig dahingleitet, dann plötzlich aufflackert um wieder einzuschlafen, ohne si dabei um Wirklichkeit, die ganz Rußland erschüttert, zu bekümmern.

Ihr Leben ist besonderen, eigenthümlichen Impulsen und Gesetzen unte worfen.

Für einen Beamten existirt nur ein Maß, nur ein Gesichtspunkt, nämlich de Ob ein oder das andere Ereigniß auf die pünktliche Gehaltsauszahlung ei wirken kann?

Wenn ja, dann ist dieses Ereigniß für ihn von größter Bedeutung. Wen nicht — dann geht es spurlos an ihm vorbei.

Diese Erscheinung existirte immer, niemals aber offenbarte sich diese Klu zwischen der russischen Bureaukratie und dem russischen Volk so gewaltig, wie da jetzt bei dem Unglück, das wir erleben, der Fall ist.

In Rußland herrscht die Hungersnoth.

Unter ihr leiden Hunderte und Tausende (richtiger Millionen. Bemerkun des Uebersetzers) unschuldige Menschen.

Von der Höhe des Thrones zeigt man uns rührende Beispiele (Wo? Anfrag des Uebersetzers) des herzlichsten Mitleides für das Volkselend, die Regierun offenbart die weitestgehende Sorge für das Volkswohl und veröffentlicht eine gan Reihe von zweckmäßigen (???) Maßnahmen, um die Folgen der Mißernte z bekämpfen 2c. 2c.

Und was thun zur selben Zeit die unzähligen Beamten der Petersburge Kanzleien?

Wie spiegelt sich das schreckliche, von der Vorsehung uns geschickte Unglü in ihnen ab?

Für sie ist Hunger nur ein leerer Schall, ein neues Wort in dem Lexiko der Kanzleisprache.

Alle Nachrichten, die die Herzen von ganz Rußland erbeben machen, lasse sie (die Bureaukratie) ganz kaltblütig und ihren eigenen, für Unbetheiligte unver ständlichen Gesetzen folgend, funktionirt diese gigantische Maschine unserer unzählige Kanzleien mit schrecklicher Langsamkeit, indem sie Allem, was sie nur berührt, ih alles erstickendes Siegel aufdrückt.

Nicht dazu aber, um die alte, lang bekannte Wahrheit von der Fremdheit Losgerissenheit der Petersburger Bureaukratie von dem gesammten Rußland hie aufzuklären, nicht dazu haben wir von dem Eindruck, den die Hungersnoth au die Bureaukratie gemacht hat, zu sprechen angefangen.

Wir haben davon nur darum gesprochen, um die neue, sehr interessant Richtung zu konstatiren, die infolge der Mißernte in dieser Bureaukratie zu Tag getreten ist.

Wenn das Petersburger Beamtenthum nicht so schwer leidet, wie ganz Rußland, so werden doch alle Nachrichten, die aus den Provinzen kommen, von ihm in einer Weise ausgelegt, die man nicht länger ruhig hingehen lassen kann.

Wir sprechen von einem eigenartigen Auftauchen der liberalen Aspirationen, die ganz deutlich in den Kreisen der Beamten zu Tage treten, die schon vor elf Jahren zu selben Jahreszeit*) dieselben liberalen Gedanken hegten, welche ihrer kleinlichen Eitelkeit schmeichelten.

Der Liberalismus macht sich immer mehr in den Köpfen dieser Leute breit.

Und dieser Liberalismus, dieses Streben, die Staatsverwaltung nach europäischen Mustern zu gestalten, das so lange auf dem Grunde der Gesellschaft dämmerte, kommt jetzt plötzlich an die Oberfläche, anknüpfend an die Mißernte, so befremdlich dies auch erscheinen mag (?!).

Vor einigen Tagen verbrachte ich einen Abend in einer Gesellschaft, wo sich auch einige Stützen unseres Beamtenthums befanden.

Das Gespräch drehte sich um die Mißernte. Es wurden Bemerkungen gemacht, daß die Mißernte uns ganz unerwartet heimsuchte, daß die Lokal-Administration sich zu ihrer Bekämpfung ganz unfähig zeigte, und plötzlich mit Hilfe einer für mich ganz unverständlichen Gedankenwendung äußerten alle Anwesende gleichzeitig und einstimmig ihre Meinung, daß alles Unheil die Folge des schlechten Regierungssystems sei, welches der gesellschaftlichen Initiative zu wenig Platz einräumt, und daß es unbedingt nothwendig sei, den Wirkungskreis der Gesellschaft zu erweitern u. s. w. u. s. w.

Mit einem Wort, alle alten Bestrebungen und Hoffnungen der Liberalen wurden laut.

Wenn diese Erscheinung nur ein vereinzelter Fall wäre, dann hätte sie selbstverständlich keine Bedeutung gehabt.

Man konnte auch früher immer in den Reihen unserer Beamten Leute finden, die solche „pia desideria“ (fromme Wünsche) hegten, denn nach der Gehaltfrage finden in der Beamtenseele den besten Widerhall liberale Phrasen (?) und liberale Projekte (?), die ihrer engherzigen Eitelkeit schmeicheln.

Diese Erscheinung ist aber leider ein trostloses Zeichen der sich in Petersburg breite Bahn brechenden Richtung.

Das, was mit solcher Unverfrorenheit in intimen Kreisen geäußert wird, das wird in einer etwas mehr versteckten Form in den liberalen „Journalen“ und „Zeitungen“ gepredigt, in leicht verhüllter Form von den Universitätskathedern verkündet und mit Bosheit in polnischen, jüdischen und deutschen (und russischen nicht? Bemerkung des Uebers.) Kreisen in Petersburg besprochen.

Kurz, die Helden der Jahre 1879 und 1880 bieten alle ihre Kräfte auf, wenn sie auch jetzt noch etwas zurückhalten, um eine zehn Jahre lange Periode unserer Geschichte über Bord zu werfen und zu jener Zeit zurückzukehren, wo sie ihren lang ersehnten Idealen so nahe waren.

Diese Erscheinung verdient ernste Beachtung. Freilich sind alle diese Projekte und Aspirationen ihrem Inhalt nach unsinnig — ist es nicht unsinnig, zu einer Zeit, wie die gegenwärtige, von der Schwächung der Regierungsgewalt zu sprechen, wo im Gegentheil die strengste Konzentration der Gewalt nothwendig ist? — Solche liberale Gedanken können nur unsere Helden vom grünen Tisch und unsere Kanzleiräthe hegen, die unterm Schutz der Residenzpolizei glücklich die rauhe Wirklichkeit zu ignoriren im Stande sind.

Unwiderleglich klar ist es (??), daß alle ihre Projekte schon bei der ersten Berührung mit der Wirklichkeit in Staub zerfallen werden.

Man muß aber trotz alledem nicht vergessen, daß sie (die liberalen Beamten) sich in ihrer Verblendung als Träger der Wahrheit wähnen, daß ihre Zahl ungemein groß, ihr Einfluß auf das innere Leben des Landes beinahe unbegrenzt

*) Wo man von Alexander II. eine Verfassung erwartete.

und daß sie alle hartnäckig sogar die blutigsten Lektionen der Geschichte verneinen wollen.

Ihre kleinliche Eitelkeit, ihre krankhafte Natur freut sich im Voraus bei dem Gedanken, daß sie — bisher völlig unbekannte Menschen — den berühmten europäischen Führern ähnlich werden.

Was für Folgen aber diese Umwälzung für Rußland nach sich ziehen wird, was ihr Triumph dem russischen Volke kosten wird, darüber denken sie gar nicht nach.

Hier verbirgt sich die ganze Tragik der gegenwärtigen Lage.

Wenn man zusehen muß, wie ihren Händen die wichtigsten Fragen des Volkslebens anvertraut sind, wenn man sehen muß, wie dieses ganze Beamtenthum im Gegensatz zu den wahren Bedürfnissen Rußlands und der russischen Geschichte handelt, wie es aus dem Volkselend ein Mittel der unwürdigsten und schädlichsten Agitation gemacht hat; wenn man sehen muß, wie diese herzlosen Vertreter des Formalismus sich zwischen den Zaren und sein Volk gedrängt haben, wie diese herzlose Bureaukratie jeden edlen Keim vernichtet; wenn man dies alles ansehen und dabei empfinden muß, daß man ganz ohnmächtig ist, etwas dagegen zu thun, ohnmächtig, in einigen Herzen dieser Menschen einen Widerhall zu finden, da muß sich das Herz eines wahren Russen mit Bitterkeit erfüllen und angstvoller als je muß er in die Zukunft blicken.

Gebe Gott, daß alle unsere Befürchtungen sich grundlos erweisen.

Von ganzem Herzen wünschen wir Rußland, daß das eintretende Schaltjahr seinen schlechten Ruf nicht bewahrheite und daß das wirkliche Leben alle diese krankhaften und lügenhaften Ideale vernichte, welche zur Zeit so plötzlich und kraftvoll auf dem Boden der Mißernte in den Reihen unseres Petersburger Beamtenthums aufgeblüht sind.

Ein Kommentar zu dieser Jeremiade ist eigentlich überflüssig. Der in einer urreaktionärsten Zeitung veröffentlichte Artikel zeigt uns deutlich genug, wie es jetzt in Rußland gährt.

Die revolutionäre Bewegung hat sogar die gesammte Bureaukratie erfaßt.

Sogar das Beamtenthum, das russische Beamtenthum, ist revolutionär geworden und schmachtet nach einer Verfassung!!!

Was die Behauptung des Verfassers betrifft, daß das russische Beamtenthum immer liberal war, so ist diese Behauptung selbstverständlich ein Unsinn.

Die russische Bureaukratie, sowie die Bureaukratie der ganzen Welt diente immer dem, der die Macht besaß und sie gut bezahlen konnte.

Und dasselbe spricht der Verfasser des Artikels selbst aus, indem er sagt, daß die wichtigste Frage für einen Beamten die Gehaltsfrage ist, daß er Alles von dem Gesichtspunkt betrachtet, ob der Gehalt pünktlich oder unpünktlich ausbezahlt wird.

Und wenn diese Bureaukratie zu revolutioniren anfängt, so ist das der beste Beweis dafür, daß sie mit ihrer feinen Spürhundnase zu riechen anfängt, daß die regelmäßige Gehaltsauszahlung nicht mehr lange dauern kann.

Der Kadaver des russischen Absolutismus stinkt schon zu stark und zu eklig, als daß die Bureaukratie das nicht bemerken sollte; sie wartet nur auf den Moment, wo sie die vor dem Bankerott stehende Regierung ohne große Gefahr verlassen kann.

Und der Bureaukratie werden in Bälde die mit ihr in naher Verbindung stehenden Offiziere folgen, und dann — dann wird der Zusammenbruch nicht mehr lange ausbleiben.

Notizen.

Die Roheisenproduktion der Welt. Vor 25 Jahren überragte die Roheisenproduktion Großbritanniens weitaus die aller übrigen Länder; kein englischer Staatsmann hätte sich's träumen lassen, daß sein Vaterland auf diesem Gebiete einmal einer ernstlichen Konkurrenz begegnen könne. Wie sich aber die Verhältnisse in den wichtigsten Staaten der Roheisenproduktion seit 20 Jahren gestaltet haben, zeigt folgende Tabelle:

Es betrug die Roheisenproduktion in Tonnen:

in	1870	1880	1890
Großbritannien	6 059 000	7 873 000	8 031 000
Vereinigte Staaten	1 900 000	3 897 000	9 350 000
Deutschland	1 390 000	2 729 000	4 563 000
Frankreich	1 178 000	1 733 000	1 970 000
Belgien	565 000	608 000	832 000*)
Oesterreich-Ungarn	403 000	445 000	816 000*)
Rußland	360 000	448 000	612 000**)
Schweden	300 000	406 000	782 000
Zusammen	12 155 000	18 139 000	26 956 000

Noch vor 20 Jahren lieferte England fast die Hälfte der Roheisenproduktion der Welt (12 305 000 Tonnen). Heute produziren die Vereinigten Staaten allein mehr als Großbritannien, das nicht einmal ein volles Drittel der Gesammtproduktion hervorbringt.

Gefrorenes Fleisch. Schon vor zehn Jahren wurden Versuche gemacht, gefrorenes Fleisch von Amerika und Australien nach England zu bringen. Aber die Ergebnisse waren nicht sehr ermuthigend. Die Kosten des Transports waren hoch, 3—4 Pence (24—32 Pfennig) per Pfund, und das Fleisch erwies sich nach der Ankunft als minderwerthig. Aber die Versuche wurden immer und immer wieder erneuert, die gewonnenen Erfahrungen benutzt, schließlich eigene Schiffe für den Transport gebaut und jetzt ist der Handel mit gefrorenem Fleisch nach England besonders von Australien aus in raschem Aufblühen begriffen.

Von Hammelfleisch kamen nach England:

1881 blos . . . . . . 17 275 gefrorene Stück Vieh
1891 dagegen . . . . 3 323 821 " " "
davon 1 896 706 von Neu-Seeland
" 1 073 525 " La Plata-Staaten
" 334 693 " Australien (Kontinent)
" 18 897 " Falkland-Inseln.

Die Fracht ist auf $^{13}/_{16}$ Pence ($6^{1}/_{2}$ Pf.) per Pfund gesunken. Eine rasche Erweiterung des Handels steht bevor. Man beginnt auch schon Rindfleisch und Milchprodukte gefroren von Australien nach England zu bringen.

Der Fleischkonsum. Einem instruktiven Artikel von St. Bauer über „Arbeiterfragen und Lohnpolitik in Australien" in den Conrad'schen „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik" entnehmen wir folgende Angaben über den Fleischkonsum in den verschiedenen Ländern. Es wird durchschnittlich im Jahr Fleisch konsumirt per Kopf:

---

*) Im Jahre 1889.
**) Im Jahre 1888.

in Australien	276	engl. Pfund
= den Vereinigten Staaten	120	= =
= Großbritannien	105	= =
= Frankreich	74	= =
= Deutschland, Belgien, Holland	69	= =
= Oesterreich	64	= =
= Italien	23	= =

Man betrachtet die Höhe des Fleischkonsums als einen Maßstab des Wo[hl]standes der arbeitenden Klassen. Den obigen Zahlen zufolge steht dieser Wohlsta[nd] in umgekehrtem Verhältniß zur Länge der Arbeitszeit. In Australien ist der Ac[ht]stundentag am weitesten verbreitet, weniger in den Vereinigten Staaten; nur vereinz[elt] findet er sich in England. In Italien wird die Arbeiterschinderei am schamlosest[en] betrieben. Die Italiener sind die „fleißigsten" Arbeiter Europas. Und der Lo[hn] ihres Fleißes? 23 Pfund Fleisch im Jahr!

Feuilleton.

Die Lessing-Legende.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. II.

Der erste Keim der Lessing-Legende findet sich in Goethe's „Sprüchen [in] Prosa." Es sind ihrer etwas über tausend Abfälle aus der Gedankenwerkst[att] des alternden und des alten Dichters, Eigenes und Angeeignetes, Ethische[s,] Kunst, Natur, dem Stoffe nach so verschieden wie dem Werthe nach. Manch[es] Tiefsinnige und Weltweite; selbst schon ein Anflug von ökonomischer Dialekt[ik,] wie im Spruch 305: „Innungszwang und Gewerbsfreiheit, Festhalten und Ze[r]splittern des Grundbodens, es ist immer derselbe Konflikt, der zuletzt wieder ein[en] neuen erzeugt. Der größte Verstand des Regierenden wäre daher, diesen Kam[pf] so zu mäßigen, daß er ohne Untergang der einen Seite sich ins Gleiche stellt[e;] dies ist aber den Menschen nicht gegeben, und Gott scheint es auch nicht [zu] wollen." Dann wieder in Spruch 466 das Bekenntniß einer schönen Seel[e:] „So wie der Weihrauch einer Kohle Leben erfrischet, so erfrischet das Gebet d[ie] Hoffnungen des Herzens" oder in Spruch 638 der orphisch dunkle Satz: „[D]ie Rücksicht aufs Praktische ist der unerbittliche Verstand Vernunft, weil, vis-à-v[is] des Verstandes, es der Vernunft Höchstes ist, den Verstand unerbittlich zu machen." Mitten darin aber als Keim der Lessing-Legende der Spruch 514: „Da[ß] Friedrich der Große aber gar nichts von ihnen wissen wollte, das verdroß d[ie] Deutschen doch, und sie thaten das Möglichste, als Etwas vor ihm zu erscheinen." Wonach denn unsere klassische Literatur nichts anderes wäre, als eine Empörun[g] des „beschränkten Unterthanenverstandes" gegen schlechte Behandlung seitens de[s] Königs von Preußen.*)

*) Goethe's Werke XIX, 112 (Ausgabe von Hempel). Es könnte zweifelha[ft] erscheinen, ob Goethe's Spruch Eigenes oder Angeeignetes wäre, denn Justi schreib[t] in seiner Biographie Winckelmann's (II, 301) vom Friedrich des Jahres 1765: „[E]r blieb, sagte man damals, seiner eigenen Nation fremd und hatte an der Veredlun[g] derselben, welche sein Zeitalter ebenso ehrwürdig machte, wie das Zeitalter Ludwig XIV. gewesen, keinen anderen Antheil, als daß er Deutschland zur Eifersucht reizte, si[ch] durch eigene Erhebung an seiner Verachtung zu rächen." Allein obgleich Justi selb[st]

Breiter ausgeführt findet sich derselbe Gedanke im siebenten Buche von „Dichtung und Wahrheit." Die „berühmte Stelle" ist unzählige Male nachgedruckt worden, aber da ihre erschöpfende Kritik die genaue Kenntniß ihres Wortlauts zur Voraussetzung hat, so muß sie hier noch einmal wiedergegeben werden. Goethe schilderte den Zustand der deutschen Literatur, wie er ihn im Herbste von 1765 bei seiner Uebersiedlung auf die Hochschule von Leipzig als sechzehnjähriger Jüngling vorfand und schließt diese nach seinem sechzigsten Lebensjahre geschriebene Uebersicht wie folgt:

> Der erste wahre und höhere eigentliche Lebensgehalt kam durch Friedrich den Großen und die Thaten des siebenjährigen Krieges in die deutsche Poesie. Jede Nationaldichtung muß schal sein oder schal werden, die nicht auf dem Menschlich-Ersten ruht, auf den Ereignissen der Völker und ihrer Hirten, wenn beide für einen Mann stehen. Könige sind darzustellen in Krieg und Gefahr, wo sie eben dadurch als die Ersten erscheinen, weil sie das Schicksal des Allerletzten bestimmen und theilen und dadurch viel interessanter werden, als die Götter selbst, die, wenn sie Schicksale bestimmt haben, sich der Theilnahme derselben entziehen. In diesem Sinne muß jede Nation, wenn sie für irgend etwas gelten will, eine Epopöe besitzen, wozu nicht gerade die Form des epischen Gedichts nothwendig ist.
>
> Die Kriegslieder, von Gleim angestimmt, behaupten deswegen einen so hohen Rang unter den deutschen Gedichten, weil sie mit und in der That entsprungen sind, und noch überdies, weil an ihnen die glückliche Form, als hätte sie ein Mitstreitender in den höchsten Augenblicken hervorgebracht, uns die vollkommenste Wirksamkeit empfinden läßt.
>
> Ramler singt auf eine andere, höchst würdige Weise die Thaten seines Königs. Alle seine Gedichte sind gehaltvoll, beschäftigen uns mit großen, herzerhebenden Gegenständen und behaupten schon dadurch einen unzerstörlichen Werth. Denn der innere Gehalt des bearbeiteten Gegenstandes ist der Anfang und das Ende der Kunst. Man wird zwar nicht leugnen, daß das Genie, das ausgebildete Kunsttalent durch Behandlung aus Allem Alles machen und den widerspänstigsten Stoff bezwingen könne. Genau besehen entsteht aber alsdann immer mehr ein Kunststück, als ein Kunstwerk, welches auf einem würdigen Gegenstande ruhen soll, damit uns zuletzt die Behandlung durch Geschick, Mühe und Fleiß die Würde des Stoffs nur desto glücklicher und herrlicher entgegenbringe.
>
> Die Preußen und mit ihnen das protestantische Deutschland gewannen also für ihre Literatur einen Schatz, welcher der Gegenpartei fehlte und dessen Mangel sie durch keine nachherige Bemühung hat ersetzen können. An dem großen Begriff, den die preußischen Schriftsteller von ihrem Könige hegen durften, bauten sie sich erst heran, und um desto eifriger, als derjenige, in dessen Namen sie Alles thaten, ein- für allemal nichts von ihnen wissen wollte. Schon früher war durch die französische Kolonie, nachher durch die Vorliebe des Königs für die Bildung dieser Nation und ihre Finanzanstalten eine Masse französischer Kultur nach Preußen gekommen, welche den Deutschen höchst förderlich ward, indem sie dadurch zu Widerstreben und Widerspruch aufgestachelt wurden; ebenso war die Abneigung Friedrichs gegen das Deutsche für die Bildung des Literarwesens ein Glück. Man that Alles, um sich von dem Könige bemerken zu machen, nicht etwa um von ihm geachtet, sondern nur beachtet zu werden; aber man that's auf deutsche Weise, nach innerer Ueberzeugung, man that, was man für Recht erkannte, und wünschte und wollte, daß der König dieses deutsche Rechte anerkennen und schätzen solle.

---

diesen Satz in Anführungszeichen setzt, kann derselbe nicht wohl „damals," d. h. 1765, von irgend wem in Deutschland geäußert worden sein. Es scheint vielmehr, daß Justi oder seine Quelle den Gedanken von Goethe umschrieben hat, nur daß Goethe diese Betrachtung nicht „damals," sondern mehr als vierzig Jahre später anstellt.

Dies geschah nicht und konnte nicht geschehen; denn wie kann man von einem König, der geistig leben und genießen will, verlangen, daß er seine Jahre verliere, um das, was er für barbarisch hält, nur allzu spät entwickelt und genießbar zu sehen? In Handwerks- und Fabriksachen mochte er wohl sich, besonders aber seinem Volke statt fremder vortrefflicher Waaren sehr mäßige Surrogate aufdrängen; aber hier geht Alles geschwinder zur Vollkommenheit, und es braucht kein Menschenleben, um solche Dinge zur Reife zu bringen.

Eines Werkes aber, der wahrsten Ausgeburt des siebenjährigen Krieges, von vollkommenem norddeutschen Nationalgehalt muß ich hier vor Allem ehrenvoll erwähnen: es ist die erste aus dem bedeutenden Leben gegriffene Theaterproduktion von spezifisch temporärem Gehalt, die deswegen auch eine nie zu berechnende Wirkung that: Minna von Barnhelm. Lessing, der im Gegensatze von Klopstock und Gleim die persönliche Würde gern wegwarf, weil er sich zutraute, sie jeden Augenblick wieder ergreifen und aufnehmen zu können, gefiel sich in einem zerstreuten Wirthshaus- und Weltleben, da er gegen sein mächtig arbeitendes Innere stets ein gewaltiges Gegengewicht brauchte, und so hatte er sich auch in das Gefolge des Generals Tauenzien begeben. Man erkennt leicht, wie genanntes Stück zwischen Krieg und Frieden, Haß und Neigung erzeugt ist. Diese Produktion war es, die den Blick in eine höhere, bedeutendere Welt aus der literarischen und bürgerlichen, in welcher sich die Dichtkunst bisher bewegt hatte, glücklich eröffnete. Die gehässige Spannung, in welcher Preußen und Sachsen sich während dieses Krieges gegen einander befanden, konnte durch die Beendigung desselben nicht aufgehoben werden. Der Sachse fühlte nun erst recht schmerzlich die Wunden, die ihm der überstolz gewordene Preuße geschlagen hatte. Durch den politischen Frieden konnte der Friede zwischen den Gemüthern nicht sogleich hergestellt werden. Dieses aber sollte gedachtes Schauspiel im Bilde bewirken. Die Anmuth und Liebenswürdigkeit der Sächsinnen überwindet den Werth, die Würde, den Starrsinn der Preußen, und sowohl an den Hauptpersonen als den Subalternen wird eine glückliche Vereinigung bizarrer und widerstrebender Elemente kunstgemäß dargelegt.

Soweit die „berühmte Stelle," das klassische Zeugniß, auf welches hin die bürgerlich-preußischen Literarhistoriker das „Zeitalter Friedrichs des Großen" als fünftes an das Zeitalter des Perikles, des Augustus, der Medizäer und Ludwigs XIV. reihen. Aber es fehlt noch die Nutzanwendung, welche aus guten Gründen weggelassen zu werden pflegt. Unmittelbar nach jenen Sätzen fährt nämlich Goethe fort: „Habe ich durch diese kursorischen und desultorischen Bemerkungen über deutsche Literatur meine Leser in einige Verwirrung gesetzt, so ist es mir geglückt, eine Vorstellung von jenem chaotischen Zustande zu geben, in welchem sich mein armes Gehirn befand," und schildert dann als seine Rettung aus „dieser Noth" weiter „diejenige Richtung, von der ich mein ganzes Leben über nicht abweichen konnte, nämlich dasjenige, was mich erfreute oder quälte oder sonst beschäftigte, in ein Bild, ein Gedicht zu verwandeln und darüber mit mir selbst abzuschließen, um sowohl meine Begriffe von den äußeren Dingen zu berichtigen, als mich im Innern deshalb zu beruhigen. . . . Alles, was daher von mir bekannt geworden, sind nur Bruchstücke einer großen Konfession, welche vollständig zu machen dieses Büchlein ein gewagter Versuch ist." Wonach denn also „genau besehen," Goethe's ganze Dichtung „mehr ein Kunststück" ist, verglichen nämlich mit den „unzerstörlichen Kunstwerken" von Gedichten, in denen Ramler den König Friedrich besang.

Um aber noch ein wenig mehr Licht auf die „berühmte Stelle" fallen zu lassen, schlagen wir im siebenten Buche von „Dichtung und Wahrheit" um fünfzehn Seiten zurück. Hier spricht Goethe von einem gewissen König, der die Stelle eines Dresdener Hofpoeten „mit Würde und Beifall" bekleidete und ein

großes Gedicht auf ein Hoflager Augusts des Starken (mit den 354 natürlichen Kindern) verfertigte. Goethe sagt da:

In allen souveränen Staaten kommt der Gehalt für die Dichtkunst von oben herunter, und vielleicht war das Lustlager von Mühlberg der erste würdige, wo nicht nationelle, doch provinzielle Gegenstand, der vor einem Dichter auftrat. Zwei Könige, die sich in Gegenwart eines großen Heeres begrüßen, ihr sämmtlicher Hof- und Kriegsstaat um sie her, wohlgehaltene Truppen, ein Scheinkrieg, Feste aller Art: Beschäftigung genug für den äußeren Sinn und überfließender Stoff für schildernde und beschreibende Poesie. Freilich hatte dieser Gegenstand einen inneren Mangel, eben daß es nur Prunk und Schein war, aus dem keine That hervortreten konnte. Niemand außer den Ersten machte sich bemerkbar, und wenn es ja geschehen wäre, durfte der Dichter den Einen nicht hervorheben, um Andere nicht zu verletzen. Er mußte den Hof- und Staatskalender zu Rathe ziehen, und die Zeichnung der Personen lief daher ziemlich trocken ab; ja schon die Zeitgenossen machten ihm den Vorwurf, er habe die Pferde besser geschildert, als die Menschen. Sollte dies aber nicht gerade zu seinem Lobe gereichen, daß er seine Kunst gleich da bewies, wo sich ein Gegenstand für dieselbe darbot? Auch scheint die Hauptschwierigkeit sich ihm bald offenbart zu haben; denn das Gedicht hat sich nicht über den ersten Gesang hinaus erstreckt.

Und indem Goethe den Zweifel Breitinger's erwähnt, ob König's Gedicht wirklich ein Gedicht sei, fügt er hinzu, daß Breitinger in seiner „Kritischen Dichtkunst" „von einem falschen Punkte ausgehend, nach beinahe schon durchlaufenem Kreise doch noch auf die Hauptsache stößt und die Darstellung der Sitten, Charaktere, Leidenschaften, kurz des inneren Menschen, auf den die Dichtkunst doch wohl vorzüglich angewiesen ist, am Ende seines Buches gleichsam als Zugabe anzurathen sich genöthigt findet." Also auch hier derselbe Widerspruch, wie bei der „berühmten Stelle"; der „erste würdige Gehalt für die Dichtkunst kommt von den „Königen," kommt „von oben herunter," aber die „Hauptsache" ist doch der „innere Mensch," sind „Sitten, Charaktere, Leidenschaften."

Aber nicht nur deshalb gleiten die bürgerlich-preußischen Literarhistoriker über diese „nationelle" Stelle in „Dichtung und Wahrheit" fort. Noch schwerer liegt ihnen das „Lustlager von Mühlberg" im Magen als ein, wenn nicht ganz, doch beinahe so würdiger Gegenstand der deutschen Dichtung, wie der siebenjährige Krieg. Das „Lager von Radewitz," wie es in den alten Geschichtsbüchern gewöhnlich heißt, gehörte zu den kostspieligsten und sinnlosesten Sultanslaunen Augusts des Starken; das sächsische Heer von dreißigtausend Mann war zusammengezogen, um einen vollen Monat hindurch — Juni 1730 — einen lustigen Krieg zu führen; die schwelgerische Bewirthung der zahllosen Gäste — der König von Preußen und der Kronprinz Friedrich waren die vornehmsten — verschlang solche Unsummen, daß sie selbst in jener Zeit ein gewisses peinliches Aufsehen machten. Wenn Goethe in diesem Lustlager einen ersten Sporn der nationalen Poesie erblickte, so sieht es mit dem, sei es auch „höheren Lebensgehalte," den ihr der siebenjährige Krieg gebracht haben soll, allerdings bedenklich aus.*)

Schließlich sei kurz erwähnt, was Goethe über Gleim und Ramler sonst noch in „Dichtung und Wahrheit" zu sagen hat; auf die Beziehungen von Lessing's Minna zum siebenjährigen Kriege müssen wir in anderem Zusammenhange zurückkommen. Zehn Seiten vor der „berühmten Stelle" lesen wir: „Gleim, weitschweifig, behaglich von Natur, wird kaum einmal konzis in den Kriegsliedern. Ramler ist eigentlich mehr Kritiker als Poet." Zwei Seiten

*) Eine drastische Schilderung des „Lagers von Radewitz" findet sich u. A. bei Carlyle, Geschichte Friedrichs des Zweiten, II, 145—159.

weiter wird Gleim mit den Worten gestreift: „Das anakreontische Gegängel ließ unzählige mittelmäßige Köpfe im Breiten herumschwanken.“ Und endlich, allerdings erst im zehnten Buche, lobt Goethe die schöne Verwendung, welche Gleim von seinem reichen Einkommen macht und fügt hinzu: „Er gewann sich so viele Freunde, Schuldner und Abhängige, daß man ihm seine breite Poesie gern gelten ließ, weil man ihm für die reichlichen Wohlthaten nichts zu erwidern vermochte, als Duldung seiner Gedichte.“ Anderes übergehen wir.*)

Denn der Leser wird wohl an den vorstehenden Zitaten schon genug haben. Gleichwohl ließen sie sich nicht umgehen, wenn die „berühmte Stelle,“ die als ein versteinerndes Dogma die bürgerliche Literaturgeschichte beherrscht, einmal in ihre wirklichen Atome aufgelöst werden soll. Der von Fichte schon geschilderte „reine Leser,“ der nicht mehr die Bücher selbst, sondern nur über die Bücher liest, steht heute ja in vollster Pracht; läse unsere bürgerliche Welt ihre Weltdichter wirklich und schwätzte sie nicht blos nach Anleitung ihrer modischen Literaturhistoriker über ihn, so hätte jenes Dogma niemals entstehen können. Gerade im nächsten Zusammenhange mit der „berühmten Stelle“ sagt Goethe selbst, als was er sein „Büchlein“ betrachtet wissen will, als ein Stück seiner „Konfession.“ Ein mehr als sechzigjähriger Greis erzählt, was ein sechzehnjähriger Jüngling gedacht, gefühlt, geträumt hat. Und wo ihm die „schwankenden Gestalten“ wieder nahen, „die früh sich einst dem trüben Blick gezeigt,“ da fühlt sein Busen sich „jugendlich erschüttert vom Zauberhauch, der ihren Zug umwittert,“ wo ihm „die Bilder froher Tage und manche liebe Schatten aufsteigen,“ da quillt sein „Büchlein“ von lauterer Weisheit, da fallen die tiefsten Blicke in Herz und Welt. Aber ein herzoglich weimarischer Geheimbderath kann doch nicht mehr ganz so denken, fühlen und träumen, wie der genialste Jüngling des achtzehnten Jahrhunderts; auch ein Goethe lebt nicht ungestraft mehr als ein Menschenalter in dem kleinstädtischen Hofleben einer deutschen Winkelresidenz. Da wird ihm gar manches „bedeutend,“ das für sein Geistesleben niemals bedeutend gewesen ist: August der Starke und das Lustlager von Mühlberg, Friedrich der Große und der siebenjährige Krieg; es fehlt nur noch Napoleon und der russische Feldzug. Oder vielmehr: sie fehlen nicht. Denn um dieselbe Zeit, in welcher Goethe das siebente Buch von „Dichtung und Wahrheit“ schrieb, im Juli 1812, als sich die napoleonischen Heersäulen auf den Niemen zu wälzten und ganz Europa in der Ahnung eines drohenden Weltuntergangs erbebte, sang Goethe gelassen an „Ihro der Kaiserin von Frankreich Majestät“:

> Nun steht das Reich gesichert wie gegründet,
> Nun fühlt Er froh im Sohne Sich gegründet.

und als Schlußvers:

> Der Alles wollen kann, will auch den Frieden.**)

Bei alledem aber: auch in seinen höfisch-philiströsen Stimmungen blieb Goethe doch noch immer Goethe, war er noch immer noch ganz etwas anderes, als die bürgerlich-preußischen Literarhistoriker aus ihm machen möchten. Selbst in der „berühmten Stelle“ — eine wie tiefe Menschenkenntniß bekundet er in dem Worte von Lessing's Wegwerfen und Wiederaufnehmen der persönlichen Würde! Es gehört zu dem Treffendsten, was je über Lessing gesagt worden ist und deckt sich in wunderbarer Weise mit einem Gedichte von Lessing, das erst nach Goethe's

*) Goethe's Werke, XXI, 62 und ff., 48 und ff., 53, 56, 172.
**) Goethe's Werke III, 413.

[L]ode wieder aufgefunden worden ist, mit dem Gedichte „Ich," dessen Schluß-[z]eilen lauten:

Wie lange währt's, so bin ich hin
Und einer Nachwelt untern Füßen:
Was braucht sie, wen sie tritt, zu wissen?
Weiß ich nur, wer ich bin.

Und ferner: wenn man liest, daß Goethe dem Dresdener Hofpoeten „ge-[r]ade zum Lobe" anrechnet, daß derselbe die Gäule besser schildere, als die Menschen, [w]enn man liest, daß er den König Friedrich vertheidigt, weil derselbe, wie man [h]eute sagen würde, den nationalen Gedanken in Gestalt schofler Fabrikwaare — „billig und schlecht" heißt's ja wohl heutzutage — noch geehrt, aber die deutsche [L]iteratur nicht einmal dieser Pflege für werth erachtet, sondern die Deutschen als [K]anaillen behandelt habe, nur damit dieselben aus lauter Widerspruchsgeist große [D]enker und Dichter würden, wenn man dies alles mit einfachem, gesunden [M]enschenverstande liest und dann einen Blick auf den alexandrinischen Notenkram [u]nd die byzantinischen Kommentare wirft, die über die „berühmte Stelle" auf-[g]ehäuft sind, möchte man denn nicht mit dem alten Baron im „Münchhausen" sagen: [„]der Schulmeister schnappt noch gar über! das ist ja die blanke, pure Gottes-[S]atire?" Aber so sind unsere Schulmeister. Statt wenigstens so viel zu sehen, [d]aß Goethe sowohl von dem Lustlager von Mühlberg, wie von dem siebenjährigen [K]riege, auf die „Sitten, Leidenschaften, Charaktere" des „inneren Menschen," [k]urzum der „bürgerlichen Welt" als die „Hauptsache" der damaligen Dichtung [i]m Allgemeinen und seine Dichtung im Besonderen zurückkehrt, daß er also von [u]nserer klassischen Literatur nach einigen krausen Schnörkeln eben das sagt, was [S]chiller schon in die Worte gekleidet hatte: „Selbst erschuf sie sich den Werth," [st]att den höchsten Ruhmestitel des deutschen Bürgerthums hervorzuheben und [u]nsertwegen auch mit ihm zu prahlen, den Ruhmestitel, daß die bürgerlichen [K]lassen des achtzehnten Jahrhunderts, so gedrückt und geschunden, so verarmt [u]nd verzopft sie in Deutschland waren, doch noch Kerle wie Lessing, Herder, [G]oethe, Schiller und wie viele andere noch! aus sich hervorgebracht haben, statt [d]essen hängen sich unsere literarischen Schulmeister an das Zöpfchen von Goethe, [u]m sich von da an den Zopf Friedrichs schwingen und an diesem ihre loyalen [T]urnkünste zeigen zu können.

Und wenn ihnen je eine Ahnung aufdämmert, daß sie sich auf einem Holz-[w]ege befinden, so verlaufen sie sich erst recht. So orakelt Herr Eduard Grise-[b]ach in seiner Biographie Bürger's, mit dem staatlichen Aufblühen Preußens [u]nter Friedrich dem Großen hebe naturgemäß auch eine neue Epoche der deutschen [L]iteratur an; er zitirt dann einige Sätze aus der „berühmten Stelle," fügt aber [h]inzu: „Nur hätte Goethe nicht Gleim's und Ramler's politische Reimereien, [so]wie den als den Dichter so unglaublich überschätzten Lessing, der sich selbst weit [r]ichtiger taxirte, als Beweis des Neuen anführen sollen." Schade, daß Herr [G]risebach nicht mehr Goethe selbst deshalb stellen konnte. Auf diesen vorwitzigen [E]inwand würde der alte Olympier wohl aus seiner „bedeutenden" Redeweise [g]efallen und mit dem Gemeinplatze herausgefahren sein: Mein Lieber, woher [n]ehmen und nicht stehlen?*)

*) G. A. Bürger's Werke, herausgegeben von Eduard Grisebach, XIX, — Herr [G]risebach ist übrigens auch ein famoses Beispiel dafür, wie die heutigen Reichsdichter [„]höheren Lebensgehalt" gewinnen. Als Herr Falk seine Kulturkampfgesetze machte, [d]ichtete Grisebach einen „Tannhäuser in Rom," worin sich Tannhäuser also von der [„]Teufelinne" befreit: „Auf Rom hernieder sah Tannhäuser, an Deutschland dacht'

Denn wenn schon ein Einfluß Friedrichs und des siebenjährigen Krieg auf die deutsche Literatur nachgewiesen werden soll, so hat Goethe allerdings da jenige herausgegriffen, was menschenmöglicher Weise in diesem Sinne verwert werden kann: Lessing's Minna verherrlicht den siebenjährigen Krieg zwar ni und gewinnt auch nicht ihren „höheren Lebensgehalt" aus ihm, aber sie bezi sich wenigstens auf ihn. Ramler war zwar schon vor sechzig Jahren, wie dama Platen von ihm sang, „längst in Gott verstorben," aber als er lebte, besang allerdings den König Friedrich. Und endlich zeichnen sich Gleim's Kriegslie vor seiner sonstigen läppischen Poesie bis zu einem gewissen Grade immerhin a Auch ist Gleim der einzige preußische Dichter, der den König Friedrich wenigste einmal von Angesicht zu Angesicht gesehen hat. Nachdem er ihn bald ein halb Jahrhundert angesungen hatte, wurde ihm das Glück kurz vor Friedrichs En noch zu Theil und Gleim's poetischer Bericht darüber möge hier eine Ste finden *):

Der König und Gleim

zu Potsdam, den 22. Dezember 1785.

Wie heißt der Domdechant? — v. Hardenberg. — Macht der auch
Verse? — Mehr als ich!
Macht er sie auch so gut, als Er?
Ich glaube nein: man schmeichelt sich
Am Liebsten selbst. — Da hat Er Recht! die Brüder
Im heiligen Apoll, die harmoniren nicht. . . .
Wir harmoniren sehr, denn er macht Kirchenlieder,
Ich nicht, und keiner spricht
Von seinen Versen. — Das ist besser,
Als wenn ihr's thätet! Aber sagt:
Ist Wieland groß, ist Klopstock größer?
Der, Sire! wäre stolz, der's zu entscheiden wagt.
Er ist nicht stolz? — Ich bin's in diesem Augenblick,
Sonst eben nicht. — Er geht nach Halberstadt zurück;
Ins hochgelobte Mutterland?
Ja, Ihro Majestät! — Grüß' Er den Domdechant!

Das wäre so die einzige Stelle, auf welche sich ein literarisches „Zeitalt Friedrichs des Großen" aufbauen ließe. Aber ach! sie ist bei den bürgerlic preußischen Literarhistorikern gar nicht „berühmt."

---

er und den Kaiser, das theure, edle, deutsche Land, das nun in bittrem Zwist er brannt, wie zu der Hohenstaufenzeit: hier Kaiser! und hier Pabest! schreit... Tan häuser schwur gleich seinen Ahnen, zu folgen eines Kreuzzugs Fahnen, doch wid deutschen Reiches Feind, als Gottes und des Kaisers Freund, wider den Papst u seine Pfaffen mit seines Worts stahlharten Waffen zu kämpfen als ein treuer Ritte Die alte, weiche Liebeszither . . . Tannhäuser hat sie heut zerschmettert am Fels Petri, keine Lieder ersinnt die hohe Stirn euch wieder und sein verschloss'ner ernst Mund thut nicht mehr im Gesang sich kund, in Büchern, Schriften, flücht'gen Blätte wird er ins alte Schlachthorn schmettern." Natürlich, so lange bis der „Pabest" v wegen der Lebensmittelzölle wieder „Gottes und des Kaisers Freund" wurde.

*) Körte, Gleim's Leben, 219.

An unsere Leser. Wegen Erkrankung des Verfassers sind wir leider genöthig in der Fortsetzung des Artikels: „Die soziale Doktrin des Anarchismus" vo E. Bernstein eine Pause eintreten zu lassen. Aus demselben Grunde verzögert si das Erscheinen der von uns angekündigten Arbeit über Albert Lange.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 19. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Verkehrte Welt.

⸓ Berlin, 27. Januar 1892.

Der Kampf um das Volksschulgesetz tobt in mächtigen Schaumwellen von großen Worten weiter, und wenn man die Geschichte seit zwanzig Jahren nicht schon zum hundertsten Male erlebte, so könnte man wirklich glauben, es stecke etwas dahinter. Herr Miquel soll sogar seine Entlassung als Finanzminister eingereicht haben, aber vom Kaiser abschläglich beschieden worden sein, und Herr von Bennigsen soll seine Oberpräsidentenstelle niederlegen wollen, um Arm in Arm mit den feindlichen Brüdern vom Freisinn den Stier der Reaktion bei den Hörnern zu packen. So viel steht fest: eine parlamentarische Liebeserklärung hat er schon nach links gemacht, und er ist durchaus nicht abschläglich beschieden worden. Zwar sperrte und sträubte sich der Freisinn noch ein bischen, aber das ist so die Art verhuzzelter Männlein, denen unvermuthet eine alte Jungfer mit einem Heirathsantrage ins Haus fällt.

Und so steckte denn also doch etwas hinter dem Kampfe um das Volksschulgesetz, und sei es auch nur eine komische Gestalt, wie die „geschlossene Phalanx" des „wieder vereinigten Liberalismus"? Die Sache hat ihre zwei Seiten. Zunächst ist es mit jenen „Solls" wohl noch nicht gar so weit her, denn leichtfertig gehen so besonnene Staatsmänner, wie Bennigsen und Miquel, mit den ihnen anvertrauten königlich preußischen Aemtern und Würden sicherlich nicht um. Geschähe es aber dennoch und rückte der Nationalliberalismus wieder an die grüne Seite des Freisinns, so wäre der wirkliche Ehestifter nicht das Volksschulgesetz, sondern die Sozialdemokratie, nicht die Gefährdung der Staatsschule, sondern die Gefährdung des Profits. Die Sorge um den Mehrwerth treibt namentlich seit Aufhebung des Sozialistengesetzes die Freisinnigen und die Nationalliberalen mit sanfter, aber unwiderstehlicher Gewalt immer näher aneinander und, gleichviel ob es jetzt schon zu einer thatsächlichen Fusion kommt oder nicht, die „idealen Ziele der Volksschule," die „Erhaltung der friederizianischen Tendenzen" und dergleichen Humbug mehr, der nicht das Papier werth ist, auf welches er gedruckt wird, haben nicht das Kind erzeugt, sondern suchen nur nach einem schönklingenden Namen für den Embryo, der an das Licht des Tages drängt.

Ein schlagender Beweis dafür war u. A. die „große“ Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, in welcher gestern über das Volksschulgesetz berathen wurde. Herr Eugen Richter erklärte: mit dem hölzernen Säbel eures Katechismus werdet ihr die Sozialdemokratie nicht ausrotten; das ist nur möglich durch verstandesmäßige Erörterungen über die Naturnothwendigkeit der kapitalistischen Wirthschaftsordnung. Worauf Stöcker: Ja, lieber Irrlehrenmann, was wir mit unserem Katechismus nicht ausrichten, das wirst du mit deinen Pamphleten erst recht nicht ins Werk setzen, und lieber verlassen wir uns doch auf den seligen Luther, als auf deine Spar-Agnes. So verschlangen sich die beiden Löwen bis auf ihre Schwänze, die dann noch ein gespenstiges Duell fortwedelten. Der Richter-Wedel fuchtelte umher mit der Drohung eines neuen „Kulturkampfes,“ womit sich heutzutage nicht einmal mehr ein Hase schrecken läßt; der Stöcker-Wedel aber pinselte das „internationale Judenthum“ an die Wand, mit welchem Butzemann sich vielleicht noch ganz kleine Kinder ins Bett schrecken lassen. Es fehlt eben das „Prinzip“ in den „prinzipiellen“ Kämpfen der bürgerlichen Parteien, es sei denn, daß man die Angst vor den arbeitenden Klassen ein „Prinzip“ nennen will. Dies „Prinzip“ wird allerdings rechts wie links „ganz und voll“ aufrecht erhalten, aber alle sonstigen „prinzipiellen“ Unterschiede sind heute schon verschwommene Halbheiten, die, je stärker die Bewegung der Arbeiter anschwillt, um so schneller in Nacht und Nebel verschwimmen werden.

Eine solche verschwommene Halbheit ist auch der „Kampf ums Recht,“ in welchem sich die liberale Presse seit einer Woche tummelt. Es handelt sich dabei um Folgendes. Herr Prager ist ein „stiller Gelehrter,“ welcher die heutzutage überaus lukrative Beschäftigung treibt, hoffnungsvolle Sprößlinge der Bourgeoisie durch allerlei verfängliche Examina zu pressen. Frau Prager stammt aus einer armen Familie, ist aber eine schöne Frau, spielt in der „Gesellschaft“ eine große Rolle und macht mit den schweren Einnahmen ihres Gatten ein großes Haus. Plötzlich beginnt es in diesem idyllischen Heimwesen zu krachen. Frau Prager behauptet, daß Herr Prager sie mißhandle, und Herr Prager behauptet, daß Frau Prager ihn mit anderen Männern hintergehe. Sie klagen gegenseitig auf Ehescheidung. Kurz vor der gerichtlichen Entscheidung läßt Frau Prager durch ihren Bruder Herrn Prager Nächtens in seinem Schlafzimmer überfallen. Das Ergebniß dieses Ueberfalls war die — nicht tödtliche — Verwundung des Herrn Prager durch einen Revolverschuß. Welches aber sein Zweck war, das ist die Streitfrage. Frau Prager und ihr Bruder behaupten, es habe sich nur um den Diebstahl einiger Briefe gehandelt, welche Herr Prager seinerseits aus dem Schreibtische von Frau Prager gestohlen habe, um sie als Beweise ihrer Untreue in dem Ehescheidungsprozesse zu verwerthen, und der Dieb habe nur in der Verwirrung der Nothwehr geschossen, da er von dem zur Unzeit aufgewachten Herrn Prager überrascht worden sei. Herr Prager dagegen oder wenigstens — denn Herr Prager hat sich inzwischen wieder mit Frau Prager unter gegenseitigem Generalpardon versöhnt — der Staatsanwalt behauptet, es läge geplanter Mord vor; die Erlangung der kompromittirenden Briefe sei vielleicht oder auch gewiß ein Nebenzweck, der Hauptzweck der verbrecherischen Handlung aber sei gewesen, Herrn Prager zu tödten, damit Frau Prager als annoch legitime Gattin in den Genuß seiner Hinterlassenschaft trete.

Die Geschworenen haben nach den Anträgen des Staatsanwalts erkannt; sie haben Frau Prager und deren Bruder, unter Ausschluß mildernder Umstände, des versuchten Todtschlags für schuldig befunden und der Gerichtshof hat über jene als Anstifterin sechs, über diesen fünf Jahre Zuchthaus verhängt. Um die

Kassirung dieses Urtheils bewegt sich nun der „Kampf ums Recht,“ den die liberale Presse unternommen hat. Nicht zwar, als ob die Auffassung der That, welche die Angeklagten geltend machen wollten, durch die gerichtlichen Verhandlungen irgend wahrscheinlicher gemacht worden wäre, als die Ansicht des Staatsanwaltes; die krampfhaften Versuche der Vertheidiger, eine „fahrlässige Körperverletzung“ oder eine „Ueberschreitung der Nothwehr aus Furcht und Schrecken“ zu konstruiren, haben eher das Gegentheil bewirkt. Aber — über diese krampfhaften Versuche hat der Vorsitzende des Schwurgerichtshofes, ein Landgerichtsdirektor Brausewetter, in seinem Schlußresumé einige spöttische und, wie von vornherein zugegeben sei, durchaus ungehörige Bemerkungen gemacht und nun ist Holland in Noth! In der ganzen „Gesellschaft“ und in der ihre Anschauungen wiederspiegelnden Presse ist Frau Prager hier und Frau Prager da: eine büßende Magdalena, voll der feinsten Schwingungen einer modernen Seele, interessant, pikant, rührend, wird von einer parteiischen Rechtspflege unter den Abschaum der Menschheit geworfen! Dieser Verstoß gegen die heiligsten Rechte der „Gesellschaft“ darf nicht geduldet werden; er schreit zum Himmel und wahrhaftig! die liberale Presse wagt, gegen einen preußischen Landgerichtsdirektor vorzugehen.

Würde in diesem Feldzuge auch nur ein Atom natürlichen Rechtsgefühls verknallt, wir würden gerne anerkennen, daß er einen Schuß Pulver werth sei. Aber — wo war denn die „Gesellschaft,“ als vor einem Vierteljahre vor demselben Schwurgerichte eine alte, arme und häßliche Sünderin stand, jene Frau Heinze, welche sich nur mit den wirklich pöbelhaft gemeinen Worten zu vertheidigen wußte: „Ich mußte zur Dirne werden, weil ich mit der angestrengtesten Arbeit nur vier bis fünf Mark wöchentlich verdienen konnte“? O damals war die „Gesellschaft“ auf der Hetze gegen den Vertheidiger, der innerhalb seiner Pflicht und seines Rechts seiner Klientin den nach Lage der Dinge wohlbegründeten Rath ertheilt hat, vor dem Gerichtshofe zu schweigen. Oder wo war die „Gesellschaft,“ als jener Landgerichtsdirektor Brausewetter in einer langen Reihe politischer Prozesse gegen Ehrenmänner, welche nur durch das öffentliche Aussprechen ihrer ehrlichen Ueberzeugung gegen das Strafgesetzbuch verstoßen hatten, eine Haltung beobachtete, die subjektiv gewiß ebenso wohl begründet, aber objektiv noch hundertmal anfechtbarer war, als seine in dem Prozesse Prager beobachtete Haltung? O, sie war nirgends, und es erfüllte sich buchstäblich, was Lassalle schon vor dreißig Jahren an Marx schrieb: „Sie werden sich hüten! Und unsere liberalen Blätter am allermeisten! Wo werden denn diese Kalbsköpfe ein Wörtchen gegen ihr heiligstes Palladium, den „preußischen Richterstand,“ bringen, bei dessen bloßer Erwähnung sie vor Entzücken schnalzen — sie sprechen schon das Wort nie anders als mit zwei vollen Pausbacken aus — und vor Respekt mit dem Kopf auf die Erde schlagen! O gar nichts werden sie davon bringen, es von der Donau bis zum Rhein und so weit sonst nur immer „die deutsche Zunge reicht,“ einfach todtschweigen.“ Und so ist der „Kampf ums Recht,“ den die „Gesellschaft“ in dem Falle der Frau Prager treibt, nur ein Kampf um die Immunität ihrer eigenen Fäulniß. Was zum Henker schiert es die Gerichte, in welcher Weise eine vielbewunderte Zierde der „Gesellschaft“ sich aus dem, wie Herr Otto Brahm so schön sagt, „sozialen Kerker der Ehe“ befreien will! Das liegt ja doch „jenseits von Gut und Böse.“

Beiläufig — Herr Otto Brahm! Wir hörten ihn vor Jahr und Tag in hiesigen Arbeiterversammlungen den „vierten Stand“ preisen, welcher allein noch das Heil der deutschen Dichtung verbürge und wir sahen ihn im Vorstand der „Freien Volksbühne“ zwischen den Herren Wildberger und Wille sitzen; wir

hörten ihn Liebknecht abkanzeln, weil derselbe in der „Neuen Zeit" dem „jüngsten Deutschland" die sozialistische Ader abgesprochen hatte, und wir sahen ihn vor dem „großen Genossen" — Marx dienern. Derweil aber sehen wir, daß Herr Otto Brahm seine ästhetische Weisheit wiederum als Theaterkritiker der freisinnig-kapitalistischen „Nation" verzapft. Es lohnt sich, die sonst sehr gleichgiltige Thatsache als ein erfreuliches Zeichen für die gesunden Anschauungen der hiesigen Arbeiter zu verzeichnen. Als Herr Brahm beim Erlöschen des Sozialistengesetzes sich mit seinem wohlfeilen Radikalismus, seinem „Naturalismus" und seiner „sozialen Tragik," die sich etwa in irgend einer vor innerer Fäulniß auseinanderkrachenden Millionärsehe entdecken läßt, in die Reihen des „vierten Standes" drängte, da wurde mitunter die Besorgniß laut, daß der Kapitalismus auf einen verwünscht gescheidten Gedanken verfallen sei. Was es aber mit dieser Besorgniß auf sich hat, zeigt der schleunige Rückzug des Herrn Brahm in sein heimathliches Lager.

Eben jetzt veröffentlicht auch der bisherige Inhaber des kritischen Richterstuhls, auf dem Herr Brahm nunmehr thront, ein Büchelchen: „Apostata," von Maximilian Harden. Es besteht aus einer Sammlung von Aufsätzen, die Herr Harden unter dem Pseudonym „Apostata" seit Jahr und Tag in der „Gegenwart" veröffentlicht hat. Herr Harden steht ganz und gar auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und sozialpolitisch ist er nichts weniger als unser Mann. Aber unter dem Nachwuchse der bürgerlichen Aesthetiker und Literarhistoriker ist er weitaus wie der Begabteste, so auch der Unterrichtetste. Seine Aufsätze zeichnen sich durch glänzende Sprache und umfangreiches Wissen, mehr aber noch durch die in der bürgerlichen Welt seltene Ehrlichkeit und Rücksichtslosigkeit aus, mit welcher sie gesellschaftliche, künstlerische, literarische Mißstände bekämpfen. So hat sich Herr Harden binnen kurzer Frist einen gefürchteten und gehaßten Namen gemacht, und dafür auch die landesüblichen Rückschläge erfahren: von der heimlichen Verleumdung an bis zum brutalen Ueberfall auf offener Straße. Nicht erst alles dessen zu gedenken, was dazwischen liegt und wozu dann auch wohl gehören mag, daß Herr Harden ging, wo Herr Brahm kam.

Wohl beschlagen, wie Herr Brahm in den Schriften von Marx ist, wird er aus der Vorrede zum „Kapital" die Stelle kennen: „Die englische Hochkirche verzeiht eher den Angriff auf 38 von ihren 39 Glaubensartikeln, als auf $^{1}/_{39}$ ihres Geldeinkommens." Und er wird auch leicht die „soziale Tragik" ausdeuten, die in diesem Satze liegt. Die kapitalistische Gesellschaft hat nämlich einen ebenso gesunden Instinkt, wie die englische Hochkirche. Sie läßt eher alle ihre Glaubensartikel durch einen „Naturalismus" oder „Sozialismus" verleugnen, der wie ein kokettes Mäntelchen um ihre innere Fäulniß drapirt wird, als daß sie das Messer eines Arztes an ihren fetten Leib kommen ließe, und wäre dieser Arzt auch rechtgläubig vom Wirbel bis zur Zehe.

Der Sozialismus in Deutschland.

Von **Friedrich Engels.**

Das Nachfolgende ist die Uebersetzung eines Artikels, den ich auf Wunsch unsrer Pariser Freunde in französischer Sprache in den Almanach du Parti Ouvrier pour 1892 schrieb. Sowohl den französischen wie den deutschen Sozialisten bin ich schuldig, ihn auch deutsch zu veröffentlichen. Den französischen, weil es in Deutschland bekannt werden muß, wie unverhohlen man mit ihnen den Fall erörtern kann, wo deutsche Sozialisten an einem Krieg, auch gegen Frankreich,

unbedingt theilnehmen würden, und wie frei diese Franzosen sind von dem Chauvinismus und Revanchedurst, den alle bürgerlichen Parteien, von den Monarchisten bis zu den Radikalen, so prunkhaft zu Schau tragen. Den deutschen, weil diese ein Recht haben, von mir selbst in authentischer Weise zu erfahren, was ich den Franzosen über sie erzählt.

Es versteht sich von selbst — ich wiederhole es aber noch ausdrücklich — daß ich in diesem Artikel nur in meinem eignen Namen spreche, keineswegs aber im Namen der deutschen Partei. Dazu haben nur die gewählten Behörden, Vertreter und Vertrauensmänner dieser Partei das Recht. Und zudem verbietet mir meine in fünfzigjähriger Arbeit erworbne internationale Stellung, als Vertreter dieser oder jener nationalen sozialistischen Partei, im Gegensatz zu den andern, aufzutreten, wenn sie mir auch nicht verbietet mich zu erinnern, daß ich ein Deutscher bin und stolz zu sein auf die Position, die unsre deutschen Arbeiter vor allen andern sich erkämpft.

I.

Der deutsche Sozialismus datirt von lange vor 1848. Er wies anfangs zwei unabhängige Strömungen auf. Einerseits eine reine Arbeiterbewegung, Abzweigung des französischen Arbeiterkommunismus; aus ihr ging, als eine ihrer Entwicklungsstufen, der utopische Kommunismus Weitling's hervor. Dann, eine theoretische Bewegung, entsprungen aus dem Zerfall der Hegel'schen Philosophie; diese Richtung wird gleich von vorn herein beherrscht durch den Namen Marx. Das „Kommunistische Manifest“ vom Januar 1848 bezeichnet die Verschmelzung beider Strömungen, eine Verschmelzung, vollendet und besiegelt im Glutofen der Revolution, wo sie Alle, Arbeiter wie Ex-Philosophen, ihren Mann redlich gestanden haben.

Nach der Niederlage der europäischen Revolution 1849 mußte der Sozialismus in Deutschland sich auf eine geheime Existenz beschränken. Erst 1862 pflanzte Lassalle, ein Schüler von Marx, von neuem die sozialistische Fahne auf. Aber das war nicht mehr der kühne Sozialismus des Manifests; was Lassalle im Interesse der Arbeiterklasse forderte, das war die Errichtung von Kooperativ-Produktionsgenossenschaften vermittelst des Staatskredits — eine Neuauflage des Programms der Pariser Arbeiterfraktion, die vor 1848 dem rein republikanischen National von Marrast anhingen, also eines Programms, das die reinen Republikaner der „Organisation der Arbeit“ von Louis Blanc entgegenstellten. Der Lassalle'sche Sozialismus, wie man sieht, war sehr bescheiden. Und dennoch bezeichnet er den Ausgangspunkt der zweiten Entwicklungsstufe des Sozialismus in Deutschland. Denn es gelang dem Talent, dem Feuereifer, der unbezähmbaren Energie Lassalle's eine Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen, an welche sich durch positive oder negative, freundliche oder feindliche Bande Alles knüpft, was während zehn Jahren das deutsche Proletariat Selbständiges gethan hat.

In der That: konnte der reine Lassallianismus, wie er ging und stand, den sozialistischen Ansprüchen der Nation genügen, die das „Manifest“ erzeugt hatte? Das war unmöglich. Und so entstand bald, Dank vor Allem den Bemühungen Liebknecht's und Bebel's, eine Arbeiterpartei, die die Prinzipien des 1848er Manifests offen proklamirte. Dann, 1867, drei Jahre nach Lassalle's Tod, erschien das „Kapital“ von Marx, und vom Tag seines Erscheinens datirt der Verfall des spezifischen Lassallianismus. Die Anschauungen des „Kapital“ wurden mehr und mehr Gemeingut aller deutschen Sozialisten, der Lassallianer nicht minder als der andern. Mehr als einmal gingen ganze Gruppen Lassallianer

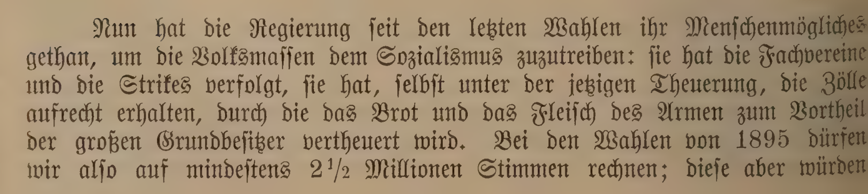
mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel zur neuen „Eisenacher“ Partei über. Diese nahm fortwährend an Stärke zu, so daß es bald zu offnen Feindseligkeiten zwischen ihr und den Lassallianern kam; und man schlug sich am heftigsten, selbst mit Knüppeln, grade in dem Augenblick, wo kein wirklicher Streitpunkt zwischen den Kämpfenden mehr vorlag, wo die Prinzipien, die Argumente, und selbst die Kampfmittel der einen in allen wesentlichen Punkten zusammenfielen mit denen der andern.

Und das war grade der Augenblick, wo Abgeordnete beider Richtungen im Reichstag nebeneinander saßen, und die Nothwendigkeit gemeinsamen Handelns sich doppelt fühlbar machte. Gegenüber den Ordnungsparteien wurde die gegenseitige Befehdung der Sozialisten einfach lächerlich. Die Lage wurde gradezu unerträglich. Da, im Jahr 1875, vollzog sich die Verschmelzung. Und seitdem haben die ehemals feindlichen Brüder ununterbrochen eine einzige, innig vereinte Familie ausgemacht. Und wäre noch die geringste Aussicht gewesen, sie zu entzweien, so war Bismarck so freundlich, dem vorzubeugen, indem er 1878 den deutschen Sozialismus rechtlos erklärte durch sein berüchtigtes Ausnahmegesetz. Die unparteiisch fallenden Hammerschläge der Verfolgung schmiedeten Eisenacher und Lassallianer endgültig in eine einzige gleichartige Masse. Und heute veröffentlicht die sozialdemokratische Partei mit der einen Hand eine amtliche Ausgabe der Werke Lassalle's, während sie gleichzeitig mit der andern — und unter Beihülfe der alten Lassallianer — die letzten Spuren des spezifischen Lassallianismus aus ihrem Programm austilgt.

Soll ich noch im Einzelnen die Wechselfälle, die Kämpfe, die Niederlagen, die Triumphe aufzählen, die unsre Partei in ihrem Lebenslauf durchgemacht? Als das allgemeine Stimmrecht ihr die Thür des Reichstags öffnete, war sie vertreten durch zwei Abgeordnete und hunderttausend Wähler; heute zählt sie fünfunddreißig Abgeordnete und anderthalb Millionen Wähler, mehr Wähler als irgend eine andre Partei in den 90er Wahlen aufzuweisen hat. Elf Jahre Reichsacht und Belagerungszustand haben ihre Stärke vervierfacht und sie zur stärksten Partei Deutschlands gemacht. 1867 konnten die ordnungsparteilichen Abgeordneten ihre sozialistischen Kollegen noch für fremdartige Wesen ansehn, die aus einem andern Planeten herabgefallen; heute, ob's ihnen gefällt oder nicht, müssen sie in ihnen die Vertreter der Macht sehn, der die Zukunft gehört. Die sozialdemokratische Partei, die einen Bismarck gestürzt, die nach elfjährigem Kampf das Sozialistengesetz gebrochen; die Partei, die wie die ansteigende Flut alle Dämme überbraust, die sich über Stadt und Land ergießt, bis in die reaktionärsten Ackerbaudistrikte, diese Partei steht heute auf dem Punkt, wo sie mit fast mathematisch genauer Berechnung die Zeit bestimmen kann, in der sie zur Herrschaft kommt.

Die Zahl der sozialistischen Stimmen war

1871	101 927	1884	549 990
1874	351 670	1887	763 128
1877	493 447	1890	1 427 298



Nun hat die Regierung seit den letzten Wahlen ihr Menschenmögliches gethan, um die Volksmassen dem Sozialismus zuzutreiben: sie hat die Fachvereine und die Strikes verfolgt, sie hat, selbst unter der jetzigen Theuerung, die Zölle aufrecht erhalten, durch die das Brot und das Fleisch des Armen zum Vortheil der großen Grundbesitzer vertheuert wird. Bei den Wahlen von 1895 dürfen wir also auf mindestens 2½ Millionen Stimmen rechnen; diese aber würden

um 1900 sich auf 3½ bis 4 Millionen steigern. Ein angenehmer „Jahrhundertschluß“ für unsre Bourgeois!

Dieser kompakten und stets anschwellenden Masse von Sozialdemokraten gegenüber sehn wir nur gespaltene bürgerliche Parteien. 1890 hatten die Konservativen (beide Fraktionen zusammen) 1 377 417 Stimmen; die Nationalliberalen 1 177 807; die Deutschfreisinnigen 1 159 915; das Zentrum 1 342 113. Und das bedeutet eine Lage, wo eine solide Partei, die über 2½ Millionen Stimmen verfügt, jede Regierung zur Kapitulation bringen kann.

Die Hauptstärke der deutschen Sozialdemokratie liegt aber keineswegs in der Zahl ihrer Wähler. Bei uns wird man Wähler erst mit 25 Jahren, aber schon mit 20 Soldat. Und da grade die junge Generation es ist, die unsrer Partei ihre zahlreichsten Rekruten liefert, so folgt daraus, daß die deutsche Armee mehr und mehr vom Sozialismus angesteckt wird. Heute haben wir einen Soldaten auf fünf, in wenig Jahren werden wir einen auf drei haben, und gegen 1900 wird die Armee, früher das preußischste Element des Landes, in ihrer Majorität sozialistisch sein. Das rückt heran, unaufhaltsam wie ein Schicksalsschluß. Die Berliner Regierung sieht es kommen, ebenso gut wie wir, aber sie ist ohnmächtig. Die Armee entschlüpft ihr.

Wie oft haben die Bourgeois uns ~~nicht~~ zugemuthet, wir sollten unter allen Umständen auf den Gebrauch revolutionärer Mittel verzichten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen bleiben, jetzt, da das Ausnahmsgesetz gefallen, das gemeine Recht wieder hergestellt ist für Alle, auch für die Sozialisten! Leider sind wir nicht in der Lage, den Herren Bourgeois diesen Gefallen zu thun. Was aber nicht verhindert, daß in diesem Augenblick nicht wir diejenigen sind, die „die Gesetzlichkeit kaput macht.“ Im Gegentheil, sie arbeitet so vortrefflich für uns, daß wir Narren wären, verletzten wir sie, so lange dies so vorangeht. Viel näher liegt die Frage, ob es nicht grade die Bourgeois und ihre Regierung sind, die Gesetz und Recht verletzen werden, um uns durch die Gewalt zu zermalmen? Wir werden das abwarten. Inzwischen: „schießen Sie gefälligst zuerst, meine Herren“ Bourgeois!

Kein Zweifel, sie *werden* zuerst schießen. Eines schönen Morgens werden die deutschen Bourgeois und ihre Regierung müde werden, der alles überströmenden Springfluth des Sozialismus mit verschränkten Armen zuzuschauen; sie werden Zuflucht suchen bei der Ungesetzlichkeit, der Gewaltthat. Was wird's nützen? Die Gewalt kann eine kleine Sekte auf einem beschränkten Gebiet erdrücken; aber die Macht soll noch entdeckt werden, die eine, über ein ganzes großes Reich ausgebreitete Partei von über zwei oder drei Millionen Menschen auszurotten im Stande ist. Die kontrerevolutionäre, momentane Uebermacht kann den Triumph des Sozialismus vielleicht um einige Jahre verzögern, aber nur, damit er dann um so vollständiger und endgültiger wird.

II.

Das Vorhingesagte gilt nur unter dem Vorbehalt, daß es Deutschland vergönnt wird, seine ökonomische und politische Entwicklung in Frieden zu verfolgen. Ein Krieg würde das alles ändern. Und der Krieg kann von heute auf morgen losbrechen.

Und was „der Krieg“ heutzutage bedeutet, das weiß jedermann. Das will sagen: Frankreich und Rußland hier, gegen Deutschland, Oesterreich, vielleicht Italien dort. Die Sozialisten aller dieser Länder, wider Willen eingestellt, müßten sich gegen einander schlagen: was würde in solchem Fall die deutsche sozialdemokratische Partei thun, was würde aus ihr werden?

Das deutsche Reich ist eine Monarchie mit halbfeudalen Formen, die aber in letzter Reihe bestimmt wird durch die ökonomischen Interessen der Bourgeoisie. Diese Monarchie hat — Dank Bismarck — ungeheure Fehler begangen. Ihre polizistische, kleinliche, auf Plackereien ausgehende, einer großen Nation unwürdige innere Politik hat ihr die Verachtung aller bürgerlich-liberalen Länder eingebracht; ihre auswärtige Politik das Mißtrauen, ja den Haß der Nachbarvölker. Durch die gewaltsame Annexion von Elsaß-Lothringen hat die deutsche Regierung jede Versöhnung mit Frankreich auf lange Jahre hinaus unmöglich, und, ohne für sich selbst einen wirklichen Vortheil einzuheimsen, Rußland zum Schiedsrichter von Europa gemacht. Das ist so augenfällig, daß gleich am Tage nach Sedan der Generalrath der Internationale die heutige europäische Situation hat vorhersagen können. In seiner Adresse vom 9. September 1870 heißt es: „Bilden sich denn die teutonischen Patrioten wirklich ein, sie würden den Frieden und die Freiheit sicher stellen, indem sie Frankreich in die Arme Rußlands treiben? Wenn Deutschland, fortgerissen durch den Erfolg der Waffen, durch den Uebermuth des Siegs, durch dynastische Intrigue einen Gebietsraub an Frankreich begeht, dann von zweien Dingen eins: entweder muß es sich zum offenkundigen Werkzeug russischer Eroberungspolitik hergeben, oder es steht ihm ein neuer „Vertheidigungskrieg“ bevor — kein Krieg wie die neumodischen „lokalisirten“ Kriege, sondern ein Racenkrieg, ein Krieg gegen die vereinten Slaven und Romanen.“

Kein Zweifel: gegenüber *diesem* deutschen Reich vertritt auch die heutige französische Republik die Revolution — allerdings nur die bürgerliche Revolution, aber immerhin die Revolution. Sowie aber diese Republik sich unter die Befehle des russischen Zaren stellt, ist das anders. Der russische Zarismus, das ist der Feind aller westlichen Völker, selbst der Bourgeois dieser Völker. Kämen die zarischen Horden nach Deutschland, sie brächten nicht die Freiheit, sondern die Knechtschaft, nicht die Entwicklung, sondern die Verwüstung, nicht den Fortschritt, sondern die Verrohung. Arm in Arm mit dem Zaren, kann Frankreich den Deutschen nicht die geringste freiheitliche Idee bringen; der französische General, der von deutscher Republik spräche, würde von ganz Europa und Amerika ausgelacht. Frankreich würde seine ganze revolutionäre Geschichtsrolle verläugnen und dem Bismarck'schen Kaiserreich erlauben, sich als Vertreter des westlichen Fortschritts aufzuspielen gegenüber orientalischer Barbarei.

Nun aber steht hinter dem offiziellen Deutschland das sozialistische Deutschland, die Partei, der die Zukunft, die nahe Zukunft des Landes gehört. Sobald diese Partei an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wieder gut zu machen, die ihre Amtsvorgänger gegen andre Nationen begangen. Sie wird die Wiederherstellung des heute so schnöde von der französischen Bourgeoisie verrathenen Polens vorbereiten, sie wird Nordschleswig und Elsaß-Lothringen in die Lage versetzen müssen, frei über ihre politische Zukunft zu entscheiden. Alle diese Fragen lösen sich also leicht und in naher Zukunft, vorausgesetzt nur, daß Deutschland sich selbst überlassen bleibt. Zwischen einem sozialistischen Frankreich und einem sozialistischen Deutschland kann keine elsaß-lothringische Frage aufkommen, der Fall ist im Handumdrehen erledigt. Nur handelt es sich darum, etwa zehn Jahre länger zu warten. In Frankreich, England, Deutschland wartet das gesammte Proletariat noch auf seine Befreiung; sollten die elsaß-lothringischen Patrioten nicht auch etwas warten können? Soll wegen ihrer Ungeduld ein ganzer Kontinent verwüstet und schließlich der zarischen Knute ausgeliefert werden? Ist das Spiel solchen Einsatz werth?

Kommt es zum Krieg, so wird zunächst Deutschland, sodann auch Frank-eich Hauptschauplatz sein; diese beiden Länder werden vor allen anderen die riegskosten und Verwüstungen zu tragen haben. Und dazu wird dieser Krieg, leich von Anfang, sich auszeichnen durch eine Reihe gegenseitiger Ver-äthereien unter Verbündeten, wie selbst die Erzverrätherin, die Diplomatie, ergleichen bisher noch nicht aufweisen konnte; und die Hauptopfer dieser Verräthereien werden wiederum sein Frankreich oder Deutschland — oder alle eide. Keins dieser beiden Länder wird, angesichts solcher Aussichten, den ffnen Kampf provoziren. Rußland dagegen, durch seine geographische und konomische Lage gedeckt gegen die vernichtendsten Folgen einer Reihe von Niederlagen, Rußland, das offizielle Rußland allein kann bei einem so furcht-aren Krieg sein Interesse finden, und direkt darauf hinarbeiten. Aber in jedem fall, wie die politischen Dinge heute liegen, ist zehn gegen eins zu wetten, aß beim ersten Kanonenschuß an der Weichsel die französischen Armeen an en Rhein marschiren.

Und dann kämpft Deutschland einfach um seine Existenz. Siegt es, so ndet es nirgends Annexionsstoff vor; im Westen wie im Osten trifft es nur uf fremdsprachige Provinzen, und deren hat es schon mehr als genug. Wird s besiegt, zermalmt zwischen dem französischen Hammer und dem russischen Ambos, o verliert es an Rußland Altpreußen und die polnischen Provinzen, an Däne-mark ganz Schleswig, an Frankreich das ganze linke Rheinufer. Selbst wenn Frankreich diese Eroberung zurückwiese, Rußland würde sie ihm aufzwingen. Denn Rußland braucht vor Allem einen ewigen Zankapfel, einen Grund unaufhörlicher Entzweiung zwischen Frankreich und Deutschland. Versöhnt diese beiden großen Länder, und es ist aus mit der russischen Vorherrschaft in Europa. Ein so zer-rückeltes Deutschland wäre aber außer Stande, die ihm in der europäischen eschichtlichen Entwicklung zukommende Rolle durchzuführen. Herabgedrückt auf en Stand, den ihm Napoleon nach Tilsit aufzwang, könnte es sich am Leben rhalten nur in der Vorbereitung eines neuen Kriegs zur Wiederherstellung einer nationalen Lebensbedingungen. Inzwischen aber bliebe es das gefügige Werkzeug des Zaren, der nicht ermangeln würde, sich seiner zu bedienen — egen Frankreich.

Was würde unter solchen Umständen aus der deutschen sozialdemokratischen Partei? Soviel ist sicher: weder der Zar, noch die französischen Bourgeois-epublikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit orübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle drei „der Feind“ ist. Man hat gesehn, wie Thiers und Bismarck sich die Hände gereicht aben über den Ruinen des Paris der Kommune; wir würden dann erleben wie er Zar, Constans und Caprivi — oder ihre beliebigen Nachfolger — sich in ie Arme sinken über der Leiche des deutschen Sozialismus.

Nun aber hat die deutsche sozialdemokratische Partei, Dank den ununter-rochnen Kämpfen und Opfern von dreißig Jahren, eine Stellung erobert, wie eine andere sozialistische Partei der Welt; eine Stellung, die ihr binnen kurzer Frist den Heimfall der politischen Macht sichert. Das sozialistische Deutschland nimmt in der internationalen Arbeiterbewegung den vordersten, den ehrenvollsten, en verantwortlichsten Posten ein; es hat die Pflicht, diesen Posten gegen jeden Angreifer bis auf den letzten Mann zu behaupten.

Wenn aber der Sieg der Russen über Deutschland die Erdrückung des eutschen Sozialismus bedeutet, was wird dann, gegenüber einer solchen Aussicht, ie Pflicht der deutschen Sozialisten sein? Sollen sie die Ereignisse passiv über

sich ergehen lassen, die ihnen Vernichtung drohn, sollen sie widerstandslos de
Posten räumen, für den sie die Verantwortung übernommen haben vor de
Proletariat der ganzen Welt?

Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunde
alle eroberten Stellungen zu behaupten, nicht zu kapituliren, ebensowenig vor de
äußern wie vor dem innern Feind. Und das können sie nur, indem sie bis au
Aeußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seie
Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zare
und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialiste
sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie. Gegenüber de
deutschen Kaiserthum kann die französische Republik möglicherweise die bürgerlic
Revolution repräsentiren. Aber gegenüber der Republik eines Constans, eine
Rouvier, und selbst eines Clémenceau, besonders aber gegenüber der Republik i
Dienste des russischen Zaren, repräsentirt der deutsche Sozialismus unbedingt d
proletarische Revolution.

Ein Krieg, wo Russen und Franzosen in Deutschland einbrächen, wä
für dieses ein Kampf auf Tod und Leben, worin es seine nationale Existenz m
sichern könnte durch Anwendung der revolutionärsten Maßregeln. Die jetzi
Regierung, falls sie nicht gezwungen wird, entfesselt die Revolution sicher nich
Aber wir haben eine starke Partei, die sie dazu zwingen, oder im Nothfall s
ersetzen kann, die sozialdemokratische Partei.

Und wir haben das großartige Beispiel nicht vergessen, das Frankreich u
1793 gab. Das hundertjährige Jubiläum von 1793 naht heran. Sollte de
Eroberungsdurst des Zaren und die chauvinistische Ungeduld der französische
Bourgeoisie den siegreichen, aber friedlichen Vormarsch der deutschen Sozialiste
aufhalten, so sind diese — verlaßt euch darauf — bereit, der Welt zu beweise
daß die deutschen Proletarier von heute der französischen Sansculotten von vo
hundert Jahren nicht unwürdig sind, und daß 1893 sich sehen lassen kann nebe
1793. Und wenn dann die Soldaten des Herrn Constans den Fuß auf deutsche
Gebiet setzen, wird man sie begrüßen mit den Worten der Marseillaise:

Quoi, ces cohortes étrangères
Feraient la loi dans nos foyers!

Wie, soll dies fremde Heer uns schnöde
Gewalt anthun am eignen Herd?

Kurz und gut: Der Friede sichert den Sieg der deutschen sozialdemo
kratischen Partei in ungefähr zehn Jahren. Der Krieg bringt ihr entweder de
Sieg in zwei bis drei Jahren, oder vollständigen Ruin, wenigstens auf fünfzeh
bis zwanzig Jahre. Dem gegenüber müßten die deutschen Sozialisten toll sein
wünschten sie den Krieg, bei dem sie Alles auf eine Karte setzen, statt den sicher
Triumph des Friedens abzuwarten. Noch mehr. Kein Sozialist, von welche
Nationalität auch immer, kann den kriegerischen Triumph weder der heutige
deutschen Regierung wünschen, noch den der französischen bürgerlichen Republik
am allerwenigsten den des Zaren, der eins wäre mit der Unterjochung Europas
Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden. Komm
aber der Krieg dennoch, dann ist nur Eins sicher: Dieser Krieg, wo fünfzehn
bis zwanzig Millionen Bewaffneter sich untereinander abschlachten und gan
Europa verwüsten würden wie nie vorher — dieser Krieg muß entweder de
sofortigen Sieg des Sozialismus bringen, oder aber die alte Ordnung de
Dinge derart von Kopf zu Fuß umstürzen, und einen solchen Trümmerhaufe

interlassen, daß die alte kapitalistische Gesellschaft unmöglicher würde als je, nd daß die soziale Revolution zwar um zehn oder fünfzehn Jahre hinaus-eschoben würde, dann aber auch siegen müßte nach um so rascherem und gründ-icherem Verlauf.

* * *

Soweit der Artikel aus dem französischen Arbeiterkalender. Er wurde ge-chrieben im Spätsommer, als noch der Champagnerrausch von Kronstadt die köpfe der französischen Bourgeoisie erhitzt hielt, und die großen Manöver auf em 1814er Schlachtengebiet zwischen Seine und Marne die patriotische Be-eisterung auf die Spitze gebracht. Damals war Frankreich — das Frankreich, as seinen Ausdruck in der großen Presse und der Kammermajorität findet — n der That reif für ziemlich ungemessne Dummheiten im Dienst Rußlands, ind der Kriegsfall rückte, als Möglichkeit, in den Vordergrund. Und damit, venn er sich verwirklichte, kein Mißverständniß im letzten Augenblick zwischen die ranzösischen und die deutschen Sozialisten trete, hielt ich es für nöthig, den rsteren klar zu machen, welches nach meiner Ueberzeugung die nothwendige Haltung ier letzteren sein würde gegenüber einem solchen Krieg.

Da aber wurde dem russischen Kriegsschürer ein kräftiger Dämpfer auf-gesetzt. Die Mißernte zu Hause, die eine Hungersnoth erwarten ließ, wurde zuerst bekannt. Dann kam der Mißerfolg der Pariser Anleihe, die den end-gültigen Zusammenbruch des russischen Staatskredits bedeutet. Die vierhundert Millionen Mark wurden, hieß es, vielmals überzeichnet; als aber die Pariser Banquiers die Schuldscheine dem Publikum anhängen wollten, schlugen alle Ver-suche fehl; die Herren Zeichner mußten ihre guten Werthpapiere losschlagen, um auf diese schlechten einzahlen zu können, und zwar in solchem Maß, daß die übrigen großen Börsen Europas durch diese Massenverkäufe mit herabgedrückt wurden; die neuen „Russen“ sanken mehrere Prozent unter den Emissionspreis — kurzum, es entstand eine solche Krise, daß die russische Regierung hundert-sechszig Millionen Schuldscheine zurücknehmen mußte und nur für zweihundert-vierzig, statt für vierhundert Millionen Deckung erhielt. Damit fiel denn auch die schon fröhlich in die Welt hinausgekrähte Ankündigung eines weitern russischen Pumpversuchs — diesmal volle achthundert Millionen Mark — jämmerlich ins Wasser. Und damit zeigte sich auch, daß das französische Kapital absolut keinen „Patriotismus“ hat, wohl aber — wie es auch in der Presse schwadroniren lassen mag — eine heilsame Angst vor dem Krieg.

Seitdem hat sich die Mißernte wirklich zu einer Hungersnoth entwickelt, und zwar zu einer solchen, wie wir sie in Westeuropa auf diesem Maßstab seit langem nicht mehr kennen, wie sie selbst in Indien, dem typischen Land für diese Kalamitäten, nicht oft vorkommt, ja, wie sie im heiligen Rußland in frühern Zeiten, wo es noch keine Eisenbahnen gab, schwerlich je diese Höhe erreicht hat. Woher kommt das? Wie das erklären?

Sehr einfach. Die russische Hungersnoth ist nicht das Resultat einer bloßen Mißernte, sie ist ein Stück aus der ungeheuren gesellschaftlichen Revolution, die Rußland seit dem Krimkrieg durchmacht; sie ist nur die durch diese Mißernte be-wirkte Verwandlung der mit dieser Revolution verknüpften chronischen Leiden in akute.

Das alte Rußland ging unwiederbringlich zu Grabe an dem Tag, wo der Zar Nikolaus, an sich und an Altrußland verzweifelnd, Gift nahm. Auf seinen Ruinen baut sich auf das Rußland der Bourgeoisie.

Die Anfänge einer Bourgeoisie waren schon damals vorhanden. Theils Banquiers und Importkaufleute — meist Deutsche und Deutschrussen oder deren

Abkömmlinge — theils im Binnenhandel emporgekommne Russen, namentli
aber auf Kosten des Staats und des Volks reich gewordne Schnapspächter un
Armeelieferanten, dazu auch schon einige Fabrikanten. Von nun an wurde die
Bourgeoisie, namentlich die industrielle, förmlich gezüchtet durch massenhafte Staats
hülfe, durch Subventionen, Prämien, und allmählig bis aufs Aeußerste gesteiger
Schutzzölle. Das unermeßliche russische Reich sollte ein sich selbst genügende
Produktionsgebiet werden, das der Einfuhr von Außen ganz oder fast ganz en
rathen könne. Und damit nicht nur der innere Markt stets wachse, sondern au
Produkte wärmerer Zonen im Innern des Landes selbst hervorgebracht würde
deshalb das fortwährende Streben nach Eroberungen auf der Balkanhalbinsel un
in Asien, mit Konstantinopel hier, mit Britisch-Indien dort als letztem Zie
Dies ist das Geheimniß, dies die ökonomische Grundlage des unter der russische
Bourgeoisie so stark grassirenden Ausdehnungsdrangs, dessen nach Südweste
strebende Richtung man Panslavismus nennt.

Mit solchen industriellen Plänen war aber die Leibeigenschaft der Bauer
absolut unverträglich. Sie fiel 1861. Aber wie! Die preußische, von 181
bis 1851 immer langsam voran durchgeführte Beseitigung der Hörigkeit un
Frohndienste wurde als Vorbild genommen; aber in ein paar Jahren sollte alle
erledigt sein. Die Folge war, daß, um den Widerstand der Großgrund- un
„Seelen"-Besitzer zu brechen, ihnen noch ganz andere Konzessionen gemacht werde
mußten als die, die der preußische Staat und seine bestochnen Beamten ihrerzei
den gnädigen Gutsherren bewilligt. Und was Bestechlichkeit angeht, so war de
preußische Bureaukrat immer noch ein unschuldiges Kindlein gegen den russische
Tschinovnik. So kam es, daß bei der Landtheilung der Adel den Löwenantheil
und in der Regel das durch die Arbeit vieler Generationen von Bauern fruchtba
gemachte Land, die Bauern aber nur den allernothwendigsten Antheil, und auc
diesen meist in schlechtem Oedland zugewiesen erhielten. Gemeinwald und Gemein
weide fiel dem Grundherrn zu; wollte der Bauer sie benutzen — und ohne si
konnte er nicht bestehn — so mußte er dem Grundherrn dafür zahlen.

Damit aber beide, Grundadel wie Bauern, so rasch wie möglich ruinir
würden, erhielt der Adel die kapitalisirte Ablösungssumme in Staatsschuldscheine
von der Regierung auf einmal, während die Bauern sie in langjährigen Rate
abzahlen sollten. Wie nicht anders zu erwarten, verjubelte der Adel größten-
theils das erhaltne Geld unverzüglich, während der Bauer durch die, für sein
Lage enorm gesteigerte Geldzahlung plötzlich hinausgeschleudert wurde aus de
Naturalwirthschaft in die Geldwirthschaft.

Der russische Bauer, der früher außer relativ geringen Steuern kaum Geld-
zahlungen zu machen hatte, soll nun von dem verringerten und verschlechterte
Grundstück, das ihm zugewiesen, und nach Abschaffung des freien Holzes un
der freien Weide vom Gemeindeland nicht nur leben, sein Arbeitsvieh überwintern,
und sein Grundstück verbessern, sondern noch erhöhte Steuern, und dazu die
jährliche Ablösungsrate zahlen, und zwar in baarem Gelde. Damit war er in
eine Lage versetzt, worin er nicht leben und nicht sterben kann. Dazu kam noch
die Konkurrenz der neuerstandnen Großindustrie, die ihm den Markt für seine
Hausindustrie entzog — Hausindustrie war Hauptgeldquelle für zahllose russische
Bauern — oder, wo dies noch nicht ganz der Fall, diese Hausindustrie der
Gnade des Kaufmanns, d. h. des Mittelsmanns, des sächsischen Verlegers oder
englischen Sweaters überantwortete, die hausindustriellen Bauern also direkt zum
Sklaven des Kapitals machte. Kurz, wer da wissen will, wie dem russischen
Bauern in den letzten dreißig Jahren mitgespielt wurde, der braucht nur im ersten

3and von Marx' „Kapital" das Kapitel nachzulesen von der „Herstellung des nnern Markts." (Kap. 24, Sektion 5.)

Die Verwüstungen, die der Uebergang von der Naturalwirthschaft zur seldwirthschaft, dies Hauptmittel zur Herstellung des innern Markts für das ndustrielle Kapital, unter den Bauern anrichtet, sind in klassischer Weise dargelegt on Boisguillebert und Vauban am Beispiel Frankreichs unter Ludwig XIV. lber was damals geschah, ist ein Kinderspiel gegen das, was sich in Rußland ollzieht. Erstens ist der Maßstab drei- bis viermal so groß, und zweitens ist ie Umwälzung der Produktionsbedingungen, in deren Dienst dieser Uebergang en Bauern aufgezwungen wird, unendlich einschneidender. Der französische Bauer urde langsam hineingezogen in den Bereich der Manufaktur, der russische geräth ber Nacht in den Wirbelsturm der großen Industrie. Wenn die Manufaktur Bauern fällte mit der Steinschloßflinte, so besorgt die große Industrie dies Geschäft nit dem Repetirgewehr.

Das war die Lage, als die Mißernte von 1891 mit einem Schlag die anze, im Stillen seit Jahren vorgegangne, aber dem europäischen Philister unsichtbar ebliebne Umwälzung und ihre Folgen aufdeckte. Diese Lage war eben so, daß ie erste Mißernte eine nationale Krisis werden mußte. Und eine Krisis ist da, ie auf Jahre hinaus nicht überwunden wird. Vor einer solchen Hungersnoth st jede Regierung ohnmächtig, am meisten aber die russische, die sich ihre Beamten xpreß auf den Diebstahl dressirt. Die altkommunistischen Sitten und Ein- ichtungen der russischen Bauern sind seit 1861 theils durch die ökonomische Entwicklung untergraben, theils durch die Regierung systematisch vernichtet. Die lte kommunistische Gemeinde ist zerfallen oder doch im Zerfall, aber in dem Augenblick, wo der einzelne Bauer auf seine eignen Füße gestellt wird, in dem- elben Augenblick zieht man ihm den Boden unter den Füßen weg. Was Wunder, aß die Wintersaat im vorigen Herbst in den wenigsten Distrikten bestellt vurde? und wo sie bestellt, hat das Wetter sie meist ruinirt. Was Wunder, aß das Hauptinstrument des Bauern, das Arbeitsvieh, erst selbst nichts zu essen atte und aus diesem unwiderleglichen Grund sodann vom Bauern selbst auf- egessen wurde? Was Wunder, daß der Bauer Haus und Hof verläßt und in ie Städte flüchtet, wo er Arbeit vergebens sucht, aber um so sicherer den Hunger- yphus hinbringt?

Mit einem Wort: Hier haben wir keine einmalige Hungersnoth vor uns, ondern eine durch jahrelange, stille, ökonomische Revolution vorbereitete und urch Mißernte nur akut gemachte gewaltige Krisis. Diese akute Krisis aber nimmt ihrerseits wieder chronische Form an, und droht Jahrelang anzuhalten. Oekonomisch beschleunigt sie die Auflösung der altkommunistischen Bauerngemeinde, die Bereicherung, und Verwandlung in Großgrundbesitzer, der Dorfwucherer (Kulaki), überhaupt den Uebergang des Adels- und Bauerngrundbesitzes in die Hände der neuen Bourgeoisie.

Für Europa bedeutet sie einstweilen den Frieden. Die russische Kriegs- hetzerei ist auf eine Reihe von Jahren lahmgelegt. Statt daß Millionen von Soldaten auf den Schlachtfeldern fallen, sterben Millionen russischer Bauern den Hungertod. Was aber dabei für den russischen Despotismus herauskommt, das wollen wir abwarten.

Oekonomische Taschenspielerei.

Eine Böhm-Bawerkiade von J. H.

(Schluß.)

III. Fetischanbeter und Metaphysiker.

E. von Böhm-Bawerk ist ein geschickter Schriftsteller, E. von Böhm-Bawe ist ein feiner Denker. Er versteht es wohl, seine Gedanken im Einzelnen au zuspinnen; er hat im Einzelnen eine klare und elegante Darstellung; er ka den Leser fesseln, er vermag ihn zu überzeugen. Er operirt geschickt mit Analogie und auch die schöne Kunst der bildlichen Darstellung, des Zeichnens mitte Worten, ist ihm nicht entgangen. Er verräth an manchen Orten, hauptsächli im ersten Bande, eine bedeutende Fähigkeit der abstrakten Begriffszergliederun

Und dennoch führt ihn seine Gedankenarbeit zu den wunderlichsten B hauptungen und Schlußfolgerungen. Woher kommt das?

Es kommt von einer falschen prinzipiellen Auffassung, welche sein ganz positiv-ökonomisches Denken beherrscht.

Es ist überhaupt eine eigenthümliche Sache mit den Prinzipien. S halten den Geist im Banne, sie erlauben nur eine Bewegung innerhalb der vo ihnen aufgestellten Schranken und in der von ihnen vorgezeichneten Richtun Sie setzen Brillen vor die Augen des Beobachters, sie lassen ihn die Welt dur ein farbiges Glas betrachten; über Manches verbreiten sie den dichtesten Nebe das Andere stellen sie in das grellste Sonnenlicht. Ohne Prinzipien giebt e aber auch andererseits keine zusammenhängende Auffassung; es verliert sich da Vereinigungselement der Erscheinungen, alles geht auseinander — aus eine System wird ein Chaos heterogener Dinge, und das Einzelne selbst wi unfaßbar, weil abgerissen und verzerrt. Ohne prinzipielle Gesichtspunkte ist ke wissenschaftliches Denken möglich, und auch keine zielbewußte, politische Thätigkei

Der Forscher hat also zunächst seinen eigenen Standpunkt streng durch zudenken und klar zu fassen. Nicht alle thun es, bei jedem macht sich aber sei prinzipielle Auffassung bei seinem wissenschaftlichen Schaffen geltend: wenn un bewußt und unbestimmt, desto schlimmer für ihn.

Es ist eigentlich eine Aufgabe der Kritik, nicht nur die einzelnen Fehle des kritisirten Werkes aufzudecken, sondern auch ihre gemeinsame Ursache, wen es eine solche giebt, aufzusuchen. Diese Arbeit wollen wir nun bezüglich Böhm Bawerk unternehmen.

Gerade weil er ein denkender Schriftsteller ist, haben seine Irrthümer ei gemeinsame Quelle. Es ist das, wie schon bemerkt worden, der prinzipiel Standpunkt, von dem aus er die volkswirthschaftlichen Erscheinungen betrachte Ob er sich dieses Standpunktes bewußt ist, geht uns hier nichts an; derselb tritt aber klar aus seiner ganzen Darstellung hervor, und nicht minder klar i der Zusammenhang mit den früher gekennzeichneten Irrthümern. Seine allgemein politisch-ökonomische Auffassungsart ist übrigens nicht etwas Individuelles, ih allein Eigenthümliches. Es ist etwas, was der ganzen, von Marx als Vulgär ökonomie bezeichneten, politisch-ökonomischen Richtung anhaftet.

Marx' „Kapital" enthält bekanntlich an vielen Orten auch prachtvolle literarisch kritische Aussichten. Auf eine klassische Weise schildert er manchmal in ein paa Sätzen, in einer Bemerkung, in einem Bilde eine ganze wissenschaftliche Richtun oder ein wissenschaftliches System in ihrem philosophischen Zusammenhange s klar und deutlich, daß es für sie kein Entschlüpfungsmittel mehr giebt. Es sin

chtstreifen, welche die dunklen Schlupfwinkel und die verworrenen Irrwege des litisch-ökonomischen Denkens hell und klar beleuchten — und wen ein solcher chtstrahl trifft, der ist bloßgestellt für immer. An eine solche Stelle bei arl Marx wollen wir nun auch unsere weiteren Auseinandersetzungen anknüpfen.

Die letzte (4.) Abtheilung des ersten Kapitels des ersten Bandes des Kapital" trägt eine ganz sonderbare Aufschrift: „Der Fetischcharakter der Waare id sein Geheimniß." Fetischismus heißt Vergötterung von Sachen. Um ver- ttert zu werden müssen aber die Sachen personifizirt, mit einem eigenen Willen dacht werden. Und gerade so wie die Wilden die natürlichen Erscheinungen irch sie (diese Erscheinungen) selbst, das heißt einen denselben innewohnenden Zillen erklären, gerade so verfahren die bürgerlichen Oekonomen, wenn sie vor n durch die Waarenproduktion und den Waarenverkehr verwickelten und ver- leierten ökonomischen Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft stehen. Diese :onomischen Verhältnisse sind für sie „das was sie sind," das heißt sie nehmen e so wie sie sie sehen.*)

Was sehen sie aber? Was können sie sehen?

Sie sehen eine Waarenwelt, in der eigenthümliche Bewegungen stattfinden, e sehen Waarenbesitzer, die von diesen Bewegungen der Waarenwelt, von diesem Leben" der Waaren beherrscht werden. Jede Waare im Einzelnen ist etwas nvollständiges, etwas, was noch bestimmte Umwandlungen durchzumachen hat: e ist dazu da, um verkauft zu werden, um sich in Geld zu verwandeln. Aber uch das Geld „genügt sich selber" nicht: es ist dazu da, um damit zu kaufen, m in Geld umzuschlagen. Die Waarenbesitzer scheinen nun von diesen Be- ehungen zwischen Waaren und Geld, Geld und Waaren, Waaren untereinander iit fortgerissen zu werden. Dem Waarenbesitzer genügen seine Waaren als olche an und für sich nicht — er muß sie verkaufen, um leben zu können. Verkauft zu werden erscheint als spezifische Funktion der Waare, kaufen als pezifische Funktion des Geldes: die Waaren, Sachen, scheinen in einem unmittel- ar gesellschaftlichen Verhältniß (das heißt in einer Kollektivität, einer „Vielheit" attfindende unmittelbare Beziehungen) zu einander zu stehen, die Waarenbesitzer, Menschen, dagegen in einem sachlichen Verhältniß zu einander, das heißt in einem ndirekten Verhältniß, welches durch die zwischen Sachen statthabenden Zusammen- änge und Abhängigkeiten gegeben ist.

Wenn man aber die Sachlage einer wissenschaftlichen Betrachtung unter- virft, so gelangt man zu einem entschieden entgegengesetzten Resultate. „Gebrauchs- verthe werden überhaupt nur Waaren, weil sie Produkte von einander un- bhängig betriebener Privatarbeiten sind" (Marx I, 39).

Es sind also besondere zwischen den Produzenten, zwischen Personen tattfindende Verhältnisse, welche ihre Produkte zu Waaren machen, es ist ieser Waarencharakter der Produktion, welcher einer bestimmten Waare, em Gelde, eine besondere Funktion als allgemeines Tauschmittel, als Geld zu ienen, zutheilt. „Das Geheimnißvolle der Waarenform besteht also einfach arin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesell- chaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das

*) „Den Letzteren (den Produzenten) erscheinen daher die gesellschaftlichen Be- iehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d. h. nicht als unmittelbar esellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr ls sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen." Marx, „Das Kapital," I, 4. Aufl., S. 39.)

gesellschaftliche Verhältniß der Produzenten zur Gesammtheit als ein au
ihnen existirendes gesellschaftliches Verhältniß von Gegenständen. Du
dieses quid pro quo werden die Arbeitsprodukte Waaren, sinnlich übersinnli
oder gesellschaftliche Dinge. So stellt sich der Lichteindruck eines Dinges
den Sehnerv nicht als subjektiver Reiz des Sehnervs selbst, sondern als geg
ständliche Form eines Dinges außerhalb des Auges dar. Aber beim Seh
wird wirklich Licht von einem Ding, dem äußeren Gegenstand, auf ein ander
Ding, das Auge geworfen. Es ist ein physisches Verhältniß zwisch
physischen Dingen. Dagegen hat die Waarenform und das Werthverhält
der Arbeitsprodukte, worin sie sich darstellt, mit ihrer physischen Natur und
daraus entspringenden dinglichen Beziehungen absolut nichts zu schaffe
Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältniß der Menschen selb
welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Ding
annimmt. Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion
religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopf
mit eigenem Leben begabte, unter einander und mit den Menschen in Verhältn
stehende selbständige Gestalten. So in der Waarenwelt die Produkte der mens
lichen Hand." Und nun fügt Marx hinzu: „Dies nenne den Fetischismus,
den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waaren produzirt werden, u
daher von der Waarenproduktion unzertrennlich ist" („Kapital," I, S. 38 f

Aber was geht das alles Böhm-Bawerk an?

Böhm-Bawerk personifizirt nicht die Sachen; für ihn haben sie kein
eigenen Willen, keine selbständige Bewegung; er sucht die Gründe der ökonomisch
Erscheinungen in den Menschen und nicht in den Sachen. Dennoch ist er ab
— und unter ihm ist hier die ganze „neue" Richtung in der Vulgärökonomie ve
standen — von den Fetischanbetern gar nicht so sehr entfernt, nur hat er ihn
den Rücken zugewandt und hat vor seinen Augen eine andere Seite des groß
Panoramas der kapitalistischen Gesellschaft. Für ihn treten auf den Vordergru
die Menschen und ihre Einzelbewegungen, aber nur die Einzelbewegungen,
übersieht den Zusammenhang. Er sieht die Menschen überlegen und wähle
hoffen und erwarten, wünschen und wollen; er sieht sie sich bestimmte Zi
stellen und diesen nachstreben; er sieht ein Verlorengehen und ein Gelinge
schlaue Ueberlistung und logische Vorausbestimmung des zu erwartenden Resultate
er sieht jeden Einzelnen nach allen seinen Kräften kämpfen, sein ganzes physisch
und geistiges Wesen ins Feld legen, um seine wirthschaftliche Existenz zu sichern -
und so meint er, daß die gesellschaftlich-ökonomischen Erscheinungen nichts als
Resultante der Einzelbethätigungen der Einzelwillen seien. Daher glaubt er auch
den Gesetzen der volkswirthschaftlichen Erscheinungen zu gelangen, wenn er die ei
zelnen geistigen Bestimmungsgründe jedes einzelnen ökonomischen Willensaktes jed
einzelnen wirthschaftlichen Person entdeckt. Das ist aber ein großer Irrthum. Nic
das menschliche Wollen erzeugt die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern umgekeh
die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen das Wünschen und Wollen jedes Einzelne

Wie entstehen aber die gesellschaftlichen Verhältnisse? Ergebnisse welch
Ursachen sind sie?

Die Gesellschaft erscheint als Resultat einer geschichtlichen Entwicklun
Und was verursacht diese geschichtliche Entwicklung? Nicht der menschliche Ge
und der menschliche Wille?

Zu Anfang waren es rein die Umstände der äußeren Natur, welche d
menschliche Geschichte beeinflußten. Später schuf sich der Mensch in der Arbe
einen eigenen geschichtlichen Faktor. Seitdem kann man die geschichtliche ökonomisc

Entwicklung in die allgemeine Formel fassen: Kampf der Arbeit gegen die (für die menschliche Wirthschaft) regellosen Wirkungen der äußeren Natur.

Die menschliche Arbeit ist das Ergebniß der menschlichen Geistes- und Willensbethätigung. Der menschliche Geist und der menschliche Wille wirken also umgestaltend auf die gesellschaftlichen Zustände, aber sie thun es meistens unbewußt und unwillkürlich, und wenn bewußt, dann auch nur im Einzelnen. Das allgemeine Ergebniß entgeht ihrer Kontrole, ihrem regelnden und richtenden Einflusse. Es werden Entdeckungen und Erfindungen gemacht, es werden neue ökonomische Bedingungen geschaffen — im Einzelnen vielleicht zielbewußte menschliche Leistungen. Aus diesen Entdeckungen und Erfindungen, aus diesen neugeschaffenen ökonomischen Bedingungen entstehen aber neue ökonomische Gestaltungen, neue gesellschaftliche Bildungen. Das Zustandekommen dieser gesellschaftlich-ökonomischen Neubildungen folgt logisch-nothwendig aus den veränderten Lebensbedingungen; wenn einmal diese veränderten Lebensbedingungen da sind, müssen sich die allgemein-gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, und wenn sich auch der menschliche Geist und der menschliche Wille dagegen stemmten. Aber gerade je mehr diese neuen Zustände heranwachsen, desto mehr zwingen sie den menschlichen Geist, ihre Entwicklung zu fördern; und sind sie einmal da, so halten sie ihn vollkommen in ihrer Gewalt. In jedem gegebenen historischen Moment ist es die Gesellschaft, welche das Denken, Wünschen, Handeln der Einzelnen bestimmt.

Jede Gesellschaft hat eine bestimmte, historisch gebildete ökonomische Struktur. Indem diese ökonomische Struktur einerseits die Menschen in ein bestimmtes Verhältniß zu der allgemeinen Lebensversorgung, das heißt zur Erzeugung von Gütern, welche zur Deckung des gesellschaftlichen Lebensbedarfs nöthig sind, stellt, indem sie andererseits jedesmal nur bestimmte Formen der ökonomischen Verhältnisse der einzelnen wirthschaftenden Personen zu einander und jedes Einzelnen zu der Gesammtheit der Volkswirthschaft giebt, bestimmt sie im Voraus die engen Bahnen der ökonomischen Selbständigkeit jedes Einzelnen, zwingt sie das wirthschaftliche Handeln des Einzelnen in bestimmte Bahnen hinein, macht sie sein ökonomisches Wohlergehen im Großen und Ganzen ausschließlich von der Stellung, welche er in dieser Struktur einnimmt, abhängig. So beruht die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft auf dem großen ökonomischen Gegensatze zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter. Auf der einen Seite die nichtsbesitzenden Träger der Arbeitskraft, welche den gesellschaftlichen Reichthum schaffen, welche aber die Erzeugnisse ihrer Arbeit nicht in freier Verwendung haben, sondern nach einem besonderen System im voraus abgelohnt werden; auf der anderen die Kapitalisten, nichtsthuend, jedoch in ihrer Gewalt den gesammten gesellschaftlichen Gütervorrath und den gesammten Güterzuwachs haltend — aus diesem Verhältniß kann Niemand, der in diesem historischen Momente lebt, heraus: er muß, im Großen und Ganzen, entweder das Eine oder das Andere sein. Und von dem, ob er jenes oder dieses ist, hängt seine ganze Lebensstellung ab: wie viel er arbeitet, wie viel er ausruht, inwiefern er mit Gütern versorgt wird, wie er wohnt, wie er sich kleidet, welche Vergnügungen er hat, wie sich sein Familienleben gestaltet, und sogar was er gelernt hat und was er weiß, was er hofft und was er zu erreichen sucht — seine Thätigkeit, sein Denken, sein ganzes Leben.

Ob aber Jemand Kapitalist ist oder Arbeiter, das hängt nicht vom freien Willen ab. Die Menschen fallen nicht vom Himmel auf die Erde, sondern sie entstehen und wachsen hier, innerhalb der Gesellschaft auf. Bei ihrem Entstehen finden sie schon die ihnen zugewiesene Zelle bereit und müssen in dieselbe, in von vorn heraus bestimmte ökonomische Verhältnisse hinein. Die ersten Eindrücke,

welche das Kind erhält, sind Eindrücke ganz spezifischer Natur, die nur unter gegebenen ökonomischen Verhältnissen, in dieser ökonomischen Position möglich sind; die Erziehung, welche es genießt, die Art und Weise, wie es heranwächst — kurz, seine ganze geistige und körperliche Ausbildung sind ein treues Ergebniß der Verhältnisse, unter denen es geboren ist. Wächst dann das Kind zum vollen Menschen aus, so paßt der neue Mensch vollkommen, seinen Gewohnheiten gemäß, wie seinen Zielen und Wünschen nach, zu seiner gesellschaftlichen Stellung. Solcherart schafft sich die Gesellschaft die Menschen nach ihrem eigenen Bilde.

Aber nicht nur daß die Gesellschaft die Menschen erzeugt, sie leitet auch, wie schon bemerkt worden, deren Thätigkeit während ihres ganzen Lebens: immer steht sie dahinter und giebt den Menschen bestimmte Gedanken, bestimmte Gefühle, legt ihnen eine bestimmte Sprache in den Mund und läßt sie auf eine bestimmte Weise handeln: die scheinbar freie Bethätigung des menschlichen Willens ist nur eine freie Bewegung innerhalb gegebener Schranken und in vorgezeichneten Bahnen.

Das entgeht aber Böhm-Bawerk vollkommen. Statt das Thun und Handeln des Einzelnen aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu erklären, erklärt er die gesellschaftlichen Verhältnisse aus dem Einzelwirken der Einzelmenschen. Dies die geheime Quelle all' seiner Verirrungen.

Sachen und Personen — das sind die zwei Kategorien, mit welchen die volkswirthschaftliche Weltbetrachtung operirt. Die Gesetze der volkswirthschaftlichen Erscheinungen liegen aber weder in den Einzeldingen, noch in den Einzelpersonen, sondern in den Verhältnissen, in welchen die Personen zu einander und zu den Sachen stehen — in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft.

Die zwei Irrwege: jener, welchen Marx als Fetischismus bezeichnet, und der, welchen wir bei Böhm-Bawerk kennen gelernt haben, gehen zwar in ihrem weiteren Verlauf auseinander, entspringen aber einer und derselben Quelle, nämlich der vollkommenen Verkennung der ökonomischen Struktur, der Macht der ökonomischen Verhältnisse. Werden die Anhänger der ersteren Richtung mit Recht als Fetischanbeter bezeichnet, so sind die anderen Metaphysiker, für die die Welt eine Schöpfung ihres eigenen Geistes ist, und die daher, statt die Natur zu erforschen, ihre eigenen schon vorhandenen, unmittelbar gebildeten Begriffe und Vorstellungen durchwühlen und durchstöbern in dem naiven Glauben, dadurch zu einer richtigen Welterkenntniß gelangen zu können. Aber vergebens! Sie mögen noch so tief in sich selbst hineingucken, eine Welt werden sie dort nicht entdecken! Was sie dort finden können, ist nur eine geringe Anzahl mehr oder weniger gut verdauter Produkte der sie umgebenden äußeren Natur.

Daß Böhm-Bawerk wirklich den prinzipiellen Fehler begeht, welchen wir ihm vorwerfen, brauchen wir nach unseren früheren Auseinandersetzungen hier kaum des Näheren zu beweisen. Für ihn sind alle ökonomischen Erscheinungen Ergebnisse subjektiver Schätzungen. Was ist der Werth? Die Bedeutung, welche der Einzelne einem Gute oder einem Güterkomplex zumißt. Was ist der Preis? Die Resultante der in Kontakt kommenden Einzelschätzungen. Worin hat der Kapitalgewinn seinen Grund? In der Differenz zwischen den verschiedenen Werthschätzungen bestimmter Güter durch verschiedene Personen zu verschiedenen Zeiten u. s. w. Er stellt die Dinge auf den Kopf, und daher sind auch auf ihn die Worte anwendbar, mit welchen Karl Marx seine Kritik des ökonomischen Fetischismus schließt:

„Wer erinnert sich hier nicht des guten Dogberry, der den Nachtwächter Seacoal belehrt: ‚Ein gut aussehender Mann zu sein, ist eine Gabe der Umstände, aber lesen und schreiben zu können, kömmt von der Natur.'"

* * *

Viel Kopfzerbrechen verursacht Herrn von Böhm-Bawerk die sozialistische Gesellschaft. Auf vollen acht Seiten bemüht er sich zu beweisen, daß es auch in der sozialistischen Gesellschaft einen Kapitalzins (Mehrwerth) geben wird (ob nicht das ganze Werk für diese acht Seiten geschrieben worden ist?). Nämlich, da der Unterschied zwischen der Gegenwartsschätzung der Güter und ihrer Zukunftsschätzung bleiben wird, so muß auch die Differenz dieser Schätzungen in alle Ewigkeiten verbleiben 2c.

Vergebens die Mühe, verehrter Herr von Böhm-Bawerk! vergebens auch von Ihrem eigenen Standpunkt aus. Für die sozialistische Gesellschaft ist das Problem ziemlich einfach. Für sie giebt es nur einen bestimmten gesellschaftlichen Güterstock, der ohne Schaden für die Volkswirthschaft verbraucht werden kann, einerseits, und gesellschaftliche Bedürfnisse, welche durch diesen Güterstock gedeckt werden müssen, andererseits — die Güter werden also einfach vertheilt; kommen dann neue Güter von größerem Werth hinzu — nun, so werden sie auch vertheilt, wie übrigens überhaupt die Erscheinung dieser Güter für die sozialistische Gesellschaft keineswegs etwas Unerwartetes, sondern vorausgerechnet und vorausbestimmt sein wird.

Ja, vertheilt! höre ich Böhm-Bawerk ausrufen, aber das ist ja gegen die Gerechtigkeit! „Vertheilt" heißt hier wohl „zwischen Alle oder ungefähr zwischen Alle vertheilt," und diese Güter von höherem Werth werden ja wahrscheinlich nur durch eine relativ kleine Gruppe von Arbeitern erzeugt, also wird diesen etwas weggenommen zu Gunsten der Gesellschaft, zu Gunsten Anderer, das heißt statt der Kapitalisten „schiebt die sozialistische Gemeinwirthschaft den Mehrwerth als echten Zins in die Tasche!!" (B.-B. II, S. 394.)

Fürwahr, welch' eine frevelhafte Verfahrungsart! Und daß die Gesellschaft den Mehrwerth, den sie selbst gebildet hat, sich *selbst* „in die Tasche schiebt" — ist das nicht ein beklagenswerther Zustand!

Aber beruhigen Sie sich, Herr von Böhm-Bawerk! Dem ist nicht ganz so, wie Sie meinen. Sie sprechen da von Arbeitern, die viel „Werthe" geschaffen haben, und denen ein Theil weggenommen wird zu Gunsten Anderer, die weniger leisteten. Für die sozialistische Gesellschaftsauffassung ist es aber keineswegs der Einzelne, der die Güter erzeugt, sondern es ist die Gesammtheit, die ganze Gesellschaft; für den Sozialisten ist der gesellschaftliche Reichthum das Ergebniß der ganzen volkswirthschaftlichen Thätigkeit, er wird verursacht durch die in der ökonomisch-technischen Organisation der Gesammtheit stattfindende Gesammtarbeit, also kann es hier demnach keine *besonderen* Ansprüche der Einzelnen geben.

Und was die Prinzipien anbetrifft, nach welchen die erzeugten Güter vertheilt werden sollen, so wird dazu gewiß etwas Allgemeineres und Sichereres gewählt werden, als Ihre, Herr Böhm-Bawerk, subjektiven Schätzungen. Wenn Sie sich daran erinnern, was wir an anderer Stelle in betreff der volkswirthschaftlichen Charakteristik der Arbeit ausgeführt haben, so werden Sie wohl zugestehen müssen, daß es gute Gründe giebt, hier die Arbeit als Kriterium zu wählen.

Und endlich zu allerletzt handelt es sich bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft gar nicht um die Gerechtigkeit. Damit will gesagt werden, daß das, was wir Sozialisten erstreben, keineswegs in der Verwirklichung irgend welcher absoluten Sittlichkeitsnormen liegt, denn solche giebt es nicht: die Moral ist ebenso relativ, ebenso geschichtlichen Wandlungen unterworfen, wie die Gesellschaft selbst.

Wozu aber der geschichtliche Gang der Erscheinungen die Menschheit hinleitet und wobei wir Sozialisten fördernd mitwirken wollen, das ist die Regelung des chaotischen Zustandes der Volkswirthschaft, der unzählige Mißstände und eine

vollständige wirthschaftliche Unterdrückung der großen Volksmassen verursacht, eine Regelung, welche nur in einer Gemeinwirthschaft möglich ist, und welche, wie wir es schon nach dem jetzigen Zustande der Technik herausrechnen können, zu einer vollkommenen ökonomischen Sicherstellung jedes Einzelnen führen muß.

Aber freilich, das können Sie, für den die ökonomische Struktur Nichts und der Einzelwille Alles ist, nicht begreifen. Für Sie kann die soziale Frage nichts anderes, als eine Rechtsfrage sein, und daher glauben Sie die soziale Frage gelöst zu haben, wenn Sie bewiesen haben, daß der Kapitalist vollkommen rechtsgemäß handelt, wenn er den Mehrwerth einsteckt. Jedoch, wir haben gesehen, daß auch diese Beweisführung Ihnen vollkommen mißlingt.

Ja, rechtsgemäß! d. h. den heutigen Rechtsbegriffen entsprechend, den Rechtsbegriffen der kapitalistischen Gesellschaft! Aber wer zweifelt denn daran, daß die Kapitalisten vom Anfang bis zum Ende vollkommen rechtsgemäß handeln? Sonst müßte man sie ja in die Gefängnisse stecken! Nein, bis dies nicht der Fall ist, kann hier Niemand von einer Rechtswidrigkeit sprechen! Und bei uns Sozialisten werden Sie die beste Begründung dessen finden, daß die Manipulationen der Herren Kapitalisten die herrschende Moral keineswegs beantasten. Ja, gerade bei Karl Marx.

Hören Sie nur, was dieser „Revolutionär" vom Einkauf der Arbeitskraft sagt. „Die Sphäre der Zirkulation oder des Waarenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der That ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigenthum und Bentham! Freiheit, denn Käufer und Verkäufer einer Waare, z. B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahiren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Waarenbesitzer auf einander und tauschen Aequivalent für Aequivalent. Eigenthum! Denn Jeder verfügt nur über das Seine. Bentham! Denn Jedem von den Beiden ist es nur um sich zu thun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältniß bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervortheils, ihrer Privatinteressen. Und eben weil so Jeder nur für sich und Keiner für den Anderen kehrt, vollbringen Alle, in Folge einer prästabilirten Harmonie der Dinge oder unter den Auspizien einer allpfiffigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vortheils, des Gemeinnutzens, des Gesammtinteresses" („Kapital" I, S. 138).

Und hat der Kapitalist die Arbeitskräfte gekauft, so sind sie sein Eigenthum; und sind sie sein Eigenthum, so hat er denn nicht das Recht, mit ihnen Alles zu machen, was er nur will?

Ich bin am Schlusse. Das Böhm-Bawerk'sche Werk ist keine besonders auffallende Erscheinung auf dem literarischen Horizonte. Solche Streiter gab es vor ihm, wie es auch nach ihm geben wird. Wenn wir aber gerade ihn zum Gegenstande einer kritischen Untersuchung gewählt haben, so geschah dies hauptsächlich in Folge von zwei Umständen:

1. Weil die Vulgärökonomie gerade in der letzten Zeit einen eigenthümlichen Ton anschlägt;
2. weil Böhm-Bawerk eine merkwürdige Stellung in dieser neueren Literaturbewegung einnimmt: er spielt da die Rolle des großen Knaben zwischen kleinen Kindern.

Doch darüber ein anderes Mal.

Alkoholgenuß und Irrsinn in Württemberg.

In der Diskussion über die Alkoholfrage, die im vergangenen Jahre in der „Neuen Zeit“ stattfand, ist dem Schreiber dieser Zeilen unter Anderem eine Zahlenangabe aufgefallen, welche sich auf die Autorität Bär's stützte.

Angesichts der Vorlegung des Trunksuchtsgesetzes und seiner Motivirung dürfte deren Untersuchung gerade jetzt höchst zeitgemäß sein. Sie wird von Neuem erweisen, wie wenig verläßlich das statistische Material ist, mit dem die Temperenzler hantiren.

Nach Bär waren in Württemberg 1875 nicht weniger als 48,75 Prozent aller Irrsinnigen und 60 Prozent aller männlichen Geisteskranken „Alkoholisten.“

Ich will vorerst nicht untersuchen, **wie** diese Zahlen gefunden worden sind; da sie aber mit meinen zirka zwanzigjährigen Erfahrungen als Arzt in Württemberg nicht übereinstimmen, habe ich versucht, selbst auf rationelle Weise Zahlen über das Verhältniß der Alkoholisten unter den Irrsinnigen zu erheben.

Die Angaben hierüber in den Berichten der württembergischen Irrenheilanstalten sind ziemlich spärlich; aber da hier die Thatsache des Alkoholismus ärztlicherseits festgestellt, also in wissenschaftlicher Weise erhoben und nicht nur auf Laienansicht begründet ist, so hat sie einen bestimmten Werth als Faktor zur Beurtheilung der Wirkung des Alkohols.

Aus den Berichten über die Privatanstalt „Christophsbad“ in Göppingen entnehme ich, daß unter den während der 25 Jahre von 1852 bis 1877 aufgenommenen 1441 männlichen Kranken bei 377 Trunksucht als Ursache der Seelenstörung angegeben ist, das wäre 26,1 Prozent. Unter 325 aufgenommenen weiblichen Kranken ist bei 20 Trunksucht als Ursache der Seelenstörung bezeichnet, das wäre 6,1 Prozent. Dazu findet sich aber die Bemerkung: „In reichlich der Hälfte der Fälle kombinirt sich Trunkfälligkeit mit anderen Noxen, zumal bei Frauen fast immer.“ Das ist geeignet, den Werth der gefundenen Prozentzahlen noch erheblich zu vermindern; denn Dr. Lutz sagt in dem Berichte über den fünfundzwanzigjährigen Bestand dieser Anstalt (Seite 109):

„Bei Taxirung der Erscheinungen, die mit der Trunksucht in Verbindung stehen, wird man übrigens gut daran thun, in allen jenen Fällen, wo bisher Nüchternheit und kluge Sparsamkeit obwalteten und nun auf einmal ohne nachweisbare Veranlassung die betreffenden Individuen sich dem Trunke und einem dissoluten zerfahrenen Lebenswandel hingeben, zu fragen, ob diese Charakterveränderung **Ursache oder schon Symptome der ausgebrochenen Psychose sei**. Nur zu häufig begegnet man nämlich der Thatsache, daß Menschen, die nahe daran sind, ihr Selbstbewußtsein und ihre Selbstbeherrschung zu verlieren, durch geistige Getränke sich des damit verbundenen peinlichen Gefühls zu entledigen suchen, freilich nur um desto schneller ihrem trüben Geschicke zu verfallen.“

Demnach ist in denjenigen Fällen, wo neben der Trunkfälligkeit noch andere Ursachen für die Geistesstörung angegeben sind, gewiß sehr oft anzunehmen, daß die Trunksucht nicht Ursache, sondern vielmehr Symptom der ausgebrochenen Geistesstörung ist.

In dem dritten Berichte über die gleiche Anstalt, welcher den Zeitraum von 1882 bis 1887 umfaßt, findet sich (Seite 28) folgende Bemerkung:

„Die **Trunksucht** — als ätiologisches Moment — giebt unserer männlichen Abtheilung kein besonderes Gepräge und sind es nur **vereinzelte Fälle**, die durch unsere Anstalt gehen, und nur einer kam dreimal und zwei je zweimal

in diesen fünf Jahren. Bei der Mehrzahl war Trunksucht ein Symptom der psychischen Störung, das nicht selten periodisch auftrat. Der Umstand, daß in unserem Lande der Apfelmost fast in keinem Hause fehlt, ist ein mächtiger Faktor gegen die Schnapspest. Unzweifelhaft spielt die Trunksucht in der Aetiologie der Geistesstörungen eine große Rolle, doch muß gleich vorweg konstatirt werden, daß unsere Erfahrungen dafür sprechen, daß der Trinker selbst weniger geisteskrank wird als seine Nachkommenschaft."

Dem entspricht es auch, daß in diesem dritten Berichte bei 426 aufgenommenen Männern nur zweimal angegeben ist, daß der Kranke selbst Trinker war, während siebzehnmal der Vater, zweimal die Mutter, einmal Vater und Mutter der Trunksucht ergeben waren. Ebenso werden unter 325 aufgenommenen weiblichen Kranken nur zweimal die Kranken selbst als Trunksüchtige bezeichnet, dagegen siebenmal der Vater, einmal die Mutter.

Ganz im Gegensatz zu der Angabe Bär's finden wir also hier einen verschwindend kleinen Prozentsatz von Säufern unter den Irren, nämlich nicht einmal ein Prozent!

Ja selbst wenn man noch weiter geht und die Trunksucht bei den Eltern als erblich belastendes Moment aufsucht, so finden sich bei den 426 Männern nur 20, d. h. 4,5 Prozent, bei den 325 Weibern nur 8, d. h. 2,5 Prozent, bei welchen Trunksucht als ätiologisches Moment in der Vererbung eine Rolle spielt.

Noch viel lehrreicher aber sind die Zahlen, welche ich durch die Güte des Direktors der königlichen Irrenheilanstalt Schussenried, Herrn Dr. Ast, erhielt und welche, da sie von ihm selbst aus den Aufnahmeurkunden in sorgfältigster Weise zur Fertigstellung der Hauptgrundlisten gewonnen wurden, auf große Zuverlässigkeit Anspruch machen können.

Nach diesen in streng wissenschaftlicher Weise gemachten Ermittlungen litten unter 832 bisher aufgenommenen Männern an „einfacher Seelenstörung": 745. Davon waren a. entschieden trunksüchtig: 31 = 4,1 Prozent; b. begingen Exzesse im Trunke: 83 = 11,1 Prozent; c. war es zweifelhaft, ob der Alkohol eine ätiologische Rolle spielte, bei 29 = 3,8 Prozent.

An „paralytischer Seelenstörung" litten 67. Davon war a. entschieden trunksüchtig: —; b. begingen Exzesse im Trinken: 11 = 16,4 Prozent; c. war die ätiologische Rolle des Alkohols zweifelhaft bei 2 = 3 Prozent.

An „komplizirter Seelenstörung" litten 3. Davon hat vielleicht bei Einem der Alkohol eine ätiologische Rolle gespielt.

An eigentlicher „alkoholischer Geistesstörung" litten unter den 832 Männern: 17, also 2 Prozent.

Unter den 671 bisher aufgenommenen weiblichen Kranken litten an „einfacher Seelenstörung": 652. Davon waren a. trunksüchtig: 7 = 1 Prozent; b. hatten Exzesse im Trinken begangen: 4 = 0,6 Prozent.

An „paralytischer Seelenstörung" litten 15, wovon 2 Exzesse im Trinken begangen haben; an „komplizirter Seelenstörung" litten 4, wovon bei 2 der Alkohol vielleicht eine ätiologische Rolle spielte; an „alkoholischer Seelenstörung" litt unter den 671 weiblichen Geisteskranken keine.

Nach diesen Zahlen ergiebt sich also für die in der königlichen Irrenanstalt Schussenried untergebrachten Geisteskranken unter den Männern nur ein Prozentsatz von 5,8, unter den Weibern von 1,1 Trunksüchtigen.

Rechnet man aber auch alle diejenigen Geisteskranken, welche überhaupt je einmal oder öfter Exzesse im Trinken begangen haben, und diejenigen, bei denen es aus verschiedenen Gründen von vornherein zweifelhaft schien, ob man dem

Alkohol eine Schuld an der Geistesstörung zuschreiben dürfte, zu den Alkoholikern, oder, wie Bär sagt, zu den „Säufern" (was gewiß zu weit gegangen ist), so erhält man erst 21 Prozent „Säufer" unter den männlichen und 2,2 Prozent unter den weiblichen Kranken.

Unter der Gesammtzahl von 1503 Aufgenommenen finden sich somit 189 der „Trunksucht" Schuldige und Verdächtige, das sind erst 12,6 Prozent und nicht 48,75 Prozent aller Irrsinnigen.

Selbst mit der größten Rigorosität bringt man unter den männlichen Geisteskranken nur 21 Prozent „Säufer" heraus, während Bär dafür 60 Prozent angiebt.

Eine solche Rigorosität ist aber durchaus ungerechtfertigt, vielmehr muß man nach den oben zitirten Aussprüchen von Dr. Lutz und Landerer von denjenigen, bei welchen eigentliche Trunksucht nicht erwiesen ist und bei denen die Schuld des Alkohols an der Geistesstörung überhaupt zweifelhaft ist, einen großen Theil, mindestens die Hälfte, von der Zahl der Alkoholisten abziehen. Dann bleiben unter den Männern nur 96 = 11,5 Prozent, unter den Weibern 26 = 4 Prozent, im Ganzen unter allen Irsinnigen nur 8 Prozent Alkoholisten.

Dieses auf zuverlässige und in rationeller Weise ermittelte Zahlen gestützte Ergebniß widerspricht der in Rede stehenden Angabe Dr. Bär's in so auffallender Weise, daß es sich der Mühe lohnt, nachzusehen, wie Dr. Bär zu diesen Zahlenangaben kommt.

In der 1890 erschienenen Schrift von Dr. Bär*) findet sich Seite 37 die Angabe:

„In Württemberg waren 1875 unter 6544 Geisteskranken (4787 Männer, 1757 Weiber) 3189 Trunksüchtige (2865 Männer und 324 Weiber), das ist 48,73 Prozent des Gesammtbestandes (59,85 Männer und 18,44 Weiber)."

Diese Zahlen sind offenbar der „Statistik der Geisteskrankheiten in Württemberg" entnommen, welche in den „Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde" im Jahrgang 1878 erschien. Denn dort ist in Tabelle 39 die Summe der „Trunksüchtigen" auf 2865 Männer und 324 Weiber, die Summe aller Geisteskranken auf 4787 Männer und 1757 Weiber berechnet.

Es ist also der Direktor einer königlich württembergischen Irrenpflegeanstalt selbst, Dr. Koch, der für Württemberg so auffallend hohe Prozentzahlen von Säufern unter den Geisteskranken angiebt. Dieser Umstand mag zur Entschuldigung für Dr. Bär dienen, daß er diese Zahlen so ohne Weiteres für zuverlässig angenommen und wiedergegeben hat, obgleich ihm selbst doch der Widerspruch zwischen diesen Zahlen für Württemberg und den von ihm selbst daneben gestellten für Bayern und Preußen hätte auffallen und verdächtig erscheinen sollen.

Denn wenn in Bayern, wie er selbst anführt, 2,55 Prozent des Gesammtzugangs der Geisteskranken (4,39 Prozent Männer, 0,23 Prozent der Weiber), in Preußen 16 Prozent der geisteskranken Männer und 2,18 Prozent der geisteskranken Weiber als Alkoholisten bezeichnet werden, so ist es von vorneherein unwahrscheinlich, daß in Württemberg das Prozentverhältniß sich auf 59,85 Prozent der Männer und 18,44 Prozent der Weiber erheben sollte.

Ueberhaupt stimmen die in den einzelnen Irrenanstalten gefundenen Zahlen viel eher überein, als die der Landeszählungen; unter allen Zählungen das auffallendste Resultat ergiebt aber die Koch'sche Zählung für Württemberg. Das kann seinen Grund nur haben in der Art der Zählung und der Bestimmung des Begriffes „Alkoholist" oder „Trunksüchtiger."

---

*) Die Trunksucht und ihre Abwehr.

Wenn an der Statistik Koch's fünfundsiebzig Geistliche und sieben Aerzte, sowie einige Verwaltungsbeamte mitgearbeitet haben, so mögen diese Herren für das Zustandekommen der Statistik sich große Verdienste erworben haben; für die Feststellung der Trunksucht bei den einzelnen der Zählung unterworfenen Individuen waren sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl nicht die geeigneten Personen. In welchem Sinne die Zählung von dem Unternehmer der Zählung selbst geleitet wurde, kann man ungefähr ermessen, wenn man liest, was Koch selbst sagt:

„Die Begriffe Trinker und Verbrecher wurden meist zu unbestimmt und dehnbar befunden und nähere Erläuterungen darüber gewünscht, und viele Geistliche scheuten sich, die Zahl der in ihren Gemeinden vorhandenen Trinker und Verbrecher namhaft zu machen. . . ."

Koch meint also offenbar, die Zahl der Trinker und Verbrecher sei noch viel zu gering angegeben, die Zählung hätte noch mehr als 60 Prozent Trunksüchtige unter den männlichen Irren ergeben sollen.

Ich stehe nicht an, die ganze Zählung Koch's, soweit sie die Feststellung der Zahl der Trunksüchtigen bezweckt, für werthlos zu erklären. Denn einmal ist der Begriff „Trunksüchtig" sehr dehnbar und die Zähler Koch's haben ihn nach ihrer persönlichen Meinung, die von Neigung, Liebhaberei, Gewohnheit und Stellung beeinflußt ist, entschieden; dann ist Trunksucht überhaupt keine Sache, die sich so leicht feststellen läßt, wie etwa Verbrechen, Epilepsie und Selbstmord. Eine zuverlässige Statistik muß die eigentlichen Trinker von denjenigen scheiden, welche hie und da Exzesse im Trinken begangen haben, und von denen, welche ihre Geistesstörung anderen Ursachen verdanken, wenngleich sie sich vom Alkohol nicht enthalten haben. In dieser Weise kann eine Zählung aber nur durch Aerzte stattfinden, die speziell zu diesem Zweck instruirt werden müßten. Was eine solche Zählung in einer Irrenanstalt ergiebt, habe ich oben von Schussenried mitgetheilt. Die dort gefundenen Zahlen geben sicher kein sehr verschiedenes Bild von den Verhältnissen der Irren im Lande, besonders was das ätiologische Moment der Trunksucht betrifft, weil die in Folge von Trunksucht geisteskrank Gewordenen nicht seltener in die Anstalt kommen, als Geisteskranke aus anderen Ursachen. Es darf daher wohl angenommen werden, daß diese Zahlen — welche von den für Göppingen eruirten nicht weit abweichen — für ganz Württemberg Geltung haben und somit die **Zahl der Trunksüchtigen unter den Geisteskranken in Württemberg nicht größer ist als etwa im Deutschen Reiche überhaupt, vielmehr wahrscheinlich kleiner.**

Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch dieser Prozentsatz (20—25 Prozent) zu schweren Bedenken Anlaß giebt und bei der Gesetzgebung Berücksichtigung heischt.

Für den unparteiischen Beobachter ergiebt sich aus dieser Untersuchung aber auch aufs Neue wieder, welch' zweifelhaften Werth statistische Angaben haben, wenn sie in rein schematischer Weise zu Stande gekommen und nicht in wissenschaftlicher Weise begründet sind. Wird man doch vergebens in allen Schriften über den „Alkoholismus" nach einer Definition desselben suchen! Kein Mensch kann auch nur annähernd bestimmen, wo die Grenze zwischen dem Zuträglichen und Uebermäßigen im Gebrauch des Alkohols liegt. Diese Grenze ist auch nach Geschlecht, Alter, körperlicher und geistiger Anlage im Allgemeinen und nach Gewohnheit, Ernährungsstand und Beschäftigungsart im Besonderen verschieden.

Es giebt Personen, welche von Jugend auf an schwere Arbeit gewöhnt, regelmäßig nicht geringe Quantitäten von Bier und Schnaps verzehren, dabei mit derber Kost sich nährend ein hohes Alter erreichen, kräftige, geistig begabte Kinder erzeugen, die wieder den gleichen Lebenswandel führen und bei denen durch Generationen hindurch keine Geistesstörung in der Familie vorkam. Im Gegensatz dazu giebt es in dem gleichen Stande (Holzhauer, Bauernknechte, Flößer 2c.) Personen, welche schon beim Genuß mäßiger Mengen von Bier die deutlichen schweren Symptome der Trunkenheit zeigen. Aehnliches findet sich in allen Schichten der Bevölkerung. Ich frage nun: Ist derjenige Alkoholist, der sein Leben lang regelmäßig Alkohol genießt, hie und da auch etwas mehr, als gut, d. h., so daß er Symtome der Trunkenheit zeigt, oder derjenige, welcher nur etwa wöchentlich einmal Alkohol genießt, dabei aber schon bei mäßigem Genuß die Symptome schwerer Trunkenheit bietet? Diese Frage ist gar nicht zu entscheiden. Das Eine aber ist sicher: Der Arme, der nur selten und in mangelhaftem Ernährungszustande zum Alkoholmißbrauch kommt, heißt sofort Trinker, weil er weniger vertragen kann, als der wohlgenährte Reiche, der an täglichen Alkoholgenuß gewöhnt ist. Es ist ja allbekannt, daß geistige Getränke den Hungernden weit schneller berauschen und mehr schädigen als den Gesättigten; darum ist die Alkoholfrage eine Ernährungsfrage. Dr. R. J. B...

Notizen.

Eine Stiefelputzmaschine. Wie die Zeitungen melden, hat eine Nürnberger Werkzeugfabrik eine Maschine konstruirt, die, durch einen Motor getrieben, das Stiefelputzen rasch und glänzend besorgt. Diese Erfindung ist ein harter Schlag nicht blos für die Stiefelputzer, welche ihr Brot verlieren, sondern auch für Eugen Richter, der seinen schlagendsten Einwand gegen den Sozialismus verliert. Bildet doch in seinen „sozialdemokratischen Zukunftsbildern" die Stiefelwichsfrage einen Stein des Anstoßes, über den der Reichskanzler und schließlich der „Zukunftsstaat" stolpert! Und nun stolpert lange vorher Prinz Eugen, der edle Ritter, über die Stiefelwichsmaschine!

Feuilleton.

Die Lessing-Legende.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. III.

Seit dem Erscheinen von „Dichtung und Wahrheit" (im Jahre 1815) ist kaum eine Arbeit über Lessing veröffentlicht worden, in welche die „berühmte Stelle" nicht mehr oder weniger ihre verdüsternden Schatten geworfen hätte. Mit einer allerdings glänzenden Ausnahme: Heinrich Heine bedurfte dieses verzerrenden Spiegels nicht, um zu erkennen, wer Lessing war und was sein Wirken für das deutsche Volk bedeutete. Eben deshalb gehört das, was er über Lessing zu sagen hatte, eigentlich nicht in die Geschichte der Lessing-Legende. Gleichwohl muß es an dieser Stelle berührt werden. Denn so weit ab sich die bürgerlich-preußischen Literarhistoriker von der richtigen Spur entfernt haben, auf welcher

Heine sich befand, so wenig verschmähen sie es, einzelne Prachtworte von Heine über Lessing sich anzueignen und als Fettaugen in ihre mageren Brühen zu verpflanzen. So das Wort von Lessing's Witz, der kein kleines französisches Windhündchen sei, das seinem eigenen Schatten nachlaufe, sondern vielmehr ein großer deutscher Kater, der mit der Maus spiele, ehe er sie würge; so den noch berühmteren Vergleich von den winzigen Schriftstellerlein, die Lessing mit dem geistreichsten Spott, mit dem köstlichsten Humor gleichsam umsponnen habe und in seinen Werken nun für ewige Zeiten erhalte, wie Insekten, die sich in einem Stück Bernstein verfangen.

Nicht aber in diesen einzelnen Worten, so blendend und so wahr sie namentlich auch sind, liegt die Bedeutung dessen, was Heine über Lessing zu sagen hat. Und wenn sie aus dem Zusammenhange gerissen werden, so daß der Schein entsteht, als habe Heine nur über die literarische Kunst Lessing's ein paar vortreffliche Beobachtungen gemacht, so ist das freilich auch ein Stück Lessing-Legende. Herrn Erich Schmidt's kahle und schiefe Bemerkung: „Selbst ein Spötter wie Heine wird pathetisch, wenn er Luther und Lessing nennt, unsern Stolz und unsere Wonne," macht gleichmäßig aus Heine wie aus Lessing einen „todten Hund." Die Aufsätze „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland" sind vielmehr eine geschichtsphilosophische Leistung voll so genialer Rück- und Vorblicke, wie ihrer im Jahre 1834 eben nur Heinrich Heine fähig war. Heine erkennt in unserer klassischen Literatur den beginnenden Emanzipationskampf der bürgerlichen Klassen in Deutschland, der sich wegen der „bleiern deutschesten Schlafsucht" oder mit anderen Worten: der ökonomischen und politischen Rückständigkeit dieser Klassen, wegen der „brutalen Ruhe in ganz Germanien" nur erst durch ihre geistig vorgeschrittensten Elemente in den Aetherhöhen der Idee vollziehen kann. „Der einsamste Autor, der in irgend einem abgelegenen Winkelchen Deutschlands lebte, nahm Theil an dieser Bewegung; fast sympathetisch, ohne von den politischen Vorgängen genau unterrichtet zu sein, fühlte er ihre soziale Bedeutung und sprach sie aus in seinen Schriften. Dieses Phänomen mahnt mich an die großen Seemuscheln, welche wir zuweilen als Zierrath auf unsere Kamine stellen, und die, wenn sie auch noch so weit vom Meere entfernt sind, dennoch plötzlich zu rauschen beginnen, sobald dort die Fluthzeit eintritt und die Wellen gegen die Küsten heranwogen." Und was noch weit mehr ist: obgleich gerade zu der Zeit, in welcher diese Zeilen geschrieben wurden, das deutsche Bürgerthum seine Lenden zu gürten schien, um auf politischem Gebiete nachzuholen, was seine großen Denker und Dichter auf geistigem Gebiete längst vollbracht hatten, so blickte Heine ihm doch schon in Herz und Nieren. Und da sah er, daß der „Freiheitssinn," im Gegensatze zu der klassischen Epoche, „unter den Gelehrten, Dichtern und sonstigen Literaten viel minder," als „in der großen, aktiven Masse, unter Handwerkern und Gewerbsleuten sich ausspricht" oder, wie er es in einem zehn Jahre später geschriebenen Nachtrage zu diesen Aufsätzen ausdrückt, daß „der Kommunismus sich durch ganz Deutschland verbreitet," und daß „die Proletarier in ihrem Ankampfe gegen das Bestehende die fortgeschrittensten Geister, die großen Philosophen, als Führer besitzen." So Heine 1834 und 1844!*)

*) Noch ärger als der Schüler Schmidt versündigt sich der Meister Treitschke (Deutsche Geschichte IV, 421) an Heine's „Leichten Plaudereien," wenn er nach einer Reihe von Liebenswürdigkeiten, wie „Dilettantenbrauch," „unter seinen Händen wird jetzt Alles unrein," „oberflächlich, leer, öde, langweilig" u. s. w. sich dahin zusammenfaßt: „Die moderne Lehre der Verklärung des Fleisches verhöhnte alles, was Menschen

Es ist richtig: der Nebel ideologischer Auffassung liegt auch noch über Heine's Darstellung, wie es für seine Zeit ja auch gar nicht anders sein konnte, aber er wird überall von dichterischen Seherblicken wie von leuchtenden Sonnenstrahlen zertheilt. Und so feiert Heine in Lessing nicht sowohl den Dichter, den Gelehrten, den Kritiker, als den Charakter, den Mann, den Bahnbrecher und den Vorkämpfer der bürgerlichen Klassen. Die Kunst war für Lessing nur eine Tribüne, auf welcher er zum Volke sprach. Seine Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, die große Art seines Seins stießen unversöhnlich zusammen mit der Philisterhaftigkeit, mit der lächelnden Schlechtigkeit und der prunkenden Gemeinheit seiner Umgebung; er stand in schauriger Einsamkeit unter seinen Zeitgenossen, von denen ihn einige liebten, aber keiner verstand; sein Ekel an der Wirklichkeit der deutschen Dinge trieb ihn ins Schauspielhaus oder gar ins Spielhaus. Sein ganzes Leben war Kampf und alle seine Schriften haben eine soziale Bedeutung. In solchen Sätzen schimmert die Bedeutung des Lessing'schen Lebenswerkes nicht als einer ästhetischen oder künstlerischen, einer philosophischen oder theologischen, sondern einer sozialen That hervor, und eben dies erklärt die echte Wärme des Tones, mit welcher Heine vor allen anderen Trägern unserer klassischen Literatur gerade von Lessing spricht.

Einer oberflächlichen Betrachtung mag diese Wärme freilich als „pathetisch" erscheinen. Es ist ja keine Frage: als Dichter steht Lessing hinter Goethe und Schiller, als Kunstforscher hinter Winckelmann, als Philosoph hinter Kant, als Psycholog hinter Herder, als Philolog hinter Reiske oder Ruhnken zurück. Auch bezeichnet es mehr das Schwert, als den Mann, mehr die Form, als das Wesen seines Geistes, wenn Macaulay ihn den „ersten Kritiker Europas" nennt. Denn die Kritik war nur das Werkzeug, mit welchem Lessing in den weitesten Bereichen des deutschen Geisteslebens aufräumte. Was er zur thatsächlichen Geltung bringen wollte, das war jenes bürgerliche Selbstbewußtsein, welches er in ungleich höherem

---

menschlich aneinander bindet und schließlich blieb ihr nichts mehr übrig, als der souveräne Einzelmensch, der sich nach Belieben im Genusse ungezählter Grisetten und Trüffelpasteten ergehen konnte." Die einzelnen Klitterungen, durch welche Treitschke zu diesem „Schlusse" kommt, hat Paul Nerrlich (Herr von Treitschke und das junge Deutschland, Berlin 1890) ebenso scharf wie treffend nachgewiesen. Herr Nerrlich ist ein verlorener Spätling der Jung-Hegelianer, der als solcher zwar die unsägliche Verflachung der deutschen Bourgeoisie zu erkennen, aber ihre letzte Ursache, die schon von Heine verkündete Auflösung des bürgerlichen Idealismus in den proletarischen Sozialismus, nicht zu entdecken weiß. Siehe namentlich auch seine Einleitung zu Arnold Ruge's Briefwechsel und Tagebüchern, wo er die oben besprochenen Aufsätze Heine's „ein gar wunderbares, einzig dastehendes Büchlein," ein „Programm der neuesten Zeit" nennt, aber dann von Heine und Feuerbach nicht etwa zu Marx und Engels, sondern zu Ruge und — Bismarck abschwenkt. „Freilich — so manches gehört weniger zu seiner (Bismarck's) welthistorischen Mission. Es ist überhaupt für Jemanden, der von unseren Philosophen und von Heine, Feuerbach und den Ruge der vierziger Jahre herkommt, dieses sich vor Bismarck Beugen, eine nicht so ohne Weiteres zu lösende Aufgabe." Aber, so tröstet sich Herr Nerrlich, „ebenso fest, wie das Firmament," steht der Satz, daß nach Bismarck, vielleicht früher, vielleicht später, ein neues, gewaltigeres, universaleres Genie auftritt, welches die Ideale von Heine, Feuerbach und Ruge „voll und ganz," nicht blos für Deutschland, sondern für Europa, verwirklicht. An solchen Spinnewebenfäden hängt die Philosophie von heute, so weit sie überhaupt noch den Muth hat, sich der „schlechthinnigen" Hinschlachtung des bürgerlichen Idealismus zu Gunsten der Bourgeoisinteressen zu widersetzen!

Grade besaß, als seine Mitlebenden und namentlich auch seine Mitstrebenden, ja in weit höherem Grade, als es die Klasse, welcher er vorankämpfte, nach ihm in hundert Jahren irgend zu erreichen gewußt hat. Er hat als ein Einzelner den trägen Widerstand der ökonomisch und politisch gebundenen Masse nicht überwunden, nicht überwinden können; von seinen Jünglingsjahren an warf er sich ruhelos umher, bald hinter den Coulissen, bald als „Zeitungsschreiber bei einem Buchführer," bald im Kriegslager, bald im Buchladen und dann wieder hinter den Coulissen, ohne sich eine bürgerlich unabhängige Stellung gründen zu können. Bis ihn dann endlich, als er eben den deutschen Staub von seinen Füßen zu schütteln und als ein hungernder Derwisch in die Ferne zu schweifen gedachte, das Unglück einer geliebten Frau in den hölzernen Käfig trieb, den ihm ein ehrgeiziger Duodezdespot in seiner Bibliothek geöffnet hatte. Und das Martyrium seines letzten Lebensjahrzehnts — wie sticht es, erhebend zugleich und erschütternd, von der dämmernden Behaglichkeit ab, in welcher an einem anderen Duodezhöflein Herder vergrämelte und Goethe verphilisterte! Lessing hatte den deutschen Philister ganz und gar ausgezogen; das giebt ihm die einzige Stellung in unserer klassischen Literatur und insofern war er der verwegenste Revolutionär, den die bürgerliche Welt in Deutschland hervorgebracht hat bis auf die Börne und Heine, die Marx und Engels, die auch nur erst im Auslande das werden konnten, was sie geworden sind.

Und so erklärt es sich auch, daß ein wenigstens in den allgemeinsten Zügen zutreffendes Bild seines Wesens in den einzigen, großen Versuch fiel, den die bürgerliche Wissenschaft gemacht hat, um den ideellen Gehalt der klassischen Literatur in die politischen Kämpfe ihrer Klasse aufzunehmen: in die „Geschichte der deutschen Dichtung" von Gervinus, deren erster Band ein Jahr nach jenen Aufsätzen von Heine erschien. Gervinus wollte den Zusammenhang der klassischen Dichtung mit dem gesellschaftlichen und staatlichen Leben nachweisen; er suchte zu schildern, wie unsere großen Dichterwerke „aus der Zeit, aus deren Ideen, Bestrebungen und Schicksalen" entstanden seien, und er beabsichtigte damit, „den übungsbedürftigen und schafflustigen Geist des Volkes aus den Regionen der Ideen und Ideale auf das praktische, politische Gebiet überzuführen." Und wenn ihm oft — es muß hier dahingestellt bleiben, ob mit Recht oder Unrecht — der Vorwurf gemacht worden ist, daß er den Lorbeerkranz Goethe's und Schiller's allzu einseitig zerzaust habe, so ist er in richtigem Instinkte seinem Lessing mit geringerem Verständnisse, aber kaum mit geringerer Liebe zugethan als Heine. Lessing ist ihm „der eigentliche Beschwörer des jungen Geistes, der Deutschland erneute"; Lessing stellt „in allen Theilen" den revolutionären Charakter der klassischen Literatur dar, und wie treffend wird der Kampf seines Lebens noch von Gervinus geschildert in den Worten: „Wenn man seinem unstäten Leben folgt, so schlösse man leicht auf einen unruhigen Menschen, dem es nirgends wohl war als auf der Straße, aber sieht man näher zu, so war das Ganze seiner menschlichen Charakterbildung nothwendig in dieser Eigenheit bedingt, und durch alle seine Kreuz- und Querzüge schlingt sich ein rother Faden hindurch. Es ist die ewige Widersetzlichkeit gegen den faulen Schlendrian der deutschen Kleinmeisterei und die Armseligkeit des deutschen Gelehrtenlebens, das fortwährende Ringen eines freien Geistes gegen die vielfachen Hemmnisse der herkömmlichen Verhältnisse und Bildung." Es sei gestattet, gleich daneben zu stellen, was Herr Erich Schmidt über das gleiche Problem zu sagen hat. Zunächst orakelt er von Lessing's „dämonischer (!) Rastlosigkeit." Dann behauptet er, Lessing sei durch das „Elend" des „innerlich heruntergekommenen" Vaters der „seinem Leben und

Wirken eigenthümlichen Hast in die Arme" geworfen, „welche in keiner Lage, an keinem Orte, bei keiner Beschäftigung ruhig und geduldig verweilen mag." Endlich wird als Ursache dafür, daß Lessing „nie bei der Stange" blieb, angegeben seine „Unfähigkeit, eine umfassende Arbeit reinlich abzuschließen." Ja, für die sauberen Herren, die mit ihren dicken Folianten voll Loyalität und Patriotismus niemals den richtigen Ab- und Anschluß verfehlen, war Lessing nur ein unreinlicher Trödelhans!*)

Mag nun aber auch gegenüber den heutigen Literaturhistorikern Gervinus wie ein Riese dastehen, so ist seine Würdigung Lessing's doch schon ein beträchtlicher Rückschritt hinter die Auffassung Heine's. In Gervinus steckte ein gutes Stück Philister; er überhäufte Börne und Heine mit gehässigen Schmähungen, um sich selbst auf den Atta Troll der Gesinnung und Sittlichkeit hinauszuspielen.**) So trägt er in Lessing manches hinein, wovon dessen freie Seele nichts gewußt hat; der kriegerische Ton der Literaturbriefe, ihr eroberndes Ungestüm soll von den Einwirkungen des siebenjährigen Krieges „nicht frei" sein! In diesem Zusammenhange wird denn auch Goethe's „berühmte Stelle" angezogen und die „schlagartige Wirkung" jenes Krieges auf das geistige Leben in Deutschland gepriesen. Ja, in einem umfangreichen Kapitel schildert Gervinus „Preußens Theilnahme an der poetischen Literatur," wobei Gleim und Ramler als Chorführer mit einem höchst seltsamen Gefolge fragwürdiger Gestalten aufmarschiren, darunter der Ansbacher Uz als Preuße und der nüchterne Aufklärer Nicolai als Poet. Gleichwohl ist das bürgerliche Bewußtsein in Gervinus doch auch trotz aller philisterhaften und professoralen Verschnörkelung viel zu lebendig, als daß er nicht gelegentlich wieder mit den Geständnissen herausplatzen sollte, in Wahrheit habe Ramler von den Gaben der Muse nichts besessen, Gleim sei ein guter Mann gewesen, aber auch nicht mehr, und es sei ein Spott, zu sehen, wie der „ruhmreiche schlesische Krieg" nichts Wichtigeres hervorgerufen habe, als die sogenannte Bardendichtung, die Gervinus mit Recht bedeutungslos und hohl nennt. An diesem Zwiespalte, der schon durch seine Literaturgeschichte geht und ihn die Gestalt Lessing's schließlich doch nur wie in einem Zwielichte erkennen läßt, ist Gervinus selbst untergegangen. Er hatte zu viel bürgerlichen Idealismus, um nach der großen Enttäuschung von 1848 wie sein Freund Mathy im Bank- und Börsenspiel sich zu trösten, und zu viel bürgerliches Selbstbewußtsein, um wie sein Freund Dahlmann auf die Manteuffelei das geflügelte Wort der „rettenden That" zu prägen; er sagte vielmehr der Monarchie um ihrer gehäuften Sünden willen ab und hoffte nur noch auf den „Medeenkessel der Revolution," in dem allein sich die Glieder Europas verjüngen könnten. So trafen ihn die Kriege von 1866 und 1870 allerdings mit „schlagartiger Wirkung," und seine ohnmächtigen Proteste, wunderliche Mischungen von bürgerlicher Beschränktheit und Ehrenhaftigkeit, machten ihn zum Spotte der bismärckischen Troßbuben, die an

*) Erich Schmidt, Lessing I, IV, 10, 377. Herrn Schmidt's Urtheil über Lessing's Vater ist um so ungerechter, als der Pastor primarius von Kamenz das einzige Mitglied der Familie war, welches eine gewisse Aehnlichkeit mit Gotthold Ephraim zeigt. Dagegen stellen die beschränkte Mutter, die verkümmerte Schwester und namentlich auch die Brüder, der trockene Schulfuchs Theophilus, der versauerte Bureaukrat Gottlob Samuel und der unerträgliche Schwätzer Karl Gotthelf lauter Prachttypen des deutschen Philisterthums dar. Ihre Briefe zeigen denn auch klärlich, daß die Familie für Lessing im Kleinen dasselbe Kreuz war, wie die Nation im Großen.

**) Gervinus, Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts VIII, 180 u. ff.

dem sterbenden Mann eine mehr als grausame Rache für das nahmen, womit er sich an Börne und Heine vergangen hatte.*)

Als Gervinus über Lessing schrieb, gab es noch keine Lessing-Forschung im engeren Sinne des Worts. Karl Gotthelf Lessing war als Biograph ebenso liederlich und zerfahren, wie als Herausgeber, und die Art, in welcher er mit dem Erbe Gotthold Ephraims schaltete, erschien bereits den Zeitgenossen so abstoßend, daß die Xenien ihre Geißel über den „lieblosen Bruder" schwangen.**) Erst in den Jahren 1838—40 besorgte Lachmann seine wissenschaftliche Ausgabe von Lessing's Werken, die auch oder vielmehr gerade von denen, welche sie in Einzelnheiten zu verbessern und zu vermehren verstanden haben, stets als ein Meister- und Musterwerk gefeiert worden ist. Auf diesem Grunde erwuchs denn die erste, wissenschaftliche Lessing-Biographie, deren erster Band mit einer Widmung an Lachmann 1850 von Danzel herausgegeben wurde. Sie steht in einem gewollten Gegensatze zu der historischen Auffassung von Gervinus. Danzel war ein deutscher Gelehrter der alten guten Art, anspruchslos, bescheiden, formlos, so arm, daß er sich als Privatdozent in Leipzig den Lebensunterhalt durch das Uebersetzen französischer Schmöker erwerben mußte, und dabei von einem so eisernen Fleiße, daß er bei seinem im dreiunddreißigsten Lebensjahre an der Schwindsucht erfolgten Tode außer einer Reihe kleinerer Schriften zwei große literargeschichtliche Werke hinterließ, eins über „Gottsched und seine Zeit" und dann die Lessing-Biographie, deren zweiten Band auszuarbeiten ihm leider nicht mehr vergönnt war. Herr Erich Schmidt hat die Güte, aus seinen „glücklichen Tagen" auf das „entbehrungsreiche Streben" Danzel's „mit Wehmuth" zurückzuschauen, und wir würden diese edelmüthige Regung zu schätzen wissen, wenn wir nur sicher wären, daß Literarhistoriker, die in einer Lessing-Biographie, wie Danzel es gethan hat, den siebenjährigen Krieg bei seinem richtigen Namen eine dynastische Rauferei um eine Provinz nennen, heute „glücklichere Tage" im Sinne des Herrn Schmidt sehen würden. Doch dies nur nebenbei.

Was Gervinus über Danzel's „Mangel an historischem Sinn" sagt, hat eine gewisse Berechtigung. Sicherlich ist ein bestimmtes Geisteswerk bis auf seinen letzten Grund nur zu erklären aus den politischen und sozialen Zuständen, in denen sein Verfasser lebte. Vorausgesetzt, daß man die Fähigkeit und den Willen hat, diesen Zuständen auf den Grund zu gehen. Fehlt diese Voraussetzung oder ist sie nur in beschränktem Maße vorhanden, so wird aus der literarischen Geschichte mehr oder weniger eine literarische Legende, und dieser „historischen" Methode ist denn allerdings die philosophische Methode Danzel's

*) Selbst ein so gebildeter Schriftsteller der Bourgeoisie, wie Karl Hillebrand, konnte nicht umhin, auf das frische Grab von Gervinus eine Ladung von Schmähungen abzufeuern: „Ein Schriftsteller ohne Stil, ein Gelehrter ohne Methode, ein Denker ohne Tiefe, ein Politiker ohne Voraussicht, ein Mensch ohne Zauber oder Macht der Persönlichkeit" und so achtzig Seiten lang. Siehe Karl Hillebrand. Zeiten, Völker und Menschen II, 205—291. Bezeichnend genug läßt Hillebrand diesem literarischen Schlachtfeste einige Lobgesänge auf Arthur Schopenhauer und Friedrich Nietzsche in jenem Sammelwerke folgen. Um der Philosophie des spießbürgerlichen Staates und der Philosophie des ausbeuterischen Kapitalismus freie Bahn zu schaffen, mußte der letzte Rest des bürgerlichen Idealismus mit Knitteln todtgeschlagen werden.

**) Die Biographie ist neuerdings in der Universalbibliothek von Reclam (2408 und 9) wieder von Otto F. Lachmann herausgegeben worden. Mit dankenswerthen, aber leider nicht ausreichenden Kürzungen. Die Betrachtungen Karl Gotthelfs sind das hohlste Gerede von der Welt und seine thatsächlichen Mittheilungen, die sich als eiserner Bestand aus einer Biographie in die andere zu schleppen pflegen, bedürfen nachgerade auch sehr einer kritischen Prüfung.

vorzuziehen, der ursprünglich Hegelianer war und auf metaphysisch-spekulativem Wege das Leben und Wirken Lessing's als einen Theil der deutschen Geistesgeschichte zu verstehen sucht. Er giebt zwar nur bedingte Wahrheit, aber immer doch Wahrheit. Wenn er beispielsweise ausführt, daß Lessing einen eigenen Standpunkt mit Hilfe der englischen Literatur gewonnen habe, aber hinzufügt, es heiße die Sache auf den Kopf stellen, wenn man dabei „gemeiniglich vor allen Dingen" an Shakespeare denke, Shakespeare komme darin gerade zu allerletzt an die Reihe, so ist die Bemerkung unzweifelhaft richtig und sie trägt unendlich viel mehr zur Erkenntniß des Lessing'schen Geistes bei, als das landläufige „nationale" Schlagwort, daß Lessing die französische Fremdherrschaft über den deutschen Geist vernichtet und an dem „stammverwandten" Genius Shakespeare's die deutsche Literatur genährt habe. Aber erklären kann Danzel den Grund der von ihm erkannten Thatsache nicht, und er räsonnirt eine ziemliche Ecke ins Feld hinein über „normännische Ritterlichkeit und sächsische Kernhaftigkeit," sowie darüber, daß auch von der antiken Literatur erst die jüngeren und dann die älteren Schriftsteller als Muster betrachtet worden seien, was alles dem „gebildeten" Leser von heute freilich viel abstruser vorkommen mag, als ein „runder Paragraph" aus der eleganten und nationalen Feder des Herrn Erich Schmidt.

In dem Lichte der wissenschaftlichen Erkenntniß, welches der materialistischen Geschichtsauffassung von Marx und Engels entfließt, ist nun sofort zu erkennen, daß und weshalb Lessing als der erste bürgerliche Schriftsteller in Deutschland sich einen selbständigen Standpunkt nur mit Hilfe der englischen und zwar der zeitgenössischen englischen Literatur bilden konnte. Denn die bürgerlichen Klassen in Deutschland besaßen noch kein Leben, auf welchem eine literarische Darstellung fußen konnte, was Lessing, wenn er es bei reiferem Alter nicht schon von selbst erkannte, jedenfalls bei einem Blick in seine eigene Jugendpoesie erkennen mußte. Er mußte sich also an ausländische Muster anlehnen, und da bot sich ihm in verhältnißmäßig reichster Entwicklung das Leben und die Literatur der bürgerlichen Klassen in England. Er schöpfte demgemäß für sein erstes, selbständiges Dichtwerk, die Miß Sara Sampson, die Motive halb aus einem bürgerlichen Roman von Richardson und halb aus einem bürgerlichen Drama von Lillo; an Shakespeare kam er aber gerade zu allerletzt, nicht aus einer ästhetischen Geschmacksverirrung, sondern weil Shakespeare — aus Gründen, die sich wiederum erklären aus dessen sozialer Stellung als Schauspieler und Schauspieldichter in einer Zeit, in welcher das Theater von den bürgerlichen Klassen heftig verfolgt wurde, — mit den Vertretern derselben verzweifelt wenig Federlesens macht. Ein soziales Moment also erklärt Lessing's Anlehnung an bestimmte englische Muster und eben dies Moment erklärt auch seine Stellung zur französischen Literatur. Es ist fast unbegreiflich, wie Lessing immer wieder zum Typus eines Franzosenhassers gemacht werden kann angesichts der Thatsache, daß er selbst dem Franzosen Diderot den stärksten Einfluß auf die Bildung seines Geschmacks eingeräumt hat. Er haßte und vernichtete kritisch das Muster der französischen Poesie, aber nicht weil es französisch war, sondern insoweit er darin ein falsches, höfisches, entartetes und den Geschmack des deutschen Bürgerthums verseuchendes Muster sah; der bürgerlichen Literatur der Franzosen, die ihm nur insofern eine Quelle zweiter Hand war, als sie sich auch erst aus dem englischen Einflusse ableitete, stand er deshalb nicht weniger wahlverwandt gegenüber. Am klarsten tritt dies Verhältniß hervor, wo sich in einer Person das vereinte, was Lessing an der französischen Literatur bekämpfte und liebte. So scharf er die höfische Dichtung Voltaire's zerfleischte und so sehr er geneigt war, der Person Voltaire's eher zu

viel, als zu wenig zu thun, so willig hat er sich dem Einflusse dieses großen Schriftstellers überall da hingegeben, wo derselbe den bürgerlichen Klassen vorankämpfte.

Ueberhaupt ist Lessing's ganzer nationaler Standpunkt nur aus seiner sozialen Stellung erklärlich. Wenn Treitschke erklärt, daß Lessing auf einem Gebiete „jene ärmeren Geister“ — nämlich die beiden berühmten Männer Gleim und Ramler — „um ihren Reichthum beneiden konnte: sie waren reicher um die große Empfindung der Vaterlandsliebe,“ so ist das falsch. Denn Lessing hat, so namentlich in der Hamburgischen Dramaturgie, über die deutsche Zerrissenheit mit einer Tiefe und Wärme der Empfindung gesprochen, welche Gleim und Ramler, die in dem Anreimen ihres angestammten Theilfürsten ihre höchste Beseligung fanden, nicht einmal zu ahnen vermochten. Und wenn Herr Erich Schmidt „das Heil der deutschen Dichtung und des gesammten geistigen Lebens an die Fahne des aufsteigenden preußischen Staats geheftet“ sein und demgemäß Lessing von Sachsen nach Preußen übersiedeln läßt, so ist das wiederum falsch. Denn von einer derartigen „Liebe des Vaterlandes“ hatte Lessing, der weder Sachse noch Preuße sein wollte, „keinen Begriff,“ und sie schien ihm „aufs Höchste eine heroische Schwachheit,“ die er recht gern entbehrte. Mit einem Worte: Lessing empfand auch in dieser Frage als der rechte Vorkämpfer der bürgerlichen Klasse, deren elende Zustände sich mit der deutschen Zerrissenheit gegenseitig bedingten und denen nur die nationale Einheit eine große Zukunft verhieß.

Um nun aber auf die Lessing-Biographie von Danzel zurückzukommen, so wird die Erläuterung dieses einen Gesichtspunktes schon zur Genüge zeigen, was es mit ihrem „Mangel an historischem Sinn“ auf sich hat. Er ist gewiß vorhanden; nur fragt es sich, ob er bei der besonderen Ausbildung des „historischen Sinnes“ in der seitherigen Lessing-Forschung nicht in einen Vorzug umgeschlagen ist. Bei der Erläuterung des thatsächlichen Materials geräth Danzel oft auf spekulative Irrwege, aber das Material selbst hat er sorgfältig gesammelt und gesichtet, und er theilt es so unbefangen und voraussetzungslos, so ohne allen preußischen oder sächsischen oder lippe-detmoldischen Patriotismus mit, daß sein Buch als wissenschaftliches Quellwerk in der Lessing-Literatur noch nicht wieder erreicht, geschweige denn übertroffen worden ist. An Goethe's „berühmter Stelle“ wagt Danzel zwar nicht schweigend vorüberzugehen, aber er fertigt sie doch mit einer halb ironischen Verbeugung ab und huldigt sonst von sich aus in keiner Weise der „historischen“ Auffassung, daß die deutsche Kultur und Literatur ohne den siebenjährigen Krieg noch bei Gottsched und Bodmer stünde. Sehr zu bedauern ist nur, daß der zweite Band, den Guhrauer nach den Vorarbeiten Danzel's bearbeitet hat, nicht auf der Höhe des ersten steht. Er ist nicht nur viel flüchtiger zusammengestellt, was sich vielleicht daraus erklärt, daß auch Guhrauer über der Arbeit starb, sondern er macht auch der Lessing-Legende manches bedenkliche Zugeständniß.

(Fortsetzung folgt.)

Druckfehlerberichtigung. In das Heft 17 haben sich leider, vielleicht auch eine Folge der Influenza, eine Reihe böser Druckfehler eingeschlichen.

Wir bitten namentlich folgende zu korrigiren:

Seite 515 Z. 23 v. o. lies Galopin statt Galoppier.
" 516 " 9 v. o. " ein statt und.
" 516 " 8 v. u. " Halloh genug statt Halloh.
" 532 " 1 v. u. " Künstlerkaste statt Künstlerkarte.
" 533 " 21 v. o. " also statt aber.
" 543 " 18 v. u. " Friedrich II. statt Friedrich III.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 20. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Das Volk in Waffen.

↗ Berlin, 3. Februar 1892.

Es hieße die vielgerühmte „Volksseele" gänzlich mißverstehen, wenn man dem liberalen Geprahle glauben und voraussetzen würde, sie, die „Volksseele," befände sich bei der halben und schwankenden Opposition, welche die liberalen Parteien dem Volksschulgesetzentwurfe machen. Sie befindet sich augenblicklich ganz wo anders, nämlich bei dem vom „Vorwärts" veröffentlichten Erlasse, den der Herzog Georg von Sachsen als kommandirender General des sächsischen Armeekorps in Sachen der Soldatenmißhandlungen an die ihm untergebenen Kommandostellen gerichtet hat.

Die schauererregenden Einzelnheiten des Schreibens sind den Lesern der „Neuen Zeit" bekannt; an dieser Stelle ist nur nöthig, die politische Moral aus denselben zu ziehen. Und diese Moral läßt sich am kürzesten in die Worte zusammenfassen, daß es mit einem vielbeliebten Schlagworte neu-deutscher Reichsherrlichkeit, mit dem „Volke in Waffen," einmal wieder nichts ist. Gäbe es ein „Volk in Waffen," so wären die Zustände, welche Herzog Georg schildert, einfach nicht möglich. Ein „Volk," was immer man sonst unter diesem vieldeutigen Begriffe verstehe, könnte und würde so Entsetzliches nicht widerstandslos ertragen. Wie können sich nun aber solche Zustände in das Heer einfressen, und zwar so breit und tief, daß sie Maßregeln wie jenen Erlaß des Herzogs Georg nothwendig machen? Und wie können sie so verborgen bleiben, daß sie nur durch einen seltensten Zufall, nur dadurch, daß ein amtliches Schriftstück eines kommandirenden Generals in den Besitz eines sozialdemokratischen Blattes geräth, an die Oeffentlichkeit gelangen? Man sagt: ja, die militärische Disziplin! Und das ist auch richtig, vorausgesetzt, daß man hinzufügt: die Disziplin nicht „eines Volks in Waffen," sondern eines Söldnerheeres.

Das alte, preußische Heer, das Heer Friedrichs II., wurde zusammengehalten durch den Kitt der Soldatenmißhandlungen. Es bestand zur größeren Hälfte aus geworbenen, d. h. durch eine Hand voll Geld und einen Sack voll trügerischer Versprechungen herangelockten Ausländern, zur kleineren Hälfte aus gepreßten Inländern. Nach Art der „großen Männer" oder, wie Herr von Treitschke sagen würde, „mit der Naivetät des Genius" verachtete Friedrich alle moralischen Einwirkungen auf die „Kerls"; der Stock sollte sie zusammenhalten

und er hielt sie zusammen. Es ist bekannt, wie Friedrich im siebenjährigen Kriege österreichische und sächsische Kriegsgefangene gleich zu ganzen Regimentern als preußische Rekruten einkleiden und ihnen, was sie an Begeisterung, Ehre, Tapferkeit, Vaterlandsliebe brauchten, einbläuen ließ. Mit einem glücklichen und treffenden Worte läßt Willibald Alexis in seinem „Cabanis" einen preußischen Hauptmann sagen: „Wenn Se. Majestät Armeen in jeder Campagne bis auf den letzten Mann blieben, so nur die Unteroffiziere restiren, prügeln wir Ihnen bis zum Frühjahre ein neues Heer ein." Der König eröffnete die militärische Instruktion für seine Generale mit vierzehn Regeln zur Verhütung der Desertion als dem wesentlichsten Theil ihrer Pflichten; er schrieb in seinem militärischen Testamente von 1768: „Was den Soldaten betrifft ... so ist es nöthig, daß er seine Offiziere mehr fürchtet, als die Gefahren, welchen man ihn aussetzt; anders wird man es nie dahin bringen, ihn durch ein Ungewitter von 300 Kanonen, die ihn niederschmettern, zum Sturme zu führen. Der gute Wille wird in solchen Fällen den gemeinen Mann niemals heranbringen; das kann nur die Furcht thun." Und in gleichem Sinne forderte er nach der Schlacht bei Zorndorf den Prinzen Heinrich auf, seine Infanterie in strenger Disziplin zu halten, notabene, ihr Respekt vor dem Stocke beizubringen (de tenir votre infanterie sous une sévère discipline, de leur faire n. b. respecter le bâton). Mit vollem Bewußtsein begründete Friedrich sein Heer auf die Disziplin der Entnervung. Sehr hübsch kennzeichnet dies Verhältniß eine bekannte Militärschnurre, die, wenn nicht wahr, so doch gut erfunden ist. Als Friedrich einmal mit dem alten Dessauer zur Revue ausritt, fragte er ihn: Was erscheint Ew. Liebden an unserer Armee am wunderbarsten? Der alte Dessauer erwiderte: Die schönen Regimenter, die hier in Reih' und Glied stehen. Nein, antwortete Friedrich, am wunderbarsten ist die Entnervung der Kerls, die uns als die Urheber ihrer Leiden nicht todtschießen.

In keinem anderen europäischen Heere blühte die Soldatenmißhandlung so, wie im preußischen. Und zwar keineswegs oder doch nicht überwiegend wegen der persönlichen Anschauungen des Königs. In letzter Instanz entschieden auch hier ökonomische Gründe. Preußen war zu arm, um nur Ausländer für das Heer werben, zu dünn bevölkert, um nur Inländer als Rekruten pressen zu können. Die geringe ökonomische und daher auch kulturelle Entwicklung des Landes zwang zudem dazu, die „höheren Stände" und so ziemlich die ganze städtische Bevölkerung mit der Kantonnirung zu verschonen; man durfte die ohnehin spärliche Steuerkraft der Bevölkerung nicht noch schmälern. So fiel die persönliche Militärlast, soweit sie nicht durch Ausländer getragen wurde, auf die erbunterthänige Bevölkerung des platten Landes. Aber wenn die Ausländer überhaupt nur durch den Stock zusammengehalten werden konnten, so verstand es sich von selbst, daß die Junker, welche ihre erbunterthänigen Leute auf dem Gutshofe prügelten, als Offiziere dieselben „Kerls" auf dem Exerzierplatze und in der Kaserne nicht glimpflicher behandelten. In entwickelten Ländern waren derartige Zustände, als sie in Preußen noch in vollem Flor standen, längst nicht mehr möglich. Als man, geblendet durch Friedrichs kriegerische Erfolge, den Prügelstock in das französische Heer einführen wollte, erschoß sich der erste Unteroffizier, welcher Prügel austheilen mußte, als Geschändeter vor der Fronte.

Freilich verschlossen sich einsichtige preußische Offiziere, namentlich als die Gewitterluft der französischen Revolution bis über die Elbe drang, der Einsicht nicht, daß ein Heer nicht dauernd durch die Disziplin der Entnervung zusammengehalten werden könnte. Schon im bayrischen Erbfolgekriege von 1779 zeigte sich die innere Schwäche des preußischen Heeres. Und noch bei Lebzeiten Friedrichs,

im Jahre 1785, erließ der Generallieutenant von Möllendorff als Gouverneur von Berlin an die ihm unterstellten Offiziere ein Rundschreiben, in welchem es heißt: „Seit zwei Jahren ist eine meiner ersten Bemühungen gewesen, zur Ehre der Menschlichkeit, die barbarisch geringschätzige Art der Offiziere gegen den gemeinen Mann auszumerzen. . . . Seine Majestät der König haben keine Schlingel, Kanailles, Racailles, Hunde und Kropzeug im Dienste, sondern rechtschaffene Soldaten, welches wir auch sind, nur blos daß uns das zufällige Glück höhere Charaktere gegeben hat, denn unter den gemeinen Soldaten sind viele so gut als wir, und vielleicht würden es manche noch besser als wir verstehen.“ Im Jahre 1794 schaffte Blücher sogar als Regimentskommandeur das Prügeln seiner Husaren ganz und gar ab. Alle solche Regungen einzelner, einsichtiger und menschenfreundlicher Offiziere änderten aber an der allgemeinen Lage der Dinge nichts. Der Militärstaat steht sich bei der eisernen Disziplin der Söldnerheere viel zu gut, und dieselbe war auch viel zu tief in den ökonomischen Verhältnissen gegründet, als daß sie freiwillig hätte aufgegeben werden können.

Der Zwang, welcher zu ihrer Preisgabe führte, hieß Jena. Ein preußischer Generalstabsoffizier, Major von der Goltz, veröffentlichte vor etwa zehn Jahren ein Buch: „Roßbach und Jena,“ in welchem er durch eine Fülle zeitgenössischer Zeugnisse — es kommt hier nicht darauf an, ob zutreffend oder nicht — nachzuweisen versuchte, das preußische Heer bei Jena sei ebenso gut gewesen, wie das preußische Heer bei Roßbach, so daß er im Grunde der Sache eigentlich nicht versteht, weshalb jenes so schmählich unterlegen sei und dieses so glorreich gesiegt habe. Damals hat ihm aber schon ein anderer preußischer Militärschriftsteller, Herr Delbrück, sehr richtig erwidert: gerade weil das preußische Heer bei Jena noch das Heer Friedrichs war, war die Niederlage schon entschieden, noch ehe die Schlacht begonnen hatte. Mit anderen Worten: bei Roßbach siegte die Disziplin der Entnervung auf der Seite, auf welcher sie am strengsten entwickelt war; bei Jena aber unterlag sie, weil sie mit der mächtigeren Disziplin des Ehr- und Vaterlandsgefühls zusammenstieß, weil die Volksbewaffnung in den französischen Revolutionskriegen eine den Söldnerheeren weit überlegene Organisation, Taktik und Strategie eingeführt hatte. Selbst den verbohrtesten Junkern mußten die Augen übergehen, als nach Jena 9000 Mann, welche durch einen glücklichen Zufall aus der französischen Kriegsgefangenschaft befreit wurden, sich einfach weigerten, zu ihren Fahnen zurückzukehren. Erst als ihm das Messer an der Kehle saß, verzichtete der preußische Militärstaat auf das Söldnerheer.

Um aber ein Volksheer auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gründen zu können, war in erster Reihe nothwendig die „Freiheit der Rücken,“ wie Gneisenau seine berühmte Abhandlung gegen die Soldatenmißhandlungen überschrieb. Und diese „Freiheit der Rücken“ war unmöglich ohne die Aufhebung der bäuerlichen Erbunterthänigkeit. Wie alle wirklichen oder sogenannten Sozialreformen eines Militärstaats war auch die reformatorische Gesetzgebung nach 1806 durch militärische Nothwendigkeiten bedingt. Und eben deshalb gediehen die bürgerlichen Reformen von Hardenberg und Stein, wie die militärischen Reformen von Scharnhorst und Gneisenau nur, so lange das Messer an der Kehle saß. Sofort nach der Niederwerfung Napoleon's begann der Rückschlag. Während der preußische Staat wegen der Armuth und verhältnißmäßig geringen Ziffer seiner Bevölkerung den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht am rücksichtslosesten unter den europäischen Staaten durchführen mußte, um halbwegs ein großmächtliches Heer auf den Beinen zu haben, suchte er um so nachdrücklicher alle volksthümlichen Elemente, wie die Landwehr, aus dem „Volke in Waffen“ auszuscheiden und dafür,

soweit es unter den Voraussetzungen der allgemeinen Wehrpflicht überhaupt möglich war, die Disziplin und Organisation des alten Söldnerheeres wieder einzuführen.

In fortwährenden inneren Kämpfen zieht sich diese Entwicklung, deren erste Krisis die Verabschiedung Boyen's und Grolman's im Jahre 1819 war und deren bisher letzte Krisis wir in den Faschingswahlen von 1887 erlebt haben, bis auf diesen Tag hin. Das Septennat; die strenge Gliederung des Offizierkorps als einer vom Heer, wie vom Volk abgesonderten Kaste; die eiserne Disziplin, welche auf Befehl des Kriegsherrn das unweigerliche Niederschießen von Vater und Bruder verlangt; die furchtbaren Strafen, die, wie der strenge Arrest des Reichsmilitärstrafgesetzes von 1872, an gewissem Raffinement selbst die Kriegsartikel Friedrich's II. überbieten; das heimliche Gerichtsverfahren — dieses und manches andere waren in dem Söldnerheere sehr natürliche Erscheinungen, während sie zu dem angeblichen „Volke in Waffen" passen, wie die Faust aufs Auge. Darüber sind sich die preußischen Militärschriftsteller auch ganz klar. Der schon erwähnte Herr Delbrück schreibt, indem er von der Konfliktszeit spricht: „Merkwürdigste aller Erscheinungen: das Volk fast einstimmig in erbitterter Opposition gegen die Regierung und in Ordnung gehalten durch die Armee, d. h. durch zwei bis drei Jahrgänge eben dieses Volkes! Waren denn die Leute, die gerade im Alter von 20—23 Jahren standen, anders gesonnen, als ihre Brüder und Väter? Diese wählten Abgeordnete mit der Parole: „Diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen!"; jene sorgten dafür, daß auch nicht einmal der Gedanke eines thatsächlichen Widerstandes auftauchte. Hier sieht man, was ein Offizierkorps, was Korpsgeist und Disziplin ist." Sehr richtig!

Schade nur für die Bewunderer dieses „merkwürdigen" Militarismus, daß er auch seine Kehrseite hat. Und diese Kehrseite sind die — Soldatenmißhandlungen. Es ist gewiß anzuerkennen, daß von dem Rundschreiben des Generallieutenants v. Möllendorff bis zum Erlasse des Herzogs Georg über hundert Jahre lang die überzeugtesten Vertreter des Militarismus sich in eifrigster Weise bemüht haben, diesem Uebel zu steuern. Die berufensten Vertreter der heutigen Gesellschaftsordnung sind ja auch häufig die rücksichtslosesten Bekämpfer der Prostitution. Subjektiv gebietet die Ehrlichkeit, solche Bestrebungen stets anzuerkennen; objektiv gebietet die Einsicht, sich über ihre Wirkung niemals zu täuschen. Man kann eine Wirkung nimmermehr beseitigen, wenn man nicht ihre Ursache preisgiebt. Und so fürchten wir, daß der Erlaß des Herzogs Georg gegen die Soldatenmißhandlungen nicht mehr ausrichten wird, als der Erlaß des Kaisers gegen die Prostitution ausgerichtet hat.

Es giebt nur ein Heilmittel hier wie dort: Die grundsätzliche Bekämpfung des Kapitalismus hier und des Militarismus dort.

Gerhart Hauptmann.

Von **Gustav Landauer.***)

Die Zeit der Literarhistoriker, die ein literarisches Produkt ableiten wollten aus anderen Schriftwerken, beginnt vorbei zu sein. Man hat angefangen zu begreifen, daß es jetzt gilt, eine gründliche Untersuchung aller alten Gewohnheiten, eine Revision aller Wissenschaften und alles Lebens vorzunehmen, und daß auch

*) Wir geben den Ausführungen des Verfassers gern Raum, weil sie manchen anregenden Gedanken enthalten. Wir möchten sie aber ebenso wenig alle unter=

die Kunst und Literatur, die sich immer vornehm abseits stellen will, es sich gefallen lassen muß, auf ihren Zweck und ihre Stellung unter unseren gesellschaftlichen Einrichtungen geprüft zu werden. In diesem Sinne also müßte jetzt der Versuch einer Literaturgeschichte geschrieben werden, daß eine Geschichte der Lektüre der verschiedenen Klassen daraus wird, daß gezeigt wird, wie sich die fortgeschrittenste Literatur einer Zeit verhält zu dem allgemeinen Kulturfortschritt, wie das Zentrum der poetischen Produktion fortwährend von einer Gesellschaftsklasse zur anderen wandert, und vor Allem, wie unter dem Einfluß der sozialen Formationen und der Absonderung verschiedener Bildungsstufen von einander, sich von Zeit zu Zeit immer wieder eine besondere Gruppe zwischen die anderen Klassen einschiebt, die zwar keine Künstlerkaste ist, aber sich doch einbildet, eine zu sein. Zu diesem Umstand trägt nun, was unsere moderne Literatur angeht, schon der Irrthum der Kunsthistoriker und Aesthetiker, die Kunst sei etwas Reales und Besonderes und über allem anderen Stehendes, in hervorragendem Maße bei, und eine Geschichte dieses Irrthums, die nur wieder ein Abschnitt aus einer großen „Geschichte der Macht der Abstraktionen auf die menschliche Kultur“ wäre, müßte einen Theil bilden dieser zu fordernden „Literaturgeschichte.“

Eine solche Literaturbetrachtung müßte, wenigstens was die neue Zeit angeht, selbstverständlich eine internationale sein.

So muß z. B. eine Betrachtung der Stellung der jüngsten deutschen Literatur ausgehen von der Rolle, die im letzten Jahrzehnt Ibsen und Zola in Deutschland spielten, während es für diesen Zweck ganz gleichgiltig ist, was sie in ihrer Heimath bedeuten, und auf was für Traditionen sie fußen. Und besonders wichtig ist es eben zu zeigen, daß Ibsen und Zola, die sonst gar nichts mit einander zu thun haben, gleichzeitig auf Deutschland einwirkten. Und dann, auf welche Kreise sie einwirkten. Bei genauerer Betrachtung würde sich etwa das Folgende herausstellen.

Zola und Ibsen wirkten fast ausschließlich auf eine bestimmte Gruppe in unserer bürgerlichen Gesellschaft, auf diejenige nämlich, die das Faule in unseren gesellschaftlichen Einrichtungen sehr wohl empfand, die in der Negation mit dem Sozialismus gehen konnte, und von der auch immer wieder Einzelne zum Sozialismus übergingen und Viele sich wenigstens stark hingezogen fühlten.

Diesen bot Zola ein breites Bild der heutigen kapitalistischen Gesellschaft mit schonungsloser Aufzeigung aller Auswüchse und Schandbeulen derselben, während Ibsen einerseits den Kampf zwischen alter und neuer Weltanschauung in der Seele des Einzelnen und zwischen dem jungen und alten Geschlecht vorführte, andererseits allen seinen Hauptfiguren immer einige Tropfen Zukunftsblut beimischte, so daß es besondere eigenthümliche Menschen waren, die gegen die Verhältnisse kämpften und peinlich unter ihnen litten.

Außerdem aber wirkten diese Beiden noch auf einen ganz anderen Kreis, der sich zwar mannigfach mit diesem berührte, aber immerhin diese Dichtungen

---

schreiben als die in dem Artikel „Die Zukunft und die Kunst“ von demselben Verfasser in Nr. 17 der „Neuen Zeit“ gegebenen. Namentlich erscheinen uns Nietzsche wie Hauptmann erheblich überschätzt. Beide sind jetzt in der Mode. Aber man thut gut, ihnen gegenüber ruhig Blut zu bewahren. Die Tagesgrößen unserer Literatur pflegen ebenso über Nacht zu verschwinden, wie sie über Nacht berühmt geworden sind.

Eine Erwiderung auf den Artikel „Die Zukunft und die Kunst“ ist uns zugegangen. Wir werden sie im nächsten Heft bringen.

Die Redaktion.

von ganz anderem Standpunkt aus auffaßte, nämlich auf die Literatenkaste. In dieser wurden nun die Beiden nachgeahmt und auf den Schild erhoben, vor Allem auch, weil sie einen neuen Kunststil hatten, eine neue Technik, weil sich ein neues Schlagwort auf sie pfropfen ließ und eine neue Etikette.

Aus diesem Zusammenhang heraus erhob sich im Herbst 1889 die Persönlichkeit Gerhart Hauptmann's, der vorher so gut wie unbekannt gewesen war. Sein soziales Drama „Vor Sonnenaufgang," das von der Freien Bühne aufgeführt wurde, machte ihn mit einem Schlage berühmt. Und das mit Recht. Ibsen und Zola waren darin verschmolzen zu einem Produkt, das zwar nicht ganz einheitlich war, aber es doch wenigstens sein sollte. Und davon war in der That Großes zu erwarten. Die breite Schilderung überaus häßlicher Zustände der Gegenwart verdankt Hauptmann Zola, und wäre es auch nur den Muth zu einer solchen That. Denn Hauptmann's Technik ist ja eine ganz andere, bei ihm ist alles in die anschauliche Plastik des Dramas umgesetzt und in der Charakteristik der Menschen, soweit sie ihm gelungen ist, folgt er vielfach den Spuren Ibsen's, so vor Allem bei der Figur des Ingenieurs Hofmann. Das war aber nicht die bedeutendste Wirkung Ibsen's. Das was das Wichtigste war, ist die Figur Loth's. Loth ist gerade nicht Ibsensch charakterisirt, die Charakteristik ist da überhaupt nur schwach gerathen, aber den Muth zu dieser Figur nimmt Hauptmann von Ibsen. Loth, der junge Sozialist, wendet sich gegen die Verhältnisse, aus denen er erwachsen ist, wie Nora, wie Pastor Rosmer, wie Gregor Werle. Er ist der Mensch, der in die Zukunft weist und von ihr herkommt, wie diese, er hat sich über seine Umgebung erhoben, er ist besonders individuell ein wandelndes Prinzip, wie Gegner Ibsen's und Hauptmann's wohl sagen. So ein Stück Ibsen hineingestellt in die Welt Zola's, eine lebendige Hoffnung, emporragend aus dem Sumpf und der Verzweiflung, der Sozialismus kühn entgegengestellt den heutigen Zuständen, das war freudig zu begrüßen und davon war Großes zu erwarten. Dazu kam dann noch die überaus natürliche Sprache des Dichters und die Feinheit der Empfindung, wie sie vor Allem in der Figur Helenens und in der berühmten Liebesszene sich zeigte.

Vor Allem konnte man sich freuen, daß „Vor Sonnenaufgang" ein Drama geworden war. Man konnte hoffen, daß Leidenschaft, Vorwärtsstürmen, Zukunftsfreude der jungen Generation sich in dem neu erwachenden Drama ausspprächen, daß die Geburtsschmerzen der neuen Zeit darin zum Ausdruck kämen.

Es ist aber anders gekommen. Für den Psychologen wäre es interessant festzustellen, was Alles auf Hauptmann eingewirkt hat zwischen der Beendigung seines ersten Dramas und dem Plan zu seinem zweiten, dem „Friedensfest." Hier kann nur Einiges beigebracht werden und das nicht mit unbedingter Sicherheit. Hauptmann ist ein feinsinniger, empfindlicher Mensch, der zur Resignation hinneigt, das liegt schon in seinem ersten Drama, wenn man es damals auch nicht gefunden hat. In dieser Hinsicht ist er etwas mit Hermann Bahr verwandt.

Kraft oder gar Fanatismus ist seine Sache nicht, seine Fähigkeit zu lyrischem Aufschwung, zum leidenschaftlichen Glauben und Wollen ist vielleicht nicht allzu stark. Dazu kam nun noch seine Berühmtheit. Sein Loth wurde zwar von der Kritik, vor Allem von der ihm freundlichen, vernichtet, sein Sozialismus belächelt, aber seine objektive Charakterisirungskunst, seine feine Psychologie äußerst bewundert. Mittlerweile waren Arno Holz und Johannes Schlaf gekommen mit ihrem pedantisch-formalen „konsequenten Realismus." Nach ihrer Lehre kam es auf den Stoff und auf die Individualität des Dichters nicht mehr an, das einzig Wichtige war, die vorhandene Wirklichkeit möglichst getreu nachzuahmen;

wie sich der Dichter zu dieser stellte, was er wollte und glaubte, kam nicht mehr in Betracht, es durfte sogar aus dem Wirklichkeitsbild nicht zu ersehen sein. Diese Theorie hatten die Beiden nach Kräften angewandt in ihren unter dem Namen „Papa Hamlet“ erschienenen Skizzen, die sich schon sehr der dramatischen Form zuneigten. Diese waren nun von entschiedenem starken Einfluß auf Hauptmann. Er widmete ihnen „Vor Sonnenaufgang,“ als das Drama als Buch erschien, und er begann sein „Friedensfest,“ während die Beiden an ihrem Drama „Familie Selicke“ arbeiteten; beide Dramen haben äußerlich manche Aehnlichkeit, sie sollten beide Musterbeispiele für die Theorie der neuen dramatischen Form werden.

Holz und Schlaf nämlich, und das ist bei Hauptmann durchaus nicht in dem Maße der Fall, gehören vollständig der Künstlerkaste an; um das Leben und die Kämpfe im Leben kümmern sie sich höchstens insoweit, als sie gelegentlich einmal eine Momentphotographie davon aufnehmen wollen, wobei ihnen aber jedesmal noch zur rechten Zeit das Leben den Hintern hingestreckt hat. Aber selbst mitzukämpfen in ihren Dichtungen, Farbe zu bekennen, einen Einfluß auf das Handeln und Denken und Wollen der Menschen ausüben zu wollen, das ist ihnen nie im Traume eingefallen.

Leider ist unter ihrem Einfluß das Revolutionäre, das in Hauptmann's erstem Stück noch steckte, in seinen folgenden sehr zurückgetreten. Nachdem „Vor Sonnenaufgang“ erschienen war, konnte man hoffen, Karl Henckell habe einen dramatischen Genossen gefunden, der innere Leidenschaftlichkeit in Gestalten bannen könnte und der von großen äußeren Kämpfen, von modernen Kämpfen zu erzählen wüßte.

Ein solcher dramatischer Dichter ist Hauptmann nicht geworden, und für solche Aufgaben brauchte er auch eine größere, ungebundenere Technik, als die ihm von Holz-Schlaf überlieferte, die er in seinen vier Stücken, die unglaublich rasch aufeinander folgten, nun in immer vollkommenerer Weise anwendete.

Während Hauptmann aber sich mehr und mehr in diese Ruhe der Objektivität einfriedete, begann ein Theil des Publikums, das am weitesten vorn stand, schon wieder weiter zu gehen. Man hatte die kalte Objektivität satt, man wollte Stellung nehmen, man wollte Größe, Absonderlichkeit; Unerhörtes sollte gefühlt und gelebt werden. Diese Richtung stand entschieden noch unter dem Einfluß Ibsen's, während Zola zurückgetreten war, und unter dem Einfluß Ibsen'scher Räthselhaftigkeit und Ibsen'scher andeutender Weisheit und geheimnißvoller Ankündigung wandten sich erlesene Kreise einem großen deutschen Dichter zu, der das einzige Buch, das hier in Betracht kommt, schon lange geschrieben hatte, der schon seit einiger Zeit geistig todt war. Der Name Friedrich Nietzsche wurde bekannter und immer bekannter, und in den Hymnen seines Zarathustra fanden die Gourmands, die den Realismus satt hatten, eine neue überaus pikante Speise, während eine frische empordrängende Jugend sich berauschte an dieser wunderbaren, in deutscher Zunge nie gehörten Sprache und die verwegenste Negation alles Bestehenden, die kühne Revolution auf dem Gebiete der Moral sehr wohl herausfühlte und mit Entzücken von diesem erlesenen Geiste sich tragen ließ in das Zukunftsland einer üppigen Phantasie. Manche benutzten ja die Gelegenheit, Nietzsche gegen den Sozialismus auszuspielen, aber die Erkenntniß brach sich doch mehr und mehr Bahn, daß Nietzsche zwar von der Welt der materiellen Lebenserscheinungen nichts verstanden und den Sozialismus recht häufig hitzig bekämpft hat, daß aber doch Sozialismus und die Bewunderung für Nietzsche sich sehr wohl vereinen ließ, daß der Poet und Prophet Nietzsche das in den üppigsten,

brennendsten Farben erträumt hat, was der Sozialismus zur Wirklichkeit machen will. Dazu kam dann noch die große wissenschaftliche That Nietzsche's, seine Untersuchung der Geschichte jeder Moral und seine systematische Untergrabung und Verhöhnung der heute herrschenden Moral.

Während nun also die Philister noch immer über den Naturalismus zeterten und es nicht begreifen wollten, daß man sich von der bewährten alten Technik und den alten Stoffen abwenden könne, fing überall — nicht nur in Deutschland — die junge Generation an, den Naturalismus verknöchert und abgeschmackt zu finden. Die einen freilich, die Huysmans, Maeterlinck, Bahr u. s. w. begriffen immer noch nicht, daß es sich nicht mehr um Künstlerkunst handle, daß man die Streitigkeiten über formale und technische Fragen satt habe, daß es sich jetzt nicht mehr darum handeln könne, die verwöhnten Zungen blasirter Feinschmecker durch neue, unerhörte Reize zu befriedigen. Nicht mehr um neue Stoffe und neue Formen handelte es sich, sondern um neue Menschen, und vor Allem mußte der Dichter selbst jetzt wieder eine bedeutende Individualität sein. Unerhörte Tiefe und Kraft, leidenschaftlicher Ansturm, Fähigkeit zur Größe in Schmerz und Freude, Unabhängigkeit und weiter Blick: das waren die Dinge, die man jetzt verlangte; den Teufel scheerte man sich mehr um Objektivität und konsequenten Realismus. Nach großer Lyrik lechzte man; nach Bildern und Dramen, in denen das Aufeinanderprallen moderner Leidenschaften und Gegensätze al fresco gemalt war. Führer und Verkündiger sollten jetzt wieder die Dichter sein, Kraft und Leidenschaft und Gegenwartshaß und Zukunftsfreude sollten erweckt werden, und man kümmerte sich nichts darum, ob das nach den alten Regeln des Aristoteles die Aufgabe der Kunst sei, man pfiff auf Mitleid und Furcht, und hielt von den altgewohnten Theateraufführungen, deren Wirkung immer so rasch verflogen war, nicht mehr sonderlich viel.

Für diese junge Generation ist Gerhart Hauptmann ein Zurückgebliebener. Nur Andeutungen von alle dem Jungen und Lenzfrischen finden sich verstreut in seinen Dramen, in der Hauptsache aber will er mit neuen Mitteln die alte Wirkung hervorrufen. Seine Psychologie freilich ist immer feiner und tiefer eindringend geworden. Aber es scheint etwas Eigenes um die Psychologie — oder wenigstens um die Psychologen. Sie können keine kräftigen Menschen mehr darstellen; Leidenschaft und Größe und Handlung scheint ihnen versagt. Je tiefer sie in die Seele eines Menschen eindringen, desto mehr Schwächlichkeit und Unentschlossenheit holen sie hervor. Da schließlich jede Psychologie mit dem Studium der eigenen Seele beginnt, ist das ja auch leicht begreiflich; es fühlen sich eben besonders solche Menschen zur Seelenanalyse hingezogen, die selbst immer wieder zur Untersuchung ihres eigenen Menschen zurückkehren müssen, und das sind selten die Kräftigen.

So ist Hauptmann für den, der rein auf dem ästhetischen Standpunkt stehen bleibt, aber frei ist von alten Vorurtheilen, fast vollkommen unangreifbar. Wenn man ihm das Recht zugesteht — und das muß man doch von diesem Standpunkt — sich Stoffe zu wählen, was für welche er mag, dann muß man sagen, daß kein Zweiter sie mit solchem Talent und mit solcher innigen Empfindung hätte dramatisch gestalten können. Ich will mich hier nicht auf diesen Standpunkt stellen, gebe aber zu, daß Hauptmann das Recht hat, eine andere Persönlichkeit zu sein, als ich wohl wünschte.

Das „Friedensfest" also führt uns eine unselige Familie vor, deren Glieder alle halb verrückt sind, das bischen Genie, das Vater und Söhne hatten, ist zu Grunde gerichtet worden dadurch, daß sie in verkehrte Verhältnisse hinein-

kamen, falsch erzogen wurden, auch vererbte Anlage spielt mit. Die Frau des Alten ist ein einfaches, dummes Weibsbild, und die Hauptschuld an dem ganzen Jammer trägt die Verheirathung des geistig bedeutenden Mannes mit dieser ungebildeten und unbildsamen Person. Vorzüglich und aufs äußerste spannend ist es nun, wie uns gezeigt wird, wie diese Menschen fortwährend mißtrauisch gegen einander sind, wie sie plötzlich sich gegen einander stellen wie gereizte Thiere — aus irgend einem ganz nichtigen Anlaß; und der Gegensatz zu natürlichen, gesunden Menschen ist schön gezeichnet durch eine liebe herzliche Frau mit ihrer Tochter, die in diese fürchterliche Familie hineinkommen. Was kümmert uns das Gezeter vertrockneter Waschlappen, die es der Kunst verbieten wollen, durch solche Bilder aus dem Leben — denn diese Vorgänge sind lebenswahr, das ist sicher — den Leser und den Beschauer tiefer zu erschüttern, als es irgend welche Jambentragödie im Stande wäre? Nichts haben wir mit diesen gemeinsam, aber wir beklagen, daß Hauptmann sich nicht zu Größerem, Befreienderem hingezogen fühlt.

Am reichsten von Hauptmann's bisher erschienenen Stücken an feinen Einzelheiten und lebendigen Charakteren sind die „Einsamen Menschen,“ aber an der Schwäche des Helden geht für uns nicht nur Johannes Vockerat selbst, sondern auch das Stück zu Grunde. Gewiß kommt es vor und gewiß ist es traurig, was uns das Stück vorführt, daß ein geistig nicht unbedeutender Mensch sich zu einem hohen Grad von Freiheit erhebt, und dann doch kraftlos zusammenbricht vor der Wucht widriger Verhältnisse; aber Hauptmann müßte den Bogen seiner Kunst noch straffer anspannen wollen; es müßte ihn reizen, das geistig Bedeutende in seiner Fülle und seinem Reichthum auf seiner höchsten Höhe darzustellen; und wenn er es siegen ließe über Niedrigkeit und Alltäglichkeit, so wäre das zwar nichts, was man alle Tage beobachten kann, aber eine der größten Aufgaben der dramatischen Kunst wäre wieder einmal erfüllt.

In seinem nächsten Stücke, dem Schauspiel aus den vierziger Jahren „Die Weber,“ verläßt Hauptmann wieder die Kreise der Gebildeten und wendet sich mehr der Sphäre seines „Vor Sonnenaufgang“ zu. Damals ließ er aus dem Sumpf steinreicher viehischer Bauernprotzen die reine Gestalt seiner Helene erwachsen und schilderte den Konflikt, in den die Liebe eines gebildeten modern denkenden Menschen mit seinem Verstand und den Befürchtungen, die wissenschaftliche Hypothesen in ihm erwecken, hineingeräth. In den „Webern“ dagegen ist der leidende Held das durch grenzenlose Armuth und Ausbeutung gleichfalls halb verthierte Webervolk des Eulengebirgs, das entsetzlichste Noth zu einem Aufstand treibt, wo Fabriken und Fabrikantenvillen demolirt werden.

Der erste Akt spielt in der Fabrik des Barchentfabrikanten Dreißiger, in dem Raum, wo die fertigen Gewebe abzuliefern sind. Die Weber drängen herzu, einer nach dem anderen giebt seine Waare ab und empfängt seinen Hungerlohn. Das ganze herzzerreißende Elend ist hier in vorzüglicher Weise dicht zusammengedrängt und wirkt in peinigender Weise auf den Leser. Vorzüglich charakterisirt hat Hauptmann gleich in der folgenden Vorbemerkung diese degenerirte Rasse:

„Die meisten der harrenden Webersleute gleichen Menschen, die vor die Schranken des Gerichts gestellt sind, wo sie in peinigender Gespanntheit eine Entscheidung über Tod und Leben zu erwarten haben. Hinwiederum haftet allen etwas Gedrücktes, dem Almosenempfänger Eigenthümliches an, der, von Demüthigung zu Demüthigung schreitend, im Bewußtsein nur geduldet zu sein, sich so klein als möglich zu machen gewohnt ist. Dazu kommt ein starrer Zug resultatlosen, bohrenden Grübelns in allen Mienen. Die Männer, einander ähnelnd, halb zwerghaft, halb schulmeisterlich, sind in der Mehrzahl flachbrüstige, hüstelnde,

ärmliche Menschen mit schmutzig-blasser Gesichtsfarbe: Geschöpfe des Webstuhls, deren Kniee infolge vielen Sitzens gekrümmt sind; ihre Weiber zeigen weniger Typisches auf den ersten Blick; sie sind aufgelöst, gehetzt, abgetrieben, während die Männer eine gewisse klägliche Gravität noch zur Schau tragen — und zerlumpt, wo die Männer geflickt sind. Die jungen Mädchen sind mitunter nicht ohne Reiz; wächserne Blässe, zarte Formen, große hervorstehende melancholische Augen sind ihnen dann eigen."

Zur Ergänzung mögen noch die Worte aus dem fünften Akte dastehen, die einen einzelnen Weber charakterisiren sollen:

„Er ist spitznasig, von fahler Gesichtsfarbe, zittrig, scheinbar aus Haut, Knochen und Sehne, und hat die tiefliegenden charakteristischen, gleichsam wunden Weberaugen."

Das ist in aller Kürze eine sozialpsychologische Studie ersten Ranges, und ich spreche hier den Wunsch nach einer größeren deskriptiven Arbeit Hauptmann's aus, die ruhig Romanform haben dürfte. Aus dem Rahmen des Theaterstücks fallen diese Mittheilungen übrigens vollständig heraus, das sind unmöglich Vorschriften für den Schauspieler, ein neuer Beweis, wenn es dessen bedürfte, daß das Theater nicht in der Lage ist, eine Stätte der höchsten und feinsten modernen Kunst zu sein.

In dem ersten Akt zeigt sich wie gesagt die ganze Noth und Ausbeutung, der die Weber verfallen sind. Sie werden in jeder Weise chikanirt, Lohnabzüge erfolgen ohne triftigen Grund, ihr flehentliches Betteln um Vorschuß findet kein Gehör. Und doch brauchten sie es so nothwendig; man hört es aus ihren geflüsterten Gesprächen; der Eine hat ein Hündlein schlachten lassen, das ihm vor ein paar Wochen zugelaufen, er will nach Jahren wieder einmal Fleisch essen, der Andere hat Perlgraupen vom Wege aufgelesen, die aus dem aufgeschlitzten Sack herausfielen, als der Wagen des Müllers an ihm vorüberfuhr, und meint dazu: „Das kommt mir sehr zupaß, kannst mir's glauben"; der Bauer giebt nichts mehr auf Borg; ein kleiner Knabe bricht während des Abnehmens der Waare zusammen vor Hunger u. s. w. Das Alles ist technisch vorzüglich für die Handlung verwerthet. Wir sehen auch schon, wenn es einen Aufstand giebt, kann wohl das Hetzen einiger junger, noch kräftiger Burschen den Ausschlag geben, aber es ist keine vorbedachte, mit Vernunft unternommene Empörung, sondern eine bloße Reaktion gegen den fürchterlichen Druck, der nicht mehr zu ertragen.

Der zweite Akt fährt fort in dieser breiten Schilderung, indem er uns in die Hütte eines Webers führt, desselben, der das Hündchen hat schlachten lassen.

Die Frauen warten in furchtbarer Angst auf ihn und die paar Groschen, die er mitbringt; wenn er nur nicht ins Wirthshaus gegangen ist, nur nicht ins Wirthshaus, sonst haben sie nichts mehr zu leben. Der Alte kommt dann, das magere Hundefleisch wird rasch zubereitet (etwas zu rasch; daher der Name: Theaterstück!), der Weber kostet begierig aus der Pfanne, nach einer Weile schleicht er hinaus, die Anderen werden ängstlich und vermuthen das Richtige: er ist das Fleisch nicht mehr gewohnt, er kann es nicht bei sich behalten. Da weint er vor Ingrimm und setzt sich auf die Ofenbank. — Mittlerweile ist ein junger Mann gekommen, der vom Militär zurückgekehrt ist, und der stachelt nun vereint mit Noth und Hunger die Leidenschaft der Weber auf: er liest das Weberlied vor. Da springt der alte Baumert auf, „hingerissen zu delirander Raserei":

„Hier stiih iich, Robert Baumert, Wabermeister vu Kaschbach. War kan viirtrata und san.... Iich bin ein praver Mensch gewast mei Lebe lang, und

nu satt miich a! Was ha iich drvo? Wie sah iich aus? Was han se aus mir gemacht? Hier werd der Mensch langsam gequält. (Er reckt seine Arme hin.) Dohie, greift amol a, Haut und Knucha. Ihr Schurken all, ihr Satansbrut!! (Er bricht weinend vor verzweifeltem Ingrimm auf einen Stuhl zusammen.)

Ansorge (schleudert den Korb in die Ecke, erhebt sich, am ganzen Leibe zitternd vor Wuth, stammelt hervor): Und das muuß anderscher warn, sprech iich, itzt uuf der Stelle. Mir leida's nimeeh! Mir leida's nimeeh, mag's kumma, wie's wiil."

Damit schließt der zweite Akt und das ist leider schon der Höhepunkt des Ganzen. Der dritte und vierte Akt sind zwar theatralisch wahrscheinlich wirksamer, haben auch (natürlich) feine Einzelheiten, aber in seinem Bestreben, das Leben getreulich nachzuahmen, läßt Hauptmann sich verführen, kleine Episoden einzuflechten, die von keinem Bezug zur Sache sind und das Interesse zersplittern. Es ist ja sehr geschickt, daß der dritte Akt im Wirthshaus spielt, wo Hauptmann alles vereinen kann, was er braucht, aber er bringt auch viele überflüssige Einzelheiten im Dialog, vor Allem durch die Figuren des Reisenden, der Wirthstochter, des Fischers und des Lumpensammlers. Der Akt zeigt uns, daß die Erregung mächtig angeschwollen ist, die Weber wollen zu Dreißiger ziehen, um höhere Löhne zu verlangen. Der vierte Akt spielt in der Privatwohnung der Fabrikantenfamilie, deren Charakteristik genügt; doch ist sie lange nicht so fein und tief, wie man von Hauptmann verlangen durfte; seine Mittel sind hier durchaus nicht immer neu. Auch die Figur des Pastors und seiner Frau ist nicht vom richtigen Interesse. Am Schlusse des Aktes flüchten Dreißiger und die Seinen gerade noch zur rechten Zeit, bevor die wilden, alles zerstörenden Weberschaaren eindringen. Wir lassen uns diesen Ausbruch des Aufstandes gefallen; zwingend motivirt ist er nicht. Doch hat das Drama das Recht, in solchen Dingen allewege Nachsicht zu verlangen; es kann eben eine solche Aufgabe überhaupt nur unvollkommen lösen. Auch sind wir vollständig zufriedengestellt, wenn wir von der Leidenschaftlichkeit und Wucht des Dramas hingerissen und der nüchternen Besinnung beraubt werden. Das ist nun hier aber nicht der Fall. Die breite Schilderung und Charakterisirung der Webersleute hat uns tief ergriffen und festgehalten; der Aufstand erscheint uns wie etwas Zufälliges und Nebensächliches.

Dafür entschädigt uns der wunderschöne fünfte Akt, der die tragische Idylle aufs Stimmungsvollste beschließt. Der Aufruhr tönt uns von ferne herein und spiegelt sich wieder in zwei trefflich geschauten Gestalten, im alten Hilse und in seiner jungen Schwiegertochter Louise. Aus diesem Weib tönt zum ersten Mal im Stück wahre tiefgründige Leidenschaft, während der alte Mann mit den wunden Weberaugen uns ein charakteristisches Stück des Webervolkes, das nicht vergessen werden durfte (übrigens auch schon im dritten Akte gestreift wurde) repräsentirt: eine tiefmystische Religiosität, die hart an der Grenze des religiösen Wahnsinns steht, aber verbunden ist mit inniger Heiterkeit und unausrottbarer Geduld. Louise ruft maßlos aus, wie sie hört, der Aufstand sei losgebrochen:

„Miit eura bigotta Räda .... dodervone do iis mer o no ni amool a Kind sat geworn. Derwegn han se gelan, alle viere ei Unfloot und Lumpa. Do wurd no ni amool a enzichta Winderla treuche. Iich wiil an Mutter sein, daß wißt! und derwegen, daß wißt, winsch iich a Fabrikanta de Helle und de Pest ei a Racha nei. Iich biin ebens a Mutter .... Wie viel hundert Nächte ha iich mer a Kupp zerklaubt, wie iich ock und iich kende a su a Kindla ock a eenzig mol im a Kerchhoof rimpascha. Was hoot a su a Kindla verbrocha,

hä? und muß a ſu a elendigliches Enda naahma — und diiba bei Dittricha (das iſt der Fabrikant von Langenbielau), do wern ſe ei Wein gebadt und mit Milch gewaſcha. Nee, nee! wenn's hie lusgiht — ni zahn Faare ſuln miich zuricke haaln. Und das ſa iich: ſterma ſe Dittricha's Gebäude — iich biin de Irſchte — und Gnade jeden dar miich wiil abhaaln. — Ich has a ſat, a ſu viel ſtiht feſte."

Dann rennt ſie wie raſend davon. Später hören wir, daß ſie wie wahnſinnig, „als ob ſie zur Muſik tanzte," vor den Bayonnetten der Soldaten herumſpringt, die gekommen ſind, um den Webern mit Pulver und Blei aufzuhelfen, ſtatt mit Brot. Unterdeſſen ſitzt der alte Hilſe an ſeinem Fenſter und webt. Vorher hat er zu ſeinem Sohn geſagt:

„Ich ſa d'rſch, Gootlieb! zweifle ni a dann Enzichta, was mir arma Menſche han. Ver was hätt iich denn hie geſaſſa — und Schemmel getrata uuf Murd — verzich und mehr Johr? und hätte ruich zugeſahn wie dar durt diiba ei Hoffart und Schwelgerei lebt — und Guld macht aus men'n Hunger und Kummer. Ver was denn? Weil iich an Hoffnung ha. Ich ha was ei aller dar Nuth. (Durchs Fenſter weiſend.) Du huſt hie deine Parte — iich diiba ei jenner Welt: das ha iich geducht. Und iich luuß mich virteeln — iich ha an'n Gewißheet. Es iſt uns verheißen. Gericht werd gehalten: aber nich mir ſein Richter, ſundern: mein iis die Racha, ſpricht dr Herr, inſe Gott."

Und dann fängt er an zu weben und iſt nicht mehr vom Webſtuhl wegzubringen. Nicht durch die Aufſtändigen, die ſchickt er mit einem gewiſſen zuverſichtlichen Hohn weg, er weiß, ſie müſſen den Soldaten unterliegen.

Nicht durch warnende Stimmen, er ſolle weggehen, es ſei Gefahr, eine Kugel könne zum Fenſter hereinfliegen. Da ſagt er zu ſeiner alten Frau, die blind und halb taub iſt, mit wachſender Extaſe:

„Hie hoot mich mei himml'ſcher Vater hargeſatzt. Gell Mutter? Hie blein mer ſitza und thun, was mer ſchuldig ſein. . . ."

Da kracht eine Salve und der alte Hilſe fällt zu Tode getroffen vornüber auf den Webſtuhl.

Dies ſind „Die Weber." Es iſt wohl kein Zweifel, daß die Berliner „Freie Volksbühne" das Drama bald aufführen wird. Es wird ſich dann wohl zeigen, daß noch keines der bisher aufgeführten Stücke ſo tief und nachhaltig gewirkt hat. Aber eine ſo ſtürmiſche hingeriſſene Begeiſterung wie Reuter's „Kein Hüſung" wird es nicht entfeſſeln. Dieſes Stück war von ziemlich ungeſchickter Hand zurechtgehauen; aber es athmete Kraft und revolutionäre Leidenſchaft darin von Anfang bis zu Ende und das entſchied Alles.

Ich komme zum letzten Stücke Hauptmann's, zu dem noch nicht gedruckten, aber jüngſt in Berlin zum erſten Mal aufgeführten Luſtſpiel: „Kollege Crampton." Dieſes köſtliche Stück iſt bisher — für mich ohne jeden Zweifel — das beſte deutſche Luſtſpiel; aber das will nicht viel heißen. Ich meine, es ſagt mehr, daß Hauptmann mit dieſem Stück beginnt, das Gebiet des objektiven Realismus lächelnd hinter ſich zu laſſen, und damit auch das Schwächliche und Gedrückte. Freilich, alles ſcheint dagegen zu ſprechen: ſein Profeſſor Crampton ſcheint vielmehr wieder ein armer ſchwacher Mann, der unter der Laſt der Verhältniſſe zuſammenbricht und elend verkommt. Das wäre das objektive Bild, wenn es Hauptmann im alltäglichen Leben geſucht und gefunden hätte, gewiß, ohne Zweifel. Hauptmann aber will etwas ganz anders, diesmal iſt er ſelbſt unſichtbar mit unter ſeinen Geſtalten als der Schöpfer derſelben und er ſagt: Ich bin ein freier, gänzlich moralloſer Menſch, ich freue mich vorerſt noch in der Welt,

sie sei wie sie will. Und ihr sollt auch sehen, daß ich recht habe. Hier — betrachtet euch meinen Kollegen Crampton. Crampton ist allerdings ein verkommener Mensch, er kann gar nicht mehr malen, aber was thut das? er schlägt der Welt ein Schnippchen, pfeift ihr was vor und ist lustig, oder zu seinem Vergnügen auch einmal sentimental. Er ist allerdings ein Säufer, d. h. er trinkt sehr viel, aber er bleibt immer liebenswürdig, feinsinnig, heiter und geistreich; er ist immer Herr der Situation. Zwar ist er dem Delirium bedenklich nahe — aber was weiter? Er hat zwar all sein Geld verjuchzt und seine Kraft und sein Talent dazu — aber der Graf von Luxemburg bleibt er doch. Kurz, Hauptmann hat hier in unübertrefflicher Weise ein kurioses Genie, meinetwegen ein verbummeltes Genie, aber doch ein freies Genie, das nie unterliegt, gezeichnet; und ein so gutes Lustspiel der Kollege Crampton auch ist, vielleicht ist er nur ein ganz bescheidener Anfang auf einer großen Bahn. Mir ist es kein Zweifel, daß in diesem Stück, durch das ein viel freierer Geist weht, als die Philister, die glaubten, es ruhig loben zu dürfen, ahnten, ein Hauch weht von einem Geist, der Nietzsche verwandt ist, wenn er nicht direkt von ihm herkommt.

Spuren, und manchmal mehr wie das, vom Höchsten, was wir vom Poeten unserer Zeit und der Zukunft erwarten können, liegen in den fünf Dramen Hauptmanns, wenn wir sie zusammen betrachten als das Produkt einer Persönlichkeit. Mögen die Meisterwerke folgen, in denen sich all das vereint und gesteigert findet!

Das Wahlrecht der Frauen im Auslande.

Die Ostrogorski'sche Abhandlung, welche wir in unserem letzten Artikel erwähnten, giebt zunächst einen historischen Rückblick über die Theilnahme der Frau an der Nutzung und Verwaltung des alten Gesammteigenthums der Gemeinde. Die Frauen durften, soweit sie Miteigenthümerinnen und Nutzungsberechtigte waren, auch gleichberechtigt öffentlich mitrathen und mitthaten. Zur Mir-(Gemeinde-)Versammlung in Rußland kommen heute noch häufig die Frauen, als selbständige Besitzerinnen, aber auch als Stellvertreterinnen ihrer Ehemänner, die vielleicht weit entfernt auf Arbeit und darum an der persönlichen Theilnahme verhindert sind. Nach Wallace sollen die Frauen hierbei oft lebhaft mitdebattiren, die russischen Bauern aber, ohne Schopenhauer gelesen zu haben, meistens der Ansicht huldigen, daß lange Haare kurzen Verstand bedeuten und daß daher auf die weiblichen Ausführungen wenig Werth zu legen sei. Das Stimmrecht der Frauen wird durch diese Vorurtheile natürlich nicht berührt.

Wenn wir nun zu den modernen politischen Verfassungen der einzelnen Länder übergehen, so ist in erster Linie festzustellen, daß nirgends ein Wahlrecht der Frauen zu den zentralen gesetzgebenden Körperschaften besteht. Im Deutschen Reiche, in Frankreich, in England, in Oesterreich-Ungarn, in der Schweiz, in der nordamerikanischen Union ist die Volksvertretung ausschließlich eine Vertretung des männlichen Geschlechts, und die etwaige direkte Gesetzgebung durch das Volk lediglich eine solche durch Männer. In den Gebieten mit französischer Verwaltungsorganisation — also in Frankreich, in Theilen der Schweiz und Deutschlands — und in Italien sind die Frauen sogar von allem Stimmrecht, selbst von dem kommunalen, ausgeschlossen. Auch die nur halb selbständigen Länder der Bundesstaaten schließen die Frauen immer von den

Landtagswahlen aus, mit Ausnahme des einzigen, verhältnißmäßig unbedeutender Staates Whoming im Nordwesten der Union.

Der französische Konvent ließ die allmendberechtigten Frauen noch ar den Beschlüssen über die Auftheilung der gemeinsamen Ländereien theilnehmen In dem Dekret vom 10. bis 11. Juni 1793, welches zur Regelung dieser Angelegenheit auffordert, heißt es in Artikel 5, daß in der zu diesem Zwecke einberufenen Gemeindeversammlung „jede Person, gleichviel welchen Geschlechtes soweit sie ein Antheilsrecht besitze und über 21 Jahre alt sei, mitstimmen dürfe.“ Sonst weist die französische Revolution eine Reihe der feindseligsten Maßnahmen gegen die öffentliche Wirksamkeit der Frau auf; Frauenvereine und Frauenversammlungen wurden unterdrückt; der Abgeordnete Amar verlangte Einschreiten gegen die „weiblichen Politiker“: „Sollen Frauen politische Rechte ausüben und an den Staatsgeschäften theilnehmen? Die öffentliche Meinung verwirft dieser Gedanken.“ Als 1851 bei der Berathung des Gemeindewahlgesetzes Pierre Leroux wenigstens für die Wahlen in den Kommunen „majorenne Franzosen und Französinnen“ als gleichberechtigt anerkannt sehen wollte, lehnte die Kammer seinen Antrag ab. Bis heute ist keine Aenderung in dieser Beziehung eingetreten.

Die Darstellung der englischen Wahlrechtsverhältnisse ist nicht ohne Schwierigkeiten, weil in England nicht gleichförmig organisirte Ortsgemeinden alle möglichen Funktionen ausüben, sondern weil neben, zwischen und über den Gemeinden für einzelne Verwaltungszwecke immer besondere (Schul=, Armen=, Gesundheits=) Verbände mit besonderer Organisation und auch mit besonderem Wahlverfahren bestehen, so daß, wie ein neuerer englischer Schriftsteller sagt, die lokale Verwaltung Englands aus einem Chaos von Gebieten, Behörden und Steuern sich zusammensetzt.

Die Kirchspiele (parishes), meist mehrere Orte und Gutsbezirke zu einer Einheit umfassend, nahmen früher in dem englischen Staatsorganismus am ehesten eine ähnliche Stellung ein, wie sie die Ortsgemeinde in der kontinentalen Verfassung besitzt; heute sind sie allmälig aller selbständigen Funktionen entkleidet und zu Unterabtheilungen der Armen= und Wegeverbände geworden (Meyer, Verwaltungsorganisation). Alle, welche Armensteuern im Kirchspiel zahlen, haben Stimmrecht in der Gemeindeversammlung oder zu den Gemeindeausschußwahlen. Sie haben weiter Stimmrecht für die Wahlen der Armenräthe (guardians of the poor), die, obwohl Organe der größeren Armenverbände, doch in jedem Kirchspiel von den Steuerzahlern bestimmt werden. Als Armenräthe sind die Frauen sogar wählbar. Das Gesetz sah diesen Fall nicht ausdrücklich vor, so daß Zweifel entstanden; die Praxis hat in dieser Frage zu Gunsten der Frauen entschieden. Unter dem Armenrathe (board of guardians), der über alle wesentlichen Armensachen (Bau von Arbeitshäusern, Gewährung von Unterstützungen u. s. f.) zu beschließen hat, stehen in den Kirchspielen noch die Armenaufseher (overseers), welche auf die Ausschreibung und Erhebung der Armensteuer beschränkt sind; sie werden nicht gewählt, sondern von den Friedensrichtern ernannt. Nach Gewohnheit und ausdrücklicher richterlicher Entscheidung können auch Frauen diese Stellung bekleiden.

Auch das englische Schulwesen ruht auf besonderen Schulverbänden, die mit den Kirchspielen und Städten in ihrem Gebiete zusammenfallen können, aber nicht einfach von den Gemeindebehörden, sondern von eigens gewählten Schulräthen (school boards) geleitet werden. Das Wahlrecht ist hier in der üblichen Weise mit der Steuerzahlung verknüpft, aber — mit Ausnahme der City von London — sind Männer und Frauen gleich wahlberechtigt. Für die

Wählbarkeit ist im Gesetze nichts vorgeschrieben, so daß man es dahin interpretirt hat, es wolle niemanden, weder die alleinstehende noch die verheirathete Frau von dem Amte eines Schulrathes ausschließen. Dieser Selbstverwaltungsbehörde steht die Beschlußfassung über alle wichtigeren Angelegenheiten der Schulverwaltung zu, insbesondere das Recht, das Schulgeld für einzelne Kinder zu erlassen oder auch (mit Genehmigung der Unterrichtsabtheilung des Geheimen Rathes) für eine ganze Schule aufzuheben, sowie die Anstellung der besoldeten Beamten und Lehrer.

An den Versammlungen der eigentlichen Kirchengemeinde können Frauen ebenfalls stimmberechtigt theilnehmen. Das ist die im Allgemeinen geltende Regel. Die neueren Gesetze haben für ihren Wirkungsbereich aber meist ausdrücklich die Einflußnahme der Frau aufgehoben, so die Public Worship Regulation Act von 1874, welche den Gemeindemitgliedern gewisse Rechte gegen die Geistlichen gewährt und welche besonders bemerkt, daß hierbei unter Gemeindemitgliedern (parishioners) nur „männliche Personen" zu verstehen seien. Ueber die Wählbarkeit der Frauen schweigen die Gesetze hier. Doch wurde schon im Jahre 1739 gerichtlich dahin entschieden, daß Frauen das Amt eines Küsters (sexton) bekleiden könnten. Auch zum Kirchenvorsteher (church-warden) sollen sie nach Ostrogorski wählbar sein, da von diesem nur verlangt wird, daß er Haus und Wohnsitz in der Gemeinde habe.

Trotzdem das Armen- und Schulwesen auf besonderen Organisationen ruht und von besonderen „Räthen" geleitet wird, haben die Städte selbstverständlich noch immer eine vielseitige Verwaltung, besonders in Polizei- und Strafsachen, auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und Bauaufsicht. — Für die nichtinkorporirten Städte regelte man in den vierziger Jahren wenigstens die Organisation der Gesundheits- und Bauverwaltung. Die boards of health sowie die commissioners of public health sollten von den Steuerzahlern gewählt werden, ohne daß das Geschlecht einen Unterschied im aktiven Wahlrecht bedinge. In den Städten jedoch, deren Verfassung auf besonderen Inkorporationscharten beruhte (den sogenannten municipal boroughs), bestand ein Wahlrecht nur für Männer. Daraus ergab sich nun die seltsame Inkonsequenz, daß wenn durch Parlamentsbeschluß eine Stadt in die Reihe der privilegirten municipal boroughs aufrückte, die Frauen umgekehrt zu größerer Rechtlosigkeit herabsanken. J. Bright stellte daher 1869 im englischen Unterhause den Antrag, auch für diese städtischen Wahlen keinen Unterschied nach dem Geschlechte zu machen. Der Antrag wurde fast ohne Debatte angenommen und zum Gesetz erhoben; er findet sich auch in der Revidirten Städteordnung von 1882 wieder. Es heißt da im Abschnitt 63 nach englischer Sitte:

> Bei allen Bestimmungen, welche das aktive Wahlrecht (the right to vote) bei den städtischen Wahlen betreffen, schließen die Worte, welche sich auf das männliche Geschlecht beziehen, immer auch die Frauen ein.

Damit ist für die Städte das aktive Wahlrecht der Frauen proklamirt, doch, wie gewöhnlich nur das der selbständigen, nicht das der unter Ehekuratel stehenden, da das Wahlrecht nur dem zukommt, der auf eigenen Namen eine armensteuerpflichtige Wohnung besitzt. Ueber die Rechte der geschiedenen Frauen mit eigener Wohnung läßt das Gesetz Zweifel; die Gerichte entschieden 1872, daß eine Frau, die weder ledig noch Witwe sei, vom Wahlrecht ausgeschlossen sei.

Das Recht, gewählt zu werden, enthält auch die municipal act von 1882 für die Frauen nicht.

Für die Verwaltung der Grafschaften, die etwa unseren Kreisen und Bezirken entsprechen, finden seit 1888 auch Wahlen seitens der Steuerzahler statt.

Zum Grafschaftsrath (county council) erfolgen die Wahlen wie zur Stadtve
tretung unter der Munizipalakte. Frauen können also, mit den oben erwähnte
Einschränkungen, wählen, jedoch nicht gewählt werden.

London bildet nach der local government act von 1888 eine eigen
Grafschaft mit einem Grafschaftsrath, doch nimmt die City eine Ausnahme
stellung ein, die wir hier außer Acht lassen. Die Wahlrechte der Frauen sin
also im Allgemeinen auch hier den oben angeführten gleich. Da die Wählbarke
der Frauen danach zwar nicht ausdrücklich gestattet, aber auch nicht ausdrücklic
verboten ist, so sind thatsächlich bereits Frauen in den Londoner Grafschaftsrat
gewählt worden; der Eifer der männlichen Kollegen und der Gerichte hat da
verletzte Recht aber immer wieder hergestellt. Für den Londoner Schulrat
gelten diese Beschränkungen natürlich wie für die anderen englischen Schulräth
nicht. In der City jedoch wählen, noch dazu unter einem ganz besonders über
lebten Wahlsystem, nur Männer.

Schottland läßt die geschiedenen Frauen ausdrücklich zur Wahl zu; schließt abe
in den erwähnten zweifelhaften Fällen ausdrücklich die Wählbarkeit der Frauen aus

In Irland besitzen die Frauen nach Ostrogorski keinerlei Wahlrecht,
weder in den Kirchspielen, Munizipalitäten noch Grafschaften. Nur bei ver-
einzelten Verwaltungskommissionswahlen können sie zuweilen ein Stimmrecht aus-
üben, so zur Hafenkommission in Belfast, zu manchen lokalen Gesundheitsräthen.

Die Vereinigten Staaten lassen fast nirgends die Frauen zu den Ge-
meindewahlen zu. Wyoming macht eine Ausnahme; von den Staatswahlen an
bis herab zu den lokalen Abstimmungen erkennt dieser Staat die Frauen als
mit den Männern gleichberechtigt an. Ferner dürfen in Kansas die Frauen an
bestimmten Gemeindewahlen theilnehmen und innerhalb der gleichen Abgrenzung
auch gewählt werden. Sonst steht den Frauen das Wahlrecht nur für bestimmte
Verwaltungszweige zu, besonders für die Leitung des Schulwesens. In Schul-
sachen können die Frauen sowohl wählen wie gewählt werden: in Massachusets,
Colorado, Nord- und Süd-Dakota, Idaho, Michigan, Minnesota, Montana, New
Hampshire, New Jersey, New York, Oregon, Vermont, Washington, Wisconsin
und im Territorium Arizona — wozu natürlich noch Wyoming und Kansas
treten. Andere Staaten geben den Frauen nur das Recht der Wählbarkeit zu
den Schulverwaltungsämtern, unter den gleichen Voraussetzungen wie den Männern;
es sind das: Kalifornien, Illinois, Indiana, Jowa, Louisiana, Maine, Penn-
sylvanien und Rhode Island. Kenntucky und Nebraska kennen auch für die
Schulverwaltung nur ein aktives Wahlrecht der Frauen unter bestimmten Be-
dingungen. Meist ist das Schulwahlrecht an die Bezahlung von Steuern geknüpft.

In Kanada ist den Frauen das Gemeindewahlrecht noch gar nicht lange
bewilligt. Voran ging die Provinz Ontario im Jahre 1884. Hier wählt in
der Gemeinde jede gemeindesteuerzahlende unverheirathete oder verwitwete Frau
vom Alter von 21 Jahren ab; wo die Gemeindesteuerzahler durch Referendum
den Gemeinderathsbeschlüssen zustimmen müssen, um ihnen Giltigkeit zu verschaffen,
nehmen auch die bezeichneten Frauen am Referendum Theil. Wer Schulbeiträge
zahlt, nimmt an allen Schulwahlen Theil; für Schulämter sind die Frauen
auch wählbar. In Neuschottland wählt auch die verheirathete Frau, wenn ihr
Gatte nicht wahlberechtigt ist; in British Columbia und Manitoba gilt auch die
letztere Einschränkung nicht. Im Nordwest-Territorium wählen verwitwete und
ledige Frauen in den Gemeinden. In der großen, französisch sprechenden Provinz
Quebec (Nieder-Kanada), in Neubraunschweig und Prinz Edward Island haben
die Frauen kein Stimmrecht.

In Australien hängt das Gemeindewahlrecht meist vom Grundbesitz ab; ein Unterschied nach dem Geschlecht wird alsdann nicht gemacht.

In den schwedischen Gemeinden nehmen die unverheiratheten Frauen, unter den gleichen Voraussetzungen wie die Männer, an den Gemeindeversammlungen und Wahlen Theil, sie können sich jedoch, wie übrigens auch die Männer, vertreten lassen. Dieselbe Wählerschaft bestimmt auch die Mitglieder der Kreistage (Landtings), in den Städten direkt, in den Landgemeinden indirekt durch Wahl von Wahlmännern. Da die Landtinge einen großen Theil der Mitglieder der ersten Kammer ernennen, so reicht dadurch der Einfluß der Frauen bis in die zentrale Gesetzgebung hinein. — Gewählt können Frauen nicht werden, außer (seit 1889) zu den Gemeindearmenräthen und in Stockholm zur Schulkommission.

In Norwegen steht den Frauen lediglich ein Einfluß auf die Schulverwaltung zu. Sie können hier auch zu Aemtern gewählt werden.

Dänemark gewährt den Frauen keinerlei kommunale Rechte — nur Island macht eine Ausnahme.

Finnland, ehemals zu Schweden gehörig, giebt in den Land- und Stadtgemeinden den Frauen das aktive Wahlrecht. Wählbar sind sie nur zu den Armenräthen, die jedoch als unabhängige Organisationen meist nur in den Städten bestehen.

In den russischen Landgemeinden — von dem Mir-Verband wohl zu unterscheiden — können die Frauen als Grundbesitzerinnen durch Stellvertreter mitwählen, ebenso in den Städten. Eigenthümlich ist Rußland, daß durch die Ehe am Wahlrecht der Frau nichts geändert wird; die Ehefrau braucht nicht einmal ihren Mann zum Wahlstellvertreter zu nehmen. Es entspricht dies der allgemeinen rechtlichen Stellung der Ehefrau in Rußland.

Die österreichische Gemeindeverfassung ruht im Allgemeinen auf denselben Grundlagen wie die deutsche. In den Städten sind die Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen; in den Landgemeinden wählen sie als Grundbesitzerinnen durch Stellvertreter; in dem Ehemann verkörpern sich jedoch, ohne Auftrag und ohne Erlaubniß seitens der als ledige Person vielleicht wahlberechtigten Gattin, sofort auch alle Rechte der Frau. In Mähren kann sich die Ehefrau, wenn der Ehemann an sich nicht wahlberechtigt ist, einen Stellvertreter nach Belieben suchen. Wählbar sind die Frauen nicht. — Zu den österreichischen Bezirksvertretungen wird in ähnlicher Weise gewählt wie in Preußen zu den Kreistagen; als große Grundbesitzerinnen und Höchstbesteuerte haben auch die Frauen hier Stimmrecht, das von Bevollmächtigten ausgeübt wird.

Auch in einigen Kantonen der Schweiz sind die Frauen von den Gemeindewahlen nicht ausdrücklich ausgeschlossen. In Genf und Waadt ist das allerdings der Fall; dagegen dürfen nach der Berner Gemeindeverfassung vom 6. Dezember 1852 die gemeindesteuerzahlenden Frauen durch Bevollmächtigte mitwählen. Die Frauen machten von ihrem Rechte zunächst keinen Gebrauch, bis 1885 die streitenden Parteien sich in dem Werben um ihre Stimmen förmlich überboten. So wurde die Theilnahme der Frauen bei den Wahlen zum ersten Male bemerkbar. Das rüttelte die Männerwelt auf und — sie schaffte sofort das Stimmrecht der Frauen ab!

Ostrogorski faßt die Ergebnisse seiner Arbeit zum Schlusse folgendermaßen zusammen: „Die Frauen besitzen für das Gebiet der lokalen Selbstverwaltung das Stimmrecht in England und seinen Kolonien, in Schweden, Island, Finnland und Rußland, ferner in zwei Staaten der nordamerikanischen Union: Whoming und Kansas. In Oesterreich, Preußen, Sachsen und Braunschweig

wählen sie nur in den Landgemeinden. Weiter sind wenigstens bei Schulwahlen die Frauen stimmberechtigt in Norwegen und fünfzehn Staaten der großen amerikanischen Republik. Wählbar zu Vertretungen und Aemtern sind sie: für die Schulverwaltung in England, Norwegen, in der schwedischen Hauptstadt und in dem größten Theil der Staaten der Union — für die Armenverwaltung in England, Schweden und Finnland — für Gemeindeämter im Allgemeinen in Wyoming und Kansas. In Rußland, Oesterreich und Preußen können wahlberechtigte Frauen nur durch Stellvertreter wählen; anderwärts können sie ihr Recht persönlich ausüben." — —

Ostrogorski hätte vielleicht den Schul- und Armenwahlen in England und anderen Staaten etwas Aehnliches aus Deutschland an die Seite stellen können: die Wahlen der Zwangsversicherten innerhalb der verschiedenen Versicherungsorganisationen und die hier geltenden Bestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht der Arbeiterinnen. Auch die Wahlen zu den gewerblichen Schiedsgerichten stehen am Ende an Bedeutung nicht so weit hinter den Küster- und Armenrathswahlen zurück und ihre Regelung ist insofern doppelt interessant, als hier ganz eigenartige moderne Bedürfnisse sich geltend machen. —ms.

Zur ökonomischen Lage der andalusischen Bauern.

Im russischen Journale „Der Nordbote" von Januar 1892 beschreibt der bekannte Schriftsteller Nemirowitsch-Dautschenko, welcher schon seit langer Zeit Spanien bereist, die Lage der Bauern in Andalusien. Aus seiner Darstellung kann man schon ersehen, welches die Ursachen der Unruhen sind, die unlängst in Xeres losbrachen, die Ursachen der Bewegung, welche die Bauern Andalusiens ergriffen hat.

Ein gesegnetes Land, wie Spanien, könnte ja ohne große Mühe seine 20 Millionen Einwohner ernähren. Aber gerade in Spanien und zwar in den fruchtbarsten Gegenden, wie Andalusien, ist das Elend am größten, und die vollständige Ruinirung der Bauern eine bereits vollzogene Thatsache. Der kolossale Reichthum Andalusiens zur Zeit der Araber hatte den Grund in der Fruchtbarkeit des Bodens, welcher dem Volke gehörte, nicht aber den Khalifen. Der jetzige Bauer kann aus dem Boden keinen Reichthum mehr ziehen: dieser gehört ihm nicht mehr. Die selbständige Dorfkommune, die noch im Anfange dieses Jahrhunderts über den Boden verfügte, ist aufgehoben. Mit ihr sind die Bewässerungsanlagen und Kanäle, welche die ganze Provinz bewässerten, verschwunden. Der Guadalquivir, welcher früher für die Schifffahrt tief genug war, ist jetzt wasserarm. Das ehedem herrliche Klima, von welchem die Araber sagten: das Khalifat Sevilla ist der Spiegel des Paradieses, wurde abscheulich. Die Fieber verheeren immer größere Gebiete. Es giebt Dörfer, wo überhaupt keine gesunden Leute zu finden sind, es giebt auch ganz ausgestorbene Dörfer! Despoblados*) findet man jetzt häufig an Stelle noch unlängst blühender Gemeinden. Die Regierung von Madrid that Alles, um den Ackerbau Andalusiens zu tödten. Man hat sich sogar nicht gescheut, das Bauernland — kommunales wie privates — seinen Besitzern einfach zu nehmen. Das brachte der „Henker Sevillas," wie man ihn dort nennt, General Espartero, fertig!**) Da er einen Mittelstand

*) Entvölkert — so nennt man hier Dörfer ohne Einwohner, wo nur Ruinen von den Häusern liegen.

**) Sevilla wurde vom 20. bis 25. Juli 1843 von Espartero bombardirt.

von Grundbesitzern schaffen wollte, erklärte er den Grund und Boden der Bauern für Staatseigenthum und verkaufte ihn. Das Geld, welches auf solche Weise erhalten wurde, ging in ganz überflüssigen Ausgaben auf oder wurde von den Madrider Beamten gestohlen. Der Ackerbau wurde selbstverständlich auf Null reduzirt. So oft die andalusischen Bauern die Zurückgabe ihres Grund und Bodens verlangten, waren die furchtbarsten Repressalien die Antwort. Die Cortes, welche Partei auch an der Spitze stand, ein Canova, ein Castelar oder ein Sagasta, schenkten den Beschwerden der verzweifelnden Bauern kein Gehör, das Land durch den Flitterglanz schöner Reden täuschend. Trotzdem die Dorfgemeinde die Melkkuh für die Regierung war, hatte die letztere keine Anstalten, keine Einrichtungen geschaffen, um deren Interessen zu vertheidigen oder zu schützen. Im Gegentheil, alle Einrichtungen, die das Dorf betreffen, haben als den offiziellen Zweck nur die Ausbeutung der Bauern. Die Schulen, sogar die schlechten, welche noch im Anfange des Jahrhunderts existirten, sind geschlossen. Es giebt ganze Bezirke, ganze Städte ohne eine einzige Schule. Im Bezirk Cartamo in Andalusien kommt auf 15 000 Köpfe keine Schule. In der Stadt Puerto Santa Maria, welche die größte plaza de toros — Zirkus für Stiergefechte — erbaute, die 24 000 Personen faßt, war eine Schule, aber auch diese wurde geschlossen, weil die Regierung sich weigerte den Lehrer zu bezahlen. Dafür schickt aber auch dasselbe Puerto Santa Maria als seinen Vertreter in die Cortes den Torero — den Stierfechter! Einen intelligenteren Vertreter ihrer Interessen fand diese Stadt nicht! Die Eintreibung der Steuern und rückständigen Auflagen wird mit einer Brutalität vollzogen, die auch in einem halbasiatischen Staate unbegreiflich erscheint. Den Unbemittelten werden ihre Hütten verkauft — das Einzige, was ihnen noch auf der Erde gehört. Ein Aufschub wird nicht gestattet. Daher die Menge „Despoblados." Nicht nur in Dörfern, sondern auch in kleineren Städten findet man kein Postamt, keine Postmarken, weil es die Regierung für überflüssig hält, dort solche zu halten. Wie diese armen Leute das Nöthige für ihren Lebensunterhalt sich verschaffen, war sogar dem sehr aufmerksamen Nemirowitsch-Dautschenko ganz unerklärlich. In Andalusien allein waren kürzlich wegen Steuern 50 000 Güter zur Versteigerung bestimmt. Als das in den Cortes zur Sprache gebracht wurde, fanden es die Herren Deputirten unter ihrer Würde, sich mit den Interessen der Bauern zu beschäftigen.

Die Regenzeiten sind immer von Ueberschwemmungen begleitet. Ganze Dörfer und Städte werden dann von der Erdoberfläche weggeschwemmt, wie wir erst unlängst Gelegenheit gehabt haben, in den Zeitungen zu lesen. In Madrid erfährt man davon erst, wenn die Zeit kommt, die Steuern zu zahlen. Man baut keine Dämme und keine Brücken; diejenigen, welche von den Arabern erbaut wurden, zerfallen allmälig, da sie nicht reparirt werden. In jedem Dorfe sitzt ein kleiner, aber grausamer, habgieriger, unumschränkter Despot. Diese Alkalden (Gemeindevorsteher), welche so schön und sympathisch von Lope de Vega und Calderon dargestellt sind, nennt man hier cacique, nach den Tyrannen, welche einst die Bevölkerung von Südamerika drückten. Der Caciquismus ist die furchtbarste Pest des modernen Spaniens. Er ist die Geißel des Volkes, treuer Diener jeder Partei, welche die Macht erlangt hat, Sklave und Despot zugleich. Die Verzeichnisse der Regierungskandidaten für die Cortes werden den Gouverneurs der Provinzen aus Madrid zugesandt; diese schicken sie den Caciquen und wehe demjenigen, welcher nicht seine Rolle bei der Wahlkomödie richtig spielt! Der Bauer wird sich hüten, nicht so zu wählen, wie der Cacique verlangt. Ein spanischer Schriftsteller nennt den Cacique den Herrn der „vidos y haciendos"

— den Herrn über Leben und Eigenthum. Wenn Jemand gegen den Cacique spricht, denunzirt ihn der letztere bei der Gendarmerie, und es stehen einem die Haare zu Berge, wenn man liest, was die letztere oft mit dem Verhafteten macht. Sie tödtet ihn bei dem Transport, angeblich bei einem Fluchtversuch, und läßt ihn unterwegs liegen. Der Cacique ernennt und entläßt die niederen Beamten. Nebst seinen Helfershelfern beutet er Alles aus, was er kann. Bestechlichkeit steht in Spanien auf der Tagesordnung von oben bis unten. Der kleinere Beamte theilt ihren Ertrag mit seinem Vorgesetzten. Besonders viel Bestechungen kommen bei den Rekrutenaushebungen vor. Trotz der in Spanien bereits seit längerer Zeit bestehenden allgemeinen Wehrpflicht dient dort nur der Aermste. Am Vorabende des Ziehungstages wird bei dem Cacique eine Konferenz abgehalten, wo Alles schon vorher ausgemacht wird. Auf solche Weise kommen zum Militär nur Arme und Kranke. Gonsalo di Nierra brachte es in den Cortes zur Sprache, daß die Rekruten aus Andalusien nur für die Spitäler taugen; er wurde aber von den Deputirten ausgezischt, welche die Interpellation unpatriotisch fanden! ... Je mehr Grundstücke gepfändet und versteigert werden, desto vortheilhafter für den Cacique. Niemand außer ihm darf sie kaufen. Seine Aecker vergrößern sich, bis das ganze Dorf seines Besitzthums beraubt und ins Elend gestürzt, in volle Abhängigkeit vom Alkalden gerathen ist. Der Cacique ist immer zugleich Wucherer.

Spanien hat bekanntlich so gut wie keine Juden*), und da besorgen den Wucher und zwar in viel grausamerer Weise, als es je Juden gethan, die christlichen Caciques. Kreditbanken giebt es keine. Wucherzinsen werden nicht bestraft. Vor der Aussaat kostet ein Hektoliter Getreide ebenso viel, wie sechs Hektoliter nach der Ernte. Fados sagt, daß die Sevillaer Bauern bei ihren Alkalden Getreide zur Saat borgen und dafür ihnen drei Fünftel der Ernte abgeben. Aus dem Reste zahlen sie Steuern. Wovon sollen sie nun selbst leben?! Nach Alvera sind die Bauern bei Cordova in besserer Lage: Sie geben nur die Hälfte der Ernte dafür! Die Regierung wollte in den Dörfern Getreidemagazine gründen. Es wurde zu diesem Zwecke den Caciques Geld geschickt und diese legten es zu ihren anderen Einkünften. Als man nach zehn Jahren diese Getreidemagazine revidiren wollte, fand man nirgends solche. Eine Debatte darüber wurde in den Cortes nicht zugelassen, weil sie angeblich den Stolz des Kastiliers beleidigt. Der Grund war der, daß die Regierung ihre treuen Caciques nicht bestraft sehen wollte. Wir haben bei der Beschreibung der Alkalden verweilt, weil man daraus so klar und deutlich sehen kann, in welchem Elend die Bauern in Andalusien leben. Eine so große Macht der Alkalden und eine so volle ökonomische und deswegen auch politische Abhängigkeit der Bauern ist nur dann möglich, wenn die Bauern ökonomisch vollständig ruinirt und aus besitzenden Grundeigenthümern besitzlose Proletarier geworden sind, was thatsächlich der Fall ist. Wie lebt denn nun der Bauer?

Ebenso wenig wie die Mehrzahl der städtischen Arbeiter sieht er jemals Fleisch auf seinem Tisch. Der Bauer ißt seine Gaspacio — Brot mit unreinem, übelriechenden Olivenöl (Accite), welches bei uns kein Hund fressen würde. Nur selten ein wenig Gemüse, wenn er noch ein Stückchen Boden hat, um es zu bauen, und es nicht verkaufen kann. Den Wein, den er baut, bekommt er nie zu trinken. Er begnügt sich mit Aguardiente — Schnaps, und diesen Genuß

---

*) Nach einer neueren Zählung giebt es ihrer dort im Ganzen nur 400.
Die Redaktion.

leistet er sich nur einige Mal im Jahre, trotzdem die große Hitze und der Solano (trockener Südwind aus Afrika) ihn nur zu oft durstig macht! ... Aguardiente spielt eine große Rolle bei den Kriminalprozessen in Spanien. Der Wein wird von den Caciquen oder seinen Hintermännern für Schulden, Zinsen, Steuern oder als Kaution für künftige Schulden weggenommen. Es ist daher kein Wunder, wenn der Weinbau der spanischen Bauern in raschem Rückgang begriffen ist. Er geht immer mehr in die Hände englischer Firmen über, die ihn im Großen betreiben.

Die Apathie der Bauern ist sehr groß. Almiral schreibt: „Außerhalb der zwei bis drei großen Städte Andalusiens würde man umsonst eine geistige Bewegung suchen. Hier herrscht die hoffnungsloseste Apathie. Leicht erregbar sind sie (die Bauern) nur durch den Fanatismus. Wenn der Ortsgeistliche von der Kanzel gegen die großen Städte und ihre Gottlosigkeit donnert, ist der Bauer bereit, ohne Zögern die Waffe zu ergreifen, um gegen sie loszuziehen." Man sieht, daß in der Bevölkerung ein dumpfer Haß glimmt, der leicht auflodert. Ein großer Theil der Bevölkerung lebt wie die Troglodyten in Höhlen bei Flüssen. Das sind diejenigen, welche von den Wucherern und Agenten der Regierung aus ihren Hütten vertrieben wurden. Wie früher bemerkt, glaubte die Regierung durch die Wegnahme der Bauerngüter und Vernichtung des Wohlstandes von Hunderttausenden von Menschen einem Mittelstand von Grundbesitzern die Wege zu ebnen. Ein anderer Grund, den Ruin der Bauern zu fördern, war das Streben, für die kolossalen Güter der Großgrundbesitzer, welche bis jetzt fast unbebaut blieben, billige Arbeitskräfte zu schaffen. Die Regierung hat aber nicht ganz gut gerechnet. Die andalusischen Ausbeuter drückten bei der Bestechlichkeit der spanischen Richter und Beamten die beraubten Bauern gleich am Anfang so stark, daß diese nach allen Seiten auseinander liefen, indem sie es vorzogen zu betteln. Der neugebackene Mittelstand, welcher den Boden der Bauern gekauft hatte, wurde der größte Feind der ländlichen Bevölkerung. Er wollte nicht selbst den Grund und Boden bearbeiten, sondern für diese angenehme Arbeit Andere miethen. Diese „Anderen," welche den Grund und Boden als ihr Eigenthum betrachten, das man ihnen geraubt, weigern sich, für die Räuber ihres Eigenthums zu arbeiten, und somit wurden die unbebauten Grundstücke in Andalusien immer zahlreicher und ausgedehnter. Diese Umstände fördern ihrerseits wieder das Elend und den Verfall.

Als eine Folge dieser schlechten Lage der Bevölkerung bildete sich in den Bezirken Xeres de la Frontera, Sevilla, Utrera, Lebrija der „Bund der schwarzen Hand" — mano negra. Nemirowitsch-Dautschenko nennt sie die andalusischen Sozialisten. So weit ein sozialistischer Einfluß in diesem Bund merkbar ist, ist es der von Anarchisten. Die spanische Sozialdemokratie steht ihm fern. Es ist eine Verschwörungsgesellschaft, vergleichbar denen, die sich in Irland bisher von Zeit zu Zeit gebildet haben, wo die Verhältnisse ähnlich liegen wie in Andalusien. Hier wie dort suchen diese Gesellschaften durch den Terrorismus zu wirken. Wirklichen Sozialismus haben wir bei der „mano negra" ebenso wenig entdecken können, als bei den Feniern. Es fehlen in Andalusien wie in Irland die materiellen Grundlagen dazu. Die mano negra besteht schon seit einigen Jahren. Man glaubte sie bereits wieder verschwunden; aber in letzter Zeit macht sich neuerlich eine Bewegung bemerkbar, welche für die in Spanien herrschende Ordnung sehr bedrohlich ist. Es beginnen nämlich auch die Dorfpfarrer in die mano negra neben den hungernden Bauern einzutreten, da es auch ihnen schlimm geht. Und in den Händen der Dorfgeistlichkeit befindet sich die ganze

ländliche Bevölkerung. An der Spitze der mano negra in Xeres steht, wie man sagt, ein Pfarrer, desgleichen in Labrija. Leute, die gut mit der Lage der Dinge vertraut sind, versicherten Nemirowitsch-Dautschenko, daß ein Aufstand nicht fern liege und ein neuer Bürgerkrieg nicht lange auf sich warten lassen würde. Einer Regierung, die so revolutionär vorging, daß sie fremdes Eigenthum konfiszirte, bliebe dabei nicht einmal der Trost, sich über diesen Aufstand moralisch zu entrüsten. Zugleich mit der Geistlichkeit schloß sich der Bewegung auch der hohe Adel an. (? In diesem Falle steht es sehr faul nicht blos mit der spanischen Regierung, sondern auch mit der „anarchistischen" mano negra. D. Red.) Nemirowitsch-Dautschenko wurden in Utrera und Sevilla viele bedeutende Herzoge und Grafen genannt, die energisch in der mano negra thätig sind. Wie wir jetzt aus den Zeitungen erfahren, hat bereits eine bedeutende Bewegung in Andalusien angefangen und gezeigt, daß die Beobachtungen und Darstellungen von Nemirowitsch-Dautschenko thatsächlich auf Wahrheit beruhen. Ein Aufstand, zumal ein Bauernaufstand, ist in Spanien, wie in Rußland, nicht etwas Außergewöhnliches, und für Jeden, der die Darstellung von Nemirowitsch-Dautschenko gelesen hat, nichts Ueberraschendes.

Im äußersten Westen Europas steht die „Ordnung" auf ebenso schwachen Füßen, wie im äußersten Osten. Der Zar mag sich trösten mit dem Gedanken, daß die Throne von Spanien und Portugal auch auf thönernen Füßen ruhen.

Literarische Rundschau.

Frei Rußland. Deutsches Organ der Freunde der russischen Freiheit. Erscheint monatlich einmal. Zürich, Buchhandlung des Grütlivereins. Jährlich 3 Mark.

Ein Blatt, wie das vorliegende, welches, bisher wesentlich von bürgerlichen Elementen getragen, die russische Schandwirthschaft aufdeckt und die russische revolutionäre Bewegung sympathisch verfolgt, wäre vor einem Jahrzehnt noch unmöglich gewesen. Wie die Kommunards nach dem Fall der Kommune in der „guten Gesellschaft" ganz Europas geächtet gewesen, so waren es die „Nihilisten" nach der Tödtung Alexander II. Sein Nachfolger hat es nicht verstanden, diese für ihn so günstige Stimmung zu benutzen. Es ist ihm glücklich binnen wenigen Jahren gelungen, den Nihilismus in Westeuropa zu rehabilitiren. Heute sind es nicht mehr blos die Sozialdemokraten, welche der revolutionären Bewegung in Rußland sympathisch gegenüber stehen; jetzt sind auch schon bürgerliche Politiker zur Einsicht gekommen, daß der Sturz des zarischen Absolutismus eine Nothwendigkeit ist, nicht allein für Rußland selbst, sondern für ganz Europa. Man hat aufgehört, in den „Nihilisten" verabscheuungswürdige Mordbuben zu sehen, ja man beginnt bereits in ihnen die einzigen Elemente zu erblicken, die Rußland aus seiner Verkommenheit erretten können.

Eine Wirkung dieses Umschwungs ist die Gesellschaft der Freunde der russischen Freiheit, die sich 1890 in England bildete und eine Monatsschrift herausgab, „Free Russia." 1891 wurde in Amerika eine amerikanische Gesellschaft des gleichen Namens gestiftet. Aber die englische Gesellschaft hat auch in Deutschland Anhänger gefunden; das giebt ihr den Muth, ihr Organ auch in deutscher Sprache erscheinen zu lassen. Die erste Nummer liegt jetzt vor uns.

Der Zeitpunkt des Erscheinens ist ein höchst günstiger. Jeder Denkende fühlt, daß sich gegenwärtig in Rußland eine Katastrophe vorbereitet, die entscheidend sein wird für die politische Entwicklung ganz Europas. Aufklärung über die russischen Verhältnisse zu erlangen, ist heute für jeden Denkenden mehr geboten als je. Aber niemals war eine solche schwerer zu erlangen als in diesem Falle. Die Presse in Rußland ist geknebelt, in die ausländische Presse gelangen nur dürftige, lückenhafte Nachrichten, die zu kontroliren für westeuropäische Redaktionen sehr schwer ist. Um

so willkommener ist das Erscheinen von „Frei Rußland," dessen Redaktion und Mitarbeiter vollste Rückhaltlosigkeit mit eingehendster Sachkenntniß verbinden.

„Frei Rußland" ist nicht blos Denen zu empfehlen, die den Kampf gegen die Willkürherrschaft des Zaren fördern und den Opfern dieses Kampfes beistehen wollen, sondern auch allen Jenen, die sich über die russischen Zustände unterrichten wollen, welcher Partei immer sie angehören mögen. (Heft 1 enthält: An die Arbeiterschaft Deutschlands, von Stepniak. — Amerika und die russische Freiheitsbewegung. — Jenseits der arktischen Zone. — Die russische Hungersnoth. — Was ist zu thun? — Die Juden in Rußland. — Ein Interview mit Michael Davitt. — Wie man in Rußland Minister macht.) K. K.

Evangelische Zeitfragen. Herausgegeben mit Unterstützung des Evangelisch-sozialen Kongresses von Prof. Baumgarten-Jena. Leipzig, Grunow. Zweite Reihe.

1. Heft. Unsere Landgemeinden und das Gemeindeideal, von Martin Rade, Pfarrer zu Schönbach. 60 S.
2. Heft. Die ländlichen Genossenschaften als Mittel zur Organisation des Bauernstandes, von Karl Mayer, Pfarrer in Dinglingen (Baden). 55 S.

1. Der Pfarrer Rade beklagt den gelockerten Zusammenhang der einzelnen Kirchengemeinden. Auch auf dem Lande, nicht nur in den Großstädten, sei das „christliche Gemeinschaftsleben" im Erlöschen. Daran sei vielfach die übergroße Ausdehnung der Gemeinden schuld; mehr Gemeinden und mehr Pfarrer seien in erster Linie nöthig. Aber auch andere Faktoren arbeiten an der Untergrabung des alten allseitigen Zusammenwirkens im Kirchspiel. Die geistlichen Hirten seien vielfach zu geldsüchtig, sie wechseln um der Gehaltsverbesserung willen die Stellen zu häufig, um enge Fühlung mit der Gemeinde gewinnen zu können. Die Gutsherrschaften sind oft Kirchenpatrone sehr gottloser Art, besonders auch in Ostpreußen; mitunter sind sie in protestantischen Bezirken gar katholisch oder jüdisch. Lehrer, Aerzte, Fabrikanten, Richter, Bürgermeister gäben ein schlechtes Beispiel im Kirchenbesuch; die liberalen Gesetze hätten den Staat entchristlicht und dadurch der Kirche und ihren Dienern die Autorität geraubt. Die Kirchenverfassung habe daran nichts gebessert; der Pfarrer sei nach wie vor Alles, aber nicht in dem guten Sinne, daß er von Allen besonders hochgeschätzt werde, sondern in dem schlechten, daß Niemand ein Interesse an Kirchenwahlen und Kirchenvorstandsämtern gewinnen könne. Einige drastische Beispiele sollen dann das Verhältniß der verschiedenen Bevölkerungsschichten verschieden entwickelter ländlicher Orte zu dem kirchlichen Leben illustriren. Dabei wird gegen die „perfiden" sozialistischen Blätter und gegen die hergelaufenen Zeitungsschreiber gezetert, denen das Volk mehr glaubt wie den Pfarrern. Doch heißt es weiter: „Der vorhandene Zusammenhang der Gemeindegenossen ist nicht so stark, daß der Zusammenhalt der sozialdemokratischen Parteigenossen dem gegenüber nicht etwas durchaus Neues, Großes und Anziehendes wäre." — Die „Forderungen und Vorschläge" sind dementsprechend. Die Pfarrer sollen sich des politischen Kampfes zwar vorsichtigerweise enthalten, aber fleißig an allen inneren Angelegenheiten der Gemeinde theilnehmen, jede Familie mindestens einmal im Jahre besuchen, sie sollen Blätter vertheilen, nach den Kranken sich umsehen, ebenso nach denjenigen, die vor Alter zur Predigt nicht kommen können. Wer nach der zu führenden schwarzen Liste den Gottesdienst nicht besucht, soll ermahnt und zum Kirchenvorsteheramt nicht zugelassen werden. Frauen-, Jungfrauen- und Gesangvereine unter Leitung und Obhut des Pfarrers seien zu begründen, daneben gelegentlich Versammlungen, ab und zu auch der Frauen, einzuberufen. Selbst Egidy's „Ernste Gedanken" könne man da besprechen. „Denn unseren Leuten ist heute nichts mehr zu verbergen. Die „Ernsten Gedanken" waren bei uns in Aller Munde, und nicht wenige hatten sie gelesen. Was ist nun besser, sie lesen dergleichen mit dem Pastor oder ohne den Pastor?... Wo die Männer nicht zu haben sind, können wir vielleicht durch die Frauen christliches Leben in die Gemeinde bringen." Zu Arbeitern könne man über die Sozialreform sprechen, darauf etwas Weitbrecht setzen und zum Schlusse Stellen aus Luther

serviren, „wie ein Knecht gute Werke thut und Gottesdienst ausrichtet." Im Sommer sollen die Versammlungen möglichst im Pfarrgarten oder auf einer Wiese abgehalten werden, da im Wirthshaus der Teufel leicht Unkraut unter die Saat des Herrn säe: „die größten Feinde eines gesunden Gemeinschaftslebens sind der Schnaps und die Wirthe." Kleinkinderschulen, Siechen- und Altersversorgungshäuser, Diakonissinnen und Krankenpflegerinnen hätten auch ihren Werth. Zur Liebesthätigkeit müsse jedoch noch die Kirchenzucht treten: die Verweigerung der kirchlichen Ehren und Ehrenzeichen bei Aufgeboten und Trauungen u. s. w. — Die Leser sind damit über den Inhalt der Schrift genügend unterrichtet, so daß uns weitere Bemerkungen darüber überflüssig erscheinen.

2. Die Mayer'sche Broschüre bietet dagegen manches für uns Beachtenswerthe. Nicht etwa über die wirthschaftliche Bedeutung der landwirthschaftlichen Klein- und Mittelbesitzergenossenschaften — ökonomische Betrachtungen liegen im Allgemeinen außerhalb des Gesichtskreises des badischen Pfarrers. Dagegen hat er den Charakter seiner Bauern sehr genau beobachtet, und manche seiner Mittheilungen sind lehrreich und für die ländliche Agitation wohl auch nicht unwichtig. Wie der Kleinbauer die lange Arbeitszeit ganz anders beurtheilt wie der besitzlose Taglöhner, weil er mehr für sich arbeitet und nicht für den Ausbeuter, wie die Familie unter den unentwickelten kleinbäuerlichen Verhältnissen sich gestaltet, wie alle Lebensgewohnheiten zersetzt werden durch das Eindringen der Industrie auf das Land, durch das tägliche Abströmen von Arbeitern in die benachbarte Stadt — dazu bietet die Schrift einige ganz interessante Beiträge aus Südwestdeutschland. — Sonst ist über die Arbeit nicht viel zu sagen. Auch für den badischen Pfarrer ist der enge Zusammenschluß der Arbeiter etwas „Neues und Großartiges," leider biete die Gesammtheit der kleineren und mittleren Grundbesitzer, der „fünfte Stand," kein entsprechendes Bild, das „Standesbewußtsein" sei hier ganz unentwickelt. „Mir ist wohl da und dort ein kräftiger Lokalpatriotismus, ein starkes Betonen besonderer Gemeindeinteressen begegnet. Es imponirte mir fast, als mir bei dem Eintritt in meine frühere Gemeinde in der Rheinebene unzähligemale das Wort: „die Gemeinde" begegnete. Bezeichnenderweise fand ich dieses starke Gemeindebewußtsein nicht da, wo die Gemeinde von starken Lasten, von großen Gemeindeumlagen gedrückt ist, sondern da, wo sie eine „Allmend," ein bedeutendes Gemeindevermögen an Grund und Boden besitzt; hier wird der Nutzen, der Kostenbetrag, den irgend eine Einrichtung bringen kann, im Interesse der Gemeinde lebhaft erörtert." Die Einkaufs-, Kredit-, Maschinen-, Verkaufsgenossenschaften sollen nun die Landwirthe erst in engerer, dann in immer weiterer Form verbinden. Die ultramontanen Geistlichen hätten zudem solche Vereine in Menge gegründet und mißbrauchten sie zu Parteizwecken; die protestantischen Pfarrer und Lehrer dürften in dem Wettlauf um die Gunst der Bauern schon aus kirchlichen Gründen nicht zurückbleiben, freilich nicht um zu „herrschen," sondern um zu „dienen."

—ms.

Feuilleton.

Die Lessing-Legende.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. IV.

Bücher haben ihre Schicksale — und es trifft sich wohl, daß sie bedeutender werden durch ihre eigene Geschichte, als durch die Geschichte, welche sie erzählen. Dies gilt insbesondere von der Lessing-Biographie, welche Adolf Stahr im Herbste des Jahres 1858 veröffentlichte. Als literarische Leistung hat sie keinen besonderen Werth; sie steht mit beiden Füßen auf dem Boden, den die

Forschungen von Danzel und Guhrauer geschaffen haben, und es ist schwer abzusehen, womit Stahr die „nahezu“ zwanzig Jahre ausgefüllt hat, die er an die „Vorarbeiten“ gewandt haben will. Aber während das Werk von Danzel-Guhrauer ein Menschenalter brauchte, um eine zweite Auflage zu erleben, die beiläufig jetzt nach weiteren zehn Jahren nur noch im Ramsch vertrieben wird, hat das Buch von Stahr nicht weniger als neun Auflagen erlebt. Auf seiner Darstellung beruht vornehmlich das Lessing-Bild, das dem „gebildeten“ Deutschen vorschwebt. Vor Allem aber hat es drei sehr fürnehme Pathen, keine geringeren als Johann Jacoby, Ferdinand Lassalle und Franz Ziegler. Jacoby hat aus seiner Feder ein ganzes Kapitel beigesteuert (Lessing als Philosoph); Lassalle hat das Buch von Stahr in einem umfangreichen Aufsatze sehr anerkennend besprochen, und wenn Ziegler sich unseres Wissens öffentlich nicht darüber ausgelassen hat, so ergiebt sich doch aus seinen Reden und Schriften, namentlich aber auch aus seinem Briefwechsel, daß er gewissermaßen das geistige Verbindungsglied zwischen dem Lessing-Buch von Stahr und dem Lessing-Aufsatz von Lassalle darstellt.

Es ist sehr leicht, über das Buch von Stahr von oben herab abzusprechen, wie es den neueren Lessing-Forschern (Groß, Boxberger, von Maltzahn, Erich Schmidt u. s. w.) durchweg beliebt. Ein wenig schwieriger ist es, seinen historischen Ort zu bestimmen. Mag man immerhin die neun Auflagen seiner geschickten „Dünnflüssigkeit“ zuschreiben, wie Herr Erich Schmidt thut — und er kennt ja den Magen seiner Bourgeoisie — so ist damit doch noch gar nichts gesagt über das unzweifelhaft hohe Interesse, welches Männer, wie Jacoby, Lassalle und Ziegler, der Arbeit Stahr's geschenkt haben. Und nun gar über Lassalle's Lessing-Aufsatz als über eine „Tirade“ wegzugleiten, die „nur wegen des Verfassers genannt“ sei, ist einfach eine Hochnäsigkeit des Herrn Schmidt, die hoffentlich nicht einmal seinen Studenten imponirt. Gerade wenn man die Lessing-Legende kritisch auflösen will, muß man sich mit den Schwächen des Lessing-Buchs von Stahr und auch des Lessing-Aufsatzes von Lassalle viel gründlicher und viel schärfer auseinandersetzen, als die Schmidt und Genossen thun, aber behufs dieser Auseinandersetzung ist es unerläßlich, zunächst die relative Bedeutung des Buches von Stahr klarzustellen. Freilich ist das Verfahren der neuen Lessing-Forscher gar sehr begreiflich, denn eben jene Schwächen wollen sie erhalten und steigern, während ihnen diese relative Bedeutung ein Dorn im Auge ist.

Um es kurz zu sagen: das Buch von Stahr erschien zugleich mit dem Beginn der „neuen Aera“ und wurde ein Banner für die zu neuem Kampfe sich rüstenden bürgerlichen Klassen. War es wirklich ein Zufall, daß Stahr just damals mit seinen „Vorarbeiten“ am Rande war, so hat er jedenfalls doch auch mit einem gar nicht unebenen Instinkte begriffen, was die Glocke in jenem Augenblicke geschlagen hatte. Sein Buch ist durchweg in einem agitatorischen und deklamatorischen Tone geschrieben, der etwas gar zu viel von dem hohlen Pathos des sittlich entrüsteten Spießbürgers an sich hat, aber der nach dem dumpfen Schweigen einer zehnjährigen Reaktionszeit doch immer wie das Schmettern einer sei es auch etwas heiseren Trompete klingen mochte. Stahr gab einer schon verbreiteten Stimmung einen in seiner Weise beredten Ausdruck. Die erwachende Kampflust der bürgerlichen Klassen lenkte ihre Blicke unwillkürlich zurück auf ihren ersten und kühnsten Vorkämpfer; ein gar nicht bedeutender Literat fand dazumal das gute Wort: „Auf Lessing zurückgehen heißt fortschreiten.“ Man darf vor Allem den Unterschied zwischen dem damaligen und dem heutigen Bürger-

thum nicht übersehen. Der volkswirthschaftliche Kongreß mit seiner weder Haut, noch Fleisch, noch Knochen verschonenden Manchesterei hatte sich eben erst aufgethan. Noch war der bürgerliche Idealismus nicht erloschen; noch gab es eine philosophische Bildung; noch war der Gegensatz zu den arbeitenden Klassen mehr verschleiert. Waldeck, Ziegler, Jacoby, Rodbertus, von Kirchmann, ja damals auch noch Schulze-Delitzsch hatten ein größeres oder geringeres Verständniß für soziale Fragen; sie haßten den Militär- und Polizeistaat unbedingt und nicht nur mit jenem zärtlichen Schmollen des heutigen Freisinns, das sofort in weitherzige Nachsicht übergeht, sobald besagter Staat seine Krallen ausschließlich gegen die arbeitenden Klassen kehrt. Unter dem nachwirkenden Einflusse der klassischen Philosophie hatten jene Männer einen überaus hohen Begriff vom Staate, aber es war einzig der demokratische Staat, von dem sie die Lösung umfassender Kulturaufgaben erwarteten. Sie erkannten oder empfanden wenigstens, daß die Bewegung von 1848 an der schwächlichen Haltung der bürgerlichen Klassen gescheitert war, aber sie hofften, daß diesen Klassen durch die zehnjährige Pferdekur der Manteuffelei das Rückgrat genügend gesteift worden sei für einen zweiten Gang mit dem Absolutismus und dem Feudalismus.

Wir wissen heute, daß dieser Gang noch kläglicher ausfallen sollte als der erste Gang ausgefallen war. Wir wissen heute, wie bald jene Männer durch die persönlich tief unter ihnen stehenden und in der That überaus mittelmäßigen Größen des volkswirthschaftlichen Kongresses überrannt wurden, einfach weil hinter diesen die Wucht der kapitalistischen Interessen stand, hinter jenen aber nur ein schwacher Hauch, die Abendröthe der bürgerlichen Bildung. Indessen wie wenig diese Schattirung für den großen Gang der Dinge bedeuten mochte, so sehr gehört sie, wie beiläufig in eine Biographie Lassalle's, so namentlich in die Geschichte der Lessing-Legende. Ein Blick auf den Mann, in welchem sie sich am Eigenthümlichsten und Kräftigsten ausprägt, erklärt leicht den Grund dieses Zusammenhanges.

Franz Ziegler war ein ausgezeichneter Organisator, vielleicht das größte Verwaltungstalent, welches der preußische Staat zu seiner Zeit besaß. Dabei ein Mann der tiefsten und vielseitigsten Bildung, ein gewiegter Kenner der klassischen Literatur, auch selbst ein Dichter, dessen Novellen nur deshalb einer frühzeitigen Vergessenheit verfallen sind, weil zu ihrem Genusse und Verständnisse eine der „gebildeten" Bourgeoisie längst abhanden gekommene literarische Feinschmeckerei gehört. Lassalle sagte seinem Freunde eine Alkibiadesnatur nach, die ihn gehindert habe, sich selbst auszunützen, und ähnlich urtheilte Guido Weiß, daß Ziegler das Leben in Süß und Sauer durchzukosten verstanden habe. Aristokrat nicht von Geburt — denn er war als das dreizehnte Kind eines märkischen Hungerpastors geboren — aber seiner Bildung und seinen Neigungen nach, ein Liebling Friedrich Wilhelms IV., ein stets begehrter und hochwillkommener Gast in den Offizierkasinos der Garde und auf den Landsitzen des brandenburgischen Adels, wurde Ziegler zum Demokraten durch die soziale Frage.

In noch jungen Jahren war er zum Oberbürgermeister der alten Kur- und Hauptstadt Brandenburg gewählt worden, deren durch Kliquen- und Nepotenwirthschaft völlig zerrütteten Verhältnisse es wiederherzustellen galt. Es war immerhin eine große Verwaltung; zur Stadt gehörten sieben Rittergüter, neun Kämmereidörfer, sechzehntausend Morgen Forst, ein Grundbesitz, dessen Werth damals schon in die Millionen stieg. Ziegler beseitigte mit durchgreifender Energie die vorhandenen Mißbräuche und schon dadurch erregte er den Haß der

eng versippten Geschlechter, welche bis dahin das städtische Vermögen ausgebeutet haben. Aber dieser Haß wurde unversöhnlich, als Ziegler seine Fürsorge dem städtischen Proletariat zuwandte. Wie das so kam, hat er selbst einmal einem Arbeiterverein erzählt. Nach einem guten Diner ging er im städtischen Forste spazieren, als er eine Frau beim Holzdiebstahle traf. Längst erbittert über die liederliche Forstverwaltung, verhaftete er die Diebin, um sie dem nächsten Förster zu übergeben. Die Frau bat sehr, sie gehen zu lassen; Ziegler schlug es ab. Sie bat dann, wenigstens ihren Jungen aus dem nahen Graben holen zu dürfen. Auch das schlug Ziegler ab; der Junge könne allein nach der Stadt finden; er sähe ja ihre Thürme. Ach, sagte die Frau, das ist es ja eben, er sieht nicht. Nun wurde der blinde Knabe herbeigeholt, und von Mitleid ergriffen, geleitete Ziegler die Frau mit dem Jungen und dem gestohlenen Holzbündel durch die Thore der Stadt in ihre Wohnung. Hier fand er, daß die Frau noch einen Sohn hatte, der im sechzehnten Jahre stand und Tuchscheererlehrling war. Als solcher verdiente er wöchentlich 25 Silbergroschen (2,50 Mark), und von diesem Lohne lebte die ganze Familie. Kartoffelsuppe mit Lorbeerblättern, die der Frau geschenkt wurden, und etwas ranzige Butter bildeten die gewöhnliche Nahrung. Ein Freisinniger von heute würde sich mit der wohlwollenden Mahnung entfernt haben, daß der Tuchscheererlehrling ein „Kapitälchen sparen" müsse; Ziegler aber fragte sich: „Was hast denn du gethan für die Menschheit gegenüber dieser am Hungertuche nagenden Familie?" Nach seiner praktischen Art griff er sofort zu, um der Noth des städtischen Proletariats zu steuern, baute ein Kranken-, ein Waisenhaus, erhöhte die Fonds der Armenkasse um das Dreifache. Aber er war viel zu einsichtig, um in einer verbesserten Armenpflege mehr als ein dürftiges Palliativmittel zu sehen; er führte als einzige Gemeindesteuer die progressive Einkommensteuer ein, ließ alle Einkommen unter hundert Thalern frei, von da begann die Steuer mit 1 Prozent vom Einkommen und stieg progressiv bis zum Satze von 4 Prozent. Und hätte es in seiner Macht gelegen, so würde er auch das allgemeine Stimmrecht als Gemeindewahlsystem eingeführt haben; er vertrat es schon in den vierziger Jahren gerade um seines proletarischen Charakters willen; war ihm doch die Demokratie nur „eine Magd im Dienste der sozialen Frage." Es kennzeichnet den Mann, daß er, kurz vor Thoresschluß noch in die Nationalversammlung von 1848 gewählt, seinen Platz neben Jacoby und Waldeck nahm. obgleich der Staatsstreich nur eine Frage von wenigen Tagen war. Die darnach hereinbrechende Reaktion bot dann der Bourgeoisie der Stadt Brandenburg die längst ersehnte Gelegenheit, ihren wüthenden Haß an Ziegler zu kühlen. Er hatte einige Drucksachen der Nationalversammlung über die Steuerverweigerungsfrage an seine Wahlmänner geschickt und sollte dadurch Hochverrath begangen haben. In einem Gerichtsverfahren, das ein wahrer Hohn auf die klarsten Vorschriften des Gesetzes war, wurde er durch sorgsam ausgewählte, nicht sowohl von politischem als sozialem Hasse erfüllte Geschworene für schuldig erkannt und vom Gerichtshofe „wegen intendirten Aufruhrs zu sechs Monaten Festung, Verlust der Nationalkokarde und Entsetzung vom Amte des Oberbürgermeisters" verurtheilt. Der Verlust der preußischen Kokarde, der heute einen fast spaßhaften Klang hat, war damals eine schimpfliche Ehrenstrafe und hinderte den Verurtheilten lange Jahre, sich wieder eine bürgerliche Existenz zu gründen.

Nicht im Gegensatze zu den sozialen Anschauungen Ziegler's, sondern im Einklange mit ihnen stand sein Begriff vom Staate. Der Staat war ihm, wie Lassalle sich einmal ausdrückte, das „Vestafeuer der Zivilisation"; nur daß für Ziegler der Staat immer nur ein bestimmter Staat war, der Staat der Intelligenz,

der Staat Friedrichs, der historische preußische Staat. In diesem Punkte theilte er mehr die Ansicht seines Alters- und Studiengenossen Ruge, wenn derselbe erklärt: „Absolute Monarchie und absoluter Staat sollte man nie verwechseln; letzterer ist vielmehr die Wahrheit und das Ziel der ersteren,“ und: „Preußen ist gegenwärtig der Staat, auf den Alles ankommt.“*) Nicht sowohl aus der französischen Revolution, durch welche die Bourgeoisie zur Herrschaft gekommen war, als aus dem aufgeklärten Despotismus Friedrichs leitete Ziegler seine Ideale her; Stein und Hardenberg waren seine Muster; ja selbst das allgemeine Landrecht war ihm eine Art geistiger Amme, nicht zwar in seinen feudalen Elementen, die Ziegler vielmehr mit grimmiger Energie bekämpft hat, aber doch in seinen absolutistisch-zentralistischen Tendenzen, in denen auch Tocqueville eine Annäherung an den Sozialismus entdecken wollte.**) Und weil ohne das Heer ein „wahrhaft souveräner und welthistorischer Staat“ nicht denkbar war, so ist Ziegler in entscheidenden Augenblicken stets für das Heer eingetreten. So bekämpfte er in der Nationalversammlung von 1848 den Antrag, das Heer vom Eide an den König zu entbinden, mit dem geflügelten Worte: „Die Disziplin ist die Mutter der Siege“; so rief er im Frühjahr von 1866 seinen Wählern in Breslau das noch bekanntere Wort zu: „Das Herz der Demokratie ist da, wo die Fahnen des Landes wehen.“ Aber deshalb war Ziegler weder ein Militärfanatiker, noch auch in der konstitutionellen Militärfrage zu irgend welchen Zugeständnissen geneigt. Im Gegentheil! Er bekämpfte 1866 nicht nur die Bildung der nationalliberalen Partei, die sich gar zu gern auf seine Breslauer Rede als auf ihren Eierstock berufen hätte, sondern er bekämpfte auch schon 1861 die Bildung der Fortschrittspartei als ein die Reinheit der demokratischen Grundsätze trübendes Kompromiß. Er verweigerte lange seine Unterschrift unter das fortschrittliche Programm, hielt auch Waldeck davon zurück, und wenn beide schließlich durch die Logik der Thatsachen in die Reihen der nach Lage der damaligen ökonomischen Verhältnisse einzig möglichen bürgerlichen Oppositionspartei gedrängt wurden, so hat wenigstens Ziegler bis an sein Lebensende niemals aufgehört, über die „Höllenerfindung Fortschrittspartei,“ diese „Olla potrida aller Prinzipien“ zu schelten. Das Heer sollte eben nicht der „Monarchie,“ sondern des „Staates“ sein, und sein Ideal des Staates war das demokratische.

Es ist heute nach den Arbeiten von Marx und Engels leicht, den Grundfehler in dieser Geschichtsauffassung zu entdecken. Derselbe liegt in der idealistischen, auf Hegel zurückführenden Auffassung des Staats als der maßgebenden Urform der menschheitlichen Entwicklung. Aber wenngleich Marx schon 1844 in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ in Anknüpfung an Hegel's Rechtsphilosophie nachgewiesen hatte, daß nicht der von Hegel als „Krönung des Gebäudes“ dargestellte Staat, sondern die von ihm so stiefmütterlich behandelte „bürgerliche Gesellschaft“ diejenige Sphäre sei, in welcher der Schlüssel zum Verständnisse des geschichtlichen Entwicklungsprozesses der Menschheit gesucht werden müsse, und wenngleich im Kommunistischen Manifest schon die Grundlinien der materialistischen Geschichtsauffassung gezogen worden waren, so beherrschte 1858 doch noch die ideologisch-hegelianische Auffassung des Staats die besten Köpfe des Bürgerthums, und bekanntlich huldigte ihr auch Lassalle, wenngleich in viel freierer und weiterer Weise, als selbst Ziegler. Und so war es eine sehr natürliche und ganz unvermeidliche Schlußfolgerung, daß wenn die zu neuem Kampfe sich rüstenden bürgerlichen

*) A. Ruge, Sämmtliche Werke, II, 20 und 50.

**) Tocqueville, L'ancien régime et la révolution 341.

Klassen einerseits auf Lessing als ihren ersten Vorkämpfer zurückgriffen, sie andererseits ihm einen Vertreter des „absoluten Staats“ zur Seite stellten und diesen Vertreter im Könige Friedrich II. fanden, der zuerst die dynastische Eigensucht unter das Staatsinteresse gebeugt haben sollte (der Fürst ist der erste Diener des Staats), und dessen diplomatisch-kriegerischen Erfolge, sowie freigeistige Richtung obendrein einen blendenden Gegensatz zu der überall in Europa blamirten und dazu vermuckerten Reaktion der fünfziger Jahre bildeten. Damit trat die Lessing-Legende in eine neue Gestalt. Aus der etwas kindlichen Anschauung, als ob Lessing an der Verachtung Friedrichs gleichsam zum Denker und Dichter erwachsen sei, entwickelte sie sich zu der Auffassung, daß, wie Stahr sagt, der König Friedrich als „Mitstreiter und Mitarbeiter seines großen Zeitgenossen“ dastehe, oder daß der König und Lessing, wie Lassalle meint, die deutschen „Revolutionäre“ des achtzehnten Jahrhunderts gewesen seien.

Man darf an den Aufsatz Lassalle's keinen zu strengen Maßstab anlegen. Der Verfasser selbst hat ihn ein paar Jahre im Pulte behalten und ihn, obgleich er schon im November 1858 geschrieben war, doch erst im Jahrgange 1861 der „Demokratischen Studien“ veröffentlicht. Ein Mann, wie Lassalle, konnte sich über die Schwächen von Stahr's Arbeit unmöglich täuschen; was ihn aber offenbar daran erfreut hat und auch erfreuen mußte, weil es ein wesentliches Verdienst darstellte, das war die politische Aktualität, welche Stahr seinem Stoffe gegeben hatte. In der That dreht sich hierum der ganze Aufsatz Lassalle's. Er findet, daß Stahr's Buch „dreimal zur Zeit“ kommt; „die dramatische Situation von heut sei der von damals wieder äußerst ähnlich geworden“; Lessing's Wirken sei „nichts als Politik“ gewesen; mit Recht sieht er auch eine „unendliche Ueberlegung“ von Stahr's Arbeit über das Werk von Danzel-Guhrauer darin, daß Stahr das „kämpfende Heldenleben“ Lessing's namentlich in der Wolfenbütteler Zeit wieder zu Ehren gebracht habe, nachdem zwar nicht Danzel, aber allerdings Guhrauer allerlei vertuschende Schleier darüber zu breiten versucht hatte. Sehen wir zunächst von dem „Revolutionär“ Friedrich ab, auf den wir eingehend zurückkommen müssen, so läßt sich ein wirklicher Tadel gegen Lassalle's Lessing-Aufsatz nur insofern aussprechen, als er gar zu reichliches Lob über Stahr ergießt. Indessen auch darüber wird man milder urtheilen, wenn man eine gewisse Aehnlichkeit zwischen Lessing's und Lassalle's Berliner Leben erwägt. Beide lebten in einer, ihnen geistig nicht gerade ebenbürtigen Umgebung, aber so wie die Dinge einmal lagen, war es immerhin die beste Gesellschaft, welche sie finden konnten. Und wenn es nicht recht lassallisch war, daß Lassalle die Schrift von Stahr allzu sehr lobte, so war es auch nicht gerade lessingisch, wenn Lessing hundert Jahre früher einen „Elenden“ abstrafen wollte, „der sich unterstanden habe, unserem lieben Ramler eine kleine Nachlässigkeit aufzumutzen.“ Das sind Dinge, die auch den Größten mal mit unterlaufen und nun gar in der Berliner Luft. Es kommt auf die Dauer und das Wesen der Dinge an, und da gilt von Lassalle, was Fichte von Lessing schreibt: „Unser Held (Nicolai) hatte, mit Jenen, Mendelssohn und Lessing, vereinigt, einen kritischen Feldzug gethan; entscheidend gegen einige schlechte Reimer, in anderen Fächern, z. B. dem der Philosophie, nicht ganz so glorreich. Sein großer Mitkämpfer wurde allmälig inne, daß dies ein schlechtes Geschäft sei und daß er es nicht in der besten Gesellschaft betreibe. Er zog sich zurück.“ *) Und wenn Lassalle auch sicherlich dabei nicht an Lessing dachte, so trat jene Aehnlichkeit der Situation nur um so schärfer

*) Fichte, Friedrich Nicolai's Leben und sonderbaren Meinungen, 15.

hervor, als er an Feuerbach schreibt: „Die Fortschrittler sind politische Rationalisten der seichtesten Sorte.“ *)

Es stellte sich nur zu bald heraus, daß jene bürgerliche Garde von 1848, jene ideologisch-hegelianischen Bekenner des Staats und seiner sittlichen Zwecke nur noch eine Hand voll Führer ohne Heer waren. Die ökonomische Entwicklung war schon so weit gediehen, daß die große Masse der bürgerlichen Klassen unter dem frei entfalteten, höchstens noch mit einigen ideologischen Bändern geschmückten Banner des Kapitalismus, die manchesterlichen Heiligenbilder voran, marschiren wollte. Die Gründung der Fortschrittspartei war von Ziegler nur zu richtig beurtheilt worden. Nichts verkehrter, als die Behauptung der Bourgeoisie, daß Lassalle erst mit ihr gegangen und ihr dann, in seinem persönlichen Ehrgeiz verletzt, in den Rücken gefallen sei und so ihren Sieg verhindert habe. Sie hat gar kein Recht, Vorwürfe an Lassalle zu richten, dessen Haltung ihr gegenüber prinzipiell und taktisch gleich richtig war. Seine freundlich zuwartende Haltung rechtfertigte sich, so lange die arbeitenden Klassen noch in politischem Schlummer lagen und die bürgerliche Opposition ihm in Männern, wie Ziegler, gegenübertrat, die grundsätzlich ein demokratisches Programm verfochten, entschlossene Vorkämpfer des allgemeinen Stimmrechts waren und für die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen einen immerhin weiten Blick hatten. Aber als der Einfluß dieser Männer auf die bürgerlichen Klassen durch das überwuchernde Manchesterthum mehr oder minder neutralisirt worden war und die ersten Zeichen einer proletarischen Bewegung sichtbar wurden, da brauchte Lassalle mit dem Losschlagen um so weniger zu zögern, als der Sieg der Bourgeoisie über den Absolutismus und Feudalismus längst unmöglich geworden war. Beredte Zeugnisse dafür giebt der vertraute Briefwechsel Ziegler's mit seinem Jugendfreunde Ritter, mit Arnold Ruge und namentlich mit Frau Fanny Lewald-Stahr, der Gattin des Lessing-Biographen.

Lassalle und Ziegler standen sich außerordentlich nahe. Lassalle blickte zu dem um mehr als zwanzig Jahre älteren Manne mit einem gewissen, bei ihm sehr seltenen Gefühle von Pietät empor; er bewunderte seine praktischen Organisationstalente und empfahl ihn seinen Breslauer Landsleuten in fast überschwänglichen Worten zur Wahl ins Abgeordnetenhaus; er warb förmlich um seine Freundschaft in den Versen:

> Einen aber gebraucht auch der Stärkste, ihn zu verstehen
> Und Du fandst in mir den, der Dich liebt und begreift.

Ziegler aber erwiderte diese Freundschaft in vollstem Maße. Er zitterte um den Freund, als derselbe seine Agitation begann, denn er wußte aus seinem zerbrochenen Leben, was der Haß einer in ihren materiellen Interessen verletzten Bourgeoisie bedeute. Aber er dachte viel zu groß von ihm, um ihn durch weibische Klagen zurückzuhalten; er hat bekanntlich das Statut des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins entworfen, und einige Wochen, nachdem Lassalle das „Offene Antwortschreiben“ erlassen hatte, sandte er ihm zum Geburtstage einen Pokal mit einem Sonette, das also schloß:

> Nimm diesen Kelch und siehst Du, daß Dein Mahnen
> Vergeblich ist und will Dein Herz verbluten,
> Setz' ihn zum letzten Trunke an die Lippen.
> Gedenke mein — Statt langsam zu verglühen,
> Trink' prometheisch trotzend Lebensgluthen
> Und wirf mit ihm ins Meer Dich von der Klippe.

*) L. Feuerbach's Briefwechsel und Nachlaß II, 162.

Ein prophetisch Wort für Lassalle, ein prophetisch Wort auch für Ziegler! Denn sein Los war das „langsame Verglühen“ und wie traurig ist die einst so hellglühende Flamme erloschen!

Im Anfang September 1864 schrieb Ziegler an Ritter: „Der größte philosophische Kopf und unbestritten einer der größten Gelehrten, Lassalle, suchte bei mir Ruhe vor sich selbst.... Ich schreibe unter dem erschütternden Eindruck von seinem Tode. Ha! diese Mittelmäßigen jubeln, diese Juliane, die er gegeißelt; die Myrmidonen tanzen auf dem Grabe des Achilles.... Es ist aus, er ist todt, er war mir Bibliothek, Anreger, Tröster, es ist aus. Mich hat kein Mensch so geliebt wie dieser. Er war ein bildschöner, feuriger, genialer Mensch mit tausend Fehlern, ja Lastern, aber er war ein ganzer Mensch.“ Und gleichzeitig schrieb Ziegler an Ruge: „Das Allerschlimmste ist, daß in Deutschland das unseligste Manchesterthum aufgeschossen ist. Jeder zurückgekommene Kaufmann, jeder verrottete Schiffbrüchige, jeder Kommis 2c. schafft sich ein sogenanntes nationalökonomisches Kompendium an, lernt daraus einige Stichwörter, tritt in den nationalökonomischen Verein, macht die Wanderreisen mit, sucht eine Stellung bei irgend einer Versicherungsanstalt, Bank, Eisenbahn zu erhaschen, nennt sich nun Volkswirth und präsentirt sich als solcher zur Kandidatur, wobei er predigt, daß in heutiger Zeit alle Politik dummes Zeug sei, daß mit der Pflege der materiellen Interessen die Freiheit von selbst käme, daß der Staat eine Chimäre wäre, daß es nur ein Handelsgebiet gäbe, das die Menschen realiter zusammenbände 2c. Und so tritt er in die Kammer, wo eine freie Fraktion aus allen Parteien besteht, die oft den Ausschlag giebt und alle Parteidisziplin aufgelöst hat. Warum nicht? Soll es nicht eine volkswirthschaftliche Partei geben, so gut wie eine katholische? Allem diesem Unwesen hat die Bildung der Progressisten-Partei das Siegel aufgeprägt.“ Und so noch eine ganze Strecke weiter.

Am häufigsten schüttete Ziegler sein Herz in den Briefen an Frau Fanny Lewald-Stahr aus, doch müssen hier wenige Proben genügen. Im Januar 1865 schreibt er ihr über eine gerichtliche Verurtheilung Jacoby's: „Armer idealer Jacoby!... Glauben Sie mir, daß, müßte ich sechs Monate sitzen, die Freude unter meinen Freunden allgemein wäre, und ich fürchte, daß, so bescheiden anschließend sich auch Jacoby benommen, auch nicht viel Trauer um ihn ist.“ Und im Januar 1866 über den Obertribunalsbeschluß in Sachen der parlamentarischen Redefreiheit: „Sie sind der einzige Depositar meiner Schmerzen. Gestern Abend war Parteiversammlung; ich laufe dahin, weil ich denke, die Versammlung erfüllt, erregt zu finden von dem Tribunalsbeschlusse. Entweder diese Leute sind alte Römer, von einem Gleichmuth, an den Roms Senat nicht heranreicht, oder sie sind, Gott weiß was. Man verhandelte ruhig über die Interpellation Wachsmuth, über die Interpellation Bonin 2c. und rettete, bei brennendem Hause, nicht die Bilder der Laren, sondern ein paar alte schmutzige Unterhosen.“ Und im August 1866 nach der Adreßdebatte: „Als Jacoby heute alle Ehren und Siege als nichtig darstellte, weil sie nicht im Geiste der Freiheit gewonnen, rief mir N., der hinter mir sitzt, zu: Welch maßlose Eitelkeit! Und K., der vor mir saß, drehte sich zu mir mit den Worten: Er ruinirt sich für immer! Wie dieser kleine, gebrechliche Mann weiter sprach, immer ruhig, gemessen und im Tone, als diktire er sein Testament, lief es mir über die Haut. Denn er kam mir vor, wie der Prophet auf den Trümmern von Jerusalem, der Alles zusammengestürzt und nichtig sieht, nur nicht den ewigen Gott, den er Wahrheit und Freiheit nennt.... Wie heute die kurze Adreßdebatte schon andeutet, wird Geldbewilligung, Indemnität und alles Andere kopfüber vorwärts gehen, und die

loyalen Purzelbäume will ich nicht mitmachen. Die königliche Gnade, vereint mit dem momentanen Beifall des Volks, werden die Segel schwellen, bis das Schifflein wieder auf der Klippe der Reaktion sitzt." Und an dieser scheiterte denn auch der „einzige Depositar seiner Schmerzen." Am 3. November 1870 schreibt Ziegler an Fanny Stahr: „Ich kann es nicht zum Haß auf das französische Volk bringen. Es ist ja mitten innen in der Revolutionsarbeit, die es für uns Alle vollbringt. Heruntergebracht durch eine Reihe nichtswürdiger Könige, jetzt zwanzig Jahre gedrückt durch einen Zuchthäusler, der sich mit einer Räuberbande verbunden, die man Militär nennt, verrathen, verlassen von Allen, kämpft das Volk noch mit unendlicher Bravour durch seine bewaffneten Bürger. Und das Volk nennen Sie verlumpt? Fänden Sie wohl in Deutschland hunderttausend solcher Lumpen, die sich, ohne höhere Ordre, auf eigene Hand schlagen?" In demselben Monat sollte Ziegler durch die Eugen Richter und Genossen zu einer Felonie an Jacoby verlockt werden; man wollte dem letzteren bei den Landtagswahlen vom 1870 sein Berliner Mandat nehmen, um ihn für seine sozialpolitischen Ketzereien zu strafen; zur möglichsten Bemäntelung der schimpflichen Exekution sollte Ziegler das Mandat erhalten, aber in stolz-verächtlichen Worten lehnte er ab, an eine Stelle zu treten, wo „dieser große Bürger" nicht mehr genehm sei; ein freisinniger und protestantenvereinlicher Prediger übernahm dann die traurige Rolle. Ziegler aber wurde mehr und mehr ein stiller Mann; er hat nicht, wie Jacoby, seinen formellen Uebertritt zur sozialdemokratischen Partei vollzogen; er fühlte sich abgehetzt, alt, matt, müde bis in den Tod, aber daß er nur noch in den arbeitenden Klassen die Rettung der Nation sah, wissen Alle, die ihn in seinen letzten Lebensjahren gekannt haben, wissen namentlich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten, die mit ihm im Reichstage saßen.

Aber was hat dies mit der Lessing-Legende zu thun? Nicht weniger, als Alles. Denn es enthält ein gutes Stück ihrer Geschichte. Während die drei Männer, welche das Lessing-Buch von Stahr aus der Taufe hoben, weil sie in den bürgerlichen Klassen noch lessingischen Geist erwecken zu können hofften, nach Erkenntniß ihres Irrthums sich den arbeitenden Klassen zuwandten, blieb das Buch selbst in den Händen der Bourgeoisie. Und wie hat sie damit gewüstet? Stahr selbst zwar, der ursprünglich ein Jung-Hegelianer und eifriger Mitarbeiter der „Hallischen Jahrbücher" war, aber der gleich Ruge den Sozialismus haßte und diesen abgeschmackten Haß auch in Lessing's freie Seele hineindichtete, wahrte wenigstens noch leidlich den äußeren Anstand, wie tief er auch persönlich bei dem literarischen Koteriewesen der Bourgeoisie versank. Er ließ es dabei bewenden, daß er sich in der ersten Auflage Jacoby's Mitarbeiterschaft gerühmt und zum Danke dafür Jacoby's Namen auf das Widmungsblatt gesetzt hatte. Seine Witwe aber wüthete mit loyaler Feder in dem Buche, und auf dem ersten Blatte lesen wir heut zum schnöden Gedächtnisse des literarischen Byzantinismus: Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck gewidmet. Das Buch, das einst den Schatten Lessing's beschwor, um die bürgerlichen Klassen zum politischen Kampfe anzuspornen, ist heute gut genug als geistige Stallfütterung für eine träge verkommende und jeden lessingischen Luftzug des Gedankens scheuende Bourgeoisie.

Ehe wir indessen diese Entwicklung weiter verfolgen, ist es nothwendig, jene zweite Gestalt der Lessing-Legende auf ihren sachlichen Gehalt zu prüfen.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 21. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Des Pudels Kern.

↗ Berlin, 10. Februar 1892.

Die „Kölnische Zeitung“ hat's entdeckt und die „Freisinnige Zeitung“ plappert's gläubig nach, daß die Sozialdemokraten in Sachen des preußischen Volksschulgesetzes dem Liberalismus in den Rücken fallen und thatsächlich der Reaktion Vorschub leisten, wie sie es noch immer und überall gethan haben. Besonders wohl bei dem Sozialistengesetze, das die Sozialdemokraten gegen den heftigen Widerstand der „Kölnischen Zeitung“ durchgesetzt und dessen Verlängerung sie dann gar noch bewirkt haben, indem sie zur tiefsten Betrübniß der „Freisinnigen Zeitung“ bei der entscheidenden Abstimmung im Jahre 1884 ihre parlamentarischen Vertreter abkommandirten. Es sind zu boshafte Leute, diese Sozialdemokraten; lieber spannen sie sich selbst auf die Folter, ehe sie darauf verzichten, der Reaktion einen Gefallen zu thun und namentlich den liberalen Freiheitshelden einen Possen zu spielen.

Doch um im Ernste zu sprechen: es mag wohl richtig sein, was die „Kölnische Zeitung“ und ihre Nachbeterin entdeckt haben, daß nämlich die sozialdemokratischen Blätter „für die Bewegung des Widerstandes, die durch das liberale Bürgerthum geht, nichts als Hohn und Spott haben.“ Aber sie sollten sich doch zunächst der Prüfung der Frage unterziehen, ob diese „Bewegung“ denn eine ehrfurchtsvollere Behandlung verdient. Man kann willig zugeben, daß wenn das liberale Bürgerthum von irgend einem grundsätzlichen Standpunkte aus sich der Vorlage des Grafen Zedlitz widersetzte, die Arbeiterpresse bei aller Wahrung ihres abweichenden grundsätzlichen Standpunktes diese „Bewegung“ nicht gerade zu verhöhnen brauchte. Und so lange es eine kurze Zeit lang ungefähr darnach aussah, als wolle sich das „liberale Bürgerthum“ wirklich noch einmal auf die Hinterbeine setzen, haben die sozialdemokratischen Blätter, wie es nach allem Vorhergegangenen ihre Pflicht war, diese Anstrengungen zwar mißtrauisch, aber doch nicht verächtlich betrachtet. Allein jene Spanne Zeit ging vorüber, flüchtig wie ein Traum, und was sich jetzt noch als „Bewegung des liberalen Bürgerthums“ breit machen möchte, verdient nichts anderes, als Hohn und Spott.

Nach jenen beiden Blättern geht die „Rechnung der Sozialdemokraten“ dahin, daß „je mehr sich die Volkserziehung in Widerspruch mit dem Geiste der

Zeit und den Anschauungen des lebenden Geschlechts setzt, um so mehr gerade die zersetzenden und zerstörenden Elemente Nahrung daraus ziehen werden." Diese „Rechnung" ist nun aber ganz und gar ohne den Wirth gemacht. Denn die Sozialdemokratie steht dem Entwurfe der preußischen Regierung viel grundsätzlicher und schärfer gegenüber, als der gesammte Liberalismus; indem sie die Weltlichkeit der Schule fordert, bringt sie einen klaren Begriff zu Markte, während der „Geist der Zeit" und die „Anschauungen des lebenden Geschlechts" wächserne Nasen sind, die je nach den kapitalistischen Interessen der „Kölnischen Zeitung" und ihrer Berliner Nachbeterin bald in diese, bald in jene und je nachdem auch in die reaktionärste Form geknetet werden können. Das wissen die würdigen Organe auch recht gut, denn sie scheuen vor der Sozialdemokratie noch weit ängstlicher zurück, als vor dem Grafen Zedlitz. Mögen sie die Volksschule des letzteren eine Vorfrucht der Sozialdemokratie nennen — sie ist es gerade so viel oder gerade so wenig, wie die patriotische Wirksamkeit des Herrn Baare oder die „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder" des Herrn Eugen Richter —, aber es ist eine klägliche Denunziation, deshalb den deutschen Arbeitern ein Liebäugeln mit der kirchlichen Reaktion zu unterstellen. Der erhabene Zweck dieses sogenannten „Geisteskampfes" läuft einfach darauf hinaus, an einer gewissen Stelle, welcher man eine große Furcht gegen die Sozialdemokratie unterstellt, Stimmung gegen den Volksschulgesetzentwurf zu machen.

Wenn nur in dem Wahnsinn wenigstens noch Methode wäre! Allein einige andere Leuchten des liberalen Bürgerthums sind auf den sublimen Gedanken verfallen, daß sich die gewünschte Stimmung mit einer anderen Methode vielleicht noch wirksamer erzielen ließe. Hat doch jüngst bei einem Festmahle im Palais des Reichskanzlers jene maßgebende Stelle, auf welche die Augen des liberalen Bürgerthums, selbstbewußt und tapfer, wie es ist, allezeit gerichtet sind, sich mit lächelndem Achselzucken über Herrn Richter's „Zukunftsbilder" ausgelassen, und die Aussicht, daß die Spar-Agnes als liberale Muttergottes in den Religionsunterricht der Volksschule inthronisirt wird, ist so gering! Also: rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo; bekämpfen wir nicht als Freiheitshelden den reaktionären Charakter des konfessionellen Unterrichts, sondern betrauern wir als allezeit getreue Unterthanen seinen revolutionären Charakter! In der Bibel „wird dem Armen das Himmelreich verheißen, nicht dem Reichen, und der Antichrist der Offenbarung ist nicht die sozialdemokratische Revolution, sondern der römische Kaiser Nero," so schreibt die „National-Zeitung" mit faustdicker Anspielung. Und gleichzeitig fällt die „Vossische Zeitung" mit einer Zuschrift „aus Universitätskreisen" ein, in welcher alle „kommunistisch-revolutionären" Sprüche des Alten und des Neuen Bundes zusammengestellt und mit einem Zukunftsbilde gekrönt werden, in welchem ein — wörtlich! — Cromwell der Sozialdemokratie mit den in der konfessionellen Volksschule gelernten Bibelsprüchen seine Eisenseiten zum Kampfe gegen Thron und Altar anfeuert. Der Neptun auf dem Schloßbrunnen hat hoffentlich vor Schreck seinen Dreizack verloren, als dieser Pfeil über seinen Kopf hinweg in die Zimmer des Schlosses schwirrte, auf welche er gerichtet war!

Ueberhaupt — die Universitätskreise! Es ist ja sehr hübsch, wenn die Herren Dahn und Genossen sich in das Löwenfell der Geistes- und Gewissensfreiheit vermummen; wenn nur nicht doch das Eselsohr hervorguckte, das zu allen bismärckischen Bedrängungen der Geistes- und Gewissensfreiheit sein Ja und Amen genickt hat und wenn auch nur jetzt wenigstens der Eselsfußtritt gegen die Sozialdemokratie fehlte! Nein, die Herren sollten wirklich lieber in aller

Bescheidenheit sich in ihr Kämmerlein zurückziehen und ein wenig darüber nachdenken, ob eine Aera Zedlitz überhaupt möglich sein würde, wenn sie, die patentirten Vertreter der „deutschen Bildung," in den Tagen des Kulturkampfs und des Sozialistengesetzes nur ein ganz klein wenig Mannesmuth bewiesen hätten. Insbesondere Herr Dahn, der noch vor Jahr und Tag die zwei- bis zehnjährigen Knaben des Kaisers in einem unter-gottschedianischen Singsang als die jungen „Degen" feierte, an denen die Zukunft Deutschlands „gelegen" sei, und der nun, bewaffnet mit seinem hohenzollernschen Hausorden, sein Jahrhundert in die Schranken zu fordern wagt, sollte doch von wohlwollenden Freunden darauf aufmerksam gemacht werden, eine wie tragikomische Figur er als Vorkämpfer der Geistes- und Gewissensfreiheit spielt. Da kann man sich noch eher das „Berliner Tageblatt" loben, das seine „freisinnigen" Hoffnungen kurz und gut auf den Fürsten Bismarck setzt, der im Herrenhause den Volksschulgesetzentwurf schon zerfleischen werde. Und diese „Bewegung" des „liberalen Bürgerthums" soll den deutschen Arbeitern imponiren? Sie imponirt ja nicht einmal der „Kreuz-Zeitung," welche gelassen erklärt: „Man schätzt den Philister nicht höher, als er werth ist," und die noch keineswegs von bleichem Schrecken ergriffen worden zu sein scheint.

Will man einerseits die relative Ueberlegenheit des konservativ-ultramontanen Kartells über das „liberale Bürgerthum" kennzeichnen, andererseits aber auch den Schein des Vorwurfs vermeiden, als wolle man jenem schmeicheln, um diesem eins anzuhängen, so muß man sagen: dort ist die ganze und hier die halbe Reaktion. Entweder gehört die Religion in die Volksschule, oder sie gehört nicht hinein. Gehört sie aber hinein, so wird die konfessionelle Orthodoxie immer einen Vorsprung vor der liberalen Verwaschenheit haben, welche die Religion will ohne ein bestimmtes Glaubensbekenntniß. Als der Reichskanzler den liberalen Parteien den Vorwurf des Atheismus machte und die also Apostrophirten lärmten, tobten und mit den Fäusten auf die Tische schlugen, da verdeckte dieser Spektakel nur die peinliche Empfindung, an einer wunden Stelle berührt worden zu sein. Atheisten sind sie nicht, beileibe nicht; Christen sind sie, gewiß, aber keine konfessionellen Christen. Sie wollen ein Baum sein, aber weder Eiche, noch Linde, noch Buche, sondern nur ein Baum. Und wenn Jemand behauptet, daß es einen Baum als solchen nicht giebt, so würden sie ihm mit überlegener Miene antworten, er sähe den Wald vor lauter Bäumen nicht.

Das ist der nationalliberale und — mit vereinzelten Ausnahmen, wie Herrn Virchow — auch der freisinnige Standpunkt. Von der persönlichen Heuchelei, die dabei mit unterläuft, mag man noch absehen, obgleich es sicher nicht schön ist, daß die zornigen Tumultuanten, die empört auf die Tische hieben, weil sie keine Atheisten sein wollten, gleichwohl Atheisten sind, wie sie denn auch die feierliche Frage der „Germania," ob sie an Jesum als den eingeborenen Sohn Gottes glauben, Mann für Mann unbeantwortet gelassen haben. Aber man kann die persönliche Katechesation gerne den Orthodoxen überlassen, ohne daß man deshalb an der Verquickung religiöser Halbheiten mit der Volksschule auch nur den geringsten Geschmack zu finden brauchte. Gewiß: Bibelsprüche und Kernlieder bessern weder das Herz des Menschen, noch erhellen sie seinen Verstand, aber wir wüßten nicht, daß protestantenvereinliche oder selbst freigemeindliche Gemeinplätze in dieser Beziehung eine größere Wirksamkeit zu entfalten vermöchten. David Strauß schreibt in seinem „Alten und Neuen Glauben": „Ich habe mehreren Gottesdiensten der freien Gemeinden beigewohnt und sie entsetzlich trocken und unerquicklich gefunden. Ich lechzte ordentlich nach irgend einer An-

spielung auf die biblische Legende oder den christlichen Festkalender, um doch nur etwas für Phantasie und Gemüth zu bekommen, aber das Labsal wurde mir nicht geboten. Nein, auf diesem Wege geht es auch nicht. Nachdem man den Kirchenbau abgetragen, nun auf der kahlen, nothdürftig geebneten Stelle eine Erbauungsstunde zu halten, ist trübselig bis zum Schauerlichen." Strauß war bekanntlich ein heftiger Gegner der Sozialdemokratie; er stand sozialpolitisch ganz auf dem Boden des Kapitalismus, aber er dachte in religiösen Fragen wenigstens noch konsequent, und er ist unter diesen verschiedenen Gesichtspunkten ein vollgiltiger Zeuge sowohl dafür, daß die Religion nicht in die Volksschule gehört, als auch dafür, daß wenn sie durchaus hineingezwängt werden soll, die konfessionelle Orthodoxie immer in der Schule die erste Geige spielen wird und logischer Weise auch spielen muß.

Freilich — die angeblich freidenkende Bourgeoisie nahm das Büchlein von Strauß schon vor zwanzig Jahren höchst unwirsch auf. Strauß ließ sich dadurch seine letzten Tage sehr verbittern, denn bei der Beschränktheit seiner ökonomischen Anschauungen sah er nicht ein, weshalb die „Gebildeten und Besitzenden," deren Sache er mit ganz besonderem Eifer gegen das „kulturfeindliche," weil den „Erwerbstrieb" verleugnende Prinzip des Christenthums geführt hatte, dennoch nichts von ihm wissen wollten. Aber die Bourgeoisie war damals in währendem Klassenkampfe längst zu der Einsicht gekommen, daß die Religion den arbeitenden Klassen erhalten werden müsse, um ihnen die nöthige Ehrfurcht vor den Profiten des Kapitals einzuflößen, was dann freilich nicht mit Bibelsprüchen und Kernliedern, sondern nur mit einer, wie die „Kölnische Zeitung" so schön sagt, nach „dem Geiste der Zeit und den Anschauungen des lebenden Geschlechts," d. h. nach dem Geiste des Kapitalismus und den Anschauungen der Bourgeoisie „geläuterten" Religion möglich war.

Was aber Strauß seiner Zeit nicht verstand, das verstehen die Arbeiter heutzutage recht gut. Sie haben von keiner der bürgerlichen Parteien die weltliche Schule zu erwarten, welche ihren Interessen entspricht, und sie wissen sehr wohl, daß wenn das „liberale Bürgerthum" die konfessionell-orthodoxen Bande der Volksschule etwas lockern will, dies nicht um ihretwillen geschieht, sondern um seiner eigenen Interessen willen. Einen andern Kern hat der so laut bleffende Pudel nicht. Und wenn er nun gar so komische Sprünge macht, wie oben geschildert worden ist, da soll ihn die Arbeiterpresse nicht einmal mit der Geißel des Hohns und Spottes treffen? Man sollte meinen, es wäre höchstens Schade um den Schlag, der vorbei ginge.

Medizinisches.

Die moderne ökonomische Entwicklung führt zur körperlichen Entartung der Kulturmenschheit durch die Zusammendrängung großer Menschenmassen in den Städten, durch Ueberarbeit, Entbehrungen, schlechte Wohnungsverhältnisse bei den *arbeitenden Klassen*; durch Mangel an körperlicher Thätigkeit, durch Ausschweifungen und Verwandlung der Ehe aus einem Akt der geschlechtlichen Zuchtwahl zu einem Geldgeschäft *in den besitzenden Klassen*; endlich *in allen Klassen* durch den Militarismus, der gerade den kräftigsten Männern die Eheschließung am meisten erschwert. Alle diese Momente sind früher schon von den verschiedensten Seiten, nicht blos von den Sozialisten aufgeführt worden. In

einem jüngst erschienenen, sehr instruktiven und interessanten Schriftchen*) betont der Verfasser alle diese Momente der Entartung, aber er weist noch auf ein weiteres hin, das unseres Wissens bisher noch nicht beachtet worden: Die Fortschritte der Medizin und Hygiene. Das klingt paradox und doch ist es richtig. Diese Fortschritte gehen nicht so weit, die verkümmernden Einflüsse der modernen Produktionsweise aufzuheben, sie bewirken blos, daß die unter diesen Einflüssen körperlich heruntergekommenen Individuen, die unter anderen Umständen rasch zu Grunde gehen würden, ihre Existenz noch eine Weile hinschleppen und zur Fortpflanzung gelangen.

Dies gilt übrigens unseres Erachtens nicht blos von der modernen Medizin und Hygiene, sondern von den meisten anderen Errungenschaften unserer Kultur. In der That, was die bürgerlichen Darwinianer dem Sozialismus vorwerfen, das trifft bereits auf alle jene Einrichtungen zu, die den Stolz und den Ruhm der heutigen Gesellschaft bilden: sie alle wirken auf die Beseitigung oder Abschwächung der natürlichen Zuchtwahl hin. Es wäre sicherlich thöricht, daraus folgern zu wollen, wir müßten die Errungenschaften unserer Kultur aufgeben und zum Urzustand zurückkehren. Das ist aber die logische Konsequenz der Einwände der liberalen Darwinianer gegen den Sozialismus. Wenn die natürliche Zuchtwahl unter den Kulturmenschen um so weniger wirksam ist, je mehr dieselben zur Beherrschung der Natur gelangen, dann wird es eben um so nothwendiger, bewußt und planmäßig alle Einflüsse zu beseitigen, welche zur Verkümmerung der Individuen führen, und alle jene Einflüsse zu fördern, die zur Kräftigung der Individuen beitragen. Das ist jedenfalls eine rationellere und der Höhe unserer Entwicklung entsprechendere Methode, das Menschengeschlecht körperlich zu heben, als die der natürlichen Zuchtwahl durch das Ausmerzen der schwächeren, weniger tauglichen Individuen.

Auf diese Fragen geht Herr Dr. Schallmayer nicht ein. Er ist Mediziner, nicht Soziolog; als gebildeter Mann hat er sich wohl ein Urtheil über die sozialen Probleme gebildet, wie man aus verschiedenen Andeutungen sieht, und er steht dem Sozialismus sehr sympathisch gegenüber; aber als Mann der Wissenschaft hütet er sich, auf ein Gebiet einzugehen, auf dem er nur Dilettant ist. Wir wünschten, daß alle Diejenigen, die heute über Sozialismus und soziale Fragen schreiben, diese Gewissenhaftigkeit sich zum Muster nähmen. Es würde viel Zeit, Papier und Druckerschwärze dadurch gewonnen.

Herrn Dr. Schallmayer handelt es sich blos um die Medizin und Hygiene. Diese, die bisher der natürlichen Zuchtwahl entgegen wirkten, sollten in ihren Dienst gestellt werden dadurch, daß sie verhindern, daß untaugliche Individuen sich verehelichen und so zur Fortpflanzung gelangen.

Ob dadurch der körperlichen Entartung der Kulturmenschheit kräftig entgegengewirkt würde, ist allerdings sehr fraglich. Der Plan sieht sehr rationell aus, wenn man die einzelnen Fälle in Betracht zieht; aber wohin gelangen wir, wenn wir die Entartung als Massenerscheinung betrachten? Dann heißt der Vorschlag nichts anderes, als die Bevölkerung ganzer Stadtviertel, ganzer Fabriksdistrikte, ja unter Umständen ganzer Provinzen, mit wenigen Ausnahmen zum Zölibat verurtheilen; es hieße — wenn die Durchführung eines solchen Urtheils möglich wäre — unsere Industriebevölkerung — und auch die ländliche in den

*) Dr. med. W. Schallmayer, Ueber die drohende körperliche Entartung der Kulturmenschheit und die Verstaatlichung des ärztlichen Standes. Berlin-Neuwied, Heuser's Verlag. 49 S. 1 Mk.

Bezirken der Hausindustrie — zum Aussterben bringen. Der Vorschlag des Dr. Schallmayer setzt eine Gesellschaft voraus, in der schwächliche, kränkliche, verkommene Menschen nicht in solchen Massen vorkommen, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung gewisser Gegenden bilden, sondern Ausnahmen sind.

Aber die Verurtheilung der zur Erzeugung gesunder Kinder Untauglichen zum Zölibat würde deren Fortpflanzung nicht hindern. Das Verbot der Ehe für sie würde blos zu einer Vermehrung der unehelichen Geburten führen. Die Verhältnisse, unter denen uneheliche Kinder in der heutigen Gesellschaft aufwachsen, sind aber in der Regel höchst ungünstige. Das Verbot der Ehe würde die Untauglichen nicht hindern, Kinder in die Welt zu setzen, sondern blos bewirken, daß ihre Kinder noch schlimmer daran sind, noch leichter verkommen als sonst.

Soweit der Vorschlag des Herrn Dr. Schallmayer also bezweckt, der körperlichen Entartung der Volksmassen in der heutigen Gesellschaft entgegenzutreten, erscheint er uns verfehlt. Aber er hat noch andere Seiten, die uns beachtenswerther erscheinen als die eine von ihm in den Vordergrund gestellte.

Herr Dr. Schallmayer schlägt die Einführung von Krankenpässen vor. Etwas Aehnliches existirt schon in manchen Städten, aber nur für die Prostituirten, die verpflichtet sind, Gesundheitsbücher zu führen. Jedem Staatsangehörigen und im Staat dauernd Wohnhaften sollte nach Schallmayer ein solcher Paß eingehändigt und in demselben von Fall zu Fall jede Krankheit, die der Betreffende eventuell durchzumachen hat, verzeichnet werden. Daß ein solcher Paß bei späteren Krankheiten dem Arzt unter Umständen seine Diagnose sehr erleichtern kann, ist klar. Auch bei Eheschließungen — seien diese nun legitim oder nicht — könnten solche Pässe sich nützlich erweisen, selbst wenn keine gesetzlichen Eheverbote an gewisse Krankheiten geknüpft würden. Doch kann aus den oben erwähnten Gründen in der heutigen Gesellschaft diese Wirkung stets nur eine relativ geringe sein.

Viel wichtiger erscheinen uns die Vortheile, welche diese Einrichtung für die medizinische Wissenschaft böte, der sie ein ungemein reiches, detaillirtes statistisches Material liefern könnte, das von Jahr zu Jahr umfassender und instruktiver würde. Einestheils sollte man, nach Dr. Schallmayer's Vorschlag, jährlich die Krankenpässe sammeln und das Material, das sie liefern, statistisch verwerthen; anderseits aber würden sie Gelegenheit geben, im Laufe der Generationen die Entwicklung der gesundheitlichen Verhältnisse in den einzelnen Familien zu verfolgen und damit eine sichere Grundlage zur Erforschung der Gesetze der Vererbung zu gewinnen, die heute noch lange nicht so offenkundig sind, als sie unseren darwinistelnden Belletristen erscheinen.

„Das in der angegebenen Weise gesammelte statistische Material," sagt Dr. Schallmayer, „würde einerseits jene hygienischen und medizinischen Zwecke, welchen die medizinische Statistik heutzutage dient, in ungleich höherem Grade als jetzt fördern können, anderseits aber würde es ein ergiebiges Studium der Erblichkeitsfrage ermöglichen. Je länger die Einrichtung bestände, desto ausgedehnter und sicherer würden unsere Kenntnisse, und je mehr die Wissenschaft selbst gefördert würde, desto mehr würde sie durch Belehrung auf das Volk einwirken. So weit die Forschung aus einem so reichen und zuverlässigen Material zu unbestrittenen Ergebnissen gelangt sein würde, müßten diese so gut als möglich zum Gemeingut des Volkes gemacht werden und blieben dann sicher nicht ohne Einfluß auf die Eheschließungen, zumal durch die vorgeschlagene Einrichtung auch für jeden konkreten Fall festgestellt würde, ob und inwieweit eine erbliche Krankheit oder Krankheitsanlage bei einer Person vorliegt." (S. 31 ff.)

Dr. Schallmayer ist sich aber dessen wohlbewußt, daß sein Vorschlag unter den heutigen Verhältnissen sich nicht durchführen läßt, so lange der Arzt ein privater Geschäftsmann ist. Er zieht daher unerschrocken die Konsequenz seines Vorschlags, die ihn zu der viel tiefer gehenden Forderung der Verstaatlichung des ärztlichen Berufs führt. Die Durchführung dieser Forderung erscheint dem Verfasser auch aus anderen Gründen für geboten: „Die freie Konkurrenz," schreibt er, „eignet sich in mancher Hinsicht nicht für den ärztlichen Beruf. Denn Konkurrenzrichter ist das Publikum, welches zumeist nicht in der Lage ist, den Werth dessen, was der Arzt thut und nicht thut, richtig zu beurtheilen. Es muß daher nicht immer gerade der Schwächere sein, welcher den Kürzeren zieht; häufig wird nur der Bescheidenere zurückstehen müssen. Dieser Umstand ist es, der dem Schwindel- und Reklamewesen Thür und Thor öffnet .... Nach der Verstaatlichung des ärztlichen Standes könnte es überhaupt nicht mehr vorkommen, daß z. B. Aerzte durch Jahre lang fortgesetzte Zeitungsannoncen sich einen Vorsprung vor anderen Aerzten, die mehr auf ihre Würde halten, zu verschaffen streben; es könnte auch nicht vorkommen, daß Aerzte ihre Person gegen Besoldung Pfuschern zur Verfügung stellen und als deren Assistenten auftreten, wie es thatsächlich gegenwärtig geschieht; es würden überhaupt viel weniger Anlässe zu Handlungen übrig bleiben, welche die eigene Standesehre schädigen, und diesen würde Ahndung auf dem Disziplinarwege drohen." (S. 37, 38.)

Was der Arzt hier im Interesse der Wissenschaft und seines Berufs fordert, ist dasselbe, was die Sozialdemokratie im Interesse der unbemittelten Volksschichten verlangt.

Unter den Forderungen, die unser Programm an den heutigen Staat stellt, findet sich auch die der unentgeltlichen ärztlichen Hilfeleistung. Es wird nicht gesagt, in welcher Form dieselbe zu organisiren sei; das ist auch nicht Sache des Programms, sondern der Gesetzgebung. Aber diese Organisation bedingt unseres Erachtens mit Nothwendigkeit die Verstaatlichung des ärztlichen Berufs. Wir glauben, in unseren Reihen wird diese Anschauung kaum einem Widerspruch begegnen.

Man gestatte uns, hier einigen Gedanken Ausdruck zu geben, zu denen der eben erwähnte Satz unseres Programms Veranlassung geboten. Er zwang uns natürlich zum Nachdenken darüber, in welcher Form er am geeignetsten durchführbar sei und welche Rückwirkungen seine Durchführung auf die Gestaltung der ärztlichen Thätigkeit haben dürfte.

Wie gesagt, die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung erscheint uns undurchführbar ohne Verstaatlichung des ärztlichen Berufs. Das ist aber keine leichte Sache. Die Voraussetzung der Verstaatlichung einzelner Thätigkeiten bildet der Großbetrieb, bildet ihre gesellschaftliche Organisation. Das gilt natürlich in erster Linie von der produktiven Arbeit, in gewissem Sinne aber auch von den geistigen Thätigkeiten. Bisher ist wenigstens unseres Wissens noch nirgends die selbständige Erwerbsthätigkeit eines Einzelnen verstaatlicht worden; verstaatlicht wurden blos ganze Anstalten und gesellschaftliche Funktionen; der Einzelne wurde und wird nur Staatsdiener als Diener einer bestimmten Anstalt oder als Werkzeug einer bestimmten gesellschaftlichen Funktion. Wenn man sagt, der Arzt solle ebenso gut öffentlicher Beamter werden, wie der Lehrer und der Geistliche, so vergißt man, daß diese nur Staatsbeamte, resp. Kommunalbeamte sind als Diener der Schule, resp. Kirche. Will man einen Künstler, etwa einen Maler, zum Staatsbeamten machen, dann ernennt man ihn zum Lehrer an einer staatlichen Kunstschule oder zum Direktor einer staatlichen Bildergallerie. Dagegen kann man seine Thätigkeit als Privatmann im eigenen Atelier nicht verstaatlichen.

Ein Versuch, die Privatpraxis des Arztes ohne Weiteres völlig zu verstaatlichen, würde wohl mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Aber es giebt eine Reihe öffentlicher Anstalten, als deren Diener der Arzt heute schon entweder Staats- oder Kommunalbeamter ist: die Krankenhäuser. Sie und nicht die Privatpraxis des Arztes bilden unseres Erachtens den Punkt, von dem alle Versuche nach Verstaatlichung des ärztlichen Berufs und nach Einführung der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel auszugehen haben. Der wichtigste Schritt zur Durchführung dieser Bestrebungen besteht in einer entsprechenden Erweiterung und Verbesserung der unentgeltlichen öffentlichen Krankenpflege.

Bisher galt dieselbe nur als ein Stück Armenunterstützung, und dementsprechend gestaltete sich auch die Einrichtung der Spitäler und die Behandlung der Kranken. Und bis vor Kurzem waren es auch in der Regel nur Arme, die der Spitalspflege bedurften. Der Kranke gehörte in die Familie; die Krankenpflege war eine der wichtigsten Funktionen der Frau im Hause.

Heute ist die überkommene Form des Haushalts und der Familie in Auflösung begriffen. Für manche Bevölkerungsschichten wird die Ehe immer mehr ein Luxus, den nur wenige Bevorzugte sich gestatten können; für den weitaus größten Theil der Bevölkerung wird die Erwerbsarbeit der Frau, ob in, ob außer dem Hause, zur unbedingten Nothwendigkeit. Der Kreis, den eine Haushaltung oder Familie durchschnittlich umfaßt, verengert sich zusehends und beschränkt sich immer mehr auf das Ehepaar und dessen Kinder, soweit sie noch ökonomisch unselbständig sind. Die anderen verwandtschaftlichen Beziehungen werden immer lockerer und verlieren immer mehr jede reelle Bedeutung. Je mehr die Arbeiten im Haushalt sich verringern und in besondere Berufsarbeiten sich verwandeln, desto mehr wird eine Magd zu einem Luxus, den nur der Wohlhabende sich gestatten darf, desto mehr wird jede Verwandte im Haus — Mutter, Schwester, erwachsene Tochter 2c. — aus einer Hilfe zu einer Last. Die Frau wird in ihrem Haushalte immer mehr auf sich allein angewiesen. Nehmen wir dazu die Wohnverhältnisse, die sich immer erbärmlicher gestalten, und man wird begreifen, daß eine ordentliche Krankenpflege innerhalb der Familie für die Mehrheit der Bevölkerung — nicht blos in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande — immer unmöglicher wird. Man braucht nur irgend einen der Berichte über die Wohnungsverhältnisse unserer Arbeiter und Hausindustriellen herzunehmen, um auf die schauderhaftesten Thatsachen zu stoßen. Daß die Kranken tagsüber oft ganz hilflos daliegen müssen, ist, so schlimm es an und für sich auch ist, das Schlimmste noch nicht. Wen aber überkommt kein Grauen, wenn er liest, wie des Nachts in den engen Quartieren Dutzende sich zusammendrängen und durcheinanderliegen, nicht blos Jung und Alt, Männer und Weiber, sondern auch Gesunde und Kranke — mitunter Gesunde und ansteckend Kranke — in einem Bette.

In den besser situirten Kreisen kommen so krasse Fälle natürlich nicht vor; aber überall, außer in den großen Haushaltungen, wirkt die Zersetzung der überkommenen Familienform darauf hin, die häusliche Krankenpflege zu einer immer weniger genügenden zu machen.

Gleichzeitig aber sind die Anforderungen an die Krankenpflege gestiegen. Die Fortschritte der modernen Technik machen sich, wie überall, auch in der Heilkunde bemerkbar. Zahlreiche Instrumente, Vorrichtungen und Methoden sind erfunden worden, die dem Kranken seine Lage erleichtern, den Heilprozeß fördern oder schädliche Einflüsse von ihm fernhalten. So nützlich, ja nothwendig oft

diese Mittel sind, bei der privaten Krankenpflege sind sie nur im geringsten Maße anwendbar, da sie sehr oft komplizirt und kostspielig sind, so daß sie der Einzelne, wenn er nicht sehr wohlhabend, nicht anschaffen, der Ungeübte nicht anwenden kann. Wie die moderne produktive Technik ihre vortheilhaften Wirkungen nur im Großbetrieb voll entfalten kann, so auch die moderne Heiltechnik nur in großen Heilanstalten.

Die Ersetzung der privaten Krankenpflege durch die öffentliche ist heute für die große Mehrheit der Bevölkerung eine Nothwendigkeit geworden. Aber wir sind noch weit davon entfernt, daß die öffentliche Krankenpflege eine in jedem Sinne des Wortes populäre, bei der Masse des Volkes beliebte, der Gesammtheit des Volkes dienende Einrichtung geworden wäre. Sie ist, wie schon gesagt, bis heute noch im Wesentlichen ein Stück Armenpflege geblieben, das man am liebsten den einzelnen Gemeinden und der privaten Wohlthätigkeit überläßt. Soweit sich der Staat darum bekümmert, ist es ihm in der Regel in erster Linie um die Studienzwecke, nicht um die Heilzwecke zu thun, die mit den Spitälern verbunden sind; denn diese liefern mit ihren kranken Proletariern das Material, an dem die Studirenden lernen, wie kranke Bourgeois zu kuriren sind. So Anerkennenswerthes hie und da an Einrichtungen der öffentlichen Krankenpflege geleistet worden ist, es reicht nicht aus, den wachsenden Anforderungen gegenüber, die an sie herantreten. Die Zahl der Spitäler ist gänzlich unzureichend*); fast ausschließlich für Arme bestimmt, sind sie meist auf das niedrigste Maß von Lebenshaltung zugeschnitten, das mit dem Heilzweck verträglich erscheint. Theils aus Interesselosigkeit — es handelt sich ja nur um Proletarier! — theils aus Mangel an den nöthigen Mitteln, welche die kleinen Kreise und Gemeinden, denen heute die Einrichtung von Spitälern obliegt, nicht aufbringen können, wird am Nöthigsten gespart, werden unzulängliche, irrationelle Baulichkeiten und Einrichtungen beibehalten, Aerzte und Wärter überbürdet und schlecht bezahlt, was nur zu leicht zu schlechter Behandlung, ja zur Ausbeutung der Kranken führt. Eine erhebliche Erweiterung und Verbesserung der öffentlichen Krankenpflege ist unumgänglich nothwendig geworden. Das kann aber nur geschehen dadurch, daß sie Staatssache wird. Auf diese Weise ist es möglich, ein großartiges System von Heilanstalten aller Art — Krankenhäuser, Gebäranstalten,

*) Nach den letzten statistischen Nachweisungen, die uns zu Gesicht gekommen, zählte man 1879 in Preußen Krankenanstalten

im Besitz von	Zahl	Betten
politischen Gemeinden	450	18 642
Religionsgemeinden	119	4 843
religiösen Orden und Genossenschaften	104	5 695
gewerblichen Genossenschaften	34	1 744
milden Stiftungen	106	3 985
Privatunternehmungen	987	43 393
	1 800	78 302

Nur ein geringer Bruchtheil der vorhandenen Krankenanstalten befindet sich also im Besitze der politischen Gemeinden; die Mehrzahl sind Privatunternehmungen, also geschäftliche Unternehmungen. „Hiezu treten noch 1 Bezirks- und 12 Kreisanstalten . . . . Alles in Allem erscheint die Zahl sämmtlicher Heilzwecken dienenden Anstalten (von Privatanstalten wurden solche mit mehr als 10 Betten gezählt) bei rund 26,5 Millionen Einwohnern, die 1880 gezählt wurden, nicht sehr erheblich," sagt Dr. E. Münsterberg in seinem Buch über „Die deutsche Armengesetzgebung" (Leipzig, Duncker und Humblot, 1887), S. 479, dem wir die obigen Zahlen entnehmen.

Bäder an Heilquellen, Luftkurstationen 2c. 2c. — zu schaffen, das jedem Kranken ohne Weiteres unentgeltlich offen steht und in dem ihm der dem Heilzweck entsprechendste Ort zugewiesen wird. Damit löst sich bereits zum weitaus größten Theil die Forderung nach Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfe einerseits und die Forderung nach der Verstaatlichung des ärztlichen Berufs andererseits.

Neben der Therapie, der Heilthätigkeit, weist Herr Dr. Schallmayer dem Arzt als Staatsbeamten auch die Hygiene zu, deren Pflege in den Bereich des Arztes als Geschäftsmann natürlich nicht fällt. Aber auch wenn er Staatsbeamter wird, kann der Arzt auf dem Gebiete der Hygiene nur Unvollkommenes leisten, so lange er vereinzelt seine Privatpraxis betreibt. Er vermag da nur in kleinen Einzelheiten bessernd oder hindernd einzugreifen. Auch auf diesem Gebiet könnte die Verstaatlichung des ärzlichen Berufs ihre vortheilhaften Wirkungen nur dann voll und ganz üben, wenn die Lösung der einschlägigen Aufgaben nicht der Privatthätigkeit der Einzelnen überlassen bleibt, sondern ein großes staatliches Institut, ein Reichsgesundheitsamt im besten Sinne des Wortes, eingerichtet wird, in dem der Einzelne nur ein Glied bildet, und das, mit gehörigen Mitteln und entsprechender Exekutivgewalt ausgestattet, nach einheitlichem Plan seine Aufgaben im weitesten Umfange sich stellt und löst. Auch hier braucht man nicht eine völlig neue Organisation zu erfinden, auch hier braucht man blos an Bestehendes anzuknüpfen und zu voller Blüthe zu entfalten, was Mangel an Mitteln oder an Interesse bisher nur in verkümmerter Gestalt fortvegetiren ließ.

Sind diese Institute und Anstalten alle entsprechend erweitert und eingerichtet, dann bleibt für die Privatpraxis des Arztes nur ein geringes — wenn überhaupt ein Feld. Die Verstaatlichung derselben ist dann eine Sache von höchst untergeordneter Bedeutung.*)

---

*) Seitdem obiges geschrieben worden, hat der Wiener Universitätsprofessor E. Albert gelegentlich seines 25jährigen Doktorjubiläums eine Ansprache an seine Hörer gehalten, in der er auch die Zukunft der Heilkunde berührte. Er sagte darüber unter Anderem:

„Nahezu alle Aerzte auf dem Lande (in Oesterreich) sind im öffentlichen Sanitätsdienste angestellt, sind also Beamte. Und so sehen wir, daß der ärztliche Stand seine Stellung im gesellschaftlichen Leben ändert. Als die Medizin noch in der Epoche des Mythus, des Aberglaubens war, war der ärztliche Stand eigentlich nur ein Gewerbestand. Als die Medizin zu einer bloßen Wissenschaft geworden, wurde der ärztliche Stand zu einem Gelehrtenstande. Und wie die Medizin den Charakter einer wirklichen, das Leben der Gesellschaft sanitätisch regelnden Praxis annimmt, wird der ärztliche Stand zu einem Beamtenstand.

„Alle Argumente, welche heutzutage vorgebracht werden, um prinzipiell zu erwägen, ob der ärztliche Stand zu verstaatlichen sei oder nicht, sind gut und schön. Ob man die Frage so oder so beantwortet, der Gang der Dinge wird so sein, daß faktisch eine immer größere Zahl von Aerzten in öffentlichen Diensten stehen wird. Sowie die Wirkungskreise der landesfürstlichen Bezirksärzte früher mehrere Bezirkshauptmannschaften umfaßten, bis die zunehmenden Agenden bewiesen, daß jede Bezirkshauptmannschaft einen Bezirksarzt haben müsse: so werden auch die Sanitätsdistrikte wegen der zunehmenden Arbeit langsam kleiner werden und dadurch die Zahl der amtlichen Stellen größer. Auch die Zahl der Spitäler wird immer größer und die Spitalsbehandlung immer populärer und gesuchter werden. Und selbst in den großen Städten, wo nichtamtliche Aerzte ihre Praxis frei ausüben werden, wird die Thätigkeit dieser Aerzte immer mehr an die Beobachtung gewisser, im allgemeinen Interesse gelegenen Normen und Vorschriften gebunden und somit verantwortlich sein. Schon jetzt muß jeder Arzt die Fälle ansteckender Krankheiten anzeigen, schon jetzt wird die Desinfektion nicht in einer vom Arzte beliebig, sondern in einer nach

Die private Krankenpflege und die private Heilthätigkeit des Arztes bedürfen zu ihrer gedeihlichen Wirksamkeit des Bodens der ausgedehnten privaten Haushaltungen, die in früheren Jahrhunderten vorherrschten, in unserem Jahrhundert aber in raschem Verschwinden begriffen sind. Alle Versuche, die häusliche Krankenpflege wieder zu beleben, können diese Entwicklung nicht dauernd aufhalten, sie können nur schädlich wirken, indem sie den Kranken an das Haus fesseln, ohne zu verhindern, daß es immer ungeeigneter zu seinem Aufenthalte wird. Wir fürchten, daß die Krankenversicherung und die Entwicklung des Krankenkassenwesens die Tendenz haben, der häuslichen Krankenpflege Vorschub zu leisten und das Interesse für die Aufgaben der öffentlichen Krankenpflege abzuschwächen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Krankenkassen unter den heutigen Verhältnissen nicht höchst wichtig, ja unentbehrlich sind. Aber man darf über der Arbeit für die und in den Krankenkassen doch die Verbesserung und Erweiterung der unentgeltlichen öffentlichen Krankenpflege und Hygiene nicht aus den Augen verlieren. K. K.

Das Programm der Geldreformer in den Vereinigten Staaten.

Von **F. A. Sorge.**

In den Artikeln über die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, ganz besonders in denjenigen über den Zeitraum von 1866 bis 1876 (siehe „Neue Zeit" 1891/92, Nr. 3, 4, 6, 7, 13) werden die Geldreformer häufig erwähnt und deren Hauptforderungen auch mitgetheilt, begreiflicher Weise aber in möglichster Kürze. Gegenüber der Bedeutung, welche die sogenannte Geldreform in den politischen Kämpfen dieses Landes gespielt hat — bis zu einem gewissen Grade auch in der Arbeiterbewegung — und heute noch, in der neuesten Farmerbewegung, in der Silberfrage 2c., spielt, erscheint eine ausführlichere Wiedergabe des Programms der Geldreformer hier am Platze.

---

allgemeinen Normen geregelten Weise vorgenommen. Und je mehr die Heilkunde an Positivem enthalten wird, desto mehr ist der Arzt in seinem Handeln gebunden. Heute müßte es als Kunstfehler erklärt werden, wenn ein Arzt die antiseptischen Maßnahmen bei einer Verletzung oder einer Operation unterlassen würde. Die alte Medizin führte ein Schlagwort im Munde: Der Arzt muß frei sein! Die freie Forschung muß beschützt werden! In der That handelte es sich aber darum, ob man bei Typhus ein Decoctum graminis oder Calomel verschreiben dürfe und um Aehnliches, also darum, ob der eine oder der andere Aberglaube berechtigt sei. Wie aber die Medizin auf naturwissenschaftlicher Grundlage steht, kann nur das Erwiesene in der Praxis Anwendung finden.

„Und so wird sich die Standesfrage lösen. Dafür wird aber der Stand eine ganz andere Rolle spielen. Die Einen wollen die Gesellschaft ökonomisch organisiren; jeder Mensch soll seine Suppe, sein Rindfleisch und Gemüse haben, beziehungsweise verdienen können. Die Anderen wollen den sittlichen Zustand heben; jeder Mensch soll mit seinem äußeren Geschick zufrieden sein und in seinem inneren Bewußtsein Glück finden. Die Gesellschaft muß aber auch sanitär organisirt werden. Was nützt Suppe, Rindfleisch und Gemüse, wenn der Magen nicht gesund ist? Und was nützt es, wenn man den Menschen sittlich hebt, aber ihn Beute des Bazillus und des Coccus sein läßt? Ist das der Zweck? Der Arzt wird in seinem, die öffentliche Sanität fördernden Wirken einer der wichtigsten Faktoren der sozialen Organisation sein."

Begründer dieser Schule und Hauptexponent ihrer Theorien war Edward Kellogg von New York, der im Jahre 1849 eine starke Broschüre herausgab mit dem Titel: „Labor and other Capital; the Rights of each Secured and the Wrongs of both Eradicated; or an Exposition of the Cause why Few are Wealthy and Many Poor; and the Delineation of a System, which, without infringing the Rights of Property, will give to Labor its just Reward." Published by the author.

Das heißt: „Arbeit und anderes Kapital; die Rechte beider gesichert und das Unrecht beider ausgerottet; oder Darstellung der Ursache, warum Wenige reich und Viele arm sind; und Entwurf eines Systems, welches der Arbeit seinen gerechten Lohn giebt, ohne die Rechte des Eigenthums zu verletzen." Im Selbstverlag des Verfassers.

Kellogg behandelte den Gegenstand während der fünfziger Jahre auch in Zusendungen an Zeitschriften, z. B. an die „New York Tribune" 1857, und bereitete eine vermehrte Ausgabe seiner Schrift vor. Krankheit und Tod (1858) verhinderten ihn an der Vollendung, die er seiner Tochter, Mary Kellogg-Putnam, übertrug, welche schon längere Zeit sein amanuensis gewesen war, und diese gab 1861 das Werk heraus unter dem Titel: „A new monetary system: the only means of securing the respective rights of labor and property and of protecting the public from financial revolutions." New York, Kiggim, Took & Co. — auf Deutsch: „Ein anderes Geldsystem: das einzige Mittel, um die respektiven Rechte von Arbeit und Eigenthum zu sichern und um das Publikum vor finanziellen Umwälzungen zu schützen." Eine dritte Auflage des Werkes, aus welcher im Folgendem zitirt werden wird, erschien 1868.

In der Vorrede sagt der Verfasser: „Even in our own country ... some cause is operating with continual and growing effect to separate production from the producer." Das heißt: „Selbst in unserem eigenen Lande wirkt eine Ursache mit stetig wachsendem Effekt, um die Produktion von dem Produzenten zu trennen." Er fährt dann fort: „Das Uebel tritt klar zu Tage, aber weder Staatsmänner noch Menschenfreunde haben es bis zu seiner Quelle verfolgt. ... Das vorliegende Buch soll die wahre Ursache enthüllen und ihre Wirkung so klar und mannigfaltig darstellen, daß jeder gewöhnliche Verstand (any ordinary mind) es leicht begreifen kann. ... Auch wird mit gleicher Klarheit gezeigt werden, daß ein einfaches und wirksames Mittel zur Entfernung des Uebels angewandt werden kann." — —

In der Einleitung (introduction) heißt es: „Alle zivilisirten Nationen erlassen gewisse Grundgesetze. Diese sind die leitenden Grundsätze und spätere Gesetze sollen dieselben in die Praxis einführen. Das wichtigste Grundgesetz einer Nation ist dasjenige, welches das Geld einsetzt" (the most important fundamental law in any nation is that which institutes money). Interessant ist in der „introduction" die Behauptung und der Nachweis, daß 2½ Prozent der Bevölkerung so viel Eigenthum besitzen, wie die übrigen 97½ Prozent zusammengenommen, wozu der Verfasser bemerkt (Seite 31): „Die unbillige Vertheilung des Wohlstandes wird verursacht durch ein ungerechtes, vom Gesetz eingesetztes Maß der Vertheilung" (standard of distribution).

Der erstere größere Theil des Buches ist betitelt: „Principles of distribution," Grundsätze der Vertheilung, und zerfällt in sieben Kapitel mit vielen Abschnitten.

Kapitel I, „On value" — Ueber den Werth, beginnt mit den Worten: „Werth besteht im Gebrauch" (Value consists in use). Später heißt es

in demselben Kapitel: „Es giebt zweierlei Werth: wirklichen Werth und gesetzlichen Werth" (actual value and legal value). Wirklichen Werth hat jedes Ding, dem die Fähigkeit innewohnt, als Nahrung, Kleidung, Wohnung oder zu irgend einem nützlichen oder angenehmen Zwecke zu dienen, ohne gegen einen anderen Gegenstand ausgetauscht zu werden. Gesetzlichen Werth hat jedes Ding, welches wirklichen Werth oder Kapital repräsentirt." (Legal value belongs to anything which represents actual value or capital).

Kapitel II, „Geld das Mittel der Vertheilung," beginnt:

„Geld ist das nationale Tauschmittel für Eigenthum und Produkte." ... „Geld hat vier Eigenschaften oder Kräfte, nämlich: die Eigenschaft (power) Werth zu repräsentiren; die Eigenschaft, Werth zu messen, die Eigenschaft, Werth anzuhäufen durch Zinsen und die Eigenschaft, Werth auszutauschen."

In dem Artikel über die erste Eigenschaft sagt der Verfasser:

„Es ist ein populärer Irrthum, daß der Werth des Geldes von dem Material abhänge, aus welchem es besteht." — Im Artikel über die zweite Eigenschaft heißt es: „Der Werth des Geldes kann nicht in der Quantität und Art des Metalls bestehen, worin seine Eigenschaften verkörpert sind; denn es kann, bei rapidem Umlauf, weder als Werkzeug noch als Schmuck benutzt werden, und ist nur brauchbar zum Austausch von Eigenthum." — Bei der Abhandlung über die dritte Eigenschaft: „Werth und Größe der Zinsen auf den Dollar bestimmen den Werth des Dollars" .... „Geld ist werthvoll im Verhältniß zu seiner Fähigkeit, Werth durch Zinsen anzuhäufen." .... „Geld wird werthlos, sobald es unfähig wird ein Einkommen anzuhäufen, welches gegen Artikel von wirklichem Werthe ausgetauscht werden kann." — Bei der vierten Eigenschaft behauptet er: „Geld ist keine Waare; wenn verwandelt in Uhrgehäuse oder Schmuck, muß der Eigenthümer sie bewahren, um sie brauchbar zu machen."

In Kapitel III sucht Kellogg zu beweisen, daß „die Zinsrate die Vertheilung des Reichthums (wealth) regiert" ... und zieht zur Beweisführung die Staaten New York und Massachusetts und deren Großstädte herbei: „Große Städte häufen den Reichthum der Nationen an, ohne ihn zu verdienen" (without earning it). Einen besonderen Artikel widmet er dem Nachweis, daß hoher Zinsfuß schlimmer sei als das Landmonopol, daß die Arbeit durch das letztere weniger bedrückt werde als durch hohe Zinsraten.

In Kapitel IV wird „das Banksystem" behandelt. Es schließt mit den Worten: „Die Macht zum Bösen (the evil power), welche das Geld besitzt, ist durch die Politik eingesetzt und muß durch die Politik aufgehoben werden. Es ist ein öffentlicher Schaden und die Oeffentlichkeit muß die Besserung vornehmen" (It is a public wrong and the public must administer the remedy). In einem besonderen Abschnitte dieses Kapitels bekämpft Kellogg die Aufhebung der Wuchergesetze.

Kapitel V hat die Ueberschrift „Das Volumen der Umlaufsmittel ist nur nach den Bedürfnissen des Geschäfts (wants of business) zu bestimmen" und die Begründung lautet: „Es ist nachgewiesen worden, daß der Werth des Geldes durch sein Einkommen oder seinen Zinsfuß bestimmt wird. Daraus folgt, daß das Quantum von Geld (das Volumen der Umlaufsmittel) unbeschränkt (unrestricted) sein kann, ohne seinen Werth zu beeinträchtigen, wenn der Zinsfuß gleichmäßig erhalten wird." — Ferner heißt es hier: „Kein Land kann gedeihen, so lange Kapitalisten eine Geldnoth (a scarcity of money) herbeiführen können." —

Deshalb „sollte keine Regierung Umlaufsmittel aus einem Material herstellen, von dem sie nicht eine den Bedürfnissen des Volkes entsprechende Quantität liefern könne.“

Kapitel VI handelt von der „Nothwendigkeit des Kredits,“ Kapitel VII von der Unmöglichkeit, unter den bestehenden Gesetzen wohlgeordnete Umlaufsmittel herzustellen, und darauf folgt eine Rekapitulation des ganzen Theiles.

Der zweite Theil (Part II) des Werkes heißt: A true monetary system — „Ein echtes Geldsystem,“ mit folgenden fünf Kapiteln:

1. Die Sicherheit von Papiergeld als Umlaufsmittel.
2. Der Garantiefonds (the safety fund) mit Abschnitten über die Herstellung und Ausgabe des Geldes, die Sicherheit, den Zinsfuß desselben, über die Organisation und Verwaltung des Fonds, und die wahrscheinliche Quantität des auszugebenden Geldes.
3. Die Vortheile dieses Geldes gegenüber dem Metallgelde.
4. Einwendungen dagegen.
5. Allgemeine Vortheile des Garantiefonds.

Darauf folgen Schlußbetrachtungen und ein Anhang.

Das true monetary system, „das einfache und wirksame Heilmittel zur Entfernung des Uebels,“ besteht darin, daß die Regierung eine Institution, the National Safety Fund, mit den nöthigen Zweigbureaus gründen soll, welche Papiergeld mit Zwangskurs auf Grundeigenthum zur Hälfte des Werthes ausleihen. Dieses Papiergeld kann umgetauscht werden gegen zinstragende Schatzamtsnoten. Die Regierung läßt sich die Hypotheken auf das Grundeigenthum mit $1^{1}/_{10}$ Prozent verzinsen und zahlt auf die Schatzamtsnoten 1 Prozent. Kellogg beschreibt ziemlich detaillirt die Organisation und Verwaltung des „Safety Fund,“ auch die Form der Noten und selbst des Kleingeldes.

Zum Schlusse sei noch das Folgende von Seite 272 wörtlich zitirt:

„Der Ueberfluß von Papier ist als Einwand gegen seine Benutzung als Geldmaterial nicht mehr stichhaltig, als gegen seine Anwendung zu Besitztiteln, Wechseln, Schuldscheinen und Hypotheken. Es würde ein besseres Geldmaterial sein als Gold und Silber, da diese Metalle, beschränkt an Quantität, unbequem, kostspielig und riskant zum Verschicken sind. Wenn man dieser Nation genügende Gold- und Silber-Umlaufsmittel kostenfrei zur Verfügung stellte (schenkte), so würden die mit der Zirkulation und Versendung der Münzen verbundenen Unannehmlichkeiten und Ausgaben die ganze Arbeit und die Kosten der Herstellung und Zirkulation eines Umlaufmittels aus Papier weit übersteigen.“

Die vorangegangenen Ausführungen und Zitate dürften genügen, die ökonomischen Kenntnisse E. Kellogg's zu beurtheilen, auf dessen Theorien und Auseinandersetzungen die zahlreichen Broschüren und Artikel über denselben Gegenstand von Campbell, Hine, De Wolfe, Sylvis und Anderen bis zum Jahre 1880 fußen. Soweit sie mit der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten verknüpft sind und Einfluß auf dieselbe geübt haben, sind sie zusammengefaßt in dem Programm der Nationalen Arbeiter-Union vom 25. September 1868, welches hier folgt. Einiges Nebensächliche ist nicht wohl zu vermeiden in dem weitschweifigen und phrasenreichen Dokumente. Es lautet:

„Wir halten die folgenden Wahrheiten für selbstverständlich:

Daß alle Menschen gleich geboren sind;

Daß ihnen vom Schöpfer gewisse unveräußerliche Rechte verliehen wurden, darunter das Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glückseligkeit;

Daß zur Sicherung dieser Rechte unter den Menschen Regierungen eingesetzt wurden, deren gerechte Vollmachten von der Zustimmung der Regierten abhängen und abgeleitet werden;

Daß es nur zwei reine Regierungsformen giebt, die autokratische und die demokratische ... und daß schließlich eine oder die andere dieser beiden Formen in allen zivilisirten Nationen zur Herrschaft gelangen muß, und das amerikanische Volk hat sich jetzt zu entscheiden, welches Prinzip vorherrschen soll;

Daß es die Absicht der Gründer dieser Republik war, eine Regierung auf dem Prinzip der absoluten, angeborenen (inherent) Souveränität des Volkes einzusetzen, welche jedem Bürger die größte, mit einer guten gesellschaftlichen Ordnung vereinbare, politische und religiöse Freiheit gewähre und Jedem das Recht sichere, die Früchte seiner Arbeit und Talente zu genießen;

Daß Gesetze, welche diese Ziele untergraben, ohne bindende moralische Kraft sind, und daß es das Recht und die Pflicht des Volkes ist, dieselben zu ändern, zu verbessern oder abzuschaffen, und andere, auf dem Grundsatz der Gleichheit basirte Gesetze zu erlassen, welche ihm (dem Volk) passend erscheinen, Wohlfahrt und Glückseligkeit zu sichern.

Klugheit wird allerdings erheischen, wichtige ältere Gesetze nicht aus geringfügigen vorübergehenden Ursachen zu ändern, und die Erfahrung hat gelehrt, daß das amerikanische Volk viel eher geneigt ist zu dulden, so lange Uebel erduldet werden können, als altgewohnte Einrichtungen und Gesetze zu ändern. Aber wenn eine lange Reihe, unverrückt das gleiche Ziel verfolgender, gesetzgeberischer Mißbräuche die Absicht erkennen läßt, den Geist der Freiheit und Gleichheit, auf dem unsere Institutionen begründet sind, zu untergraben und einen Zustand der Knechtschaft herbeizuführen, dann ist es sein (des Volkes) Recht, dann ist es seine Pflicht, solche Gesetze abzuschaffen und neue Schutzwehren für seine künftige Sicherheit zu errichten. Von solcher Art ist bisher das langmüthige Dulden der Reichthum produzirenden Klassen der Vereinigten Staaten gewesen, und solcher Art ist nunmehr die Nothwendigkeit, welche sie zwingt, eine organisirte und vereinte Anstrengung zu machen zur Aufrechthaltung ihrer natürlichen Rechte, die gefährdet sind durch die hinterlistigen Pläne und ungerechtfertigten Angriffe gewissenloser Bankiers und Usurpatoren vermittelst unweiser und korrupter Gesetzgebung.

Wir halten ferner dafür:

Daß alles Eigenthum und aller Reichthum das Produkt der in der produktiven Industrie und in der Vertheilung der Arbeitsprodukte verwendeten körperlichen und geistigen Arbeit ist;

Daß unter einem gerechten Geldsystem die Arbeiter den größeren Antheil ihrer Produkte von Rechtswegen erhalten oder bewahren sollten und würden;

Daß das Unrecht, die Bedrückung und das Elend, welches die Arbeiter in den meisten Zweigen legitimer Unternehmung und nützlicher Thätigkeit erdulden, nicht von ungenügender Produktion herrührt, sondern von der unbilligen Vertheilung der Arbeitsprodukte zwischen dem nichtproduzirenden Kapital und der Arbeit;

Daß Geld das Mittel der Vertheilung (medium of distribution) zwischen nichtproduzirendem Kapital und produzirender Arbeit ist, während durch den Zinsfuß bestimmt wird, welcher Antheil an den Arbeitsprodukten dem Kapital für seine Benutzung und welcher Antheil der Arbeit für ihre Produktion zu gewähren ist;

Daß das Recht, Geld zu kreïren (to make money) und seinen Werth zu regeln, ein wesentliches Attribut der Souveränität ist, dessen Ausübung

vorsorglich und weise durch die Verfassung der Vereinigten Staaten dem Kongreß überwiesen ist; und es ist die gebieterische Pflicht des Kongresses, das- selbe auf einer solchen weisen und gerechten Basis herzustellen (institute), daß es direkt unter der Kontrole des souveränen Volkes stehe, welches den Werth produzirt, den es (das Geld) repräsentiren, messen und austauschen soll, damit es ein korrektes und gleichförmiges Werthmaß sei und die Arbeitsprodukte gerecht vertheile zwischen Kapital und Arbeit entsprechend der Arbeitsleistung bei der Produktion;

Daß der Kongreß durch das Gesetz über die Einrichtung des sogenannten Nationalbanksystems das Souveränitätsrecht, Geld zu kreïren und seinen Werth zu regeln, einer Klasse von unverantwortlichen Bankgesellschaften übertragen und ihnen damit die Macht verliehen hat, den Werth allen Eigenthums in der Nation zu kontroliren und den Lohn der Arbeit in jedem Zweig der Industrie zu bestimmen;

Daß dieses Gesetz dem Geist der Freiheit feindselig ist, die Grundsätze der Gerechtigkeit unterwühlt, auf denen unsere demokratisch-republikanischen Einricht- ungen beruhen, und keine Berechtigung in der Konstitution findet. Gerechtigkeit, Vernunft und gesunde Politik fordern seinen unverweilten Widerruf und als Ersatz die Ausgabe von Schatzamtsnoten als gesetzliches Zahlungsmittel und aus- schließliches Umlaufsmittel der Nation;

Daß dieses Geldmonopol der Stammvater aller Monopole ist — die wahre Wurzel und Essenz der Sklaverei —; Eisenbahnen, Waarenhäuser und alle anderen Monopole jeder Art und Natur sind Auswuchs und Diener desselben und seine Mittel, die unternehmenden, industriellen Reichthum erzeugenden Klassen um die Erzeugnisse ihrer Arbeit und Talente zu bringen;

Daß, da die Regierung eingesetzt ist zum Schutz des Lebens und zur Sicherung der Rechte des Eigenthums, jedes seinen gerechten und billigen Theil der zu ihrer Erhaltung und Verewigung nothwendigen Lasten und Opfer tragen sollte, und daß die Steuerbefreiung der, doppelte und ruinirende Zinsen tragenden, Bankkapitalien und Staatsschuldscheine ein Muster ungerechter Klassengesetzgebung ist, entgegengesetzt dem Geiste unserer Institutionen und im Widerspruch mit den Grundsätzen gesunder Moral und erleuchteten Verstandes;

Daß diese Geld-, Finanz- und Steuergesetzgebung in Geist und Buchstaben den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit widerspricht, auf denen unsere demo- kratisch-republikanischen Institutionen errichtet sind; aus allen ihren Bestimmungen geht deutlich das absichtliche Bestreben hervor, das nichtproduzirende Kapital von der Leistung seines gerechten Antheils zu den für die Erhaltung der Regierung nothwendigen Lasten zu befreien, und dieselben hauptsächlich den industriellen, Reichthum erzeugenden Klassen aufzubürden, welche dadurch zu einem Leben voll unbelohnter Plage verurtheilt, der gewöhnlichen Annehmlichkeiten und Bequemlich- keiten des Lebens, der zum Genuß der Geselligkeit, zu höherer intellektueller Bildung und sittlicher Hebung nöthigen Zeit und Mittel beraubt und schließlich einem Zustande der Knechtschaft überantwortet werden.

Wir halten ferner dafür:

Daß die Arbeit durch kein System der Vereinigung oder Zusammenwirkung ihre natürlichen Rechte erlangen kann, so lange diese ungerechten Gesetze der Ver- theilung in Kraft sind;

Daß der erste und wichtigste Schritt zur Sicherung der Rechte der Arbeit die Einrichtung eines Systems wirklicher Kooperation zwischen nichtproduzirendem Kapital und Arbeit ist;

Daß zur Erreichung dieses äußerst wünschenswerthen Zieles das Geld — das Mittel der Vertheilung zwischen Kapital und Arbeit — nach einem so weisen und gerechten Prinzip zu kreïren ist, daß es, anstatt einer Macht zur Konzentration des Reichthums in den Händen einiger Bankiers, Wucherer, Zwischenhändler und überhaupt Nichtproduzenten, vielmehr die Macht sei, um Produkte an Produzenten zu vertheilen, entsprechend den bei der Produktion angewendeten Arbeit oder Leistungen, — daß es der Diener, nicht der Herr der Arbeit sei. Wenn dies geschehen, werden die natürlichen Rechte der Arbeit gesichert sein und Kooperation in der Produktion und in der Vertheilung der Produkte werden als eine natürliche Folge erstehen. Die Last wird von den Schultern des Arbeiters genommen und die Reichthum erzeugenden Klassen gewinnen die nöthigen Mittel und Zeit zum Genuß der Geselligkeit, zu höherer Bildung und sittlicher Hebung, und die nichtproduzirenden Klassen werden genöthigt, ihren Lebensunterhalt durch ehrliche Arbeit zu erwerben.

Wir halten dafür, daß dies bewerkstelligt werden kann durch die Ausgabe von Schatzamtsnoten als gesetzlichem Zahlungsmittel für die Zahlung aller öffentlichen und privaten Schulden, von Schatzamtsnoten, welche nach dem Belieben des Inhabers umgetauscht werden können gegen Regierungsschuldscheine zu einem gerechten Zinsfuß, der tief genug unter dem Wachsthum des nationalen Reichthums durch natürliche Produktion stehe, um eine gleichmäßige (equitable) Vertheilung der Arbeitsprodukte zwischen nichtproduzirendem Kapital und Arbeit zu bewirken, während dem Kongreß das Recht gewahrt bleibt, denselben zu ändern, wenn seiner Meinung nach das öffentliche Interesse dadurch gefördert wird, und dem Gläubiger der Regierung das Recht zusteht, nach seinem Belieben das gesetzliche Umlaufsmittel (Geld) oder zinstragende Schuldscheine zu nehmen mit dem Privilegium, die Schuldscheine gegen Geld, oder das Geld gegen Schuldscheine umzutauschen.

Wir halten dies für das echte amerikanische oder Volksgeldsystem, dem Genius unserer demokratisch-republikanischen Institutionen entsprechend, in Harmonie mit dem Buchstaben und Geiste unserer Verfassung, und den Bedürfnissen der Regierung wie den Geschäftsinteressen der Nation angepaßt; ein Geldsystem, welches ein Tauschmittel von gleichmäßiger (Kauf-) Kraft und von gleichförmigem Werthe liefern würde, geeignet zur Leistung aller Funktionen des Geldes und ausdehnungsfähig (co-extensive) wie die Jurisdiktion der Regierung.

Daß es in Verbindung mit einer gerechten Zinsrate der Regierungsschuldscheine die billige Vertheilung der Arbeitsprodukte zwischen nichtproduzirendem Kapital und Arbeit bewirken würde, den Arbeitern einen gerechten Lohn für ihre Produkte sichernd und dem Kapital eine gerechte Vergütung für seine Benutzung; daß es den Zwang übermäßiger Arbeitsplage aufheben und den industriellen Klassen die nöthigen Mittel und Zeit für höhere gesellige und geistige Bildung gewähren würde. Mit einer Zinsrate von drei Prozent auf Schuldscheine der Regierung würde die Nationalschuld in weniger als dreißig Jahren getilgt sein, ohne einen Cent Steuern dieserhalb aufzuerlegen und zu erheben, und es würde auch aufgeräumt mit der hungrigen Meute von Steuerbeamten, Einnehmern und Regierungsspionen, welche die industriellen Klassen plagen und an ihrem Unterhalt schädigen."

Die Zukunft und die Kunst.

(Eine Erwiderung.*)

Von Paul Ernst.

„Goethe in unserer Zeit wäre vielleicht ein genialer Staatsmann oder ein Nietzsche verwandter Prophet“ geworden; keine Frage; und in der Zeit, welche unter dem Einfluß der Entdeckung der Guanoinseln stand, wäre er natürlich ein genialer Guanoimporteur geworden, das ist auch unzweifelhaft richtig. Ueberhaupt wählt der Mensch seine Thätigkeit ungefähr so, wie er die Hose anzieht, die ihm vom Schneider geliefert wird; mag sie eng sein oder weit, gestreift, karrirt, einfarbig, hell oder dunkel, er zieht sie an, räsonnirt eventuell ein bischen, und dann ist die Sache gut. Das ist Alles höchst einfach.

Daß es mit der Kunst aus ist, kann kein Mensch bezweifeln; „uns“ wenigstens ist es vollständig klar. Was sollen „wir“ denn überhaupt mit der Kunst? Shakespeare ist „uns“ fremd und schwulstig, Goethe langweilig, sogar Grillparzer leistet „uns“ nicht mehr Genüge — was will man weiter für einen Beweis? Denn „wir“ sind ja doch wohl die Hauptpersonen, auf die es allein ankommt!

Arme Künstler! Ihr seid so bescheiden, ihr wollt nichts sein als — Künstler, wollt nichts als die Kunst, und weil ihr die andern Leute in Frieden laßt, so denkt ihr, die anderen Leute werden euch auch in Frieden lassen, werden entweder eure Werke genießen oder, wenn sie keinen Sinn dafür haben, sagen, daß sie „so Etwas nicht interessirt“ — was will man weiter? Ach, wie habt ihr falsch gedacht! Arm in Arm mit dem intelligenten Arbeiter steht Herr Gustav Landauer auf der Höhe seiner Zeit, und donnert euch entgegen: „Was ist uns die Kunst?“ „Wer sich heute und in nächster Zukunft Zeit seines Lebens der deutschen Kunst annimmt, ist kein echter Nachkomme unserer großen Genien.“

Ja, Herr Gustav Landauer hat die deutsche Poesie betrachtet, eine Sehnsucht nach einem neu aufkeimenden Leben hegt er aber nicht oder, aufrichtig gesagt, nicht mehr. Und noch nicht einmal das Ideal des deutschen Gymnasiallehrers findet Gnade vor seinen Augen — die Erinnerung an ihn muß wohl noch zu frisch sein.

Man könnte vielleicht versucht sein, Mitleid zu haben mit der Kunst oder den Künstlern. In der That, was wollen die Armen anfangen? Da passirt es so einem armen Schlucker, daß er von Kind auf den Trieb fühlt, zu beobachten, zu analysiren, sich die Handlungen der Menschen klar zu machen und zu versuchen, das zu Papier zu bringen, oder die bunten Formen der Welt zu studiren und festzuhalten, oder seinen Stimmungen und Träumen in Tönen Ausdruck zu geben. Was soll so Einer machen? „Du bist kein echter Nachkomme unserer großen Genien,“ ruft Herr Landauer; und wenn unser Mann so ketzerisch sein wollte, daß ihm das eigentlich ganz egal wäre, so schleudert er die noch fürchterlichere Drohung gegen ihn: daß er von der Jugend nicht beachtet wird. Das wirkt natürlich, dem ist nicht zu widerstehen; und zerknirscht fragt der Besiegte: „Was soll ich denn sonst thun, du weißt ja, wir Künstler sind sonst zu allem anderen unbrauchbar?“ „Ein genialer Staatsmann sollst du werden, oder ein sozialistischer Agitator.“

Aus leicht begreiflichen Gründen hatte in unserer klassischen Periode die Kunst eine übertrieben hohe Werthschätzung in der öffentlichen Meinung erlangt, und die Künstlereitelkeit ließ es sich natürlich nicht zweimal sagen, diese Werth-

*) Vgl. den gleichnamigen Artikel in Nr. 17 der „Neuen Zeit.“

schätzung als die gebührende in Anspruch zu nehmen. Trotzdem seit dem Ausgang der Romantik im wirklichen Bewußtsein des Volkes eine entgegengesetzte Stimmung Platz gegriffen hat, findet die Ueberschätzung der künstlerischen Thätigkeit natürlich immer noch ihre Vertreter in gewissen Elementen des Volkes, die auch in anderer Beziehung rückständig geblieben sind, und vor Allem in den Künstlern selbst. Den Künstlern wird man das nicht übel nehmen dürfen, sie thun da nur, was jeder Fachmann thut. Aber den Maßstab einer Zeit an die heutige Kunst zu legen, für welche Goethe, Schiller u. s. f. „über Alles geht," und für die die Kunst überhaupt „das Höchste der Menschheit" ist, das verräth denn doch, daß man selbst noch unter dem Bann jener Anschauungen steht. Außer jenen rückständigen Elementen und den Künstlern selbst denkt heutzutage Niemand mehr daran, jeder vernünftige Mensch von heute weiß, daß die Kunst dazu da ist, um genossen zu werden, daß die Künstler uns einen Genuß verschaffen sollen. Nach dieser Aufgabe richtet sich auch ihre vernünftige Werthschätzung, und wenn man die im Auge behält und nicht einen antiquirten Maßstab anlegt, so wird man nicht in das ergötzliche Donnern des Herrn Landauer einstimmen.

Es ist ja unzweifelhaft, daß manche Dichter über diese Aufgabe hinausgegangen sind, und Ibsen z. B. nicht nur als Künstler dem, der ihm zuhört, einen Genuß verschaffen, sondern ihm auch gewisse soziale Anschauungen beibringen will. Herr Landauer steigt da sofort auf's hohe Pferd und wirft dem armen Kerl „unbewußte Feigheit" vor. Nun, wäre es nicht einfacher, zu sagen: „Lieber Ibsen, wenn ich mein Wissen über die Frauenfrage erweitern will, so lese ich wissenschaftliche Bücher über die Materie, aber von Dir, dem Künstler, verlange ich keinen Leitartikel, sondern blos ein Kunstwerk." Mir scheint das zweite denn doch richtiger zu sein. Daß Leute in fremde Gebiete pfuschen, sieht man ja überall, das ist nun einmal eine menschliche Eigenthümlichkeit, daß wir uns möglichst viel mit solchen Dingen beschäftigen, die unseres Amtes nicht sind. Uebrigens ist doch gerade bei Ibsen der literarische Zusammenhang sehr klar: er steht noch unter dem Einfluß des französischen Thesendramas, das ein Rudiment jener vergangenen Zeit ist. Was Gerhart Hauptmann betrifft, so gilt für ihn dasselbe; und Tolstoi endlich betrachtet ja eingestandenermaßen die Kunst blos als populäre Form für seine Gedanken.

Nehmen wir aber doch einmal einen „reinen Künstler," zum Beispiel Flaubert. Da ist nichts als Kunst; absolut gar keine Tendenz, keine „These," gar nichts, als die einfache Darstellung. Weshalb soll man das nicht unbefangen genießen, obschon man nebenbei „sozialistischer Agitator" ist und „nach der Zukunft strebt, deren hohes, leuchtendes Bild man in sich trägt?" Der Mensch hat vielerlei Neigungen, das ist eine bekannte Sache, und es hat begeisterte Kämpfer für die Freiheit gegeben, welche nebenbei ganz gern auch einmal gut gegessen und getrunken haben. Soll man denn nur Brot und Wasser genießen, wenn man Sozialdemokrat ist, und soll man denn alle vierundzwanzig Stunden des Tages „von der Gegenwart unbefriedigt" sein und nach „der Zukunft streben?" Gehen Sie mir weg, Herr Landauer, ein derartiger Fanatismus ist denn doch noch zu jugendlich! Schlimm genug für den Arbeiter, der nichts von Goethe, Phidias, Händel weiß, weil ihm seine Verhältnisse diese Bildung nicht erlauben; er geht dadurch der schönsten und edelsten Genüsse des Lebens verlustig; Ehre genug für ihn, wenn er sich trotz seiner Verhältnisse so weit bilden kann, um den Sozialismus zu verstehen. Aber, weil der Arbeiter nun in einer so schlimmen Lage befindlich ist, soll darum der, welcher das Glück hat, sich diese Genüsse

aneignen zu können, auf sie verzichten? Der Sozialismus soll doch nicht das Bildungsniveau der Gebildeten erniedrigen, sondern das Bildungsniveau derjenigen, welche von den Kulturgaben ausgeschlossen sind, erhöhen! Das wäre sehr schlimm, wenn wir bornirte Puritaner wären, seien wir weitherzig und vernünftig.

Daß die neue deutsche Literatur im Allgemeinen noch nicht weit her ist, kann man ja nicht leugnen. Aber ein Schuft giebt mehr als er hat! Eigenthümliches Verlangen an eine junge Kunst, welche sich eben noch aus einer alten herausarbeitet, gleich fertige, höchste Meisterwerke hervorzubringen! Nun, und so dichtet denn Jeder, so gut wie er's kann, und wem es Vergnügen macht, der liest diese Dichtungen. Die Menschen haben mancherlei Gaben; und wenn auch die äußeren Verhältnisse eine verschiedene Anwendung dieser Gaben bedingen, so kann man doch niemals Feigen lesen von den Disteln; die Begabung eines Künstlers ist nicht die eines Staatsmannes. Es ist zwar ein großer Irrthum, wenn man meint, daß nun Alles, was der Mensch thut oder thun kann, „Vererbungs"-anlage ist; aber der andere Irrthum ist ebenso groß, wenn man annimmt, daß er das mechanische Produkt der ihn umgebenden sozialen Verhältnisse ist. Die Begabung gerade des Künstlers ist von jeder anderen Begabung so scharf unterschieden, daß man nie etwas anderes aus ihm herauszüchten kann, wie eben einen Künstler. Lassen Sie also die Leute „stricheln," Herr Landauer, sie thun, was sie nicht lassen können, und lassen **Sie** uns Andere die „Strichelei" genießen, wir werden trotzdem „nach **der Zukunft** streben, deren hohes, leuchtendes Bild wir in uns tragen."

Zur Frage der Stückarbeit.

Von **W. Förstler**, Töpfer.*)

Die Nr. 16 der „Neuen Zeit" dieses Jahrganges enthält eine Abhandlung des Genossen Nieuwenhuis über „Die Stückarbeit und der Sozialismus," die meines Erachtens nicht gerechtfertigt ist.

Jeder aufgeklärte Arbeiter weiß, daß, so lange die kapitalistische Produktionsweise besteht, er ausgebeutet wird; wollte dieselbe ihm den vollen Ertrag seiner Arbeit sichern, so würde sie sich ihr eigenes Todesurtheil unterzeichnen. Da nun der für meine Arbeit zu zahlende Lohn entweder nach Zeit- oder nach Stücklohn berechnet wird, so muß ich doch unwillkürlich fragen, durch welche Art der Lohnzahlung wirst du am meisten ausgebeutet? Und diese Art ist, wie Genosse Nieuwenhuis selbst zugeben muß, der Stück- oder Akkordlohn. Ich muß hier bemerken, daß ich selbst Akkord- oder Stückarbeiter bin, da es hier in Hamburg in meiner Branche als Töpfer, speziell als Ofensetzer, überhaupt so gut wie keinen Zeitlohn giebt, und daß die Maschine bei der Arbeit der Ofensetzer ganz ausgeschlossen ist; nur zur Zubereitung des Rohmaterials u. s. w. findet sie in den Ofenfabriken Verwendung. Die übergroße Majorität unserer Gewerkschaft unterschreibt die Resolution des Internationalen Arbeiterkongresses zu Brüssel betreffs der Stück- und Akkordarbeit Wort für Wort und wir sind fest überzeugt, daß wir nicht im Stande sind, so lange wir das Akkordsystem haben, auf die Dauer eine Lohnerhöhung durchzuführen, und eine Verkürzung der Arbeitszeit hat unter diesem System nur halben Werth. Eine Verkürzung der Arbeitszeit

---

*) Eine weitere Erwiderung gegen die Ausführungen des Genossen Nieuwenhuis ist uns in Aussicht gestellt. Die Redaktion.

unter dem jetzigen System würde nur ein intensiveres Arbeiten zur Folge haben und es würde in kurzer Zeit dasselbe Quantum Arbeit geliefert werden wie früher. So wurden z. B. in einer Ofenfabrik hier in der Nähe von 1880 bis 1885 nach und nach die Akkordlöhne um 40 Prozent reduzirt und es wird trotzdem jetzt noch derselbe Lohn verdient wie früher. Jedoch den unheilvollsten Einfluß übt das Akkordsystem auf moralischem Gebiet aus, man kann das Akkordsystem wohl mit Recht die Nähramme des krassesten Egoismus der Arbeiter einander gegenüber nennen; wie mancher sonst gute Arbeiter hat schon seine Arbeit auf Veranlassung seiner Kameraden verlieren müssen, weil er nicht im Stande war, dasselbe Quantum Arbeit zu liefern wie sie, besonders auf den Bauten, wo in Kolonnen zusammen gearbeitet wird. Und dabei ist der am intensivsten Arbeitende in den seltensten Fällen ein guter Genosse, er verbraucht seine ganze geistige und körperliche Kraft bei seiner Arbeit, und nach Beendigung derselben klappt er zusammen, ist abgespannt und für eine Thätigkeit in Vereinen selten zu haben. Früher, so lange die Akkordarbeit noch nicht in dem Maße ausgebildet war wie heute, herrschte ein größeres Solidaritätsgefühl unter den Kollegen, und wenn ein junger Kollege da war, der noch nicht so recht firm in seiner Arbeit war, dem wurde gerne mit fortgeholfen. Jetzt geht jeder seinen eigenen Weg und bekümmert sich nicht darum, ob sein Mitarbeiter mitkommt oder nicht, und es herrscht eine ewige kleinliche Nörgelei unter den Kollegen.

Genosse Nieuwenhuis meint weiter, wir bekämpfen die Stückarbeit als solche, wo wir im Grunde nur die jetzige Form derselben verwerfen. Wir bekämpfen die Stückarbeit, wie wir die ganze kapitalistische Produktionsweise bekämpfen, und wir bekämpfen die jetzige Form der Stückarbeit, weil sie im Wesen dieser Produktionsweise begründet ist, und eine unter den jetzigen Verhältnissen mögliche andere Form würde nicht im Stande sein, ihre Mängel zu beseitigen. Ich bin mir darüber klar geworden, daß dieselbe Arbeit, nach Zeitlohn berechnet, längere Zeit in Anspruch nimmt als im Stücklohn, und deswegen theurer bezahlt wird; dieser Umstand allein könnte schon genügen, uns zum Feinde der Akkordarbeit zu machen. Es ist in unserer Branche erwiesen, daß die Intensivität der Arbeit durch Einführung der Akkordarbeit sich innerhalb zwanzig Jahren verdoppelt hat. Auch ist es nur theilweise richtig, daß der Akkordarbeiter mehr persönliche Freiheit hat, den Zeitarbeitern gegenüber. In unserer Branche als Ofensetzer trifft es wohl zu, aber in den Ofenfabriken ist es schon lange nicht mehr wahr; ich brauche nur an die Fabrikordnung des Herrn Seidel in Dresden zu erinnern, und hier sind die Maurer auf den Bauten im Akkord ebenso unfrei, als arbeiteten sie im Zeitlohn. Aber selbst zugegeben, daß theilweise die persönliche Freiheit des Akkordarbeiters eine größere ist, so kann dieser eine Vortheil die vielen Mängel der Akkordarbeit wahrlich nicht ausgleichen. Auch hier in Hamburg giebt es Vertheidiger der Akkordarbeit, aber diese sind durchweg Leute, die sehr intensiv arbeiten und dieses System auf Kosten ihrer Mitarbeiter ausbeuten. Wenn ein Schriftsetzer an den Genossen Nieuwenhuis geschrieben hat, daß bei der freien Regelung der Arbeit in der betreffenden Druckerei die Stückarbeit unvermeidlich war, und daß ohne Stückarbeit die Ueberwachung nöthig wurde und dadurch die persönliche Freiheit der Arbeiter wieder verloren gegangen wäre, so sage ich, er hat seine Freiheit zu theuer erkauft und nach zehn Jahren, wenn die Stückarbeit sich erst recht eingebürgert hat, wird er ein ebenso großer Feind derselben sein, wie ich es heute bin. Wohl wird es schwer halten, die Akkordarbeit, wo sie sich erst eingebürgert hat, wieder abzuschaffen, aber die Neueinführung derselben kann doch in vielen Gewerken mit Erfolg bekämpft werden.

Notizen.

Die Entwicklung der Getreidepreise in England und Preußen seit dem Anfang unseres Jahrhunderts zeigt folgende Tabelle, die wir dem „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ entnehmen.

Es kostete die Tonne Weizen in Reichsmark:

Jahr	England	Preußen alten Bestand	Differenz zwischen England und Preußen
1816—20	364,0	206,2	— 157,8
1821—30	266,0	121,4	— 144,6
1831—40	254,0	138,4	— 115,6
1841—50	240,0	167,8	— 72,2
1851—60	250,0	211,4	— 38,6
1861—70	248,0	204,6	— 43,4
1871—75	246,4	235,2	— 11,2
1876—80	206,8	211,2	+ 4,4
1881—85	180,4	189,0	+ 8,6
1886	137,2	134,0	— 3,2
1887	147,6	164,0	+ 16,4
1888	144,6	168,0	+ 23,4
1889	137,0	192,0	+ 55,0
1890	147,8	189,7	+ 41,9

Im Anfang unseres Jahrhunderts waren in England die Weizenpreise fast doppelt so hoch wie in Preußen. Von da an bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre herrscht eine beständige Tendenz zur Ausgleichung der Unterschiede zwischen den Weizenpreisen der beiden Länder. Diese Ausgleichung ist eine natürliche Folge der Verbesserung der Verkehrsmittel. Vom Ende der siebziger Jahre an finden wir aber, daß die Weizenpreise der beiden Länder wieder auseinandergehen, derart, daß sie im Vergleich zu England in Deutschland, resp. Preußen, immer *höher* werden. Daß dies die naturnothwendige und *beabsichtigte* Folge der landwirthschaftlichen Schutzzölle war, ist klar.

Einer der Vortheile, den die deutsche Industrie bis in die siebziger Jahre hinein vor der englischen voraus hatte, war die größere Billigkeit der Lebensmittel. Das System, welches diese begünstigte Stellung in eine benachtheiligte verwandelte, nannte sich „*Schutz der nationalen Arbeit.*“ Das *Sozialistengesetz* war dessen *naturnothwendige* Ergänzung. Der Schutzzoll machte die Lebensmittel in Deutschland theurer als in England, aber die besondere Niedrigkeit der Löhne, die Deutschland vor England „auszeichnete,“ sollte bestehen bleiben, um die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten. Dazu war es nothwendig, die Arbeiterbewegung zu Boden zu drücken. Jeder Versuch der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, mußte — und muß noch, so lange der landwirthschaftliche Schutzzoll besteht — womöglich im Keime erstickt werden. So will es der Schutz der nationalen Arbeit. Was die Kapitalisten den Junkern an Grundrente mehr abtreten, müssen sie aus den Arbeitern mehr heraus schinden können, sonst thun sie nicht mit. Das ist praktisches Christenthum.

Englisches Gefängnißwesen vor hundert Jahren. Die Enthüllungen über das russische Verbannungswesen, welche der Amerikaner George Kennan im „Century Magazine“ veröffentlichte und die auch dem deutschen Lesepublikum in mehreren Uebersetzungen vorliegen, haben in letzter Zeit das Interesse der Fachkreise und Laien für das Justiz- und Gefängnißwesen überhaupt erweckt. Mit pharisäischen Augenverdrehungen vergleicht der moderne Bourgeois die russischen Verhältnisse mit jenen des humanen, fortschrittlichen Europa und kommt zu dem befriedigenden Resul-

tate, daß es den liberalen Regierungen gelungen, die nothwendigen Vorkehrungen zum Schutze des unantastbaren Privateigenthums in der denkbarst humanen Weise durchzuführen. Es soll ja nicht geleugnet werden, daß die Strafgesetze und das Gefängnißwesen des modernen Bourgeoisstaates mildere Formen angenommen haben, doch giebt dies noch keineswegs Berechtigung zu frohlocken. Ein Rückblick auf die Justizverhältnisse der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts aber enthüllt uns Greuel und Brutalitäten, die in keinem Punkte den von Kennan geschilderten nachstehen. Wir wollen die aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts übernommenen Verhältnisse Englands, wie sie noch bis in die dreißiger Jahre bestanden, auf Grund zeitgenössischer Berichte schildern und bemerken nur, daß sie in den übrigen europäischen Staaten womöglich noch ärger waren.

Die Strafgesetze Englands waren zum Beginne dieses Jahrhunderts von einer außerordentlichen Grausamkeit. Sie beruhten im Wesentlichen auf den Gesetzen aus der Zeit Georgs I. und seiner Nachfolger, insbesondere auf der berüchtigten „Black Act." Nach dieser stand auf folgenden Verbrechen die Todesstrafe: 1. Jagdfrevel in irgend einem Parke oder Walde; als solcher galt das Jagen, Stehlen, Tödten oder Verwunden von jedwedem Wild; 2. Wald- und Feldfrevel, wie das unbefugte Fällen von Bäumen, Abschneiden von Hopfenstengeln auf fremdem Grund und Boden; 3. Verstümmelung oder Tödtung fremden Viehes; 4. Falschmünzerei, Schmuggel, Verbreitung falscher Münzen oder Banknoten. Auch Ladendiebstahl, wenn der Werth des gestohlenen Gegenstandes 5 Shilling oder mehr betrug, Beraubung von Postkutschen oder Postämtern, Diebstahl von Schafen und Banknotenfälschung waren bei Todesstrafe untersagt. Hepworth Dixon führt in seiner Lebensbeschreibung des Philanthropen John Howard — 1850 — eine statistische Tabelle an, nach welcher im Zeitraume von 1749 bis 1771 in London allein 1121 Personen zum Tode verurtheilt wurden, die überwiegende Mehrzahl — 1011 — auf Grund der „Schwarzen Akte"; von diesen Urtheilen wurden thatsächlich 678 vollstreckt, der Rest der Unglücklichen wurde theils nach den Strafkolonien überführt, theils begnadigt, ein geringer Bruchtheil starb in den Gefängnissen. Noch zu Anfang unseres Jahrhunderts waren die Strafgesetze Englands so drakonisch, daß bei einer genauen Einhaltung der Vorschriften in dem geeinigten Königreiche täglich *vier* Exekutionen hätten stattfinden müssen.

Wie wir sehen, machte die Justiz kurzen Prozeß: wer es wagte, von Hunger und Durst gefoltert, das Privateigenthum der besitzenden Klassen anzugreifen, wurde einfach gehängt; wer seine Schuld nicht abzahlen konnte, wanderte in den Schuldenarrest. Ein beträchtlicher Theil der Verurtheilten wurde zur Transportation nach den amerikanischen, später — als die amerikanischen Kolonien mit dem Mutterlande gebrochen hatten — nach den australischen Besitzungen begnadigt. Und wie sah es in den Gefängnissen aus? In Bradford befanden sich die Kerkerzellen 11 Fuß unter dem Niveau der Straße, von den Mauern sickerte ununterbrochen die Bodenfeuchtigkeit herab, und die Verhafteten mußten auf dem feuchten, schlammigen Boden schlafen; in Nottingham wieder waren die Zellen in das Gestein eines Hügels gehauen. Das Strafhaus von Gloucester besaß blos einen einzigen Saal, in welchem die Häftlinge sich tagsüber aufhalten mußten, so daß es unmöglich war, die Fieberkranken abzusondern; in mehreren Gefängnissen verliefen die offenen Abzugskanäle durch die Säle und Zellen, so daß die unglücklichen Opfer der englischen Justiz ihr Leben in von Miasmen geschwängerter Luft verbringen mußten, bis der barmherzige Tod sie von allen Qualen befreite. Waren die Gefängnisse Fieberhöhlen und verpestete Löcher, in denen die Häftlinge unter unendlichen Qualen hinsiechten, so waren die Leiter dieser Strafanstalten und ihr untergeordnetes Personal grausame Sklavenhalter mit den rohen Instinkten der wilden Bestien. In Salisbury wurden die Gefangenen um die Weihnachtszeit paarweise aneindergekettet und so zum Betteln ausgeschickt. Die Wärter der Strafanstalt zu Ely suchten die Flucht ihrer Opfer dadurch zu verhindern, daß sie selbe an den Fußboden fesselten und überdies die Füße mit schweren Eisenstangen belasteten. Die meisten Gefängnisse waren an Privatunternehmer verpachtet, die an Grausamkeit mit den modernen arabischen Sklavenhändlern des

schwarzen Erdtheils wetteifern konnten; die Tortur war zwar durch das englische Gesetz verboten, aber es ist erwiesen, daß die Anwendung der sinnigen Daumenschrauben als Disziplinarmittel allgemein in Gebrauch war. Und war es nicht schon Tortur genug, daß die oft unschuldigen Opfer der Justiz des christlichen England in schmutzstarrenden, fäulnißerregenden Zellen der Willkür und grenzenlosen Habgier ihrer Wärter hilflos ausgesetzt waren? Von einer Bekleidung und regelmäßigen Verköstigung der Häftlinge war keine Spur; sie blieben diesbezüglich ausschließlich auf die Unterstützungen ihrer Familien und auf die öffentliche Wohlthätigkeit angewiesen. Im geeinten Königreiche konnte kaum eine Strafanstalt gefunden werden, von deren schmalen, vergitterten Fenstern nicht eine Büchse mit der Inschrift: „Erbarmet euch der armen Gefangenen" auf die Straße herabhing. Der Löwenantheil all dieser Sammlungen fiel natürlich den entmenschten Aufsehern zu, die jene Unglücklichen, welche ihre Habgier nicht zu befriedigen vermochten, in den dumpfen, düsteren Zellen im strengsten Sinne des Wortes verfaulen ließen.

Trotz dieser außerordentlich strengen Maßregeln wollte die Zahl der Verbrechen nicht abnehmen. Alle Gefängnisse waren zeitweilig so überfüllt, daß die Sträflinge sich wegen Raummangels nicht alle zu gleicher Zeit niederlegen konnten. Eine fast unbeschränkte soziale Korruption eiterte an dem Staatskörper, welcher gegenüber die bluttriefenden Maßregeln der Regierung ohnmächtig waren; der Versuch, durch die grausamen Strafen das Verbrechen auszurotten — denn dies war der ausgesprochene Zweck der Strafgesetzgebung jener Zeit — scheiterte an der Verderbtheit der damaligen Gesellschaft. Ja, die Strafen erzielten sogar das direkte Gegentheil, die Gefängnisse wurden wahre Verbrecherschulen, echte Pandämonien der Unzucht und des Lasters. Vergebens kämpfte John Howard (1774—1790) gegen das entsittlichende Strafwesen; die Erfolge, welche er erzielte, waren nur geringe. Das Parlament begnügte sich damit, zwei Gesetzentwürfe anzunehmen, von denen der eine bestimmte, daß jene Gefangenen, welche in Ermangelung einer begründeten Anklage freigesprochen wurden, unmittelbar aus der Haft entlassen werden müßten, ohne daß der Sheriff oder Kerkermeister sie zur Bezahlung irgendwelcher Gebühren anhalten könne; der zweite Entwurf bevollmächtigte die Friedensrichter, auf die Aufrechterhaltung der Reinlichkeit in den Strafhäusern zu achten. Durch die erste Verfügung erhielten hunderte von Personen ihre Freiheit, die bis dahin aus keinem anderen Grunde zurückgehalten worden waren, als weil sie die großen Geldsummen nicht bezahlen konnten, welche ihre Wärter unter verschiedenen Vorwänden von ihnen erpressen wollten.

Die französische Revolution und der Völkerkampf gegen Napoleon lenkte bald die Aufmerksamkeit von den Justizreformen ab, und die wenigen diesbezüglichen Parlamentsbeschlüsse wurden wieder leere Phrasen auf dem Papiere. Die Berichte der Quäkerin Elisabeth Fry, die seit 1813 das Werk Howard's mit besserem Erfolge fortsetzte, beweisen zur Genüge, daß die Häftlinge Anfangs unseres Jahrhunderts nicht bedeutend besser behandelt wurden, als vorher. Eine Trennung nach Geschlechtern war unbekannt; Männer und Frauen, Greise und Kinder verbrachten die Tagesstunden gemeinschaftlich miteinander, in erdrückender, verthierender Langeweile. In Lumpen gehüllt, schliefen sie auf dem schmutzstarrenden Boden der Kerkerräume, und blieben in Bezug auf die Deckung ihrer Bedürfnisse nach wie vor auf ihre Familien und die Mildherzigkeit der freien Bürger Englands angewiesen. Erst 1815 wurden wenigstens in Newgate — London — die Frauen von den Männern getrennt. In Haddington fand Elisabeth Fry finstere, außerordentlich schmutzige Zellen mit bloßem Lehmboden, auf welchem für die Nacht das Strohlager ausgebreitet wurde, von Heizvorkehrungen war nichts zu sehen; für die Exkremente war in jeder Zelle ein Kübel bestimmt. Da das Gefängniß keinen Lufthof besaß, mußten die Sträflinge ihre ganze Zeit in geschlossenen, unventilirten Räumen verbringen; nicht einmal ärztliche Hilfe oder der Zuspruch eines Seelsorgers wurde ihnen gewährt. In Forfar wurden die Gefangenen an ihre Bettstellen gekettet, in Berwick an die Kerkermauern, in Newcastle sogar an einen am Fußboden angebrachten Ring. Am ärgsten lagen diese Verhältnisse in

Schottland, wo das Gesetz die Kerkermeister für die Schulden ihrer Häftlinge verantwortlich machte, wenn es letzteren gelang, zu entfliehen.

Wohl gelang es der begeisterten Menschenfreundin Elisabeth Fry, einige der schlimmsten Mißbräuche zu beseitigen und die Lage der Sträflinge etwas menschenwürdiger zu gestalten, aber die grausame Black Act selbst blieb nach wie vor in Kraft. Umsonst traten Männer, wie Wilberforce, Mackintosh, Samuel Romilly, Dr. Parr, Jeremias Bentham für die Linderung der übermäßigen Strenge und für die Einschränkung der Todesstrafe ein; die darauf bezüglichen Anträge blieben noch 1821 im Parlamente in der Minorität. Und als es zehn Jahre später der Beredtsamkeit Robert Peel's gelang, das Unterhaus zur Abschaffung der Todesstrafe bei Falschmünzerei und Banknotenfälschung zu bewegen, weigerten sich die wackeren Lords standhaft, diese geringe Konzession zu bewilligen. Die Erkenntniß, daß selbst notorische Verbrecher ein Anrecht auf menschenwürdige Behandlung haben, brach sich nur sehr schwer Bahn; und wir möchten behaupten, daß sie im freien England sogar heute noch nicht allgemein ist. Und bei uns? R. Grazer.

Das Wahlrecht in Japan. Bekanntlich ist jetzt auch das Reich des Mikado in die Reihe der parlamentarischen Staaten eingetreten, und so jung der Parlamentarismus daselbst ist, er hat bereits eine Geschichte von scharfen Konflikten hinter sich. Das Wahlrecht ist jedoch ein äußerst beschränktes. Wähler sind nur diejenigen Staatsbürger, die über 25 Jahre alt, mindestens 60 Mark direkte Steuern zahlen und mindestens ein Jahr lang in dem Wahlkreis, dem sie angehören, ansässig sind. Gewählt können nur solche Bürger werden, die das Wahlrecht besitzen und das 30. Lebensjahr überschritten haben. Militärs, die Häupter des Adels, Bankerotte und zum Verlust der bürgerlichen Rechte Verurtheilte dürfen nicht wählen. Nicht gewählt werden dürfen außer den eben Genannten auch höhere Beamte, Steuereinnehmer, Polizeibeamte und Priester.

Die Kammer zählt 300 Abgeordnete, die Zahl der Wähler betrug 1890: 453 895, also 12 auf 1000 Einwohner. Die Betheiligung an der ersten Wahl vom 1. Juli 1890 war eine ungemein lebhafte. 421 206 Stimmen wurden abgegeben, nur 7 Prozent der Stimmberechtigten enthielten sich der Abstimmung!

Feuilleton.

Die Lessing-Legende.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. V.

Um den König Friedrich II. als einen Geistes- und Gesinnungsgenossen der bürgerlichen Klassiker und insbesondere Lessing's erscheinen zu lassen, werden in erster Reihe einige Sätze von ihm ins Treffen geführt, die als geflügelte Worte etwa so lauten. Erstens: Der Fürst ist der erste Diener des Staats. Zweitens: Ich will ein König der Armen sein. Drittens: Gazetten dürfen nicht geniret werden. Viertens: In meinen Staaten kann Jeder nach seiner Façon selig werden. Da nun diese Grundsätze einerseits mit der ganzen Regierung des Königs in mehr oder minder schreiendem Widerspruche stehen, andererseits von ihm kurz *vor* oder gleich *nach* seiner Thronbesteigung gethan worden sind, also zu einer Zeit, in welcher sich der furchtbare Druck löste, unter dem ihn sein Vater von Kindesbeinen an gehalten hatte, so könnte man versucht sein, sie für Ausflüsse des berufenen Kronprinzenliberalismus zu halten. Und in der That hält sie Carlyle dafür, der bei allem Heroenkultus doch praktischer Engländer

genug ist, um von jener „hübschen Sprache“ Friedrichs zu sagen: „Sie erregte bei der damaligen Welt eine Bewunderung, welche uns, die wir so lange daran und das was gewöhnlich daraus wird, gewöhnt sind, nicht sogleich begreiflich ist,“ und der sich in den fünfziger Jahren offenbar wenig davon träumen ließ, daß diese unbegreifliche Bewunderung in den neunziger Jahren erst recht zur Pflicht jedes patriotischen Deutschen gemacht werden würde.

Gleichwohl ist die Auffassung Carlyle's unzulässig. Sie wäre nämlich für die bürgerlich-preußischen Geschichtsschreiber noch viel zu günstig, für Friedrich selbst aber viel zu ungünstig. Es ist kaum nöthig zu sagen, daß die wissenschaftliche Geschichtsforschung mit den preußenfeindlichen Mythologen ebenso wenig zu schaffen hat, wie mit den preußenfreundlichen; in Friedrich den Quell alles Bösen zu sehen, ist nur der entgegengesetzte Pol derselben Verkehrtheit, welche in seiner Person den Quell alles Guten erblickt. Wer die Geschichte dieses Fürsten nach wissenschaftlichen Grundsätzen studirt, wird als seine namhafteste Begabung und als die wesentlichste Ursache seiner Erfolge eine Eigenschaft entdecken, die gerade den Vertretern der materialistischen Geschichtsauffassung in gewissem Sinne sympathisch sein muß, nämlich eine vollkommene Klarheit darüber, daß er in dieser Welt auch nicht einen Schritt weiter machen könne, als die ökonomischen Bedingungen gestatteten, unter denen er lebte und regierte. Nicht zwar, als ob seine ökonomischen Einsichten über seine Zeit hinaus gegangen wären: sie blieben vielmehr weit hinter derselben zurück und waren nichts weniger als genial. Nicht auch, als ob er sich über seine ökonomische Daseinsbedingungen niemals getäuscht hätte: er hat es oft genug gethan und hat dann auch regelmäßig schwer dafür büßen müssen. Aber wie er im siebenjährigen Kriege seinem stets verzagten Bruder Heinrich schrieb, daß derjenige siegen werde, der den letzten Thaler in der Tasche haben werde, wie er die Finanzen die „Nerven“ des Staats nannte und sie in seiner Beschreibung des preußischen Staats allem anderen, selbst dem Heere voranstellte, so hat er vom ersten bis zum letzten Tage seiner Regierung an jener grundlegenden Erkenntniß festgehalten, und es ist schwer zu sagen, an welchem dieser beiden Tage sie bemerkenswerther war: ob am ersten, da er, ein noch nicht dreißigjähriger Mann, in einem Augenblicke aus einem gedrückten Sklaven ein unumschränkter Despot wurde, oder am letzten, da er nach allen seinen Erfolgen und nach der nahezu fünfzigjährigen Gewöhnung an eine despotische Herrschaft sich doch nicht darüber täuschte, was er konnte und was er nicht konnte.

Demgemäß wollte er mit seinem Satze, daß der Fürst der erste Diener des Staates sei, den er zum ersten Male als Kronprinz in seinem Antimachiavel niederschrieb, sich weder einem Ideale unterwerfen, noch auch wollte er damit, wie G. Kolb meint, die Aufmerksamkeit auf sich lenken und eine wohlfeile Popularität erhaschen. Es war ihm einfach um eine freiere Verfügung über die ökonomischen Machtmittel des Landes zu thun. Denn jener Satz, der beiläufig zuerst vom Kaiser Tiberius geäußert worden ist, enthält nicht eine Beschränkung, sondern eine Erweiterung des Absolutismus. Diese höchst einfache Erkenntniß ist für den beschränkten Unterthanenverstand von heute ein eleusinisches Geheimniß geworden, aber die einsichtigen Zeitgenossen Friedrichs besaßen sie deshalb nicht weniger. So schreibt Heinse in seinem „Ardinghello“: „Wie ist Einer Bedienter, dem Niemand befiehlt, der keinen Herrn über sich erkennt, der sich nach Gutbefinden Gesetze macht und giebt und keine annimmt, nach Willkür ohne Gesetz straft?“ In der That — wenn Ludwig XIV. sagte: „Der Staat bin ich,“ so war damit doch immer mindestens eine moralische Verantwortlichkeit

des Fürsten für den Staat anerkannt, und Ludwig XVI. hat diese Verantwortlichkeit ja auch praktisch erproben müssen. Aber wenn der Fürst sich nur zum Diener, aber zum ersten Diener des Staates macht, so heißt das in einem absolutistischen Staate: jede Verantwortlichkeit in die leere Luft blasen. Denn man kann sich doch unmöglich zum Eigenthum seines Eigenthums machen, und wie sehr Friedrich den „Staat" als sein Eigenthum betrachtete, geht aus seinem Testamente hervor, in welchem er neben seinem „Gold- und Silbergeschirr, Bibliothek, Bildergalerie ꝛc." auch das „Königreich Preußen" wie den ersten besten Meierhof seinem Neffen vermacht.

Friedrich verfolgte, wie gesagt, sehr praktische Zwecke mit der Behauptung, daß er der erste Diener des Staates sei. Ein wie wunderlicher Tyrann sein Vater war, so hatte derselbe doch nicht ohne Beirath seiner Generale und Minister regiert; mit andern Worten: die Klasse des damals halbvererblichen und mit dem Großgrundbesitze engverflochtenen Beamtenthums besaß unter Friedrich Wilhelm I. noch einen Antheil an der Regierung. Und dieses letzte Hinderniß des Absolutismus wollte Friedrich mit jenem Satze beseitigen oder vielmehr: er beseitigte es, und jener Satz, den er etwa sechsmal in seinen Schriften wiederholt, sollte diese Beseitigung theils vorbereiten, theils rechtfertigen. So führt er beispielsweise aus, daß der Herrscher zwar ein „Mensch" sei, „wie der geringste seiner Unterthanen," aber zugleich „der erste Richter, der erste Finanzmann, der erste Minister der Gesellschaft." Als solcher habe er das gleiche Interesse mit dem Volke, was man von einer Aristokratie der Generale und Minister, denen er sich überlasse, keineswegs behaupten könne.*) Friedrich hat denn auch ganz ohne das höhere Beamtenthum regiert; er sah die Minister amtlich überhaupt nur einmal im Jahre, bei der sogenannten „Ministerrevue" im Juni; er verfügte alle Regierungshandlungen selbständig von seinem Kabinete aus, wobei ihm zur Erledigung des Lese- und Schreibewerks drei sogenannte Kabinetssekretäre dienten, die er fast durchweg aus subalternen Schreibern wählte und zu einem Leben von mönchischer Einsamkeit verdammte.

Etwas anders steht es mit dem „König der Armen" und zwar insofern, als eine urkundliche Bezeugung dieses geflügelten Wortes überhaupt nicht vorliegt. Es ist auch nicht an dem, was Herr v. Treitschke versichert: „Die menschlichste der Königspflichten, die Beschützung der Armen und Bedrängten, war für die Hohenzollern ein Gebot der Selbsterhaltung; sie führten mit Stolz den Namen „Könige der Bettler," den ihnen Frankreichs Hohn ersann."**) Jene „menschlichste der Königspflichten" war für Friedrich, der bekanntlich nicht die „Armen und Bedrängten," sondern die Reichen und die Bedrängenden, das will sagen, die Klasse der junkerlichen Großgrundbesitzer mit unaufhörlichen Unterstützungen aus der Staatskasse und den ausschweifendsten Vorrechten überschüttete, überhaupt kein Begriff, und nun gar „Frankreichs Hohn" hat mit der Sache aber auch wirklich gar nichts zu thun. Sie hängt vielmehr so zusammen, daß Friedrich einige Monate vor seiner Thronbesteigung an der Tafel des Herzogs von Braunschweig in Berlin die Aeußerung that: „Wenn ich dereinst auf den Thron gelange, so werde ich ein wahrer König der Bettler sein."***) Womit er ent-

---

*) Essai sur les formes du gouvernement et les devoirs des souverains. Oeuvres IX, 200, 208. (Ausgabe der Akademie.)

**) Treitschke, Deutsche Geschichte I, 44.

***) Weber, Aus vier Jahrhunderten, Neue Folge I, 142. Quand je viendrais un jour au trône, je serais un vrai roi des gueux. So lautete die Aeußerung

weder wirklich einen gewissen Weg mit einem guten Vorsatze pflasterte oder aber — was wahrscheinlicher ist — der das Volk ausbeutelnden Finanzkunst seines Vaters einen Stich versetzen wollte. In diesem Sinne faßte der Vater selbst die Aeußerung auf, als sie ihm hinterbracht wurde; sie erregte in ihm den letzten Wuthanfall gegen den Sohn. Ist sie übrigens so gemeint gewesen, so ist sie praktisch gleichfalls ohne allen Belang geblieben, denn Friedrich ließ es bei der Finanzmethode Friedrich Wilhelms I. bewenden, nur daß er sie nach dem siebenjährigen Kriege noch unendlich viel drückender machte.

Kommen die Gazetten, die nicht geniret werden sollen. Hierbei spielte sich ein kleines Intermezzo der auswärtigen Politik ab; Friedrich wollte sich eine Waffe mehr gegen die anderen europäischen Mächte sichern. Dieser Zusammenhang geht äußerlich schon daraus hervor, daß er die betreffenden Befehle dem Minister des Auswärtigen und dem Kriegsminister ertheilte. Am 5. Juni 1740, am sechsten Tage seiner Regierung, ließ er dem letzteren, Thulemeyer, durch den ersteren, Podewils, „nach aufgehobener Tafel“ eröffnen, daß „dem hiesigen Berlinischen Zeitungsschreiber eine unbeschränkte Freiheit gelassen werden soll, in dem Artikel von Berlin von demjenigen, was anitzo hierselbst vorgeht, zu schreiben, was er will, ohne daß solches zensirt werden soll“ und zwar mit der Begründung, weil „solches dieselben divertire, dagegen aber auch sodann fremde Ministri sich nicht würden beschweren können, wenn in den hiesigen Zeitungen hin und wieder Passagen anzutreffen, so ihnen mißfallen könnten.“ Podewils „nahm sich zwar die Freiheit, darauf zu regeriren, daß der ***sche Hof“ (vermuthlich ist zu ergänzen: der österreichische) „über dieses Sujet sehr pointilleux wäre, Se. Maj. erwiderten aber, daß Gazetten, wenn sie interessant sein sollten, nicht genirt werden müßten.“*) Es handelte sich also bei dieser glorreichen „Preßfreiheit“ um nichts als um einen alten und freilich ewig neuen diplomatischen Kniff, um die Möglichkeit, auswärtigen Mächten allerlei unangenehme Dinge sagen und dabei doch die Hände in Unschuld waschen zu können. Daneben blieb das strenge, von Friedrich immer wieder — so am 21. März 1741 und am 7. Juni 1746 — eingeschärfte Verbot bestehen, daß „in publicis nichts ohne höhere Erlaubniß gedruckt werden dürfe“; jede Kritik der Regierung und Verwaltung, ja „jede Erörterung der öffentlichen Verhältnisse galt für durchaus unstatthaft“ (Preuß). In dem politischen Theile der damaligen Berliner Zeitungen findet man nichts als Nachrichten von Feuersbrünsten, Erdbeben, Mißgeburten, wie eine Algierische Schebecke ein Maltesisches Schiff gewann u. dgl. m. Denn auch über den „Artikel von Berlin“ wurde schon im Dezember 1740 die Zensur wieder verhängt, vermuthlich weil Friedrich Berlin verließ, um in Schlesien einzufallen und die Waffe, welche er selbst nicht mehr führen konnte, in den damaligen Zeitläuften nicht andern Händen überlassen mochte. Aber gleichviel ob dem so oder anders war: in jedem Falle hatte die ganze Herrlichkeit von sogenannter „Preßfreiheit“ gerade nur ein halbes Jahr gedauert, was am Ende auch noch das Beste an ihr war. Grundsätzlich hat sich Friedrich stets

---

Friedrichs nach dem von Weber aus den Dresdener Archiven mitgetheilten Berichte des in Berlin lebenden ehemals sächsischen Ministers Manteuffel an den Minister Brühl. Die Berichte Manteuffels enthalten viel diplomatischen und höfischen Klatsch, so daß sie kein einwandfreies Zeugniß für jenes Wort Friedrichs bilden, aber ein Schelm giebt mehr, als er hat, und irgend wo anders ist der roi des gueux überhaupt nicht bezeugt.

*) Preuß, Friedrich der Große, III, 251 u. f.

als ein Gegner der Preßfreiheit, als ein Anhänger der Zensur bekannt, selbst an Stellen, an denen er sonst gern seine freisinnigste Seite herauskehrte, wie in seinem literarischen Briefwechsel mit französischen Schriftstellern; so schreibt er am 7. April 1772 an d'Alembert, man müsse in den Büchern alles unterdrücken, was die allgemeine Sicherheit und das Wohl der Gesellschaft gefährde, welche die Verspottung nicht ertrage.

Thatsächlich aber giebt es keinen klassischeren Zeugen gegen das fridericianische Preßsystem, als gerade Lessing. In der bittersten Armuth seiner jungen Jahre war es ihm nicht gut genug, eine politische Zeitung in Berlin zu redigiren unter einer jede selbständige Aeußerung unterdrückenden Zensur, und in seinen reiferen Jahren hat er bekanntlich die „Berlinische Freiheit, zu denken und zu schreiben," mit bitteren Worten beschränkt „einzig und allein auf die Freiheit, gegen die Religion so viel Sottisen zu Markte zu bringen, als man will, und dieser Freiheit muß sich der rechtliche Mann nun bald zu bedienen schämen." Man darf nicht übersehen, daß dabei der Nachdruck noch obendrein auf den „Sottisen" ruht. Herr Erich Schmidt macht ein großes Aufheben davon, daß Friedrich den „anrüchigen," den „verachteten" Freigeist Edelmann ruhig in Berlin habe leben und sterben lassen. Das ist auch ganz richtig; nur hätte Herr Erich Schmidt nicht vergessen sollen, hinzuzufügen, daß Friedrich einen angesehenen Buchhändler, den jungen Rüdiger, sofort auf sechs Monate nach Spandau in die Festung schickte, weil derselbe über die Händel Edelmanns ein ernsthaftes Buch verlegt hatte, in welchem angeblich die „christliche Religion und ihre Herolde angegriffen" worden sein sollten. Ja, Friedrich erklärte am 14. April 1748 ausdrücklich, er werde in ähnlichen Fällen keine Begnadigung eintreten lassen. Und am 11. Mai 1749 erschien dann „wegen verschiedener skandaleuser, theils wider die Religion, theils wider die Sitten anlaufender Bücher und Schriften" das „Allgemeine Zensuredikt," welches auch die theologischen Schriften einer Zensur unterwarf. Bekanntlich wurde denn auch den „Fragmenten eines Ungenannten," als Lessing sie in Berlin herausgeben wollte, von der theologischen Zensur das Plazet verweigert.

Damit sind wir zur Religionspolitik Friedrichs und zu dem berühmtesten seiner geflügelten Worte gelangt. In dem Satze: „Alle Religionen müssen tolerirt und jeder muß nach seiner Façon selig werden," erblickt Stahr den „Grundgedanken des Nathan," und wer weiß, wie viele haben ihm diese Weisheit gläubig nachgebetet. Man könnte sich wundern, daß Stahr und seine Gefolgschaft nicht lieber eine andere, zu gleicher Zeit von Friedrich über die gleiche Frage erlassene Kabinetsordre anziehen, denn dieselbe kommt der Parabel von den drei Ringen noch viel näher. Auf das Ansuchen eines Katholiken nämlich um das Bürgerrecht in Frankfurt a. O. antwortete Friedrich: „Alle Religionen sind gleich gut, wenn nur die Leute, so sie profitiren, ehrliche Leute sein, und wenn Türken und Heiden kämen und wollten das Land peupliren, so wollen wir sie mosqueen und Kirchen bauen."*) Da wäre ja schon so etwas, wie die drei Ringe, aber — der verzweifelte Satz „und wollten das Land peupliren" hindert die Entwicklung dieser Kabinetsordre zu einer patriotischen Fabel. Friedrich wollte sein armes und dünn bevölkertes Land „peupliren," um Rekruten für sein Heer und Steuern für seine Rekrutenkasse zu bekommen, und da waren ihm Christen, Türken, Heiden und — wenigstens für den letzteren Zweck — auch Juden höchst willkommen; er gewährte ihnen ohne Weiteres öffentliche Anerkennung ihres Gottes-

*) Koser, König Friedrich der Große, I, 13.

dienstes und Schutz der Glaubensfreiheit. Aber deshalb hat er all sein Lebtag an eine Gleichstellung der religiösen Bekenntnisse im bürgerlichen Leben auch nicht im Traum gedacht. Man kann sogar nicht behaupten, daß sein persönlich freigeistiger Standpunkt bei der Peuplirungspolitik irgendwie ins Spiel gekommen ist. Denn daß einerseits er selbst den Nutzen der Konfessionen für seine besondere Regierungskunst gar wohl zu erkennen wußte, andererseits aber schon sein strenggläubiger Vater „jeden nach seiner Façon selig werden ließ,“ beweist gerade die Entstehungsgeschichte dieses geflügelten Worts.

Die protestantische Geistlichkeit hielt nämlich die Thronbesteigung Friedrichs für eine passende Gelegenheit, um mit den von Friedrich Wilhelm I. für Soldatenkinder eingerichteten römisch-katholischen Schulen aufzuräumen. Sie erbat vom König die Beseitigung derselben, indem sie sich auf einen Bericht des Generalfiskals Uhrden berief, der die geistlichen Lehrer jener Schulen einer unerlaubten Propaganda bezichtigte. Friedrich schrieb aber an den Rand der Eingabe: „Die Religionen Müsen alle Tolleriret werden, und Mus der Fiscal nuhr das Auge darauf haben, das keine der andern abrug Tuhe, den hier mus ein Jeder nach seiner Faßon Selich werden.“ *) Dieser „Grundgedanke des Nathan“ besteht also in der Aufrechterhaltung einer Einrichtung, welche Friedrich Wilhelm I. getroffen hatte, d. h. ein Fürst von einem so beschränkten Kirchenglauben, daß er seinen ältesten Sohn, eben den späteren König Friedrich, körperlich mißhandelte, weil derselbe in der „Prädestination“ oder sonst einem subtilen Lehrbegriffe des Kalvinismus nicht sattelfest war. Andererseits aber richtete Friedrich Wilhelm I. nicht nur römisch-katholische Schulen für Soldatenkinder ein, sondern unterhielt in der Stadt Brandenburg auch einen russischen Popen für die russischen Soldaten seines Heeres; ja, er gestattete den letzteren, wo immer sie staken und auf die Gefahr der sonst wie die Pest gescheuten Desertion zur Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse die Reise nach Brandenburg, die denn auch wirklich einmal von zwanzig kostspielig erworbenen Russen aus dem in Halle garnisonirenden Regimente des alten Dessauers zur Desertion benutzt wurde.**) Es ist demnach kaum noch nöthig, ausdrücklich auszusprechen, daß, was Stahr und seine Nachbeter für den „Grundgedanken des Nathan“ halten, nichts anderes als das erste Gebot des preußischen Militärstaats war.

Die an sich schon schwierige und umständliche Werbung ausländischer Rekruten wäre ganz unmöglich geworden, wenn der Widerstand der Regierungen und der Bevölkerungen noch in dem Widerstande der Kirchen einen Rückhalt gefunden hätte. Für Preußen fiel dieser Umstand um so schwerer ins Gewicht, als es sein hauptsächlichstes Werbegebiet in den geistlichen Staaten des südlichen und westlichen Deutschlands hatte, während es doch für die römische Kurie der ausgeprägteste Ketzerstaat war, nicht zwar, wie es liebedienerische Geschichtschreiber darstellen, wegen der ausgeprägten „protestantischen Gesinnung der Hohenzollern,“ wohl aber, weil das eigentliche Königreich Preußen, die heutige Provinz Ostpreußen, säkularisirtes Ordensland, ein der katholischen Kirche geraubtes Besitzthum war. Der Militärstaat Preußen hatte den dringendsten Anlaß, die katholische Kirche wie ein rohes Ei zu behandeln; für ihn handelte es sich dabei einfach um Sein oder Nichtsein. Friedrich war sich darüber vollkommen klar; wie er die katholischen Soldatenschulen vor protestantischen Anfeindungen schützte, so verbot er den protestantischen Feldpredigern in ihrer Vokation jeden Angriff auf

*) Preuß I, 138.
**) Freytag, Bilder aus der deutschen Vergangenheit, V, 190.

den Katholizismus, so sorgte er in den Dienstreglements der einzelnen Regimenter für den regelmäßigen Gottesdienst der katholischen Soldaten, so ordnete er an, daß in den Feldlazarethen immer auch ein katholischer Geistlicher zugegen sein müsse, um den Angehörigen seiner Konfession mit religiösem Troste beistehen zu können; so ließ er im Jahre 1751 den „Heiligen Vater" durch Algarotti wissen, daß die Katholiken in seinen Staaten nicht nur geduldet, sondern sogar beschützt würden.

Dazu kam noch ein sehr wichtiger Gesichtspunkt der Militärpolitik, welche ihn vollends bewegen mußte, jeden nach seiner Façon selig werden zu lassen. In den Söldnerheeren war trotz der äußersten Wachsamkeit und der blutigsten Kriegsartikel die Desertion niemals völlig auszurotten. Gegen ein so hartnäckiges Uebel waren denn auch religiöse Mittel nicht zu verachten; in den Dienstreglements wurde befohlen, daß die „Bursche Gott fürchten," daß sie sonntäglich zweimal in die Kirche geführt werden und „Allezeit stille mit Andacht Gottes Wort hören" sollten. Allein wenn auf diesem Wege ein Erfolg erzielt werden sollte, so mußte den „Burschen" namentlich die „Heiligkeit" des Fahneneids durch einen Geistlichen ihrer „Façon" eingepaukt werden. In dieser Beziehung ist es bezeichnend sowohl, daß Friedrich von allen Geistlichen am höchsten die Jesuiten mit ihrer strammen Disziplin schätzte, als auch, daß er mit einem Priester dieses Ordens furchtbar umsprang, weil derselbe die „Heiligkeit" des Fahneneides nicht gebührend vertheidigt zu haben schien. „Ich habe in allen Rücksichten nie bessere Priester, als die Jesuiten gefunden," ließ Friedrich dem Papste Clemens XIV. nach der Aufhebung des Jesuitenordens durch seinen römischen Geschäftsträger sagen, und er behielt die Jesuiten ohne ihr Ordensgewand als „Priester des königlichen Schulinstituts" in seinen Landen bei, was die liberalen Jesuitenfresser und Kulturpauker von heute ja wohl „friderizianische Tradition" nennen. Aber als ein wieder ergriffener Deserteur aussagte, der Jesuitenpater Faulhaber in Glatz habe ihm auf seine Anfrage in der Beichte erklärt, die Desertion sei zwar eine große Sünde, aber doch keine Sünde, welche niemals vergeben werden könne, da ließ Friedrich den Faulhaber ohne Verhör und Urtheil, ja auf seinen ausdrücklichen Befehl ohne Beichte neben einem schon seit einem halben Jahre faulenden Deserteur an den Spionengalgen hängen. Verächtlicher in Glimpf wie in Schimpf behandelte Friedrich die evangelischen Geistlichen. Er benutzte sie, wie die katholischen, für seine Militär- und Schulzwecke, um Heer und Volk in Demuth, Gehorsam und Unwissenheit zu erhalten, aber er schätzte die Erfolge ihrer Wirksamkeit viel geringer ein, und wenn diese jämmerlich besoldeten Leute einmal eine kleine Gehaltserhöhung oder sonstige Aufbesserung ihrer Lage verlangten, so pflegte er sie mit einer Anweisung auf den „Dhum von Jerusalem" oder einem Hinweise auf die „Apostelen," die auch umsonst gepredigt hätten, kurzum mit Scherzen abzuspeisen, die Lessing dann ja wohl mit Recht „Sottisen gegen die Religion" genannt hat.

So bietet die Religionspolitik Friedrichs äußerlich ein widerspruchsvolles Bild, innerlich hängt sie aber in vollkommen logischer Weise mit den damaligen Existenzmöglichkeiten des preußischen Staats zusammen. Die Entstehung desselben setzte ihn in den schroffsten Gegensatz zu der katholischen Kirche, und so ließ Friedrich zu den bürgerlichen Staats-, ja auch zu den wichtigsten Gemeindeämtern nur Protestanten zu. Aber die Erhaltung des Staats zwang ihm eine Bevölkerungs- und Militärpolitik auf, deren erste Voraussetzung die Duldung aller religiösen Bekenntnisse, ja bis zu einem gewissen Grade die Bevorzugung der katholischen Kirche war. Und als Stützen seines Despotismus waren ihm

die Jesuiten lieber als jede andere Priesterschaft. In alles das aber spricht seine persönliche Freigeisterei auch nicht das leiseste Wörtlein mit hinein.*)

Das alles nun aber — was hat es mit Nathan, was hat Friedrich mit Lessing zu schaffen? Ungefähr eben so viel oder sogar noch viel weniger, als Kaiser Wilhelm II. mit Lassalle und Marx. In einem gewissen, immerhin beschränkten Sinne tritt eine gewisse Analogie zwischen den Anfängen Friedrichs und des gegenwärtigen Kaisers hervor. Der Fürst ist der erste Diener des Staats: Entlassung Bismarck's. Roi des gueux: Februar-Erlasse. Gazetten dürfen nicht geniret werden: Aufhebung des Sozialistengesetzes. Hier muß jeder nach seiner Façon selig werden: Preußisches Volksschulgesetz. Diese letzte Analogie hat Herr Stöcker ganz richtig herausgewittert, obgleich er nach seiner unlöblichen Gewohnheit ungenauen Zitirens die thatsächliche Entstehung jenes geflügelten Wortes unrichtig angiebt.**) Friedlich-schiedliche Trennung der Konfessionen, aber jeder Konfession in ihrem Bereiche die geistige Herrschaft über die Volksmasse: das ist echt friderizianische Politik. Aber sieht man hievon und auch von dem ersten Punkte ab, so wird man anerkennen müssen, daß die Februar-Erlasse und die Aufhebung des Sozialistengesetzes sich zu dem Tafelwitze von dem roi des gueux und der Nachtischrede von den nicht zu genirenden Gazetten, was die Antriebe und die Zwecke der beiden Fürsten anbetrifft, verhalten, wie der Chimborasso zum Kreuzberge. Gleichwohl — wer heute den Kaiser Wilhelm II. einen „Mitarbeiter und Mitstreiter seiner großen Zeitgenossen" Lassalle und Marx nennen wollte, würde der Pflege eines Irrenarztes anvertraut werden, vorausgesetzt, daß er nicht von wegen Majestätsbeleidigung die vier Wände einer Festungszelle beschreien müßte.

Aber es ist nicht nur ebenso widersinnig, sondern — wegen des oben hervorgehobenen Unterschieds — noch viel widersinniger, Friedrich und Lessing als Geistes- und Gesinnungsgenossen hinzustellen. Sie hatten nicht nur nichts mit einander gemein, sondern sie vertraten die denkbar schärfsten Gegensätze ihrer Zeit, und zwar — als die begabtesten Vertreter ihrer Klassen — in denkbar schärfster Weise. Friedrich verachtete aus tiefster Seele die „Roture," deren Vorkämpfer Lessing war, und stieß eigenhändig mit seinem Krückstocke jeden Bürgerlichen aus den Reihen seiner Offiziere. Lessing aber erblickte voll herbster Abneigung und Mißachtung, und in völliger Uebereinstimmung mit seinen Geistesgenossen, den geborenen Preußen Herder und Winckelmann, in dem friderizianischen Staate „das sklavischste Land in Europa." (Fortsetzung folgt.)

---

*) Man läßt es sich gefallen, wenn der landläufige Liberalismus, dessen Blick nach vorwärts und rückwärts gerade nur bis zu den Spitzen und den Hacken seiner Stiefeln reicht, mit den „friderizianischen Traditionen" das Blaue vom Himmel herunterschwatzt, aber es ist sehr zu bedauern, daß ein Mann wie Louis Büchner durch eine besondere Schrift (Zwei gekrönte Freidenker — der andere ist Timur) die byzantinische Volksverdummung, welche aus Friedrich einen Apostel der freien Menschheit machen will, unabsichtlich unterstützt. Die schier unglaubliche Kritiklosigkeit, mit welcher Herr Büchner die ältesten Ladenhüter patriotischer Kalender verwerthet, liefert nur einen neuen Beweis für den alten Satz von Marx: „Die Mängel des abstrakt naturwissenschaftlichen Materialismus, der den geschichtlichen Prozeß ausschließt, ersieht man schon aus den abstrakten und ideologischen Vorstellungen seiner Wortführer, sobald sie sich über ihre Spezialität hinauswagen."

**) In einer Berliner Versammlung, über welche die „Kreuz-Zeitung" vom 6. Februar berichtet.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 22. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Nondum.

♂ Berlin, 17. Februar 1892.

Die Sozialistendebatte, welche König Stumm vor einigen Tagen im Reichstage vom Zaune brach, giebt den Politikern der Bierbank reichen Stoff zu tiefsinnigen Betrachtungen. Ein erlösendes Wort, ein die ganze Situation beleuchtender Blitz, der Vorbote eines neuen Sozialistengesetzes, eine Rakete der Reaktion — so schwirrt das Gerede auf und nieder unter den alten Weibern beiderlei Geschlechts und jederlei bürgerlichen Parteiglaubens. Ob die Rede Stumm's nun dies oder jenes, oder ob sie das alles, oder ob sie überhaupt etwas war — in dieses Geheimniß zu dringen, kann den bürgerlichen Auguren überlassen bleiben. Hier kommt es nur darauf an, zu prüfen, ob Herr Stumm und seine Gedankenblitze werth sind, daß sich die arbeitenden Klassen mit ihnen beschäftigen. Und auf diese Frage möchte die treffendste Antwort jener Wahlspruch sein, den sich die preußische Demokratie in den fünfziger Jahren erkoren hatte, das lateinische Wörtlein: Nondum, was auf deutsch lautet: Noch nicht.

In wenigen Wochen jährt sich der neue Kurs zum zweiten Male, und man könnte sagen, er wäre am Ende seines Lateins, wenn sich nur feststellen ließe, wann er an dessen Anfang gewesen wäre. Politisch war er von jeher der reine Dilettantismus, und mit dem Ballaste von Grundsätzen hat er sein Schifflein niemals beschwert. Die Reden des Reichskanzlers bieten je länger je mehr das Bild der vollkommensten Rathlosigkeit. Und nicht blos seine Reden! Zu seiner Rechten sitzt Graf Zedlitz, der Urheber des Volksschulgesetzes, und zu seiner Linken sitzt Herr Miquel, der geistig bedeutendste Führer der Partei, welche eine „große Volksbewegung" gegen jenes Gesetz eingeleitet hat oder doch eingeleitet zu haben sich einbildet. Wer ist denn nun eigentlich Koch und wer Kellner? Wer steht auf der Kommandobrücke des Schiffes, das den neuen Kurs fährt?

Man sagt: der Kaiser, denn im preußisch-deutschen Reiche sind die Minister nicht des Parlaments, sondern des Kaisers und eventuell der verbündeten Fürsten. Und gewiß ist, daß keiner der gegenwärtigen Minister gegen den Willen des Kaisers eine politische Ueberzeugung zu vertreten wagt. Beweise dafür hat die Geschichte des neuen Kurses in Hülle und Fülle geliefert. Sicherlich hat der Kaiser aus einer trotz der kurzen Zeit seiner Regierung reichen Erfahrung die Ansicht geschöpft, daß sein Wille das höchste Gesetz sei. Aber der Wille des

Kaisers ist kein politisches Programm, und in einem konstitutionellen Staate, der den Fürsten über die Parteien stellt, damit sein Wille völlig ungebunden sei, darf er gar nicht einmal ein politisches Programm sein. Dagegen kann dieser Wille nach einer bestimmten Richtung beeinflußt werden, und das ist auch oft genug geschehen. Man weiß, wie Friedrich Wilhelm IV. in der Zeit vom März bis zum November 1848 „gestrammt," wie Wilhelm I. in den Tagen der Sozialistenhetze nach den Attentaten von 1878 von gewissen Seiten über die wahre Lage der Dinge gröblich getäuscht und zu unheilvollen Maßregeln veranlaßt wurde.

Mancherlei Anzeichen sprechen nun in der That dafür, daß ähnliche Bemühungen augenblicklich wieder stark im Gange sind, womit begreiflicher Weise noch nichts darüber gesagt ist, ob sie schon einen Erfolg erzielt haben oder ob sie überhaupt einen Erfolg erzielen können. Geheimnißvolle Andeutungen über diese Seite der Sache gehören nur in die Berliner Korrespondenzen der „Frankfurter Zeitung," wo sie, frisch aus dem Reichstagsrestaurant und dem Literaturcafé, von angstbedürftigen Philistern jeden Tag genossen werden können. Für eine prinzipielle Partei schickt es sich einfach nicht, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, und noch weniger würde es sich für sie schicken, ihren Prinzipien auch nur um Strohhalmsbreite etwas zu vergeben, um die beabsichtigte Wirkung jener Machenschaften abzuschwächen. Jener heitere Herr, der die „Frankfurter Zeitung" aus Berlin politisch erleuchtet, schilt über die „schlechten Politiker" von Arbeitern, die auf ihre „verehrten Parteiheiligen" — was eine liebenswürdige Anspielung auf den von der „Neuen Zeit" veröffentlichten Aufsatz von Engels sein soll — in verzückter Begeisterung lauschen, statt sich als bewundernder Schwanz an die freisinnig-nationalliberale Opposition gegen das Volksschulgesetz zu hängen. Damit allein kann, so meint der gewiegte Staatsmann des volksparteilichen Organs, die neue Auflage des Sozialistengesetzes beschworen werden. Das ist doch noch eine Politik, die sich gewaschen hat. Nächstens wird dieser weise Rathgeber wohl einem Thurm empfehlen, bei drohendem Unwetter sich nicht auf seine Fundamente zu verlassen, sondern geschwind an die Schwänze von ein paar Eulen zu hängen, die angstvoll kreischend um seine Zinnen flattern.

Um dies gleich vorweg zu nehmen: falls wirklich ein neuer Schlag gegen die Sozialdemokratie geplant werden sollte, so haben die liberalen Parteien ganz und gar keinen Beruf, die arbeitenden Klassen mit ihren Mahnungen und Warnungen zu belästigen. Sie haben seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes eine, um die Sache möglichst höflich auszudrücken, märchenhafte Sozialpolitik getrieben. Die Verballhornung der Gewerbeordnungsnovelle, die kindliche Agitation gegen das „Klebe-Gesetz" und die Heulmeierei über den „sozialdemokratischen Zukunftsstaat": das sind Dinge, die mittelbar oder unmittelbar, bewußt oder unbewußt, einer zweiten Puttkamerei die Wege bahnen. Hauptzweck der Sozialdemokratie ist die Beseitigung der Monarchie, erklärte König Stumm neulich im Reichstage; nun, derselbe „Gedanke" zieht sich wie ein rother Faden durch die „Zukunftsbilder" des Herrn Richter. Also: Belehrungen von dieser Seite sind nichts, als unberufene Aufdringlichkeiten, die Seitens der Arbeiter zweifellos die gebührende Abweisung finden werden.

Ueberhaupt wäre es ganz verkehrt, jene Machenschaften, die auf eine neue Sozialistenhetze hinzuarbeiten scheinen, im Stile eines politischen Hintertreppenromans als das Werk einer rabenschwarzen Reaktion oder, wie man in den fünfziger Jahren zu sagen pflegte, einer im Dunkeln arbeitenden „Kamarilla" an die Wand zu malen. Mögen dabei allerlei Intriguen mitspielen, über die sich, wer sonst mag, die nöthige Auskunft bei dem alles wissenden Orakel der „Frank-

furter Zeitung“ holen kann: im Wesen der Sache spricht sich eine Stimmung aus, die der bürgerlichen Welt sammt und sonders in den Gliedern sitzt. Die anderthalb Jahre seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes haben genügt, ihr ein richtiges Verständniß oder doch eine richtige Ahnung von der Lage der Dinge beizubringen. Bei dem „geistigen Kampfe“ ist nichts herausgekommen, als Blamage über Blamage; kleine Palliativmittelchen haben sich als wirkungslos erwiesen; ernsthafte Zugeständnisse sind von dem Kapitalismus nicht zu erlangen. Die neue Welt steigt langsam und sicher empor, derweil die alte Welt immer schneller in einem Sumpfe der ungeheuerlichsten Skandale versinkt. Ein bürgerliches Blatt war ganz auf der richtigen Spur, wenn es neulich meinte, das schrecklichste der Schrecken sei, daß in der bürgerlichen Welt der Glaube an die Ewigkeit und Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu weichen beginne. Dem ist freilich so, und hieraus erklärt sich jene verzweifelte Stimmung, welche bald bei den unsichtbaren Mächten der Religion Schutz sucht, bald mit dem hauenden Säbel und der schießenden Flinte gegen die Vorkämpfer der neuen Welt anrücken möchte. Die Regierung wird fromm; die Polizei entdeckt Anarchistenverschwörungen; einzelne Gerichte fällen Urtheile, wie sie selbst im Jahre 1878 kaum gefällt worden sind, und König Stumm bläst im Reichstage das Hüfthorn zur frischen, fröhlichen Sozialistenjagd.

Ob er damit schon bestellte Arbeit lieferte oder ob er erst die Arbeit bestellen wollte, wer mag es wissen, und was käme viel darauf an? Es ist schwer anzunehmen, daß seine Sehnsucht nach einem zweiten Sozialistengesetze mehr als ein Stoßseufzer seines edlen Herzens war, denn es giebt Thorheiten, die sich auch bei der zweckentsprechendsten Veranlagung nicht wohl zweimal machen lassen, und Herr von Caprivi hat sicherlich kein Bedürfniß, den alten Mann in Friedrichsruhe mit einem diabolischen Hohngelächter über seine Nachfolger in die Grube fahren zu sehen. Auch Herrn von Kardorff's Drohung mit einer Einschränkung der Preß- und Vereinsfreiheit hat nicht viel auf sich, denn was ist an diesen eingeschränkten Freiheiten überhaupt noch viel einzuschränken, wenn man nicht auf russische Zustände hinabsinken will, die denn doch auch ihre unangenehmen Seiten haben? Am ehesten könnte noch Herrn von Bennigsen's staatsmännische Unzufriedenheit mit dem allgemeinen Wahlrechte zu denken geben, allein in diesem zarten Punkte haben sich bisher selbst vorsichtige Reaktionäre zu dem altberlinischen Kinderreim bekannt: „Einmal geschenkt bleibt geschenkt. Wieder genommen, in die Höll' gekommen.“ Doch genug davon und schon zu viel! Denn das Unberechenbare soll man nicht berechnen wollen. Hauchte Herr Stumm nur leere Seufzer in die Lüfte, um so besser, aber nicht für die arbeitenden Klassen. Kündigte er nur an, was kommen möchte und vielleicht kommen wird, um so schlimmer, aber wiederum nicht für die arbeitenden Klassen.

Für sie hat diese ganze Lufterscheinung zwar ein politisch-psychologisches, aber kein politisch-praktisches Interesse. Sie können nichts davon und dazu thun. Sie können die Schmerzen der bürgerlichen Welt nicht lindern; sie können sich auch nicht ducken, wenn es in den Lüften droht und poltert oder klagt und wimmert. Solche schmählichen Rathschläge kann ihnen nur eine Partei geben, wie der bürgerliche Liberalismus: nur eine Partei, die längst jeden prinzipiellen Boden unter den Füßen verloren hat und die in ihrem ewigen Ausweichen vor jedem harten Zusammenstoße denn auch so herrlich weit gekommen ist. Und wie verlockend ist das praktische Beispiel, mit welchem die staatsmännische Lehre gleich erläutert wird! Die Soldatenmißhandlungen, die augenblicklich im Reichstage verhandelt werden, das ist schon so ein Punkt, bei dem kitzliche Nerven geschont

werden müssen, bei dem man ja Alles sagen und doch noch, wie der freisinnige Redner, ein Lob vom Reichskanzler einernten kann, bei dem alle „Taktlosigkeiten“ vermieden werden müßten, sintemalen man nicht wissen könne .... Und ach! wie viele „Taktlosigkeiten“ haben die sozialdemokratischen Redner begangen, indem sie ein glühendes Eisen an eine eiternde Wunde legten! Wie ist darüber das Kopfschütteln so gewaltig von der „National-Zeitung“ bis zur „Frankfurter Zeitung“!

Auf all dieses Flüstern und Lispeln und Zischeln werden die deutschen Arbeiter nur antworten mit den stolzen Worten des alten Hildebrandliedes: Mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze! Aber es wäre nicht das erste Mal, daß die liberalen Angstmeier ein Nordlicht für eine Feuersbrunst angesehen haben, und von Stimmungen zu Gedanken, von Gedanken zu Worten, von Worten zu Thaten ist ein weiter Weg. Das Geschrei über die kommende Reaktion ist ein nutzloses Spiel für die, welche die Reaktion in jeder Gestalt zu bestehen entschlossen und fähig sind; die Arbeiter haben Besseres und Dringenderes zu thun, als heute darüber nachzudenken, ob in irgend welcher Zukunft eine große Teufelei gegen sie ausgeführt werden wird; so kleinen Teufeleien aber, wie die boshaft-plumpen Herausforderungen des Königs Stumm sind, gebührt nur die kühle Antwort: Nondum, noch nicht!

Brief aus England.

London, den 10. Februar 1892.

Das Parlament ist gestern zu einer Session zusammengetreten, die voraussichtlich die letzte in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung sein wird. Obwohl das Mandat des Hauses der Gemeinen noch bis zum Jahre 1893 läuft, wird als ziemlich sicher angenommen, daß die Regierung nach Ablauf dieser Session, die sich bis in den Sommer hineinziehen wird, das Unterhaus auflösen wird, so daß die Neuwahlen etwa im August dieses Jahres stattfinden werden. Ein Parlament seine ganzen sieben Jahre absitzen zu lassen, wozu die Regierung formell allerdings berechtigt ist, würde als eine unanständige Neuerung gelten, deren sich keine Regierung, die auf gute Sitten Anspruch erhebt, schuldig machen darf.

Natürlich wird das Kabinet Salisbury sein Möglichstes thun, während dieser letzten Session der Opposition recht viel Wind aus den Segeln zu nehmen. Fast alle wichtigeren Vorlagen, die in der gestern verlesenen Thronrede angekündigt wurden, tragen diese Tendenz zur Schau. Der Homeruleforderung der Irländer sollen lokale Selbstverwaltungskörper, ähnlich den für England geschaffenen, die Spitze abbrechen; der englischen Landbevölkerung, der die Gladstonianer ein wirksames Gesetz zur Schaffung kleiner Anwesen versprochen haben, wird ebenfalls die Vermehrung ländlicher Anwesen in Aussicht gestellt, und der von Gladstone verkündeten Selbstverwaltung der ländlichen Gemeinden setzt die Regierung die Schaffung von Bezirksräthen als nächsten weiteren Schritt auf der Bahn der Selbstverwaltung gegenüber. Den Industriearbeitern wird eine Verbesserung des Haftpflichtgesetzes, das einer solchen freilich dringend bedarf, geboten, und den Steuerzahlern im Allgemeinen eine weitere Entlastung von den Ausgaben für die Elementarschulen versprochen. Bleibt die konservative oder, wenn man will, unionistische Regierung nun auch mit allen diesen Maßregeln hinter dem, was die Liberalen auf ihr Programm gestellt haben, um eine oder auch mehrere

Pferdelängen zurück, so beruft sie sich dafür darauf, daß sie auch wirklich giebt, was sie ankündigt, während die meisten der von den Liberalen versprochenen Gerichte vorläufig eben nur noch Versprechen seien, die theilweise kaum gehalten werden dürften, theilweise, wenn gehalten, von sehr fragwürdigem Nutzen sein würden. Langsam, Schritt für Schritt, das sei der beste und sicherste Weg.

Damit wird die Regierung indeß kaum großen Effekt bei der Masse der Wähler machen. Vor Ueberstürzungen in der inneren Politik ist man auch bei den Liberalen einstweilen sicher, während von den Konservativen, die seit ihrer Allianz mit den Whigs noch mehr kapitalistische Partei sind als sie je waren, auf Jahre hinaus so gut wie gar nichts zu erwarten ist, sobald sie das Gespenst der Neuwahl einmal losgeworden sind. Die Zeiten sind vorbei, wo die Tories das Grundbesitzerinteresse gegen das der großen Industrie vertraten. Sie vertreten heute einfach das Eigenthum in jederlei Gestalt: Grundbesitz, Finanz, industrielles und Handelskapital, und zwar nur das Eigenthum, während die Liberalen, obwohl nicht minder kapitalistische Partei wie ihre konservativen Rivalen, neben den Eigenthums- noch eine Anzahl ideologischer Interessen vertreten, die gelegentlich den Einfluß des ersteren wenigstens theilweise neutralisiren. Dahin gehört u. A. das Interesse der in England so ungemein stark entwickelten religiösen Sekten, deren Einfluß auf das politische Leben noch immer von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Der Umstand, daß in England das religiöse Muckerthum, statt, wie in Deutschland, regierungsfromm zu sein, durch den Gegensatz zur englischen Hochkirche veranlaßt, politisch zu den Liberalen und Radikalen hält und sogar das Zusammengehen mit Sozialdemokraten nicht verschmäht, ist zwar allgemein bekannt, wird aber von dem festländischen Beurtheiler englischer Zustände selten hinlänglich gewürdigt. Konnte doch im preußischen Landtag ein Minister jüngst den Liberalen vorhalten, daß, wenn in Preußen das Volk so religiös wäre wie in Schottland, dann man auch darauf verzichten könnte, die Schule unter die Botmäßigkeit der Kirche zu stellen. Als ob ihre gerühmte Religiosität die Schotten verhindert hätte, den ersten erklärten Sozialdemokraten ins Parlament nach Westminster zu senden, überhaupt politisch so radikal zu sein, daß sie in Preußen als Umstürzler vom reinsten Wasser gelten würden. Als ob ihre Religiosität nicht das Erbtheil einer Bewegung wäre, die einen König von England das Schaffot besteigen ließ. Es waren fromme Protestanten, Rechtgläubige nach dem Herzen derer, so in Preußen „die Religion dem Volke erhalten wollen," welche Karl I. köpften, wie es ja auch sehr fromme Protestanten waren, welche die nordamerikanischen Kolonien vom Mutterland losrissen. Erwies sich vor 200 und 100 Jahren die Religion als so vortreffliches Mittel, die Unterwürfigkeit unter die von Gott eingesetzte Obrigkeit aufrecht zu erhalten, so kann man in der That denen nur gratuliren, die sich einbilden, heute, im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität, eine aufstrebende Klasse mittelst Bibelsprüchen und Gesangbuchversen in ihrer Emanzipationsbewegung aufhalten zu können.*)

Dies nebenbei. Es liegt auf der Hand, daß die enge Verbindung von politischem Liberalismus und religiösem Pietismus auf beide kontrahirende Theile wiederum rückwirkend modifizirenden Einfluß übt. Was die liberale Partei

---

*) Sollten die obigen Beispiele als zu weit hergeholt erscheinen, so darf man vielleicht daran erinnern, daß 1848 im Schloßhof von Berlin „Hut ab" und noch mehr gerufen und gleich darauf „Jesus meine Zuversicht" angestimmt wurde, „wie ihr's im Buch könnt lesen."

anbetrifft, so muß sie, obwohl sie auch Hochkirchler, Freidenker rc. in ihren Reihen zählt, dem starken Kontingent von Muckern unter ihren Parteigängern nach den verschiedensten Richtungen hin Rechnung tragen. So sind es z. B. die Liberalen und Radikalen, welche der Teetotaler-Bewegung gegenüber die weitestgehenden Verpflichtungen übernehmen, während die Konservativen die Anwälte, man kann fast sagen, die politischen Geschäftsführer der Brauer und Schankwirthe sind. Den religiösen Sektirern wurde Parnell geopfert, und dieselben Elemente sind es, welche dem befähigten, aber bei Gelegenheit eines Skandalprozesses moralisch arg blosgestellten ehemaligen liberalen Parteiführer Sir Charles Dilke bisher die Rückkehr ins Parlament unmöglich machten. Selbst wenn er, wie es den Anschein hat, bei den nächsten Wahlen in einem Wahlkreise in der Provinz ein Mandat erlangen sollte, ist es mehr wie fraglich, ob ihm die Partei eine seinem Ehrgeiz und Talent angemessene Stelle wird einräumen können. Wahrscheinlich wird er vielmehr für eine ganze Zeit hinaus noch „Wilder" bleiben müssen.

Wie die Hochkirche vorzugsweise die besitzenden Klassen vertritt, so haben die Sekten ihre Anhängerschaft hauptsächlich in den Kreisen der „kleinen Leute" — darunter auch einen sehr großen Prozentsatz Arbeiter. Gerade ihr politischer Radikalismus und ihre, im Gegensatz zur Hochkirche, demokratische Verfassung hat ihnen bei dem englischen Proletariat eine Popularität verschafft, von der man sich auf dem Festland nur eine Vorstellung machen kann, wenn man an die Popularität des katholischen Zentrums in der Kulturkampfszeit zurückdenkt. Es ist auch unbestreitbar, daß die religiösen Sekten sich mindestens um die politische Freiheit in England große Verdienste erworben haben und sogar noch heute eine Stütze derselben sind. So hat die Heilsarmee, die zwar nominell keiner speziellen Sekte angehört, thatsächlich aber doch nur ein Ableger des Methodistenthums ist, wiederholt wichtige Kämpfe für das Recht der Versammlungen auf freien Plätzen durchgefochten und kämpft gerade jetzt wieder in Eastbourne mit einem geradezu bewunderswerthen Heroismus nicht nur gegen die Lokalbehörden des genannten Badeortes, sondern auch — wozu viel mehr gehört — gegen den von Hotelwirthen, Schankstätteninhabern rc. angestifteten Straßenpöbel für das Recht, auf ihren Umzügen und Versammlungen Musik spielen zu lassen.

Die Heilsarmee ist aber auch in anderer Hinsicht typisch für das kirchliche Sektirerthum in England, als dessen äußersten Flügel man sie betrachten kann. Als die sozialistische Agitation anfing, bei den englischen Arbeitern Boden zu fassen, war sie es zuerst, welche der neuen Strömung bewußt Rechnung trug. Daß wer die Seelen der Armen retten will, ihre Körper nicht ignoriren darf, war wohl auch früher schon oft gesagt worden, aber die Heilsarmee gab dem Satze zuerst eine neue zeitgemäßere Auslegung. Der „soziale Rettungsplan" des „General" Booth, dessen Unzulänglichkeit für Sozialisten auf der Hand liegt*), kommt dabei erst in zweiter Reihe in Betracht, viel wichtiger ist z. B. die

*) Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß nicht verschiedene der Booth'schen Institute zeitweise bestehen und, wie andere von Bourgeois-Philanthropen geschaffene Anstalten, in gewissem Rahmen Nutzen stiften können. Wir haben seiner Zeit den „Rettungsplan" des Herrn Booth hier kritisirt und kommen auf seine Schwächen daher nicht weiter zurück, möchten aber davor warnen, den Berichten reaktionärer Blätter, wie der „St. James Gazette," über den „Bankrott" der Booth'schen Institute voreilig Glauben zu schenken. Aus den Angriffen von dieser Seite spricht wahrhaftig nicht das Streben nach geistiger Aufklärung und sozialer Emanzipation des Volkes, sondern lediglich politischer und religiöser Konkurrenzneid.

Stellungnahme der Heilsarmee zu den Lohn- 2c. Kämpfen der Arbeiter. Wiederholt hat sie bei Strikes durch Errichtung von Lebensmitteldepots den Strikenden wirksame Hilfe geleistet und wiederholt hat die Leitung des Arbeitsvermittlungsbureaus der Heilsarmee Unternehmern, deren Arbeiter gerade im Ausstand waren, auf das Ersuchen um Sendung von Arbeitskräften zurückgeantwortet: „Die Heilsarmee liefert keine Strikebrecher.“ Kurz, man ließ es nicht mit den christlich-sozialen Deklamationen und Bettelsuppen bewenden, sondern nahm etwas herzhafter für die Arbeiter gegen die Kapitalistenklasse Partei. Natürlich immer nur soweit es mit dem Bestande der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vereinbar ist, die aber auch etwas mehr vertragen kann, als die Ritter von der heiligen Konkurrenz glauben machen wollen.

Dem gegebenen Beispiel folgten andere religiöse Gemeinschaften, und so ist neben dem blos politischen auch ein gewisser sozialpolitischer Oppositionsgeist in die Reihen des Sektirerthums eingezogen — analog der sich allmälig vollziehenden Infizirung der Trade-Unions mit dem Geiste des modernen Sozialismus. Nur so erklärt sich die in Deutschland geradezu unerhörte Erscheinung, daß Arbeiterführer wie Tom Mann, Ben Tillet 2c. von Zeit zu Zeit als Kanzelredner in Sektirerkapellen auftreten können, ohne wegen dieser Konzession an das religiöse Publikum an ihrer Popularität wesentliche Einbuße zu erleiden. Es wird nicht viel anders beurtheilt, als wenn etwa in Deutschland ein Sozialdemokrat in einer freireligiösen Gemeinde Vortrag hält. Dafür kommt es auch nicht selten vor, daß berufsmäßige Methodisten- 2c. Prediger von der Kanzel herab für einen Strike eintreten oder den Arbeitern ihre Schulräume für Versammlungen überlassen.

Kurz, wenn den liberalen Parteiführern nicht der einfache Menschenverstand sagte, daß in einem Lande, dessen Bevölkerung zu beinahe drei Vierteln auf städtische Bezirke entfällt, eine Partei, die auf die Stimmen der Arbeiter angewiesen ist, diesen nicht vorschreiben kann, was sie ökonomisch zu thun oder zu lassen haben, sondern daß sie ihr Programm vielmehr nach den Bestrebungen einrichten muß, welche bei der Masse der Arbeiter Eingang gefunden, so würden es ihnen ihre sektirerischen Alliirten beibringen. Thatsächlich aber tragen die kirchlichen Sozialreformer nur dazu bei, eine Bewegung zu verstärken, die von allen Seiten her auf die Liberalen eindringt. Und so müssen dieselben eines ihrer einstigen Dogmen nach dem andern über den Haufen werfen, und ein Konzessiönchen nach dem andern an den Sozialismus machen, bis die Verhältnisse so weit gediehen sind, daß die Partei vor der Alternative steht, ihren bürgerlich-kapitalistischen oder ihren proletarischen Theil endgiltig zu amputiren.

So weit sind wir aber noch nicht, einstweilen drückt sich vielmehr die liberale Partei noch mit passablem Erfolg zwischen der Scylla Kapitalismus und der Charybdis Sozialismus hindurch. Buntscheckig genug oder vielleicht besser gesagt, konfus genug sieht ihr Programm aus, das sie, um allen ihren Kunden gerecht zu werden, in Newcastle zusammengeflickt hat, aber es entspricht dem Stadium der Gährung, in dem wir uns zur Zeit noch befinden, und die verhältnißmäßig kleine Schaar von Sozialisten, die dabei als Sauerteig fungirt, kann mit dem bisherigen Resultat ihrer Arbeit ganz zufrieden sein, auch wenn vorläufig die Liberalen bei den Wahlen noch obenauf bleiben. Dieselben müssen ihr, ob sie es wollen oder nicht, doch in die Hände arbeiten.

Wie die heutige liberale Partei blos noch eine Mischmaschpartei ist, und zwar nicht, wie ihrerseits die konservativ-unionistische Partei, eine Mischmaschpartei ad hoc, zu einem ganz bestimmten Zwecke, oder jedenfalls nur einer beschränkten Anzahl bestimmter Zwecke, sondern ein Konglomerat von Vertretern aller mög-

lichen Interessen ökonomischer und ideologischer Natur, so trägt daher nothgedrungen ihre ganze Politik den Charakter des Schwankenden und Schielenden, des ewigen Herumtappens — mit einem Wort, des Unzuverlässigen. Auch selbst wo von Seiten der Führer keine vorbedachte Intrigue vorliegt, muß man stets auf ein Stück Verrath von ihnen gefaßt sein. Das ist die Achillesferse der Partei, der Punkt, wo ihre Gegner sie am sichersten mit ihren Angriffen treffen. Es war das liberale Kabinet Gladstone, welches seiner Zeit von Neuem damit begonnen hat, Zwangsgesetze gegen Irland zu fabriziren, wie es das friedliebende Kabinet Gladstone war, unter dem Alexandria bombardirt und Egypten besetzt wurde, mit dessen angekündigter Räumung Herr Gladstone jetzt den Franzosen den Mund wässerig macht. So viel ist daher sicher, kommt der alte Gladstone ans Ruder, so wird es an allen möglichen Verwirrungen und Enttäuschungen nicht fehlen. Alle Welt weiß das im Voraus, und doch wird der „Grand old man" aller Wahrscheinlichkeit nach ans Ruder kommen. Es ist wie bei einer Lotterie, wo Jeder weiß, daß die Mehrheit hereinfällt, und wo doch gespielt wird. Die Nachwahlen sind in der letzten Zeit wieder fast alle zu Gunsten seiner Partei ausgefallen. Geradezu überraschend war der Sieg der Liberalen in Rossendale, einem Wahlkreis in Lancashire, der bisher durch den Führer der Unionisten, Lord Hartington, vertreten war. In dem Wahlkreis überwiegt das Arbeiterelement, und dieses warf bei der Nachwahl für den genannten Lord, der durch den Tod seines Vaters zum Herzog von Devonshire avancirte und als solcher ins Haus der Lords eingetreten ist, so entschieden seine Stimme für den Gladstoneaner ins Gewicht, daß derselbe seinen unionistischen Gegner mit 1200 Stimmen Majorität schlug, während 1886 der Unionist dem Gladstoneaner um 1400 Stimmen voraus gekommen war. Das heißt bei etwa nur 11 000 Wählern keine Kleinigkeit.

Sehr viel kommt darauf an, wie London bei der nächsten Wahl sich stellen wird. 1886 wählte es zu drei Vierteln konservativ-unionistisch, aber auch hier haben die Liberalen den Konservativen bei Nachwahlen einige Mandate entrissen und verschiedene andere gelten als mindestens hochgefährdet. Bleibt abzuwarten, ob die Zahl eine so große ist, um den Liberalen die Mehrzahl der Londoner Mandate zu sichern.

Ein kleines Vorzeichen in dieser Richtung werden die Erneuerungswahlen zum Londoner Grafschaftsrath abgeben, die am 5. März dieses Jahres stattfinden werden. Zwar ist die Parteigruppirung nicht ganz dieselbe wie bei den Parlamentswahlen, da z. B. der linke Flügel der liberalen Unionisten und selbst weiter nach rechts stehende Elemente hier, wo keine Fragen der Reichspolitik in Betracht kommen, mit den Liberalen zusammen gehen, aber im Großen und Ganzen kann man doch annehmen, daß, wer bei den Grafschaftsrathswahlen liberal oder „progressistisch" — wie hier der offizielle Titel lautet — stimmt, dies auch bei den Parlamentswahlen thun wird.

Die Vollmachten des Londoner Grafschaftsraths sind ziemlich beschränkte. Die Tory-Regierung hat, als sie vor drei Jahren die Institution der Grafschaftsräthe ins Leben rief, gehörig dafür gesorgt, daß dieselben keine allzuweiten Sprünge machen dürfen. Die Verwaltung der Riesenmetropole untersteht auf Schritt und Tritt der Vormundschaft des Ministeriums des Innern, bezw. des Parlaments. Ueber alle Ausgaben, die 50 Pfund Sterling überschreiten, ist sie dem Ministerium spezifizirte Rechnung schuldig, das überhaupt das Budget des Grafschaftsraths kontrolirt; der Rath hat keinerlei Einfluß auf die Londoner Polizeiverwaltung, die City von London mit ihrem reichen Einkommen ist seinem

Einfluß entzogen und verwaltet sich selbst, er darf das Monopol der Gas- und Wasserkompagnien nicht antasten — kurz, bei fast allen Maßnahmen, die sich gegen den alten ehrwürdigen Schlendrian richten, unter dem London so lange gelitten, stößt die Vertretung der größten Stadt der Welt auf entweder mit Vorbedacht neu geschaffene oder geflissentlich aufrecht erhaltene Schranken, sie hat, wie der Sozialist fabianischer Richtung, Sidney Webb, sich ausdrückte, „in Ketten“ zu arbeiten.

Zieht man alles das in Betracht, so läßt sich nicht bestreiten, daß der jetzt abtretende Grafschaftsrath, in dem die Progressisten die Mehrheit haben, sich wesentliche Verdienste um die Bevölkerung Londons erworben hat. Er hat sich mit einem Eifer, der alle Anerkennung verdient, daran gemacht, den Augiasstall zu reinigen, den sein Vorgänger, das halb fossile, halb korrupte „Metropolitan Board of Works,“ das früher als Londons munizipale Vorsehung fungirte, ihm hinterlassen. Er hat mit dem System der Schwindelbauten gebrochen, hat die Stadt, und zwar namentlich die ärmeren Distrikte, um eine ganze Reihe von Parks mit Spiel- und Turnplätzen bereichert, er hat die Feuerwehr, die bedeutend hinter denen anderer Großstädte zurück war, reorganisirt, den Betrieb der Kanalisationswerke verbessert und noch viele andere Reformen vorgenommen, die längst als nothwendig erkannt, aber bisher immer verschleppt worden waren. Von ihrer Aufzählung kann aber hier um so eher abgesehen werden, als es sich da meist um Dinge handelt, die gut verwaltete Städte anderwärts längst besitzen. Worin der Grafschaftsrath aber anderen städtischen Verwaltungen vorangegangen ist, das ist die Art, wie er die Arbeiterfrage, soweit sie in sein Verwaltungsbereich fällt, behandelt hat. Und es sind, was nicht zu vergessen ist, mit alleiniger Ausnahme von John Burns, alles gut bürgerliche Elemente, welche den Londoner Grafschaftsrath bilden, denen nichts ferner liegt, als an dem Bestande der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu rütteln. Nichtsdestoweniger haben sie in besagter Hinsicht Dinge gethan, die selbst von den „demokratischsten“ Stadtvätern Deutschlands als der reine, leibhaftige Umsturz betrachtet werden würden.

Eine der ersten Maßregeln, welche der Grafschaftsrath seiner Zeit traf, war die Herabsetzung der Arbeitszeit der von ihm direkt beschäftigten Arbeiter. So wurde die Arbeitszeit der Kanalisationsarbeiter von 68 Stunden auf 54 Stunden wöchentlich reduzirt, dagegen der Arbeitslohn von 5½ Pence auf 7 Pence pro Stunde erhöht, ihre Ausrüstung, die sie bisher selbst hatten beschaffen müssen, ihnen erheblich verbessert umsonst zugestellt, und außerdem ihnen, wie überhaupt allen vom Grafschaftsrath angestellten Arbeitern eine Woche Urlaub im Sommer bei vollem Lohn bewilligt. Desgleichen wurden die Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den städtischen Parks, sowie der Angestellten der Feuerwehr verbessert und die Mehrausgabe dadurch einzubringen gesucht, daß, wo es anging, auf den Zwischenunternehmer verzichtet wurde. Vielfach wurden auch — gegen alles Herkommen — Abstriche an den Gehältern der höheren Beamten gemacht. Zum Beispiel wurde das Gehalt des Oberingenieurs von 2200 Pfd. Sterling auf 1500 Pfd. Sterling, das des Chefs der Feuerwehr von 1200 auf 800 Pfd. reduzirt, für den Gerichtsanwalt des Grafschaftsraths 1000 Pfd. statt wie bisher 1750 Pfd. Sterling ausgesetzt, und mit dem Pensionsunfug der höheren Beamten gebrochen. Für diejenigen Arbeiten, welche der Rath nach Lage der Dinge — vielfach ist er sogar noch gesetzlich dazu verpflichtet — Zwischenunternehmern übergeben muß, ist als stehender Grundsatz beschlossen worden, daß diese Zwischenunternehmer sich kontraktlich gegen eine hohe Konventionalstrafe verpflichten müssen, erstens von diesen Arbeiten ohne ausdrückliche Bewilligung des Raths,

die nur ertheilt wird, soweit es sich um Arbeiten handelt, die der Unternehmer aus technischen Gründen nicht in seinem Geschäft anfertigen lassen kann, keine weiter zu vergeben, zweitens den mit der Ausführung betrauten Arbeitern solche Löhne zu zahlen und Arbeitsstunden aufzuerlegen, welche in dem betreffenden Industriezweige allgemein als anständig („fair") anerkannt sind. Da der Begriff „anständig" sehr elastischer Auslegung fähig ist, so hat der Grafschaftsrath in der Praxis sich, wo es anging, mit den Arbeiterorganisationen der betreffenden Industrien über die betreffenden Sätze verständigt. Auch bei Feststellung des Begriffes der Nebenkontrakte wurden Vertreter der organisirten Arbeiter als Sachverständige hinzugezogen, und es dürfte nicht uninteressant sein, hier festzustellen, daß, wie der Bericht der entsprechenden Kommission besagt, die Arbeiter alle Arbeit, die nicht im Tag- d. h. Zeitlohn angefertigt wird, für Nebenkontrakts- oder Schwitzarbeit bezeichneten.

Diese Hinzuziehung der Arbeiterorganisationen, sowie die Schritte, die der Grafschaftsrath unternommen, um das Erleuchtungs- und Wasserversorgungswesen den Kompagnien, die es jetzt monopolisiren, aus der Hand zu nehmen, sein Bestreben, die Straßenbahnen zu kommunalisiren und die Grundbesitzer zu den städtischen Abgaben heranzuziehen, die heute von den Hausbewohnern erhoben werden, alle diese und ähnliche Maßnahmen und Pläne haben ihm den wüthenden Haß derjenigen zugezogen, die sich durch dieselben in ihren Interessen beeinträchtigt fühlen. Und deren Zahl ist durchaus keine geringe. Da sind die Leiter und Aktionäre der oben erwähnten Kompagnien und Alle, die sich mit ihnen solidarisch fühlen, da sind die Brauer und Schenkwirthe, sowie die Besitzer von Musikhallen und ähnlichen Vergnügungslokalen, die der Grafschaftsrath durch seine Temperenzlerei und seinen im ersten Bier- oder, was hier wohl richtiger ist, Limonadeneifer etwas gar zu weit getriebenen „Purismus" vor den Kopf gestoßen, sammt ihrer Stammkundschaft, da sind die Bau- 2c. Unternehmer, da sind allerhand Agenten und Kommissionäre, die in ihrem Geschäft durch den Grafschaftsrath Einbuße erlitten, und last but not least die Firma mit dem langen Namen — d. h. die Grundbesitzerpartei, mit dem steinreichen Whig, dem Herzog von Westminster, und dem torystischen Lord Wemyß von der „Liga für die Vertheidigung von Eigenthum und Freiheit" an der Spitze. Alle diese arbeiten nach Kräften, die Mehrheit des Grafschaftsraths zu sprengen, und sie sind durchaus nicht zu unterschätzende Gegner, denn ihr Einfluß reicht ziemlich weit. Sie verfügen über große Geldmittel, sie haben eine weitverzweigte dienstbare Presse zur Verfügung, und wenn z. B. auch das unter den Londoner Arbeitern sehr stark verbreitete „Daily Chronicle," das in der Reichspolitik mit den liberalen Unionisten geht, in der Frage der Verwaltung Londons mit den Gladstoneanern an einem Strang zieht, so geht dafür die Mehrheit der kleinen Klatschblätter, die auch in Arbeiterkreisen viel gelesene Sportpresse 2c. durch Dick und Dünn mit den Reaktionären, die ihren Kampf für die Interessen der großen Geldsäcke unter allerhand wohlklingenden Schlagworten, wie „fort mit der Verschwendung auf Kosten der Steuerzahler," „fort mit der Puritanerwirthschaft," „fort mit der Tyrannei der Arbeiteragitatoren" und dergleichen führen. Das rothe Gespenst wird überhaupt auch hier schon recht hübsch ausgebeutet.

Weniger bedroht sind die „Progressisten" vorläufig noch von links her. Wohl haben in verschiedenen Distrikten die organisirten Arbeiter eigene Kandidaten aufgestellt, dieser Agitation haben aber die Progressisten dadurch die Spitze abgebrochen, daß sie, ohnehin getrieben durch das in den radikalen Klubs vertretene Arbeiterelement, eine Anzahl dieser Kandidaten einfach als die Ihren akzeptirten.

Bei der nun einmal in den englischen Gewerkschaften stark vertretenen opportunistischen Strömung fanden sie auch von Seiten der sogenannten Gewerkschaftskandidaten bereitwilliges Entgegenkommen. Aber selbst ausgesprochene Sozialdemokraten, wie John Burns, der für Battersea, und Fred. Henderson, der für Clapham — beides Südlondoner Bezirke — kandidirt, werden von den Progressisten als ihre Kandidaten anerkannt, und ebenso figurirt der gemäßigte („fabianische") Sozialist Sidney Webb, der in Deptford, ebenfalls Südlondon, kandidirt, auf der Liste der „Progressisten." Wohl stehen den Progressisten auch hier und da unabhängige Arbeiter- oder sozialistische Kandidaten gegenüber, u. A. einige Vertreter der sozialdemokratischen Federation, aber das sind einstweilen nur noch Franktireurs, der Hauptkampf spielt sich zwischen den Progressisten und den sich Gemäßigte („Moderates") nennenden Reaktionären ab.

Bei den Schulrathswahlen im November vorigen Jahres haben diese den Sieg davongetragen, aber dort lagen ihnen die Verhältnisse auch ganz besonders günstig. Die Wahlkreiseintheilung war eine andere, ebenso die Wahlmethode, es fand gerade unter den radikalen Elementen große Stimmenzersplitterung statt, so daß sich aus dieser Wahl absolut kein Schluß auf den Ausfall der Grafschaftswahlen ziehen läßt. Diese nehmen das allgemeine Interesse in ungleich höherem Maße in Anspruch. Schon jetzt geht es in den Wahlversammlungen äußerst lebhaft zu, und das wird sich noch steigern, je mehr wir uns dem Wahltermin nähern. Wie gesagt, es ist das Vorspiel zur großen Parlamentswahlschlacht, um das es sich handelt, und wohl nicht umsonst haben die oberen Götter der liberalen Partei gerade jetzt ihren Feldzug zur Eroberung Londons aufgenommen. Siegen die Progressisten, so wird es im Lande als ihr Sieg betrachtet werden und ihre Aktien werden steigen, siegen aber die „Gemäßigten," so würden Lord Salisbury und seine Freunde mit Recht Tedeum anstimmen können — ihre Sessel wären gerettet. Es sieht indeß so aus, als ob London mehr nach der linken Seite neigte. Und wäre ihre jammervolle auswärtige Politik nicht, so könnte man den Liberalen nicht nur hier, sondern auch im ganzen Lande den Sieg wünschen, denn er würde die Entwicklung der Dinge unendlich beschleunigen.

E. B.

Das Wachsthum der städtischen Bevölkerung.

I. Im Auslande.

Die Berichte über die letzten Volkszählungen (1890 und 1891) laufen allmälig aus allen Ländern ein, und mit jedem neuen Bericht wird das Bild der Verschiebung zwischen ländlicher und städtischer Bewohnerschaft nicht nur umfassender, sondern auch immer erstaunlicher.

Wahrhaft treibhausmäßig schwellen in allen wirthschaftlich entwickelten Staaten der Welt die Zentren des gewerblichen Lebens auf; das flache Land zeigt überall nur eine geringe Bevölkerungsentwicklung, zum Theil geht seine Bevölkerung absolut zurück. Wo das moderne Leben am stärksten pulsirt, wo alle Lebensverhältnisse die revolutionirendsten sind, dahin rückt immer wuchtiger auch das Uebergewicht der Zahl. Diejenigen Bevölkerungsschichten, auf denen die Stabilität in unserem öffentlichen Leben vorwiegend beruhte, schwinden zusehends zusammen.

Es ist nicht unsere Absicht und hier auch nicht der Ort, alles für diese Erscheinung verfügbare Zahlenmaterial dem Leser vorzuführen. Wir begnügen uns mit der Hervorhebung einiger besonders auffälliger Ergebnisse.

Frankreich.*)

Die Bevölkerung Frankreichs ist bekanntlich fast stationär geworden. Sie wuchs 1881—86 nur um 565 380 Personen, also in fünf Jahren nur um 1,52 Prozent; 1886—91 nur um 208 590 Personen, also gar nur um 0,52 Prozent.

Nun hat aber während des letzterwähnten Jahrfünfts allein das Seinedepartement (also Paris mit seinen Vororten) zugenommen um 249 353 Einwohner, das heißt: reichlich um 40 000 mehr wie das ganze Reich.

Dazu tritt das fortgesetzte Wachsthum fast aller größeren Städte in Frankreich. Von den zehn französischen Städten mit über 100 000 Einwohnern betrug z. B. die Bewohnerzahl:

	1886	1891	Also Zunahme Prozent
(Paris)	(2 256 134)	(2 423 946)	(7,4)
Lyon	400 410	430 322	7,5
Marseille	375 378	406 919	8,4
Bordeaux	238 899	252 054	5,5
Lille	185 951	200 935	8,1
Toulouse	144 714	148 220	2,4
St. Etienne	117 875	133 443	13,2
Le Havre	110 968	116 182	4,7
Rouen	105 501	109 541	3,8

Nur Nantes ist von 125 932 Einwohnern auf 121 054, also um 3,9 Prozent zurückgegangen. Dagegen wuchs St. Nazaire, der Hafen von Nantes, von 15 900 auf 41 000, also um 65 Prozent; Nizza von 75 959 auf 96 284, also um 27 Prozent; Montpellier von 57 231 auf 69 831, also um 22 Prozent; Grenoble von 50 677 auf 60 698, um 20 Prozent. — Insgesammt zeigen die Städte mit mehr als 30 000 Einwohnern einen Zuwachs von 481 128 Bewohnern, sodaß das übrige Land einen Verlust von 272 538 Einwohnern erfahren haben muß.

Von 87 Departements hatten bei der letzten Zählung 59 eine geringere, nur 28 eine größere Bevölkerung wie 1886.

Die vorwiegend landwirthschaftlichen Departements mit wenigen großen Städten haben stets den größten Menschenverlust erlitten. Schon 1886 hatten Departements wie Arriège, La Haute-Saône, Les Baisses-Alpes, Les Hautes-Alpes, L'Eure, Le Calvados, La Manche, L'Orne, Le Var weniger Einwohner wie 1851 — zwischen 1886 und 1891 weist das Departement Les Hautes-Alpes einen Rückgang um 6,43 Prozent auf.

England.**)

Im ganzen Vereinigten Königreich nahm zwischen 1881 und 1891 die Bevölkerung zu um 2 855 435 Einwohner = 8,2 Prozent (1871—81 um 3,4 Millionen Einwohner = 10,8 Prozent). Die Zuwachsrate betrug in England 11,7 Prozent, in Wales 11,6, in Schottland 8,0 Prozent — Irland zeigt eine Abnahme um 468 674 Einwohner, also um 9,1 Prozent.

---

*) Economiste français 28. Nov. 1891. — Journal of the Royal Statistical Society, London, September 1891, Seite 492—497. — Artikel dépopulation in Say's Dictionaire. — Uebrigens sind die Zahlen für 1891 nur „vorläufige."

**) Preliminary Report of the Census, in der Hauptsache abgedruckt im Journal Statist. Soc., S. 457—491. Die Zählung fand am 5. April 1891 statt.

Manche ländliche Distrikte von England und Wales zeigen nach dieser Seite hin eine Entwicklung, die derjenigen Irlands nicht unähnlich ist. Von den 632 Zählungsbezirken, in die England und Wales getheilt sind, weisen nicht weniger wie 271 zwischen 1881 und 1891 einen Bevölkerungsrückgang auf; 202 davon hatten schon in dem vorhergehenden Jahrzehnt (1871—81) Einbußen erlitten. London und die Kohlendistrikte zeigen den stärksten Bevölkerungsaufschwung; in zweiter Reihe stehen die eigentlichen industriellen Gegenden; die vorwiegend landwirthschaftlichen Bezirke stehen überall unter dem Durchschnitt des Bevölkerungszuwachses.

Von den 12 Grafschaften von Wales zeigen nicht weniger wie 9 eine Abnahme, zusammen um 29 008; aber Glamorganshire mit seinen Gruben und Hütten hat einen solchen Bevölkerungszuwachs erfahren, daß für das ganze Land die Zuwachsrate fast dieselbe ist wie für England. Die ländlichen Distrikte entvölkern sich jedoch rasch: Brecknock und Pembroke haben heute nur soviel Einwohner wie im Jahre 1851, Anglesea ist auf den Stand von 1841, Cardigan auf den von 1831, Montgomery sowie Radnor gar auf den von 1821 zurückgesunken.

Wenn wir, dem Zensusbericht folgend, die städtische und ländliche Bevölkerung zusammenfallen lassen mit der Bevölkerung der städtischen und ländlichen Sanitätsdistrikte, so würden wir 1891 1006 städtische Bezirke in England und Wales haben. „Die Gesammtbevölkerung dieser 1006 städtischen Bezirke belief sich auf 20,8 Millionen, sodaß nicht weniger wie 71,7 Prozent der Gesammtbevölkerung von England und Wales in Bezirken lebte, deren Charakter als ein derartig städtischer beurtheilt wurde, daß man ihnen die Vollmachten der „städtischen" Sanitätsverwaltung zuertheilte. Die Bevölkerung theilte sich in:

	Zahl	Prozent
Städtische Bevölkerung . . .	20 802 770 . .	71,7
Ländliche Bevölkerung . . .	8 198 248 . .	28,3
Gesammtbevölkerung	29 001 018 . .	100,0

„Die Einwohnerschaft dieser 1006 Stadtbezirke betrug 1881 18 Millionen, sodaß im Laufe eines Jahrzehnts eine Vermehrung um 15,3 Prozent stattfand, während diese in den übrigen Distrikten nur 3,4 Prozent betrug.

„Die städtische Bevölkerung wächst demnach weit rascher wie die ländliche. Und nicht nur das, sondern je größer, oder vielmehr je volkreicher der städtische Bezirk ist, je entschiedener daher sein städtischer Charakter hervortritt, um so größer ist — im Allgemeinen natürlich und mit mancherlei Ausnahmen — seine Zuwachsrate. . . . Auf der untersten Stufe stehen die städtischen Bezirke mit weniger wie 3000 Einwohnern, oft sind sie ja nur dem Namen nach städtisch; hier finden wir einen Zuwachs von nur 2,6 Prozent. Höher steht schon die Gruppe der städtischen Bezirke bis zu 10 000 Einwohnern, hier beläuft sich der Zuwachs auf 9,6 Prozent; auf der folgenden Stufe beträgt er 18,9 Prozent; er wächst, bis wir zu den Städten mit 50—100 000 Einwohnern gelangen, bei denen wir die höchste Zuwachsrate, nämlich von 22,9 Prozent, erreichen." Wenn dann scheinbar wieder eine rückläufige Bewegung eintritt — bei den Städten mit 100—250 000 Einwohnern auf 19,1 Prozent, bei den Städten mit über 250 000 Einwohnern auf 9,1 Prozent — so liegt das nur daran, daß diese Großstädte meist von allen Seiten bereits von Vororten umschlossen sind und in ihrer örtlichen Ausdehnung wenig oder gar nicht mehr wachsen können: ihre Vororte sind es alsdann, in denen sich das rapide Wachsthum vollzieht. In der

City von London zeigt sich bei jeder Zählung ein Rückgang der Einwohnerschaft; aber Leyton, Willesden, Tottenham, West Ham — Vororte der Riesenstadt — nahmen zwischen 1881 und 1891 um 133,5, 121,9, 95,0 und 58,9 Prozent zu!

Das Ungeheuer London, die Krönung dieser ganzen Entwicklung, ist mit seinen Vororten nunmehr bis auf 5,63 Millionen angeschwollen. Es zählt mehr Einwohner wie der ganze australische Erdtheil, oder wie Kanada, das so groß ist wie ganz Europa. Länder von historischer Bedeutung wie Holland, Schottland, Irland, Bayern, Schweden, Portugal, das Königreich Sachsen haben niemals eine solche Volkszahl aufzuweisen gehabt.

Ueber Schottland heißt es in unserem Bericht, daß die großstädtischen Bezirke an Bevölkerung um 12,63 Prozent zunahmen, die mittelgroßen städtischen Bezirke um 20,51 Prozent, die kleinen um 6,26 Prozent. Dagegen nahmen die vorwiegend ländlichen Bezirke an Bevölkerung um 0,55 Prozent ab. Die Grafschaften Sutherland, Roß und Cromarty, Kinroß und Wigtown gehen bereits seit 1851, Shetland, Caithneß und Berwick seit 1861 zurück.

Irland hat keine Bergwerke und wenig konzentrirte Industrie; es hängt in fast allen seinen Theilen von der Landwirthschaft ab und ist in allen seinen Grafschaften zurückgegangen an Bevölkerung, mit Ausnahme derjenigen Counties, in denen Dublin und Belfast liegen. Seit der großen Hungersnoth von 1846 hat sich Irland rapid entvölkert, die genannten beiden Großstädte sind heute drei- und viermal so stark an Bevölkerung wie vor der Hungersnoth.

Vereinigte Staaten.

Das Zensus-Bulletin Nr. 52, datirt vom 10. April 1891*), beschäftigt sich eingehend mit dem immer stärkeren Vordringen des städischen Elements auch in Amerika. Wir heben daraus folgende Stellen hervor.

Die Gesammtbevölkerung betrug 1890 62,6 Millionen, davon die städtische Einwohnerschaft 18,2 Millionen, also 29,12 Prozent. „Der Antheil der städtischen Bevölkerung ist in den letzten hundert Jahren (1790—1890) schrittweise von 3,35 auf 29,12 Prozent gestiegen, oder von einem Dreißigstel auf nahezu ein Drittel der Gesammtbevölkerung. Der Zuwachs war bis 1880 ein ganz regelmäßiger, während wir zwischen 1880 und 1890 einen plötzlichen Sprung von 22,57 auf 29,12 Prozent wahrnehmen, wodurch die beschleunigte Bewegung unserer Bevölkerung nach dem städtischen Leben hin sehr scharf hervortritt."

Die industriellen Neuenglandstaaten sind natürlich am höchsten städtisch entwickelt, während weite Distrikte im Süden und Nordwesten hervorragenderer städtischer Bestandtheile noch ganz entbehren.

„Der Nord-Atlantische Bezirk allein umschließt fast die Hälfte der ganzen städtischen Bevölkerung unseres Landes, mit den nördlichen zentraleren Staaten zusammen sogar fünf Sechstel. In den Nordstaaten der atlantischen Küste wohnen 51,58 Prozent, oder mehr wie die Hälfte der gesammten Einwohnerschaft in Städten mit 8000 und mehr Einwohnern. In diesem Theile der Union hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre das städtische Element um 43,53 Prozent vermehrt, während die Gesammtbevölkerung hier nur um 19,95 Prozent zunahm. Alle Staaten zeigen hier die gleiche Entwicklung, mit Ausnahme von Vermont, dessen städtische Bevölkerung nur wenig wuchs. In Maine, Vermont, Massachusetts und New York ist die städtische Bevölkerung um mehr Köpfe gewachsen wie die Gesammtbevölkerung, so daß hier also das flache

*) Abgedruckt im Journ. Stat. Soc., S. 502 ff.

Land thatsächlich an Bevölkerung eingebüßt hat. Diese rapide Vermehrung des städtischen Elements in dem nördlichen atlantischen Bezirk ist hervorgerufen durch die ähnlich rapide Ausdehnung der Industrie und des Handels, die beide die Anhäufung der Bevölkerung an bestimmten Orten verlangen. — In den nördlichen mittleren Staaten finden wir 25,90 Prozent, etwas mehr wie ein Viertel der Bevölkerung als städtisch verzeichnet. Die städtische Bevölkerung hat sich hier seit zehn Jahren beinahe verdoppelt, während die Gesammtbevölkerung nur um 28,78 Prozent gewachsen ist. — In den südlichen atlantischen und den südlichen Mittelstaaten ist der Antheil der städtischen Bevölkerung verhältnißmäßig klein: in den ersteren war er nur 16,04 Prozent, also weniger wie ein Sechstel, in den letzteren 10,45 Prozent, in beiden südlichen Theilen noch nicht ganz 13 Prozent. Die Beschäftigung der Bevölkerung dieser Staaten ist vorwiegend eine landwirthschaftliche; wenn Industrie- und Bergwerksbetriebe auch einigen Fortschritt machen, so stecken sie doch noch in den Kinderschuhen. Der Fortschritt dieser Erwerbszweige mag an dem Wachsthum des städtischen Elementes gemessen werden. Im Jahre 1880 umfaßte dieses 1 616 095 Köpfe und lieferte also 10 Prozent zur Gesammtbevölkerung. 1890 umfaßte es 2 567 602 Köpfe, war also um 58,88 Prozent gewachsen, während die Gesammtbevölkerung nur um 20,07 Prozent wuchs. In manchen dieser Staaten ist das städtische Element noch immer verschwindend; so macht es in Mississippi nur 2,64, in Nord-Karolina nur 3,87, in Arkansas nur 4,89 Prozent der Bevölkerung aus.

„Die Zahl der Städte mit mehr als 8000 Einwohnern stieg von 1790 bis 1880 von 6 auf 286, von wo sie auf 443 im Jahre 1890 emporschnellte... 1880 gab es nur eine Stadt, New York, die über die Million hinausragte. 1890 gab es deren drei: New York, Chicago, Philadelphia. 1870 gab es nur 14 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern. 1880 gab es 20, 1890 28... Das Wachsthum vieler Städte, besonders im Westen des Mississippi, ist staunenerregend gewesen. Chicago hat in zehn Jahren eine halbe Million Einwohner gewonnen, sich also in diesem Zeitraum mehr wie verdoppelt. Minneapolis, St. Paul, Omaha, Kansas City und Denver haben ihre frühere Bevölkerungszahl verdreifacht und vervierfacht, während im ganzen Westen kleinere Städte wie durch Zauber entstanden sind.“

Kanada.*)

Auch hier ist nach dem letzten Zensus die Bevölkerung in den rein ländlichen Bezirken vielfach nicht gewachsen; in ganz Kanada betrug deren Zunahme nur 120 455, wovon der größere Theil, ja fast Alles auf Manitoba und die nordwestlichen Territorien entfiel. Weiter beweist die kanadische Volkszählung nach Colmer, „daß ein starker Zustrom nach den Städten (cities and towns) stattfand, nicht nur aus der Landwirthschaft heraus, sondern auch seitens der Neueingewanderten. Die städtische Bevölkerung Kanadas ist jetzt 1 394 259, sie nahm demnach seit 1881 um 384 146, das sind 38,1 Prozent zu (der Gesammtzuwachs betrug nur 504 601). 1891 gab es 47 Städte mit mehr wie 5000 Einwohnern, zehn Jahre vorher nur 35. In demselben Zeitraum wuchsen die Städte von 3000 bis zu 5000 Einwohnern von 38 auf 45, die Orte von 1500 bis zu 3000 Einwohnern von 55 auf 91. Es ist daher augenscheinlich, daß die großen Bevölkerungszentren gewonnen haben auf Kosten des flachen Landes.“

*) The Canadian Census. By J. G. Colmer, C. M. G., Fortnightly Review, Dezember 1891.

Verschiedene Länder.

In Norwegen betrug, wenn man die Zählung vom 1. Januar 1891 vergleicht mit der letztvorhergehenden vom 31. Dezember 1875:

	1875	1891	Zunahme Prozent
Die ländliche Bevölkerung . .	1452694	1525537	5,0
Die städische Bevölkerung . .	360730	473639	31,3
Die Gesammtbevölkerung . .	1813424	1999176	10,2

Die städtische Bevölkerung wuchs also um 112909 Köpfe, während das Land nur einen Zuwachs von 72843 erfuhr. Die Aemter Christians und Hedemarkens (beide zum Stift Hamar gehörig) und Nord-Trondheim zeigen in diesem Zeitraum sogar eine absolute Abnahme, Christians eine solche von 6,3 Prozent.

Auch in Dänemark stellte die Volkszählung vom 1. Februar 1890 eine starke Zunahme der Städte gegenüber der Zunahme auf dem Lande fest.

Oesterreichs Bevölkerung*) ist zwischen 1880 und 1890 nach der Zählung vom 31. Dezember 1890 um 7,6 Prozent gestiegen. Den stärksten Zuwachs erfuhr nach der Stadt Wien (21,9 Prozent) das industriell hochentwickelte Niederösterreich mit 13,8 Prozent, den schwächsten Zuwachst Thyrol mit seiner Landwirthschaft (nur 0,9 Prozent); Kärnthen und Krain zeigen ebenfalls nur eine Zuwachsrate von 3,4 und 3,6 Prozent.

Der Kampf um die Volksschule.

Von Dr. L. S.

Die Zeitungen der freisinnigen und liberalen Bourgeosie haben bei der Erörterung des Zedlitz'schen Volksschulgesetzentwurfes die sonderbare Entdeckung gemacht, daß die sozialdemokratische Presse dem Kampf um die Herrschaft in der Schule merkwürdig apathisch zusehe. Wir sollen also genöthigt werden, uns lang und breit, wie es die Tante Voß uns vormacht, über die „Prinzipien“ des Volksschulunterrichtes mit Freunden und Gegnern auseinanderzusetzen, trotzdem das Parteiprogramm klipp und klar, kurz und bündig unsere Forderungen feststellt, und man recht gut weiß, daß wir davon auch nicht die kleinste Kleinigkeit ablassen. In philosophischer Ruhe wird die sozialdemokratische Partei ein klerikales Volksschulgesetz ertragen, überzeugt, daß die geistlichen Gensdarmen den wahren Kulturfortschritt ebensowenig aufhalten werden, wie die anderen Polizeimannschaften es vermocht haben. Wozu also ins Blaue hinein reden? Wenn man aber unsere Auffassung bestimmter Fragen zu erfahren wünscht, so sind wir offenherzig genug, die gewünschte Aufklärung „voll und ganz“ zu geben.

Der preußische Kultusminister und die klerikale Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses verkünden als einen ersten Grundsatz: Ohne Konfessionalität keine Religion; ohne Religion keine Sittlichkeit; also keine sittliche Volkserziehung ohne möglichst weitgehende Mitwirkung der anerkannten Konfessionen, also auch kein Schutz gegen das Gift der Sozialdemokratie und des Atheismus ohne die anerkannten Katechismen, Gesang- und Gebetbücher. Ein Sturm, so stürmisch man lange keinen erlebt hat, erhob sich ob dieser unzweideutigen Erklärung der junkerlichen und priesterlichen Absichten und Ansichten auf der freisinnigen Linken; in den Reihen der Nationalliberalen wurde die liberale Gesinnung aus den ver-

*) Mayr, Statist. Archiv 1890, S. 677 ff.

borgensten Schlupfwinkeln herausgewühlt; und selbst bei den Freikonservativen wehte ein oppositioneller Hauch. Es hat mehrere Tage gedauert, bis das Unwetter sich verzog.

Hat der Sturm das klerikale Schulgesetz weggeblasen? O nein! Die Klerikalen hatten eine spanische Wand aufgestellt, mit der Aufschrift: Atheismus oder Religion! Und diese, ach, so durchsichtige spanische Wand hat den ganzen gewaltigen Sturm absorbirt und vernichtet.

Es ist geradezu lächerlich, wie sich die tapferen Freisinnigen benommen haben. Man sagte ihnen: Wollt ihr nicht unsere anerkannte Religion in den Volksschulen, so seid ihr Atheisten und Hilfstruppen der Sozialdemokratie. Anstatt nun zu antworten: Eure Kirchlichkeit ist keine Religion; wir verkünden im Namen der Kultur und der Wissenschaft, in Uebereinstimmung mit dem Geist der nationalen Dichter und Denker, daß das moralische Gesetz in uns, die freie Sittlichkeit, nicht an Religionen, am wenigsten aber an bestimmte Glaubensbekenntnisse gebunden ist; und wenn Atheist heißen soll, wer eure Religiosität verwirft, so werden wir mit Stolz diesen Kampfesnamen tragen — statt klar und offen zu antworten, winselten sie: Wir sind keine Atheisten.

Zuweilen freilich, aber nur zuweilen, klang aus dem Wortschwall ein wirklich liberaler Gedanke heraus; selbst ein Virchow, der doch in der Wissenschaft einen Rang hat, vermochte nicht, sich zur Höhe einer wissenschaftlichen Idee aufzuschwingen. Von den Nationalliberalen und Freikonservativen haben wir keine großen Gedanken erwartet; die ganze Opposition der Mittelparteien spitzte sich darauf zu, daß die sogenannten liberalen Protestanten die Herrschaft über die Schule nicht zwischen die Anhänger des unseligen Stöcker und die Nachfolger des seligen Windthorst theilen lassen wollen. Sie gab vor, daß ihr Auch-Protestantismus eine wirksamere Waffe gegen die Sozialdemokratie sei, als der Buchstabenglaube der Orthodoxie.

Indem der Sturm der Opposition das Schimpfwort Atheismus von oben erwähnter spanischer Wand auslöschte, erschöpfte er seine Energie zur Hälfte. Der Rest lebendiger Kraft richtete sich gegen die Sozialdemokratie.

Es ist nöthig, das Ergebniß der Verhandlungen zu überschauen, um dem Gesetzentwurf die Karten legen zu können. Dies ist die Situation: In keiner Partei des hohen Hauses giebt es Atheisten; alle Parteien wollen dem Volke die Religion erhalten; alle wollen Thron und Vaterland vor den Angriffen der Sozialdemokratie schützen. Der Kultusminister besitzt eine köstliche Bonhommie und wird nicht viel Aufhebens davon machen, wenn hier und da Aenderungen beliebt werden. Immerhin bleiben nur drei Möglichkeiten: entweder beräth man an dem Entwurf bis zum Schluß der Session und es bleibt Alles, wie es war, nämlich der Minister räumt den Klerikalen soviel Gewalt ein, wie ihm beliebt; oder man bringt das Gesetz zu Stande unter Mitwirkung der Nationalliberalen, denen man einige kleine Konzessionen macht; oder endlich die klerikal-konservative Majorität setzt sich über alle Rücksichten weg und macht das Gesetz allein fertig. Für uns macht es keinen Unterschied, ob es den Herren so oder so beliebt. Wir kennen den neuen Kurs und behalten unseren alten Kurs bei.

Wohin will denn unser Kurs mit der Volksschule? Zunächst nehmen wir die Schlagworte der Klerikalen auf und bekennen uns als Atheisten. Ist die Leugnung ihrer Religiosität Atheismus, nun wohl, wir sprechen dafür ihrer Religiosität das Merkmal der Sittlichkeit ab. Als Atheisten in diesem Sinne haben wir die großen Dichter und Denker aller Nationen zur Gesellschaft. Wir wollen sie nicht alle zitiren, nur an Schiller sei erinnert, mit Rücksicht auf des

Kultusministers kühne Behauptung über das Verhältniß zwischen Religiosität und Sittlichkeit:

> „Welche Religion ich bekenne? Keine von allen,
> Die Du mir nennst. — Und warum keine?
> Aus Religion.“

Es ist nicht eine Parteiangelegenheit der Sozialdemokratie, wenn wir die Katechismusmoral der Konfessionen im Namen einer höheren Sittlichkeit bekämpfen. Vielmehr vertreten wir die Kultur gegenüber ihren Unterdrückern, den Priestern der Kulte. Wir verlangen zwar nicht, daß die offiziellen Vertreter der Wissenschaft sich über unsere wirthschaftlichen und politischen Ziele Klarheit verschaffen; in sogenannten praktischen Fragen werden deutsche Gelehrte wohl immer hinter den Anforderungen der Zeit zurückbleiben. Aber Eins haben wir zu fordern, daß man nicht auch die geistige Kultur verleugne. Wenn die Professoren der Philosophie an den Universitäten nicht einstimmig im Namen der Philosophie und der Wissenschaft der ministeriellen Lehre von der Unterordnung der Sittlichkeit unter das Glaubensbekenntniß einen geharnischten Protest entgegenstellen, so wissen wir, was wir von ihnen zu halten haben.

Nur der ethische Materialismus des Philisterthums kann sich sträuben, die unabweisbare Folgerung zu ziehen: der konfessionelle Religionsunterricht kann nicht Grundlage der Volkserziehung sein; also müssen wir die Trennung des Religionsunterrichts und der gesellschaftlichen Volkserziehung durchführen und der Erziehung als Grundlage und Endziel die größten geistigen Güter der Menschheit — Sittlichkeit, Wissenschaft, Kunst und Dichtung — geben.

Da wir für Freiheit und nicht für Zwang kämpfen, werden wir die Schule nicht zu einer Anstalt machen, in der der Name Gottes nicht genannt werden darf. Hält der Lehrer an der Vorstellung eines persönlichen Gottes fest, ist Gott ihm nothwendig für das Reich der Sittlichkeit, für die Gesetzmäßigkeit der Welt, für den reinen Ausdruck des allgemein Menschlichen in Kunst und Dichtung — so lehre er getrost und gebe der ihm anvertrauten Jugend das Beste, was er hat. Ist er dagegen durchdrungen von den Forderungen seines Berufes, aber frei von religiösen Vorstellungen, so soll er nicht gezwungen werden, religiöse Vorstellungen zu lehren. Er wird geschützt sein gegen die Pfaffen der Konfessionen, wie der gottesgläubige Lehrer gegen etwaige Pfaffen des Biertisch-Atheismus.*)

Die Lehrer-Erziehung ist, wie man sieht, nach unserer Auffassung eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft.

Es erübrigt noch, von einigen Nebenpunkten zu reden. Der Zedlitz'sche Entwurf zwängt alle Volksschulen in dieselbe Schablone, die nach dem Muster einer posenschen Dorfschule geschnitten ist.

Wir fordern, daß überall die allgemeine, d. h. die für Jedermann offene Schule den Bedürfnissen der Bevölkerung entspreche, und fassen die Möglichkeit ins Auge, daß die Volksschule an einem Orte ein beschränkteres Lehrziel hat, während sie sich anderswo zu Gymnasium und Universität erweitert. Die Bedürfnißfrage hat unter allen Umständen die Gemeinde der Schulinteressenten zu entscheiden. Höhere „Behörden“ haben nur darüber zu wachen, daß die Schule nicht hinter berechtigten Anforderungen zurückbleibe.

Wer Lust hat, eine Privatschule zu gründen, mag es thun. Die Gesellschaft wird dem Privatunterricht volle Freiheit gewähren und nur fordern, daß er ein Mindest-

---

*) Ein Nachwort zu den Ausführungen unseres geehrten Herrn Mitarbeiters, denen wir uns keineswegs in allen Punkten anschließen können, erscheint wegen Raummangels erst im nächsten Heft. Die Redaktion.

maß nicht blos in seinen Unterrichtsplänen aufweise, sondern auch wirklich erfülle. Aus religiösen Gründen dürfte Niemand seine Kinder von den öffentlichen Schulen fernhalten, da Niemand durch den allgemeinen Unterricht in seinen religiösen Gefühlen verletzt werden kann und die Religionsgemeinschaften alle Freiheiten genießen.

Wir wollen unseren Gegnern nicht widersprechen, wenn sie dies Schulprogramm eine Utopie nennen. Es würde noch utopischer erscheinen, wenn wir ihnen erklären wollten, wie sich die große Streitfrage des Geschichtsunterrichts lösen läßt. Solange der Geschichtsunterricht dynastischen und konfessionellen Interessen unterworfen wird, ist selbst die Simultanschule eine Utopie.

Wir leben aber der Hoffnung, daß die Utopie der freien allgemeinen Volksschule verwirklicht wird und richten, wie es der philosophische Vorkämpfer des Proletariats, F. A. Lange, fordert, den Kampf der Befreiung, den absichtlichen und unversöhnlichen Kampf gegen die Punkte, wo die Bedrohung der Freiheit, die Hemmung der Wahrheit und Gerechtigkeit ihre Wurzel hat: „gegen die weltlichen und bürgerlichen Einrichtungen, durch welche die Kirchengesellschaften einen depravirenden Einfluß erlangen, und gegen die unterjochende Gewalt einer perfiden, die Freiheit der Völker systematisch untergrabenden Hierarchie ....“ (Geschichte des Materialismus, Bd. II, S. 557.)

Gegen die Religion kämpfen wir nicht. Hat sie einen idealen Inhalt, so wird er sich bewähren, „und er mag dann auch ferner in dieser Form bewahrt bleiben, bis die Zeit ein Neues schafft. Es ist dann nicht einmal sehr zu beklagen, wenn der Inhalt der Religion von den meisten Gläubigen, ja selbst von einem Theil der Geistlichen noch als buchstäblich wahr betrachtet wird; denn jener völlig todte und inhaltsleere Buchstabenglaube, der immer verderblich wirkt, ist kaum möglich, wo jeder Zwang hinwegfällt.“

Entgegnung.

Auf meine Kritik seiner Schrift „Die kommunistische Gesellschaft, Lehren und Ziele der Sozialdemokratie“ hat sich Herr Dr. Hammann gemüßigt gefühlt, in Heft 9 der „Neuen Zeit“ mit einer „thatsächlichen Berichtigung“ zu antworten, in welcher er verschiedene meiner Ausführungen als unrichtig zurückweist. Da hierdurch leicht der Anschein erweckt werden könnte, als wäre ich aus politischer Voreingenommenheit zu weit gegangen und hätte Herrn Dr. Hammann etwas unterschoben, wozu ich dem Inhalt seiner Schrift nach nicht berechtigt sei, so sehe ich mich genöthigt, für die Richtigkeit des von mir Gesagten nachstehend die Beweise zu liefern. Sehr gerne hätte ich gesehen, wenn diese gleich der Berichtigung hätten angefügt werden können; ich war aber zur Zeit, als mir die Redaktion den Brief des Herrn Hammann zusandte, krank und mußte mich kurz darauf einer gewagten Operation unterwerfen, die mich bislang am Schreiben hinderte und es mir auch jetzt noch sehr erschwert.

1. Aus der nicht zu bestreitenden Thatsache, daß die von Herrn Dr. Hammann an dem sogenannten ehernen Lohngesetz geübte Kritik denselben Gedankengang enthält, wie der Bernstein'sche Aufsatz, und ferner einzelne Stellen in beiden Abhandlungen eine auffallende Wahlverwandtschaft verrathen*), glaubte ich schließen

---

*) Dies gilt nicht nur von den zitirten beiden Sätzen in Heft 4, Seite 119; es lassen sich noch eine ganze Reihe anderer Stellen aufzählen. So führt z. B. Bernstein, nachdem er von Malthus und dessen Vorgängern gesprochen, Seite 339 (IX. Jahrg., I. Band der „Neuen Zeit“) aus, wie nur zur Zeit der „manufaktur-

zu dürfen, die Arbeit des Herrn Bernstein habe Herrn Dr. Hammann bei seinen Expektorationen als Unterlage gedient; wenn demgegenüber der letztere jetzt berichtigt, daß er die in seiner Auseinandersetzung enthaltenen „allgemeinen Wahrheiten“ nicht von Bernstein entlehnt, sondern sie in Marx' „Elend der Philosophie“ und „Kapital“ gefunden hat, so will ich dies gelten lassen, obgleich ich bei Marx nur einige seiner Argumente, bei Bernstein aber sämmtliche finde. Denn ob Herr Dr. Hammann seine Beweisführung bei Bernstein oder bei Marx zusammengeholt hat, das ist gänzlich nebensächlich. Nicht daß er speziell von Herrn Bernstein entlehnt hat, habe ich Herrn Dr. Hammann in meiner Rezension seiner Schrift zum Vorwurf gemacht und machen wollen (wenngleich ich dies nach der eigenthümlichen Aehnlichkeit beider Abhandlungen annehmen mußte), sondern, daß er ungenirt, ohne anzugeben, woher alle seine Argumente genommen sind, vor Lesern, die größtentheils die sozialistische volkswirthschaftliche Literatur nicht kennen, mit einer Kritik paradirt, von welcher ihm nur die äußere Fassung, nicht aber der Ideengang angehört. Wenn Herr Dr. Hammann sich das Vergnügen leisten will, das eherne Lohngesetz, nachdem es durch die Vorgänge in Halle und die sich daran schließende Erörterung in der sozialistischen Presse abgethan ist, nachträglich noch einmal kritisch zu vernichten, so kann man ihm das kindliche Spiel herzlich gerne gönnen; nur muß er dann, wenn er anderer Leute Argumente dazu braucht, dies gefälligst dabei bemerken; statt dessen aber beschränkt er sich darauf, einfach am Schluß des Kapitels hinzuzufügen: „Die sozialdemokratische Partei will ausgesprochenermaßen von dem Glauben, daß es ohne radikale Umwälzung besser werden könne, nichts wissen. Außerdem aber ist sie in dem langsamen Prozesse, indem sie sich die viel schwierigeren Lehren von Marx angeignet, wirklich zu der wissenschaftlichen Erkenntniß der Unhaltbarkeit des Lassalle'schen Lohngesetzes gekommen. Bei Marx fand sie dasselbe bewiesen, was Lassalle in

---

mäßigen Produktion“ die dem Lohngesetz zu Grunde liegende Anschauung entstehen konnte und fährt dann fort: „Was ist das charakteristische Merkmal der Manufakturproduktion? Daß sie bereits kapitalistisch betrieben wird, jedoch noch mit einem Fuß im Handwerk steckt. Sie beruht auf der Theilung der Arbeit im Einzelbetrieb, während das Handwerk ursprünglich nur die Theilung der Arbeit in der Gesellschaft darstellt. Der Einzel- oder Theilarbeiter in der Manufaktur bleibt jedoch im Wesentlichen Handwerker, dessen persönliche Geschicklichkeit, die handwerksmäßige Virtuosität in seiner Spezialverrichtung, so einfach diese auch sein mag, die Grundlage des ganzen Mechanismus bleibt. Ist er vom Unternehmer abhängig, direkt aus ökonomischen Ursachen, nicht wie der Arbeiter im Zunfthandwerk, infolge von Innungsvorschriften, so ist auf der anderen Seite der Betrieb des Unternehmers von ihm abhängig. Der ganze Mechanismus des manufakturmäßigen Betriebes geräth ins Stocken, wenn der angelernte Theilarbeiter seine spezielle Funktion einstellt.“

Ebenso Dr. Otto Hammann Seite 9 seiner Schrift:

„Der Gedanke ist also in der sogenannten Manufakturperiode entstanden, in der der Großbetrieb mit ausgedehnter Arbeitstheilung das Zunfthandwerk verdrängte, aber der Arbeiter infolge der unentbehrlichen Geschicklichkeit seiner Hand immer noch im Vergleich zu der nachfolgenden Periode der Maschinenindustrie eine gewisse wirthschaftliche Selbständigkeit gegenüber dem Unternehmer behauptete.“

Weiter bemerkt Bernstein Seite 533:

„Das „eherne Lohngesetz“ unterstellt, daß, wenn die Löhne wegen Mangel an Arbeiterangebot über den nothwendigen Lebensunterhalt gestiegen sind, die Arbeiter leichter Ehen eingehen und sich schneller vermehren als sonst, so daß in gewisser Zeit vermehrtes Angebot von Arbeitskräften geschaffen wird, das den Lohn wieder herunterdrückt. Dieses Räsonnement setzt, von seinen sonstigen Fehlern abgesehen, eine Produktionsweise voraus, die sich höchstens in Perioden fortentwickelt, die mit

Anlehnung an ältere Schriftsteller beweisen wollte, die Unmöglichkeit für die Arbeiterklasse, im Durchschnitt mehr als die Kosten zur Bestreitung des einfachen Lebensbedarfs zu verdienen; nur daß dieser Beweis nicht mehr auf die Erscheinungen einer überholten Stufe der Produktionsweise gegründet ist, sondern von der Kritik der modernen Waarenerzeugung und der Vertheilung des Produktionsertrages ausgeht“ 2c.

2. Herr Dr. Hammann verwahrt sich dagegen, Werth und Preis identifizirt zu haben. Um nachzuweisen, daß dies trotzdem der Fall, dazu bedarf es nur eines beliebigen Zitats aus seiner hierauf bezüglichen Polemik. Seite 16 seiner Schrift heißt es z. B. wörtlich: „Nun hat aber Marx vor Allem den Austausch von beliebig vermehrbaren Industriewaaren, also Seltenheitsstoffe, Monopolverhältnisse ausgenommen, im Auge. Wie ist es da? Marx sagt, unter der Voraussetzung der Nützlichkeit eines Gegenstandes ist lediglich die Arbeit die Quelle seines Werthes; infolge dessen scheidet er die Nützlichkeit, den Gebrauchswerth, ganz aus der Werthbestimmung der Waaren aus. Das ist aber bedenklich, weil der Grad der Nützlichkeit, die Dringlichkeit des Wunsches, einen Gegenstand von gewisser Art zu erwerben, sehr starkem Wechsel unterliegt. Die eine mechanische Weberei stellt graue, die andere blaue Leinwand (für Arbeitsröcke 2c.) her; in dem grauen Kittel soll so viel Arbeit stecken, als in dem blauen, trotzdem sinkt jener im Werthe, weil nun einmal blaue Kittel bevorzugt werden oder umgekehrt. Ehe die Weberei auf graues Leinen sich auf blaues einrichtet, ist vielleicht gestreiftes in Mode gekommen. Die Gleichung 1 Tuchrock = 20 Ellen Leinwand verschiebt sich nicht nur, wenn Tuchröcke sehr beliebt werden, sondern auch, wenn Leinwand im Werthe sinkt, weil etwa Baumwolle (Shirting) mehr in Aufnahme kommt.“

„Diese handgreiflichen Erscheinungen des wirthschaftlichen Lebens sind nun keineswegs den Marxisten verborgen geblieben. Sie erwidern:

---

dem Heranwachsen einer neuen Arbeitergeneration zusammenfallen. Ein „Märchen aus alten Zeiten.“

„Als das „Kapital“ geschrieben wurde, pflegte sich der Periodenwechsel des industriellen Zyklus — mäßiger Geschäftsgang, beschleunigter Geschäftsgang, rasender Geschäftsgang, Krise und darauffolgende Stagnation — etwa in zehn Jahren abzuspielen. Seitdem sind diese Perioden immer kürzer geworden, und mit immer stärkerer Wahrheit gilt das Wort von Marx: „Bevor in Folge der Lohnerhöhung irgend ein positives Wachsthum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber und abermal abgelaufen, worin der industrielle Feldzug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß.“

Ebenso Herr Dr. Hammann Seite 9:

„Schon ein drastisches äußeres Merkmal kann uns belehren, wie verkehrt die Behauptung ist, steigende Löhne trügen zur Vermehrung der Bevölkerung bei und letztere bewirke dann wieder ein Fallen der Löhne, weshalb die Löhne im Durchschnitt immer um den Punkt des nothwendigen Lebensunterhalts sich bewegten. Im vorigen Jahrhundert und im Anfang dieses Jahrhunderts traten die großen Absatzkrisen in Pausen von 50, 40, 30 Jahren auf, sie rechneten nach Menschenaltern; heute wiederholen sie sich in viel kleineren Zwischenräumen, etwa alle 10, alle 5 Jahre. Die Löhne schwanken keineswegs von Generation zu Generation, wie es nach dem Lohngesetz der Fall sein müßte, sondern viel häufiger und ehe überhaupt die Wirkungen von Familiengründungen einerseits, oder von Ehelosigkeit, Auswanderung 2c. andererseits sich gelten machen können.“

Solche Beispiele lassen sich noch verschiedene anführen. Es ist erstaunlich, wie Herr Dr. Hammann immer genau dieselben Gedanken wie Herr Bernstein hat, obgleich beide Herren sonst so weit in ihren politischen und volkswirthschaftlichen Ansichten differiren.

„Ihr Meister habe nicht den einzelnen Tauschfall, sondern die Waarenproduktion und den Waarenumlauf im Ganzen im Auge, er sehe von den sich im Laufe der Zeit ausgleichenden Einflüssen des jeweiligen Angebots und der jeweiligen Nachfrage ab und gebe das Gesetz an, nach dem sich die Tauschwerthhöhe regelmäßig gestalte. Das ist ganz richtig. Allein wir behaupten gerade: In der kapitalistischen Produktionsweise — und ausdrücklich nur ihr gilt die Marx'sche Kritik und Theorie — ist es Regel, daß die Gebrauchswerthe, die Absatzfähigkeit auch der beliebig vermehrbaren Waaren dem Grade nach wechseln, daß die Thätigkeit der richtigen oder falschen Berechnung des Bedarfs das Werthverhältniß der Waaren untereinander fortwährend mitbestimmt, d. h. daß die Menge der Erzeugungsarbeit nicht ausschließlich die Form des Werthes, den Tauschwerth bestimmt. Allerdings kann, wie erwähnt, der Begriff der gesellschaftlich nothwendigen Arbeit nicht bloß die Arbeit bezeichnen, welche nach dem jeweiligen Stande der Produktionsbedingungen zur Herstellung des Produkts durchschnittlich erforderlich ist, sondern den Gedanken einschließen, daß mit dieser Arbeit auch der Bedarf genau getroffen, nicht mehr und nicht weniger, als gerade nöthig, erzeugt wird. Aber wo gilt diese Regel in der kapitalistischen Produktion mit ihren Absatzstockungen und Handelskrisen?"

Gegenüber dieser offenkundigen Verwechslung des Werthes mit dem Preis nimmt sich die ernsthafte Versicherung des Herrn Dr. Hammann, daß er Werth und Preis nicht identifizirt habe, recht sonderbar aus. Die Summen, die für Waaren bei deren Kauf von den Konsumenten gezahlt werden, in diesem Falle also für die grauen und blauen Arbeitskittel, das, sehr verehrter Herr Doktor, sind eben gar nicht die Werthe (Tauschwerthe) derselben im Sinne von Marx, sondern die durch Angebot und Nachfrage bestimmten Preise, die nach den besonderen lokalen Konkurrenzverhältnissen, Marktzufuhr, Mode, Geschmack 2c. 2c. beständig schwanken, bald über, bald unter dem Werthe stehen; durch welche in ihrer Gesammtheit aber erst das Werthgesetz zur Geltung kommt, die Bestimmung des Waarenwerthes durch die zur Herstellung der Waaren gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit. Wenn in einer Stadt oder Ortschaft genau dieselbe Waare bei gleichen Transportkosten, weil sie dem dortigen Geschmack nicht entspricht, zu große Vorräthe eingenommen sind, unter den Händlern scharfe Konkurrenz besteht 2c., wesentlich billiger verkauft wird als in einem anderen vielleicht ganz nahe gelegenen Ort, wo Geschmack und lokale Verhältnisse in entgegengesetzter Richtung wirken, so kann doch unbedingt, falls man nicht annehmen will, daß ein Werth wieder mehrere andere von ihm selbst abweichende Werthe hat, nicht von verschiedenen Werthen, sondern nur von verschiedenen Preisen die Rede sein; höchst wahrscheinlich stehen in anderen benachbarten Oertern je nach den speziellen lokalen Geschäftsverhältnissen die Preise noch niedriger oder höher, möglicherweise differiren sie sogar in sämmtlichen einzelnen Geschäften derselben Stadt. Richtet sich auch der Preis einer Waare nach ihrer Werthgröße, so ist er doch nicht deren genauer Ausdruck. „Die Werthgröße der Waare," heißt es im „Kapital," Band I, dritte Auflage, Seite 73, „drückt also ein nothwendiges, ihrem Bildungsprozeß immanentes Verhältniß zur gesellschaftlichen Arbeitszeit aus. Mit der Verwandlung der Werthgröße in Preis erscheint dies nothwendige Verhältniß als Austauschverhältniß einer Waare mit der außer ihr existirenden Geldwaare. In diesem Verhältniß kann sich aber ebensowohl die Werthgröße der Waare ausdrücken, als das Mehr oder Minder, worin sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist. Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Werthgröße, oder die Abweichung des Preises von der Werthgröße, liegt also in

der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann."

Nicht der Werth der grauen Arbeitskittel sinkt, wenn blaue bevorzugt werden, sondern die Preise sinken und zwar vielleicht unter den Werth, während sie möglicherweise früher, als noch graue bevorzugt wurden, über dem Werth standen; indeß wird eine Geschmacksveränderung immer nur langsam, innerhalb bestimmter lokaler Kreise wirken und auf den Durchschnittspreis von Artikeln, die für den Weltmarkt produzirt werden, wenig Einfluß ausüben; eine weit größere Depression wird dadurch bewirkt, daß für den Massenkonsum berechnete Waaren in weit das Gesammtbedürfniß übersteigender Menge auf den Markt geworfen werden oder ähnliche Fabrikate ihnen ihr Terrain abgewinnen. In diesen Fällen ist meistens andauerndes Herabsinken der Preise unter den Werth die Folge, bis durch krampfhaftes Abstoßen (Krisen) und gezwungene Einschränkungen der Produktion der Markt sich soweit entleert hat, daß die Waarenmenge dem Bedürfniß entspricht; dann steigen wieder die Preise (nicht die Werthe) und erheben sich unter Umständen zeitweilig ebenso hoch über ihren Werth, wie sie vordem unter ihm standen. Kann aber eine derartige Reduktion der Waarenmenge auf ein der Nachfrage entsprechendes Quantum nicht vorgenommen werden, wie z. B. bei der Waare Arbeitskraft, dann erreicht vielleicht der Durchschnittspreis nie den Werth. Der Werth einer Waare kann dagegen nur steigen oder fallen, wenn die zu ihrer Produktion nöthige Arbeitszeit steigt oder fällt, sich also die Produktionsbedingungen und die Produktivkraft der Arbeit ändern, d. h. allgemein ändern, denn gelingt es nur einem oder einigen Produzenten, die Produktivkraft zu steigern, so fällt dadurch nur der individuelle, nicht aber der gesellschaftliche Werth ihrer Produkte.

Aus dieser breiten Auseinandersetzung, die ich mir am liebsten gespart hätte, um welche ich aber aus Rücksicht auf das Auffassungsvermögen des Herrn Dr. Hammann nicht umhin konnte, ergiebt sich von selbst, daß seine Meinung, Marx, respektive die Marxisten sähen von den „Einflüssen des jeweiligen Angebots und der jeweiligen Nachfrage ab" und beachteten nicht, daß die Absatzfähigkeit „auch der beliebig vermehrbaren Waaren dem Grade nach" wechselt, auf gänzlich falscher Auffassung beruht. Im Gegentheil, die Marxisten halten diese Schwankungen (in denen sie allerdings Preisschwankungen, nicht Werthschwankungen sehen) für die nothwendige Bedingung, unter welchen allein das Werthgesetz zum Durchbruch kommen kann. In der heutigen Gesellschaft austauschender Waarenproduzenten, von denen jeder nach seinem besonderen Ermessen und seiner besonderen Einsicht produzirt, können die ökonomischen Gesetze sich nur durch die Konkurrenz „als blindwirkende Durchschnittsgesetze der Regellosigkeit" durchsetzen. Erst durch das Steigen und Fallen der Waarenpreise über und unter den Werth wird, wie Engels in dem Vorwort zur deutschen Ausgabe des „Elends der Philosophie" treffend ausführt, der einzige Regulator hergestellt, durch welchen die Produktion veranlaßt wird, sich einigermaßen entsprechend dem Bedarf einzurichten, und Angebot und Nachfrage in Gleichgewicht gebracht werden können, indem erst hierdurch „die einzelnen Waarenproduzenten mit der Nase darauf gestoßen" werden, was und wieviel von ihren Waaren „die Gesellschaft braucht oder nicht braucht."

Noch konfuser, wie seine Ansichten über den Tauschwerth, sind jene über den Gebrauchswerth. In dieser Beziehung ist nicht nur Alles, was bisher von den hervorragendsten Vertretern der Nationalökonomie geschrieben worden ist, spurlos an ihm vorbei geflogen, er steht sogar hierin unter den Leitartikel-

Oekonomen der nationalliberalen Lokalpresse, denn anzunehmen, daß durch eine über den Bedarf hinausgehende Produktion die Waaren dem Grade der Nützlichkeit nach wechseln, dazu haben es selbst diese Herren schwerlich gebracht. Offenbar ist es ganz gleichgiltig, ob in irgend einer Stadt, Gegend, Provinz 1000 oder 2000 blaue, respektive graue Arbeitskittel vorhanden sind, jeder einzelne Kittel hält deswegen ebenso warm, sitzt ebenso gut u. s. w. Was aber die von Herrn Dr. Hammann herbeigezerrte „Dringlichkeit des Wunsches“ anbelangt, so hat diese erstens mit dem Gebrauchswerth garnichts zu schaffen, da die Nützlichkeit einer Waare durch ihre körperlichen Eigenschaften, nicht durch die Wünsche der Konsumenten bestimmt wird, und zweitens nimmt durch das Ausbieten der Waaren zu billigeren Preisen das Verlangen, „einen Gegenstand von gewisser Art zu erwerben,“ eher zu, wie ab. Allerdings kann, wenn eine Waare in das gesellschaftliche Bedürfniß weit überragender Menge hergestellt ist, ein Theil derselben seinen Gebrauchswerth verlieren, aber nur dann, wenn dieser Theil absolut überschüssig ist, d. h. gar nicht in die Zirkulation und Konsumtion einzugehen vermag, ihrem Produzenten nutzlos verdirbt; zwar behält auch hier jede Waare bis zum Zerfall einen individuellen Gebrauchswerth, aber, da dieser nicht gesellschaftlich konsumirbar, keinen gesellschaftlichen. Indeß ist derartiges völliges Ueberflüssigsein ziemlich selten, weit häufiger werden durch die gegenseitige Unterbietung die Preise soweit herabgedrückt, daß der Gesammtpreis aller Waaren dieser Art mit Einschluß des überschüssigen Theils dem Preis nahe kommt, der sonst für das dem Bedarf entsprechende Quantum gezahlt werden müßte. Aber diese Preiserniedrigung entsteht nicht dadurch, daß, wie Herr Dr. Hammann annimmt, der Grad der Nützlichkeit der einzelnen Waaren um ein Drittel, ein Viertel oder ein Fünftel abnimmt, denn, wie schon bemerkt, hat ein Rock, Kittel, Hemd 2c. deshalb sicherlich keinen geringeren Nutzen für den Konsumenten, weil noch mehr Röcke, Kittel oder Hemden als sonst auf dem Markt vorhanden sind, sondern dadurch, daß ein zu großer Theil der gesellschaftlichen Gesammtarbeitszeit auf die Herstellung dieser Artikel verwendet ist. Wohl bedingt der Charakter der Waaren, daß sie Gebrauchswerth haben, aber die verschiedenen Grade desselben kommen in ihren Tauschwerthen nicht zum Ausdruck; ob ein kupferner oder eiserner Kessel, Weizen, Roggen oder Mais einen größeren Nutzwerth enthalten, ist auf deren Werthgröße ohne Einfluß, für diese ist lediglich die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit maßgebend; wenn sie sich vermindert, vermindert sich auch der Werth, ganz gleich, ob der Gebrauchswerth derselbe bleibt oder sich gar erhöht. Ein Beispiel dafür bietet das Aluminium.

(Schluß folgt.)

Feuilleton.

Die Lessing-Legende.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. VI.

In viel ernsterer und tieferer Weise als Stahr, zieht Lassalle die Parallele zwischen Friedrich und Lessing. Er hebt ausdrücklich den schroffen Gegensatz hervor, der zwischen ihnen nach Bildung und Geschmack, nach Neigung und Richtung bestand, und er meint nur, daß sie „einen und denselben Zeitgedanken in der so verschiedenen Sphäre ihrer Thätigkeit verwirklicht“ haben. Dieser

Zeitgedanke soll darin bestehen, eine versteinerte Wirklichkeit zu neuem Leben, zu neuem Rechte erweckt zu haben. Der Kampf um Schlesien war nach Lassalle „kein Krieg im gewöhnlichen Sinne, in dem es sich nur um die gleichgiltige Frage handelte, ob ein Landstrich diesem oder jenem Fürsten gehören solle, er war eine — Insurrektion, welche der Marquis von Brandenburg gegen die Kaiserfamilie, gegen alle Formen und Ueberlieferungen des deutschen Reiches, ja gegen den einmüthigen Willen des europäischen Kontinents unternahm, eine Insurrektion, die er durchkämpfte, wie ein echter, auf sich gestellter Revolutionär, das Gift in der Tasche." Blos von dieser insurrektionellen Bedeutung seines Kampfes aus lasse sich der Zauber begreifen, den die Erhebung Friedrichs auch außerhalb seiner Staaten und trotz der Gräuel und Lasten des Krieges ausgeübt habe. Eben daher seien auch die Reformen Friedrichs im Innern entsprungen; wenn die zum Bewußtsein gekommene Ueberlegenheit des Subjekts über die Welt seiner Ueberlieferungen zum Prinzipe proklamirt worden sei, auf welchem das Bestehen des Staates nach Außen beruhe, so mußte sie sich auch nun von selbst in dem Innern des Staates und der Verwaltung durchführen. Aber, so fährt Lassalle dann weiter fort, alles Revolutioniren in der äußeren Wirklichkeit bleibe selbst äußerlich und verlaufe im Sande, wenn es dem Geiste nicht gelinge, ebenso sehr mit der historisch überlieferten Welt des geistigen Innern fertig zu werden, sein neues Prinzip durch alle ihre Instanzen und Gebiete durchzuführen und sie von Neuem aus ihm aufzubauen. Und hiezu habe die Geschichte Lessing erfunden, worauf Lassalle zu einer viel Schönes und Treffendes enthaltenden Analyse des Lessing'schen Geistes übergeht.

Es ist leicht zu erkennen, daß der Vergleich, den Lassalle zwischen Friedrich und Lessing zieht, aus seiner ideologisch-hegelianischen Geschichtsauffassung entspringt. Diese Auffassung erwuchs ihm aus tiefen und umfassenden Arbeiten, man darf sagen, daß sie das bestimmende Moment seines Geistes war, daß sie seine geschichtliche Wirksamkeit ebenso kräftigte und stärkte, wie auch wieder beschränkte und schwächte. Ohne den felsenfesten Glauben an die Macht der Idee als die oberste Lenkerin der menschlichen Geschicke würde Lassalle nicht die gewaltigen Leistungen vollbracht haben, die er thatsächlich vollbracht hat, würde aus seinen Reden und Schriften nicht jenes Feuer schlagen, welches auch da noch erleuchtet und erwärmt, wo man mit dem Inhalt nicht mehr einverstanden sein kann. Aber auf der anderen Seite ist die ideologische Geschichtsauffassung selbst, in erster Reihe durch die Arbeiten von Marx lange überholt worden, und vieles, was Lassalle aus ihr heraus dargelegt hat, bedarf der sachlichen Ergänzung und Richtigstellung. Nur daß man, wenn die Sache nicht um der Person willen vernachlässigt werden darf, um der Sache willen nicht der Person zu nahe trete! Es ist heute ebenso leicht, einzelne Irrthümer Lassalle's klar zu stellen, wie es vor dreißig Jahren schwer war, auf der geistigen Höhe Lassalle's zu stehen. Nicht mit Unrecht zog ihn das Gefühl einer inneren Wahlverwandtschaft zu Männern, wie Hutten und Lessing; er gehört in die Reihe jener großen Anreger, Befreier, Kämpfer, denen der Kampf auch wohl einmal das Ziel des Kampfes war und denen gerade Lessing manch' tiefes Wort kongenialen Verständnisses gewidmet hat. So jenem spanischen Gelehrten, der „über die Grenzen seines Jahrhunderts hinaus dachte und kühn genug war, neue Wege zu bahnen"; man werde auch von seinen Irrthümern nicht anders als gut urtheilen können; er vergleiche ihn übrigens einem muthigen Pferde, das niemals mehr Feuer aus den Steinen schlage, als wenn es stolpere.

So auch wird man durch Lassalle's Wort von der „revolutionären In-

surrektion" Friedrichs und durch das, was er sonst über diesen König äußert, auf einen ungleich größeren Zusammenhang der Lessing-Legende geführt, als selbst durch die „berühmte Stelle" Goethe's, geschweige denn ihre sonstigen Bestandtheile. Es ist nothwendig, wenigstens in den allgemeinsten Umrissen den Charakter des brandenburgisch-preußischen Staates festzustellen, einige Blicke auf Friedrichs Rechtspflege und Verwaltung, seine Diplomatie und Kriegführung zu werfen, zu untersuchen, was vor ihm war und was nach ihm kam, um aus alledem ein Urtheil darüber zu gewinnen, ob seiner Wirksamkeit ein „revolutionäres" Element beizumessen ist, ob er irgendwie und irgendwo „neues Leben, neues Recht" angebahnt hat.

Lassalle meint, Friedrich habe in „revolutionärem" Entschlusse die versteinerten Ordnungen des heiligen römischen Reiches deutscher Nation zertrümmert, und er fügt hinzu, daß der Kaiser nach dem Hubertusburger Frieden im Jahre 1763 der Sache nach ganz ebenso gut hätte die Krone niederlegen können, wie er es bei Stiftung des Rheinbundes im Jahre 1806 wirklich that. Das ist in gewissem Sinne auch richtig, aber doch nur in dem Sinne, in welchem man auch sagen könnte, Kaiser und Reich seien thatsächlich schon 1648 abgedankt worden. Denn der westfälische Friedensschluß verkündete die Landeshoheit der deutschen Theilfürsten und das war um so entscheidender, als der dreißigjährige Krieg an dem Versuche des damaligen Kaisers entbrannt war, ein einheitliches Reich wiederherzustellen. Wollte man die Worte pressen, so ließe sich sogar behaupten, gerade Friedrichs Politik habe der Reichsverfassung wieder eine Art gespenstigen Lebens eingehaucht. Er führte die ersten Kriege um Schlesien angeblich *für* Kaiser und Reich *gegen* den Despotismus Oesterreichs, *für* den rechtmäßig gewählten Kaiser Karl VII. *gegen* die Rebellion der Königin von Ungarn, und die Bemühungen um den Fürstenbund, welche seine letzten Lebensjahre erfüllten, zielten auf eine gewisse Verjüngung der Reichsverfassung ab. Immerhin hieße das mehr auf die Form, als auf die Sache sehen. Es beweist nur so viel, daß Friedrichs dynastische Politik auch mit so schemenhaften Faktoren, wie Kaiser und Reich damals waren, trefflich zu rechnen wußte: ihrem Wesen könnte sie deshalb doch diese Schemen noch schemenhafter gemacht haben. Und das hat sie freilich auch gethan, nur nicht durch einen „revolutionären" Entschluß, sondern auf dem Wege einer geschichtlichen Entwicklung, die tief in die Jahrhunderte zurückgreift.

Es ist ein bürgerlicher Schriftsteller, der in einer Schilderung der Hansa schreibt: „Auf keinem Gebiete irdischer Interessen wird der Unterschied zwischen Oberdeutschen und Niederdeutschen so bemerkbar, als in der Thätigkeit, welche nationale Schranken mehr als jede andere zerbricht. Mittelmeer und Nordmeer, Landhandel und Seehandel, Fabrikant und Kaufmann, Goldwährung und Silberwährung stehen im Verkehre der Ober- und Niederdeutschen gegen einander."*) Damit ist der Grund ausgesprochen, welcher es verhinderte, daß in Deutschland, wie in Frankreich, England, Spanien aus dem Zerfalle des feudalen Reichs ein nationaler Staat entstand. Sobald sich aus der mittelalterlichen Naturalwirthschaft Gewerbe, Handel und Verkehr, kurz die ersten Anfänge der kapitalistischen Produktionsweise zu entwickeln begannen, verhinderte der Widerstreit der ökonomischen Interessen in Deutschland, was ihre Uebereinstimmung in jenen anderen Ländern verursachte. Will man äußerlich mit einer Jahreszahl den Beginn der Entwicklung bezeichnen, deren letzte Etappen die Jahre 1648, 1763 und 1806

---

*) G. Freytag, Bilder aus der deutschen Vergangenheit II, 232.

waren, so bietet sich das Jahr 1273 dar. Die Wahl des kleinen Grafen Rudolf von Habsburg zum deutschen Kaiser offenbarte zuerst, daß die deutsche Monarchie nur noch eine schattenhafte Existenz führte. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Rudolf bei seiner Wahl im kirchlichen Bann lag, weil er mit seinen Spießgesellen das Magdalenenkloster zu Basel angezündet und ausgeraubt hatte. Er war die Puppe der großen Theilfürsten, die ihm nur unter ihrer Vormundschaft die Krone überließen und die ihm nur auf Kosten eines ihnen selbst zu übermächtig gewordenen Genossen, des Königs Ottokar von Böhmen, die Gründung einer zunächst sehr unsicheren Hausmacht gestatteten. Wenn Rudolf gleichwohl der Ahnherr eines mächtigen Fürstengeschlechts wurde und seine Hausmacht sich zu einem Weltreiche auswuchs, in welchem die Sonne nicht unterging, so geschah es, weil er und sein Nachfolger sich zu Fähnrichen und Vorkämpfern der päpstlichen Universalmonarchie machten. Das wurde die unverbrüchliche Politik des Hauses Habsburg; Rudolf strafte die Fürsten mit derselben Waffe, mit welcher sie seine mächtigen Vorgänger auf dem Throne so oft gestraft hatten. Gleich nach seiner Wahl unterwarf er sich demüthig der Kirche, nach deren irdischen Gütern er in seinen proletarischen Umständen gar zu unehrerbietiges Verlangen getragen hatte. Aus der unbedingten Unterwerfung unter den Papst gewann er aber nicht nur moralische, sondern auch und namentlich ökonomische Macht. Auf Halbpart begünstigte er die Ausbeutung der deutschen Nation durch die römische Kurie; mit eigener Hand schützte er auf einem Fürstenkonvente in Würzburg einen päpstlichen Legaten, dem die schmählichsten Wucherpraktiken nachgewiesen worden waren.

Allein diese Wucherpraktiken zehrten an den Wurzeln der päpstlichen Weltmonarchie. Dieselbe wurde um so überflüssiger, je mehr sich die Waarenproduktion und der Welthandel und in deren Gefolge die weltlichen Wissenschaften entwickelten. Aber je überflüssiger sie wurde, um so höher steigerte sie ihre Ansprüche, um so rücksichtsloser beutete sie die Nationen aus. Eine Auseinandersetzung mit Rom wurde für alle europäischen Völker eine Nothwendigkeit. Es erübrigt, hier zu verfolgen, wie sie sich je nach dem von den einzelnen Völkern erreichten Höhegrade der ökonomischen Entwicklung sonst in Europa vollzog.*) Für Deutschland war diese Auseinandersetzung bei dem Widerstreite der ökonomischen Interessen, welcher das Land theilte, nur so möglich, daß der eine Theil um jeden Preis an Rom festhalten, eben deshalb aber der andere Theil sich um jeden Preis von Rom losreißen mußte.

Zwar konnte es einige Jahre so scheinen, als habe Deutschland in dem Kampfe gegen Rom das Band gefunden, welches alle Theile des Landes und alle Klassen des Volkes zu einer nationalen Einheit zusammenschließen könnte. Die päpstliche Ausbeutung und Plünderung war so unerträglich geworden, daß Bauern, Bürger, Ritter, Fürsten gemeinsame Sache gegen sie machten. Ja, bis tief in die katholische Geistlichkeit hinein regte sich das Verlangen nach Abschüttelung des römischen Joches, und selbst der habsburgische Kaiser Maximilian sah in Luther einen Mann, den man im Nothfalle immerhin gebrauchen könne. Allein dies gemeinsame Ziel war nur ein negatives; sobald es erreicht war, mußten die positiven Gegensätze auf ökonomischem und sozialem Gebiete um so schroffer hervortreten. Und so geschah. Die Niederlage der Bauern, an denen Luther schmählichen Verrath übte und in deren Blute seine fürstlichen Beschützer mit erbarmungsloser Grausamkeit wateten, brach der reformatorischen Bewegung

---

*) Vergleiche darüber Kautsky, Thomas More und seine Utopie.

das Rückgrat. Die Fürsten blieben als Sieger auf dem sozialen Kriegsschauplatze. Das war eine historische Nothwendigkeit, denn die Fürsten vertraten die Zentralisation des modernen Staates, soweit sie unter den ökonomischen Verhältnissen Deutschlands überhaupt möglich war. Nur daß es deshalb keineswegs das war, was man heutzutage Gedankens- und Geistes- und Gewissensfreiheit, Kulturfortschritt und so weiter zu nennen beliebt. Was die römische Kirche im sinkenden Mittelalter für Armen- und Krankenpflege, für Unterricht und Wissenschaft gethan hatte, war herzlich wenig, aber es war doch immer noch mehr, als wenn die Fürsten das Kirchengut durch die Gurgel jagten oder an ihre Dirnen verschwendeten. Die protestantische Lehre selbst aber versteinerte als Spiegelbild dieses Duodezdespotismus zum Dogma vom göttlichen Rechte der Fürsten, von ihrer Allmacht und ihrer Allweisheit, vom unbedingten Gehorsam der Unterthanen, kurzum zu einem Dogma, wie es auf deutschem Boden niemals erhört und insbesondere auch niemals von der katholischen Kirche gelehrt worden war.

Möglich wurde freilich diese Entwicklung wieder nur durch eine große ökonomische Umwälzung, durch den Ausschluß Deutschlands vom Seehandel, der den Niedergang der deutschen Städte und damit des deutschen Bürgerthums bedingte. Die Seeherrschaft der Hansa, welche das nördliche Deutschland überhaupt erst aus der mittelalterlichen Barbarei gerissen hatte, ging an die Engländer und Holländer über; nicht minder verhängnißvoll wurde es für das südliche Deutschland, daß die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien den Weltverkehr aus dem mittelländischen Meere an die Gestade des atlantischen Ozeans verlegte. Ohne die schnelle und unaufhaltsame Verarmung des Volks wäre Deutschland doch nicht das sprüchwörtliche Land der Knechtseligkeit geworden. Es geschah nicht nur durch jesuitische Gewalt und List, es war auch nicht „Reaktion" im landläufigen Sinne des Worts, wenn sich der kultivirtere und reichere Westen und Süden frühzeitig wieder der alten Kirche zuwandte; Salzburg, Bamberg und Würzburg, Trier, Köln und Paderborn, selbst Fulda und das Eichsfeld wurden mitten im Frieden wieder katholisch. Nicht nur stand der verjüngte Katholizismus hoch über dem schnell erstarrten Lutherthum, sondern der Bruch mit Rom bedeutete auch den Bruch mit den entwickeltsten Ländern Europas, mit Italien, Frankreich, Spanien. Es waren die ärmsten und zurückgebliebensten Theile, namentlich des nördlichen und östlichen Deutschlands, in denen der lutherisch zugestutzte Duodezdespotismus herrschte. Kein Wunder daher, daß die habsburgisch-päpstliche Weltmacht immer neue Anstrengungen machte, durch die Unterwerfung dieser Theilfürsten das heilige römische Reich deutscher Nation wiederherzustellen. Und wahrhaftig nicht an der Tapferkeit und der Tugend der protestantischen Fürsten scheiterten diese Anstrengungen; im Schmalkaldischen Kriege stehen Moritz von Sachsen und die beiden Markgrafen von Brandenburg, Joachim II. und Hans, nicht zu ihren evangelischen Glaubensgenossen, sondern auf habsburgisch-päpstlicher Seite; im dreißigjährigen Kriege spielen alle protestantischen Fürsten eine mehr oder minder klägliche Rolle, der Kurfürst von Brandenburg eine so feige und zweideutige, daß ihn selbst, wie viel das immer sagen will, die hohenzollernschen Geschichtschreiber preisgeben; gleichwohl scheitert die habsburgisch-päpstliche Macht vollständig an der unmöglichen Aufgabe, wieder beleben zu wollen, was unter dem ehernen Tritte der ökonomischen Entwicklung längst zermalmt war. Ganz Deutschland ist grauenvoll verwüstet, seine einzelnen Glieder liegen vor dem Auslande als eine willkommene Beute da, und mit diesem wahnsinnigen Preise ist nur das Gegentheil des erstrebten Erfolges erreicht. Der Westfälische Friede verkündet die Landes-

hoheit der Fürsten, ja aus dem ärmsten Winkel Deutschlands erwächst der habsburgisch-päpstlichen Macht nunmehr ein Gegner, der ihr Schlag auf Schlag zufügen wird.

Dieser Gegner war der brandenburgisch-preußische Staat. Mit dem dreißigjährigen Kriege beginnt er ebenso über das nördliche Deutschland emporzuwachsen, wie Oesterreich über dem südlichen Deutschland stand; damals schon sagte ein habsburgischer Minister, der Brandenburger werde der werden, den das „lutherische Geschmeiß“ ersehne. Wie wurde er das nun aber? Die landläufige Antwort ist: als ein Werk der Hohenzollern. Männer machen die Geschichte, ruft Herr von Treitschke, ohne die Hohenzollern ist der preußische Staat undenkbar, und er redet dann auch von der „Herrschgier eines Fürstenhauses, dessen Glieder zumeist mit beispielloser Unfähigkeit geschlagen waren,“ womit er die Habsburger meint. Diese kritische Analyse des österreichisch-preußischen Dualismus blendet durch ihre Einfachheit, und sie wäre gewiß sehr befriedigend, wenn nur anders Schmeicheleien und Schimpfereien in die wissenschaftliche Geschichtschreibung gehörten. Andere wohlgesinnte Geschichtschreiber sagen: als Vorkämpfer des protestantischen Gedankens hat Preußen die deutsche Hegemonie errungen. Allein wir haben bereits gesehen, daß und weshalb der preußische Staat jeden nach seiner Façon selig werden ließ. Näher kommen der Wahrheit schon die kühnen Geister, welche sich zu der Erkenntniß aufschwingen: Preußen hat als Militärstaat das deutsche Reich nach und nach erobert. Nur daß damit die Frage zwar näher erläutert, aber noch keineswegs beantwortet ist, denn Militärstaat war Oesterreich auch; Militärstaaten waren oder wurden im siebzehnten Jahrhundert alle europäischen Staaten, und selbst die kleinsten Winkelstaaten wurden wenigstens Militärspielschachteln. Wenn die kapitalistische Produktionsweise den Nationalstaat erzeugte, so war der Nationalstaat zunächst nur möglich durch den Absolutismus, und der absolute Fürst war undenkbar ohne ein Heer. Die erste Form des modernen Militarismus waren die geworbenen Haufen der Landsknechte, aber diese Form starb schon im Anfange des siebzehnten Jahrhunderts ab. Der dreißigjährige Krieg hatte deshalb so lange gewährt und so furchtbare Verwüstungen angerichtet, bis ihm nicht sowohl der Sieg der einen und der anderen Partei, als die allgemeine Erschöpfung ein Ziel setzte, weil keine der hadernden Parteien wegen des unzulänglichen Kriegsmaterials entscheidende Schläge führen konnte. Die Heere waren zu klein und vor Allem zu wenig dauerhaft; bei jeder Stockung der Soldzahlung — und die kriegführenden Staaten befanden sich sehr bald alle in der ärgsten Finanzklemme — drohten sie auseinander zu laufen und liefen auch wirklich auseinander; hatte das eine Heer an der Isar oder am Rheine gesiegt, so rottete sich schon wieder ein Feindesheer an der Elbe oder der Oder zusammen; die höchste Kunst des Feldherrn bestand in einer sozusagen demagogischen Fähigkeit, möglichst viel Futter für Pulver möglichst sicher an die Fahne zu fesseln, und wie gefährlich diese Demagogie für die Fürsten selbst werden konnte, zeigt das Beispiel Wallensteins. Aus diesen Erfahrungen und Lehren entstand das stehende Söldnerheer, für welches das durch den Krieg erzeugte Lumpenproletariat gleich den nöthigen Rohstoff lieferte.

Also nicht darin unterschied sich der brandenburgisch-preußische Staat von den übrigen Staaten, daß er überhaupt ein Militärstaat wurde, sondern nur dadurch, daß er gewissermaßen zum Militärstaat unter den Militärstaaten erwuchs, und diese Entwicklung ergab sich aus den ökonomischen Zuständen der Landestheile, aus denen er bestand. Die Ursachen der ostelbischen Kolonisation, welche sich in der zweiten Hälfte des Mittelalters vollzog, können hier nicht dargelegt

werden, ebenso wenig die verschiedenen Formen, welche sie in Brandenburg, Pommern, Schlesien und Preußen annahm: genug, die Mark Brandenburg, das Stammland des preußischen Staats, war ursprünglich eine Militärkolonie gewesen. Die Grundlage aller Besitzverhältnisse bildete damals die Rücksicht auf den Krieg; alle Grundstücke waren für diesen Zweck von Anfang her pflichtig; es wurde für sie gezinst oder Lehndienst geleistet. Für den Lehndienst zog ein zahlreicher, aus unfreien Ministerialen bestehender Militärstand zu: seine Bestimmung war in erster Reihe der Kriegsdienst und keineswegs der Ackerbau; das Lehngut sollte die Mannschaft unterhalten und nur so viele Hufen sollten zinsfrei sein, als zur Erhaltung der lehnmäßigen Ausrüstung nöthig wären; im Jahre 1280 wurde festgesetzt, daß der Ritter sechs Hufen unter dem Pfluge frei haben solle, aber für jede Hufe darüber zinsen müsse. Allein diese Einrichtung verfiel sehr schnell. Die bewaffnete Macht wurde eine ökonomische Klasse, die ihr öffentliches Amt zu einer Quelle sozialen Eigennutzes machte; die unfreie Kriegerkaste warf sich ebenso zum Herrn über den Markgrafen, wie über die freien Bauern auf, die neben, nicht unter ihnen saßen, und die gerade über die Elbe gewandert waren, um den Bedrückungen der Gutsherren im eigentlichen Reiche zu entgehen.

In dem märkischen Landbuche von 1375 finden sich schon Rittergüter von 10, 20, 25 Freihufen, die doch nur ein Lehnpferd zu leisten haben; es giebt Rittergüter von mehr als 6 Freihufen, die nur 1/2, 1/4, 1/8 Lehnpferd leisten; drei Ritter in Wilmersdorf bei Berlin haben 10, 8, 3 Freihufen und leisten jeder nur ein halbes Viertelpferd. Statt der 4000 Ritter, die im fünfzehnten Jahrhundert in den Marken aufsaßen, kamen im sechzehnten nur noch 600; statt der vollen Lanze, dem Ritter mit zwei oder drei Knappen, einem Schützen, ein Paar Knechten kamen „Einspänner"; endlich schickte der Vasall gar, statt selbst zu erscheinen, „einen Kutscher, Vogt, Fischer oder dergleichen schlimm und unversucht Lumpengesindel," wie es in einem kurfürstlichen Erlasse von 1610, also am Vorabend des dreißigjährigen Krieges heißt. War dieser Verfall der Landesvertheidigung schon nicht möglich ohne Schuld der Landesherren, welche sich die Dienstpflicht der Mannschaft abkaufen, abschmeicheln, abtrotzen ließen, so trugen die Markgrafen, die askanischen, bayerischen, luxemburgischen, wie hohenzollernschen, noch größere Schuld an dem Untergange der freien Bauernschaft. Sie belehnten die Ritter gegen Geld und Gunst mit dem Hufenzinse, den Hand- und Spanndiensten, kurzum den Gefällen, die ihnen als Landesherren von den Bauern zustanden; sie bahnten der „Gutsherrlichkeit" den Weg, indem sie aus der dinglichen Pflicht gegen den Landesherrn, welche durch die Dorfobrigkeit, den Lehnsschulzen, wahrgenommen worden war, eine Art von persönlicher Abhängigkeit gegen Personen machten, die nicht zum Dorfe gehörten; sie verkauften den Rittern die höhere und niedere Gerichtsbarkeit über die Dörfer; sie duldeten, daß die Ritter neben den ihnen verkauften Abgaben und Diensten der Bauern noch eine Fülle anderer Abgaben, Dienste und Pflichten einführten; um den Rittern dieselben dauernd zu sichern, nahmen die Markgrafen schließlich den Bauern die Freizügigkeit und erklärten sie als „zur Hufe geboren." Und als dann mit der wirthschaftlichen Umwälzung des Reformationszeitalters die feudale Ordnung zerfiel, der „gemeine Mann von Adel" sich auf sein Gut setzte und den Ackerbau als ein Gewerbe betrieb, da gestattete ihm Kurfürst Joachim II. sogar gegen baare Vergütung, die Bauernhöfe zu „legen," den Schulzenhof, die Schäferei, Bauern- und Kossäthenstellen zum Rittergute zu schlagen oder auch für seine Söhne in ebenso viel Rittergüter zu verwandeln, für welche sich die

Steuerfreiheit von selbst verstand. Im Beginn des dreißigjährigen Krieges hatte sich in der Mark schon ein förmliches Slachtizenwesen entwickelt.*)

Aehnlich lagen die Dinge in den ostelbischen Landschaften überhaupt, besonders aber auch in dem Herzogthum Preußen, der jetzigen Provinz Ostpreußen, dem anderen Hauptbestandtheile des damaligen brandenburgisch-preußischen Staates. Bei der völligen Wehrlosigkeit dieser Gegenden hatte der Krieg sie entsetzlich verheert, sie auf einen Zustand der Barbarei herabgedrückt, den man sich nach den zeitgenössischen Schilderungen nicht gräßlich genug vorstellen kann. Die kleinen und wenig zahlreichen Städte des Gebiets waren verkommen oder zerstört; die Oder- und Weichselmündungen befanden sich in den Händen der Schweden und der Polen; beide Mächte drückten schwer auf den brandenburgisch-preußischen Staat; das Herzogthum Preußen war ein Lehen der Krone Polen. Man muß diese ökonomischen Zustände genau ins Auge fassen, um zu verstehen, wie aus ihnen der preußische Staat entstehen konnte, einerseits der schroffst ausgebildete Militärstaat, andererseits, wie Lessing sagt, das „sklavischste Land in Europa." Eins bedingt das Andere als Ursache und Folge, denn wenn im Schatten der preußischen Militärdespotie nur die Sklaverei gedeihen konnte, so konnte die preußische Militärdespotie doch auch nur in einem Theile von Deutschland entstehen, in welchem Bildung, Kultur, Wissenschaft bis auf die letzte Spur verschwunden waren und die Masse der Bevölkerung in jahrhundertelanger Sklaverei jeden selbständigen Willen verloren hatte.

Es ist selbstverständlich eine patriotische Fabel, wenn die bürgerlich-preußischen Geschichtsbücher die Sache so darstellen, als ob Kurfürst Friedrich Wilhelm, der acht Jahre vor dem westfälischen Frieden zur Regierung gekommen war, kraft seiner Genialität ein Heer erschaffen und die Junkerherrschaft gebrochen habe, worauf dann alles Weitere von selbst gefolgt sei. Für ihn lag die Sache vielmehr so, daß er zwar ein Heer brauchte, wenn er als Fürst überhaupt bestehen wollte, aber daß er ohne die Junker, geschweige denn wider sie auch nicht ein Regiment dauernd unter Waffen halten konnte. Und die Junker gewährten ihm das Heer nur unter Bedingungen, welche ihre Herrschaft auf Jahrhunderte und theilweise bis auf den heutigen Tag befestigt haben. Sie bedangen sich die Steuerfreiheit ihrer Güter aus, die einmal in gewisser Beschränkung den oben angegebenen Sinn gehabt hatte, nunmehr aber das gehässigste Vorrecht geworden war. Gleichwohl hat sie bis vor dreißig Jahren fortgedauert und ist dann erst gegen schweres Geld aus der Tasche der Steuerzahler abgelöst worden. Ferner bedangen sich die Junker Grundherrlichkeit, Patronat, Patrimonialgerichte, Polizei, kurzum die umfassendste „Gutsherrlichkeit" über die bäuerliche Bevölkerung aus; „in der verzweifelten Lage zu Anfang seiner Regierung (im Landtagsrezesse von 1653) kaufte der Kurfürst dem privilegirten Adel die Möglichkeit einer festen, höheren Politik, den miles perpetuus, gleichsam damit ab, daß er ihm die Bauern preisgab, ihm in unterster Instanz ein unbedingtes Herrenrecht zugestand."**) Diese junkerlichen Vorrechte sind theils 1806, theils 1848, theils in den siebenziger Jahren und vielfach mehr der Form als dem Wesen nach beseitigt worden. Endlich sicherte sich der „gemeine Mann von Adel" die ausschließliche Besetzung des Offizierkorps aus seinen Reihen. In welchem Umfange dieses Vorrecht heute noch besteht, ist bekannt. Zu seiner Zeit war es nicht nur eine politische Vor-

*) J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik I, 39 u. ff.

**) G. Schmoller, Die innere Verwaltung des preußischen Staats unter Friedrich Wilhelm I. Preußische Jahrbücher 25, 587.

sichtsmaßregel, sondern eine ökonomische Staatshilfe ersten Ranges für ein „üppi wucherndes, zahlreiches, scheußliches Krautjunkergeschlecht.“ *) Gegen diese Vor rechte und anderer minder wichtige, auf die es weniger ankommt, gestatteten di Junker, daß der Kurfürst ein stehendes Söldnerheer unterhalte, nicht auf ihre aber auf anderer Leute Kosten. Theils auf Kosten der bäuerlichen Bevölkerung die den Generalhufenschoß und andere Abgaben zu tragen, später auch selbi Rekruten zu stellen hatten; theils auf Kosten der städtischen Bevölkerung, dere ständische Vertretung, soweit es auf ihre Zustimmung etwa noch ankam, durc die Umwandlung der „Kontribution,“ der Steuer von Grundstücken und Häusern in die „Akzise,“ eine indirekte Genuß- und Lebensmittelsteuer, gewonnen wurde deren Ausdehnung auf das platte Land sich beiläufig die Ritterschaft höflich verbat.

Dies ist die Magna Charta des preußischen Militärstaats, deren Wortlau theils in vermoderten Scharteken vergraben, theils niemals niedergeschrieben ist aber deren Wirksamkeit sich dauerhafter erwiesen hat als manches „Blatt Papier,“ das sich vorwitziger Weise zwischen „unsern Herrn Gott im Himmel und diese Land schob.“ Das preußische Heer war nur auf diesen ökonomischen Grundlagen möglich, womit denn freilich auch gesagt ist, daß der preußische Staat nur als preußisches Heer möglich war. Das Heer war der Staat; „in Preußen wurde konsequent von den Zeiten des großen Kurfürsten bis zum Tode Friedrichs des Großen jede Vermehrung der Einkünfte zur Vergrößerung der Armee verwende und die Einkünfte wurden vorzugsweise gesteigert, um die Armee vermehren zu können.“ **) Vorzugsweise, d. h. daneben kamen noch, soweit es sich um die eigentlichen Staatsausgaben handelte, die Kosten der Finanzverwaltung und der Diplomatie in Betracht, welche beiden Zweige doch eben auch nur im Dienste des Heeres standen. Die ökonomischen Grundlagen des Heeres waren die preußische Verfassung, über deren Schranken kein preußischer König, so absolut er regieren und so genial er sich geberden mochte, auch nur den kleinsten „revolutionären“ Sprung wagen durfte, geschweige denn, daß er mit dem Heere „revolutionäre Insurrektionen“ machen konnte. Was Lassalle so nennt, war die Eroberung eines Landstrichs, die der preußische Militarismus um Lebens oder Sterbens willen machen mußte; darüber war sich schon der Kurfürst Friedrich Wilhelm klar, sobald er nur erst ein kleines, preußisches Heer auf den Beinen hatte. Der von ihm eigenhändig niedergeschriebene Plan zur Erwerbung Schlesiens ist inzwischen durch Ranke aus dem hohenzollernschen Hausarchive veröffentlicht worden; bis auf Stunde und Minute [„demnach nun weltkundig ist, auf was schwachen Füßen das Haus Oesterreich bestehet, und das zu befahren, das selbiges Hauß durch absterben und nicht Hinterlassung einiger Erben abgehen mochte“ ***)] ist hier der Einfall in Schlesien vorhergesehen, den der mehr als zwanzig Jahre später geborene Friedrich II. mehr als fünfzig Jahre später unternahm. Womit allein denn schon die „insurrektionelle Revolution“ beseitigt sein dürfte.

(Fortsetzung folgt.)

---

*) Worte Rüstow's, dessen einschlägige Schrift (Die preußische Armee und die Junker) eine Fülle historischen und statistischen Materials über die soziale Bedeutung jenes Vorrechts enthält, das nach dem patriotischen Schlagworte nur einem „dummen Adelshasse“ entspringen soll.

**) Twesten, Der preußische Beamtenstaat. Preußische Jahrbücher 18, 16.

***) Ranke, Genesis des preußischen Staats 518 u. ff.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 23. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Peucker II.

✗ Berlin, 24. Februar 1892.

In dem geschichtlichen Unterrichte der preußischen Schulen ist seit einigen Jahren eine große Revolution eingetreten, wenn es anders erlaubt ist, eine sehr fromme Sache mit einem so gottlosen Worte zu nennen. Es wird ausschließlich oder hauptsächlich vaterländische Geschichte getrieben, diese Geschichte aber wird am Faden der Fürstenbiographien aufgezogen, und diese Fürstenbiographien wieder werden nicht von vorn nach hinten, sondern von hinten nach vorn, nicht vom Vorgänger zum Nachfolger, sondern vom Nachfolger zum Vorgänger vorgetragen, so daß der Schüler immer schon die Wirkung verdaut hat, ehe er überhaupt etwas von ihrer Ursache erfährt. Namentlich diese letztere Neuerung ist epochemachend; wenn in dem heranwachsenden Geschlechte mit so genialer Gründlichkeit der Begriff des kausalen Zusammenhanges zerstört wird, welcher in der geschichtlichen Entwicklung waltet, so ist alle Aussicht vorhanden, daß der beschränkte Unterthanenverstand in seiner preußischen Heimath bis an das Ende aller Dinge dauern wird.

Ob es mit dem literargeschichtlichen Unterrichte in den preußischen Schulen, soweit er in denselben überhaupt stattfindet, ähnlich gehalten wird, darüber sind wir nicht näher unterrichtet. Bejahenden Falls würde dieser Unterricht seit einigen Tagen mit der Einführung der Schüler in Herrn v. Wildenbruch's Märchen-Schwank „Das heilige Lachen" beginnen, und das wäre für die Pflege patriotischen Sinns am Ende auch viel rathsamer, als wenn die Jugend mit den gar nicht im Stechschritt einhermarschirenden und nach polizeilich gar nicht kontrolirbaren Gegenden ausschwärmenden Gedichten des desertirten Regimentsmedikus Schiller behelligt wird. Seit Dante's Göttlicher Komödie ist ein so großer Anlauf, wie jener Märchen-Schwank, noch nicht wieder unternommen worden; selbst ein Vergleich mit Goethe's Faust wäre schon eine Beleidigung für Herrn v. Wildenbruch. Was ist das für eine Kunst, der Tragödie ersten Theil mit dem Prolog im Himmel zu beginnen, den Herrn, die himmlischen Heerschaaren, den Teufel auftreten und ihre Sprüchel sagen zu lassen, dann aber den zweiten Theil mit dem Gesange eines Chorus mysticus und den höchst bedenklichen Worten zu schließen: „Das ewig Weibliche zieht uns hinan!" Wie viel tiefer erfaßt Herr v. Wilden-

bruch die menschheitliche Entwicklung in ihrem innersten Zusammenhange! Er wandert zwar auch „mit bedächt'ger Schnelle vom Himmel durch die Welt," aber nun keineswegs „zur Hölle," sondern auf den preußischen Paradeplatz. Er beginnt zwar auch in überirdischen Regionen, aber er läßt es in einer, den Hörer oder Leser angenehm spannenden Ungewißheit, ob der „große Prinzipal," der da waltet, der liebe Herrgott oder ein seliger preußischer König ist, und er endet zwar auch mit einem Chor, aber gar nicht mit einem mystischen. Im letzten Auftritte erscheint der „große Prinzipal"; „alle Anwesenden, die Augen auf ihn gerichtet, sinken in die Knie" und dann heißt es:

Der große Prinzipal.
Guten Morgen allzumal.
Alle.
Guten Morgen, guten Morgen,
Lieber, großer Prinzipal!
(Vorhang fällt.)

Wie man sieht, eine ansprechende, poetische Umschreibung des alten preußischen Paradegrußes: „Guten Morgen, Grenadiere" und „Guten Morgen, Ew. Majestät!"

Was ist nun aber „Das heilige Lachen"? Nichts anderes, als die Auflösung eines dicken, spanischen Rohres in klingende und leuchtende Poesie. Jenes Rohres nämlich, mit dem König Friedrich Wilhelm I. durch die Straßen Berlins spazierte. Sobald er einen Bürgersmann vor seinem Erscheinen die Flucht ergreifen sah, ließ er ihn durch seine Läufer fangen, und wenn der Unglückliche gestand, aus Angst geflohen zu sein, fuhr er ihn an: „Angst, Schurke? Ihr sollt mich nicht fürchten, sondern lieben," und walkte ihn mit besagtem Rohre durch. So wird das „Heilige Lachen" vom „großen Prinzipal" auf die irdische Welt geschickt, damit Alles lachen und lieben soll. Worüber? Ueber die „heilige Schönheit der Welt," namentlich im Preußischen. Und die Sache ist verteufelt ernst gemeint. Als einige verkommene Menschen bei der ersten Aufführung des Märchen-Schwanks im Schauspielhause über das „Heilige Lachen" selbst nicht lachten, sondern zischten, erschien sofort ein Ukas der Verwaltung, welcher das Zischen verbot. Es darf nur gelacht werden, „wenn Lachegott kommt mit Ha ha ha ha!" Dieser „Lachegott" weiß auch recht gut, daß er nur die sinnige Allegorie eines Bambusrohrs ist, denn er singt:

Jetzt werd' ich zum Schalke
Und klopfe und walke
Die Jacken, die Röcke,
Bis daß die Motten
Ausfahren in Rotten
Aus staub'gem Verstecke!

Ja, das „Heilige Lachen" ist die preußische Weltdichtung, das Hohelied des beschränkten Unterthanenverstandes, die aristophanische Komödie des Korporalstocks. In keuscher Strenge hält es sich von Allem fern, was auch nur auf Meilenweite an Goethe, Schiller, Shakespeare oder ähnliche schließlich doch verbummelte Genies erinnern könnte. Dagegen erachtet Herr von Wildenbruch es mit Recht nicht für einen Raub, sich von seinen Vorläufern in der preußischen Hofpoesie mannigfach anregen zu lassen. Der Jüngste in dieser Reihe, lehnt er sich besonders gern an den Aeltesten, an Nikolaus Peucker an, der von 1610 bis 1675 lebte. Seine Gedichte erschienen gesammelt erst nach seinem Tode, im Jahre 1702, mit dem ellenlangen Titel: „Nikolai Peucker's, des berühmten Cöllnischen Poeten und weyland Churf. Brandenb. Kammer-Gerichts-Advokati,

wie auch Stadtrichters und Rathskämmerers in Cölln an der Spree, wohlklingende lustige Paucke von 100 Sinnreichen Schertz-Gedichten, Theils der Hohen Herrschaft in tiefster Unterthänigkeit, Theils vielen Hoch-Adelichen und vielen anderen vornehmen hiesigen Familien zu besonderen Ehren geschrieben, Numehr aber nach des sel. Autoris Tode in dieser Ordnung verfasset, mit Fleiß übersehen und zum Druck befodert von Otto Christian Pfeffern, Buchhändler in Berlin.“ Aus dieser raren Scharteke hat Herr von Wildenbruch manches geschöpft, selbstverständlich mit allen Ehren, aber doch nicht, ohne daß er bei der Verwerthung der entlehnten Motive, so namentlich des Storch- und des Schweinemotivs, die bekannten Schwächen des Epigonenthums verräth.

Als im Jahre 1650 der Kurfürst Friedrich Wilhelm und seine Gemahlin Luise von Oranien, die seit mehreren Jahren verheirathet waren und in Wesel schon ein Söhnchen verloren hatten, zum ersten Male in Berlin einzogen, empfing sie Hofrath Peucker mit einem Huldigungsgedichte, von dem die erste und die letzte Strophe lauteten:

Mein Paukenschlag, das bom di bi di bom,
Spricht: „Friedrich Wilhelm komm'
Mit der, die dir gegeben
Das Haus Uranien,
In einer Seel' zu leben!“
Die ganze Mark schreit: „Wenn —
Wenn — hat mans nicht vernommen? —
Wird unser Vater kommen?“
Bom bom di bi di bom!

— — — — — — — — — — — — —

Mein Paukenschlag, das bum di bi di bum,
Spricht endlich in der Summ':
„Komm, Churfürst mit Loysen,
Weil Storch und Schwalbe kömpt,
Vom Frühling angewiesen.
Vielleicht, was Wesel nimmt,
Das bringt der Storch!“ Darum:
Kling bum di bi di bum!

Dieses Storch-Motiv hat Herr von Wildenbruch nun auch benutzt; das „Heilige Lachen“ wird durch den Storch Adebar auf die Erde gebracht und dazu singen die Heinzelleute, die himmlischen Heerschaaren des „großen Prinzipals“ Folgendes:

Herr Adebar, Herr Adebar!
Was bringst du uns in diesem Jahr?
Wird's zappeln?
Wird's krappeln?
Und mit dem Mäulchen pappeln? (Adebar klappert)
Haha, haha —
Herr Adebar sagt ja!

Das ist ja recht niedlich, aber es ist doch nur epigonenhafte Detailmalerei, verglichen mit Peucker's breitem und großem Wurfe:

Das bringt der Storch! Darum:
Kling bum di bi di bum!

Noch schlimmer steht es mit der Benutzung des Schweine-Motivs. Nach einer Hofjagd im Grunewald hatte Peucker den Kurfürsten in einem Gedichte

um eine der erlegten Sauen gebeten und das Wildpret auch durch den Oberjägermeister von Oppen erhalten. Er dankt dafür poetisch:

Der große Nimrod giebt Befehl,
Aktäon, das ist der von Oppen,
Soll Niklas Peuckern seine Kehl'
Mit einem wilden Schweine stoppen 2c.

Das ist kräftige, männerstärkende Poesie; man sieht den wackern Hofpoeten förmlich eine saftige Rippe des Bratens abschälen. Nach Epigonenart will Herr von Wildenbruch aber auch hier sein Muster überbieten und verfällt auf den unglücklichen, ihm vielleicht von einem verzimperten Hoffräulein eingegebenen Gedanken, daß Schweine sich — kämmen und waschen sollen. Seine Heinzelleute singen:

Herr Pessimus, Herr Pessimus,
Ihr seid ja voller Ofenruß,
Seht aus fast, wie ein Schwein:
Ihr wisset ja Mixturen
Zu machen und Tinkturen,
So macht auch einmal einen Kamm
Und dazu einen Wasserschwamm
Und auch ein Stückchen Seife
Und kämmt euch und wascht euch
Und werdet einmal rein.

Das ist wirklich nichts, und mit Recht findet selbst die „Kölnische Zeitung“ diese Verse läppisch.

Wer ist nun aber Herr Pessimus? Optimus und Pessimus sind die Gehilfen des „großen Prinzipals.“ Der Letztere überträgt bei einer Reise in andere Welten dem Optimus die Aufsicht über die Erde; Pessimus aber betäubt den Optimus mit Hilfe der Lüge, des Neides, des Hasses und der Häßlichkeit und begiebt sich dann als Ole Pessimoff — geistreiche Anspielung auf Ibsen und Tolstoi! — auf die Erde, um hier, wiederum mit jenen vier Gehilfen, das Oberste zu Unterst zu kehren, die Ehe und Familie abzuschaffen und was dieses breitgetretenen Quarkes mehr ist. Das „Heilige Lachen,“ der „Lachegott“ stürzt aber wieder den Pessimus, und das Spektakelstück endet mit jenem allseitigen „Guten Morgen“ auf dem preußischen Paradeplatze.

Aeußerlich richtet sich die sogenannte Satire des Herrn v. Wildenbruch gegen die naturalistisch-pessimistische Richtung in der schönen Literatur, über deren etwaige Schwächen er übrigens auch nicht einmal zu einem halbwegs leidlichen Witze gelangt. Thatsächlich „lacht“ aber dieser „Heilige“ des Korporalstocks über alles, was die Grenzen des beschränkten Unterthanenverstandes zu überschreiten wagt. Es ist wohl kaum nöthig, zu sagen, wen Pessimus mit folgender famosen Reimerei meint:

Alle Gewalten, welche da galten,
  Werft sie herum!
Hände zum Halten, nicht mehr zum Falten!
Augen zum Stechen und Greifen,
Nicht mehr zu trunkenem Schweifen!
Nerven sei Alles und Sinn,
Brüllend Genuß und Gewinn!
Fluch, wer von Liebe spricht!

Es giebt nun wohl einzelne Leute, welche es doch gar zu unverschämt finden, wenn so ein Hofdichterling die „heilige Schönheit“ einer vor Jammer

und Noth aufstöhnenden Welt mit „heiligem Lachen“ feiern und jeden ehrlichen Kampf gegen eine grauenvolle Verseuchung aus Haß, Lüge und Neid herleiten will. Aber diese Leute sind unseres Erachtens auf dem Holzwege. Das „Heilige Lachen“ verdient wirklich die allgemeine Heiterkeit, welche es verlangt, und Herrn v. Wildenbruch ernsthaft nehmen, hieße sich selbst komisch machen. So lange der deutsche Byzantinismus einmal besteht, darf dieser hervorragende Bannerträger ihm nicht fehlen, er nicht und auch nicht

Sein Paukenschlag, das Bom di bi di bom.

Aber freilich: die Unsterblichkeit, welche Herr v. Wildenbruch erstrebt, können wir ihm deshalb doch nicht verbürgen. Einmal doch wird die deutsche Nation von der widerlichen Knechtseligkeit genesen, und diese Genesung kommt mit denselben Schritten, mit denen die Arbeiterklasse voranschreitet. Dann wird von der ganzen, preußischen Hofpoesie und — nebenbei auch — Hofhistoriographie nichts übrig bleiben, als nur Peucker — aber Peucker I. — und dieser auch nur in zwei Zeilen. In einer glücklicheren Zukunft wird man als klassische Probe dieser entehrenden und entnervenden Literatur und zugleich als gerechtes Urtheil über sie nur noch zitiren:

Denn dieses war die Summ':
Kling bum di bi di bum!

Entgegnung.

(Schluß.)

Ich komme nun zu dem Satz des Herrn Dr. Hammann (Heft 9, Seite 283): „Ich führe vielmehr Seite 22 meiner Schrift nicht nur ausdrücklich an, daß Werth und Preis bei Marx nicht identisch sind, sondern bilde auch auf den folgenden Seiten mehrere Beispiele, aus denen sich „handgreiflich“ die Nothwendigkeit ergiebt, „daß die Preise von den Werthen abweichen“ (Seite 24).“

Hiermit verhält es sich folgendermaßen:

Nachdem Herr Dr. Hammann mehrere Seiten lang in der Weise wie in dem vorhin zitirten Passus gegen Marx polemisirt hat und dabei durch seine Verwechslung von Preis mit Werth auf verschiedene Ungereimtheiten gestoßen ist, fällt es ihm plötzlich ein, Seite 22 zu erklären: „Irgend ein Fehler scheint im Werthgesetz enthalten zu sein, sonst ist der Widerspruch zwischen Wirklichkeit und Theorie nicht zu lösen. Der Ausweg, den Marx einschlägt, ist in groben Umrissen folgender: Werth ist nicht gleich Preis, Mehrwerth nicht gleich Profit.“ Aus diesem Satz nun will er gefolgert wissen, daß er Werth und Preis nicht identifizirt hat, während ich gerade hierauf meinen in Heft 4, Seite 120 der „Neuen Zeit“ gegen ihn gerichteten Vorwurf basirt habe, im Unterschied von seinen Kollegen präsentire er etwas als Tauschwerth, von dem er wüßte, daß es gar nicht der Tauschwerth im Marx'schen Sinne sei. Wenn Marx, wie Sie hier selbst zugeben, Herr Doktor, zwischen Werth und Preis unterschieden hat, warum werfen Sie denn diese in Ihrer voraufgegangenen Polemik zusammen und gründen dann darauf allerlei Ausstellungen gegen die Marx'sche Werththeorie, die, sobald zwischen Werth und Preis unterschieden wird, elend in ihr Nichts zusammenfallen? Hätte Herr Hammann ein Buch, z. B. über Erbrecht, geschrieben, in welchem er scharf zwischen römischem und deutschem Erbrecht unterscheidet, und Jemand würde, nachdem er durch Ignoriren dieser Unterscheidung Herrn Hammann

verschiedene grobe Unrichtigkeiten nachgewiesen hat, dann am Schluß seiner Polemik bemerken: „Der Ausweg, den Herr Hammann einschlägt, um aus diesen Widersprüchen herauszukommen, ist in groben Umrissen folgender: römisches Erbrecht ist nicht gleich deutsches Erbrecht." — Herr Dr. Hammann würde sich eine solche Art des Polemisirens gewiß ganz energisch verbitten, Marx gegenüber scheint er sie aber für angebracht zu halten. Was nebenbei seine Meinung anbelangt, Marx hätte damit nur einen „Ausweg" eingeschlagen, so will ich darauf nicht weiter repliziren; man kann nicht gut von Jemandem, der die ganze Werththeorie nicht begriffen hat, verlangen, daß er begreifen soll, wie diese Unterscheidung von vornherein dem Werthgesetz zu Grunde liegt.

Aber Herr Hammann will doch auf den folgenden Seiten selbst mehrere Beispiele gebildet haben, aus denen sich ergiebt, daß die Preise von den Werthen abweichen? Thatsächlich spricht er dort gar nicht von den Preisen, die beim Eingang in die individuelle Konsumtion für die Produkte bezahlt werden, und doch nur in diesen realisirt sich der Werth, sondern von den Preisen, welche die Fabrikanten beim Verkauf ihrer Fabrikate von den Grossisten oder Detailisten erhalten. Er bespricht nämlich auf diesen Seiten den scheinbaren Widerspruch zwischen dem Werthgesetz und der gleichen Profitrate und sucht seinerseits diesen Widerspruch dadurch zu lösen, daß er die Waaren im Zwischenhandel nicht zu den Preisen verkauft werden läßt, zu welchen sie nach seiner Meinung eigentlich verkauft werden müßten. Klar und deutlich heißt es Seite 23 seiner Schrift: „Wenn wir den Produktionsprozeß verfolgen, bis die Waare zum individuellen Gebrauch, d. h. bis zum Einzelverkauf fertig ist, nach dem sie nur noch als reiner Gebrauchswerth dient, und ihn so als Ganzes auffassen, so läßt sich denken, daß auf den Zwischenstufen, in unseren Beispielen bei den Uebergängen des Rohstoffes Baumwolle an Hinz, des Halbfabrikats Garn an Kunz, des Fabrikats Tuch an Peter und der zum Gebrauch fertigen Waare Kleider an die Händler, d. h. solange die Waare selbst Kapital ist und von Kapitalisten an Kapitalisten verwerthet wird, eine ganz besondere von dem Werthgesetze abweichende Regel gelte."

Hinzuzufügen habe ich dieser Auslassung nichts, denn selbst vorausgesetzt, daß diese schnurrige Theorie des Herrn Hammann richtig wäre, so würde damit nur dann etwas für die Preise, welche die Konsumenten bezahlen, bewiesen sein, wenn der Preis, zu welchem der Fabrikant resp. Grossist verkauft, stets genau derselbe wäre, zu welchem der Konsument kauft, was jedoch, wie jeder zehnjährige Schuljunge weiß, nicht der Fall ist. Der Einwand ist augenscheinlich aus purer Verlegenheit entsprungen.

3. Herr Dr. Hammann scheint es sonderbar zu finden, daß ich ihn einen Werth Nummer drei erfinden lasse. Nun aber spricht er thatsächlich einmal von einem durch die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bestimmten Werth, das andere Mal von einem durch Arbeitszeit und Gebrauchswerth, resp. „wirkliche oder vorgestellte Nützlichkeit" bedingten Werth. Das sind zwei, und wenn er dann endlich noch einen Werth herausfindet, der sich nach der größeren oder geringeren Mühsal richtet, welche die Erlangung kostet, so macht das nach Adam Riese drei. Hieran ändert auch nichts, daß ich die drei Wörter „für den Verbraucher" fortgelassen habe. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Werth einer Waare nicht in den Preisen des Zwischenhandels, sondern in jenen zum Ausdruck kommt, die der Konsument oder „Verbraucher" zahlt. Indeß muß ich, nachdem ich jene Stelle nochmals nachgelesen habe, aufrichtig gestehen, daß es mir zweifelhaft geworden ist, ob ich Herrn Dr. Hammann richtig verstanden habe, und ob er mit der Bemerkung: „Für den Verbraucher steigt oder fällt der Werth 2c.,"

nicht etwa sagen wollte, daß jener Tauschwerth nur speziell für den Verbraucher, nicht aber für den Verkäufer gilt. Sollte dies der Sinn seiner Definition sein, dann bedarf es nur einer kurzen Mittheilung an die Redaktion, und ich bin herzlich gerne bereit zu konstatiren, der Werth Nummer drei gelte nur für Verbraucher, für Verkäufer hingegen spiele die „Mühsal,“ welche die Erlangung einer Waare kostet, nicht mit.

4. Nach dem, was wir bisher von Herrn Dr. Hammann gehört haben, kann es uns kaum wundern, wenn er auch den Mehrwerth mit dem Unternehmergewinn nicht verwechselt haben will. Richtig ist nur, daß dies nicht überall geschieht — was ich, nebenbei bemerkt, auch gar nicht behauptet habe —; in der Theorie unterscheidet er recht gut zwischen beiden, sobald er sich aber daran macht, Marx' Mehrwerththeorie durch Beispiele aus dem Wirthschaftsleben zu widerlegen, dann geht die Unterscheidung flöten. Zum Beweise mag folgender Passus dienen:

„Vergleichen wir jetzt Kapitale von gleicher Größe und ungleicher Funktionszeit mit einander. Die Kosten für Fabrik, Maschinen (fixes Kapital) setzen wir wieder = 0. Albert verwendet ein Kapital von 2000 Thalern zur Waarenproduktion, für 1000 Thaler kauft er Rohstoff, für 100 Thaler wöchentlich Arbeitskraft. Die Produktionszeit, die zur Herstellung der Waare nöthig ist, dauert 10 Wochen. Die Waare ist bestellt. Die Mehrwerthsrate, d. h. das Verhältniß der unbezahlten zur bezahlten Arbeit beträgt 50 Prozent. Die 1000 Thaler für Rohstoff gehen ganz und gar in die Waare ein, ebenso ersetzt die Arbeitskraft die für sie verausgabten 10 × 100 Thaler = 1000 Thaler in neugeschaffenen Werth und setzt noch weitere 500 Thaler Werth zu. Werth des fertigen Produkts nach 10 Wochen 2500 Thaler, die der Käufer baar zahlt. Die Produktion beginnt von Neuem, wieder wirft Albert 2000 Thaler in die Produktion. Nach einem Jahr (50 Wochen) hat sein Kapital fünf Mal umgeschlagen und einen Mehrwerth von 2500 Thaler geliefert. Bernhard produzirt ebenfalls mit 2000 Thalern, giebt 1000 Thaler für Rohstoff aus und 50 Thaler wöchentlich für Arbeitslohn. Die Produktionszeit dauert jedoch bei sonst gleichgestellten Umständen nicht 10, sondern 20 Wochen; sie ist auch gar nicht abzukürzen, etwa durch Anwendung von mehr Arbeitskraft, da der zu bearbeitende Rohstoff gewisse Naturprozesse durchzumachen hat (z. B. Trocknungsprozesse, chemische Veränderungen wie Eindringen der Gerbsäure in Häute u. dergl.). Bernhard kann also jährlich die Produktion nur $2^1/_2$ Mal wiederholen. Am Ende des Jahres hat ihm sein Kapital einen Mehrwerth von $2^1/_2$ × 500 Thalern = 1250 Thaler geliefert. Kann in der kapitalistischen Produktion das Produkt von Albert als gleichwerthig mit dem Produkt von Bernhard gelten, hat es denselben Preis? Ganz unzweifelhaft nicht; andernfalls würde Bernhard schleunigst dem Geschäftszweig von Albert sich widmen, der mit demselben Kapitalvorschuß, wegen kürzerer Umschlagsperioden, einen größeren Jahresgewinn macht.“

Hier ist klar ersichtlich der Mehrwerth mit dem Unternehmergewinn identifizirt, denn beträgt der Mehrwerth, den Albert nach zehnwöchentlicher Produktion erzielt, 500 Thaler, so kann er sein Produkt nicht für 2500 Thaler „baar“ verkaufen, da in diesen 500 Thalern noch Handelsgewinn 2c. stecken, und ebensowenig kann Bernhard den ganzen Werth seines Mehrprodukts als „Jahresgewinn“ einheimsen. Indeß ist dies ziemlich nebensächlich gegenüber den kuriosen Folgerungen, die er aus diesem und einem anderen voraufgegangenen Beispiel zu ziehen beliebt; er redet sich nämlich allen Ernstes ein, dadurch die Unrichtigkeit der Marx'schen Werththeorie erwiesen zu haben. Was er aber, selbst wenn die Beispiele völlig

korrekt wären, nur erwiesen hätte, ist, daß gleiche Mehrwerthsraten verschiedenen Profitraten entsprechen können, was wir schon längst wußten und noch nie bezweifelt haben. Gesetzt jedoch, die Mehrwerthsrate im Betrieb des Bernhard betrüge 100 Prozent anstatt 50 Prozent — und dafür, daß sie nicht 100 Prozent betragen kann, wird Herr Dr. Hammann auch nicht einen einzigen stichhaltigen Grund angeben können — dann wäre das jährliche Mehrprodukt beider Betriebe je 2500 Thaler und wir hätten gefunden, daß umgekehrt verschiedene Mehrwerthsraten sich in gleichen Profitraten ausdrücken können, was nicht minder richtig ist. Woher nimmt um alles in der Welt Herr Dr. Hammann die Berechtigung, überall in seinen Beispielen gleiche Mehrwerthsraten zu unterstellen? Das ist doch direkter Unsinn; Marx spricht nicht blos an einigen Dutzend Stellen seines „Kapitals“ von verschiedenen Mehrwerthsraten, er behandelt auch lang und breit im 15. Kapitel des ersten Bandes den „Größenwechsel von Preis der Arbeitskraft und Mehrwerth.“ Mit demselben Recht hätte Herr Hammann auch voraussetzen können, Venus, Erde, Mars, Jupiter, Saturn kreisten in derselben Zeit um die Sonne, um dann, nachdem er erwiesen hätte, daß ihre Umlaufszeiten differiren, kurz und bündig zu schließen, unser ganzes Sonnen- und Planetensystem sei falsch. Entsprungen ist diese schöne Exemplifikation allem Anschein nach aus der gänzlich haltlosen Auffassung, „die Größe des in den Produktionsmitteln verwandten Kapitals“ sei für „die Größe des Mehrwerths ganz gleichgiltig“ (S. 21); — eine Behauptung, die er aus Marx herausgelesen hat, die aber weder in dessen Kapital, noch in sonst irgend einer Schrift enthalten ist; — wahrscheinlich hat er hier wieder etwas verwechselt. Die Anlage von Maschinen, verbesserten Betriebseinrichtungen 2c. steigert die Intensität und Produktivität der Arbeit und damit das Gesammtprodukt; für den Werth dieses Produkts ist jedoch nicht die Produktivkraft der Arbeit in den einzelnen Betrieben maßgebend, sondern Arbeit von gesellschaftlich gegebener Produktivität (Durchschnittsarbeit), und je nachdem ob in den einzelnen Industriewerkstätten Arbeit von höherer oder minderer Produktivkraft angewendet wird, muß demnach auch das Mehrprodukt, die Mehrwerthsrate, höher oder niedriger ausfallen. Zwar können die Maschinen 2c. dem Produkt keinen anderen Werth hinzusetzen als den, welchen sie selbst im Produktionsprozeß verlieren, aber sie können bewirken, daß die Quelle, aus welcher der Mehrwerth fließt, reichlicher sprudelt. Wäre dem nicht so und die Mehrwerthsrate nur durch die Größe des variablen Kapitals bestimmt, es wäre die Tendenz der kapitalistischen Produktion, das Verhältniß zwischen variablem und konstantem Kapital stets mehr und mehr zu Gunsten des letzteren zu verschieben, völlig unerklärlich; jeder Produzent, der sich dann „arbeitsparende“ Maschinen anschaffen wollte, wäre der größte Esel.

Uebrigens will ich hiermit keineswegs behaupten, nur Vermehrung des fixen Kapitals steigere das Mehrprodukt, ich habe nur darauf hingewiesen, weil es so nahe liegt; fast stets wird eine Vermehrung des fixen auch eine Vermehrung des zirkulirenden (flüssigen) Theils des konstanten Kapitals nach sich ziehen; doch auch durch eine mehr oder minder einseitige Vergrößerung des zirkulirenden Kapitals kann unter Umständen der Exploitationsgrad in die Höhe getrieben werden. Ein derartiges Beispiel liefert die Tapetenindustrie.

Alle deutschen und meines Wissens auch alle französischen Fabrikanten (bis auf eine große Pariser Firma), die ausschließlich oder doch vorwiegend Maschinentapeten liefern, arbeiten in der Weise, daß sie im Spätsommer und Herbst ihre Reisenden mit vorher fertiggestellten Musterheften hinausschicken; die von diesen eingesandten Aufträge werden dann nach den Dessins und Farben zusammen-

gezogen, derartig, daß gleiche Dessins und Kolorits hintereinander angefertigt werden können, und nun erst zur Fabrikation geschritten. Hat also auf irgend ein beliebiges Dessin in gewisser Farbenstellung der eine Reisende eine Ordre von 500 Rollen, der zweite eine von 300 und der dritte eine von 200 Rollen eingesandt, so werden diese Aufträge nicht nach der Reihenfolge des Eingangs ausgeführt, sondern gewartet, bis alle Reisenden resp. Agenten ihre Touren beendet haben und dann die 1000 Rollen auf einmal angefertigt. Der Grund dafür ist der, daß jedesmal, wenn ein neues Dessin gedruckt werden soll, erst die in der Maschine befindlichen Walzen (für jede Farbe eine andere Walze) herausgenommen und gereinigt werden müssen, dann neue Walzen einzusetzen und sorgfältig zu reguliren sind, damit die Dessins der einzelnen Walzen genau eingreifen, — eine Arbeit, die je nach der Anzahl der Farben, die gedruckt werden, oft einen halben Arbeitstag und länger beansprucht, sodann hat der Kolorist entsprechend der Vorlage die Farben zu mischen, Probedrucke müssen vorgenommen, vielleicht noch dies und jenes geändert werden, und nun erst kann die Fabrikation beginnen. Während der ganzen Zeit muß die Maschine stillstehen, ist sie jedoch erst in Gang, so sind die 1000 Rollen leicht heruntergewalzt; unter Umständen erfordert das nur die Hälfte oder ein Drittel der Zeit, die vorher das Instandsetzen (Montiren) der Maschine verlangte. Noch schlimmer stellt sich diese Zeitvergeudung bei kleinen Nachbestellungen der Kunden, denn um vielleicht bestellte 50 oder 100 Rollen drucken zu können, sind ganz dieselben Vorarbeiten nöthig. Diese Zeitverschwendung vom Standpunkt des Kapitalisten hat einige große englische Fabriken veranlaßt, eine andere Methode einzuschlagen. Sie lassen vorher von den verschiedenen Dessins und Kolorits größere Partien, je nach Meinung zwei, drei, vier Tausend Rollen u. s. w. anfertigen, stellen dann ihre Musterbücher fertig und verkaufen vom Lager. Das Auswechseln und Reinigen der Walzen, Stillstehen der Maschinen 2c. wird hierdurch sehr beschränkt, andererseits aber ein weit größeres flüssiges Kapital erforderlich, weil nicht nur in jedem beliebigen Zeitraum eine weit größere Menge von Rohmaterialien, Hilfsstoffen u. s. w. in die Produktion eingeht, sondern auch stets größere Vorräthe vorhanden sein müssen; dahingegen wird das Lohnkapital nicht affizirt und ebenso wenig das fixe Kapital (abgesehen vom theilweise schnelleren Verschleiß); zwar enthalten die englischen Maschinen und Einrichtungen manche speziell diese Art der Fabrikation begünstigenden Abänderungen und Verbesserungen, aber wesentliche Vermehrung des fixen Kapitals braucht nicht nothwendig die Folge zu sein. Dafür stellt sich eine andere Forderung ein; soll die Produktion nicht stocken, muß ein ganz bedeutendes Zuschußkapital vorhanden sein, denn während bei den deutschen Fabrikanten das Zirkulationskapital, da fast stets nur auf Bestellung gearbeitet wird, verhältnißmäßig schnell umschlägt, ist dies bei den genannten englischen Fabrikanten nur in langen Zeiträumen der Fall; manche Waarenpartien liegen jahrelang auf Lager und müssen schließlich weit unter den Herstellungskosten verschleudert werden. Zudem bringt aber das Aufhäufen eines bedeutenden Waarenvorraths eine Reihe beträchtlicher Unkosten (Zirkulationsunkosten) mit sich; Lagerräume, Licht, Heizung, Arbeitskraft zum Verpacken und Nachsehen der Waaren, Buchführung über Ab- und Eingänge 2c. werden nöthig. Dennoch ist die durch diese Form der Produktion erzielte Produktivität und Intensität der Arbeit so bedeutend, daß die englischen Fabrikanten selbst nach Abzug aller dieser Unkosten von ihrem Antheil am Mehrprodukt, soweit ich beurtheilen kann, im Verhältniß zu ihrem vorgeschossenen Gesammtkapital entschieden mehr profitiren, wie ihre deutschen Kollegen im Verhältniß zu ihrem Kapital; wenigstens waren sie bisher in der Lage, diese in manchen

Sorten trotz des relativ hohen Zolles von 24 Mark pro 100 Kilo selbst au
dem einheimischen deutschen Markt zu unterbieten, und wenn nicht der verschieden
Geschmack mitspräche, würde ihr Absatz noch weit belangreicher sein.

Aehnliche Beispiele lassen sich aus verschiedenen Industriezweigen noc
mehrere beibringen; sie beweisen, wie einfältig es ist, von vornherein gleich
Mehrwerthsraten anzunehmen und dann, wenn man gefunden hat, daß die
nicht gleiche Profitraten ergeben, sich in naiver Selbsttäuschung einzureden, ma
habe Marx widerlegt. Ja, wenn das so leicht wäre!

5. Endlich komme ich zum Schluß. Entgegen meiner Angabe, er hätt
den Abschnitt im „Kapital" über die Handelskrisen entweder übersehen oder nich
verstanden, behauptet Herr Dr. Hammann, diesen Abschnitt doch verstanden z
haben. Auch hier hat Dr. Hammann mir den Beweis sehr leicht gemach
Marx' Aeußerung über die Handelskrisen befindet sich im II. Band, Seite 51
er führt dort aus, daß die Konsumtion nicht eingeschlossen ist in den Kreislau
des produktiven Kapitals, der industrielle Kapitalist hätte als Käufer wiede
andere industrielle Kapitalisten oder Kaufleute, und es könnte daher der „Repro
duktionsprozeß auf derselben oder erweiterten Stufe vorgehen, obgleich die au
ihm ausgestoßenen Waaren nicht wirklich in die individuelle oder produktiv
Konsumtion eingegangen sind" ... „Es kann so die Produktion von Mehrwert
und mit ihr auch die individuelle Konsumtion des Kapitalisten wachsen, der ganz
Reproduktionsprozeß sich im blühendsten Zustand befinden und dennoch ein große
Theil der Waaren nur scheinbar in die Konsumtion eingegangen sein, in Wirk
lichkeit aber unverkauft in den Händen von Wiederverkäufern lagern, thatsächlic
sich also noch auf dem Markt befinden. Nun folgt Waarenstrom auf Waaren
strom, und es tritt endlich hervor, daß der frühere Strom nur scheinbar vo
der Konsumtion verschlungen ist. Die Waarenkapitale machen sich wechselseiti
ihren Platz auf dem Markt streitig. Die Nachrückenden, um zu verkaufen, ver
kaufen unter dem Preis. Die früheren Ströme sind noch nicht flüssig gemach
während die Zahlungstermine dafür fällig werden. Ihre Inhaber müssen si
insolvent erklären, oder verkaufen zu jedem Preis, um zu zahlen. Dieser Verkau
hat absolut nichts zu thun mit dem wirklichen Stand der Nachfrage. Er ha
nur zu thun mit der Nachfrage nach Zahlung, mit der absoluten Nothwendigkei
Waare in Geld zu verwandeln. Dann bricht die Krise los. Sie wird sichtba
nicht in der unmittelbaren Abnahme der konsumtiven Nachfrage, der Nachfrag
für individuelle Konsumtion, sondern in der Abnahme des Austausches vo
Kapital gegen Kapital, des Reproduktionsprozesses des Kapitals."

Marx erklärt also die Handelskrisen daraus, daß die Reproduktion beginn
ehe noch die aus den früheren Produktionsprozessen vorhandenen Waaren in di
Konsumtion eingehen konnten, neue Waarenströme rücken nach, die Zahlungstermin
für die früher bezogenen, noch im Handel befindlichen Waaren werden fällig un
der Krach bricht los. Anders Herr Dr. Hammann; nach ihm entstehen di
Handelskrisen aus Mißwachs, Ueberschwemmung, Pest, Cholera, allgemeiner
Sterben, ungünstigem Wind, Mode 2c. Nun kann gewiß durch Mißwachs
Ueberschwemmung u. s. w. Nothstand, Elend, Hungersnoth 2c. eintreten, abe
keine Handelskrise, denn das Charakteristikum der Handelskrisen ist eben Ueber
füllung der Märkte und krampfhaftes Abstoßen der Vorräthe, um Geld zu schaffen
und zwar nicht nur nach Marx, auch nach gut bürgerlichen Oekonomen, möge
sie sonst über das Woher, Warum und Wieweit auseinander gehen. Di
Handelskrisen aus Mißwachs 2c. herzuleiten, das heißt nichts Anderes als an
zunehmen, dadurch, daß zu wenig auf den Markt geworfen werden könnte

entstände Ueberfüllung der Märkte, oder die Ueberproduktion resultire aus der Unterproduktion.

Doch nicht „ausschließlich" sieht Herr Dr. Hammann hierin die Ursache der Handelskrisen, nur zum „großen Theil"; nebenbei spielt auch die Planlosigkeit der Produktion ein Röllchen; aber diese Planlosigkeit entspringt nicht etwa aus dem Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise; nicht daraus, daß, wie Marx sagt, „der Umfang der von der kapitalistischen Produktion erzeugten Waarenmasse" bestimmt wird durch „die Stufenleiter dieser Produktion und das Bedürfniß der Ausdehnung dieser letzteren"; nicht daraus, daß jeder einzelne Produzent, mag er hundert Mal wissen, der Bedarf kann von seinen Konkurrenten reichlich gedeckt werden, doch um seiner eigenen Existenz willen gezwungen ist, in Wettbewerb zu treten und für sich die möglichst größte Beute zu erwischen, sondern aus — der Mangelhaftigkeit der Statistik, die nur auf ganz kurze Zeit den jeweiligen Bedarf berechnen kann; und da nach Meinung des Herrn Dr. Hammann die Zukunftsstatistiker auch nicht klüger sein werden, so werden auch in der kommunistischen Gesellschaft „die Schwankungen auf dem Waarenmarkt" nicht aufhören. „Jenem wirthschaftlichen Glückseligkeitstraum gegenüber," heißt es Seite 35 seiner Schrift, „fragt es sich vielmehr vor allen Dingen, ob es überhaupt möglich ist, den jeweiligen Bedarf der Bevölkerung annähernd richtig vorher zu berechnen und hiernach die Produktion so einzurichten, daß keine Schwankungen auf dem Waarenmarkt entstehen. Die genaue Vorherberechnung ist ein Unding, und wenn sie möglich wäre, würde schon die doch als überschlau geschilderte „Unternehmerklasse" Mittel und Wege gefunden haben, um dem fluthenden Waarenverkehr an den Puls zu fühlen und für eine normale Körpertemperatur zu sorgen. Zur Vervollkommnung der Statistik brauchen wir nicht auf den Zukunftsstaat zu warten, es geschieht jetzt schon in statistischen Aufnahmen, öffentlichen und privaten Erhebungen alles Mögliche, um zu einer klaren, volkswirthschaftlichen Uebersicht zu gelangen. Aber in dem Weltmarktsgetriebe spielen so viele wandelbare Größen mit, daß nur für kurze Zeiträume eine Schätzung von Angebot und Nachfrage möglich ist."

Hinzufügen will ich dieser Weisheit nichts; es hieße ihre heiterkeiterregende Wirkung abschwächen, — besonders der Waarenmarkt in der kommunistischen Gesellschaft ist gottvoll!

Und damit will ich mich verabschieden von Herrn Dr. Hammann, mag er ruhig fortfahren, Marx und die ganze Sozialdemokratie „kritisch zu vernichten," uns wird es keinen Schaden thun.

H. C.

Der Kampf um die Volksschule.

Nachwort der Redaktion zu dem unter obigem Titel im vorigen Heft veröffentlichten Artikel.

So beachtenswerth uns die Anschauungen unseres geehrten Herrn Mitarbeiters erscheinen, so müssen wir doch, um Mißverständnissen vorzubeugen, konstatiren, daß sie sich keineswegs in allen Punkten mit den in unserer Partei herrschenden decken, so weit wir dies zu erkennen im Stande sind.

Bedenklich erscheinen uns unter Anderem seine Ausführungen über die Lehrfreiheit des Volksschullehrers. Denen können wir uns in keiner Weise anschließen. Schon das ist nicht richtig, daß „wir für die Freiheit und nicht für den Zwang kämpfen." Das ist ein Satz, den in seiner Allgemeinheit nur

Anarchisten, „Unabhängige“ und Deutschfreisinnige unterschreiben können — was natürlich nicht hindert, daß auch sie ihn bei jeder Gelegenheit durchlöchern. Wir kämpfen weder für die Freiheit, noch für den Zwang, sondern für das, was die Entwicklung der sozialen Verhältnisse, was die Entwicklung der Wissenschaft, was die Interessen des Proletariats erheischen. Das ist ebenso wenig immer die Freiheit, als es immer der Zwang ist; das ist auf verschiedenen Gebieten und unter verschiedenen Verhältnissen etwas sehr Verschiedenes.

Auf dem Gebiete der Volksschule ist der in Rede stehende Satz schon deshalb nicht gerechtfertigt, weil wir — und unser Herr Mitarbeiter jedenfalls auch — den Schulzwang als eine Nothwendigkeit betrachten. Schulzwang und Lehrfreiheit schließen aber einander aus. Die Lehrfreiheit setzt auch die Lernfreiheit voraus. Wenn der Lehrer lehren darf, was er will, dann muß auch der Schüler oder dessen Vertreter sich den Lehrer wählen dürfen und können, der seinen Intentionen entspricht. In der Volksschule ist eine derartige Lernfreiheit unmöglich.

Die Schule ist nicht um des Lehrers willen da, damit dieser Gelegenheit finde, für seine persönlichen Ueberzeugungen Propaganda zu machen. In der Schule hat er nicht zu lehren, was er für gut hält, sondern was der Schulzweck erheischt. Und weil mit dem Zweck, den die Volksschule von unserem Standpunkt aus hat, das Lehren einer bestimmten Religion unverträglich ist — und in Uebereinstimmung mit den Klerikalen können wir uns eine Religion nicht vorstellen, die nicht eine bestimmte Form angenommen hat, also eine bestimmte Konfession darstellt — darum verlangen wir den Ausschluß der Besprechung aller religiösen Fragen aus der Volksschule. Wir verlangen ihre strengste religiöse Neutralität, damit ist aber unvereinbar die Freiheit des Lehrers, den Unterricht seinen subjektiven religiösen Anschauungen entsprechend zu gestalten.

Es sei uns gestattet, hieran noch einige weitere Bemerkungen zu knüpfen, die auf die jetzt so brennende Volksschulfrage Bezug haben.

Die Frage nach dem Ziel, das die Volksschule sich stellen soll, ist keineswegs eine blos pädagogische Frage. Ihre Beantwortung hängt in erster Linie von der Rolle ab, die man den unteren Volksklassen in der Gesellschaft zuweist. Die Volksschule soll das Volk auf diese Rolle vorbereiten. Es ist demnach ganz natürlich, daß jede Klasse, jede Partei der Volksschule eine andere Aufgabe zuweist, daß die Frage nach dem Schulzweck in erster Linie eine sozialpolitische ist, nicht eine pädagogische.

Aber welche Verschiedenheiten immer innerhalb der herrschenden Klassen in Betreff der Aufgaben der Volksschule und der Mittel, sie zu erreichen, bestehen mögen, in Einem sind sie einig: Die Volksschule ist ein Herrschaftsmittel, sie hat die Aufgabe, das „Volk,“ das heißt die Masse der Ausgebeuteten, nicht blos zu unterrichten, sondern auch zu „erziehen,“ an Unterwürfigkeit, Gehorsam, unermüdlichen Fleiß und die genügsamste Bescheidenheit zu gewöhnen. Ob Bourgeois, ob Junker, ob Freidenker (oder Freimaurer), ob Orthodoxe, sie sind einig, daß die Volksschule diese „sittliche“ Aufgabe habe, und nur darüber streitet man, ob das Auswendiglernen von Katechismussätzen oder Bibelversen oder das von „allgemein menschlichen“ Moralsprüchlein das geeignetste Mittel zu ihrer Lösung sei.

Die Volksschule wurde nothwendig gemacht durch die Entwicklung der Waarenproduktion seit dem Zeitalter der Reformation. Lesen, Schreiben, Rechnen wurden von da an unentbehrliche Kenntnisse für jeden Handwerker, für jeden Bauernsohn, der in der Stadt sein Glück machen wollte; je weiter diese Kennt-

nisse verbreitet waren, desto größer das Angebot intelligenter Arbeiter, deren das Kapital in seinen industriellen und kommerziellen Unternehmungen bedurfte.

Im vorigen Jahrhundert wurde das Bedürfniß nach Verbreitung der elementaren Schulkenntnisse im Volk allgemein. Die Kirche war bis dahin die Organisation gewesen, welche die Verbindung zwischen den Gebildeten und den unteren Volksklassen namentlich auf dem Lande nothdürftig aufrecht erhalten hatte. Der Pfarrer war der einzige Gebildete im Dorfe, der Vermittler zwischen diesem und der Außenwelt. Er vermittelte ihm auch das Schulwissen. Die Küster waren die ersten Schulmeister. So fiel von selbst der Kirche die Oberaufsicht über die Volksschule zu. Kein Wunder, daß die Religion der Mittelpunkt des Volksschulunterrichts wurde.

Wie auf anderen Gebieten, versuchte auch auf diesem die staatliche Bureaukratie bald, die Kirche zu verdrängen und ihre Funktionen an sich zu reißen. Namentlich war dies der Fall in den katholischen Staaten — soweit diese überhaupt ein Volksschulwesen besaßen. In den protestantischen ist ja die Geistlichkeit selbst ein Stück staatlicher Bureaukratie geworden; indeß gab es auch da zwischen geistlicher und weltlicher Bureaukratie mancherlei Kompetenzkonflikte. Die Geistlichkeit hielt hartnäckig an der Herrschaft über die Schule fest; denn deren Ueberwachung war eine ihrer wichtigsten Funktionen geworden. Ging diese an den Staat über, dann fiel wieder eine ihrer Thätigkeiten, dann wurde sie wieder um ein gut Stück überflüssiger.

Neben der Bureaukratie trat aber bald ein neuer Kämpfer um die Volksschule auf den Plan: die Bourgeoisie. Die Volksschule sollte den Kindern Kenntnisse beibringen, die ihre Arbeitskraft später werthvoller machten: diese Aufgabe konnte die von der Kirche beaufsichtigte Schule nur ungenügend lösen. Schon das war ein Grund für alle „fortschrittlichen Elemente“ in der Revolutionszeit des Bürgerthums, vom Kapitalisten bis zum Proletarier, gegen die kirchliche Schule aufzutreten. Noch wichtiger aber war für das Bürgerthum die Eigenschaft der Schule als Herrschaftsmittel. Mit der Bourgeoisie zugleich kam das Proletariat auf; sie konnte nicht an die Macht gelangen, ohne Bauern und Kleinbürger, bis zu einem gewissen Grade selbst Proletarier, zu entfesseln. Um so nothwendiger wurde es für sie, diese Klassen in geistiger Botmäßigkeit von sich zu halten; als wichtigste Vorbedingung dazu erschien ihr die Herrschaft über die Volksschule.

Die Philosophen, die Männer der Aufklärung des vorigen Jahrhunderts, hatten sich um die Volksbildung noch wenig bekümmert. Der Kampf des Liberalismus um die Volksschule beginnt erst seit der französischen Revolution, seitdem das Volk gezeigt hat, welche Thatkraft und Macht ihm innewohnt.

Dort, wo die katholische Geistlichkeit im Stande ist, eine einflußreiche Stellung im Staate zu behaupten, wüthet der Kampf heute noch fort, wie uns das Beispiel Preußens zeigt. Dieser Kampf wird verschärft durch die Ueberschätzung der Volksschule als Herrschaftsmittel, eine Ueberschätzung, welche die naturnothwendige Folge jener Anschauung ist, als seien es die Ideen, welche die thatsächlichen Verhältnisse nach ihrem Belieben schaffen, und als hänge es nur von der Art der Belehrung, die man den Menschen zu Theil werden lasse, ab, welchen Ideen sie huldigten.

Wer die Schule hat, hat die Jugend, rufen die Ideologen unter den Liberalen und Klerikalen, und wer die Jugend hat, hat die Zukunft.

Die Herren thun als wenn sie selbst nie zur Schule gegangen wären; sonst müßten sie doch wissen, wie begrenzt die Macht des Lehrers über die Köpfe

seiner Schüler ist, und wie schnell die Schulweisheit verschwitzt wird, wenn das Leben sie nicht befruchtet und fortentwickelt.

Wer die Jugend hat, hat noch keineswegs die Zukunft; denn ehe die Jungen reif werden, können ihre Anschauungen noch sehr wechseln. Und wer die Schule hat, hat noch lange nicht die Jugend. Voltaire war ein Schüler der Jesuiten. Die Schule ist nur eines der Momente, welche die Jugend beeinflussen, und keineswegs das wichtigste. Unsere Kinder lernen, wie wir selbst, durch das ganze Leben; sie lernen in ihren Spielen, ihren Kämpfen, ihren Arbeiten, ihren Leiden und Freuden. Ihre tiefsten Eindrücke stammen von dem, was sie erleben, nicht von dem, was ihnen erzählt wird. Was sie in der Schule lernen, erweist sich nur insoweit wirksam, als es zu ihren Erfahrungen im wirklichen Leben stimmt, als es sie dieselben verstehen und begreifen lehrt. Was ihren Erfahrungen widerspricht oder ihnen unverständlich ist, geht zu einem Ohr hinein und zum anderen wieder heraus.

So lange man die Verhältnisse nicht ändert, in denen die Proletarierkinder aufwachsen, wird man sie nicht hindern, Sozialdemokraten zu werden, und wenn man ihre Köpfe noch mehr als bisher mit Bibelversen und frommen Liedern vollstopft; und so lange man die Verhältnisse nicht ändert, welche die Zahl der Proletarier von Jahr zu Jahr zunehmen lassen, wird man es auch nicht verhindern können, daß die Zahl der Sozialdemokraten von Jahr zu Jahr zunimmt.

Sollte es wirklich dahin kommen, daß das religiöse Moment in der Volksschule noch mehr in den Vordergrund tritt als bisher, so kann die einzige Wirkung auf unsere Partei höchstens die sein, daß ein religionsfeindliches Moment in ihr zur Geltung kommt. Die Kinder, die zum Religionsunterricht gezwungen wurden, trotzdem ihre ganze Umgebung eine religionslose ist, werden anstatt Gleichgiltigkeit Haß gegen die ihnen aufgedrungenen Lehren empfinden. Wir wünschen diesen Haß keineswegs. Der atheistische Fanatismus ist uns ebenso unerwünscht, wie der kirchliche, denn er bewirkt eine Zersplitterung der geistigen und materiellen Kräfte des Proletariats, die wir auf seinen politischen und ökonomischen Kampf konzentriren wollen. Unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Propaganda tritt denn auch allmälig in der Arbeiterschaft religiöse Gleichgiltigkeit an Stelle jenes intensiven Religionshasses, der fast jeden Proletarier beseelt, sobald er selbständig zu denken anfängt. Eine Verschärfung des kirchlichen Charakters der Volksschule könnte, wenigstens in der jüngeren Generation, dahin führen, daß diese Neutralität der Religion gegenüber wieder einer erbitterten Feindschaft Platz macht. Der Charakter unserer Partei kann zeitweilig dadurch beeinflußt werden, nicht aber ihre Kraft.

Kein Wunder, daß uns der jetzige Kampf um die Volksschule sehr kühl läßt, soweit er ein Kampf um sie als Herrschaftsmittel ist; mögen auch diejenigen, die ihn führen, noch so sehr betonen, daß das, was sie die „sittlich-religiöse Herzensbildung“ nennen, vor Allem die Aufgabe hat, die Nährstoffe des sozialdemokratischen Unkrauts aus den kindlichen Köpfen zu entfernen, das schreckt uns nicht.

Aber die Volksschule ist, wie wir gesehen, nicht allein Herrschaftsmittel. Sie hat auch eine Funktion zu erfüllen, die unentbehrlich ist für das Fortbestehen der Gesellschaft auf ihrer jetzigen ökonomischen Höhe. Der Fortgang der Produktion, die Erhaltung der Gesellschaft ist nicht möglich, ohne einen genügenden Nachwuchs an Arbeitern der Intelligenz und an intelligenten Arbeitern. Die Vorbedingungen zum Erstehen dieses Nachwuchses aus den arbeitenden Klassen hat die Volksschule zu liefern. Daß sie diesem Zweck möglichst gut entspreche,

das liegt im Gesammtinteresse der modernen Gesellschaft ebenso, wie im wohlverstandenen Klasseninteresse der Bourgeoisie einerseits und der arbeitenden Klassen andererseits. Diese Seite der Volksschule ist einer der wenigen Punkte, in dem die Interessen jener verschiedenen Klassen sich begegnen. Nur diejenigen Klassen, deren Interessen oder Traditionen der Fortentwicklung der heutigen Produktionsweise feindlich gegenüber stehen, und diejenigen Schichten der Bourgeoisie, deren Habgier und Herrschsucht sie blind macht für Alles, was über ihre augenblicklichen Interessen hinausgeht und diesen widerspricht, können einer guten Volksschule widerstreben — Pfaffen, Junker, Bauern von altem Schlag, nach Kinderarbeit lüsterne Fabrikanten: das und die von ihnen abhängigen und beeinflußten Kreise sind die Gegner eines ausgiebigen, rationellen Volksschulunterrichts.

Wir haben in der vorletzten Nummer in einer Notiz auf den Vortheil hingewiesen, den bis in die siebziger Jahre die deutsche Industrie, in erster Linie die norddeutsche, vor der englischen voraus hatte durch ihre billigen Lebensmittelpreise. Einen zweiten Vortheil besaß Deutschland, nicht blos vor England, sondern auch vor anderen Konkurrenten, in seinem Volksschulwesen.

Bis vor wenigen Jahrzehnten war im Allgemeinen das preußische Schulwesen eines der besten, vielleicht das beste in Deutschland, das deutsche Schulwesen das beste der europäischen großen Nationen und Staaten. Das will nicht besagen, daß es gut, sondern daß das Schulwesen des Auslandes absolut unzureichend war.

So kam es, daß Deutschland nicht nur die billigsten, sondern auch die intelligentesten Arbeiter hatte. Das half der deutschen Industrie manche Nachtheile überwinden, die ihrer Entwicklung entgegenstanden, namentlich das Fehlen eines ausreichenden innern Marktes — die natürliche Folge der Kleinstaaterei. — Als 1871 die Zusammenfassung der verschiedenen deutschen Staaten zu einem Gesammtreich und der Milliardensegen dazu kamen, da war die deutsche Industrie so weit erstarkt, daß sie den Wettbewerb mit der englischen aufnehmen konnte.

Aber eine Reihe von Momenten, auf die wir hier nicht einzugehen brauchen, bewirkten, daß man, statt nun die Grundlagen weiter auszubauen, auf denen die ökonomische Kraft Deutschlands beruhte, sie zu unterwühlen begann, weil für die, welche die Klinke der Gesetzgebung in der Hand hielten, dabei einige politische und ökonomische Extraprofite — oft höchst persönlicher Art — abfielen.

Man ging aufs energischste daran, die Lebensmittel zu vertheuern, dagegen wurde für die Volksschule so gut wie nichts gethan. Der Kampf, der unter dem Ministerium Falk geführt wurde, war, soweit er die Volksschule betraf, ein Kampf um sie als Herrschafts- nicht als Unterrichtsmittel. Die Verbesserungen auf letzterem Gebiete blieben Anläufe und Projekte.

Inzwischen waren aber die Konkurrenten nicht müssig, ihr Volksschulwesen zu vervollkommnen. Unter dem Eindruck der Niederlagen von 1866 wurden in Oesterreich schon 1868 und 1869 Gesetze geschaffen, welche die Volksschule erheblich verbesserten, so daß sie dort auch jetzt noch, trotz der Verschlechterung, welche die Klerikalen 1883 durchsetzten, der preußischen im Allgemeinen entschieden überlegen ist.

Was 1866 für Oesterreich, brachte 1870/71 für Frankreich: neben anderen Vortheilen eine namhafte Hebung des Volksschulwesens. Ist auch die französische Volksschule noch keineswegs vollkommen, so nimmt sie doch, unseres Wissens, gegenwärtig den ersten Rang unter den Volksschulen aller Länder ein.

Aber auch England ist nicht stehen geblieben. Ohne erst eine Niederlage abzuwarten, hat es von 1870 an eine Reihe von Schulgesetzen erlassen,

die sein Volksschulwesen nicht reformirten, sondern thatsächlich vielmehr er schufen. Bis in die jüngste Zeit gehen dessen Verbesserungen fort, und dieselbe sind noch keineswegs abgeschlossen.

Angesichts dieser allseitigen Reformen und Neuschöpfungen ist es für di industriellen Klassen Deutschlands, resp. Preußens geradezu eine Lebensfrage auf dem bisher erreichten Standpunkt nicht stehen zu bleiben, sondern weiter vor zuschreiten. Ein Volksschulgesetz, eine weitgehende Verbesserung des preußische Volksschulwesens ist dringend nothwendig geworden. Aber unsere herrschenden Klasse scheinen noch nicht begriffen zu haben, daß das Gedeihen einer Nation in erste Linie von der geistigen und körperlichen Gesundheit ihrer arbeitenden Klasse abhängt, nicht von den Mordwaffen, die sie besitzt. Man hat nicht nur nicht Bemerkenswerthes gethan, das Proletariat in irgend einer Weise zu heben, ma hat versucht, alle seine Bestrebungen nach Hebung durch eigene Kraft durch ei Ausnahmsgesetz zu ersticken, man hat ihm die Lebensmittel vertheuert, und geh jetzt daran, weit entfernt, den Verbesserungen des ausländischen Schulwesens auch nur nachzuhinken, vielmehr das bestehende, absolut unzulängliche noch zu verschlechtern!

Das ist keineswegs eine gleichgiltige Sache für die arbeitenden Klassen So gleichmüthig sie zusehen können, wie Liberale mit Pfaffen und Junkern um die Schule als Herrschaftsmittel streiten, so entschieden müssen sie dagegen protestiren, daß die so dürftigen Hilfsmittel, die ihnen Staat und Gemeinden zur geistigen Entwicklung ihrer Kinder bieten, noch mehr verkümmert werden, s entschieden müssen sie für eine gründliche Reform des Volksschulunterrichts eintreten

Aber von den großen Parteien Deutschlands ist es heute nur eine einzige welche eine allen Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Volksschule verlangt — die Sozialdemokratie. Ihr fällt auch auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen, die Aufgabe zu, durchzuführen, was zu vollbringen die historische Verpflichtung der Bourgeoisie gewesen, was aber diese aus Beschränktheit und Feigheit unvollendet gelassen.

Auch in der Schulfrage, wie in so mancher andern Frage hat die Bourgeoisie den Rückzug angetreten. Sie verliert immer mehr die Fähigkeit und Kraft, auch nur ihre eigenen dauernden Klasseninteressen zu vertreten.

Bezeichnend für diesen Rückzug war die Rolle, welche die Deutsch-freisinnigen in der Volksschulgesetzdebatte Virchow gegenüber spielten. Sie desavouirten Virchow, dessen Standpunkt ihnen zu weitgehend, zu „radikal" war. Und doch gehört Virchow in der Schulfrage keineswegs zu den Radikalsten. Es war im September 1877, als er in München auf der Naturforscherversammlung eine Rede gegen Häckel hielt, die ebenso das Entzücken aller Reaktionäre, wie die Entrüstung aller Freigesinnten erregte. Häckel hatte verlangt, daß die Darwin'sche Lehre in der Schule berücksichtigt werde. In schärfster Weise bekämpfte Virchow diese Anschauung. Er erklärte den Darwinismus für eine unbewiesene Theorie und jeder Versuch, ihn in der Schule an Stelle der Religion zu setzen, „die Kirche zu depossediren," müsse die gefährlichsten Folgen nach sich ziehen. Daß die Schule nicht blos Bildungs-, sondern auch Herrschaftsmittel sei, wußte Herr Professor Virchow damals schon, und daher spielte er als entscheidenden Trumpf die Denunziation aus, der Darwinismus sei die Vorfrucht des Sozialismus. „Nun stellen Sie sich einmal vor," sagte er, „wie sich die Deszendenztheorie heute schon im Kopfe eines Sozialisten darstellt. Ja, meine Herren, das mag Manchem lächerlich erscheinen, aber es ist sehr ernst, und ich will hoffen, daß die Deszendenztheorie für uns nicht alle die Schrecken bringen möge, die ähn-

liche Theorien wirklich im Nachbarlande angerichtet haben. (Die Erhebung der Pariser Kommune eine Folge der Darwin'schen Lehre!!! D. Red.) Immerhin hat auch diese Theorie, wenn sie konsequent durchgeführt wird, eine ungemein bedenkliche Seite, und daß der Sozialismus mit ihr Fühlung gewonnen hat, wird Ihnen hoffentlich nicht entgangen sein. Wir müssen uns das ganz klar machen."

Für den „konservativen Ton im besten Sinne des Wortes," den der „gelehrte Fortschrittsmann" da angeschlagen, erhielt er das höchste Lob der „Neuen evangelischen Kirchenzeitung," Häckel dagegen nannte in einer Entgegnung*) Virchow ein „Werkzeug der gefährlichsten Reaktion" und erklärte, er müsse der von diesem drohenden Gefahr im Interesse der Schule entgegentreten, da Virchow „im preußischen Landtage insbesondere als erste sachkundige Autorität und zugleich als feinsinnigster Kritiker gilt, wenn es sich um Unterrichtsfragen handelt. Nun steht bekanntlich als eine der wichtigsten Aufgaben dem preußischen Landtage die Berathung eines neuen Unterrichtsgesetzes bevor. Was dürfen wir von einem solchen Unterrichtsgesetz erwarten, wenn bei dessen Berathung unter der geringen Zahl der überhaupt zu hörenden Sachkundigen Virchow seine Stimme als leitende Autorität erhebt!"

Das war unmittelbar vor Erlaß des Sozialistengesetzes. Wie hat dieses gewirkt! Es sollte die Sozialdemokratie „erziehen," hat aber blos ihre „Vorfrucht" erzogen, die Darwinianer und Fortschrittler. Häckel ist längst verstummt als „Rufer im Streite" und keinem der darwinistischen Professoren in Deutschland fällt es mehr ein, zu verlangen, daß die Errungenschaften der heutigen Naturwissenschaften der Volksschule nicht fremd bleiben dürfen.**) Virchow hat seine Anschauungen in der Schulfrage nicht geändert. Aber wenn ihm 1877 der Darwinist Oskar Schmidt vorwerfen konnte, in seiner Münchener Rede auf das Niveau des „schreckhaften Fortschrittsphilisters" heruntergestiegen zu sein, so steht er heute auf demselben Niveau „einsam auf kahler Höh'," denn der schreckhafte Fortschrittsphilister ist heute bereits tief unter sein Niveau von 1877 herabgesunken.

Die religionslose, einzig auf der Wissenschaft beruhende Volksschule hat heute nur noch einen kraftvollen Vertreter in Deutschland, die Sozialdemokratie.

Der deutsche Innungstag in Berlin.

Wir verfolgten kürzlich (Nr. 10) die deutsche Innungsbewegung bis zur Einbringung der Interpellation Hitze im Reichstage.

Die daraufhin am 24. November vorigen Jahres abgegebene Erklärung des Ministers v. Bötticher veränderte mit einem Schlage die ganze Haltung der Zünftler. Schienen nach dem Empfang der Handwerkerdeputation durch den Kaiser (am 3. Juni 1890) und nach der Berufung der 21 Innungsvertreter nach Berlin zu der Konferenz vom 15. bis 17. Juni 1891 alle Zunftträume der Erfüllung nahe, so mußten nunmehr gerade die Hauptforderungen als voll-

*) E. Häckel, Freie Wissenschaft und freie Lehre. Stuttgart 1878.

**) In der Schweiz hat bekanntlich der unerschrockene Professor Dodel den Kampf für Einführung eines rationellen naturwissenschaftlichen Unterrichts in die Volksschule aufgenommen mit seiner energischen Schrift „Moses oder Darwin?" (Vgl. „Neue Zeit," 1889, S. 474 ff.)

ständig aussichtslos gelten. Herr von Bötticher versprach in seiner Weise zwar alles Mögliche in Betreff der Konkurrenz der Gefängnißarbeit, der Abzahlungsgeschäfte, des Hausirhandels und der Konsumvereine, aber er kam dann „auf die Wünsche, deren Befriedigung nach der Meinung meines königlich preußischen Herrn Kollegen und nach meiner Meinung nahezu unmöglich ist; das ist die Einführung der obligatorischen Innung und die Einführung des Befähigungsnachweises. Ich wiederhole, was ich Eingangs meiner Bemerkungen gesagt habe: daß in dieser Beziehung der Bundesrath bisher keine Beschlüsse gefaßt hat, daß aber die Frage wegen der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises in einem Rundschreiben bei den sämmtlichen Bundesregierungen zur Sprache gebracht worden ist, und daß das Ergebniß dieser Umfrage überwiegend dahin geht, daß die Regierungen sich nicht für die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises erwärmen können. Ich muß demnach annehmen, daß, wenn der Bundesrath über diese Frage Beschluß fassen wird, dieser Beschluß gegenüber dem vom Reichstag vorgeschlagenen Gesetzentwurf ein ablehnender sein wird." — Der konservative Dr. Hartmann, ein Freund der Innungen, aber noch mehr der Regierungen, nahm sich zwar „die Freiheit, dem Herrn Staatssekretär des Innern dafür zu danken, daß er die Interpellation mit so großer Ausführlichkeit und, ich darf hinzufügen, Wärme für das deutsche Handwerk beantwortet hat. Seine Antwort erschöpft, so viel ich im Augenblick übersehen kann, so ziemlich alle diejenigen Wünsche und Klagen, welche bisher im deutschen Handwerk laut geworden sind." Auch Herr Hitze stellte sich leidlich befriedigt. Aber schon in derselben Reichstagssitzung klang es aus dem Zentrum ganz anders heraus; Herr Metzner nannte die Erklärung des Staatssekretärs „ein mit Rosen geschmücktes Todesurtheil für den selbständigen Handwerkerstand, noch begleitet von den besten Wünschen für das fernere Wohlergehen des Verurtheilten. Denn gerade in Bezug auf die Hauptforderung, auf die der Handwerkerstand Gewicht legen muß, wenn er seine Existenz nicht aufgeben will, hat der Herr Staatssekretär uns gerade die entgegengesetzte Erklärung abgegeben wie die, welche wir erhofften."

Das war sofort auch die Auffassung unter den Zünftlern im Lande. Ein wahrer Entrüstungssturm brach hier aus, wenn es bei dem geringen Rückhalt der Zünftler auch ein Sturm im Glase Wasser blieb. An verschiedenen Orten begann man für Auflösung aller Innungen zu agitiren, weil Innungen ohne die geforderten Rechte nur armselige „Wechselbälge" und „todtgeborene Kinder" seien; man protestirte, man drohte mit dem Uebergang in das sozialdemokratische Lager.

Bereits unter dem 11. Dezember erließen die Vorstände der bei dem Zentralausschusse zu Berlin betheiligten Verbände, gedrängt durch ihre Innungen, und die Vorstandschaft des Allgemeinen Deutschen Handwerkerbundes zu München einen Aufruf zu einem „Deutschen Innungs- und Allgemeinen Deutschen Handwerkertage am 14.—16. Februar 1892 zu Berlin."

Die Betheiligung an diesem Kongreß war eine außergewöhnlich zahlreiche. Wenn sonst höchstens 200—300 Theilnehmer sich einzufinden pflegten, so waren diesmal 2300 „beglaubigte Vertreter" am Platze, deren geringe parlamentarische Schulung und derbe Ausdrucksweise mitunter die stürmischsten und auch die komischsten Zwischenfälle hervorrief. Als der gedruckte Bericht über die Berliner Konferenz vertheilt werden sollte, entwickelten sich Szenen, „als ob Geld unter die Menge geworfen würde, denn jeder drängte sich, um ein Exemplar, deren viele umhergeschleudert wurden, zu erhaschen." Herr Stöcker wurde nach der „Allgemeinen Handwerkerzeitung" mit stürmischer Begeisterung empfangen und erntete mit seiner faden demagogischen Ansprache „minutenlang anhaltenden Bei-

fall." Dagegen erregte die Mittheilung schon Mißfallen, daß nicht Herr von Bötticher in Person, sondern Dr. von Rottenburg die Berliner Konferenz eröffnet habe, und als nun gar die Aeußerung Rottenburg's bekannt wurde: „mögen die Handwerker immerhin Sozialdemokraten werden, das Deutsche Reich ist stark genug, die sozialistischen Umtriebe zu besiegen" — da entstand wiederum im Saal „ein minutenlang anhaltender Sturm des Unwillens." Einen Kasseler Hofdachdeckermeister zwang man durch Schreien, auf das Wort zu verzichten; selbst den Sekretär des Zentralausschusses Dr. Schultz wollte man nicht ausreden lassen, weil seine Ausführungen noch etwas nach dem fakultativen Befähigungsnachweis und Innungsbeitritt schielten.

Lärm gab es also genug, aber auch hier war es ein Lärmen um nichts; das Interesse an den Verhandlungen nahm mit jedem Tage ab, und als am 17. Februar der unvermeidliche Herr von Broich die Genossenschaften als einziges Rettungsmittel anpries und der Antrag auf Bildung einer selbständigen Handwerkerpartei auf der Tagesordnung stand, da war auch nicht die Hälfte der Delegirten und Theilnehmer mehr anwesend; Logen und Tribünen waren leer. Sowie man seinem ohnmächtigen Groll Luft gemacht hatte, hatte man sich nichts mehr zu sagen.

Ohne Resolutionen ist es natürlich nicht abgegangen: man dankte in einer Resolution den Delegirten zur Sommerkonferenz in Berlin; man hielt in einer anderen Resolution „mit aller Entschiedenheit an dem Befähigungsnachweise fest und erstrebt mit vollstem Nachdrucke dessen gesetzliche Einführung," man erklärte alle Maßnahmen für das Handwerk ohne den Befähigungsnachweis für unwirksam, man unterstützte die Vorschläge der Sommerkonferenz hinsichtlich der Konsumvereine, der Gefängnißarbeit, der Abzahlungsgeschäfte und des Hausirhandels. Die Auflösung der Innungen wurde mit allen gegen fünf Stimmen verworfen; ähnlich erging es dem Antrag auf Gründung einer selbständigen Handwerkerpartei und einer „großen Zeitung," an die sich dann von selbst die Bildung einer besonderen Partei anschließen werde. Man nahm hier schließlich folgende Resolution Nagler-München an: „Der Allgemeine Deutsche Innungs- und Handwerkertag verzichtet Angesichts der politischen Sachlage zur Zeit auf Gründung einer eigenen Handwerkerpartei und betrachtet es in Konsequenz der Reichstagssitzung vom 24. November 1891 als im Interesse des Handwerkerstandes gelegen, bei Wahlen mit aller Entschiedenheit für die Kandidaten der konservativen und Zentrumspartei einzutreten; in Bezirken, wo solche Kandidaten ermangeln, jedoch die Aufstellung eigener Kandidaten zu betreiben oder sich gänzlich der Stimmen zu enthalten." Herr Malermeister Klein-Stettin begeisterte sich für konservative Wahlen besonders im Hinblick auf den Hofprediger Stöcker, der Amt und Würden für das Wohl des Volkes geopfert habe!

Nur ein Beschluß hob sich charakteristischer ab gegen die üblichen Dutzendbeschlüsse. „Der deutsche Innungs- und Handwerkertag — heißt es da — entledigt sich des Dankes, daß die verbündeten Regierungen den Wünschen des deutschen Handwerks nach schärferen Bestimmungen gegen den Kontraktbruch der Arbeiter Rechnung tragen wollten, spricht sein lebhaftes Bedauern aus, daß vom Reichstage diesem Gesetzvorschlage keine Folge gegeben wurde und hält deshalb nach wie vor an seinen auf dem zweiten deutschen Handwerkertage gefaßten Entschlüssen fest, in der Erwartung, daß die verbündeten Regierungen eine derartige Vorlage dem Reichstage unterbreiten werden."

In der That, das Bild der Innungsmisère wäre einseitig geblieben, wenn dieses Stück kleinlichsten Kampfes gegen die Arbeiter gefehlt hätte! Zwischen

dem Großkapital, dem die Gegenwart gehört, und der proletarischen Arbeit, die sich emporringt, wird das alte Handwerk rascher und rascher zerrieben, und Alles, was die Zünftler thun, ist, daß sie gelegentlich wie störrische Gäule nach vorn und hinten ausschlagen, um bei den Wahlen doch immer wieder Vorspanndienste zu leisten für Parteien, die nicht einmal willens sind, ihnen zu helfen, selbst wenn sie ihnen helfen könnten.

Eine eigene Partei zu bilden, sind die Zünftler, trotz der noch immer gewaltigen Ausdehnung des gewerblichen Kleinbetriebes in Deutschland, zu schwach, denn in Deutschland ist der größte Theil des Handwerks heute schon sozialdemokratisch. Der Rest kann nur als Schwanz anderer Parteien eine gewisse Rolle in der Tagespolitik spielen; und da nur der Anschluß an diese Parteien den Strebern unter den Zünftlern ein weites Feld für ihren Ehrgeiz und ihre Gewinnsucht eröffnet, so werden die Zünftler Schwanzpartei bleiben und als solche einen scheinbaren Einfluß ausüben, bis sie in Folge der fortschreitenden wirthschaftlichen Entwicklung an Zahl so schwach geworden sind, daß keine Partei und keine Regierung mit ihnen noch rechnet. Bis dahin werden zur Erhaltung ihrer guten Laune und ihrer politischen Dienste noch einige Schaugerichte aufgetragen werden; man wird sie vielleicht Handwerkerkammern bilden lassen, die für jeden Distrikt eine gleiche Bedeutungslosigkeit haben werden wie etwa der selig entschlafene Volkswirthschaftsrath für Preußen: man wird weiter eifrig und lange konferiren und untersuchen und Gutachten erbitten, um während der Zeit jedem Handeln aus dem Wege gehen zu können; man wird hie und da einer Innung eine minimale Lieferung, vielleicht von Soldatenstiefeln, übertragen und jahrelang ein großes Aufsehen davon machen; man wird Handwerkervertretungen und Organisatiönchen, Posten und Pöstchen schaffen, in denen die Führer ihren Ehrgeiz befriedigen und ihren Thatendrang verpuffen können — bis die ganze Seifenblase einst zerplatzt.

Auf dem Berliner Innungstag sah es mitunter aus, als wenn es so weit schon wäre. Jedenfalls rückt der Zeitpunkt rasch heran. —ms.

Notizen.

Der Antrag Lafargue's auf Abschaffung der Lebensmittelzölle. Am 16. Februar brachte unser Genosse Lafargue bekanntlich in der französischen Kammer einen Gesetzentwurf ein zur Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel. Die Motive desselben lauten:

„Meine Herren!

Das neue Zollregime ist kaum seit einigen Tagen in Kraft getreten, und schon hat es die verderblichen Folgen gezeitigt, die der Nationalrath der Arbeiterpartei in seinem Manifest zum 1. Mai 1891 vorhergesagt, und die eingetreten sind, trotzdem daß die riesigen Waarenvorräthe, welche noch unter der Herrschaft der früheren Zölle eingeführt worden, ein Hinausschieben der Krisis hätten ermöglichen sollen. Die unentbehrlichsten Nahrungsmittel haben eine beträchtliche Preissteigerung erfahren. Gegen die ausländische Konkurrenz geschützt, hat die Spekulation mit Hilfe eines künstlichen Mangels eine künstliche Preissteigerung geschaffen und zu Preisen verkauft, die erst als normal und nothwendig gelten könnten, nachdem die aufgehäuften Vorräthe erschöpft worden sind. Andererseits, weit entfernt, die Lücken zu füllen, die auf dem Markt durch die Zurückhaltung des ausländischen Schlachtviehs an der Grenze entstanden sind, haben die Viehzüchter des Inlandes ihre Sendungen beschränkt,

so daß es ihnen gelungen ist, während eines einzigen Markttages die Preise um mehr als 20 Prozent in die Höhe zu treiben.

Dies Ergebniß war aber auch der Zweck des sogenannten Schutzes der nationalen Landwirthschaft, der von einer schutzzöllnerischen Majorität ersonnen und Dank der Unterstützung, um nicht zu sagen der Mitschuld, der Freihändler des Ministeriums auch ausgeführt worden; sie wollen theuerer verkaufen, um mehr zu gewinnen und mithin auch die Konsumenten theuerer bezahlen lassen, die zum größten Theil Arbeiter und Beamte sind, und deren Löhne und Gehälter um den Betrag der Preissteigerung geschmälert werden.

Wie soll das erst werden, wenn die Vorräthe erschöpft sind, wenn die Bevölkerung nicht mehr bloßen künstlichen Preistreibereien gegenübersteht, sondern einem wirklichen Mangel an Lebensmitteln? Blind wäre Derjenige, der nicht sähe, daß wir in einigen Monaten bei Hungersnothpreisen angekommen sein werden.

Herr Paul Leroy-Beaulieu schätzte im „Economiste français“ vom 21. Februar 1891 die allgemeine und unvermeidliche Vertheuerung der Lebenshaltung auf mehr als 20 Prozent.

Herr Challemel-Lacour andererseits berechnete auf der Tribüne des Senats die neuen Lasten, welche die Zölle auf Lebensmittel für die Konsumenten mit sich bringen, auf etwa 800 Millionen im Jahr.

Sogar der Herr Kriegsminister hat in Gestalt einer nachträglichen Forderung von 12 Millionen einen Anhaltspunkt dafür geliefert, in welchem Maße die Nahrung der Bevölkerung belastet werden wird.

Zwölf Millionen — und diese Zahl ist optimistisch — für durchschnittlich 400 000 Mann Soldaten, das ergiebt eine Mehrausgabe für Lebensmittel von 30 Franken pro Kopf und für eine Bevölkerung von ungefähr 40 Millionen Einwohner die ungeheuere Gesammtsumme von 1200 Millionen.

Welches Elend, welche Leiden eine derartige Steuer bedeutet, die der Masse der Bevölkerung von einem Bruchtheil der Besitzenden auferlegt wird, ist unnöthig, hervorzuheben. Auf diese Weise wird man der Republik jenen Theil der Bevölkerung nicht zuführen, der noch den alten Parteien anhängt.

Man könnte vielleicht dieser direkt und offenbar dem Interesse einer einzigen Klasse dienenden Steuer noch eine gute Seite abgewinnen, wenn sie dem wirklichen Bebauer des Bodens, dem kleinbäuerlichen Grundbesitzer zu Gute käme, dessen Lage immer schwieriger und schwieriger wird. Aber nein, da dieser aus seinem Fetzen Land nicht genug zieht, um alle seine Bedürfnisse befriedigen zu können, so ist er weit davon entfernt, Lebensmittel zu Markte zu bringen, vielmehr für seinen persönlichen Konsum selbst darauf angewiesen, auf dem Markte zu kaufen. Als Käufer und nicht Verkäufer trägt er zusammen mit den Arbeitern und Beamten der Städte die Kosten dieses angeblichen nationalen Schutzes der Landwirthschaft.

Nicht einmal der mittlere Grundbesitz wird eine Erleichterung durch die übermäßigen Zolltarife finden. Alles was man für ihn von ihnen hoffen kann, ist, daß er nicht unter ihnen zu leiden hat.

Einzig und allein der Großgrundbesitz wird jedes Jahr die Milliarde einstecken, der gegenüber man die ein für alle Male an die Emigranten ausgezahlte Milliarde eine bescheidene Summe finden muß.*) Und die derart um ungezählte

---

*) Während der französischen Revolution flüchtete der größte Theil der Aristokraten (die Emigranten) aus Frankreich, um in den Heeren des Auslandes gegen ihr Vaterland zu kämpfen. Dafür wurden ihre Güter konfiszirt und verkauft — zum Theil an Bauern, zum größten Theil aber zunächst an Spekulanten, die sich dadurch bereicherten. Als nach dem Sturz Napoleons Ludwig XVIII. zurückkehrte und die Bourbonenherrschaft wieder hergestellt wurde, wagte man nicht mehr, die ehemaligen Güter der Emigranten ihren nunmehrigen Besitzern wegzunehmen. Die anscheinenden Sieger mußten die Revolution anerkennen. Um die Emigranten zu entschädigen, wurde ihnen die Zahlung einer Milliarde Franken auf Staatskosten bewilligt;

Millionen bereicherte Landaristokratie, welche Herrin über 45 Prozent des Kultur
bodens Frankreichs ist, besteht nur aus 142000 Personen, wie dies Herr Challemel
Lacour, der seine Angaben auf offizielle unbestrittene und unbestreitbare statistisch
Berechnungen stützte, im Senat behauptet hat.

Für diese Wucherer mit dem nationalen Grund und Boden wird auf parla
mentarischem Wege unter der Republik die Hungerverschwörung*) wieder in
Leben gerufen und verschärft.

Denn es hieße der Phantasie zu viel Spielraum gestatten, wollte man behaupten
daß irgend ein Bruchtheil der durch die Zölle bewirkten Steigerung der Grundrent
entweder den Pächtern zu Gute käme, deren Pachtzinse erhöht werden, oder de
Landarbeitern, deren Löhne vielmehr in Folge der immer allgemeiner werdende
Anwendung landwirthschaftlicher Maschinen sinken müssen.

Angesichts einer so drohenden Gefahr scheint es mir unmöglich, daß di
Kammer nicht bei Zeiten aufmerksam werden und Maßregeln ergreifen sollte. Di
angstvolle Unruhe, welche sich der Gemüther bemächtigt hat, muß in dem Maß
wachsen, als sich die Folgen der neuen Zolltarife fühlbarer machen.

Schon auf dem neunten Jahreskongreß der Arbeiterpartei, welcher im ver
gangenen November in Lyon tagte, haben die Delegirten von 291 Syndikaten un
sozialistischen Gruppen in Voraussicht dessen, was heute schon theilweise zur Wirk
lichkeit geworden, in das Programm der nächsten Gemeinderathswahlen einen Punk
eingefügt, welcher die Abschaffung aller städtischen und staatlichen Zölle auf Nahrungs
mittel fordert.

Andererseits ist mir in Lille, Roubaix, Tourcoing, Armentières, Calais, Four
mies, Lyon, Roanne, Nantes, St. Nazaire, Bordeaux, Troyes in Volksversammlungen
denen mehrere Tausende von Bürgerinnen und Bürgern beiwohnten, der Auftrag
ertheilt worden, für die Aufhebung der Aushungerungszölle einzutreten.

Die sozialistischen Abgeordneten konnten nicht einer Maßregel gegenüber ruhi
bleiben, die ein wahres Komplot gegen die Arbeitermägen darstellt. Uns kommt es
zu, gegen das Uebel aufzutreten, ehe es unheilbar geworden; uns kommt es gleicher
weise zu, alle republikanischen Parteien vor die Verantwortlichkeit zu stellen, die si
erwartet. Wie immer Sie diese Warnung aufnehmen mögen, die ich im Name
meiner Wähler und der Arbeiterpartei von dieser Tribüne herab Ihnen zurufe, mi
liegt eine Pflicht ob, und ich erfülle sie, indem ich Ihnen den folgenden Gesetzentwur
unterbreite und für ihn die Dringlichkeit beantrage:

Gesetzentwurf.

Einziger Artikel: Die Einfuhrzölle auf Nahrungsmittel, welche in der erste
und zweiten Sektion der Liste A des am 11. Januar 1892 bekannt gegebenen allge
meinen Zolltarifs enthalten sind, werden aufgehoben. Paul Lafargue."

Telephon und Setzmaschine. Die Londoner „Times," die jetzt, wie di
meisten größeren Zeitungsdruckereien Englands, Setzmaschinen eingestellt hat, ver
wendet diese in Verbindung mit dem Telephon zu einer rascheren Herstellung de
Berichte über die Parlamentsverhandlungen. Die „Times" hat eine eigene Telephon

---

das heißt, im Interesse des Eigenthums, um den Raub an den Emigranten gut
zumachen ohne einen Raub an den Räubern zu begehen, mußten die Steuerzahle
herhalten, wurden Handwerker und Proletarier beraubt, die von den konfiszirte
Gütern nie auch nur den mindesten Vortheil gehabt hatten. Mit dieser Milliard
vollzieht sich der Uebergang von den feudalen Ausbeutungsmethoden des Raubritter
thums zu den bürgerlichen Methoden des Schutzes der nationalen Landwirthschaft
Die Redaktion.

*) „Pacte de famine." Name von Aufkaufgesellschaften im vorigen Jahrhundert
Wir werden demnächst darüber eine ausführlichere Reminiszenz bringen.
Die Redaktion.

verbindung zwischen der Reportergalerie im Haus der Gemeinen und der 1½ englische Meilen davon entfernten Druckerei herstellen lassen. Ein „Diktator“ diktirt nach dem eben aufgenommenen Reporter-Stenogramm von der Reportergalerie aus die gehaltenen Reden per Telephon in den Setzersaal, in einem Tempo, daß der Setzer an der Setzmaschine eben nachkommen kann. Dies Tempo soll ein ungemein rasches sein, so daß es möglich ist, selbst wenn eine Verhandlung bis 3 Uhr Morgens dauert, für die Morgens um 5 Uhr abgehenden Zeitungszüge die nöthige Auflage mit dem vollständigen stenographischen Bericht rechtzeitig fertig zu stellen.

Einen eigenthümlichen Kommentar zu dieser „Errungenschaft moderner Technik“ bietet folgende Mittheilung der „Deutsch-amerikanischen Buchdruckerzeitung“: „Der Rochester „Democrat and Chronicle,“ das größte und reichste Zeitungsunternehmen dieser Stadt, wird seit zwei Monaten ganz von sieben Setzmaschinen (Mergenthaler) aufgesetzt. Die Operateure, meistens praktische Buchdrucker, müssen neun Stunden bei Nacht arbeiten. Wie aufreibend diese Arbeit ist und daß die Zahl der zu arbeitenden Stunden viel zu groß ist, dafür liefert der Selbstmord eines dieser Setzmaschinenoperateure, namens Loftus, der am „Democrat and Chronicle“ arbeitete, den besten Beweis. Derselbe wurde am Dienstag letzter Woche todt in seinem Bett aufgefunden. Ein neben ihm liegendes kleines Fläschchen zeigte, daß er sich vergiftet hatte. Loftus war erst 23 Jahre alt und hatte in der seinem Tode vorhergehenden Nacht bis halb vier Uhr Morgens an der Setzmaschine gearbeitet. Der Wahrspruch der zusammenberufenen Todtenbeschau-Jury lautete nach dem „Morning Herald“: „Selbstmord im Zustande von Geistesstörung, hervorgerufen durch Ueberarbeitung an der Setzmaschine.“

Eine Stockung in der Gründung neuer Ansiedelungen ist in Folge der Depression der Landwirthschaft in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten von Amerika eingetreten. Vielfach erwartet man wieder einen Umschwung nach der letzten Ernte, die — von der Baumwolle abgesehen — für die Farmer nicht nur günstig in Bezug auf die geernteten Mengen, sondern auch in Bezug auf die erzielten Preise war. Nach einer Zusammenstellung des New York Commercial and Financial Chronicle (abgedruckt im Londoner „Economist“ vom 9. Januar) betrugen während der letzten sechs Jahre die Veräußerungen von öffentlichem Lande:

	30. Juni 1890/91	1889/90	1888/89	1887/88	1886/87	1885/86
	Acres	Acres	Acres	Acres	Acres	Acres
Gegen Baarzahlung	2 142 539	3 302 571	3 881 305	5 907 155	5 587 910	3 773 498
Eintragungen unter dem Heimstättengesetz	5 040 394	5 531 678	6 029 230	6 676 616	7 554 350	9 145 135
Eintragungen unter dem Holzkultur- (timber culture) Gesetz	969 006	1 787 403	2 551 069	3 735 305	4 224 398	5 391 309
Total . . .	8 151 939	10 621 652	12 461 604	16 319 076	17 406 658	18 309 942

Es sind hier mit Absicht nur diese Landveräußerungen aufgeführt, weil die Landschenkungen an Eisenbahngesellschaften oder vom Bunde an Staaten und Territorien durchaus noch keine Besiedlung bedeuten, während die Heimstätten und Holzkulturgesetze den Eingetragenen verpflichten, sein Land auf eine Reihe von Jahren, eventuell zum Theil auch mit Wald, zu bebauen, wenn er seinen leicht zu erwerbenden Eigenthumsanspruch nicht einbüßen will. Der wirkliche Uebergang öffentlicher Ländereien an neue Ansiedler beschränkte sich demnach in allen Theilen der Union in dem am 30. Juni 1891 ablaufenden Jahre auf etwas über 8 Millionen Acres,

während 1890 über 10½ Millionen, 1889 12½ Millionen, 1888 16,3 Millionen, 1887 17,4 Millionen, 1886 18,3 Millionen Acres neubesiedelt wurden. Die Abnahme ist seit sechs Jahren eine sehr starke gewesen; trotzdem ist der Umfang der jährlich der Bebauung und Bewirthschaftung neu unterworfenen Ländereien immer noch ein ganz erstaunlicher. —ms.

Die Zustände Argentiniens werden beleuchtet durch folgende Statistik der Ein- und Auswanderung nach resp. von diesem Lande. Es betrug die Zahl der

	Einwanderer	Auswanderer	Ueberschuß an Einwanderern (+) oder Auswanderern (—)
1885	108 722	14 585	+ 94 137
1886	93 116	13 907	+ 79 209
1887	120 842	13 630	+ 107 212
1888	155 632	16 842	+ 138 790
1889	260 909	40 649	+ 220 260
1890	110 498	82 981	+ 27 517
1. Jan. bis 1. Aug. 1891	44 635	72 074	— 27 439

Die Zahl der Auswanderer, denen die argentinischen Zustände unerträglich geworden sind und die sich ihnen entziehen, soweit sie über die nöthigen Hilfsmittel verfügen, nimmt von 1887 an immer mehr zu. Gleichzeitig wuchs allerdings bis 1889 auch die Einwanderung bedeutend, aber nicht in Folge der natürlichen Anziehungskraft Argentiniens. Bereits 1886 zeigte sich ein Rückgang der Einwanderung. Daraufhin wurden den Dampfschiffgesellschaften und Auswandereragenturen in Europa große Subsidien gezahlt, um Arbeitskräfte anzulocken und denselben die Ueberfahrt zu erleichtern. Dazu sollen in den letzten Jahren 16 Millionen Mark verwendet worden sein. Aber auch dieser Schwindel hielt nicht lange vor. Seit 1889 nimmt die Einwanderung ab und die Zahl der Auswanderer ist bereits so angeschwollen, daß sie im vorigen Jahr die der Neuankömmlinge weit überstieg. Unter diesen Umständen erscheint es geradezu unsinnig für einen Lohnarbeiter, in Argentinien sein Glück zu suchen.

Feuilleton.

Die Lessing-Legende.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. VII.

Der sogenannte „aufgeklärte Despotismus" Friedrichs II. gilt als die höchste Form des modernen Absolutismus und zwar in beiderlei Sinn des Wortes: sowohl nach der Unbeschränktheit der fürstlichen Macht hin, als auch nach der Verwendung dieser Macht für die Wohlfahrt des Volkes. Die eine wie die andere Behauptung bedarf aber der Einschränkung durch den Satz: innerhalb der Grenzen, welche durch die ökonomischen Grundlagen dieses Despotismus gegeben waren. Insbesondere die preußenfreundlichen Mythologen thäten wohl daran, sich endlich zu dieser wissenschaftlichen Auffassung zu bekehren, denn in dem holden Streit mit ihren preußenfeindlichen Gegenfüßlern müssen sie hundert Niederlagen gegen einen Sieg davontragen, wenn auf Grund der Einbildung gekämpft wird, daß die Macht Friedrichs unbeschränkt und daß es seine Pflicht gewesen sei, diese Macht im Interesse der Volksmasse zu handhaben.

Es ist richtig: die Schranken des Despotismus, welche beispielsweise in Frankreich und Oesterreich durch den Hof und die Kirche errichtet waren, bestanden für Friedrich nicht. Aber um so fester steckte er in dem eisernen Hemde des auf feudaler Grundlage erwachsenen Militarismus. Sein beweglicher und lebendiger Geist war für literarische und philosophische Arbeiten wie geschaffen; Friedrich artete mehr nach der Mutter als nach dem Vater, war mehr Welfe als Hohenzoller, wie denn namentlich in seinen jungen Jahren die fremden Gesandten den „hannöverschen Typus“ an ihm hervorheben. Unter den Welfen waren aber literarische Neigungen schon seit dem Mittelalter erblich; am Hofe Heinrichs des Löwen dichteten Vorläufer der höfischen, mittelalterlichen Poesie; Herzog Heinrich Julius von Braunschweig, der Zeitgenosse Shakespeare's, hielt an seinem Hofe eine Truppe englischer Schauspieler und schrieb selbst Theaterstücke; Herzog August gründete die Wolfenbütteler Bibliothek; Herzog Anton Ulrich dichtete Kirchenlieder und Romane; dann lebte Leibnitz im Schutze des Welfenhauses und Friedrichs Großmutter, die Königin Sophie Charlotte, im Guten und Schlimmen eine echte Welfin, zog ihn vorübergehend auch nach Berlin. Im Vorbeigehen lohnt es sich auch vielleicht zu bemerken, daß sich unter Friedrichs Urgroßmüttern ein französisches Edelfräulein befand, die Gemahlin eines welfischen Herzogs, die einige Tropfen frischen und munteren Blutes in das alte Geschlecht gesprengt hatte. Der schier unnatürliche Haß, mit welchem Friedrich und sein Vater einander betrachteten, ein Haß, der sich dann zwischen Friedrich und seinem durchaus nach dem Vater artenden Bruder August Wilhelm, dem Stammvater der späteren Könige, wiederholt, und hier in dem Tode des Bruders tragisch endete, wie dort in der Enthauptung von Friedrichs Freunde Katt, läßt sich kaum anders als auf physiologische Ursachen zurückführen, so wenig damit auf den verleumderischen Hofklatsch über Friedrichs Mutter, dem selbst sein Vater zeitweise zugänglich war, irgend angespielt werden soll. Die wiederholten Heirathen zwischen Hohenzollern und Welfen ließen nun Friedrich, wie seine Schwester Wilhelmine und seinen Bruder Heinrich stark auf den welfischen Typus zurückschlagen. Friedrichs Ehrgeiz strebte in erster Reihe nach dem Lorbeer des Dichters und Schriftstellers; als Mensch hat er sein ganzes Leben darnach gerungen. Aber als König war er sich auch sein ganzes Leben darüber klar, unter welchen Bedingungen er überhaupt nur regieren könne. So führte er jenes Doppelleben, das einen manchmal schier unglaublichen Widerspruch zwischen seinen Thaten und seinen Worten aufweist, das ihm so oft den scheinbar unwiderleglichen Vorwurf der Heuchelei eingetragen hat und das von seinen Bewunderern nicht minder oft durch die unwürdigsten Sophismen vertheidigt worden ist. Und doch hat Lessing schon den Sinn dieses Lebens treffend gezeichnet in den von Herrn Erich Schmidt und Anderen für byzantinische Zwecke mißbrauchten Worten: „Wenn ich mich recht untersuche, so beneide ich alle itzt regierenden Könige in Europa, den einzigen König von Preußen ausgenommen, der es einzig mit der That beweist, Königswürde sei eine glorreiche Sklaverei.“ In der That erkannte Friedrich von Anfang an, daß gemäß der preußischen Verfassung jeder preußische König unweigerlich den alten Kurs zu segeln hat, und darin, daß er auch nicht einmal versuchte, wider den Stachel zu löcken, obgleich ihm nach Anlagen und Neigungen eine solche Versuchung unter allen preußischen Königen weitaus am nächsten lag, wurzelt sein Anspruch auf historische Bedeutung oder — wenn denn einmal das Wort gebraucht werden soll — auf historische Größe.

Aber eben weil dazu ein nicht gewöhnlicher Charakter und ein nicht gewöhnlicher Geist gehörten, liegt es von vornherein auf der Hand, daß jene „Reformen

Friedrichs im Innern," von denen Lassalle spricht, niemals bestanden haben und niemals auch nur geplant worden sind. Friedrichs Thronbesteigung wurde ein Tag der Enttäuschungen, wie einer der schmerzlich Enttäuschten selber schrieb. Der von seinem Vater so arg mißhandelte „Querpfeifer und Poet," der seine Uniform einen „Sterbekittel" genannt hatte, erließ das kurze und bündige Regierungsprogramm: Alles bleibt auf dem Fuße, auf welchem mein Vater es eingerichtet hat; nur das Heer will ich um so und so viel Bataillone und Schwadronen vermehren. Unter Friedrich Wilhelm I. war der preußische Militärstaat in die zweite Epoche seiner Geschichte getreten. Es ist das Wesen des Militarismus, immer weiter um sich zu greifen; im Anfange des achtzehnten Jahrhunderts reichten die freiwilligen Werbungen für die stehenden Heere nicht mehr aus, auch nicht so weit sie thatsächlich schon gewaltsame Pressungen waren; man mußte zu einem geregelten Systeme der Aushebung unter den Landeskindern übergehen und griff selbstverständlich zuerst unter die arbeitenden Klassen, also namentlich unter die bäuerliche Bevölkerung. Das geschah überall auf dem Kontinente, und insofern ist es ein ganz unverdientes Lob, wenn die preußischen Geschichtschreiber rühmen, Friedrich Wilhelm I. habe in genialer Vorahnung den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht aus seinem Busen geschöpft. Aber allerdings: um auf der Höhe der militärischen Entwicklung bleiben und 82 000 Soldaten auf den Beinen halten zu können — gegen 28 000, die fünfzig Jahre früher unter dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm erst vorhanden waren — mußte der König ungleich stärker, als irgend ein anderer europäischer Fürst, die eigene Bevölkerung zum Kriegsdienste heranziehen, und er zuerst theilte das Land in eine Anzahl von Aushebungsbezirken ein, welche den einzelnen Regimentern für ihren Ersatz überwiesen wurden. Wurde hierdurch schon eine straffere Verwaltung nothwendig, so stieg diese Nothwendigkeit noch dadurch, daß auch in umfassender Weise an der Werbung festgehalten werden mußte — stand doch die Heeres- zur Bevölkerungsziffer in dem ungeheuerlichen Verhältnisse von 4:100! — daß also die Finanzen auf den denkbar höchsten Ertrag gesteigert und mit der äußersten Sparsamkeit verwaltet werden mußten. Im Zwange dieser Nothwendigkeiten richtete Friedrich Wilhelm I. die innere Verwaltung her, die im wesentlichen bis 1806 bestanden hat und in ihren Grundlagen noch heute besteht. An der Spitze das General-Ober-Finanz-, Kriegs- und Domänendirektorium, was heute Ministerium heißt; darunter die Kriegs- und Domänenkammern, was heute die Bezirksregierungen sind, und als unterste Stufen in den Städten die Kriegs- und Steuerräthe, auf dem platten Lande die Landräthe, welchen wichtigsten Posten der Verwaltung aber wieder die Junker in der Hand behielten, denn die Landräthe wurden von den Rittergutsbesitzern des Kreises, dem sie vorstehen sollten, gewählt, und der König hatte nur das Bestätigungsrecht. Man sieht schon aus den Titeln dieser Behörden, um was es sich handelte: um Heer und Steuern, um Steuern und Heer; alle anderen Zweige der inneren Verwaltung, Ackerbau, Gewerbe, Handel, Verkehr, Kirchen- und Schulsachen, Rechtspflege u. s. w. kamen nur insoweit in Betracht, als sich dabei eine Aussicht eröffnete, die Finanzen steigern und somit das Heer vermehren zu können. Sogar die richterlichen Aemter waren käuflich gegen eine Zahlung an die Rekrutenkasse, und wenn sich mehrere Bewerber um dieselbe Stelle boten, so sah sich Friedrich Wilhelm I. selbst dann nicht einmal die Personen an, sondern verfügte einfach, wer am meisten biete, solle die Stelle haben.

An dieser Verfassung nun änderte Friedrich nichts, weil er trotz aller philosophischen und poetischen Schwärmerei und trotz des schroffsten persönlichen

Gegensatzes zu seinem Vater sehr wohl einsah, daß er nichts daran ändern konnte, daß der preußische Staat so bestehen mußte, wie er bestand, oder überhaupt nicht bestehen konnte. Er suchte auf den gleichen Wegen, wie sein Vater, nur noch mehr zu erreichen, als dieser erreicht hatte. So vermehrte er augenblicklich das Heer, wozu er die Mittel namentlich durch die Auflösung des Riesenregiments gewann, das sein Vater in einer närrischen Liebhaberei aus menschlichen Kolossen zusammengesetzt hatte, die um wahnsinnige Summen aus allen Ecken und Enden der Welt herbeigeschafft worden waren. Eine einzige wichtige Aenderung scheint Friedrich allerdings an dem System seines Vaters vorgenommen zu haben, nämlich die schon erwähnte Steigerung der fürstlichen Machtvollkommenheit, welche in dem geflügelten Worte von dem „Fürsten als dem ersten Diener des Staats“ ihren ideologischen Ausdruck fand. Friedrich besaß jenes welfische Herrscherbewußtsein, das dem hohenzollernschen, wie alte und neue Beispiele zeigen, noch überlegen ist, und insofern könnte es scheinen, als habe hier doch der persönliche Wille eines kräftigen Herrschers einen tiefen Schnitt in die auf ökonomischen Grundlagen beruhende Verfassung des Landes gethan. Allein dieser Schein trügt vollständig. Es vollzog sich hier ein ähnlicher Prozeß, wie hundert Jahre vorher unter Friedrichs Urgroßvater. Damals verzichteten die Junker scheinbar auf ihre politischen Vorrechte, indem sie die Errichtung des fürstlichen Absolutismus durch das stehende Heer und die ständige Steuer zugaben, aber was sie in ihren verfallenen Ständetagen preisgegeben hatten, gewannen sie zehnfach durch die ökonomischen, sozialen und militärischen Vorrechte wieder, welche ihnen der Absolutismus einräumen mußte, ehe sie ihm ihren Segen gaben. In ganz ähnlicher Weise regierte Friedrich II. mit einigen subalternen Schreibern aus seinem Kabinet den Staat, während thatsächlich unter seiner Regierung jenes Adelsregiment aufwucherte, das bei Jena sein schmachvolles, aber hundertfach verdientes Ende fand. Theils wußte Friedrich selbst sehr gut, daß er den Adel bei guter Laune halten mußte, wenn er den ganz unumschränkten Herrscher spielen wollte; er überhäufte die Junker in sehr unphilosophischer Weise mit allen erdenklichen Begünstigungen und Vorrechten, gab ihnen nicht nur alle Offiziers-, sondern auch alle Minister-, Präsidenten- und Landrathsstellen, empfahl dem Generaldirektorium als den Hauptzweck der staatlichen Verwaltung die Erhaltung des Adels, kurzum förderte und unterstützte die Junkerherrlichkeit in einer Weise, die seinem Vater fremd gewesen war. Theils aber war die Steigerung der Souveränetät, die Friedrich auf solche Weise erkaufen wollte, doch nur ein leerer Dunst. Friedrich Wilhelm I., der über wenig mehr als zwei Millionen Einwohner herrschte, arbeitete täglich fünf bis sechs Stunden mit seinen Kabinetsräthen und mit ihm regierte das Generaldirektorium; Friedrich II. aber, unter dem die Bevölkerungsziffer auf sechs Millionen anwuchs, machte täglich — mit Ausnahme der militärischen Revuen — alles in anderthalb Stunden ab, und er hörte seine Minister nicht, sondern sandte ihnen einfach seine schriftlichen Befehle, gegen welche es keinen Einwand gab. Menschlich ist es sehr wohl zu verstehen, daß ein geistig angeregter Mann sich möglichst schnell aus dem eintönigen und traurigen Räderwerk dieses Staatswesens zu seinen Dichtern, Musikern und Philosophen flüchtete; politisch ist es aber klar, daß Friedrich, der auf diese Weise das ganze staatliche Getriebe bis auf die kleinste Einzelheit zu übersehen und zu leiten glaubte, thatsächlich gar wenig übersah und leitete. Die wirkliche Regierung fiel dem Adel um so sicherer zu, als Friedrich ihm auch alle maßgebenden Stellen der bürgerlichen Verwaltung eingeräumt hatte. Unter dem glänzenden Schein des „aufgeklärten Despotismus“ wucherte ein mehr und mehr verfaulendes Adelsregiment; so setzen

die ökonomischen Grundlagen eines Staatswesens, auch wenn sie und gerade wenn sie verkannt werden, ihre Konsequenzen nur um so rücksichtsloser und verhängnißvoller durch.

Nach alledem kann von „Friedrichs Reformen im Innern“ so wenig gesprochen werden, daß im Gegentheile unter seiner Regierung der preußische Militärstaat als solcher schon von der Höhe herabsank, welche er unter Friedrich Wilhelm I. erreicht hatte. Als Friedrich, noch nicht dreißig Jahre alt, den Thron bestieg, hatte er sich mit allerlei literarischen und philosophischen Fragen befaßt, aber seine staats- und volkswirthschaftlichen Kenntnisse waren selbst für den Maßstab seiner Zeit sehr lückenhaft und unvollständig; was früher über den praktischen Kursus, den er während seiner Küstriner Gefangenschaft in diesen Dingen gemacht haben sollte, erzählt wurde, war nur eine patriotische Fabel, die Angesichts der urkundlichen Zeugnisse nicht mehr aufrecht erhalten werden kann und selbst von preußischen Geschichtschreibern stillschweigend aufgegeben wird.*) Die Art von Friedrichs Selbstherrscherthum verknöcherte aber sofort die auch für seine Zeit unreifen Ansichten namentlich in ökonomischen Dingen, mit denen er die Regierung antrat, und mit Recht hebt ein bürgerlicher Oekonom hervor, daß Friedrich, wie er selbst und seine Dienerschaft im Jahre 1786 nicht anders gekleidet gingen, wie im Jahre 1740, so auch in anderen „wichtigen Dingen zeitlebens bei den Anschauungen beharrte, die er als Kronprinz gewonnen hatte.“**) In den zwölfhundert Kabinetsordres, deren Wortlaut Preuß in den Urkundenbüchern zu Friedrichs Lebensgeschichte veröffentlicht, kann man von Jahr zu Jahr verfolgen, wie der König nicht eigentlich beschränkter — denn die Beschränktheit blieb immer dieselbe —, wohl aber eigensinniger und höhnischer gegen die fortschreitende Erkenntniß der Zeit wurde, und der vielgepriesene „Geist“ dieser Verordnungen besteht thatsächlich nur in bald guten, bald schlechten, aber immer gleich peinlichen Witzen, über welche schon Lessing das erschöpfende Urtheil gefällt hat: „Gott hat keinen Witz und die Könige sollten auch keinen haben, denn hat ein König Witz, wer steht uns für die Gefahr, daß er deswegen einen ungerechten Ausspruch thut, weil er einen witzigen Einfall dabei anbringen kann?“ Dieser Gefahr ist Friedrich wirklich oft unterlegen, und nicht zum wenigsten deshalb ging bei seinem Tode ein frohes Aufathmen durch die ganze Bevölkerung, weil sein Despotismus, wie in den Grundsätzen beschränkt und zäh, so in der Handhabung derselben launenhaft und willkürlich war. Goethe hörte bei einem Besuche in Berlin „über den großen Menschen seine eigenen Lumpenhunde räsonniren“; schade, daß er nicht ein paar Jahre unter dem Szepter Friedrichs lebte, um zu einem gründlichen Verständnisse dessen zu gelangen, was es mit den „Lumpenhunden“ einer- und den „großen Menschen“ andererseits auf sich hat.

Selbst die Heeresverwaltung, welcher Friedrich noch das verhältnißmäßig größte Verständniß entgegenbrachte, verfiel unter ihm. Friedrich Wilhelm I. hatte für eine gute Verpflegung der Soldaten gesorgt; er meinte, des Königs Kriegsknecht müsse es besser haben, als des Gutsherrn Ackerknecht. Friedrich dagegen sorgte auch hier mehr für den Adel, als für das gemeine Volk; er ließ die gröbsten Mißbräuche einreißen, kärgliche Verpflegung, ungenügende Ausrüstung und Bekleidung der Soldaten; dagegen bereicherten sich die Regimentskommandeure

*) So beispielsweise auch von Koser, dem neuesten Friedrich-Biographen in der Schrift: Friedrich der Große als Kronprinz.

**) Vgl. Roscher, Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland, 414.

und Kompagniechefs auf Kosten ihrer Untergebenen und ihrer Aushebungsbezirke, welche sie wie eine Art Eigenthum bewirthschafteten. Schon im bayerischen Erbfolgekriege trat der innere Verfall des Heeres deutlich hervor, zur Ueberraschung, aber keineswegs zur besseren Einsicht des Königs. Er war wohl flink bei der Hand mit dem Kassiren einzelner Offiziere, aber er änderte nichts an seinem falschen System. Während schon zu seiner Zeit scharfsichtige Beobachter erkannten, daß dies Heer verfallen mußte, weil es mehr und mehr von einer bevorzugten Klasse ausgebeutet wurde, warf Friedrich die bürgerlichen Offiziere, die er in den letzten Nothjahren des siebenjährigen Krieges hatte ernennen müssen, nach dem Frieden trotz aller Verdienste einfach aufs Pflaster und füllte die Lücken lieber durch adelige Abenteurer aus der Fremde aus, denn er sah nun einmal „den ersten Schritt zum Verfalle des Staats“ in der Anstellung bürgerlicher Offiziere.*)

In wirthschaftlicher Beziehung huldigte Friedrich dem plattesten Merkantilismus. Dies verstand sich zwar insofern von selbst, als die merkantilistische Theorie das ideologische Wirthschaftssystem des fürstlichen Absolutismus war und sein mußte. Es diente als Rechtfertigung für die fiskalische Ausbeutung des Volkes im dynastischen Interesse; um für die Kosten der Heere bares Geld ins Land zu bringen und im Lande zu behalten, entstand die sinnlose Vorstellung, daß aller Reichthum im Besitze von Gold und Silber bestände. Aber aus dieser sinnlosen Vorstellung leitete Friedrich nun gar noch die sinnlosesten Schlußfolgerungen ab; so ließ er beispielsweise die Landstraßen verfallen, damit ausländische Reisende um so länger aufgehalten würden und um so viel mehr verzehrten. In Steuerfragen hielt sich Friedrich an das schon sehr drückende System seines Vaters, steigerte es aber in der zweiten Hälfte seiner Regierung noch durch Einführung der Regie, deren Verwaltung er französischen Beamten anvertraute, oder wie Hamann die Sache ausdrückte: „Der Staat vertraut sein Herz, den Beutel seiner Unterthanen einer Bande unwissender Spitzbuben an.“ Kaffee und Tabak wurden Staatsmonopole; das Verzeichniß der sonstigen Accisegegenstände für Berlin umfaßte 107 Folioseiten, deren jede durchschnittlich dreißig bis vierzig Artikel enthielt. Defraudationen wurden mit den schwersten Strafen bedroht und zu ihrer Verhütung entstand ein scheußliches Denunziations- und Spionirsystem. Und diese ganze fürchterliche Plackerei, die Friedrich mit Stolz „mein Werk“ zu nennen pflegte, brachte nur eine Mehreinnahme von etwa achtmalhunderttausend Thalern jährlich ein, für welche Summe dann freilich so und so viel Regimenter mehr unter Waffen gehalten werden konnten.

Was man heute Sozialpolitik zu nennen pflegt, war für Friedrich selbstverständlich auch nur durch militärisch-politische Gesichtspunkte bestimmt. Daraus ist ihm auch gar kein Vorwurf zu machen; er ist ganz unschuldig an der keckſten Unwahrheit dieses Jahrhunderts, dem sogenannten „sozialen Königthum,“ und er würde nicht einmal den Humbug verstehen, wenn er seine wohlgesinnten Geschichtschreiber von heute lesen könnte. Es ist schon gezeigt worden, wie in der kurfürstlichen Zeit die Landesherren in dem Vernichtungskampfe der Junker gegen die Bauern immer auf der Seite der Junker standen, und wie die Auslieferung der arbeitenden an die ausbeutende Klasse in dem märkischen Landtagsabschiede von 1653 recht eigentlich die ökonomische Grundlage des preußischen Militärstaats geworden ist. Von nun trat allerdings ein Interessengegensatz zwischen

*) Oeuvres IX, 186.

Fürsten und Junkern insofern ein, als die ersteren für ihre Steuern und dann auch für ihre Rekruten die bäuerliche Bevölkerung brauchten und somit für ihre Erhaltung möglichst sorgen mußten. Man war damals noch so ehrlich, die Dinge bei ihrem richtigen Namen zu nennen. Wenn Friedrich Wilhelm I. seinen Behörden die „Konservation" der „Unterthanen" empfahl, fügte er wohl hinzu: „damit der Landesherr seine Steuern erhalte," was bei der höchst merkwürdigen Ausbildung, welche die alte, deutsche Sprache im neuen, deutschen Reiche erfahren hat, heute zu lesen ist: „soziales Königthum der Hohenzollern." Im Ganzen und Großen haben Friedrich und sein Vater in diesem Kampfe wenig durchgesetzt, was wiederum ihnen durchaus nicht zum Vorwurfe gereicht, sondern sich ganz von selbst aus der ökonomischen Verfassung des preußischen Militärstaats ergab. Insbesondere über Friedrichs betreffende Bemühungen äußert ein schon angezogener bürgerlicher Oekonom: „Praktisch hat das Alles fast gar keine Frucht getragen: nicht einmal auf den Domänen, wo der Erfolg doch so leicht gewesen wäre." *) Und die bäuerliche Kost wurde auch dadurch nicht fetter, daß in dem unter Friedrich vorbereiteten und nach seinem Tode veröffentlichten Landrechte zwar nicht mehr die Leibeigenschaft, aber dafür die wesensgleiche Erbunterthänigkeit erschien. Besser steht es um die Landesmeliorationen Friedrichs, um die Urbarmachung der Brüche an der Oder und Warthe, auf Usedom und in Hinterpommern. Mochten ihn auch hier nur militärpolitische „Peuplirungs"gründe leiten und mochte durch die Ungeschicklichkeit, mit welcher der Absolutismus selbst oder vielmehr gerade verständige Aufgaben anzugreifen pflegt, auch bei der Ansetzung der neuen Ansiedler Vieles verdorben werden, so durfte sich Friedrich doch mit berechtigtem Selbstgefühle sagen, hier habe er im Frieden eine neue Provinz erobert.

Solchen einzelnen Lichtblicken gegenüber tritt dann die Kurzsichtigkeit von Friedrichs innerer Politik um so trauriger auf solchen Gebieten hervor, auf denen man gerade von ihm, dem Philosophen und Poeten, ein besseres Verständniß seiner Pflichten hätte erwarten sollen. Sein Vater war ein banausischer Verächter von Bildung und Wissenschaft, aber er hatte doch eine Ahnung davon, daß geistige Kenntnisse zur Hebung des Wohlstandes und damit zur Stärkung der Finanzen beitragen. Er gründete Militär- und Volksschulen; er führte die allgemeine Schulpflicht ein, so sehr dieselbe zunächst auch noch auf dem Papiere stehen bleiben mochte. Das wurde unter Friedrich anders und sehr viel schlechter. Er bekümmerte sich um die Volksschulen nur insoweit, als er die Lehrerstellen mit seinen Invaliden besetzte, und man kann auch nicht etwa sagen, daß Friedrichs „aufgeklärter Despotismus" die Wissenschaft als ein Monopol der „höheren Stände" betrachtet habe, denn um die Hochschulen stand es ebenso elend, wie um die Volksschulen. Man braucht nur einen Blick auf die kläglichen Etats der vier Landesuniversitäten zu werfen. Duisburg hatte 5678, Königsberg 6920, Frankfurt a. O. 12648 und Halle 18116 Thaler Einkünfte. Die Besoldungen der Professoren waren jammervoll, die wissenschaftlichen Institute fast durchweg im tiefsten Verfalle.**) Von dem einzigen Manne ersten Ranges unter den

*) Roscher, 402. Auch Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens, bringt in der Einleitung bemerkenswerthe Einzelheiten über die Erfolglosigkeit jener Bemühungen bei.

**) Preuß III, 100 u. ff. und — ausführlicher — Martin Philippson, Geschichte des preußischen Staatswesens vom Tode Friedrichs des Großen bis zu den Freiheitskriegen I, 133 u. ff. Von dem letzteren Werke sind nur die beiden ersten, bis zum

preußischen Universitätslehrern, von Kant in Königsberg, hat Friedrich nichts gewußt, wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß Kant's epochemachendes Hauptwerk erst 1781 erschien und erst 1789 — nach dem Tode Friedrichs — allgemein bekannt wurde. Dagegen würden wir von dem einzigen Universitätslehrer, dem Friedrich eine ansehnliche, ja glänzende Stellung gab, nichts mehr wissen, wenn Lessing diesem Geheimbderath Klotz in Halle als einem Kabalenmacher und Nichtswisser ersten Ranges nicht eine unerfreuliche Unsterblichkeit bescheert hätte. Und dabei mußten sich die preußischen Unterthanen an jenen vier verfallenen Quellen wissenschaftlicher Erkenntniß genügen lassen; nach wiederholten Verfügungen Friedrichs sollte das Studiren auf nicht preußischen Universitäten, und wenn es nur ein Vierteljahr gedauert hatte, mit lebenslänglicher Ausschließung von allen Kirchen- und Zivilämtern, bei Adeligen sogar noch mit Einziehung des Vermögens bestraft werden.

Es giebt nur ein einziges Gebiet der inneren Verwaltung, auf welchem Friedrich wirklich reformirt hat und es ist allerdings ein vor Allem wichtiges Gebiet: nämlich die Rechtspflege. Er beseitigte gleich nach seinem Regierungsantritte die Folter; ferner hob er, wie für andere Beamte, so namentlich auch für die richterlichen, die „Infamie" des Aemterkaufs auf, obschon er an einer Besoldungssteuer festhielt; er verfügte auch, daß alle Sporteln der Gerichte nicht dem einzelnen Richter, der sie veranlaßt hatte, sondern einer gemeinsamen Kasse zufließen sollten. Ferner sorgte er für ein beschleunigtes Gerichtsverfahren, mit der Maßgabe, daß gemeiniglich jeder Prozeß im Laufe eines Jahres zum rechtskräftigen Abschlusse gebracht sein müsse. Endlich wollte er auch die Unabhängigkeit der Gerichte verbürgen; er sprach sich wenigstens grundsätzlich gegen jede Kabinetsjustiz aus. Aber freilich hatten auch hier die Dinge keineswegs jenes ideale Ansehen, welches ihnen die französische Fabel von dem Müller in Sanssouci mit dem geflügelten Worte: Es giebt Richter in Berlin! scheinbar gegeben hat. Als Philosoph sah Friedrich in der Wahrung des Rechts die stärkste Wurzel der fürstlichen Souveränetät, aber als König glaubte er eben deshalb überall eingreifen zu müssen, wo ihm die Gerichte das Recht nicht richtig zu handhaben schienen, womit dann die Kabinetsjustiz seines Vaters glücklich wieder hergestellt war.

Ueberhaupt darf nicht übersehen werden, daß auch bei den Justizreformen Friedrichs immer der militärpolitische Gesichtspunkt und oft in entscheidender Weise mitspielte. Eine gesicherte Rechtspflege war ein wesentliches Lockmittel für Ansiedler aus der Fremde, und ein wesentliches Hilfsmittel gegen die Unterdrückung der Bauern durch die Junker. Um der „Peuplirungs"-Politik willen verbot Friedrich die Kirchenbuße gefallener Mädchen und untersagte Jedem, ihnen wegen ihres Fehltrittes Vorwürfe zu machen; er begnadigte gänzlich in Fällen von Blutschande und gewann dadurch überhaupt eine so weitherzige Ansicht von den sogenannten fleischlichen Verbrechen, daß er das über einen Kavalleristen

Tode Friedrich Wilhelms II. reichenden Bände erschienen; nach deren Veröffentlichung wurden dem Verfasser die preußischen Archive gesperrt — von wegen seiner Tendenz. Gegen diese Tendenz ist nun allerdings insofern manches einzuwenden, als sie eine einseitig preußisch-patriotische ist; Herr Philippson gehört aber zu jenen Ideologen, die häßliche und traurige Dinge, welche sie in den Akten finden, nicht einfach todtschweigen, sondern offen enthüllen, auf daß die Gegenwart aus den Fehlern der Vergangenheit lerne. Und diese höchst veraltete Anschauung ist für die reine Wissenschaft des neuen deutschen Reichs natürlich strafwürdige — Tendenz.

wegen Sodomiterei gefällte Todesurtheil mit der klassischen Randschrift kassirte: „Der Kerl ist ein Schwein; er soll zur Infanterie.“ Dagegen schreckte er bei militärischen und politischen Verbrechen, mochten sie auch nur „Verbrechen“ nach der damaligen Staatsraison sein, vor keiner noch so barbarischen Strafe zurück; er schlug es rundweg ab, wenn ihn einmal ein Oberst bei stark mildernden Umständen eines einzelnen Falles um eine mildere Handhabung der scheußlichen Kriegsartikel bat und er ließ den Geheimrath Ferber wegen Verbreitung angeblich landesverrätherischer Nachrichten in Spandau enthaupten und den Kopf des Todten auf einen Pfahl stecken. Alles in Allem betrachtete sich Friedrich doch immer als unbeschränkten Herrn über Freiheit und Leben seiner Unterthanen; er verhängte Freiheits- und Lebensstrafen, wenn es ihm paßte, aus eigener Machtvollkommenheit oder verschärfte richterliche Urtheile, die seiner Bestätigung bedurften. Namentlich in seinen letzten Jahren nahm die Kabinetsjustiz wieder sehr überhand. Um ihr einigermaßen zu steuern, vermied das Kammergericht nach Möglichkeit, auf Festungsstrafe zu erkennen, da Urtheile, welche auf diese Strafe lauteten, dem Könige vorgelegt werden mußten; in einem Falle konnte es einen offenbaren Justizmord, auf den es nach Befehl des Königs erkennen sollte, nur dadurch hindern, daß es die Erledigung der Sache bis über den Tod Friedrichs verschleppte.

Erwähnt mag noch werden, daß auch in der Müller Arnold'schen Sache, die als ein Muster friderizianischer Kabinetsjustiz so großen Ruf erlangt hat, der militär-politische Gesichtspunkt entscheidend mitwirkte. Der Müller Arnold hatte seine Beschwerden auf militärischem Wege zu den Ohren des Königs zu bringen gewußt, und Friedrich hatte irgend einen unwissenden Kriegsknecht von Obersten mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut. Auf dessen Bericht hin kassirte er die Richter des Kammergerichts, die gegen den Müller entschieden hatten, in schimpflichster Weise und schrieb an den Minister v. Zedlitz, der sich weigerte, dem Gewaltakte hilfreiche Hand zu leisten: „Das Federzeug verstehet nichts. Wenn Soldaten etwas untersuchen und dazu Ordre kriegen, so gehen sie den geraden Weg und auf den Grund der Sache. Allein Ihr könnt das nur gewiß sein, daß ich einem ehrlichen Offizier, der Ehre im Leibe hat, mehr glaube, als allen Euren Advokaten und Richtern.“*)

Soweit über die innere Verwaltung Friedrichs. Es ist leicht zu erkennen, was dieselbe gemein hat mit jenem Zeitalter der deutschen Humanität, welchem Lessing die erste Bahn brach: nämlich Nichts. Sie steht mit demselben vielmehr in schroffstem Gegensatze. Es erübrigt nunmehr noch, die Diplomatie und Kriegführung Friedrichs auf den gleichen Gesichtspunkt zu untersuchen.

(Fortsetzung folgt.)

*) In der Müller Arnold'schen Sache geben die preußischen Mythologen meistens der Wahrheit die Ehre, und es ist deshalb zu bedauern, daß Dühring (Sache, Leben und Feinde, 394) sie wegen ihrer „meist feige verhaltenen, aber doch hinreichend sichtbaren Bosheit gegen jene wirkliche Großthat des originalen Königs“ verhöhnt. Eher versteht man es schon, wenn neuestens irgend ein patriotischer preußischer Amtsrichter in guter Witterung der Zeit die rettende soziale That des Königs preist, die sich über formale Gesetzesbedenken weggesetzt habe. Uebrigens scheint Friedrich selbst seinen Gewaltschritt bald als solchen erkannt und nur deshalb nicht zurückgethan zu haben, weil er seine königliche Unfehlbarkeit nicht bloßstellen wollte. Interessante Einzelheiten darüber bei Preuß, III, 522 u. ff.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 24. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Der Schatten an der Wand.

⸓ Berlin, 2. März 1892.

Die Rede, welche der Kaiser auf einem Festessen des märkischen Provinziallandtages gehalten hat, sollte offenbar eine hochpolitische Kundgebung sein; nach Art der Thronreden wurde ihr Text schon im Voraus in der Druckerei des „Reichs-Anzeigers“ gesetzt, und die Abonnenten des amtlichen Blattes lasen ihn, wenn nicht früher, so doch spätestens zur selben Zeit, in welcher die Theilnehmer jenes Festmahls ihn hörten. Auch ist der augenscheinlich erstrebte Zweck in hohem Grade erreicht worden; die deutsche und ebenso die ausländische Presse beschäftigt sich sehr ausgiebig mit den kaiserlichen Worten. Und zwar fast durchweg in kritisch ablehnendem Sinne, der jenseits der schwarz-weiß-rothen Grenzpfähle einen offeneren, diesseits einen verbisseneren Ausdruck findet.

Die kaiserliche Kundgebung ist nicht die erste ihrer Art, und was grundsätzlich darüber zu sagen wäre, hat an dieser Stelle bei früheren Anlässen schon mehrfachen Ausdruck gefunden. Wir gestehen offen, uns auch in diesem Falle nicht auf die Höhe der sittlichen Entrüstung schwingen zu können, welche die Mannesseelen der Bourgeoisie so wunderschön kleidet. Uns erinnert diese Entrüstung immer ein wenig an den Zorn der Wilden, die ein selbstverfertigtes Götzenbild erst anbeten und dann, wenn es ihren Willen nicht thun kann, unbarmherzig peitschen. Ein wenig, sagen wir, denn der Vergleich hinkt allerdings beträchtlich insofern, als es sich in dem vorliegenden Falle nicht um ein Götzenbild von Holz oder Stein handelt, sondern um das Idol der „persönlichen Monarchie,“ das der Bourgeoisie in den siebziger und achtziger Jahren so trefflich in den Kram paßte und das sich nun plötzlich, ihr zum höchsten Verdrusse, wirklich als Person entpuppt und in gar manchem Betracht persönlich wird. Mag die enttäuschte Priesterschaft darüber knurren und murren und die Faust in der Tasche ballen: Wir verstehen ihre Gefühle vollkommen, aber mitzufühlen vermögen wir sie nicht. Sie schwärmt für die Monarchie und jammert über die Monarchen; wir aber stehen auf einem ganz anderen Standpunkte, in dieser Beziehung wie in jener.

Nicht zwar als ob die Rede des Kaisers nicht anfechtbar wäre! Sie ist es vom ersten bis zum letzten Worte. Aber weshalb soll der Kaiser seine An-

sichten nicht frei äußern? Weil sie Dem oder Jenem oder Vielen oder gar Allen mißfallen? Das wäre ein schöner Grund. Oder weil sie das Ansehen der Monarchie schädigen? Ja, darüber ist doch nach dem Wesen der Monarchie der Monarch selbst der beste Richter; was wäre denn das noch für eine Monarchie, in welcher der Monarch sich von anderen Leuten vorschreiben lassen müßte, wie er sein Amt verwalten solle? Oder soll der Kaiser den Gegnern seiner Politik nicht den Rath geben dürfen, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln und in die Fremde zu wandern? Ja, aber weshalb denn nicht? Es ist ja Niemand gezwungen, diesen Rath zu befolgen und wir sind überzeugt, daß ihn auch schlechterdings keiner der also berathenen Nörgler befolgen wird. Jeder deutsche Staatsbürger ist im deutschen Reiche ebenso heimathberechtigt, wie der deutsche Kaiser; sollen die Könige um der Völker willen da sein, so sind jedenfalls die Völker nicht um der Könige willen da. Also: mag die Rede des Kaisers noch so anfechtbar sein, so braucht man sich nicht um sie zu kümmern, oder man kann sie widerlegen durch eine andere Rede oder durch die Schrift oder, soweit beides aus triftigen Gründen nicht rathsam ist, in Gedanken, denn Gedanken sind glücklicher Weise auch im neuen deutschen Reiche noch zollfrei. Aber man stelle sich doch nicht an, als ob einige unzutreffende Worte des Kaisers so etwas, wie ein nationales Unglück seien. Die Redefreiheit ist ein so vortreffliches Ding, daß sie durch den Gebrauch, den ein Kaiser von ihr macht, zwar nicht noch besser werden kann, aber doch ganz gewiß auch nicht schlechter wird. Also wozu der Lärm?

Menschen können irren, und Monarchen sind auch nur Menschen. Aber Menschen sollen brav sein und nach ihrem redlichen Verständnisse das Beste erstreben, wovon Monarchen wiederum keine Ausnahme machen. Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, gewinnt die Rede des Kaisers nach der wichtigeren Seite nur, was sie nach der unwichtigeren Seite hin allerdings wohl verliert. Das Streben des Kaisers nach hohen Zielen trat in jedem Worte mit anerkennenswerther Deutlichkeit hervor, und er beleuchtete es noch besonders scharf durch die Anekdote, die er von Francis Drake erzählte. Es ist recht in der dummpfiffigen Manier der Bourgeoispresse, wenn sie dem Kaiser dabei irgend eine Personenverwechslung unterschiebt und nach vorsichtiger Anlegung dieser Sicherheitskette sich in despektirlichen Aeußerungen über Drake ergeht. Der springende Vergleichspunkt für den Kaiser war doch, daß wie sich einst vor Drake's erstaunten Blicken auf mühsam erklommener Höhe eine neue Welt aufthat, so auch er das deutsche Volk durch Arbeit und Mühsal dahin führen werde, wo „zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag.“ Nun, das Bild ist so uneben nicht und, wenn wir nicht irren, ist ein bester Theil der Nation längst auf dem Marsche, aber freilich: der Kaiser ist weder der Führer, noch wird er es jemals sein. Nur daß die Bourgeoisie nicht gar so unwirsch darüber zu sein braucht, wenn der Monarch wenigstens nach hohen Dingen trachtet! Darf er das wirklich nicht mehr? Dann um so schlimmer für die Monarchie!

Um so schlimmer für die Monarchie! könnte man auch wohl als bündigste und treffendste Kritik über die pomphaft hervorgehobene Notiz des „Reichsanzeigers“ schreiben, wonach dem Kaiser aus Anlaß der vor einigen Tagen hier stattgefundenen Krawalle „mehrfache Kundgebungen aus Arbeiterkreisen“ zugegangen sind, „in welchen dem Bedauern über die Vorkommnisse, sowie der treuesten Anhänglichkeit und dem unerschütterlichen Vertrauen zu der Allerhöchsten Person Ausdruck gegeben wird.“ Das amtliche Blatt fügt noch hinzu, namentlich habe der Ausritt des Kaisers inmitten einer wildbewegten Menschenmenge, welcher

einen tiefen Eindruck auf dieselbe gemacht habe, Eingaben veranlaßt, in welchen jene Gefühle charakteristischen Ausdruck fänden. Den angenehmen Stil des amtlichen Blattes beiseite — aber eine bedenklichere Huldigung ist dem deutschen Kaiser doch wohl noch nicht dargebracht worden.

Die Krawalle, von denen der „Reichsanzeiger“ spricht, hatten an sich nichts zu bedeuten; sie standen mit dem schweren Nothstande, unter welchem in diesem Winter die hiesige Arbeiterbevölkerung leidet, auch nicht einmal in mittelbarem Zusammenhang. Einen solchen Zusammenhang zu erdichten, blieb allein der nichtswürdigen Denunziationssucht der „Freisinnigen Zeitung“ und einiger Börsenblätter vorbehalten. Mitgewirkt zu dem lärmenden Spektakel mag der Nothstand nur insofern haben, als er auf das hiesige, bekanntlich überaus zahlreiche Lumpenproletariat gleichfalls drückt. Aber im Uebrigen pflegt sich dieser süße Pöbel so alle zehn Jahre einmal einen ähnlichen Hexensabbat zu leisten; es sind so zu sagen leichte Krämpfe, deren periodische Wiederkehr sich aus dem Organismus der Großstadt im Allgemeinen unschwer erklären läßt, wenngleich ihr Zusammenhang im Besonderen noch nicht erforscht ist. Der gefährlichste und schlimmste dieser Tumulte fand im Jahre 1863 in der Gegend des Moritzplatzes statt, zu einer Zeit, in welcher es noch keine sozialdemokratische Partei in Berlin gab; seitdem haben die Krawalle von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an Kraft und Zähigkeit abgenommen in demselben Maße, in welchem die sozialdemokratische Partei anwuchs, und es ist unzweifelhaft, daß zwischen jener und dieser Entwicklung ein gegenseitig bedingender Zusammenhang besteht. Die neulichen Krawalle waren ungleich schwächer, als alle ihre Vorgänger, und sie würden nicht einmal ihre verhältnißmäßig geringfügige Ausdehnung gewonnen haben, wenn die hiesige Polizei sie geschickter im Entstehen zu ersticken gewußt hätte. Es wäre ungerecht, von einem bösen Willen oder einer absichtlichen Brutalität der Schutzmannschaften zu sprechen, aber diesen ehemaligen Drillmaschinen von Unteroffizieren, die übrigens bei geringem Gehalte und schwerer Plage allen Anlaß zu einer sauertöpfischen Auffassung des irdischen Daseins haben, fehlten so gut wie alle Eigenschaften, durch die ein entstehender Straßenauflauf halb mit Güte und halb mit Gewalt auseinander gesprengt werden kann. Wenn gleichwohl die neuesten Tumulte ein so viel größeres Aufsehen gemacht haben als die früheren, ungleich umfangreicheren, so lag einfach eine optische Täuschung vor. Die kapitalistische Gesellschaft fängt an, die Geheimnisse ihres Daseins zu begreifen, und sie sah, um mit Schiller zu sprechen:

> Die Riesenschatten ihrer eignen Schrecken
> Im hohlen Spiegel der Gewissensangst.

Aber trotzdem wagten nur einige ganz besonders giftige Soldschreiber des Kapitalismus, die Krawalle mit den arbeitenden Klassen in mittelbaren Zusammenhang zu bringen.

Um so peinlicher muß es berühren, daß der „Reichs-Anzeiger“ in reklamehafter Weise „Arbeiterkreisen“ unterschiebt, daß sie dem Kaiser ihr „unerschütterliches Vertrauen“ bekundet haben sollen „aus Anlaß“ dessen, daß jener ihnen ganz fremde Mob, der gewöhnlich bei Fürstenbesuchen, Paraden 2c. auf den Straßen die Hurrahkanaille spielt, zur Abwechslung einmal ein bischen demolirt hat. Was geht denn das die Arbeiter und den Kaiser an? Zwar der „Reichs-Anzeiger“ ist ein glaubwürdiges Blatt und daß die loyalen Kundgebungen, die er berichtet, von irgendwo her im Schlosse eingelaufen sind, glauben wir schon. Aber den Ursprung aus „Arbeiterkreisen“ möchten wir doch gerne etwas genauer

bescheinigt haben. Auf „Arbeiter“ kann es auch unmöglich irgend einen und nun gar einen „tiefen Eindruck“ gemacht haben, daß der Kaiser seinen gewohnten Spazierritt nicht unterließ, weil in den Vierteln des Schloßplatzes etwelcher Mob lungerte. Man versteht eigentlich gar nicht, was der „Reichs-Anzeiger“ damit meint. Bekanntlich entsprang die Abneigung des Kaisers gegen das Sozialistengesetz vornehmlich daraus, daß er frei ist von der kläglichen Attentatsfurcht, welche andere Fürsten verunziert, und daß es ihm nicht gut genug war, beständig in einer Wolke von Geheimspitzeln zu leben. Und da sollen „Arbeiter“ es als einen außergewöhnlichen Heldenmuth des Kaisers bewundern — denn das bedeutet doch der „tiefe Eindruck,“ von dem der „Reichs-Anzeiger“ fabelt —, daß er sich nicht vor einer Hand voll Gesindel fürchtet, das durch die Straßen lärmt? Nein, solche Trottel sind deutsche Arbeiter nicht; derartige unterbyzantinische „Huldigungen“ überlassen sie andern Leuten, denen es wirklich schon gewaltig auf die Finger brennen muß, wenn sie zu echt bonapartistischen, ehedem von der „deutschen Sittlichkeit“ so arg verspotteten Mittelchen greifen.

Oder sollte dieser Schachzug vielleicht in einer geheimnißvollen Verbindung stehen mit dem Gemurre der Bourgeoisie über die kaiserliche Rede? Das hieße zwar den Teufel — und einen wie zähmbaren Teufel! — durch Belzebub vertreiben. Aber bei Gott ist kein Ding unmöglich und unterm neuen Kurse erst recht nicht. In jedem Falle könnten die „Arbeiterkreise“ diesem Dinge mit heiterer Seelenruhe zuschauen, denn ihnen fiele in dem tragikomischen Spiele nur eine Rolle zu, welche ihnen keinerlei Verantwortung aufbürdet: die Rolle nämlich des Schattens an der Wand.

Die Erschießung der Geiseln.

Ein Beitrag zur Geschichte der Pariser Kommune

von

Adolf Hepner (St. Louis, Mo.).

Wer heute, nachdem bereits eine so umfangreiche Literatur über die Kommune-Periode erschienen, eine vereinzelte Affaire derselben zum Gegenstand einer Abhandlung machen will, muß entweder wichtige neue Thatsachen, die in den bisherigen Darstellungen der Kommune fehlen, zu melden, oder mindestens neue und entscheidende Belege für Behauptungen, welche der Kontroverse unterliegen, vorzubringen haben.

Letzteres ist hier der Fall.

Es soll in Nachstehendem der erste vollgiltige Beweis geliefert werden, daß — wie die überlebenden Vertreter der Kommune stets behauptet, ohne es jedoch dokumentarisch feststellen zu können — Präsident Thiers und Rom die Hauptschuld an der Erschießung der Geiseln tragen; daß Thiers wie Rom aus Selbstsucht systematisch die Rettung der Geiseln *hintertrieben* haben, weil das Geiselopfer den Zwecken der Bourgeoisie und des Papismus dienlich schien.

Vom *kriegsrechtlichen* Standpunkt aus ist allerdings eine Ermittlung der wahren Schuldigen der Geisel-Exekution völlig überflüssig. Denn das Geiselnehmen ist ein international (völkerrechtlich) anerkannter Kriegsbrauch, den die Kommune nicht eingeführt, sondern von den früheren herrschenden Mächten übernommen und erst kurz zuvor — im französisch-deutschen Kriege — mehrfach angewendet gesehen hatte. Die kriegführenden Parteien ergreifen Geiseln nicht zum Spaße, sondern um auf den Feind eine starke Pression auszuüben; bleibt

dieser Pressionsversuch wirkungslos, so ist die Exekutirung der Geiseln nur die vorausgesetzte Folge des Verfahrens.

Hätte die Kommune nun wirklich die von ihr zum Zwecke der Auswechslung gegen Blanqui ergriffenen Geiseln exekutiren lassen, weil Herr Thiers die Auswechslung verweigerte, so würde sie nichts weiter gethan haben, als was nach dem anerkannten, barbarischen Kodex des Kriegsrechts erlaubt und billig ist.

Meine nachfolgende Beweisführung hat also keinen „advokatorischen" Zweck — verfolgt nicht die Absicht, die Kommune von Etwas, was man im anderen Lager „Flecken" nennt, „reinzuwaschen" — sondern sie soll lediglich einer historischen Feststellung dienen; sie will Irrthümer beseitigen und parteiischer Gehässigkeit den Mund stopfen, zugleich allerdings auch zeigen, weß Geistes Kind der vielgerühmte Thiers war, und wie sich Rom an denjenigen seiner Unterthanen rächt, die nicht unbedingten Gehorsam leisten.

Vorerst aber ist zu erklären, woher die Beweisstücke, die hier produzirt werden sollen, kommen.

Im Jahre 1878 gab die Vereinigten Staaten-Regierung die diplomatische Korrespondenz ihres Gesandten in Paris, E. B. Washburne, aus den Jahren 1870 und 71, im Druck heraus unter dem Titel: „Franco-German War and Insurrection of the Commune."

Washburne war nämlich während der Kriegs- und Kommuneperiode (vom 17. Juli 1870 bis zum 29. Juni 1871) offiziöser Vertreter Deutschlands und offizieller Beschützer der Deutschen in Frankreich gewesen — eine Mission, die er auf Wunsch der deutschen Regierung, mit Erlaubniß der französischen und unter Genehmigung der Vereinigten Staaten-Regierung, übernommen hatte. Als die Belagerung von Paris zur unvermeidlichen Thatsache wurde, schlich sich ein Gesandter nach dem anderen aus der Hauptstadt und trat den Schutz seiner Landesangehörigen an Herrn Washburne ab. Nach dem Ausbruch der Kommunerevolution war Herr Washburne schließlich der einzige Diplomat, der in Paris ausgehalten hatte, und so wurde er nolens volens nicht nur der Schutzpatron aller in Paris befindlichen Ausländer, sondern seine außeramtliche Intervention wurde auch von Franzosen häufig erbeten; so in dem Falle der von der Kommune als Geiseln ergriffenen Geistlichen (des Erzbischofs Darboy und mehrerer Priester).

So ist es nun gekommen, daß sehr wichtige Aufschlüsse über die Geisel-Affaire in den diplomatischen Akten des Washingtoner Kabinets zu finden sind. An der Hand derselben, wie sie in Washburne's (von der Vereinigten Staaten-Regierung herausgegebenem) Buche gedruckt sind, soll hier die Wahrheit über die Erschießung der Geiseln ermittelt werden.

Neun Jahre nach Erscheinen jenes (nicht durch den Buchhandel beziehbaren, offiziellen) Buches, im Jahre 1887, gab Washburne „Reminiscences of the siege and Commune of Paris" heraus (bei Scribner, New York). Diese Reminiszenzen sind (ebenso wie seine amtlichen Schilderungen der Kommune-Periode) natürlich in kommunefeindlichem Sinne gehalten — wie das bei einem amerikanischen Bourgeois alten Schlages gar nicht anders denkbar — aber sie enthalten einiges Thatsächliche, das für die Geschichtschreibung von Werth und von mir benutzt worden ist.

Die Washburne'schen amtlichen Dokumente über die Kommune-Periode beginnen mit dem 18. April 1871; es muß ihnen daher — zur Information für den Leser — ein Kapitel vorausgehen, das die früheren Ereignisse, mit denen die Geisel-Affaire beginnt und verknüpft ist, schildert.

Wir brauchen nicht gerade mit dem 18. März, dem Tage der Proklamirung der Kommune, zu beginnen, aber wir müssen in die Darstellung da eintreten, wo

der Kampf der Kommune mit Versailles bereits in eine ernste Phase tritt: das ist der 3. April.

Das erste Kapitel wird daher die Ereignisse vom 3. bis 17. April enthalten, die erste Periode (die vor-Washburn'sche) der Geisel-Affaire.

Das zweite Kapitel umfaßt die zweite (und Schluß-) Periode der Geisel-Affaire vom 18. April (dem Eintritt Washburne's in die Aktion) bis zum Schluß unseres Dramas (der Erschießung der Geiseln am 24. Mai). In diesem zweiten Kapitel wird der Leser die Erfüllung des Versprechens finden, welches der Titel dieser Abhandlung ihm giebt.

Ein drittes Kapitel endlich befaßt sich nur mit einem „Kritischen Rückblick."

I. Die erste Periode der Geisel-Affaire.

Vom 3. bis 17. April.

Ein Oberbefehlshaber der Regierung von Versailles war es, General Vinoy, der am 3. April das Signal zu den Schlächtereien gab, welche die Erbitterung der kämpfenden Parteien gegeneinander auf den Gipfelpunkt trieben. General Vinoy begegnete nämlich (erzählt der deutsche Schriftsteller Wittig, der die Kommune-Periode in Paris mitdurchlebt hat) den Truppen, welche den Kommune-General Duval und zwei Bataillonschefs mit den übrigen Gefangenen nach Versailles abführten. Er ließ die Drei vortreten.

„Ihr seid scheußliche Kanaillen," rief er ihnen zu, „Ihr habt die Generäle Thomas und Lecomte erschießen lassen.*) Ihr wißt, was Euch erwartet." Er ließ hierauf zehn Jäger vortreten und befahl den gedachten drei Offizieren der Kommune, feldeinwärts zu gehen. Dieselben stellten sich an einem Hause auf, das zufällig ein Schild mit der Aufschrift „Duval, Kunstgärtner" trug. Zwei Minuten später stürzten sie unter dem Rufe: „Es lebe die Kommune!" todt nieder. Vinoy und sein Stab wohnten dem Schauspiel bei. Mit Vinoy wetteiferte General Gallifet, der auch seine Gefangenen brutal erschießen ließ.

Gallifet, der in einer Proklamation vom 3. April sagte: „Wir führen den Krieg ohne Mitleid und Erbarmen," war der berüchtigte Bonapartist, der nominell als „Gatte" einer der Maitressen Napoleons figurirte und dafür mit Gold und dem Generalsrang belohnt worden war.

„Thiers erkannte" (sagt Dr. Rudolf Meyer in seinem „Emanzipationskampf des vierten Standes") „in einem Rundschreiben an die Präfekten diese Grausamkeiten verschleiert durch folgenden Passus an:

„Die Wuth der Soldaten war furchtbar und wandte sich hauptsächlich gegen Deserteure, die man erkannte."

---

*) Die zwei Generale, Thomas und Lecomte, wurden am 18. März, dem Tage des Ausbruchs der Kommune-Revolution, von einem Militärhaufen, der aus zehn Soldaten des 88. Linienregiments und drei oder vier Nationalgardisten bestand, überrascht, entwaffnet und nach Vornahme einer Art kriegsgerichtlicher, kurzer Prozedur erschossen, also thatsächlich gelyncht.

Die Bourgeoisie veröffentlichte ein gefälschtes „Kriegsgerichts-Urtheil" des „Zentralkomites" der Nationalgarde, welches am 18. März an der Spitze der Insurrektion stand.

Das „Zentralkomite" lehnte am 20. März jede Verantwortung für die Erschießung der Generale Thomas und Lecomte durch eine Proklamation ab, in der es heißt: „Mit Entrüstung sprechen wir es aus: Der Blutschaum, mit dem man unsere Ehre beflecken will, ist eine infame Unwürdigkeit. Niemals ist ein Todesurtheil von uns unterzeichnet worden. Niemals hat die Nationalgarde an der Ausführung eines Verbrechens theilgenommen."

„In dem Worte ‚hauptsächlich‘ liegt das Zugeständniß, daß auch Andere erschossen wurden und zwar ohne Kriegsgerichts-Spruch. Später leugnete Thiers die Thatsache mit frecher Stirn. Uebrigens waren General Duval und der später erschossene Flourens keine Deserteure; und sie wurden nicht im Kampfe, sondern nach demselben, als Gefangene, umgebracht.“

Soweit der konservative Rudolf Meyer.

Die Kommune antwortete auf die Füsiladen von Vinoy und Gallifet mit folgender Proklamation vom 5. April:

„Bürger! Die Banditen von Versailles erdrosseln oder erschießen unsere Gefangenen, und es vergeht keine Stunde, die uns nicht die Nachricht von einem solchen Meuchelmorde überbrächte. Die Schuldigen kennt Ihr; es sind die Gensdarmen und Stadtsergeanten des Kaiserreichs; es sind die Royalisten von Charette und Cathelineau, welche unter dem Rufe: „Es lebe der König!“ und unter dem weißen Banner gegen Paris marschiren. Die Regierung von Versailles stellt sich außerhalb der Gesetze des Krieges und der Menschlichkeit; Ihr werdet gezwungen sein, Repressalien zu üben. Wenn unsere Gegner fortfahren, die unter zivilisirten Völkern üblichen Bedingungen des Krieges zu mißachten, wenn sie noch einen einzigen unserer Soldaten massakriren, so werden wir mit der Hinrichtung einer gleichen oder doppelten Anzahl von Gefangenen antworten. Stets edelmüthig und gerecht, selbst in seinem Zorne, schaudert das Volk vor Blut, wie es vor dem Bürgerkrieg schaudert; aber es hat die Pflicht, sich gegen die wilden Attentate seiner Feinde zu schützen, und so schwer es ihm auch fallen möge, es wird Auge um Auge, Zahn um Zahn vergelten.

Paris, den 5. April 1871.

Die Kommune von Paris.“

Als die beste und kritischste, von revolutionärer Seite herrührende Geschichte der Kommune gilt die im Jahre 1877 erschienene von Lissagaray*), der, wie er in seiner Vorrede sagt, „zwar ein Geächteter, aber weder Regierungsmitglied, noch Offizier, noch Beamter der Kommune war und fünf Jahre lang alle Zeugnisse gesichtet und geprüft hat.“ — In Lissagaray's Buch finden sich folgende zerstreute Mittheilungen über die Geiseln.

„Es wurde am 5. April vom Rath der Kommune dekretirt, daß jeder des Einverständnisses mit Versailles Bezichtigte binnen 48 Stunden gerichtet und, wenn schuldig befunden, als Geisel zurückbehalten werden solle. Die Hinrichtung eines Vertheidigers der Kommune durch die Versailler sollte die der Geiseln zur Folge haben und zwar laut dem Dekret in dreifacher, laut der Proklamation in gleicher oder doppelter Zahl.

„Diese verschiedenen Lesarten beweisen, welche Unruhe in den Köpfen spukte. Nur der Rath der Kommune glaubte, er habe Versailles erschreckt. Die Bourgeoiszeitungen schrien Zeter, und Herr Thiers, der gefangene Insurgenten ohne Dekrete erschießen ließ, denunzirte die ‚Grausamkeit der Kommune.‘ Diese Leute lachten sich im Grunde alle ins Fäustchen. Alle hervorragenden Reaktionäre hatten sich schon längst geflüchtet und in Paris war nur der Abhub derselben zurückgeblieben, sowie einige Vereinzelte, die Versailles im Nothfall zu opfern bereit war. Herr Barthelemy St. Hilaire, der Sekretär des Herrn Thiers, gab Barral de Montaut, der ihm die Möglichkeit einer Niedermetzlung der Geiseln in den Gefängnissen vorstellte, zur Antwort: ‚Die Geiseln! die Geiseln! Wir können ja nichts machen! Was sollen wir thun? Es ist freilich sehr schlimm um sie bestellt!‘“ (Bd. 2, S. 271 der offiziellen Untersuchung über den 18. März.)

---

*) Die deutsche Ausgabe erschien in erster Auflage 1878, in zweiter 1891 (Stuttgart, J. H. W. Dietz).

„Die Mitglieder des Raths der Kommune hatten in ihrer kindlichen Aufwallung die rechten Geiseln, die ihnen doch in die Augen stechen mußten, übersehen, die Bank, die Registraturen, die Domänen, die Steuer- und die Depositenkasse. Von hier aus hätte man den Lebensnerv der Bourgeosie in der Hand behalten und hätte über ihre Gewandtheit und ihre Kanonen lachen können. Ohne einen Mann auszusetzen, brauchte die Kommune nur die Hand zu drehen und Versailles zu sagen: ‚Vergleiche dich mit uns oder stirb!‘ .... Die Bank, die man zu Versailles beinahe leer glaubte, enthielt 77 Millionen baar, 166 Millionen in Bankbillets, 899 Millionen in Staatspapieren, 120 Millionen in Belehnungen, 11 Millionen in Barren, 7 Millionen in deponirten Juwelen, 900 Millionen in deponirten Scheinen, zusammen 2180 Millionen; 800 Millionen in Bankbillets warteten nur auf das Faksimile des Kassirers, welches mit Leichtigkeit herzustellen war. Die Kommune hatte somit 3 Milliarden in der Hand, davon war 1 Milliarde flüssig — genug, um alle Generäle, Offiziere und Beamten von Versailles zu bestechen —, als Geiseln hatte sie 90000 Deponenten und die 3 Milliarden im Umlauf, deren Pfand sich in der Bank befand.“ (S. 175 der 2. Aufl.)

„Nach dem Dekrete über die Geiseln nahm die Polizeipräfektur nur vier bis fünf hervorragende Geistliche fest: den gallikanischen Erzbischof Darboy, einen Erzbonapartisten, dessen Generalvikar Lagarde, den Pfarrer der Madeleinekirche Deguerry (eine Art Morny im Priesterrock), den Abbé Allard, den Bischof von Surat und einige geriebene Jesuiten. Nur der Zufall lieferte ihnen den Präsidenten des Kassationshofes Bonjean, und Jecker, den berüchtigten Erfinder der ‚mexikanischen Expedition‘ in die Hände.“ (S. 208.)

„Die Geiseln konnten ihr Essen, ihre Wäsche, Zeitungen, Bücher von außen beziehen; Besuch von Freunden, Berichterstatter fremder Zeitungen empfangen. Man bot sogar Herrn Thiers an, die hervorragendsten Geiseln, wie den Erzbischof, Deguerry, Bonjean, Lagarde gegen den einzigen Blanqui auszuwechseln. (Blanqui war am 17. März in der Provinz, wohin er sich nach dem Ende der Belagerung zur Wiederherstellung seiner Gesundheit begeben hatte, verhaftet und in das Fort du Taureau gebracht worden.) Diese Unterhandlung mit Herrn Thiers ist zum Theil im ‚Journal Offiziel‘ der Kommune berichtet worden. Wir fügen noch einige Details hinzu. Kurz nach seiner Verhaftung schrieb der Erzbischof an Herrn Thiers und beschwor ihn, den Hinrichtungen der Gefangenen Einhalt zu thun, weil davon das Leben der Geiseln abhinge. Herr Thiers gab keine Antwort.“ (S. 210.)

Lissagaray theilt den eben erwähnten Brief des Geisel-Gefangenen Erzbischofs Darboy an Thiers nicht mit; er befindet sich aber in anderen Geschichtswerken über die Kommune; wir geben ihn nach Rud. Meyer's Uebersetzung („Emanzipationskampf des vierten Standes“) wieder:

Erzbischof Darboy an Präsident Thiers.

Gefängniß Mazas, 8. April 1871.

Herr Präsident! Nach einem Verhör, dem ich gestern, Freitag, in Mazas, wo ich mich gegenwärtig in Haft befinde, unterzogen worden, haben Personen, welche mich verhörten, mir versichert, daß von verschiedenen Armeekorps in den letzten Kämpfen barbarische Akte gegen Nationalgardisten begangen worden seien; man habe die Gefangenen füsilirt und den Verwundeten auf dem Schlachtfelde den Garaus gemacht. Da diese Personen sahen, wie ich gar nicht glauben wollte, daß solche Akte von Franzosen gegen Franzosen verübt werden könnten, so entgegneten sie mir, daß sie nur auf Grund zuverlässiger Meldungen sprächen. Ich nehme, Herr Präsident, hiervon Veranlassung, Ihre Aufmerksamkeit auf einen so bedenklichen Vorgang zu

lenken, der Ihnen vielleicht nicht bekannt ist, und um Sie dringend zu bitten, in Erwägung zu ziehen, was unter so traurigen Umständen zu thun sei. Wenn eine Untersuchung ergeben sollte, daß wirklich grausame Ausschreitungen die Schrecken unserer brudermörderischen Kämpfe noch vermehrt haben, so wären sie gewiß nur das Resultat besonderer und ganz vereinzelter Ausbrüche der Leidenschaft. Gleichwohl ist es vielleicht möglich, der Wiederkehr solcher Fälle vorzubeugen, und ich habe geglaubt, daß Sie besser als irgend Jemand wirksame Maßregeln in dieser Hinsicht ergreifen können. — Niemand wird daran einen Anstoß nehmen, daß ich mich inmitten des gegenwärtigen Kampfes, nach dem Charakter, welchen derselbe in den letzten Tagen angenommen hat, bei allen Denen verwende, welche ihn mäßigen und ihm ein Ziel setzen könnten. Die Humanität, die Religion rathen, gebieten es mir. Ich habe nur flehentliche Bitten zu meiner Verfügung; mit Vertrauen richte ich dieselben an Sie. Diese Bitten kommen aus dem Herzen eines Menschen, der seit mehreren Monaten mit vielem Elend mitleiden mußte; sie kommen aus dem Herzen eines Franzosen, welches unter der Zerrissenheit des Vaterlandes schmerzlich blutet; sie kommen aus dem gläubigen Herzen eines Bischofs, welcher bereit ist, Alles und selbst sein Leben zu opfern für Die, welche ihm Gott zu Angehörigen seines Vaterlandes und seiner Diözese gegeben hat. - Ich beschwöre Sie also, Herr Präsident, gebrauchen Sie Ihren ganzen Einfluß, um ein baldiges Ende unseres Bürgerkrieges herbeizuführen und um auf alle Fälle den Charakter desselben, soweit dies in Ihren Kräften steht, zu mildern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner hochachtungsvollen Gesinnung. G. Darboy, Erzbischof von Paris.

Man beachte schon hier, daß gleich das erste Auftreten des gefangenen Erzbischofs in seiner Geiseleigenschaft uns einen Mann von nicht alltäglichem Wesen zeigt. Der Brief des Erzbischofs verräth einen Politiker feineren Gepräges, einen Mann von gleich großer Besonnenheit wie Würde. Der Sinn und Zweck des Briefes läßt sich in die Worte zusammenfassen: „Hilf mir; ich bin des Todes! Wenn Deine Generäle die gefangenen Kommunards erschießen, widerfährt mir das Schicksal der Vergeltung!“ — Aber dieser Sinn und Zweck des Briefes läßt sich nur zwischen den Zeilen, nicht aus ihnen herauslesen. Der Erzbischof appellirt an das Feingefühl des Präsidenten; er bittet ihn nicht direkt um Hilfe, sondern giebt ihm nur zu verstehen, daß das Leben der Geiseln von dem Verhalten der Versailler abhängt. Der Brief des Erzbischofs war so vorsichtig abgefaßt, wie der eines Petenten, welcher im vorhinein kaum 50 Prozent Wahrscheinlichkeits-Erfolg herausrechnet, den Schritt aber dennoch thut, weil derselbe erstens „nichts schadet“ und zweitens „die Beruhigung verschafft, kein Hilfsmittel unversucht gelassen zu haben.“ — Ein gescheidter Mann, welcher der Erzbischof zweifellos war, hat er sich wohl nicht viel von jenem Appell an das Zartgefühl eines Menschen versprochen, dessen ganzes Leben eine ununterbrochene Kette von List und Ränken war, die sich hinter falscher Freundlichkeit oder Thränenseligkeit — je nachdem der beabsichtigte Coup es erheischte — verbargen.

Thiers antwortete nicht (wie schon Lissagaray oben bemerkt) auf des Erzbischofs Brief.

Ein alter Freund Blanqui's, Namens Flotte, schlug darauf dem Präsidenten einen Tausch vor, indem er ihn darauf aufmerksam machte, daß der Erzbischof in Gefahr sei. Herr Thiers machte eine sehr entschiedene Geberde und sagte: „Was geht mich das an?“ — Flotte nahm auf Wunsch des Erzbischofs die Unterhandlungen zwischen der Kommune und Herrn Thiers nochmals auf. Der Erzbischof wünschte, daß man seinen Mitgefangenen, den Madeleinekirchen-Pfarrer Deguerry, nach Versailles schicke, um mit Thiers zu reden. Da die Polizeipräfektur jedoch eine solche Geisel wie Deguerry nicht loslassen

wollte, bestimmte man eine andere Geisel, des Erzbischofs Generalvikar Lagarde, für die Mission; die Polizeipräfektur willigte ein, und nachdem der Erzbischof seinen Generalvikar genau unterwiesen, führte Flotte denselben am 12. April zum Bahnhof. Flotte ließ Lagarde schwören, daß er, auch wenn seine Mission fehlschlagen sollte, ins Gefängniß zurückkehren würde. Lagarde versicherte feierlich: „Selbst auf die Gefahr hin, erschossen zu werden, komme ich zurück. Können Sie glauben, daß ich auch nur einen Augenblick den Gedanken haben könnte, Se. Hochwürden hier allein zu lassen?“ Als der Zug abfahren sollte, wiederholte Flotte seine Mahnung: „Reisen Sie nicht ab, wenn Sie nicht die Absicht haben, zurückzukommen!“ — Der Geisel-Priester schwur von Neuem. Er reiste ab und übergab Herrn Thiers einen zweiten Brief vom gefangenen Erzbischof, in dem dieser auf sein erstes, unbeantwortet gebliebenes Schreiben Bezug nahm und den Präsidenten wiederholt ersuchte, der Erschießung von Gefangenen Einhalt zu thun und dem Auswechslungsvorschlage zuzustimmen. Herr Thiers stellte sich, als wisse er gar nichts von dem ersten Briefe; es wurde ihm eine Zeitung der Kommune vorgelegt, welche jenen Brief sogar abgedruckt hatte. Er mußte sich also entschließen, eine Antwort zu geben; sie ist eines jener Meisterwerke von Verlogenheit und Heuchelei und lautet:

Präsident Thiers an den Erzbischof Darboy.

Versailles, 14. April 1871.

Monseigneur! Ich habe den Brief erhalten, welchen mir der Herr Pfarrer von Montmartre in Ihrem Auftrage zugestellt hat, und ich beeile mich, Ihnen mit der Aufrichtigkeit zu antworten, welcher ich immer getreu bleiben werde. Die Thatsachen, auf die Sie meine Aufmerksamkeit hinlenken, sind vollständig falsch, und ich bin wahrhaft erstaunt, daß ein so erleuchteter Prälat, wie Sie, Monseigneur, einen Augenblick zulassen könnte, daß denselben irgend etwas Wahrheit zu Grunde läge. Niemals hat die Armee jene gehässigen Verbrechen begangen oder wird sie solche begehen, welche ihnen Männer zur Last legen, die entweder freiwillig Verleumder, oder durch die Lügen, in deren Mitte man sie leben läßt, irregeleitet sind. Niemals haben unsere Soldaten die Gefangenen erschossen, oder die Verwundeten auf dem Schlachtfelde hingemordet. Daß sie in der Hitze des Kampfes von ihren Waffen gegen Männer Gebrauch gemacht, die ihre Generäle ermordeten und welche sich nicht scheuen, auf die Schrecknisse des Fremdenkrieges die des Bürgerkrieges folgen zu lassen, ist möglich; nach beendetem Kampf aber treten sie in den Edelmuth des nationalen Charakters zurück und wir haben davon den materiellen, vor Aller Augen liegenden Beweis. Die Versailler Hospitäler enthalten viele, der Insurrektion angehörende Verwundete, welche wie die Vertheidiger der Ordnung selbst gepflegt werden. Dies ist aber nicht Alles. Wir haben in unseren Händen 1600 Gefangene, die nach Belle-Isle und einigen Seestationen gebracht wurden, wo sie wie gewöhnliche Gefangene und viel besser behandelt werden, als die Unserigen würden, wenn wir das Unglück hätten, deren in den Händen der Aufständischen zu lassen. Ich weise daher, Monseigneur, die Verleumdungen zurück, von welchen man Ihnen gesprochen; ich bekräftige, daß unsere Soldaten niemals die Gefangenen erschossen haben; daß alle Opfer dieses schrecklichen Bürgerkrieges in der Hitze des Kampfes gefallen sind; daß unsere Soldaten ohne Unterlaß von den Grundsätzen der Humanität erfüllt waren, welche Alle beseelen, und die allein den Ueberzeugungen und Gesinnungen der frei gewählten Regierung anstehen, die ich zu vertreten die Ehre habe. Ich habe erklärt und ich erkläre noch, daß allen irregeleiteten Männern, die, von ihren Irrthümern zurückgekommen, die Waffen strecken, das Leben gesichert wird, wenn sie nicht gerichtlich der Theilnahme an den abscheulichen Mordthaten überführt werden, die alle ehrenhaften Leute beklagen; daß die Arbeiter, welche sich in Noth befinden, für einige Zeit noch die Subsidien erhalten sollen, von welchen sie während der Belagerung

lebten, und daß Alles vergessen sein wird, wenn erst einmal die Ordnung wiederhergestellt ist. Dies sind die Erklärungen, welche ich gegeben, welche ich erneuere und welchen ich getreu bleiben werde, — was auch kommen möge; und ich leugne vollständig die Thatsachen ab, die diesen Erklärungen zuwider sein sollten.

Empfangen Sie, Monseigneur, den Ausdruck meiner Achtung und des Schmerzes, den ich empfinde, Sie als das Opfer des scheußlichen Systems der Geiseln zu sehen, welches der Schreckensherrschaft entnommen wurde, die, wie es scheint, nun wiederkehren soll. Der Conseilpräsident: A. Thiers.

Lissagaray berichtet an anderer Stelle:

„Am 17. März empfing Flotte einen Brief von Lagarde, worin dieser erklärte, seine Gegenwart in Versailles sei noch unentbehrlich. Flotte beschwerte sich beim gefangenen Erzbischof über die Treulosigkeit Lagarde's; Herr Darboy erwiderte: ‚Es ist unmöglich, daß Lagarde in Versailles bleibt; er wird zurückkommen, er hat es mir geschworen.'

„Der Erzbischof übergab Herrn Flotte einen Brief an Lagarde und dieser antwortete: ‚Herr Thiers hält mich zurück.'

„Der Erzbischof schrieb abermals nach Versailles: ‚Bei Empfang dieses Briefes möge sich Herr Lagarde unverzüglich auf den Weg nach Paris machen und ins Mazasgefängniß zurückkehren. Diese Verzögerung kompromittirt uns schwer und kann die bedauerlichsten Folgen haben.'

„Lagarde gab keine Antwort.

„Herr Thiers glaubte, in Blanqui bekomme die Revolution ein Haupt, und die Ultramontanen, welche glühend nach dem Erzbischofsstuhl von Paris strebten, hüteten sich wohl, den Gallikaner Darboy zu retten, dessen Tod ein doppelter Vortheil für sie war, da er eine reiche Erbschaft eröffnete und zugleich mit geringen Kosten einen Märtyrer lieferte. Herr Thiers lehnte die Auswechslung ab und war so schlau, der Kommission der Fünfzehn (Deputirten), die ihm zur Berathung an die Seite gegeben worden war, die Frage vorzulegen; die Kommission lehnte ebenfalls, und zwar einstimmig, die Auswechslung ab. Die Kommission begründete ihr Votum damit, die Insurrektion würde in Blanqui einen Führer gewinnen; der wirkliche Zweck der Kommission war jedoch, zur Hinrichtung der Geiseln zu drängen, um Frankreich in Schrecken zu setzen.

„Als Lagarde hörte, daß Thiers und die Kommission die Auswechslung verweigere, hatte er keine Lust, die Antwort nach Paris zu überbringen, sondern brach sein Wort und blieb in Versailles. Der Rath der Kommune strafte den Erzbischof nicht für diesen Treubruch Lagarde's, sondern setzte sogar ein paar Tage später des Erzbischofs Schwester in Freiheit."

Soweit Lissagaray. Hören wir nun, was die Veröffentlichungen Washburnes sagen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Wachsthum der städtischen Bevölkerung.

II. Deutschland.*)

Das Deutsche Reich hat bisher fünf Volkszählungen vorgenommen: am 1. Dezember 1871, 1875, 1880, 1885 und 1890. In den neunzehn Jahren von 1871 bis 1890 ist es um 8 364 136 Personen oder um 20,37 Prozent gewachsen, während Frankreichs Bevölkerung von 1872 bis 1891 nur von

*) Wir folgen hier hauptsächlich den Mittheilungen des Februarheftes der Reichsstatistik (1891), der „Statistischen Korrespondenz," des Mayr'schen Archives und einigen selbständigen Artikeln in der „Post," der „Freisinnigen Zeitung," der „Vossischen Zeitung."

36,1 Millionen auf knapp 38,1, also um knapp zwei Millionen stieg, so daß Deutschland mit seinen 49,4 Millionen jetzt 11 Millionen mehr Einwohner hat wie Frankreich.

Die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme betrug in Deutschland:

Zwischen 1871 und 1875	. . . .	1,00	Prozent.
„ 1875 „ 1880	. . . .	1,14	„
„ 1880 „ 1885	. . . .	0,70	„
„ 1885 „ 1890	. . . .	1,07	„

Die verhältnißmäßig rasche Bevölkerungsvermehrung in der Zeit von 1875 bis 1880 und dann wieder von 1885 bis 1890 erklärt sich einmal aus einer relativ starken natürlichen Vermehrung (durch den Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle), dann aber aus der in beiden Fällen relativ viel schwächeren Auswanderung gegen die Periode von 1880—1885.

Natürlich ist auch bei uns in den verschiedenen Staaten des Reiches die Bevölkerungsentwicklung eine gänzlich verschiedene gewesen. Um die Unterschiede schärfer hervortreten zu lassen, vergleichen wir die Zahlen von 1890 mit denen von 1871. Danach hatte:

	Bevölkerung		Zunahme seit 1871
	1890	1871	in Prozent
Preußen	29 959 388	24 689 252	21,4
Bayern	5 589 382	4 863 450	14,9
Sachsen	3 500 513	2 556 244	37,0
Württemberg	2 035 443	1 818 539	11,9
Baden	1 656 817	1 461 562	13,4
Elsaß-Lothringen	1 603 987	1 549 738	3,5
Hessen	994 614	852 894	16,3
Hamburg	624 199	338 974	84,1
Mecklenburg-Schwerin	578 565	557 897	3,7
Braunschweig	403 029	311 764	29,3
Oldenburg	355 000	316 640	12,1
Sachsen-Weimar	325 824	286 183	13,8
Anhalt	271 759	203 437	33,6
Sachsen-Meiningen	223 920	187 957	19,1
Sachsen-Koburg	206 329	174 339	19,0
Bremen	180 309	122 402	47,3
Sachsen-Altenburg	170 867	142 122	20,2
Lippe	128 414	111 135	15,5
Reuß jüngere Linie	119 555	89 032	34,3
Mecklenburg-Strelitz	97 978	96 982	1,0
Schwarzburg-Rudolstadt	85 838	75 523	13,7
Lübeck	76 459	52 158	46,6
Schwarzburg-Sondershausen	75 514	67 191	12,4
Reuß ältere Linie	62 759	45 094	39,2
Waldeck	57 283	56 224	1,9
Schaumburg-Lippe	39 183	32 059	22,9
Deutsches Reich	49 422 928	41 058 792	20,4

Hamburg, Bremen und Lübeck mit ihren erstaunlich hohen Zuwachsraten von 84,1, 47,3 und 46,6 Prozent mögen hier außer Vergleich bleiben, da sie mehr

Städte wie Staaten darstellen. Aber welch' rapider Aufschwung in den industriell hoch entwickelten Staaten: Reuß ältere Linie mit 39,2 Prozent, Sachsen mit 37 Prozent, Reuß jüngere Linie mit 34,3 Prozent und Anhalt mit 33,6 Prozent. Welch' ein Abstand gegen Mecklenburg-Strelitz, dessen Einwohnerschaft seit 1871 noch nicht um 1000 zunahm, seit 1885 sogar um 393 zurückging — und gegen Mecklenburg-Schwerin mit seinen 3,7 Prozent in 19 Jahren.

Dieselben Differenzen wie unter den Bundesstaaten im Reiche finden wir dann auch unter den einzelnen Provinzen in Preußen. Diese hatten folgende Bevölkerung:

	Bevölkerung		Zunahme seit 1871
	1890	1871	in Prozent
Rheinland	4 710 313	3 579 347	31,6
Schlesien	4 223 807	3 707 167	13,9
Sachsen	2 579 852	2 103 174	23,1
Brandenburg	2 542 401	2 036 888	24,8
Westfalen	2 428 736	1 775 175	33,1
Hannover	2 280 491	1 961 437	16,3
Ostpreußen	1 958 132	1 822 934	7,4
Posen	1 752 094	1 583 843	10,6
Hessen-Nassau	1 664 000	1 400 370	18,8
Stadtkreis Berlin	1 579 244	826 341	91,1
Pommern	1 521 211	1 431 633	6,2
Westpreußen	1 433 480	1 314 611	9,0
Schleswig-Holstein	1 219 479	1 045 419	16,6
Hohenzollern	66 148	65 558	0,9

Der Stadtkreis Berlin mit seinen 91,1 Prozent kann natürlich auch hier nicht in Vergleichung kommen. Aber auch hier welch' ein rasches Wachsthum der gewerblich hochentwickelten Provinzen Westfalen mit 33,1 Prozent, des Rheinlandes mit 31,6 Prozent, und Brandenburgs mit 24,8 Prozent. Und welcher Stillstand und Verfall auf der Seite der vorwiegend agrarischen Provinzen: Schlesiens mit nur 13,9 Prozent Bevölkerungsvermehrung in neunzehn Jahren, Posens mit 10,6 Prozent, Westpreußens mit 9 Prozent, Ostpreußens mit 7,4 Prozent, Pommerns mit 6,2 Prozent — von Hohenzollern mit nur 1 Prozent ganz abgesehen. Heute umfassen diese Provinzen von den 30 Millionen Preußen knapp 11 Millionen; 1871 umschlossen sie von 24,7 Millionen fast 10 Millionen. Die eigentlichen Stammprovinzen des preußischen Konservativismus werden immer rascher überflügelt von den Bezirken der Gruben, der Fabriken und des Handels; selbst die höher entwickelte Landwirthschaft mit ihrer Viehmast und ihrem Rübenbau verschiebt ihren Schwerpunkt aus dem schnapsbrennenden Osten mehr und mehr in westlichere Distrikte wie Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover.

Seit 1885 haben die Provinzen Ostpreußen und Hohenzollern sogar absolut an Bevölkerung abgenommen und zwar um 1343 und 572 Köpfe. Der Regierungsbezirk Königsberg in Ostpreußen hat noch eine geringe Zunahme erfahren, dagegen ist der Regierungsbezirk Gumbinnen um 1954 Einwohner oder 0,25 Prozent zurückgegangen.

Auch in der Provinz Pommern sind seit 1885 von den drei Regierungsbezirken (Stettin, Köslin, Stralsund) zwei zurückgegangen, nämlich Köslin um

3594 Einwohner (oder 0,63 Prozent) und Stralsund um 1758 Einwohner (oder 0,84 Prozent). — Sonst sind als die Regierungsbezirke mit der stärksten Zunahme seit 1885 hervorzuheben: Potsdam mit 14,59 Prozent, Arnsberg mit 12,86 Prozent und Düsseldorf mit 12,49 Prozent, also lauter industrielle und städtische Bezirke — als die mit der geringsten Zunahme (außer den oben bezeichneten): Liegnitz mit 1,14 Prozent und Königsberg mit nur 0,05 Prozent.

Auch innerhalb der Regierungsbezirke finden wir natürlich oft noch eine gegensätzliche Bewegung: eine Abnahme auf der einen, eine Zunahme auf der anderen Seite. Wir führen daher kurz noch die Ergebnisse für die Kreise an. Preußen hat deren, einschließlich des Stadtkreises Berlin und der vier hohenzollernschen Oberämter, 546. Davon sind 378 gewachsen, 168 zurückgegangen. Die 57 rein städtischen Kreise, mit Ausnahme von Stralsund, Emden und Nordhausen (— 4,01, 2,31 und 0,85 Prozent), zeigen allesammt ein Wachsen. Von den 168 Kreisen, in welchen gegen den Bevölkerungsstand vom 1. Dezember 1885 eine Volksabnahme zu konstatiren war, entfallen auf:

Schlesien	30	Kreise.
Ostpreußen	24	"
Pommern	18	"
Hessen-Nassau	15	"
Rheinland	13	"
Brandenburg	12	"
Posen	12	"
Schleswig	12	"
Hannover	12	"
Westpreußen	10	"
Sachsen	7	"
Hohenzollern	3	"

Die sechs östlichen Provinzen stellen also zwei Drittel der 168 Kreise mit zurückgehender Bevölkerung. Am stärksten war die Volksabnahme in den Kreisen Stuhm, Rastenburg, Grottkau, Eiderstedt, Mohrungen, Guhrau, Erkelenz, Prüm, Steinau, Militsch, Pr. Eylau, Gerdauen, Angerburg, Friedland, Pr. Holland und Wohlau (3,94 bis 6,19 Prozent).

Wenn man nun aber weiter nur die ländliche Bevölkerung (d. h. die Bevölkerung der von der Statistik als „ländlich" gerechneten Orte) der einzelnen Kreise — nicht die Resultanten aus ländlicher und städtischer Bevölkerungsbewegung — ins Auge faßt, so werden die Zahlen noch viel drastischer. — Wir finden dann eine absolute Abnahme der ländlichen Bevölkerung in Ostpreußen in 25 unter den vorhandenen 38 Kreisen; eine Zunahme haben nur die Grenzkreise Allenstein, Ortelsburg, Ragnit, Pillkallen, Johannisburg und die Kreise Memel und Königsberg-Land erfahren, letztere offenbar nur durch die Vorortsbevölkerung der Städte. In Westpreußen hat die ländliche Bevölkerung abgenommen in 13 unter 26 Landkreisen, in Brandenburg in 19 unter 32, in Pommern in 23 unter 28 Landkreisen: eine Zunahme zeigen nur Randow und Greifenhagen in Folge der Vororte von Stettin, und die Seekreise Usedom-Wollin, Ueckermünde und Kolberg. In Posen hat die ländliche Bevölkerung in 25 unter 40 Kreisen abgenommen, in Schlesien in 40 unter 61, in Sachsen in 6 Kreisen, nämlich in Torgau, Schweinitz, Sangerhausen, Eckartsberga, Heiligenstadt, Weißensee. Schleswig-Holstein zeigt eine Abnahme der ländlichen Bevölkerung in 11 unter 20 Kreisen, nämlich in 7 schleswigschen Kreisen und in den holsteinischen Kreisen Oldenburg, Norderdithmarschen, Segeberg und Lauen-

burg. In Hannover nimmt die ländliche Bevölkerung in 14 unter 70 Kreisen ab; in der Rheinprovinz in 15 unter 61 Kreisen (in St. Goar, Meisenheim, Kempten, Lennep, Rheinbach, Prüm, Bitburg, Wittlich, Bernkastel, St. Wendel, Erkelenz, Heinsberg, Jülich, Düren, Schleyden, Malmedy); in Hessen-Nassau in 15 unter 38 Kreisen. Nur Westfalen mit seiner seltenen Mischung von Industrie und Landwirthschaft ist von dieser rückläufigen Bewegung der ländlichen Orte fast unberührt geblieben; blos in dem einen Kreise Lippstadt hat hier die ländliche Bevölkerung abgenommen, und auch hier nur um zwölf Köpfe.

Im Ganzen finden wir demnach in 210 landräthlichen Kreisen eine Abnahme der ländlichen Bevölkerung; in 168 ist sie so stark, daß ein Rückgang der gesammten Bevölkerung daraus resultirt. 148 der 210 Kreise mit Rückgang der ländlichen Bevölkerung liegen östlich von der Elbe, 62 im Westen. Ueber 3 Prozent hat die ländliche Bevölkerung im Ganzen in 47 Kreisen abgenommen, meist bleibt die Abnahme unter 2 Prozent. Von diesen 47 Kreisen entfallen nicht weniger wie 44 auf den Osten, nämlich 16 auf Ostpreußen, 2 auf Westpreußen, 2 auf Brandenburg, 7 auf Pommern, 17 auf Schlesien. — Im Regierungsbezirk Königsberg ist die ländliche Bevölkerung um 17 876, im Regierungsbezirk Breslau um 17 775, im Regierungsbezirk Gumbinnen um 11 165, im Regierungsbezirk Liegnitz um 9224, im Regierungsbezirk Köslin um 7535, im Regierungsbezirk Stralsund um 2658 Köpfe zurückgegangen, trotz aller agrarischen Schutzzölle und Prämien, zum Theil sogar wegen derselben.

Es ist auch überaus charakteristisch, daß in den 16 591 preußischen Gutsbezirken (einschließlich der Forstbezirke) die Bevölkerung sich 1885—1890 von 2 032 806 Einwohnern auf 2 019 389, also jährlich um 1,32 Promille vermindert hat. Im Ritterschaftlichen Mecklenburgs hat freilich innerhalb fünf Jahren die Bevölkerung gar um 23 000 „Seelen“ abgenommen. Wir machen daraus den Junkern und Rittern natürlich gar keinen Vorwurf, denn wenn ihre Landwirthschaft zurückgeht, können sie die Menschen nicht halten, und wenn ihre Landwirthschaft gedeiht, so haben wir keinen Grund, sie von der Ersetzung der Menschen durch Maschinen und wirthschaftliche Verbesserungen zurückzuhalten. Aber das sollten uns die Herren Angesichts ihrer eigenen Leistungen doch zugestehen, daß eine Festhaltung oder vielmehr eine Zurückschraubung Deutschlands auf den Standpunkt eines vorwiegend ackerbautreibenden Staats gleichbedeutend sein würde mit dem Verfall unserer Bevölkerung.

Ganz anders wird das Bild, wenn wir uns den Städten und den vorwiegend industriellen Bezirken zuwenden.

Die Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern nahmen in Deutschland durchschnittlich jährlich zu: 1871/75 um 3,5 Prozent der mittleren Bevölkerung, 1875/80 um 2,39 Prozent, 1880/85 um 2,23 Prozent, 1885/90 um 2,86 Prozent. Durchschnittlich jährlich sind gewachsen:

	1885/90 Prozent	1880/85 Prozent	1875/80 Prozent	1871/75 Prozent
Berlin um	3,65	3,17	2,93	3,92
Die übrigen 25 Städte von mehr als 100 000 Einwohnern um	2,83	2,16	2,39	2,96
Die 21 Städte von 50- bis 100 000 Einwohnern um	3,31	2,03	2,12	2,75
Die 103 Städte von 20- bis 50 000 Einwohnern um	2,29	1,98	2,26	2,93

Preußen hat heute 16 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Diese weisen nach den Zählungen von 1885 und 1890 folgende Ziffern auf:

Name	Ortsanwesende		Zunahme in Prozenten
	1890	1885	
Berlin	1 578 794	1 315 287	20,00
Breslau	335 174	299 640	11,86
Köln	281 337	239 437	17,50
Magdeburg	202 325	159 520	26,83
Frankfurt a. M.	179 850	154 513	16,40
Hannover	163 100	139 731	16,72
Königsberg	161 528	151 151	6,87
Düsseldorf	144 682	115 190	25,60
Altona	143 353	126 306	13,50
Elberfeld	125 830	109 218	15,21
Danzig	120 602	114 805	5,05
Barmen	116 248	103 068	12,79
Stettin	116 239	99 543	16,77
Krefeld	105 371	90 236	16,77
Aachen	103 462	95 725	8,08
Halle	101 401	81 982	23,69

Im Königreich Sachsen zählte man 1890 3 500 513 Personen als ortsanwesend, wovon 1 594 562 auf die Stadtgemeinden und 1 905 951 auf die Landgemeinden entfielen. Am 1. Dezember 1885 wurden dagegen in Sachsen überhaupt 3 182 003 Personen gezählt, und zwar 1 421 765 in den Stadtgemeinden und 1 760 238 in den Landgemeinden. Die städtische Bevölkerung ist somit in Sachsen innerhalb des erwähnten Jahrfünfts um 172 797 Köpfe = 12,15 Prozent, die ländliche Bevölkerung um 145 713 Köpfe = 8,28 Prozent gewachsen. Sachsen hat drei Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern; diese sind ebenfalls rapid gewachsen: Leipzig um 16,84 Prozent, Dresden um 12,19 Prozent, Chemnitz gar um 25,39 Prozent. Chemnitz hat von den sächsischen Stadtgemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern überhaupt die stärkste Steigerung erfahren; es folgen dann Wurzen mit 21,83 Prozent, Mittweida mit 19,43, Reichenbach mit 17,35, Leipzig mit 16,84, Pirna mit 16,38, Döbeln mit 16,2, Meißen mit 15,51, Limbach mit 12,75, Bautzen mit 12,67, Zwickau mit 12,64, Dresden mit 12,19 und Werdau mit 10,88 Prozent. Auch die Vororte der Großstädte und Industriezentren zeigen in Sachsen einen reißenden Aufschwung, und die Vermehrung der Landgemeinden-Bewohner ist gerade hier am allerwenigsten eine entsprechende Vermehrung der landwirthschafttreibenden Bevölkerung.

Einige besondere Bemerkungen seien der Hauptstadt **Berlin** gewidmet. Berlin hatte 1858 noch nicht eine halbe Million Einwohner. 1861 zählte es 545 247, 1864 632 379, 1867 702 437, 1871 826 341, 1875 966 858, 1880 1 122 330, 1885 1 315 287 und 1890 1 578 794 Einwohner. Diese Entwicklung ist oft als wahrhaft amerikanisch bezeichnet worden, in den nächsten Vororten ist das Wachsthum jedoch noch rapider gewesen. Die Ortschaften im Bezirk der Bannmeile nördlich der Spree im Kreise Niederbarnim zeigen seit 1885 eine Zunahme von 55,49 Prozent (von 57 062 auf 88 724 Einwohner); in den auf dem linken Spreeufer im Kreise Teltow belegenen betrug die Zunahme sogar 60,83 Prozent (103 195 gegen 64 165) und in Charlotten-

burg 81,43 Prozent (76 873 gegen 42 371). „Die Umgegend von Berlin zählte mithin 268,792 Einwohner oder 64,30 Prozent mehr als 1885, wo sie 163 598 betrug. Die Zunahme war also in der Umgegend mehr als dreimal so groß wie in Berlin. Die Reichshauptstadt sammt dem Umkreise von einer Meile hatte 1 847 586 Einwohner gegen 1 478 885 im Jahre 1885. Man kann annehmen, daß zur Zeit nur noch wenig zu 2 Millionen fehlen werden." (Voss. Ztg. 17. Nov. 1891).

Am 1. Dezember 1890 befanden sich in Berlin neben 642 651 geborenen Berlinern 936 143 außerhalb Geborene; unter 1000 Anwesenden waren also nur 407 (1885 424, 1880 434) geborene Berliner. Die „Statistische Korrespondenz" veröffentlicht soeben für Preußen eine Statistik der „inneren Wanderungen." Danach hatten Ende 1890 aus preußischen Landestheilen mehr aufgenommen wie an solche abgegeben: Berlin 712 281 Einwohner — dann erst kommt die ganze Rheinprovinz mit einem Plus von 140,422, Westfalen mit 69 663, Schleswig-Holstein mit 63 250 und Hannover mit 36 106 Köpfen. Mehr an das übrige Preußen abgegeben wie davon aufgenommen haben hingegen: Ostpreußen 240 234, Schlesien 237 967, Posen 162 064, Pommern 142 097, Westpreußen 86 522 Köpfe.*)

1885 kam ein Berliner auf 35—36, 1890 schon auf 31 Deutsche, und in Preußen ist gar jeder zwanzigste Mensch ein Berliner. In England (ohne Schottland und Irland) ist freilich schon jeder siebente Engländer ein Londoner.

Ein Beitrag zur Frage der Stückarbeit.**)

Von **A. Bringmann**, Zimmerer.

In dem Artikel „Die Stückarbeit und der Sozialismus" sagt Genosse Domela Nieuwenhuis, daß die meisten Arbeiter, die er über die Form der Arbeit gefragt hat, sich für die Stückarbeit erklärt haben. Bekanntlich hat es auch in Deutschland einmal eine Zeit gegeben, in der die Mehrheit der Arbeiter nach Stück- resp. Akkordarbeit verlangte. Noch jetzt hat die Akkordarbeit eine große Zahl Anhänger, diese dürften indessen nur in geringer Zahl in den gewerkschaftlichen Organisationen vertreten sein. Die erdrückende Mehrheit der organisirten Arbeiter Deutschlands erklärt sich thatsächlich gegen die Akkordarbeit, und zwar nicht etwa, weil die Arbeiterführer nichts von der Akkordarbeit wissen wollen, sondern weil es die schlimmste Form ist, unter der die Arbeiter vom Unternehmer ausgebeutet werden.

---

*) Diese Mehrabgabe darf der Leser natürlich nicht einem entsprechenden Bevölkerungsrückgang gleichsetzen: ein Distrikt von 100 000 Mehr-Geborenen wie Gestorbenen, 10 000 Zuwanderern und 50 000 Abwanderern hat 40 000 mehr abgegeben wie aufgenommen und ist trotzdem um 60 000 gewachsen. In den obigen Zahlen fehlt: Abwanderung nach außerpreußischen, aber deutschen Ländern und Auswanderung ins Ausland, ferner die Zuwanderung aus dem außerpreußischen Deutschland und aus dem Ausland.

**) Ueber die Frage der Stückarbeit ist uns eine ganze Reihe von Einsendungen aus Arbeiterkreisen zugegangen, die beweisen, welches Interesse man der Frage entgegenbringt. Wir danken den Einsendern für ihre Mittheilungen, sind jedoch nicht im Stande, sie alle zur Veröffentlichung zu bringen. Ein Artikel in einer der nächsten Nummern wird unseren eigenen Standpunkt darlegen. Die Redaktion.

In meinem früheren Domizil, in Magdeburg, bekam ich von den dortigen Genossen den Auftrag, zum ersten Mai 1891 in einer Volksversammlung über die Verkürzung der Arbeitszeit, bezw. über den Achtstundentag zu referiren. Zu dem Vortrage sammelte ich am Orte selbst mehrere Daten, von denen ich einige hier mittheile, weil sie diese Frage gut beleuchten.

In der Fabrik Schäffer & Budenberg in Magdeburg bekam ein Dreher für „Injekteure Nr. 6 und 7 komplet" an Arbeitslohn:

1887 12,00 Mark, 1888 9,90 Mark.

1889 wurde dieser Artikel durch Theilung der Arbeit um noch 2 Mark im Preise gedrückt. Für Indikatoren gab es dort bis vor ungefähr vier Wochen 7,50 Mark, jetzt nur noch 5 Mark. „Es giebt dort fast keinen Artikel, bei dem der Arbeitslohn nicht noch schlimmer herabgedrückt ist," berichtete mir mein Gewährsmann.

In der Armaturenfabrik des Herrn Polte wurden die Akkordlöhne wie folgt reduzirt:

	früher	jetzt	
Hahnköpfe (Großmodell)	4,25	3,60	Mark
Probirhähne (inkl. Schleifen)	0,75	0,60	„
Gashähne, Dimension 1"	0,40	0,30	„
„ „ 1½"	0,60	0,45	„
„ „ 2"	0,70	0,50	„
Schmierhähne (doppelte)	1,20	1,00	„
Schlüssel zu Deutzer Ventilen I . . .	0,04½	0,03½	„
„ „ „ „ II . . .	0,04	0,03	„
„ „ „ „ III . . .	0,03½	0,02½	„
„ „ „ „ IV . . .	0,03	0,02	„
„ „ „ „ V . . .	0,02½	0,01½	„

Durchgangshähne und Schnabelhähne in allen Größen sind um 20—25 Pfg. das Stück reduzirt. Sämmtliche Oehler sind um 2, 3, auch 5 Pfg. pro Stück reduzirt, berichtete mir mein Gewährsmann.

Bei aller dieser Drückerei ist die Wocheneinnahme der betreffenden Arbeiter auf derselben Höhe geblieben, ja theilweise noch gestiegen. Auch die Stundenzahl blieb dieselbe. Einige Arbeiter fühlten sich bei diesem Zustande sogar ganz wohl, denn sie entrüsteten sich, als mein Vortrag in der „Volksstimme" zum Abdruck kam, daß ihr „guter Arbeitgeber" angegriffen sei. Die Daten selbst stellte freilich Niemand in Zweifel. Diese letzteren Arbeiter gehören selbstverständlich nicht zur Organisation, sondern zu denjenigen, die durch die Akkordarbeit vollständig versumpft sind.

Um dieselbe Zeit wurden auf den Werken überschüssige Arbeiter entlassen und es liegt wohl auf der Hand, daß hier die Akkordarbeit es mindestens auch mit war, die Arbeiter aus der Fabrik trieb.

In der Eigenschaft als Geschäftsleiter der freien Vereinigung der Zimmerer Deutschlands stellte ich Erhebungen über Akkordarbeit an. Die Betheiligung war sehr mangelhaft; das Ergebniß ist im Protokoll vom Zimmererkongreß 1889 erschienen. Einiges davon verdient aber auch hier mitgetheilt zu werden:

In Magdeburg wurden 38—42 Pf. Stundenlohn gezahlt; der Akkordlohn für Fußbodenlegen betrug 20 Pf. per Quadratmeter und 11 Pf. für Deckenschalung. In Quedlinburg dagegen wurden 27 Pf. Stundenlohn gezahlt; der Akkordlohn stand per Quadratmeter Fußbodenlegen auf 19 Pf. und per Quadratmeter Deckenschalung auf 9 Pf.

Hiebei fällt gewiß sofort auf, daß der Akkord- mit dem Zeitlohn in sehr verschiedenem Verhältniß steht. Die Zeitlöhne sind in Magdeburg bedeutend höher

als in Quedlinburg. Dagegen stehen die Akkordlöhne in jener Stadt fast ebenso tief wie in dieser. Die Ursache davon ist: In Magdeburg werden die Akkordarbeiten meistens von Arbeiterkolonnen ausgeführt, die sich speziell auf die betreffende Handverrichtung eingearbeitet haben. In Quedlinburg giebt es solche Kolonnen nicht, die Stadt ist dazu zu klein, die Arbeit ist nicht so massenhaft, daß sie spezialisirt werden kann. Die Arbeitsleistung der Akkordarbeiter ist in Magdeburg größer als in Quedlinburg. Sie kommt aber dem Unternehmer, nicht dem Arbeiter zu Gute.

Ueber die Körperbeschaffenheit und die Lebensdauer der Akkordarbeiter im Gegensatz zu dem Zeitarbeiter liegen keinerlei Zahlen vor. Immerhin hat meine persönliche Beobachtung ergeben, daß die Akkordarbeiter bedeutend früher stumpf und steif werden, als die Zeitarbeiter.

Auf meinen Agitationsreisen für den Verband deutscher Zimmerer treffe ich oft die Akkordarbeit als Arbeitsform in der verschiedensten Gestalt an. Aber keine einzige meiner Beobachtungen spricht zu Gunsten der Akkordarbeit.

Die persönliche Freiheit, die ja eine Begleiterscheinung der Akkordarbeit sein soll, treibt hier in Deutschland, speziell in mir bekannten Gewerben auch die sonderbarsten Blüthen. In größeren Holzschneidereien ist meistentheils die Akkordarbeit vorherrschend. Genaue Beobachtungen in dieser Hinsicht habe ich in der Holzschneiderei Neumann und Kompagnie in Magdeburg-Buckau gemacht. Hier bedienen z. B. je zwei Arbeiter eine Säge, der eine von diesen beiden steht in Akkordlohn, der andere dagegen bekommt pro Tag (11 Stunden) Mark 2,50 Tagelohn. Bei dem ersteren gilt die Parole: „Quäle dich und schinde deinen Mitarbeiter, damit dein Lohn nicht zu gering ausfällt.“ Hier macht also die Akkordarbeit den einen Arbeitsbruder zum Schinderknecht des Kapitalismus, den anderen zum Galeerensklaven, der von seinem vis-à-vis gepeitscht wird.

Solchen Zuständen gegenüber giebt es nur einen Ruf, der meines Erachtens seine volle Berechtigung hat: Fort mit der Akkord- resp. Stückarbeit.

Unser Genosse Domela Nieuwenhuis verwirft nun die heutige Form der Akkordarbeit auch. Er führt die Verhältnisse einer Druckerei als Muster dafür an, in welcher Form die Akkordarbeit einzuführen sei. Immerhin, man muß doch nothwendigerweise auch die Frage aufwerfen, ob sich solche Verhältnisse als allgemeine Regel einführen lassen. Diese Frage ist freilich nicht ganz ignorirt, aber unser Genosse hat sie auch nicht annähernd beantwortet. Es wird in dem Artikel angedeutet, daß die Arbeiter in ihren Gewerkschaften dafür sorgen sollen, daß die Preise der Arbeit nicht gedrückt werden. Damit ist doch aber keineswegs festgestellt, ob die Gewerkschaften diese Riesenaufgabe auch lösen können, sondern die Frage ist nach wie vor zu beantworten.

Diese Frage kann leider von zwei Standpunkten beantwortet und darum zu einer streitigen werden. Man kann fragen: Können gewerkschaftliche Organisationen zusammengehalten werden, wenn unter ihren Mitgliedern die größten Unterschiede in Bezug auf Lohnhöhe und Dauer der Arbeitszeit bestehen? Oder aber muß jede Ursache verschwunden sein, die den Arbeiter mit dem Arbeiter entzweit, ehe wir überhaupt erst starke Organisationen bekommen können?

Wer die erste Frage mit ja zu beantworten vermag, der kann leicht zu der Auffassung unseres Genossen kommen. Wer sie aber verneint und die letztere Frage bejaht, der muß nothwendigerweise die Akkordarbeit, auch wenn sie im Sinne unseres Genossen gestaltet würde, verwerfen.

Vorerst steht wohl fest, daß jedem Unternehmer der Trieb innewohnt, daß er den Lohn des Arbeiters drückt, und daß dieser Trieb, so lange es Unternehmer und Arbeiter giebt, nicht verschwinden wird, mindestens in der Regel.

Stellen wir uns nun einen Betrieb, also eine Fabrik mit den Einrichtungen vor, wie sie dem Ideal unseres Genossen entsprechen: Der Fabrikant ist vom Schlage der Durchschnittsausbeuter, die Arbeiter haben durch ihre gute Organisation eben jene Akkordbedingungen errungen, wie sie in der „Musterdruckerei“ bestehen. Alle Arbeiter verwenden ihr eventuelles Mehreinkommen über einen gewissen Durchschnitt dazu, ihren Arbeitstag zu verkürzen. Sie haben beschlossen, im Tag sechs Mark herauszuschlagen. Da stellt sich denn bald heraus, daß der Eine sechs Stunden arbeitet, der Andere aber wohl gar neun Stunden. Damit wäre der erste Keim zur Uneinigkeit gelegt, da denkt derjenige nicht mehr an die Solidarität, der neun Stunden arbeiten muß, mit dem, der nur sechs arbeitet. In den meisten Fabriken kann diese Mode aber auch gar nicht eingeführt werden, denn der Fabrikant wird sich unter gar keinen Umständen dazu verstehen, seine Maschinen zur Hälfte drei Stunden müssig laufen zu lassen; dieses träfe aber z. B. in Drehereien zu. Soll aber ein gleichmäßiger Arbeitstag beibehalten werden, so existirt die Differenz in der Löhnung. Wollte man aber auch annehmen, daß der eine Arbeiter dem anderen bei seiner Arbeit hilft, damit sie gleichzeitig fertig werden — gewiß eine höchst drollige Annahme — so ist das wieder nicht durchführbar; denke man nur an die Dreherei, da muß eben Jeder seine Arbeit allein fertig machen.

Unter solchen Verhältnissen erwachsen leicht die größten Differenzen unter den Arbeitern.

Dieser Zustand bildet das gewünschte Feld für den Ausbeuter. Er beginnt mit seinen Lohnreduzirungen unter irgend einem Vorwande bei dem Arbeiter, der den höchsten Lohn herausschindet. Der sagt vorerst gar nichts von dem Abzuge, weil er weiß, daß ein großer Theil seiner Mitarbeiter sich doch nicht gleich mit ihm solidarisch erklären wird. So geht es weiter bei dem zweiten und dritten Arbeiter und wenn auch dem letzten der Lohn gedrückt wird, dann haben die ersteren den Gewaltakt an ihrer Person schon verschmerzt. Es schafft ihnen womöglich noch eine gewisse Befriedigung, daß die Löhne nun durchweg reduzirt sind.*)

Es steht meines Erachtens somit fest, daß durch die gewerkschaftliche Organisation die Arbeitsform nicht eingeführt und auch nicht erhalten werden kann, die vom Genossen Domela Nieuwenhuis als Ideal hingestellt wird.

Es will mir freilich scheinen, als ob unser Genosse die Stückarbeit um des Zukunftsstaates Willen beibehalten wissen will. Auf dieses Gebiet folge ich aber nicht in der Diskussion, denn ich bin der Meinung, wir haben vor der Hand hauptsächlich den Kampf zu führen, den uns die Gegenwart aufdrängt. Im Interesse dieses Kampfes aber müssen wir der Akkord- resp. Stückarbeit entgegentreten, denn sie schwächt die Arbeiterbataillone und stärkt das Unternehmerthum.

---

*) Wo Zeitlohn gezahlt wird, bestehen freilich auch meistentheils verschiedene Lohnsätze, aber lange nicht in dem Maße, wie sie sich bei der Akkordarbeit nach dem Muster unseres Genossen ergeben müssen. Auch ist es in der Regel die erste Arbeit einer neugegründeten Organisation, einen festen Minimallohn zu schaffen, ja, ohne dieses Schlagwort bekommt man oft gar keine Organisation zusammen, an solchen Orten, wo bis dahin Klassenlöhne bestanden.

Literarische Rundschau.

Alexander Berg, **Judenthum und Sozialdemokratie.** Ein Beitrag zur Beförderung der Einsicht in die sozialistisch-jüdische Koalitionserscheinung unserer Zeit. Berlin, Gustav Ad. Dewald. IV, 61 S. 1 Mark.

Das Büchlein, das unlängst in unsere Hände fiel, ist schon vor einem Jahre erschienen. Indessen hat es uns eine heitere Stunde verschafft — vielleicht bereitet eine Skizzirung seines Gedankenganges unseren Lesern einige heitere Minuten. Herr Berg hat es verstanden, der vielumstrittenen materialistischen Geschichtsauffassung eine neue Seite abzugewinnen. Er hält sich nicht damit auf, sie begreifen oder widerlegen zu wollen, er entlarvt sie. „Ja, es ist meine feste Ueberzeugung," ruft er, „daß diese sozialistische Theorie des Juden Marx gewissermaßen bestellte Arbeit ist" (S. 10), zu dem Zweck erdacht, das Proletariat mit der Kapitalistenklasse zu versöhnen. Denn Marx sagt ja, daß durch die Expropriation der kleinen Eigenthümer die materiellen Bedingungen der Emanzipation des Proletariats produzirt würden: „So ist denn die expropriirende Thätigkeit der internationalen Kapitalistenklasse nicht nur ihres selbstsüchtigen und hassenswerthen Charakters entkleidet, sondern im Gegentheil, es muß dem Proletariat ein etwaiges Bündniß mit derselben als ein Akt einer großartigen Arbeitstheilung erscheinen" (S. 42). Nach Herrn Berg besagt die Lehre von Marx: „Bei allen damit verbundenen Leiden müsse jeder als ein Wohlthäter der Menschheit betrachtet werden, der durch möglichst ausgedehnte Vernichtung von Existenzen das Herannahen der Befreiungsstunde beschleunigt. Darum müssen die Proletarier nur mit Zufriedenheit auf die Kapitalisten sehen, denn es gebe auf dem europäischen Boden keinen Faktor, der es sich trotz des von der gepeinigten Menschheit zu gewärtigenden Hasses so angelegen sein lasse, im Dienste der besseren Zukunft thätig zu sein, wie gerade die internationale Kapitalistenklasse. Darum, Proletarier der ganzen Welt, vereinigt Euch — mit der Kapitalistenklasse in Liebe und Dankbarkeit" (S. 52).

Kein Zweifel, die Enthüllungen des Herrn Berg sind von fundamentalster Bedeutung. Hatte Bakunin einst entdeckt, Marx sei ein preußischer Polizeiagent, so wird diese Entdeckung weit überholt durch die des Herrn Berg, der Verfasser des kommunistischen Manifests und des „Kapital," der Erforscher der revolutionären Rolle des Klassenkampfes, sei ein verkappter Agent der Kapitalistenklasse gewesen. Doch halt — wir müssen ein Geständniß machen: Wir haben gefälscht. Wir haben Herrn Berg von der Kapitalistenklasse sprechen lassen. Aber das fällt ihm gar nicht ein. Ueberall, wo wir das Wort „Kapitalisten" setzten, hat er von „Juden" gesprochen — und was absoluter Blödsinn ist, wenn von der Kapitalistenklasse gesagt, wird urplötzlich die höchste Weisheit, wenigstens für einen Antisemiten, wenn man es vom Judenthum sagt. Freilich hat Marx in dem in Rede stehenden Zusammenhange von Kapitalisten gesprochen, nicht von Juden, aber was geht das einen Antisemiten an?

Sehr zu bedauern ist es, daß Herr Berg den größten Theil seiner Broschüre der materialistischen Geschichtsauffassung gewidmet hat und nicht dem Zukunftsstaat. So müssen wir uns mit der Versicherung begnügen, „daß in der allmälig zu Stande gekommenen Uebereinkunft, die die geheime Leitung der internationalen jüdischen Politik mit den Leitern des internationalen revolutionären Proletariats abgeschlossen hat, von Seiten der Juden die Forderung gestellt worden ist, im kommunistischen Staate der Zukunft sollen die Juden die Beamtenkaste bilden, d. h. aus ihren Reihen sollen die die kommunistische Produktionsweise leitenden Beamten genommen werden" (S. 9).

Man sieht, unsere geheimsten Pläne sind verrathen! Es bleibt den Genossen Rothschild, Bleichröder und Hirsch nichts übrig, als offen zu gestehen, daß sie schon längst unserer Partei angehören. K. K.

Karl Bürkli, **Der Ursprung der Eidgenossenschaft** aus der Markgenossenschaft und die Schlacht am Morgarten. Zur 600jährigen Feier des Bundes vom 1. August 1291. Zürich, Buchhandlung des Grütlivereins. 70 S. 30 Cts.

Vorliegende Schrift ist eine Gelegenheitsschrift im besten Sinne des Wortes. Wer desselben Verfassers „Der wahre Winkelried" gelesen, wird mit Interesse auch seine Ausführungen über die Schlacht bei Morgarten verfolgen. Wir stehen der Kriegsgeschichte im Allgemeinen und der Geschichte dieser Schlacht im Besonderen zu fern, um uns ein Urtheil über die neue Anschauung, die Bürkli entwickelt, erlauben zu dürfen. Auf jeden Fall ist sie sehr einleuchtend und auf die ältesten Quellen gestützt. Aber Bürkli giebt uns nicht blos Kriegsgeschichte, er unternimmt auch einen höchst interessanten Versuch, die Ergebnisse der Morgan'schen Forschungen über die Gentilverfassung auf die Markverfassung der Urschweiz anzuwenden und dadurch neues Licht auf den urwüchsigen Kommunismus der alten Germanen zu werfen. Dadurch erhält sein Schriftchen ein allgemeineres Interesse. Der Versuch ist auf jeden Fall als ein gelungener zu bezeichnen, selbst wenn man in manchen Einzelheiten mit dem Verfasser nicht übereinstimmt. Eingehende Sachkenntniß verbunden mit populärer, jugendfrischer Schreibweise, die in keiner Weise verräth, daß der Verfasser ein Veteran des Sozialismus ist, machen das Büchlein zu einer ebenso anziehenden wie lehrreichen Lektüre. K. K.

Notizen.

Ueber die agrarischen Kongresse des vorigen Jahres berichteten wir ausführlich in Nr. 26 des IX. Jahrgangs.

Ueber die diesjährigen „Tage," die wie üblich Ende Februar stattfanden, können wir uns kürzer fassen. Die deutschen Agrarier wissen im Augenblick offenbar nicht recht, wie der Wind weht und ob sie daher noch neue Forderungen stellen, oder sich auf die Vertheidigung ihrer Stellung in der Gegenwart beschränken sollen; sie legen sich augenscheinlich eine gewisse Zurückhaltung in ihren Reden und Resolutionen auf. Trotzdem ist manches daraus der Erwähnung werth.

Das Vorspiel führten diesmal der Verein der Stärkeinteressenten und der Spiritusfabrikanten auf (19. und 20. Februar). Beide beruhen in ihrer Existenz wesentlich auf der Kartoffel und unterscheiden sich in ihren Mitgliedern wenig. Für die Stärkeinteressenten verlangte Professor Delbrück: Herabsetzung der Eisenbahntarife für das Rohmaterial im Inlande und für das Fabrikat nach dem Auslande, besonders nach der Schweiz und Italien. Professor Dr. Märcker feierte dann noch den „volkswirthschaftlichen Werth der Kartoffeln verarbeitenden Industrien," für welche um ihrer landwirthschaftlichen Bedeutung willen eine Unterstützung durch den Staat durchaus berechtigt und nothwendig sei. Baronvon Puttlitz variirte dieses Thema noch lebhafter und brachte zum Schlusse folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

> „In Anbetracht, daß die Erhaltung des Kartoffelbaues in seinem bisherigen Umfange eine landwirthschaftliche und allgemein volkswirthschaftliche Nothwendigkeit ist,
>
> in fernerer Erwägung, daß diese Aufrechterhaltung nur möglich ist, wenn die kartoffelbautreibenden Industrien für den Ueberschuß (!) guter Erntejahre aufnahmefähig sind,
>
> endlich aber in Erwägung, daß das nur bei der Möglichkeit eines regen Exportes von Spiritus durchführbar ist,
>
> spricht die Generalversammlung die Erwartung aus, daß die Reichsregierung bei den deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen Bedingungen, welche eine Schädigung des deutschen Spritexportes bedeuten, nicht eingehen werde."

In der That werden unsere mehr oder minder freundschaftlichen Beziehungen zu Spanien in nächster Zukunft wesentlich dadurch beeinflußt werden, wie viel preußischen Schnaps die spanischen Weine aufnehmen wollen.

Am 22. Februar tagte der Deutsche Bauernbund unter der Führung des Landtagsabgeordneten von Plötz; der bekannte Regierungsrath Thiel vom landwirthschaftlichen Ministerium war anwesend und neben ihm eine ganz stattliche Reihe konservativer Reichstags- und Landtagsvertreter. Es scheint, daß die Agrarier auf den Bauernbund besondere Hoffnungen setzen. Er bildet gewissermaßen die demokratische Grundlage des aristokratisch-junkerlichen Oberbaues; seine Mitgliederzahl ist rasch von 18000 auf 32000 gewachsen; er verfügt über 25 ständige Wanderlehrer und mehr als 4000 Ortsvereine, die sich wieder in 200 Bezirksorganisationen zusammenschließen. Die Generalversammlung beschäftigte sich in sehr abgekürztem Verfahren mit der Gesetzgebung der letzten Jahre, mit dem preußischen Volksschulgesetz, mit den Darlehenskassen und mit der Stellung zu anderen Parteien bei Wahlen. Den Volksschulgesetzentwurf des Herrn von Zedlitz begrüßte man natürlich „mit lebhafter Zustimmung und dankbarster Freude.“ Für die Wahlen empfahl man, „in den Wahlkreisen mit überwiegender bäuerlicher Bevölkerung der Regel nach Vereinsmitglieder als Kandidaten aufzustellen, welche gewillt sind, in christlichem und monarchischem Sinne zum Wohle des ganzen deutschen Vaterlandes für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten.“

Bereits am nächsten Tage (23. Februar) trat der Kongreß Deutscher Landwirthe unter dem Vorsitze des bekannten sächsischen Dr. von Frege zusammen — Freiherr von Manteuffel hatte den Vorsitz niedergelegt, wohl weniger wegen Ueberbürdung als wegen seines zu großen Entgegenkommens gegen die Regierungen bei den Handelsverträgen. Hier räsonnirte man über die Freizügigkeit und die persönliche Inanspruchnahme der Bewohner des platten Landes durch die Gesetzgebung der letzten Jahre. Wenn man dem Landrath v. d. Schulenburg-Bretzendorf, dem Referenten über den letzten Punkt, glauben darf, so ist es freilich mit der Selbstverwaltung in den abgelegenen Distrikten Preußens sehr mangelhaft bestellt. Dem Schulzen fällt vielfach das Schreiben sauer und wahrscheinlich oft auch das Verständniß der Gesetze, die er ausführen und handhaben soll. Er verläßt sich also auf den Lehrer; der Lehrer aber — o Graus! — ist „gewöhnlich ein Fortschrittler“ (Rufe: Sehr richtig!). Diesen fortschrittlichen Einfluß zu bekämpfen, ist Aufgabe jedes preußischen Landrathes, und Herr v. d. Schulenburg ist hierin mit dem denkbar besten Beispiel vorangegangen: er (Redner) weise in seiner Eigenschaft als Landrath alle von den Schulzen ihm zugehenden Schriftstücke, die nicht von diesen persönlich geschrieben seien, zurück. Er habe den Schulzen gesagt: er beanspruche weder kalligraphisch, noch orthographisch geschriebene Berichte, es komme ihm nur darauf an, daß er dieselben verstehen könne, sie sollen aber von der Hand des Schulzen geschrieben sein. So ist der Lehrer vom Landrathe aus dem Sattel gehoben! Referent schließt nach der „Kreuzzeitung“ „seine gediegenen und durch die bekundete treue Gesinnung zu Kaiser und Reich erhebenden Ausführungen mit dem Mahnrufe an die Reichs- und Landtagsabgeordneten, daß sie sich jeder Verabschiedung eines neuen Gesetzentwurfes für die nächste Zukunft widersetzen möchten“ (Lebhafter Beifall). Eine entsprechende Resolution kam zur Annahme. — Den Wegzug der Arbeiter vom Lande verlangte man in üblicher Weise erschwert durch Erhebung eines Einzugsgeldes von Neuanziehenden und durch den Nachweis einer den sanitätspolizeilichen Vorschriften entsprechenden Wohnung. Hoffentlich verlangen die Herren solche sanitätspolizeilich genügende Wohnungen auch für die Arbeiter auf dem Lande!

Mittwoch den 24. Februar traten die Agrarier zur Vereinigung Deutscher Steuer- und Wirthschaftsreformer an. Nach dem Grafen von Mirbach beruht die agrarische Politik auf christlichen Grundlagen, und er sprach darum in der Eröffnungsrede seine Freude darüber aus, daß nunmehr, nach dem preußischen Kultusminister, auch die Jugend schon entsprechend christlich erzogen werden soll. Daß man aber die Zuckerprämien nur noch ein paar Jahre zahlen wolle, sei bedauerlich, und die Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch ruinire die kleinen Leute; auch seien die Getreidebauern nach Herabsetzung der Zölle „ganz wehrlos.“ Für das neuerdings von der Regierung proklamirte Mitlaufen durch Dick und Dünn ist der Herr Graf

nicht: „Wir treten dafür ein, daß aus den politischen Wahlen unabhängige, energische, entschiedene Männer hervorgehen, die Muth und Rückgrat haben, um unsere Interessen unentwegt zu vertheidigen, die sich nicht scheuen, nach unten oder nach oben anzustoßen in dem Kampfe für berechtigte Forderungen." Nach ihm sprach Herr v. Kardorff über „die Forderungen der deutschen Landwirthschaft" und bedauerte bei diesem Anlaß die Aufhebung des Sozialistengesetzes. In einer Resolution forderte man dann einstimmig:

Die Doppelwährung.

Besserung (!) der ländlichen Arbeiterverhältnisse durch:

a) Revision des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 und des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867;

b) Seßhaftmachung ländlicher Arbeiter — speziell in Preußen — durch Begünstigung der Errichtung kleiner Rentengüter von Seiten der Generalkommissionen auf Grund der Gesetze vom 27. Juni 1890 und 7. Juli 1891;

c) unbeschränkte Zulassung von Arbeitern aus Nachbarstaaten (also hauptsächlich aus Rußland);

d) Stellung des Kontraktbruches unter das Strafgesetzbuch;

Billigere Tarife, mehr Nebenbahnen und Nebenstraßen;

Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer;

Möglichste Beschränkung des Differenzspiels in landwirthschaftlichen Erzeugnissen.

Dann sprachen noch Herr Dr. Suchsland-Halle und Oberamtmann A. Säuberlich-Gröbzig über die Verbände ländlicher Arbeitgeber, welche Selbsthilfe gegen die Arbeiter und deren Kontraktbruch treiben sollen; den Reden folgte die entsprechende Resolution und deren Annahme. — Doch ging man nicht ganz in materiellen Fragen auf: Herrn Gontard-Muskau schmerzte der traurige Stand der nationalökonomischen Wissenschaft in Deutschland und so brachte er denn einen Antrag ein und durch, daß die Unterrichtsministerien mehr für Dozenten — schutzzöllnerischer Richtung thun sollen. ms.

Der Fleischkonsum. Im Heft Nr. 18 der „Neuen Zeit" finde ich eine Notiz über den Fleischkonsum in den verschiedenen Ländern, deren auf unverdächtige Zahlenangaben gestützte Schlußfolgerungen ich durch die nachfolgenden Betrachtungen ergänzen möchte.

Die Frage, wie viel Fleisch zu einer nicht blos „ausreichenden," sondern guten Ernährung auf den Kopf der Bevölkerung jährlich zu rechnen ist, kann man im besten Sinne als eine Doktorfrage bezeichnen. Sie ist werth, in Erwägung gezogen zu werden, und es ist nicht leicht, sie wissenschaftlich zu beantworten. Mir scheint, daß die besitzenden Klassen aller Industrieländer durchgehends im gleichen Grade einem reichlichen Fleischkonsum huldigen, während die Arbeiterbevölkerung überall um so mehr Fleisch verzehrt, je günstiger die Lohnverhältnisse für sie liegen. Fragen wir also, wie viel Fleisch verbraucht der wohlsituirte Bürger, und wie viel bleibt für den Proletarier übrig, wenn der Durchschnittskonsum der ganzen Bevölkerung bekannt ist? Die Antwort erfordert eine ausgedehnte Statistik über wohlgeordnete Haushalte, zu der noch nicht einmal ein Anfang gemacht ist. Aus meinen sorgfältigen Buchungen über den Verbrauch im eigenen Hause wage ich jedoch einige Schlüsse zu ziehen.

Ich habe ein Jahreseinkommen von 5000 Mark, womit ich meine aus fünf erwachsenen Personen nnd vier Kindern bestehende Familie (zu der ich auch die zwei Dienstboten zähle) eben anständig und ohne Schulden durchbringen kann. Der fünfte Theil des Einkommens, also 1000 Mark, wird für Fleisch verausgabt, da sozusagen täglich Fleisch zum Mittagessen auf den Tisch kommt. Da das Pfund hierorts im Durchschnitt etwa 66⅔ Pfennig kostet, verbraucht die Familie etwa 1500 Pfund jährlich, was auf den Kopf 166⅔ Pfund ausmacht, während nach der Angabe von St. Bauer in Australien 276 englische, also etwa 207 deutsche Pfund auf den Kopf der Bevölkerung kommen.

Nun wollen wir zugeben, daß man die Fleischration von 166⅔ Pfund als eine „reichliche" bezeichne (wonach der Australier eine überreichliche Ration hätte), auch gestatten, die Hälfte, also 83⅓ Pfund, als eine „ausreichende" anzusehen. Dann kann sich nicht ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands, Belgiens und Hollands eine reichliche und ein zweites Fünftel eine ausreichende Fleischnahrung leisten, wenn für die übrigen drei Fünftel der Bevölkerung wenigstens Sonntags ein Stückchen Fleisch übrig bleiben soll. Denn den Durchschnitt von 52 deutschen Pfunden erhält man, wenn man einer Person 166⅔, einer zweiten 83⅓ Pfund zubilligt und drei andere sich in zehn Pfund theilen läßt. Wenn die für Italien angegebene Zahl von 23 englischen Pfunden richtig ist, bekommt in diesem gesegneten Lande noch nicht ein Fünfzehntel der Bevölkerung eine reichliche und ein anderes Fünfzehntel eine ausreichende Fleischnahrung, während alle Uebrigen ganz auf Fleisch verzichten müssen.

„Die Südländer mögen kein Fleisch essen," sagt mir ein weiser Mann. Wir Deutschen aber mögen es und haben es im Allgemeinen nöthig; also sollte man uns das Fleisch wenigstens nicht künstlich vertheuern! Dr. L. S.

Feuilleton.

Die Lessing-Legende.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. VIII.

Die auswärtige Politik des preußischen Militärstaats war durch seine Lebensbedingungen gegeben. Er konnte dauernd nicht bestehen, so lange er sich — von ein paar Landparzellen am Rheine abgesehen — nur auf die von einander getrennten Landschaften Brandenburg und Ostpreußen stützte, von denen die letztere zudem noch unter polnischer Lehnsherrlichkeit stand. Diese abzuschütteln, sich zwischen Polen und Schweden eine unabhängige Stellung zu sichern und den Zankapfel beider Mächte, die Herrschaft über die Ostsee, selbst an sich zu reißen, durch die Erwerbung der anderen ostelbischen Kolonisationen, namentlich Pommerns und Schlesiens, mit deren Besitze das ganze handelspolitische Gebiet der Oder unter preußische Hoheit kam, ein ökonomisch und politisch abgerundetes Gemeinwesen herzustellen — das war zunächst die auswärtige Politik des preußischen Militärstaats, die von selbst gegeben war und sich gewissermaßen auch von selbst durchsetzte. Die größere oder geringere „Genialität" der einzelnen Fürsten hatte dabei nur insofern mitzusprechen, als sie ihnen eine größere oder geringere Einsicht in den nothwendigen Gang der Dinge ermöglichte und somit die Wahl gewährte, sich nach dem lateinischen Worte von den Geschicken leiten oder schleppen zu lassen.

Wir haben gesehen, daß schon der Kurfürst Friedrich Wilhelm den Plan zur Erwerbung Schlesiens entworfen und das Erlöschen des habsburgischen Mannesstammes als den Zeitpunkt angegeben hatte, in welchem diese Eroberung ins Werk zu setzen sei. Er selbst erwarb zunächst die Souveränetät des Herzogthums Preußen, auf welche sein Nachfolger, Friedrich I., dann die Königswürde gründete, indem er sich in den polnisch-schwedischen Kriegen um die Ostsee bald auf die eine, bald auf die andere Seite warf, mit einer Unbedenklichkeit in der Wahl der Mittel, welche sogar den brandenburgischen Hofgeschichtschreibern ein leises Schaudern einflößt. Es gelang dem Kurfürsten auch, den größeren, aber hafenarmen Theil von Pommern an sich zu bringen; dagegen blieben Vor-

pommern und Stettin in den Händen der Schweden. Zweimal glaubte der Kurfürst auch diesen Theil von Pommern in der Hand zu haben; zweimal, im westfälischen Frieden und im Frieden von St. Germain, mußte er zu seinem bittersten Verdrusse darauf verzichten. Schon im Jahre 1646 erklärte er, von der Oder könne und werde er ohne den Ruin seines Hauses nicht abstehen, und er kämpfte Schritt um Schritt um die Odermündungen. Aber wie er, so wußten auch die Gegner des brandenburgisch-preußischen Staates, wessen derselbe bedurfte. So unanfechtbar die Erbansprüche des Kurfürsten auf das ganze Pommern waren: Frankreich, Oesterreich, Schweden widersetzten sich ihnen gleichmäßig. Ehe sie dem Kurfürsten einen beherrschenden Platz an der Ostsee einräumten, stopften sie ihm lieber den Mund durch die Bisthümer Cammin, Halberstadt, Minden und die Anwartschaft auf das Erzbisthum Magdeburg, d. h. durch einen Besitz, der sowohl an Umfang, wie an kulturellem Werth dem vorenthaltenen Theile von Pommern weit überlegen war.*) Gleichwohl unterzeichnete der Kurfürst den westfälischen Friedensvertrag nur mit dem Stoßseufzer, daß er wünschte, nie schreiben gelernt zu haben. Erst seinem Enkel, dem Könige Friedrich Wilhelm I., gelang es, aus dem Schiffbruche des schwedischen Karls XII. Stettin und die Odermündungen, sowie ein Stück von Vorpommern zu erwerben.

Der habsburgische Mannesstamm erlosch im Jahre 1740, wenige Monate nachdem Friedrich II. die Regierung angetreten hatte. Es war nun weder ein genialer Gedanke, noch eine revolutionäre Insurrektion, sondern einfach die unverbrüchliche Politik des preußischen Militärstaats, welche den König veranlaßte, sofort in Schlesien einzufallen, sogar noch ehe Maria Theresia seine Vorschläge zu einer friedlichen Einigung über die brandenburgischen Erbansprüche auf einzelne Theile dieser Landschaft abgelehnt hatte. Von diesen Erbansprüchen spricht Friedrich verständiger Weise immer nur mit Ironie; er wollte einzig eine niemals wiederkehrende Gelegenheit benützen, um den preußischen Staat so abzurunden, daß derselbe mit der wachsenden Militärmacht der großen Staaten einigermaßen Schritt halten konnte. Er wußte sehr gut, daß seine Erbansprüche in Wien nicht imponiren würden und er machte sie nur aus taktischen Gründen geltend, theils um seiner Eroberungspolitik einen „rechtlichen“ Anstrich zu geben, theils um den Bedenken seiner Berather, des Marschalls Schwerin und des Ministers Podewils, gerecht zu werden; insofern sind auch nicht viele Worte darüber zu verlieren, daß er Schlesien in Besitz nahm, noch ehe er eine endgiltige Absage aus Wien empfangen hatte. Aber freilich sind diese „friedlichen“ Verhandlungen ein schlagender Beweis mehr gegen die „revolutionäre Insurrektion“; wäre Maria Theresia auf Friedrichs Angebote (Unterstützung durch Geld und Waffen gegen ihre sonstigen Feinde, und die brandenburgische Kurstimme für die Wahl ihres Gemahls zum römischen Kaiser) eingegangen und hätte sie dafür auch nur Niederschlesien abgetreten, so würde Friedrich die „habsburgische Fremdherrschaft“ und wie die schönen Schlagworte von heute sonst noch lauten, nach Kräften gestützt haben. Abgewiesen in Wien, mußte er sich zum Kriege entschließen, der nun aber auch weder eine „revolutionäre Insurrektion,“ noch eine „patriotische Reichsreform“ werden konnte. Denn wenn das habsburgische Kaiserthum von Papstes Gnaden ein Schatten war, so stellte das wittelsbachische Kaiserthum von Frankreichs Gnaden, dessen Banner Friedrich nunmehr angeblich trug, höchstens eines Schatten Schatten dar. Dagegen war das Bündniß mit Frankreich gegen das

*) Nähere Daten darüber bei Stenzel, Geschichte des preußischen Staats II, 47 und ff.

habsburgische Kaiserthum alt-brandenburgische Hauspolitik; hatte doch Kurfürst Joachim I. 1519 dem französischen Könige Franz I., Kurfürst Friedrich Wilhelm 1679 dem französischen Könige Ludwig XIV. die deutsche Krone vertragsmäßig versprochen.*)

Zu alledem kommt noch die merkwürdige Thatsache, daß es nicht eigentlich Friedrich war, der Schlesien eroberte, sondern sein Vater, jener kaiser- und reichsfromme Fürst, der lange Jahre zum Gespötte von ganz Europa durch den kaiserlichen Gesandten Seckendorff am Gängelbande geführt worden war. Aus der von ihm sehr ungeschickt eingeleiteten Schlacht bei Mollwitz floh Friedrich verzagt und vorzeitig nach einigen erfolgreichen Angriffen der österreichischen auf die preußische Reiterei, aber das preußische, von Friedrich Wilhelm I. und dem Fürsten von Dessau gedrillte Fußvolk stand wie eine Mauer und entschied ohne sonderlichen Einfluß einer höheren Führung den Sieg. Ebenso unglücklich war Friedrichs erstes Auftreten als Diplomat. In dem Vertrage von Kleinschnellendorf verrieth er seinen französischen Bundesgenossen an Oesterreich, gestattete dem österreichischen Heere „um die Schlüssel einer einzigen, im Grunde nicht widerstandsfähigen Festung"**) sich auf seine französischen Verbündeten zu stürzen, die ihm, wie er selbst in seinen Denkwürdigkeiten bekennt, keinen Anlaß zu einem Bruche gegeben hatten. Ueber die Moral der Sache sind wieder nicht viele Worte zu verlieren; Frankreich und Preußen hatten das gleiche Interesse, Oesterreich zu schwächen, aber nur so weit, daß der eigene Bundesgenosse dadurch nicht zu stark werde; es ist schwer zu sagen, ob Friedrich die Franzosen öfter in die Patsche gebracht hat, als sie ihn, wie denn das Gezeter der Zeitgenossen über Friedrichs „Treulosigkeit" gemeiniglich nicht sittliche Entrüstung, sondern nur der Schmerzensschrei eines geprellten Schelms war, über den anderthalb Schelme gekommen waren. Friedrich kannte schon Goethe's geflügeltes Wort; er umschreibt es in einem Briefe an Podewils mit dem Satze: „Wenn düpirt werden muß, so seien wir denn Schelme (fourbes)." Aber der Vertrag von Kleinschnellendorf war eine Schelmerei, bei welcher Friedrich nur düpirt wurde, während er düpiren wollte, und ein Diplomat kann kaum ein schlechteres Geschäft machen, als wenn er einen Bundesgenossen verräth, mit kaum nennenswerthem Gewinne für sich, aber mit dem größten Gewinne für den gemeinsamen Gegner. Damals erwarb sich Friedrich den, durch sein späteres Leben nicht mehr gerechtfertigten Vorwurf, daß er den kleinsten Gewinn des Augenblicks den größten Vortheilen der Zukunft vorziehe. Eher schon erklärte sich die zweite Preisgabe seiner Bundesgenossen, als Friedrich den Separatfrieden von Breslau schloß, in welchem ihm Maria Theresia, namentlich auf Betrieb der englischen Diplomatie, Schlesien abtrat, um den gefährlichsten Feind zunächst los zu werden und gegenüber ihren sonstigen Gegnern freiere Hand zu bekommen, das heißt also: mit stillem Vorbehalte für die Zukunft.

Diese Vorbehalte lagen so sehr in der Luft, daß es sich wiederum leicht erklärt, wenn Friedrich 1744, als im währenden österreichischen Erbfolgekriege die Erfolge Maria Theresias gegenüber Frankreich und dem wittelsbachischen Schattenkaiser gar hoch gestiegen waren, ein neues Bündniß mit Frankreich schloß und als deutscher Reichsstand seine „Hilfsvölker" dem in seiner Ehre und Würde schwer verletzten Kaiser zuführte. Nur verfiel er auch diesmal einem schweren

*) J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik II, 2, 68 und ff. Ranke, Genesis 335 und ff.

**) Koser, König Friedrich der Große I, 153.

diplomatischen Fehler, indem er sich im Geheimen ein gutes Stück von dem Königreich Bömen, das er für den Kaiser zu erobern gedachte, für den preußischen Staat ausbedang. Das Geheimniß wurde bald ruchbar und stellte den König moralisch-politisch blos um einer ganz illusionären Aussicht willen. Hier lag einer der Fälle vor, in denen sich Friedrich in der That über seine Machtmittel getäuscht hat. Denn so leicht sich Schlesien bei seiner geographischen Lage und seinen ökonomischen Lebensbedindungen dem preußischen Staate einverleiben ließ, so unlösbar war diese Aufgabe auch nur für einen Theil von Böhmen. Mit der Eroberung dieses Königreichs machte Friedrich denn auch sehr bittere Erfahrungen. Diesmal ließen seine französischen Bundesgenossen ihn im Stich, und der alte Marschall Traun, den Friedrich dann selbst stets mit erfreulicher Ehrlichkeit als seinen Lehrer in der Kriegskunst gepriesen hat, manöverirte ihn unter nahezu völliger Auflösung des preußischen Heeres über die schlesische Grenze zurück. Der Winter von 1744 bis 1745 war eine überaus schwere Zeit für Friedrich; wie er in ihr nach dem Zeugnisse der fremden Gesandten äußerlich zum Manne reifte, so machte er sich innerlich von allen Illusionen frei, mit denen ihn auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bisweilen wohl Ehrgeiz, Ruhmbegierde oder, wie er sich gelegentlich ausdrückt, ein „geheimer Instinkt" genarrt hatten. Obgleich er im Jahre 1745 in einer ganzen Reihe von Schlachten und Treffen (Hohenfriedberg, Soor, Katholisch-Hennersdorf, Kesselsdorf) die Oesterreicher und die denselben verbündeten Sachsen mit seinem wiederhergestellten Heere schlug, so erbot er sich am Jahresschlusse doch, unter schmerzlichem Erstaunen Frankreichs, unter anfangs ungläubigem, dann freudigem Erstaunen Oesterreichs, zu einem zweiten Separatfrieden, wofern ihm der Besitz Schlesiens bestätigt würde. Und nach Erfüllung dieser Bedingung kehrte er in seine Staaten zurück, entschlossen, sein Lebtag „keine Katze mehr anzugreifen."

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß es dem Könige voller Ernst mit diesem Entschlusse war. Zwar ist, als elf Jahre später der siebenjährige Krieg ausbrach, sofort der Vorwurf gegen ihn erhoben worden, daß er in ehrgeiziger und muthwilliger Absicht wieder zu den Waffen gegriffen habe, und diese Anklage scheint um so schwerer ins Gewicht zu fallen, als sie zuerst von Friedrichs eigenen Brüdern erhoben wurde und unter der Mehrzahl seiner Generale und Minister heimliche Zustimmung fand. Auch erscheint sein plötzlicher Ueberfall Sachsens und die rücksichtslose Knebelung dieses Landes als ein ruchloser Landfriedensbruch. Allein der König entschloß sich zu dem Gewaltschritt nur höchst ungern und unter dem unerbittlichen Zwange der Umstände. Durch den Verrath österreichischer und sächsischer Beamten wurde er seit mehreren Jahren urkundlich auf dem Laufenden erhalten über Verhandlungen zwischen Oesterreich, Sachsen und Rußland, die dahin abzielten, ihn zu überfallen und die aufstrebende Macht des preußischen Staats zu brechen. Die Thatsache dieser Verhandlungen ist und war schon damals unbestreitbar; nur meinten die preußischen Prinzen, dieselben hätten noch gar sehr in der Luft geschwebt und wären ohne das unzeitige Losbrechen des Königs möglicher Weise in leeren Dunst zerflossen. Möglicher Weise allerdings, und dieser Möglichkeit trug Friedrich auch alle Rechnung, indem er die österreichisch-sächsisch-russischen Verhandlungen jahrelang mit gespannter Aufmerksamkeit, aber sonst in unbeweglicher Ruhe verfolgte, aber es gab auch die entgegengesetzte Möglichkeit, die Friedrich nicht zur Gewißheit werden lassen durfte, wenn er nicht in die furchtbarste Pressung gerathen wollte. Und diese Möglichkeit wuchs zur Gewißheit heran, als der ökonomische Interessengegensatz Englands und Frankreichs in den nordamerikanischen Kolonien in offenen

Krieg ausbrach und damit auch ein Krieg im Innern Deutschlands entschieden war, denn ein Angriff Frankreichs auf Hannover als die wundeste Stelle Englands verstand sich von selbst. Das französisch-preußische Bündniß lief im Juni 1756 ab, und Friedrichs Versuche zur Erneuerung desselben waren gescheitert. Nicht wegen der freundlichen Gesinnung, welche Maria Theresia, und wegen der unfreundlichen Gesinnung, welche Friedrich der Pompadour bezeigt hatten, denn dergleichen Dinge spielten selbst in dem Frankreich des achtzehnten Jahrhunderts für die großen politischen Entscheidungen höchstens in ganz nebensächlicher Weise oder, wie es in der Sprache der Gerichte heißt, als „adminikulirendes Beiwerk“ mit.*) Sondern beide Theile hatten bei dem Bündnisse ihre Rechnung nicht gefunden, und wenn die am französischen Hofe immer noch mächtige Partei, welche getreu den Ueberlieferungen Richelieu's und Mazarin's an dem preußischen Bündnisse festhalten wollte, nochmals die Sendung eines Unterhändlers nach Berlin durchsetzte, so hatte derselbe, ein Herzog von Nivernois, doch so viel zu verlangen und so wenig zu bieten, daß Friedrich sich unmöglich auf den Handel einlassen konnte. Der Herzog bot beispielsweise für die preußische Waffenhilfe in dem drohenden Kriege mit England die Insel Tobago, worauf Friedrich mit berechtigtem Spotte erwiderte: „Die Insel Tobago? Sie meinen wohl die Insel Barataria, für die ich aber nicht den Sancho Pansa machen kann.“ Damals kannte nämlich die preußische Politik noch nicht jene großmäuligen Fanfanoraden à la Bismarck, wonach das Flaggenhissen auf irgend einem tropischen Sand- oder Sumpfflecken stets eine nationale Großthat ist.

Genug: um nicht einer völligen Isolirung zu verfallen, schloß Friedrich am 16. Januar 1756 mit England die Neutralitätskonvention von Westminster ab, eine gegenseitige Uebereinkunft, jede bewaffnete, nichtdeutsche Macht, die deutschen Boden betrete, mit Gewalt zu vertreiben. Als Gegenschlag folgte am 1. Mai desselben Jahres das französisch-österreichische Schutzbündniß, und Oester-

*) Da der oben erwähnte Quark in den bürgerlichen Geschichtswerken immer wieder breitgetreten wird, so mag er beiläufig wenigstens insoweit berücksichtigt werden, als aus ihm Streiflichter auf die Sittengeschichte des vorigen Jahrhunderts fallen. Maria Theresia selbst hat in einem Schreiben an die sächsische Kurprinzessin Maria Antonie den persönlichen Briefwechsel mit der Pompadour bestritten, und die einfache Versicherung der, was ihre Person anbetrifft, edlen und hochherzigen Frau wirft den entgegengesetzten vagen Klatsch in den Memoiren von Duclos, Montgaillard, Richelieu und selbst die genaueren Angaben v. Hormayr's im „Taschenbuche für die Vaterländische Geschichte“ von 1811 über den Haufen. Wenn aber die österreichischen Gesandten und Minister behufs Sprengung des französisch-preußischen Bündnisses der Pompadour hofirten, so thaten sie nur dasselbe, was der preußische Gesandte, Graf Rothenburg, zwölf Jahre früher bei Abschluß des Bündnisses gethan hatte; der einzige Unterschied war, daß die königliche Maitresse 1744 nicht Pompadour, sondern Chateauroux hieß. Herr Koser, der ja neuerdings von der preußischen Staatsanwaltschaft als „objektiver und wissenschaftlicher Sachverständiger“ über preußische Geschichte in Majestätsbeleidigungsprozessen zugezogen worden ist, erzählt (a. a. O. I, 219), daß „Graf Rothenburg wiederholt selbdritt mit dem Könige bei der Herzogin von Chateauroux zur Nacht speiste“ und fügt hinzu: „Wie hätte die Herzogin des Königs von Preußen ritterlichen Sendboten in seinen Bemühungen nicht fördern sollen, der wie sie selbst einen Appell an die edleren, an die königlichen Leidenschaften in Ludwigs Brust versuchte!“ Ja, wie „hätte“ sie nicht, und so kam „selbdritt“ das preußisch-französische Bündniß von 1744 zu Stande, seitens Preußens als Vorspiel zum zweiten schlesischen Kriege, seitens Frankreichs als neuer Aufschwung des österreichischen Erbfolgekrieges, dem durch die Anwesenheit Ludwigs XV. im

reich begann mit großen Rüstungen. Nunmehr richtete Friedrich zweimal eine diplomatische Anfrage nach Wien, einmal nach dem Zwecke dieser Rüstungen, und dann darnach, ob er für dies und das folgende Jahr vor jedem österreichischen Angriffe sicher sei. Beide Male erhielt er ausweichende, nichtssagende, ja geradezu höhnische Antworten, und jetzt durfte er bei dem eigenthümlichen Wesen des preußischen Militärstaats keinen Augenblick länger zögern. Nach einem treffenden Vergleiche von Carlyle besaß er ein ungleich kürzeres Schwert, als Frankreich und Oesterreich, aber er brachte es dreimal so schnell aus der Scheide, wie diese Großmächte, und er konnte schlechterdings nicht warten, bis dieser sein gewichtiger, aber auch einziger Vorzug vor seinen ihm sonst in jedem Betrachte überlegenen Gegnern illusorisch geworden war. Von seinem und seines Staates Interessenstandpunkte aus — und der ist doch für seine subjektive Beurtheilung entscheidend — könnte man eher sagen, daß er schon zu lange gezögert hatte und daß er sich mindestens die zweite Anfrage nach Wien hätte sparen können. Seinem Plane, durch eine Reihe schneller Schläge die gefährlichsten und nächsten Gegner, die Sachsen und Oesterreicher, so weit zu betäuben, daß sie sich gern zu dauerndem Frieden entschlössen, entstand dadurch das erste Hinderniß, daß Sachsen doch noch im letzten Augenblicke seine Truppen in das Felsenlager von Pirna zusammenziehen konnte.

Ein preußischer Eroberungskrieg war der siebenjährige Krieg somit nicht, aber was war er dann? Die bürgerlich-preußischen Geschichtschreiber antworten: eine Fortsetzung des dreißigjährigen Krieges, ein Religionskrieg; die endgiltige Rettung der deutschen Geistesfreiheit, die erste Begründung des deutschen Nationalstaats und wie die herrlichen Schlagworte alle lauten. Lassen wir die Tiraden ohne jeden greifbaren Inhalt beiseite und halten wir uns zunächst an den Religionskrieg, bei dem sich ungefähr etwas denken läßt. Es liegt ja auch auf flacher

---

Felde — dies ist es, was Herr Koser „die edleren, die königlichen Leidenschaften" nennt — ein frischer Druck gegeben werden sollte.

Schon hieraus ergiebt sich, daß Friedrichs Mißachtung der Pompadour keineswegs spießbürgerlichen Anstandsbegriffen entsprang, die ganz und gar nicht zu seinen Schwächen gehörten. Vielmehr: wenn er nach dem Zeugnisse von Valori und Voltaire über die Pompadour *vor* dem siebenjährigen Kriege — denn in den Nöthen dieses Krieges hat er ihr sogar (siehe Schäfer, Siebenjähriger Krieg I, 415) das Fürstenthum Neufchatel für Lebenszeit anbieten lassen um den Preis des Friedens mit Frankreich — verächtlich zu sprechen pflegte, so geschah es einfach, weil die Marquise als einfache Antoinette Poisson aus der roture emporgekommen war, im Gegensatze zur Chateauroux, die eine geborene Marquise de la Tournelle war. Friedrich machte hier denselben Unterschied, den bald nach seinem Tode der Hof und die „Gesellschaft" von Berlin, ja den bis heute die bürgerlich-preußische Geschichtsschreibung macht, indem sie alle Schmach des Maitressenregiments unter Friedrich Wilhelm II. auf die Gräfin Lichtenau, geborene Mamsell Encke, abwälzt und die adeligen Dirnen dieses Königs, die Voß, Dönhoff und wie sie sonst noch heißen, im heroisch-sentimentalen Brillantfeuer einer tragischen Liebesleidenschaft erscheinen läßt. Dem „Philosophen von Sanssouci" stand dieser Unterschied nur um so weniger an, als die Antoinette Poisson trotz alledem auch eine kleine Philosophin war. Sie rettete die Enzyklopädie, als das Parlament von Paris im großen Hofe des Justizpalastes den Scheiterhaufen für sie anzünden ließ; unter ihrem Schutze schrieb François Quesnay sein berühmtes „Tableau économique", und dies, wie anderes, will doch ein wenig mehr bedeuten, als wenn die „hochgesinnte Kebse," wie selbst Carlyle die Chateauroux nennt, ihren königlichen Liebhaber in ein Kriegsabenteuer jagt, zu welchem er taugt, wie der Esel zum Lautenschlagen.

Hand: nach der Gruppirung der Mächte im österreichischen Erbfolgekriege und dem ersten schlesischen Kriege: Frankreich-Preußen hier, England-Oesterreich dort, nach diesen „weltlichen“ Kriegen, in denen die Konfessionen bunt gemischt sind, nunmehr der „Religionskrieg“, der die Konfessionen streng scheidet: die katholischen Mächte Frankreich und Oesterreich mit dem segnenden Papste im Hintergrunde gegen die protestantischen Mächte England und Preußen, dort Finsterniß, Mittelalter, Geisteskuechtschaft, hier Licht, Zukunft, Geistesfreiheit, dort romanische Entartung oder slavische Barbarei, hier Zivilisation unter dem Zeichen des Germanenthums. Schade nur, daß der Krieg entstand nicht aus einem Glaubens-, sondern aus einem Handelsgegensatze zwischen England und Frankreich; schade nur, daß er endete mit der politischen Hegemonie eines wirklichen Barbarenstaats über den einen der Freiheits- und Lichtkämpfer, und zwar einer Hegemonie, welche der andere der Freiheits- und Lichtkämpfer wieder aus — handelspolitischen Rücksichten verschuldet hat.

Im Vertrage von Westminster, welcher der schon erwähnten Neutralitätskonvention ein Jahr später folgte, hatte England neben der Zahlung von Subsidien an Preußen versprochen, eine Flotte in die Ostsee zu senden, acht Linienschiffe und mehrere Fregatten und, wenn nöthig, auch noch mehr Fahrzeuge. Die Bestimmung war klar und unzweideutig, ebenso ihr Zweck; die englische Flotte in der Ostsee hätte Ostpreußen und Pommern für Friedrich erhalten; sie hätte vor Allem durch Sperrung der russischen Häfen, durch Vernichtung des russischen Handels diesem Barbarenstaate die Einmischung in die europäischen Händel verleidet. England hat aber nie daran gedacht, auch nur ein bewaffnetes Boot in die Ostsee zu senden; ja, es beließ sogar während des ganzen Krieges eine Gesandtschaft in Petersburg. Nicht das Interesse für den protestantischen Bundesgenossen entschied, sondern das Interesse des englischen Handels. England besaß damals noch kein indisches Reich; seine nordamerikanischen Kolonien waren noch wenig angebaut und bevölkert; so durfte kein englischer Minister den Ostseehandel antasten. Als Pitt das Ruder ausschließlich in die Hand bekam, machte er dem Könige von Preußen auch gar kein Hehl daraus, daß er nie darauf rechnen dürfe, jene Bestimmung des Vertrags von Westminister ausgeführt zu sehen; alle Begeisterung der englischen Nation für die protestantische Sache im Allgemeinen und für Friedrich im Besondern ändern gar nichts an der Thatsache, daß jedes Ministerium, welches eine Kriegsflotte in die Ostsee sende, sofort die Stimmenmehrheit im Parlamente verlieren würde. Kluge Staatsmänner wissen recht gut, daß die ökonomischen Thatsachen die Welt regieren und unter sich machen sie auch gar kein Hehl daraus. Die ideologische Einkleidung überlassen sie den staatsmännischen Geschichtschreibern, an denen es zum Heile der aufgeklärten und noch aufzuklärenden Menschheit ja auch noch in keinem Volke gefehlt hat.

Jenes handelspolitische Interesse der englischen Nation gab dem siebenjährigen Kriege die entscheidende Wendung. Gefeit gegen jeden Angriff, konnte das russische Zarenthum seine wüsten Eroberungs- und Raubinstinkte nach Gefallen austoben. Es hat sich denn auch dreimal den Luxus gegönnt, seine Stellung im siebenjährigen Kriege zu ändern. Die erste und längste Zeit hindurch kämpfte das russische Heer gegen Preußen, heimste die Provinz Ostpreußen gänzlich ein, verwüstete in bestialischer Weise Pommern und die Mark, schlug fast immer die preußischen Truppen in vernichtenden Niederlagen — auch die Schlacht von Zorndorf war mehr ein unentschiedener Zusammenstoß, als ein Sieg Friedrichs — kurzum, drängte den preußischen Staat bis an den Rand des Abgrunds,

soweit getreu dem vom russischen Senat schon im Jahre 1753 zu einer „beständigen Staatsmaxime“ erhobenen Beschlusse, sich nicht allein allem ferneren Anwachsen der preußischen Macht zu widersetzen, sondern auch die erste bequeme Gelegenheit zu ergreifen, um das Haus Brandenburg durch eine überwiegende Macht zu unterdrücken und in seinen vorigen mittelmäßigen Zustand zu versetzen. Offenbar schoß aber diese Maxime, die unter dem Einflusse der veralkoholisirten und wütherischen Zarin Elisabeth beschlossen worden war, weit über das Ziel hinaus; nicht die politische Vernichtung, sondern die politische Beherrschung des preußischen Staats war russisches Interesse; Preußen durfte kein Nebenbuhler Rußlands, es mußte sein Vasall werden, aber es mußte daneben doch immer ein Pfahl im Fleische Oesterreichs bleiben; so geboten es die russischen Eroberungszwecke, mochten sie sich nun auf Polen, die Türkei oder auf Deutschland selbst richten. Es ist auch sehr genau zu verfolgen, wie die russischen Generale sich, ganz im Widerspruche gegen den Willen der Zarin, immer davor hüten, dem preußischen Heere den letzten Gnadenstoß zu geben, was ihnen beispielsweise nach der Schlacht bei Kunersdorf ein Leichtes gewesen wäre. Nach dem plötzlichen Tode der Zarin Elisabeth folgte dann das preußisch-russische Bündniß, das nichts als eine närrische Laune des närrischen Peter III. war; nach dessen Ermordung durch seine Gemahlin Katharina begriff diese gescheite Person, welche ohne eine Spur von Recht den russischen Thron bestieg, sofort das russische Interesse; durch ihre Neutralität ließ sie den siebenjährigen Krieg an allgemeiner Erschöpfung sterben und pflückte dann seine Frucht in dem preußisch-russischen Bündnisse vom 14. April 1764, in dessen geheimen Artikeln schon die Theilung Polens angebahnt wurde. König Friedrich, der keineswegs eine bismärckische Hornhaut gegenüber russischen Unverschämtheiten besaß, fühlte sich als russischer Satrap im Innersten gedemüthigt, aber er konnte dieser „furchtbaren Macht“ nicht widerstehen; er mußte bei der ersten Theilung Polens den größten Theil des Hasses auf sich nehmen und durfte nur den kleinsten Theil der Beute davontragen; er mußte mitsammt Oesterreich 1779 im Teschener Frieden, der den bayerischen Erbfolgekrieg beschloß, Rußland als „Garanten des westfälischen Friedens“ anerkennen.

Fortsetzung des dreißigjährigen Krieges in der That, aber in gar sehr anderem Sinne, als die preußischen Mythologen meinen! Wie der dreißigjährige, so endete der siebenjährige Krieg mit dem Scheitern des Versuchs, Deutschland unter die Herrschaft des habsburgisch-päpstlichen Kaiserthums zu bringen. Wie der dreißigjährige, so erstarb auch der siebenjährige Krieg an der allgemeinen Erschöpfung: die Verwüstung Deutschlands nach dem einen wie dem andern — so bezeugt wenigstens König Friedrich — gleich groß. Wie der dreißigjährige Krieg mit der „Garantie des westfälischen Friedens“ durch Frankreich und Schweden, d. h. mit dem Rechte zur beliebigen Einmischung in die deutschen Verhältnisse, d. h. mit der Fremdherrschaft zweier Kulturvölker schloß, so der siebenjährige Krieg mit der „Garantie des westfälischen Friedens“ durch Rußland, mit der Fremdherrschaft eines Barbarenstaats, deren unheilvolle Folgen bis heute noch nicht überwunden sind, wie denn ihre Ueberwindung überhaupt erst erhofft werden kann, seitdem die deutsche Arbeiterklasse zum politischen Bewußtsein erwacht ist.

Merkwürdig bei alledem, wie durch eben diesen siebenjährigen Krieg der „erste höhere Lebensgehalt“ in das geistige Leben des deutschen Volkes gekommen sein soll!

(Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 25. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

In Sachen der beleidigten Majestät.

⸓ Berlin, 9. März 1892.

Der Krieg der liberalen Bourgeoisie gegen die neueste Kaiserrede hat seit acht Tagen einen ernsteren Charakter angenommen durch die Majestätsbeleidigungsprozesse, welche gegen einige Kritiker jener Rede eingeleitet worden sind. Vom Standpunkte der freien Meinungsäußerung aus ist gar nichts dagegen einzuwenden, daß der Kaiser bei jeder ihm passend scheinenden Gelegenheit seine subjektiven Ansichten über den Lauf der Welt kundgiebt, aber eben dieser Standpunkt verlangt auch als nothwendige Konsequenz, daß dem Anderen recht sein muß, was dem Einen billig ist. Die persönlichen Ansichten des Kaisers, die er nicht als Träger der Krone durch den Mund der Minister, sondern als Mensch zu anderen Menschen äußert, stehen in jedem Betrachte ganz in gleicher Reihe mit den Ansichten anderer Menschen. Ueber ihren Werth entscheidet das Gewicht der Logik, welches sie einzusetzen haben. Und wenn der Kaiser an anderen Menschen Kritik übt, so ist es das Recht dieser anderen Menschen, an der Kritik des Kaisers wieder Kritik zu üben.

Nichts kann klarer sein als das. Ebenso wie nichts klarer sein kann, als daß wir in einem gesitteten Staate leben und nicht in einer orientalischen Despotie. Die Staatsanwälte, welche die Kritiker der Kaiserrede verfolgen, drängen dem Monarchen einen Schutz auf, den er selbst gar nicht beansprucht. Denn falls er ihn beanspruchte, so würde er seinen, allen Nörglern ertheilten Rath, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln, von den Ministern haben gegenzeichnen lassen. Das hat er nicht gethan und somit unzweideutig seinen Willen offenbart, daß den Nörglern nicht verwehrt sein soll, ihre Gegengründe an seine Person zu richten. Jene Staatsanwälte sind demnach päpstlicher als der Papst. Sogar im allerwörtlichsten Sinne des Wortes. Es mögen jetzt zwanzig Jahre verflossen sein, seit der ultramontane Abgeordnete Moufang, Domkapitular in Mainz, im Reichstage erklärte, der Papst sei nur unfehlbar, sobald er ex cathedra, kraft seines Amtes spräche; sonst besäßen und benützten die Päpste auch das unveräußerliche Menschenrecht, „Bockstreiche“ zu begehen. Dieser Ausdruck war etwas hart, wer möchte es leugnen? Und Herr Moufang war gar nicht einmal von Pius IX. herausgefordert worden, sondern er wollte nur einige liberale Witzeleien über die päpstliche Unfehlbarkeit abfertigen. Man hat

aber nie gehört, daß Herr Moufang von einem Großinquisitor belangt worden ist; er blieb nach wie vor ein hoher katholischer Geistlicher und ist vor einigen Jahren in allen kirchlichen Ehren gestorben. Verglichen mit seiner respektwidrigen Aeußerung — was wollen da die alles in allem doch recht harmlosen Artikel besagen, die jetzt von wegen Majestätsbeleidigung verfolgt werden?

Es scheint, daß auch die ausländische Presse sich keinen rechten Reim auf diese Strafverfolgungen machen kann. Im Allgemeinen — denn im Einzelnen lassen sich ihre Glossen nicht wiedergeben, ohne neue Scheite in das Feuer des staatsanwaltlichen Eifers zu werfen — sagt sie wohl: das ist preußisch. Aber mit Verlaub: es ist neu-reichsdeutsch. Darin liegt immerhin ein Unterschied, und zwar bedeutet dieser Unterschied einen Fortschritt im — Verfalle. Das Kapitel von der beleidigten Majestät sieht im preußischen Landrecht doch noch ein wenig anders aus, als im deutschen Strafgesetzbuch. Dort lautet die Strafe im Maximum auf sechs Monate bis zu einem Jahre Gefängniß- oder Festungsstrafe; hier im Minimum auf zwei Monate, im Maximum aber auf fünf Jahre Gefängniß oder Festung. Dort muß jedes auf Strafe wegen Majestätsbeleidigung erkennende Urtheil dem Landesherrn besonders vorgelegt werden mit dem Anheimstellen, ob er nicht von seinem Begnadigungsrechte Gebrauch machen will; hier erfährt der Landesherr gar nichts von den Strafverfolgungen, die staatsanwaltlicher Eifer einleitet, selbst dann nicht, wenn diese Verfolgungen die Majestät, ohne ihr Wissen und möglicher Weise ganz wider ihren Willen, in ein beleidigenderes Licht stellen, als es die verfolgten Aeußerungen irgend thun konnten. Endlich bemühte sich das preußische Landrecht wenigstens, den Begriff der Majestätsbeleidigung in halbwegs greifbarerer Weise zu definiren, indem es von „boshaften, die Ehrfurcht gegen den Landesherrn verletzenden Aeußerungen über die Person und Handlungen desselben“ spricht. Dagegen kennt das Reichsstrafgesetzbuch nur den Kautschukbegriff „Majestätsbeleidigung,“ zu dessen Erfüllung nicht einmal die drei Worte gehören, welche Fouché immerhin noch aus der Feder eines Menschen verlangte, den er an den Galgen bringen solle. In dem Feuilleton der „Frankfurter Zeitung,“ welches augenblicklich einem Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung unterliegt, wird nicht einmal mit einer Silbe, geschweige denn mit drei Worten von dem gegenwärtigen Kaiser gesprochen, aber gleichwohl ist der Aufsatz der polizeilichen Beschlagnahme verfallen. Wir sagen keineswegs: ungesetzlicher Weise, sondern wir sagen nur: was im „Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte“ gesetzlich geboten ist, das war vor hundert Jahren im absolutistischen Preußen ein zivilisatorisch längst überwundener Standpunkt.

In Sachen der beleidigten Majestät kann die Weltgeschichte dem neuen deutschen Reiche nur Einen wirklichen Konkurrenten stellen, und dieser Konkurrent ist das römisch-byzantinische Reich in seiner Auflösungsepoche. Während das Jahr 1869 im preußischen Staate nur 74 neu eingeleitete Untersuchungen wegen Majestätsbeleidigung aufweist, war diese Ziffer in Preußen allein bis zum Jahre 1878 schon auf 1994 gestiegen. In diesem gesegneten Jahre kam auf je 10800 Personen (Frauen und Kinder mitgerechnet) ein wegen Majestätsbeleidigung Angeklagter. Mit anderen Worten: in einem einzigen Jahre befand sich unter je zweitausend erwachsenen, selbständigen preußischen Mannspersonen je eine, welche wegen Majestätsbeleidigung zur Untersuchung gezogen wurde. Jeder Lump, der damals seinen besseren Nachbar ins Verderben stürzen wollte, ging zum Staatsanwalt, und denunzirte, dieser Nachbar habe ihm drei oder vier Jahre früher bei irgend einer Unterhaltung unter vier Augen eine Majestätsbeleidigung in die Ohren geraunt. Und welchen Erfolg die Denunzianten hatten, weiß Jeder, der das

Jahr 1878 mit erlebt hat. Die Denunzianten waren auch keineswegs Gauner und Zuhälter, sondern zumeist „angesehene“ Männer; in einem sehr bekannt gewordenen Falle, in welchem die Majestätsbeleidigung auch in einer um mehrere Jahre zurückliegenden, vertraulichen Unterhaltung gefallen sein sollte, war es sogar eine Leuchte der protestantischen Orthodoxie, wie denn auch augenblicklich der fromme „Reichsbote“ wieder die Führung des Denunziantenpacks übernommen hat. Man komme uns nicht etwa mit den hochtönenden Schlagworten über den deutschen Richterstand! Darauf antworten wir einfach mit einem der besten Richter, die Deutschland je gehabt, mit Karl Twesten: „Daß ein Richterstand auf die Dauer politischen Strömungen und einem konsequent geübten Drucke der Regierungsgewalt widerstehen sollte, darf von ihm so wenig erwartet werden, wie von einem besoldeten Beamtenthum überhaupt. Denn materielle Unabhängigkeit läßt sich einem besoldeten Beamtenthum nicht geben, und bei materieller Abhängigkeit ist ein unabhängiger Geist und Charakter immer nur die auszeichnende Eigenschaft Einzelner.“ Seit 1878 sind die Majestätsbeleidigungsprozesse wieder einigermaßen zurückgeebbt, doch kommen jetzt im preußischen Staate jährlich immer noch etwa fünfmal so viel Verurtheilungen vor, wie im Jahre 1869 Untersuchungen.

Wie es zu erklären ist, daß ein „bis auf die Knochen monarchisches“ Land gleichwohl in Sachen der beleidigten Majestät alle Monarchien der Gegenwart und beinahe auch der Vergangenheit überflügelt, das mag den offiziösen Dialektikern zur tiefsinnigen Untersuchung überlassen bleiben. Auch über die Frage, ob die neuen Anklagen auf Majestätsbeleidigung, um mit Twesten zu sprechen, „politischen Strömungen und einem konsequent geübten Druck der Regierungsgewalt“ zuzuschreiben sind, läßt sich einstweilen nichts sagen. Nichts oder doch nicht mehr, als daß die Wahrscheinlichkeit eher für das Gegentheil, eher dafür spricht, daß sie nur einem dunklen Drange einzelner Staatsanwälte entspringen. Und jedenfalls haben die Anhänger des alten Kurses, soweit sie etwa wegen Majestätsbeleidigung verfolgt werden, deshalb noch gar kein Recht zu einer politischen Anklage gegen den neuen Kurs. Soweit es auf persönliche Schuld ankommt, war Bismarck der Erste zu der moralischen Epidemie von 1878. Wenn das neue deutsche Reich in Sachen der beleidigten Majestät wenigstens noch einen überlegenen Konkurrenten in der Weltgeschichte hat, so steht Bismarck unter allen geschichtlichen Machthabern ganz einsam da in der durch ein Menschenalter geübten Methode, aus den angemaßten oder wirklichen Privilegien seiner amtlichen Stellung heraus seine politischen Gegner in der boshaftesten Weise bis aufs Blut zu reizen, sie dann auf die gebotene, kräftige, aber sachliche Gegenwehr hin anklagen, einsperren, ins Elend jagen zu lassen, selbst aber, wenn er ja einmal auf gemeine Verdächtigungen hin vor die gerichtlichen Schranken geladen werden sollte, eine heroische Retirade unter die Schöße seines Militärrockes anzutreten. Man muß die grundsätzlich schärfste Stellung gegen die neuen Anklagen auf Majestätsbeleidigung einnehmen, aber man darf nicht auf den närrischen Einfall gerathen, unter die Traufe des alten Kurses stürzen zu wollen, um dem Regen des neuen Kurses zu entgehen.

Die wirkliche Wurzel des Uebels ist auch hier nicht in Personen, sondern in Zuständen zu suchen. Und sie liegt schon offen zu Tage, wenn man das absonderliche Gebahren der bürgerlichen Presse beobachtet angesichts der paar immerhin leichten Streiche, die gegen ihre liberale Spielart geführt worden sind. Die konservativ-orthodoxen Blätter überschlagen sich, wie der „Reichsbote,“ förmlich in Denunziationen immer neuer Majestätsbeleidigungen, welche sie in gegnerischen Blättern entdeckt haben wollen, oder sie reiben sich, wie die „Kreuz-Zeitung,“

mit stillem Behagen die Hände. Die ultramontanen Blätter, wie die „Germania," rufen hämisch: nun geht's euch Liberalen so, wie es uns unter eurem Beifalle im Kulturkampfe ging. Und die liberalen Blätter selbst? Je nun, sie erklären das Palladium der Preßfreiheit für gefährdet; sie rufen zum Schutze auf für die heiligsten Güter des Vaterlandes; sie versichern mit knirschenden Zähnen, „ganz und voll" und „unentwegt" ihre „politische Pflicht thun" zu wollen. Ihre kühnsten Vorkämpfer haben sogar schon vorgeschlagen, die Erhebung der Anklage wegen Majestätsbeleidigung von der Genehmigung des Landesherrn abhängig zu machen, also das deutsche Reichsstrafgesetz in dieser Beziehung etwa auf die zivilisatorische Höhe des preußischen Landrechts hinaufzurevidiren. Aber nein — so erklärt heute die „National-Zeitung" mit ihrem ganzen sittlichen Pathos — das geht nicht wegen der — Sozialdemokratie. Auf den Kehricht mit dem Palladium der Preßfreiheit, wenn nur die arbeitenden Klassen unter dem Regen des neuen und wenn möglich unter der Traufe des alten Kurses bleiben!

Diese Gesinnung der bürgerlichen Klassen ist der mütterliche Nährboden für moralische Epidemien, wie wir sie 1878 erlebt hatten. Und es ist ein Kapitel aus der Fäulnißgeschichte der deutschen Bourgeoisie, über dem geschrieben steht: In Sachen der beleidigten Majestät.

Leopold Jacoby's „Deutsche Lieder aus Italien."

Von **Robert Schweichel.**

Seitdem die Deutschen in die Geschichte eingetreten sind, erscheinen sie als die geistigen Vorkämpfer der arischen Rasse. So war es in jener gewaltigen, eine neue und höhere Kultur anbahnenden Epoche, die man das Zeitalter der Reformation nennt. So ist es in dem heutigen Ringkampf des Neuen mit dem Alten, der für die Fortentwicklung der Menschheit nicht minder bedeutsam und nicht minder gewaltig ist. In diesem Kampfe sind die Dichter die Herolde des Sieges, verkündet ihr Lied den Anbruch eines neuen schöneren Tages. Ein solcher Dichter ist Leopold Jacoby.

Die „Deutschen Lieder," die er uns aus Italien schickt*), athmen denselben Geist, von dem seine Dichtung „Es werde Licht" und sein Epos „Cunita" erfüllt sind, welch' letzteres ich seiner Zeit in diesen Blättern ausführlich besprochen habe.**) Nur ein leiser Orangenduft, ein intensiveres Farbenspiel verrathen, daß diese Lieder unter einem wärmeren und lichtreicheren Himmel als dem unsrigen geboren wurden. Die soziale Idee ist die Lebensader der ganzen Liedersammlung, deren erste Abtheilung: „Ein Cyklus Fanny-Lieder" benannt, eine Art Novelle bildet.

Du Mädchen trotzig wunderbar,
Mit blauem Aug', schwarzdunkelm Haar,
Das kurz und wild dein Haupt umhüllt,
Die Seele hast du mir erfüllt,
Du hast mein Herz erlesen.

Also hebt der Dichter an, dem die Zeit bisher das Leben in Seelenqualen grausam vergällt hat. Auch Fanny hat, wie sie ihm in dem Park von Monza

*) „Deutsche Lieder aus Italien" von Leopold Jacoby. München, Verlag der Münchner Handelsdruckerei und Verlagsanstalt M. Pößl. 158 S. 1 Mk. 80 Pfg.
**) Septemberheft 1889.

gesteht („Beichte im Grünen"), unter dem Druck der Alltagswelt arg gelitten; aber kühn wie ein Junge hat sie den Kampf mit ihr aufgenommen, die Fesseln der Heimath zerrissen und ist über die Alpen nach Mailand gekommen, wo der Geliebte ihr Lehrer im Sozialisnus wird. Ein neues Licht entzündet sich in ihrem Geiste.

Heut hab' ich stumm, versunken
Seinen Lehren gelauscht,
Von ihrem Glanze trunken,
Vom neuen Lichte berauscht.

Wie die Lieb' ist eingezogen
In mein eigenes Herz,
So fluthen Liebeswogen
Himmlisch erdenwärts.

Ueber der Menschheit Klagen
So tief, so bang, so schwer,
Fühl' ich mich fortgetragen
In ein Zukunftsfreudenmeer.

So redet Fanny mit sich selber („Mainacht in Mailand"), während sie hoch oben an ihrem Kammerfenster sitzt und auf den Marmorboden schaut, über den sich silbern das Mondlicht ergießt. Sie kommt sich jetzt wie ausgetauscht vor und das Glück und die Seligkeit, die sie empfindet, erscheinen ihr wie ein Traum. Als sie noch in der erbärmlich kleinen Welt des Alltagslebens stand, war ihr das Herz wie eingefroren. Jetzt jubelt sie:

Nun ist es freudig aufgethaut,
Nun über mir ein Frühling blaut.
Verwandelt ist, ich weiß nicht wie,
Die Welt um mich in Poesie,
Ich bin wie neu geboren.

Aber wird man in dem neuen Leben auch küssen und werden auch Thränen geweint werden? fragt sie flüsternd den Geliebten („Unterricht im Sozialismus"). Er beruhigt sie jedoch:

Wonn' und Weh bleibt stets vereint.
Küsse wird es immer geben,
Thränen werden auch geweint.

Und die Mädchen und die Frauen
Schwingen sich empor und frei,
Wirksam schaffen sie und bauen
An dem neuen Weltgebäu.

Ihrem Grauen davor, daß die Gleichheit in der Zukunft Alles trübe, einförmig, öde und bleich machen werde, begegnet er mit einem ebenso geistreichen wie treffenden Bilde, das zugleich neben vielen anderen Gedichten sein glückliches Erfassen des Charakteristischen in der Natur beweist. Er fragt:

Bist du über weite Haide
Je gewandert, süßes Kind,
Wo mit ödem, braunem Kleide
Alle Pflanzen niedrig sind?

Wo kein Rauschen und kein Flüstern
Dich umfängt mit Liebesgruß,
Nur die starren Kräuter knistern
Knirschend unter deinem Fuß?

Und dir ist, als mußt du weinen,
Todesschwermuth packt dich an;
Denn des Niedern und Gemeinen
Urbild hat dir's angethan.

Solche Gleichheit schafft das Heute,
Es erniedert alle Höh'n,
Unerbittlich wird zur Beute
Ihm, was herrlich hoch und schön.

Der Haide stellt er die Pracht der Palmwälder gegenüber, deren Wipfel in dem Aether wie in einer anderen Welt leben; als Brüder ständen die Palmen stolz, gleich und frei da.

Solche Gleichheit muß ein Morgen
Bringen mit der Sonne Pracht;
Vorwärts kämpfend laßt uns sorgen,
Daß zu Ende geht die Nacht!

Alle Menschen sind erhoben
Und sie werden Alle gleich
Nicht nach unten, nein, nach oben
In dem neuen Weltenreich.

Gleich wie die lebend'ge Flamme
Sprüht nach oben nur empor,
Aufwärts strebend an dem Stamme
Prangt der Menschheit Blüthenflor.

Wenn der Mensch jetzt Arbeiter sei, lehrt der Dichter weiter, so wird im Reich der Freiheit der Arbeiter zum Menschen, der aus dem Zwange der Arbeit zur Lebensfreude heimkehre

Zum Wissen vom Schönen,
Zum Genießen des Schönen,
Zum Schaffen des Schönen.

So fährt der Dichter fort, die Geliebte in den Sozialismus einzuweihen, und Fanny, in der beglückenden Ueberzeugung von dem Herannahen einer neuen schöneren Welt für alle Menschen, durchdrungen von der Idee des neuen Menschenthums, beginnt nun selbst als Lehrerin unter dem Volke aufzutreten, das wissensdurstig an ihren Lippen hängt („Fanny lehrend"). Wie sehr sie sich durch diese Ideen, die mit der Liebe in ihr Herz eingezogen sind, beglückt fühlt, das kommt in dem Gedicht „Seemärchen" zum Ausdruck, welches als eine Perle der Naturschilderung und schwungvoller Empfindung, die auf das Glücklichste mit einander verschmolzen sind, hier ganz wiedergegeben werden möge. Die Liebenden befinden sich in Venedig und eines Abends fahren sie auf das Meer hinaus.

Leise gleitet der Kahn über ein Wundermeer,
Und es breitet sich aus vor uns flimmernd umher
In dem spiegelnden feuchten
Krystall ein Meeresleuchten.
Vom Bug ein feuriger Bogen
Blinkt in den nachtblauen Wogen,
Und aus der dunkeln Welle
Tauchen goldig helle
Glühlichter, ein Flammenchor,
Wie Gedankenblitze hervor.

Vom Mondlicht keine Spur,
Zauberisch funkeln nur
Aus dem dunkeln Azur
Voll Glanz nieder die Sterne;
Und im Spiegelbild unter uns ferne
Funkeln sie wieder herauf;
So des Schiffleins Lauf
Schwebend zieht seine Bahn,
Ein Luftballon im Ozean.

Und im Kahn, von Liebe besiegt,
An mein freudetrunkenes Herz geschmiegt,
In dem märchenschimmernden Licht,
Von Thränen bethaut ihr hold Gesicht,
Fanny mit bebender Stimme spricht:

Geliebter! Für ewig in Liebe verbunden,
Wie haben wir herrlich uns gefunden!
Ein Ziel ist nun fürs Leben
Meinem Denken und Thun gegeben,
Ein Reich mir erschlossen wunderbar,
Desgleichen noch nie auf Erden war.

Für dies Ziel, in Liebe vereint mit dir,
Mitschaffend zu wirken für und für,
So herrlich ist dies, so himmlisch hehr
Wie um uns das wunderleuchtende Meer!

O siehe! Von Seligkeit erfüllt,
Wir schweben hier! Wir sind umhüllt
Von dem göttlichen Raume weit
Vom Schauer der Unendlichkeit!

Zwischen diesen Gedichten, in denen der Gedanken des Sozialismus entwickelt wird, sind viele andere eingestreut, welche ausschließlich dem Herzen, der Liebe dieser beiden neuen Menschen gehören. Oder richtiger: die hohe weltumfassende Idee des Sozialismus bindet die Lyrik des Herzens in einen Strauß zusammen und giebt auch ihr eine höhere Weihe. Jacoby hat mit diesen „Fanny-Liedern“ ein Neues in der Literatur der Lyrik geschaffen. Unsere Dramatiker und Prosadichter der naturalistischen Schule können an diesem Roman in Liedern erkennen, wie unendlich weit ab von dem Quelle sie umherirren, aus dem sie schöpfen müssen, wenn sie die ermattet hinwelkende Dichtkunst neu beleben wollen. Freilich, die herrschenden Klassen würden eine solche Literatur auch nicht zu genießen vermögen. Ihrem verschlemmten Magen sind die schnapsduftenden Ifflandiaden und erotisch gepfefferten Novellen gerade die richtige Nahrung. Doch lassen wir die Todten ihre Todten begraben!

Der Geist des Sozialismus, den der Dichter die Geliebte gelehrt hat, beseelt die ganze zweite Abtheilung, welcher er den eigenen Denkspruch vorgesetzt hat, so ihren Geist kennzeichnend:

Ueber Stürme hinweg und drohenden Graus,
Ueber der Gegenwart Elend hinaus,
In schauerathmender Einsamkeit
Sang ich das Schöne der kommenden Zeit,
Die Welt verloren unter mir her,
Wie eine Lerche überm Meer!

„Aus Gegenwart und Zukunft“ ist diese Abtheilung betitelt, und in dem Gedicht, womit sie beginnt („Am Meer“), finden wir den Dichter unter

einer einsamen Pinie, dem Meere zu seinen Füßen seine Schmerzen klagend und dem Trostgesang der Wogen lauschend wie einst Prometheus. Bei allen Völkern dasselbe Elend, weshalb aus ihrem Sange ein tiefes Sehnen herausklinge („Volkslied"). Fürchterlicher aber als das Elend sei das Nichtwissen, selbst vom Elend. In „Antike und moderne Welt" stellt der Dichter die Verheißung des Aristoteles, daß die Knechtschaft vorüber und alle Sklaven frei werden würden, wenn man ein Weberschiffchen hätte, das von selbst webte, ein Werkzeug, das wie beseelt die Befehle ausführt, den Zuständen der Gegenwart gegenüber, von denen Reuleaux in seiner Schrift: „Die Maschine in der Arbeiterfrage" äußert: heute seien die Werkzeuge fast vernunftbegabt, allein der Mensch, der mit ihnen schaffe, verlöre dadurch die Eigenschaften als Mensch, würde selbst zum Werkzeug herabgedrückt und zum Knecht und Sklaven der Maschine. Bei dem heutigen Wirthschaftssystem hat eben jede Verbesserung der Arbeitsinstrumente eine Vergrößerung des Arbeiterelends zur Folge und unter solchen Umständen wird auch die Elektrizität, die der Dichter in drei hochpoetisch bilderreichen Rhapsodien als Blitzfee besingt, keine andere Wirkung in der Industrie erzeugen, obgleich sie den Dampf von seiner ersten weltbeherrschenden Stelle in die zweite zurückdrängen und das schwarze schwere Eisen dem silberhellen leichten Aluminium weichen wird.

Jacoby faßt indessen in seiner „Blitzfee" die Elektrizität nur als die vom Himmel herabsteigende leuchtende Göttin auf, welche Wunder der Schönheit erzeugt. Denn das ist nach seinem Gedicht „Bekenntniß" das Endziel der sozialistischen Entwicklung,

Daß sie den Menschen hinstellt
In den Weltenraum und auf Erden:
Die Arbeit hinter ihm,
Die Gleichheit unter ihm,
Die Liebe zu seiner Linken,
Die Gerechtigkeit zu seiner Rechten,
Die Wahrheit vor ihm
Und die Freiheit über ihm,
Aber die Schönheit in ihm.

Freilich, die Gegenwart ist düster (siehe das gleichnamige Gedicht) und kummervoll gedenkt der Dichter des Menschenelends ringsum und wie von den Erwartungen der Zeit sich nichts erfüllt habe: Alles scheine rückwärts zu gehen. Da werden die Räder eines an ihm vorüberbrausenden Dampfwagenzuges zum tröstenden Gleichnisse für ihn. Er sieht wie die Speichen der Räder nach unten und scheinbar rückwärts sich bewegen und dennoch der Wagen unaufhaltsam vorwärts geht. Also sei auch die Gegenwart nur ein solcher Niedergang im Radumlauf, während der Wagen der Zeit unter Aechzen und Stöhnen unaufhaltsam vorwärts rollt.

Aber zugleich warnt er vor dem Optimismus, der im Rückblick auf die Vergangenheit stolz darauf ist, daß man es so herrlich weit gebracht habe. Es geschieht dieses in den beiden, von Corrado Corradino ins Italienische übersetzten Balladen „Der Dom von Mailand." Den zahllosen Marmorbildern, welche die Thürme und Nischen des Domes schmücken, ist es gestattet, einmal jährlich im Vollmond auf dem Dache des Domes zu wandeln. So spazieren sie denn in der ihnen vergönnten Mitternachtsstunde und unterhalten sich von den wilden Kämpfen des Mittelalters bis zur Krönung Napoleons im Dome und von dem Elende, bis Italien frei geworden. Einer von den Rittern deutet stolz auf das in der Freiheit wiedergeborene Land zu seinen Füßen. Ein Genius mit dem Palmenzweige, der neben ihm steht, spricht jedoch ernsten Tones:

„Noch nicht vorüber
Sind dem Lande Kampf und Streit.
Dann erst frei sind diese Fluren,
Wann wir schauen einst die Zeit,

Wo der Arbeitsmann, der Bauer
Sich der Frucht der Arbeit freu'n,
Nicht mehr Hunger, Fieber, Elend
Ihre Todessaaten streu'n."

Und als eine Verheißung der Erfüllung steigt vor dem Dichter, nachdem die Gestalten, die er belauscht, mit dem Schlage Eins verschwunden sind, die von Mondglanz übergossene Ebene in ihrer Herrlichkeit paradiesisch grüßend auf.

Diese Verheißung beginnt sich zu erfüllen und dithyrambisch singt er zur Feier des ersten Mai („Die neue Zeit"):

Es zuckt wie rother Nordlichtschein
In die tiefe Nacht der Massen.
In die unterste Schicht der Menschenwelt
Die da lag vergessen, verlassen,
Hinein der rothglühende Streifen fällt; —
Nun regt es sich auf, aus allen Tiefen
Schläfer werden wach, die Jahrtausende schliefen.
— — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — Das ist der neue Weltenlauf,
Das ist die neue Zeit auf Erden,
Die Poesie der Wirklichkeit,
Die nun will zur Wahrheit werden.
So wacht der Menschheit Bewußtsein auf!
Die Vorgeschichte geht zu Ende,
Es rückt heran die Weltenwende.
Ein neuer Morgen will nun werden:
Der Menschheit Frühroth glüht auf Erden.

In der „Vision" endlich, womit diese zweite Abtheilung schließt, stellt der begeisterte Seher die Zukunft unter dem großartigen Naturbilde eines Sonnenaufgangs am Meere nach furchtbaren, siegreich überwundenen Stürmen dar. Schönheitstrahlend, segenspendend, für alle Menschen gleich auf Erden, steigt die Sonne zum ersten Male über einer neuen Welt auf.

Dieser Vision sind unmittelbar voraus fünf Gedichte unter der Gesammtbezeichnung „Weltalls-Lieder" gestellt. Von der Entwicklungslehre ausgehend, unternimmt Jacoby den höchsten und kühnsten Gedankenflug. Die Erde ist ihm zu klein für den Sozialismus; sie dient ihm nur als fester Stützpunkt, um die Welt zu bewegen. Seine geniale Idee, die vor ihm noch Keiner mit klarem Bewußtsein ausgesprochen hat, ist die, daß der Menschheitsgedanke in seiner tiefsten Erfassung mit der Eroberung der kleinen Erde nicht endet, sondern mit dem Erwachen des Menschheitbewußtseins zur wissenschaftlichen Eroberung der Großwelt, von der die Erde und unser Weltsystem nur ein Sonnenstäubchen ist, sich wenden muß. „Wir werden wissen!" Das ist die feste Ueberzeugung des Dichters. Er erscheint von seiner Idee, der man die Großartigkeit nicht absprechen wird, berauscht, wie Shelley in seinen wunderbaren Naturphantasien, so daß man diesen letzteren „intoxicated with eternity" nannte.

Die mitgetheilten Stellen aus den „Deutschen Liedern aus Italien" werden allein zu dem Beweise genügen, daß Sprache und Bewegung der Verse dem Ideengehalte durchaus ebenbürtig sind, so daß es hierfür keiner weiteren

Belege bedarf. Vielleicht nur, daß die Bilder allzu überwiegend dem Naturreiche entnommen sind. Den Ausdruck beherrscht Jacoby unumschränkt und es versteht sich wohl von selbst, daß die Männlichkeit seiner Ideen nicht die zierliche Grazie der Dichter in Goldschnitt verträgt, welche auf den Salontischen ausliegen. Seine Lieder schreiten mit der Anmuth der Kraft daher. Die „Deutschen Lieder aus Italien“ stellen Leopold Jacoby unstreitig in die erste Reihe der heutigen Dichter, und sollte er um seiner Ideen willen nicht für courfähig erachtet werden, so ist das nur ein Beweis mehr für deren Macht und er selbst wird sich mit dem Sprüchlein trösten, das er (Seite 109) der Bourgeoisie ins Stammbuch geschrieben hat:

Was nützt ein Riegel vor morschen Thoren,
Und ein Spiegel dem, der die Augen verloren?

Nein, das Sträuben hilft nichts, der neue Tag, den der Dichter verheißt, wird kommen, weil er mit Nothwendigkeit kommen muß. Die Deutschen Lieder aber, die Jacoby in Italien sang, sind

Ein Morgenstrahl
Von wunderbar lösender Gewalt.

Die Erschießung der Geiseln.

Ein Beitrag zur Geschichte der Pariser Kommune

von

Adolf Hepner (St. Louis, Mo.).

II. Die zweite Periode der Geisel-Affaire.

Vom 18. April bis 24. Mai.

Am 18. April 1871 — also einen Tag nachdem Herr Flotte Lagarde's verdächtigen Brief erhalten — richtete der apostolische Nuntius für Frankreich, Erzbischof Chigi, der sich, gleich den anderen Diplomaten — Washburne ausgenommen — während der Belagerung von Paris nach Versailles gedrückt hatte, auf Ersuchen von vier Canonicis die schriftliche Bitte an Herrn Washburne, sich für die geistlichen Geiseln der Kommune (Erzbischof Darboy und Genossen) irgendwie zu verwenden.

Herr Washburne ging nur zeitweilig von Paris nach Versailles, wohin die Gesandtschaft offiziell verlegt worden war und wo ihn sein Sekretär, Herr Wickham Hoffman, vertrat. Als er am 20. April sich in Versailles befand, erschienen jene vier Geistlichen bei ihm mit einer Petition und dem obgedachten Empfehlungsschreiben des Nuntius Chigi. Jene Aktenstücke befinden sich in Washburne's Buch (das wir in der Einleitung beschrieben) und lauten:

Nuntius Chigi an den Ver. Staaten-Gesandten Washburne.

Versailles, Montreuil, 18. April 1871.

Mein Herr und lieber Kollege! Gestatten Sie mir, Sie konfidentiell zu ersuchen, die vier Canonici der Metropolitankirche von Paris freundlich aufzunehmen, welche Sie um Ihren Schutz für ihren von den Insurgenten in Paris eingesperrten Erzbischof bitten wollen. Gestatten Sie mir, meine Bitten mit denen dieser guten Canonici zu vereinigen und Sie meiner großen Dankbarkeit für all' das zu versichern, was Sie etwa thun zu können glauben, und für den Versuch mindestens, daß das Leben des Monseigneur Darboy nicht in Gefahr komme.

Empfangen Sie 2c. Florian Chigi,
Erzbischof von Myre, Apostolischer Nuntius.

Mit diesem Schreiben überreichten die vier Canonici ihre eigene Petition, die folgendermaßen lautete:

„Herr bevollmächtigter Gesandter! Die traurigen Ereignisse, die in Paris stattfinden, haben nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Ihrer Exzellenz auf sich zu richten. Unter anderen beklagenswerthen Ausschreitungen, welche der Bürgerkrieg in dieser unglücklichen Stadt im Gefolge hatte, ist es die Verhaftung des Monseigneur Erzbischofs und der Hauptmitglieder seiner Geistlichkeit, die von den verschiedenen Vertretern der Frankreich freundlichen Mächte ganz besonders bemerkt sein dürfte. Fußend auf der Freundschaft und den guten Beziehungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und unserem Lande, nehmen sich die unterzeichneten Canonici und Mitglieder des Metropolitan-Kirchenkapitels von Paris, soweit sie sich zu versammeln im Stande sind, die Freiheit, Ihre Exzellenz zu bitten, daß Sie die Güte haben mögen, Ihren Einfluß in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise dahin zu verwenden, so bald wie möglich die Befreiung unseres Erzbischofs zu erlangen, damit die Sache der Humanität und Zivilisation aufhöre, in seiner Person zu leiden, die in doppelter Beziehung achtungswerth ist, sowohl durch seine Würde, wie durch seine Verdienste. Da dieser Schritt mit der Politik nicht zusammenhängt, und wir uns lediglich auf den Boden des Völkerrechts stellen und auf die Sympathie rechnen, welche eine so unverdiente Behandlung erregen muß, so wagen wir die Hoffnung, daß Ihre Exzellenz unser Gesuch günstig aufnehmen und unseren diesbezüglichen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen werden.

In dieser Hoffnung und in diesem Vertrauen haben wir die Ehre zu zeichnen:

E. J. Lagarde, Generalvikar von Paris, Erzdiakonus.
E. Bonnet, Kanonikus.
L. Alland, Kanonikus und Sekretär.
Louvier, Absolutions-Kanonikus der Diözese von Paris."

Der Erstunterzeichnete der „guten Canonici," Generalvikar Lagarde, ist der Generalvikar des gefangenen Erzbischofs Darboy, derselbe Geisel-Priester, der am 12. April, also acht Tage vor der Audienz bei Washburne, mit der Verpflichtung, wiederzukehren, nach Versailles abgeordnet worden. Sein schmähliches Verhalten wurde im ersten Kapitel charakterisirt.

Es möge gleich hier bemerkt werden, daß die amerikanische Gesandtschaft nicht die erste war, welche von den Prälaten um Intervention ersucht wurde. Denn in einem Schreiben vom 25. April an den Staatssekretär Fish in Washington bemerkt Herr Washburne:

„Ich erfahre soeben, daß die Britische Gesandtschaft, ehe man sich an mich wandte, um ihre Intervention (zu Gunsten des Erzbischofs) angegangen worden ist, dieselbe aber abgelehnt hat. Diese Handlungsweise der britischen Gesandtschaft würde mich aber nicht beeinflußt haben, selbst wenn ich vorher Kenntniß davon gehabt hätte; denn ich würde mich vollkommen berechtigt gehalten haben, zu Gunsten eines Mannes, der durch seine Frömmigkeit so hervorragt, durch seine liberale Gesinnung und seinen philanthropischen Standpunkt sich so auszeichnet und nun so grausam verfolgt wird, wie der Erzbischof von Paris, meine Dienste offiziös zur Verfügung zu stellen."

Unterm 24. April richtete Gesandter Washburne an Nuntius Chigi, als Antwort auf obige Petition, nachstehendes Schreiben:

Paris, 24. April 1871.

Mein lieber Kollege! Ich kam Sonntag Abend nach Paris und arrangirte noch am selben Abend eine Zusammenkunft mit einem der Häupter der Kommune für gestern Vormittag um neun Uhr. Ich thue wohl am besten, wenn ich Ihnen den Bericht, den ich über jene Zusammenkunft an meine Regierung abgesandt habe, hiermit abschriftlich und konfidentiell übermittele. Nachdem Sie die Abschrift gelesen,

haben Sie die Güte, mir das Schriftstück nach Nr. 7 Rue de Mademoiselle, Versailles*), zurückzuschicken. Gleichzeitig füge ich einen Brief des Erzbischofs an den Abbé Lagarde bei. Sobald ich wieder nach Versailles komme, hoffe ich Sie in Sachen des Erzbischofs zu sprechen.

Ihr Ergebener ꝛc.

E. B. Washburne.

Der im vorstehenden Schreiben gedachte Bericht an den Staatssekretär**) Fish lautet:

Paris, 23. April 1881.

Mein Herr! Sie wissen, daß Monseigneur Darboy, der Erzbischof von Paris, vor Kurzem auf Befehl der Kommune eingesteckt und ins Gefängniß geworfen worden ist, um als Geisel dabehalten zu werden. Eine solche Behandlung dieses höchst frommen und ausgezeichneten Mannes mußte natürlich die größte Sensation erregen, besonders in der katholischen Welt. Am Donnerstag Abend erhielt ich einen Brief von Monseigneur Chigi, Apostolischem Nuntius des heiligen Stuhles, und eine Mittheilung von vier Mitgliedern des Metropolitan-Kirchenkapitels von Paris, die alle mich dringend ersuchen, im Namen des Völkerrechts, der Humanität und des Mitgefühls mich für den gefangenen Erzbischof zu verwenden. Ich nahm an, daß ich nur im Sinne unserer Regierung und ihrer herkömmlichen Politik handle, und unter solchen Umständen Ihren Wünschen entspreche, wenn ich dem gedachten Gesuch jener Herren willfahre. Ich begab mich daher heute Früh zum General Cluseret, der augenblicklich die leitende Persönlichkeit zu sein scheint. Ich sagte ihm, daß ich mich nicht in einer diplomatischen Eigenschaft, sondern nur im Interesse der Humanität an ihn wende, um zu sehen, ob es nicht möglich wäre, daß der Erzbischof freigelassen werde. Er antwortete mir: „Das gehört nicht in meine Jurisdiktion. So gern ich auch das Meinige dazu beitragen möchte, daß der Erzbischof freikäme, halte ich es doch nach Lage der Dinge für unmöglich und jeden Schritt in dieser Beziehung für überflüssig."

Ich selbst glaube, daß die Kommune bei der gegenwärtigen Stimmung in Paris es gar nicht wagen kann, den Erzbischof in Freiheit zu setzen. Ich sagte nun zu General Cluseret: „Aber sehen möchte ich den Erzbischof, um mich über sein Befinden zu vergewissern und darüber, ob er etwas braucht." „Dagegen habe ich nichts," erwiderte General Cluseret und begleitete mich persönlich zum Staatsanwalt der Kommune; dort beantragte er das Nöthige und ich erhielt vom Präfekten die Erlaubniß, den Erzbischof zu jeder Zeit zu besuchen.

Der Erlaubnißschein lautete:

Französische Republik.

Paris, 23. April 1871.

Polizeipräfektur, Kabinet des Generalsekretärs.

Wir, Mitglieder der Kommune, Zivildelegaten der ehemaligen Polizeipräfektur, ermächtigen hiermit den Bürger Washburne, Gesandten der Vereinigten Staaten, ungehindert mit dem Bürger Darboy, Erzbischof von Paris, zu verkehren.

Raoul Rigault. Edouard Arnaud.
(Siegel.) (Siegel.)

Von einem Privatsekretär, Herrn McKean begleitet, begab ich mich ins Mazas-Gefängniß, wo ich ohne Schwierigkeit Zulaß erhielt; ich wurde in eine leere Zelle geführt und der Erzbischof hineingebracht. Ich muß sagen, daß ich von der Erscheinung dieses ehrwürdigen Mannes tief gerührt war. Eine schlanke Persönlichkeit, etwas gebeugt, mit Vollbart — denn er ist seit seiner Einsperrung nicht rasirt worden — hagerem Gesicht und Zügen, die von Leiden erzählen, — mußte er den

*) Dies war die Adresse der Vereinigten Staaten-Gesandtschaft nach Ausbruch der Kommunerevolution.

**) Der „Staatssekretär" ist in den Vereinigten Staaten Minister des Auswärtigen und dem Range nach das erste Mitglied des Kabinets.

Gleichgiltigsten rühren. Ich sagte ihm, daß ich auf Ersuchen seiner Freunde mit Vergnügen mich für ihn verwende, und daß ich, da sich mir leider nicht die Aussicht eröffnet, ihn frei zu machen, mich freue, wenigstens im Stande zu sein, ihn zu besuchen, um seine Bedürfnisse kennen zu lernen und seine grausame Lage zu mildern. Er dankte mir herzlich für meine Gesinnungen gegen ihn. Ich war von seinem frohen Geist und seiner interessanten Unterhaltung entzückt. Er schien seine kritische Lage voll zu würdigen und auf das Schlimmste gefaßt zu sein. Er hatte kein bitteres Wort des Vorwurfs für seine Verfolger und bemerkte sogar, daß die Welt sie schlimmer beurtheile, als sie wären. Er sah der Logik der Ereignisse mit Ruhe entgegen und betete nur, daß die Vorsehung diese schrecklichen Wirren ohne weiteres Blutvergießen lösen möge. Er lebt in einer Zelle von 6 bei 10 Fuß — vielleicht ist sie etwas größer — mit dem gewöhnlichen Gefängnißmöbel, einem kleinen Tisch, einem Holzstuhl und Gefängnißbett; das Licht fällt durch ein kleines Fenster. Als politischer Gefangener hat er die Erlaubniß, sich sein Essen von außerhalb bringen zu lassen; auf mein Anerbieten, ihm irgend Etwas, das er wünscht, zu schaffen, und ihm Geld, so viel er will, zu liefern, erwiderte er, daß er zur Zeit nichts brauche. Ich war der erste Mensch von draußen, den er seit seiner Gefangennahme gesehen hat; man hatte ihm die Zeitungen vorenthalten, sowie jede Mittheilung über den Gang der Ereignisse. Ich werde mich an den Prokurator der Kommune um die Erlaubniß, dem Erzbischof Zeitungen und anderen Lesestoff zu senden, wenden und von der Erlaubniß, ihn auch ferner besuchen zu dürfen, Gebrauch machen, um ihm irgend welche Hilfe, zu der ich im Stande bin, zu leisten. Aber ich kann mich darüber nicht täuschen, daß er in großer Gefahr ist; ich hoffe aufrichtig, ihm von Nutzen sein zu können, um ihn von dem Schicksal, das ihm droht, zu retten.

Ich habe die Ehre 2c. E. B. Washburne.

Es ist von Wichtigkeit, den Umfang des mündlichen und schriftlichen Verkehrs, den Herr Washburne oder sein Sekretär mit dem gefangenen Erzbischof gepflogen haben, festzustellen, um einem etwaigen Einwande, Versailles und Rom seien sich über die Größe der Gefahr, in welcher der Erzbischof geschwebt, Mangels gehöriger Information nicht ganz klar gewesen, von vornherein zu begegnen.

Washburne sagt an einer Stelle, daß er vier Briefe vom Erzbischof aus dem Gefängniß erhalten habe. Und was seine oder seiner beiden Sekretäre (Colonel Wickham Hoffman und McKean) Besuche anbetrifft, so ergiebt sich aus zwei Pässen, die sich auf Seite 216 und 219 des Washburne'schen Buches befinden, daß dieselben fünf Mal visirt worden sind: am 23. und 25. April, 9., 10. und 21. Mai; außerdem erzählt Washburne (in seinen „Reminiszenzen“ in Scribner's „Magazine“), daß sein Sekretär den Erzbischof am 18. Mai gesprochen, und in einem Bericht an den Staatssekretär vom 19. Mai spricht er von seinem Besuche desselbigen Tages. Das wären also im Ganzen sieben Besuche.

In seinen „Reminiszenzen“ (in Scribner's „Magazine“) erzählt Washburne über jenen ersten Besuch im Mazas-Gefängniß:

„Als ich mit dem Erzbischof die Situation besprach, bemerkte er in einem melancholischen Tone, der in meiner Erinnerung haften geblieben ist: „Vor dem Tode habe ich keine Furcht; das Sterben geht so schnell; ich bin bereit; was mir aber Besorgniß einflößt, ist das Schicksal der anderen Gefangenen; die betrunkenen Leute draußen; die Rufe „A mort!“; das Messer, das Beil, das Bayonnet!“

Man beachte übrigens Washburne's Bemerkung, daß er der erste Mensch außerhalb des Mazas-Personals war, den der Gefangene gesehen. In den vorhergehenden $2^1/_2$ Wochen hat also von der ganzen hohen und niederen Klerisei und den vielen Tausenden der Gläubigen kein Einziger gewagt, Zutritt zum

Gefangenen zu suchen, — das beschämendste Zeugniß, das sich wohl jemals die „ecclesia militans,“ die „kämpfende Kirche,“ ausgestellt.

Der päpstliche Nuntius erledigte seine Pflichten mit folgendem Artigkeits-Schreiben an Washburne:

(Konfidentiell!) Versailles, Montreuil, 25. April 1871.

Mein Herr und lieber Kollege! Ich weiß gar nicht, wie ich Ihnen danken soll für all' das, was Sie für den würdigen Erzbischof von Paris zu thun die Güte hatten. Sie haben mehr gethan, als ich hoffen konnte, trotzdem ich das größte Vertrauen auf Sie hatte, Ihr menschenfreundliches, mitleidiges Herz kannte und die edelmüthige Nation, die Sie so würdig in Frankreich vertreten. Ich bin deß sicher, daß die Schritte, die Sie bei den Leuten ergreifen wollen, in deren Händen das Schicksal des Erzbischofs liegt, das unter den gegenwärtigen Umständen zu erhoffende günstige Resultat erzielen werden. Mit großem Interesse und tiefer Dankbarkeit gegen Sie, mein Herr, habe ich die Depeschen gelesen, die Sie mir konfidentiell übersandt, und ich beeile mich, die Schriftstücke in das Gesandtschafts-Bureau der Vereinigten Staaten zu Versailles, wie Sie in Ihrem geehrten gestrigen Briefe geheißen, zurückzuschicken. —

Col. Hoffman, Ihr Gesandtschafts-Sekretär, theilte mir mit, daß Sie bald in Versailles sein werden, und ich bat ihn, mich von Ihrer Ankunft zu benachrichtigen, damit ich Sie unverzüglich besuchen kann, um Ihnen meinen Dank abzustatten und meine Achtung zu bezeigen.

Inzwischen genehmigen Sie 2c. Flavius Chigi,
Erzbischof von Myre, Apostolischer Nuntius.

Noch am selben Tage, an welchem Washburne's erster Besuch beim gefangenen Erzbischof stattgefunden, am 23. April, machte der Erzbischof von der Offerte des Vereinigten Staaten-Gesandten, ihm jeder Zeit zur Verfügung stehen zu wollen, Gebrauch und richtete folgendes Schreiben an ihn:

Erzbischof Darboy an den Gesandten Washburne.

Ich bitte den Gesandten der Vereinigten Staaten, meinen Dank für seinen freundlichen Besuch bei mir im Gefängniß anzunehmen und den einliegenden Brief durch des Gesandten Sekretär, wenn dieser nach Versailles geht, an seine Bestimmung zu befördern. Die Adresse der Person, an welche der Brief gerichtet ist, ist bei Seiner Exzellenz, dem päpstlichen Nuntius, oder dem Bischof von Versailles zu erfahren. Ist Adressat aber schon nach Paris abgegangen, so kann der Sekretär des Gesandten den Brief vernichten oder ihn, wenn er nach Paris zurückkehrt, wiederbringen. G. Darboy, Erzbischof von Paris.

Aus dem Gefängniß Mazas, 23. April.

Der gedachte Brief, welchen der Sekretär des Gesandten nach Versailles befördern sollte, war an Lagarde, den treulosen Unterhändler, des Erzbischofs Generalvikar, gerichtet und forderte ihn auf, wie man aus Lissagaray's Bericht im ersten Kapitel weiß, unverzüglich nach Mazas ins Gefängniß zurückzukehren. Da der ehrlose Lagarde die Aufforderung unberücksichtigt ließ, monirte ihn der gefangene Erzbischof fünf Tage später abermals, wie aus dem Folgenden ersichtlich ist:

Erzbischof Darboy an den Gesandten Washburne.

28. April 1871.

Ich bitte Se. Exzellenz, den Gesandten der Vereinigten Staaten, meinen ehrerbietigen Gruß zu empfangen und gefälligst den einliegenden Brief nach Versailles zu schicken. Falls der Vertreter Seiner Exzellenz die Adresse des Herrn Lagarde nicht weiß, kann er sie in der Wohnung des Nuntius oder im Bischofspalais zu Versailles erfahren. G. Darboy, Erzbischof von Paris.

In seinem Bericht vom 25. April an den Staatssekretär Fish sagt der Gesandte:

„Von der Conciergerie ging ich nach Mazas, um auch dort die Freilassung einiger Deutschen zu erlangen, und ich benutzte — nachdem ich ohne Schwierigkeit das Verlangte erreicht hatte — die Gelegenheit, um den Erzbischof abermals zu besuchen und ihm einige Zeitungen, sowie eine Flasche alten Madeira zu bringen. Ich fand ihn ungefähr so wie am Sonntag ganz wohlgemuth. Ich bedauerte, ihm keine günstige Aenderung seiner Lage mittheilen zu können."

Am 2. Mai berichtete Herr Washburne an den Staatssekretär Fish über einen am 30. April unternommenen Geisel-Lynchversuch.

„.... Ich bedauere, sagen zu müssen, daß das Leben des Erzbischofs in unmittelbarster Gefahr ist. Unglücklicherweise hat sich ein Gerücht verbreitet, daß Bismarck zu Gunsten des Erzbischofs interveniren wolle, und dieses Gerücht erzeugte die größte Aufregung. Am letzten Sonntag drang eine Gesellschaft von Nationalgardisten in das Mazas-Gefängniß mit der ausgesprochenen Absicht, den Erzbischof zu erschießen. Glücklicher Weise kam ein Kommunemitglied in diesem Moment hinzu, dem es gelang, die Ausführung dieser Absicht zu verhindern. Die Gefängnißbeamten haben den Erzbischof zu seiner Sicherheit in eine Zelle eines anderen Flurs des Gefängnisses versetzt. Aber was am Sonntag durch das zufällige Erscheinen eines Kommunemitgliedes verhindert wurde, kann jeden Tag passiren.

„Da ich Grund habe zu glauben, daß General von Fabrice (Hauptquartier zu Noisy) von seiner Regierung den Auftrag hat, für den Erzbischof zu thun, was er kann, so habe ich ein Mitglied meiner Gesandtschaft als Vertrauensboten zu ihm gesandt mit einer Mittheilung über die augenblickliche kritische Lage des Erzbischofs, damit der General, wenn er Instruktionen hat, zu interveniren, die ihm geeignet erscheinenden Schritte thun möge."

Es befindet sich indeß in Washburne's nachfolgenden Berichten kein Anhalt dafür, daß Bismarck sich irgendwie für den Erzbischof verwendet hat oder General von Fabrice diesbezügliche Instruktionen gehabt habe.

Am 11. Mai berichtet Herr Washburne nach Washington über seinen Besuch beim Erzbischof vom Tage zuvor:

„.... Der Erzbischof ist noch im Gefängniß und seine Lage wird von Tag zu Tag gefährlicher. Ich verwende mich offiziös für seine Auswechslung gegen Blanqui, der wegen seiner Betheiligung am Insurrektions-Versuch vom 31. Oktober v. J. in contumaciam zum Tode verurtheilt wurde. Die Kommune hat sich mit der Auswechslung einverstanden erklärt, aber Herr Thiers lehnt sie ab. Der Erzbischof, den ich gestern im Gefängniß besuchte, denkt, daß Herr Thiers jetzt, in Anbetracht der steigenden Gefahren, denen der Gefangene ausgesetzt ist, in die Auswechslung willigen wird."

Bei diesem Besuche vom 10. Mai, den Herr Washburne dem Erzbischof abstattete, erhielt er von Letzterem ein Memorandum über die Auswechslungsfrage, mit dem Ersuchen, dasselbe durch den Nuntius an Herrn Thiers gelangen zu lassen. Dieses Dokument, welches die Frage der Auswechslung des Erzbischofs und seiner gefangenen Genossen gegen Blanqui in eingehender und sachgemäßer Weise behandelt, folgt weiter unten. Herr Washburne kündigte dem Nuntius die Absendung des „Memorandums" in folgendem Schreiben an:

Gesandter Washburne an Nuntius Chigi.

Paris, 11. Mai 1871.

Mein lieber Herr Kollege! Mein Privatsekretär, Herr McKean, wird Sie in Sachen des Erzbischofs besuchen und Ihnen die Abschrift eines vom Erzbischof

bezüglich der Auswechslung gegen Blanqui verfaßten Memorandums überreichen. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß ich mich freuen werde, irgend etwas in der Sache thun zu können — offiziös natürlich — und das Zustandekommen irgend eines Arrangements zu erleichtern. Herr McKean war gestern mit mir beim Erzbischof und kann Ihnen jede Auskunft über ihn geben.

Ich habe die Ehre 2c. E. B. Washburne.

Gleichzeitig richtete Herr Washburne an einen, an den Unterhandlungen mit dem Präsidenten Thiers betheiligten Herrn, W. B. Norcott, das nachstehende Schreiben:

Gesandter Washburne an Herrn W. B. Norcott.

Paris, 11. Mai 1871.

Werther Herr! Ich sandte heute konfidentiell eine Abschrift des Memorandums des Erzbischofs von Paris — bezüglich seiner Auswechslung gegen Blanqui — an Monseigneur Chigi und sagte ihm, daß ich mich freuen würde, irgend Etwas in der Sache thun zu können, — natürlich nur offiziös. Ich denke, der Erzbischof behandelt die Frage sehr gut und ich hoffe, daß sein Memorandum zur Kenntniß des Herrn Thiers gebracht werden wird. Ich verstehe wohl die Gründe, aus denen die Versailler Regierung dem Auswechslungs-Vorschlage ausweichen möchte, aber ich denke, in einem Falle wie diesem, wo das Leben eines solchen Mannes, wie des Erzbischofs, in Gefahr ist, könnte man jene Gründe fahren lassen. Die französische Regierung kann dabei nichts verlieren, wenn sie Blanqui in Freiheit setzt, aber sie würde wahrscheinlich dem Erzbischof das Leben retten. Ich glaube, daß sein Leben in äußerster Gefahr schwebt, und aus diesem Grunde, und um sein Gefängnißleiden zu mildern, habe ich mich bereit erklärt, Alles in der Sache zu thun, was ich kann. Ich hoffe, daß Sie, wenn Sie Herrn Thiers in Versailles besuchen, im Stande sein werden, seine Einwilligung zur Auswechslung zu erlangen. Ich glaube, daß die Kommune sich bereit erklärt hat, außer dem Erzbischof noch einige Gefangene freizugeben, wie den Kassationshof-Präsidenten Bonjean, falls Blanqui in Freiheit gesetzt wird. Das dürfte ebenfalls Etwas sein, was von Herrn Thiers in Betracht gezogen werden könnte.

Ich bin 2c. E. B. Washburne.

Des Erzbischofs Darboy Memorandum.

Es ist nicht genau bekannt, welche Antwort Herr Thiers auf den Vorschlag, den Erzbischof und Genossen gegen Blanqui auszuwechseln, gegeben hat. Der Erzbischof und vier oder fünf Personen des geistlichen Standes werden als Geiseln zur Befreiung Blanqui's festgehalten. Der Generalvikar Lagarde, der zu diesem Behufe nach Versailles gegangen war, hat nur vage und unbestimmte Berichte über die Resultate seiner Schritte eingesandt; da er aber noch nicht zurückgekehrt, so ist vielleicht noch nicht alle Hoffnung auf Erfolg verloren.

Mangels genauer Information liegt die Vermuthung nahe, daß die Regierung Folgendes befürchtet: Wenn sie auf die vorgeschlagene Auswechslung eingeht, so würde es scheinen, als ob sie mit der Kommune unterhandelte; und außerdem hält sie die Befreiung Blanqui's inmitten der gegenwärtigen Aufregung für gefährlich.

Nun, auf beiden Seiten, sowohl von Leuten, die sich für Blanqui, wie von solchen, die sich für den Erzbischof interessiren, wird dringend gewünscht, daß man Herrn Thiers folgenden Vorschlag unterbreite, der ihn in seiner Weisheit und Humanität würdigen wird, und es wird geglaubt, daß dieser Vorschlag großes Gewicht haben wird, wenn er von Seiner Exzellenz, dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Herrn Thiers unterbreitet würde.

Die Verhandlungen sollen nicht zwischen der Regierung und der Kommune, sondern zwischen der Regierung und den obgenannten Persönlichkeiten beider Seiten stattfinden. Die Letzteren (die Persönlichkeiten beider Seiten) haben folgendes Arrangement getroffen: Wenn Herr Thiers die Versicherung giebt, daß Blanqui frei-

gelassen wird, so werden der Erzbischof und noch vier oder fünf von Herrn Thiers zu bezeichnende Gefangene in Freiheit gesetzt und nach Versailles geschickt werden. Es wird für genügend erachtet, wenn Herr Thiers mündlich dem Vereinigten Staaten-Gesandten die gedachte Versicherung giebt und der Vereinigte Staaten-Gesandte mündlich für die Richtigkeit dieser Versicherung garantirt. Blanqui braucht auch nicht offiziell freigelassen zu werden; man kann ihm Gelegenheit geben, zu entfliehen, unter dem Einverständniß natürlich, daß er, wofern er nicht fürderhin ein Verbrechen begeht, nicht wieder eingesteckt wird. Auf diese Weise braucht die Regierung nicht mit der Kommune zu unterhandeln; Herr Washburne braucht nur Jemandem, der nicht zur Kommune gehört, die obgedachte Versicherung des Herrn Thiers mündlich zu übermitteln und Alles ist dann glatt.

Die Freilassung Blanqui's kann selbst beim jetzigen Zustand der Dinge keine Gefahr in sich schließen. Der Widerstand von Paris ist ein rein militärischer; der kann durch Blanqui's Gegenwart nicht erhöht werden. Die politischen und sozialen Ideen der Kommune sind weder in theoretischer noch in praktischer Beziehung diejenigen Blanqui's; und sollte sich Blanqui der Kommune anschließen, so würde dies die Kommune-Mitglieder nicht nur nicht einigen, sondern viel eher spalten. Auf alle Fälle wird der gegenwärtige Konflikt nicht durch die politischen oder sozialen Theorien oder die Politik der Kommune, sondern nur durch Waffengewalt beigelegt werden. Blanqui könnte daher, selbst wenn er nach Paris zurückkehrte — was übrigens noch gar nicht feststeht — durchaus kein Unheil anrichten.

Wenn man nur genau wüßte, aus welchen Gründen Herr Thiers Bedenken trägt, sich für den ihm unterbreiteten Auswechslungs-Vorschlag zu entscheiden, so könnte man diese Gründe vielleicht widerlegen und ihn zu einer besseren Ueberzeugung bringen. Außerdem sollte er darüber nicht in Unwissenheit gelassen werden, daß das Leben des Erzbischofs ernstlich bedroht ist. Wenn Herr Thiers ihn rettet, würde er sicherlich dem französischen Klerus und besonders dem Episkopat einen großen Dienst erweisen.

Geschrieben im Mazas-Gefängniß. 10. Mai 1871.

Dieses vom gefangenen Erzbischof ausgearbeitete Dokument ist das Werk eines sehr gescheidten Kopfes; der Plan, dem Erzbischof das Leben zu retten, konnte gar nicht besser entworfen und begründet werden, als hier durch den Gefangenen geschehen. Er vermied zunächst Alles, was wie eine Demüthigung der Regierung aussehen konnte. Das Memorandum verlangte von Thiers keine Unterhandlung mit der Kommune, sondern nur mit einer ihm politisch ebenbürtigen Persönlichkeit, dem diplomatischen Vertreter einer der größten Nationen der Welt; man muthete ihm keine schriftliche Erklärung zu, sondern wollte sich mit einer mündlichen Zusicherung begnügen; man bestand nicht auf der offiziellen Entlassung Blanqui's, sondern wollte mit einer Fluchtgelegenheit fürlieb nehmen; und schließlich gab man der Regierung den Vortheil, daß sie ihr Versprechen erst dann zu erfüllen brauche, wenn sie das Aequivalent in Händen hatte, das heißt erst nachdem der Erzbischof und Genossen in Versailles angelangt wären, sollte Blanqui freigelassen werden. Von gründlicher Sachkenntniß und gesundem Urtheil zeugt auch die Ansicht, daß Blanqui's Anwesenheit in der Kommune derselben eher schaden als nützen würde.

Der Erzbischof wundert sich noch am 10. Mai, daß Generalvikar Lagarde, der am 12. April in der Befreiungs-Mission nach Versailles geschickt wurde, nur „vage und unbestimmte Berichte“ sendet und noch nicht zurückkehrte. Vier Wochen lang schon hatten die Pfaffen den Gefangenen zum Besten gehalten.

(Schluß folgt.)

Landarbeiterloos.

Aus der Provinz Sachsen.

„Die großen Arbeitgeber wissen wohl den Lohn und Akkordlohn, aber nicht das Jahreseinkommen und noch viel weniger die Jahresausgabe ihrer Arbeiterfamilien. . . . Die Amtsbrüder (die Pfarrer) werden mir zugestehen, daß sie sich mit der sozialen Frage noch sehr wenig beschäftigt haben. Die Lehrer, die ich danach gefragt habe, gaben mir die . . . Antwort: Ich weiß das nicht, ich kümmere mich darum nicht. Und meine besten Freunde haben mir wiederholt gesagt: Kümmern Sie sich doch nicht darum; Sie verderben sich dadurch nur Ihre Stellung und bei den Arbeitern haben Sie keinen Dank."

Es läßt sich kaum eine drastischere Darstellung der Beziehungen zwischen den landwirthschaftlichen Unternehmern und den ihnen nahe Stehenden einerseits und den Arbeitern andererseits denken: der „Arbeitgeber" weiß nichts über das Einkommen der von ihm Ausgebeuteten; nur was er Woche für Woche oder Monat für Monat zahlt, kommt ihm zum Bewußtsein, was während der Zeit der Beschäftigungslosigkeit aus der Arbeiterfamilie wird, wie sie sich nährt und durchhungert, ob sie ganz verkommt, er weiß es so wenig, wie er es von den Negern Afrikas weiß, und er kümmert sich nicht darum — der Lehrer weiß es ebensowenig und will es nicht wissen — und wer sich drum kümmert, der verdirbt sich unfehlbar seine Stellung!

Es ist ein Pfarrer aus dem Magdeburgischen, aus dem reichsten Landwirthschaftsdistrikt Deutschlands, der so zu seinen Amtsbrüdern spricht. Und seine Amtsbrüder zuckten die Achseln, als er eine Untersuchungskommission wünschte, in der auch „zuverlässige Arbeiter," natürlich neben einer Majorität von Synodalen, großen Arbeitgebern und Gemeindevorstehern, vertreten sein sollten. „Der Synodalvorstand, verstärkt durch vier größere Arbeitgeber, wurde beauftragt, die Gemeindekirchenräthe aufzufordern, über die Lage der ländlichen Arbeiter in ihren Gemeinden zu berichten und dann der Synode Bericht zu erstatten." So ist dem Antrage die einzige vielleicht etwas wirksame Spitze abgebrochen worden und das schließliche Ergebniß wird kaum etwas anderes sein, wie eine Vermehrung der so schon ins Endlose wachsenden evangelisch-sozialen Makulatur.

Der Vortrag des Pastors Dr. H. Borchhard in Ummendorf verdient jedoch, daß manche seiner Einzelheiten nicht so spurlos verloren gehen, wie sie auf der Eislebener Kreissynode wirkungslos verklungen sind; um so mehr, als die Angaben des Dr. Borchard „auf jahrelanger Beobachtung beruhen, freilich zunächst in einem kleineren Kreise, sich aber . . . . für das Magdeburgische im Allgemeinen als zutreffend erweisen dürften."*)

Die Landwirthschaft der Provinz Sachsen zeigt sich als eine hochentwickelte sofort dadurch, daß nahezu alles brauchbare Land in die kapitalistischen Betriebe einbezogen, der Landarbeiter hingegen im Allgemeinen von allem Landbesitz entblößt ist. Auch die Naturallieferungen aus der Herrenwirthschaft an die Arbeiterfamilien haben fast ganz aufgehört. Der Gutsherr verkauft auf dem Markte, was in seinem Betrieb produzirt wird, gegen Geld. Der Arbeiter kauft von dem, was er braucht, soviel wie möglich vom Markte und seinen Ausläufern,

*) Der Vortrag „Zur Lage der ländlichen Arbeiter im Magdeburgischen" findet sich abgedruckt in dem kürzlich erschienenen „Archiv für Landes- und Volkskunde der Provinz Sachsen," herausgegeben von Kirchhoff, Halle a. S.

gegen Geld. Mit Geld findet der Unternehmer seine Leute immer ausschließlicher ab; die Naturallöhnung ist zu einem schwachen Ueberlebsel abgestorben; vielfach ist sie gar zu einem versteckten Trucksystem mit allen seinen Prellereien ausgeartet: was zu schlecht und zu mißrathen ist, um sich auf dem Markt in Geld umsetzen zu lassen, fließt — echt patriarchalisch! — an die „Leute“ ab.

Herr Pastor Borchard theilt uns mit, was ein alter Amtsrath, ein weißer Rabe unter den sächsischen Großgrundbesitzern, nach seiner Väter Weise heute noch an eine Arbeiterfamilie in Naturalien jährlich liefert: 1600 Pfund Brot (also täglich etwa 4½ Pfund, wöchentlich 30 Pfund), 26 Pfund Butter (wöchentlich ½ Pfund), 52 Pfund Schmalz (wöchentlich 1 Pfund), 52 Liter Schnaps (1 Liter wöchentlich), täglich 1 Liter Milch und 4 Liter Haus(!)bier, jährlich 6 Schock Käse (macht 1 Käse auf den Tag), 4 Schock Kohlrabi, 1 fettes Schwein zu 380 Pfund, 2 Schnittschafe, 1—2 Himpten Leinsamen (hier wird noch fleißig gesponnen), freie Feuerung, freie Wohnung und 1 Morgen bestelltes Land. An baarem Gelde verdient hier die Arbeiterfamilie 200, höchstens 270 Mark, während nach den auf den dortigen Dörfern im Kleinverkauf geltenden Preisen das Naturaldeputat vielleicht auf das Fünffache abzuschätzen wäre.

Aber sonst ist es ganz anders. „Eine Arbeiterfamilie gebraucht, wenn die Nahrung einigermaßen genügen soll, für den Haushalt 1½ Morgen, um das Nöthige an Kartoffeln, Rüben, Gemüse und Stroh zu bauen“ — von der Deckung des Brotbedarfes ist dabei natürlich gar nicht die Rede. Land erhält aber nur: der Pferdeknecht 1 Morgen; der Drescher, der in fester Arbeit steht, ½—¾ Morgen. Der freie ländliche Arbeiter, der zwar nicht in fester Arbeit steht, im Sommer jedoch „regelmäßig“ zur Arbeit und dessen Frau „ziemlich regelmäßig“ zum Hacken kommt, erhält ½ Morgen bestelltes Land, wohlgemerkt aber für 24 Mark Pacht! Das gäbe, bei Zugrundelegung einer vierprozentigen Verzinsung, eine Kapitalsberechnung des Morgens Land mit 1200 Mark — denn die Arbeit der ersten Bestellung, welche der Eigenthümer etwa leisten läßt, wird reichlich ausgeglichen durch den Vortheil, den verkrauteten Boden im nächsten Jahre wieder unkrautfrei zurückzuerhalten; nichts säubert den Acker besser wie die Hacke des armen Teufels, der nach Sonnenuntergang und Sonntags sein bischen Pachtland hegt und pflegt. Der Arbeitgeber-Patriarch berechnet hier also seinen regelmäßigen Arbeitern den Morgen mit 1200 Mark — „vor 15 Jahren konnte man gutes Land für 750 Mark bekommen, heute kostet der Morgen im Großverkauf 900 Mark, im Kleinverkauf 1000 Mark,“ nur in seltneren Fällen 1200 Mark und darüber. Der Landarbeiter erhält aber, was notorisch und auch ganz erklärlich ist, immer nur schlechteres Land; „gutes Land bekommen sie nicht.“ — Die Wohnung hat nur der Pferdeknecht frei, der festangestellte Drescher zahlt 30 Mark dafür. Bei dem „regelmäßigen“ freien ländlichen Arbeiter hat die Wohnungsstellung seitens des Gutsherrn, selbst gegen Bezahlung, ganz aufgehört; diese Arbeiterkategorie ist schon lange auf den „Wohnungsmarkt“ angewiesen, eine Stube und eine Kammer (die Küche ist meist für zwei Familien gemeinsam), Stall zu Kohlen und Schweinestall kosten im Bezirk unseres Gewährsmannes 66—72 Mark. — Außerdem erhalten Pferdeknecht und Drescher ihre Feuerung — nicht etwa frei, sondern nur unentgeltlich vors Haus gefahren.

Sonst gleicht das Geld alle Verpflichtungen des Gutsherrn gegen seine Arbeiter aus; die alten naturalwirthschaftlichen Beziehungen sind vollständig verfallen. Bei der Kasernirung und der Kasernenabfütterung der Wanderarbeiter übernimmt die Gutsverwaltung allerdings wieder manche Lieferung, der Billigkeit

und damit des Profites wegen und weil der lokale Markt dem plötzlichen Bevölkerungsandrang vielleicht — besonders was die Wohnungen anbelangt — gar nicht gewachsen ist. Indeß handelt es sich hier um ganz neuartige Verhältnisse, und außerdem beschäftigen uns heute nur die eingeborenen Arbeiter der Provinz.

Natürlich dreht es sich bei den Geldlöhnen auf dem Lande immer nur um die bescheidensten Summen. Der Pferdeknecht erhält bei 16-, oft 17stündiger Arbeit wöchentlich 10 1/2 Mark; davon werden, um den Knecht festzuhalten, immer 1,50 Mark, mitunter auch 1 Mark, zurückbehalten und erst bei Jahresablauf, zu Martini, ausbezahlt; außerdem werden 10 Pfennige Krankengeld abgerechnet. Für Rübenvergütung erhält der Pferdeknecht dann noch 30 Mark. Ueber die Geldlöhne der festangestellten Drescher theilt Dr. Borchard nichts Näheres mit, doch sind alle diese besonderen Arbeiterkategorien wenig zahlreich; „auf einem Gute, welches von Anfang April bis Ende November 300 Arbeiter und Arbeiterinnen und mehr gebraucht, sind 15 Pferdeknechte und 10 Drescher und 4 bis 5 Aufseher." Das Schicksal der sogenannten freien, das heißt der kontraktlich nicht länger gebundenen Arbeiter ist demnach das Schicksal der ländlichen Arbeiter überhaupt. Hierüber giebt Dr. Borchard folgende Aufstellung: „Der Arbeitslohn ist auf dem Lande in den letzten zwanzig Jahren an vielen Orten nicht gestiegen. Der Tagelohn von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends beträgt im hiesigen Kreise für den Mann 1,50 Mark, für die Frau 80 Pfennige und für die Kinder 70 Pfennige. Der Akkordlohn beträgt für den Morgen Weizen mähen 2,25 bis 2,50 Mark, für Sommergetreide 1,20 Mark, für Rübenausnehmen für den Morgen 11 Mark. Aber nach dem Tagelohn und Akkordlohn allein kann man überhaupt die Lage der ländlichen Arbeiter nicht beurtheilen, sondern man muß das Jahreseinkommen und die Jahresausgabe berechnen. . . . Drei Frauen und ein Mann können, wenn sie fleißig sind, von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr 1/2 Morgen Rüben ausnehmen, zusammentragen und behäufen. Wenn sie um 5 Uhr (!) anfangen und keine Mittagspause (!) machen, können sie 3/4 Morgen bearbeiten, so daß sie in diesem Falle einen Tagelohn von 3 Mark erreichen. Wenn man aber die Zeit des Rübenausnehmens auf 5 Wochen, oder wie hier auf 8 Wochen berechnet, so darf man pro Tag nicht mehr als 2 Mark und nur unter sehr günstigen Witterungs- und Ackerverhältnissen 2,25 Mark rechnen. Die Arbeit des Rübenausnehmens ist sehr angreifend, und der Akkordertrag war früher besser; vor zwanzig Jahren waren die Rüben groß, jetzt sind sie klein.... Bei dem freien ländlichen Arbeiter, der nicht in fester Arbeit steht, kann man kaum mehr als 80 Akkordtage zu 2 Mark und 220 Tage zu 1,50 Mark rechnen. Hierzu kommt, daß, sobald die Zuckerfabriken, die jetzt meistens von Mitte September bis Mitte Januar arbeiten, stille stehen, in den Monaten März bis Ende April hinein für den freien ländlichen Arbeiter ein regelmäßiger Verdienst kaum zu finden ist. Der Tagelohn in der Zuckerfabrik ist für den gewöhnlichen Arbeiter 1,50 bis 1,75 Mark. — Das Verdienst einer verheiratheten Frau und zweier Kinder hatte ich früher auf jährlich 160 Mark berechnet; man darf aber nach dem übereinstimmenden Urtheile verschiedener Gemeindevorsteher und Sachverständigen nicht mehr als jährlich 120 Mark rechnen. Durch das ... Heranziehen der fremden Arbeiter und Arbeiterinnen aus Posen, Westpreußen und Hinterpommern ist die Arbeit der Frauen und Kinder beschränkt. Durchschnittlich kommen hierher 250 bis 290 Arbeiter und Arbeiterinnen; dieselben kommen hierher am 1. April. Dann ist, wenn die Witterung nicht so günstig ist wie in diesem Jahre (1890), nicht genügende Arbeit vorhanden. Die

Fremden müssen beschäftigt werden, die Einheimischen werden zurückgesetzt. Früher wurden die Kinder schon im April mit Steinelesen beschäftigt, das thun jetzt die Fremden. Die einheimischen Frauen haben oft erst zu Himmelfahrt Arbeit bekommen. Die Frauen und Kinder sollen und wollen arbeiten, aber man soll ihnen einen einigermaßen entsprechenden Arbeitslohn geben.... Besonders traurig ist es mit den Witwen bestellt. Wir haben hier durchschnittlich 78 bis 84 Witwen, von denen der größte Theil, man kann wohl rechnen 55, arm sind. Früher konnten dieselben im Winter spinnen (das heißt hier offenbar zu den Bauern spinnen gehen); sie erhielten täglich nur 10 Pfennige, aber hatten ein warmes Zimmer und Essen, heute verdienen sie den Winter über nichts. Bei dem „Maschinen" (Maschinendreschen), das bis in den Dezember hinein dauert, sind höchstens 16 Frauen oder Mädchen beschäftigt. Oft habe ich gefragt: wie machen es die Witwen den Winter über? Die ältesten und verständigsten Männer des Dorfes haben mir geantwortet: sie müssen sich durchhungern."

Da es bei solchen kläglichen Einnahmen an allen Enden nicht langt, so produzirt der Landarbeiter — nach Feierabend, mit Sonntags- und Ueberstundenarbeit gleichsam — im eigenen Hause vieles noch, was der städtische Arbeiter kauft, weil — ohne Ueberstunden — der Geldlohn des letzteren dazu reicht.

Der Landarbeiter hat seine ungemessen lange Arbeitszeit im Dienste des Ausbeuters, und kommt doch auf seinen kümmerlichen Lebensunterhalt nur, wenn er einen Theil davon zu Hause mit weiterer eigener Arbeit produzirt. Und es läßt sich denken, mit welcher Arbeitsverschwendung und mit wie geringem Erfolge das geschieht!

Die Sonntagsarbeit ist „für die kleinen Leute selbst nothwendig." Der Pferdeknecht mit 16—17 Stunden Berufsarbeit hat alsdann noch einen Morgen Land zu bestellen. Der kleine Pachtacker nimmt die anderen Arbeiter lange Stunden in Anspruch. Ueberall sucht man sich etwas Fleischnahrung durch eigene Aufzucht zu verschaffen. „Die meisten Arbeiter machen es möglich, ein Schwein zu schlachten. Das Schwein wiegt bei den kleinen Leuten nach der übereinstimmenden Aussage der Hausschlächter und Fleischbeschauer nicht mehr als 120 bis 150 Pfund netto. Die kleinen Leute sind nicht im Stande, sich ein großes Schwein zu mästen. Dieselben kaufen das Ferkel im Frühjahr zu 21 bis 30 Mark und mästen es von Mitte September bis Mitte Dezember. Sie verwenden 4 Zentner Schrotmehl à 8 Mark. Das Schwein wird zu Wurst und Speck verarbeitet, so daß nicht viel Fleisch übrig bleibt" — und fügen wir hinzu, meistens bleibt auch gar kein Ueberschuß über die Auslagen, von der Arbeit und Plackerei ganz abgesehen. — „Früher hielten sich die kleinen Leute Ziegen, die Kinder suchten Kraut, holten Laub aus dem Walde, gingen auf die Stoppeln und bekamen auch so viel Stroh, als sie brauchten. Heute fällt dieses alles fort; nur wenige der kleinen Leute sind in der Lage, sich eine Ziege zu halten." In Folge dessen ist der Milchkonsum der Leute ein ganz minimaler geworden.

Ebenso ist Fleisch eine Seltenheit; „eine ordentliche Arbeiterfrau sagte mir: man braucht es wohl, aber man hat es nicht." „Früher baute sich der Arbeiter Flachs und machte sich sein alltägliches derbes Zeug selbst. Auf dem Lande, das die Leute zu Kartoffeln bekommen, können sie keinen Flachs bauen, und gutes Land bekommen sie nicht." „Zu den nothwendigsten Lebensbedürfnissen der hiesigen ländlichen Arbeiterfamilien gehört Kaffee. Kaffee trinken sie Morgens und Abends. Kaffee nehmen sie mit aufs Feld, Kaffee mit in die Fabrik. Eine Arbeiterfamilie von 5 Personen gebraucht monatlich 1 Pfund gebrannten Kaffee zu 1,60 Mark und wöchentlich ein Päckchen Zichorien zu 5 Pfennig."

Auch sonst ist der Konsum der kärglichste; die ganze Arbeiterfamilie verzehrt in diesem Zuckerdistrikt bei ihrem abnormen Blümchenkaffeetrinken jährlich für 6 Mark Zucker! Für Tabak (jährlich 8 Mark) bleibt noch nicht so viel übrig, als man für Seife (8 Mark) braucht.

Aber selbst um die kümmerlichsten Haushaltsausgaben, welche Dr. Borchard zusammenstellt, zu decken, würde für die Landarbeiterfamilie eine Geldeinnahme von 800 Mark „bei großer Sparsamkeit" erforderlich sein. Der Verfasser verschweigt uns leider, wie das Gleichgewicht zwischen nothwendigen Ausgaben und wirklichen Einnahmen hergestellt wird. Denn der Mann verdient nach Dr. Borchard nicht mehr wie 2 Mark in 80 Akkordtagen, das sind 160 Mark — dazu 1,50 Mark in 220 Tagen, das sind 330, zusammen 490 Mark. Dazu kommt die Arbeit der Frau mit zwei Kindern, die nicht mehr wie 120 Mark einbringt. Das sind Alles in Allem 610, aber nicht 800 Mark, die uns als absolut nothwendiger Bedarf bezeichnet wurden.

Es scheint also, als ob von den sächsischen Landarbeitern ganz im Allgemeinen das gilt, was Dr. Borchard von den Witwen auf dem Lande mittheilt: sie hungern sich durch.

Für die Arbeiter aus dem Osten Preußens ist die Provinz Sachsen jedoch immer noch das gelobte Land, nach dem sie in hellen Schaaren ziehen, um einem noch elenderen Loose zu entgehen! —ms.

Notizen.

Die Zunahme des Pferdefleischkonsums in Frankreich. Heute haben im Allgemeinen die Konsumenten von Einhufern derart zugenommen, daß, wie es scheint, an vielen Orten außerhalb Frankreichs das Pferdefleisch viel theuerer ist, als vor 15 bis 20 Jahren, ohne jedoch so sehr im Preise gestiegen zu sein, wie in Dänemark seit mehreren Jahren und in Deutschland seit Kurzem. In Frankreich hat die Hippophagie (Pferdefleischesserei) erstaunliche Fortschritte gemacht, so daß an verschiedenen Plätzen sich die Metzger für das gewöhnliche Schlachtvieh bereits ernstlich über diese neue Konkurrenz beunruhigt haben. In Toulouse z. B., derjenigen französischen Stadt, wo das meiste Pferdefleisch im Verhältniß zu seiner Einwohnerzahl verbraucht wird, hat das Fleischersyndikat eine Art Komite gegen den Verkauf von Pferdefleisch gebildet.

In Paris ward die erste Fleischerei hierfür am 9. Juli 1866 eröffnet und die Anzahl der geschlachteten Pferde überstieg bis 31. Dezember desselben Jahres nicht 902: im Jahr 1869 stieg sie auf 2758, 1872 auf 5732 und 1877 auf 10 619 Stück. Im Januar des Jahres 1874 gab es in Paris 48 Pferdemetzgereien, die sich bis zum Januar 1889 auf 132 vermehrt hatten, und gegenwärtig kostet das Pferdefleisch ungefähr halb so viel, als das Ochsenfleisch entsprechender Qualität. So zum Beispiel wird der Lendenbraten vom Ochsen à Francs 2,50 per 500 Gramm verkauft, während derselbe vom Pferd 1,25 Francs kostet, und die niedereren Qualitäten zeigen gleiches Preisverhältniß: 40 und 60 Cent. gegen 20 und 30. Die nach dem Abschlachten von den Aufsehern als gesundheitschädlich saisirten Thiere beliefen sich von 1868 bis 1884, also in 17 Jahren, auf 3583 Stück bei einer Gesammtkonsumtion von 203 537 Stück; im Jahre 1886 auf 304 Stück gegen 18 435, die verbraucht wurden, und im Jahr 1887 auf 245 Stück gegen 16 446 Stück konsumirte.

In Lyon, Bordeaux, Orleans, Troyes und anderen Städten haben die Pferdeschlächtereien ebenfalls einen großen Absatz.

Und wie in Frankreich zeigt sich dieselbe Erscheinung in der ganzen zivilisirten Welt. Auch die Italiener fangen an, sich damit zu befreunden. In Mailand besteht ein großer Verbrauch von Pferdefleisch, während — sonderbarerweise — man es in Turin verschmäht, woselbst im Jahr 1888 nur 55 Pferde im Schlachthaus getödtet wurden, deren Fleisch insgesammt zur Ernährung der Thiere einer Menagerie verwendet wurde.

In Spanien wollte die Hippophagie bis jetzt nicht Eingang finden. Aber sie wird sich schon einbürgern. Das Fleisch abgerackerter Arbeitspferde ist unter der kapitalistischen Produktionsweise die entsprechende Nahrung abgerackerter Arbeitsmenschen — so weit deren Lohn ausreicht, ihnen diesen Luxus zu gestatten.

Die Ausrottung des amerikanischen Wildes. Die Eisenbahnen und der Mensch mit dem Gewehr sind Dinge, gegen welche das Wild nicht aufkommen kann, weder das große noch das kleine; erstere indem sie Distrikte zugänglich machen, die kürzlich noch entlegen und pfadlos waren, Wildnisse und Felsenschluchten, die ehedem noch kein menschlicher Fuß betreten hatte — und das Gewehr, der Hinterlader und namentlich der Magazintypus desselben, weil es selbst dem ungeübten Schützen einen Erfolg ermöglicht. Das letzte Glied in der großen Eisenbahnkette, welches die Verstecke des behuften Wildes in Nordamerika vollends blosgelegt hat, ist die neue transkontinentale Linie, die St. Paul-, Mineapolis- und Manitoba-Eisenbahn, nachdem sie in die letzten Zufluchtsstätten der Felsengebirgsziege, des Bergschafes, des Elenns und des kanadischen Waldrennthieres eingebrochen ist: Die den St. Marys-See einschließende Wildniß, das Kootenaygelände und andere wilde Distrikte sind nunmehr dem Jäger, dem Viehzüchter, dem Bergmann, dem Holzschläger, und dem Farmer geöffnet; sie bieten ihren Jagdgelüsten einen Tummelplatz, wie sie sich solchen nicht geeigneter wünschen können. Glücklicherweise befindet sich im Yellowstone Park noch eine Sammlung des edlen Wildes, das einstmals in ungezählten Tausenden den großen Kontinent der Union durchstreifte; was davon noch übrig ist, bedarf dringend des Schutzes gegen den Felljäger und den muthwilligen Thiervernichter.

In einem unlängst erschienenen Bericht des Herrn W. T. Hornaday berechnet derselbe das Quantum des jetzt noch lebenden Wildes in den Vereinigten Staaten und bespricht die Aussichten auf dessen Erhaltung. Die unnahbarsten Wildnisse von ehemals, sagt er, können jetzt innerhalb kürzester Frist von New York aus erreicht werden, und der Mann, welcher sich ehemals mit einer kaum besseren Waffe als der Donnerbüchse vergangener Jahrhunderte begnügte, kann heute einen gezogenen Hinterlader um achtzehn und einen zweiläufigen Schrot-Hinterlader um dreißig Dollar kaufen. Das Magazingewehr nun gar, sagt er, giebt selbst dem kläglichsten Sonntagsjäger Aussicht auf Erfolg; mit dem ersten Schuß scheucht er das Wild auf und überschüttet es alsdann, Schuß auf Schuß in unaufhörlicher Reihenfolge abgebend, mit einem wahren Bleihagel, bis das Thier zusammenbricht oder mit einer tödtlichen Wunde entkommt.

Einen weiteren wichtigen Faktor in der Thiervernichtung stellt der Farmer, der Alles umbringt, was ihm unterkommt, mag er es brauchen oder nicht.

Der amerikanische Bison in seinem wilden Zustand besteht schon nicht mehr, während es vor achtzehn Jahren noch Millionen davon gab. Das Elenn ist nach der Ansicht Hornaday's das zunächst auf den Aussterbeetat gesetzte Wild, da es leicht zu tödten ist und sein prachtvoller Kopf und massives Geweih sehr gesucht sind. Einstmals war es über die ganzen Vereinigten Staaten verbreitet, gegenwärtig ist es nur noch in Montana, Wyoming, Colorado, Oregon und Washington anzutreffen.

Die gabelgehörnte Antilope, jenes malerische Thier, wird in zehn Jahren außerhalb des Yellowstone Parks ebenfalls kaum mehr zu finden sein. Sie lebt in den Prairien, auf unbewaldeten Ebenen oder parkähnlichen Wiesen und jeder mit einem guten Gewehr versehene Pfuscher von Schütze kann ihr den Garaus machen.

Hirsche sind durch den Umstand vor ihrer totalen Ausrottung durch die amerikanischen Thiervernichter insoferne geschützt, als sie bis zu den arktischen Regionen schweifen, wohin ihre Feinde ihnen nicht zu folgen gute Gründe haben; für die Vereinigten Staaten werden diese edlen Thiere kaum noch zwanzig Jahre erhalten bleiben, nachdem deren heute sehr wahrscheinlich nicht einmal 150 Stück mehr existiren, und zwar namentlich in dem Norden von Maine, Minnesota und in den Hauptverzweigungen des Felsengebirges. Für den Kopf eines männlichen Hirsches bezahlt man gerne 75 Dollars.

Das Rennthier schweift in denselben Breiten wie der Hirsch, liebt aber glücklicherweise das Dickicht der Wälder, blätterreiches Gestrüpp und dichte Nadelholzwaldungen, so daß man ihm nicht so leicht beikommen kann. Die Felsengebirgsziege ist so gut wie erloschen; alle ihre Zufluchtsorte sind bekannt und sie wird rudelweise hingeschlachtet, so daß Hornaday vor kurzem 75 Felle davon gegerbt und appretirt, von einem Brookliner Gerber um 1½ Dollar das Stück kaufen konnte. Glücklicherweise besucht dieses Thier auch das vergletscherte Alaska, wohin ihm seine Vertilger nicht folgen. Das Gebirgsschaf oder Dickhorn theilt gleiches Geschick mit erwähnter Ziege. Die alte Hudsonbay-Pelzgesellschaft beginnt ihr Unternehmen aufzulösen, da keine Felle mehr zu haben sind, und ein alter, kürzlich vom Nordwesten zurückgekehrter Pelzhändler sagt, daß das Geschäft so gut wie todt sei, weil keine Pelze mehr feilgeboten würden.

Der Biber ist selten geworden, so daß die Fallensteller jetzt die einstmals verachtete Moschusratte und selbst das kleine weiße Kaninchen aufsuchen, um den Abgang des Bibers, der Otter, des Marders und des Zobels zu ersetzen. Luchs- und Bärenfelle sind sehr gesucht, diese Thiere werden aber ebenfalls auf den Aussterbeetat kommen, wenn die Verwüstung so fortgeht. Das südliche Pelz-Seekalb wird nächstens nur noch dem Namen nach existiren, dafür sorgen schon die pazifischen Küstenwilderer, die Alles, was ihnen unter die Augen kommt, erschlagen; das kalifornische Elephanten-Seekalb ist bereits erloschen, das Walroß selten und die große arktische Seekuh ist verschwunden, sowie deren Stammverwandter, das Manatum, eine Seltenheit. Ebenso nähern Wölfe und Füchse sich in den Vereinigten Staaten dem Ende ihrer Existenzperiode als Art, und auch die Singvögel haben in den Ausstopfern der Modistinnen ihre Würgengel, welche die Sänger des Waldes in ungezählten Tausenden hinopfern.

Feuilleton.

Die Lessing-Legende.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. IX.

Man sagt nun aber wohl: mag es mit dem Ergebnisse des siebenjährigen Krieges stehen wie immer, der Krieg als solcher, die Thatsache, daß ein deutscher Fürst sich mit fast übermenschlichem Genie sieben Jahre gegen eine Welt von Feinden aufrecht erhielt, alle die Reichsfeinde, die so lange auf deutschem Boden gehaust hatten, die Russen und die Ungarn, die Franzosen und die Schweden aufs Haupt schlug, diese Thatsache entzündete von Neuem den nationalen Geist des deutschen Volkes oder doch seiner protestantischen Mehrheit. Und in der That möchte eine derartige Ansicht noch dem Worte Goethe's von dem „höheren Lebensgehalte" am Nächsten kommen. Es fragt sich nur, ob die Zeitgenossen die Sache ebenso angesehen, ob die „patriotischen Kriegsthaten" Friedrichs ihnen den nationalen Geist eingeflößt haben, aus dem unsere klassische Dichtung entsprossen sein soll.

Dem Könige selbst würde diese Auffassung, wenn er sie lesen könnte, ungefähr so verständlich sein, wie die Sprache der Irokesen. Seine vorzüglichste Eigenschaft, die ernste und nüchterne Auffassung der Dinge, hat ihn stets vor allen Prahlereien bewahrt; er wollte nicht mehr sein, als ein Feldherr seiner Zeit, und er ist auch nicht mehr gewesen. Zwar haben jene ideologischen Ueberschwänglichkeiten neuerdings auch in der preußischen Militärliteratur einen starken Widerhall gefunden; seit zehn Jahren tobt in derselben — nicht gerade zum

Ruhm des klassischen Militärstaats — eine heftige Fehde darüber, ob Friedrich kraft einer genialen, seine Zeit um fünfzig oder hundert Jahre überflügelnden Voraussicht die napoleonische Strategie angewandt habe, welche in der schnellen Zertrümmerung des feindlichen Heeres durch die Schlacht ihr erstes und einziges Ziel erblickt, oder ob er den Krieg seines Jahrhunderts geführt habe, jenen bedächtigen, langsamen, methodischen Krieg, der sich dadurch gegenüber dem Feinde in Vortheil zu setzen sucht, daß er ihm diesen Landstrich oder jene Festung wegnimmt, daß er ihn durch allerlei künstliche Manöver, durch „Ombragen,“ „Jalousien,“ „Diversionen“ aus dem Felde bringen will, und daß er die Schlacht nur als äußerstes Mittel betrachtet, sozusagen als einen Nothbehelf, der erst im Falle der Noth anzuwenden ist, oder etwa noch, wenn ein sehr großer Vortheil auf sehr sicherem Wege erreicht werden kann. Nun bedarf es keines langen Nachdenkens, um zu erkennen, welche Ansicht die richtige ist. Die napoleonische Strategie beruht auf dem Volksheere, der Tirailleurtaktik und dem Requisitionssystem; sie hat zur Voraussetzung Massenarmeen, die sich schnell vorwärts bewegen, die tirailliren, d. h. auf jedem Gelände schlagen, und requiriren, d. h. durch Beschaffung der Lebensmittel von der Bevölkerung sich selbst verpflegen können. Das Heer des vorigen Jahrhunderts war dagegen ein Söldnerheer, das als solches an die Lineartaktik und an die Magazinverpflegung gebunden war. Es konnte wegen der Kostspieligkeit der Werbung über eine gewisse Zahl nicht hinauswachsen. Es konnte nur in starren Linien, das heißt zusammengehalten durch den Stock und die drohende Kugel der Offiziere, an den Feind gebracht werden, und es konnte somit fast nur auf freier Ebene schlagen. Es mußte endlich in den Lagern streng bewacht und demgemäß vom Kriegsherrn verpflegt werden; seine Bewegung war an die Magazine und die Bäckerei gebunden und somit seine Bewegungsfreiheit eine sehr beschränkte. Hätte Friedrich es auch nur an einem Tage mit der napoleonischen Strategie versucht und hätte er seine Söldner tirailliren und requiriren lassen, so wäre ihm an demselben Tage sein Heer nach allen vier Windrichtungen entlaufen.*)

Fast größer noch, als die praktische, war für Friedrich die psychologische Unmöglichkeit der napoleonischen Strategie. Er konnte auch nicht einmal im Traum darauf verfallen, so wenig wie etwa darauf, eine Feldeisenbahn oder einen Feldtelegraphen anzulegen. Auch das größte Kriegsgenie kann keine neue

---

*) von Bernhardi, Friedrich der Große als Feldherr. Hans Delbrück, Ueber die Verschiedenheit der Strategie Friedrichs und Napoleons (Historische und politische Aufsätze S. 227 u. ff.). Bernhardi und Delbrück sind die Chorführer des oben erwähnten Streits. Bernhardi's großes, zweibändiges Werk enthält sonst vieles Lehrreiche, wie denn Bernhardi überhaupt zu den besseren bürgerlichen Geschichtschreibern gehört, aber sein Grundgedanke von der napoleonischen Strategie Friedrichs ist völlig hinfällig. Delbrück widerlegt ihn auf wenig mehr als zwei Bogen durchaus treffend. An seinem Theil liefert Herr Delbrück aber wieder ein merkwürdiges Beispiel davon, welche seltsamen Schlachten sich die ideologische und die materialistische Geschichtsauffassung in einem und demselben Kopfe liefern können. Als Militärhistoriker weiß Herr Delbrück zwar keineswegs in erschöpfender, aber immerhin in weitreichender Weise, daß die jeweiligen ökonomischen Zustände die Art der Kriegführung bedingen, und er versteht diese Wissenschaft gegen Bernhardi trefflich zu verwerthen. Aber als Zivilhistoriker — wenn der Ausdruck erlaubt ist — feiert Herr Delbrück in demselben Bande seiner Aufsätze den preußischen Landrath als Verkörperung des „überlieferten germanischen Freiheitsbegriffs,“ der „in diesem harten Staate dem Rechte und der Ehre fortzuleben ermöglichte.“ Der thatsächliche Militärstaat Preußen paukt ökonomische Dialektik ein; der ideologische Rechtsstaat Preußen erzeugt ideologische Vorstellungen.

Strategie erfinden, die in letzter Instanz immer nur durch die ökonomische Entwicklung bestimmt wird. Die napoleonische Strategie heißt auch nicht so, weil sie von Napoleon erfunden wurde, sondern weil sie in den napoleonischen Kriegen zur höchsten Vollendung gelangte. Sie entstand ganz von selbst in dem amerikanischen Unabhängigkeitskriege, in welchem den englischen Söldnerheeren Rebellenhaufen entgegentraten, welche für ihre eigensten Interessen fochten, also nicht desertirten, wie geworbene Truppen, welche nicht exerzieren, aber desto besser aus ihren gezogenen Büchsen schießen konnten, welche deshalb den Engländern auch nicht in Linie und auf freier Ebene entgegentraten, sondern in aufgelösten, rasch beweglichen Schützenschwärmen und in den deckenden Wäldern. Es ist schon ein sehr hohes Lob für Friedrich, wenn man sagt, daß er von den amerikanischen Erfahrungen nicht ganz unbeeinflußt gewesen zu sein scheint, als er kurz vor seinem Tode Freibataillons aus Landeskindern zu bilden befahl, „Leute, die um sich wissen," die das Terrain benutzen lernen, die eine beweglichere und freiere, kurz eine mehr jägermäßige Ausbildung erhalten sollten.*) Damit war er den gelehrten Kriegstheoretikern seiner Zeit und allen seinen Offizieren schon weit voraus. Die verstanden die neue Strategie noch nicht einmal, als sie schon handgreiflich mit ihr zu thun hatten, als in den französischen Revolutionskriegen der neunziger Jahre zusammengeraffte Bauernhaufen ihre sozialen Interessen gegen die mit den österreichisch-preußischen Söldnerheeren zurückkehrenden Emigranten in ähnlicher Weise vertheidigten, wie die amerikanischen Farmer und Jäger gegen die englischen Söldner gekämpft hatten. Goethe erkannte mit dichterischem Seherblicke die Zeichen der Zeit, als er nach der Kanonade von Valmy den preußischen Offizieren sagte: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen," aber seine Hörer verstanden ihn nicht, und das mag man ihnen auch nicht so sehr verdenken, denn Goethe selbst empfand wohl, aber erkannte nicht, was er sagte; wie hätte er sonst zwanzig Jahre später in dem siebenjährigen Kriege einen „neuen höheren Lebensgehalt" entdecken können! Aber selbst gehäufte Erfahrungen belehrten die preußischen Offiziere nicht; die Söldnerheere blieben den französischen Freiwilligen auf lange hinaus noch in jedem Zusammenstoße taktisch überlegen und doch war Frankreich nicht zu besiegen. An dieser Thatsache ließ sich nicht rütteln, indessen ihre Gründe vermochte man nicht zu entdecken; man behandelte sie schließlich als einen sinnlosen Unfug, der aller bewährten Kriegskunst spotte, aber wohl oder übel anerkannt werden müsse. So rieth ein namhafter General der friderizianischen Schule, der Fürst von Hohenlohe-Ingelfingen, im Jahre 1794 zum Frieden mit Frankreich; von der Fortsetzung des Krieges sei ein günstiges Ergebniß nicht zu erwarten, da man „mit Narren eben niemals fertig" werde. Und ganz ähnlich äußerte sich gleichzeitig eine österreichische offizielle Denkschrift, „nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge" seien die Franzosen besiegt, aber sie brächen immer wieder mit „fürchterlicher Gewalt" wie ein „reißender Strom" hervor. Ja, noch in den Kriegen von 1813—1815 stand unter den Generalen der europäischen Koalition — neben dem früh gefallenen Scharnhorst — nur Gneisenau auf der vollen Höhe der napoleonischen Strategie; er hatte deshalb namentlich mit seinen preußischen Unterbefehlshabern, den Bülow und York, die heftigsten Kämpfe zu bestehen, und ebenso war er den verbündeten Monarchen, deren militärische Rathgeber, Knesebeck auf preußischer, Duka und Langenau auf österreichischer Seite, noch ganz in den militärischen Anschauungen

*) J. G. Droysen, Leben von York, I, 50.

des achtzehnten Jahrhunderts wurzelten, ein Dorn im Auge; in höfischen Kreisen spottete man über ihn und seinen Stab wohl als über „Wallensteins Lager." Selbst bei Waterloo kam die Lineartaktik im englischen Heere noch zur praktischen Anwendung, insofern ganz logischer Weise, als dies Heer aus geworbenen Söldnern bestand, aber es wäre ohne die rechtzeitige Ankunft der Preußen unter Blücher und Gneisenau eben auch verloren gewesen. Dem preußischen Heere ging die napoleonische Strategie erst Jahrzehnte später in Fleisch und Blut über durch die klassischen Schriften von Clausewitz, und ein preußischer General hat auf das thörichte Gerede von dem preußischen Schulmeister, der bei Königgrätz gesiegt habe, treffend geantwortet: „Ja wohl, der Schulmeister heißt Clausewitz." *)

Bei Lichte besehen, ist die ideologische Geschichtschreibung für Niemanden gefährlicher, als gerade für die „Großen Männer," welche sie über alles menschliche Maß hinaus aufzublähen sucht. In dem Streite über Friedrichs Strategie ist schon richtig gesagt worden, daß seine Feldzüge, wenn man sie an dem Maßstabe der napoleonischen Strategie mißt, nur gar sehr stümperhaft bestehen. Auch hier liegt Friedrichs wirkliche Bedeutung gerade darin, daß er sich völlig klar zu machen verstand, was er durfte und was er nicht durfte, was er konnte und was er nicht konnte; in gewissem Sinne muß man sogar sagen, daß die furchtbare Last der sieben Jahre nur deshalb auf ihn fiel, weil er ganz gegen seine Absicht einen Erfolg napoleonischen Schlages davontrug, der, mit napoleonischen Mitteln ausgebeutet, den Krieg mit einem Schlage beendet haben würde, aber der, da Friedrich eben keine napoleonische Strategie treiben konnte, zu einem verhängnißvollen Rückschlage für ihn selbst werden mußte. Sein Feldzugsplan von 1756 wurde in erster Reihe zwar dadurch gekreuzt, daß es dem sächsischen Heere mit knapper Noth noch gelang, sich in dem Felsenlager von Pirna zusammenzuziehen, mit dessen Aushungerung Friedrich eine für ihn kostbare Zeit verlieren mußte, aber in entscheidender Weise scheiterte er daran, daß Friedrich am 5. Mai 1757 das österreichische Heer in betäubender Weise schlug und zwei Drittel desselben in die Festung Prag warf. Oesterreich schien nunmehr allerdings wehrlos. Prag mußte fallen, und dann lag der Weg nach Wien offen, bis auf ein schwaches, unter Daun heranziehendes Ersatzheer. Aber als Friedrich diesem Heere mit einem Theile der Prager Belagerungstruppen entgegenzog, erlitt er am 18. Juni bei Kolin eine schwere Niederlage, die ihn zum sofortigen Rückzuge aus Böhmen, also zur völligen Preisgabe seiner bei Prag errungenen Erfolge zwang. Ueber die Schlacht von Kolin ist nun eine ganze Literatur entstanden, um zu beweisen, daß Friedrich, wenn General Manstein nicht diesen und der Prinz Moritz von Dessau nicht jenen Fehler begangen hätte, die Schlacht gewonnen haben und nach dem unter dieser Voraussetzung nicht mehr aufzuhaltenden Falle von Prag sofort nach Wien marschirt sein würde, um auf den Wällen der österreichischen Hauptstadt den Frieden zu diktiren. Indessen Clausewitz hat diese Literatur schon mit einem einzigen Federstriche beseitigt, indem er aus-

*) Ueber die ökonomische Entwicklung, welche zur Umwandlung der friderizianischen in die napoleonische Strategie führte, siehe Engels: Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft 140 u. ff. Will man die Ueberlegenheit der materialistischen Geschichtsauffassung auch auf diesem Gebiete erkennen, so vergleiche man die Darstellung von Engels mit dem kriegsgeschichtlichen Abrisse von Clausewitz (Vom Kriege III, 91 u. ff.). Es versteht sich, daß damit kein Schatten auf Clausewitz geworfen werden soll, dessen Schriften für das Erkenntnißvermögen seiner Zeit epochemachend waren und heute noch die vorzüglichste Quelle für die Theorie vom Kriege sind. Engels selbst nennt ihn an anderer Stelle einen „Stern erster Größe."

„Clausewitz ist für das Militair, was Goethe für das Civil," [illegible] [illegible] irgendwo in der [illegible].

führte, daß Friedrich, wenn er nicht schon bei Kolin gescheitert wäre, zu einem späteren Zeitpunkt hätte scheitern müssen, denn nach der Art der damaligen Kriegsverfassung und nach dem Umfange seiner Kriegsmittel sei es unmöglich gewesen, daß er ein feindliches Heer gefangen nahm, eine feindliche Hauptstadt eroberte oder gar den österreichischen Staat niederwarf. Die Richtigkeit dieser Bemerkung leuchtet so ein, daß auch die Friedrich-Mythologen sie anerkennen müssen; nur wenden sie ein, wenn Friedrich bei Kolin gesiegt hätte, so würden die Oesterreicher so erstarrt gewesen sein, daß sie sofort Frieden geschlossen hätten. Allein wenn man sich auf eine so luftige Beweisführung überhaupt einlassen will, so muß man vielmehr voraussetzen, daß die Größe des preußischen Erfolges in Wien nicht ent-, sondern ermuthigt haben würde. So klug waren Maria Theresia und Kaunitz auch, um den König in seinem eigenen Fette ersticken zu lassen. Indem die Friedrich-Mythologen ihrem Helden Uebermenschliches andichten, machen sie ihn aber wieder viel kleiner, als er war. Friedrichs eigentlicher Feldzugsplan, der eben durch den Uebererfolg bei Prag vereitelt wurde, ist neuerdings aus den englischen Archiven, aus den Papieren des bei Friedrich beglaubigten Diplomaten Mitchell bekannt geworden; er zielt einfach darauf ab, noch im Herbste von 1756 Sachsen und ein Stück von Böhmen in Pfandbesitz zu nehmen, und er beruht auf der psychologisch durchaus annehmbaren Hoffnung, die Oesterreicher und Sachsen würden dann doch wohl von dem für sie nunmehr um so schwierigeren Spiele abstehen. Dieser bescheidene Plan macht der klaren Einsicht des Königs in seine Lage ebenso große Ehre, wie ihn die Unterstellung, als ob er in napoleonischer Weise habe schlagen und siegen wollen, zum reinen Don Quixote stempelt.

Mit der Schlacht von Kolin war Friedrich in die Defensive zurückgeworfen. Freilich noch nicht ganz. Nach den Siegen bei Roßbach und Leuthen versuchte er im Frühjahre von 1758 noch einen Vorstoß nach Mähren, um sich in der Festung Olmütz ein für den Frieden zu verwerthendes Pfandobjekt zu sichern, allein Daun und Laudon zwangen ihn, die Belagerung aufzuheben und manöverirten ihn aus Mähren hinaus. Der Rest des siebenjährigen Krieges war nun nichts, als ein wüstes Kriegsgetobe in Sachsen und Schlesien, theilweise auch in der Mark; dasselbe entbehrte selbst jenes Scheins von dramatisch-heldenmäßiger Spannung, der dem Jahre 1757 noch anhaftet. Was Friedrich in den folgenden Jahren mit steifem Nacken und, wie Lassalle sagt, „das Gift in der Tasche" ertragen hat, das ist aller Achtung werth, und es würde auch aller Bewunderung werth sein, wenn der Preis des Kampfes ein menschlicher Kulturfortschritt und nicht blos die Stärkung des kulturfeindlichen Militarismus gewesen wäre. Allein die Friedrich-Mythologen thun der wirklichen Bedeutung des Königs abermals schweren Abbruch, wenn sie ihn als überwältigenden Genius und die feindlichen Feldherrn, ja Friedrichs eigene Generale als mehr oder weniger unfähige Leute hinstellen. Was wäre es dann für eine große Kunst gewesen, die Daun und Laudon zu besiegen? In Wirklichkeit konnten sich diese österreichischen Feldherrn mit Friedrich gar wohl messen; sie standen ihm nicht eigentlich in der individuellen Begabung, als vielmehr in einer anderen Beziehung nach, die Clausewitz sehr gut mit den Worten schildert: „Die Feldherrn, welche Friedrich dem Großen gegenüberstanden, waren Männer, die im Auftrage handelten und eben deswegen Männer, in welchen die Behutsamkeit ein vorherrschender Charakterzug war; ihr Gegner war, um es kurz zu sagen, der Kriegsgott selbst." Oder, um diesen mythologischen Vergleich mehr in die Sprache unserer kapitalistischen Zeit zu übersetzen: Friedrich war der Chef, der selbst an der Börse spekulirte, während die Daun und Laudon nur die Prokuristen waren, welche immer bei ihrem Chef

anfragen mußten, ehe sie das Vermögen des Hauses auf eine Karte setzten, und welche dann erst nach Wochen eine Antwort erhielten, die zu der inzwischen völlig veränderten Lage zu passen pflegte, wie die Faust aufs Auge. Worin aber die Daun und Laudon dem Könige selbst nachstanden, darin waren sie wieder den preußischen Generalen überlegen, die denn auch regelmäßig das Spiel zu verlieren pflegten — mit einziger Ausnahme der Schlacht von Freiberg, in welcher Prinz Heinrich zudem, wie schon Napoleon hervorgehoben hat, in der elenden Reichsarmee keinen irgend ernsthaften Gegner vor sich hatte. Die preußischen Generale durften nur bei „risque ihres Kopfes“ eine Festung oder eine Schlacht verlieren, was sie begreiflicher Weise nicht heldenmüthiger, sondern behutsamer machte, während Maria Theresia über Niederlagen ihrer Generale nachsichtiger zu urtheilen pflegte, bei ihrer Machtstellung freilich auch nachsichtiger urtheilen konnte.

Uebrigens ist der eben angezogene kapitalistische Vergleich für die Kriege des vorigen Jahrhunderts nicht gar so unpassend, wie er auf den ersten Anblick erscheinen könnte. Ihrer Form nach Kabinetskriege, waren diese Kriege ihrem Wesen nach Handelskriege, wie denn die handelspolitischen Gesichtspunkte, welche den Ursprung und den Verlauf des siebenjährigen Krieges bestimmten, schon in den vorigen Abschnitten dieser Darstellung angedeutet worden sind. Das Wesen dieser Kriege prägte aber auch der Art der Kriegführung ihren Stempel auf. Dieselbe war sozusagen ein finanziell-kalkulatorisches Geschäft. Man kannte ungefähr die Geldmittel, den Schatz, den Kredit seines Gegners; man kannte die Größe seines Heeres. Bedeutende Vermehrungen der finanziellen wie der militärischen Mittel waren im Augenblicke des Krieges ausgeschlossen. Das Soldatenmaterial war überall so ziemlich dasselbe; auch mußte es überall in gleicher Weise verwandt werden, das heißt mit großer Vorsicht, denn wenn das Heer zertrümmert wurde, so war kein neues zu beschaffen, und außer dem Heere gab es nichts. Nichts oder doch fast nichts. Denn kostbarer als der letzte Soldat war am Ende noch der letzte Thaler, für den man einen neuen Soldaten werben konnte. So beruhte der Erfolg dieser Kriege wesentlich auf einem genauen und sicheren Voranschlage des Kriegsetats, und in diesem Zusammenhange tritt Friedrichs schon erwähntes Wort von dem letzten Thaler als dem entscheidenden Faktor des Sieges erst in sein volles Licht. Es war für die damalige Zeit so richtig, daß es selbst dann galt, wenn dieser letzte Thaler, wie in Friedrichs Falle — ein falscher Thaler war. Nicht vermittelst seiner Siege hielt der König den siebenjährigen Krieg durch, denn in den beiden letzten Jahren desselben hat er überhaupt keine Schlachten geschlagen, und von den seit 1758 bis 1760 geschlagenen Schlachten sprechen seine Schriften in einer, seine Anbeter beschämenden Bescheidenheit fast mit entschuldigenden Worten. Vielmehr: er rettete sich und seine Krone nur durch die äußerste Erschöpfung des eigenen Landes, die fürchterliche Aussaugung Sachsens, die englische Subsidie und die — Münzverschlechterung. Auch hier thut sich eine verhängnißvolle Aehnlichkeit mit der Kipper- und Wipperzeit des dreißigjährigen Krieges auf.

Es ist nun aber klar, daß die Kriege des vorigen Jahrhunderts, wie sie jedes moralische Moralmittel verschmähten, auch keine moralischen Einwirkungen auf den Geist der Völker ausüben konnten. Ein guter Staatshaushaltsplan eines heutigen Finanzministers ist gewiß eine vortreffliche Sache und er kann den Staatsbürgern viel Geld ersparen, aber er kann doch nicht den nationalen Geist befeuern und neue Lessinge aus dem Boden stampfen. Genau so lag die Sache aber mit den Kabinetskriegen des vorigen Jahrhunderts. Allerdings scheint gerade der siebenjährige Krieg in einer Beziehung eine Ausnahme zu machen.

Friedrich selbst hat sich zeitweise sehr bemüht, dem Kriege den Stempel eines Religionskrieges aufzuprägen oder, wie er sagt, „diejenigen in Wuth entbrennen zu lassen, welche auch nur noch eine schwache Neigung für Martin Luther haben"; er hat zu diesem Behufe durch den Marquis d'Argens eine Anzahl gefälschter Schriftstücke anfertigen lassen, so namentlich jenes päpstliche Breve, durch welches der Papst dem Marschall Daun als Belohnung für den Ueberfall von Hochkirch einen geweihten Hut und Degen verliehen haben sollte, und er hat auch sonst den ihm gar nicht unebenbürtigen Gegner in sehr unköniglicher Weise als den „Mann mit der geweihten Mütze" zu verhöhnen gesucht.*) Allein dieser No-Popery-Spektakel war nicht auf die Bevölkerung, sondern die kleineren deutschen Höfe, und zwar nicht allein die protestantischen, berechnet. Unzweifelhaft spielte auf österreichischer Seite in dem siebenjährigen Kriege eine gewisse, wenn auch abgeschwächte und beschränkte Tendenz mit, die habsburgisch-päpstliche Herrschaft doch noch über ganz Deutschland auszudehnen; die französischen Diplomaten an den deutschen Höfen erklärten in ihren Berichten nach Versailles, auch die katholischen Reichsstände wären um die „deutsche Libertät" besorgt, und es sei dringend nothwendig, durch öffentliche Erklärungen diese Besorgnisse zu zerstreuen. Die österreichische Regierung verwahrte sich denn auch wiederholt gegen den Verdacht, als ob sie den westfälischen Friedensvertrag zu verletzen beabsichtige, indessen dieser Verdacht wuchs gewissermaßen von selber aus der Lage der Dinge hervor, und es war ein geschickter diplomatischer Schachzug Friedrichs, ihn nach Kräften zu nähren. Er that es auch nicht ohne Erfolg. Am Reichstage zu Regensburg verhinderte das Corpus evangelicorum, die Gesammtheit der protestantischen Reichsstände, durch ein eigenes Konklusum, daß die vom Wiener Hof beabsichtigte Reichsacht über ihn verhängt wurde, und wenn die „Reichs-Exekutions-Armee" noch viel elender ausfiel, als sie nach der verkommenen Reichsverfassung ohnehin ausgefallen wäre, so war es, weil die meisten Reichsstände, katholische wie protestantische, nur widerwillig und zögernd ihre schlecht ausgerüsteten Truppen stellten. Insofern hatte Friedrich allen Grund, dem Marquis d'Argens zu schreiben, daß dessen antipapistische Fälscherkunststücke ihm eine gewonnene Schlacht werth seien; nur daß er dabei einzig an die moralische Einwirkung auf die Höfe, aber keineswegs auf die Bevölkerungen dachte. Auch blieb dieser Erfolg in bestimmten Grenzen. Denn die kleinen deutschen Höfe waren viel zu ängstlich, als daß sie es zu einem selbständigen Entschlusse hätten bringen können; einige von ihnen, die gar zu dicht unter dem Griffe Friedrichs lagen, verbanden das Angenehme mit dem Sicheren, indem sie ihre Landeskinder als Hilfsvölker an England, das der Form nach nur mit Frankreich, aber nicht mit Oesterreich oder dem deutschen Reiche im Kriege lag, verkauften und vermietheten, in welchem Menschenschacher hoffentlich nicht auch noch ein „höherer Lebensgehalt" des siebenjährigen Krieges enthalten sein soll.

Dieser Krieg war ein Krieg wie alle Kriege des achtzehnten Jahrhunderts, die gemäß ihrer oben näher gekennzeichneten Art die bürgerliche Bevölkerung im

*) Beiläufig — obgleich die österreichische Regierung sofort erklärte, daß die Geschichte mit dem geweihten Hut und Degen eine Erfindung sei, und obgleich diese Erfindung seitdem Dutzende von Malen in der bündigsten und weitläufigsten Weise aufgedeckt ist, so erbt sie sich unverdrossen in der preußischen Geschichtschreibung weiter. Siehe Treitschke, Deutsche Geschichte, I, 60, Bernhardi, Friedrich als Feldherr, I, 28 u. a. m., der Werke „zweiten" und „dritten" Ranges zu geschweigen. Gegenüber der Zähigkeit der preußisch-patriotischen Fabel ist man versucht, in den ägyptischen Mumien beinahe nur Eintagsfliegen zu sehen.

Grunde gar nichts angingen. Und eben dies war die allgemeine Auffassung der Zeitgenossen auch vom siebenjährigen Kriege. Unter dem Eindrucke desselben schrieb Friedrich: „Der friedliche Bürger soll es gar nicht merken, wenn die Nation sich schlägt.“ Lessing aber schrieb in dem ersten Literaturbriefe: „Lieber will ich Sie und mich mit dem süßen Traume unterhalten, daß in unseren gesitteteren Zeiten der Krieg nichts als ein blutiger Prozeß unter unabhängigen Häuptern ist, der alle übrigen Stände ungestöret läßt und auf die Wissenschaften weiter keinen Einfluß hat, als daß er neue Xenophons, neue Polyben erwecket.“ Und Clausewitz schreibt über die Kriege des achtzehnten Jahrhunderts: „Der Krieg wurde nicht blos seinen Mitteln, sondern auch seinem Ziele nach immer mehr auf das Heer selbst beschränkt. Das Heer mit seinen Festungen und einigen eingerichteten Stellungen machte einen Staat im Staate aus, innerhalb dessen sich das kriegerische Element langsam verzehrte. Ganz Europa freute sich dieser Richtung und hielt sie für eine nothwendige Folge des fortschreitenden Geistes. Obgleich hierin ein Irrthum lag, . . . so hatte allerdings diese Veränderung eine wohlthätige Wirkung für die Völker; nur ist nicht zu verkennen, daß sie den Krieg noch mehr zu einem bloßen Geschäfte der Regierung machte und dem Interesse des Volkes noch mehr entfremdete.“ Das sind gleich drei klassische Zeugnisse auf einmal, aber es seien ihnen auch noch einige bezeichnende Thatsachen hinzugefügt!

Als Friedrich sich einmal in Leipzig mit Gottsched über deutsche Literatur unterhalten hatte, sandte er ihm nachher eine französische Ode an den „sächsischen Schwan“ zu, und Gottsched antwortete öffentlich in einem überschwänglichen Huldigungsgedichte, das mit den Worten schloß: „Und dein Bewunderer bleibt der Deine.“ Ueber diese Albernheit hat Lessing weidlich gespottet, aber Niemand hat zu jener Zeit das geringste Arg darin gefunden, daß ein kurfürstlich sächsischer Professor in solcher Weise den Eroberer seines Landes, den Todfeind seines Landesherrn öffentlich anschmeichelte; was heute als eine landesverrätherische Infamie erscheinen würde, erschien damals als ganz natürlich oder wurde höchstens wegen seiner ästhetischen Geschmacklosigkeit verlacht; so sehr betrachtete sich die bürgerliche Bevölkerung als außerhalb des Kriegszustandes. Sehr lehrreich ist auch der Briefwechsel, den der in Leipzig lebende Lessing im Jahre 1757 mit seinen Berliner Freunden Moses Mendelssohn und Nicolai führte. Das Jahr 1757 war das einzige des siebenjährigen Krieges, welches eine gewisse Heldenverehrung hervorrufen zu können schien. Die Schlacht bei Prag als die gewaltigste des Jahrhunderts; dann der jähe Glücksumschlag von Kolin; endlich aus dem tiefsten Falle wieder ein schnelles Aufsteigen in dem lustigen Siege von Roßbach und dem glänzenden Siege bei Leuthen! Was mögen darüber wohl Friedrichs Geistesverwandter und Mitrevolutionär Lessing und der brandenburgisch-preußische Patriot Nicolai in ihren Briefen vor lauter Herzenslust geschwatzt haben! Nun — gar nichts, so zu sagen. Man findet in ihrem Briefwechsel aus dem Jahre 1757 weitläufige Erörterungen über die Theorie der Tragödie, allerlei Tüfteleien über grammatikalische Unklarheiten in Klopstock's Messias, Berathungen über Druck und Verlag der „Bibliothek der schönen Wissenschaften,“ welche die Preußen Mendelssohn und Nicolai endlich bei einem sächsischen Verleger unterbringen — aber vom Kriege? So zu sagen nichts; es sei denn, daß man Lessing's Mittheilung, der Dichter Ewald von Kleist sei als Major zu dem in Leipzig garnisonirenden Hauser'schen Infanterieregiment kommandirt worden, oder Moses' Neckerei, Lessing sei wohl zum Schutze für die Kurmark angeworben worden, da er so lange auf Antwort warten lasse, für etwas nehmen will.

Immerhin, wenn Lessing und Moses, welche für jene Zeit als die vorgeschrittensten Elemente der bürgerlichen Bevölkerung in Deutschland gelten können, im Allgemeinen noch dem Kriege gleichgiltig gegenüber stehen, so bricht doch in ihnen schon die Erkenntniß jenes „Irrthums“ durch, von dem Clausewitz spricht; nur nach einer ganz anderen Richtung hin, als die Theorie des „höheren Lebensgehalts“ erwarten lassen sollte. In der oben angeführten Aeußerung Lessing's von dem „süßen Traum“ leuchtet bereits der Zweifel hervor, der in den unmittelbar vorhergehenden Sätzen noch klarer hervortritt. Dieselben lauten: „Der Friede wird ohne sie (die Musen) wiederkommen; ein trauriger Friede, von dem einzigen melancholischen Vergnügen begleitet, über verlorene Güter zu weinen. Ich rufe ihren Blick aus dieser finstern Aussicht zurück. Man muß einem Soldaten sein unentbehrliches Geschäft durch die bejammernswürdigen Folgen desselben nicht verleiden.“ Und ganz ähnlich schreibt Moses an Lessing im Jahre 1757, indem er ihn bittet, Leipzig als einen Ort der Unruhe, der Betrübniß und der allgemeinen Verzweiflung zu verlassen: „Kommen Sie zu uns, wir wollen in unserm einsamen Gartenhause vergessen, daß die Leidenschaften der Menschen den Erdball verwüsten. Wie leicht wird es uns sein, die nichtswürdigen Streitigkeiten der Habsucht zu vergessen, wenn wir unsern Streit über die wichtigsten Materien, den wir schriftlich angefangen, mündlich fortsetzen werden!“ *) Merkwürdig, daß diese Wortführer der bürgerlichen Klassen und diese Bahnbrecher unserer klassischen Literatur bei einem kritischen Blick auf den siebenjährigen Krieg nicht von Sympathie, sondern von Antipathie überfließen! Merkwürdig oder vielmehr nicht merkwürdig! Denn jene Vorstellung, daß der Krieg die bürgerliche Bevölkerung nichts angehe, war doch nur möglich, weil und so lange diese Bevölkerung allen politischen Selbstbewußtseins entbehrte; mit diesem Selbstbewußtsein mußte sofort die Erkenntniß erwachen, daß sie allein die Kosten des Krieges zu tragen habe und daß jene „wohlthätige Wirkung,“ welche eine „nothwendige Folge des fortschreitenden Geistes“ zu sein schien, gerade um den Preis jeden „höheren Lebensgehalts“ erkauft werde. Der siebenjährige Krieg konnte die bürgerliche Bevölkerung noch gleichgiltig lassen und ließ sie noch gleichgiltig, aber soweit er etwa eine Empfindung in ihr erweckte, war es eine Empfindung des Abscheus, nicht eine Empfindung des bürgerlichen Selbstbewußtseins oder des nationalen Stolzes. Die letztere Empfindung konnten die bürgerlichen Zeitgenossen aus dem siebenjährigen Kriege ebenso wenig schöpfen, wie Friedrich diesen Krieg nach der napoleonischen Strategie führen konnte. Selbst die bloße Vorstellung eines solchen Zusammenhanges war nicht eher möglich, als bis die amerikanischen und französischen Revolutionskämpfe dem Kriege eine ganz andere Form und einen ganz anderen Inhalt gegeben hatten, und in der That hat Goethe erst unter dem frischen Eindruck des napoleonischen Kriegszeitalters dem siebenjährigen Kriege eine Bedeutung untergelegt, welche derselbe für die bürgerlichen Zeitgenossen nicht hatte und schlechterdings nicht haben konnte.

Soviel zur historischen Kritik der Lessing-Legende in ihrer zweiten und zugleich auch noch in ihrer ersten Gestalt. War es nothwendig, etwas weit auszuholen, um so verjährten und versteinerten Irrthümern, die unter dem Schutze so großer Namen stehen, auf den Grund zu gelangen, so wird sich die dritte Gestalt der Lessing-Legende desto schneller erörtern lassen, die byzantinische Knechtsgestalt nämlich, welche sie im neuen deutschen Reiche angenommen hat.

(Schluß folgt.)

*) Lessing's Werke, XX, 2, 64. Ausgabe von Hempel.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 26. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Vom Welfenfonds.

✓ Berlin, 16. März 1892.

Der Kampf um den Welfenfonds ist noch einmal in hellen Flammen entbrannt, wenn auch nur in Flammen, die unschädlich verlodern werden. Der preußische Landtag wird keinen Anstoß daran nehmen, daß er in etwas demüthigenden Formen zu dem Ausgleiche der Krone Preußen mit dem Herzog von Cumberland zugezogen worden ist, daß er nicht selbst mitthaten, sondern nur die Krone bevollmächtigen soll, mit dem Prätendenten a. D. abzuschließen. Er wird sein Ja und Amen sagen und die vierzig oder wie viel Millionen Mark, um die es sich handelt, werden „bis an das Ende aller Dinge" in den Welfenschatz übergehen.

Ueber diese praktische Seite der Sache herrscht denn auch keinerlei Meinungsverschiedenheit. Dagegen streitet man über die Rechtsfrage, und neben einzelnen bürgerlichen Blättern vertritt, so viel wir sehen, die sozialdemokratische Tagespresse wohl durchweg die Ansicht, daß der Fonds von Rechtswegen dem preußischen Staate, nicht aber dem Herzog von Cumberland gehöre. Formell läßt sich diese Ansicht unseres unmaßgeblichen Erachtens nicht siegreich durchfechten. Wie durchschlagend immer die Gründe waren, welche Waldeck und andere bürgerliche Demokraten des preußischen Landtags gegen den am 29. September 1867 zwischen dem Ex-König von Hannover und dem preußischen Staate abgeschlossenen Vertrag vorzubringen hatten, so können diese Gründe doch jetzt nicht mehr gegen das Uebereinkommen geltend gemacht werden, denn der Vertrag ist im Februar 1868 auch von beiden Häusern des preußischen Landtags genehmigt und damit rechtskräftig geworden. Es läßt sich formell an ihm so wenig rütteln, wie etwa an einem Handelsvertrage, der vom Bundesrathe und Reichstage beschlossen worden ist, mag auch in beiden Körperschaften eine Minderheit noch so triftige Gründe dagegen entwickelt haben.

Man sucht die Rechtsungiltigkeit des Vertrages nun aber noch durch zwei andere Gründe zu beweisen. Erstens nämlich habe — so führt man aus — der König Georg kein Recht gehabt, über die hannöverischen Domänen zu verfügen, und zweitens habe er seinerseits den Vertrag gebrochen. Der erste Punkt erledigt sich dadurch, daß der König in dieser Urkunde gar nicht über die

hannöverischen Domänen verfügt. Der Vertrag will ein „Arrangement betreffs der Vermögensverhältnisse“ des Königs treffen und bewilligt ihm „zum Ausgleiche“ und „als Ersatz“ seiner bisherigen Einkünfte die unter dem Namen des Welfenfonds bekannten Vermögensobjekte; zu allem Ueberflusse erklärten die preußische Regierung und die Redner der Landtagsmehrheit aber auch noch, daß sie schlechterdings keine Rechtsansprüche des Königs Georg durch den Vertrag befriedigen, sondern nur einen Akt der politischen Großmuth üben wollten. Und was den zweiten Punkt anbetrifft, so hat der König Georg zwar seinerseits nach Ansicht des anderen Vertragschließenden den Vertrag gebrochen und die preußische Regierung hat auch ihre grundsätzliche Auffassung am 2. März 1868 dahin kundgegeben, daß sie „wegen der auf Losreißung einer Provinz des preußischen Staates gerichteten Handlungen des Königs Georg“ nach den Gesetzen des Landes zur „gerichtlichen Beschlagnahme des gesammten Vermögens desselben“ berechtigt sein würde. Allein sie hat zugleich erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die „erhabenen Gesinnungen“ des Königs Wilhelm und „die frühere Stellung“ des Königs Georg auf das gerichtliche Verfahren verzichte und „auf anderem Wege die reichen Hilfsmittel, welche dem König Georg vom Staate bewilligt sind, für letzteren so lange unschädlich“ machen werde, „bis für das Verhalten des Königs Georg diejenigen Bürgschaften erlangt sein werden, welche sich nach seinem bisherigen Verhalten als nothwendig herausgestellt haben.“ So heißt es wörtlich in der Begründung der Verordnung, welche die Beschlagnahme verfügte und welche ein Jahr später in diesem Punkte wiederum die uneingeschränkte Zustimmung des Landtags erfahren hat. Sind also die gedachten „Bürgschaften“ gegeben, das heißt sieht die preußische Regierung und Volksvertretung den Brief des Herzogs von Cumberland an den gegenwärtigen Kaiser als eine solche „Bürgschaft“ an, so bleibt gar nichts anderes übrig, als den Welfenfonds dem rechtmäßigen Erben des Königs Georg auszuliefern.

Gerne bereit, uns eines Besseren belehren zu lassen, haben wir nach der formal-rechtlichen Seite hin zunächst nur die eben entwickelte Auffassung aus einer sorgfältigen Prüfung der Akten gewinnen können. Nach der moralisch-politischen Seite hin drängt sich bei einer solchen Prüfung allerdings auch die Ueberzeugung auf, daß es keineswegs Vorliebe für das ehemalige hannöverische Königshaus war, welches den damaligen Grafen Bismarck die Sache so niet- und nagelfest machen ließ. Als Grund der Beschlagnahme-Verordnung diente hauptsächlich die sogenannte „Hannöverische Legion,“ eine etwas mythische Erscheinung der Zeitgeschichte. Sie war von zwei hannöverischen Junkern geworben worden, den Herren v. Holle und v. Meding, die später sich zu Bismarck bekehrt haben und von ihm aus dem Welfenfonds gefüttert worden sind. Was an der „Welfenlegion“ Thatsache war, kannte die preußische Regierung schon im Frühjahr 1867, zur Zeit der Luxemburger Frage, wie die im Ministerium des Innern redigirte „Provinzialkorrespondenz“ ausdrücklich feststellte. Nach dieser Quelle sammelte sich die Legion in Holland und begab sich nach Beseitigung des Luxemburger Zwischenfalls in die Schweiz, „wo sie in fester militärischer Eintheilung verblieb und aus Mitteln des Königs Georg fort und fort ihren Unterhalt erhielt.“ Dies wußte die preußische Regierung und schloß gleichwohl im September desselben Jahres den Vertrag mit dem König Georg ab. Ja, noch mehr! „Vor kurzem,“ so schreibt jenes halbamtliche Blatt am 19. Februar 1868, „marschirte die Legion ‚mit Hilfe österreichischer Pässe‘ nach Frankreich, wo sie im Elsaß unmittelbar an der deutschen Grenze sich lagerte, aber bald von den französischen Behörden zerstreut wurde. Dies wußte Bismarck wiederum, als er von dem preußischen Land-

tage unter Stellung der Kabinetsfrage die Zustimmung zu dem Septembervertrage sozusagen erzwang. Nach erlangter Zustimmung, aber noch bevor der Vertrag durch die Veröffentlichung im „Staatsanzeiger“ die Rechtskraft beschritten hatte, trat das zweite Ereigniß in die Erscheinung, welches die Beschlagnahme des Welfenfonds begründen sollte. Am 22. Februar 1868 feierte das hannöverische Königspaar in Hietzing bei Wien seine silberne Hochzeit; dazu kamen ein paar Hundert Gäste aus Hannover, und es wurden einige lärmende, aber natürlich ganz ungefährliche Reden und Toaste über die Wiederherstellung des Welfenreichs verbrochen. Erst am 29. Februar wurde der Landtag geschlossen, und die Thronrede sprach ihm noch einen besonders feierlichen Dank für die Genehmigung des Septembervertrages aus. Zwei Tage darnach, am 2. März, erfolgte die Veröffentlichung des Vertrages, aber ihm nach auf dem Fuße erschien die Verordnung wegen Beschlagnahme des Welfenfonds, eine Verordnung, die nach der preußischen Verfassung, wohlgemerkt, nur dann gesetzliche Kraft beanspruchen konnte, wenn der Landtag nicht beisammen war; andernfalls bedurfte sie der Genehmigung durch die Volksvertretung. Sie hat diese Genehmigung dann nachträglich in der nächsten Session des Landtags, ein Jahr später, durch die konservativ-nationalliberale Mehrheit erhalten, die nunmehr an dem fait accompli nicht mehr zu rütteln wagte. Aber auf die begreifliche Verwunderung der fortschrittlichen Minderheit darüber, aus welchem Grunde denn Bismarck bei völliger Kenntniß der „welfischen Umtriebe“ den Septembervertrag überhaupt Gesetzeskraft habe gewinnen lassen oder weshalb er sich nicht wenigstens mit dem Landtage gleich über die Beschlagnahme verständigt habe, wußte die zartfühlende Seele nur zu antworten, bei der „Lügenhaftigkeit der feindlichen Blätter“ wäre sein „Verhalten jedenfalls entstellt worden“ und er hätte die preußische Regierung nicht dem Vorwurfe einer „unwürdigen Komödie“ aussetzen wollen. Mit welcher Würde er sich dann, lange nachdem die „Welfenlegion“ vollends ins Reich der Mythen und auch König Georg ins Reich der Schatten gewandert waren, in der „unwürdigen Komödie“ gefallen hat, die Beschlagnahme des Welfenfonds aufrecht zu erhalten, angeblich wegen welfischer Umtriebe und thatsächlich wegen seiner Korruptionszwecke, das weiß die Welt.

Zweifelhaft dürfte es allerdings sein, ob Bismarck von Anfang an die Dotation der entthronten Fürsten nur betrieb, um sich einen großen Korruptionsfonds für die Zwecke seiner „genialen“ Staatskunst zu sichern. Es mag schon etwas an dem offiziösen Geraune von dem dringenden Wunsche an maßgebendster Stelle gewesen sein, mit dem der Landtag im Jahre 1868 auch zur Bewilligung der Welfenmillionen angetrieben wurde. König Wilhelm I. hat sich wohl in seinem legitimistischen Gewissen schwer bedrängt gefühlt, weil er einen König von Gottes Gnaden und seinen leiblichen Vetter dazu gewaltsam entthront hatte, und er ist sicherlich zu der überschwänglichsten Abfindung geneigt gewesen. Aber diese Stimmung des Königs kam den Plänen Bismarck's insofern fördernd entgegen, als sie ihm erleichterte, den Fonds aus der Kontrole der Volksvertretung zu bringen und ihn dem Welfenhause so zu sichern, daß kein Mäuslein mehr einen Faden davon abbeißen konnte. Dem Welfenhause, d. h. sich selbst und seinen Korruptionszwecken. Für diesen Rollentausch brauchten nur von Zeit zu Zeit welfische Schreckgespenster an die Wand gemalt zu werden, und dafür sorgten schon die Söldlinge des Welfenfonds selbst. Das Gewissen des Königs mußte beruhigt sein, so lange der Fonds unter allen Umständen dem Welfenhause gesichert war und dies Haus freiwillig darauf verzichtete, die goldenen Aepfel zu pflücken, weil es auf den Krieg gegen den Spender nicht verzichten mochte. In

gleichem Maße, wenn auch aus ganz anderen Gründen, mußte Bismarck darauf bedacht sein, das Eigenthumsrecht der Welfen an dem Schatze zu sichern, denn nur unter dieser Voraussetzung öffneten ihm seine phantastischen Gebilde vom Welfenschrecken den geheimen Zugang zu der Schatzkammer.

Wäre er noch am Ruder, so würden diejenigen Deutschen, in deren Namen er sprechen durfte, noch heute nichts fürchten, als Gott und die Welfen. Aber die Männer des neuen Kurses fanden die wachsende Last der Schande, die sich an den Welfenfonds knüpft, zu schwer, um sie länger tragen zu können oder zu wollen, und nunmehr zeigte sich, daß der „Herkules des Jahrhunderts" mit seiner wunderbaren Diplomatie glücklich für den — Welfensproß als lachenden Erben gearbeitet hatte. Zudem verstand der Herzog von Cumberland mit dem seinem Geschlechte eigenen Instinkte die Zeichen der Zeit. Wie sein Großvater trotz aller schwindelnd hohen Begriffe vom Gottesgnadenthum doch als König von Hannover der Königin Victoria den Unterthaneneid leistete, um seine englische Apanage weiter zu beziehen, wie sein Großvater und sein Vater trotz ihrer angeblich göttlichen Berufung auf den Thron vor einem halben Dutzend Staatsstreiche nicht zurückschreckten, um Domänen und Forsten aus der Tasche des Volks in ihre Tasche zu wirthschaften, so wechselte er gern eine luftige Erbschaft von Gottes Gnaden gegen vierzig oder wie viel Millionen Mark und eine — handhafte Erbschaft von Gottes Gnaden ein. Es ist nämlich nicht abzusehen, wie dem Herzog von Cumberland nach seiner freundschaftlichen Einigung mit dem Reichsoberhaupte noch der Herzogshut von Braunschweig vorenthalten werden soll. Sind seine Ansprüche auf den Welfenfonds niet- und nagelfest, so erst recht seine Ansprüche auf die Erbfolge in Braunschweig. Nach der braunschweigischen Landtags-Ordnung vom 12. Oktober 1832 wird die Herzogswürde von Braunschweig in dem „fürstlichen Gesammthause Braunschweig-Lüneburg" vererbt; seit dem Tode des kinderlosen Herzogs Wilhelm ist der Herzog von Cumberland der legitime Herzog von Braunschweig. So lange er im Kriegszustande mit dem Deutschen Reiche stand oder zu stehen schien, konnte ein triftiger Grund vorliegen, ihn an der Ausübung seiner legitimen Herrscherrechte zu hindern, aber nach seinem Briefwechsel mit dem Kaiser fehlt jeder Grund oder Scheingrund dazu. Ihm jetzt den feierlichen Einzug als Landesherrscher in die Stadt Heinrichs des Löwen zu verwehren, hieße das Recht von Gottes Gnaden noch viel ärger verletzen, als es bei der wenigstens in offenem Kriege erfolgten Entthronung seines Vaters verletzt worden ist. Unbegreiflich, wie sich die durch und durch monarchischen Seelen unserer bürgerlichen Presse über einen so einfachen und klaren Thatbestand täuschen können!

Aber wir haben uns ihren Kopf nicht zu zerbrechen, und vielleicht üben sie im stillen Kämmerlein auch schon ihre Kehlen zu einem Hurrah hoch! für den neuen Landesvater. Die arbeitenden Klassen können sich gut und gerne genügen lassen an der Geschichte des Welfenfonds, den sie aus den Tagen des Sozialistengesetzes ohnehin in liebevoller Erinnerung haben. Lernen sie Alles, was daraus gelernt werden kann, so haben sie trotz alledem ein viel besseres Geschäft gemacht, als der Welfensproß mit seinem Vierzig-Millionen-Fonds und seinem Herzogshute obendrein.

Die Sozialdemokratie und der Kampf gegen die Stückarbeit.

Entgegnung auf den Artikel von F. Domela Nieuwenhuis: „Die Stückarbeit und der Sozialismus.“

Nachdem zwei Genossen, die selbst Arbeiter sind, aus dem Gesichtspunkt direkter eigener Erfahrungen und Beobachtungen den Ausführungen des Genossen Nieuwenhuis über die Stellung der Sozialdemokratie zur Stückarbeit entgegengetreten sind, erscheint es zeitgemäß, nunmehr zusammenfassend neben den von ihnen bereits erörterten auch die sonstigen Argumente zu untersuchen, mit denen Nieuwenhuis seine Stellungnahme begründet zu haben glaubt.

Ich könnte mir freilich die Mühe ersparen und einfach erklären, daß Alles, was Genosse Nieuwenhuis zu Gunsten der Stückarbeit vorbringt, bereits Punkt für Punkt widerlegt ist im „Kapital“ von Karl Marx, 6. Abschnitt, Kapitel 17, „Der Stücklohn,“ aber damit würde ich mir wahrscheinlich von Seiten jedes gesinnungstüchtigen Ketzers — und wer ist heutzutage nicht Ketzer? — lediglich ein ironisches Achselzucken zuziehen, und mit den Worten: „Pah, er ist ein Gläubiger, er schwört auf den Papst,“ würde über mich und das „Kapital“ zur Tagesordnung übergegangen werden. Im Ernst gesprochen, es hat mir leid gethan, Nieuwenhuis mit solch' banalen Worten wie „Papst“ und „Ketzer“ operiren zu sehen. Ich denke, es giebt in der Sozialdemokratie weder das Eine noch das Andere, es giebt nur Menschen, die in vielen Punkten übereinstimmen, in anderen auseinander gehen, von denen sich jeder einmal in der Mehrheit, das andere Mal in der Minderheit befinden mag. So wenig ich nun Intoleranz von Seiten der Mehrheit das Wort reden will, ebenso wenig kann ich der Sitte Geschmack abgewinnen, die Mehrheit als eine gedankenlose Masse hinzustellen, während die Minderheit als solche bereits eine höhere Intelligenz repräsentire. Dieser, dem heutigen Gebrauch des Wortes „Ketzer“ zu Grunde liegende Minderheitskultus ist meines Erachtens nirgend weniger angebracht als in der Sozialdemokratie. Minderheiten sind durchaus nicht immer die Vertreter neuer Wahrheiten, sie können auch die Anwälte recht alter Irrthümer sein. Lassen wir daher alle derartigen Titulationen aus dem Spiel und beschränken wir uns auf die sachliche Diskussion. Ich werde also zu beweisen suchen, einmal daß Nieuwenhuis sich sehr mit Unrecht auf Marx als Gewährsmann gegen die Resolution des Brüsseler Kongresses beruft, und zweitens daß das, was Nieuwenhuis anscheinend Neues gegen dieselbe vorbringt, selbst wenn es neu wäre, durchaus nicht richtig ist.

Was also hat Nieuwenhuis an der Brüsseler Resolution auszusetzen?

Zunächst, um dies vorwegzunehmen, das Stück „Possibilismus,“ das sie angeblich enthält. Sie fordert die Arbeiterorganisationen auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die möglichste Beseitigung des Systems der Stückarbeit in der heutigen Gesellschaft zu wirken. Wozu dies Wort „möglichste Beseitigung,“ fragt Nieuwenhuis, könne man vielleicht auch „das Unmögliche beseitigen?“ Es scheine, der Possibilismus sitze „hier und da so tief, daß man ihn überall hineinzieht. Selbst im Impossibilismus steckt hier noch der Possibilismus.“

Mir scheint, daß Genosse Nieuwenhuis da statt gegen eine Sache, gegen ein Wort eifert. Ein umgekehrter Mirabeau will er das Wort „möglich“ aus der Sprache verbannen. Wo er von diesem „imbecile de mot“ hört, wittert er verwerflichen Possibilismus. Aber, Freund Nieuwenhuis, das heißt nicht gegen,

sondern für den Possibilismus eintreten, wenn man den Gegensatz ins Absurde übertreibt. Unser Können stößt überall auf Grenzen, die ihm durch die Natur der Verhältnisse gezogen sind, unser ganzes Streben ist auf „möglichste“ Beseitigung von Uebelständen in Natur und Gesellschaft gerichtet, und wenn sich auch die Grenze dessen, was möglich ist, im Laufe der Entwicklung verschiebt, so wird es doch nie an einer solchen fehlen; zu absoluter Vollkommenheit wird die Menschheit es nie bringen. Possibilist im etymologischen Sinne des Wortes ist jeder vernünftige Mensch, wie jeder Mensch mit gesunden fünf Sinnen sein Handeln so einzurichten sucht, daß es zur rechten Zeit und Gelegenheit erfolgt, wodurch er — „Opportunist“ wird. Mit Worten kann man Alles beweisen, es kommt nur darauf an, in welchem Sinne man sie braucht.

Nehmen wir das Wort „possibilistisch“ in seinem politischen Sinne, d. h. als Ausdruck für das Preisgeben wichtiger Grundforderungen zu Gunsten kleiner naheliegender Erfolge, so trifft keineswegs in Bezug auf die Brüsseler Resolution, sondern gerade in Bezug auf das, was Nieuwenhuis im Gegensatz zu ihr vorschlägt, seine Behauptung zu: selbst im Impossibilismus steckt hier noch der Possibilismus.

Die Brüsseler Resolution sagt den Arbeitern: die Stückarbeit mit ihren schlimmen Folgen ist ein nothwendiges Erzeugniß der kapitalistischen Produktion und wird daher erst vollständig mit ihr verschwinden. So lange es nun euren Bemühungen noch nicht gelingt, dieser ein Ende zu machen, sucht wenigstens das Ausbreiten jener, wo ihr nur könnt, und mit welchen Mitteln ihr nur könnt*), zu verhindern.

Falsch, sagt Nieuwenhuis. Eines sozialistischen Kongresses würdiger wäre es gewesen, zu folgern, daß die nachtheiligen Folgen der Stückarbeit im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht zu beseitigen sind und die Arbeiter daher mit allen Mitteln für die Aufhebung des Lohnsystems zu arbeiten haben.

Bis soweit ist alles gut „impossibilistisch.“ Entweder Alles oder Nichts, das ist ein Standpunkt, der an Radikalismus nichts zu wünschen übrig läßt. Aber Nieuwenhuis bleibt dabei nicht stehen. Die Arbeiter sollen die Stückarbeit nicht deshalb unangetastet lassen, weil dieselbe nun einmal ein nothwendiges Erzeugniß der kapitalistischen Produktionsweise ist und erst endgiltig mit derselben beseitigt werden kann, sondern weil vielmehr das Prinzip der Stückarbeit gar nicht so übel und nur ihre Form heute meistens eine verkehrte oder schädliche ist. Den Kampf gegen das Wesen der Stückarbeit sollen sie aufgeben, aber den Kampf gegen gewisse schädliche Formen der Stückarbeit mögen sie fortsetzen.

Das ist, gleichviel ob in der Sache selbst richtig oder falsch, jedenfalls possibilistischer als der Satz in der Brüsseler Resolution, gegen den Nieuwenhuis sich wendet. Die Arbeiter sollen die Stückarbeit als in der heutigen Gesellschaft unabwendbar hinnehmen und vorderhand nur danach streben, sich so gut als sie können nach der Decke der Stückarbeit zu strecken. Sie sollen die guten Seiten der Stückarbeit in Ruhe genießen und daneben darauf achten, sich der schlechten zu erwehren.

Ja, wenn das nur immer so ginge, werther Genosse, die guten Seiten einer wirthschaftlichen Erscheinung einzuheimsen und die schlechten sich vom

*) Bis zu welchem Grade der Wortklauberei sich Nieuwenhuis verbissen hat, geht daraus hervor, daß er sogar an der Wendung „mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln“ Anstoß nimmt. Man könne ja ohnehin nicht Mittel anwenden, die einem nicht zu Gebote stehen, meint er. Gewiß, aber man kann Mittel, die einem zu Gebote stehen, aus purem Doktrinarismus unbenutzt lassen.

Halse zu halten. Dann könnten wir uns überhaupt viele Unannehmlichkeiten ersparen. Wozu z. B. dann mit der heutigen Gesellschaft uns auf den Kriegsfuß stellen? Hat diese nicht auch ihre guten Seiten? Warum statt des „Wesens“ der kapitalistischen Produktionsweise nicht blos gewisse „Formen“ derselben bekämpfen?

Auf diese Frage wird uns Nieuwenhuis die Antwort nicht schuldig bleiben. Das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise ist ein solches, wird er uns antworten, daß dieselbe, welche Formen sie auch annimmt, nothwendiger Weise neben einer Menge anderer Uebel Noth und Elend der großen Masse des Volkes, physische und moralische Depravation zur Folge hat. Zwischen diesen Uebeln und dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise besteht ein Kausalnexus, der alle Versuche, jene aus der Welt zu schaffen ohne dieser zu Leibe zu gehen, zu schließlicher Erfolglosigkeit verurtheilt.

Die Frage ist also die, ob in Bezug auf die Stückarbeit kein solcher Kausalnexus zwischen ihren guten und schlechten Seiten besteht, vielmehr die einen ohne die anderen zu heben sind. Immer die kapitalistische Gesellschaft vorausgesetzt, denn Nieuwenhuis stellt ebenfalls, und zwar mit Recht, die Frage nur für diese, und ferner immer den Begriff „gute Seite“ relativ genommen, d. h. so weit überhaupt in der kapitalistischen Gesellschaft von guten Seiten einer Form der Entschädigung für geleistete Arbeit die Rede sein kann.

Was sind nun unter diesen Einschränkungen die guten Seiten der Stückarbeit?

Erstens, sagt Nieuwenhuis, „sie macht die Menschen unabhängiger; jeder Arbeiter ist in gewisser Hinsicht sein eigener Meister und dies ist von seinem Standpunkt aus nur zu wünschen.“

Ich muß das ganz entschieden bestreiten. Die Unabhängigkeit, die die Stückarbeit dem Arbeiter verschafft, ist ihm in den meisten Fällen nicht einmal von seinem eigenen Standpunkt aus ersprießlich.

Nicht nur, daß diese „Unabhängigkeit“ den Arbeiter in mehr oder minder ausgesprochenen ökonomischen Gegensatz zu seinen Arbeitskollegen bringt und damit oft alle die guten Eigenschaften, die seine Klassenlage in ihm sonst entwickeln würde, unterdrückt oder in ihr Gegentheil verkehrt: an Stelle warmherzigen Solidaritätsgefühls kleinlichen Neid und Mißtrauen nährt, bedeutet sie in neunundneunzig von hundert Fällen thatsächlich eine Steigerung seiner Abhängigkeit vom Kapitalisten. Es ist die Potenzirung des Verhältnisses der „freien“ Lohnarbeit zur Sklaverei. In diesem Sinne sagt Marx, daß der Stücklohn „die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohnes ist.“ Alle illusionären Schönheiten und alle wirklichen Niederträchtigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise kommen bei der Stückarbeit zum klassischen Ausdruck. Die letzte äußerliche Erinnerung an die Sklavenpeitsche verschwindet. Das Amt der Aufseher wird vollkommen überflüssig — und der Arbeiter trägt hinfüro Aufseher und Peitsche „voll und ganz“ in seiner eigenen Brust. Leider aber ist diese Peitsche nicht eine harmlos „moralische,“ sondern eine *ökonomische*.

Nieuwenhuis meint, daß Marx „mehr gepriesen als gelesen“ werde und bedauert dies, denn „sonst wäre es unmöglich gewesen, daß auf einem sozialistischen Kongreß eine solche Resolution mit so großer Einstimmigkeit angenommen wurde.“ Aber sehr genau kann auch er Marx unmöglich gelesen haben. Gleich am Anfang des Kapitels nämlich, das vom Stücklohn handelt, in der ersten Note, zitirt Marx aus einer Schrift von John Watts einen Satz, in dem es am Schlusse heißt: „Piece-workers are in fact their own masters, even whilst working upon the capital of the employer — Stückarbeiter sind thatsächlich ihre eigenen Meister, selbst wenn sie mit dem Kapital ihres Arbeitsherrn arbeiten“ — und

dazu setzt Marx seinerseits hinzu: „Ich zitire dies Schriftchen, weil es eine wahre Gosse aller längst verfaulten, apologetischen Gemeinplätze.“ Hätte Nieuwenhuis das gelesen, so würde er doch wohl gestutzt haben, ehe er den Stücklohnarbeiter als „in gewissem Sinne sein eigener Meister“ hinstellte. Dieser „gewisse Sinn“ ist der Sinn des Apologeten der kapitalistischen Wirthschaft.*)

Aber Nieuwenhuis hat einen vollwichtigen Gewährsmann für seine Ansicht, nämlich einen Arbeiter, der ihm in einem Brief seine Bekehrung von seinem früheren Vorurtheil gegen die Stückarbeit schildert. Dieser Arbeiter, ein Schriftsetzer der Genossenschaftsdruckerei Excelsior, sollte er nicht beanspruchen können, daß man seinen Mittheilungen wenigstens auch einige Beweiskraft beilege, sollen seine Ausführungen gar nichts sagen gegenüber den Einsendungen der Genossen Förstler und Bringmann?

Darauf ist zu bemerken, daß was die letztgenannten Genossen schreiben, auf langjährigen Erfahrungen und auf Erfahrungen vom wirklichen Schlachtfelde des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit beruht. Was aber der Arbeiter vorbringt, den Nieuwenhuis zitirt, und was, wie es scheint, auch Nieuwenhuis selbst zu seiner Stellungnahme verleitet hat, sind Erfahrungen, gemacht in einer von Sozialisten geleiteten und obendrein ziemlich jungen Genossenschaftsdruckerei. Nieuwenhuis sagt zwar, die Haager Genossenschaftsdruckerei sei „natürlich eine kapitalistische Einrichtung, denn wer sollte unter den bestehenden Verhältnissen eine sozialistische errichten?“ aber wenn wir ihm auch zugeben wollen, daß die Genossenschaft keine sozialistische Einrichtung sein mag, so müssen wir es doch für absolut unzulässig erklären, sie daraufhin als ein ökonomisches Unternehmen von gleichem Kaliber wie das erst beste, einem Kapitalisten oder einer Kapitalistengesellschaft gehörende Unternehmen aufmarschiren zu lassen. Das ist sie schon aus dem Grunde nicht, weil der Profit bei ihr, selbst wenn sie Ueberschüsse zu machen sucht, weder der einzige, noch auch nur der erste maßgebende Gesichtspunkt ist. Es walten bei ihrer Leitung Rücksichten ob, die für die wirklichen, einzig auf den Profit abzielenden kapitalistischen Unternehmungen nicht bestehen. Sie dient einer Sache, einer Idee, nicht einem ökonomischen Privatinteresse, und diese Idee ist obendrein gerade die Beseitigung der Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten. Kurz, der Gegensatz zwischen Arbeiterinteresse und Unternehmerinteresse ist hier von vornherein, wenn nicht gänzlich aufgehoben, so doch auf sein möglichst geringes Maß reduzirt, der kapitalistische Unternehmer, dem die Stückarbeit willkommene Handhabe ist, seinen Mehrwerth durch Lohndrückerei zu erhöhen oder bei scheinbarer Lohnerhöhung aufrechtzuerhalten, fehlt. Der Nieuwenhuis'sche Arbeiter ist für alles Mögliche Zeuge, nur nicht für das, worauf es bei dieser Frage ankommt. Es handelt sich nicht um die formallohntechnische Zweckmäßigkeit, sondern um die konkreten sozialpolitischen Wirkungen der Stückarbeit.

Eine sehr wichtige Frage in dieser Hinsicht ist die über das Verhältniß von Stückarbeit und Arbeitszeit. Die Stückarbeit ist ebenso oft Mittel zur Verlängerung des Arbeitstags als sie Mittel ist, für eine — durch Gesetz oder durch Koalition der Arbeiter — unvermeidlich gewordene Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeit selbst entsprechend zu verdichten. Von der ersteren Wirkung spricht

*) Und richtig hat, wie ich aus dem „Grundstein“ (Nr. 6 vom 6. Febr. d. J.) ersehe, Herr Dr. Max Hirsch die Nieuwenhuis'schen Ausführungen als „ganz und gar unseren Standpunkt“ mit Jubel begrüßt — Max Hirsch, der Ultrapossibilist, der Apostel der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Genosse Nieuwenhuis! Brauche ich Sie erst an die bekannte Gellert'sche Fabel zu erinnern?

Nieuwenhuis kein Wort*), in Bezug auf die letztere drückt er sich einmal so aus, daß er sagt, weil die Stückarbeit die Intensivität der Arbeit erhöhe, so müsse als Folge davon „nothwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit stattfinden," und ein anderes Mal, daß er erklärt, wenn wir für den Achtstundentag agitirten, dann dürften wir nicht gegen die Stückarbeit eifern. „Es wäre ungerecht, die Abkürzung der Arbeitszeit zu fordern, und gleichzeitig die Stückarbeit zu verwerfen." Das Erste ist ein Optimismus, den das bloße Wort „Hausarbeit" widerlegt, das Zweite — nun, ich muß Nieuwenhuis noch einmal um Entschuldigung bitten — ein Possibilismus, wie es nur je einen gegeben hat. Die Stückarbeit hebt eine der Wirkungen auf, um derentwillen die Arbeiter für Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen, darum „wäre es ungerecht" 2c. 2c. Nieuwenhuis, Nieuwenhuis, in was für Gesellschaft gerathen Sie mit solcher „Gerechtigkeit!?"

Aber lassen wir unseren Freund so gerecht sein, wie er will und bleiben wir bei dem, was er vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit für seine Ansicht ins Feld führt. Er meint, die Arbeiter hätten „mehr Garantie, keine Benachtheiligung — an ihrem Einkommen — zu erleiden, wenn Stückarbeit und Abkürzung der Arbeitszeit zusammenfallen," und fügt hinzu: „jedenfalls ist die Einführung des Achtstundentages leichter zu erreichen mit als ohne Stückarbeit."

Das Letztere zugegeben — was heißt es anderes, als daß die Stückarbeit dem Unternehmer die größere Leichtigkeit bietet, alle Schmälerungen der Mehrwerthsrate, welche die Verkürzung der Arbeitszeit zur Folge haben könnte, auf Kosten der Arbeiter von sich fernzuhalten, daß, wie immer es mit den Arbeitern steht, die Unternehmer „mehr Garantie haben, keine Benachtheiligung zu erleiden, wenn Stückarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit zusammenfallen?"

Ich will so objektiv wie nur möglich bleiben und zugeben, daß wie die Dinge heut einmal liegen, der Unternehmerprofit eine Sache ist, mit der auch die Arbeiter bei ihren Lohn- 2c. Forderungen zu rechnen haben, daß sie unter heutigen Verhältnissen keine Forderung auf die Dauer durchsetzen können, bei der der Unternehmerprofit vollständig in die Brüche geht. Dieser Gedanke ist es auch wohl, der Nieuwenhuis zu den vorstehenden Sätzen Anlaß gegeben hat. Aber wo steht geschrieben, daß die Stückarbeit die einzige Möglichkeit bietet, die Unternehmer für den etwaigen Ausfall, der ihnen aus der Verkürzung der Arbeitszeit erwächst, schadlos zu halten?

Zunächst wird dieser Ausfall in der Regel als viel größer angegeben als er in Wirklichkeit ist. Dann kann der Unternehmer einen wesentlichen Theil desselben durch Reformen im Arbeitsprozeß selbst, größere Oekonomie in der Eintheilung, technische Verbesserungen 2c. wett machen, und diese Art der Ausgleichung

---

*) Er beruft sich vielmehr darauf, daß nach dem Buch: „Der Achtstundentag" von Sidney Webb und Harald Cox der Leiter einer Londoner Schriftgießerei, in der der Achtstundentag unter Beibehaltung des Zeitlohnes eingeführt wurde, an die Herausgeber des Buches unter Anderem geschrieben habe, „daß möglich die Arbeiter bei Stücklohn weniger gegen die Einführung des Achtstundentages gehabt hätten, als es so der Fall war." Aber hier ist dem Genossen, wie es scheint, ein arges quid pro quo passirt. Nach dem uns vorliegenden Exemplar heißt es vielmehr, und dies stimmt auch mit dem weiterhin in dem Brief Folgenden überein: „But possibly if our men had been on piecework they would have been less anxious for a reduction of hours" — aber wenn unsere Arbeiter nach Stückarbeit beschäftigt wären, so würden sie vielleicht weniger lebhaft für eine Verminderung der Arbeitsstunden eingetreten sein. Wie sehr berechtigt diese Annahme, ist weiterhin im Text ausgeführt.

ist vom Standpunkt des gesellschaftlichen Fortschritts sogar nur zu wünschen. Die Ausgleichung durch Einführung oder Steigerung der Stückarbeit dagegen wirkt aber selbst in technischer Hinsicht konservativ, wo nicht reaktionär. Sie ist die bequemste für den Unternehmer, aber die bedenklichste für den Arbeiter. Bedenklich nicht nur vom Standpunkt seines individuellen Interesses, sondern bedenklich vom Standpunkt des Interesses seiner ganzen Klasse.

Nun schreibt Nieuwenhuis, gegen die schlechten Wirkungen der Stückarbeit müßten sich die Arbeiter auf eine andere Weise schützen. Wird zum Beispiel, meint er, die industrielle Hausarbeit gesetzlich verboten, so fällt die Beschwerde dahin, daß die Stückarbeit die Hausindustrie verallgemeinere. Unbestreitbar richtig. Wenn wir erst soweit sind, es nur des Nachts regnen zu lassen, wird am Tage Niemand naß werden. Das Verbot der industriellen Hausarbeit steht auf dem Programm aller vorgeschrittenen Arbeiterparteien. Aber vorläufig haben sie es noch nicht einmal dahin gebracht, ihre Unterstellung unter das Fabrikgesetz durchzusetzen, und zum gänzlichen Verbot derselben wird es daher noch eine gute Weile dauern. Mit diesem Vorschlag ist also recht wenig geholfen, zumal die Stückarbeit auch in den Fabriken es an verheerenden Wirkungen nicht fehlen läßt.

Beiläufig, warum die Hausindustrie gesetzlich verbieten? Hat sie nicht auch ihre guten Seiten? Warum nicht lieber nur ihre jetzige schlechte Form, aber nicht ihr Wesen bekämpfen? Mit derselben Logik, mit der Nieuwenhuis für die Stückarbeit eine Lanze einlegt, kann man auch die industrielle Hausarbeit vertheidigen.

Ein anderes Mittel, den schlechten Wirkungen der Stückarbeit entgegenzuarbeiten, erblickt Nieuwenhuis darin, daß die Arbeiter in den Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Preise für die Stückarbeit „nicht herabgedrückt," sondern „gerecht bestimmt werden." „Die schlechte Bezahlung der Stückarbeit," schreibt er, „welche die Arbeiter selbst in Folge ungenügender Organisation zugelassen, wird mit der Stückarbeit als solche verwechselt."

Richtig ist, daß wo die Arbeiter sehr gut gewerkschaftlich organisirt sind, sie in der That manchen üblen Wirkungen der Stückarbeit einen Damm entgegenzusetzen vermögen; aber es ist mit diesem Damm, wie mit so vielen anderen Dämmen der Fall: es ist ein ewiges Bauen und Bauen, und jedesmal wenn man fertig zu sein und gegen die Fluth gesichert zu sein glaubt, zeigt sich, daß diese inzwischen um ebensoviel gestiegen. Der Kampf um die Stücklöhne ist eine wahre Danaidenarbeit.

Meistens ist aber die Stückarbeit, wo sie sich einmal eingefressen hat, einer der größten Hemmschuhe der gewerkschaftlichen Aktion. Vielfach verhindert sie überhaupt das Zustandekommen einer kampffähigen Arbeiterorganisation, indem sie das Solidaritätsgefühl unter den Arbeitern untergräbt — was die Genossen Förstler und Bringmann in dieser Hinsicht mittheilen, und was durch Beispiele aus allen Industrieländern ums Hundert- und Tausendfache vermehrt werden kann — spricht an sich schon das Todesurtheil über die Stückarbeit. Aber selbst gute Gewerkschaften werden durch die Stückarbeit in ihrer Leistungsfähigkeit unendlich beeinträchtigt und an ihrer — wenn ich den Ausdruck brauchen darf — moralischen Kraft geschädigt.

Nieuwenhuis führt das Beispiel der englischen Textilindustrie an, in der die Preise der Stückarbeit fast überall durch Uebereinkommen zwischen Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer geregelt seien. Warum sei das nicht auch in anderen Branchen der Fall? Ich möchte Nieuwenhuis rathen, sich nicht durch die Berichte wohlmeinender, aber konfuser Bourgeois-Schriftsteller, wie der von ihm zitirte Crompton, irreführen zu lassen. Wie es in der englischen Textil-

industrie steht, zeigt der in Heft 8 der „Neuen Zeit," Seite 251 zitirte Vortrag des Sekretärs der großen nordenglischen Weber-Assoziation, T. Birtwistle, über das seit Jahr und Tag in der ganzen Industrie eingerissene „Treiberei-System." Die Gewerkschaft — eine der besten von ganz England — kann gegen das System der immer größeren Anspannung der Arbeiter nicht aufkommen, weil dieses System sich auf die allgemein übliche Stückarbeit stützt. Die Stückarbeit ist eine der wesentlichsten Ursachen, weshalb die Arbeiter der Textilindustrie sich so heftig gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die Herabsetzung der Altersgrenze für die jugendlichen Arbeiter sträuben — wie glänzend die Löhne in dieser Muster-Industrie, haben die Aussagen vor der zur Zeit tagenden Königlichen Kommission zur Untersuchung der Arbeiterfrage gezeigt. Die Stückarbeit hat in der Metallindustrie den neunstündigen Arbeitstag, den die große Maschinenbauergewerkschaft in den siebziger Jahren mit so großer Mühe erkämpfte, fast ganz unwirksam gemacht. Von Jahr zu Jahr häufen sich die Klagen über das Umsichgreifen der Ueberzeitarbeit, und wenn die Gewerkschaft auch wirklich einmal einen Versuch macht, dieselbe ernsthaft zu bekämpfen, so muß sie, wie erst neulich der Strike in den Eisendistrikten des Nordens gezeigt, schon beim ersten Schritt den Kampf aufgeben und einen faulen Kompromiß schließen, weil sie ihre Leute nicht zusammenhalten kann. Wenn das am grünen Holz der stärksten englischen Gewerkschaften geschieht, was soll erst dort werden, wo die Gewerkschaftsbewegung noch verhältnißmäßig unentwickelt ist?

In der Artikelserie, die ich vor Jahresfrist an dieser Stelle über die Frage des ehernen Lohngesetzes veröffentlichte, habe ich schon darauf hingewiesen, daß Vieles, was als Erfolg der Gewerkschaftsbewegung ausgegeben wird, dieser nur zum Theil oder erst in zweiter Linie zugeschrieben werden kann, indem es in Wirklichkeit viel mehr oft Folge besonders günstiger Umstände war, sei es der Geschäftslage im Allgemeinen, sei es in der Betriebsweise der betreffenden Industrien. Ich machte darauf aufmerksam, daß das Bestehen guter Gewerkschaften in der Regel weniger dem besonders starken Solidaritätsgefühl der Arbeiter gerade dieses oder jenes Industriezweiges zuzuschreiben ist, als vielmehr der Art, wie die betreffenden Industrien sich entwickelt haben, der Stellung, die sie im ganzen Wirthschaftsgetriebe einnehmen, der Natur ihres Betriebes, der Rekrutirung ihrer Arbeiter — daß, mit einem Wort, die objektiven Faktoren ein viel gewichtigeres Wort im gewerkschaftlichen Kampfe mitsprechen, als die subjektiven Faktoren, deren Bedeutung übrigens durchaus nicht unterschätzt werden soll. Aber die einfache Thatsache, daß es so ziemlich in allen Ländern die gleichen Industrien sind, in denen die Gewerkschaften größere Erfolge erzielt haben, die gleichen, in denen ihr Kampf fast hoffnungslos ist, zeigt, daß die subjektiven Faktoren — d. h. die persönlichen Eigenschaften der jedesmal in Frage kommenden Arbeiter — selbst mehr Wirkung als Ursache sind. Ein großer Theil der objektiven Faktoren, die hier und da noch besonderen Arbeitskategorien zu Gute kommen, werden sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen, die ökonomische Entwicklung geht über sie zur Tagesordnung hinweg, aber dafür muß es das Bestreben der Arbeiter sein, so viel wie möglich von solchen objektiven Stützen in ihrem Kampf gegen die Ausbeutung sich zu erhalten oder zu schaffen, die nicht im Widerspruch mit der ökonomischen Entwicklung stehen. Dahin gehört der Kampf für eine wirksame Fabrikgesetzgebung, der Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit und der Kampf gegen die Stückarbeit.

Die Art, wie die Arbeiter ausgelohnt werden, ist ein ungemein wichtiger objektiver Faktor ihres ökonomischen Kampfes. Der Zeitlohn ist in sich bereits

ein Antrieb zur Solidarität, der Stücklohn aber, wie wir gesehen haben, der natürliche Feind derselben. Nur sehr starke Gewerkschaften können die demoralisirenden Wirkungen der Stückarbeit überwinden, und selbst diese nicht auf die Dauer.

Sehr lehrreich in dieser Hinsicht ist ein Artikel in einer der letzten Nummern des österreichischen Buchdruckerorgans „Vorwärts." Dort wird (Nr. 9 vom 26. Febr. d. J.) darauf hingewiesen, wie seit einiger Zeit in den Wiener Buchdruckereien immer mehr das „Pauschalsystem" einreißt, d. h. das System, Druckarbeiten an einen bevorzugten Setzer für einen bestimmten Preis im „Pauschale" — oder Regie, wie es anderwärts genannt wird — zu vergeben, der sie dann wieder von andern Setzern ausführen läßt, wobei er dafür sorgt, daß die Kosten sich so niedrig wie nur möglich stellen. Das heißt, innerhalb der Druckereien selbst wird das Zwischenunternehmerthum etablirt mit allen seinen ekelhaften Wirkungen. Und wie ist das möglich? „Nur die Akkordarbeit, nur das Berechnen macht das Pauschalwesen möglich," schreibt die Redaktion. „Nur die Akkordarbeit macht es möglich, daß der Unternehmer mit einem Hauptarbeiter einen Vertrag schließt und dieser dann die Anwerbung und Zahlung seiner Hilfsarbeiter übernimmt" . . . sie „erschwert durch die scheinbare Freiheit und Selbständigkeit die Organisation und einmüthiges Vorgehen." Und die Redaktion schließt mit den Worten: „Hier hilft nur ein Radikalmittel: die Abschaffung der Akkordarbeit, des Berechnens."

Ganz im gleichen Sinne erklärten vor etlicher Zeit die Vertreter der Londoner Arbeiter, die der County Council zu Rathe zog, um in seinem Arbeitsdepartement dem Schwitzsystem ein Ende zu machen, jede Arbeit für Nebenkontrakt oder Schwitzarbeit, die nicht im Zeitlohn angefertigt werde. Es waren fast alles Nicht-Sozialisten, Gewerkschaftsleute, die im praktischen Kampf mit dem Unternehmerthum die Wirkungen des Stückarbeitsystems zu erproben Gelegenheit hatten, sie sind daher unverdächtig, durch irgend einen „Papst" zu ihrem kategorischen Ausspruch verleitet zu sein.

Es soll übrigens nicht geläugnet werden, daß es in England noch eine ganze Anzahl Arbeiter giebt, die am Stücklohnsystem festhalten, wie ja auch zwei der englischen Delegirten auf dem Brüsseler Kongreß bei der Konferenz, die die Engländer unter sich abhielten, von der Bekämpfung der Stückarbeit absolut nichts wissen wollten. Das sind aber fast durchgängig Angehörige entweder solcher Industrien, in denen das Stückarbeitsystem sich so eingefressen hat, die bereits in ihrer Organisation so auf dasselbe eingerichtet sind, daß der Uebergang zum Zeitlohnsystem in der That auf große Schwierigkeiten stößt, oder aber solcher Industrien, deren Arbeiter aus bestimmten Gründen noch eine Art privilegirter Stellung einnehmen.*)

Mit den Letzteren läßt sich so lange wenig anfangen, als die moderne Entwicklung bei ihnen noch nicht den Wall des geheiligten „Herkommens" durchbrochen hat; was die Ersteren anbetrifft, so liegt es auf der Hand, daß, wo es sich als absolut unmöglich erweist, die Stückarbeit zu beseitigen, die Arbeiter sehen müssen, wie sie ihre Wirkungen sonst von sich abhalten oder abschwächen können. Das ist jedoch eine Binsenwahrheit, zu deren Aussprechen es keiner besonderen Resolution bedarf und die in keiner Weise die Brüsseler Resolution widerlegt.

Wo es aber irgend möglich ist, mit der Stückarbeit aufzuräumen, da darf nichts unversucht bleiben, dies Resultat zu erreichen, und wo es versucht wird, sie einzuschmuggeln, da müssen die Arbeiter ihr nach dem Grundsatz: „wehre den

---

*) Wobei zu bemerken ist, daß es sich da in der Regel nur um die Hauptarbeiter handelt, die jedoch dem Herkommen gemäß den Ton angeben.

Anfängen," ohne sich durch die gleißende Außenseite täuschen zu lassen, sofort mit äußerster Energie entgegentreten.

„Vergebliches Mühen," ruft Nieuwenhuis. Ist nicht bei Marx zu lesen, daß der Stücklohn „die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns" ist, und wird es daher nicht, so lange der Kapitalismus besteht, die demselben am meisten entsprechendste Form des Arbeitslohnes geben?

Der Vordersatz ist richtig, aber keineswegs ist es die aus ihm abgeleitete Folgerung. Es steht nirgends in den Sternen geschrieben, daß der Kapitalismus bis zu seinem sanftseligen Ende Alles so haben muß, wie es ihm gerade am meisten in den Kram paßt. Nicht minder als der Stücklohn entspricht z. B. der kapitalistischen Produktionsweise der unbeschränkte Arbeitstag, und doch wirken wir dahin und haben es durch Gewerkschaftskampf und Gesetzgebung theilweise schon erreicht, dem Arbeitstag immer engere Grenzen zu ziehen. Das Gleiche gilt von der Verfügung über die heranwachsende Generation — überall, wo es gilt, der physischen und moralischen Degeneration des Proletariats zu wehren, thun wir, was in unseren Kräften steht, dem Kapitalismus Zähne auszubrechen — warum sollen wir bei der Stückarbeit Einhalt thun? Wird durch ihre Bekämpfung die revolutionäre Mission des Kapitalismus etwa beeinträchtigt? Durchaus nicht, sie wird im Gegentheil gefördert. Denn die Stückarbeit wirkt auf einer gewissen Stufe der Entwicklung reaktionär, unterbricht oder verlangsamt den Fortschritt der Technik, indem sie einen wichtigen Antrieb zu demselben ertödtet.

Nieuwenhuis sucht den Widerspruch, in den er sich durch Unterstützung der Forderung des Achtstundentages und Bekämpfung der Stellungnahme gegen die Stückarbeit versetzt, dadurch zu beseitigen, daß er erklärt, die Forderung des Achtstundentages stehe nicht im Widerspruch mit der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, setze diese vielmehr voraus, sie verschwände bei der Durchführung des Sozialismus, weil dann ohnehin von Gesellschaftswegen der Arbeitstag auf das Minimum der zur Herstellung des Gesellschaftsbedarfs erforderlichen Zeit reduzirt werde. Nun, die Bekämpfung der Stückarbeit setzt erst recht die bestehende kapitalistische Gesellschaft voraus, denn in einer Gesellschaft, wo der Ausbeuter fehlt, würden eine ganze Reihe von schädlichen Wirkungen der Stückarbeit von selbst hinwegfallen. Wir kämpfen überhaupt nicht, wie Genosse Bringmann schon treffend ausgeführt hat, um irgend eine spezielle Institution der Gesellschaft der Zukunft — das überlassen wir den Zukunftsmenschen, damit dieselben doch auch etwas zu thun haben. Mit dem Sozialismus als Grundgedanke einer neuen Gesellschaftsordnung hat die Bekämpfung der Stückarbeit nichts zu schaffen. Aber insofern der Sozialismus der Ausdruck des Klassenkampfes des Proletariats in der heutigen Gesellschaft, die Form des bewußten Kampfes der Arbeiterklasse für ihre ökonomisch-soziale Emanzipation ist, ist die Bekämpfung der Stückarbeit, wie jede Angelegenheit des Proletariats, auch eine Angelegenheit des Sozialismus.

Ich bin zu Ende, nachdem ich vielleicht ausführlicher geworden bin, als es die Mehrheit der Leser dieser Zeitschrift gewünscht hätte. Aber ich glaubte, der Forderung Nieuwenhuis, man möge seine Argumente Satz für Satz prüfen, so weit wie nur angängig, nachkommen zu sollen. Ich bin auf Alles, was er für seine Ansicht vorgebracht hat, eingegangen und glaube den Beweis geliefert zu haben, daß er vollständig irrt, wenn er glaubt, daß seine „Ketzerei" sich „mit Marx auf die Wissenschaft und auch auf die Erfahrung stützt." Sie findet ihre Stütze vielmehr nur in der bürgerlichen Vulgär-Oekonomie, und ist, von deren Standpunkt aus betrachtet, echte unverfälschte Orthodoxie. E. B.

Die Erschießung der Geiseln.

Ein Beitrag zur Geschichte der Pariser Kommune

von

Adolf Hepner (St. Louis, Mo.).

(Schluß.)

Unterm 12. Mai berichtete der Nuntius Chigi in Versailles an Herrn Washburne, daß das vorstehende Memorandum an Herrn Thiers abgegeben worden; daß Herr Thiers sich aber weigere, dem Auswechslungs-Gesuch zu entsprechen, wegen der Ungleichheit der beiden Persönlichkeiten; Thiers erklärt, daß er Blanqui deshalb nicht freilassen könne, weil derselbe sich in Untersuchung befinde; ihn begnadigen könne er höchstens nach beendetem Prozeß; sollte Blanqui zum Tode verurtheilt werden, so habe er, Thiers, dann das gesetzliche Recht, ihm die Todesstrafe zu erlassen; das sei aber Alles, was in seiner Macht stehe. Und Herr Thiers wiederholt seine frühere Behauptung, daß das Leben des Erzbischofs gar nicht in Gefahr sei; überdies werden die Regierungstruppen in zirka zwei Tagen in Paris sein und dann sei alle Gefahr vorüber.

Wegen der hohen historischen Wichtigkeit dieses Aktenstückes möge nachstehend seine möglichst genaue Uebersetzung aus dem englischen Text der Amerikanischen Regierungssammlung folgen:

Der päpstliche Nuntius an Herrn Washburne.

Versailles, Montreuil, 12. Mai 1871.

Mein Herr und lieber Kollege! Herr McKean händigte mir heute früh den Brief vom gestrigen Dato ein, mit dem Sie mich beehrten, und zugleich die Abschrift des vom Erzbischof von Paris geschriebenen Memorandums; desgleichen erhielt ich vor einigen Tagen mittels der Post — wenn auch durch dieselbe sehr verspätet — den Brief, den Sie unterm 25. April an mich zu richten die Freundlichkeit hatten; diesem Briefe lagen zwei Schreiben des Herrn Erzbischofs Darboy an den Abbé Lagarde, erzbischöflichen Generalvikar, bei, dem ich dieselben sofort eingehändigt habe. Ich habe heute früh das Memorandum des Erzbischofs konfidentiell Herrn Thiers übersandt und ihn um eine konfidentielle Antwort gebeten, damit ich dieselbe durch Ihre gütige Vermittlung an Herrn Darboy senden könnte. Wenn ich, wie mir versprochen worden, bis drei Uhr Nachmittags die Antwort habe, so werde ich sie Ihnen sofort zusenden und Sie bitten, dieselbe Monseigneur, dem Erzbischof, zu übermitteln. Inzwischen will ich Ihnen erzählen, wie die Sache augenblicklich steht:

Als Herr Thiers vor einiger Zeit den Brief durch Abbé Lagarde erhielt, unterbreitete er die Frage, ob Blanqui gegen den Erzbischof und vier bis fünf Geistliche ausgewechselt werden sollte, zuerst dem Ministerrath, dann der Kommission der fünfzehn Deputirten, die er als Berathungs-Beistand hat: Alle aber lehnten einstimmig ein solches Arrangement ab. Darauf erklärte Herr Thiers, daß er, so gern er auch den Erzbischof und den Abbé Deguerry, der sein persönlicher Freund ist, in Freiheit setzen möchte, es doch nicht auf sich nehmen könne, die Auswechslung auszuführen. Er fügte hinzu: „Gegen Herrn Blanqui schwebt ein neuer Prozeß; sollte er zum Tode verurtheilt werden, so würde ich als Präsident die Macht haben, ihm das Leben zu schenken.“ Diese für Herrn Darboy bestimmte Antwort wurde vor vierzehn Tagen schriftlich ausgefertigt und Herr Abbé Lagarde ersucht, dieselbe in versiegeltem Couvert dem Erzbischof zu übergeben. Herr Lagarde weigerte sich aber, dies zu thun, unter der Begründung, daß er auf einen unverschlossenen Brief keine verschlossene Antwort bringen könne. So liegt der Brief des Herrn Thiers noch heute im Kultusministerium. Sie wollen ihn durch keinen Anderen als den Abbé Lagarde absenden; der weigert sich aber, ihn anzunehmen. Herr Thiers wünscht auch,

mich wissen zu lassen, es sei seine Ueberzeugung, daß weder das Leben des Erzbischofs, noch das der anderen eingesperrten Geistlichen augenblicklich in Gefahr sei.

Ich gestehe, daß ich diese Zuversicht des Präsidenten nicht theile.

Vier Uhr. Ich bin soeben aus dem Präfekten-Palais zurückgekehrt. Herr Thiers las das obgedachte Memorandum aufmerksam und wiederholte nach reiflicher Ueberlegung die Bemerkungen, die er in seinem (nicht abgelieferten) Antwortschreiben an Herrn Darboy gemacht hat. Er hat beschlossen, Blanqui nicht in Freiheit zu setzen, sondern — allem Anschein nach — ihm das Leben zu schenken, wenn er zum Tode verurtheilt werden sollte. Dies ist Alles, was seine Macht ihm zu thun erlaube. Außerdem wäre es ihm ganz unmöglich, eine solche Ungleichheit zu sanktioniren, die darin besteht, daß man Geiseln aus hervorragenden Persönlichkeiten herausgreift, um Schurken und Verbrecher freizumachen. Er könne sich nur zur Auswechslung von Personen verstehen, die ungefähr gleichviel werth seien. Er wiederholte die Versicherung, daß das Leben des Erzbischofs in durchaus keiner Gefahr sei und schloß damit, daß er sagte: „In ungefähr zwei Tagen werden die Truppen in Paris sein und dann ist alle Gefahr vorüber."

Dies, mein lieber Kollege, ist die Antwort, die ich Ihnen geben kann und ich bedauere mit Ihnen, daß sie dem Wunsche des Erzbischofs und Ihrer barmherzigen, edelmüthigen Absicht nicht besser entspricht. Indem ich schließe, erlauben Sie mir, Ihnen gemäß des mir seitens Seiner Eminenz, des Kardinals Antonelli, gewordenen Auftrages den Dank des Heiligen Vaters, des Papstes, und des Kardinals zu übermitteln für all' das, was Sie zu Gunsten des so ungerechter Weise gemarterten Erzbischofs schon gethan haben und noch thun mögen.

Genehmigen Sie also, mein Herr, meinen herzlichen und aufrichtigen Dank 2c.

Flavius Chigi,
Erzbischof von Myre, Apostolischer Nuntius.

Eine Woche nach Erhalt dieser Antwort des Nuntius schreibt Herr Washburne (unterm 19. Mai) an Staatssekretär Fish:

„. . . . Seitdem ich die Abfassung dieser Depesche begonnen, habe ich den Erzbischof wieder einmal im Gefängniß besucht, um ihm mitzutheilen, daß es unmöglich ist, seine Auswechslung gegen Blanqui zu erlangen. Ich bedauere, sagen zu müssen, daß ich den Erzbischof sehr schwach gefunden habe; er hat die ganze letzte Woche wegen Seitenstechens auf dem Bett gelegen; er hat keinen Appetit und seine Kräfte haben abgenommen. Er ist zwar noch wohlgemuth, aber anscheinend auf Alles, was ihn erwartet, gefaßt."

Ueber seinen letzten Besuch in Mazas, am Sonntag, den 21. Mai, berichtet Herr Washburne an den Staatssekretär Fish nach der Exekution Darboy's:

„Ich sprach ihn am letzten Sonntag (21. Mai) Nachmittags zwischen 4½ und 5 Uhr. Ich ging deshalb hin, weil ich ihn zwei Tage zuvor, am Freitag, den 19. Mai, so sehr schwach gefunden hatte. Die Versailler Truppen hatten am Sonntag schon ihren Einzug ins Thor von St. Cloud gehalten, am anderen äußersten Ende der Stadt, aber Niemand wußte natürlich, wie wir eigentlich standen. Der Nationalgarden-Delegat des Mazas-Gefängnisses war betrunken und Alles war drinnen unangenehm. Man wollte mich nicht, wie sonst, in die Zelle des Erzbischofs gehen lassen, sondern bestand darauf, daß er zu mir in den Korridor kommen sollte. Da ich wußte, wie schwach er war, that mir das sehr leid. Bald kam der Erzbischof heraus; er sah sehr schlecht aus, hatte aber die gewöhnliche angenehme Fassung und dankte mir. Ich sagte ihm, daß ich ihm leider keine Neuigkeit bringen könnte, sondern nur käme, um mich über sein Befinden zu vergewissern. Wir sprachen über die Situation und die Wahrscheinlichkeits-Aussichten einer baldigen Befreiung von Paris durch die Versailler

Truppen. Ich sagte ihm: ‚Ich glaube, das Ende naht und ich hoffe, bald das Vergnügen zu haben, Sie in Freiheit zu sehen.‘ Er erwiderte: ‚Sie sind sehr liebenswürdig gegen mich gewesen; sollte es Gottes Wille sein, daß ich am Leben bleibe, so wird es mir das größte Vergnügen sein, der Welt zu erzählen, was Sie für mich gethan haben.‘ Ich bemerkte aber, daß er trauriger und niedergeschlagener war, denn sonst, und ich glaube, er hatte die Vorahnung des kommenden Schicksals.“

Ueber den weiteren Verlauf der Dinge erzählt Washburne in den „Reminiszenzen“:

„Der Einzug der Versailler Truppen am Montag, den 22. Mai, und ihr Vorrücken bis in die Mitte der Stadt am selben Vormittag schnitt alle Linien zwischen der Vereinigten Staaten-Gesandtschaft und dem Mazas-Gefängniß ab; es war daher fortan absolut unmöglich für mich, mit dem Erzbischof in Verbindung zu treten. —

„Die Gründe, welche die Kommune veranlaßten, die Geiseln vom Mazas-Gefängniß nach dem La Roquette-Gefängniß zu transportiren, weiß ich nicht genau; ich weiß nur, daß der Transport am Abend des Montag (22. Mai) stattgefunden hat. Man ließ die Gefängnißwagen im Mazas-Hofe vorfahren, holte die Gefangenen aus den Zellen und ließ sie die Wagen besteigen. Die Nachricht verbreitete sich schnell in der Umgegend und große Menschenschaaren sammelten sich an, welche den Gefangenen Insulte zuriefen. Die Gefängnißwagen fuhren Schritt und zwar die lange Route durch das dichtest bevölkerte Kommunard-Viertel. Es war acht Uhr geworden, als die Wagen im Hofe des La Roquette-Gefängnisses ankamen.“

An diesem Abend fuhr Washburne — ohne noch von der Gefangenen-Uebersiedlung zu wissen — zu Marschall Mac Mahon, dem Oberbefehlshaber aller französischen Truppen, der am Nachmittag seinen Einzug in Paris gehalten und sein Hauptquartier in Passy aufgeschlagen hatte. „Ich erzählte ihm, was ich wußte,“ sagt Washburne, „und drückte ihm meine Hoffnung aus, daß die Truppen den Erzbischof retten möchten. Diese Unterredung war aber nichts weniger als ermunternd für mich; ich verließ das Hauptquartier des Marschalls mit dem Bewußtsein, daß das Schicksal des Erzbischofs besiegelt sei.“

Mit anderen Worten: der Marschall lehnte es ab, irgend eine Maßregel zur Rettung der Geiseln anzuordnen. Versailles wollte die Hinrichtung der Geiseln, und zwei Tage später, Mittwoch den 24. Mai, war sie vollzogen.

Lissagaray sagt über die Geisel-Erschießung Folgendes (Kapitel 29):

„Am Mittwoch, den 24. Mai, um halb acht Uhr Abends, entstand ein großer Lärm vor dem Gefängniß La Roquette, wohin man Tags zuvor die 300 Geiseln geschafft hatte, die bis dahin in Mazas gefangen gehalten waren. Unter einer Menge von Nationalgardisten, die durch die Metzeleien (der Versailler in Paris) aufs Aeußerste erbittert waren, stand ein Delegirter der Sicherheitskommission und sagte: „Weil man die Unseren füsilirt, so sollen sechs Geiseln hingerichtet werden. Wer will das Peloton bilden?“

„Ich, ich,“ rief es von verschiedenen Seiten. Der Eine trat hervor und sagte: „Ich räche meinen Vater!“ — Ein Anderer: „Ich räche meinen Bruder!“ — „Ich,“ ruft ein Nationalgardist, „sie haben mir meine Frau erschossen.“ Jeder stellt sein Recht auf Rache in den Vordergrund. Dreißig Mann werden ausgewählt und treten in das Gefängniß. Der Delegirte der Sicherheitskommission geht die Liste der Gefangenen durch und bezeichnet den Erzbischof

Darboy, den Kassationshof-Präsidenten Bonjean, Jecker, die Jesuiten-Paters Allard, Clere, Ducoudrey; Jecker wird schließlich durch den Priester Deguerry ersetzt.

„Man läßt die sechs Geiseln an den Rundgang hinabsteigen. Darboy stammelt: „Ich bin kein Feind der Kommune; ich habe gethan, was in meiner Macht stand; ich habe zweimal nach Versailles geschrieben.“ Er faßte sich aber, als der Tod ihm unvermeidlich schien. — Bonjean konnte sich nicht auf den Beinen halten. „Wer verurtheilt uns?“ fragte er. „Die Volksjustiz,“ antwortete man. „O, das ist nicht die richtige Justiz,“ sagte der Präsident. — Einer der Priester warf sich in den Winkel des Schilderhäuschens und entblößte seine Brust. Die Gefangenen werden weiter geführt und stoßen an einer Ecke auf das Exekutions-Peloton. Einige Leute reden sie an, der Delegirte gebietet Schweigen. Die Geiseln stellen sich gegen die Mauer auf und der Offizier des Pelotons hält eine kurze Ansprache an dieselben, indem er sagt: „Nicht uns dürfen Sie Ihren Tod zum Vorwurf machen, sondern den Versaillern, die unsere Gefangenen erschießen.“ Er giebt das Zeichen und es wird gefeuert. Die Geiseln fallen rückwärts in eine Linie und in gleichmäßiger Entfernung. Darboy allein bleibt aufrecht, am Kopf verwundet und mit erhobener Hand stehen. Eine zweite Salve streckt ihn neben den Uebrigen nieder.

„Um halb neun Uhr erstattete der Delegirte Genton vorstehenden Bericht auf der Mairie des elften Arrondissements. Der Verfasser (Lissagaray) hat den Bericht mit angehört und wörtlich niedergeschrieben.

„Die blinde Gerechtigkeit der Revolution bestraft an dem ersten Besten die von seiner Kaste aufgehäuften Verbrechen.“ (S. 321, 322.)

„Um elf Uhr traten zwei Offiziere des letzten Kriegsministers der Kommune in Delescluze's Zimmer und meldeten die Hinrichtung der Geiseln. Er hört, ohne mit dem Schreiben anzuhalten, den Bericht an, der mit unsicherer Stimme vorgebracht wird, und fragt nur: „Wie starben sie?“ Nachdem die Offiziere die Frage beantwortet und sich dann entfernt hatten, wandte sich Delescluze zu dem Freunde, der mit ihm arbeitete, und sagte, indem er sein Gesicht in die Hände barg: „Ach, welch ein Krieg, welch ein Krieg!“ Aber er kennt die Revolution zu gut, um sich in nutzlose Reflexionen zu verlieren, und seine Gedanken beherrschend, ruft er: „Wir werden zu sterben wissen.“ (S. 323.)

III. Kritischer Rückblick.

Die Behauptung der Revolutionäre, daß Versailles und Rom die Hinrichtung der geistlichen Geiseln, insbesondere des Erzbischofs Darboy *wollten*, ist durch die im zweiten Kapitel produzirten Dokumente über allen Zweifel erwiesen. Versailles und Rom haben sich gegenseitig in die Hände gearbeitet. Thiers brauchte einen „*Schrecken*,“ der den an der Revolution Unbetheiligten ein Grauen vor der Kommune einflößte — und das wäre die sofortige Erschießung des geistlichen Oberhauptes der katholischen Kirche in Frankreich gewesen, des Erzbischofs, der obendrein aus gewissen Ursachen sich großer Sympathien bei einem namhaften Theile der Pariser Bevölkerung und ziemlicher Achtung in der gebildeten Welt des Auslandes erfreute. Die Ursachen waren folgende:

Der Erzbischof Darboy (den Lissagaray mit Recht einen „Erzbonapartisten“ nennt) war seit Jahren *Großalmosenier Napoleon's* gewesen. Ein derartiges Amt verschafft dem Inhaber die Möglichkeit, sich auf sehr leichte Weise und auf fremde Unkosten zum „Wohlthäter“ von Tausenden zu stempeln, besonders der Allerärmsten, deren Noth groschenweise zugeflickt wird. Auf diesem Wohlthäterposten hatte Darboy aber auch während der Belagerung ausgeharrt, und

als nach Aufhebung derselben und nach Proklamirung der Kommune die gesammte Aristokratie aus Paris floh, hielt Darboy noch immer Stand. Ob er die Situation zum Nutzen des Bonapartismus und zum Schaden der Republik ausbeuten wollte? Es mag sein, ist aber nicht berichtet. In jedem Falle hat er sich in der kritischen Zeit als ein Mann von Charakter erwiesen, dem die Gegnerschaft die schuldige Achtung nicht versagt hat. Die milde Form, in der er Herrn Washburne gegenüber seine Verfolger beurtheilte, beweist, daß dieselben ihn nicht unwürdig behandelt haben!

Dem Auslande gegenüber stand Darboy als ein „liberaler" Mann da, weil er, als entschiedener Verfechter der theils verbrieften, theils traditionellen Rechte der „gallikanischen Kirche," kurz zuvor im Vatikanischen Konzil das Unfehlbarkeits-Dogma und gleich nach seiner am 20. Mai 1870 erfolgten Rückkehr von Rom die Kurie wegen deren Eingriffe in Angelegenheiten seines Sprengels auf das Lebhafteste bekämpft hatte.

Für Versailles wie Rom wäre somit die sofortige Erschießung des Erzbischofs durch die Kommune etwas sehr Erwünschtes gewesen. Thiers konnte dann eine tiefelegische Deklamation über den „Armenvater" zum Besten geben, der dem Volke geraubt worden, gerade während es Mangel an Brot litt; und Rom war den angesehenen Feind der Unfehlbarkeit los, wie Versailles einen angesehenen Bonapartisten. Beide, Versailles und Rom, wollten (wie Lissagaray treffend bemerkt) billig zu einem „Märtyrer" kommen.

Die Kommune that ihnen aber nicht den Gefallen und erschoß den Erzbischof nicht, selbst dann nicht, als sie durch Washburne aus Chigi's Brief vom 12. Mai Thiers' definitiv ablehnende Antwort erhielt. Der Erzbischof ist nicht von der Kommune erschossen, sondern von Verzweifelten gelyncht worden. Am 21. Mai zogen die Versailler in Paris ein; am 23. Mai löste sich der Rath der Kommune auf, und am 24. Abends um 8 Uhr — als der wilde regellose Straßenkampf tobte und keine Zentralbehörde mehr existirte — ordnete ein unbekanntes Mitglied der „Sicherheitskommission" auf Drängen verzweifelter Nationalgardisten die Exekution an; die Lyncher selbst erklärten an der Exekutionsstätte ihre Handlung als die der „Volksjustiz."

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Versailler, die am 21. eingezogen waren, innerhalb der nächsten drei Tage die gefangenen Geiseln hätten retten können, wenn sie strikte Ordre dazu gehabt hätten; aber Niemand wird bezweifeln wollen, daß Rom, dem es noch nie an Mitteln fehlte, um seine dreistesten Usurpationen zu legitimiren, mit Leichtigkeit von Thiers die Zustimmung zur Auswechslung der Geiseln gegen Blanqui erlangen konnte, wenn es nur gewollt hätte.

Bedenkt man, welche Siege Rom schon in Preußen wie anderwärts errungen und wie oft es schon die französische Regierung zur Nachgiebigkeit gezwungen, so wäre es geradezu absurd, zu glauben, daß jene ultramontane Weltmacht das damals zwischen Thür und Angel schwebende Versailles nicht gefügig machen konnte, zumal es sich um eine Sache handelte, in der die gesammte Welt, Freund und Feind, auf Roms Seite gestanden hätte. Aber Rom wollte nicht; es weidete sich an der Lust der Rache, die ihm an dem „Gallikaner" vergönnt war; es bestrafte ihn für seinen Widerspruch gegen die Unfehlbarkeit und lauerte zugleich auf die Vakanz des Erzbischofssitzes, der dann einem „Unfehlbaren" zufallen sollte.

Man erinnere sich, wie oft im Jahre wegen der geringsten Kleinigkeit „Noten" aus dem Vatikan an die Regierungen ergehen. Es ist aber nicht bekannt, daß in dieser für die Kirche verhältnißmäßig so wichtigen Sache ein

Depeschenwechsel zwischen Versailles und Rom stattgefunden hätte. Der „heilige Stuhl“ rührte sich nicht und der Nuntius Chigi mußte zu seinem Schreiben an Washburne auch erst durch Andere veranlaßt werden.

Das Los Darboy's war somit weniger das eines „Märtyrers,“ als eines Pechvogels. Um auf die Regierung und die katholische Weltmacht einen Druck auszuüben, suchte die Kommune gerade Den als Geisel aus, den Jene beseitigt zu sehen wünschten.

Es erklärt sich daraus sehr leicht, daß der Erzbischof in dieser Lage die Kommunards so glimpflich beurtheilte; er wußte, daß seine offiziellen Freunde — Versailles und Rom — ihn aufs Tiefste haßten und ihm das Schicksal, das ihre gemeinsame Feindin, die Kommune, ihm bereitet, gönnten; er sah, daß ihn die Kommune lediglich durch Nichtverständniß der Situation, aus politischer Kurzsichtigkeit in diese Situation gebracht hatte, während Diejenigen, die ihn retten konnten, ihn aus Eigennutz und Niedertracht umkommen ließen. In diesem Bewußtsein sagte Darboy zu Washburne über die Kommunards: „Die Welt beurtheilt sie schlimmer als sie sind.“ So spricht in derartiger Lage nur ein Mann, der zur Erkenntniß gelangt ist, daß seine Freunde schlimmer als Feinde, daß seine Feinde nur beschränkte Köpfe, seine „Freunde“ aber Erzschurken sind.

Daher die Resignation, mit welcher (nach Washburne's Angabe) der Gefangene sein Schicksal ertrug. Es ist nichts bekannt, was ihn im Versuche der Annahme einer Märthyrerrolle zu zeigen geeignet wäre. Als Bonapartist und Anti-Römling fühlte er gar nicht den Beruf, sich für die bürgerliche Republik, mit der die Kommune im Kampfe lag, und für die unfehlbare Kirche, deren widerspenstiger Sohn er war, als Märtyrer aufzuspielen.

Daß Lagarde und Thiers, nachdem dieser die Auswechslung definitiv abgelehnt, das Spiel mit dem „versiegelten“ Brief abgekartet hatten, damit Ersterer eine formelle Ausrede habe, die Annahme des Briefes zu verweigern und in Versailles zu „warten,“ liegt auf der Hand. Und ebenso klar ist es, daß die Regierung und der Nuntius aus diesem Umstand, dem Wortbruch Lagarde's der Kommune gegenüber, Gewinn zu erzielen hofften; sie erwarteten, daß nun wenigstens die Kommune den Erzbischof erschießen werde, zur Strafe für die Nichtrückkehr Lagarde's — ein Verfahren, wie es Geiseln gegenüber sonst üblich ist. Es war dem Nuntius um die Rettung Darboy's gar nicht ernst, sonst hätte er unter allen Umständen den Generalvikar Lagarde zur Rückkehr nach Mazas gezwungen; Rom duldet bekanntlich keinen Ungehorsam.

Betrachten wir nun Herrn Thiers' Verhalten, so drängen sich folgende Momente unserer Berücksichtigung auf: Am 2. Mai berichtet Herr Washburne, daß der Erzbischof am 30. April beinahe gelyncht worden wäre — ohne Wissen und Willen der Kommune, und daß er nur durch das zufällige Hinzukommen eines Kommunemitglieds gerettet worden ist; daß diese Lynchversuche sich aber jeden Tag wiederholen konnten. — Dem gegenüber erklärt der „Staatsmann“ Thiers noch zehn Tage später, am 12. Mai, daß „durchaus keine Gefahr für den Erzbischof vorliege.“

Herr Washburne hat mit dem Nuntius in ununterbrochenem Verkehr gestanden, ihm jenen Lynchversuch mitgetheilt, der wohl auch ohne dies in Paris und Versailles kein Geheimniß geblieben ist, da die Gefangenhaltung des Erzbischofs in jenen Tagen eines der wichtigsten Ereignisse bildete, welches die ungetheilte Aufmerksamkeit Aller rege hielt.

Thiers beanstandet nicht das Geiselnehmen an sich — das im Kriege etwas Gewöhnliches ist — sondern nur die „Ungleichheit“ der Persönlichkeiten. Das

Geiselnehmen hätte aber keinen Sinn, wenn keine „Ungleichheit" dabei stattfände; sei es in Ansehung der Zahl der Personen (wie die deutsche Regierung es im französischen Kriege that) oder der sozialen Stellung (wie die Kommune es ausführte). Da durch das Geiselnehmen eine starke Pression ausgeübt werden soll, so ist ein anderes Verfahren unmöglich. Aber der „Staatsmann" Thiers findet das unlogisch.

Es ist richtig, daß Thiers als Präsident kein Recht hatte, Blanqui's schwebenden Prozeß niederzuschlagen. Aber es ließ sich eine Form finden, unter welcher der Justizminister — der gesetzliche Auftraggeber der Staatsanwaltschaft — diese anwies, aus gewissen Gründen die Untersuchung einzustellen; zum Mindesten hatte der Justizminister das herkömmliche Recht, dem Staatsanwalt die Weisung zugehen zu lassen, Blanqui's Untersuchungshaft aufzuheben. Um einer allfallsigen Todesstrafe zu entgehen, hätte Blanqui nach seiner Freilassung das Land sofort verlassen müssen. Thiers wäre ihn also sehr bequem losgeworden. Auf des Erzbischofs Vorschlag, Blanqui Gelegenheit zur Flucht zu geben, ging Thiers gar nicht ein.

Am 12. Mai meint der „Staatsmann" Thiers, daß „in ca. zwei Tagen die Truppen in Paris sein würden." Thatsächlich kam aber die erste Division am 21. Mai, Nachmittags 3 Uhr, hinein, also neun Tage später. Dann versichert Herr Thiers: sobald die Truppen in Paris einzögen, sei der Erzbischof frei. Bekanntlich aber wurden die Geiseln erst am 24. Abends, also nachdem die Tuppen bereits drei Tage in der Stadt waren, erschossen. Entweder also hatten die Truppen nicht die Ordre, nach Mazas, bezw. nach La Roquette vorzudringen, oder — sie konnten die Barrikaden nicht so schnell überwinden. Ein in Paris ergrauter „Staatsmann" weiß doch sicherlich, was Pariser Straßenkämpfe bedeuten. In jedem Falle war Thiers' Versicherung, daß der Einzug der Truppen die Befreiung der Geiseln bedeute, eine bewußte Lüge; denn einem „Staatsmann" kann es nicht unbekannt sein, daß eine Revolution, die in den letzten Zügen liegt, zu allen Mitteln der Verzweiflung greift; daß demgemäß gerade der Einzug der Truppen das Leben der Gefangenen am höchsten gefährdete, weil nach Auflösung der Revolutionsschaaren alle Besonnenheit aufhört und der Einzelne dem durch kein Kommando gezügelten Trieb der Rache nur zu leicht nachgiebt, — wie es thatsächlich hier geschehen.

Literarische Rundschau.

Nochmals die „Menschwerdung."

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:

Die „Literarische Rundschau" des 17. Heftes dieser Zeitschrift brachte eine Kritik des J. G. Vogt'schen Buches „Die Menschwerdung," in der der Verfasser sehr schlecht wegkommt. Nicht nur, daß er für einen verkappten Idealisten ausgegeben wird, er wird auch als ein Naturphilosoph schlimmster Sorte dargestellt, der Hypothesen auf Hypothesen thürmt und sich schließlich ganz in Phantasien verliert 2c. Da jene Kritik durchaus typisch sein dürfte, weil sich in ihr der bekannte, unter den Genossen so stark vertretene Büchner'sche Materialismus auf das Schärfste ausspricht, so nehme ich hier Gelegenheit, den von Herrn A. Bl. aufgestellten Sätzen entgegenzutreten.

1. „Es handelt sich um einen Versuch, unter materialistischer Flagge den Idealismus als Weltanschauung einzuschmuggeln."

Der Inhalt des Buches ist damit vollständig falsch charakterisirt. Die Theile, welche der Herr Kritiker im Auge hat, ordnen nämlich die von Vogt behandelten Erscheinungen seinem ganzen Weltgebäude, seinem Systeme ein. Die Theorien des Buches, wie sie im Titel aufgezählt sind, sind aber auch für Jeden, der nicht auf

Vogt's Standpunkte steht, annehmbar. Ja sie sind in einigen Beziehungen von Preyer antizipirt und empirisch nachgewiesen. Aber Vogt bleibt das unbestreitbare Verdienst, ein klares Vorstellungsbild, eine wirkliche Erklärung gegeben zu haben. Und das eben ist der Inhalt des Buches.

2. Es ist nicht ein plumper Versuch, unter materialistischer Flagge den Idealismus einzuschmuggeln, sondern ein sehr logischer und konsequenter Weg, um die Kluft zwischen anorganischer und organischer Welt zu überbrücken.

Vogt kommt zu denselben Resultaten wie die moderne Biologie. Auch sie muß der Materie Empfindung zuschreiben. Was sagt der Herr Kritiker zu folgender Argumentation, die ich zum Theil Preyer entlehne? „Der Inhalt des zu einer steinharten Eismasse festgefrorenen, befruchteten Hühnereies empfindet gewiß nicht, aber nach dem Aufthauen und dreiwöchentlichen Erwärmen hat eben jener Inhalt, in ein lebendes Hühnchen verwandelt, Empfindung. Wäre ihm das Vermögen zu empfinden, so wie gewisse äußere Bedingungen verwirklicht sind, nicht eigen, dann müßte jenes Vermögen erst während des Brütens entstehen aus empfindungsunfähigem Stoffe, d. h. es müßten die materiellen Theilchen nicht allein sich anders ordnen, durch ihre Verbindung und Trennung andere chemische Eigenschaften erhalten, wie es der Fall ist, nicht nur ihre davon theils abhängigen, theils unabhängigen physischen Eigenthümlichkeiten, ihre Elastizität, ihren Aggregatzustand u. s. w. ändern, wie es gleichfalls geschieht, sondern auch ganz neue Eigenschaften erhalten, welche weder chemisch noch physisch vorher auch nur angedeutet, nicht annehmbar und angebbar waren. . . . Man muß deshalb zugeben, daß von den eierzeugenden Wesen Stoffe in das Ei übergingen, welche . . . noch latente, nicht chemisch und physisch erkennbare, psychische, also physiologische Eigenschaften in sich trugen. . . .“ Die Chemie lehrt mich aber, daß die Stoffe des Eies dieselben sind wie die anorganischer Körper. Bin ich genöthigt, den Stoffen des Eies Empfindung zuzuschreiben, so muß ich, um nicht die kompleteste Willkür zu begründen, auch die ganze Substanz beleben. Im Ei haben die Stoffe nur eine spezifische Lagerung und die Empfindung wird durch die Wärmezufuhr geweckt. Daher habe ich die organischen Erscheinungen als spezifische Konstellationen der einen Substanz anzusehen, in denen sich als Reaktion gegen die Außenreize die Empfindung manifestirt.

Herr Kritiker, das ist nicht plump, aber sehr radikal. Vogt hat sich aber damit durchaus nicht das Vergnügen geleistet, in jedes Atom eine Intelligenz zu verlegen, sondern er hat sich die Riesenaufgabe gestellt, alle Intelligenz aus der Empfindung abzuleiten. Denken ist nach ihm nur verallgemeinertes und aufeinander bezogenes Empfinden. Darnach beurtheile man den nächsten Satz der Kritik.

3. Der Darwinismus hat leider durchaus nicht das große Verdienst, die fortschreitende Entwicklung der Lebewesen auf einfach mechanische Weise, ohne Zuhilfenahme irgend einer Tendenz erklärt zu haben.

Ich zitire nur folgende Stellen aus Darwin's Buch: „Ueber die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl.“

In betreff der Variabilität der Arten sind zwei Faktoren thätig, „nämlich die Natur des Organismus und die Natur der Bedingungen. Das erstere scheint bei weitem das Wichtigere zu sein.“ „Und was von einem Thiere gilt, das gilt durch alle Zeiten von allen Thieren, vorausgesetzt, daß sie variiren; denn außerdem kann natürliche Zuchtwahl nichts ausrichten. Und dasselbe gilt von Pflanzen.“

4. Der Organintellekt ist durchaus nicht ein Ding, sondern nur ein Wort für die fehlende Erklärung der Thatsache, daß aus den primitiven Lebenskeimen die Wunderwelt der höheren Organismen mit ihren vermittelnden Organen sich entwickelt hat. Ich zitire aus dem kritisirten Buche einige Stellen, die ich vielfach vermehren könnte.

„Wir subsumiren vorerst dem Organintellekt alle diejenigen Vorgänge in der organischen Entwicklung, die uns nach rein chemisch-physikalischen Prinzipien noch nicht erklärbar sind. In dem Maße, in welchem wir im Stande sein werden, mechanische Erklärungsfaktoren einzuführen, in dem Maße wird auch der Begriff Organintellekt als ein unverkennbares testimonium paupertatis von seiner unfaßbaren

Natur einbüßen." „Also wohlverstanden, nur als Lückenbüßer gebrauche ich fernerhin das Wort Organintellekt, ohne damit dem organischen Geschehen auch nur den Schatten einer idealistischen Färbung geben zu wollen." „Nur weil uns diese Reaktion in ihrer Bethätigungsweise verborgen und unerklärlich ist, lassen wir hier aus Verzweiflung den deus ex machina in Form eines Geistes herniedersteigen. Diese Reaktion wird und kann sich aber ewig nur innerhalb der durch das Wesen der Substanz bedingten Gesetzmäßigkeit vollziehen und nichts, absolut nichts kann uns berechtigen, hier ein außerweltliches Prinzip einzuschmuggeln, blos um die Unzulänglichkeit, die Blöße unserer Erkenntniß zu decken!" Herr Kritiker!!

Der Leser wird nunmehr ahnen, was es mit den nächsten Sätzen für eine Bewandtniß hat.

5. Wenn auch der Herr Kritiker den Unterschied zwischen Thier und Mensch, den Vogt angiebt, nicht für richtig hält, so ist es doch interessant, daß Preyer in seinem berühmten Werke: „Die Seele des Kindes," zu genau denselben Anschauungen kommt. Er erzählt, daß ein neugeborenes Ferkel, auf einen Stuhl gesetzt, sich erst niederkniete (duckte? D. Red.) und dann hinabsprang und bemerkt hierzu: „Der Prozeß der Distanzenschätzung in dem Gehirn des noch nicht zweitägigen, bis vor zehn Minuten noch nicht sehenden Thieres vor dem Hinabspringen mag noch so unvollkommen sein, er beweist, daß schon so früh die dritte Raumdimension durch das Auge, als das Resultat von Netzhauteindrücken, zum Bewußtsein kommt, anderenfalls hätte das Thier nicht vor dem Sprunge niederknien können. Da es nun bis dahin keine Gesichtswahrnehmungen gehabt hatte und in den zehn Minuten keine, die es zum Springen veranlaßten, hatte, so muß die Verbindung von Netzhauterregung, Distanzschätzung, Muskelbewegung zum Knien und darauffolgendem Springen ererbt sein. . . . Es springt, weil seine Vorfahren es unzählige Male gethan haben, ohne lange zu warten oder zu taxiren. Ein menschlicher Säugling erfreut sich dieser Assoziation von Netzhauterregung und koordinirter Muskelbewegung nicht. Er fällt vom Stuhl, sich unzweckmäßig bewegend. . . . Das Knien und Sehen am ersten Lebenstage, ohne Vorbild, ohne Anleitung und doch schnell und höchst zweckmäßig ausgeführt, zeigen auch die Zicklein. Ich habe sie in dieser Weise saugen sehen, ehe die zweiundzwanzigste Lebensstunde erreicht war."

6. Vogt hat nicht erst den angegebenen fundamentalen Unterschied zwischen Thier und Mensch entdeckt und sein Buch enthält durchaus nicht die Darlegung dieser Entdeckung. Das ist ebenso falsch als Ihre obige Charakteristik des Inhalts der „Menschwerdung," Herr Kritiker! Es wäre sehr oberflächlich, wenn Sie sich auf § 76 berufen wollten. Vogt hat sich vielmehr die Aufgabe gestellt, für die Erscheinungen des Instinktes eine reale Erklärung, ein Bild der Gehirnvorgänge zu liefern, und meiner Meinung nach ist ihm das vorzüglich gelungen.

7. Ebenso wie der „Organintellekt" ist auch die „Zweck- oder Zielstrebigkeit" nur ein akustisches Bild, ein Wort für eine Lücke. Man sollte es nach den Worten des Herrn A. Bl. kaum glauben, daß Vogt einen ganzen Paragraphen (§ 45) geschrieben hat, um sich gegen irgend welche idealistische Beschuldigungen zu wahren. „Jedes sogenannte teleologische Prinzip im organischen Geschehen oder in der Geschichte repräsentirt eine unvermittelte intelligible Fernewirkung, die wir von unserem Standpunkte aus konsequent verwerfen müssen. Nur die denkfaule idealistische Betrachtungsweise hat den Zweckbegriff in die Welt gebracht. Im Grunde beruht er auf einer rohen Verwechslung von Ursache und Wirkung oder vielmehr auf der Unkenntniß der Ursachen. . . . Wir fassen diese zielstrebende Thätigkeit ausschließlich als eine Thätigkeit des Organintellektes auf und wenn wir nach Obigem dieses Wort nur als Lückenbüßer gebrauchen, so muß dies selbstverständlich auch für seine zielstrebende Thätigkeit gelten."

Das möge genügen. —ck.

* * *

Auf das Obenstehende erwidert unser Herr Mitarbeiter:

Durch die Freundlichkeit der Redaktion von dem Inhalt der vorstehenden Antikritik in Kenntniß gesetzt, muß ich gestehen, daß ich von derselben wenig über-

rascht war, vielmehr eine ähnliche Entgegnung erwartet hatte. Denn in Folge der eigenthümlichen Zwitterstellung, welche Herr Vogt zwischen Idealismus und Materialismus einnimmt, ist es natürlich, wenn er — und mit ihm seine Anhänger — während sie auf den bösen Materialismus schimpfen, sich gleichzeitig gegen den Vorwurf des Idealismus verwahren. Ja, es würde uns nicht Wunder nehmen, wenn auch die Idealisten an Herrn Vogt so manches auszusetzen hätten und ihn nicht vollgiltig als einen der Ihren anerkennen wollten; das kann uns aber nicht hindern, seine idealistischen Rückfälle schonungslos aufzudecken.

Es würde über Umfang und Zweck dieser Zeitschrift hinausgehen, wenn ich ausführlich auf alle Punkte eingehen wollte, die der Herr Antikritiker zur Vertheidigung Vogt's vorbringt. Aber die wesentlichsten Momente will ich doch noch einmal ganz kurz beleuchten.

Weil es empfindende Materie giebt, zu schließen, daß alle — auch die unorganische — Materie mit Empfindung begabt sei, ist eine vage und vor Allem fruchtlose Spekulation, eine Hypothese, die sich natürlich nicht widerlegen, sicher aber nicht beweisen läßt. Wir schließen auf Empfindung überall da, wo wir Empfindungsäußerungen, Reaktionen der Materie auf äußere Einwirkung wahrnehmen, und haben kein Recht, auch der Materie, die keine derartigen Aeußerungen von sich giebt, Empfindung zuzuschreiben. Weil das lebende Hühnchen Empfindung hat, muß deshalb das Ei auch Empfindung haben? und weil die Stoffe des Eies Empfindung haben, so müssen diese Stoffe, wenn sie außerhalb des Eies vorkommen — also z. B. Wasser, Zucker, phosphorsaures Kali, Kochsalz, Eisenoxyd — auch Empfindung haben? Weil das lebende Hühnchen sich bewegt, muß natürlich das Ei, der Zucker, das Kochsalz u. s. w. die Fähigkeit haben, sich zu bewegen? Herr Antikritiker!

Der Herr Antikritiker nimmt Vogt in Schutz gegen den Vorwurf, den Zweckbegriff wieder in die Vorstellung vom Weltgeschehen eingeführt zu haben. Und dabei baut doch Herr Vogt sein ganzes philosophisches Gebäude auf dem Begriff der Schmerzvermeidung auf. Die Schmerzvermeidung ist das treibende Motiv, das die Erde und die anderen Planeten entstehen, auf der Erde die organische Substanz aus der unorganischen, die höher organisirten Wesen aus den niederen sich entwickeln läßt, sie ist auch „der allein treibende Faktor gewesen, um den Urmenschen aus seinem Naturzustande auf die wirklichen Kulturstufen zu heben.“ Und so geht denn auch „die Menschheit unfehlbar und sicheren Schrittes ihrer hohen Bestimmung entgegen, alle Stürme wird sie überwinden, keine Macht der Welt kann den Siegeslauf der Freiheit, Wahrheit und Erkenntniß aufhalten.“ Und diese ihre Bestimmung ist offenbar die, den Zustand zu erreichen, wo sie gar keine Schmerzen mehr hat. Diesem Ziele strebt denn auch die sozialistische Bewegung zu; denn die heutige Klassenkultur ist — nicht etwa ein natürlich und geschichtlich nothwendig Gewordenes, aus dem sich voraussichtlich mit gleicher Nothwendigkeit die sozialistische Gesellschaft entwickeln wird*) — nein, „sie verstößt gegen die heiligsten Absichten(!!) der Natur,“ die es wahrscheinlich lieber mit dem Kommunismus hält. Ist das kein Idealismus, keine Teleologie, Herr Antikritiker?

Und nun der Organintellekt, der kein Ding, sondern ein „Wort“ sein soll, mittelst dessen man sich alle Erscheinungen der organischen Natur erklären kann, die sonst unverständlich wären, „nur ein akustisches Bild, ein Wort für eine Lücke.“ Ob Goethe mit seinem

> Denn eben wo Begriffe fehlen
> Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein

Herrn Vogt und seinen Jünger vorgeahnt hat? Herr Vogt mag zehnmal versichern, er meine das gar nicht so, wie er sich ausdrücke, das Wort drängt ihm unerbittlich

---

*) „Ob die Entwicklung des Privatbesitzes eine unbedingte Vorstufe für die wirthschaftlichen Fortschritte gewesen ist, mag vorerst dahingestellt bleiben. Ich wollte mich anheischig machen, besonders aus der chinesischen Geschichte starke Argumente gegen eine solche Behauptung zu erbringen.“ Vogt, S. 385.

die Vorstellung seines wahren Inhalts auf und bringt ihn auf die schiefe Bahn, auf der er schließlich, wenn er konsequent ist, bei der Vorstellung des lieben Gottes angelangen muß. — Will der Herr Antikritiker wissen, wie die alte Naturphilosophie den „Organintellekt“ benannt hat? „Lebenskraft“ hieß die wunderbar geheimnißvolle Macht, welche für „alle die Vorgänge in der organischen Entwicklung, die uns nach rein chemisch-physikalischen Prinzipien noch nicht erklärbar sind,“ zur Erklärung diente. Und weiß er auch, daß diese „Lebenskraft“ in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts lautlos wie ein Gespenst in den Abgrund versank, als sich mit Einführung einer vollendeteren Technik und exakterer Forschungsmethoden jener wunderbare Aufschwung der Naturwissenschaften einleitete, der den geistigen Stempel unserer Epoche bildet? Dieses Gespenst zu bannen, wo und in welcher Gestalt es wieder auftaucht, ist Aufgabe eines Jeden, dem der wirkliche Fortschritt der Menschheit am Herzen liegt. Und hier schien mir diese Aufgabe dringend geboten. A. Bl.

Feuilleton.

Die Lessing-Legende.

Eine Rettung von Franz Mehring.

Erste Abtheilung. X.

Die Lessing-Legende in ihrer dritten Gestalt hat zwei typische Werke aufzuweisen. Scherer's Geschichte der deutschen Literatur und Erich Schmidt's Lessing-Biographie, deren letzter Halbband vor ein paar Monaten erschienen ist und den äußeren Anstoß zu dieser Arbeit gegeben hat.

Alle sonstigen Erzeugnisse der seit 1870 in tropischer Fülle aufgewucherten Lessing-Literatur können hier übergangen werden. Es wäre unbillig, den Bearbeitern der Hempel-Ausgabe einzelne loyale Kopfsprünge aufzumutzen; sie haben sich durch philosophischen Kärrnerfleiß um den lessingischen Text verdient gemacht und damit das sicherste Gegengift gegen die dauernde Verseuchung von Lessing's Lebenswerk geschaffen. Die beiden englischen Lessing-Biographien (von Sime und Zimmer) besitzen keinen selbständigen Werth; eine ganz traurige Zusammenstoppelung ist Lessing's Leben von Düntzer. Der Verfasser theilt an der Spitze seiner Vorrede mit, daß Herr C. R. Lessing „hochverdient“ um seine Arbeit sei, und jede Seite der geschmacklosen Kompilation bestätigt diese Mitarbeiterschaft. Herr C. R. Lessing, der gegenwärtige Besitzer der „Vossischen Zeitung,“ ist ein Kapitalist von gewöhnlichem Schlage, aber von ungewöhnlichem Reichthum, der heute eine Protzen-Ausgabe des Nathan veranstaltet und morgen einen Tintenkuli von wegen jüdischer Abstammung aufs Pflaster wirft, bei der einen wie bei der anderen Huldigung an den berühmten Großohm umtost von dem rauschenden Beifalle der kapitalistischen Lessing-Korybanten. Es lohnt so wenig, dies abstoßende Bild näher auszumalen, wie mit den Liliputern des Lessing-Humbugs anzubinden, den Lindau, Rodenberg, Wichert und wie sie sonst noch heißen, den Gelehrten der „Vossischen Zeitung,“ der „Nationalzeitung,“ des „Berliner Tageblattes“ und anderer Kapitalistenblätter. Bei Scherer und Erich Schmidt steht wenigstens eine alexandrinische Gelehrsamkeit hinter der byzantinischen Gesinnung, und ihre Mißhandlung Lessing's, wie unserer klassischen Literatur überhaupt hat insofern eine gewisse kulturgeschichtliche Bedeutung, als Scherer bis zu seinem vor einigen Jahren erfolgten Tode Professor der Literaturgeschichte an der Berliner Hochschule war und Erich Schmidt sein Nachfolger geworden ist.

Scherer ist von Lessing schon vorausgeahnt worden und zwar als Lessing schrieb: „Gott weiß, ob die guten schwäbischen Kaiser um die damalige deutsche Poesie im Geringsten mehr Verdienst haben, als der jetzige König von Preußen um die gegenwärtige. Gleichwohl will ich nicht darauf schwören, daß nicht einmal ein Schmeichler kommen sollte, welcher die gegenwärtige Epoche der deutschen Literatur die Epoche Friedrichs des Großen zu nennen für gut findet.“ Dieser „Schmeichler“ ist Scherer. Auf etwa 130 Seiten seines Werkes behandelt er das „Zeitalter Friedrichs des Großen“*), von Gottsched und Gellert bis auf Herder und Goethe, Lessing mitten darunter mit etwa 30 Seiten. Zwar kennt Scherer die „Warnungstafel“ Lessing's, aber sie „schreckt ihn gar nicht.“ Natürlich nicht; wie sollte Scherer auch nicht die übermenschliche Kourage besitzen, dem todten Lessing eine blutige Beleidigung zuzufügen, die sich der lebende Lessing schon so derbe verbeten hatte? Es ist wahr: Scherer bringt auch eine Art von Begründung für seine Auffassung bei, sogar unter ausdrücklichem Verzichte auf Goethe's „berühmte Stelle“; er meint, die Thatsachen selbst redeten eine so deutliche Sprache, der literarische Aufschwung hinge mit dem politischen zusammen. Grundsätzlich schimmert hier eine richtige Ansicht durch. Wenn man die Literaturgeschichte einer Epoche erzählen will, ohne die ökonomische und politische Geschichte derselben Epoche zu kennen, so verfällt man günstigen Falles in eine ästhetisch-philologische Kannegießerei. Unzählige Literaturgeschichten bezeugen es und ganz besonders auch die Literaturgeschichte Scherer's. Denn jener scheinbare Anflug von besserer Einsicht ist bei ihm nur eine höfische Redewendung, um den König Friedrich als die geistig bahnbrechende Größe in unserer klassischen Literatur einzuschmuggeln. Er vernachlässigt sonst in der unglaublichsten Weise den Zusammenhang zwischen Literatur und Politik. Er bekommt es sogar fertig, über Luther und Hutten zu orakeln, ohne die Stellung dieser Männer zu den politischen und sozialen Fragen ihrer Zeit auch nur anzudeuten. „Die Reformation war zunächst Luther. Sein Wille, seine geistige Richtung entschied.“ Luther hatte „aus inneren Kämpfen die Kraft gezogen, sich dem Papste und der alten Kirche entgegen zu werfen und die Nation mit sich fortzureißen.“ Welche tiefsinnige Auffassung der Reformationsgeschichte! Selbst ein bürgerlicher Gelehrter, wie Roscher, fordert: um zu erkennen, weß Geistes die einzelnen Männer des deutschen Reformationszeitalters gewesen seien, müsse man ihre Stellung zum Bauernkriege prüfen. Und was sagt Scherer über Luther's Verhalten zu den Bauern? Man höre: „der hochgestiegene Bauernsohn gab den Bauern die göttlichen Wahrheiten hin.“ Wie gnädig, wie herablassend, wie idyllisch! Von Luther's Verrath an den Bauern, der wie die politische und soziale, so auch die literarische Wirksamkeit des Reformators in entscheidender Weise beeinflußte, weiß Scherer nichts oder will er nichts wissen.

So wenig begreift er von dem inneren Zusammenhange zwischen den literarischen und den ökonomisch-politischen Zuständen, aber sowie der brandenburgisch-preußische Staat in Sicht kommt — hilf Himmel! da muß schon eine Phrase herhalten, gleichsam ein Stückchen Seife, mit dem der byzantinische Schaum geschlagen werden kann. „Alle preußischen Regenten seit dem großen Kurfürsten hatten ein Verhältniß zur deutschen Bildung; alle haben sie irgendwie direkt oder indirekt gefördert.“ Wirklich? Beispielsweise auch jener Friedrich Wilhelm I., der die Einkünfte der Berliner Akademie zu Besoldungen für seine Hofnarren bestimmte, der die Universitätsprofessoren zu Frankfurt a. O. in der schnödesten

*) Scherer, Geschichte der deutschen Literatur 394—526. Fünfte Auflage.

Weise verhöhnte, der einen Lehrer, welcher dem Kronprinzen Friedrich die Goldene Bulle erklärte, mit den Worten durchprügelte: „Warte, Schurke, ich werde Ihn beauream bullam,“ der, wie selbst Treitschke zugiebt, für alles ideale Schaffen nur den Spott des Barbaren hatte? Auch dieser; Scherer „läßt die Thatsachen selbst so deutlich reden.“ Friedrich Wilhelm I. haßte, wie alle Bildung, so auch die französische Bildung; dies ist die „Thatsache,“ und sie „redet“: „die Hauptmächte der deutschen Erziehung seit der Reformation und Renaissance, das biblische Christenthum und die antike Literatur, konnten daher auf die jungen Preußen mehr unmittelbar einwirken, als auf die übrigen Deutschen“ und „es war daher kein Zufall, daß an der Universität Halle die poetische Richtung zuerst hervortrat, welche nachher der Preuße Klopstock auf ihren Gipfel brachte, daß Winckelmann aus Preußen stammte und daß Lessing in Berlin den entscheidenden Anstoß erhielt.“ So wird Literaturgeschichte im neuen deutschen Reiche geschrieben!

Verweilen wir indessen einen Augenblick bei dem byzantinischen Geschwafel! Die Universität Halle bekam das väterliche Szepter Friedrich Wilhelms I. namentlich zu schmecken, als der König ihrem damals berühmtesten Lehrer, dem Philosophen Wolff, bei Strafe des Stranges befahl, augenblicklich die preußischen Staaten zu verlassen. Es geschah, weil einige professorale Neidhämmel, namentlich der Theologe Lange, dem Könige hatten einblasen lassen, Wolff vertrete Grundsätze, welche die Desertion von Soldaten als ein verzeihliches Vergehen erscheinen ließen. Diese landesväterliche Aufmunterung der Wissenschaften „redete so deutlich,“ daß sie die Halle'sche Dichterschule erzeugte. „Es war daher kein Zufall,“ weder daß der einzige Unsterbliche dieser Schule ein Sohn jenes Denunzianten Lange war, noch daß diese Unsterblichkeit aus der „antiken Literatur“ entsprang, welcher Friedrich Wilhelm I. die „mehr unmittelbare“ Einwirkung auf die „jungen Preußen“ gesichert hatte. Siehe Lessing's Vademecum für Herrn Samuel Gotthold Lange, Pastor in Laublingen, wodurch dieser Uebersetzer des Horaz unsterblich wurde, wie das Insekt im Bernstein.

An dem von Apollo geschundenen Marsyas entzückte sich — nach Scherer — der „Preuße“ Klopstock. Der „Preuße,“ wahrhaftig! Klopstock war in Quedlinburg geboren, und Quedlinburg war von 937 bis 1803 ein reichsunmittelbares Frauenstift. Seine Bildung und Erziehung erhielt Klopstock auf der sächsischen Gelehrtenschule Pforta und der sächsischen Universität Leipzig; der König von Dänemark gewährte diesem deutschen Dichter dann die nöthige Muße zur Vollendung des Messias; Klopstock lebte zumeist in Kopenhagen und Hamburg, zeitweise auch in Zürich und Karlsruhe, wo ihm der Markgraf von Baden ein wohlwollender Beschützer war. Klopstock's Beziehungen zu Preußen beschränkten sich darauf, daß er die Ausländerei Friedrichs II., des, wie er sagte, „Fremdlings im Heimischen“ bitter verspottete, und daß er sich von den Habsburgern noch weit eher eine Förderung der deutschen Literatur versprach als von den Hohenzollern. Aber Scherer sagt doch, daß Klopstock ein „Preuße“ war, und Scherer ist ein ehrenwerther Mann. Nun, die Sache hängt so zusammen, daß Preußen die Schirmvogtei über das Frauenstift Quedlinburg, einige zwanzig Jahre vor Klopstock's Geburt und unter heftigem Widerstreben der Quedlinburger, von Sachsen für 300 000 Thaler kaufte, und daß Quedlinburg dann im Todesjahre Klopstock's, als der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 die große Heimramschung der geistlichen Gebiete vollzog, an den preußischen Staat fiel. Als Säugling und Klippschüler hat Klopstock wohl einmal die Söldner Friedrich Wilhelms I. in Quedlinburg exerzieren oder auch Spießruthenlaufen sehen, und so kam er ganz unvermerkt in das „biblische Christenthum“ und die „antike Literatur“ hinein,

wodurch wir Deutsche dann wieder — welch' unerforschliche, aber von Scherer durch und durch erforschte Fügung des Himmels! — zu einer klassischen Literatur kamen, wir wußten nicht wie!

Aber Winckelmann „stammte aus Preußen," wie Scherer behauptet. Und das stimmt. Winckelmann war ein Schusterssohn aus Stendal, wo ihm sogar im Schatten einer gothischen Kirche eine Bildsäule errichtet worden ist, beiläufig ein so geschmackloses Denkmal, wie es der kultivirte Europäer höchstens seinem Todfeinde wünschen mag. Aber ach! für Scherer ist es wieder schade, daß Winckelmann, der es am Ende doch auch wissen mußte, seine preußische Abstammung nicht blos nicht für „keinen Zufall," sondern gerade im Gegentheil für den ärgerlichsten und unbegreiflichsten Zufall von der Welt hielt. Als er den märkischen Staub von den Pantoffeln schütteln durfte, schrieb er: „Ich habe viel leiden müssen und werde stets einen Widerwillen gegen mein Vaterland behalten." Und ferner: „Mein Vaterland vergesse ich gern.... Mein Vaterland ist Sachsen; ich erkenne kein anderes und ist kein Tropfen preußischen Blutes in mir." Statt Preußen schreibt er oft kurzweg: „Das despotische Land" und zwar „drückt auf ihm der größte Despotismus, der je gedacht ist. Ich gedenke mit Schaudern an dieses Land." Wenn Winckelmann befürchtet, daß ein alter Freund von ihm nicht mehr am Leben sei, so fügt er hinzu: „es wäre sein Bestes für ihn und alle diejenigen, welche in diesem unglücklichen Lande eine schwere und erstickende Luft schöpfen." Er meint, ein freier Schweizer müsse dies Land ärger als Sibirien verwünschen. „Es schaudert mich," ruft er in einem Briefe an Usteri vom 15. Januar 1763, „die Haut vom Wirbel bis zur Zehe, wenn ich an den preußischen Despotismus und den Schinder der Völker denke, welcher das von der Natur selbst vermaledeite und mit libyschem Sande bedeckte Land zum Abscheu der Menschen machen und mit ewigem Fluche belegen wird. Lieber ein beschnittener Türke als ein Preuße." Und so ins Endlose.*)

Soviel zur Kritik dessen, was Scherer über Friedrich Wilhelm I. als geistigen Ahnherrn unserer klassischen Literatur beibringt; auf den „entscheidenden Anstoß," den Lessing in Berlin erhalten haben soll, müssen wir in anderem Zusammenhang zurückkommen. Dagegen ist schon durch unsere bisherige Darstellung im Wesentlichen erledigt, was Scherer als die Ruhmestitel Friedrichs II. in Sachen der deutschen Bildung anführt: seinen kirchlichen Liberalismus, seine patriotischen Kriegsthaten, seine lebendige Theilnahme an literarischer Kultur und sein ruhmvolles Beispiel, welches ihm unter den deutschen Fürsten Schüler und

*) Justi, Winckelmann I, 188 u. ff. Justi steht, „im Allgemeinen angesehen," auch auf dem bürgerlich-preußischen Standpunkt, und er meint, für die Zeit Winckelmann's sei der friderizianische Despotismus das Beste für Preußen gewesen, indessen nach dieser Verwahrung fügt er den zornigen Ausbrüchen Winckelmann's doch hinzu: „Aber wir lieben die, welche den Despotismus unter jeder Gestalt hassen, auch den nothwendigen, auch den heilsamen und aufgeklärten Despotismus. Wir ziehen sie sogar denen vor, welche auf den beschränkten und parteiischen Geist des achtzehnten Jahrhunderts in ihrer überlegenen, historischen Einsicht lächelnd herabsehen, welche geschichtlichen Sinn und sympathischen Respekt haben für alle glücklichen Verbrecher, für alle Scheiterhaufen und Staatsstreiche der Vergangenheit, und welche nur die ewigen Ideen des Rechts, der Aufklärung und der Humanität für Phrase halten und nur für das Verlangen der Völker nach politischer Freiheit keinen Verstand haben." Das ist die Sprache einer achtbaren bürgerlichen Ideologie. Vergleicht man den Justi der sechziger und siebziger Jahre mit dem Scherer der achtziger und dem Erich Schmidt der neunziger Jahre, so greift man den geistigen Verfall der deutschen Bourgeoisie mit Händen.

Anhänger wie Karl August von Weimar erweckte. Auch sind diese vier Punkte schon von Xanthippus-Sandvoß in ausgezeichneter Weise beleuchtet worden. Nur über den „kirchlichen Liberalismus“ noch ein kurzes Wort! Für die Person des Königs war dieser „kirchliche Liberalismus,“ wie Herr Sandvoß treffend hervorhebt, einfach der Atheismus; für seine Politik aber war er ein durch feudal-militärische Bedürfnisse geregelter Konfessionalismus, der da, wo er frei ausgreifen konnte, mit dem extremsten Ultramontanismus um die Palme der Unduldsamkeit rang. Man entsinnt sich noch des fürchterlichen Spektakels, der sich vor einigen Wochen über ein ultramontanes Blatt erhob, welches vorgeschlagen hatte, daß die Universitätsprofessoren auf die Glaubensbekenntnisse ihrer entsprechenden Konfessionen verpflichtet werden sollten; nun, dieser Vorschlag war noch recht „liberal,“ verglichen mit der Thatsache, daß zu Friedrichs Zeit die evangelische Konfession in dem Professoreid von allen vier Fakultäten beschworen werden mußte. Gewiß ein famoser „kirchlicher Liberalismus,“ aus dem — so will es Scherer — unsere klassische Literatur erwachsen ist!

Am unerträglichsten werden Scherer und sein würdiger Nachfolger Erich Schmidt, wenn sie aus Lessing einen Karriereschnaufer des heutigen Schlages machen wollen. Ueber die flüchtige Berührung, in welche Lessing persönlich mit Voltaire gekommen ist oder gekommen sein soll, schreibt Scherer: „Ungeheurer Vortheil für den jungen Anfänger! Tischgenosse des ersten Schriftstellers im damaligen Europa; Gast des Freundes des Königs von Preußen: welche Aussichten auf Belehrung und Förderung, auf Protektion und Empfehlung!“ Ja wohl, und welche Dreistigkeit, in die Seele eines Lessing „Aussichten auf Protektion und Empfehlung“ hineinlesen zu wollen! Herr Erich Schmidt aber orakelt bei demselben Anlasse: „Kein Zweifel, daß manchmal eine kühne Hoffnung, im Gefolge Voltaires die Aufmerksamkeit des Monarchen auf sich zu lenken, der Seele Lessing's nicht fern blieb, denn von Friedrich beachtet zu werden, war die Sehnsucht aller deutschen Schriftsteller, auch derer, die sich scheinbar so stolz in ihre christlich-germanische Tugend hüllten.“ Nun, das ist doch noch eine Unverschämtheit, die sich gewaschen hat. Wir können erst in der zweiten Abtheilung dieser Darstellung die urkundlichen Beweise für die herbe Verachtung beibringen, mit welcher Lessing in der nationalen Gesinnung, die ihm als einem Vorkämpfer der bürgerlichen Klassen eignet, auf die französische Bildung des Königs herabsah, aber hier ist schon der Ort, festzustellen, daß Herr Erich Schmidt für die Behauptung, die er „keinem Zweifel“ unterworfen sein läßt, auch nicht den Schatten eines Buchstabens als Beweis beibringen kann. Nicht den Schatten eines Buchstabens! Aber damit noch nicht zufrieden, fährt Herr Erich Schmidt fort: „Und Lessing's Vertrauen mochte sicherer scheinen, als die Bemühungen der Hallenser um die Fürsprache des dichtenden Generals Stille.“ So kommt Samuel Gotthold Lange, Pastor in Laublingen, doch noch zu den Ehren, um die ihn Lessing's Vademecum schnöder Weise gebracht hat; der brave Patriot bemühte sich doch nur um die Gunst eines preußischen Generals, während Lessing einem französischen Schöngeiste nachlief, weil es ihm „sicherer scheinen mochte.“ Dieser Lessing, aber nun ist er auch erkannt! Herr Erich Schmidt schreibt weiter: „Ebenso wenig wird es ein Irrthum sein, Lessing's Anlauf zu einem französischen Lustspiele, dem „Palaion,“ für eine leise Frage an Voltaire und den König zu erklären.“ Ebenso wenig! Zu einer Zeit, in welcher der junge Lessing viel mit einem französischen Sprachlehrer verkehrte, um sich in der französischen Sprache auszubilden, hat er einige Szenen in französischer Sprache geschrieben, genau sechs kleine Druckseiten, die dann über ein Menschenalter später in seinem Nachlasse gefunden worden sind.

Und darum Kriecher und Streber! An einer anderen Stelle sagt Herr Erich Schmidt, Lessing habe sich in Berlin nach „hohen Gönnern umgeschaut." Oho, — doch wir haben schon einen starken Ausdruck über Herrn Erich Schmidt gebraucht, und an dem mag es genug sein.*)

Was nun aber die „christlich-germanische Tugend" anbelangt, so sollte Herr Erich Schmidt doch lieber in seinen eigenen Busen greifen. Indem er Lessing's „Rettungen des Horaz" bespricht, sagt er: „Die Freunde der Dichter mögen hoffen, daß nach Archilochos, Alkaios, Horatius auch der Freischärler Herwegh, auf dem noch immer der Mythus von dem bergenden Spritzleder lastet, seinen Retter finde." Was soll das nun wohl heißen? Der „Mythus von dem bergenden Spritzleder" ist mindestens ein halb Dutzend Mal so bündig widerlegt worden, wie eine niederträchtige, rein aus der Luft gegriffene Tendenzlüge nur immer wiederlegt werden kann. Und das scheint auch Herr Erich Schmidt zu wissen, denn er spricht von einem „Mythus." Aber wo kann denn noch eine elende Lüge „lasten," wenn sie so und so oft widerlegt ist? Etwa unter „hohen Gönnern"? Und deshalb schleift wohl Herrn Erich Schmidt's „christlich-germanische Tugend" den traurigen Schwindel bei den Haaren in eine Lessing-Biographie? Er macht zwar aus Lessing einen frommen Knecht Fridolin, aber es ist so verteufelt schwer, diesen Mohren weiß zu waschen, und so erklärt der Lessing-Biograph zu aller Sicherheit mit dem gegen Herwegh gezielten Fußtritte:

> So wisset denn, daß ich Hans Schnock, der Schreiner, bin,
> Kein böser Löw' fürwahr, noch eines Löwen Weib.

Werfen wir aber noch einen Blick in den zweiten Band des Herrn Erich Schmidt! Hier dichtet er das ergreifende Martyrium Lessing's in Wolfenbüttel zu einer Nörgelei des beschränkten Unterthanenverstandes gegen einen großartigen und wohlwollenden Herrscher um. Im Anfang des Jahres 1773 versprach der Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig aus freien Stücken, Lessing's bis dahin kümmerlich besoldete Stellung aufzubessern, wenn Lessing sich dauernd „in braunschweigischen Diensten fixiren" wolle. Lessing, der sich inzwischen mit Eva König verlobt hatte und die Verbindung mit der geliebten Frau nicht schnell genug beeilen konnte, übernahm die Verpflichtung, und nun — that der edle Erbprinz, als wüßte er von gar nichts. Er schwieg Tag um Tag, Woche um Woche, Monat um Monat, Jahr um Jahr. Man muß in Lessing's Briefen nachlesen, wie ihm diese fürstliche Tücke das Leben in dem einsamen Wolfenbüttel vergällte; nichts erschütternder als die wilden Schmerzensschreie, die sich trotz aller männlichen Selbstbeherrschung immer wieder aus seinem stolzen Herzen rangen. Und dann höre man Herrn Erich Schmidt von oben herab tadeln, daß Lessing

---

*) Erich Schmidt, Lessing I, 188, 203. Man glaube übrigens nicht, daß derartige Byzantinismen in der bürgerlichen Literargeschichte vereinzelt dastehen. So feiert Herr Otto Brahm (Heinrich v. Kleist, 351) irgend ein beiläufiges Prinzeßchen, „die Prinzessin Wilhelm, eine geborene Prinzessin von Hessen-Homburg," wie er preislich sagt, als „hohe Gönnerin," weil der verzweifelnde Dichter des „Prinzen von Homburg," der einzigen, wirklich dichterischen, aber eben deshalb unverstandenen Verherrlichung des Hohenzollernhauses, wenigstens von dieser Dame ein Wort der Zustimmung — etwa erhielt? O, Gott bewahre! sondern — zu erhalten hoffte, aber nicht erhielt. Mit dieser allerunterthänigsten Gesinnung steht es nicht im Widerspruch, sondern gerade im Einklang, wenn Herr Otto Brahm seine Kleist-Biographie dem Herrn Erich Schmidt mit den donnernden Worten widmet: „Frisch auf also! Hier haben Sie meinen Kleist; geben Sie uns den Ihren!" Lakaienstolz ist immer der groteskeste.

„aller kaltblütigen Ueberlegung beraubt wurde.“ „Alles verzerrte sich ihm.“ „So wühlte er sich in die blinde Wuth gegen einen Fürsten hinein, dessen Verbrechen darin bestand, daß er zu früh gesprochen und nun weder die freie Hand noch die Aufrichtigkeit hatte, um Lessing's fieberhafte Ungeduld durch ein Ja oder ein Nein zu befriedigen.“ „Fieberhafte Ungeduld“ ist gut, als wohlmeinender Tadel für die Gefühle eines starken Mannes, der, durch eine große Liebe an einen öden Felsen gekettet, drei oder vier Jahre lang Tag für Tag den Geier an seinem Herzen fressen fühlt. Und was war der Grund davon, daß der „Fürst“ „weder die freie Hand, noch die Aufrichtigkeit“ hatte? Herr Erich Schmidt antwortet: „Die stolze Zurückhaltung des nur mit der Finanzreform beschäftigten Erbprinzen.“ Oder, wie er an einer anderen Stelle sagte: „Lessing kämpfte mit Schulden; auch der Erbprinz stemmte sich gegen die Lawine der Geldnoth.“

Der Vater des Erbprinzen, Herzog Karl, hatte die braunschweigischen Finanzen gänzlich zerrüttet. Er war „ohne ängstliche Sparsamkeit,“ wie Herr Erich Schmidt sagt; „Herzog Karl mit seinem leichten sinnlichen Naturell freute sich, auf dem Thron all die pedantischen Fesseln einer engherzigen Jugendbildung abzustreifen und seinem Impresario Niccolini übermäßige Mittel zur Verfügung zu stellen.“ Ein anderer bürgerlicher Geschichtschreiber, der übrigens mit dem ideologischen Poltern seines wohlfeilen Radikalismus sonst gar nicht unser Mann ist, nämlich J. Scherr, schreibt über den gleichen Fall: „Herzog Karl von Braunschweig verstand ganz vortrefflich die Alchymie, das Blut seiner Unterthanen in Gold zu verwandeln. Er hatte es auch sehr nöthig, falls er, obgleich nur Herr über 60 Quadratmeilen und 150,000 Unterthanen, auf dem Fuße eines Sultans von Babylon leben wollte. Und er wollte und that so. Seinem Theaterdirektor und Oberkuppler, dem italischen Gauner Niccolini, gab er einen jährlichen Gehalt von 30,000 Thalern, dem Gotthold Ephraim Lessing, Bibliothekar in Wolfenbüttel, gab er 600 Thaler jährlich.“*) Am Rande des Bankerotts mußte der Herzog im Jahre 1773 die Regierung dem Erbprinzen überlassen, der sich, wie Herr Erich Schmidt rühmt, nunmehr in „stolzer Zurückhaltung“ „nur“ mit der „Finanzreform“ beschäftigte.

„Nur“ — in der That; „Ohne eine Phrase zu verlieren“ — so stürmt Herr Erich Schmidt in die Saiten — „übte der Erbprinz für seine Person eine ihm unnatürliche Oekonomie“ und also enthielt er auch, selbst ein Büßer, dem Bibliothekar in Wolfenbüttel die 200 Thaler Gehaltsaufbesserung vor, denn um eines solchen Bettels willen wurde Lessing von dem ausgezeichneten Fürsten auf die Folter gespannt. Aber wenn nicht für seine Person, für wen unterhielt denn der Erbprinz den Harem, in dem die Gräfin Branconi und das Fräulein v. Hartenfeld als Favoritsultaninnen glänzten? Auch aus diesem Schmutze sproßt die Loyalität des Herrn Erich Schmidt wie eine reine Lilie hervor; er schreibt: der Erbprinz „hielt sich Maitressen, die seine Sinne, nie seinen Kopf und sein Herz beherrschten.“ Und zwanzig Zeilen weiter: „Er legte mit ungeheurer Selbstbeherrschung seine Leidenschaften wie Hunde an die Kette.“ Herr Erich Schmidt meint damit, daß der einundsiebzigjährige Greis noch 1806 als preußischer Oberfeldherr eine französische Buhldirne mit auf das Schlachtfeld von Jena schleppte. Patriotische preußische Offiziere waren damals allgemein der Ueberzeugung, daß diese Beischläferin die Pläne und Entschließungen des Herzogs ihren anrückenden Landsleuten verrathen habe.**) Aber offenbar haben sie sich dabei von ihrem nur zu berechtigten Zorne zu weit reißen lassen. Denn die Schelmin hätte mehr geben

*) Scherr, Blücher I, 24.

**) Graf Henckel von Donnersmarck, Erinnerungen aus meinem Leben, 46.

müssen, als sie kriegen konnte, wenn sie bei Jena „Pläne und Entschließungen“ ihres Liebhabers hätte verrathen wollen. Und nun gar Herrn Erich Schmidt's Enthüllungen aus den braunschweigischen Haremsgeheimnissen entlasten den Herzog und seine Dirne vollständig.

Wo bleibt denn nun aber die „Finanzreform,“ die den damaligen Erbprinzen „nur“ beschäftigte, so daß Lessing darüber sterben und verderben konnte? Sie war ein ganz einfaches Handelsgeschäft; der Erbprinz war nächst dem Landgrafen von Hessen unter den deutschen Kleinfürsten der betriebsamste Händler in Menschenfleisch. Er verkaufte an England schon in den siebenziger Jahren 4000 und wieder in den neunziger Jahren 1900, an Holland aber 3500 seiner Landeskinder als Futter für Pulver, und wenigstens die Summe, die er das erste Mal von England bezog, läßt sich angeben. Der alte Schlözer berechnet sie im sechsten Bande seiner „Staatsanzeigen“ nach amtlichen Zahlenangaben auf 780,000 Pfd. Sterling (15,600,000 Mk.). Ist diese Thatsache Herrn Erich Schmidt bekannt? Als ob sie es einem so sorgfältigen „Philologen“ nicht wäre! Und gleichwohl —? Spaß für einen neu-reichsdeutschen Byzantiner! Der Erbprinz „beugte seinen Stolz zur Vermiethung braunschweigischer Truppen“ und noch dazu „ohne eine Phrase zu verlieren.“ Dieser Haß gegen die „Phrase“ ist etwas auffallend bei einem Schriftsteller, der einen so gedunsenen und geschwollenen, so schwülstigen, überladenen und vor lauter Phrasenhaftigkeit manchmal gar nicht verständlichen Stil besitzt, wie Herr Erich Schmidt, aber man bedenke auch, wie viele „Phrasen“ über den Menschenschacher der deutschen Kleinfürsten gemacht worden sind! König Friedrich erklärte, von solchen verkauften Truppen, die sein Gebiet berührten, würde er Viehzölle erheben lassen, denn hier seien vernünftige Menschen als Thiere verschachert; ja als einmal wirklich ein von seinen Ansbacher Verwandten verhandelter Transport über die preußischen Grenzen kam, ließ er Kanonen gegen die Menschenhändler auffahren, so daß sie einen Umweg nehmen mußten. Schiller aber läßt die verkauften Landeskinder am Stadtthore rufen: „Es leb' unser Landesvater! Am jüngsten Gerichte sind wir wieder da!“ „So wühlten sich“ König Friedrich und Schiller mit ihren „Phrasen“ „in die blinde Wuth gegen einen Fürsten, dessen Verbrechen“ nunmehr glücklich von dem besonnenen Reichspatrioten Erich Schmidt aus der Welt erklärt worden ist. Ein Glück bei alledem, daß unser einem die göttliche Grobheit eines Lassalle nicht erlaubt ist, denn gegen diesen Erich war jener Julian noch ein Held an Charakter und Geist.*)

Selbstverständlich soll den Scherer und Erich Schmidt damit nicht mehr gethan werden, als sie verdienen. Ihre alexandrinische Gelehrsamkeit bleibt ihnen unangefochten. Haben sie wirklich den ganzen Praß von Büchern gelesen, den sie in ihren „Anmerkungen“ anführen, so könnte man sogar mit Lessing auf die Besorgniß verfallen, daß sie für ihren gesunden Verstand schon viel zu viel gelesen haben. Nichts dankenswerther, als die philologische Arbeit an den Werken unserer klassischen Literatur, so lange sie sich in ihren Schranken hält oder doch nur gelegentlich einmal darüber hinausschweift! Aber von einem Biographen Lessing's oder einem Geschichtschreiber der deutschen Literatur ist etwas anderes und auch wohl etwas besseres zu verlangen, als daß sie zehnmal schon umgekehrte Stäubchen noch zum elften Male umzukehren verstehen. Ueber diesen tausend und aber tausend Quisquilien verlieren sie jeden Blick für das Ganze der Erscheinung. Aber das wäre noch das Wenigste. Weit schlimmer ist es,

*) Erich Schmidt, Lessing II, 238 u. ff.

wenn sie ohne jede Kenntniß der gleichzeitigen ökonomischen und politischen Zustände schreiben. Damit reißen sie die Pflanzen aus ihrem mütterlichen Boden und legen sie zwischen die löschpapiernen Seiten ihrer Herbarien. Mögen sie nun noch so sorgsam die einzelnen Blätter bis auf die letzte Zacke beschreiben: Duft und Farbe sind unwiderbringlich dahin. Am allerschlimmsten aber ist es, wenn solche Literarhistoriker, sei es in einem dumpfen Gefühle ihrer verhängnißvollen Einseitigkeit, sei es aus anderen, aber wahrhaftig nicht achtbareren Gründen, die Gegenstände ihrer Darstellung in ein politisch-soziales Licht rücken wollen und sie deshalb mit den politischen und sozialen Vorurtheilen aufschminken, die ihnen selbst geläufig sind und die „hohen Gönnern“ angenehm in die Ohren klingen. Dann entsteht ein wahrer Greuel der Verwüstung.

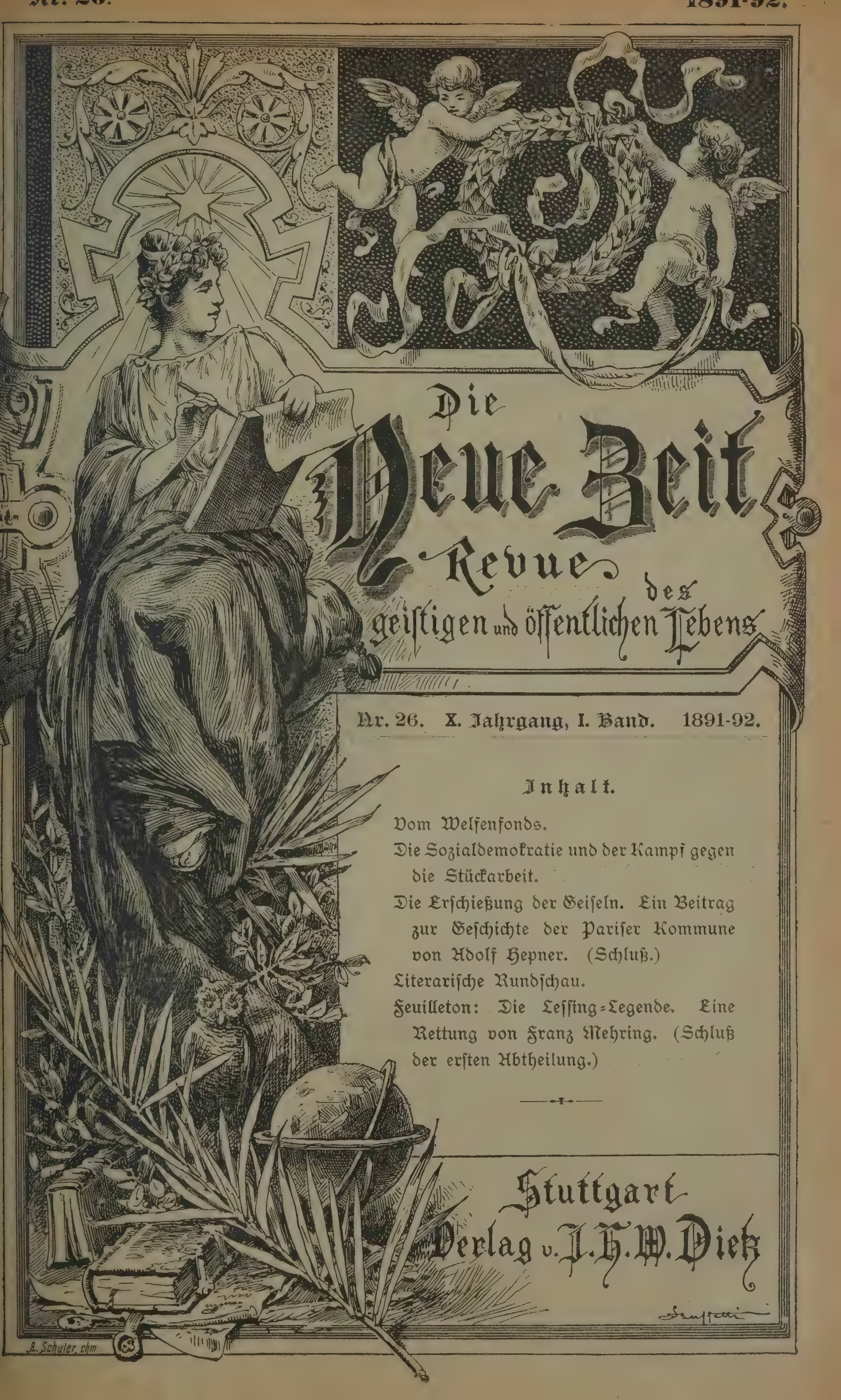
Nunmehr wird sich auch leicht erklären, weshalb wir mit der Lessing-Legende in ihrer dritten und letzten Gestalt schnell fertig zu werden versprachen. Es hatte einen Zweck, die sachlichen Irrthümer über Lessing, denen Goethe und Gervinus und Lassalle verfallen sind, ausführlich zu erörtern, denn dabei konnte das sachliche Verständniß gefördert werden. Es hat aber gar keinen Zweck, aus den tendenziösen Darstellungen von Scherer und Erich Schmidt noch mehr Proben zu geben, als wir schon gegeben haben. Das Ergebniß bliebe immer dasselbe: Lessing wird in dem Prokrustesbette der heute für die bürgerliche Welt „maßgebenden“ Tendenzen bald so, bald so gereckt. Wer sich überhaupt überzeugen lassen will, ist durch die bisherigen Proben wohl überzeugt worden; wer sich nicht überzeugen lassen will, wird durch zehnmal zahlreichere Proben auch nicht überzeugt werden. In keinem Falle spränge dabei etwas für die sachliche Förderung des Lessing-Problems heraus. So schließen wir denn die erste Abtheilung unserer Arbeit, in welcher wir versucht haben, eine kritische Geschichte der Lessing-Legende selbst zu geben und zugleich den allgemeinen historischen Hintergrund zu zeichnen, von dem sich das Bild Lessing's abhebt. In der zweiten Abtheilung wird unsere Aufgabe sein, dies Bild selbst von den Entstellungen und Verunzierungen der Legende zu befreien und es soweit möglich in seiner wirklichen Gestalt wiederherzustellen. Es mag sein, daß wir bisher schon diesen oder jenen spezielleren Punkt berührt haben, wie wir auch nicht dafür stehen können, daß wir nicht fortan noch diese oder jene allgemeinere Frage berühren müssen, aber der Leser wird, wie wir hoffen, nachsichtig urtheilen, wenn sich ein seit bald hundert Jahren so verfitztes und verwickeltes Knäuel, wie die Lessing-Legende ist, nicht immer an einem ganz glatten Faden aufwickeln läßt.

Schluß der ersten Abtheilung.

Briefkasten.

D—sch, Berlin. Besten Dank für die Anregung. Sie meinen jedenfalls die 55. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte zu Eisenach, am 18. September 1882, wo Häckel in einer Gedächtnißrede auf Darwin erklärte, man habe seine Münchener Rede vielfach mißverstanden; er wolle nicht, daß die Entwicklungslehre in den Schulen gelehrt werde. Er hielt es auch für nothwendig, sich zu „der wahren Religion“ zu bekennen, deren „Kern die kritische Ueberzeugung von einem letzten unerkennbaren gemeinsamen Urgrund aller Dinge“ bildet, und „in diesem Zugeständniß begegnet sich die kritische Naturphilosophie mit der dogmatischen Religion.“ Das heißt, es giebt ein Gebiet, wo wir nichts wissen können und glauben müssen, dieses Gebiet bleibt für immer der Religion vorbehalten. „Dogmatische Religion“ und „kritische Naturphilosophie“ können sich ganz gut miteinander vertragen. Diese Erklärung kann man allerdings ein „Blasen zum Rückzug“ nennen.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Die Neue Zeit

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens

Nr. 26. X. Jahrgang, I. Band. 1891-92.

Inhalt.

Stuttgart
Verlag v. J. H. W. Dietz

An unsere Leser!

Mit vorliegendem Heft endet der erste Band des zehnten Jahrgangs der „Neuen Zeit.“ Wir werden nach wie vor Alles aufwenden, sie auf dem höchsten Niveau zu erhalten, das die verfügbaren Kräfte und bestehenden Verhältnisse zu erreichen gestatten. Wir hoffen aber auch, daß die Freunde unserer Sache wie bisher unser Streben unterstützen, sowohl durch Mitarbeit wie durch zahlreiches Abonnement.

Von größeren Beiträgen, die wir im nächsten Bande veröffentlichen werden, nennen wir: Paul A..., Das politische Erwachen der russischen Arbeiter. — Ernst Berner, Das Proletariat in Oesterreich. — Ed. Bernstein, Zur Würdigung F. A. Lange's. — Die soziale Doktrin des Anarchismus. — Dr. A. Blaschko, Die moderne Prostitution. — Charles Bonnier, Das Fourier'sche Prinzip der Anziehung. — Erkenntniß. — F. Domela Nieuwenhuis, Die holländische Bastille. — H. M., Humanistische Märchen. — K. Kautsky, Lombrosos politischer Verbrecher. — Dr. Rudolf Meyer, Sozialpolitische Bedeutung der Getreide-Elevatoren. — Agrarier als unbewußte Sozialdemokraten. — G. Plechanow, G. J. Uspensky. Die volksthümliche Belletristik und die moderne Entwicklung Rußlands. — Dr. Conrad Schmidt, Die psychologische Richtung in der neueren Nationalökonomie. — F. A. Sorge, Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten von 1876 bis heute. — V., Die Ueberfüllung der höheren Berufe, u. s. w.

Im Feuilleton werden wir zunächst veröffentlichen: „Kunde von Nirgendwo. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman“ von William Morris, dem bekannten sozialistischen Dichter. Sodann werden wir die zweite Abtheilung von: „Die Lessing-Legende, eine Rettung,“ von unserem ständigen Mitarbeiter Franz Mehring bringen, endlich einige kleinere Novellen.

Die **Neue Zeit** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 2.50 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 20 Pfennig.

Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 2.35.

Die **Neue Zeit** ist im Reichspostkatalog für 1892 eingetragen unter Nr. 4532, im Württembergischen Katalog unter Nr. 212.

Einband-Decken für das 1. Semester des 10. Jahrgangs sind angefertigt:
in Halbfranz Preis Mk. 1.50
" Ganzleinen " " —.70.

Hochachtungsvoll

J. H. W. Dietz' Verlag in Stuttgart.

Verzeichniß der in der Redaktion eingelaufenen Druckschriften.

(Die wichtigsten derselben werden in der „Literarischen Rundschau" besprochen werden.)

A. P., Der Sozialismus als Feind der Religion und die Volksschule. Ein Wort zur Klärung. Berlin, O. Harnisch. 32 S. 20 Pf.

Achtzehnhundertzwölf, oder Die Häscher des Kaisers. Familienbücherschatz, neue Folge. Weimar, Schriftenvertriebsanstalt, Heft 16—22.

Antiquarischer Anzeiger. G. Fritzsche, Hamburg.

Arbeiterschutz. Wien VI, Gumpendorferstraße 64. 5. Heft. (Inhalt: Abweisung von Rentenansprüchen wegen Fortbezug des vollen Lohns. — Ein Wort über allgemeine Arbeiterschutzgesetzgebung. — Die Altersversorgung der Eisenbahnbediensteten. — Berufskrankheiten u. s. w.)

Artin, Baron Alexander v., Kaspar Hauser. Des Räthsels Lösung. Zürich, Cäsar Schmidt. 113 S. 1 Mk. 50 Pf.

Berg, Leo, Der Naturalismus. Zur Psychologie der modernen Kunst. München, Münchener Handelsdruckerei M. Poeßl. VIII, 244 S. 3 Mk.

Blaschko, Dr. A., Die Verbreitung der Syphilis in Berlin. Unter Benutzung amtlichen Materials bearbeitet. Berlin, S. Karger. 32 S.

Critica Sociale. Rivista Quindicinale. Mailand. Nr. 4 und 5.

Engels, Federico, Il Socialismo in Germania. Traduzione di T. Martignetti. Mailand, Critica Sociale, 13 S. 10 Cent.

Evangelisch-soziale Zeitfragen. 2. Reihe, 3. Heft. Erwerb und Wirthschaftsführung im Arbeiterhaushalt, von Dr. Otto Kamp. 50 Pf. — 4. und 5. Heft. Gewerbegerichte und Einigungsämter in Deutschland und England. Zwei Aufsätze von Dr. Karl Möller und W. Hirsch. 1 Mk. Leipzig, Fr. W. Grunow.

Evers, Franz, Symphonie. Ein Gedichtbuch von Carl Busse, Franz Evers, G. E. Geilfus, Victor Hardung, Julius Bauselow. München 1892, M. Poeßl. 199 S. 4 Mk.

Free Russia. The organ of the English society of friends of Russian freedom. (Frei Rußland.) Nr. 3. London, New York, Zürich.

Freiherr v. Stumm und die Sozialdemokratie. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags am 10. und 12. Februar 1892. Berlin, Verlag des „Vorwärts."

Hampke, Dr. Thilo, Der Befähigungsnachweis im Handwerk. Jena, Gustav Fischer. VIII, 192 S. 3 Mk.

Keben, Georg, Um ein Darlehen. Eine soziale Erzählung aus der Gegenwart. Zürich, Verlags-Magazin (Schabelitz). 218 S. 2 Mk. 40 Pf.

Krusinski, Stanislaus, Szkice Socyologiczne. Warschau, Josef Jezynski. IX, 142 S.

Lassalle, Reden und Schriften. Neue Gesammtausgabe, herausgegeben von E. Bernstein. Heft 12 und 13. Berlin, Verlag des „Vorwärts."

Lichtstrahlen. Blätter für volksverständliche Wissenschaft und atheistische Weltanschauung. Berlin, O. Harnisch. Heft 11 und 12.

Le Monde économique. Wochenschrift. Paris. Heft 9 und 10.

La Question Sociale. Revue du mouvement socialiste international. Erscheint zweimal monatlich, herausgegeben von P. Argyriades. Paris, 49 Rue de Rivoli. Nr. 6. 25 Cents.

Revue Sociale et Politique. Herausgegeben von der „Société d'études sociales et politiques," Brüssel. Berlin, Puttkamer & Mühlbrecht. 2. Jahrg. Nr. 1. Jährl. 25 Frs.

Revue socialiste, La. Erscheint monatlich, herausgegeben von B. Malon. Paris, 10 Rue Chabanais. Nr. 86.

Sozialpolitisches Zentralblatt. Wochenschrift, herausgegeben von Dr. H. Braun. Berlin, J. Guttentag. Nr. 8, 9 und 10.

Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Maler im Jahr 1890. Herausgegeben von der Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer, Anstreicher &c.

Völkel, Dr., Bibelstunden für denkende Leser. Zürich, Verlags-Magazin. 2. Heft. 75 Pf.

Zeitschwingen, Die. Monatsschrift für Volksbildung, Aufklärung und Unterhaltung. 2. Heft, 3. Jahrgang. Inhalt: Literatur und Volk, von Franz Rzehák. II. — Ludwig Börne. Eine literarhistorische Skizze von Manfred Wittich. (Schluß.) — Die Geschichte eines Kartells, von D. Zinner. (Schluß.) — Weitling und der Kommunismus, von A. Behr. II. — Die körperliche und geistige Erziehung unserer Jugend, von J. C. Weglan. II. Das Alter der Neugeborenen, u. s. w. J. Beranek, Reichenberg, Böhmen. Preis pro Heft 20 Kr.

Zukunft, Die. Eine Monatsschrift des wissenschaftlichen Sozialismus. Herausgegeben von den jüdischsprechenden Sektionen der sozialistischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten (in hebräischen Lettern). Preis jährlich 1 Dollar. New York, Ludlow Street 81. Februarheft.

Die

Geschichte der Kommune von 1871.

Von

Lissagaray.

Zweite, vom Verfasser durchgesehene Auflage.

Preis brosch. M. 2.50, gebd. M. 3.—

„Lissagaray's Buch ist das klassische Werk über die Pariser Kommune, aus dem man das beste Bild von die gewaltigen Bewegung des Proletariats gewinnen kann." „Berliner Volkstribüne" Nr. 19 vom 9. Mai 1891.

Der Ursprung der Familie,

des

Privateigenthums und des Staats.

Im Anschluß an Lewis H. Morgan's Forschungen

von

Friedrich Engels.

Preis brosch. M. 1.—, gebd. M. 1.50.

In der Vorrede der ersten Auflage dieser Schrift sagt der Verfasser: „Die nachfolgenden Kapitel bilden gewissermaß die Vollführung eines Vermächtnisses. Es war kein geringerer als Karl Marx, der sich vorbehalten hatte, die Resultate Morgan'schen Forschungen im Zusammenhang mit den Ergebnissen seiner — ich darf innerhalb gewisser Grenzen sa unsrer — materialistischen Geschichtsuntersuchung darzustellen und dadurch erst ihre ganze Bedeutung klar zu machen. Ha doch Morgan die von Marx vor vierzig Jahren entdeckte, materialistische Geschichtsauffassung in Amerika in seiner Art n entdeckt, und war von ihr, bei Vergleichung der Barbarei und der Zivilisation, in den Hauptpunkten zu denselben Resultat geführt worden, wie Marx."

Das Buch hat einen durchschlagenden Erfolg in Deutschland gehabt, wofür die jetzt vorliegende 4. Auflage e beredtes Zeugniß ablegt.

Im Verlage von **Wörlein & Co.** in **Nürnberg** ist erschienen:

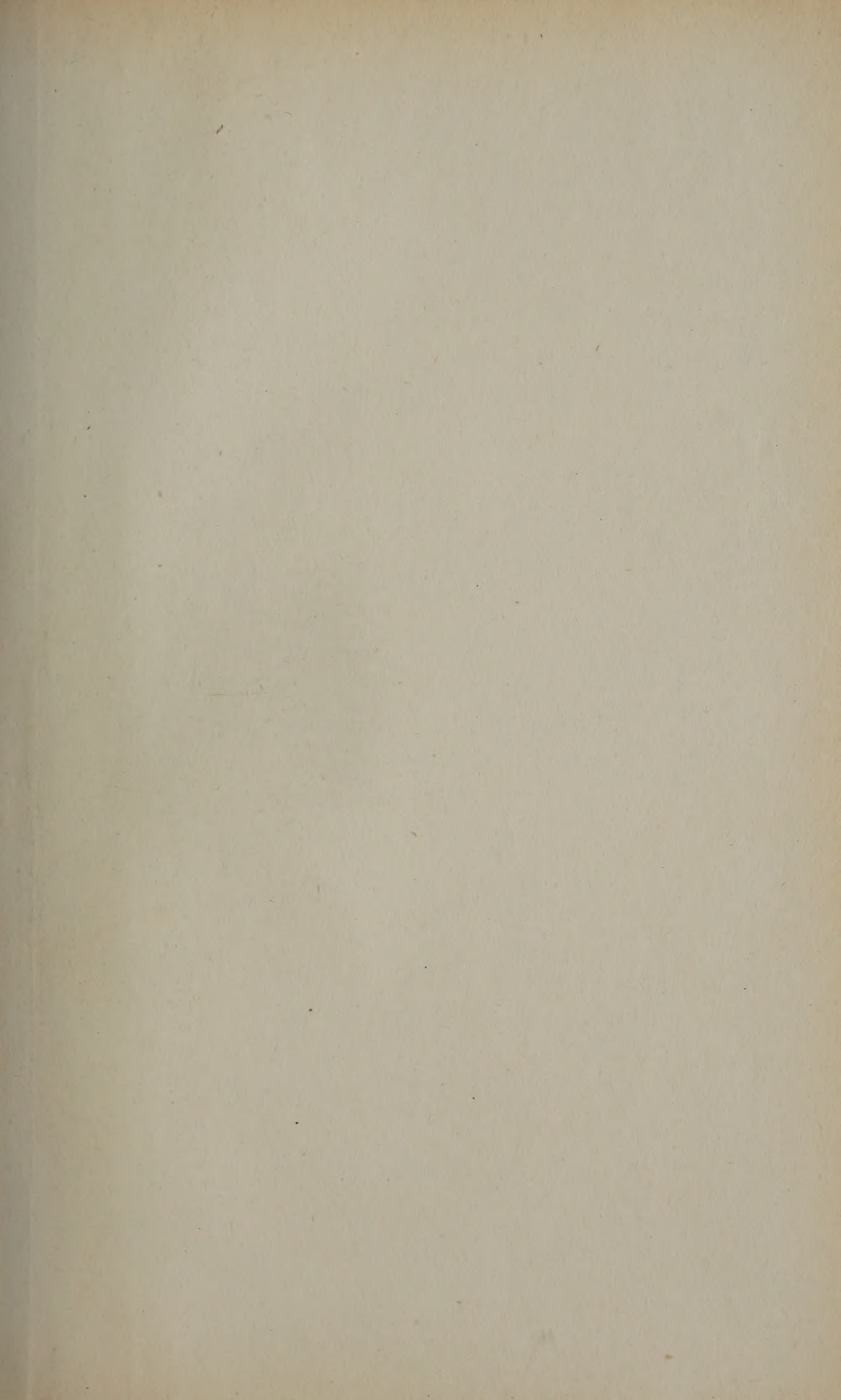
Herrn Eugen Richter's Bilder aus der Gegenwar

Eine Entgegnung von Franz Mehring.

Preis 30 Pfennig.

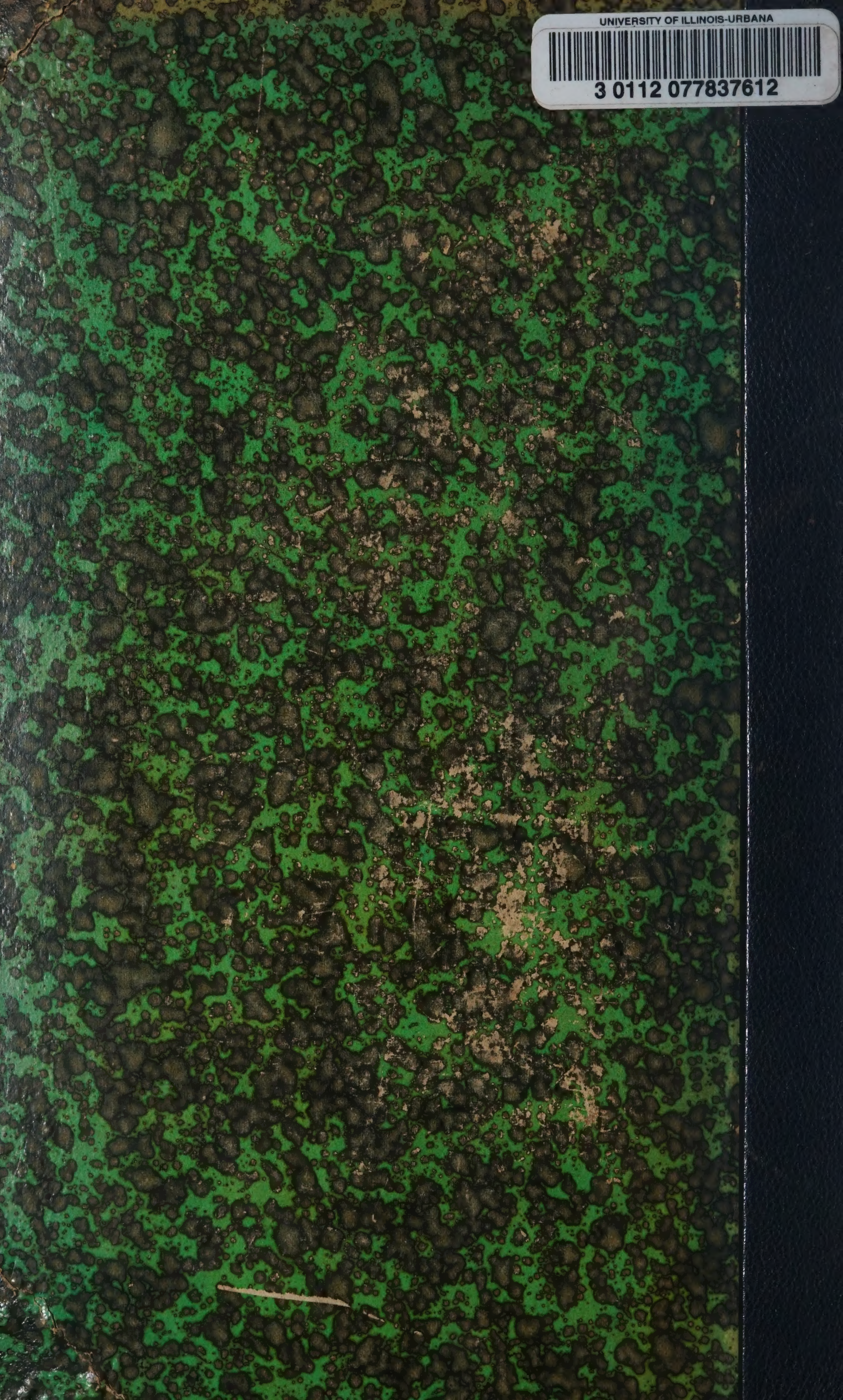
Herrn Richter für sein die Sozialdemokratie „vernichtendes" Machwerk **„Sozialdemokratische Zukunftsbilde** frei nach Bebel," das mit dem ganzen Reklame-Apparat der **gesammten** Bourgeoispresse als ein „Meisterwerk" anti-sozialistisch Dichtung ausgetrommelt wurde, eine äußerst **unangenehme,** der deutschen Arbeiterwelt eine **angenehme** und **nützlic** **Gabe** überreicht zu haben, dieses Zeugniß kann dem Verfasser der soeben erschienenen, 4 Bogen starken Broschüre, die d oben angeführten Titel trägt, ausgestellt werden. Unbarmherziger ist noch nie ein ökonomischer Nichtswisser in seiner gan Jämmerlichkeit der ganzen denkenden Welt gezeigt worden, als es Herrn Richter in diesem geistvoll geschriebenen, von gesunde Humor und ätzender Satyre strotzenden Schriftchen geschieht, das die deutschen Arbeiter nicht minder **massenhaft** verbreit werden, als die Bourgeoisie das Erzeugniß Richter'scher „Dichtkunst" verbreitet hat.

Druck von J. H. W. Dietz in Stuttgart.








UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 077837612